Digitale Reprints

Dokserver des Zentrums
für Zeithistorische Forschung Potsdam
http://zeitgeschichte-digital.de/Doks

Arnd Bauerkämper

Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945-1963

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Reprint von:
Arnd Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945-1963, Böhlau Köln, 2002 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 21), ISBN 3-412-16101-2

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE FORSCHUNG POTSDAM

Zitationshinweis:

Arnd Bauerkämper (2002), Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945-1963, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ursprünglich erschienen als: Arnd Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945-1963, Böhlau Köln, 2002 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 21), ISBN 3-412-16101-2

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 21

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Arnd Bauerkämper

Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur

Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963



2002
BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung des Fachbereichs Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Bauerkämper, Arnd:
Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur:
Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963/
Arnd Bauerkämper. – Köln ; Weimar ; Wien : Böhlau, 2002
(Zeithistorische Studien ; Bd. 21)
Zugl.: Berlin, Freie Univ., Habil.-Schr., 2000
ISBN 3-412-16101-2

© 2002 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln
Tel. (0221) 91 39 00, Fax (0221) 91 39 011
vertrieb@boehlau.de
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagabbildung: Tina Bauer-Pezellen, Proklamation der Bodenreform, 1949, Ausschnitt
Druck und Bindung: MVR Druck GmbH, Brühl
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Germany
ISBN 3-412-16101-2

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Inhalt

Vorwort 10

KAPITEL 1

Einleitung. Kommunistische Diktatur und ländliche Gesellschaft 11

1. Problemstellung und analytischer Rahmen. Konzepte, Begriffe und Untersuchungsansatz 11
2. Die ländliche Gesellschaft in der SBZ/DDR: Interpretationen und Forschungsstand 22
3. Die Untersuchungsdimensionen 35
4. Raum und Zeit, Methoden und Quellen 41

KAPITEL 2

Die Agrarpolitik der SED zwischen Zielsteuerung und Kurswechseln. Programmatik und Herrschaftsdurchsetzung 51

1. Die ideologische Grundlage der Agrarpolitik. Konzepte sozioökonomischer Umwälzung auf dem Lande von Marx/Engels bis Lenin und die Agrarprogrammatik der KPD von den zwanziger Jahren bis 1945 51
2. Sowjetische Hegemonie und die Herrschaftspolitik der SED. Die Durchsetzung der Bodenreform 1945 68
3. Auf dem Weg zur Kollektivierung? Die Repression der „Großbauern", die Auflösung der Raiffeisengenossenschaften und der Übergang zur Planwirtschaft in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren 123
4. Die Radikalisierung der Herrschafts- und Konstruktionspolitik. Die Kollektivierungsschübe 1952–1960 159

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

5. Ausblick: Der Übergang zur „industriemäßigen Produktion" in der Landwirtschaft und die Gigantomanie der SED-Agrarpolitik von den sechziger bis zu den achtziger Jahren ... 194

6. Vergleichende Perspektiven. Bodenreformen und Kollektivierungspolitik in kommunistischen Diktaturen ... 205

KAPITEL 3

Der Wandel der Wirtschafts- und Sozialstruktur auf dem Lande und die Folgelasten der agrarpolitischen Eingriffe ... 223

1. Voraussetzungen. Die Entwicklung der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft in Brandenburg bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs und die Ausgangslage 1945 ... 223

2. Die Agrarstruktur und die Besitzverhältnisse nach der Bodenreform ... 239

3. Die schwierige Festigung der Neubauernstellen ... 261

4. Die Verdrängung der „Großbauern" und die Folgelasten ... 288

5. Neue landwirtschaftliche Organisationen und Staatsbetriebe ... 301

5.1. Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe ... 302

5.2. Die Maschinenstationen ... 311

5.3. Die Volkseigenen Güter ... 324

5.4. Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ... 330

6. Gesellschaftliche Gruppen und soziale Konflikte ... 347

7. Kein Ende der Umwälzung. Grundzüge des Strukturwandels der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft in der DDR und in Brandenburg von den sechziger bis zu den achtziger Jahren ... 397

KAPITEL 4

Das Verhalten ländlicher Bevölkerungsgruppen gegenüber den staatlichen Eingriffen ... 409

1. Konzeptionelle und methodische Vorüberlegungen ... 409

2. Klientelismus, Korruption und pragmatische Anpassung: Reaktionen auf die Bodenreform ... 414

3. Entschlossene Abwehr und flexible Anpassung in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren. Der Umgang mit wirtschaftlicher und politischer Zentralisierung und Repression auf dem Lande ... 427

4. Abweichendes Verhalten und Arrangements. Die Kollektivierung und die Krisen der SED-Politik auf dem Lande 1953 und 1956 ... 436

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

5. Kein Ende abweichenden Verhaltens und neue Arrangements. Grundlinien der widersprüchlichen Aneignung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur durch die Landbevölkerung von den sechziger bis zu den achtziger Jahren 483

KAPITEL 5

Fazit: Ländliche Gesellschaft zwischen Zwangsmodernisierung und Traditionalität 493

ANHANG

Tabellen 519

Abkürzungen 549

Zeitzeugeninterviews 553

Quellen und Literatur 555

Personenregister 637

Karten 640

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Vorwort

Dieses Buch ist die überarbeitete und gekürzte Fassung meiner Habilitationsschrift, die im Sommersemester 2001 vom Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin angenommen wurde. Die Forschung wurde Anfang 1993 noch unter dem unmittelbaren Eindruck der „unerhörten Begebenheit" (Wolf Lepenies) begonnen, die der Zerfall des SED-Regimes und die anschließende Vereinigung der beiden deutschen Staaten für die meisten Zeitzeugen war. Im Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) fand ich für die Arbeit ein ebenso anregendes wie herausforderndes wissenschaftliches Umfeld. In dem Institut, das selber aus dem Umbruch von 1989/90 hervorging, haben meiner Untersuchung nicht nur das Aktenstudium, sondern auch viele Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen wichtige Impulse verliehen. Zudem war das gemeinsame Engagement für den Aufbau des neuen Forschungsinstituts ein Erfahrungshintergrund, der die Arbeit enorm beflügelt hat. Nicht zuletzt wurde die Vorbereitung der Studie durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft großzügig unterstützt und in der im ZZF eingerichteten Projektgruppe „Führungsgruppen und ‚Apparate' des SED-Regimes" kräftig vorangetrieben.

Den Direktoren des Zentrums, Christoph Kleßmann und Konrad H. Jarausch, danke ich für vielfältige Hinweise, Anregungen und Kritik ebenso wie für die Aufnahme des Buches in die Schriftenreihe des Instituts. Jürgen Kocka hat die Arbeit kontinuierlich gefördert und auch durch seine Einwände meinen analytischen Blick geschärft. Ohne Anke Schröder, die mich auch in turbulenter Zeit unterstützt hat, wäre dieses Buch nicht geschrieben worden. Viele Archivarinnen und Archivare halfen mir bei der Erschließung der Quellen. Dr. Gerd Lehmann stellte mich den Bürgern der Gemeinde Ihlow (Kreis Märkisch-Oderland) vor, die mir bereitwillig Interviews gewährten. Einzelne Kapitel des Manuskripts lasen Heike Emmrich-Willingham, Jens Schöne, M.A. und Jens Niederhut, M.A. Darüber hinaus danke ich Frau Waltraud Peters für die sorgfältige Vorbereitung des Manuskripts für den Druck. Meine Eltern haben mir nicht nur ein intensives Studium ermöglicht, sondern auch meine wissenschaftliche Arbeit mit anhaltendem Interesse begleitet. Deshalb ist ihnen dieses Buch gewidmet.

Berlin, im Oktober 2001 — Arnd Bauerkämper

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

KAPITEL 1

Einleitung: Kommunistische Diktatur und ländliche Gesellschaft

1. Problemstellung und analytischer Rahmen. Konzepte, Begriffe und Untersuchungsansatz

Die neue Macht erschütterte zuerst das Land. Nur zwei Monate nach der Enteignung der Banken und Sparkassen im Juli 1945 setzten die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und die Spitzenfunktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die Bodenreform durch. Auch in den darauffolgenden Jahrzehnten bis zum Zerfall der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), dem Ende ihrer Diktatur und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland 1989/90 waren die ländliche Gesellschaft und Agrarwirtschaft wichtige Bereiche der Herrschafts- und Konstruktionspolitik des Regimes. Nach der Bodenreform griffen vor allem die Kollektivierung, die von 1952 bis 1960 durchgesetzt wurde, der 1963 von Staats- und Parteichef Walter Ulbricht proklamierte Übergang zu „industriemäßigen Produktionsmethoden" in der Landwirtschaft, die Bildung großer Kooperationsbetriebe und die darauffolgende Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion Mitte der siebziger Jahre jeweils auch tief in die Struktur der ländlichen Gesellschaft ein. Ebenso erschütterten diese Politikwechsel nachhaltig die sozialen Beziehungen auf dem Lande.[1]

1 Peter Graf Kielmansegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 121–123. Überblick mit unterschiedlichen Interpretationen in: Christel Nehrig, Landwirtschaftspolitik, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 294–305; Siegfried Kuntsche, Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft, in: Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1, Bonn 1993, S. 191–210; Karl Eckart, Art. „Landwirtschaft", in: Rainer Eppelmann u.a. (Hg.), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1996, S. 367–374; Andreas Kurjo, Landwirtschaft, in: Alexander Fischer (Hg.), Ploetz. Die Deutsche Demokratische Republik. Daten, Fakten, Analysen, Darmstadt 1988, S. 98–103. Zur Bodenreform einführend: Günther J. Trittel, Art. „Bodenreform", in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 105–108; Manfred Agethen, Art. „Bodenreform", in: Eppelmann u.a. (Hg.), Lexikon, S. 131–133;

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Eine Geschichte der gesellschaftlichen Strukturen und sozialen Beziehungen auf dem Lande in der SBZ bzw. DDR ist wegen den weitreichenden Auswirkungen der diktatorischen Herrschaft keineswegs unumstritten. Die SED-Machthaber, die der sowjetischen Politik verhaftet waren und dem Vorbild der UdSSR grundsätzlich verpflichtet blieben, strebten mit Protektion und Unterstützung der sowjetischen Partei- und Staatsführung an, ihren Herrschaftsanspruch durch einen gezielten, zentral kontrollierten und umfassend gesteuerten Wandel der Gesellschaft durchzusetzen. Die sozialen Strukturen, Milieus und Subsysteme sollten sich dem politischen Herrschaftsanspruch der Machthaber fügen, deren Programmatik ein radikaler Führungsanspruch ebenso zugrunde lag wie das Ziel, den Staat und die Gesellschaft nach den Imperativen und dem Vorbild der Partei zu formen. Die zentralistische Herrschaft der SED durch ihre in die Gesellschaft implantierten „Apparate" führte in der DDR eine sozialstrukturelle Nivellierung herbei und erzwang gleichermaßen eine Entdifferenzierung des Institutionengefüges und der Rationalitätskriterien. Die Deformation des Rechts zu einem Instrument der Machthaber und die weitgehende Entwertung des Marktes und Geldes als Bestimmungsfaktoren sozialer Ungleichheit wurden ebenso zum Fundament der „Diktatur des Proletariats" wie die Auflösung freier, nicht politisch beherrschter Öffentlichkeiten und der Elitenwechsel. Entmachtung und Privilegierung, Destruktion und Neuaufbau, „unkontrolliertes Machtmonopol und paternalistische Entsubjektivierung": Gemessen an den parlamentarischen Demokratien mit ihren pluralistischen Gesellschaften in Westeuropa und Nordamerika erschien die Entwicklung der sozialen Strukturen und Beziehungen unter der SED-Diktatur als weitgehend von der politischen Herrschaft bestimmt und deformiert.[2] Besonders totalitarismustheoretisch orientierte und inspirierte Untersuchungen haben die DDR-Gesellschaft deshalb überwiegend zu einer abgeleiteten Größe oder sogar ausschließlich zum Objekt der SED-Herrschaft degradiert. Dieser Deutung zufolge wurde die Gesellschaft der Herrschafts- und Gestaltungspolitik des SED-Regimes unterworfen und die Eigendynamik und -rationalität der sozialen Subsysteme „gleichsam stillgestellt."[3]

Dennoch ist die ostdeutsche Gesellschaft zu einem genuinen Gegenstand der zeithistorischen Forschung geworden. Obgleich die politische Herrschaft die gesellschaftlichen Struk-

---

Hans-Joachim Mohr, 50 Jahre Bodenreform in den neuen Bundesländern, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie (ZAA) 43 (1995), S. 211–233.

2 M. Rainer Lepsius, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 17–30. Zit. nach: Frank Adler, Ansätze zur Rekonstruktion der Sozialstruktur des DDR-Realsozialismus, in: Berliner Journal für Soziologie 1 (1991), S. 157–175, hier: S. 157. Zusammenfassend: Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte, S. 547–553, hier: S. 547–550.

3 Sigrid Meuschel, Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft (GG) 19 (1993), S. 5–14, hier: S. 6. Zur Debatte auch: Gert-Joachim Glaeßner, „Totalitarismus" – Reflexionen zu einer wissenschaftlichen und politischen Debatte, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 29 (1999), H. 115, S. 255–275, hier: S. 270–272; Ralph Jessen, DDR-Geschichte und Totalitarismustheorie, in: Berliner Debatte. Initial, H. 4/5, 1995, S. 17–24; Eckhard Jesse, Die Totalitarismusforschung und ihre Repräsentanten. Konzeptionen von Carl J. Friedrich, Hannah Arendt, Eric Voegelin, Ernst Nolte und Karl Dietrich Bracher, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament" (APZ), B 20/98, 8.5.1998, S. 3–18; ders., War die DDR totalitär?, in: APZ, B 40/94, 7.10.1994, S. 12–23, hier: S. 13, 20, 23. Forschungsübersichten in: Eckard Jesse, Die Totalitarismusforschung im Streit der Meinungen, in: ders. (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Baden-Baden 1996, S. 9–39.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

turen in der DDR prägte und auch die sozialen Beziehungen nachhaltig beeinflußte, entzog sich ihre Dynamik partiell dem Zugriff der Machthaber. So hat die neuere sozialhistorische Forschung gezeigt, daß gesellschaftliche Kontinuitäten über politische Umbrüche hinweg auch in der DDR mächtig blieben. Die Führung der SED, die in den späten vierziger Jahren zur Staatspartei wurde, war nicht nur von der sowjetischen Hegemonialmacht abhängig, sondern mußte über die jeweiligen politischen Rahmenbedingungen hinaus soziale Voraussetzungen berücksichtigen, um ihrer Politik in der „Restgesellschaft" der DDR alltagsweltliche Wirkungskraft zu verleihen.[4] Traditionale Werte und festgefügte Beziehungsnetze bestanden in sozialen Milieus auch über das Kriegsende hinaus fort. Das Nachkriegschaos dynamisierte die ostdeutsche Gesellschaft nachhaltig und entzog sie zugleich zentraler Kontrolle und Regulierung. In der staatssozialistischen Diktatur bildeten sich darüber hinaus neue Klientel- und Patronatsbeziehungen, die den wirtschaftlichen Mangel kompensierten und den Zugriff der Machtzentrale auf die Gesellschaft einschränkten. Der umfassende Herrschaftsanspruch führte zudem selber einen ständigen Regelungsdruck herbei, der die Machtzentrale letztlich überforderte. Überdies hatten die Eingriffe, die sich aus den technokratischen Gestaltungsillusionen und der ungebremsten Wissenschaftsgläubigkeit der Machthaber speisten, nicht intendierte und unerwartete Wirkungen, die sich der Kontrolle der SED-Führung zu entziehen drohten.

Improvisierte Krisenlösungen kennzeichneten deshalb die Parteidiktatur in der DDR ebenso wie Enthusiasmus und begeisterte Partizipation einerseits sowie Zwang und Repression andererseits. Das SED-Regime war permanent zu pragmatischen Entscheidungen gezwungen, die nicht primär oder zumindest nicht ausschließlich aus der Programmatik der Partei abgeleitet und mit ihr begründet werden konnten. Auch funktionale Zwänge in den gesellschaftlichen Subsystemen und der Druck zur Anpassung an Entwicklungen, denen sich die DDR nicht vollständig entziehen konnte, erforderten zumindest eine begrenzte Revision politischer Konzepte und Ziele. Überdies sind Gemeinschaftsformen wie Familien, Freundeskreise, Arbeitskollektive und Nachbarschaftsbeziehungen als „Grenzen der Diktatur" identifiziert worden. Ebenso sprengte die Generationsdynamik das Gehäuse des kommunistischen Regimes, denn die hohe Aufstiegsmobilität, die mit dem Elitenwechsel und dem Neuaufbau in der SBZ und DDR bis zu den sechziger Jahren einhergegangen war, schlug in den beiden darauffolgenden Jahrzehnten in eine gesellschaftliche Blockade um. Da die jüngere Generation kaum noch avancieren konnte, nahm ihre politische Loyalität gegenüber der Staatspartei tendenziell ab. Schließlich beeinflußte auch die Anziehungskraft des Westens die Gesellschaftspolitik der SED, die bis zum Mauerbau 1961 sogar berücksichtigen mußte, daß Bewohner des zweiten deutschen Staates in die Bundesrepublik fliehen konnten.[5]

4 Ralph Jessen, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: GG 21 (1995), S. 96–110, hier: S. 98–100, 110; Jürgen Kocka, Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung, in: ders. (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 9–26, hier: S. 24; ders., Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der DDR, in: APZ, B 40/94, 7.10.1994, S. 34–45, hier: S. 38–40; ders., Gesellschaft, S. 550. „Restgesellschaft" nach: Konrad H. Jarausch, Die gescheiterte Gegengesellschaft. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der DDR, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS) 39 (1999), S. 1–17, hier: S. 9. Zum Stellenwert historischer Kontinuitäten in der neueren Sozialgeschichtsschreibung allgemein: Jürgen Kocka, Sozialgeschichte der neunziger Jahre, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 40 (1993), S. 1125–1129, hier: S. 1127.

5 Richard Bessel/Ralph Jessen, Einleitung: Die Grenzen der Diktatur, in: dies. (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 7–23, hier: S. 9–16; Jessen, Gesell-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Auch die ländliche Gesellschaft war in der DDR nicht nur Objekt der Diktatur, die von der sowjetischen Besatzungsmacht und den kommunistischen Parteiführern oktroyiert wurde. Die SED-Herrschaft mußte vielmehr in dörfliche Milieus transferiert und dabei adaptiert werden, um sie gesellschaftlich zu fundieren. Der Prozeß der individuellen und kollektiven Aneignung der kommunistischen Diktatur wurde auf dem Lande aber überlagert durch Gegensätze, Widersprüche und Friktionen, die sich in Abwehrreflexen und Konflikten manifestierten und eine zielgerichtete Durchsetzung zentraler Eingriffe erschwerten. Ebenso wie in der Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus sind in Studien über den Umbruch der ländlichen Gesellschaft in der DDR deshalb über die dichotomische Konfrontation von Herrschaft und Gesellschaft hinaus die Auswirkungen der politischen Eingriffe auf den Strukturwandel und das Alltagsleben auf dem Lande zu rekonstruieren. In diesem Buch wird das Verhältnis von Umbruch und Traditionsverhaftung auf dem Lande unter dem Druck von Bodenreform und Kollektivierung untersucht. Damit werden die Konturen der Gesellschaft in der DDR und ihre Dimensionen ebenso herausgearbeitet wie die Dynamik des Strukturwandels, der sozialen Beziehungen und des Handelns der Akteure. Insgesamt richtet sich das Interesse damit auf die „Zone zwischen Konstruktion und Autonomie", in der Herrschaft und Gesellschaft, Staat und Partei, Politik und Privatsphäre sowie formelle und informelle Strukturen und Prozesse unterschiedliche Handlungsfelder konstituierten.[6]

Das Verhältnis zwischen der Politik gesellschaftlicher Konstruktion und der Entwicklung sozialer Strukturen auf dem Lande ist die zentrale Problemstellung dieser Studie, die damit Überlegungen zur kulturhistorischen Erweiterung der Sozialgeschichte aufgreift. „Kultur" wird hier als Prozeß der Repräsentation, Aneignung und Sinnfindung gefaßt. Das Konzept lenkt den Blick damit auf die Mentalitäten und Handlungspraktiken von Individuen und Gruppen. Die ländliche Gesellschaft ist besonders geeignet, die Handlungen der Akteure und die daraus hervorgegangenen komplexen Vergesellschaftungsprozesse in der wechselseitigen Durchdringung von Alltagswelt und politischer Herrschaft zu untersuchen. In der

---

schaft, S. 101–108; Jarausch, Gegengesellschaft, S. 9–11, 16; Kocka, Gesellschaft, S. 551. Vgl. auch Mary Fulbrook, Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR 1919–1989, Oxford 1995, S. 1–19. Zu den Umverteilungsnetzen: Ilja Srubar, War der reale Sozialismus modern? Versuch einer strukturellen Bestimmung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZSS) 43 (1991), S. 415–432, hier: S. 428; Stefan Wolle, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU) 50 (1999), S. 396–411, hier: S. 405. Zur Abnahme der Aufstiegsmobilität: Lutz Niethammer, Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte, S. 95–115, hier: 107f.

6 Zit. nach Jessen, Gesellschaft, S. 110. Dazu auch: Thomas Lindenberger, Alltagsgeschichte und ihr möglicher Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Bessel/Jessen (Hg.), Grenzen, S. 298–325, hier: 312–320. Allgemein: Klaus Schönhoven, Drittes Reich und DDR: Probleme einer vergleichenden Analyse von Diktaturerfahrungen, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (JHK), 1995, S. 189–200, hier: S. 196f.; Günther Heydemann, NS- und SED-Staat – Zwei deutsche Diktaturen? Probleme und Möglichkeiten des Diktaturvergleichs, in: Ingrid Gamer-Wallert u.a. (Hg.), Nähe und Ferne. Erlebte Geschichte im geteilten und vereinten Deutschland, Tübingen 1997, S. 54–77, hier: S. 56f., 60, 73, 75; ders./Christopher Beckmann, Zwei Diktaturen in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen des historischen Diktaturenvergleichs, in: Deutschland Archiv (DA) 30 (1997), S. 12–40, hier: S. 19f., 40; Konrad H. Jarausch, Die DDR denken. Narrative Strukturen und analytische Strategien, in: Berliner Debatte Initial, H. 4/5, 1995, S. 9–15, hier: S. 13f. Methodische Hinweise zum Diktaturenvergleich in: Günther Heydemann, Integraler und sektoraler Vergleich – Zur Methodologie der empirischen Diktaturforschung, in: ders./Eckhard Jesse (Hg.), Diktaturvergleich als Herausforderung. Theorie und Praxis, Berlin 1998, S. 227–233.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

DDR blieb die Agrarwirtschaft – deutlich länger und ausgeprägter als in der Bundesrepublik Deutschland – in den Dörfern die „Gravitationsachse“[7] der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Die Landwirte gehörten zu den wichtigsten Zielgruppen der SED-Politik, die auf eine Integration der Bauern in das „Bündnis“ mit der Arbeiterschaft zielte, bis zu den frühen achtziger Jahren letztlich sogar die gesellschaftliche Fusion beider Gruppen als „werktätige Klassen und Schichten“ anstrebte und eine weitgehende Angleichung der Lebensbedingungen in Stadt und Land herbeiführen sollte. In der ländlichen Gesellschaft traf der umfassende Konstruktionsanspruch der Machthaber aber unmittelbar auf traditionale Lebenswelten und überlieferte Werte, die große Bevölkerungsgruppen und dörfliche Milieus gegen die zentral initiierte und administrativ angeordnete Transformationspolitik der SED-Führung abschirmten.[8]

Anstelle einer chronologischen Darstellung, einzelner Dorfstudien oder biographischer Untersuchungen wird die dargelegte Problemstellung in dieser Arbeit im Hinblick auf Zwangsmodernisierung und Traditionalität auf dem Lande untersucht. Diese Begriffe, die der Darstellung zugrunde liegen und die unabdingbaren Deutungskriterien bereitstellen, sind geeignet, Fragen zu erschließen, die eine Analyse der Problemstellung erlauben. Zudem erlauben sie, die Entwicklung der ländlichen Gesellschaft in der SBZ bzw. DDR auch über die Grenzen unterschiedlicher politischer Systeme und sozialer Ordnungen hinweg vergleichend zu betrachten.

Zwangsmodernisierung ist im Hinblick auf die Untersuchung der DDR-Gesellschaft zunächst als normatives Konzept zu fassen, das nicht nur einen totalitären Herrschaftsanspruch begründete, sondern vor allem im Umbruch bis zu den frühen sechziger Jahren auch konkrete politische Eingriffe zur Umwälzung der bestehenden Gesellschaft auslöste. Grundlegend für den ökonomischen und sozialen Neuaufbau war der politisch induzierte Strukturwandel, mit dem letztlich eine neue, dem westlichen Kapitalismus vermeintlich überlegene

7 Wolfgang Kaschuba, Bauern und andere – Zur Systematik dörflicher Gesellschaftserfahrungen zwischen Vorindustrialisierung und Weltwirtschaftskrise, in: ders./Carola Lipp (Hg.), Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Tübingen 1982, S. 1–285, hier: S. 205.

8 Hier skizziertes Konzept von „Kultur“ erläutert in: Christoph Conrad/Martina Kessel, Blickwechsel: Moderne, Kultur, Geschichte, in: dies. (Hg.), Kultur & Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung, Stuttgart 1998, S. 9–40, hier: S. 10. Zur Debatte über neuere Untersuchungsansätze und die Perspektiven der Sozialgeschichtsschreibung besonders: Reinhard Sieder, Sozialgeschichte auf dem Weg zu einer historischen Kulturwissenschaft?, in: GG 20 (1994), S. 445–468; Rudolf Vierhaus, Dimensionen der Historischen Kulturwissenschaft, in: Axel Lubinski/Thomas Rudert/Martina Schattkowsky (Hg.), Historie und Eigen-Sinn. Fs. Jan Peters, Weimar 1997, S. 129–138, hier: S. 132f., 136–138; Heinz Dieter Kittsteiner, Was heißt und zu welchem Ende studiert man Kulturgeschichte?, in: GG 23 (1997), S. 5–27, hier: S. 16f., 22. Plädoyer, die Wahrnehmungen, Selbstbilder und Sinnkonstruktionen der Subjekte ernst zu nehmen, z.B. in: Ute Daniel, Quo vadis, Sozialgeschichte? Kleines Plädoyer für eine hermeneutische Wende, in: Winfried Schulze (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, Göttingen 1994, S. 54–64, hier: S. 60; dies., Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft, Teil I, in: GWU 48 (1997), S. 195–219, hier: S. 200. Zurückhaltender dagegen die Überlegungen zur Verbindung von Kultur- und Gesellschaftsgeschichte in: Thomas Welskopp, Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft, in: GG 24 (1998), S. 179–198, bes. S. 179, 181, 183, 186, 189f. Vgl. auch die Beiträge in Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997; Wolfgang Hartwig/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Kulturgeschichte Heute, Göttingen 1996; Hartmut Lehmann (Hg.), Wege zu einer neuen Kulturgeschichte, Göttingen 1995.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

„Gesellschaftsformation" herbeigeführt werden sollte. Die ideologische Utopie schloß zentrale Legitimierungs-, Prozeß- und Leistungsfunktionen durchaus ein, mit denen die politische Herrschaft der Staatspartei gefestigt werden sollte. Die Machthaber in der DDR strebten an, den Staat nach dem Vorbild der Parteiorganisation einzurichten, die Gesellschaft mit ihrer Herrschaft zu durchdringen und die Menschen weitestgehend zu erfassen. Die „Verstaatlichung der Gesellschaft" sollte Herrschaft letztlich aufheben und eine egalitäre Gemeinschaft ohne Egoismus und Hedonismus konstituieren. Der Überlegenheits- und Universalitätsanspruch des Marxismus-Leninismus spiegelte sich in der DDR besonders bis zu den frühen siebziger Jahren in dem weitreichenden technokratischen Voluntarismus und in den technizistischen Gestaltungsutopien der Machthaber wider. Wissenschaftliche Planung, Kontrolle und Lenkung, die bürokratische Regulierung von Ökonomie und Gesellschaft, die zentrale Mobilisierung und Allokation von Ressourcen und ein ausgeprägt industriewirtschaftliches Entwicklungsmodell begründeten die totalitäre Illusion vom überlegenen „sozialistischen" Weg in die Moderne, der die Friktionen und strukturellen Konflikte des Konkurrenzkapitalismus vermeiden sollte.[9]

Die technizistische Utopie einer Progression durch die gesetzesmäßige Abfolge von Gesellschaftsformationen war in den kommunistischen Diktaturen, die nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert wurden, vom stalinistischen Industrialisierungsmodell inspiriert und ideologisch aufgeladen worden. Mit dem Stalinismus verabsolutierten die sowjetischen und deutschen Machthaber auch in der SBZ/DDR *eine* breite Traditionslinie des Sozialismus, die durch Wissenschaftsgläubigkeit, Technikeuphorie und eine unverrückbare Zukunftsgewißheit gekennzeichnet war, die Industrialisierung zu einer Voraussetzung des Fortschritts erhob und Großbetriebe als Leitbilder der sozioökonomischen Entwicklung verklärte. Damit gingen das Ideal einer harmonischen Gesellschaft und das Ziel einher, wirtschaftliche Konflikte und Spannungen vollends und irreversibel zu beseitigen. Obgleich sich die stalinistische Herrschaft auch in der DDR nach dem Frühjahr 1956 abschwächte, prägte das Konzept, den Sprung in den Sozialismus und letztlich in den Kommunismus politisch zu erzwingen, auch weiterhin die Politik der Gesellschaftskonstruktion. Wie in dieser Studie dargelegt wird, unterhöhlte das Regime mit diesem Dogma auf dem Lande jedoch wiederholt die ihm verbliebene Legitimität, da die aus ihm abgeleiteten politischen Eingriffe den gesellschaftlichen Akteuren wenig Partizipationschancen ließen und sie in Identitätskon-

9 Johann P. Arnason, Totalitarismus und Modernisierung, in: Lars Clausen (Hg.), Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle a.d. Saale 1995, Frankfurt/M. 1996, S. 154–163, hier: S. 159; ders., Totalitarismus und Moderne. Franz Borkenaus Totalitarismustheorie als Ausgangspunkt für soziologische Analysen, in: Achim Siegel (Hg.), Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln 1998, S. 169–200, hier: S. 184–187; ders., Gescheiterte Globalisierung: Das sowjetische Modell, in: Klaus Müller (Hg.), Postsozialistische Krisen. Theoretische Ansätze und empirische Befunde, Opladen 1998, S. 9–30, hier: S. 18. Zur DDR: Dietrich Mühlberg, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte, S. 62–94, hier: S. 69; Joachim Radkau, Revoltierten die Produktivkräfte gegen den real existierenden Sozialismus, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 4 (1990), S. 13–42, hier: S. 16, 21, 35f.; Glaeßner, „Totalitarismus", S. 270. Zit. nach: Johann P. Arnason, Die Moderne als Projekt und Spannungsfeld, in: Axel Honneth/Hans Joas (Hg.), Kommunikatives Handeln, Frankfurt/M. 1986, S. 278–326, hier: S. 288. Zur Diskussion auch: Jürgen Kocka, Die DDR – eine moderne Diktatur? Überlegungen zur Begriffswahl, in: Michael Grüttner/Rüdiger Hachtmann/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Geschichte und Emanzipation. Fs. Reinhard Rürup, Frankfurt/M. 1999, S. 540–550.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

flikte stürzte. Darüber hinaus löste die Herrschafts- und Konstruktionspolitik Abwehrreflexe aus, führte Verteilungskrisen herbei und integrierte die dörfliche Bevölkerung damit allenfalls partiell in die neue gesellschaftliche Ordnung.[10] Durch eine kritische Historisierung des Modernisierungsparadigmas soll hier der evolutionäre Fortschrittsoptimismus besonders strukturfunktionalistischer Theorien überwunden werden, die – oft unreflektiert – auf dem Ziel unbegrenzten Wachstums und auf technokratischen Gestaltungsillusionen basieren. Demgegenüber sind die Widersprüche und Folgelasten des angestrebten und herbeigeführten Entwicklungssprunges in die Utopie der kommunistischen Zukunftsgesellschaft auf dem Lande in der SBZ bzw. DDR zu akzentuieren. Damit tritt auch die Reflexivität der Zwangsmodernisierung hervor.[11]

Über die zutreffende, aber allgemeine und analytisch wenig weiterführende Denkfigur von der Ambivalenz der Moderne hinaus sind das Konzept und die Maßnahmen, die hier in heuristischer Absicht als Zwangsmodernisierung gefaßt werden, in ihrem dialektischen Verhältnis zu *Traditionalität* zu untersuchen. Damit wird die Dichotomie von „modern" und „traditional" zugunsten der (offeneren) Analyse unterschiedlicher Entwicklungspfade und

10 Dieter Langewiesche, Fortschritt als sozialistische Hoffnung, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Fs. Hermann Weber, Köln 1993, S. 39–55, hier: S. 39–47. Vgl. auch Wolfgang Eichwede, Stalinismus und Modernisierung, in: Bernd Faulenbach/Martin Stadelmaier (Hg.), Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917–1991, Essen 1993, S. 40–48, hier: S. 40–44. Zu den Funktionen des Modernisierungsprozesses und seinen Krisen aus strukturfunktionalistischer Sicht: Hans-Ulrich Wehler, Diktaturenvergleich, Totalitarismustheorie und DDR-Geschichte, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Fs. Christoph Kleßmann, Bonn 1998, S. 346–352, hier: S. 349f. Dazu auch schon: Hans-Ulrich Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975, S. 35f.

11 Zur Zwangsmodernisierung Hinweise in: Irma Hanke, Sozialstruktur und Gesellschaftspolitik im SED-Staat und ihre geistig-seelischen Folgen, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. III/2, Baden-Baden 1995, S. 1144–1206, hier: S. 1168f. Für die Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft: Arnd Bauerkämper, Zwangsmodernisierung und Krisenzyklen. Die Bodenreform und Kollektivierung in Brandenburg 1945–1960/61, in: GG 25 (1999), S. 556–588. Zur konzeptionellen Differenzierung zwischen einfacher und reflexiver Modernisierung: Ulrich Beck, Der Konflikt der zwei Modernen, in: Wolfgang Zapf (Hg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt/M. 1991, S. 40–53, hier: S. 40, 51f. Vgl. auch ders., Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt/M. 1993. Ausgehend von der Diagnose einer allgemeinen Ambivalenz der Moderne, werden totalitäre Herrschaftsformen zu Varianten der „Sozialtechnologie" in der modernen Geschichte nivelliert in: Zygmunt Bauman, Moderne und Ambivalenzen. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg 1992, S. 45, 55, 69, 343; ders., Unbehagen in der Postmoderne, Hamburg 1999, S. 18, 27. Zur Ambivalenz der Moderne auch: Detlev J.K. Peukert, Das Janusgesicht der Moderne, in: ders., Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989, S. 55–69, 132f. Zum zivilisatorischen Potential der Moderne allgemein die Einleitung in: Max Miller/Hans-Georg Soeffner (Hg.), Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1996, S. 12–27, hier: S. 15, 17, 19. Grundsätzliche Kritik an modernisierungstheoretischen Untersuchungsansätzen zur Geschichte der DDR z.B. in: Konrad H. Jarausch, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: APZ, B 20/98, 8.5.1998, S. 33–46, hier: S. 40, 45; Mary Fulbrook, Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und „innere Einheit" – ein Widerspruch?, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999, S. 286–298, hier: S. 295f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

-verläufe überwunden. Im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand wird überdies der strukturelle Umbruch der ländlichen Gesellschaft in Ostdeutschland von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren analytisch an konkrete Handlungspraktiken der Akteure gebunden. In der DDR veränderte die Bodenreform, vor allem aber die Kollektivierung, nachhaltig dörflich-agrarische Milieus und die Lebenswelten ländlicher Gesellschaftsgruppen. Dennoch wandelten sich Mentalitäten, überlieferte Werte und Handlungsformen auf dem Lande auch in der kommunistischen Diktatur keineswegs abrupt. Repräsentationen, Praktiken und Aneignungsweisen zeigten vielmehr eine Beharrungskraft, die Individuen dem politischen Wandlungs- und Anpassungsdruck partiell und vorübergehend entzog. Damit wird hier allgemein unterschieden zwischen „verschiedenen Schichten, solchen, die sich schnell ändern können, solchen, die sich nur langsam wandeln, und solchen, die dauerhafter sind und die wiederkehrende Möglichkeiten in sich bergen."[12] Obgleich der weitreichende Herrschaftsanspruch der SED-Führung, die neue Rationalitätskriterien definierte und verbindlich durchsetzte, das Handeln der Akteure tiefgreifend beeinflußte, waren gesellschaftliche Traditionen keineswegs beseitigt, die sich allgemein auf „die Interaktion und Kommunikation von Handlungsträgern im Zusammenhang der Übermittlung eines Gegenstandes oder einer Person" beziehen. Der Begriff bezeichnet damit ein grundlegendes Handlungsmodell, das auch individuelle und kollektive Formen des Umgangs mit politischen Eingriffen in alltägliche Lebenswelten einschließt.[13]

Auf dem Lande blockierten und deformierten besonders traditionale gesellschaftliche Milieus den Herrschafts- und Umgestaltungsanspruch des SED-Regimes. „Milieus" sind „soziale Einheiten, die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen gebildet werden. Das Milieu ist ein sozio-

12 Reinhard Koselleck, Wie neu ist die Neuzeit?, in: ders., Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt/M. 2000, S. 225–239, hier: S. 238f.

13 Siegfried Wiedenhofer, Art. „Tradition, Traditionalismus", in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1990, S. 607–649, hier: S. 607. Zur Fragestellung auch: Clemens Burrichter/Gerd-Rüdiger Stephan, Die DDR als Untersuchungsgegenstand einer Historischen Sozialforschung. Ergebnisse, Defizite, Perspektiven, in: DA 29 (1996), S. 444–454, hier: S. 446f., 452; Dieter Segert, Was war die DDR? Schnitte durch ihr politisches System, in: Berliner Debatte. Initial 9 (1998), H. 2/3, S. 5–21, hier: S. 15; Kocka, Geschichte der DDR, S. 25; ders., Die DDR – eine moderne Diktatur?, S. 542f. Zurückhaltender das Plädoyer in: Srubar, War der reale Sozialismus modern?, S. 415–432. Vergleichend: Bernd Faulenbach, „Modernisierung" in der Bundesrepublik und in der DDR während der 60er Jahre, in: Zeitgeschichte 25 (1998), S. 282–294, hier: S. 282f., 286f., 291. Zur theoretischen Grundlage: Shmuel Eisenstadt, Die Antinomien der Moderne, Frankfurt/M. 1998; ders., Tradition, Wandel und Modernität, Frankfurt/M. 1979, bes. S. 328–367; Klaus Müller, Totalitarismus und Modernisierung. Zum Historikerstreit in der Osteuropaforschung, in: Siegel (Hg.), Totalitarismustheorien, S. 37–79; Wilfried Spohn, Modernisierung und Totalitarismus. Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus in vergleichender Perspektive, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 29 (1999), H. 115, S. 277–299, hier: S. 283. Konzeptionell weiterführend auch: Thomas Mergel, Geht es weiterhin voran? Die Modernisierungstheorie auf dem Weg zu einer Theorie der Moderne, in: ders./Welskopp (Hg.), Geschichte, S. 203–232. Dazu: Johannes Berger, Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich – und was wird ihr bloß unterstellt?, in: Leviathan 24 (1996), S. 45–62; ders., Modernitätsbegriffe und Modernitätskritik, in: Soziale Welt (SW) 39 (1988), S. 224–236, hier: S. 226, 231f. Mit Bezug zur Agrargeschichte: Josef Mooser, Agrargeschichte und Kulturgeschichte im 20. Jahrhundert, in: Paul Nolte u.a. (Hg.), Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte, München 2000, S. 124–133, hier: S. 125.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

kulturelles Gebilde, das durch eine spezifische Zuordnung solcher Dimensionen auf einen bestimmten Bevölkerungsteil bestimmt wird." Da die Bestimmungsgründe der Zuordnungen wechseln, sind Milieus weder stabil noch homogen und eindeutig abzugrenzen. Entwickelt und angewendet besonders in der Wahl- und Parteienforschung, bezieht sich das Milieukonzept aber auf „unterschiedliche kulturelle Manifestationen, auf Lebensweise, Mentalität und Deutungskultur." In Milieus verschränken sich damit Politik, Sozialstruktur und gesellschaftlich relevante Handlungspraktiken. Demgegenüber werden „Lebensstile" durch kulturelle Distinktionen und individuelle Wahl konstituiert, weitgehend ohne den gesellschaftlichen Zwang und die soziale Kontrolle, die Milieus ihre spezifische Stabilität verleihen. Während Lepsius für das Deutsche Kaiserreich vier große Milieus identifiziert hat – das ostelbisch-konservative, das katholische, das liberal-bürgerliche und das sozialistische –, sind in der neueren Parteienforschung (besonders von Karl Rohe) drei „politische Lager" unterschieden worden, deren Angehörige sich wechselseitig voneinander abgegrenzt haben: das katholische, das sozialistische und das nationale. Milieus bildeten sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts als Folge der Industrialisierung und der „Sozialisationslücke" heraus, die der Funktionsverlust ständischer Vergemeinschaftung und der Rückgang der Familienbindung im Prozeß der nationalen Vergesellschaftung hinterließ. In urbanisierten Industriegesellschaften haben Milieus Integrations- und Exklusionseffekte entfaltet, die ihren Angehörigen stabilisierende Selbst- und Fremdzuordnungen vermittelten. Nach dem Zweiten Weltkrieg lösten sich zwar in beiden deutschen Staaten Arbeitermilieus auf; andere Milieus wechselten aber zumindest in Westdeutschland lediglich ihre politischen und kulturellen Repräsentanzformen.[14] Milieus schließen jeweils unterschiedliche „Lebenswelten" ein, die „raum- und zeitbedingte soziale Wirklichkeit" bezeichnen, „in der tradierte und sich weiter entwickelnde Normen gelten und Institutionen bestehen und neue geschaffen werden." „Lebenswelten" sind analytisch als „gesellschaftlich konstituierte, kulturell ausgeformte, symbolisch gedeutete Wirklichkeit" zu fassen und bilden damit Kristallisationskerne von Gesellschaftspolitik, Sozialstruktur und mentalen Dispositionen der Akteure.[15]

14 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80, hier: S. 68; Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1992, S. 19. „Sozialisationslücke" nach: Klaus Tenfelde, Historische Milieus – Erblichkeit und Konkurrenz, in: Manfred Hettling/Paul Nolte (Hg.), Nation und Gesellschaft. Historische Essays, München 1998, S. 247–268, hier: S. 254. Der Nexus von „objektiven" Umweltbedingungen und ihrer „subjektiven" Verarbeitung wird zugrunde gelegt von Stefan Hradil, Von der „Nivellierten Mittelstandsgesellschaft" zur „Pluraldifferenzierten Wohlstandsgesellschaft". Strukturtypisierungen der Sozialstruktur der Bundesrepublik und ihr Realitätsgehalt, in: Politische Bildung 23 (1990), H. 2, S. 18–37, hier: S. 29. Eine Identität oder Affinität der Einstellungen, Wertorientierungen und Lebensstile als Grundlage von Milieus wird betont in: Doris Ritschel, Soziale Milieus in der ehemaligen DDR. Ein neuer Forschungsansatz, in: Michael Thomas (Hg.), Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß, Berlin 1992, S. 292–302, hier: S. 294. Zum „Lebensstil"-Konzept: Peter A. Berger/Stefan Hradil, Die Modernisierung sozialer Ungleichheit – und die neuen Konturen ihrer Erforschung, in: dies. (Hg.), Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Göttingen 1990, S. 3–24, hier: S. 17. Zum Zerfall von Milieus unterschiedliche Interpretationen in: Tenfelde, Milieus, S. 263f.; Franz Walter, Milieus und Parteien in der deutschen Gesellschaft. Zwischen Persistenz und Erosion, in: GWU 46 (1995), S. 479–493, hier: S. 489–492.

15 Rudolf Vierhaus, Die Rekonstruktion historischer Lebenswelten. Probleme moderner Kulturgeschichtsschreibung, in: ders./Roger Chartier, Wege zu einer neuen Kulturgeschichte, Göttingen 1995, S. 5–28,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Sowohl die Milieus als auch die in ihnen eingeschlossenen Lebenswelten basieren auf „Mentalitäten", die „als kollektive Einstellungen wesentliche Bestimmungsgründe für soziales Verhalten und politisches Handeln" sind. „Mentalitäten" bezeichnen Prozesse der Wahrnehmung und Verarbeitung externer Anforderungen und Impulse, die – darüber vermittelt – Handeln auslösen. Individuelles und kollektives Verhalten ist deshalb im Hinblick auf die damit jeweils verbundenen Sinn- und Bedeutungszuschreibungen zu untersuchen. Als „Geschichte der Bedeutungen von Verhalten" akzentuiert Mentalitätengeschichte die „Geschichte der Zuordnungen, die eine Kollektivität durchschnittlich gegenüber Zuständen, Ereignissen und Situationen in unmittelbarer Sinngewißheit vornimmt." Mentalitätengeschichte untersucht deshalb die Einstellungen einzelner Akteure oder Gruppen, ihre unausgesprochenen und unbewußten Annahmen ebenso wie Komplexe aufeinander bezogener Meinungen, Metaphern und Symbole. Damit treten kollektive Repräsentationsformen des Bewußtseins (Durkheim: *représentations collectives*) hervor, die von den Gründern der französischen *Annales*-Schule, Marc Bloch und Lucien Febvre, mit engem Bezug zur historischen Geographie und in komparativer Absicht untersucht wurden. Da Sinn- und Bedeutungszuschreibungen variieren, ist die Entwicklung von Mentalitäten analytisch eng auf politische Umbrüche und den gesellschaftlichen Strukturwandel zu beziehen. Trotz der beschleunigten sozioökonomischen Transformation veränderten sich fest verwurzelte Mentalitätsbestände auch im 20. Jahrhundert nur langsam. Diese als *longue durée* bezeichnete Kontinuität tradierter Normen und Werte wurde in der SBZ bzw. DDR von tiefgreifenden Umbrüchen erschüttert, die sich über die Folgen des Zweiten Weltkriegs hinaus besonders aus der Herrschafts- und Konstruktionspolitik der Machthaber ergaben. Deshalb widmet sich diese Studie vor allem dem Zusammenhang zwischen politischen Eingriffen, dem strukturellen Wandel und Verhaltensweisen der Akteure. Dabei wird allgemein von Freiräumen bei der Verarbeitung, Deutung und Aneignung überindividueller Weltbilder und Prozesse ausgegangen.[16]

Die Mentalitäten der Akteure schlagen sich – wenngleich oft indirekt – in konkreten Handlungspraktiken und kulturellen Distinktionen nieder, die deshalb hier untersucht und auf den Strukturwandel bezogen werden. Zur Operationalisierung dieser Problemstellung

---

hier: S. 14. Mit Bezug zur ländlichen Gesellschaft in der DDR: Jens Murken, „Ein Genosse muß sauber, blitzsauber dastehen!" Zum Legitimationspotential des kommunistischen Regimes innerhalb der ländlichen Gesellschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1945, in: Damian van Melis (Hg.), Sozialismus auf dem platten Land. Tradition und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1952, Schwerin 1999, S. 261–279, hier: S. 265.

16 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Volker Sellin, Mentalität und Mentalitätsgeschichte, in: Historische Zeitschrift (HZ) 241 (1985), S. 555–598, hier: S. 597, 577, 587. Vgl. auch Ingrid Gilcher-Holtey, Plädoyer für eine dynamische Mentalitätsgeschichte, in: GG 24 (1998), S. 476–497, hier: S. 477f., 484, 486f., 492–495; Volker Sellin, Mentalitäten in der Sozialgeschichte, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hg.), Soziales Verhalten und soziale Aktionsformen in der Geschichte, Göttingen 1987, S. 101–121; Martina Kessel, Mentalitätengeschichte, in: Christoph Cornelißen (Hg.), Geschichtswissenschaften. Eine Einführung, Frankfurt/M. 2000, S. 235–246, hier: S. 238–240; Heide Wunder, Kulturgeschichte, Mentalitätengeschichte, Historische Anthropologie, in: Richard van Dülmen (Hg.), Fischer-Lexikon Geschichte, Frankfurt/M. 1990, S. 65–86, hier: S. 72–80. Zur Tradition der *Annales*: André Burguière, Der Begriff der „Mentalitäten" bei Marc Bloch und Lucien Febvre: zwei Auffassungen, zwei Wege, in: Ulrich Raulff (Hg.), Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse, Berlin 1987, S. 33–49; Peter Burke, Stärken und Schwächen der Mentalitätengeschichte, in: ebd., S. 127–145. Allgemein: Wolf Lepenies, Von der Geschichte zur Politik der Mentalitäten, in: HZ 261 (1995), S. 673–694.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

sind Begriffe und Konzepte der Kultursoziologie Pierre Bourdieus zu nutzen. Als regulativer Orientierungsrahmen prägt der „Habitus" sozialer Akteure Wahrnehmungs-, Denk-, Erfahrungs- und Beurteilungsformen und bindet damit Handlungen ebenso an gesellschaftliche Strukturen wie das Konzept der „Praxis", das interessengebundene Tätigkeiten bezeichnet. In „sozialen Feldern" als horizontaler Dimension gesellschaftlichen Austausches treffen die Akteure in einer spezifischen Konfiguration oder Konstellation aufeinander. Demgegenüber werden in „sozialen Räumen" Status- und Prestigekämpfe unterschiedlicher Berufsgruppen ausgetragen, die eine wechselseitige Distinktion anstreben. Die Position der Akteure in den Feldern oder Räumen ergibt sich letztlich aus der Akkumulation und Transformation von Ressourcen, die Bourdieu als „Kapital" bezeichnet. Während mit dem „sozialen Kapital" die Zugehörigkeit zu einer Gruppe (z.B. Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen und Kontakte in Vereinen) als Ressource erschlossen wird, bezeichnet „kulturelles Kapital" gleichermaßen konvertierbare Bildung und akkumulierte Kulturgüter wie Bücher. „Ökonomisches Kapital" – vor allem Geld – ist eine Schüsselkategorie sozialer Interaktion und gesellschaftlicher Ungleichheit, weil es in andere Kapitalsorten konvertiert werden kann und in Eigentumsrechten fest institutionalisiert ist. Klassen gehen nach diesem kultursoziologischen Untersuchungsansatz jedoch nicht ausschließlich aus der unterschiedlichen Ausstattung mit den skizzierten Ressourcen hervor, sondern werden darüber hinaus durch die damit verbundenen distinktiven Lebensstile konstituiert, die identifizierbare Statusgruppen, gesellschaftliche Beziehungshierarchien und Prestigegefälle herausbilden. Damit können unterschiedliche Dimensionen sozialer Ungleichheit erfaßt werden. Das soziale und kulturelle Kapital als Ressourcen des Handelns und der Distinktion entfalteten in der staatssozialistischen Gesellschaft aber wegen des Bedeutungsverlustes von Geld als Kriterium und von ökonomischen Prozessen auf Märkten als Determinanten sozialer Ungleichheit eine beträchtliche Wirkung. Diese Kapitalsorten sind deshalb zur Analyse der sozialen Beziehungen in der DDR besonders geeignet. Klassenlagen waren hier weniger ökonomisch fundiert als kulturell reproduziert.[17]

Auf dem Lande begründeten Nachbarschaftsbindungen, ein ausgeprägtes bäuerliches Eigentümerbewußtsein, Landbesitz als Statuskriterium und körperliche Arbeit (vorwiegend in

17 Die komplexe Kultursoziologie Bourdieus kann hier nur knapp dargelegt werden. Vgl. Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. ^{5}1992, bes. S. 741–755; ders., Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S. 183–198. Als instruktive Überblicksdarstellungen: Hans-Peter Müller, Kultur, Geschmack und Distinktion. Grundzüge der Kultursoziologie Pierre Bourdieus, in: Friedhelm Neidhardt/M. Rainer Lepsius/Johannes Weiß (Hg.), Kultur und Gesellschaft, Opladen 1996, S. 162–190; Sven Reichardt, Bourdieu für Historiker? Ein kultursoziologisches Angebot an die Sozialgeschichte, in: Mergel/Welskopp (Hg.), Geschichte, S. 71–93; Hans-Ulrich Wehler, Pierre Bourdieu. Das Zentrum seines Werks, in: ders., Die Herausforderung der Kulturgeschichte, München 1998, S. 15–44; Gerhard Wayand, Pierre Bourdieu: Das Schweigen der Doxa aufbrechen, in: Peter Imbusch (Hg.), Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorie, Opladen 1998, S. 221–237; Stefan Hradil, System und Akteur. Eine empirische Kritik der soziologischen Kulturtheorie Pierre Bourdieus, in: Klaus Eder (Hg.), Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Theoretische und empirische Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie, Frankfurt/M. 1989, S. 111–142; Alexander Schmidt-Gernig, Gibt es eine „europäische Identität"? Konzeptionelle Überlegungen zum Zusammenhang transnationaler Erfahrungsräume, kollektiver Identitäten und öffentlicher Diskurse in Westeuropa seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Schriewer (Hg.), Diskurse und Entwicklungspfade. Der Gesellschaftsvergleich in den Geschichts- und Sozialwissenschaften, Frankfurt/M. 1999, S. 163–216, hier: S. 186f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

der Agrarwirtschaft) als wichtiger Wert eine spezifische Lebensweise, die in konfessionellen Milieus auch auf einer engen Bindung an Kirchen und Pfarrer beruhte. Obgleich dörflich-agrarische Räume durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Mobilisierung im Zweiten Weltkrieg bereits erschüttert worden waren, verzögerten die oft noch engen Lebensgemeinschaften der alteingesessenen Bewohner in der SBZ bzw. DDR nach 1945 – ebenso wie in Westdeutschland – nachhaltig die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den verlorenen deutschen Ostgebieten. Die starke Wertekontinuität und die Traditionsmilieus auf dem Lande wurden auch durch die Kollektivierung der Landwirtschaft in den fünfziger Jahren und die agro-industriellen Großbetriebe, deren Bildung das SED-Regime anschließend anordnete, nicht vollends beseitigt. So nutzten Dorfbewohner in der DDR noch in den siebziger und achtziger Jahren ihre Freizeit oft, um Privatland zu bearbeiten. Zudem prägte der Rhythmus und die Strukturen der landwirtschaftlichen Produktion vielerorts weiterhin das dörfliche Leben. Auch blieben die Familien auf dem Lande überdurchschnittlich groß. Obgleich Milieus tief von der SED-Herrschaft durchdrungen waren, bildeten sich in traditionalen gesellschaftlichen Beziehungsnetzen, die nicht zuletzt durch die vorherrschenden sozioökonomischen Bedingungen in der Mangelökonomie und die Repression in der Diktatur geprägt waren, auf dem Lande darüber hinaus vielfältige Formen abweichenden Verhaltens heraus. Allerdings ist strukturell zwischen den südlichen Regionen der DDR mit ihren tief verwurzelten bäuerlichen Traditionen und den nördlichen Landesteilen zu unterscheiden, in denen bis 1945 die Gutsherrschaft dominiert hatte.[18]

2. Die ländliche Gesellschaft in der SBZ/DDR: Interpretationen und Forschungsstand

Das Verhältnis von Zwangsmodernisierung und Traditionalität wird in dieser Studie anhand von drei Dimensionen untersucht, die auch in der neueren historischen Forschung zur DDR bislang weitgehend getrennt behandelt worden sind: der Agrar- und Gesellschaftspolitik, ihren sozial- und wirtschaftsstrukturellen Folgen sowie der Handlungspraxis der Akteure.[19]

18 Thomas Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 13–44, hier: S. 29, 39; Dietrich Mühlberg, Die DDR als Gegenstand kulturhistorischer Forschung. Gedanken zum Mitwirken ostdeutscher KulturwissenschaftlerInnen an der Erforschung der Kulturentwicklung nach 1945, in: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung 16 (1993), H. 33, S. 7–85, hier: S. 58; Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, Opladen ^{2}1996, S. 128. Zum Zusammenhang von Milieubeharrung und Verweigerung in Diktaturen: Christoph Kleßmann, Opposition und Resistenz in zwei Diktaturen in Deutschland, in: HZ 262 (1996), S. 453–479, hier: S. 462, 475; Richard Löwenthal, Widerstand im totalen Staat, in: ders./Patrick von zur Mühlen (Hg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin 1984, S. 11–24, hier: S. 20f. Das Konzept des „abweichenden Verhaltens" und ihre Formen werden im vierten Kapitel erläutert.

19 Zum Forschungsstand als Zwischenbilanz ausführlicher: Arnd Bauerkämper, Legitimation durch Abgrenzung. Interpretationen der Bodenreform und Kollektivierung im Kontext der deutschen Teilung und Vereinigung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) 38 (1996), H. 4, S. 36–69, hier: S. 36–69. Hinweise auch in: Beatrix Bouvier, Forschungen zur DDR-Geschichte. Aspekte ihrer Konjunktur und Unübersichtlichkeit, in: AfS 38 (1998), S. 555–590, hier: S. 556, 569f.; Günter Braun,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Insgesamt war die Geschichtsschreibung zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur der SED vor 1989/90 weitgehend von dem Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten im Kalten Krieg geprägt. Deshalb dominierten vor 1989/90 sowohl in der ostdeutschen Historiographie zur Geschichte des zweiten deutschen Staates als auch in der westdeutschen DDR-Forschung Studien zur Politik der SED. Die Führung der Staatspartei wies der Zeitgeschichte explizit eine politische Legitimationsfunktion zu und erschwerte damit eine seriöse zeithistorische Forschung.[20] Nach dem Umbruch von 1989/90 konnte die Überlieferung staatlicher Behörden der DDR und die Akten der KPD bzw. SED für wissenschaftliche Studien ausgewertet werden, und die Zeitgeschichte erhielt besonders in den neuen Bundesländern eine solide institutionelle Grundlage. Politikhistorische Studien dominieren aber weiterhin, auch wenn die Historiographie seit 1994 verstärkt sozialgeschichtliche Themen behandelt hat.[21]

In der DDR wurde die Geschichtsschreibung über die Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft weitgehend von der Herrschaftsideologie des SED-Regimes bestimmt. Die Historiographie sollte die „Richtigkeit der Politik der SED" zeigen, indem sie besonders die „Formierung der Bauern zu einer sozialistischen Klasse der Genossenschaftsbauern" nachzeichnete und retrospektiv überhöhte.[22] Das Bekenntnis zu „Parteilichkeit" galt als Errungenschaft der Geschichtswissenschaft in der DDR und richtete sich gegen traditionale Objektivitätsansprüche der „bürgerlichen" Historiographie. Deshalb folgte die Geschichtsschreibung, die in der SED-Diktatur einer strikten, wenngleich nicht lückenlosen Zensur unterworfen war, weitgehend dem jeweiligen politischen Kurs der Staats- und Parteiführ-

---

Die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone im Spiegel der Forschung. Eine Bestandsaufnahme der neueren Literatur (Teil I), in: JHK, 1995, S. 275–305, hier: S. 285f., 304.

20 Zur Instrumentalisierung der Zeitgeschichtsschreibung im selbstkritischen Rückblick: Heinz Heitzer, Für eine radikale Erneuerung der Geschichtsschreibung über die DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 38 (1990), S. 498–509. Scharfe (Selbst-)Kritik im Rückblick auch in: Peter Hübner, Stand und Perspektiven der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung, in: Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hg.), Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, Stuttgart 1992, S. 439–451, hier: S. 439–445. Zurückhaltender: Wolfgang Küttler, Neubeginn in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft. Bilanz nach dem Zusammenbruch der DDR, in: APZ, B 17–18, 17.4.1992, S. 3–13, hier: S. 5–7. Mit Bezug auf die Agrargeschichtsschreibung: Ulrich Kluge, Die „sozialistische Landwirtschaft" als Thema wissenschaftlicher Forschung, in: ders./Winfried Halder/Katja Schlenker (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft" in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 11–48, hier: S. 15.

21 Hermann Weber, Zum Stand der Forschung über die DDR-Geschichte, in: DA 31 (1998), S. 249–257, hier: S. 255f. Überblick über die in den frühen neunziger Jahren begonnenen Arbeiten in: Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim, Mannheim 1994. Plädoyers für eine theoretisch und methodisch fundierte Sozialgeschichtsschreibung zur DDR in: Fulbrook, Aufarbeitung, S. 297f.; Jürgen Kocka, Folgen der deutschen Einigung für die Geschichts- und Sozialwissenschaften, in: DA 25 (1992), S. 793–802, hier: S. 799.

22 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Wilhelm Herferth, Der Aufschwung der Genossenschaftsbewegung nach der 33. Tagung des ZK der SED im Oktober 1957, in: ZfG 14 (1966), S. 208–225, hier: S. 224; Siegfried Prokop, Der sozialistische Aufbau im Vorfeld des V. Parteitages der SED (1956 bis 1958), in: ZfG 32 (1984), S. 765–777, hier: S. 775. Überblick über Publikationen bis zu den frühen achtziger Jahren in: Literaturführer Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in der DDR, zusammengestellt von Bernd Spindler, Bonn 1983 (Ms., Gesamtdeutsches Institut).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

rung, den sie oft unmittelbar in die Vergangenheit zurückprojizierte. Diese politische Funktionalisierung wurde auch von vielen Historikern, die Studien zum Wandel der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft vorlegten, offen gebilligt: „Daß die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei Sieger blieb, muß auch jede Spezialuntersuchung überzeugend zeigen".[23]

Die SED-Führung wurde als nahezu omnipotente, fortschrittliche „Avantgarde" der Arbeiterschaft glorifiziert. Historiker schrieben den Machthabern in der DDR eine überlegene Einsicht in die Entwicklung der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft zu, unterstellten ihnen ein zielgerichtetes, wissenschaftlich begründetes Vorgehen und erkannten ein hohes Maß an Handlungskonsistenz und -rationalität. Zugleich wurde die Agrarpolitik pseudodemokratisch und populistisch auf die Bedürfnisse und Interessen der Arbeiter und „werktätigen" Bauern zurückgeführt: „In jeder Entwicklungsetappe widerspiegelte sich die Kontinuität der Agrarpolitik, stets von den gemeinsamen Grundinteressen der beiden verbündeten Klassen, der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auszugehen." Die Geschichtsschreibung porträtierte die Staats- und Parteiführung so gleichermaßen als fortschrittliche „Vorhut" und zugleich ihrer Klientel vorgeblich verbundenes Exekutivorgan – eine Spannung, die sich in vielen geschichtswissenschaftlichen Darstellungen der Bodenreform und Kollektivierung widerspiegelt: „Die Erfolge wurden in der DDR jedoch nur erreicht, weil an der Spitze dieses gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses der organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands stand, die sich bei all ihren agrarpolitischen Zielsetzungen und Entscheidungen ausschließlich von den Interessen der werktätigen Klassen und Schichten leiten ließ".[24]

Die Geschichtsschreibung zur Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft hatte in der DDR insgesamt die Kontinuität und Stringenz der Politik des Regimes nachzuweisen. In der Historiographie herrschten deshalb teleologische Interpretationen vor. Die Entwicklung von der Bodenreform bis zum Abschluß der Kollektivierung erschien in dieser Sicht als linearer, zielgerichteter und von der SED-Führung durchweg initiierter, konsequent gesteuerter und kontrollierter Prozeß: „Die in der demokratischen Bodenreform eingeleitete Bauernbefreiung in der DDR erlebte mit dem Sieg der genossenschaftlich-sozialistischen Produktions-

23 Siegfried Prokop, Probleme der Geschichte der DDR 1956 bis 1958, in: ZfG 34 (1986), S. 814–818, hier: S. 816. Zur Legitimationsfunktion der DDR-Geschichtswissenschaft: Hermann Weber, Die DDR 1945–1990, München ^{3}2000, S. 125–130.

24 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Helmut Winzer, Die führende Rolle der Parteiorganisation bei der Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihre Darstellung in der agraren Betriebsgeschichtsschreibung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JfW) 1972/II, S. 137–154, hier: S. 141; Volker Klemm, Zwanzig Jahre sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR, in: JfW 1972/II, S. 107–135, hier: S. 135; G.G. Kotow, Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland, Erster Teil, Berlin (Ost) 1959, S. 197f. Noch glorifizierender die Interpretation in parteioffiziellen Darstellungen wie dem 1965 veröffentlichten Buch eines Autorenkollektivs, das von dem ZK-Sekretär für Landwirtschaft geleitet wurde: „Es war für die Arbeiterklasse und das gesamte deutsche Volk ein unschätzbarer Vorteil, daß sie in der Kommunistischen Partei Deutschlands einen mit dem wissenschaftlichen Sozialismus ausgerüsteten Vortrupp besaßen, der imstande war, dem deutschen Volk den Weg in eine neue, friedliche und demokratische Zukunft zu weisen". (Gerhard Grüneberg u.a., Die marxistisch-leninistische Agrarpolitik von der gegenseitigen Bauernhilfe und demokratischen Bodenreform zur Ausarbeitung und Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der Landwirtschaft der DDR, Berlin [Ost] 1965, S. 15).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

weise auf dem Lande 1960 ihre Vollendung".[25] Die Historiker leugneten überwiegend Richtungskonflikte über die Agrarpolitik, reduzierten Auseinandersetzungen retrospektiv zu „Unklarheiten" und „Übergangsschwierigkeiten" oder kritisierten sie als „sektiererisch-dogmatische Auffassungen" und „Überspitzungen".[26] Das teleologische Kontinuitätsdogma, dem die Legitimationsfunktion und ein weitgespannter Zukunfts- und Gestaltungsoptimismus zugrunde lagen, klammerte Widersprüche in der Agrarpolitik der Machthaber ebenso aus wie nicht intendierte Wirkungen und Kontingenzen. Der SED wurde vielmehr zugeschrieben, den Marxismus-Leninismus konsequent und „schöpferisch" auf die Verhältnisse in Deutschland angewendet zu haben. In Untersuchungen zur Bodenreform und Kollektivierung erschien die Staatspartei als nahezu allmächtiges Steuerungszentrum des gesellschaftlichen Prozesses, so daß Grenzen des politischen Zugriffs nicht deutlich wurden. Letztlich war die Geschichtsschreibung über diese Wandlungsprozesse auf dem Lande von dem Ziel der politischen Traditionsstiftung in historisch-legitimatorischer Absicht bestimmt.[27]

Erst in den achtziger Jahren überwand die Agrarhistoriographie der DDR schrittweise ihre Fixierung auf die Politik der SED und wandte sich zunehmend den Auswirkungen der Bodenreform und Kollektivierung auf die gesellschaftlichen Strukturen und sozialen Beziehungen zu. Schon seit den fünfziger Jahren war das Alltagsleben auf dem Lande in der Bildenden Kunst, Literatur und Filmproduktion dargestellt worden. Ebenso behandelten Ge-

25 Christel Nehrig/Lothar Noziczka, Die Weiterentwicklung der Agrarpolitik der SED 1956/57. Zur Situation in der Landwirtschaft der DDR vor Abschluß der Übergangsperiode zum Sozialismus, in: ZfG 33 (1985), S. 1082–1096, hier: S. 1082. Vgl. auch Willi Herferth u.a., Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, Berlin (Ost) 1965, S. 10, 21f. Noch weitgespannter die Kontinuitätskonstruktion im Vorwort von: Siegfried Kuntsche/Siegfried Schlombs (Bearb.), Dokumente zur Bauernbefreiung. Quellen zur Geschichte der demokratischen Bodenreform und sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Schwerin, o.O. [Schwerin], o.J. [1975].

26 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Rolf Stöckigt, Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform Mai 1945 bis April 1946, Berlin (Ost) 1964, S. 185f.; Otto Rühle, Zur historischen Entwicklung der Landwirtschaft in Ost- und Westdeutschland, in: ZfG 8 (1960), S. 599–628, hier: S. 625; Siegfried Kuntsche, Die „Gemeinwirtschaft" der Neubauern. Probleme der Auflösung des Gutsbetriebes und des Aufbaus der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg, Diss., Universität Rostock 1970 (Ms.), S. 157; Otto Rühle, Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, in: ZfG 9 (1961), S. 405–433, hier: S. 425.

27 Vgl. Grüneberg u.a., Agrarpolitik, S. 16f. Kontinuitätskonstruktion auch deutlich in: Fritz Reinert, Methodische Hinweise zur Quellenauswertung von Archivalien über die Geschichte der demokratischen Bodenreform, in: Beiträge zur Geschichte der demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg, hg. vom Staatsarchiv Potsdam und der SED-Bezirksleitung Potsdam, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Potsdam 1966, S. 23–44, hier: S. 30, 34. Vgl. auch die anschauliche Darstellung in Rosemarie Sachse u.a., Früchte des Bündnisses. Werden und Wachsen der sozialistischen Landwirtschaft der DDR, Berlin (Ost) 1980. Für Brandenburg: Fritz Reinert (Hg.), Dokumente zur demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg, Potsdam 1966; ders., Der Befehl Nr. 209 der SMAD. Die Zusammenarbeit zwischen Sowjetischer Militäradministration und antifaschistisch-demokratischen Staatsorganen bei der Erfüllung des Neubauernbauprogramms, in: ZfG 23 (1975), S. 504–515; Manfred Uhlemann u.a., Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam 1952–1961. Erinnerungsberichte, Statistiken, Chronik, Karten, Bilder, Abriß. Ein Beitrag zur Parteigeschichte, hg. von der SED-Bezirksleitung Potsdam, Potsdam 1977; ders., Zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft des Bezirkes Potsdam 1960, in: Archivmitteilungen (AM) 30 (1980), S. 217–222. Weitaus direkter noch die politische Funktionalisierung in: Werner Felfe, 40 Jahre Bodenreform – 40 Jahre erfolgreiche Agrar- und Bündnispolitik der SED, Berlin (Ost) 1985.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

genwartsstücke wie Erwin Strittmatters „Katzgraben" (1953 uraufgeführt) und Heiner Müllers Komödie „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande", die im Oktober 1961 unmittelbar nach der Uraufführung verboten wurde, Wertekonflikte und Mentalitätengegensätze in der ländlichen Gesellschaft. Obgleich der Kultur von den Machthabern in der DDR eine Funktion als Propagandaorgan des Regimes auferlegt wurde, konnten sich viele Künstler, Schriftsteller und Dramaturgen zumindest partiell der politischen Indienstnahme entziehen. So eröffneten sich jenseits der parteioffiziellen Deklamationen und der oft eng an sie angelehnten Historiographie schon früh Einblicke in die Lebenswelten auf dem Lande nach 1945.[28] Auch die zeithistorische Forschung, die bis zum Ende der fünfziger Jahre in der DDR institutionalisiert worden war, widmete sich seit den späten siebziger Jahren zunehmend der gesellschaftlichen Entwicklung des zweiten deutschen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber schon bevor Geschichtswissenschaftler 1985 in Ostdeutschland erstmals eine „Sozialgeschichte der DDR" forderten, hatten Volkskundler, Kulturwissenschaftler und Soziologen in der DDR gesellschaftliche Prozesse untersucht, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Lande vollzogen hatten.[29]

Erstmals zeigten ostdeutsche Geschichtswissenschaftler in den achtziger Jahren jedoch, daß der Gestaltungsanspruch und die Herrschaftspolitik der Parteiführung in der ländlichen Gesellschaft auf unvorhergesehene Widerstände und Barrieren traf. Damit verknüpft, vollzog sich in der DDR-Historiographie eine inhaltlich-thematische Öffnung. So wurden auch die gesellschaftlichen Spannungen und Ressentiments untersucht, die sich nach der Ankunft der Vertriebenen in der SBZ herausgebildet hatten.[30] Obwohl die Geschichtsschreibung zur Bodenreform und Kollektivierung insgesamt noch den ideologischen Vorgaben der SED verpflichtet und dem offiziellen Selbstbild des zweiten deutschen Staates verhaftet blieb, löste sie sich doch zögernd von Interpretationen, die den politischen Kurs der Staatspartei

28 Zur Darstellung im Film vor allem: Thomas Heimann, Umsiedler im Spiegel von Wochenschau und Film in der Sowjetischen Besatzungszone bis 1949, in: Sylvia Schraut/Thomas Grosser (Hg.), Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996, S. 377–393, hier: S. 379, 381f., 386–389, 392; ders., DEFA, Künstler und SED-Kulturpolitik. Zum Verhältnis von Kulturpolitik und Filmproduktion in der SBZ/DDR 1949 bis 1959, Berlin 1994, S. 60, 117–119, 284; Christiane Mückenberger/Günter Jordan, „Sie sehen selbst, Sie hören selbst ..." Die DEFA von ihren Anfängen bis 1949, Marburg 1994, S. 52–59, 301, 434. Zur Literatur exemplarisch: Wolfgang Emmerich, Kleine Literaturgeschichte der DDR, Frankfurt [5]1989, S. 187–189. Zur Absetzung von Heiner Müllers Komödie: Matthias Braun, Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Ministerium für Kultur gegen Heiner Müllers „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande" im Oktober 1961, Berlin [2]1996.

29 Vgl. Matthias Kehl, Volkskunde im marxistischen Kontext, in: ZfG 41 (1993), S. 810–814. Wichtige Einzelstudien besonders in: Hans-Jürgen Rach/Bernhard Weißel/Heiner Plaul, Die werktätige Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde. Studien zum dörflichen Alltag vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Anfang der 60er Jahre, Berlin (Ost) 1986; dies. (Hg.), Das Leben der Werktätigen in der Magdeburger Börde. Studien zum dörflichen Alltag vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Anfang der 60er Jahre, Berlin (Ost) 1987; Ulrich Bentzien/Siegfried Neumann (Hg.), Mecklenburgische Volkskunde, Rostock 1988.

30 Wolfgang Meinicke, Zur Integration der Umsiedler in die Gesellschaft 1945–1952, in: ZfG 36 (1988), S. 867–878; Regine Just, Die Lösung der Umsiedlerfrage auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, dargestellt am Beispiel des Landes Sachsen (1945–1952), Diss. A, Magdeburg 1985; dies., Zur Lösung des Umsiedlerproblems auf dem Gebiet der DDR 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre, in: ZfG 35 (1987), S. 971–984. Zu den wirtschaftlichen Folgelasten besonders: Jörg Roesler, Literaturkritik, in: JfW 1988/II, S. 109–126; ders., The Refugee Problem in the Soviet Occupation Zone 1945–1949, in: GDR Monitor, Nr. 21/1989, S. 1–20.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

als einlinigen, gesetzmäßig verlaufenen und jederzeit zentral kontrollierten Prozeß glorifiziert hatten. Jedoch wurden erst in den späten achtziger Jahren Studien zur Entwicklung der sozialen Beziehungen gefordert und vorbereitet, die z.T. auf Interviews basierten und über den Abschluß der Kollektivierung hinausreichten. Dabei richtete sich das Interesse der Historiker zunehmend auf Prozesse gesellschaftlichen Wandels in kleinräumigen ländlichen Gemeinschaften.[31]

Auch in der westdeutschen Historiographie herrschten politikgeschichtliche Untersuchungen zur Bodenreform und Kollektivierung vor. Bis zu den frühen sechziger Jahren waren Darstellungen des politisch erzwungenen Umbruchs in der ostdeutschen Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft vom Paradigma der „Sowjetisierung" oder sogar „Bolschewisierung" geprägt. Unter dem Einfluß des traditionalen Antikommunismus, des eskalierenden Kalten Krieges, der strikten Abgrenzung von der DDR und der weitverbreiteten Feindbilder wurden Bodenreform und Kollektivierung überwiegend als Diktat der östlichen Hegemonialmacht verurteilt. Damit verknüpft, stellten Historiker, Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler die Affinitäten zwischen der Transformation auf dem Lande in der DDR und in der Sowjetunion heraus. Bodenreform und Kollektivierung wurden so als Prozesse weitgehend bruchloser Übertragung sowjetischer Modelle nach Deutschland interpretiert. Die Aufmerksamkeit der Wissenschaftler konzentrierte sich deshalb auf die repressive Politik der sowjetischen Besatzungsbehörden und der kommunistischen Führung bei der Enteignung der Gutsbesitzer und der Durchsetzung der Kollektivierung gegen widersetzliche Bauern. Historiker und Politiker führten den Wandel letztlich auf die Machtpolitik der SMAD und der Spitzenfunktionäre von KPD bzw. SED zurück und betonten seine herrschaftsstabilisierenden Wirkungen.[32]

Die westdeutsche Historiographie und politische Kommentatoren schrieben den Machthabern eine weitreichende Strategie zur Durchsetzung ihres politischen Einflusses auf dem Lande zu. Bodenreform und Kollektivierung stellten sich so als gezielt initiierte Stadien einer grundlegenden, ideologisch determinierten und langfristig geplanten Transformation der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft dar. Die Enteignung der Gutsbesitzer und

31 Vgl. besonders Joachim Piskol/Christel Nehrig/Paul Trixa, Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande (1945–1949), Berlin (Ost) 1984. Programmatisch: Dieter Pellmann, Zu einigen Aufgaben, zu inhaltlichen Schwerpunkten sowie zu Fragen der Periodisierung von Untersuchungen zur Geschichte der Agrarpolitik der SED, in: ders./Hans-Rainer Baum (Hg.), Aspekte der Geschichte der Agrarpolitik der SED, o.O., o.J. [1988], S. 3–20. Erlebnisberichte in: Siegfried Kuntsche u.a. (Hg.), Wie wir angefangen haben. Von der demokratischen Bodenreform zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft. Erinnerungen, Berlin (Ost) 1985.

32 Matthias Kramer, Die Bolschewisierung der Landwirtschaft in Sowjetrußland, in den Satellitenstaaten und in der Sowjetzone, Köln 1951, S. 5f., 89, 91, 134; ders., Die Landwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Entwicklung in den Jahren 1945–1955, Textteil, Bonn 1957, S. 16, 27. Kramer war von 1945 bis 1949 in der SBZ als Agrarexperte leitender Angestellter in der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft und in der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Wirtschaftskommission. Regierungsoffizielle Darstellung auch in: Matthias Kramer, Die Sowjetisierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone, hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Hamburg 1951, S. 3. Die weitgehende Reduktion der Landenteignung und Kollektivierung in der UdSSR auf ihre herrschaftsstabilisierende Funktion findet sich schon in der vor 1945 veröffentlichten Literatur. Vgl. exemplarisch Otto Bräutigam, Die Landwirtschaft in der Sowjetunion, Berlin o.J. [1941], S. 142–144. Der Zwang bei der Bodenreform in der SBZ wird zu Recht herausgestellt in: Joachim v. Kruse (Hg.), Weißbuch über die „Demokratische Bodenreform" in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Dokumente und Berichte, München ^{2}1988 (11955), bes. S. 18.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

die Aufteilung ihres Landes wurden deshalb lange lediglich als taktische, den Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit geschuldete Etappe auf dem Weg zur politisch erzwungenen Kollektivierung gedeutet. Nach dieser retrospektiv-rationalisierenden Interpretation lag der Verteilung des beschlagnahmten Gutslandes letztlich das herrschaftspolitische Konzept zugrunde, „daß mit der Schaffung zu kleiner, nicht lebensfähiger Bauernwirtschaften der Grundstock für die Kollektivierung, das vorläufige Endziel zur Erreichung des ‚Aufbaus des Sozialismus auf dem Lande', gelegt werden sollte."[33]

Die Fixierung auf die ideologische Grundlage und die politischen Ziele der SED-Führung traten ebenso wie das Paradigma der „Sowjetisierung" in den sechziger Jahren in der westdeutschen Deutschland- bzw. DDR-Forschung zusehends zurück und wurden in den beiden darauffolgenden Jahrzehnten verdrängt, haben aber noch nach der Vereinigung Deutschlands die Geschichtsschreibung zur Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft in der DDR beeinflußt.[34] Als der Kalte Krieg in den sechziger Jahren aber abflaute und das „Neue Ökonomische System" der Landwirtschaft in der DDR nach der Zwangskollektivierung 1959/60 und dem darauffolgenden drastischen Produktionsrückgang neue Impulse verlieh, wandte sich die westdeutsche Forschung verstärkt den wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Problemen der Agrartransformation zu. Historiker analysierten die Bodenreform differenzierter und nuancierten oder verwarfen überwiegend die in den fünfziger Jahren vertretenen Interpretationen. Die Geschichtsschreibung ordnete die Enteignung der Gutsbesitzer und die Verteilung ihres Landes auch angesichts der interalliierten Beschlüsse zur Entmachtung der „Junker" nunmehr überwiegend „in den Rahmen einer umfassenden Entnazifizierung", weniger dagegen „in den einer ersten Sowjetisierungsetappe" ein.[35] Auch in den darauffol-

33 Edgar Tümmler, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland – Historische Entwicklung der Landwirtschaft in Mitteldeutschland und ihre agrarpolitische Konzeption, in: ders./Konrad Merkel/Georg Blohm, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkung auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Berlin 1969, S. 1–167, hier: S. 30. Dazu auch die Interpretationen in: Peter Hermes, Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, Saarbrücken 1963, S. 37f.; Horst Duhnke, Stalinismus in Deutschland. Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone, Würzburg 1955, S. 113, 140; v. Kruse (Hg.), Weißbuch, S. 7–11, 15f.; Kramer, Bolschewisierung, S. 68. Noch pointierter die Darstellung in: Auf dem Wege zum Kolchos, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1956, S. 11.

34 Nur geringfügig modifizierte Varianten der traditionellen Deutung in: Konrad Merkel/Eduard Schuhans, Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland. „Sozialisierung" und Produktionsergebnisse, Bonn 1960, bes. S. 12, 18–24, 45; Ernst Weymar, Die Sozialisierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion, in Mitteldeutschland und in Jugoslawien, 1. Teil, in: GWU 11 (1960), S. 12–36, hier: S. 13, 21; Franz Buss, Die Struktur und Funktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Marburg 1965, S. 11f., 254–261; Gerhard Horz, Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung des sowjetischen Vorbildes. Ziele – Methoden – Wirkungen, Diss., Freie Universität Berlin 1961 (Ms.), bes. S. 63, 67–70. Die Umwälzung in der ostdeutschen Landwirtschaft und ländlichen Gesellschaft werden kausal noch weitgehend reduziert auf den Marxismus-Leninismus und den sowjetischen Einfluß in: Christian Krebs, Der Weg zur industriemäßigen Organisation der Agrarproduktion in der DDR. Die Agrarpolitik der SED 1945–1960, Bonn 1989, S. 4, 26, 53–58, 78–80, 84, 131, 133f., 139f., 398f.; Adolf M. Birke, Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961, Berlin 1989, S. 55; Hans-Georg Merz, Bodenreform in der SBZ. Ein Bericht aus dem Jahre 1946, in: DA 24 (1991), S. 1159–1170, hier: S. 1162f.

35 Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1982, S. 81.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

genden beiden Jahrzehnten wurde die Bodenreform „zwar als radikale, aber keineswegs kommunistische Maßnahme eingeschätzt."[36]

Bis 1990 hatte der eingeschränkte Zugang zu Archivalien eine systematische Untersuchung der komplexen Prozesse und vielfältigen Aspekte von Bodenreform und Kollektivierung kaum zugelassen und besonders die sozialgeschichtliche Forschung nachhaltig behindert. Nach der Implosion des SED-Regimes und der staatlichen Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland wurde die Überlieferung der Parteileitungen und Staatsverwaltungen, die in den ostdeutschen Archiven gelagert wurde, weitgehend frei zugänglich. Zudem konnten westliche Historiker erstmals einzelne Aktenbestände in Rußland auswerten.[37] Die agrar- und sozialgeschichtliche Forschung zum Umbruch auf dem Lande in Ostdeutschland intensivierte sich deshalb enorm. Politikhistorische Studien vertieften besonders die Kenntnisse zur Vorbereitung der Bodenreform und des Kollektivierungsbeschlusses, auch zur Rolle der sowjetischen Staats- und Parteiführung in den jeweiligen Entscheidungsprozessen. Darüber hinaus haben neuere Studien Einblicke in die Politik der Parteien eröffnet und den Zwang und Druck aufgezeigt, der bei der Bodenreform auf die Gutsbesitzer und bei der Kollektivierung auf die Bauern ausgeübt worden war. In wirtschaftsgeschichtlichen Studien ist überdies erstmals detailliert der Ressourcenverlust belegt worden, den die überstürzte, politisch induzierte Zerschlagung der Gutsbetriebe und die Beseitigung der privatbäuerlichen Betriebe (direkt oder indirekt) herbeiführten. Die Geschichtsschreibung konzentrierte sich zunächst vor allem auf den Wandel der Gesellschaftsstrukturen nach der Bodenreform und Kollektivierung. Dabei wurden auch einzelne gesellschaftliche Gruppen wie Neubauern, Flüchtlinge und Frauen untersucht. Erst in den letzten Jahren sind dagegen die Wahrnehmung und das Verhalten der ländlichen Bevölkerung sowie Formen des Umgangs mit diesen Struktureingriffen in den Blick der geschichtswissenschaftlichen Forschung getreten. Damit haben Studien gleichermaßen das Ausmaß und die Grenzen der Herrschaftsdurchsetzung in dörflich-agrarischen Milieus angedeutet. Der Umbruch auf dem Lande – auch in Brandenburg – wird zudem in sozialgeographischen Untersuchungen zum Landschafts- und Siedlungswandel sowie in soziologischen und ethnologischen Studien über einzelne Gemeinden nach der Transformation von 1989/90 deutlich. Die Befunde dieser Forschungen sind deshalb in der Sozial- und Agrargeschichtsschreibung zur DDR zu berücksichtigen. Allerdings hat sich die historische Forschung bislang auf die Umbrüche auf dem Lande bis zu den sechziger Jahren konzentriert, so daß der tiefgreifende Wandel in den siebziger und achtziger Jahren noch eingehend untersucht werden muß. Aber auch andere Probleme wie der Übergang zur Kollektivierung in den frühen fünfziger Jahren sind weiterhin umstritten.[38]

---

36 Hermann Weber, Die DDR 1945–1986, München 1988, S. 127. Ähnliche Formulierung in: ders., Geschichte der DDR, München [3]1989, S. 111; ders., Geschichte der DDR, München 1999, S. 66.

37 Erste Zwischenbilanz der Übernahme von Archiven in: Hermann Weber, Immer noch Probleme mit Archiven, in: DA 25 (1992), S. 580–587. Zu wichtigen Archiven und zentralen Überlieferungsgruppen: Wolfgang Merker, Die Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und ihr Archivgutverbleib, in: AM 41 (1991), S. 151–156; Günter Buchstab, SAPMO (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv), in: Eppelmann u.a. (Hg.), Lexikon, S. 499–501.

38 Kluge, Die „sozialistische Landwirtschaft", S. 19–21. Befunde der Agrarsoziologie z.B. in: Hans-Jürgen Philipp, Abfolge und Bewertung von Agrarlandschaftsveränderungen in Ostdeutschland seit 1945, in: Berichte über Landwirtschaft 75 (1997), S. 89–122; ders., Landschaftsveränderungen in uckermärkischen Dorfgemarkungen seit dem Hochmittelalter. Versuch einer Rekonstruktion, Münche-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Geschichtswissenschaftliche Gesamtdarstellungen, die seit 1990 veröffentlicht wurden, vermitteln wichtige Befunde neuerer Studien zur Bodenreform und Kollektivierung, ohne die Konzentration auf die SED-Politik und ihre sozialstrukturellen Folgen zu überwinden. Dabei ist das Verhältnis von Bodenreform und Kollektivierung weiterhin umstritten. Während einige Historiker von einer zielgerichteten, programmatisch determinierten Herausbildung der Kollektivwirtschaft (oder sogar der industrialisierten großbetrieblichen Agrarproduktion) ausgehen, haben andere Wissenschaftler argumentiert, daß die Bodenreform die sieben Jahre später verkündete Kollektivierung durch die Aufteilung des Gutslandes in kleine Parzellen lediglich erleichtert habe.[39]

Insgesamt haben neuere Studien die „antifaschistische" Legitimation der Bodenreform aber nachhaltig erschüttert und die Legende von der gesellschaftlichen Erhebung auf dem

---

berg 1999, S. 126–145. Als gemeindesoziologische Studien besonders: Kai Brauer, Im Schatten des Aufschwungs. Sozialstrukturelle Bedingungen und biographische Voraussetzungen der Transformation in einem mecklenburgischen Dorf, in: Hans Bertram/Wolfgang Kreher/Irene Müller-Hartmann (Hg.), Systemwechsel zwischen Projekt und Prozeß. Analysen zu den Umbrüchen in Ostdeutschland, Opladen 1998, S. 483–527; Kai Brauer/Andreas Willisch/Frank Ernst, Die Landwirtschaft in der DDR und nach der Wende – Lebenswirklichkeit zwischen Kollektivierung und Transformation. Empirische Langzeitstudie, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. III/2: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Frankfurt/M. 1999, S. 1325–1428. Vergleichend: Heinrich Becker, Dörfer heute. Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972 und 1993/95, Bonn 1997, S. 70–93, 120–141, 193–253, 287–291. Zur soziologischen Lebenslaufforschung exemplarisch: Claudia Neu, Wo sind sie geblieben? Zur beruflichen Mobilität ehemaliger Genossenschaftsbauern, in: BISS public 18 (1996), S. 101–110; Ulrike Nagel (unter Mitarbeit von Heidemarie Stuhler), Kontinuität und Erneuerung. Ländliche Familien im Transformationsprozeß Ostdeutschlands, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History 10 (1997), H. 1, S. 44–60.

39 Teleologische Deutung in: Adolf Weber, Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. II/4: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 2809–2888, hier: S. 2820, 2827, 2836, 2841, 2843, 2845, 2856, 2881, 2886f.; ders., Zur Agrarpolitik in der ehemaligen SBZ/DDR. Rückblick und Ausblick, in: Stephan Merl/Eberhard Schinke (Hg.), Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in der ehemaligen DDR im Umbruch, Berlin 1991, S. 53–70, hier: S. 59, 70; Krebs, Weg, S. 78f., 84, 93f., 97f. Dagegen zurückhaltender die Argumentation in: Klaus Schröder, Der SED-Staat 1949–1990. Partei, Staat und Gesellschaft, München 1998, S. 49. Als neuere Gesamtdarstellungen auch: Olaf Zinke, Die Transformation der DDR-Agrarverfassung in der Zeit von 1945 bis 1960/61. Die agrarpolitische Konzeption der SED sowie die ordnungspolitisch-institutionellen und sozialökonomischen Auswirkungen der SED-Agrarpolitik, Berlin 1999; Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 294–305; dies., Zur sozialen Entwicklung der Bauern in der DDR 1945–1960, in: ZAA 41 (1993), S. 66–76; Arnd Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte, S. 119–143; Kuntsche, Umgestaltung, S. 191–210. Vergleichend: Arnd Bauerkämper, Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Eine Bilanz der Jahre 1945–1965, in: APZ, B 38/97, 12.9.1997, S. 25–37; ders., Die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone in vergleichender Perspektive. Einleitung, in: ders. (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 7–19.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Lande beseitigt.[40] Auch die Forschung zu den politischen, ökonomischen und rechtlichen Folgelasten der Bodenreform und Kollektivierung ist in den neunziger Jahren beträchtlich erweitert worden. Die Zuteilung von Land band die Neubauern in den ersten Nachkriegsjahren zwar an die kommunistische Führung in der SBZ; die Machthaber konnten die Gruppe der neuen Landwirte, die durch die Bodenreform erst konstituiert worden war, jedoch offenbar nicht dauerhaft als loyale Klientel gewinnen. Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Studien haben vielmehr gezeigt, daß viele Neubauern ökonomisch nicht nachhaltig gefestigt werden konnten, in den dörflich-agrarischen Milieus vielerorts gesellschaftlich isoliert blieben und deshalb bis 1952 ein Drittel von ihnen ihre Betriebe verließ. Aus der Bodenreform war zudem nur gebundenes, oft rechtlich unzureichend gesichertes Eigentum hervorgegangen, über das die Neubauern nicht uneingeschränkt verfügen konnten.[41]

Die Konzentration auf die politische Vorbereitung, die Eingriffe und ihre strukturellen Auswirkungen auf die Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft kennzeichnet auch die Historiographie über den Transformationsschub, den die SED-Führung in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren vor allem mit der Zentralisierung des Planungsapparates, der Verstaatlichung der aus der Bodenreform hervorgegangenen Volkseigenen Güter (VEG) und Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) sowie der Repressionspolitik gegenüber den „Großbauern" herbeiführte. Mit der Radikalisierung der Politik gegenüber der ländlichen Bevölkerung griff das Regime auch verstärkt sowjetische Modelle agrarstruktureller Transformation und landwirtschaftlicher Produktion auf. Nach dem Beginn der Kollektivierung verschärften die Machthaber in der DDR 1952/53 ihre Politik gegen die als „Großbauern" stigmatisierte Gruppe alteingesessener Landwirte sogar noch, so daß viele von ihnen ihre Höfe verließen und in die Bundesrepublik flohen. Da auch Neubauern, deren Betriebe trotz der umfassenden Hilfsleistungen unrentabel geblieben waren, zunehmend ihre Parzellen zurückgaben, geriet die Erfüllung der Produktionspläne in den frühen fünfziger Jahren in Gefahr. Die Verdrängung der „Großbauern" und ein deutliches Wachstum der landwirtschaftlichen Erzeugung nach den Vorgaben des 1. Fünfjahrplans (1951–1955) erwies sich als Zielkonflikt, den die hilflos in ihrem „Klassenkampf"-Dogma gefesselte Staatspartei

40 Zur Durchsetzung der Bodenreform die Beiträge von Siegfried Kuntsche und Manfred Wille in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"?, S. 51–68, 87–102. Zur Vertreibung und Internierung der Enteigneten: Arnd Bauerkämper, Der verlorene Antifaschismus. Die Enteignung der Gutsbesitzer und der Umgang mit dem 20. Juli 1944 bei der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: ZfG 42 (1994), S. 623–634, hier: S. 627–634. Zu Brandenburg besonders: Bernd Maether, Brandenburgs Schlösser und Herrenhäuser 1945–1952, Potsdam 1999; Christel Nehrig, Bodenreform und Eigentumsfragen im Zusammenhang mit Denkmalen auf dem Lande, in: Brandenburgische Denkmalpflege 4 (1995), S. 103–111.

41 Karl Kroeschell, Die ländliche Eigentumsordnung in der DDR, in: Manfred Löwitsch/Christian Schmidt-Leithoff/Burkhard Schmiedel (Hg.), Beiträge zum Handels- und Wirtschaftsrecht. Fs. Fritz Rittner, München 1991, S. 323–342. Zu Brandenburg: Anita Springer-Liepert, „Bodenreformsperrvermerk gelöscht ...?" Rechtsmittelvorfeld bei einem ländlichen Abwicklungsgeschehen, in: Berliner Debatte. Initial, H. 4, 1996, S. 43–52. Zur Rechtsgrundlage der Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern: Sabine Marquardt, Die Bodenreformkommissionen in Mecklenburg-Vorpommern als Vehikel der politischen Transformation, in: van Melis (Hg.), Sozialismus, S. 239–260. Vergleichend: Arnd Bauerkämper, Kontinuität und Auflösung der bürgerlichen Rechtsordnung. Landwirtschaftliches Bodeneigentum in Ost- und Westdeutschland (1945–1990), in: Hannes Siegrist/David Sugarman (Hg.), Eigentum im internationalen Vergleich (18.–20. Jahrhundert), Göttingen 1999, S. 109–134.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

nicht lösen konnte.[42] Der Verlauf und die strukturellen Folgen des Kollektivierungsprozesses in der DDR sind in einzelnen Studien ebenso untersucht worden wie der Druck und Zwang, den Agitationsbrigaden, Polizisten und Staatsanwälte auf die Bauern ausübten.[43]

Nur gelegentlich ist jedoch in Publikationen auf die Kontinuität traditionaler Werte, die Beharrungskraft dörflich-agrarischer Milieus und Formen abweichenden Verhaltens gegenüber der Bodenreform und Kollektivierung hingewiesen worden, besonders in Untersuchungen zu der langwierigen Eingliederung von Flüchtlingen in ländlichen Gemeinden in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren.[44] Neuere Studien zum Alltagsleben auf dem

---

42 Christel Nehrig, Bauern zwischen Hoffnung und Wirklichkeit. Die modifizierte Agrarpolitik von 1950/51, in: Elke Scherstjanoi (Hg.), „Provisorium für längstens ein Jahr". Protokoll des Kolloquiums Die Gründung der DDR, Berlin 1993, S. 235–242; Siegfried Kuntsche, Bauern im Interessenkonflikt. Die Situation vor der Staatsgründung 1949, in: ebd., S. 231–235; Elke Scherstjanoi, „Friedenshektarerträge" auf Vorkriegsanbauflächen. Zur Bewältigung von Kriegslasten in der ostdeutschen Landwirtschaft (1950), in: Christoph Buchheim (Hg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 323–340. Der Elitenwechsel wird nachgezeichnet in: Detlef Kotsch, Karrierewege in Brandenburg nach dem Zweiten Weltkrieg. Entstehung und Etablierung der neuen Eliten in den Jahren 1945–1960, in: Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte 47 (1996), S. 149–191; Christel Nehrig, Das Leitungspersonal der Volkseigenen Güter 1945–1970, in: Peter Hübner (Hg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 309–324; Arnd Bauerkämper, Neue und traditionale Führungsgruppen auf dem Lande. Politische Herrschaft und Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Berliner Debatte. Initial, H. 4/5, 1995, S. 79–92.

43 Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin ^{2}1995, S. 73–110; Dieter Schulz, Der Weg in die Krise 1953, Berlin 1993; ders., „Kapitalistische Länder überflügeln". Die DDR-Bauern in der SED-Politik des ökonomischen Wettbewerbs mit der Bundesrepublik von 1956 bis 1961, Berlin 1994. Zum Übergang zur Kollektivierung knappe Darstellungen in: Elke Scherstjanoi, Die DDR im Frühjahr 1952. Sozialismuslosung und Kollektivierungsbeschluß in sowjetischer Perspektive, in: DA 27 (1994), S. 354–363; Joachim Piskol, Zum Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft der DDR im Sommer 1952, in: BzG 37 (1995), S. 19–26.

44 Hierzu u.a. die Beiträge von Michael Grottendieck, Ute Schmidt und Arnd Bauerkämper in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 193–214, 247–271, 291–320. Daneben die Aufsätze von Wolfgang Meinicke, Gerald Christopeit und Petra Pape in: Manfred Wille/Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993, S. 55–85, 86–109, 110–132. Wichtige Beiträge auch in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000. Zu Brandenburg: Christoph Kleßmann/Burghard Ciesla/Hans-Hermann Hertle (Hg.), Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg, Potsdam 2001; Philipp Ther, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956, Göttingen 1998, S. 175–188; ders., Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945–1953 am Beispiel des Kreises Calau-Senftenberg, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 46 (1995), S. 159–168; Arnd Bauerkämper, Transformation als Integration? Der Wandel der ländlichen Gesellschaft und die Flüchtlinge im Osten Brandenburgs, in: Helga Schultz (Hg.), Bevölkerungstransfer und Systemwandel. Ostmitteleuropäische Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin 1998, S. 195–144; ders., Flüchtlinge zwischen Ausschluß und Integration. Bodenreform und ländliche Gesellschaft in Brandenburg 1945–1948, in: Manfred Wille (Hg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 286–295. Zur Bodenreform: Arnd Bauerkämper, Strukturumbruch ohne Mentalitätenwandel. Auswirkungen der Bodenreform auf die ländliche Gesellschaft in der Provinz Mark Brandenburg 1945–1949, in: ders., (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"?, S. 69–85; Boris Spix,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Lande haben jedoch gezeigt, daß die Bodenreform und Kollektivierung die sozialen Beziehungen in den Dörfern dynamisierten, indem diese Eingriffe in das ländliche Sozialgefüge zwar gesellschaftliche Bindungen stärkten, daneben aber zugleich neue Konflikte auslösten. So trafen die Enteignung der Gutsbesitzer, die Verdrängung der „Großbauern" und besonders die Zwangsintegration der Landwirte in Produktionsgenossenschaften auf starke Vorbehalte, Abwehrreflexe und Ressentiments, die abweichendes Verhalten auslösten; nicht zuletzt die unterschiedlichen Interessen und die Heterogenität dörflich-agrarischer Milieus verhinderten auf dem Lande aber eine breite Solidarität und damit die Bildung einer geschlossenen Abwehrfront gegen das rigoros intervenierende SED-Regime.[45] Die politisch induzierte gesellschaftliche Mobilisierung eröffnete auch der ländlichen Bevölkerung zudem die Chance, zum gesellschaftlich-politischen Neuaufbau in der DDR beizutragen, und bot nicht zuletzt bislang benachteiligten Gesellschaftsgruppen wie den Landarbeitern und Kleinbauern, aber auch Frauen, zumindest mittelfristig durchaus die Perspektive, überkommene gesellschaftliche Abhängigkeiten zu überwinden und auf dem Lande in betriebliche oder administrative Leitungspositionen aufzusteigen.[46]

Erste historische, soziologische und ethnologische Studien zu einzelnen Gemeinden in Thüringen, Mecklenburg und Brandenburg haben zudem gezeigt, daß Akteure zentrale politische Eingriffe und Vorgaben z.T. so geschickt in ihre Arbeits- und Lebenswelt transponierten, daß sie ihre Interessen auch im Rahmen der neuen betrieblichen und dörflichen Strukturen durchaus wahren, traditionale gesellschaftliche Beziehungen aufrechterhalten

---

Die Bodenreform in Brandenburg 1945–47. Konstruktion einer Gesellschaft am Beispiel der Kreise West- und Ostprignitz, Münster 1997, S. 37–64.

45 Corey Ross, Constructing Socialism at the Grass-Roots. The Transformation of East Germany, 1945–65, Houndsmill 2000, S. 17–32, 60–70, 105–124, 188–193, 202–211; Mark Allinson, Politics and Popular Opinion in East Germany 1945–68, Manchester 2000, S. 78–86, 158–168. Als Einzelstudien: Armin Mitter, „Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern". Die Bauern und der Sozialismus, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hg.), Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung" der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995, S. 75–128; Todd H. Weir, Staging Rural Revolution: „Class Struggle" and Collectivization in Bezirk Potsdam 1948–1953, Magisterarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1998 (Ms.); Siegfried Kuntsche, Das Bauerndorf in der Nachkriegszeit. Lebenslagen und Alltag, in: Evemarie Badstübner (Hg.), Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000, S. 64–116; Christel Nehrig, Das Leben auf dem Lande: die Genossenschaften (LPG), in: ebd., S. 195–218. Zur Devianz gegenüber der Kollektivierungspolitik: Falco Werkentin, „Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht". Widerstand im ländlichen Milieu der SBZ/DDR, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, S. 137–148; Arnd Bauerkämper, Abweichendes Verhalten in der Diktatur. Probleme einer kategorialen Einordnung am Beispiel der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR, in: ders./Sabrow/Stöver (Hg.), Zeitgeschichte, S. 294–311.

46 Jonathan Osmond, Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Zeit der Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung, 1945–1961, in: Bessel/Jessen (Hg.), Grenzen, S. 137–169; Arnd Bauerkämper, Loyale „Kader"? Neue Eliten und die SED-Gesellschaftspolitik auf dem Lande von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren, in: AfS 39 (1999), S. 265–298; ders., Aufwertung und Nivellierung. Landarbeiter und Agrarpolitik in der SBZ/DDR 1945–1960, in: Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter in der SBZ – DDR, Essen 1999, S. 245–267. Zu den Frauen auf dem Lande: Jonathan Osmond, Geschlechtsspezifische Folgen der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone: Gutsbesitzerinnen, Bäuerinnen und Landarbeiterinnen nach 1945, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"?, S. 153–168; Christel Panzig, Hin zum eigenen Beruf. Frauen in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR, in: Gunilla-Friederike Budde (Hg.), Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997, S. 171–182.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

und überlieferte Werte partiell konservieren konnten.[47] Da diese Untersuchungen aber die Entscheidungen, die von der Herrschaftszentrale getroffen wurden, überwiegend ebenso ausblenden wie die überregionalen Auswirkungen der strukturellen Umbrüche, sind die spezifischen Merkmale und Prozesse der Verschränkung zwischen „großer" Politik und Dorfpolitik bislang undeutlich geblieben.[48] Die vorliegenden Arbeiten haben überdies die wechselseitige Durchdringung von staatssozialistischer Diktatur als spezifischem Weg in die Moderne einerseits und Traditionalität im Alltagsleben auf dem Lande andererseits allenfalls angedeutet.[49]

Mikrohistorische Studien, in denen „Herrschaft als soziale Praxis" untersucht wird, rükken die individuellen Deutungen und Sinngebungen politischer Eingriffe und die Vielfalt der Arrangements und Problemlösungen in den Mittelpunkt der sozialhistorischen Forschung zur DDR. Eine auf die soziale Praxis verengte Perspektive verabsolutiert aber die Wahrnehmungs- und Aneignungsformen politischer Herrschaft im Mikrokosmos der Akteure und hat Untersuchungen auf den *Umgang* mit institutionellen Strukturen in der kommunistischen Diktatur eingeschränkt. Die strukturellen Bedingungen selber, die jeweils Perzeptionen der Akteure konditionierten, ihren Handlungsradius begrenzten und das Spektrum der Aneignungsprozesse maßgeblich prägten, werden dagegen vernachlässigt, so daß sich die Geschichte der DDR tendenziell in einzelne Ereignisse auflöst. Die vielfältigen Formen und Motive abweichenden Verhaltens in der SED-Diktatur sind zudem nicht vorschnell in der Kategorie des „Eigen-Sinns" zu subsumieren, deren universeller Gebrauch die spezifischen Motive und Formen individuellen Handelns nicht überzeugend erklärt.[50]

---

47 Antonia Maria Humm, Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1952–1969, Göttingen 1999. Weitgehend auf die sozialen Beziehungen und das Handeln der Akteure in den Dörfern beschränken sich dagegen: Dagmar Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten"! Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre), in: Lindenberger (Hg.), Herrschaft, S. 119–165; Barbara Schier, Alltagsleben im „sozialistischen Dorf". Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945–1990, Münster 2001; dies., Alltagsleben und Agrarpolitik im „sozialistischen Dorf". Eine Regionalstudie zum Wandel eines thüringischen Dorfes während der Jahre 1945–1990, in: APZ, B 38/97, 12.9.1998, S. 38–47; dies., Zur Rolle von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für Strukturwandel und Alltag in einem thüringischen Dorf vor und nach der „Wende", in: Sowi. Sozialwissenschaftliche Informationen 27 (1998), S. 190–198. Zu den sozialen und kulturellen Praktiken der Abschnittsbevollmächtigen der Volkspolizei auf dem Lande: Thomas Lindenberger, Der ABV im Text. Zur internen und öffentlichen Rede über die Volkspolizei der 1950er Jahre, in: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hg.), Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte: Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997, S. 137–166; ders., Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, in: ders. (Hg.), Herrschaft, S. 167–203.

48 Bessel/Jessen, Einleitung, S. 19.

49 Dazu schon instruktive, aber impressionistische Hinweise in: Ehrhart Neubert, Eine Woche im Leben der Margot Triebler. Zur Soziologie des schönen und produktiven Dorfes, in: Kirche im Sozialismus. Materialien zu Entwicklungen in der DDR 14 (1988), S. 102–111, 148–156.

50 Thomas Lindenberger, Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinigten Deutschlands, in: APZ, B 40/2000, 20.9.2000, S. 5–12, hier: S. 9–12; ders., Alltagsgeschichte, S. 315–320; ders., Diktatur, S. 17f., 21–26. Vgl. auch Welskopp, Sozialgeschichte, S. 186, 194; Niethammer, Überlegungen, S. 313. Grundlegend zum Konzept die Einleitung in: Alf Lüdtke (Hg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9–63. Ähnlicher Untersuchungsansatz in: Michael Thomas, Die Entwicklung der DDR zwischen „Klasse" und „Individualisierung" – Erklärungsprobleme und -ansätze, in: BISS

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Insgesamt sind in der historischen und soziologischen Forschung zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der SBZ/DDR die Agrarpolitik, der sozialstrukturelle Umbruch und die Reaktionen der Subjekte weitgehend getrennt untersucht und gelegentlich sogar als separate Untersuchungsansätze explizit voneinander abgegrenzt worden. So wurden „System- oder Herrschaftsgeschichte" und die „Perspektive der Opfer" als „zwei grundlegend verschiedene Zugänge" zementiert. Demgegenüber liegen keine Untersuchungen vor, in denen die agrar- und gesellschaftspolitischen Eingriffe in der kommunistischen Diktatur gleichermaßen eng auf ihre wirtschafts- und sozialstrukturellen Auswirkungen sowie die Wahrnehmungsformen und Handlungspraxen der Akteure auf dem Lande bezogen worden sind.[51]

3. Die Untersuchungsdimensionen

Demgegenüber werden „Politik", „Gesellschaft" und „Kultur" in dieser Studie nicht antithetisch gefaßt. Vielmehr sollen die Herrschafts- und Konstruktionspolitik des SED-Regimes und die von ihr verursachten strukturellen Umbrüche mit ihren Folgekrisen ebenso dargestellt werden wie Formen des Umgangs der Akteure mit den politischen Eingriffen und individuelle sowie kollektive Reaktionen. Eine integrale historische Analyse der politischen Herrschaft und der ländlichen Gesellschaft in der DDR muß auf dieser Grundlage den totalen Gestaltungsanspruch konzeptionell mit der politisch erzwungenen Umwälzung von Wirtschaft und Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur verbinden. Diesem Ziel wird eine Konstellationsanalyse gerecht, die sozioökonomische Entwicklungsprozesse in ihrem historischen Kontext darlegt und dabei nicht nur die politische Programmatik der Staatspartei ernst nimmt und den tiefgreifenden Strukturwandel auf dem Lande nachzeichnet, sondern auch die Kontinuität traditionaler Wertorientierungen, die Stabilität sozialer Beziehungen und die Beharrungskraft gesellschaftlicher Milieus über politische Zäsuren hinweg in Rechnung stellt. Damit werden Spannungen und zeitliche Interferenzen ebenso deutlich wie abgebrochene Entwicklungen und verschüttete Alternativen. Der Untersuchungsansatz richtet sich damit gegen eine einlinig-reduktionistische Interpretation der Geschichte des zweiten deutschen Staates ausschließlich aus der Perspektive des Zusammenbruchs der SED-Diktatur und der staatlichen Vereinigung Deutschlands.[52]

---

public 7 (1997), H. 23/24, S. 167–187, hier: S. 181–183. Überzogene Kritik in: Kluge, Die „sozialistische Landwirtschaft", S. 29–31.

51 Zit. nach: Brauer/Ernst/Willisch, Landwirtschaft, S. 1326f. Die Gegenüberstellung von Struktur- und Alltagsgeschichte prägte die Auseinandersetzung zwischen Sozialhistorikern in Deutschland in den achtziger Jahren. Inzwischen sind die dabei verfochtenen Ausschließlichkeitsansprüche zugunsten einer Kombination struktur- und kulturhistorischer Untersuchungsansätze zurückgetreten, in die Theorieangebote der Kulturanthropologie, der Volkskunde und Empirischen Kulturwissenschaft integriert worden sind.

52 Mary Fulbrook, Politik, Wissenschaft und Moral. Zur neueren Geschichte der DDR, in: GG 22 (1996), S. 458–471, hier: S. 470; Hans Joas/Martin Kohli, Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen, in: dies. (Hg.), Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt/M. 1993, S. 7–28, hier: S. 10, 12; Martin Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte, S. 31–61, hier: S. 31f.; Kocka, Folgen, S. 800. Dagegen die Interpretation in: Armin Mitter/Stefan Wolle, Untergang auf Raten, Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993. Plädoyer für eine integrale Darstellung mit Bezug auf

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Zunächst ist der umfassende Herrschafts- und Konstruktionsanspruch der Machthaber darzulegen, deren *Agrar- und Gesellschaftspolitik* im ersten Kapitel nachgezeichnet wird. In der DDR errang die SED-Führung in den späten vierziger Jahren gegenüber den anderen Parteien – nicht aber gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht – die unumschränkte politische Vorherrschaft und setzte damit ihr dialektisches Politikverständnis durch, mit dem die identitäre und instrumentelle Staatsvorstellung eng verknüpft war. Der Inszenierung der Herrschaft und dem Kampf gegen „Klassenfeinde" lag ideologisch ein manichäisches Weltbild zugrunde, mit dem die Machthaber ihre Diktatur und die Abgrenzung von der Bundesrepublik rechtfertigten. Dieses umfassende Herrschaftskonzept, das die Subjekte letztlich zu Exekutoren des Parteiwillens degradieren und die Gesellschaft der kommunistischen Diktatur unterwerfen sollte, basierte seit den späten vierziger Jahren institutionell auf der hyperzentralisierten Herrschaft der Parteiapparate und zielte zunächst auf eine grundlegende Umwälzung der sozioökonomischen Strukturen in Ostdeutschland. So sollten das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigt, die Schicht der Selbständigen aufgelöst, Stadt und Land einander angeglichen sowie Bauern, Arbeiter und „Intelligenz" zur neuen Universalschicht der „Werktätigen" miteinander verschmolzen werden. Auch der Elitenwechsel war konstitutives Element dieser Transformation, denn die von der herrschenden Partei kooptierten „Kader" galten als „Korsettstangen" des neuen Herrschafts- und Gesellschaftssystems.[53] Das technokratische Konzept sozioökonomischer Planung, das Ziel gesellschaftlicher Konstruktion und das damit verbundene technizistisch-instrumentelle Politikverständnis gipfelten in den sechziger Jahren in Ulbrichts Vision einer neuen, technisch hochentwickelten „sozialistischen Gesellschaft". Homogenisierung, Nivellierung, Entsubjektivierung, Fusionierung und Entdifferenzierung – diese Prozesse griffen tief in die Gesellschaft und Institutionenordnung der DDR ein und spiegeln den umfassenden Herrschafts- und Gestaltungsanspruch der kommunistischen Machthaber wider. Der gesellschaftliche Umbruch, der sich in der DDR von den späten vierziger bis zu den frühen sechziger Jahren vollzog, kann demnach durchaus als „gigantisches Sozialexperiment" interpretiert werden.[54]

---

den Agrarsektor in: Kluge, Die „sozialistische Landwirtschaft", S. 30f., 33f. Übersicht über die historiographische Debatte zum Verhältnis von Brüchen und Kontinuitätslinien in: Bernd Faulenbach, Zäsuren deutscher Geschichte? Der Einschnitt von 1918 und 1945, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte (TAJB) 25 (1996), S. 15–33. Zur Diskussion über das Ende von SED-Diktatur und DDR: Konrad H. Jarausch, Implosion oder Selbstbefreiung? Zur Krise des Kommunismus und Auflösung der DDR, in: ders./Martin Sabrow (Hg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 15–40, bes. S. 31.

53 Otto Stammer, Der kleine Mann als Objekt der manipulierten Meinungsbildung in der Sowjetzone. Vortrag, gehalten am 6. Mai 1952 im Ferienkurs der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin 1953, S. 10. Dazu auch: Hartmut Zimmermann, Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte, S. 322–356, hier: S. 348–351; Arnd Bauerkämper, Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren, in: Hübner (Hg.), Eliten, S. 37–65, hier: S. 38f. Zu den Zielen und Folgen der SED-Gesellschaftspolitik allgemein: Mühlberg, DDR, S. 36–46; Geißler, Sozialstruktur, S. 116–118, 126–128.

54 Jarausch, Gegengesellschaft, S. 8. Vgl. auch Rüdiger Thomas, Ursachen und Folgen der Gesellschaftspolitik im SED-Staat, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. III/3: Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Baden-Baden 1995, S. 1844–1900, hier: S. 1855, 1898.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Obgleich die Anziehungskraft der westlichen Lebensweise und Kultur trotz der Eindämmungs- und Abschirmungspolitik der SED-Führung in der DDR beträchtlich war, wurde der ostdeutsche Staatssozialismus auch vom Einfluß der UdSSR nachhaltig geprägt. Die Zugehörigkeit der DDR zu dem Mächtesystem, das die siegreiche Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg in Ost- und Ostmitteleuropa errichtet hatte, muß deshalb in dieser Studie als konstitutives Merkmal und wichtige Rahmenbedingung der Geschichte der DDR berücksichtigt werden. Neuere Deutungen gehen allerdings nicht mehr von einem kontinuierlichen, einheitlichen und unwiderstehlichen Einfluß der UdSSR auf politische Entscheidungen der DDR-Führung aus. Die „Sowjetisierung" manifestierte sich zwar zunächst in direkten Anordnungen und dem Transfer von Modellen der östlichen Hegemonialmacht, die damit Politikbereiche und gesellschaftliche Sektoren wie die Verwaltung, Deutschlandpolitik, Agrarwirtschaft und Industriebetriebe strukturell und grundlegend veränderte. Dieser Prozeß vollzog sich aber überwiegend nicht als bruchlose Übertragung fremder Erfahrungen und Vorbilder, sondern als Adaption, denn die in Ostdeutschland vorherrschenden Bedingungen, Traditionen und Interessen mußten jeweils berücksichtigt werden. Indirekter, aber nicht weniger nachhaltig imprägnierte die Sowjetunion in der SBZ/DDR zudem die Politikstile, Leitvorstellungen, Verhaltensformen, Wahrnehmungen und Deutungen. Im Ost-West-Konflikt führten die mit „Sowjetisierung" bezeichneten politisch-kulturellen Konzepte und gesellschaftlichen Prozesse neue Identitäten herbei, die sich in spezifischen Selbst- und Feindbildern bündelten.[55]

Auch das Beziehungsverhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR berührte die Agrarpolitik der SED, die Transformation der Landwirtschaft und das Leben in dörflich-agrarischen Milieus. Das gesamte besetzte Deutschland war nach dem Zweiten Weltkrieg mit den Folgen der nationalsozialistischen Diktatur und ähnlichen Problemlagen konfrontiert. Schon bei der ökonomischen Rekonstruktion wurden überdies neue Herausforderungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung deutlich, die in beiden deutschen Staaten gleichermaßen gelöst werden mußten, aber unterschiedlich bewältigt wurden. Auch im Ost-West-Konflikt blieben die Bundesrepublik und die DDR zwei antagonistische, aber asymmetrisch aufeinander bezogene Staaten mit einem gemeinsamen kultu-

55 Zur Landwirtschaft (mit unterschiedlichen Interpretationen): Ulrich Kluge, Agrarstruktureller Wandel und Kollektivierung in Ostdeutschland. Zum Problem der wirtschaftlichen „Sowjetisierung" 1949–1954, in: Wolfram Fischer/Uwe Müller/Frank Zschaler (Hg.), Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Fs. Lothar Baar, St. Katharinen 1997, S. 250–268; Arnd Bauerkämper, Amerikanisierung und Sowjetisierung in der Landwirtschaft. Zum Einfluß der Hegemonialmächte auf die deutsche Agrarpolitik von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren, in: Konrad Jarausch/Hannes Siegrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt/M. 1997, S. 195–215, hier: S. 198–206; ders., Vertreibung als Exklusion gesellschaftlicher Führungsgruppen. Die Verdrängung der „Großbauern" in der SBZ/DDR und die Vernichtung der „Kulaken" in der UdSSR im Vergleich, in: Günther Schulz (Hg.), Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 125–163. Allgemein: Konrad Jarausch/Hannes Siegrist, Amerikanisierung und Sowjetisierung. Eine vergleichende Fragestellung zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte, in: dies. (Hg.), Amerikanisierung, S. 11–46, hier: S. 24f. Vorwiegend aus politikgeschichtlicher Sicht die Einleitung in: Michael Lemke (Hg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln 1999, S. 11–30; ders., Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ost-westlichen Spannungsfeld, in: APZ, B 6/97, 31.1.1997, S. 41–53. Dazu auch: Jan Foitzik, Sowjetische Hegemonie und Kommunismus in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, in: APZ, B 37–38/96, 6.9.1996, S. 29-37.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

rellen Erbe. Diese Verflechtung wurde jedoch von Abgrenzung überlagert. Die wechselseitige Distanzierung prägte in beiden deutschen Staaten Identitäten und förderte die Anlehnung an die jeweiligen Vormächte.[56] Familienbetrieb gegen „Kolchose", Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft versus „einfache bäuerliche Warenproduktion" – diese Formeln bezeichneten im Kalten Krieg antagonistische Betriebsformen, die nicht nur die Agrarpolitik der beiden deutschen Staaten bestimmten, sondern auch die Selbst- und Fremdbilder in der ländlichen Gesellschaft tief durchdrangen. Das Trommelfeuer der Feindpropaganda verbarg allerdings, daß sich die Rituale wechselseitiger Abgrenzung in den beiden deutschen Staaten durchaus ähnelten. So verurteilten die Bundesregierungen die Kollektivierung in der DDR und die SED-Führung den Strukturwandel in der westdeutschen Landwirtschaft gleichermaßen als neues „Bauernlegen".[57]

Im zweiten Kapitel der Arbeit wird der *Strukturwandel* rekonstruiert, der die ländliche Gesellschaft von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren grundlegend umwälzte. Da sich die Transformation nach dem Kriegsende in Ostdeutschland keineswegs voraussetzungslos vollzog, sondern auf die hier bestehenden konkreten Struktur- und Handlungsbedingungen bezogen war, ist zunächst die Ausgangslage zu skizzieren. Diesen Rahmen zugleich berücksichtigend und überwindend, führten die neuen Machthaber auf dem Lande seit dem Sommer 1945 einen tiefgreifenden strukturellen Umbruch herbei, der von der programmatisch fixierten, weitreichenden Herrschafts- und Gestaltungspolitik vorangetrieben wurde und schließlich in die „durchherrschte" bzw. „durchstaatlichte" Gesellschaft mündete. Aus dieser Umwälzung gingen neue Besitzverhältnisse, Betriebe und gesellschaftliche Gruppen hervor. Zugleich werden die Widersprüche der Zwangsmodernisierung deutlich, die das SED-Regime der ländlichen Gesellschaft in dem betrachteten Zeitraum auferlegte. Die nahezu uneingeschränkte Regelungskompetenz setzte die Machthaber einem enormen Handlungsdruck aus. Da Korrekturinstanzen im politischen System fehlten, führten permanent durchgesetzte, jedoch keineswegs durchweg rational geplante und gezielte Interventionen in wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse neue Probleme herbei. Indem sie die politisch

56 Zum beziehungsgeschichtlichen Untersuchungsansatz besonders: Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APZ, B 29/30, 16.7.1993, S. 30–41; ders., Der schwierige Umgang mit der DDR-Geschichte, in: APZ, B 30/31, 20.7.2001, S. 3–5, hier: S. 4. Vgl. auch Peter Bender, Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1996, S. 9–12, 243–257; ders., Ansätze zu einer deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Merkur 47 (1993), S. 197–206; Mary Fulbrook, The Two Germanies, 1945–1990. Problems of Interpretation, London 1992, bes. S. 1–4, 94–96; dies., The Divided Nation. A History of Germany 1918–1990, New York 1992, S. 129–369; Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver, Einleitung. Die doppelte deutsche Zeitgeschichte, in: dies. (Hg.), Zeitgeschichte, S. 9–16. Weiterführend: Lutz Niethammer, Methodische Überlegungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte. Doppelgeschichte, Nationalgeschichte oder asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?, in: Kleßmann/Misselwitz/Wichert (Hg.), Vergangenheiten, S. 307–327, hier: S. 316, 325f.; Klaus Schönhoven, Kontinuitäten und Brüche – Zur doppelten deutschen Geschichte nach 1945, in: TAJB 28 (1999), S. 237–255.

57 Christel Nehrig, Im Osten propagiert, im Westen diffamiert. Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR, in: Unsere Medien – Unsere Republik 2, hg. vom Adolf-Grimme-Institut, H. 3, November 1992, S. 14–16; Ulrich Kluge, Landwirtschaft zwischen Bäuerlichkeit und Kollektivierung, in: Markt oder Plan. Wirtschaftsordnungen in Deutschland, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1997, S. 78–91, hier: S. 88; Konrad Hagedorn, Das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes in der Agrarpolitik, in: ZAA 40 (1992), S. 53–86, hier: S. 66f. Knapper Überblick in: Bauerkämper, Legitimation, S. 39, 65f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

induzierten Entwicklungskrisen improvisiert und eigenständig lösten, ignorierten die Akteure in den sozialen Subsystemen zwar oft die politischen Ziele der SED-Führung, stabilisierten aber gerade damit (z.T. ungewollt) die politische Herrschaft der Spitzenfunktionäre. Die Verteilung knapper Ressourcen war aber in der ländlichen Gesellschaft ständig umkämpft, und die politische Partizipation der Dorfbewohner beschränkte sich auf untergeordnete Entscheidungen. Die direkte Konfrontation der radikalen Kollektivierungspolitik mit der überlieferten bäuerlichen Kultur und Mentalität führten schließlich eine Krise herbei, die in vielen ländlichen Gemeinden bis zu den frühen sechziger Jahren anhielt und die pseudodemokratische Legitimation des SED-Regimes unterhöhlte. Die Zwangslagen und Problemkumulation lösten jeweils neue Eingriffe der Machthaber in die sozioökonomische Entwicklung aus, um den weitreichenden Herrschaftsanspruch bewahren und die Loyalität oder zumindest die Anpassung der Bevölkerungsmehrheit sichern zu können. Dabei wurden die Herrschenden oft zu pragmatischen Entscheidungen gezwungen, die nicht ausschließlich aus der – ohnehin variierenden – Programmatik abzuleiten waren. Insgesamt konnte die sozioökonomische Entwicklung auf dem Lande auch in der kommunistischen Diktatur nur eingeschränkt gesteuert werden, und der umfassende Planungs- und Kontrollanspruch wurde durch die nicht intendierten Wirkungen zentraler Eingriffe sowie die daraus resultierende Eigendynamik konterkariert. Die Politik der zentral initiierten und gesteuerten Gesellschaftskonstruktion verlieh Konflikten Auftrieb und mündete wiederholt in Krisen, die zu improvisierten Lösungen durch neue Eingriffe zwangen. Die Aporien der Zwangsmodernisierung verursachten so eine destruktive Dynamik, die von den Machthabern im Politbüro und Zentralkomitee der SED nur partiell eingedämmt und kontrolliert werden konnte.[58]

Nach der Strukturanalyse des Umbruchs wird der politisch induzierte Wandel im dritten Kapitel aus der Perspektive der *Akteure* auf dem Lande dargestellt. Die Studie verknüpft damit – bislang überwiegend noch antinomisch diskutierte – makro- und mikrohistorische Ansätze. Die Darstellung behandelt die Wahrnehmungen sowie das Spektrum der individuellen und kollektiven Aneignungs- und Umgangsformen, die sich auf die politischen Eingriffe in die dörflichen Milieus und ländlichen Lebenswelten bezogen. Da sich besonders die Kollektivierung gegen tief verwurzelte Werte und Mentalitäten der Bauern richtete, konzentriert sich die Analyse auf Abwehrreflexe und Formen abweichenden Verhaltens. Die Arbeit knüpft damit insgesamt an die neuere Sozialgeschichtsschreibung an, die der subjektiven Dimension historischer Prozesse zunehmend Beachtung geschenkt und außer dem sozialstrukturellen Wandel die individuellen und kollektiven Umgangs-, Wahrnehmungs- und Aneignungsformen historischer Prozesse untersucht hat. Im Anschluß an die kulturhistorische Erweiterung der Sozialgeschichte, die von der Historischen Anthropologie und der neueren ethnologischen Forschung nachhaltig beeinflußt worden ist, werden Strukturen hier als Handlungsrahmen gefaßt, der durch Aneignungsprozesse in die Lebenswelten der Subjekte transponiert und so in Gesellschaften wirksam wird. Wahrnehmungen, Deutungen und Handlungen konstituieren damit „soziale Realität", die von der politischen Herrschaft und

58 Christoph Kleßmann, „Das Haus wurde gebaut aus Steinen, die vorhanden waren" – Zur kulturgeschichtlichen Kontinuitätsdiskussion nach 1945, in: TAJB 19 (1990), S. 159–177; Bessel/Jessen, Einleitung, S. 9, 14f., 22; Kocka, Gesellschaft, S. 550; Radkau, Revoltierten die Produktivkräfte gegen den real existierenden Sozialismus?, S. 41. Zu den ambivalenten Auswirkungen des Herrschaftsanspruchs der Machteliten: Geißler, Sozialstruktur, S. 104f. Vgl. auch Detlef Pollack, Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: war die DDR-Gesellschaft homogen?, in: GG 23 (1997), S. 110–131, hier: S. 115f., 121–128.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

den gesellschaftlichen Strukturen konditioniert ist. Ein Gesellschaftsbegriff, der auf die Praxis der Akteure abhebt, bezeichnet demnach ein Ensemble individueller Handlungen, die in spezifischen politischen und sozialen Institutionen gebündelt und auf sie bezogen sind. Gesellschaftsgeschichte wird damit zur „Vergesellschaftungsgeschichte".[59]

Auch in der SED-Diktatur konnten die Machthaber ihre politische Herrschaft nicht umstandslos oktroyieren. Zwar ist hervorzuheben, daß sich „Alltage in der DDR [...] *relativ* stärker auf Herrschaft bezogen als Alltage in solchen industrialisierten (und bürokratisierten) Gesellschaften, die – bei allen Einschränkungen – Medienöffentlichkeit sowie judikative und parlamentarische ‚checks and balances' für Regierende und Bürokratien kannten."[60] Als „Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden", setzt Herrschaft aber Legitimitätsglauben voraus, da sie nicht dauerhaft ausschließlich als Macht „gegen Widerstreben" durchgesetzt werden kann. Vielmehr bedarf die Ausübung von Herrschaft der Mitwirkung der Beherrschten. Ihre Interessen, Wünsche, Forderungen und Ziele werden deshalb im allgemeinen ebenso in die Herrschaftspraxis integriert wie ihre Werte und Mentalitäten. In der DDR übte die SED-Führung aber zumindest bis zu den späten fünfziger Jahren überwiegend Gewalt aus, die zwar eine emotionale Vergesellschaftung herbeiführen konnte und Täter und Opfer band, aber den Subjekten gegenüber den Herrschaftsträgern kaum Autonomie ließ. Da das SED-Regime auch anschließend auf seiner Macht bestand, eine öffentliche Artikulation von Widerspruch unterband und eine grundsätzliche Kritik an ihrer Diktatur nicht zuließ, war die – ohnehin asymmetrische Interaktion – zwischen den Herrschenden und Beherrschten auf einzelne Probleme und enge Räume beschränkt. Die Herrschaftsträger nahmen dabei durchaus individuelle und kollektive Interessen, Aspirationen, Ziele, Werte und Mentalitäten auf. Dennoch konnte die SED-Führung periphere ländliche Räume mit ihren zentralen politischen Interventionen nie vollständig durchdringen, weil die Eingriffe den spezifischen lokalen oder regionalen Bedingungen oft

---

59 Thomas Sokoll, Kulturanthropologie und Historische Sozialwissenschaft, in: Mergel/Welskopp (Hg.), Geschichte, S. 233–272, bes. S. 235, 243, 249, 263. Warnung vor einer unreflektierten „Kulturalisierung" in: Wolfgang Kaschuba, Kulturalismus: Kultur statt Gesellschaft?, in: GG 21 (1995), S. 80–95. Noch entschiedener: ders., Mythos oder Eigen-Sinn? „Volkskultur" zwischen Volkskunde und Sozialgeschichte, in: Utz Jeggle u.a. (Hg.), Volkskultur in der Moderne. Probleme und Perspektiven empirischer Kulturforschung, Reinbek 1986, S. 469–507. Dazu auch Hans-Ulrich Wehlers Kommentar in: Mergel/Welskopp (Hg.), Geschichte, S. 351–366, hier: S. 353, 363f.; Wunder, Kulturgeschichte, S. 80. Zur „Vergesellschaftungsgeschichte": Welskopp, Sozialgeschichte, S. 179, 181–183, 189f. Zur kulturhistorischen Erweiterung der Gesellschaftsgeschichte grundsätzlich: Carola Lipp, Kulturgeschichte und Gesellschaftsgeschichte – Mißverhältnis oder glückliche Verbindung?, in: Nolte u.a. (Hg.), Perspektiven, S. 25–34. Zurückhaltender: Jürgen Kocka, Historische Sozialwissenschaft heute, in: ebd., S. 5–24, hier: S. 13–20; Hans-Ulrich Wehler, Aufbruch oder Sackgasse? Das Kaiserreich auf dem Prüfstand, in: ders., Politik in der Geschichte. Essays, München 1998, S. 98–137, 246–258, hier: S. 108, 134–136. Vgl. auch Friedrich Jaeger, Der Kulturbegriff im Werk Max Webers und seine Bedeutung für eine moderne Kulturgeschichte, in: GG 18 (1992), S. 371–393, hier: S. 372–376, 392f.; Wolfgang Hartwig/Hans-Ulrich Wehler, Einleitung, in: dies. (Hg.), Kulturgeschichte, S. 7–13, hier: S. 8–12. Anregend auch: Friedhelm Neidhardt, „Kultur" und „Gesellschaft". Einige Anmerkungen zum Sonderheft, in: ders./Lepsius/Weiß (Hg.), Kultur, S. 10–18, hier: S. 10–12, 15; Sieder, Sozialgeschichte, S. 446, 448, 450f., 453, 458, 460, 465. Übersicht zur Debatte bis zu den frühen neunziger Jahren in: Georg G. Iggers, Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, Göttingen 1993, S. 73–87.

60 Alf Lüdtke, Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in: APZ, B 36/98, 28.8.1998, S. 3–16, hier: S. 12 (im Original kursiv).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905.n

kaum Rechnung trugen und auch von den untergeordneten Funktionären nur unvollständig angepaßt werden konnten.[61]

4. Raum und Zeit, Methoden und Quellen

Indem die Studie die mikro- und makrogeschichtliche Perspektive verknüpft, wird gleichermaßen eine kulturalistische und strukturalistische Verengung vermieden. Die Untersuchung soll damit zu einer Gesellschaftsgeschichte der SBZ bzw. DDR beitragen und die Entwicklung der Agrargeschichtsschreibung zu einer breiten Historiographie der ländlichen Gesellschaft voranbringen. Wegen des bedeutenden Stellenwertes der Betriebe und der Agrarwirtschaft in den ländlichen Gemeinden werden auch ökonomische Folgen des Umbruchs dargelegt, ohne daß damit eine umfassende wirtschaftsgeschichtliche Analyse angestrebt wird. Die Dorfbewohner, besonders die Bauern, werden hier analytisch nicht ausschließlich als Objekte obrigkeitlicher Herrschaft gefaßt, sondern als Akteure, die sich gesellschaftliche Strukturen kreativ aneigneten und politische Eingriffe nutzten, um ihre Interessen zu wahren. Restriktive Handlungsbedingungen wurden in kleinräumige lokale Lebenswelten eingepaßt, so daß politische Interventionen und Traditionen sowie diktatorische „Durchherrschung" und gesellschaftliche Mobilisierung in einer engen Symbiose individueller und kollektiver Handlungspraktiken verschmolzen. Die ländliche Gesellschaft soll dabei weder als Hort der Tradition romantisiert noch zu einem Hemmnis oder Residuum des industriegesellschaftlichen Modernisierungsprozesses reduziert werden. Auch wenn die Gutsbesitzer in der SBZ der Enteignung und Vertreibung nach der Bodenreform letztlich ebenso unterlagen wie rund ein Jahrzehnt später die Bauern der Kollektivierung, sind ihre Mentalitäten und ihr Handeln angesichts der Herausforderung durch die Politik der Zwangsmodernisierung ernst zu nehmen.[62]

---

61 Zit. nach: Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen [5]1976, S. 28. Vgl. auch Alf Lüdtke, Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: ders. (Hg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9–63, hier: S. 9–18; Lindenberger, Herrschaft, S. 5, 8f., 11. Zum Verhältnis von Macht- und Gewaltherrschaft im Rekurs auf Hannah Arendt besonders: Peter Imbusch, Macht und Herrschaft, in: ders. (Hg.), Macht, S. 9–26, hier: S. 17. Vgl. auch Bernd Weisbrod, Sozialgeschichte und Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert, in: Nolte u.a. (Hg.), Perspektiven, S. 112–123, hier: S. 118–120. Zum Verhältnis von Macht und Herrschaft in Webers Werk: Petra Neuenhaus, Max Weber: Amorphe Macht und Herrschaftsgehäuse, in: Imbusch (Hg.), Macht, S. 77–93.

62 Zum hier skizzierten Konzept insgesamt: Burkart Lutz, Die Bauern und die Industrialisierung. Ein Beitrag zur Erklärung von Diskontinuität der Entwicklung industriell-kapitalistischer Gesellschaften, in: Johannes Berger (Hg.), Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren, Göttingen 1986, S. 119–137, hier: S. 123–131; Hans Pongratz, Bauern – am Rande der Gesellschaft. Eine theoretische und empirische Analyse zum gesellschaftlichen Bewußtsein von Bauern, in: SW 38 (1987), S. 522–541, hier: S. 529f.; Paul Erker, Der lange Abschied vom Agrarland. Zur Sozialgeschichte der Bauern im Industrialisierungsprozeß, in: Matthias Frese/Michael Prinz (Hg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 327–360, hier: S. 331. Zu den Bauern als Akteure: Peter Blickle, Bauer, in: van Dülmen (Hg.), Fischer-Lexikon Geschichte, S. 140–150, hier: S. 145, 149. Dagegen wird die Statusreduktion von Bauern zu Objekten staatlicher Politik im 20. Jahrhundert betont in: Josef Mooser, Das Verschwinden der Bauern. Überlegungen zur Sozialgeschichte der „Entagrarisierung" und Modernisierung der Landwirtschaft im 20.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ebenso soll gezeigt werden, daß die Bewohner ländlicher Gemeinden durchaus bereit und fähig waren, Innovationen aufzunehmen und ihr Verhalten zu verändern. In Deutschland waren auch Bauern im 20. Jahrhundert im allgemeinen keinesfalls ausschließlich Opfer der politischen Herrschaft und eines übermächtigen sozioökonomischen Strukturwandels, sondern Akteure, die ihr Verhalten flexibel an veränderte Rahmenbedingungen anpassen konnten. Nach dem Konzept der *peasant society* prägen Bauern ihr spezifisches Alltagsleben und ihre Einstellungen und Verhaltensformen zur Arbeit. Auch deshalb sind ihre Wahrnehmungen und Handlungsformen in die Analyse der ländlichen Gesellschaft in der SED-Diktatur einzubeziehen. Insgesamt ist „Dorf" nach diesen Überlegungen konzeptionell als relativ geschlossener Lebenskreis zu fassen, in dem sich seit dem Hohen Mittelalter zwar genossenschaftliche Organisationsformen herausgebildet hatten, der jedoch durchweg und seit den Bauernkriegen des 16. Jahrhunderts zunehmend von den politischen Eingriffen obrigkeitlicher Herrschaftsinstanzen durchdrungen worden ist. In der bäuerlichen und (seit dem 19. Jahrhundert) bürgerlichen Gemeinde prägten Macht und soziale Konflikte auch die innerdörflichen Sozialbeziehungen, die im allgemeinen von einer hohen Interaktionsdichte sowie der relativ geringen gesellschaftlichen Differenzierung zwischen privater, beruflicher und politischer Sphäre geprägt waren. Demgemäß bestimmten sich überschneidende Personenkreise von Honoratioren, die über ein hohes Sozialprestige verfügten, das dörfliche Leben. Wählergemeinschaften und Parteien, Kirchengemeinden und Vereine haben in der bürgerlichen Dorfgemeinde ebenso wie in der modernen ländlichen Flächengemeinde seit dem 19. Jahrhundert als Sozialisationsagenturen fungiert, die Werte ihrer Bewohner symbolisiert und damit einen personalistischen Politikstil begründet, in dem direkte Beziehungen zwischen den Akteuren den Meinungs- und Willensbildungsprozeß bestimmt haben.[63]

Die Untersuchung behandelt vor allem die landwirtschaftlichen Betriebe als „Vergesellschaftungskerne" auf dem Lande. Der Herrschafts- und Gestaltungsanspruch der Machthaber spiegelte sich im ostdeutschen Staatssozialismus vor allem in der Herausbildung neuer Agrarbetriebe wider, die nicht nur Erwerbsorte, sondern vielfach eng mit den Gemeinden verflochten waren. Vor der Trennung der Tier- und Pflanzenproduktion in den siebziger Jahren wohnten die Beschäftigten der Agrarbetriebe überdies im allgemeinen auch in den Gemeinden, in denen sie arbeiteten. Als Zentren der SED-Herrschaft auf dem Lande erlegte die Staats- und Parteiführung den Volkseigenen Gütern, Maschinenstationen und Produktionsgenossenschaften wichtige ökonomische und politische Aufgaben auf. Demgegenüber

---

Jahrhundert, in: Daniela Münkel (Hg.), Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000, S. 23–35, hier: S. 32f.; ders., Agrargeschichte, S. 127, 130.

63 Zur Typologie und zu den Merkmalen der Dorfgemeinden: Herbert Schneider, Dorfpolitik, in: Hellmut Wollmann/Roland Roth, Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Bonn ^{2}1998, S. 86–101, hier: S. 86–89, 92–95, 100. Vgl. auch Clemens Zimmermann, Dorf und Land in der Sozialgeschichte, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hg.), Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Bd. 2: Handlungsräume des Menschen in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 90–112, hier: S. 94, 101, 103, 107. Dazu jetzt auch die Beiträge in: Clemens Zimmermann (Hg.), Dorf und Stadt. Ihre Beziehungen im historischen Wandel vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Stuttgart 2000. Zum Konzept der *peasant society* knapp: Werner Rösener, Einführung in die Agrargeschichte, Darmstadt 1997, S. 167f.; Christof Dipper, Bauern als Gegenstand der Sozialgeschichte, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hg.), Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Bd. 4: Soziale Gruppen in der Geschichte, Göttingen 1997, S. 9–33, hier: S. 15, 27.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

entfalteten die Kommunalverwaltungen im ostdeutschen Staatssozialismus kaum handlungsorientierende Wirkung. Die Gemeinden waren nach dem Prinzip der „doppelten Unterstellung" aller staatlichen Organe nicht nur den jeweiligen „Volksvertretungen", sondern auch den Räten der Kreise bzw. Bezirke und ihren Fachabteilungen verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Die Kommunalverfassung der DDR ließ den Gemeinden, die wegen der fehlenden Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit nicht gegen Eingriffe übergeordneter Instanzen Rechtseinspruch erheben konnten, keine eigenen politischen Kompetenzen, da der Verfassung das Dogma der „Gewalteneinheit" zugrunde lag. Als „lokale Staatsorgane" fungierten Kommunalverwaltungen nach dem Prinzip des „demokratischen Sozialismus" lediglich als Exekutivorgane eines sozialistischen Regimes, das den Staat nach den Organisationsprinzipien der Monopolpartei einrichtete und ihn damit weitgehend entgrenzte. Eine Gewaltenteilung war damit ebenso ausgeschlossen wie die Verwaltungsgerichtsbarkeit und eine unabhängige Rechtsprechung. Die Gemeinden waren in dieser Verfassungsordnung, die den Staatsapparat von rechtsstaatlichen Kontrollen freistellte, nicht nur der zentralen Planung und Lenkung unterworfen, sondern auch von den Ressourcen der örtlichen Betriebe abhängig, die öffentliche Aufgaben übernahmen und auch deshalb die Gemeindepolitik weitgehend bestimmten.[64]

Mit dem Bedeutungsgewinn der Betriebe gegenüber den Kommunalverwaltungen verschob sich auch das relative Gewicht der Elitenpositionen. Während die politische Macht und der gesellschaftliche Einfluß traditionaler dörflicher Honoratioren wie Bürgermeister gezielt beschnitten wurde, bestimmten die Vorsitzenden der LPG seit den fünfziger Jahren weithin die Gemeindepolitik, denn die Produktionsgenossenschaften finanzierten den Ausbau der Infrastruktur und unterhielten Sozial- und Kultureinrichtungen. Zudem banden diese Betriebe die lokalen Gruppen der Parteien und Massenorganisationen an sich, und sie unterstützten die örtlichen Vereine. Bau- und Reparaturbrigaden sowie Pflege- und Dienstpersonal der Produktionsgenossenschaften übernahmen wichtige kommunale Aufgaben. Wegen dieser spezifischen Multifunktionalität und den relativ geringen Kompetenzen der lokalen Staatsorgane konzentriert sich die Untersuchung auf die Agrarbetriebe, die in der DDR bis 1989/90 weithin das dörfliche Leben prägten, zumal in vielen Gemeinden mehr als ein Drittel der erwerbsfähigen Dorfbewohner ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft verdiente. Gegründet als Zentren der politischen Konstruktion einer neuen „sozialistischen" Gesellschaft auf dem Lande, konstituierten besonders die LPG zudem informelle Beziehungsnetze, die das Alltagsleben der Dorfbewohner weit über die Arbeit hinaus beeinflußten. Sogar das Dorfbild und die Siedlungsformen wurden in der DDR noch in den achtziger Jahren vielerorts von der Landwirtschaft bestimmt.[65]

---

64 Sighart Neckel, Das lokale Staatsorgan. Kommunale Herrschaft im Staatssozialismus der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie (ZfS) 21 (1992) S. 252–268, hier: S. 253–255, 257f., 261. Zur Verfassungsstruktur und ihren Auswirkungen: Rosemarie Will, Die rechtliche Situation in der Ost-Zone und in der jungen DDR, in: Rainer Schröder (Hg.), 8. Mai 1945 – Befreiung oder Kapitulation?, Berlin 1997, S. 71–91, hier: S. 82–85, 87f. Begriff „Vergesellschaftungskerne" nach: Kohli, DDR, S. 38f. Zum Stellenwert der Betriebe auch: Kocka, Sonderweg, S. 39.

65 Brauer/Willisch/Ernst, Landwirtschaft, S. 1369, 1384f., 1387, 1396; Peter Pollack, Die Landwirtschaft in der DDR und nach der Wende, in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. III/2, S. 1429–1499, hier: S. 1451, 1453; Neckel, Staatsorgan, S. 258; Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 304; Panzig, Beruf, S. 173.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Konzentration der Studie auf Brandenburg als (im folgenden erläuterten) historischen Raum ermöglicht, auf der Mesoebene die Untersuchungsdimensionen – politische Herrschaft, sozioökonomischer Strukturwandel und Aneignungsformen der Menschen – zu kombinieren und aufeinander zu beziehen. Die regionalhistorische Untersuchung hebt damit nicht nur Spezifika des Umbruchs in der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft hervor, sondern gestattet auch, in mikrohistorischer Perspektive die Wahrnehmungen, Deutungen und Handlungsformen der Akteure in einzelnen Gemeinden zu rekonstruieren und zu erklären. Die Arbeit geht dabei von einem funktional-kulturgeschichtlichen Raumbegriff aus. Regionen sind demnach nicht statische, geographisch oder verwaltungsgeschichtlich eindeutig abgegrenzte Gebilde, sondern sie spiegeln mentale Ordnungsvorstellungen wider. „Region" ist deshalb ein Prozeßbegriff, der sich auf einen „spezifischen raum-zeitlichen Lebenszusammenhang" bezieht. Als Sinnordnungen sind Regionen Konstruktionen, die allerdings in Strukturen, Institutionen, Mentalitäten und Artefakten objektiviert sind. Regionalkulturen werden damit erst Untersuchungsgegenstand der „Landeszeitgeschichte", die raumkonstituierende Faktoren lange vernachlässigt hat. In institutionentheoretischer Sicht vollzogen sich in regionalen, intermediären Instanzen wichtige Vergesellschaftungs- und Vermittlungsprozesse. Regionen sind deshalb besonders geeignet, die Verschränkung von Herrschaft und Gesellschaft sowie von Alltagsleben und gesellschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen zu analysieren. Sie sind allerdings trotz der wirkungsmächtigen Homogenisierungstendenz durch die zunehmende soziale Mobilität und überregionale Interaktion in modernen Industriegesellschaften nicht geschlossen, sondern in kleinräumige Lebenswelten segmentiert. Dieses variable Konzept der Region schließt eine identitätsstiftende Funktion aus, die der „Landesgeschichte" traditionell zugewiesen worden ist.[66]

Allerdings ist „Regionalgeschichte" in der Praxis der historischen Forschung auch in den letzten Jahren überwiegend als „Landesgeschichte" gefaßt worden. Der Raumbegriff ist kaum klar zu definieren, und die jeweils untersuchten Regionen können nur schwer eindeutig abgegrenzt werden. Zudem zwingt die archivalische Überlieferung auch in dieser Studie zu einer Konzentration auf die administrativen Einheiten der Provinz (Mark) Brandenburg (1945/46) bzw. des Landes Brandenburg (1946–1952) und der Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus (1952–1990). Das untersuchte Territorium kann deshalb analytisch als politisch-administrative Tätigkeitsregion gefaßt werden, während die Prozesse des „Regio-

66 Vgl. vor allem Hannes Siegrist, Region, Regionalisierung und Regionalismus in Mitteldeutschland aus europäischer Perspektive, in: Jürgen John (Hg.), „Mitteldeutschland". Begriff – Geschichte – Konstrukt, Rudolstadt 2001, S. 91–108, hier: S. 96, 108; Bernd Weisbrod, Region und Zeitgeschichte: Das Beispiel Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 68 (1996), S. 91–105. Daneben: Jürgen Reulecke, Von der Landesgeschichte zur Regionalgeschichte, in: Geschichte im Westen 6 (1991), S. 202–208, hier: S. 205–207; Ernst Hinrichs, Regionalgeschichte, in: Carl-Hans Hauptmeyer (Hg.), Landesgeschichte heute, Göttingen 1987, S. 16–34, hier: S. 18, 22f., 27; Peter Steinbach, Territorial- oder Regionalgeschichte: Wege der modernen Landesgeschichte. Ein Vergleich der „Blätter für deutsche Landesgeschichte" und des „Jahrbuchs für Regionalgeschichte", in: GG 11 (1985), S. 528–540, hier: S. 533, 535, 539f. Zit. nach: Gunther Mai, Zeithistorische Landesgeschichtsforschung, in: Detlev Heiden/Gunther Mai (Hg.), Nationalsozialismus in Thüringen, Wien 1995, S. 11–27, hier: S. 20. Zum Konzept der „Landeszeitgeschichte": Hans-Joachim Behr, Zeitgeschichte in Land und Region, in: Geschichte im Westen 4 (1989), S. 181–197, hier: S. 193, Heinrich Küppers, Zum Begriff der Landeszeitgeschichte, in: Geschichte im Westen 7 (1992), S. 23–27. Vgl. auch Guido Thiemeyer, Kriegsende und Neubeginn in Europa 1945: Nationale und regionale Erfahrungen, in: Neue Politische Literatur (NPL) 44 (1999), S. 426–445, hier: S. 426f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

nalisierens" durch Wahrnehmung und Identitätsbildung noch von der kulturgeschichtlichen Forschung zu rekonstruieren sind. Die regionale Konzentration auf den politisch-administrativen Raum wird in dieser Arbeit aber zweifach gebrochen, denn Brandenburg war nach 1945 einerseits in großräumige überregionale Wirkungszusammenhänge einbezogen, andererseits in kleinräumige Beziehungsnetze fragmentiert. Deshalb bezieht die Studie dörfliche Milieus und Lebenswelten ebenso ein wie Entwicklungstrends in der SBZ bzw. DDR, um damit die Spezifika der Umwälzung in Brandenburg zu erfassen oder im interregionalen Vergleich übergreifende Gemeinsamkeiten zu identifizieren[67]

Mit dem Verlust der östlich der Oder gelegenen Neumark hatte die Provinz Mark Brandenburg, die nach dem Befehl Nr. 5 der SMAD vom 9. Juli 1945 gebildet worden war, rund ein Drittel der preußischen Provinz Brandenburg eingebüßt, die 1815/16 aus den Territorien Kurmark und Neumark sowie sächsischen Gebieten der Niederlausitz und im Fläming gebildet worden war. Nachdem Berlin 1920 zur Provinz Preußens erklärt worden war, umfaßte die Provinz Brandenburg 1939 38.274 km^2 mit rund drei Millionen Einwohnern. Die Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) vereinten insgesamt 41 Kreise. Die Provinz war im allgemeinen noch durch die Agrarwirtschaft und ländliche Siedlungsstrukturen geprägt. Der Gutsbesitz herrschte dabei vor, besonders in den nordwestlichen, nordöstlichen und östlichen Kreisen. Für die westlichen und südlichen Kreise waren dagegen wirtschaftsstarke Mittel- und Großbauern kennzeichnend; in den südöstlichen Industriegebieten lebten daneben viele „Arbeiterbauern", die ihre Kleinstellen im Nebenerwerb führten. Insgesamt war die Agrarstruktur vor der Bodenreform damit zwar nicht repräsentativ für die Länder der SBZ oder sogar für das gesamte Vorkriegsdeutschland, wies aber doch deutliche Unterschiede im Nord-Süd-Gefälle auf. Brandenburg war weniger gutsherrschaftlich geprägt als das erst 1934 gebildete Land Mecklenburg oder die Provinz Ostpreußen, aber stärker als die westdeutschen Länder (mit Ausnahme Schleswig-Holsteins). Die natürlichen Voraussetzungen ließen in Brandenburg, wo rostfarbene Waldböden vorherrschen, weitgehend nur den Anbau von Roggen, Kartoffeln und Lupinen zu; fruchtbare Böden finden sich lediglich in der Uckermark und im Oderbruch, so daß hier Intensivkulturen mit Gemüse angelegt werden können. Dagegen eignen sich die organischen Naßböden des Havelländischen Luchs und des Spreewaldes überwiegend nur zur Wiesen- und Weidewirtschaft.[68]

---

67 Vgl. die Überlegung in Hans-Heinrich Blotevogel, Auf dem Weg zu einer Theorie der Regionalität. Die Region als Forschungsgegenstand der Geographie, in: Gerhard Brunn (Hg.), Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde, Baden-Baden 1996, S. 44–68, hier: S. 58; Siegrist, Region, S. 98; Küppers, Begriff, S. 26f. Zur mangelnden Abgrenzung von „Regionalgeschichte" und „Landesgeschichte" in der Forschungspraxis: Werner Buchholz, Vergleichende Landesgeschichte und Konzepte der Regionalgeschichte von Karl Lamprecht bis zur Wiedervereinigung im Jahre 1990, in: ders. (Hg.), Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahme – Analyse – Perspektiven, Paderborn 1998, S. 11–60, hier: S. 48–59.

68 Merkel/Schuhans, Agrarwirtschaft, S. 8; Armin Moritz, Regression und Reform in einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation: zu einigen strukturellen und ökonomischen Besonderheiten der Agrarwirtschaft der SBZ in den ersten Nachkriegsjahren, Diss. phil., Universität Erlangen-Nürnberg 1984 (Ms.), S. 86f.; Rosemarie Baudisch, Geographische Grundlagen und historisch-politische Gliederung Brandenburgs, in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 15–44, hier: S. 37, 47–44. Zur politisch-administrativen Struktur: Barbara Fait, Brandenburg, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ^{2}1993, S. 80–102, hier: S. 80f., 84f.; Peter Widmann, Brandenburg, in: Benz (Hg.), Deutsch-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Der Raum, der hier mit „Brandenburg" bezeichnet wird, variierte im Untersuchungszeitraum leicht. Der Beginn der Kollektivierung ging in der DDR mit einer territorialen Neugliederung einher, die sich nach dem „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik" vom 23. Juli 1952 vollzog. Damit wurde das Land Brandenburg, das staatsrechtlich erst durch die Beseitigung Preußens nach dem SMAD-Befehl Nr. 180 am 21. Juli 1947 konstituiert worden war, in Bezirke aufgegliedert, deren direkte Kontrolle die Parteiführung und die zentralen Verwaltungsinstitutionen übernahmen. Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, die insgesamt 41 Kreise umfaßten, waren territorial nicht vollständig mit dem aufgelösten Land Brandenburg identisch. Vielmehr wurde der Kreis Westprignitz dem mecklenburgischen Bezirk Schwerin sowie die Kreise Templin und Prenzlau dem Bezirk Neubrandenburg angegliedert. Andererseits nahm im Süden der Bezirk Cottbus Gebiete der ehemaligen Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt auf. Insgesamt beseitigte das SED-Regime mit der Auflösung der Landes Brandenburg eine politisch-administrative und kulturelle Region, die allerdings schon mit dem Kriegsende von einem tiefgreifenden Umbruch erfaßt worden war. In den Bezirken und Kreisen förderten die Machthaber in der DDR seit 1952 eine neue Regionalisierung, ohne damit jedoch eine breite Identifikation mit den Bezirken herbeiführen zu können. Erst in den achtziger Jahren nutzte die Partei- und Staatsführung die ehemaligen Länder Preußen bzw. Brandenburg wieder als Instrument der Loyalitätsstiftung.[69]

Bodenreform und Kollektivierung veränderten in Brandenburg nicht nur die Struktur der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft, sondern sie griffen auch tief in die Lebenswelten der beteiligten Akteure ein. Die Enteignung der Gutsbesitzer und die Aufteilung ihres Landes führten einen enormen Strukturbruch herbei, der die Akteure in den Dörfern mit beträchtlichen Problemen konfrontierte und ihr Leben oft nachhaltig prägte. Über die Enteignung und Umverteilung des Gutsbesitzes wird ebenso wie über die Folgen der Kollektivierung noch in der Gegenwart heftig gestritten, nicht nur in der Politik und in Gerichtssälen, sondern auch zwischen den Menschen. Es ist deshalb gerechtfertigt, trotz der Kontinuitäten, die über das Kriegsende hinaus auch in Brandenburg das Leben auf dem Lande bestimmten, die Transformation ab 1945 zu untersuchen, ohne die Vorbedingungen völlig auszublenden.[70] Die Kollektivierung wurde zwar mit einem Beschluß der Volkskammer am

land, S. 391–394, hier: S. 391f; Hans-Joachim Schreckenbach, Der Aufbau einer neuen Verwaltung in Brandenburg im Jahr 1945, in: Werner Stang (Hg.), Brandenburg im Jahr 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 223–264, hier: S. 223–227, 232; ders./Werner Künzel, Das Land Brandenburg und der brandenburgische Landtag 1945–1952, in: Kurt Adamy/Kristina Hübener (Hg.), Geschichte der Brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart, Potsdam 1998, S. 225–326, hier: S. 225–228; dies., Das Land Brandenburg und der brandenburgische Landtag 1945–1952, in: Kurt Adamy/Kristina Hübener (Hg.), Kleine Geschichte des Brandenburgischen Landtages, Potsdam 1999, S. 136–197, hier: S. 136–142. Konzeptionelle Überlegungen zur brandenburgischen Regionalgeschichte in: Wolfgang Neugebauer, Brandenburg-Preußische Geschichte nach der deutschen Einheit. Voraussetzungen und Aufgaben, in: Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte 43 (1992), S. 154–181, hier: S. 163, 165, 180.

69 Raina Zimmering, Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen, Opladen 2000, S. 339–355; Karl-Heinz Hanja, Die Bildung der Bezirke in der DDR ab Mitte 1952, in: ZfG 37 (1989), S. 291–303; Schreckenbach/Künzel, Land (1998), S. 309–321; Baudisch, Grundlagen, S. 39–41.

70 Zum Stellenwert des Kriegsendes in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts unterschiedliche Interpretationen in: Jürgen Kocka, 1945 nach 1989/90. Zur sich wandelnden Bedeutung des Endes von

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

25. April 1960 offiziell abgeschlossen; der Zusammenschluß zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften blieb aber bis 1963/64 fragil. Bauern protestierten weiterhin gegen den Zwang, mit dem die SED-Führung die Kollektivierung 1959/60 rücksichtslos durchgesetzt hatte, und Mitglieder traten aus den auch wirtschaftlich vielfach noch schwachen neuen Kollektivbetrieben aus, deren Auflösung damit drohte. Die Studie verfolgt deshalb die Entwicklung bis 1963, als Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED den „Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden" in der Landwirtschaft ankündigte und damit einen neuen Transformationsschub auslöste. Darüber hinaus werden Grundzüge des weiteren Strukturwandels auf dem Lande bis zum Zerfall der SED-Diktatur und zur Wiedervereinigung Deutschlands jeweils in den einzelnen Kapiteln skizziert.[71]

Für diese Untersuchung wurden vor allem Aktenbestände der Parteileitungen und staatlicher Verwaltungseinrichtungen, aber auch einzelner wissenschaftlicher Institutionen wie der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (AdL) ausgewertet. Außer den zentralen Institutionen – besonders der Abteilung Landwirtschaft im Zentralkomitee (ZK) der SED, der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (1945–48), der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft in der Deutschen Wirtschaftskommission (1948/49) und dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (seit 1949) – waren in Brandenburg besonders die für Landwirtschaft zuständigen Abteilungen der Provinzialverwaltung (1945/46) bzw. Provinzial- und (ab 1947) Landesregierung in die Bodenreform involviert. Die Kollektivierung wird vorwiegend auf der Basis der archivalischen Überlieferung der zuständigen Räte der Bezirke und Kreise sowie der Bezirks- und Kreisleitungen der SED untersucht. Die Korrespondenz und Berichte dieser staatlichen Behörden und Parteidienststellen vermittelt nicht nur umfassend Einblick in die Politik und in das Vorgehen der Herrschaftsträger, sondern z.T. auch detaillierte Informationen über die landwirtschaftlichen Betriebe, individuelle Wahrnehmungsformen und das Handeln der Menschen in einzelnen Dörfern. Außer dem traditionellen hermeneutischen Verfahren der Aktenanalyse wurden in der Gemeinde Ihlow (Kreis Märkisch-Oderland, bei Strausberg) auch Interviews durchgeführt, um die Wahrnehmungen der Akteure in einem dichten räumlichen Bezugsnetz zu erfassen und die Kenntnisse über ihre Handlungsformen zu vertiefen. Die lokalhistorische Forschung zielte dabei nicht auf eine repräsentative Erfassung von Handlungsformen und Aneignungsweisen der Subjekte ab. Durch die ergänzende Auswertung von Archivalien zur Gemeinde sollten überdies die beträchtlichen methodischen Probleme der *oral history* – besonders das Verhältnis von Gedächtnis und Erinnerung, die Verläßlichkeit, die Auswertungs- und Kontrollmöglichkeiten – verringert werden. Zudem war die lokale Entwicklung in größere Sozial- und Kulturkontexte einzubetten. Die Fallstudie wird in der Darstellung deshalb nicht separat behandelt, sondern in die Untersuchung integriert, zumal sie keineswegs den wissenschaftlichen Stellenwert bereits vorliegender Studien – z.B. über die Gemeinden Kiebingen und

---

NS-Diktatur und Krieg, in: Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Fs. Hans Mommsen, Berlin 1995, S. 599–608; Horst Möller, Die Relativität historischer Epochen. Das Jahr 1945 in der Perspektive des Jahres 1989, in: APZ, B 18–19, 28.4. 1995, S. 3–9. Vgl. auch Arnd Bauerkämper, Der 8. Mai 1945 als historische Zäsur, in: ders./Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz (Hg.), Der 8. Mai 1945 als historische Zäsur. Strukturen, Erfahrungen, Deutungen, Potsdam 1995, S. 11–23. Zur Debatte über den Ausschluß der Bodenreformopfer von der Eigentumsrestitution siehe den Ausblick im Fazit dieser Arbeit.

71 Zit. nach: Krebs, Weg, S. 1.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Laichingen – beansprucht. Methodenkritisch war vor allem die spezifische Strukturierung von Lebenserfahrungen durch ältere Menschen zu berücksichtigen. Deshalb wurden fokussierende Interviews durchgeführt, denen zwar ein Leitfaden zur Dorfgeschichte zugrunde lag, ohne damit aber assoziative Stellungnahmen und spontane Reaktionen der Befragten auszuschließen. Der Zugang zu der Gemeinde wurde „von oben" durch den Vorsitzenden des örtlichen Fördervereins und eine Empfehlung des Bürgermeisters erreicht.[72]

Die Auswertung der archivalischen Überlieferung setzt umfassende Kenntnisse über die Selbstbilder der Machthaber und ihre Herrschaftsformen voraus, denn die von ihnen angelegten Akten weisen eine vieldeutige, komplexe Sprache auf, die entschlüsselt werden muß. So sind zumindest gelegentlich und exemplarisch der Kontext, die Interessen und die Ideologie der Verfasser von Schriftstücken aufzuzeigen. Vermerke, Berichte und Schriftwechsel geben zudem überwiegend die Sicht „von oben" wieder. Deshalb wurde für diese Studie auch ein umfassender Bestand von Informationsberichten mit einer Vielzahl unterschiedlicher Äußerungen einzelner Personen ausgewertet. Überdies ist die Dorfstudie besonders geeignet, auch die Perspektive der Akteure auf dem Lande einzubeziehen. Als Quellen wurden darüber hinaus statistische Daten genutzt, deren Genese jeweils berücksichtigt werden muß, aber hier nicht rekonstruiert werden kann. Die amtliche DDR-Statistik war politisch instrumentalisierbar, besonders wegen unklarer Abgrenzungen und nicht präzise definierter Begriffe sowie unzureichend erläuterten Methoden und Definitionen. Die Erhebungsmethoden und -objekte sind deshalb ebenso zu berücksichtigen wie die Verfahren der Aggregierung der Daten und ihr Verwendungszusammenhang.[73]

Den methodologisch-theoretischen Vorüberlegungen und dem dargelegten Untersuchungsansatz entsprechend, werden im folgenden die Politik des SED-Regimes, die Ent-

72 Übersicht zu den Quellenbeständen u.a. in: Florent Gerbaud, Guide des Archives sur l'Agriculture et les Campagnes Est-Allemandes (1945–1990), Berlin 1996; Doris Boissier, Der Bestand Ministerium für Land- und Forstwirtschaft im Zentralen Staatsarchiv, in: AM 30 (1980), S. 95–99; Siegfried Kuntsche, Das Archiv der ehemaligen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, in: Der Archivar 45 (1992), Sp. 384f.; Wolfgang Merker, Die Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und ihr Archivgutverbleib, in: AM 41 (1991), S. 151–156; Hans-Joachim Schreckenbach, Die Bestände der Kreisverwaltungen 1945–1952 und ihre Bearbeitung im Landeshauptarchiv Potsdam, in: AM 15 (1965), S. 81–90. Allgemein: Ulrich Mählert, Vademekum DDR-Forschung: ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten, Opladen ^{2}1999. Zur Methode: Barbara Schier, „Die Angst des Forschers vor dem Feld" und wie er damit umgeht. Feldforschungserfahrungen in einem Thüringer Dorf, in: Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde 1999, S. 99–103, hier: S. 100–102. Zu den methodischen Problemen: Alexander T. Geppert, Forschungstechnik und historische Disziplin? Methodische Probleme der Oral History, in: GWU 45 (1994), S. 303–323, hier: S. 313–318. Zu den dargelegten Problemen der Auswertung und Verwendung von Akten: Hermann Weber, „Asymmetrie" bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte?, in: APZ, B 26/97, 20.6.1997, S. 3–14, hier: S. 8–11; Jarausch, Gegengesellschaft, S. 4f. Für die ländliche Gesellschaft: Werkentin, „Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht", S. 147. Als richtungweisende Studien: Albert Ilien/Utz Jeggle, Leben auf dem Dorf. Zur Sozialgeschichte des Dorfes und Sozialpsychologie seiner Bewohner, Opladen 1978, bes. S. 131–140, 160–186; Hans Medick, Weben und Überleben in Laichingen 1650–1900. Lokalgeschichte als allgemeine Geschichte, Göttingen 1996.

73 Kontroverse über die Validität in: Wolfgang Fritz, Die amtliche Erwerbstätigenstatistik in der DDR, in: Historical Social Research (HSR) 22 (1997), S. 300–357; Peter von der Lippe, Die amtliche Statistik der DDR: „Fälschungen" oder „spezifische Form der Manipulation, zentral vollzogen"?, in: HSR 23 (1998), S. 339–343. Dazu Überlegungen in: Peter Hübner, Benzenberg im Osten. Eine Anmerkung zur Diskussion um die Statistik der DDR, in: HSR 83 (1998), S. 152–158.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

wicklung der gesellschaftlichen Strukturen und das Handeln der Akteure dargelegt und erklärt. Die Untersuchung des Wandels der Agrarwirtschaft und der ländlichen Gesellschaft konzentriert sich dabei auf die Auswirkungen der Bodenreform und Kollektivierung als wichtigste politische Eingriffe in das bestehende soziale Gefüge auf dem Lande. Darüber hinaus erschütterte die Verdrängung der „Großbauern" nachhaltig die gesellschaftlichen Strukturen und Lebenswelten in dörflich-agrarischen Milieus. Da die kommunistische Führung und die sowjetischen Besatzungsbehörden zunächst auf eine Zerstörung der traditionalen Wirtschafts- und Sozialstruktur zielten, richtete sich ihre Politik auf dem Lande seit den späten vierziger Jahren vor allem gegen Bauern, die nicht nur Produktionsmittel besaßen, sondern auch durch ihren Landbesitz als wichtiges Statuskriterium in den Dörfern über ein hohes Sozialprestige verfügten und zudem als Arbeitgeber die gesellschaftlichen Beziehungen erheblich beeinflußten. Diese Gesellschaftsgruppe steht deshalb im Zentrum des Buches.

Die Darstellung bezieht die Analyse der Gemeinde Ihlow im Osten Brandenburgs ein. Die Gemeinde ist landschaftlich dem Barnim zuzuordnen, einer Grundmoränenplatte, die von den Niederungen des Finow, des Roten Luches sowie der Spree und Havel abgegrenzt wird. Bis 1800 bildeten sich aus dem mittelalterlichen Territorium des Barnim, das 1232 erstmals urkundlich erwähnt wurde, die ständischen Kreise Oberbarnim und Niederbarnim heraus, die 1816 staatliche Verwaltungsbezirke wurden. Dem Kreis Oberbarnim gehörte u.a. der Distrikt Strausberg an, in dem die Vogteien Bliesenthal und Oderberg aufgegangen waren. Von 1861 bis 1920 wurden insgesamt 29 Gemeinden und 17 Gutsbezirke des Barnim von der Stadt Berlin aufgenommen. 1945 übernahm der Kreis Oberbarnim das westlich der Oder gelegene Gebiet des früheren Kreises Königsberg. Die Kreisverwaltung, die bis zur Auflösung der Bezirksverwaltungen Anfang 1947 dem Oberlandrat in Eberswalde unterstand, war für die Gemeinde Ihlow in der Nachkriegszeit die übergeordnete Verwaltungsinstanz. Mit der Auflösung des Landes Brandenburg und der Bildung der Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus ging auch eine territoriale Neuordnung der Kreise einher, bei der Ihlow unter die Verwaltungshoheit des Kreises Strausberg im Bezirk Frankfurt (Oder) geriet.[74]

Die Analyse des Wandels der Agrarwirtschaft und der ländlichen Gesellschaft in Brandenburg und in der SBZ/DDR erweiternd, vermittelt die Untersuchung auch einen Überblick über die Enteignung der Gutsbesitzer in Sowjetrußland, die Kollektivierung in der UdSSR sowie die Enteignungs- und Kollektivierungsprozesse, die in anderen ostmittel- und südosteuropäischen Staaten unter der Kontrolle der sowjetischen Hegemonialmacht durchgesetzt wurden. Diese komparativen Fallstudien sind als individualisierende (oder typisierende) Spezialvergleiche in analytischer Absicht angelegt, da sie vorrangig die Unterschiede zwischen den jeweiligen Gesellschaften und ihren Entwicklungswegen zeigen sollen. Allerdings sind dabei auch Gemeinsamkeiten hervorzuheben. Der Umbruch in der DDR wird diachron (mit der UdSSR) und synchron (mit der ČSSR, Polen und Ungarn) verglichen. Da die sowjetische Bodenreform- und Kollektivierungspolitik die sozioökonomische Umwälzung in den Staaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg von der UdSSR kontrolliert wurden, tiefgreifend beeinflußte, dürfen über den Vergleich hinaus beziehungsgeschichtliche Aspekte nicht ausgeblendet werden. Als „Bewegung von Menschen, materiellen Gegenständen, Konzepten und kulturellen Zeichensystemen im Raum und dabei vorzugsweise zwischen

74 Baudisch, Grundlagen, S. 28, 37–41.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

verschiedenen, relativ klar identifizierbaren und gegeneinander abgrenzbaren Kulturen mit der Konsequenz ihrer Durchmischung und Interaktion" kennzeichneten Transferprozesse das asymmetrische Beziehungsverhältnis zwischen der Sowjetunion und den „Volksdemokratien" in ihrem Machtbereich. Dagegen war die Beziehungsgeschichte zwischen der Agrarumwälzung in der SBZ/DDR und dem Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland überwiegend von Abgrenzungsreflexen im Ost-West-Konflikt geprägt, wie in dieser Arbeit Hinweise auf den Umgang mit der Bodenreform und der ostdeutschen Kollektivierung in der Bundesrepublik zeigen. Obgleich ein asymmetrischer Vergleich die Perspektive unvermeidlich verzerrt und nur begrenzt zur Theoriebildung geeignet ist, vermag er die hier untersuchten Prozesse schärfer zu konturieren und historisch einzuordnen. Insofern erweitert er den Erkenntnishorizont, zumal beziehungsgeschichtliche Problemstellungen zwar andere Fragen erfordern, aber auch mit komparativen Fallstudien, die nicht gleichgewichtig angelegt sind, keineswegs ausgeschlossen werden. Überdies vermittelt der asymmetrische Vergleich, der für diese Studie nicht zuletzt arbeitspragmatisch naheliegt, Erkenntnisse zur Typisierung, ohne diese allerdings direkt herbeiführen und entfalten zu können.[75]

75 Zit. nach: Matthias Middell, Kulturtransfer und Historische Komparatistik – Thesen zu ihrem Verhältnis, in: Comparativ 10 (2000), S. 7–41, hier: S. 18. Dazu auch: Chris Lorenz, Comparative Historiography: Problems and Perspectives, in: History and Theory (HT) 38 (1999), S. 25–39, hier: S. 29f. Der komparativen Analyse liegen die Überlegungen zugrunde in: Hartmut Kaelble, Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1999, S. 26f., 38f., 49–55, 69. Dazu auch: Jürgen Kocka, Das östliche Mitteleuropa als Herausforderung für eine vergleichende Geschichte Europas, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 49 (2000), S. 159–174, hier: S. 168, 170–174; ders., Historische Komparatistik in Deutschland, in: ders./Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Geschichte und Vergleich. Aufsätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/M. 1996, S. 47–60; Heinz-Gerhard Haupt/Jürgen Kocka, Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: ebd., S. 9–45; Jürgen Osterhammel, Sozialgeschichte im Zivilisationsvergleich. Zu künftigen Möglichkeiten komparativer Geschichtswissenschaft, in: GG 22 (1996), S. 143–164. Ergänzend: Thomas Adolph, Einleitende Anmerkungen zur historisch-politikwissenschaftlichen Methode des Vergleichs, in: Ludger Kühnhardt u.a. (Hg.), Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich, Frankfurt/M. 1994, S. 19–30; Hiltrud Naßmacher, Vergleichende Politikforschung. Eine Einführung in Probleme und Methoden, Opladen 1991, S. 17–31. Zur Verknüpfung von Transfer- und Vergleichsgeschichte: Johannes Paulmann, Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts, in: HZ 267 (1998), S. 649–685. Unterschiedliche Urteile zum analytischen Potential des asymmetrischen Vergleichs in: Thomas Welskopp, Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte, in: AfS 35 (1995), S. 339–367, hier: S. 357–359, 365; Jürgen Kocka, Asymmetrical Historical Comparison: The Case of the German Sonderweg, in: HT 38 (1999), S. 40–50, bes. S. 49.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

KAPITEL 2

Die Agrarpolitik der SED zwischen Zielsteuerung und Kurswechseln. Programmatik und Herrschaftsdurchsetzung

1. Die ideologische Grundlage der Agrarpolitik. Konzepte sozioökonomischer Umwälzung auf dem Lande von Marx/Engels bis Lenin und die Agrarprogrammatik der KPD von den zwanziger Jahren bis 1945

Marx und Engels

Die Agrarpolitik der kommunistischen Machthaber in der DDR gründete auf der Programmatik des Marxismus-Leninismus, die den Bauern eine progressive Rolle im welthistorischen Prozeß des Übergangs zu neuen Gesellschaftsformationen zuschrieb. Friedrich Engels, der die Reformation als Höhepunkt der „frühbürgerlichen Revolution" im späten 15. und frühen 16. Jahrhundert interpretierte, deutete die Erhebung der Bauern 1524/25 als verratenen Versuch, die Fesseln des Feudalismus abzustreifen und zum Kapitalismus überzugehen. In seinem 1850 veröffentlichten Buch über den Bauernkrieg unterschied Engels zwischen einer konservativen Gruppe, die den gesellschaftlich-politischen Status quo des frühen 16. Jahrhunderts bewahren wollte, bürgerlich-gemäßigten Reformern, die auf einen langsamen Wandel von Reich und Kirche zielten, und einer revolutionären Partei, der Engels „Bauern" und „Plebejer" zuordnete. Während Luther nach dieser Interpretation des Bauernkrieges letztlich dem Druck der Fürsten nachgab und damit die Bauern verriet, wurde der radikale Reformer Thomas Müntzer ihr mächtigster Fürsprecher. Der Bauernkrieg fungierte auch in der weiterentwickelten marxistisch-leninistischen Gesellschaftsprogrammatik und Agrarideologie als Bestandteil einer Traditionskonstruktion, die den revolutionären Impetus des Landproletariats kanonisierte und gravierend überschätzte. Wladimir I. Lenins Anwendung der marxistischen Revolutionstheorie auf das vorkapitalistische Rußland förderte diese Idealisierung der Bauern als revolutionäre Kraft.[1]

1 Friedrich Engels, Der deutsche Bauernkrieg, Berlin 1946, S. 5–12, 111–113. Zu der – hier nur skizzierten – Interpretation des Bauernkrieges: Wolfgang Reinhard, Reichsreform und Reformation 1495–1555, in:

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts orientierte sich der Marxismus an industriewirtschaftlichen Modernisierungsmodellen und favorisierte allgemein eine großbetriebliche Landwirtschaft mit ausgeprägter Konzentration der Arbeitskräfte. Ideologisch konstitutiv war dabei das Ziel, die Bauern zunächst in ein „Bündnis" mit den Arbeitern einzubeziehen, damit für die anvisierte Revolution zu gewinnen und die beiden Gesellschaftsgruppen anschließend einander anzugleichen und letztlich zu verschmelzen. In der angestrebten Allianz wurde den Landwirten aber tendenziell nur eine untergeordnete Position eingeräumt, da das Bauernbild von Karl Marx und Friedrich Engels im Gegensatz zu ihrer Glorifizierung der Landarbeiterschaft ambivalent blieb. Da sie (allerdings gruppenspezifisch in unterschiedlichem Ausmaß) über Produktionsmittel verfügten, erschienen die Bauern in den programmatischen Schriften gleichermaßen als „Ausbeuter" und „Ausgebeutete"; ihnen wurde deshalb eine Stellung zwischen „Bourgeoisie" und „Proletariat" zugewiesen. Kennzeichnend für die Agrarprogrammatik war daher die Differenzierung der Bauernschaft nach ihrer Verfügung über Produktionsmittel: Während die Zwerg- und Kleinbauern als Angehörige der Arbeiterschaft bzw. Verbündete des „Proletariats" galten, wurde der Mittelbauer als „die am stärksten schwankende Erscheinung der Bauernschaft" interpretiert und die Großbauern sogar dem „Lager der Bourgeoisie" zugerechnet. Insgesamt war die Agrarprogrammatik des Marxismus/Leninismus in Deutschland mit der starken Eigentumsbindung der selbständigen Bauern konfrontiert, die auch eine spezifische soziokulturelle Traditionalität begründete. Ausgehend von der Überzeugung einer anhaltenden Rückständigkeit des Landes und der hier lebenden Gesellschaftsgruppen, erschienen die Landwirte in den programmatischen Schriften von Marx und Engels letztlich als Objekte umfassender politischer Erziehung und wirtschaftlicher Entwicklungsvisionen. Dieses überkommene Bauernbild beeinflußte noch in der SBZ nachhaltig die Agrarpolitik der kommunistischen Machthaber und begründete weitreichende Überlegenheitsansprüche von SED-Funktionären.[2]

---

ders. (Hg.), Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 9, Stuttgart 2001, S. 111–356, hier: S. 308; Luise Schorn-Schütte, Die Reformation. Vorgeschichte – Verlauf – Wirkung, München 1996, S. 101. Vgl. auch Peter Blickle, Der Bauernkrieg, in: Peter Wende (Hg.), Große Revolutionen in der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München 2000, S. 49–64; Winfried Schulze, Deutsche Geschichte im 16. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1987, S. 89–111.

2 Murken, Bodenreform-Kampagne, S. 64. Zit. nach: Rudolf Reutter, Die Bauernpolitik der SED, Berlin 1947, S. 8, 10. Dazu auch: Erich Mückenberger, Die Entwicklung unserer Landwirtschaft und die Berücksichtigung ihrer Besonderheiten, in: Einheit, H. 11/1956, S. 1066–1077, hier: S. 1073; Wilhelm Wehling/Sascha Wehling, „... unsere Enkel fechten's besser aus". Unser Beitrag: Im Kampf um die Festigung des Bündnisses mit der werktätigen Bauernschaft, Wolfen 1987, S. 5, 8. Zusammenfassend: Thomas T. Hartmann, Die Kooperation in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. Theoretische Grundlagen, Formen und praktische Beispiele, Berlin 1971, S. 32f. Zur „Bündnis"-Doktrin und zur Differenzierung der Bauernschaft als Grundlage der SED-Agrarpolitik: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 4030/48, Bl. 5–9, 34; DY 30/IV 2/7/213, Bl. 89–92; Bundesarchiv, Berlin (BArch), DK-107, A 421–22 („Vortragsdispositionen: Die Aufgaben der Landwirtschaft im Zweijahresplan"); Christel Nehrig, Zur Weiterentwicklung der agrarpolitischen Konzeption der SED vor der 1. Parteikonferenz 1949, in: ZfG 30 (1982), S. 483–497, hier: S. 485. Hinweise zur Fixierung auf das Modell des Großbetriebs in: Adolf Weber, Der landwirtschaftliche Großbetrieb mit vielen Arbeitskräften in historischer und international vergleichender Sicht, in: Berichte über Landwirtschaft 52 (1974), S. 57–80, hier: S. 58; ders., Umgestaltung, S. 2811; Walter Achilles, Betriebswirtschaftliche Leitbilder in der ostdeutschen Gutswirtschaft seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, in: Heinz Reif (Hg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Repu-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Nach der historisch-materialistischen Interpretation von Marx und Engels hatte sich im Anschluß an die Auflösung der Feudalherrschaft auf dem Lande entweder eine bäuerliche („amerikanischer Weg") oder eine gutsherrschaftliche Agrarwirtschaft („preußischer Weg") durchgesetzt. Im entfalteten Kapitalismus, der beide Varianten kennzeichnete, stellten die beiden Autoren aber vielfältige Widersprüche fest, die eine zunehmende Differenzierung und Auflösung der Bauernschaft herbeiführten. In diesem Prozeß waren – so die Prognose – die Kleinbauern, die dem wachsenden Konkurrenzdruck nicht standhalten konnten, zur Aufgabe ihrer Betriebe gezwungen und zum Abstieg zu „Proletariern" verurteilt. In seinem 1894 verfaßten Aufsatz über die „Bauernfrage in Frankreich und Deutschland" erläuterte Engels die Politik gegenüber den unterschiedlichen Bauerngruppen. Während er die Lohnarbeiter auf dem Lande eindeutig als Klientel der revolutionären Arbeiterpartei einstufte, sollten die Kleinbauern für die Revolution mobilisiert und ihre Höfe in genossenschaftliche Betriebe überführt werden, allerdings „nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck". Dagegen wandte sich Engels kategorisch gegen eine Besitzgarantie für die Mittel- und Großbauern. Gegenüber den Großgrundbesitzern sollten schließlich „keine Skrupel irgendwelcher Art" gelten; diese Gruppe war – wie schon 1848 im „Kommunistischen Manifest" allgemein gefordert – „einfach zu expropriieren." Insgesamt trat Engels für eine genossenschaftliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe und eine Überführung der Produktionsmittel (einschließlich des Bodens) in Gemeinbesitz ein.[3]

Lenin

In seinem Programmentwurf für die anvisierte Sozialdemokratische Partei Rußlands legte Lenin 1895/96 seine Strategie zur Revolution auf dem Lande dar. Demnach sollten die Bauern zunächst gegen die Gutsbesitzer mobilisiert werden, um diese vorkapitalistisch-feudale Herrschaftsgruppe zu entmachten, die Kontrolle über das Land zu übernehmen und dabei eine politische Allianz mit den Industriearbeitern zu begründen. In seinem 1907 geschriebenen Buch über „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905–1907" erweiterte Lenin sein Revolutionskonzept. Ebenso wie Engels unterschied er zwischen den Landarbeitern, die über keinen Boden verfügten, den Kleinbauern, den Mittelbauern, den „wohlhabenden Bauern, die sich zur ländlichen Bourgeoisie entwikkeln", und den Großgrundbesitzern.[4] Im Hinblick auf die Nutzung des zu enteignenden

---

blik. Agrarkrise – junkerliche Interessenpolitik – Modernisierungsstrategien, Berlin 1994, S. 191–212, hier: S. 194.

3 Zit. nach: Friedrich Engels, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in: Marx/Engels Werke (MEW), Bd. 22, Berlin (Ost) 1963, S. 484–505, hier: S. 499, 503f. Vgl. auch Krebs, Weg, S. 27–33; Tim Möhlenbrock, Kirche und Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Eine Untersuchung über das Verhalten der Evangelischen Landeskirchen und der katholischen Kirche während der „demokratischen Bodenreform" in der SBZ unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Bodenreform auf das kirchliche Vermögen, Frankfurt/M. 1997, S. 86; Weber, Umgestaltung, S. 2811–2813. Forderung nach „Expropriation des Grundeigentums" im „Kommunistischen Manifest", abgedruckt in: MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 481. Überblick in: Jan Solta, Die Bauern der Lausitz. Eine Untersuchung des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft im Kapitalismus, Bautzen 1968, S. 16–18, 21.

4 Zit. nach: Karl-Eugen Wädekin, Sozialistische Agrarpolitik in Osteuropa, Bd. 1: Von Marx bis zur Vollkollektivierung, Berlin 1974, S. 28.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Gutslandes schwankte Lenin noch zwischen der 1906 von ihm erstmals geforderten Aufteilung und Vergabe an die Bauern und dem – in das Agrarprogramm vom Frühjahr 1917 aufgenommenen – Konzept, den Großgrundbesitz in staatliche Musterbetriebe zu überführen. Erst unmittelbar vor der Oktoberrevolution bekannten sich die Bolschewiki offen zu der Forderung der Bauern, Gutsland als Eigentum zu übernehmen.[5]

Nachdem die Gutsbesitzer in Rußland schon Ende 1917 enteignet worden waren, systematisierte Lenin die Agrarprogrammatik der neuen Machthaber in seinem „Ursprünglichen Entwurf der Thesen zur Agrarfrage". Damit propagierte er die „Bündnis-Doktrin", die in den Schriften von Marx und Engels angelegt war, aber auf dem II. Weltkongreß der Komintern (19. Juli – 7. August 1920) zum Dogma der bolschewistischen Machthaber in Rußland und auch der kommunistischen Regimes in anderen Staaten erhoben wurde. Lenin skizzierte das Stufenkonzept einer Agrarrevolution, nach dem der Großgrundbesitz unverzüglich und entschädigungslos zu beschlagnahmen war. Während die enteigneten Güter in den hochentwickelten Staaten generell kollektiv als „Sowjetwirtschaften" weitergeführt werden sollten, war nach Lenin auch eine Aufteilung des Landes an Klein- und Mittelbauern nicht auszuschließen und dabei ein Rückgang der Agrarproduktion in Kauf zu nehmen – ein Konzept, dem Mitglieder der Agrarkommission auf dem II. Weltkongreß deutlich widersprachen. Auch wenn „die Expropriation sogar der Großbauern" als „unmittelbare Aufgabe des siegreichen Proletariats" explizit zurückgewiesen wurde, proklamierte Lenin in seinem Entwurf als Ziel den Kampf gegen diese Gruppe, die er als „Ausbeuter" und „direkte und entschiedene Feinde des revolutionären Proletariats" stigmatisierte. Leitbild der Agrarpolitik wurde nach dem II. Weltkongreß endgültig eine großbetriebliche, mechanisierte Landwirtschaft auf der Grundlage gemeinschaftlicher Arbeit, obgleich die verabschiedeten „Leitsätze über die Agrarfrage" auch eine Parzellierung des Gutslandes als Ausnahme zuließen. Ebenso wie Engels forderte Lenin jedoch, „nur mit größter Vorsicht und ganz allmählich, durch die Macht des Beispiels, ohne jede Gewaltanwendung gegenüber der Mittelbauernschaft" zur kollektiven Landwirtschaft überzugehen. Lenins „Thesen zur Agrarfrage" und die Resolution des II. Weltkongresses der Komintern begründeten insgesamt endgültig eine Agrarprogrammatik, die auf einer großbetrieblichen Kollektivwirtschaft beruhte. Dieses Konzept spiegelte die Fortschrittseuphorie der Bolschewiki ebenso wider wie ihren voluntaristischen, weltrevolutionären Gestaltungsoptimismus.[6]

5 Zur Agrarprogrammatik der Bolschewiki zusammenfassend: James C. Scott, Seeing Like a State. How certain schemes to improve the human condition have failed, New Haven 1998, S. 164, 167, 194f., 209–211, 218; Carmen Siriani, Workers Control and Socialist Democracy. The Soviet Experience, London 1982, S. 165–175; Stephan Merl (Hg.), Sowjetmacht und Bauern. Dokumente zur Agrarpolitik und zur Entwicklung der Landwirtschaft während des Kriegskommunismus und der Neuen Ökonomischen Politik, Berlin 1993, S. 23; Wädekin, Agrarpolitik, S. 24–32.

6 Zit. nach: Wladimir I. Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage, in: ders., Werke, Bd. 31: April – Dezember 1920, Berlin (Ost) 1959, S. 140–152, hier: S. 145f. Dazu auch: Josef Reinhold, Die Bedeutung des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale für die Weiterentwicklung der Agrar- und Bauernpolitik der KPD, in: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus, Teil 17, Rostock 1987, S. 79–91, hier: S. 81–83; Krebs, Weg, S. 33–42; Hartmann, Kooperation, S. 34f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bürgerliche Sozialreformer, die Debatte in der SPD und die Siedlungspolitik im Kaiserreich

Eine umfassende Landumverteilung und die gemeinschaftliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe wurden im 19. und frühen 20. Jahrhundert jedoch nicht ausschließlich von Marx, Engels und Lenin gefordert. Auch bürgerliche Sozialreformer traten für eine tiefgreifende Bodenreform ein, und unter sozialdemokratischen Agrarpolitikern entbrannte ein heftiger Streit über die anzustrebende Besitzform und Organisationsstruktur der deutschen Landwirtschaft. Ebenso wie Henry George in seinem 1879 veröffentlichten Buch über „Progress and Poverty" forderte Adolf Damaschke, die Grundrente als Ertrag des Bodens – im Gegensatz zu Lohn und Zins – in „soziales Eigentum" zu überführen. Weniger weitreichende Eingriffe in die bestehende Besitzstruktur schlugen im späten 19. Jahrhundert die Befürworter der „inneren Kolonisation" vor, deren Konzepte weniger von Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit gespeist wurden, sondern von nationalpolitischen Zielen bestimmt waren. Die staatlich geförderte „Aufsiedlung" vernachlässigter Güter zielte vor allem auf die Sicherung der Ostprovinzen Preußens und des deutschen Reiches. Die „innere Kolonisation" sollte besonders die Abwanderung der Bevölkerung aus den preußischen Ostgebieten verringern und den Zustrom polnischer Wanderarbeiter, die von den großen landwirtschaftlichen Betrieben zunehmend benötigt wurden, in die Gutsbezirke einschränken. So verlangten bürgerliche Sozialreformer wie Max Sering und Max Weber, die in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts maßgeblich an der Enquête des „Vereins für Socialpolitik" über „Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland" beteiligt waren, eine Aufteilung hoch verschuldeter Güter und die Vergabe von Siedlungsland an Bauern. Wie Weber offen feststellte, war ein „großer Teil des Gutsbesitzes im Osten [...] in privaten Händen nicht haltbar". Das ohnehin nur von wenigen Sozialreformern vertretene Konzept einer Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes traf auf dem 5. Evangelisch-sozialen Kongreß im Mai 1894 auf heftigen Widerspruch.[7]

Schon 1886 war in Preußen aber ein Siedlungsgesetz für die Provinzen Westpreußen und Posen verabschiedet worden, mit dem ein staatlicher Siedlungsfonds von 100 Millionen Mark gebildet und eine Immediatkommission konstituiert wurde. Das Gesetz richtete sich besonders gegen den polnischen Adel, dessen Landbesitz aufgekauft und deutschen Bauern zur Verfügung gestellt werden sollte. Aber auch überschuldete Güter deutscher Großgrund-

7 Zit. nach: Max Weber, Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Marianne Weber, Tübingen ^{2}1988, S. 470–507, hier: S. 507. Vgl. auch Gerd Vonderach, Landarbeiterenquêten als Anfänge der ländlichen Sozialforschung in Deutschland, in: ders. (Hg.), Landarbeiter im alten Deutschland. Zur Sozialforschung und Sozialgeschichte einer vergangenen Gesellschaftsklasse, Münster 1997, S. 131–157, hier: S. 141–154; Manfred Jatzlauk, Diskussionen und Untersuchungen über die Agrarverhältnisse im Verein für Sozialpolitik in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, in: Reif (Hg.), Agrargesellschaft, S. 51–72; hier: S. 68. Zu den Überfremdungsängsten, Ressentiments und Feindbildern, die im Deutschen Kaiserreich die Debatte über den Einsatz ausländischer Wanderarbeiter in der Landwirtschaft bestimmten: Klaus J. Bade, Politik und Ökonomie der Ausländerbeschäftigung im preußischen Osten. Die Internationalisierung des Arbeitsmarkts im Rahmen der preußischen Abwehrpolitik, in: Hans-Jürgen Puhle/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Preußen im Rückblick, Göttingen 1980, S. 273–299; Jens Flemming, Fremdheit und Ausbeutung. Großgrundbesitz, „Leutenot" und Wanderarbeiter im Wilhelminischen Deutschland, in: Reif (Hg.), Agrargesellschaft, S. 345–360. Zu den von George und Damasche entwickelten Bodenreformkonzepten zusammenfassend: Möhlenbrock, Kirche, S. 83f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

besitzer konnten erworben und aufgeteilt werden. Nachdem bis Ende 1897 rund 2.300 Siedlerstellen auf 41.000 Hektar (ha) gegründet worden waren, wurde 1907 ein neues Gesetz erlassen, das auch die Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen und Westfalen in die preußische Siedlungspolitik einbezog. Der Kapitalfonds, über den die Siedlungsgesellschaften verfügten, wurde überdies auf insgesamt 935 Millionen Mark erhöht. Da polnische Güter seit 1905 aber kaum noch auf dem Markt angeboten wurden, griff das preußische Staatsministerium zu Zwangsmaßnahmen. So verliehen 1908 und 1912 zur „Stärkung des Deutschtums" durchgesetzte Gesetze staatlichen Institutionen das Recht, durch Enteignungen die Verfügung über Landbesitz zu erreichen. Die weitgehend nationalpolitisch motivierte Bauernsiedlung veränderte die großbetriebliche Agrarstruktur, die insgesamt für die ostelbischen Gebiete prägend war, aber nur geringfügig. Bis 1918 kauften die Kommissionen zwar 466.750 ha Land auf, vergaben aber nur 309.475 ha an 21.886 Personen.[8]

Im Gegensatz zu den preußischen Siedlungsgesetzen sprach sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in ihrem Gründungsprogramm, das sie auf dem Parteitag von Gotha 1875 verabschiedete, für die Bildung von „Produktivgenossenschaften" in der Landwirtschaft aus. Diese Forderung wurde allerdings 1891 nicht mehr in das Erfurter Programm aufgenommen, und auch der Programmentwurf für den 1895 veranstalteten Breslauer Parteitag stellte die genossenschaftliche Bewirtschaftung von Staats- und Gemeindeland durch Landarbeiter und Kleinbauern in Frage. Die Partei konzentrierte sich in den neunziger Jahren dennoch auf die – letztlich weitgehend erfolglose – Agitation unter den Landarbeitern, nachdem die Restriktionen des „Sozialistengesetzes" aufgehoben worden waren und der Parteitag in Halle im Oktober 1890 die Parole „Hinaus aufs Land" ausgegeben hatte. Die ideologischen Grundlagen und Ziele der sozialdemokratischen Agrarpolitik waren im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert zudem heftig umstritten. Während August Bebel und Karl Kautsky den Untergang der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe vorhersagten, war der hessische Sozialdemokrat Eduard David, der dem „revisionistischen" Flügel der Partei angehörte, von der hohen Produktivität und Rentabilität kleiner Bauernhöfe überzeugt. In seinen Untersuchungen, die auf den Betriebszählungen von 1882 und 1895 basierten, wies David nach, daß die Zahl der Klein- und Mittelbetriebe im Deutschen Reich noch zunahm. Demgegenüber veröffentlichte Karl Ballod unter dem Pseudonym „Atlanticus" 1898 erstmals seinen Plan einer grundlegenden Transformation der Landwirtschaft, nach dem die im Deutschen Reich bestehenden 5,5 Millionen Agrarbetriebe zu insgesamt lediglich 60.000 Großbetrieben mit jeweils 200 ha zusammengeschlossen werden sollten. 1919 schlug Ballod sogar vor, nur noch 36.000 Betriebe zu bilden, die jeweils 500 ha umfassen sollten. Er veranschlagte für den umfassenden Strukturwandel, den dieses Konzept voraussetzte, Kosten in Höhe von insgesamt 23,8 Mrd. Mark. Die Debatte über Ballods weitreichende Konzeption, der Kautsky vorbehaltlos zustimmte, zeigte, daß die Sozialdemokraten hinsichtlich ihrer Agrarprogrammatik tief zerstritten waren. Erst auf ihrem Kieler Parteitag distanzierte sich die SPD 1927 eindeutig von dem Ziel, landwirtschaftliche Großbetriebe planmäßig zu errichten. Die Mehrheit der Delegierten sprach sich vielmehr für eine Bodenreform aus, die den Gutsbe-

8 Karl-Rolf Schultz-Klinken, Preußische und deutsche Ostsiedlungspolitik von 1886 bis 1945; ihre Zielvorstellungen, Entwicklungsphasen und Ergebnisse, in: ZAA 21 (1973), S. 198–215, hier: S. 198–203; Walter Achilles, Deutsche Agrargeschichte im Zeitalter der Reformen und der Industrialisierung, Stuttgart 1993, S. 305–308; Weber Umgestaltung, S. 2814.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

trieben, „welche [...] eine volkswirtschaftlich angemessene Betriebsgröße überschreiten", den „überschießenden Teil" des Landes entziehen sollte.[9]

Landagitation der KPD in der Weimarer Republik

Die Führung der KPD hatte sich demgegenüber seit ihrer Gründung nachdrücklich für die vollständige Enteignung der Großgrundbesitzer ausgesprochen. In der sozialistischen Propaganda war der „Junker" schon im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert zu einem Feindbild geworden, indem Publizisten wie Franz Mehring die obrigkeitlich monarchische Ordnung, die Vorherrschaft des Adels und den verhaßten preußischen Militarismus weitgehend auf die Macht der Gutsbesitzer zurückgeführt hatten. Rosa Luxemburg, die dem Spartakusbund angehörte, forderte schließlich 1918 nicht nur, die „Junker" entschädigungslos zu enteignen, sondern auch, alle landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe zu beschlagnahmen und anschließend genossenschaftlich zu bewirtschaften. Demgegenüber sprach sich Eugen Leviné auf dem Gründungsparteitag der KPD (30. Dezember 1918 – 1. Januar 1919) für die Vergabe des zu enteignenden Landes an die Kleinbauern aus. Im Programm der KPD fehlte aber ein klares Bekenntnis zur „Bündnis"-Konzeption und zur Aufteilung enteigneten Gutslandes an Landarbeiter und Bauern. Nachdem die Landvergabe an Kleinbauern in den Leitsätzen des II. Weltkongresses der Komintern als – taktisch motivierte – Ausnahmeregelung bestätigt worden war, forderte Edwin Hoernle[10] auf dem 4. Parteitag der KPD (14./15. April 1920) nicht nur eine Aufhebung der im Ersten Weltkrieg durchgesetzten Zwangswirtschaft, die von den Landwirten wegen der staatlichen Preisfestlegungen und rigiden Ablieferungsvorschriften scharf abgelehnt wurde, sondern auch eine tiefgreifende Bodenreform zugunsten der Klein- und Mittelbauern. Die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verteilung ihres Landes an die Bauern sollte diese Gesellschaftsschicht, die Hoernle noch als „kleinbürgerlich" einstufte, für die KPD gewinnen. Mit dem „Agrarprogramm der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands", das bereits am 1. Dezember 1920 veröffentlicht wurde, differenzierte die KPD ihre Politik gegenüber den Klein-, Mittel- und Großbauern. Das Agrarprogramm sah die Aufteilung landwirtschaftlicher Großbetriebe an Klein- und Zwergbauern vor. Als sich die KPD auf ihrem 6. Parteitag (4. – 7. Dezember 1920) mit dem linken Flügel der USPD vereinigte, verlangten Politiker dieser Partei demgegenüber, den Boden vollständig zu enteignen und das Land nicht erneut aufzuteilen. Hoernle hielt aber an der Forderung fest, zunächst die Klein- und Mittelbauern durch die Zuteilung

9 Weber, Umgestaltung, S. 2813f.; ders., Großbetrieb, S. 58–61. Zit. nach: Reinert, Bodenreform, S. 9. Zur sozialdemokratischen Propagandakampagne auf dem Lande: Klaus Saul, Der Kampf um das Landproletariat. Sozialistische Landagitation, Großgrundbesitz und preußische Staatsverwaltung 1890–1903, in: AfS 15 (1975), S. 163–208.

10 Edwin Hoernle (1883–1952) war 1919/20 Landesvorsitzender der KPD in Württemberg und von 1924 bis 1933 Mitglied des Reichstages. 1933 emigrierte er in die Schweiz, anschließend in die Sowjetunion, wo er sich 1943 dem „Nationalkomitee Freies Deutschland" anschloß. Im Juli 1945 wurde Hoernle als 2. Vizepräsident der Provinzialverwaltung Brandenburg mit der Leitung der Abteilung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten betraut, bevor er von September 1945 bis 1949 als Präsident der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft bzw. der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Wirtschaftskommission amtierte. Anschließend war er Dekan der agrarpolitischen Fakultät und Vizepräsident der Verwaltungsakademie Forst Zinna. Vgl. Jochen Cerny, Wer war wer – DDR. Ein biographisches Lexikon, Berlin ^{2}1992, S. 197; Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 932f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

von Boden für die KPD zu gewinnen. Als Kompromiß sah das auf dem Vereinigungsparteitag verabschiedete Programm – gemäß den Leitsätzen des II. Weltkongresses – eine Erhaltung der zu enteignenden Güter als „sozialistische Großbetriebe" vor, ließ allerdings auch die Zuteilung von Boden an Kleinbauern zu.[11]

In den frühen zwanziger Jahren intensivierte die KPD ihre Agrarpropaganda, die sich besonders gegen die Programmatik der SPD und das 1919 erlassene Reichssiedlungsgesetz richtete. Das Gesetz war ebenso wie das Reichsheimstättengesetz nach Artikel 155 der Weimarer Reichsverfassung verabschiedet worden, die dem Gesetzgeber die Durchführung einer Bodenreform auferlegt hatte. Das Reichssiedlungsgesetz erfaßte Großbetriebe, die schlecht bewirtschaftet wurden; zudem konnten Güter enteignet werden, deren Besitzer dauerhaft abwesend waren, in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten mindestens zweimal gewechselt hatten oder als „Kriegsgewinnler" eingestuft worden waren. Als Gesetzgebungszweck wurde festgelegt, ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) von Gütern mit mehr als 100 ha Siedlern zur Verfügung zu stellen und den Anteil dieser Großbetriebe im jeweiligen Ansiedlungsbezirk auf unter zehn Prozent zu senken. Dazu wurde sogar die Zwangsenteignung zugelassen, aber nur mit Entschädigung. Da die Regierung die Ernährung sichern mußte, die Großgrundbesitzer eine tiefgreifende Besitzumverteilung ablehnten und auch die Mehrheit der Landarbeiter und Kleinbauern tiefe Eingriffe in die Betriebsstruktur nicht befürwortete, verzichtete die SPD 1918/19 auf eine umfassende Bodenreform. Wegen des anhaltenden Finanzmangels der staatlichen Behörden konnten die Siedlungsgesellschaften, die sich nach dem 1919 erlassenen Gesetz konstituiert hatten, überdies nur wenig Land erwerben. Bis 1933 wurden nach dem Reichssiedlungsgesetz etwa eine Million Hektar Land gekauft. Das Reichsheimstättengesetz ermöglichte zudem die Einrichtung von rund 360.000 Kleinstellen. Die Siedlungspolitik diente insgesamt nicht nur der Erhaltung des Großgrundbesitzes, sondern auch der Festigung der deutschen Ostgrenzen und dem außenpolitischen Revisionismus.[12]

---

11 Dazu in politisch-legitimatorischer Absicht: Josef Reinhold, Zur Analyse der Sozialstruktur auf dem Lande unter dem Aspekt der Bündnispolitik durch die KPD in der Zeit der Weimarer Republik, in: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und Kapitalismus, Teil XIII, 2. Hälfte, hg. von der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Sektion Geschichte, Rostock 1980, S. 45–66, hier: S. 46–50; ders., Bedeutung, S. 84–87; Nathan Steinberger/Siegfried Graffunder/Kurt Herholz, Edwin Hoernle. Ein Leben für die Bauernbefreiung. Das Wirken Edwin Hoernles als Agrarpolitiker und eine Auswahl seiner agrarpolitischen Schriften, hg. vom Institut für Agrargeschichte der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin, Berlin (Ost) 1965, S. 41–48; Fritz Reinert, Zum 100. Geburtstag von Edwin Hoernle, in: Staat und Recht 32 (1983), S. 980–986, hier: S. 982f. Zur sozialistischen Publizistik: Heinz Reif, Die Junker, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 520–536, 708f., hier: S. 526. Zur Forderung Luxemburgs: Möhlenbrock, Kirche, S. 87. Zum Protest der Bauern gegen die Zwangswirtschaft detailliert: Robert G. Moeller, German Peasants and Agrarian Politics, 1914–1924. The Rhineland and Westphalia, Chapel Hill 1986, bes. S. 43–159, 208–239; ders., Dimensions of Social Conflict in the Great War: The View from the German Countryside, in: Central European History (CEH) 14 (1981), S. 142–168; ders., Economic Dimensions of Peasant Protest in the Transition from Kaiserreich to Weimar, in: ders. (Hg.), Peasants and Lords in Modern Germany. Recent Studies in Agricultural History, London 1986, S. 140–167; Jonathan Osmond, Peasant Farming in South and West Germany during War and Inflation 1914 to 1924: Stability or Stagnation?, in: Gerald D. Feldman u.a. (Hg.), Die deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1982, S. 289–307.

12 Theodor Schapper, Die Durchführung der Flüchtlingssiedlung im Bundesgebiet. Eine Zwischenbilanz, in: Die Eingliederung der heimatvertriebenen Landwirte in die westdeutsche Landwirtschaft, Hannover

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die KPD-Führung, die 1920 die Einrichtung einer Landabteilung in der Parteizentrale beschloß, wies die Siedlungspolitik der Weimarer Kabinette scharf zurück. Zusammen mit Heinrich Rau[13], Ernst Putz[14] und Emil Unfried[15] organisierte Hoernle seit 1921 die Propaganda der KPD gegenüber den Landarbeitern und Bauern. In Zeitungen („Kommunistischer Landarbeiter" und „Der Pflug") traten die KPD-Politiker – gegen starke innerparteiliche Opposition – für die leninistische „Bündnis"-Doktrin ein, die schließlich auf der 1. Parteikonferenz der SED am 1. November 1925 bestätigt wurde. Beeinflußt von seinen Erfahrungen als Delegierter der KPD auf dem III. (22. Juni – 12. Juli 1921) und V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (5. November – 5. Dezember 1921) in Moskau, trieb Hoernle die Mobilisierung der Bauern und Landarbeiter voran. Auf der 2. Tagung des Zentralausschusses der KPD (5./6. August 1923) sprach er sich erneut für ein „Bündnis" zwischen Arbeitern und Bauern als Ziel der KPD aus. Allerdings büßten die Landarbeiterorganisationen nach dem sprunghaften Wachstum ihrer Mitgliederzahlen von 1919 bis 1921 ihre Mobilisierungskraft in den darauffolgenden Jahren zusehends ein. Auch der „Freie Landarbeiterverband", der von der KPD-Führung gebildet wurde, gewann in den frühen zwanziger Jahren nur in der Provinz Sachsen und in Anhalt eine breite Anhänger- und Mitgliederbasis;

1952, S. 71–95, hier: S. 74; Möhlenbrock, Kirche, S. 84f.; Weber, Umgestaltung, S. 2815f.; Schultz-Klinken, Ostsiedlungspolitik, S. 207. Zur Siedlungspolitik auch das Dokument in: Reiner Pommerin/Manuela Uhlmann (Hg.), Quellen zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1815–1991, Darmstadt 2001, S. 130f. Zum Verzicht auf die Bodenreform: Osmond, Farming, S. 293f.

13 Heinrich Rau (1899–1961) war 1919 der KPD beigetreten und leitete von 1923 bis 1933 die Landabteilung in der Zentrale bzw. im ZK der KPD. Er gehörte von 1928 bis 1933 dem Preußischen Landtag an und wurde im Mai 1933 inhaftiert. Nach der Freilassung emigrierte er 1935 in die Tschechoslowakei, anschließend in die Sowjetunion. Nachdem er 1942 von Frankreich nach Deutschland ausgeliefert worden war, wurde Rau erneut von der Gestapo festgenommen und im Konzentrationslager Mauthausen inhaftiert. Von 1945 bis 1948 amtierte er als 2. Vizepräsident der Landesverwaltung bzw. Minister für Wirtschaft der Landesregierung Brandenburg. 1948/49 war Rau Vorsitzender der DWK und 1950–61 Stellvertretender Ministerpräsident bzw. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR. Von 1949 bis 1961 gehörte Rau außerdem dem Parteivorstand bzw. ZK und von 1950 bis 1961 dem Politbüro der SED an. Vgl. Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler, So funktionierte die DDR, Bd. 3: Lexikon der Funktionäre, Reinbek 1994, S. 268; Cerny, DDR, S. 362f.; Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1001.

14 Ernst Putz (1896–1933) studierte 1917/18 und 1920/21 Agrarwissenschaften an der Universität Jena. Als Matrose der Kriegsmarine hatte er den Kieler Aufstand befürwortet, bevor er 1923 der KPD und Anfang 1924 dem „Bund schaffender Landwirte" beitrat, dessen Vorsitz er im Mai 1924 übernahm. Seit 1924 war Putz auch Sekretär der Landabteilung des Zentralkomitees der KPD, die er seit Dezember 1924 im Reichstag vertrat. Zudem war Putz seit 1924 Redakteur des Organs der „Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Landwirte, Pächter und Siedler", und er gehörte dem von der kommunistischen Partei gegründeten Internationalen Bauernrat an. Im Oktober 1925 wurde Putz auch Vorsitzender des „Reichsbundes der Kleinbauern" und seiner Nachfolgeorganisation, dem „Reichsbund". In den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren organisierte Putz Bauernkomitees, die gegen die Agrarpolitik der Reichsregierung protestierten, und er bereitete Landwirtekonferenzen vor. Putz starb am 10. Juli 1933 in der Haft, die gegen ihn wegen seiner politischen Arbeit verhängt worden war. Vgl. die biographische Notiz in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin (Ost) 1970, S. 370f.

15 Emil Unfried arbeitete in der Landabteilung des Zentralkomitees der KPD. Im Juni 1921 war er führend an einer Reichskonferenz kommunistischer Landarbeiter und Kleinbauernvertreter beteiligt. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil 2: Von 1917 bis 1945, Berlin (Ost) 1966, S. 110f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

der Verband trat aber zunehmend für syndikalistische Vorstellungen ein und zerfiel. Nachdem die KPD-Propaganda auf dem Lande im Oktober 1923 daraufhin den Zusammenschluß von Bauerngruppen, die gegen die Zwangswirtschaft und Inflation protestiert hatten, zur „Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Landwirte" herbeigeführt hatte, nahm Hoernle im September 1924 in einem Aufsatz erstmals grundsätzlich „Zur Bodenfrage" (so der Titel) Stellung. Er verlangte eine entschädigungslose Enteignung der „Junker" und die Übergabe ihres Bodens an die Landwirte, aber „nicht zu bürgerlichem Privateigentum, sondern zur Nutznießung durch den Kleinbauern und Kleinpächter im Interesse der Allgemeinheit ..." Obgleich Hoernle die wirtschaftliche Überlegenheit dieser Großbetriebe anerkannte, räumte er dem politischen Ziel, die Bauern durch Zuteilung von Parzellen für die KPD zu gewinnen, wiederum eindeutig Priorität ein.[16]

1924 brachte die KPD-Fraktion den Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes in den Reichstag ein, nach dem Grundbesitz von mehr als 50 ha enteignet und „mit lebendem und totem Inventar, den dazu gehörigen gewerblichen Betrieben und dem Betriebskapital in sozialistische Verwaltung überführt" werden sollte. Dieser Forderung verliehen Protestkundgebungen Nachdruck, die der von Putz geführte „Bund schaffender Landwirte" und die nach dem 10. Parteitag der KPD (12. – 17. Juni 1925) eingerichtete Agrarkommission organisierten. Zudem führte die Partei anläßlich des 400. Jahrestages der Niederlage der Bauern 1525 eine breite Propagandakampagne auf dem Lande durch. Die populistische Mobilisierungsstrategie der KPD gipfelte in der Agitation zugunsten einer entschädigungslosen Enteignung der Fürsten 1926. In einem Volksentscheid stimmten am 20. Juli mehr als 14 Millionen Wähler für das von der KPD eingebrachte Gesetz. Schon im Februar 1926 hatte die Parteiführung ein neues Aktionsprogramm verabschiedet, das unter der Losung „Das Gesicht dem Dorfe zu" – in wörtlicher Übereinstimmung mit der 1924/25 von der Kommunistischen Partei der Bolschewiki in der Sowjetunion (RKP[b]) propagierten Politik des *licom k derevne* – Landabgaben der Gutsbesitzer, Nothilfen für „werktätige" Bauern (u.a. Steuerfreiheit) und die Ausschaltung des Zwischenhandels vorsah. Daraufhin differenzierten die Richtlinien des ZK der KPD vom Mai 1926 die Politik der Partei gegenüber der Bauernschaft weiter, indem sie diese Gesellschaftsschicht in vier Hauptgruppen untergliederten: Zwergbauern (mit 1/2 bis 2 ha), Kleinbauern (mit 2 bis 5 ha), Mittelbauern (mit 5 bis 20 ha) und Großbauern (mit 20 bis 100 ha). In Anlehnung an die Politik des *licom k derevne*, mit der sich die Führung der RKP(b) endgültig von der rigoros bauernfeindlichen Politik des

16 Manfred Jatzlauk, Landarbeiter, Bauern und Großgrundbesitzer in der Weimarer Republik, in: ZfG 39 (1991), S. 888–905, hier: S. 893; 895f.; Steinberger/Graffunder/Herholz, Hoernle, S. 45, 48–60, 280 (Zitat). Zur Landagitation der KPD in den frühen zwanziger Jahren auch: Edwin Hoernle, Deutsche Bauern unterm Hakenkreuz, Berlin (Ost) 1983 (Paris [1]1939), S. 118f. Deutlich den Dogmen des SED-Regimes verhaftet die Darstellungen in: Dieter Sachse/Klaus Böhme, Vom Bauernhilfsprogramm der KPD zur sozialistischen Landwirtschaftspolitik der SED, in: Theorie und Praxis: Wissenschaftliche Beiträge der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED 32 (1983), H. 1, S. 49–61, hier: S. 50f.; Reinhold, Analyse, S. 50–53; Reinert, Geburtstag, S. 982–984. Zum „Freien Landarbeiterverband": Arne Eggebrecht u.a., Geschichte der Arbeit. Vom alten Ägypten bis zur Gegenwart, Köln 1980, S. 300. Anschaulich, jedoch glorifizierend der autobiographische Bericht über die Landagitation der KPD in den zwanziger Jahren in: Robert Neddermeyer, Es begann in Hamburg ... Ein deutscher Kommunist erzählt aus seinem Leben, Berlin (Ost) 1980, S. 149–164.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

„Kriegskommunismus" abwandte, schloß die KPD auf ihrem 11. Parteitag (2. – 7. März 1927) die Mittelbauern in das anvisierte „Bündnis" ein.[17]

In den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren konzentrierte sich die Agitation der KPD auf die „Osthilfe"-Politik, die Reichskanzler Hermann Müller mit einem „Notprogramm" zugunsten überschuldeter Gutsbetriebe in Ostpreußen 1928 aufnahm und am 18. Mai 1929 in einem Gesetz erweiterte. Am 26. Juli 1930 gab der neue Kanzler Heinrich Brüning auf Druck des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und des „Reichslandbundes", der Anfang 1921 als Dachorganisation unterschiedlicher Landbünde und Reichsverbände gegründet worden war, eine „Notverordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände" heraus, die in ihrem dritten Abschnitt eine neue „Osthilfe" vorsah. Weitere Gesetze, die am 31. März 1931 erlassen wurden, dehnten die „Osthilfe" auf alle ostelbischen Gebiete aus, und eine Sicherungsverordnung vom 17. November 1931 schirmte die Güter mit einem Vollstreckungsschutz gegenüber den Forderungen von Gläubigern ab. Obgleich die Gesetze auch Finanzhilfen für die Bauernsiedlung bereitstellten, zielten sie vorrangig auf die Erhaltung des Gutsbesitzes. Da der Verwaltungsapparat, der für die „Osthilfe" zuständig war, weitgehend nach den Forderungen der Großagrarier eingerichtet wurde (besonders mit der Berufung des „Reichskommissars für Osthilfe" im November 1931), erschütterten Korruptionsskandale, die außer der NSDAP vor allem von der KPD politisch instrumentalisiert wurden, die Regierungspolitik. So warf die kommunistische Parteiführung den Kabinetten Müller und Brüning vor, die Großgrundbesitzer mit dem „betrügerischen Raubzug der finanzkapitalistischen ‚Osthilfe' Hindenburgs" einseitig zu bevorzugen, damit die „Schuldknechtschaft der kleinen Bauern" zu verstärken und die Pauperisierung der Landarbeiter zu beschleunigen. Zugleich wurde die SPD des „Reformismus" beschuldigt, da die Partei 1927 unter dem Einfluß ihres Agrarexperten Fritz Baade ihre Bodenreformprogrammatik zugunsten einer Schutzzollpolitik aufgegeben hatte und die Regierung Brüning von 1930 bis 1932 tolerierte. Der „Osthilfe"-Politik stellte die KPD ihre Forderung nach einer umfassenden Bodenreform entgegen, mit der die in der Agrarkrise seit 1928 radikalisierten Bauern an die Partei gebunden werden sollten.[18]

17 Reinhold, Analyse, S. 54–56, 62; Steinberger/Graffunder/Herholz, Hoernle, S. 69–85; Hoernle, Bauern, S. 119. Zit. nach: Weber, Umgestaltung, S. 2817. Zur Agitation für die Enteignung der Fürsten und Gutsbesitzer 1926 auch: Heinrich August Winkler, Weimar 1918 – 1933. Zur Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 312–314; Hermann Weber (Hg.), Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945, Köln ^{3}1973, S. 95–98. Zur Agrarpolitik der Bolschewiki: Markus Wehner, „Licom k derevne". Sowjetmacht und Bauernfrage 1924–1925, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 42 (1994), S. 20–48.

18 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Edwin Hoernle, Das Ostprogramm des Hindenburgblocks und die Gegenoffensive der Werktätigen des Ostens (Schluß), in: Die Internationale 13 (1930), S. 532–535, hier: S. 533; ders., Das Ostprogramm des Hindenburgblocks und die Gegenoffensive der Werktätigen des Ostens (1. Teil), in: ebd., S. 491–499, hier: S. 498; Steinberger/Graffunder/Herholz, Hoernle, S. 410. Zur „Osthilfe": Rainer Gömmel, Die Osthilfe für die Landwirtschaft unter der Regierung der Reichskanzler Müller und Brüning, in: Günther Schulz (Hg.), Von der Landwirtschaft zur Industrie. Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert. Fs. Friedrich-Wilhelm Henning, Paderborn 1996, S. 253–274; Udo Wengst, Schlange-Schöningen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning, in: GWU 30 (1979), S. 538–551; Günter J. Trittel, Hans Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der „ersten Stunde", in: VfZ 35 (1987), S. 25–64, hier: S. 30–32. Dazu auch das Dokument in: Pommerin/Uhlmann (Hg.), Quellen, S. 131–133. Zur Agrarpolitik der SPD: Dieter Gessner, Agrarian Protectionism in the Weimarer Republic, in: Journal of Contemporary History (JCH) 12 (1977), S. 759–778, hier: S. 768; ders., The Dilemma of German Agriculture During

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Nachdem das ZK der KPD in seiner „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" im August 1930 erneut nachdrücklich für eine entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer und die Übergabe ihres Bodens an landarme Bauern eingetreten war, proklamierte der Parteiführer Ernst Thälmann am 31. Mai 1931 auf einer Kundgebung in Oldenburg das „Bauernhilfsprogramm". Darin versprach die KPD den Landwirten eine „entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und unentgeltliche Bereitstellung von Land für die landarmen Bauern und Bauernsöhne." Die ländliche Bevölkerung sollte sozial umfassend geschützt werden, besonders die Frauen, Jugendlichen und Arbeitslosen. Mit der intensivierten Bodenreformagitation verstärkte die KPD-Führung 1931/32 auch ihre Bemühungen, die Opposition in den etablierten Bauernverbänden zu mobilisieren und für die Partei zu gewinnen. Nach einer Konferenz in Fulda am 31. Mai 1931, mit der die KPD erstmals Angehörige bestehender Bauernverbände zusammenführte, beschlossen die Delegierten des von der Partei einberufenen „Reichsbauernkongresses" am 23. und 24. Januar 1932 in Berlin, das „Bündnis" der Arbeiter mit den kleinen und mittleren Landwirten herzustellen, die keine Lohnarbeiter beschäftigten und deshalb als „werktätige" Bauern galten. Mit Hilfe einzelner Gruppen, die etablierten Organisationen wie dem Deutschen Landarbeiterverband angehörten, bildete die Parteiführung daraufhin verstärkt „Gutskampfausschüsse" und „Bauernkomitees"; darüber hinaus wurden Landarbeiterstreiks organisiert. Dennoch blieb die Unterstützung für die KPD auf dem Lande insgesamt begrenzt. So gewann die Partei in der preußischen Provinz Mark Brandenburg bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 in den beiden Potsdamer Wahlkreisen jeweils rund zwanzig Prozent der Stimmen, im ländlichen Wahlkreis Frankfurt (Oder) aber nur 9,6 Prozent.[19]

Auf dem Weg zum „Aktionsprogramm". Kommunistische Agrarpolitiker im Exil

Nach der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten waren die kommunistischen Spitzenfunktionäre, die sich der Verhaftung entziehen konnten, zur Emigration gezwungen. Ernüchtert von der schnellen Festigung des NS-Regimes, wandte sich die KPD-Führung schrittweise von dem „Sozialfaschismus"-Dogma ab, mit dem der Aufstieg der NSDAP letztlich vor allem auf die Politik der SPD zurückgeführt worden war. Diese Deutung des Nationalsozialismus hatte sich in den späten zwanziger Jahren mit der Stalinisierung der KPD in der Partei durchgesetzt und Georgi Dimitroff auf dem 13. Plenum des Exekutivko-

---

the Weimar Republic, in: Richard Bessel/E.J. Feuchtwanger (Hg.), Social Change and Political Development in Weimar Germany, London 1981, S. 134–154, hier: S. 146. Zur Radikalisierung der landwirtschaftlichen Organisationen: Hans-Peter Ullmann, Interessenverbände in Deutschland, Frankfurt/M. 1988, S. 150–153.

19 Fait, Brandenburg, S. 83. Zit. nach: Lothar Berthold, Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930, Berlin (Ost) 1956, S. 239–242, hier: S. 240. Zur Agitation in den frühen dreißiger Jahren zusammenfassend: Steinberger/Graffunder/Herholz, Hoernle, S. 98–110; Reinhold, Analyse, S. 57f.; Hoemle, Bauern, S. 120. Mit anderer Interpretation: Weber, Umgestaltung, S. 2817f.; Möhlenbrock, Kirche, S. 87. Unzutreffend die Darstellung in: Joachim Piskol, Zur Entwicklung der agrarpolitischen Konzeption der KPD 1933 bis 1945, in: Probleme der Agrargeschichte, S. 72–78, hier: S. 72. Zum Schutz der Frauen: Hans-Jürgen Arendt, Die KPD und die werktätigen Bäuerinnen, in: Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Wissenschaftliche Mitteilungen, 1982/II, S. 46–51, hier: S. 47–49.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

mitees der Kommunistischen Internationale im November 1933 schließlich veranlaßt, den „Faschismus" als „offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" zu definieren. Edwin Hoernle, der im April 1933 von der KPD-Führung in die Schweiz geschickt wurde und am Jahresende die Leitung der Abteilung Mitteleuropa im Internationalen Agrarinstitut in Moskau übernahm, propagierte gemäß der Resolution des ZK der Exil-KPD vom 1. August 1934 in seinen Parteimitteilungen die Mobilisierung einer breiten „Volksfront" gegen das NS-Regime, mußte aber selbstkritisch einräumen, daß er den Einfluß der KPD auf dem Lande vor 1933 weit überschätzt hatte. Die Realitätsferne der Spitzenfunktionäre in ihrem Moskauer Exil zeigt jedoch Hoernles Hinweis auf die „Aufforderung an die Landarbeiter und Armbauernmassen [sic], selber mit Hilfe des Industrieproletariats die Großgrundbesitzer zu verjagen und sich den Boden zu holen, den sie brauchen". Die Landarbeiter als Bodenempfänger hatte Hoernle auch in seiner Ausarbeitung über „Das deutsche Dorf und die antifaschistische Einheitsfront" vom März 1935 explizit einbezogen.[20]

Insgesamt gewann die „Bündnis"-Doktrin in den späten dreißiger Jahren einen überragenden Stellenwert in der Programmatik der KPD, die ihre „Volksfront"-Politik nach den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (25. Juli – 20. August 1935 in Moskau) im Oktober 1935 auf ihrer „Brüsseler" Konferenz bestätigte. Die politische Konzeption der Partei blieb aber widersprüchlich. Die KPD-Führung zielte nach der Resolution der „Brüsseler" Konferenz einerseits auf die „Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der deutschen Arbeiterklasse und die Schaffung der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen zum Kampf gegen die faschistische Diktatur und für ihren Sturz." Andererseits proklamierte die KPD weiterhin die „Aufrichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der Sowjets ..." Im Januar und Februar 1939 konkretisierte die Parteiführung auf ihrer „Berner" Konferenz ihr Programm, das den Kampf der im „Dritten Reich" verbliebenen kommunistischen Widerstandsgruppen gegen die nationalsozialistische Diktatur verstärken und den Neuaufbau in Deutschland nach dem Ende des NS-Regimes konzeptionell vorbereiten sollte. Obgleich die Partei den „Schutz des bäuerlichen und mittelständischen Eigentums, demokratische Bodenreform zugunsten der Bauern und Landarbeiter" versprach, war die Nationalisierung des zu enteignenden Landes damit ebensowenig aufgegeben worden wie die Kollektivierung als wichtiges Ziel kommunistischer Landwirtschaftspolitik.[21]

Während die Enteignung der Großgrundbesitzer, die Hoernle pauschal als „Großschmarotzer" diffamierte, in der Bodenreformpolitik der KPD unumstritten war, blieb der Umgang mit dem Land, das beschlagnahmt werden sollte, konzeptionell lange unentschieden. Diese Widersprüchlichkeit wird besonders in dem Bodenreformentwurf deutlich, den Hoernle für einen Vortrag vor deutschen Kriegsgefangenen im Lager Oranki (bei Gorki) 1942 ausarbeitete. Der Agrarexperte der KPD wiederholte die Forderung nach „unentgeltlicher Zuteilung von genügend Boden an die bodenarme Bauernschaft und Landarbeiter." Zur „Sicherung

20 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Leonid Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935, Stuttgart 1985, S. 177; SAPMO-BArch, NY 4030/5, Bl. 100. Überblick in: Piskol, Zur Entwicklung der agrarpolitischen Konzeption der KPD 1933 bis 1945, S. 73. Vgl. auch Wolfgang Wippermann, Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921–1945, Frankfurt/M. 1981.

21 Zit. nach: Weber (Hg.), Kommunismus, S. 324f., 336. Zu den Konferenzen: Steinberger/Graffunder/Herholz, Hoernle, S. 125–131; Hoernle, Bauern, S. 122f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

der Volksernährung durch möglichst rationelle und geregelte Produktion" verlangte Hoernle aber auch die „Organisierung hochentwickelter Staats- und Kommunalwirtschaften, Produktionsgenossenschaften der Gutsarbeiter und bäuerliche Genossenschaftswirtschaften (die beiden letztgenannten Formen auf absolut freiwilliger Grundlage mit Staatshilfe!)". Die Staatsverwaltung sollte zudem die „gemeinschaftliche Verwendung großer Maschinen und die Schaffung gemeinschaftlicher bzw. gemeindlicher Einrichtungen für die gemeinsame Be- und Verarbeitung der bäuerlichen Produkte" und den Ausbau der Infrastruktur auf dem Lande fördern.[22]

Während die Exilpolitiker der KPD in ihrer Kriegspropaganda für die Sowjetunion – besonders im „Nationalkomitee Freies Deutschland" (NKFD) – die weitreichenden Pläne zur Bodenreform verschwiegen und nur allgemein eine Landumverteilung befürworteten, wurde intern die radikalere Agrarpolitik der KPD weiterentwickelt. So erläuterte Hoernle am 14. August 1944 vor einer Arbeitskommission, die am 6. Februar unter Leitung des Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck[23] gebildet worden war, den Entwurf eines Agrarprogramms des „Blocks der kämpferischen Demokratie". Ausgehend von dem Ziel der „Herstellung fester persönlicher und organisatorischer Verbindungen zwischen Land und Stadt, vor allem zwischen der Industriearbeiterschaft, dem werktätigen Bauerntum und den Landarbeitern", wies das Konzept der KPD die Aufgabe zu, die „Erziehung der Bauernmassen zu genossenschaftlicher Betriebsführung und Arbeitsweise" voranzutreiben. Im Mittelpunkt stand aber ein „Sofortprogramm", das die Klein- und Mittelbauern mobilisieren und auch die Landarbeiter für die KPD gewinnen sollte. Deshalb war nach dem Kriegsende aus dem Land gerichtlich verurteilter „Volksfeinde" und den von der Wehrmacht beschlagnahmten Flächen ein staatlicher Bodenfonds zu bilden, zu dem auch eine „Notabgabe der größeren Grundbesitzer" und eine „freiwillige Bodenspende patriotischer Grundbesitzer" beitragen sollten. Das Agrarprogramm sah vor, das konfiszierte Land durch Bodenkommissionen zu verteilen, die aus „Vertrauensleuten der werktätigen Landbevölkerung und Organen des demokratischen Staates" gebildet werden mußten. Zudem wurde den Landarbeitern die „volle gesetzliche Gleichstellung mit der Industriearbeiterschaft auf allen Gebieten des Arbeitsschutzes, des Arbeitsrechtes, der sozialen Versicherung und Fürsorge" versprochen.[24]

---

22 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, NY 4030/15, Bl. 217; BArch, DK-107, A 421–41 („Bauernhilfe im befreiten Deutschland/von Sofortmaßnahmen", S. 1f., 7; im Original unterstrichen). Vgl. auch: Piskol, Zur Entwicklung der agrarpolitischen Konzeption der KPD 1935 bis 1945, S. 55f.; ders., Zur Entwicklung der agrarpolitischen Konzeption der KPD 1933 bis 1945, S. 75; Reinert, Bodenreform, S. 9–11.

23 Wilhelm Pieck (1876–1960) war von 1906 bis 1910 Parteisekretär der SPD in Bremen und 1918 Mitbegründer der KPD. Von 1920 bis 1933 leitete er das Organisationsbüro der Partei, war von 1926 bis 1946 Mitglied des ZK der KPD und gehörte von 1928 bis 1933 dem Deutschen Reichstag an. 1933 emigrierte er nach Paris und anschließend in die UdSSR, wo er von 1935 bis 1945 Vorsitzender der KPD war. 1943 Mitbegründer des NKFD, kehrte er 1945 nach Deutschland zurück und amtierte von 1946 bis 1954 als Vorsitzender der SED. Von 1946 bis 1960 gehörte er überdies dem Zentralsekretariat der SED und seinem Politbüro an. 1949 bis 1960 amtierte er als Präsident der DDR. Vgl. Bernd-Rainer Barth u.a. (Hg.), Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch, Frankfurt/M. 1995, S. 568f.; Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 257.

24 Siegfried Graffunder u.a. (Hg.), Edwin Hoernle. Zum Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Eine Auswahl seiner agrarpolitischen Reden und Schriften 1928–1951, Berlin (Ost) 1972, S. 333f., 341, 344. Stenographische Notizen zum Referat Hoernles abgedruckt in: Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hg.), „Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 222–224. Vgl. auch Peter Kirste, Wirtschaftspolitik und an-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Eine Fachkommission, die am 21. August 1944 gegründet und von Hoernle geleitet wurde, beteiligte sich intensiv an der weiteren Arbeit an dem „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie", das Anton Ackermann[25] im Herbst 1944 vorlegte. In dem Programm kündigte die KPD die „Schaffung eines Bodenfonds von mindestens 10 Millionen Hektar zur Stillung des schlimmsten Bodenhungers des schaffenden Landvolkes" an. Dazu sollte das Land der „Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher", der „Bodenspekulanten" und der „dem Charakter des Betriebes" fremde Bodenbesitz der „Industrie-, Handels- und Bank-AG und GmbH" enteignet werden. Außerdem wurde in dem „Aktionsprogramm" festgelegt, „durch Zwangszukauf zu staatlichen Festpreisen" das Land von „Industriellen, Großhändlern, Bankiers, Rentiers und Großhausbesitzern" zu erfassen und alle Großgrundbesitzer mit jeweils mehr als 150 ha Land ebenso zu enteignen wie „Saboteure der Volksernährung". Der Boden war bevorzugt landarmen Bauern zuzuteilen. Überdies sollten den Landarbeitern dieselben Rechte eingeräumt werden wie den Arbeitnehmern in der gewerblichen Wirtschaft; die KPD-Führung erklärte besonders ihre Entschlossenheit, Restformen feudaler Bindungen wie Deputate zu beseitigen.[26]

Dieses Programm wurde in einer Abendschule des NKFD weiterentwickelt, in der die führenden Funktionäre der KPD die programmatische Arbeit vorantrieben und von Dezember 1944 bis März 1945 insgesamt zwölf Lektionen hielten. Am 4. Februar 1945 stellte Hoernle das fertiggestellte „Agrarprogramm des Blockes der kämpferischen Demokratie" vor. In seinem Referat akzentuierte der Agrarexperte der KPD die „Vernichtung der ökonomischen Basis des preußischen Junkertums" als Ziel einer „wirklich demokratischen Agrarreform zugunsten der breiten Massen der werktätigen Bauern und der Landarbeiter". Die Festlegungen zur Bodenreform und zum Landarbeiterschutz stimmten weitgehend mit dem im August 1944 von Hoernle dargelegten Entwurf des Agrarprogramms überein. Die Prin-

---

tiimperialistische Umwälzung. Zur Erarbeitung wesentlicher Grundsätze der wirtschaftspolitischen Konzeption der KPD für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung (Februar 1944 – April 1945), in: JfG 14 (1976), S. 235–286, hier: S. 239, 245; Steinberger/Graffunder/Herholz, Hoernle, S. 138–140. Zur Agrarpropaganda der KPD im Exil: Peter Kirste, Wirtschaftspolitik und antiimperialistische Umwälzung. Zur Erarbeitung wesentlicher Grundsätze der wirtschaftspolitischen Konzeption der KPD für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung (Februar 1944 – April 1945), in: JfG 14 (1976), S. 235–286, hier: S. 260–262. Zur Gründung des NKFD und zur Rolle Hoernles: Carola Tischler, Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil, 1933 bis 1945, Münster 1996, S. 210f.

25 Anton Ackermann (Ps. von Eugen Hanisch; 1905–1973) schloß sich 1926 der KPD an, emigrierte 1935 nach Prag und anschließend nach Paris, Benicasim (Spanien) und Moskau. 1943 trat er dem NKFD bei und leitete den Sender „Freies Deutschland". Im Mai 1945 kehrte er als Leiter einer KPD-„Initiativgruppe" nach Sachsen zurück und gehörte von 1946 bis 1954 dem Parteivorstand bzw. Zentralkomitee der SED an. Von 1949 bis 1954 war er Mitglied des Deutschen Volksrates bzw. der Volkskammer der DDR und von 1949 bis 1953 Kandidat des Politbüros des ZK der SED. 1954 wurde er aus dem ZK ausgeschlossen und 1956 rehabilitiert. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 15; Barth u.a. (Hg.), DDR, S. 14.

26 Erler/Laude/Wilke (Hg.), „Nach Hitler kommen wir", S. 295f. Dazu auch: Piskol, Zur Entwicklung der agrarpolitischen Konzeption der KPD 1935 bis 1945, S. 57f.; Kirste, Wirtschaftspolitik, S. 252–254; Reinert, Bodenreform, S. 11. Das Aktionsprogramm ist auch abgedruckt in: Horst Laschitza, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin (Ost) 1969, S. 197–209. 3. Entwurf des „Aktionsprogramms" als Faksimile in: Gerhard Keiderling (Hg.), „Gruppe Ulbricht" in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993, S. 130–134.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

zipien der „Bündnispolitik" wurden aber präzisiert. Obgleich Hoernle die ausgeprägte soziale Differenzierung als wichtiges Merkmal der deutschen Bauernschaft herausstellte, sollte das angestrebte neue Regime „die Klassenfrage auf dem Dorfe zunächst nicht in den Vordergrund stellen, da unsere Hauptaufgabe darin besteht, alle fortschrittlichen Kräfte im Dorfe zur Liquidierung des Faschismus und notdürftigen Ernährung des Volkes zusammenzufassen." Der politische Kampf gegen die „Großbauern" war damit zugunsten der Konzentration auf die Enteignung der Gutsbesitzer zurückzustellen. Dennoch sollte gesichert werden, daß in den Bodenkommissionen sowie in den örtlichen „Volksausschüssen" und „Aktionskomitees" die „Landproletarier und werktätigen Kleinbauern als die Hauptmasse der landwirtschaftlichen Bevölkerung ausschlaggebend vertreten sind und mit Hilfe des Industrieproletariats zur Führung erzogen werden." Erstmals wurde in dem Agrarprogramm der KPD auch die „Ansiedlung von 100.000en bäuerlich-landproletarischen Flüchtlingsfamilien aus dem Osten" als eine „besonders schwierige und wichtige Aufgabe" der KPD und als Ziel der Bodenreform bezeichnet, denn mit dem Beginn der neuen Offensive der Roten Armee im Januar 1945 hatte sich die schon im Herbst 1944 eingesetzte Flucht und Vertreibung von Deutschen aus ihrer Heimat östlich von Oder und Neiße enorm beschleunigt. Insgesamt entsprach die Aufteilung des zu bildenden Bodenfonds zwar der „Bündnis"-Politik; Hoernle erkannte aber deutlich die geringe Rentabilität der Kleinbetriebe, die aus der Landumverteilung hervorgehen sollten und wegen des absehbaren Mangels an Betriebsmitteln in der Nachkriegszeit kaum ausgestattet werden konnten. Er verlangte deshalb eine „energische Politik in der Richtung auf die Entwicklung genossenschaftlicher bäuerlicher Betriebsweise, Heranführung der breiten Bauernmassen auf eine höhere Stufe der Wirtschaft und Produktion!" Damit deutete Hoernle die Kollektivwirtschaft als Perspektive der KPD-Agrarpolitik an, aus der Lenins „Genossenschaftsplan" als Wahrnehmungs- und Deutungshorizont ohnehin nie völlig ausgeschlossen worden war.[27]

Am 28. Februar 1945 erteilte Hoernle den Funktionären der KPD schließlich „Ratschläge für die Arbeit auf dem Lande". Er trat besonders für die „Vernichtung der faschistischen Sabotagenester" ein und forderte die Rekrutierung „gut geprüfter, antinazistischer Kräfte" für die Gemeindeverwaltungen. Das Land und Inventar verlassener Gutshöfe sollten bedürftigen Bauern und Landarbeitern zugeteilt werden; Hoernle ließ aber auch eine gemeinsame Betriebsführung ausdrücklich zu: „Große, bisher rationell bewirtschaftete Güter sind durch die genossenschaftlich zusammengeschlossenen Gutsarbeiter und Angestellten zu bewirtschaften, nachdem die individuellen Bodenwünsche der Landarbeiter, kleinbäuerlichen Anlieger und sonstigen Dorfproletarier befriedigt wurden." Der Agrarexperte der KPD schlug außerdem eine gegenseitige Aufbauhilfe zwischen Stadt und Land vor. Damit sollte nicht nur die Rekonstruktion der Land- und Industriewirtschaft vorangetrieben, sondern auch das „Bündnis" zwischen Arbeitern und Bauern herausgebildet und gefestigt werden. Hoernles „Ratschläge" wurden weitgehend in die „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet" aufgenommen, denen die Exilführung der KPD in Moskau am 5. April 1945 zustimmte. Diese Anweisung erlegte den Parteifunktionären auf, die sich herausbildende sowjetische Besatzungsverwaltung abzuschirmen und ihre Herrschaft zu festigen. So sollte nach der Ernennung neuer

27 Erler/Laude/Wilke (Hg.), „Nach Hitler kommen wir", S. 311, 313, 316. Das „Agrarprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie" ist auch abgedruckt in: Laschitza, Demokratie, S. 209–224. Vgl. daneben Reinert, Bodenreform, S. 10; Kirste, Wirtschaftspolitik, S. 278f. (hier falsche Datierung). Zu den Referaten in der Abendschule allgemein: Tischler, Flucht, S. 221.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bürgermeister durch die Ortskommandanten der Roten Armee in den Dörfern eine Gemeindeverwaltung aus fünf bis sieben „Antifaschisten" gebildet werden. „Herrenloser" Boden war – gemäß den „Ratschlägen" Hoernles – vorwiegend individuell zu nutzen; lediglich große Güter sollten gemeinsam bewirtschaftet werden.[28]

Insgesamt war die Agrarprogrammatik der KPD den herrschaftspolitischen Zielen der Partei untergeordnet. Auch wenn die Kollektivierung der Landwirtschaft seit den zwanziger Jahren das Endziel kommunistischer Politik blieb, variierte ihr programmatischer Stellenwert gegenüber den Bodenreformkonzepten. Obgleich der Einfluß der Politik, die von den Bolschewiki und Stalin in den zwanziger und dreißiger Jahren in der UdSSR durchgesetzt worden war, auf das Agrarprogramm der KPD nicht zu überschätzen ist, orientierten sich die kommunistischen Spitzenfunktionäre in Deutschland doch eng an den agrarpolitischen Eingriffen der sowjetischen Führung, deren wiederholt abrupte Kurswechsel sie unmittelbar nachvollzogen. Die Bodenreformkonzeption, die führende KPD-Funktionäre in ihrem Exil in Moskau weiterentwickelten, beeinflußte schließlich nachhaltig die Enteignung der Gutsbesitzer und die Verteilung ihres Besitzes in der Sowjetischen Besatzungszone, obgleich die sowjetische Staats- und Parteiführung den Prozeß der Landumverteilung initiierte, oktroyierte und durchweg kontrollierte. Grundlegend war dabei vor allem die leninistische „Bündnis"-Doktrin. Die Landumverteilung, die nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes und der totalen Niederlage des „Dritten Reiches" schließlich von der UdSSR und den deutschen Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführt werden konnte, war demnach nicht vorrangig von ökonomischen oder sozialen Zielen geprägt. Der Bodenreform lag vielmehr vor allem das herrschaftspolitische Konzept zugrunde, die Kleinbauern und Landarbeiter durch materielle Zuwendungen – besonders Land – als Klientel der KPD zu gewinnen und der Partei damit erstmals eine breite Basis in der ländlichen Gesellschaft zu sichern. Die sowjetischen Besatzungsoffiziere und die KPD-Funktionäre konnten die Bodenreform jedoch nicht voraussetzungslos nach einem statischen Konzept durchführen, sondern wurden in der ostdeutschen „Trümmergesellschaft" mit vielfältigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen und restriktiven Bedingungen konfrontiert. Besonders die bestehende Agrarstruktur, die Zerstörungen und das allgemeine Chaos in der unmittelbaren Nachkriegszeit und die nahezu uneingeschränkte Vorherrschaft der sowjetischen Besatzungsmacht mußten von den deutschen Kommunisten jeweils in Rechnung gestellt werden. Trotz der Kontinuität grundlegender Dogmen und politischer Ziele war die Politik der sowjetischen und deutschen Machthaber in der SBZ nach 1945 deshalb nicht durchweg kohärent und einlinig, sondern mehrdimensional und auf unterschiedliche Optionen praktischer Politik gerichtet. Die Entscheidungsträger hatten zwar die Absichten und Ziele ihrer Herrschaft verinnerlicht, verfügten aber nicht über einen konsistenten und unveränderlichen Herrschaftsplan. Ihre Politik im Nachkriegsdeutschland war programmatisch konditioniert, nicht determiniert.[29]

---

28 Erler/Laude/Wilke, „Nach Hitler kommen wir", S. 380–386. Zit. nach: Laschitza, Demokratie, S. 235–237. Zu den „Ratschlägen" und „Richtlinien" auch Kirste, Wirtschaftspolitik, S. 276f., 283f.; Reinert, Bodenreform, S. 10.

29 Jens Murken, Bodenreform-Kampagne und politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, in: Kluge/Halder/Schlenker (Hg.), Bodenreform, S. 51–71, hier: S. 51, 55–57, 71. Vgl. allgemein Karl Teppe, Trümmergesellschaft im Wiederaufbau, in: APZ, B 18–19/95, 28.4.1995, S. 22–33. Zur Argumentation auch: Wettig, Aufschlüsse, S. 165f., 170; Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 295.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

2. Sowjetische Hegemonie und die Herrschaftspolitik der SED. Die Durchsetzung der Bodenreform 1945

Der administrativ-politische Neuaufbau in Brandenburg

Mit der Grenzfestlegung an Oder und westlicher Neiße wurde die Neumark mit einer Fläche von 11.328 km^2 und etwa 650.000 Einwohnern von der preußischen Provinz Mark Brandenburg abgetrennt. Das Territorium Brandenburgs schrumpfte damit um rund 30 Prozent, bevor die sowjetische Besatzungsmacht in ihrem Befehl Nr. 5 vom 9. Juli 1945 die Provinz neben der Provinz Sachsen und den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen als föderale Verwaltungseinheit in der SBZ konstituierte. Zugleich ordnete die SMAD, deren Einrichtung schon am 9. Juni 1945 festgelegt worden war, die Bildung von Sowjetischen Militäradministrationen (SMA) in den Ländern an. Daraufhin wurde Marschall Semjon I. Bogdanow zum Befehlshaber der SMA in Brandenburg ernannt. Als Stellvertreter und Chef der SMA in Zivilangelegenheiten wurde ihm Generalmajor Wassili M. Scharow zugeordnet. Unter sowjetischer Aufsicht begann die „Gruppe Ulbricht", die als Initiativgruppe des ZK der KPD nach Berlin geflogen worden war, im Juni den Neuaufbau der Provinzialverwaltung für Brandenburg. Eine Schlüsselrolle bei der Rekrutierung des Führungspersonals nahm Bernhard Bechler ein, der als Major der Wehrmacht in Stalingrad 1943 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten war und seitdem als Mitglied des Bundes Deutscher Offiziere und als Rundfunksprecher des NKFD die sowjetische Frontpropaganda unterstützt hatte. Er hatte – wie viele andere Kriegsgefangene – in dem Einsatz für die sowjetische Kriegführung nach der Abwendung vom Nationalsozialismus nicht zuletzt eine neue Lebensperspektive gefunden, wie er im Rückblick nach fünfzig Jahren erkannte: „Du hast damit eine neue Zukunft! [...] Ich bin aktiver Offizier. Das wird alles zerschlagen sein! Und ich muß ja irgendwo vollkommen neu anfangen! Alle diese Gedanken spielten sicher eine große Rolle." Bechler war als Frontbevollmächtigter der 2. Belorussischen Front im Mai 1945 nach Berlin gekommen und übermittelte der „Gruppe Ulbricht" Personalvorschläge, für die er auch die Sozialdemokraten Friedrich Ebert und Georg Spiegel gewonnen hatte. Nachdem der Oberste Chef der SMAD, Marschall Schukow, die von Ulbricht vorgelegte Liste bestätigt hatte, nahm die Provinzialverwaltung am 29. Juni 1945 ihre Arbeit auf. Zum Präsidenten wurde Carl Steinhoff ernannt, ein Sozialdemokrat, der seit 1928 als stellvertretender Oberpräsident von Ostpreußen amtiert hatte, 1933 aber von den Nationalsozialisten entlassen worden war. Steinhoff unterstützte die Entmachtung der Großgrundbesitzer und Industriellen in einem „antifaschistischen" Nachkriegsdeutschland und trat – besonders auf der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz Anfang Juni 1947 – für die politische und wirtschaftliche Einheit des in Besatzungszonen geteilten Landes ein. Dem Präsidium der Provinzialverwaltung, die am 4. Juli offiziell von der SMAD bestätigt wurde, gehörten außerdem der noch parteilose Bechler als 1. Vizepräsident, die Altkommunisten Heinrich Rau und Edwin Hoernle sowie Fritz Rücker (SPD), Frank Schleusener (CDU) und der parteilose Georg Remak an. Erst mit ihrem Befehl Nr. 110 vom 22. Oktober 1945 gestand die SMAD der Provinzialverwaltung jedoch rückwirkend das Recht zu, Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Ihre Entschlossenheit, eine radikale Entnazifizierung durchzuführen, demonstrierte

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

die sowjetische Militärverwaltung anschließend mit ihren Befehlen Nr. 124 und 126 vom 30. bzw. 31. Oktober 1945, die u.a. vorsahen, Eigentum des Deutschen Reiches, der NSDAP und verbotener Organisationen zu beschlagnahmen sowie Aktiengesellschaften, die als rechtsunfähig galten, und Betriebe, die ohne Aufsicht ihrer Besitzer waren, zu sequestrieren.[30]

In der Provinzialverwaltung, die insgesamt neun Abteilungen umfaßte, war Bechler vor allem für Inneres und damit für die Personalpolitik und den Neuaufbau von Polizei und Justiz zuständig. Eine Schlüsselposition gewann er auch durch die Leitung der Provinzialkommissionen für Entnazifizierung und Bodenreform. Dagegen mußte Edwin Hoernle, der die Abteilung Ernährung, Landwirtschaft und Forsten leitete, nach seiner Ernennung zum Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft bereits im September 1945 durch Heinrich Rau ersetzt werden. Auch der „Antifaschistisch-demokratische Einheitsblock Provinz Mark Brandenburg" (Provinzialblockausschuß; seit 1946 Landesblockausschuß) gewann kaum Einfluß auf die Politik der Provinzialverwaltung, auch nicht auf die Durchführung der Bodenreform. Die Provinz (ab 1947: Land) Brandenburg war administrativ in vier Oberlandratsämter (in Brandenburg/Havel, Bernau, Eberswalde und Cottbus) und die Stadt Potsdam aufgeteilt, die der Provinzialverwaltung direkt unterstellt wurde. Den Oberlandratsämtern, die im Januar 1947 aufgelöst wurden, waren 18 Landkreise und 9 kreisfreie Städte untergeordnet. Nach der Landtagswahl vom Oktober 1946 konstituierte sich die Provinzialregierung (seit Juli 1947: Landesregierung) Mark Brandenburg. Sie umfaßte außer dem Ministerpräsidium sieben Fachministerien. Alle Präsidenten wurden zu Ministern ernannt, und Bechler leitete weiterhin die Provinzialbodenkommission, die aller-

30 Torsten Hartisch, Die Enteignung von „Nazi- und Kriegsverbrechern" im Land Brandenburg. Eine verwaltungsgeschichtliche Studie zu den SMAD-Befehlen Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 bzw. Nr. 64 vom 17. April 1948, Frankfurt/M. 1998, S. 15f.; Dieter Pohl, Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung, München 2001, S. 18f.; Fait, Brandenburg, S. 80, 85f., 96f.; Schreckenbach/Künzel, Land Brandenburg, S. 225–228; Schreckenbach, Aufbau, S. 231–237; Baudisch, Grundlagen, S. 30f. Eng der offiziellen Interpretation des SED-Regimes verhaftet die Darstellung in: Rena Wilhelm, Die Rolle von Partei und Staat bei der Durchführung der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, Potsdam-Babelsberg 1980, S. 39–45. Anschaulich, aber im Rückblick verklärend: Bernhard Bechler, Erinnerungen an meine Tätigkeit im Lande Brandenburg 1945/46, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Potsdam 10 (1966), S. 445–448, hier: S. 446f.; Karl Steinhoff, In der Mark Brandenburg wurden völlig neue, demokratische Staatsorgane gebildet, in: Fanny Rosner/Ilse Schiel/Heinz Voßke (Hg.), Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin (Ost) 1966, S. 565–579, hier: S. 566–568, 576f.; SAPMO-BArch, EA 1307, Bl. 5–7, 22–28. Vgl. auch Friedrich Beck, Die Entstehung der Provinzial- und Landesverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Bernhard Weißel (Hg.), Befreiung und Neubeginn. Zur Stellung des 8. Mai 1945 in der deutschen Geschichte, Berlin (Ost) 1968, S. 198–209, hier: S. 202f., 207. Zit. aus einem Interview mit Bernhard Bechler am 17.8.1995. Allgemein: Wolfgang Merker, Landes- und Zentralverwaltungen – Konstituierung und Ausrichtung der SBZ-Verwaltungsspitze durch die SMAD, in: Mehringer/Schwartz/Wentker (Hg.), Erobert oder befreit?, S. 93–107, hier: S. 94f. Zur Bildung und Organisationsstruktur der SMAD und der SMA Brandenburg: Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 7–69, hier: S. 9–27, 49–54, 56f.; ders., Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1949–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999, S. 452f. Zum SMAD-Befehl Nr. 110 auch: Jan Foitzik (Bearb.), Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Offene Serie, hg. v. Institut für Zeitgeschichte, München 1995, S. 35; Will, Situation, S. 74; Nehrig, Bodenreform, S. 103.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

dings Ende 1948 ihre Arbeit einstellte. Nach der Auflösung Preußens verlieh der SMAD-Befehl Nr. 180 der Provinz Brandenburg am 21. Juli 1947 den staatsrechtlichen Status eines Landes. Der zweiten brandenburgischen Landesregierung, die im November 1950 unter dem bereits seit Oktober 1949 amtierenden Ministerpräsidenten Rudolf Jahn (SED)[31] gebildet wurde, gehörten ausnahmslos neue Minister an. Die Ministerien für Inneres, Wirtschaft und Arbeit sowie Land- und Forstwirtschaft wurden von Bruno Lentzsch (KPD/SED)[32], Franz Peplinski (KPD/ SED)[33] bzw. Dietrich Besler (SED/DBD)[34] übernommen.[35]

Die Politik bestimmte in der SBZ und in Brandenburg in den ersten Nachkriegsjahren aber weniger die staatliche Verwaltung als die übermächtige SMA, die auch die Bodenreform weitgehend kontrollierte, und die Bezirksleitung der KPD, die im Juni 1945 unter der Kontrolle Ulbrichts gegründet und nach der Vereinigung mit der SPD im April 1946 in einen Landesvorstand (seit 1949: Landesleitung) umgebildet wurde. Willy Sägebrecht[36], der

---

31 Rudolf Jahn (geb. 1906) trat 1927 als Tischler der KPD bei und besuchte 1929 die Lenin-Schule in Moskau. Nachdem er 1933 verhaftet worden war, wurde er im Zuchthaus Waldheim und im KZ Buchenwald inhaftiert. 1945 schloß er sich der KPD, 1946 der SED an. Von März 1947 bis Dezember 1949 war er 1. Vorsitzender des FDGB in Brandenburg und von Oktober 1949 bis Juli 1952 Ministerpräsident Brandenburgs. Jahn, der von 1949 bis 1954 auch der Volkskammer angehörte, wurde 1952 1. Vorsitzender des Rats des Bezirks Dresden, bevor er 1959 zum Botschafter der DDR in Bulgarien ernannt wurde. Biographische Angaben in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 938.

32 Bruno Lentzsch (1913–1972) trat 1930 der KPD bei und wurde 1935/36 im nationalsozialistischen Deutschland inhaftiert. Seit 1946 gehörte er dem Sekretariat des SED-Landesvorstands in Brandenburg und von 1950 bis 1952 auch dem Landtag an. Zuvor hatte er von 1946 bis 1949 als Landrat im Kreis Luckau gearbeitet und 1949 die Landeskommission für Staatliche Kontrolle beim Ministerpräsidenten geleitet. Von 1949 bis 1952 amtierte er als Minister des Innern in der brandenburgischen Landesregierung. Vgl. Reinert (Bearb.), Protokolle, S. 270 (Anm. 5).

33 Franz Peplinski (1910–1991) gehörte vor 1933 der KPD an, für die er als Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes arbeitete. Wegen illegaler Widerstandsarbeit wurde er im „Dritten Reich" mehrfach verhaftet. Nachdem er von 1945 bis 1947 als Bürgermeister der Stadt Zepernick und von 1948 bis 1950 als Landrat im Kreis Osthavelland amtiert hatte, war er von 1950 bis 1952 Minister für Wirtschaft in der brandenburgischen Landesregierung. Vgl. Reinert (Bearb.), Protokolle, S. 239.

34 Dietrich Besler (geb. 1909) war von 1937 bis 1941 Soldat der Wehrmacht. 1946 trat er in die SED, 1948 in die DBD ein, deren Kreisverband in Jüterbog er leitete. Von 1949 bis 1951 war er Geschäftsführer des Landesverbandes der DBD in Brandenburg, von 1949 bis 1953 Mitglied des Landtags und von 1950 bis 1952 Minister für Land- und Forstwirtschaft. Von 1951 bis 1960 gehörte er dem Parteivorstand der DBD und von 1954 bis 1976 der Volkskammer an. Ab 1956 leitete er eine LPG, und 1967 trat er der SED bei. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 870; Reinert (Bearb.), Protokolle, S. 334 (Anm. 1).

35 Überblick in: Schreckenbach, Aufbau, S. 237–240, 244–247; Fait, Brandenburg, S. 80, 86–88, 91f., 95–102; Beck, Entstehung, S. 203, 205–207; Baudisch, Grundlagen, S. 37–41; Eckart, Veränderungen, S. 11, 15. Als detaillierte Studie: Schreckenbach/Künzel, Land Brandenburg, S. 229–248, 285–321. Zu den Bezirksverwaltungen in Brandenburg auch: Hans-Joachim Schreckenbach, Bezirksverwaltungen in den Ländern der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1947, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 1 (1965), S. 49–80, hier: S. 60–69. Zur Bildung des Provinzialblockausschusses und zum Einfluß des Gremiums auf die Durchführung der Bodenreform: Reinert (Bearb.), Protokolle, S. XX-XXV. Zur Abteilung bzw. zum Ministerium für Land- und Forstwirtschaft auch: Dierk Hoffmann, „Umsiedler" in den Funktionseliten Brandenburgs 1945–1952. Erste Ergebnisse am Beispiel des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, in: Wille (Hg.), 50 Jahre, S. 238–248, hier: S. 239.

36 Willy Sägebrecht (1904–1981) war 1925 in die KPD eingetreten und hatte 1929 den Unterbezirk Nord der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg übernommen, in dem er von 1931 bis 1933 als Instrukteur arbeitete. 1933 inhaftiert, wurde Sägebrecht schließlich in die Konzentrationslager Papenburg (Ems-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

als Sekretär der Bezirksleitung eingesetzt wurde, trieb im Juli und August 1945 die Gründung von Kreisleitungen der Partei voran, bevor im Oktober die Hauptbezirkssekretäre ernannt wurden, die jeweils für die Gebiete der Oberlandratsämter zuständig waren. Die KPD richtete ihre Organisationsstruktur – ebenso wie die SMA – im allgemeinen an den staatlichen Verwaltungsinstitutionen aus, deren Kontrolle sie anstrebte. Zudem wurden schon im Sommer 1945 Betriebsgruppen der KPD gebildet und schrittweise Parteilehrgänge eingerichtet. Da die SMAD die SPD in Brandenburg zunächst nur auf örtlicher Ebene zugelassen hatte, blieb die Partei beim Aufbau der Organisationsstruktur deutlich hinter der KPD zurück. So wurde der Bezirksvorstand der SPD erst im November 1945 gewählt, und auch die Kreisvorstände konstituierten sich Ende 1945. Nachdem die KPD in Brandenburg im Sommer 1945 zunächst den Aufbau einer neuen, „antifaschistischen" Demokratie propagiert, aber politische Avancen gegenüber der SPD – sogar entgegen der Forderung vieler KPD-Mitglieder – abgelehnt hatte, trat die Partei schon im Winter 1945/46 nachdrücklich für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ein. Außer dem Aufbau der Parteiorganisation und (seit Ende 1945) der Vereinigungskampagne gegenüber der SPD wurde die Arbeit der KPD in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem durch die Bewältigung der Kriegsfolgen bestimmt.[37]

Die Vorbereitung der Bodenreform im Sommer 1945

Nach dem Ende des „Dritten Reiches" wurden die Gutsbesitzer schließlich im Rahmen einer Politik enteignet, die auf eine rigorose Entnazifizierung zielte und sich dabei auf den „Antifaschismus" berief. Die Enteignung der „Junker" war letztlich einem reduktionistischen Verständnis von Entnazifizierung geschuldet, dem die Ideologie des Marxismus-Leninismus und die orthodoxe Faschismusdoktrin zugrunde lag. Nach der kommunistischen Interpretation des Nationalsozialismus mußte dabei das Privateigentum als Quelle sozialer Ungleichheit und der „Klassenherrschaft" beseitigt werden. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche

land) und Sachsenhausen eingewiesen. 1945 schloß er sich der „Initiativgruppe Ulbricht" an, wurde Sekretär der KPD-Bezirksleitung Brandenburg und leitete von 1946 bis 1949 gemeinsam mit Friedrich Ebert den Landesvorstand der SED. Von 1949 bis 1952 war er schließlich Vorsitzender bzw. 1. Sekretär der SED-Landesleitung Brandenburg. 1946 wurde er in Brandenburg auch Mitglied des Landtages, in dem er bis 1950 vertreten war; zudem gehörte er von 1946 bis 1963 dem Parteivorstand bzw. dem Zentralkomitee der SED an. Vgl. Cerny (Hg.), DDR, S. 384; Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1011.

37 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4182/853, Bl. 20–22, 49, 56, 56–59. Überblick zur Bildung der Parteiorganisationen von KPD und SPD in: Karl Urban/Joachim Schulz, Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Brandenburg. Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945–1946, Potsdam 1985, S. 39–49; Siegfried Schulze, Der Prozeß der Herausbildung der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg und ihre Politik zur Einleitung der antifaschistisch-demokratischen Revolution (Sommer 1945 bis Frühjahr 1946), Diss. A, Pädagogische Hochschule Potsdam 1970 (Ms.), S. 44–46. Als Erlebnisbericht: Willy Sägebrecht, Ich erhielt den Auftrag zum Aufbau der Bezirksleitung Brandenburg, in: Rosner/Schiel/Voßke (Hg.), Vereint sind wir alles, S. 552–564, hier: 553–555, 562–564. Zur Organisationsstruktur des SED-Landesvorstandes: Werner Müller, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 481–514, hier: S. 507. Zur Schlüsselrolle Ulbrichts beim organisatorischen Neuaufbau der KPD in der SBZ: R.C. Raack, Stalin Plans his Post-War Germany, in: JCH 28 (1993), S. 53–73, hier: S. 54f., 60–62, 65.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Umwälzung, die mit der Bodenreform eingeleitet und spätestens mit dem Volksentscheid zur entschädigungslosen „Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher" vom 30. Juni 1946 in Sachsen auch die Industrie erfaßte, wies damit ein Janusgesicht auf: Sie war gleichermaßen eine Folge der nationalsozialistischen Diktatur und Voraussetzung eines weitergehenden Wandels, der schließlich – wenngleich keineswegs linear und zielgerichtet – in der entfalteten staatssozialistischen Gesellschaft auslief. Die sowjetische Besatzungsmacht und die KPD bzw. SED oktroyierten diese umfassende Transformation der Agrarwirtschaft und der ländlichen Gesellschaft auf der Grundlage der programmatischen Vorarbeit, die den Verlauf des Wandels aber nicht determinierte, zumal die Bodenreformpläne keineswegs ohne Widersprüche geblieben waren. Kontingenzen, das Handeln der Akteure und die Dynamik des Umbruchs zwangen die Machthaber vielmehr ständig zu pragmatischen Konzessionen und Anpassungsleistungen, ohne daß sich die Ziele ihrer Politik damit grundsätzlich veränderten. Die Spitzenfunktionäre der KPD faßten den „Antifaschismus" ebenso als „Klassen"-Frage auf wie die führenden sowjetischen Besatzungsoffiziere und rechtfertigten damit die Enteignung der Gutsbesitzer. Auch über die Bodenreform hinaus war der politisch induzierte Wandel auf dem Lande in der SBZ/DDR zwar nicht eindeutig und unveränderlich festgeschrieben, wurde aber grundsätzlich von der politischen Konzeption der deutschen und sowjetischen Machthaber geleitet. Der Umbruch war nicht programmatisch determiniert, aber konzeptionell konditioniert.[38]

Die Führung der KPD hatte Ende April 1945 drei „Initiativgruppen" nach Deutschland geschickt, um dort in der sowjetischen Besatzungszone den politischen Neuaufbau voranzutreiben. Schon unmittelbar nach dem Ende der Kämpfe waren aber auch Oppositionelle und Häftlinge, die das Terrorregime der Nationalsozialisten überlebt hatten, für eine radikale Beseitigung überkommener Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen eingetreten. So hatten befreite Häftlinge in einem „Manifest demokratischer Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald", das am 13. April 1945 veröffentlicht worden war, gefordert, den Großgrundbesitz zu beschlagnahmen und gemeinsam zu bewirtschaften. Auch die Regierungschefs der Westmächte, die auf der Potsdamer Konferenz mit Stalin eine vollständige Entnazifizierung, Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie eine Auflösung der Industriekartelle im besetzten Land vereinbarten, befürworteten grundsätzlich eine Bodenreform. Mit der Aufteilung des „Junker"-Besitzes sollte der preußische Militarismus beseitigt, der Übergang zur Veredlungswirtschaft beschleunigt und die Vertriebenen auf dem Lande ernährt werden. Überdies stimmten konservative und liberale Gruppen in Deutschland einer Umverteilung des Landbesitzes in der SBZ als Ziel zu. Obgleich das Ausmaß und Verfahren dieses Prozesses umstritten blieben, bestand in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein breiter Konsens über das Ziel der Bodenreform, auch in den westlichen Besatzungszonen. Vor diesem Hintergrund kündigte Ulbricht schon am 17. Mai 1945 in einem Brief an Pieck an, die Agitation der Partei in Brandenburg auf die Bauern zu konzentrieren.[39]

---

38 Zum Volksentscheid in Sachsen: Winfried Halder, „Prüfstein ... für die politische Lauterkeit der Führenden?" Der Volksentscheid zur „Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher" in Sachsen im Juni 1946, in: GG 25 (1999), S. 589–612. Allgemein: Werner Müller, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: APZ, B 28/2001, 6.7.2001, S. 43–53, hier: S. 48f., 53; Timothy R. Vogt, Denazification in Soviet-Occupied Germany. Brandenburg, 1945–1948, Cambridge (Mass.) 2000, S. 62.

39 Vgl. die Dokumentation in ZfG 13 (1965), S. 999f., hier: S. 1000. Zum „Buchenwalder Manifest": Wolfgang Benz, Konzeptionen für die Nachkriegsdemokratie. Pläne und Überlegungen im Widerstand,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Die Enteignung der Gutsbesitzer in der SBZ wurde aber nicht von der KPD, sondern von der sowjetischen Staats- und Parteiführung ausgelöst. Das unilaterale Vorgehen der UdSSR ist von der historischen Forschung bislang nicht eindeutig erklärt worden; offenbar war die Deutschlandpolitik der Machthaber in Moskau im Frühsommer 1945 aber von den Zielen bestimmt, in der SBZ schnell eine „antifaschistische" Neuordnung herbeizuführen und die Bildung deutscher Zentralverwaltungen zu verhindern. Nachdem Dimitroff, der Leiter der Abteilung Internationale Information des ZK der russischen Bolschewiki, Pieck am 25. Mai 1945 von der bevorstehenden Zulassung der Parteien unterrichtet hatte, rief Stalin Anfang Juni außer Pieck die Leiter der drei „Initiativgruppen" der KPD, Ulbricht, Ackermann und Gustav Sobottka[40], überraschend zu einer Besprechung nach Moskau zurück. Dort ließ der sowjetische Diktator einen Aufruf der KPD-Führung vorbereiten und drängte Pieck, Ulbricht und Ackermann in einem Gespräch in der Nacht vom 7. zum 8. Juni 1945 schließlich, in der SBZ unverzüglich eine Bodenreform in Angriff zu nehmen. Dagegen hatten die drei Spitzenfunktionäre der KPD in ihrer Berichterstattung gegenüber Stalin auf Angriffe gegen die „Junker" verzichtet und keine radikalen Eingriffe in die bestehenden Besitzverhältnisse in Aussicht gestellt. Die deutschen Spitzenfunktionäre lenkten aber ein und nahmen die Forderung nach einer Bodenreform in das Sofortprogramm der KPD auf.[41] Nach der Wiederzulassung der Parteien durch den SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 veröffentlichte die KPD schon am darauffolgenden Tag ihren Aufruf, in dem sich die Parteiführung grund-

---

im Exil und in der Besatzungszeit, in: Thomas Koebner u.a. (Hg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, Opladen 1987, S. 201–213, hier: S. 204f.; Finker, Familie, S. 225f. Zur Forderung der Westalliierten nach einer Entmachtung der „Junker": Ulrich Enders, Die Bodenreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands 1945–1949, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"?, S. 169–180, hier: S. 169f.; Günter J. Trittel, Das Scheitern der Bodenreform im „Schatten des Hungers", in: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hg.), Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 153–170, hier: S. 153f.; ders., „Siedlung" statt „Bodenreform". Die Erhaltung der Agrarbesitzstruktur in Westdeutschland (1948/49), in: ZAA 27 (1979), S. 181–207, hier: S. 181f. Zum Kommuniqué der Potsdamer Konferenz: Benz, Potsdam, S. 109–110, 157, 207–225. Der Konsens in der SBZ wird überschätzt in: Bramke, Neuordnung, S. 591f.

40 Gustav Sobottka (1886–1953) schloß sich als Bergmann 1910 der SPD, 1918 der USPD und 1920 der KPD an. Von 1921 bis 1932 vertrat er die Partei im Preußischen Landtag. Nachdem er sich 1929 der Revolutionären Gewerkschaftsopposition angeschlossen hatte, emigrierte er 1933 nach Frankreich und 1936 schließlich in die Sowjetunion, wo er Mitbegründer des NKFD wurde. Im Mai 1945 leitete er in Mecklenburg eine der „Initiativgruppen", die vom ZK der KPD in Moskau gebildet worden waren. Von Juni bis Dezember 1945 arbeitete Sobottka als Bezirksvorsitzender der KPD in Mecklenburg-Vorpommern. 1945/46 gehörte er auch dem ZK der SED an, und 1948/49 war Sobottka Leiter der Hauptverwaltung Kohle in der DWK. Diese Position übernahm er 1949 (bis 1951) auch im Ministerium für Schwerindustrie der DDR. Hierzu die biographischen Angaben in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1031f.

41 Gerhard Keiderling, Scheinpluralismus und Blockparteien. Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945, in: VfZ 45 (1997), S. 257–296, hier: S. 268, 271f.; Jochen Laufer, „Genossen, wie ist das Gesamtbild?" Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, in: DA 29 (1996), S. 355–371, hier: S. 357; ders., UdSSR, S. 22f. Notiz Piecks vom 4. Juni 1945 („Macht der Rittergutsbesitzer brechen") in: Keiderling (Hg.), „Gruppe Ulbricht", S. 470. Vgl. auch Rolf Badstübner, Vom „Reich" zum doppelten Deutschland, Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999, S. 161, 172; Hermann Graml, Die Besatzungspolitik der Alliierten in Deutschland 1945–1949, in: APZ, B 28/95, 7.7.1995, S. 25–33, hier: S. 32; Wolfgang Zank, Als Stalin Demokratie befahl, in: Die Zeit, Nr. 25, 16.6.1995, S. 42.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

sätzlich für die „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk" aussprach. Dieses Konzept spezifizierend, verkündete die Parteiführung darüber hinaus die „Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern". Zugleich versicherten die KPD-Spitzenfunktionäre in ihrem Aufruf, daß die angekündigte Enteignung der Gutsbesitzer „in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren" sollte.[42]

Die von der KPD-Führung erhoffte Mobilisierung der Bauern blieb aber aus. Im Nachkriegschaos konzentrierten sich die Landwirte vielmehr auf ihr Überleben in den dörflichen Milieus, in denen tradierte gesellschaftliche Beziehungen und überlieferte Verhaltensformen noch über eine beträchtliche Integrationskraft verfügten. In Brandenburg verlangten die Bauern vor allem, daß „Ruhe einzieht, Ordnung", wie Joseph (Sepp) Hahn, ein Mitglied der „Gruppe Ulbricht" nach seiner Fahrt nach Schönefeld und Groß-Ziethen am 25. Mai 1945 notierte. Ebenso war Ulbricht bei einer Fahrt, die er zusammen mit Wolfgang Leonhard, einem Mitglied seiner „Initiativgruppe" und anschließend stellvertretender Leiter der Presseabteilung im ZK der SED[43], in den Kreis Kyritz unternahm, schon im Frühsommer 1945 mit den Vorbehalten der Bauern konfrontiert worden. Die Distanz dieser Gesellschaftsgruppe gegenüber der Bodenreformagitation der KPD wurde der Parteiführung vollends deutlich, als Ulbricht Anfang Juli mit dem Stellvertreter des Politischen Beraters des Chefs der SMAD, Wladimir S. Semjonow, und Andrej A. Smirnow, dem Leiter der für Deutschland zuständigen Dritten Europäischen Abteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, eine Inspektionsreise in die Gebiete Sachsens unternahm, die von den amerikanischen Besatzungstruppen erst am 26./27. Juni der Sowjetunion übergeben worden waren. Ulbricht rief die zögernden Landwirte im Kreis Delitzsch auf, die noch in den Dörfern lebenden Gutsbesitzer umstandslos zu enteignen. Jedoch blieben die Bauern und Landarbeiter überwiegend skeptisch, auch im Kreis Bitterfeld. In der Gemeinde Schlaitz forderten sie die KPD-Funktionäre sogar auf, zunächst ein Gesetz zu erlassen, um damit die Enteignung „ihres" Gutsbesitzers zu legalisieren.[44]

---

42 Zit. nach: Hermann Weber (Hg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985, München [3]1987, S. 34, 36. Text des Aufrufs auch in: Zur Sozialpolitik in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945 bis 1949. Dokumente und Materialien, Berlin (Ost) 1984, S. 21–26; Erler/Laude/Wilke (Hg.), „Nach Hitler kommen wir", S. 390–397. Zusammenfassend: Kuntsche, Umgestaltung, S. 194; Zank, Gesellschaftspolitik, S. 52, 54. Dem marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnis verhaftet die Darstellung in: Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 12, 20. Unzutreffend dazu: Wladimir S. Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995, S. 237.

43 Wolfgang Leonhard (geb. 1921) gehörte nach seiner Ausbildung in einer Komintern-Schule (1942–1945) der „Gruppe Ulbricht" an, bevor er von Juni 1945 bis 1947 stellvertretender Leiter der Presseabteilung im ZK der KPD bzw. SED wurde. Nachdem er von 1947 bis 1949 in der neugegründeten Parteihochschule „Karl Marx" unterrichtet hatte, floh er 1949 nach Jugoslawien. Seit 1950 arbeitet er als Publizist und Journalist in der Bundesrepublik Deutschland und als Professor in den Vereinigten Staaten. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 965.

44 Vgl. Walter Ulbricht, Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1: Februar 1945 – Juni 1958, Berlin (Ost) 1961, S. 26f., 44f. Dazu auch: Konrad Breitenborn/Manfred Wille, „Fort mit der Junkerherrschaft!" Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt, in: Fikentscher/Schmuhl/Breitenborn (Hg.), Bodenreform, S. 19–74, hier: S. 19f.; Laufer, UdSSR, S. 23f.; Semjonow, Stalin, S. 239f. Zit.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ernüchtert über die Passivität der Landbevölkerung, drängte Ulbricht Pieck und die SMAD nach seiner Rückkehr offenbar, unverzüglich eine Bodenreform „von oben" anzuordnen. Er wurde daraufhin schon am 15. Juli 1945 vom Sekretariat des ZK der KPD beauftragt, den Text eines entsprechenden Beschlusses vorzulegen.[45] Gleichzeitig weitete die Parteiführung die Bodenreformagitation auf dem Lande aus, die sie geschickt mit einer umfassenden Erntehilfe verband, um so gleichermaßen die Lebensmittelversorgung zu sichern, die Landbevölkerung an die KPD zu binden und die Enteignung der Gutsbesitzer vorzubereiten. Den Nexus dieser herrschafts- und wirtschaftspolitischen Ziele formulierte Hoernle am 3. Juli 1945 richtungweisend in seinem Entwurf der „Richtlinien zur Ernte- u. Herbstarbeit": „Im Zusammenhang mit der Ernte- und Herbstbestellungshilfe, aber weit darüber hinausgreifend, muss begonnen werden mit der Liquidierung des Grossgrundbesitzes und seiner Zuteilung an die werktätige Landbevölkerung gemäss Punkt 7 im Aktionsprogramm der Partei. [...] Diese Gelegenheit muss genützt [sic] werden, um vollendete Tatsachen zu schaffen. [...] Jeder Versuch, den Bauern oder Landarbeitern die Bildung von Kollektivwirtschaften nach dem Muster der Kolchosen in der Sowjetunion vorzuschreiben, ist entschieden zu bekämpfen, dagegen empfiehlt es sich, bei dem herrschenden ausserordentlichen Mangel an grösseren Arbeitsmaschinen und Zugkräften jeden Ansatz zur freiwilligen Gemeinschaftsarbeit in den Dörfern und auf den Gütern nach Kräften zu fördern ..." Im Juli 1945 schickte die KPD-Führung daraufhin 25.000 Parteimitglieder aus Berlin zur Erntehilfe aufs Land, rief die Industriearbeiter zur Bildung von Reparaturkolonnen auf und ließ Bauernversammlungen einberufen, um unter den Dorfbewohnern die Unterstützung für die vorbereitete Bodenreform zu steigern. Demgegenüber nahm der zentrale Einheitsfront-Ausschuß, zu dem sich die in der SBZ zugelassenen Parteien am 14. Juli 1945 zusammengeschlossen hatten, die Forderung nach einer Bodenreform nicht in seinen Aufruf zur Erntebergung auf, der am 24. Juli 1945 verabschiedet wurde.[46]

Schon zuvor hatte die KPD ihrer Bodenreformkampagne in Brandenburg durch eine Konferenz weiteren Auftrieb verliehen, zu der die Provinzialverwaltung am 16. und 17. Juli 1945 172 Teilnehmer – darunter leitende Mitarbeiter in Verwaltungsinstitutionen, Vertreter der Provinz Sachsen und der Länder in der SBZ, Offiziere der SMA und Journalisten – nach Brandenburg (Havel) eingeladen hatte. Die Lageberichte, die 18 von insgesamt 22 Landrä-

---

nach: Laufer, „Genossen, wie ist das Gesamtbild?", S. 367. Zeitzeugenbericht über Ulbrichts Reise nach Kyritz in: Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1990 ([1]1955), S. 503–506.

45 Günter Benser/Hans-Joachim Krusch (Hg.), Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/46, Bd. 2: Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis Februar 1946, München 1994, S. 2.

46 Der Aufruf ist abgedruckt in: Suckut, Blockpolitik, S. 67; Sozialpolitik, S. 42–44. Vgl. auch Friederike Sattler, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46, in: Manfred Wilke (Hg.), Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 119–212, hier: S. 146; Roesler, Literaturkritik, S. 116. Zur Bildung des zentralen Einheitsfront-Ausschusses: Siegfried Suckut, Block-Ausschüsse, in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 595–618, hier: S. 595f. Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4182/1059, Bl. 3f. (unterstrichen im Original). Zu Hoernles Entwurf: Sattler, Bündnispolitik, S. 144f. Zur Mobilisierung von KPD-Mitgliedern: Wachs, Bodenreform, S. 32. Zur Produktions- und Reparaturhilfe durch Berliner Arbeiter auch: Dietmar Pellmann, Das Ringen der Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei um die technische Ausrüstung der Landwirtschaft, in: BzG 21 (1979), S. 84–92, hier: S. 84; Sandford, Hitler, S. 95–98. An der „Bündnis"-Doktrin orientiert die Darstellung in: Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 26–31.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ten und drei von neun Oberbürgermeistern übermittelten, und die anschließende Diskussion konzentrierten sich auf die Probleme der Landwirtschaft. Als Mitglied des ZK der SED verlangte Ulbricht am zweiten Tag der Konferenz erneut die „Vernichtung der Herrschaft der Großgrundbesitzer [...], dieser Volksfeinde, die den Nazismus unterstützt und das eigene Volk und die Zwangsarbeiter aus den anderen Ländern versklavt und vielfach erbarmungslos ermordet haben. Nachdem der Nazismus viele Bauern zugrunde gerichtet hat und viele Kleinbauern und Landarbeiter ihre Familien nicht ernähren können, ist es notwendig, diesen Werktätigen Boden vom Boden des früheren Großgrundbesitzes zuzuteilen." Eine rigorose Politik der KPD kündigte der 1. Vizepräsident der brandenburgischen Provinzialverwaltung, Bechler, auch gegenüber früheren Mitgliedern der NSDAP in den Selbstverwaltungsorganen an. Er forderte, diese Gruppe ausnahmslos zu entlassen, denn „es ist wohl besser, wir haben keine glänzende Organisation, sondern eine klare politische Linie." Während die Anweisungen Ulbrichts und Bechlers auf keinen Widerspruch trafen, traten einzelne Teilnehmer der Konferenz für die Beibehaltung des Zwangsablieferungssystems ein, das die Nationalsozialisten der Bevölkerung auferlegt hatten, die SMAD aber mit ihrem Befehl Nr. 40 am 18. Juni 1945 ostentativ aufgehoben hatte, ohne damit die Bewirtschaftungspraxis in der Mangelökonomie beseitigen zu können. Hoernle mußte die sowjetische Anordnung energisch verteidigen.[47]

Obgleich die KPD-Führung die breite, populistische Mobilisierung zur Ernte im Sommer 1945 als Ouvertüre der Bodenreform angelegt hatte, erzwang letztlich die sowjetische Staats- und Parteiführung unter Stalin die abrupte Landumverteilung. Der Diktator, der nach dem Zweiten Weltkrieg unumschränkt in der UdSSR herrschte, zielte 1945 offenbar auf eine dynamische Transformation der Wirtschafts- und Sozialstruktur in der SBZ ab, ohne damit die Option zu gefährden, den sowjetischen Einfluß auf die nicht von der Roten Armee besetzten Staaten Europas zu erweitern. „Demokratie" und „Sozialismus" bezeichnen die Zielrichtungen dieser mehrdimensionalen Politik, deren Komplexität auch im Rückblick nicht auf ein statisches Programm reduziert werden kann. Die KPD, die von der Abteilung für Internationale Information beim ZK der VKP (b) angeleitet und strikt kontrolliert wurde, war im sowjetischen Kalkül allerdings zunächst wenig mehr als ausführendes Organ. Nachdem Stalin die Spitzenfunktionäre der KPD am 7./8. Juni gedrängt hatte, die Bodenreform in der SBZ anzukündigen und vorzubereiten, ging im Frühsommer 1945 aus Beratungen in der Landwirtschaftsabteilung der SMAD ein Konzept hervor, nach dem alle Bauernhöfe auf eine Größe von jeweils 40 ha verkleinert und Gutsbetriebe vollständig verstaatlicht werden sollten. Sogar Gutsbesitzern, die nicht als aktive Nationalsozialisten eingestuft werden konnten, waren lediglich fünf Hektar zuzuteilen. Offenbar nach dem Beginn der Potsdamer Konferenz wurde Ende Juli schließlich ein Gesetzentwurf im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten erarbeitet. Die Vorlage war weniger radikal als das Konzept der sowjetischen Militärverwaltung und weitgehend identisch mit der Bodenreformverordnung, die schließlich am 3. September 1945 von der sächsischen Provinzialverwaltung angenommen wurde. Ein beigefügtes Schreiben an Stalin vom 30. Juli, das aber zunächst nicht abgeschickt wurde, erläuterte den Entwurf und legte nahe, die Vorlage zunächst nicht im zentralen Blockausschuß der Parteien in Berlin, sondern in der Provinz Sachsen zu erlassen. Die

47 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Ulbricht, Bauernbefreiung, Bd. 1, S. 31; Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 69. Liste der KPD-Mitglieder unter den Teilnehmern in: SAPMO-BArch, NY 4182/853, Bl. 1. Zu der Konferenz zusammenfassend: Schreckenbach, Aufbau, S. 242–244; Schulze, Prozeß, S. 163–168; Hartisch, Enteignung, S. 16; Merker, Landes- und Zentralverwaltungen, S. 95f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bodenreform sollte schnell durchgeführt und bis zum 25. Oktober 1945 abgeschlossen werden.[48]

Trotz der Hegemonie der Sowjetunion prägten jedoch auch die Entscheidungen der einflußreichsten deutschen Kommunisten nachhaltig die Durchführung der Bodenreform in der SBZ. Wie der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw M. Molotow und Semjonow Stalin am 20. August 1945 mitteilten, hatte das ZK der KPD in den vorangegangenen Wochen „unter Beteiligung unserer Vertreter" eine Vorlage für die Bodenreform vorbereitet. Zunächst schienen die Kriegszerstörungen, der drohende Hunger und die Reagrarisierungspolitik der Alliierten, die im Potsdamer Abkommen bekräftigt worden war, dem Wiederaufbau der Landwirtschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine unanfechtbare Priorität zu verleihen, auch in der Politik der kommunistischen Führung in der SBZ. Deshalb stimmten sogar einzelne Spitzenfunktionäre wie Hoernle wegen des zu erwartenden Produktionsrückgangs dem Beginn der Bodenreform mitten in der Vegetationsperiode nicht vorbehaltlos zu. Am 1. und 2. August 1945 beschloß das ZK der KPD dennoch, Instrukteure der Partei in die Länder und Provinzen zu entsenden, um die „Genossen" dort über die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz und die bevorstehende Bodenreform zu informieren. Pieck, der am 1. Juli aus Moskau zurückgekehrt war, unterrichtete unverzüglich die KPD-Bezirksleitung in der Provinz Brandenburg und erteilte hier den leitenden Funktionären auf einer Konferenz am 16. August Richtlinien zur Durchsetzung der Bodenreform. Bereits am 5. August waren Sobottka und Franz Dahlem[49], der zur mecklenburgischen KPD-Leitung entsandt worden war, auf einer Parteiarbeiterkonferenz aber auf Einwände von Kommunisten getroffen, die eine Aufteilung der Gutsbetriebe ablehnten und für den Übergang zur Kollektivwirtschaft eintraten oder das vorgesehene Größenlimit der zu vergebenden Bauernstellen von lediglich fünf Hektar kritisierten. Daraufhin beschloß das ZK zwei Tage später, daß nicht unterschiedslos nur fünf, sondern der jeweiligen Bodengüte entsprechend fünf bis acht Hektar zugeteilt werden sollten. Hoernle sprach sich in einem Bericht, den er am 9. August anfertigte, nochmals kategorisch gegen die Einrichtung von Bauernstellen mit mehr als zehn Hektar aus, da aus der Bodenreform ausschließlich „werktätige" Kleinbauern hervorgehen sollten.[50]

---

48 Laufer, UdSSR, S. 25-28. Allgemein zu den – weiterhin umstrittenen – Zielen der sowjetischen Politik und zur Rolle der KPD-Führung: Wettig, Aufschlüsse, S. 154–159, 162f., 166, 170; Raack, Stalin, S. 53f., 67f.

49 Franz Dahlem (1892–1981) schloß sich als Sohn eines Eisenbahners 1906 der katholischen Jugend an, bevor er 1910 der Sozialistischen Arbeiterjugend und drei Jahre später der SPD beitrat. 1917 wurde Dahlem Mitglied der USPD und 1920 der KPD, deren Politbüro er ab 1929 angehörte. Von 1920 bis 1924 vertrat er die Partei im Preußischen Landtag und von 1928 bis 1933 im Reichstag. Nach der Emigration in die Tschechoslowakei und nach Frankreich war Dahlem 1937/38 Leiter der Politischen Kommission der Internationalen Brigaden in Spanien und 1938/39 Leiter des Sekretariats des ZK in Paris. 1942 wurde Dahlem nach Deutschland ausgeliefert, wo er im KZ Mauthausen inhaftiert wurde. Von 1946 bis 1953 gehörte er dem Parteivorstand bzw. dem ZK der SED und von 1949 bis 1953 auch dem Politbüro an, aus dem er 1953 ausgeschlossen wurde. Nach seiner Rehabilitierung 1956 arbeitete Dahlem im Staatssekretariat für Hochschulwesen und von 1967 bis 1974 als Stellvertretender Minister für Hoch- und Fachschulwesen. Von 1957 bis 1981 war Dahlem wieder Mitglied des ZK der SED. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 57.

50 Weber, Umgestaltung, S. 2832. Zit. nach: Georgi P. Kynin/Jochen Laufer (Bearb.), SSSR i germanskij vopros. 1941–1949: Dokumenty is Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii [Die UdSSR und die deutsche Frage: Dokumente aus dem Außenministerium der Russischen Förderation], Bd. 2, Moskau 2000 (Ms.), S. 220 (dt. Übersetzung freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Dr. Jochen Laufer,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Druck „von oben" und politische Mobilisierung „von unten". Die Durchsetzung der Bodenreform

Inzwischen hatte Hoernle offenbar seit Anfang August den Entwurf einer Direktive zur Bodenreform verfaßt, den er am 12. August abschloß. In dieser Vorlage war noch eine Enteignungsgrenze von 50 ha Hektar vorgesehen. Überdies wurde die Bedeutung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und der Formen gemeinschaftlicher Arbeit hervorgehoben, die sich bei der Bergung der Ernte im Sommer 1945 entwickelt hatten. Ulbricht, der den Text redigierte, strich diese Passagen aber offenbar, da die Bodenreform ausschließlich die Großgrundbesitzer treffen und keinesfalls eine kollektive Bewirtschaftung des enteigneten Bodens herbeiführen sollte. Da Ulbricht im allgemeinen gut über die politischen Ziele der sowjetischen Führung und der SMAD informiert war, könnten seine Eingriffe in den Text auch auf die Vorlage zurückzuführen sein, die im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten erarbeitet, der KPD aber nicht offiziell zugeleitet worden war. Der Entwurf war jedenfalls Semjonow vorgelegt worden. Auch Rudolf Reutter, der die Abteilung für Landwirtschaft im ZK der KPD leitete, kritisierte das kollektivwirtschaftliche Konzept Hoernles und forderte, die Bauern noch nachhaltiger ausschließlich gegen die Großgrundbesitzer zu mobilisieren.[51] Im zweiten Entwurf der Bodenreformdirektive, der dem ZK am 15. August vorlag, war schließlich eine Enteignungsgrenze von 100 ha festgelegt. Das beschlagnahmte Land sollte landarmen und landlosen Bauern, Landarbeitern und auch Flüchtlingen in Parzellen von jeweils fünf Hektar zugeteilt werden. Nach der Vorlage waren „Restgüter" mit bis zu 50 ha an Gutsbesitzer zu vergeben, die „sich gegen das Naziregime gewandt haben, Verdienste als Kämpfer für ein friedliches und demokratisches Deutschland oder auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Wissenschaft und Technik erworben haben ...".[52]

Berlin). Protokolle der ZK-Sitzung vom 1. und 2. August 1945 abgedruckt in: Günter Benser/Hans-Joachim Krusch (Hg.), Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/46, Bd. 1: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946, München 1993, S. 54f. Beschluß vom 7. August 1945 in: ebd., S. 57. Zu den Versammlungen und Einwänden der KPD-Funktionäre in den Ländern und Provinzen: Christel Nehrig/Joachim Piskol, Zur führenden Rolle der KPD in der demokratischen Bodenreform, in: ZfG 28 (1980), S. 324–339, hier: S. 327–330; Heinz Voßke, Über die Initiativgruppe des Zentralkomitees der KPD in Mecklenburg-Vorpommern (Mai 1945 bis Juli 1945), in: BzG 6 (1964), S. 424–437, hier: S. 436; N. Smelov, Die Auseinandersetzung der KPD mit den reaktionären Kräften in der CDU im Kampf um die Durchsetzung der demokratischen Bodenreform (2. Halbjahr 1945), in: JfW 1977/II, S. 27–43, hier: S. 28; Kuntsche/Schlombs (Bearb.), Dokumente zur Bauernbefreiung, S. 17; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 34f. Zur Funktionärstagung in Brandenburg: Urban/Schulz, Vereinigung, S. 85. Zusammenfassend: Laufer, UdSSR, S. 28; Bauerkämper, Antifaschismus, S. 626. Im „Potsdamer Abkommen" vom 2. August 1945 war festgelegt worden: „Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu legen". Vgl. Benz, Potsdam, S. 215.

51 Rudolf Reutter (1897–1980) trat 1919 der USPD und ein Jahr später der KPD bei. 1931 wurde er Mitarbeiter der Abteilung Land im ZK der KPD. Nach seiner Verhaftung 1934 in das Zuchthaus Luckau und das KZ Sachsenhausen eingeliefert, wurde Reutter 1945 befreit und als Leiter der Landabteilung im ZK eingesetzt. Nach 1949 wirkte er als persönlicher Referent und Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 275.

52 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/227, Bl. 1–5, 6–9 (Zitat: Bl. 8), 56. Hierzu auch die Kritik Reutters an einer Rede Hoernles in: SAPMO-BArch, NY 4263/6, Bl. 14–16. Siehe dazu: Piskol/Nehrig/Trixa,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

In einer weiteren Sitzung bestätigte das ZK am darauffolgenden Tag die festgelegte Begrenzung der neuen Bauernstellen auf fünf bis acht Hektar und bekräftigte nochmals die Entscheidung, den Besitz der Großbauern nicht anzutasten. Zudem entschied das Führungsgremium der KPD, unverzüglich Bauernversammlungen durchzuführen, die „örtliche Ausschüsse [...] zur Vorbereitung der Agrarreform" wählen sollten. Zugleich war „ein Beschluss der Parteien des demokratischen Blockes über die Agrarreform herbeizuführen und dieser ebenfalls an die Landesverwaltung zu übermitteln, die dann ihrerseits gesetzliche Verordnungen über die Agrarreform erlässt." Darüber hinaus wiesen die führenden KPD-Funktionäre Kollektivierungskonzepte scharf zurück, indem sie die „Organisierung landwirtschaftlicher Genossenschaften, die als Übergang zu Methoden der Kollektivisierung [sic] gelten", kategorisch verboten. Reutter verlangte in der Sitzung, die Diskussion über die Bodenreform in der Partei zu beenden. Hoernle hielt daraufhin ein Größenlimit von fünf Hektar für Neubauern gerechtfertigt, „unter der Bedingung, daß sie von der hohen Grundrente und der Auswucherung durch das Finanzkapital gesichert sowie planmäßig zur Anwendung moderner Technik, Wissenschaft und Arbeitsorganisation angeleitet werden". Die entstehende Anweisung des Zentralkomitees berücksichtigte zwar umfassend die spezifischen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen im Nachkriegsdeutschland, rekurrierte aber deutlich auf die beherrschende Traditionskonstruktion von den bäuerlichen Erhebungen im 16. Jahrhundert bis zur Enteignung der Gutsbesitzer 1945. Nach diesem Selbstverständnis vollendete die KPD-Führung das bäuerliche Freiheitsstreben seit der Frühen Neuzeit, während die Geschichte Preußens auf Militarismus, Imperialismus und Unterdrückung reduziert und damit als Hemmnis des vermeintlichen geschichtlichen Fortschritts pauschal aus dem Traditionsbestand der kommunistischen Ideologie ausgeschlossen wurde.[53]

Am 20. August 1945 beschloß das ZK der KPD, daß die sächsische Provinzialverwaltung am 1. September ein Bodenreformgesetz erlassen sollte, und schickte den Text der überarbeiteten Fassung seiner Direktive den Bezirks- und Kreisleitungen der Partei zu. Zwei Tage später bestätigte das Führungsgremium der KPD die Anweisung, die auf die Legitimation der Bodenreform zielte und das Enteignungs- bzw. Zuteilungsverfahren festlegte. Das ZK begründete die Anweisung zur Bodenreform historisch als Wiedergutmachung erlittenen Unrechts gegenüber den Bauern und als Abwendung von dem verhängnisvollen „Irrweg", der nach Auffassung kommunistischer Intellektueller und Parteiführer mit der Niederlage im Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts begonnen hatte und in der nationalsozialistischen Terrorherrschaft kulminiert war, nachdem die Herrschenden 1848 und 1918 Revolutionen jeweils niedergeschlagen hatten und damit ein tiefgreifender sozioökonomischer Strukturwandel ebenso ausgeblieben war wie eine grundlegende politisch-kulturelle Neuorientierung. Nach der Direktive des ZK sollte mit der Enteignung der Großgrundbesitzer demgegenüber „die junkerliche Herrenkaste und damit einer der Hauptpfeiler des deutschen Militarismus und Imperialismus vernichtet werden." Damit knüpfte die Direktive an die „Junker"-Kritik in der sozialistischen Publizistik an. Die Bodenreform erfaßte den „Grundbesitz und alles dar-

---

Umwälzung, S. 33; Nehrig/Piskol, Rolle, S. 328; Sattler, Bündnispolitik, S. 147f.; Reinert, Geburtstag, S. 984; ders., Bodenreform, S. 16f.; Bauerkämper, Antifaschismus, S. 627.

53 Vgl. Zimmering, Mythen, S. 207f. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 1, S. 68; SAPMO-BArch, NY 4182/1953, Bl. 6. Der Beschluß vom 16. August war von Reutter formuliert und von Ulbricht redigiert worden. Vgl. SAPMO-BArch, NY 2182/1053, Bl. 3f. Dazu auch: Bauerkämper, Antifaschismus, S. 627. Andere Interpretation dieses Dokuments in: Sattler, Bündnispolitik, S. 148.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

auf befindliche landwirtschaftliche Vermögen, die Bauten, das lebende und tote Inventar der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen, der Naziführer und der aktiven Vertreter der Nazipartei und ihrer Gliederungen, sowie der führenden Personen des Hitlerstaates und der Mitglieder der Reichsregierung und des Reichstages unter der Naziherrschaft. Ferner wird der Boden der Junker und Feudalherren und des Großgrundbesitzes mit über 100 ha Land enteignet." Das Land sollte „als Privateigentum an landlose oder landarme Bauern, an Landarbeiter, kleine Pächter und teilweise auch an solche bäuerlichen Flüchtlinge aufgeteilt werden, die angesiedelt wurden und die nicht aktive Mitglieder der Nazipartei und ihrer Gliederungen waren." Die Fläche der Neubauernstellen wurde auf fünf Hektar begrenzt; nur bei sehr schlechtem Boden konnten bis zu zehn Hektar vergeben werden. Die Bodenreform war unter der Aufsicht von Gemeinde-, Kreis- und Provinzial- bzw. Landesbodenkommissionen, deren Bildung angeordnet wurde, bis Ende Oktober 1945 durchzuführen. Außerdem sollten „Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe" konstituiert werden, die beschlagnahmte Maschinen aufnehmen und an Bauern verleihen mußten. Die Anweisung schloß mit einem Appell an die Bezirks- und Kreisleitungen der Partei, der das politische Ziel der Gesellschaftstransformation verdeutlichte: „Die Bodenreform gibt der Partei große Möglichkeiten der Ausdehnung ihres Einflusses auf die bäuerliche Bevölkerung und der Schaffung einer festen Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und Bauern ..."[54]

Nachdem die KPD-Führung ihre Direktive erlassen hatte, drängte die SMAD auf die schnelle Durchführung der Bodenreform. Semjonow hatte Pieck bereits am 28. August seine Unzufriedenheit über die weitere Durchsetzung der Bodenreform mitgeteilt. Offenbar hatten sowjetische Militärbehörden der SED-Führung zudem einen Gesetzentwurf vorgelegt, den Wolfgang Leonhard in die deutsche Sprache übersetzte. Da das ZK schon am 16. August entschieden hatte, ein Gesetz zur Bodenreform zunächst nicht dem zentralen Einheitsfront-Ausschuß, sondern dem „Block der antifaschistisch-demokratischen" Parteien in der Provinz Sachsen vorzulegen, war Reutter am 25. August nach Halle entsandt worden, um dort das Verfahren zu beschleunigen. In dieser Provinz sollte offenbar ein Präzedenzfall geschaffen und der Durchbruch erreicht werden, denn hier wurde die Parteiorganisation von Bernard Koenen geführt, einem loyalen, aus seinem Exil aus Moskau zurückgekehrten, aber auch in der Region verwurzelten kommunistischen Altfunktionär.[55] Die Kommunisten hat-

54 Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 14–16, 18. Abgedruckt in: Monika Schwank/Franz Göttlicher, KPD und demokratische Bodenreform, in: BzG 17 (1975), S. 848–861, hier: S. 849–853. Zu der Direktive: SAPMO-BArch, DY 30/2/7/227, Bl. 56. Zusammenfassend: Bauerkämper, Antifaschismus, S. 627. Tendenziell noch glorifizierend: Wolfgang Mühlfriedel, Die Wirtschaft in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Eine Skizze, Berlin (Ost) 1986, S. 10f.; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 33f. Beschluß der Sitzung vom 20. August 1945 abgedruckt in: Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 1, S. 71. Zur „Junker"-Kritik als Legitimationsbasis der Bodenreform: Reif, Junker, S. 527. Zur kulturpolitischen Debatte über den „Irrweg" Deutschlands in kommunistischen Zeitschriften nach 1945: Jean Solchany, Nachdenken über die Naziherrschaft in der ehemaligen Hauptstadt des untergegangenen Reichs (1945–1949). Berlins Publizisten und die Verurteilung des deutschen Irrwegs, in: Hans-Martin Hinz u.a. (Hg.), Die vier Besatzungsmächte und die Kultur in Berlin 1945–1949, Leipzig 1999, S. 121–133, hier: S. 125–129. Vgl. auch Zimmering, Mythen, S. 318–325.

55 Bernard Koenen (1889–1964) schloß sich 1917 der USPD und 1920 der KPD an. Von 1921 bis 1933 war er Sekretär der KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg, und von 1922 bis 1933 gehörte er dem Landtag der Provinz Sachsen an. 1933 emigrierte er in die Sowjetunion, wo er Lehrer an einer Kominternschule wurde. Von Juli 1945 bis April 1952 war er 1. Sekretär der Bezirksleitung der KPD und Vorsitzender des SED-Landesvorstands bzw. 1. Sekretär der SED-Landesleitung, bevor er 1952/53

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ten zudem im Raum Halle-Merseburg und Mansfeld-Eisleben schon in der Weimarer Republik einen beträchtlichen Einfluß gewonnen. In der Provinz Sachsen konnte sich die KPD auch auf eine starke Arbeiterbewegung stützen, die gegen den ebenfalls bedeutenden Großgrundbesitz vorgehen sollte. Demgegenüber waren die Provinzialverbände der CDU und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP; von Oktober 1951 bis Januar 1990: LDPD) im Juli 1945, der Provinzialvorstand der SPD sogar erst am 10. August 1945 konstituiert worden. Dagegen hatten sich in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern noch nicht alle Parteien gebildet, so daß hier Ende August auch keine „Antifa-Blocks" konstituiert worden waren. Aus der Sicht der SMAD und der KPD bot es sich deshalb an, zunächst in der Provinz Sachsen vorzugehen.[56]

Vor der konstituierenden Sitzung des Blockausschusses in Halle instruierte Reutter Koenen über das geplante Vorgehen. Auch Ulbricht und möglicherweise Semjonow beteiligten sich an der Vorbereitung. Als der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien" am 28. August 1945 zusammentrat, konfrontierte Koenen, der von Major Dimidow, dem verantwortlichen Berater der SMA für die Provinz Sachsen, unterstützt wurde, die im Gremium vertretenen Politiker von SPD, CDU und LDPD mit einem Gesetzentwurf, der unverzüglich verabschiedet werden sollte. Der Text war weitgehend mit der am 22. August erlassenen Direktive identisch, nahm öffentliche Institutionen – z.B. Kirchen – von der Enteignung aus und untersagte den Neubauern, die von ihnen übernommenen Parzellen zu teilen, verkaufen, verpachten oder hypothekarisch zu belasten. Die im Blockausschuß vertretenen Politiker der SPD, CDU und LDP weigerten sich, die Vorlage der KPD zu bestätigen und ihre Einwände gegen das absehbare rigorose Enteignungsverfahren, die geringe Größe der vorgesehenen Neubauernstellen und den Eingriff in die beginnende Herbstbestellung aufzugeben. Am zweiten Verhandlungstag erklärten die Vertreter der CDU und LDP zwar nochmals ihre grundsätzliche Zustimmung zur Bodenreform, warnten aber nachdrücklich vor einer pauschalen Enteignung aller Gutsbesitzer. Während die Liberaldemokraten vorschlugen, nur Betriebe mit über 150 bis 200 ha zur Beschlagnahme freizugeben, lehnte die CDU unter ihrem Vorsitzenden Leo Herwegen[57] die Bodenreform insgesamt ab. Die Vertreter der Partei im Blockausschuß bestritten der Provinzialverwaltung sogar das Recht, eine Verordnung zu einem weitreichenden Eingriff wie der Bodenreform ohne Zustimmung des Alliierten Kontrollrates zu erlassen. Eingeschüchtert von Dimidows Drohun-

---

und von 1958 bis 1963 als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle arbeitete. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 180; Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 950.

56 Wille, Verabschiedung, S. 88–90; Sattler, Bündnispolitik, S. 151f.; Breitenborn/Wille, „Fort mit der Junkerherrschaft!", S. 25f. Zum sowjetischen Druck die Notiz in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 55. Hinweis auf einen sowjetischen Entwurf der Bodenreformverordnung für die Provinz Sachsen in: Leonhard, Revolution, S. 507f.

57 Leo Herwegen (1886–1972) war Bergbauingenieur und trat 1919 der Zentrumspartei bei. Als Gegner des NS-Regimes wurde er im Juli 1944 verhaftet. Von Juli 1945 bis Mai 1948 war er 1. Vorsitzender und anschließend bis November 1949 stellvertretender Vorsitzender der CDU in Sachsen-Anhalt. Zudem amtierte er von Dezember 1946 bis November 1949 als Minister für Arbeit und Sozialpolitik in der Provinzialregierung Sachsen-Anhalt. Im Oktober 1949 wurde er verhaftet und am 29. April 1950 wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt. Nach seiner Entlassung 1958 floh er nach Westdeutschland. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 929f.; Franz-Josef Kos, Politische Justiz in der DDR. Der Dessauer Schauprozeß vom April 1950, in: VfZ 44 (1996), S. 395–429, hier: S. 402, 406, 410, 413f., 418f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

gen und Koenens Vorwürfen, stimmten die Politiker der CDU und LDP schließlich dennoch einer gemeinsamen Entschließung der vier Parteien zu, die auf einer Beschlußvorlage der KPD und SPD basierte. Anschließend wurde der Entwurf dem Präsidium der Provinzialverwaltung vorgelegt. Obgleich sich der Präsident, Erhard Hübener (LDP)[58], weigerte, die Verordnung zu unterzeichnen, wurde sie am 3. September 1945 schließlich mit knapper Mehrheit bestätigt. Im Präsidium war allerdings zuvor durchgesetzt worden, enteigneten Gutsbesitzern eine Restwirtschaft mit 100 ha oder eine Entschädigung zu gewähren – eine Regelung, die von der sowjetischen Besatzungsmacht später außer Kraft gesetzt wurde.[59]

Nach dem Beschluß der sächsischen Provinzialverwaltung wurden in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern (5. September), Sachsen (10. September) und Thüringen (10. September) nahezu identische Bodenreformverordnungen erlassen, obgleich die SMAD die Provinzial- und Länderverwaltungen erst am 22. November 1945 rückwirkend ermächtigte, Gesetze und Verordnungen zu verabschieden. Nachdem das ZK am 5. September beschlossen hatte, in „Brandenburg das gleiche Gesetz annehmen zu lassen wie in der Provinz Sachsen", wurde die Verordnung zur Bodenreform hier am 6. September 1945 von der Provinzialverwaltung bestätigt. Der Text sah – im Gegensatz zur Verordnung der sächsischen Provinzialverwaltung – die *entschädigungslose* Enteignung aller Großgrundbesitzer mit mehr als 100 ha Boden, der Kriegsverbrecher und Funktionäre der NSDAP, ihrer Organisationen und der exponierten Repräsentanten des „Dritten Reiches" vor. Nur Georg Remak, einer der vier Vizepräsidenten der brandenburgischen Provinzialverwaltung, hatte eine entschädigungslose Enteignung abgelehnt und seine Unterschrift verweigert. Nach der Verordnung, die der parteilose Frank Schleusener anstelle von Remak unterzeichnete, sollte das Land von Bodenreformkommissionen zugeteilt werden. Auf Landarbeiter- und Bauernversammlungen waren in brandenburgischen Dörfern jeweils fünf bis sieben Personen zu wählen, die als Gemeindekommission den Besitz, der von der Enteignungsregelung erfaßt wurde, bis Ende September verzeichnen, anspruchsberechtigte Landempfänger registrieren und Aufteilungspläne erarbeiten sollten. Die Kontrolle über die Durchführung der Bodenreform oblag Kreis- und Bezirkskommissionen, die unter Vorsitz des jeweiligen Landrats bzw. Oberlandrats konstituiert werden sollten. Diesen Gremien war die Provinzialbodenkommission übergeordnet, der außer dem Vorsitzenden Bechler Vizepräsident Rau, Schleusener, der

58 Erhard Hübener (1881–1958) gehörte als Jurist vor 1933 der Deutschen Demokratischen Partei an, bevor er zwangspensioniert wurde. Nach 1945 war er Mitbegründer der Liberaldemokratischen Partei in der SBZ. Nachdem Hübener im Mai 1945 wieder (wie von 1922 bis 1933) als Landeshauptmann der Provinz Sachsen eingesetzt worden war, wurde er im Juli Präsident der Provinz Sachsen-Anhalt. Von 1946 bis 1949 amtierte Hübener als Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 936.

59 Vgl. Manfred Wille, Entstehung und Liquidation eines selbständigen Landes Sachsen-Anhalt (1945–1952), in: Geschichte Sachsen-Anhalts, Bd. 3: Bismarckreich bis Gründung der Bezirke 1952, hg. vom Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V., München 1994, S. 193–224, 238–240, hier: S. 204, 206; ders., Verabschiedung, S. 93–98; Sattler, Bündnispolitik, S. 151–153; Breitenborn/Wille, „Fort mit der Junkerherrschaft!", S. 32, 35. Daneben: Peter Hermes, Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, Saarbrücken 1963, S. 24–28; Sandford, Hitler, S. 87–90; Merker, Landes- und Zentralverwaltungen, S. 100. Entwurf der Verordnung in: SAPMO-BArch, NY 4036/683, Bl. 124–129. Auszüge der veröffentlichten Bodenreformverordnung abgedruckt in: Ilse Spittmann/Gisela Helwig (Hg.), DDR-Lesebuch. Von der SBZ zur DDR 1945–1949, Köln 1989, S. 148.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

in Bernau amtierende Oberlandrat des Bezirks Berlin, Robert Neddermeyer[60], der Landrat in Cottbus, Franz Saisowa[61], der Landesvorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), Franz Moericke[62], und für den Landarbeiterverband der Bauer Sommer aus dem Kreis Westhavelland angehörten.[63]

Die Kommissionen hatten den Landbewerbern aus dem Fonds, der aus dem enteigneten Boden gebildet wurde, jeweils Parzellen mit einer Fläche von insgesamt fünf Hektar, nur bei sehr geringer Bodengüte maximal 10 ha zuzuteilen. Damit sollten der KPD viele loyale Landempfänger zugeführt, die Ernährung durch eine arbeitsintensive Produktion in Kleinbetrieben gesichert und Vertriebene auf dem Lande angesiedelt werden. Die Bodenreform-

60 Robert Neddermeyer (1887–1965) war im November 1918 am Kieler Matrosenaufstand beteiligt, bevor er sich zwei Jahre später der KPD anschloß. Von 1922 bis 1926 war er Politischer Sekretär regionaler Organisationen der Partei und von 1926 bis 1928 Mitarbeiter des ZK der KPD. Als Mitglied der Bezirksleitung Ostpreußen von 1928 bis 1932 gab er die „Dorfzeitung" heraus. 1931 war er an der Gründung des „Revolutionären Landarbeiterverbandes" beteiligt. Im Oktober 1933 wurde er wegen illegaler Arbeit verhaftet und zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren verurteilt, die er 1935/36 in den KZ Esterwegen und Sachsenhausen verbrachte. Nachdem er 1944 erneut verhaftet worden war, wurde er im April 1945 im Zuchthaus Brandenburg-Görden befreit. 1945 wurde Neddermeyer Bürgermeister der Stadt Liebenwalde, und von 1945 bis 1947 arbeitete er als Landrat und in der Landesbodenkommission. Ab 1946 gehörte er dem Brandenburgischen Landtag und ab 1952 dem Bezirkstag in Potsdam an. 1949 wurde Neddermeyer zudem Landesvorsitzender der VdgB in Brandenburg, 1952 Vorsitzender des Bezirksverbandes Potsdam dieser Organisation und Mitglied des Zentralvorstandes der VdgB. Vgl. Neddermeyer, Es begann in Hamburg ..., S. 5–7; Cerny (Hg.), DDR, S. 329f.; Reinert (Bearb.), Protokolle, S. 146 (Anm. 1).

61 Franz Saisowa war 1945/46 Mitglied der KPD bzw. SED und von 1945 bis 1949 Landrat in Cottbus. Zudem gehörte er der Provinzial- bzw. Landeskommission zur Durchführung der Bodenreform an. Im Oktober 1949 wurde er verhaftet. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1012.

62 Franz Moericke (1895–1956) trat 1902 in die SPD ein, bevor er sich 1918 der USPD und 1920 der KPD und der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition" anschloß. Bereits von 1910 bis 1920 hatte er als Gewerkschaftssekretär gearbeitet. Von 1924 bis 1928 gehörte Moericke dem Preußischen Landtag und von 1930 bis 1932 dem Reichstag an. Von 1933 bis 1935 und 1944/45 war er inhaftiert. 1945 wurde Moericke FDGB-Funktionär und Mitglied der Provinzialbodenkommission in der Mark Brandenburg. Von August 1945 bis Oktober 1949 arbeitete er auch führend im Gründungsausschuß und als Landesvorsitzender des FDGB. Ab Februar 1946 gehörte Moericke überdies dem Bundesvorstand des FDGB an. Von 1946 bis 1950 war er zudem Mitglied des Brandenburgischen Landtags, dessen Präsidiums er angehörte. Von März 1948 bis April 1949 wirkte er schließlich im Deutschen Volksrat mit, bevor er ab Oktober 1949 als Chefredakteur der FDGB-Zeitung „Land und Forst" arbeitete. Biographische Angaben in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 980; Reinert (Bearb.), Protokolle, S. 18f. (Anm. 13).

63 Beschluß des ZK in: SAPMO-BArch, DY 30/I 2/5/50, Bl. 1. Gegenüberstellung der Bodenreformverordnungen in: Heinrich Reuber/Bruno Skibbe (Bearb.), Die Bodenreform in Deutschland in Zahlen und Dokumenten, Berlin 1947, S. 47–60; BArch, DK-1, Nr. 8924, Bl. 295f. Überblick auch in: Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 31f. Verordnung für Brandenburg in: Nehrig, Bodenreform, S. 104; Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA), Rep. 330, Nr. 30, Bl. 2–6. Zur Verabschiedung der Bodenreformverordnung: Ribbe, Land, S. 715; Fait, Brandenburg, S. 86; Möhlenbrock, Kirche, S. 257; Bauerkämper, Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 273. Als Erlebnisberichte: Bernhard Bechler, Diskussionsbeitrag anläßlich der wissenschaftlichen Konferenz zum 20. Jahrestag der demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg, in: Beiträge zur Geschichte der demokratischen Bodenreform, S. 4–12, hier: S. 4f.; Steinhoff, Mark Brandenburg, S. 572; SAPMO-BArch, EA 1307, Bl. 12f. Schleusener protestierte im Januar 1946 gegen die Willkür der Verwaltung in Brandenburg und wurde nach seiner Inhaftierung am 3. April 1950 tot in seiner Zelle aufgefunden. Vgl. Peter Bloch, Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945–1950, hg. v. Siegfried Suckut, Köln 1986, S. 176; Schreckenbach/Künzel, Land Brandenburg, S. 250.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

verordnung sah vor, außer landlosen und landarmen Bauern, Landarbeitern, Flüchtlingen und kleinen Pächtern Boden zu vergeben. Zudem waren Industriearbeitern und Angestellten Grundstücke als Landzulagen oder Gartenparzellen zur Verfügung zu stellen. Von den Waldflächen der Großgrundbesitzer, die insgesamt 220.000 ha umfaßten, sollten rund zwei Drittel einzelnen Personen und der Rest Gemeinden zugewiesen werden. Das zugeteilte Land wurde als gebundenes Eigentum vergeben, das weder geteilt noch verpfändet und nur mit Zustimmung der Provinzialverwaltung aufgeteilt oder verpachtet werden durfte. Zudem konnte das Land den Empfängern wieder entzogen werden. Aus der Bodenreform, die in den Verfassungen der Mark Brandenburg vom 6. Februar 1947 und der DDR vom 7. Oktober 1949 bestätigt wurde, ging insgesamt daher Eigentum minderen Rechts hervor, wie Fachleute in der SBZ schon im Herbst 1945 befürchtet hatten. Das „Arbeitseigentum" der Neubauern ähnelte zwar der Besitzbindung nach dem 1933 erlassenen „Reichserbhofgesetz", dessen rassistische Bestimmungen jedoch singulär waren.[64] Konfiszierte Maschinen hatten die „Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe" zu übernehmen und bevorzugt den neuen Bauern zu leihen. Die Bodenreformverordnung wies die Provinzialverwaltung darüber hinaus an, einzelne Güter, die nicht aufgeteilt werden sollten, als Musterbetriebe auszuweisen. Schon am 8. September 1945 leitete das ZK dem 1. Sekretär der brandenburgischen KPD-Bezirksleitung, Sägebrecht, Ausführungsbestimmungen zur Bodenreformverordnung zu, die Rau der Provinzialbodenkommission zur Bestätigung und anschließend Präsident Steinhoff zur Unterzeichnung vorlegen sollte. Änderungen bedurften ausdrücklich der Zustimmung des ZK.[65]

Bereits am 1. August 1945 hatte das ZK der KPD die Bezirks- und Kreisleitungen der Partei angewiesen, die Bodenreformagitation zu beginnen. Nachdem eine Woche später in der „Deutschen Volkszeitung" ein von Reutter verfaßter Leitartikel mit dem Titel „Junkerland wird Bauernland" veröffentlicht worden war, rief Pieck am 16. August auch KPD-Funktionäre in Brandenburg auf, der Enteignung der Gutsbesitzer auf dem Lande propagandistisch Nachdruck zu verleihen. Vier Tage später befahl die KPD-Bezirksleitung den Kreisleitungen der Partei, in allen Gemeinden unverzüglich Bauernversammlungen und -konferenzen einzuberufen, in denen Funktionäre die bevorstehende Bodenreform begründen und sie als berechtigte Forderung der Landbevölkerung legitimieren sollten: „Die Organisierung der Bauernversammlungen und -konferenzen muß unsere wichtigste Arbeit in den nächsten Wochen und Monaten sein." Darüber hinaus sollten die Kreisleitungen der Partei den übergeordneten Führungsgremien Unterlagen über die Besitzverhältnisse zuschicken, damit die Bodenreform gezielt koordiniert und zentral kontrolliert werden konnte. In den Kundgebungen der KPD erklärten Parteimitglieder und -funktionäre die Enteignung der

64 Dagegen die Interpretation in: Ulrich Kluge, Die Affäre Vieweg. Der Konflikt um eine sozialistische Agrarbetriebslehre, in: ders./Halder/Schlenker (Hg.), Bodenreform, S. 195–212, hier: S. 201. Zu den Bodenreformartikeln in den Verfassungen der DDR bzw. der Mark Brandenburg: Kroeschell, Eigentumsordnung, S. 335; Will, Situation, S. 90; Schreckenbach/Künzel, Land Brandenburg, S. 258. Zum geringen Rechtsstatus des Bodenreformeigentums die Hinweise in: BLHA, Rep. 208, Nr. 188, Bl. 3; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/52, Bl. 12; BArch, DK-107, A 421/35 (Artikel „Die Bodenreform in der Ostzone als Rechtsproblem"). Zusammenfassend zu den Rechtsproblemen: Bauerkämper, Kontinuität, S. 123f. Zum „Reichserbhofgesetz": Friedrich Grundmann, Agrarpolitik im „Dritten Reich". Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979; Daniela Münkel, Bäuerliche Interessen versus NS-Ideologie. Das Reichserbhofgesetz in der Praxis, in: VfZ 44 (1996), S. 549–580.

65 SAPMO-BArch, NY 4182/853, Bl. 157. Vgl. Wachs, Bodenreform, S. 42–48; Reinert (Hg.), Dokumente, S. 18; Bauerkämper, Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 273–275.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

„Junker" vielerorts zu einer historisch gerechten Wiedergutmachung des „Bauernlegens" in der Frühen Neuzeit, diffamierten sie als „Ausbeuter" und Kriegsverbrecher, wiesen auf die Not der Vertriebenen hin und führten den Hunger vor allem auf die geringen Erträge zurück, die bei der Ernte im Sommer 1945 auf verlassenen Gutsbetrieben erzielt worden waren. Als besonders wirkungsvoll erwiesen sich dabei Stellungnahmen dörflicher Honoratioren, die fest in den dörflichen Milieus verwurzelt waren.[66]

Die Bodenreformkampagne der KPD konzentrierte sich Ende August und Anfang September 1945 auf die Provinz Sachsen, wo Hunderte von Dorfversammlungen durchgeführt und 31 Kreisbauernkonferenzen inszeniert wurden. Das ZK verstärkte aber auch in Brandenburg ihre Agitation. Am 28. August bat Leonhard Heinrich Rau, der in der brandenburgischen Provinzialverwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zuständig war, die seit Monatsanfang vorbereitete große Propagandakampagne zur Bodenreform auszulösen und Resolutionen von Bauern und Landarbeitern für die Veröffentlichung in der „Deutschen Volkszeitung" auszuwählen. Die KPD-Leitungen in Brandenburg bemühten sich weiterhin, die Versammlungen zu kontrollieren, aber den beherrschenden Einfluß der Partei und der sowjetischen Militärverwaltung zu verbergen. Entschließungen gesellschaftlicher Gruppen – besonders der Kleinbauern und Landarbeiter – und Aufrufe anderer Parteien sollten der Bodenreform Legitimität verleihen. Außer den Bauernkomitees und der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft des Antifaschistischen Landvolkes", die von zwei KPD-Mitgliedern in Brück gegründet worden war, verlangte im Sommer 1945 auch der Verband der Landarbeiter, der in Brandenburg beim Aufbau des FDGB als neuer Einheitsgewerkschaft gebildet worden war, in einem offenen Brief an die Land- und Forstarbeiter in der Provinz Brandenburg, die Besitzer von Gütern mit mehr als 100 ha zu enteignen und den Boden in Parzellen von jeweils fünf bis sechs Hektar an „Landhungrige" aufzuteilen. In Brandenburg erreichte die KPD auch schon früh, daß die SPD der Bodenreform zustimmte. Die beiden Parteien einigten sich am 1. September 1945 auf einen Appell, den Großgrundbesitz aufzuteilen, kleine Bauernhöfe zu vergrößern und neue Betriebe zu schaffen. Eine – von der KPD geforderte – *entschädigungslose* Enteignung war in den Aufruf aber ebensowenig aufgenommen worden wie in die ZK-Direktive vom 20. August 1945 und in die Bodenreformverordnungen, die Anfang September von den Landesverwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen erlassen wurden. Zudem blieb das Mobilisierungstempo der KPD-Ortsgruppen deutlich hinter den hochgesteckten Vorgaben der übergeordneten Parteileitungen zurück; viele Ortsfunktionäre der Partei waren auch zu dogmatisch, um die Geduld und Kompromißbereitschaft aufzubringen, die für eine flexible Politik gegenüber der SPD erforderlich waren.[67]

66 BLHA, Rep. 330, Nr. 17, Bl. 9. Zit. nach: BLHA, Rep. 330, Nr. 97, Bl. 1. Zum Leitartikel vom 8. August 1945: Möhlenbrock, Kirche, S. 91. Allgemein zur Propagandakampagne in der SBZ: Sandford, Hitler, S. 85f. Zu Brandenburg: Reinert, Bodenreform, S. 19–22, 24f. Manuskript des Artikels vom 8. Februar 1945 in: SAPMO-BArch, NY 4263/6, Bl. 8–12. In der Veröffentlichung stigmatisierte Reutter die Gutsbesitzer als „Blutsauger" und verwies auf die vorangegangenen Bodenreformen in Polen, Rumänien und Ungarn.

67 Brief an Rau vom 28. August 1945 in: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 1. Zur Bodenreformagitation in der Provinz Sachsen besonders der Bericht in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/227, Bl. 56, 58, 60f., 63, 70. Zusammenfassend: Wille, Verordnung, S. 91f. Brief des Landarbeiterverbandes in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/259, Bl. 1–3. Dazu der Hinweis in: Foreign Relations of the United States (FRUS), Diplomatic Papers 1945, Bd. 3: European Advisory Commission; Austria; Germany, Washington 1968, S. 1050. Zum Neuaufbau einer Einheitsgewerkschaft in Brandenburg unter Franz Moe-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ihren ersten Höhepunkt erreichte die populistische Agitation, die den massiven Druck „von oben" durch die Schimäre einer Mobilisierung „von unten" tarnen sollte, mit Piecks Rede in Kyritz am 2. September 1945. Sägebrecht ließ die als Bauernkundgebung inszenierte Veranstaltung so intensiv vorbereiten, daß sie vom 26. August um eine Woche verschoben werden mußte. Ein Instrukteur der Partei mobilisierte die Landarbeiter und Bauern, und Pieck erhielt ausführliche Unterlagen zu den örtlichen Bedingungen, die bei der Bodenreformkampagne zu berücksichtigen waren. Die Stadt Kyritz wurde für die Kundgebung gewählt, weil sich in ihrer Umgebung fünf bis sechs und im Kreis Ostprignitz insgesamt 65 große Güter befanden. Obgleich KPD-Funktionäre die Bauern überwiegend als „reaktionär" einstuften, hatten einige von ihnen offenbar schon ihre Bereitschaft signalisiert, die Bodenreform unverzüglich in Angriff zu nehmen. Deshalb konnte eine positive Resonanz auf Piecks Rede erwartet werden. Der KPD-Vorsitzende sollte den Bauern vor allem die Gründe für die Bodenreform erläutern und ihnen die Angst vor einer anschließenden Kollektivierung nehmen. Auch Mittel- und Kleinbauern, die als frühere Mitglieder der NSDAP ihre Enteignung befürchteten, mußten aus der Sicht der Parteifunktionäre beruhigt werden. Offiziell einberufen vom Bauernausschuß in Kyritz, wurden die Teilnehmer mit Lastkraftwagen in das Kino am Marktplatz der Stadt befördert.[68]

In seiner minutiös vorbereiteten und inszenierten Rede verknüpfte Pieck mit seinen Hinweisen auf die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes und die Not in der unmittelbaren Nachkriegszeit geschickt Avancen gegenüber den Bauern. Der KPD-Vorsitzende betonte die Absicht der Partei, in der SBZ eine freiheitliche Demokratie auf der Grundlage eines breiten „Bündnisses" von Arbeitern und Bauern herbeizuführen, leugnete Kollektivierungspläne und versicherte den Großbauern (allerdings nur bis zu einer Grenze von 50 ha), ihr Eigentum zu schützen. Er trat zwar allgemein für eine rigorose Entnazifizierung ein, hob die früheren NSDAP-Mitglieder unter den Bauern aber deutlich von den nationalsozialistischen Funktionären und den Kriegsverbrechern ab, indem er ihnen die Bewährungsgelegenheit eröffnete, „sich einzureihen und Vertrauen zu erwerben." Pieck forderte eine schnelle und rücksichtslose Durchsetzung der Bodenreform, die er zur „Bauernbefreiung" deklarierte und mit dem Hinweis auf Forderungen und Resolutionen von Bauern und Landarbeitern als revolutionäre Erhebung „von unten" überhöhte. Dennoch artikulierten einzelne Bauern in der Diskussion, die nach Piecks Ansprache zugelassen wurde, Zweifel an dem vorgesehenen Verfahren der Bodenreform. So hielt ein Landwirt Betriebe mit jeweils nur fünf Hektar für völlig unrentabel, wie im Protokoll festgehalten wurde: „Das frißt das Pferd ganz alleine auf. [...] 60 Morgen [15 Hektar; A.B.] kann eine Familie bewirtschaften und sich davon ernähren. Das ist das wenigste, was einer haben muß. (Zwischenrufe: 60 Morgen mindestens)." Ein Landarbeiter stimmte zwar Piecks Forderung zu, die Gutsbetriebe zu konfiszieren, schlug aber vor, die Aufteilung bis 1946 zu verschieben, um auch heimkehrenden Kriegsgefangenen die Gelegenheit zu geben, eine Neubauernstelle zu übernehmen. Demgegenüber drängte Pieck das Publikum in seinem Schlußwort nochmals, die Bodenreform bis Ende Oktober rücksichtslos durchzusetzen. Der KPD-Vorsitzende sicherte den Bauern und

---

ricke im August 1945: Werner Müller, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 626–664, hier: S. 631, 649f. Zur Mobilisierung durch Verbände in Brandenburg auch die Berichte in: SAPMO-BArch, NY 4182/853, Bl. 28; NY 4036/684, Bl. 7. Zum Aufruf des Einheitsausschusses: Reinert, Bodenreform, S. 22. Hinweis auf die Lenkung der Agitation „von oben" in: Leonhard, Revolution, S. 509f.

68 SAPMO-BArch, NY 4036/684, Bl. 11f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Landarbeitern eine ausreichende Ackernahrung und die Hilfe sowjetischer Truppeneinheiten zu, die aber nur auf Anforderung eingreifen sollten. In der Resolution, die von der KPD vorbereitet worden war, stimmte die Kreisbauernversammlung schließlich dem von Pieck dargelegten Bodenreformkonzept zu. Die Bauern und Landarbeiter erklärten ihre Entschlossenheit, auf „freier Scholle, in einem demokratischen Deutschland" zu arbeiten, und gelobten, „alle Kräfte an die Vorbereitung und Durchführung der Bodenreform zu setzen ..." Mit der Parole „Junkerland in Bauernhand", die in einen Aufruf des ZK der KPD vom 8. September 1945 aufgenommen und auch in der gesteuerten Presseberichterstattung verbreitet wurde, hatte die Bodenreformpropaganda der KPD eine griffige und wirksame Formel gewonnen, die in Brandenburg die Bauern nach der Verabschiedung der Bodenreformverordnung für die Provinz verstärkt mobilisieren sollte.[69]

Die Ausführungsverordnungen und Runderlasse, mit denen die brandenburgische Provinzialverwaltung 1945/46 besonders den Oberlandräten, Landräten und Oberbürgermeistern detaillierte Anweisungen erteilte, legten nicht nur das Verfahren der Enteignung und Landvergabe fest, sondern sie enthielten auch Richtlinien zur Festigung der neuen Betriebe. Die Instruktionen, die später gleichfalls von der Provinzialregierung (seit Dezember 1946) bzw. der Landesregierung (seit Juli 1947) Brandenburg herausgegeben wurden, waren entweder dem Präsidenten der Provinzialverwaltung bzw. den Ministerpräsidenten direkt von der SMA auferlegt oder eng mit der sowjetischen Militärverwaltung abgestimmt worden. Die untergeordneten Behörden, die einzelne Probleme der Bodenreform regeln mußten, wurden verpflichtet, die jeweils spezifizierten Maßnahmen widerspruchslos und unverzüglich durchzuführen. Der Provinzialbodenkommission oblag die Entscheidung über die Beschlagnahme von Betrieben, die weniger als 100 ha umfaßten und der Gruppe der zu enteignenden Nationalsozialisten zugeordnet wurden. Außerdem mußte die Kommission über strittige Fälle entscheiden und die Arbeit der Kreis- und Bezirkskommissionen kontrollieren. Als 1. Vizepräsident der Provinzialverwaltung bzw. Innenminister der Regierung und Vorsitzender der Provinzialbodenkommission verfügte Bernhard Bechler über eine Schlüsselposition, die ihm beispielsweise erlaubte, die soziale Zusammensetzung der Gemeindebodenkommissionen scharf zu überwachen und unmittelbar in die Arbeit der örtlichen Gremien einzugreifen. 1946/47 ging die Aktivität der Kommission allerdings zurück, da die Landzuteilung abnahm. Erst im November 1947 beschloß das ZK, die Landesbodenkommissionen zu reaktivieren, um weitere Beschlüsse über enteigneten Besitz zu treffen, Landbewerbern freigewordenen Boden zuzuteilen und beim Neubauernbauprogramm mitzuwirken. Die Kompetenzen der Kommissionen wurden aber nicht institutionell abgesichert.[70]

---

69 Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4036/684, Bl. 20, 31f., 40. Ein davon abweichender Text der Rede Piecks ist (ohne Diskussionsbeiträge) abgedruckt in: Wilhelm Pieck, Junkerland in Bauernhand. Rede zur demokratischen Bodenreform, Kyritz 2. September 1945, Berlin (Ost) 1955. Entschließung auch in: SAPMO-BArch, NY 4182/1052, Bl. 260f. Zur Kundgebung in Kyritz: Elke Warning, Dokumente zur demokratischen Bodenreform, in: BzG 27 (1985), S. 634–643, hier: S. 635; Ribbe, Land, S. 716; Möhlenbrock, Kirche, S. 256f.; Stephan, Bodenreform, S. 20–23; Urban/Schulz, Vereinigung, S. 85f. Aufruf der KPD vom 8. September 1945 in: BLHA, Rep. 330, Nr. 97, Bl. 2. Abgedruckt in: Sozialpolitik, S. 55–61.

70 Vgl. Fait, Brandenburg, S. 91f. Anordnung zu „Neuwahlen" von Gemeindebodenkommissionen bei „falscher Zusammensetzung" in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/137, Bl. 2, 7. Dazu auch: Möhlenbrock, Kirche, S. 95. ZK-Beschluß vom 3. November 1947 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/14, Bl. 105. Zu den Aufgaben nach 1947: BArch, DK-1, Nr. 8802, Bl. 50.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Provinzialbodenkommission verfügte zudem über keinen eigenen Verwaltungsapparat. Sie wurde in der Provinzialverwaltung deshalb dem Generalreferat B 6 der Abteilung Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unter dem 2. Vizepräsidenten Rau angegliedert. Damit entwickelte sich das Referat sukzessive zu einer wichtigen Leitungsinstanz, während die Kommission nur noch unregelmäßig Sitzungen anberaumte. Die Provinzialverwaltung hatte zudem im Juli 1945 eine Abteilung für Landwirtschaft und Forsten eingerichtet, die zunächst von Edwin Hoernle geleitet wurde. Anschließend übernahm Heinrich Rau und am 1. März 1946 schließlich Hermann Streit[71] die Abteilung Landwirtschaft und Forsten. Mehr als 31 Prozent der Beschäftigten in der Abteilung waren 1946 „Umsiedler". Der Anteil der gelernten Landwirte erreichte in dieser Gruppe nahezu dreißig Prozent, während nur 9,6 Prozent der alteingesessenen Beschäftigten Bauern waren. Vertriebene wurden besonders in die Forstverwaltung übernommen, da im Herbst 1946 viele ältere Förster entlassen worden waren. Als die Provinzialverwaltung Ende 1946 umgebildet wurde, überführte Rau die Abteilung Landwirtschaft und Forsten in das von ihm geleitete Ministerium für Wirtschaftsplanung. Erst Ende 1950 wurde ein selbständiges Ministerium für Land- und Forstwirtschaft gebildet, das Dietrich Besler bis zur Auflösung des Landes Brandenburg am 25. Juli 1952 leitete. Außer der Provinzial- bzw. Landesbodenkommission und der Abteilung bzw. dem Ministerium für Landwirtschaft beteiligte sich die Abteilung Information an der Kontrolle der Bodenreform. Im Dezember 1945 als Referat der Abteilung Volksbildung gegründet, wurde die Abteilung später in das Innenministerium integriert und zuletzt direkt dem Ministerpräsidenten zugeordnet. Die Informationsabteilung faßte nachrichtendienstliche Erkenntnisse, die ihre Spitzel ermittelten, in z.T. detaillierten Stimmungsberichten zusammen, in denen auch Reaktionen der Bevölkerung auf die Agrarpolitik der SED aufgezeichnet wurden.[72]

Den für die Bodenreform zuständigen Abteilungen der Provinzialverwaltung bzw. den Ministerien der Landesregierung war die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft übergeordnet (DVLF). Mit einem Befehl Schukows vom 27. Juli 1945 gegründet, baute Reinhard Bennecke (SPD) die Zentralverwaltung zunächst auf, bevor Hoernle zu ihrem Präsidenten berufen wurde. Obgleich die Behörde im November 1945 anleitende und kontrollierende Kompetenzen erhielt, war sie zunächst weitgehend Vollzugsorgan der Befehle, die von der SMAD erlassen wurden. Nach einer Verordnung des stellvertretenden

71 Hermann Streit (geb. 1909) wurde als Mitglied der KPD 1933 verhaftet, bevor er 1937 emigrieren konnte. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland erneut verhaftet, war er von 1940 bis 1945 im KZ Mauthausen inhaftiert. Im März 1946 wurde Streit Leiter der Abteilung Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, aber noch in demselben Jahr Leiter der Abteilung Handel und Versorgung im Ministerium für Wirtschaftsplanung bzw. Wirtschaft in Brandenburg. Nach seiner Absetzung wurde er 1949 Leiter der Hauptverwaltung bzw. Staatssekretär für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der DWK bzw. im Ministerium für Handel und Versorgung der DDR. 1958 übernahm Streit die Abteilung Land- und Forstwirtschaft in der Staatlichen Plankommission. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1038f.

72 Gerald Christopeit, Die Vertriebenen im Gründungsjahr der DDR – Versuch einer Standortbestimmung anhand ihrer Lage im Land Brandenburg, in: Wille (Hg.), 50 Jahre, S. 256–270, hier: S. 256; Fait, Brandenburg, S. 92, 95f., 101; Hoffmann, „Umsiedler", S. 239, 243f., 246; Schreckenbach, Aufbau, S. 236f.; Beck, Entstehung, S. 205. Zum Wechsel von Hoernle zu Rau: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 25, Bl. 85; Steinberger/Graffunder/Herholz, Hoernle, S. 149. Kritisch zu Hoernles Qualifikation als Verwaltungsleiter der Rückblick Steinhoffs in: SAPMO-BArch, EA 1307, Bl. 8f. Zur Entlassung von Förstern: BLHA, Rep. 332, Nr. 785, Bl. 6f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Chefs der obersten sowjetischen Militärbehörde in der SBZ vom 26. Juli 1946 sollte die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft unter der unmittelbaren Aufsicht der Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft der SMAD die sowjetischen Befehle durchführen. Der Präsident der Zentralverwaltung, die zunächst 14 Abteilungen umfaßte, wurde zugleich ermächtigt, den Präsidenten der Provinzen und Länder für die Erfüllung von Befehlen der SMAD Anweisungen zu erteilen und auch die Arbeit der Provinzial- und Landesverwaltungen zu kontrollieren. Deshalb kam es zwischen den föderalen Instanzen und der Zentralverwaltung wiederholt zu heftigen Kompetenzkonflikten. So hatte die brandenburgische Provinzialverwaltung den ihr unterstellten Oberlandräten, Landräten und Oberbürgermeistern am 25. Oktober 1946 untersagt, der zentralen Behörde Auskünfte zu erteilen. Außer der DVLF war vor allem die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU), die am 14. September 1945 von der SMAD zugelassen worden war, an dem politisch erzwungenen Umbruch auf dem Lande beteiligt. Die ZVU, mit deren Gründung die Besatzungsmacht den Forderungen der Länder und Provinzen, des Berliner Magistrats und der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge entsprach, sollte zunächst den Transport, die Aufnahme und den Lageraufenthalt der „Umsiedler" zentral koordinieren. Schon Ende 1945 suchte die Behörde, die von der „Abteilung für Umsiedler" in der SMAD-Verwaltung für Kommandantendienst streng überwacht wurde, ihre Zuständigkeit aber auf den gesamten Eingliederungsprozeß auszudehnen. Die Zentralisierungspolitik traf auf den Widerstand der Landes- und Provinzialverwaltungen, die im Kompetenzkonflikt obsiegten. Zudem bestimmte die Umsiedlerabteilung des ZK zunehmend die Vertriebenenpolitik, bevor die ZVU im Juni 1948 auch offiziell aufgelöst wurde. Ebenso mußten im darauffolgenden Jahr die „Umsiedler"-Behörden in den Ländern als Abteilungen für Bevölkerungspolitik den jeweiligen Innenministerien unterstellt werden. Nach der Auflösung der Sonderverwaltung bewirkte aber das starke personelle Netzwerk der „Umsiedler"-Politik, daß die Flüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ/DDR auch weiterhin sozialpolitisch begünstigt wurden. Die institutionelle Verlagerung der noch verbliebenen Zuständigkeiten (vor allem in den zentralen Parteiapparat) ließ damit noch bis 1952/53 Sondermaßnahmen zugunsten der „Umsiedler" zu.[73]

73 Stefan Donth, Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945–1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED, Köln 2000, S. 95–112, 129–135, 254–265, 357–363; Michael Schwartz, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung. Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) im politisch-administrativen System der SBZ, in: Hartmut Mehringer (Hg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995, S. 43–96; ders., Apparate und Kurswechsel. Zur institutionellen und personellen Dynamik von ‚Umsiedler'-Politik in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Hoffmann/Schwartz (Hg.), Geglückte Integration?, S. 105–135; Manfred Wille, Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler – Möglichkeiten und Grenzen ihres Wirkens (1945–1948), in: Wille/Hoffmann/Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren, S. 27–54; Dieter Marc Schneider, Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 239–243. Vgl. auch Manfred Wille (Hg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, Bd. 2, Wiesbaden 1999, S. 8–20. Zum Aufbau der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft: Wolfgang Merker, Die Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1947, Diss. A, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin (Ost) 1980 (Ms.), S. 25, 30, 34, 127, 140–142; ders., Landes- und Zentralverwaltungen, S. 97, 99 (Anm. 19); Zank, Gesellschaftspolitik, S. 53; Bernd Niedbalski, Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK). Ansätze zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945–1948, in: VfZ 33 (1985), S. 456–477, hier: S. 456f. Ver-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Besonders scharf überwachte die SMAD das Personal der Zentralverwaltungen. Die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft war in den ersten Nachkriegsjahren außer mit der Bodenreform besonders mit der Organisation der Frühjahrsbestellungen und Erntearbeiten, der Erfassung und Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, der Melioration und dem Aufbau der Tierbestände sowie der Forstverwaltung beauftragt. Überdies oblag dieser Behörde die Wiedereinrichtung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Vorbereitung von Gesetzen für die Agrarwirtschaft sowie Pressearbeit und Propaganda. Im Oktober 1947 waren dem Präsidenten und seinen vier Stellvertretern eine Präsidialkanzlei und insgesamt 11 Hauptabteilungen untergeordnet, darunter für Planung, Ackerbau und Landeskultur, Betriebswirtschaft, Tierzucht und Forstwirtschaft. Insgesamt verfügte die DVLF 1947 über 330 Mitarbeiter. Die Durchführung der Bodenreform sollte besonders die Hauptabteilung für Bodenordnung kontrollieren, die auch für das Vermessungswesen und Landarbeiterfragen zuständig war. Die Präsidialaufsicht über die Hauptabteilung Bodenordnung hatte im August 1947 auf Antrag Hoernles der Altkommunist Ernst Busse[74] übernommen, der die Hauptabteilung für Planung direkt leitete. In der neueingerichteten Abteilung „Länderkontrolle" überwachte Busse, der schon 1946 einem innerparteilichen Verfahren wegen Tötungsdelikten als Funktionshäftling im Konzentrationslager Buchenwald unterworfen worden war, besonders die Durchsetzung von SMAD-Befehlen in den Ländern und Provinzen.[75]

In den einzelnen Dörfern sollten Gemeindebodenkommissionen die Bodenreform nach den Anweisungen der übergeordneten Instanzen durchführen. Den Kommissionen durften ausschließlich Bauern ohne Landbesitz oder mit nur kleinen Parzellen, Landarbeiter und Vertriebene angehören, während frühere Mitglieder der NSDAP ausgeschlossen waren. Deshalb mußten in Dörfern, in denen ein hoher Anteil der Bewohner dieser Partei angehört hatte, z.T. Auswärtige in die Gremien aufgenommen werden. Vielerorts geleitet von den Bürgermeistern, verzeichneten und sicherten die Gemeindebodenkommissionen im Herbst 1945 den zu enteignenden Besitz, registrierten die Landbewerber und erarbeiteten Auftei-

---

ordnung vom 26. Juli 1946 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/144, Bl. 4–7. Zur Anordnung der brandenburgischen Provinzialverwaltung vom 25. Oktober 1946: BArch, DK-1, Nr. 7582, Bl. 181.

74 Ernst Busse (1897–1952) trat 1920 der KPD bei und arbeitete seit 1925 als hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär. 1932 wurde er in den Deutschen Reichstag gewählt und 1934 im Zuchthaus in Kassel, 1936 im KZ Lichtenburg und seit 1937 im KZ Buchenwald inhaftiert. Seit 1942 war er dort Kapo und einer der drei KPD-Leiter. 1945 übernahm er die KPD-Bezirksleitung in Thüringen, bevor er in diesem Land Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident wurde. Nachdem er 1947 zum stellvertretenden Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft in der SBZ und 1949 zum Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Genossenschaften berufen worden war, ließ ihn die Sowjetische Kontrollkommission am 29. März 1950 verhaften. Er wurde von einem sowjetischen Militärtribunal verurteilt und in die UdSSR verschleppt, wo er am 31. August 1952 im Lager Workuta starb. Vgl. Niethammer, „In der Angelegenheit des Ernst Busse". Zwei Dokumente aus einer SED-Untersuchung von 1946 betr. Beschuldigungen gegen führende deutsche Kommunisten im KZ-Buchenwald, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History 7 (1994), S. 1–45, hier: S. 1 (Anm. 1); ders. (Hg.), Der „gesäuberte" Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente, Berlin 1994, S. 95–104; Erler, Tätigkeit, S. 210.

75 BArch, DK-1, Nr. 8138, Bl. 134f., 160, 235; DK-1, Nr. 8839, Bl. 3, 7, 9; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/143, Bl. 19–25. Zur Personalkontrolle durch die SMAD: BArch, DK-1, Nr. 8138, Bl. 24. Zur Arbeit und Verwaltungsstruktur 1946: BArch, DK-1, Nr. 7310, Bl., 173, 182–186. Organisationsplan für Oktober 1947 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/144, Bl. 56. Zur Personal- und Verwaltungsstruktur 1947 auch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/105, Bl. 13f., 105.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

lungspläne, die ausgelegt und anschließend von den Kreiskommissionen bestätigt wurden. Damit erhielt die Vergabe des beschlagnahmten Bodens, Viehs sowie der Gebäude und Geräte Gesetzeskraft. Die Gemeindebodenkommissionen waren mit weitreichenden rechtlichen Befugnissen ausgestattet, denn sie wirkten zugleich als beschlußfassende und vollziehende Organe. Sie waren damit in ein Rechtssystem eingegliedert, das vorwiegend auf die Ansprüche der Kleinbauern und ländlichen Unterschichten ausgerichtet war. Die Bodenreformkommissionen unterhöhlten bereits schleichend die bürgerliche Rechtsordnung und setzten die traditionale Gerichtsbarkeit außer Kraft, ohne aber schon separates „Sonderrecht" herauszubilden. Obgleich sie die Gemeindekommissionen nicht ersetzen sollten, gingen aus diesen Gremien vielfach die Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe hervor, die Maschinen und schwere Geräte wie Elektromotoren aufnahmen.[76]

Die Landumverteilung in den Dörfern und der Umgang mit den enteigneten Gutsbesitzern

Die Bodenreform wurde überstürzt begonnen, so daß der Prozeß nur unzureichend durch übergeordnete Behörden gesteuert wurde. Die erzwungene Umverteilung des Landes war darüber hinaus weitgehend der Kontrolle durch die Justiz entzogen. Die Durchsetzung der Bodenreform in den Dörfern begann mit der Enteignung der Landbesitzer, von denen rund 1.200 Brandenburg schon bis Anfang September 1945 verlassen hatten. Obgleich sie in Georgi Dimitroffs Definition des Faschismus auf dem 13. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale 1933 nicht erwähnt worden waren, wurden die Gutsbesitzer von den führenden Funktionären der KPD als Trägerschicht der NS-Diktatur betrachtet. Da die Gutsherren pauschal als Exponenten des Militarismus, Imperialismus und Nationalsozialismus diffamiert und der Großgrundbesitz in der strukturalistischen Faschismuskonzeption als Wurzel der NS-Massenbewegung galt, trat die individuelle Belastung als Kriterium des Umgangs mit dieser Gruppe zurück. Auch deshalb wurde ihnen kein rechtliches Einspruchsverfahren gegen die Enteignung eingeräumt. Schon im Juli waren in der Lausitz Gutsbetriebe und Stiftsgutbesitz spontan eingezogen worden. Im Kreis Cottbus hatte der Landrat einzelne Güter, deren Besitzer geflohen waren, staatlicher Aufsicht unterstellt. In Luckenwalde waren Bauern zudem vom Kreisleiter der KPD in der Gemeinde Felgentreu bereits mehr als 700 ha Wiesenland zugeteilt worden, das Gutsbesitzern gehört hatte. Einzelne Bürgermeister konfiszierten im Frühsommer 1945 auch spontan und willkürlich Land von Bauern und Gutsbesitzern als „Nazibesitz". Nachdem die Bodenreformverordnung für Brandenburg erlassen worden war, enteigneten die schnell gebildeten Gemeindebodenkommissionen die Gutsbesitzer, denen die Leitung ihrer Betriebe entzogen wurde. Gemäß der

76 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/138, Bl. 212; BLHA, Rep. 330, Nr. 116, Bl. 18 (Schreiben v. 31.10.1945). Zur Rechtsstellung der Bodenreformkommissionen: Fritz Reinert, Zum Charakter der Gemeindebodenkommissionen in der Bodenreform, 1945/46, in: Staat und Recht 29 (1980), S. 789–798, hier: S. 793, 796f.; Marquard, Bodenreformkommissionen, S. 240, 242, 256f., 260 (hier Interpretation als „Sonderrecht"). Zum Tätigkeitsfeld: Ilona Buchsteiner, Bodenreform und Agrarwirtschaft in der DDR. Forschungsstudie, in: Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission, hg. vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Bd. 5, Schwerin 1997, S. 17. Einige Probleme ihrer Arbeit in Brandenburg werden dargelegt in: Vogt, Denazification, S. 69. Daneben: Kotow, Agrarverhältnisse, S. 215f.; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 50f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ersten, schon am 8. September 1945 erlassenen Ausführungsverordnung setzten Landräte ihnen geeignet erscheinende Vertrauenspersonen als Treuhänder ein, die mit der Verwaltung der Betriebe bis zu ihrer Aufteilung beauftragt wurden. Vereinzelt wurden Gutsbesitzer auf Druck von Funktionären der KPD oder Mitgliedern der Gemeindebodenkommissionen von Polizisten sogar umstandslos „in Schutzhaft genommen [...], um Sabotageversuche unmöglich zu machen." So wurden am 18. September enteignete Gutsbesitzer und Pächter für drei Tage im Gefängnis der Stadt Prenzlau inhaftiert. Rau mußte dieses rigorose Vorgehen in Brandenburg schon Ende September ausdrücklich verbieten.[77]

Die Ausführungsverordnung der brandenburgischen Provinzialverwaltung vom 8. September 1945 hatte auch zugelassen, Gutsbesitzer, die der Sabotage verdächtigt wurden, aus ihren Heimatdörfern auszuweisen. Obgleich sich vielerorts Landarbeiter, Bauern und Bürgermeister für die Gutsbesitzer einsetzten, mußten sie ihre Betriebe und Heimatdörfer – überwiegend auf Anordnung sowjetischer Kommandanten – oft innerhalb weniger Stunden verlassen. Am 8. Oktober 1945 kündigte die KPD-Ortsgruppe in Perleberg (Kreis Westprignitz) in einem Schreiben an das ZK der Partei an: „Die Besitzer [Gutsbesitzer; A.B.] des Kreises Westprignitz werden innerhalb von zwei Tagen zur Ostprignitz überwiesen, die Ostprignitzer zum Kreis Westprignitz. Wir glauben, damit die Bodenverbundenheit dieser ewigen Kriegsverbrecher ausgeschaltet zu haben." Die Ausweisung sollte aber vor allem das paternalistische Beziehungsgeflecht zerstören, das in vielen Gutsdörfern die Durchsetzung der Bodenreform verzögerte. Den Enteigneten wurde lediglich die Ausstattung für eine Zweizimmerwohnung zugestanden. Nur vereinzelt erhielten sie darüber hinaus ein Gespann. Entgegen einer Verfügung Steinhoffs vom 13. September und einer Anweisung Bechlers vom 24. September wurden ihnen vereinzelt sogar Gegenstände genommen, die sie zu ihrer persönlichen Lebensführung benötigten. Allerdings entschied die Provinzialbodenkommission auf ihrer konstituierenden Sitzung am 3. Oktober 1945, „Antifaschisten" unter den Gutsbesitzern nicht auszuweisen. So wurde den Familien von 31 Gutsbesitzern sowie von 25 Verwaltern ausdrücklich erlaubt, in ihren Gemeinden zu bleiben.[78]

Nach ihrer Ausweisung, die zu Recht als „generalisierender Repressivakt" interpretiert worden ist, wurden viele Gutsbesitzer in Sammellagern interniert, die u.a. in Prora (Rügen), Schlieben, Coswig und Radeberg eingerichtet wurden. Sie mußten sich dort regelmäßig beim jeweiligen sowjetischen Kommandanten melden und durften die Orte, an die sie ver-

77 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Luks, Entstehung, S. 177; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/137, Bl. 8 (im Original unterstrichen). Zusammenfassend: Pohl, Justiz, S. 71–72. Zum Vorgehen in Prenzlau: Nehrig, Bauern, S. 15. Zur Einsetzung und zu den Aufgaben der Treuhänder die Ausführungsverordnungen in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/137, Bl. 23; DY 30/IV 2/2022/52, Bl. 26; BLHA, Rep. 330, Nr. 30, Bl. 81, 86; Rep. 208, Nr. 185, Bl. 13, 18; Rep. 208, Nr. 186, Bl. 7, 12; Rep. 255, Amtsbez. Krausnick, Kr. Beeskow-Storkow, Nr. 19, Bl. 234. Angabe zur Zahl der geflohenen Grundbesitzer nach: Maether, Schlösser, S. 48. Zu Felgentreu: BLHA, Rep. 330, Nr. 8, Bl. 54. Zur Lausitz: Schiller, Bodenreform, S. 21. Zum Kreis Cottbus: SAPMO-BArch, NY 4182/1052, Bl. 40.

78 Vgl. BArch, DK-1, Nr. 7560, S. 20. Zit. nach: BLHA, Rep. 330, Nr. 25, Bl. 9 (Interpunktion korrigiert). Zur Ausweisung von Gutsbesitzern aus ihren Heimatdörfern Anweisungen und Einzelfälle in: BArch, DK-1, Nr. 7592, Bl. 132; BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 717, Bl. 108; Rep. 330, Nr. 10, Bl. 11; Rep. 203, MdI, Nr. 25, Bl. 152, 174f. Anweisungen Bechlers vom 24. September bzw. 3. Oktober 1945 in: BArch, DK-1, Nr. 9519, Bl. 213; SAPMO-BArch, NY 4182/1052, Bl. 54. Zahl der verschonten Familien nach: Maether, Schlösser, S. 48. Zusammenfassend auch: Nehrig, Bodenreform, S. 105f.; Bauerkämper, Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 281. Zur Ausweisung in Mecklenburg die Erlebnisberichte in: Kuntsche, Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern, S. 20–22.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

bracht worden waren, nicht verlassen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden enteignete „Junker" auch im Internierungslager Neubrandenburg-Fünfeichen und im ehemaligen Konzentrationslager Neustadt-Glewe inhaftiert. Die Lebensbedingungen waren insgesamt miserabel, so daß viele Internierte, die besonders unter Hunger und Kälte litten, nach Westdeutschland flohen, als die Bewachung gelockert wurde. Dennoch kritisierten dort Bundestagsabgeordnete der KPD noch 1950 die Eingliederung enteigneter Gutsbesitzer nach dem Notaufnahmegesetz. Zuvor hatten in der SBZ sogar einzelne SED-Funktionäre ihre Vorbehalte gegen den Umgang mit den Großgrundbesitzern nicht verschwiegen. So wandte sich der Präsident der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, Josef Schlaffer[79], auf der erweiterten Sitzung des ZK vom 19./20. November 1945 gegen den Plan der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern, die dort lebenden mehr als 2.000 enteigneten Gutsbesitzer in Sammeltransporten nach Thüringen zu bringen. Die ZK-Politiker wiesen Schlaffers Einspruch aber eindeutig zurück, wie im Sitzungsprotokoll vermerkt wurde: „Die Nationalsozialisten in Mecklenburg sind bekannt; dort [in Thüringen; A.B.] können sie kein Unheil mehr anrichten. (Pieck: Man kann sie also nur erschießen! – Heiterkeit.) – Gut, dann soll man sie erschießen. In Mecklenburg sind sie bekannt, in Thüringen tauchen sie unter. (Ackermann: Es ist nicht zu leugnen, daß die Gutsbesitzer in ihren Dörfern den größten Schaden anrichten können.) – Sie sollen ja nicht in ihrem Dorf bleiben, sondern kommen in zentrale Lager, die vollkommen abgesperrt werden, so daß sie mit der Außenwelt überhaupt keine Verbindung mehr haben". Die damit drastisch gekennzeichnete inhumane Politik löste noch im November eine scharfe öffentliche Stellungnahme der CDU zugunsten der enteigneten Gutsbesitzer aus, nachdem Politiker der Partei schon am 31. August im zentralen Blockausschuß der Verschleppung der Enteigneten deutlich widersprochen hatten. In Sachsen und Thüringen erhoben auch hohe Kirchenvertreter in Schreiben an die Präsidenten der Landesverwaltungen Einspruch gegen das rigorose Vorgehen bei der Bodenreform.[80]

Sogar viele Gutsbesitzer, die sich als Gegner des NS-Regimes exponiert und Widerstandsgruppen angehört hatten (wie Carl-Hans Graf von Hardenberg) oder – wie der Graf zu

79 Josef Schlaffer (1891–1964) war 1912 der SPD, 1918 der USPD und 1920 der KPD beigetreten. 1932 wurde er aus dem ZK der KPD ausgeschlossen und 1936 im nationalsozialistischen Deutschland inhaftiert. Als Soldat der Wehrmacht geriet er 1945 in sowjetische Gefangenschaft. Anschließend baute er die ZVU auf, wurde aber schon im Dezember 1945 von der SMAD entlassen. Nach seiner Haft 1948/49 lebte er in Westberlin. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1017.

80 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Kuntsche, Bodenreform in der SBZ, S. 17; Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 313 (Orthographie und Name korrigiert). Vgl. auch SAPMO-BArch, NY 4036/715, Bl. 14f., 20. Beispiel für eine zurückgenommene Ausweisung in: BArch, DK-1, Nr. 7559, Bl. 385. Zur Internierung auf Rügen: BLHA, Rep. 330, Nr. 11, Bl. 7; Möhlenbrock, Kirche, S. 99, 269; Naimark, Russen, S. 196; Buchsteiner, Bodenreform, S. 18; Wachs, Bodenreform, S. 16; v. Kruse (Hg.), Weißbuch, S. 18, 40f.; Rudolf Binsack, Enteignet, deportiert, geflohen. Ein Jugendlicher erlebt 1945 die Bodenreform in der Sowjetzone – Autobiographischer Bericht, in: Die Zeit, Nr. 13, 19.3.1998, S. 86; Bauerkämper, Antifaschismus, S. 630f. Zu den Lagern in Mecklenburg-Vorpommern: Klaus Schwabe, Arroganz der Macht. Herrschaftsgeschichte von KPD und SED in Mecklenburg und Vorpommern 1945–1952, Schwerin 1997, S. 47. Zum Protest der Kirchenvertreter: J. Jürgen Seidel, „Neubeginn" in der Kirche? Die evangelischen Landes- und Provinzialkirchen in der SBZ/DDR im gesellschaftspolitischen Kontext der Nachkriegszeit (1945–1953), Göttingen 1989, S. 148f., 394–396. Zur Kritik in der Bundesrepublik: Volker Ackermann, Der „echte" Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961, Osnabrück 1995, S. 139. Die Verschleppung von Enteigneten auf die Insel Rügen wurde von den verantwortlichen KPD-Funktionären auch gegenüber den Westalliierten verharmlost. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 34.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Lynar in Seese (Kreis Calau) – hingerichtet worden waren, wurden in Brandenburg schon im Herbst 1945 entschädigungslos enteignet. Hardenberg, auf dessen Gut sich 1943/44 führende Mitglieder der militärisch-konservativen Opposition wie Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Axel von dem Bussche und Ulrich von Hassell getroffen hatten, war sein Besitz auf Anordnung der SS bereits im September 1944 erstmals entzogen worden. Ein Jahr später wurde Hardenberg, der nach dem Scheitern des Attentats auf Hitler im Juli 1944 einen Selbstmordversuch unternahm und anschließend die Haft im Konzentrationslager Oranienburg überlebt hatte, erneut enteignet.[81] Er verließ Brandenburg ohne Entschädigung, bat seinen Güterdirektor aber, den ihm verbliebenen Besitz zu verwalten. Als die Lage unhaltbar wurde, floh der Güterdirektor, der in der brandenburgischen Provinzialverwaltung arbeitete, im März 1946 nach Württemberg. Obgleich in den Bodenreformverordnungen für Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und die Provinz Sachsen – im Gegensatz zu Brandenburg – nicht explizit eine *entschädigungslose* Enteignung angeordnet worden war, wurde Gutsbesitzern generell keine Kompensation gewährt. Pieck drängte in einer Sitzung des ZK, die am 5. und 7. Januar 1946 stattfand, zwar auf die „Aufteilung des Bodens, mit der wir die grossen Massen der armen Bauernschaft und der Landarbeiter für uns gewinnen müssen, indem wir ihnen durch die Zuteilung von Boden eine Existenzbasis geben." Eine Entschädigung für enteignete Gutsbesitzer schloß der KPD-Vorsitzende dagegen ausdrücklich aus.[82]

Auch das Zentralkomitee der KPD wandte sich gegen generelle Ausnahmeregelungen. So nahm Ackermann auf einer erweiterten Sekretariatssitzung am 28. September 1945 zu der Nachfrage eines Mitarbeiters der brandenburgischen KPD-Bezirksleitung eindeutig Stellung: „Die Frage, was mit den Besitzern geschieht, die wenige Hektar über 100 ha, aber sich im Kampfe gegen den Nazismus bewährt haben, muß in der Presse behandelt werden, weil die Gemeindekommissionen hier vor Schwierigkeiten stehen. (Ackermann: Gibt es eine Ausnahmebestimmung im Gesetz, daß sie nicht enteignet werden?) – Nein. (Ackermann: Na also!)". Pieck sprach sich im ZK im Januar 1946 zwar für die Vergabe von „Restgütern" oder Neubauernstellen an „antifaschistische" Gutsbesitzer aus, bestand aber auf ihrer Aussiedlung aus den Heimatgemeinden, um so traditionale paternalistische Klientelbeziehungen in den Dörfern zu beseitigen. In Brandenburg gelang es deshalb nur einzelnen Gutsbesitzern, eine Ausnahmeregelung herbeizuführen. So erhielt Henning von Ribbeck im Landkreis Westhavelland ein „Restgut" von 25 ha. Ribbeck, dessen Vater als Gegner des Nationalsozialismus nach seiner Verhaftung durch die Geheime Staatspolizei Anfang 1945 im Konzentrationslager Sachsenhausen gestorben war, hatte am 21. September 1945 die Anordnung erhalten, seine Heimatgemeinde zu verlassen. Er beantragte bei der Kreisbodenkommission aber die Rücknahme des Ausweisungsbefehls und erreichte nicht nur dieses Ziel, sondern er erhielt mit seiner Frau sogar das Wohnrecht in Ribbeck und übernahm insgesamt 25 ha Land, die er bewirtschaften durfte. Auch zwei weitere Gutsbesitzer konnten im Kreis Westhavelland Restflächen sowie ihre Gebäude und Gärten behalten. Im Kreis Beeskow-Storkow gestand der sowjetische Kreiskommandant, der die bei einer Enteignung unvermeidliche Publizität befürchtete, einem international bekannten Professor im Herbst 1945 sogar ein „Restgut" von 100 ha zu. Einzelne Gutsbesitzer wurden auch als Inspektoren

81 Mühleisen, Patrioten, S. 434–438; Reich/Finker, Potsdam, S. 333, 346, 351; Gerbet, Hardenberg, S. 173, 183.

82 Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 553 (Zitat), 555. Zu den Entschädigungsbestimmungen der Bodenreformverordnungen der Hinweis in: Nehrig, Bodenreform, S. 103. Zum Güterdirektor Hardenbergs: Gerbet, Hardenberg, S. 184–186.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

eingesetzt und verwalteten ihre Betriebe treuhänderisch, so daß sie die Kontrolle über ihre Güter behielten. Auch in anderen Ländern konnten sich enteignete Gutsbesitzer zunächst Restflächen sichern.[83]

Nicht nur die Enteignung, sondern auch die endgültige Ausweisung der Gutsbesitzer vollzog sich keineswegs in einem rechtsförmigen Verfahren. Den Betroffenen wurde auch formal kein Einspruch eingeräumt. Die SMAD hatte in ihrem Befehl Nr. 201 vom 16. August 1947 eine soziale und politische Reintegration der nominellen Mitglieder der NSDAP in Aussicht gestellt und deshalb von den Gerichten verlangt, die Verfahren gegen Kriegsverbrecher und führende Nationalsozialisten schnell abzuschließen. Die Zentralverwaltungen für Inneres und Justiz sollten ebenso wie die Länderregierungen die Entnazifizierung so beschleunigen, „daß in einer dreimonatigen Frist die ehemaligen aktiven Faschisten und Militaristen von allen öffentlichen und halböffentlichen Posten und den entsprechenden Posten in den wichtigen Privatbetrieben entfernt werden." In Brandenburg wies die SMA die Landesregierung unter Ministerpräsident Steinhoff daraufhin in ihrem Befehl Nr. 6080 vom 23. August an, die noch auf ihren Gütern wohnenden Eigentümer und ihre Verwalter festzustellen und diese Personen bis zum 1. September 1947 aus ihren Heimatkreisen auszuweisen. Dieses rigorose Vorgehen sollte den Gutsbesitzern, die pauschal der „Sabotage" beschuldigt wurden, ihren gesellschaftlichen Einfluß in den dörflichen Milieus der Gemeinden entziehen. Nur frühere Gutsverwalter, die sich loyal gegenüber der Bodenreformpolitik gezeigt hatten, waren nicht auszuweisen. In einem begleitenden Runderlaß an die Landräte und Oberbürgermeister in Brandenburg ordnete Bechler am 28. August 1947 über den SMA-Befehl hinaus an, auch Familienangehörige auszusiedeln. Andererseits sollten Gutsbesitzer und Verwalter, die nachweislich gegen das NS-Regime aufgetreten waren, weiterhin verschont werden. Besorgt um das politische Ansehen der SED auf dem Lande, bat Rau die brandenburgische SMA am 11. September 1947, „Antifaschisten", die auch nach der Bodenreform über Restflächen verfügten, nicht auszuweisen und ein Votum von Neubauern zu Personen herbeizuführen, die nicht eindeutig von dem Befehl erfaßt wurden. Am 1. November 1947 nahm Bechler aber die von ihm selber erlassene Ausnahmeregelung weitgehend zurück und verlangte auf Anweisung der SMA, die betroffenen Personen unverzüglich auszuweisen. Die Zwangsausgesiedelten durften sich erst mindestens 50 Kilometer von ihren Heimatdörfern entfernt niederlassen. Zunächst jedoch wurden in allen Gemeinden die enteigneten Gutsbesitzer erneut verzeichnet. Insgesamt mußten im Herbst 1947 in Brandenburg 44 dieser Landeigentümer, die noch in ihren Heimatorten verblieben waren, ihre Gemeinden verlassen. Die Ausweisung der „Junker" wurde auch in den anderen Ländern der

83 SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 154. Zit. nach: Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 120. Stellungnahme Piecks in: ebd., S. 554. Zu Ribbeck: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1529, Bl. 127; Finker, Familie, S. 221–230; Reinert, Bodenreform, S. 35; SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 34. Zum Kreis Beeskow-Storkow: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1526, Bl. 71; Bauerkämper, Antifaschismus, S. 630. Zur Zuteilung von Land an eine Gutsbesitzerin in Ottenhagen (Kreis Prenzlau): BArch, DK-1, Nr. 7560, Bl. 20. Beispiele für die Treuhandverwaltung durch enteignete Besitzer in Brandenburg in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 27/229, Bl. 186; BArch, DK-1, Nr. 7559, Bl. 145. Dagegen hatte die brandenburgische Provinzialverwaltung in einem Bericht vom 20. März 1946 behauptet, daß „Restgüter" von bis zu 100 ha „von der Provinzialverwaltung in keinem Falle genehmigt" worden seien. Vgl. Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 205. Zu Thüringen: Christoph Kleßmann/Georg Wagner (Hg.), Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945–1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte, München 1993, S. 165; Merz, Bodenreform, S. 1164.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

SBZ durchgesetzt, so in Thüringen nach einem Befehl der regionalen SMA vom 30. August 1947.[84]

Die unrechtsförmige Enteignung, die den Betroffenen keine Einspruchsfrist ließ, erstreckte sich sogar auf ausländische Gutsbesitzer und jüdisches Landeigentum, das zuvor von den nationalsozialistischen Machthabern „arisiert" worden war. In Brandenburg hatte Heinrich Rau in seinem Runderlaß vom 10. Oktober 1945 zwar angeordnet, Ausländer bei der Bodenreform zu verschonen, konnte damit aber nicht verhindern, daß ihr Besitz auf dem Lande oft spontan beschlagnahmt wurde. So besetzte die Gemeindebodenkommission in Börnicke (Kreis Niederbarnim) das dort gelegene Gut, das 1.081 ha umfaßte und 1892 von dem Geheimen Rat Ernst von Mendelssohn-Bartholdy erworben worden war. Seine unmittelbaren Vorfahren hatten im frühen 19. Jahrhundert ein Bankhaus gegründet und durch Anleihen für die Industrialisierung in Rußland nach 1853/54 auch politischen Einfluß gewonnen. Franz von Mendelssohn, der von 1918 bis 1931 als Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages amtiert hatte, gab 1935 die Führung seines Unternehmens ab. 1938/39 mußte die Familie das Bankgebäude und ihre Häuser in Berlin an das Deutsche Reich verkaufen. Das Gut wurde 1939 auf den Namen der Witwe des 1935 gestorbenen letzten Besitzers Paul von Mendelssohn-Bartholdy umgeschrieben und im Zweiten Weltkrieg als Quartier der Schweizer Gesandten genutzt. Obgleich die Nacherben von Mendelssohn-Bartholdy im „Dritten Reich" als Juden verfolgt worden waren und die Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom 20. September 1945 ausländisches Eigentum in Deutschland schützte, übergab die Rote Armee das Gut in Börnicke Ende September an den Bürgermeister. Gedrängt von der SMAD, verteilte die Gemeindebodenkommission im Oktober 250 ha. Die verbliebene Fläche von 821 ha beanspruchte die brandenburgische Provinzialverwaltung, um damit in Börnicke ein Saatgut einzurichten. Im Januar 1946 fiel das Gut schließlich an die KPD, deren Funktionäre dort mit Lebensmitteln versorgt werden sollten. Die Parteiführung übereignete der brandenburgischen Provinzialverwaltung als Ersatz das Gut Herzfelde und zwei Ziegeleibetriebe. Die schon angesiedelten Neubauern wurden – gegen den Widerstand der SMAD – gezwungen, ihre Parzellen aufzugeben und neues Land anzunehmen. Die Witwe des letzten Eigentümers war damit materiell enteignet worden.[85]

---

84 Andreas Dornheim, Bodenreform 1945–1952, in: Thüringen. Blätter zur Landeskunde, Erfurt 2001. Bilanz der Ausweisung in: BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 739, Bl. 531. Erlasse zur Ausweisung in: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1525, Bl. 4–7, 16, 23; Rep 250, Oberbarnim, Nr. 740, Bl. 3. Vgl. auch die Anweisung Bechlers an den Landrat des Kreises Oberbarnim in: BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 740, Bl. 9. Zit. nach: Clemens Vollnhals (Hg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991, S. 208. SMA-Befehl Nr. 6080 in: SAPMO-BArch, NY 4036/684, Bl. 48; BArch, DK-1, Nr. 8801, Bl. 25; BLHA, Rep. 202 A, Nr. 115, Bl. 88. Abgedruckt in: v. Kruse (Hg.), Weißbuch, S. 119f. Hierzu und zum folgenden zusammenfassend: Kuntsche, Umgestaltung, S. 197; Finker, Familie, S. 231–233; Maether, Schlösser, S. 48; Badstübner, „Reich", S. 167; Bauerkämper, Antifaschismus, S. 631f. Zum SMAD-Befehl Nr. 201 auch: Damian van Melis, Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945–1948, München 1999, S. 201.

85 BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 15; BArch, DK-1, Nr. 7592, Bl. 132; SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 150. Zur Enteignung einzelner Güter: SAPMO-BArch, NY 4182/1052, Bl. 58; NY 4182/1057, Bl. 29. Listen der Betriebe mit ausländischen Eigentümern in Brandenburg 1948/49 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 4359, Bl. 59; BArch, DK-1, Nr. 9024, Bl. 36f. Zum Gut Börnicke: Wachs, Bodenreform, S. 66–87. Vgl. auch Julius H. Schoeps (Hg.), Enteignet durch die Bundesrepublik Deutschland. Der Fall Mendelssohn-Bartholdy. Eine Dokumentation, Bodenheim 1997; ders., Als Juden enteignet, als „Junker"

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Viele Gutsbesitzer verfügten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur über die Loyalität der Landbevölkerung, sondern übten auch die Vorherrschaft in den Kirchengemeinden aus. Die Bodeneigentümer hatten auf dem Lande das Patronat inne, so daß ihre Enteignung unmittelbar das kirchliche Vermögen verringerte. Da die Landempfänger den aufgeteilten Boden der Güter schuldenfrei erhielten, entfielen die Patronatslasten, die den Kirchengemeinden traditionell zukamen. Sogar selbständige Rechtsträger verloren Land, dessen Erträge satzungsgemäß für kirchliche Aufgaben verwendet werden mußte. Mit den Gutsbesitzern büßten viele Kirchengemeinden überdies ihre überkommenen Führungsgruppen und ihre Schenkungen ein. Darüber hinaus wurden Kirchen- und Stiftsgüter, die nach den Bodenreformverordnungen grundsätzlich nicht enteignet werden durften, gelegentlich sogar direkt und spontan konfisziert. In der Gemeinde Felgentreu (Kreis Luckenwalde) gelangten die Kirche und das Pfarrhaus in den Bodenfonds. In Reuden (Kreis Calau) und Blankensee (Kreis Luckenwalde) wurden Kirchengebäude aufgeteilt, in Tornow (Kreis Prenzlau) sogar der Friedhof. Darüber hinaus entbrannte ein heftiger Konflikt über den Rechtsstatus des Landes, das kirchlichen Stiften gehörte. So wurden die Stifte Heiligengrabe und Marienfließ in Stepenitz (beide Kreis Ostprignitz) Ende 1945 rücksichtslos vom sowjetischen Kreiskommandanten beschlagnahmt. Die Kirchenbehörden, die gegen den ungesetzlichen Übergriff protestiert hatten, bekamen 1948 nur die noch nicht aufgeteilten Flächen und die Klostergebäude zurück.[86]

Die Bodenreform wurde besonders von den sowjetischen Militärbehörden – mit begeisterter Unterstützung deutscher Kommunisten und Beteiligung vieler Mitglieder anderer Parteien – vielerorts rücksichtslos durchgesetzt. Zugleich appellierte die Besatzungsmacht an die Interessen und Mentalität der antragsberechtigten Gruppen in der dörflichen Gesellschaft. Kreisbodenkommissionen und leitende Funktionäre der KPD instruierten die Parteimitglieder in den örtlichen Verbänden und Bürgermeister über die Durchführung der Bodenreform und die Aufgaben, die den lokalen Funktionsträgern in den Gemeindekommissionen auferlegt wurden. Nahezu in allen Gemeinden inszenierten Offiziere der SMAD und Mitglieder der KPD die Verteilung des Landes, Inventars, Viehs sowie die Übergabe der Gebäude als Dorffeste, die der Freude der Kleinbauern, Landarbeiter und Flüchtlinge Ausdruck und der Bodenreform Legitimität verleihen sollte. Örtliche Honoratioren wie Pastoren und Bürgermeister wurden gezielt an den Feiern beteiligt, um soziokulturelle Barrieren und Vorbehalte, die Dorfbewohner oft mit religiösen Geboten („Du sollst nicht stehlen") begründeten, zu überwinden. Nachdem am 22. September 1945 in Seese (Kreis Calau) erst-

von der Rückgabe ausgeschlossen, in: FAZ, Nr. 231, 5.10.1995, S. 12. Erlaß Raus in: BArch, DK-1, Nr. 9519, Bl. 201. Zur Praxis der „Arisierung" von jüdischem Landbesitz zusammenfassend: Angela Verse-Herrmann, Die „Arisierungen" in der Land- und Forstwirtschaft 1938–1942, Stuttgart 1997, S. 146–149.

86 Boris Spix, Bodenreform und Wahlverhalten der Neubauern. Eine Fallstudie anhand der Landtagswahlen in der Prignitz im Herbst 1946, in: Kluge/Halder/Schlenker (Hg.), Bodenreform,. S. 73–89, hier: S. 78. Möhlenbrock, Kirche, S. 100f., 110–117, 126–133, 138–146. Zur Provinz Sachsen: Martin Onnasch, Waren die Existenzbedingungen in beiden Diktaturen vergleichbar? Die Evangelische Kirche im Mansfelder Land, in: Günther Heydemann/Lothar Kettenacker (Hg.), Kirchen in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Staat. Fünfzehn Beiträge, Göttingen 1993, S. 345–363, hier: S. 349, 356, 358, 361. Zum Konflikt über die Stiftsgüter in Brandenburg der Schriftwechsel in: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 502, Bl. 7–19, 21–23, 31, 130f., 147, 151, 157, 166f. Ergänzend: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 206f.; SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 110, 149; BArch, DK-1, Nr. 8924, Bl. 143; BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 14.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

mals in Brandenburg ein Gut aufgeteilt worden war, wurde die Landvergabe in der Gemeinde Plänitz (Kreis Ruppin) am darauffolgenden Tag von der SMA als Startsignal der Bodenreform in der Provinz propagiert. Auch Bechler, den ein sowjetischer Offizier erst in der vorangegangenen Nacht über die bevorstehende Veranstaltung informiert hatte, nahm an der Zeremonie teil, die zum Vorbild der Umwälzung auf dem Lande stilisiert wurde. Zuvor hatte die Gemeindebodenkommission, deren Mitglieder am 14. September auf einer Bauernversammlung ausgewählt worden waren, 52 Anträge von Landbewerbern geprüft und entschieden, 46 Familien Boden zuzuteilen. Darüber hinaus waren von der Kommission in Plänitz auf einem Plan des Gutslandes die Parzellen eingezeichnet worden, die vergeben werden sollten. Die numerierten Grundstücke wurden verlost, bevor die Dorfbewohner auf das Feld gingen, wo Landvermesser den Bodenempfängern ihre Parzellen zuwiesen. Anschließend händigte der Landrat den neuen Eigentümern feierlich ihre Besitzurkunden aus, deren künstlerische Gestaltung den Status der „Siedler" als begünstigte Bauern dokumentieren sollte. Der Pfarrer von Wusterhausen idealisierte die Bodenreform schließlich zum Fanal des politischen und gesellschaftlichen Aufbruchs nach dem Zweiten Weltkrieg.[87]

Stellungnahmen der Kirchen zur Bodenreform und das Verhalten der Pastoren

Schon früh bemühte sich die KPD-Führung, die auf dem Lande vielerorts noch fest verankerten Pastoren der evangelischen Kirche für die Bodenreform zu gewinnen. Vor 1945 waren nur einzelne Kirchenvertreter – besonders in Mecklenburg – für eine Besitzumverteilung auf dem Lande eingetreten, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten auf den Gütern zu verbessern. Eine Bodenreform sollte nach dieser theologischen Position der Persönlichkeit Ausdruck verleihen. Demgegenüber verwiesen andere Geistliche auf das neunte Gebot, das Diebstahl untersagte. Darüber hinaus war in der evangelischen Kirche der Öffentlichkeitsauftrag umstritten, der auf dem biblischen Verkündigungsgedanken basierte und in der Barmer theologischen Erklärung der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche vom 31. Mai 1946 festgeschrieben worden war. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg legte aber die drängende Schuldfrage öffentliche Stellungnahmen der Kirche zu politischen Problemen nahe. Nach der „Säkularismus-Theorie" sollten Christen durch ihr gesellschaftliches Engagement die Menschen zum Glauben zurückführen. Diese Forderung traf in den evangelischen Landeskirchen aber auf starken Widerstand, denn hier war die traditionale „Zwei-Reiche-Lehre" Luthers noch stark verankert. Katholische Pfarrer beschränkten ihre Äußerungen in der Öffentlichkeit ohnehin auf einen moralischen Appell, der ihrem Selbstverständnis als Wächter der Menschen entsprach. Zugleich lehnten die Bischöfe der acht Landeskirchen in der SBZ die Zumutung ab, poli-

87 Warning, Dokumente, S. 636f.; Ribbe, Land, S. 717–719; Reinert, Bodenreform, S. 32. Als Erinnerungsbericht: Bechler, Diskussionsbeitrag, S. 6. Zu den ausgehändigten Dokumenten: Kotow, Agrarverhältnisse, S. 237. Zur Landvergabe in anderen Gemeinden: Rüdiger Beetz, Geschichte der LPG Pflanzenproduktion Oehna, Kreis Jüterborg. Ein Beitrag zur Verwirklichung der Agrarpolitik der SED und zu Methoden agrarer Betriebsgeschichtsschreibung, Diss. B, Pädagogische Hochschule Potsdam 1989 (Ms.), S. 13–17. Einblicke in die politische Vorbereitung vermitteln die Berichte in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/634, Bl. 1; BLHA, Rep. 330, Nr. 8, Bl. 75, 153; Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 717, Bl. 95f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

tisch zur Bodenreform Stellung zu nehmen. Obgleich sie nur unzureichend über die Beschlüsse der Bischöfe informiert waren und ein – gegen die Bodenreform gerichtetes – „Gemeinsames Hirtenwort" erst im März 1946 verabschiedet wurde, weigerten sich die Pfarrer überwiegend, an den Aufteilungsfeiern in den Dörfern teilzunehmen.[88]

Insgesamt suchte die evangelische Kirche nach einem neuen Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Durch politische Reformen war eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herbeizuführen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sein sollte. Dieses Konzept radikalisierend, bekannten sich in der SBZ Pastoren, die sich auf die Bewegung des Religiösen Sozialismus in der Weimarer Republik beriefen, sogar zum „christlichen Sozialismus". Besonders in Mecklenburg-Vorpommern trat die lutherische Landeskirche für eine gerechtere Verteilung des Eigentums auf dem Lande ein. Indem sie die Bodenreform als ausgleichende Entschädigung propagierte, appellierte die SED an die kirchlichen Leitmotive der Nächstenliebe und sozialen Gerechtigkeit. Der Pastorensohn Edwin Hoernle verwies am 30. September 1945 in einem Rundfunkgespräch auf eine Erklärung Luthers, in der sich der Reformator für die Vergabe von Gut und Nahrung an die Mitmenschen als Symbol der Nächstenliebe ausgesprochen hatte, und interpretierte die Bodenreform so als „Akt ausgleichender Gerechtigkeit ..."[89] Auf dem Lande traten Pastoren mit derselben Begründung für die Bodenreform ein. Das rigorose Verfahren, das rechtsstaatliche Prinzipien und die Menschenwürde der Enteigneten verletzte, schreckte aber schon im Herbst 1945 viele Geistliche ab, die sich daraufhin eindeutig von der Repressionspolitik distanzierten. Einzelne Landeskirchen sagten zwar den Neubauern ihre Unterstützung zu; offizielle Zustimmungserklärungen zur Bodenreform blieben aber aus. Zudem verurteilten westdeutsche Bischöfe scharf die Übergriffe gegen die Gutsbesitzer, obgleich eine sozial ausgewogenere Verteilung des Grundbesitzes durchaus begrüßt wurde. Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) schenkte der Bodenreform allerdings nur geringe Aufmerksamkeit. Im Rat der EKD dominierten Kirchenvertreter aus den Westzonen, so daß in dem Gremium die Warnungen des Bischofs von Berlin-Brandenburg, Otto Dibelius[90], nur wenig beachtet wurden. Insgesamt war die Bodenreform aber trotz der Teilidentität der Ziele von SED und evangelischen Kirchen keineswegs zu einem „ersten bedeutenden Musterfall des Zusammenwirkens unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte geworden ..."[91]

88 Möhlenbrock, Kirche, S. 169–179, 311–318. Ergänzend: Kurt Nowak, Christentum in politischer Verantwortung. Zum Protestantismus in der Sowjetischen Besatzungszone (1945–1949), in: Jochen-Christoph Kaiser/Anselm Doering-Manteuffel (Hg.), Christentum in politischer Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland, Stuttgart 1990, S. 42–62, hier: S. 45f.

89 BArch, DK-107, A 421–42 („Ein Gespräch über die Bodenreform").

90 Otto Dibelius (1880–1967) wurde 1925 Generalsuperintendent der Kurmark und schloß sich 1933 der Bekennenden Kirche an. Nachdem er bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs als Administrator kirchlicher Hilfswerke gearbeitet hatte, war er von 1945 bis 1966 Bischof von Berlin-Brandenburg, von 1949 bis 1961 auch Vorsitzender des Rates der EKD. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 886.

91 Nowak, Christentum, S. 47. Zustimmungserklärungen von Pastoren in: BArch, DK-107, A 420–538 („Kampf der fortschrittlichen Kräfte in CDU und LDPD für demokratische Agrarpolitik"). Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/211, Bl. 35. Zu den Beratungen der EKD über die Bodenreform und zur Position der Landeskirchen in der SBZ: Möhlenbrock, Kirche, S. 305f., 326f. Die Zustimmungserklärungen von Pastoren und Pfarrern werden überschätzt in: Graffunder u.a. (Hg.), Hoernle, S. 365; Tjulpanow, Deutschland, S. 242f. Zu den Stellungnahmen westdeutscher Kirchenvertreter: Hermes, Christlich-Demokratische Union, S. 57–59.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Konzepte von CDU, LDP und SPD und die Blockausschüsse

Die Propagandakampagne, die im Herbst 1945 die ländliche Gesellschaft in der SBZ überrollte, sollte die Gutsbesitzer überfallartig entmachten, der KPD neue Mitglieder und Anhänger in bislang kaum von der Partei berührten dörflich-agrarischen Milieus zuführen und die Gegner der Bodenreform ihres politischen Einflusses berauben. Die populistische Mobilisierung der Bauern und Landarbeiter zielte besonders gegen die Basis der anderen Parteien, die sich am 14. Juli 1945 mit der KPD im zentralen „Einheitsfront-Ausschuß" zusammengeschlossen hatten. Schon in dieser konstituierenden Sitzung waren zwischen den Vertretern der KPD und Politikern der bürgerlichen Parteien deutliche Meinungsunterschiede über die Forderung deutlich geworden, den Landbesitz in der SBZ nach einer entschädigungslosen Enteignung der Gutsbesitzer neu zu verteilen. Auch eine Bodenkommission, die am 30. August gebildet wurde, konnte den Konflikt nicht beilegen. Für die CDU kritisierte Jakob Kaiser[92] vielmehr den überstürzten Beginn der Bodenreform, deren Durchsetzung Hoernle und Ulbricht im Ausschuß verteidigten. Auch der Vorsitzende der LDP, Waldemar Koch[93], verlangte, Gutsherren nur nach einem rechtsstaatlichen Verfahren zu enteignen. Die Resolution, auf die sich die Politiker im „Einheitsfront-Ausschuß" schließlich am 13. September 1945 einigten, rief zwar allgemein zur Bodenreform auf, enthielt aber nur wenige konkrete Aussagen zur praktischen Durchführung, besonders zum Enteignungslimit und zur Entschädigung. Nachdem die KPD im Zentralen Blockausschuß gegen den Widerstand der CDU im Dezember 1945 einen Aufruf zur Neubauernhilfe durchgesetzt hatte, beschränkte sich das Gremium weitgehend darauf, regelmäßig Entschließungen zur Frühjahrsbestellung sowie zu Ernten und Hilfsaktionen für die Landwirtschaft zu verabschieden. Auch der erst am 22. November 1945 gegründete Provinzialblockausschuß in Brandenburg degenerierte früh zu einem Propagandainstrument der KPD, das sich zwar mit Problemen der Agrarproduktion befaßte, in dem aber Forderungen der bürgerlichen Parteien, die Durchführung der Bodenreform zu überprüfen, von KPD-Politikern wie Sägebrecht rigoros unterdrückt wurden.[94]

---

92 Jakob Kaiser (1888–1961) gehörte von 1928 bis 1933 dem Reichsvorstand der Zentrumspartei und bis 1933 dem Deutschen Reichstag an. 1938 zu drei Monaten Haft verurteilt, wurde er 1945 in der SBZ Mitbegründer der CDU, die er bis 1948 im Zentralen Blockausschuß vertrat. Nachdem er im Dezember 1945 zum Vorsitzenden der CDU avanciert war, wurde er zwei Jahre später von der SMAD abgesetzt, so daß er seine Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen mußte. Hier war er von 1949 bis 1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Mitglied des Bundestages, von 1950 bis 1958 auch stellvertretender Vorsitzender der CDU. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 942.

93 Waldemar Koch (1880–1963) war 1945 Mitbegründer der LDP und wurde zum 1. Vorsitzenden der Partei gewählt. Schon im November 1945 mußte er dieses Amt aufgeben, vertrat die LDP aber noch bis Februar 1946 im Zentralen Blockausschuß. Von 1949 bis 1953 arbeitete er als Professor an der Technischen Universität Berlin. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 950.

94 Die Entschließung vom 13. September 1945 ist abgedruckt in: Suckut, Blockpolitik, S. 89f. Zusammenfassend: Sattler, Bündnispolitik, S. 154–158; Keiderling, Scheinpluralismus, S. 291, 293; Wachs, Bodenreform, S. 35f., 40; Hermes, Christlich-Demokratische Union, S. 31–35. Einseitige Darstellung in: Smelov, Auseinandersetzung, S. 32f., 35f, 38. Beschluß zur Bildung einer Bodenreformkommission und Protest Kochs und Schreibers dokumentiert in: SAPMO-BArch, NY 4046/715, Bl. 11, 14. Zum Blockausschuß in Brandenburg: Fritz Reinert, Brandenburgs Parteien 1945–1950. Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Politik, Potsdam 1995, S. 58–62; Protokolle des Landesblockausschusses, S. XXIVf., 10f., 19f., 27, 32, 38, 72f., 78f., 81, 99f., 110–112, 357, 359–361, 374–376, 380f., 396; Fait, Brandenburg, S. 88. Zum Druck „von unten" allgemein: Zank, Gesellschaftspolitik, S. 54.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Dagegen lehnten Politiker der bürgerlichen Parteien das von der SMAD und der KPD-Führung oktroyierte Konzept einer abrupten und umfassenden Landumverteilung scharf ab, wenngleich nicht ausnahmslos. Besonders hartnäckig widersetzte sich die CDU der Bodenreform. In der Partei war Andreas Hermes, der in der Weimarer Republik dem Zentrum nahegestanden und von 1920 bis 1923 als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bzw. Reichsfinanzminister an der Regierungspolitik mitgewirkt hatte, schon im Frühsommer 1945 eine herausragende Stellung zugefallen.[95] Nachdem er im Mai 1945 in Berlin von Ulbricht als Chef des Berliner Ernährungsamtes gewonnen und vom sowjetischen Stadtkommandanten ernannt worden war, widmete sich Hermes Konzepten zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung mit Nahrungsmitteln. Er trieb den Ausbau des Berliner Ernährungsamtes aber auch voran, um es zu einer Zentralverwaltung für Ernährung und Landwirtschaft in Deutschland umzuformen, die als für alle Besatzungszonen zuständige Koordinationsinstanz die Reichseinheit auf dem Agrarsektor sichern sollte. Schon bevor die SMAD diese Pläne Ende Juli unterband und Hermes daraufhin aus dem Berliner Ernährungsamt ausschied, hatte er maßgeblich zur Gründung der CDU in der SBZ beigetragen. Als konfessionsübergreifende Sammlungspartei konzipiert, bekannte sich die CDU in ihrem Gründungsaufruf vom 26. Juni 1945 zur politischen Demokratie, verlangte die Trennung von Staat und Kirche, trat für den Schutz persönlicher Freiheitsrechte ein und befürwortete Privateigentum mit Sozialpflichtbindung. Die Partei sprach sich deshalb für eine Siedlungspolitik aus, die „unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen den Zugang zu eigener Scholle und zu selbständiger Arbeit eröffnen" sollte. Darüber hinaus erklärte die CDU ihre Entschlossenheit, die Bauern zu schützen, Landarbeiter anzusiedeln und die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu stärken.[96]

---

95 Andreas Hermes (1878–1964) wurde 1911 Direktor der Technischen Abteilung des Internationalen Agrarinstituts in Rom. 1920 übernahm er das neugegründete Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das er bis März 1922 leitete. Im zweiten Kabinett Wirth und in der Regierung unter Reichskanzler Cuno war er von Oktober 1921 bis August 1923 auch Reichsfinanzminister. 1928 wurde er Präsident der „Vereinigung der deutschen Bauernvereine", ein Jahr später auch des neugebildeten „Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften – Raiffeisen e.V." Nach einer Gefängnishaft 1933/34 arbeitete er von 1936 bis 1939 als landwirtschaftlicher Berater der Regierung Kolumbiens in Bogotà. Am 22. Juli 1944 wurde Hermes, der sich in Köln der Widerstandsgruppe des Ketteler-Kreises angeschlossen hatte, verhaftet und am 11. Januar 1945 vom „Volksgerichtshof" zum Tode verurteilt. Im Mai 1945 übernahm er das Berliner Ernährungsamt und leitete bis Dezember 1945 als 1. Vorsitzender den Aufbau der CDU in der SBZ. Nachdem er von der SMAD abgesetzt worden war, führte er seit 1946 in Westdeutschland den „Deutschen Bauernverband", seit 1948 auch den „Deutschen Raiffeisenverband". Zur Biographie ausführlich: Günter Buchstab, Andreas Hermes, in: ders./Klaus Gotto (Hg.), Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München 1981, S. 103–119. Vgl. auch Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 929.

96 Siegfried Suckut, Christlich-Demokratische Union Deutschlands, CDU(D), in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 515–543, hier: S. 515f.; Hans-Otto Kleinmann, Geschichte der CDU 1945–1982, hg. v. Günter Buchstab, Stuttgart 1993, S. 24–26; Stephan Zeidler, Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952–53, Hamburg 1996, S. 14f. Zur agrarpolitischen Konzeption, die Hermes im Berliner Ernährungsamt verfolgte, und zur Rolle Ulbrichts: Manfred Wilde, Friedrich Karl von Zitzewitz-Muttrin. Ein vergessener Mitbegründer der CDU und seine Rolle bei der Nahrungsmittelversorgung nach dem Krieg, in: Michael Richter/Martin Rißmann (Hg.), Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar 1995, S. 25–36, hier: S. 28–32; Keiderling, Scheinpluralismus, S. 281f.; Ein unbekannter Brief Walter Ulbrichts, S. 999. Da-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Schon früh opponierte die CDU-Führung gegen die Agrarpolitik der sowjetischen Besatzungsbehörden und der von ihnen massiv protegierten KPD. Nachdem die im Zentralen Blockausschuß vertretenen konservativen Politiker schon am 23. Juni 1945 ihre Unterschrift unter einen Ernteaufruf verweigert hatten, mit dem die Abgabepflicht neu geregelt werden sollte, traf der Bodenreformantrag der KPD am 30. August in diesem Gremium auf den entschiedenen Widerstand der bürgerlichen Parteien. Obgleich die CDU insgesamt die vorgesehene entschädigungslose und pauschale Enteignung der Gutsbesitzer ablehnte, widersetzten sich nicht alle ihrer Politiker kompromißlos einer Landumverteilung. So kritisierte in der Parteiführung eine Gruppe, die sich dezidiert zum Konzept des Christlichen Sozialismus bekannte, den politischen Einfluß der Gutsbesitzer. Zudem verfügte die CDU im Sommer 1945 noch nicht über direkte Verbindungen zu den Landes- und Ortsverbänden, die nicht im Gründerausschuß vertreten waren. So mußten zeitraubende und aufwendige Erkundungsreisen unternommen werden, um die Landespolitiker über die politischen Beschlüsse der Parteizentrale zu informieren. Die SMAD und KPD nutzten diesen Kommunikationsmangel Ende August 1945, um die CDU-Politiker in der Provinz Sachsen unter Druck zu setzen, von ihrer Berliner Parteiführung zu isolieren und damit zur Unterschrift unter die Bodenreformverordnung zu zwingen. In Mecklenburg-Vorpommern setzte sich in der CDU der 1. Vorsitzende Reinhold Lobedanz[97], der für eine tiefgreifende Bodenreform eintrat, bei den Beratungen über den Bodenreformbeschluß des Landesblockausschusses gegen Hans Krukenmeyer[98] durch, der eine begrenzte ländliche Siedlung favorisierte. In Brandenburg wandte sich die CDU demgegenüber deutlich geschlossener gegen die radikale Bodenreformpolitik der KPD. So erklärte ein Rechtsanwalt, der am 6. Oktober 1945 auf einer Kundgebung der CDU in Wittstock als Redner auftrat, das private Eigentum an Boden für unantastbar.[99]

---

zu auch anschaulich: Anna Hermes, Und setzet ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken. Nach Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen, Stuttgart 1971, S. 190f., 195, 203–206 (Zitat: S. 205). Unzutreffend zitiert in: Weber, Umgestaltung, S. 2828. Zur Gründung der CDU in der SBZ auch die Denkschrift in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/123, Bl. 8f.

97 Reinhold Lobedanz (1880–1955) war bis 1930 1. Landesvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei und im Juli 1945 Mitbegründer der CDU in Mecklenburg, die er bis Juli 1952 als 1. Vorsitzender führte. Lobedanz gehörte von 1946 bis 1952 dem mecklenburgischen Landtag, von 1948 bis 1955 dem Deutschen Volksrat bzw. der Volkskammer und von 1952 bis 1955 der Bezirksleitung der CDU in Schwerin an. Vgl. Damian van Melis/Rolf Bartusel, Funktionseliten in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1952. Ein biographisches Lexikon, Münster 1999, S. 29f. Biographische Notiz in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 968.

98 Hans Krukenmeyer (geb. 1903) gehörte von 1920 bis 1933 dem Zentrum an und wurde 1936 Geschäftsführer der Siedlungsgesellschaft „Ostland" in Güstrow und Schwerin. Von Juli 1945 bis Juni 1948 war er 2. Landesvorsitzender der CDU in Mecklenburg-Vorpommern, bevor er 1948 aus der Partei ausgeschlossen wurde und nach Westdeutschland floh. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 957; van Melis/Bartusel, Funktionseliten, S. 26.

99 Hierzu die Berichte in: BLHA, Rep. 330, Nr. 11, Bl. 7; SAPMO-BArch, NY 4182/1052, Bl. 71. Vgl. auch Sandford, Hitler, S. 92. Überblick in: Wilde, SBZ-CDU, S. 200, 205–210; Suckut, Konflikt, S. 1080–1086, 1090–1095; Hermes, Christlich-Demokratische Union, S. 24–35. Zum Konflikt im CDU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern aus Sicht der KPD: Joachim Brebach/Hans Koch, Die erste Bewährung. Der CDU-Landesverband Mecklenburg in der demokratischen Bodenreform 1945/46, Halle 1972, S. 18–27; Smelov, Auseinandersetzung, S. 33f.; Bloch, Hoffnung, S. 62. Zu den Kommunikationsproblemen auch: Johann Baptist Gradl, Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1981, S. 41; Frank Dietze, Entscheidungsstrukturen und -prozesse in der Ost-CDU 1945–1952, in: Richter/Rißmann (Hg.), Ost-CDU, S. 47–62,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Die CDU-Führung um Hermes und den zweiten Vorsitzenden, Walther Schreiber[100], lehnte eine unterschiedslose Enteignung aller Gutsbesitzer ohne Entschädigung kompromißlos ab. So bekannte sich Hermes in einer Rede in Berlin am 16. September 1945 zwar zur Bodenreform, bestand aber auf einer sorgfältigen Planung für das gesamte deutsche Wirtschaftsgebiet. Er wandte sich zudem scharf gegen den überstürzten Beginn der Bodenreform, beharrte auf einem rechtsstaatlichen Verfahren und lehnte einen tiefen Eingriff in die bestehende Agrarstruktur während der Vegetationsperiode ab, um die Versorgung mit Lebensmitteln nicht zu gefährden. Überdies verlangte Hermes eine Entschädigung für Gutsbesitzer, die sich im NS-Regime nicht als Kriegsverbrecher oder Aktivisten der NSDAP diskreditiert hatten. Diese Forderungen hatten Hermes, Schreiber und Otto Nuschke, der ebenfalls dem Parteivorstand der CDU angehörte, schon am 4. und 10. September im Sonderausschuß der zentralen „Einheitsfront" vertreten und damit heftige Vorwürfe des Chefs der SMAD, Schukow, gegen die CDU-Führung ausgelöst. Die einflußreichen CDU-Politiker ließen sich aber nicht einschüchtern. Vielmehr wandten sich vor allem Schreiber und Hermes in ihren Reden weiterhin deutlich gegen die inzwischen begonnene Bodenreform, wie hochrangige sowjetische Besatzungsoffiziere, die öffentliche Stellungnahmen aufmerksam registrierten, wiederholt dem Außenministerium der UdSSR mitteilten. Zudem bat Hermes schon im September den Alliierten Kontrollrat, eine einheitliche Durchführung der Bodenreform im besetzten Deutschland herbeizuführen. In einem beigefügten Memorandum war der CDU-Vorsitzende auch ausführlich auf die ernährungswirtschaftlichen Nachteile einer radikalen Bodenreform eingegangen. In weiteren informellen Gesprächen mit amerikanischen und britischen Offizieren trugen christlich-demokratische Politiker im Herbst 1945 wiederholt ihre Einwände gegen die Agrarpolitik der SMAD und KPD vor. Schließlich prangerten Hermes und Schreiber in einer Denkschrift vom 15. November das rigorose Vorgehen der sowjetischen Kommandanten und vieler KPD-Funktionäre gegen Gutsbesitzer an, die aus ihren Dörfern ausgewiesen und in Lagern inhaftiert wurden. Demgegenüber plädierte die CDU-Führung – ihrem Gründungsaufruf entsprechend – für ein maßvolles Siedlungsprogramm, zumal Agrarpolitiker der Partei die von der SED-Führung rücksichtslos durchgesetzte Bodenreform als Vorstufe der Kollektivierung interpretierten.[101]

---

hier: S. 49; Hermann Wentker, Die Anfänge der bürgerlichen Parteien unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung (1945/46), in: Hartmut Mehringer/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hg.), Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46), München 1999, S. 189–214, hier: S. 202.

100 Walther Schreiber (1884–1958) war vor 1933 Rechtsanwalt und Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, die er von 1919 bis 1933 im Preußischen Landtag vertrat. Wegen seiner politischen Arbeit wurde er im „Dritten Reich" verhaftet. Von Juli bis Dezember 1945 amtierte Schreiber als 2. Vorsitzender der CDU in der SBZ. Er vertrat die Partei auch im Zentralen Blockausschuß. Nach seiner Absetzung durch die SMAD war Schreiber 1947/48 1. Landesvorsitzender der CDU in Berlin. Die Absetzung Jakob Kaisers löste im März 1948 Schreibers endgültige Abwendung von der CDU in der SBZ aus. 1950 wurde er Bürgermeister von West-Berlin, wo er von 1951 bis 1953 auch die CDU führte. Von 1953 bis 1955 war Schreiber schließlich Regierender Bürgermeister von West-Berlin. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1022.

101 Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP), St. Augustin, VII-013–821 (Entwurf des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, Schreiber, zur Agrarreform vom 10.9.1945; für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Frank Dietze, Düsseldorf). Berichte der SMAD über Schreiber in: Kynin/Laufer (Bearb.), SSSR, S. 242f., 250–258. Vgl. auch Wilde, SBZ-CDU, S. 215–220, 223–236; FRUS, Diplomatic Papers, Bd. 3, S. 1055f.; Suckut, Konflikt, S. 1082f., 1086f.; Smelov, Auseinandersetzung, S. 37–41. Knapper Überblick in: Alexander Fischer, Andreas Hermes und die gesamtdeut-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Der schwelende Konflikt eskalierte, nachdem die KPD am 22. November 1945 in einer Sitzung des zentralen „Einheitsfront-Ausschusses" von den anderen Parteien verlangt hatte, den Aufruf „Helft den Neubauern!" bedingungslos zu unterzeichnen. Hermes und Schreiber weigerten sich, die Politik der KPD damit nachträglich zu bestätigen und forderten eine Stellungnahme zu den Folgelasten der Bodenreform. Der Entwurf zur Neubauernhilfe, für den die führenden Kommunisten die SPD schon vor der Sitzung gewonnen hatten, löste so eine Krise der Blockpolitik aus, die sich in heftigen Angriffen der kommunistischen Spitzenpolitiker auf die CDU widerspiegelte. Nachdem die CDU ihre Zustimmung am 6. Dezember nochmals verweigert hatte, wurde der Aufruf am darauffolgenden Tag ohne die Unterschrift von Politikern dieser Partei veröffentlicht. Ranghohe Offiziere der SMA in der Provinz Sachsen drängten den Landesverband der CDU daraufhin, am 13. Dezember 1945 öffentlich ihre Unterstützung für die Neubauernhilfe zu erklären und damit der Berliner Parteiführung das Vertrauen zu entziehen. Ähnliche Erklärungen unterzeichneten auch Spitzenpolitiker anderer Landesverbände, deren Vorgehen wegen der weiterhin akuten Kommunikationsmängel nicht abgestimmt war. Die Parteiführung war kaum imstande, ihre Politik der Mitgliederbasis und den regionalen Parteiverbänden zu vermitteln. Dennoch weigerten sich in Brandenburg die führenden CDU-Politiker – besonders der Landesvorsitzende Wilhelm Wolf[102] – beharrlich, gegen die von Hermes und Schreiber vertretene Politik einer eindeutigen Distanzierung von der Bodenreform in der SBZ Stellung zu nehmen und damit die Parteiführung zu desavouieren; sie forderten im Provinzialblockausschuß demgegenüber, die Durchführung der Bodenreform zu prüfen. Auch als Schukow Hermes in einem Gespräch am 12. Dezember drohte und zugleich eine Reiseerlaubnis zum gesamtdeutschen „Reichstreffen" der CDU in Bad Godesberg vom 14. bis 16. Dezember 1945 in Aussicht stellte, blieb der Vorsitzende der CDU unnachgiebig. Am 17. Dezember bot der SMAD-Chef sogar die Entlassung des kriegsgefangenen Sohnes von Hermes an, konnte ihn aber auch damit nicht zum Einlenken bewegen. Nachdem die Vorsitzenden überdies ein Mißtrauensvotum der nach Berlin einberufenen Spitzenpolitiker der CDU-Landesverbände zurückgewiesen hatten, ordnete die zentrale Besatzungsbehörde am 20. Dezember schließlich

schen Anfänge der Union, in: Richter/Rißmann (Hg.), Ost-CDU, S. 9–23, hier: S. 14f.; Norman M. Naimark, The Soviets and the Challenge of a „Bourgeois" Party in Eastern Germany, 1945–1949, in: East European Politics and Societies 9 (1995), S. 369–392, hier: S. 373–376; Manfred Agethen, Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Jürgen Frölich (Hg.), „Bürgerliche" Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 47–72, hier: S. 50, 67 (Anm. 19), 68 (Anm. 20); Sattler, Bündnispolitik, S. 157; Sandford, Hitler, S. 91f.; Gradl, Anfang, S. 45f. Detaillierte Darstellung und Dokumente in: Hermes, Christlich-Demokratische Union, S. 36–48, 125–132. Die Rede, die Hermes am 16. September 1945 hielt, aber nicht in der CDU-Zeitung „Neue Zeit" veröffentlicht werden durfte, ist abgedruckt in: Hermes, Und setzet ihr nicht das Leben ein, S. 306–315. Zum Protest gegen die Behandlung der Gutsbesitzer: v. Kruse (Hg.), Weißbuch, S. 18; Pohl, Justiz, S. 73.

102 Wilhelm Wolf (1899–1948) war Volkswirt und Syndikus und wurde 1945 1. Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes in Potsdam. Von Oktober 1945 bis Mai 1948 stand er dem Landesverband der CDU in der Provinz bzw. im Land Brandenburg vor. Wolf vertrat die Partei von 1946 bis 1948 auch im Zentralen Blockausschuß. 1946 wurde er zudem in den Vorstand der Beratenden Versammlung in Brandenburg und in den Landtag gewählt. Von März bis Mai 1948 gehörte Wolf dem Deutschen Volksrat an. Vgl. Reinert (Bearb.), Protokolle, S. 4 (Anm. 15); Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1060.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ihre Absetzung an. Hermes siedelte daraufhin nach Westdeutschland über, wo er ab 1946 das Genossenschaftswesen und die Bauernverbände aufbaute.[103]

Damit war der Widerstand gegen die Bodenreform in den Landesverbänden der CDU weitgehend gebrochen. Hilflos gefangen zwischen der gezielt herbeigeführten Mobilisierung „von unten" und dem massiven Zwang „von oben", konnte der Zonenvorstand der Partei die Umwälzung auf dem Lande kaum noch beeinflussen. Auch die christlich-demokratischen Politiker in den Ländern und Provinzen der SBZ fanden sich mit der Bodenreform ab. Die neuen Parteivorsitzenden Ernst Lemmer[104] und Jakob Kaiser, die am 20. Dezember 1945 von den versammelten Vertretern der Landesverbände zur Übernahme der Führung gedrängt wurden, distanzierten sich schrittweise von der kompromißlosen Oppositionspolitik, an der Hermes und Schreiber unbeirrt festgehalten hatten. Die Bodenreform fand bis zu den späten vierziger Jahren aber weder unter den Spitzenpolitikern noch unter den Mitgliedern der CDU ungeteilte Zustimmung. Die innerparteiliche Kritik richtete sich weiterhin besonders gegen die ernährungswirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Auswirkungen des radikalen Eingriffs in die Besitzverhältnisse auf dem Lande. Obgleich Lemmer der Enteignung der Gutsbesitzer auf dem Parteitag der CDU im Juni 1946 öffentlich zustimmte, wurden in Protokollen einzelner Sitzungen des Zentralen Blockausschusses im Mai 1946 und sogar noch im Februar 1949 Vorbehalte von CDU-Vertretern gegen die Enteignung der Gutsbesitzer notiert. Der Chef der Informationsabteilung in der SMAD, Sergej Tjulpanow[105], forderte

---

103 Wilfried Feldenkirchen, Agrarpolitik im Nachkriegsdeutschland: Leitbilder und Ziele der deutschen Politiker, Parteien und Interessenvertretungen, in: Hans-Jürgen Gerhard (Hg.), Struktur und Dimension. Fs. Karl Heinrich Kaufhold, Bd. 2, Stuttgart 1997, S. 266–291, hier: S. 284. Zum Konflikt mit der SMAD instruktiver Überblick in: Sattler, Bündnispolitik, S. 163–166; Fischer, Hermes, S. 15f.; Suckut, Christlich-Demokratische Union, S. 522f.; Wentker, Anfänge, S. 206f. Ergänzend: Hermes, Christlich-Demokratische Union, S. 60–63, 66–75, 82–96; Gradl, Anfang, S. 47–49; Smelov, Auseinandersetzung, S. 41f. Dazu auch die Dokumente in: Hermes, Und setzet ihr nicht das Leben ein, S. 223–227. Den massiven Zwang verschweigt im Rückblick: Tjulpanow, Deutschland, S. 242f., 245f. Ähnliche Interpretation in: Frank Ottofülling, Die Zusammenarbeit der KPD und SPD bzw. der SED mit nichtproletarischen Parteien bei der Festigung der Ergebnisse der demokratischen Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945/46 bis 1949), Diss. A, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Ms.), Berlin (Ost) 1987, S. 3, 8f., 16. Zum „Reichstreffen": Kleinmann, Geschichte, S. 51f. Zur Weigerung Wolffs, die Entschließung gegen Schreiber und Hermes zu unterzeichnen: Naimark, Soviets, S. 378; Wilde, SBZ-CDU, S. 244. Zur Forderung der CDU im Provinzialblockausschuß: Reinert, Bodenreform, S. 30f. Zur Distanz zwischen der Führung und den Mitgliedern der CDU: Dietze, Entscheidungsstrukturen, S. 50f. Zur Position der brandenburgischen CDU im April 1946: Frank Ottofülling, Blockpolitik und Neubauernhilfe 1946/47. Die Zusammenarbeit der SED mit CDU und LDPD auf dem Lande, in: ZfG 36 (1988), S. 581–594, hier: S. 587. Zum Verbot, an dem „Reichstreffen" teilzunehmen, auch die Hinweise in: Gunter Hofmann, Von Grund auf neu, in: Die Zeit, Nr. 6, 3. Februar 2000, S. 82.

104 Ernst Lemmer (1898–1970) trat 1918 der Deutschen Demokratischen Partei bei und gehörte von 1924 bis 1933 dem Deutschen Reichstag an. 1945 Mitbegründer der CDU in der SBZ, wurde er 4. Vorsitzender der Partei, die er bis 1947 im Zentralen Blockausschuß vertrat. Nachdem er im Dezember 1945 zum 2. Vorsitzenden der CDU bestimmt worden war, setzte ihn die SMAD zwei Jahre später ab. Bis Ende 1949 gehörte er noch dem Brandenburgischen Landtag an, in den er 1946 gewählt worden war. Nach seiner Übersiedlung vertrat er die CDU von 1950 bis 1956 im Berliner Abgeordnetenhaus und amtierte anschließend bis 1965 als Bundesminister. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 964.

105 Sergej I. Tjulpanow (1901–1984) wurde als Berufssoldat 1938 Dozent für Politische Ökonomie und 1941 Leiter der 7. Abteilung für Politische Verwaltung an unterschiedlichen Frontabschnitten. Von 1945 bis September 1949 leitete er die Verwaltung für Zensur und Propaganda bzw. Information der

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

die CDU-Führung daher auf ihrem 3. Parteitag im September 1948 schließlich nochmals auf, die Bodenreform öffentlich anzuerkennen. Aber erst in ihrem „gesamtdeutschen Agrarplan", den die Parteiführung im März 1952 vorlegte, bekannte sich die CDU vorbehaltlos zu der erzwungenen Umverteilung des Landes. Die Partei billigte überdies die Verschärfung des „Klassenkampfes" auf dem Lande und wenig später auch den „Aufbau des Sozialismus", der auf der 2. Parteikonferenz der SED (9. – 12. Juli 1952) beschlossen wurde und auf dem Lande den Übergang zur Kollektivierung einleiten und politisch legitimieren sollte.[106]

Auch die LDP lehnte die Bodenreformkonzeption der KPD zunächst ab. Die Partei war ebenso wie die CDU in ihrem Gründungsaufruf vom 5. Juli 1945 für den Schutz des Privateigentums eingetreten. Landwirtschaftliche Großbetriebe sollten nur beschlagnahmt werden, wenn das übergeordnete Gemeinwohl eine Enteignung erforderte und rechtfertigte. Die Parteiführung um den ersten Vorsitzenden Waldemar Koch war deshalb zwar grundsätzlich zu einer Bodenreform bereit, lehnte aber einen weitreichenden Eingriff in die bestehenden Besitzverhältnisse ab, zumal eine Versorgungskrise nach der unausweichlichen Umstellung der Agrarproduktion befürchtet wurde. Er strebte daher allenfalls ein begrenztes Siedlungsprogramm an, das mit der großzügigen Kultivierung von Land verbunden werden sollte. Enteignete Betriebe waren zu erhalten und in Treuhandverwaltung zu übergeben. Die führenden LDP-Politiker forderten überdies, ein rechtsstaatliches Verfahren zu gewährleisten und enteigneten Gutsbesitzern eine Entschädigung zu gewähren. In der Sonderkommission, die der Zentrale Blockausschuß zur Beratung des Bodenreformentwurfes der KPD eingesetzt hatte, verglich Koch die vorgesehene entschädigungslose Enteignung der Gutsbesitzer am 31. August 1945 sogar mit der nationalsozialistischen Agrarpolitik. Schukow warf Koch deshalb am 5. September ebenso wie Hermes und Schreiber vor, die „Junker" zu verteidigen. Obgleich auch der stellvertretende Parteivorsitzende Wilhelm Külz[107] am 10. Septem-

SMAD. 1949 zum Generalmajor befördert, kehrte Tjulpanow im darauffolgenden Jahr in die UdSSR zurück, wo er bis 1956 als Dozent für Politische Ökonomie an der Militärakademie in Leningrad arbeitete. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1043.

106 Michael Richter, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf ²1991, S. 353; Dietze, Entscheidungsstrukturen, S. 51, 56, 61; Kleinmann, Geschichte, S. 53, 59–68; Zeidler, Auf dem Weg zur Kaderpartei?, S. 36f.; Weber, Umgestaltung, S. 2848; Ottofülling, Zusammenarbeit, S. 17, 43, 47, 65. Zur Stellungnahme Lemmers im Juni 1946: Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark (Hg.), Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, Bonn 1998, S. 47. Notizen Piecks zu den Sitzungen des Zentralen Blockausschusses in: SAPMO-BArch, NY 4036/715, Bl. 30, 50–52. Zum Führungswechsel und zur vorsichtigen Kritik Kaisers und Lemmers an Hermes und Schreiber: Gradl, Anfang, S. 48–50; Hermes, Christlich-Demokratische Union, S. 93f. Zur CDU in Brandenburg: BArch, DK-1, Nr. 8938, Bl. 187. Zu den fortbestehenden Bedenken gegen die Bodenreform allgemein: Wilde, SBZ-CDU, S. 254f. Zur Zustimmung zur Neubauernhilfe: Ottofülling, Blockpolitik, S. 590, 593; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/450, Bl. 2. Zum Mitglieder- und Wählerreservoir: Agethen, CDU, S. 51f.; Naimark, Soviets, S. 381, 383; Wentker, Anfänge, S. 203; Suckut, Christlich-Demokratische Union, S. 524f., 540f. Zu der (hier nicht zu behandelnden) erzwungenen Transformation der CDU in eine Partei, die seit 1950 weitgehend der SED-Politik folgte: Michael Richter, Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die CDU, in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. II/4, S. 2587–2638, hier: S. 2592, 2594, 2611–2615.

107 Wilhelm Külz (1875–1948) war von 1904 bis 1912 Oberbürgermeister und Landtagspräsident in Bückeburg, bevor er 1920 Vorsitzender des Landesverbandes der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen wurde. Von 1920 bis 1932 gehörte er dem Reichstag an, und 1926/27 war er Reichsminister des Innern. 1933 wurde er als Oberbürgermeister von Dresden abgesetzt. 1945 Mitbegründer der LDP in der SBZ, leitete er ab November die Partei, die er bis 1948 auch im Zentralen Blockausschuß vertrat.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ber in einer weiteren Ausschußsitzung die Vorlage der KPD für eine radikale Bodenreform zurückwies, befürwortete er (im Gegensatz zu Koch) grundsätzlich Strukturreformen zugunsten des bäuerlichen Besitzes. Einzelne Lokalpolitiker wie der Vorsitzende der LDP in Chemnitz, Kurt Schatter[108], sprachen sich schon früh noch nachdrücklicher für eine Bodenreform aus. Demgegenüber war Koch im Herbst 1945 nicht bereit, seine Bedenken gegen die rigorose Durchführung der Bodenreform in öffentlichen Auftritten zurückzustellen. Nachdem Tjulpanow gedroht hatte, der LDP keine Lizenz für Parteizeitungen zu erteilen, mußte Koch schließlich am 29. November 1945 zurücktreten.[109]

Obgleich der neue LDP-Vorsitzende Külz eine flexiblere Politik gegenüber der SMAD vertrat als Koch, gab die Parteiführung ihre Opposition gegen die Bodenreform keineswegs umstandslos auf. Noch am 10. Dezember trat sie gegenüber den Landes- und Provinzialverwaltungen für die Bildung von Ausschüssen ein, die das Verfahren der Bodenreform nachträglich überprüfen sollten. Der Antrag wurde aber schon Mitte Januar 1946 zurückgezogen. Dennoch kritisierte der geschäftsführende Landesvorsitzende der LDP, Wilhelm Falk[110], in einer Versammlung im brandenburgischen Kreis Prenzlau noch am 28. August 1946: „Vielen Großgrundbesitzern ist durch die Bodenreform Unrecht getan worden. Alles Unrecht muss einer gründlichen Revision unterzogen werden. Von unserer Partei werden jene, die an diesen Fehlern mitschuldig sind, rücksichtslos zur Verantwortung gezogen." Die brandenburgische LDP, die ebenso wie die CDU die Unterzeichnung der Bodenreformverordnung verweigert hatte, widersetzte sich insgesamt besonders hartnäckig der Politik von SMAD und KPD, obgleich sie sich schon im Frühjahr 1946 zur Neubauernhilfe bekannte. 1947 scheiterte aber ein weiterer Vorstoß der Zonenleitung der Partei, eine Berufungsinstanz einzurichten, die Verstöße gegen die Bodenreformverordnungen in den Ländern und Pro-

---

1948 gehörte Külz dem Präsidium des 1. Deutschen Volksrates an. Biographische Angaben in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 959.

108 Kurt Schatter (1881–1962) trat 1911 der Deutschen Volkspartei, 1919 der SPD und 1930 der Deutschen Demokratischen Partei bei. Nach seiner Entlassung als Stadtrat und Dezernatsleiter in Chemnitz wurde er 1944 zum Tode verurteilt. 1945 zum Ortsverbandsvorsitzenden der LDP gewählt, arbeitete er bis 1949 im Hauptreferat der Zentralverwaltung für Volksbildung und gehörte von 1948 bis 1954 dem Volksrat bzw. der Volkskammer an. 1949 wurde er zum Leiter der Hauptabteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR ernannt. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1014.

109 Gerhard Papke, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1952, in: Frölich (Hg.), Parteien, S. 25–45, hier: S. 29, 31f., 35f.; Horst Dähn, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 544–573, hier: S. 545f., 549, 553; Siegfried Suckut, Die LDP(D) in der DDR. Eine zeitgeschichtliche Skizze, in: APZ, B 16–17/12. April 1996, S. 31–38, hier: S. 31f.; Breitenborn/Wille, „Fort mit der Junkerherrschaft!", S. 37; Wentker, Anfänge, S. 204f.; Sattler, Bündnispolitik, S. 156; Sandford, Hitler, S. 86, 91–93; Keiderling, Scheinpluralismus, S. 284. Trotz anderer Interpretation auch die detaillierte Darstellung in: Wolfgang Hoffmann, Die demokratische Bodenreform und die LDPD, in: ZfG 13 (1965), S. 992–998; Ottofülling, Zusammenarbeit, S. 3, 8, 15. Zur Ausschußsitzung vom 31. August 1945 Piecks Notizen in: SAPMO-BArch, NY 4036/715, Bl. 14f. Zum Gründungsaufruf: Weber, Umgestaltung, S. 2828. Zu Schatters Plädoyer für eine Bodenreform auch das Manuskript zum „Kampf der fortschrittlichen Kräfte in CDU und LDPD für die demokratische Agrarpolitik" in: BArch, DK-107, A 420–538 (S. 15).

110 Wilhelm Falk (1909–1970) trat 1945 der LDP bei, wurde im Juni 1946 kommissarisch geschäftsführender Landesvorsitzender der Partei in Brandenburg und gehörte ab Juli 1946 dem Zentralvorstand der LDP an. 1947/48 war er Hauptgeschäftsführer der FDP in der britischen Besatzungszone, bevor er 1948 in Potsdam verhaftet und zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Nach seiner Entlassung 1956 floh er nach West-Berlin. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 896.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

vinzen aufdecken und korrigieren sollte. Die LDP war auch nur schwach in den Gemeindebodenkommissionen vertreten, obgleich die Partei auf dem Lande – besonders im Süden der SBZ, weniger dagegen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg – viele Mitglieder und Wähler gewonnen hatte, wie die Wahlen vom September und Oktober 1946 zeigten. Nachdem sich die LPD schon auf ihrer Weimarer Delegiertentagung im Februar 1946 grundsätzlich zur Bodenreform bekannt hatte, beteiligte sie sich schließlich an der Festigung der Neubauern. Noch in ihren „agrarpolitischen Leitsätzen", die im Oktober 1947 veröffentlicht wurden, erklärte die Partei aber das Privateigentum für unantastbar. Auch Forderungen der SMAD und SED an die Parteileitungen der LDP, die Neuverteilung des Landes nachträglich eindeutig zu billigen, zeigen, daß in der Partei auch in den späten vierziger Jahren ein ambivalentes Urteil über die Bodenreform vorherrschte.[111]

Ebenso wie die KPD hatte die SPD schon im Frühjahr 1945 verlangt, die Gutsbesitzer zu entmachten. Nachdem Kurt Schumacher bereits am 6. Mai 1945 in Hannover öffentlich gefordert hatte, das „Agrarkapital" dem „privaten Kapital" zu entziehen, trat die SPD in der SBZ am 15. Juni 1945 in ihrem Gründungsaufruf für die Erfassung des Großgrundbesitzes für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ein. Der Zentralausschuß der Partei präzisierte am 30. August die Agrarpolitik, indem er sich für eine gemeinschaftliche Bewirtschaftung der Güter aussprach. Die Vertreter der SPD beharrten auf diesem Konzept auch im Zentralen Blockausschuß, stimmten der Entmachtung der Gutsbesitzer aber zu. Am 4. September 1945 einigten sich die Führungsgremien von KPD und SPD zudem, gemeinsame Funktionärskonferenzen zur Bodenreform durchzuführen; dieser Beschluß wurde von vielen Mitgliedern beider Parteien aber abgelehnt. Der Landaufteilung, die von der KPD-Führung in den Bodenreformverordnungen durchgesetzt worden war, widersetzten sich auch nahezu einhellig die Spitzenpolitiker der SPD. Am 19. September legte der Agrarpolitische Ausschuß der SPD aber agrarpolitische Richtlinien vor, mit denen sich die Partei erstmals offen von dem Ziel abwandte, die Güter den Bauern zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen. Besonders in den Provinzen und Ländern der SBZ kritisierten prominente SPD-Politiker dennoch weiterhin offen die Zerstückelung der Gutsbetriebe. So wandte sich der Sekretär im SPD-Bezirksverband Brandenburg-Land und Hauptsekretär im Zentralausschuß der SPD, Friedrich Ebert[112], noch im Oktober und Dezember 1945 gegen das Auftei-

111 Papke, Liberal-Demokratische Partei, S. 33f.; Dähn, Liberal-Demokratische Partei, S. 570–572; Wentker, Anfänge, S. 203. Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 60. Zu den Einwänden der LDP in Brandenburg gegen die Bodenreform auch: BLHA, Rep. 330, Nr. 11, Bl. 7f.; Urban/Schulz, Vereinigung, S. 89, 92; Reinert, Bodenreform, S. 29. Zur Forderung vom 10. Dezember 1945 und ihrer Rücknahme: Papke, Liberal-Demokratische Partei, S. 36; Reinert, Parteien, S. 82 (Anm. 174). Zur Initiative vom Oktober 1947: Weber, Umgestaltung, S. 2846. Detaillierte Darstellung in: Ottofülling, Zusammenarbeit, S. 15–18, 60f.; ders., Blockpolitik, S. 586–588, 592f.

112 Friedrich Ebert (1894–1979) wurde nach dem Besuch der Volks- und Mittelschule Buchdrucker. Nachdem er sich 1910 der Sozialistischen Arbeiterjugend angeschlossen hatte, trat er drei Jahre später der SPD bei. Von 1919 bis 1933 arbeitete Ebert als Redakteur in Parteizeitungen, und von 1928 bis 1933 vertrat er die SPD im Reichstag. Nachdem er 1933 in „Schutzhaft" genommen worden war, wurde er in Konzentrationslager verbracht und bis 1945 unter Polizeiaufsicht gestellt, seit 1940 aber im Reichsverlagsamt beschäftigt. Von 1945 bis 1948 war Ebert Vorsitzender des Landesvorstandes der KPD bzw. SED in Brandenburg, wo er die Partei von 1946 bis 1948 auch im Landtag vertrat. Von 1946 bis 1979 gehörte er dem Parteivorstand bzw. dem Zentralsekretariat der SED und von 1948 bis 1979 dem Deutschen Volksrat bzw. der Volkskammer der DDR an. Überdies amtierte Ebert von 1948 bis 1967 als Oberbürgermeister von Ost-Berlin und von 1957 bis 1964 als Präsident der Gesellschaft für Deutsch-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

lungsverfahren, das die KPD bei der Bodenreform rücksichtslos gegen die Sozialdemokraten durchgesetzt hatte. In Brandenburg protestierten SPD-Mitglieder Ende 1945 und Anfang 1946 auch auf Parteikonferenzen offen gegen die Konfrontationspolitik der kommunistischen Funktionäre, von denen sie sich überwältigt und mißbraucht fühlten. Überdies hatte die Enteignung von Bauern mit weniger als 100 ha viele Lokalpolitiker und Mitglieder der SPD so erregt, daß sie sogar ihrer Parteiführung vorwarfen, bei der Bodenreform „wie der Elefant im Porzellanladen" vorzugehen. Insgesamt war die Agrarpolitik der SPD jedoch nicht eindeutig, präzise und profiliert genug, um dem klaren, aber rigorosen herrschaftspolitischen Konzept der KPD über den Herbst 1945 hinaus widerstehen zu können. Da die Ziele der beiden Parteien zumindest partiell übereinstimmten, geriet die Agrarpolitik der SPD vielmehr schnell in den Sog der Propagandakampagne, mit der die KPD die Vereinigung der beiden Parteien zu erzwingen suchte.[113]

Das Konzept und die Politik der KPD/SED

Zugleich angetrieben und protegiert von den sowjetischen Militärbehörden, beharrte die KPD-Führung gegenüber den anderen Parteien unnachgiebig auf ihrem Führungsanspruch. Mit der Bodenreform sollten vor allem die Gutsbesitzer als traditionale Führungsgruppe entmachtet, Bauern und Landarbeiter an die Partei herangeführt und so schließlich zu einer revolutionären Kraft im bevorstehenden „Klassenkampf" umgeformt werden. Funktionäre der KPD wiesen Bedenken gegen die abrupte Umstellung der Betriebsorganisation als „Gerede verknöcherter oder übelwollender sogenannter Fachleute" zurück, die oft sogar als „Nazis und Reaktionäre" kriminalisiert wurden.[114] Die Zuteilung von kleinen Landparzellen sollte demgegenüber die Neubauern als soziale Gruppe konstituieren und damit die Schicht der „werktätigen" Landwirte stärken, die nach der „Bündnis"-Doktrin als politische Klientel der KPD galten. Zugleich trug die Partei pragmatisch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der „Zusammenbruchgesellschaft"[115] der unmittelbaren Nachkriegszeit Rechnung, indem Vertriebene neue Bauernstellen erhalten und arbeitsintensive Kleinstbetriebe die Nahrungsmittelversorgung auch mit wenig technischem Inventar sichern sollten. Als Entnazifizierung deklariert und vermeintlich plebiszitär legitimiert, zielte die Bodenreformpolitik der KPD letztlich auf die Herausbildung einer neuen Gesellschaftsordnung auf dem Lande. So bekannte sich das ZK der Partei in dem Aufruf zur Durchführung der Bodenreform am 8. September 1945 zu einer „völlige[n] Neugestaltung

Sowjetische Freundschaft. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 71; Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 891.

113 BLHA, Rep. 330, Nr. 15, Bl. 29, 54, 64, 67–69, 75f. (Zitat: Bl. 76). Zusammenfassend zur Agrarpolitik der SPD 1945: Malycha, Zentralausschuß, S. 582–585, 589–592; Andreas Malycha, Privatbäuerliche oder staatliche Landwirtschaft? Die Auseinandersetzungen über die Bodenreform zwischen SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone im Sommer/Herbst 1945, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"?, S. 37–49, hier: S. 37–44. Zu den Einwänden der SPD und CDU in Mecklenburg-Vorpommern: Schwabe, Arroganz, S. 37f., 40, 43–45, 47f. Zum erzwungenen Zusammenschluß von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die vorangegangene Kampagne der kommunistischen Parteiführung: Werner Müller, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), in: Broszat/Weber (Hg.), S. 460–480, hier: S. 468–472.

114 Reutter, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, S. 7f.

115 Kleßmann, Staatsgründung, S. 37.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Deutschlands und des wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Lebens in Stadt und Land", um damit eine „Einheitsfront zwischen der bäuerlichen und städtischen Bevölkerung zu schaffen." Die Spitzenfunktionäre präsentierten sich insgesamt ebenso als Sachverwalter der Kleinbauern und Landarbeiter wie als Vorkämpfer gesellschaftlicher Einheit auf der Grundlage der mythologisierten Allianz von Bauern und Arbeitern. Obgleich die Parteiführung darüber hinaus perspektivisch zweifellos an dem langfristig anzustrebenden Ziel ihrer Agrarpolitik festhielt, die „individualistische Eigenbrödelei"[sic] in einer großbetrieblichen Kollektivwirtschaft „nach und nach zu verdrängen", war der weitere Prozeß – besonders wegen des Primats der übergeordneten Deutschlandpolitik der UdSSR – keineswegs absehbar und determiniert.[116]

Das besitzindividualistische Bodenreformkonzept traf bei Kommunisten auf dem Lande aber oft auf Unverständnis und starke Vorbehalte. Viele KPD-Mitglieder, die das NS-Regime in Deutschland überlebt hatten, und Funktionäre, die Altkommunisten oder Remigranten aus westlichen Staaten waren, wandten sich gegen die „Volksfront"-Politik, die nach den Erklärungen der Führung eine bürgerliche Demokratie herausbilden und die „antifaschistische" Einheit der Parteien herbeiführen sollte. Mitglieder und untergeordnete Funktionäre, die den direkten Sprung in eine „sozialistische" Gesellschaftsordnung nach sowjetischem Vorbild befürworteten, grenzten sich vielmehr scharf von der SPD ab. Besonders ehemalige Widerstandskämpfer, deren elitäres Selbstverständnis und politisch-moralischer Rigorismus sich gegen Kompromisse mit Anhängern und Mitläufern des NS-Regimes richteten, kritisierten die „Blockpolitik" der Parteiführung und eine Entnazifizierung, für die das Verhalten in der Nachkriegszeit und die Loyalität gegenüber der neuen politischen Ordnung in der SBZ immer wichtiger wurde. Gegenüber den zurückgekehrten Exilfunktionären der KPD hielten viele kommunistische Widerstandskämpfer an ihrem exklusiven Anspruch als Opfer des Faschismus fest, und sie traten für eine radikale „Diktatur des Proletariats" ein. So registrierte die KPD-Parteileitung in Brandenburg im Sommer 1945 unter den Parteimitgliedern „sehr viel Unklarheit über die politische Entwicklung": „Wo unsere Genossen selbständig die Parteiarbeit durchführten ohne in den letzten Jahren kollektive Bindungen an einem politischen Kreis hatten [sic], und sich nicht mit den Beschlüssen der Partei befassten, welche in kleinerem Kreis diskutiert wurden, da herrschte die Tendenz vor des Sowjetsystems oder der engen sektiererischen Linie, wie sie vor 1933 bestand." Parteimitglieder, aber auch SED-Kreisleiter kritisierten 1945/46 offen die Aufteilung der Gutsbetriebe, deren gemeinsame Bewirtschaftung durch die Bauern und Landarbeiter sie entschieden bevorzugten. Sie beriefen sich dabei vielfach auf Marx, Engels und Lenin und sprachen – wie Reutter im Oktober 1945 verärgert notierte – von „Revolution" und „Kollektivierung". In Bauernversammlungen forderten Altkommunisten mit Hinweis auf die UdSSR nachdrücklich, unverzüglich zur Kollektivwirtschaft überzugehen. Der Präsident der Deutschen Verwaltung für

116 Dagegen z.B. die Argumentation in: Mohr, 50 Jahre, S. 214. Zur Agrarpropaganda die Dokumente in: SAPMO-BArch, NY 4263/7, Bl. 125–129; NY 4283/8, Bl. 66–69. Ergänzend: Edwin Hoernle, Die demokratische Bodenreform in der Bewährungsprobe, Berlin 1947, S. 12f.; Rudolf Reutter, Die Bauernpolitik der SED, Berlin 1947, S. 25–32. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Sozialpolitik, S. 58; SAPMO-BArch, NY 4263/8, Bl. 97. Vgl. auch Steinberger/Graffunder/Herholz, Hoernle, S. 149. Entwurf der Deklaration vom 8. September 1945 in: SAPMO-BArch, NY 4036/683, Bl. 59f. Vollständiger Text des Aufrufs in: BLHA, Rep. 330, Nr. 16, Bl. 7. Allgemein zur Agrarprogrammatik der KPD 1945: Zank, Wirtschaft, S. 152f.; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 30; Sandford, Hitler, S. 82f., 87. Daneben: Nehrig/Piskol, Rolle, S. 325; Nehrig, Bodenreform, S. 103. Zum Ziel der politischen Bindung z.B. Hinweise in: SAPMO-BArch, NY 4263/8, Bl. 186; NY 4182/1059, Bl. 1.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Land- und Forstwirtschaft, Hoernle, berichtete dem ZK der KPD über die Durchführung der Bodenreform im November 1945, daß Parteigenossen auf dem Lande „unter irgendwelchen Vorwänden hintenherum irgendwie zur Kolchose wollen. Die individuelle Bauernwirtschaft steht aber auf der Tagesordnung."[117]

Noch umstrittener war in der KPD die Begrenzung der Neubauernstellen auf fünf bis maximal zehn Hektar. Das angeordnete Größenlimit lehnten vor allem sachkundige Mitglieder und Funktionäre ab, die in der Landwirtschaft gearbeitet hatten oder agrarpolitisch geschult waren. Sogar Hoernle hatte noch Anfang August 1945 Parzellen von bis zu zehn Hektar befürwortet, obgleich auch er an dem Ziel festhielt, eine große Zahl von Kleinbauern, Vertriebenen sowie Land- und Industriearbeitern mit Boden zu versorgen und der KPD damit eine vermeintlich loyale Basis dankbarer Landempfänger zu sichern. Auch in den Gemeindebodenkommissionen hatten KPD-Mitglieder die Rentabilität der Kleinstbetriebe bezweifelt, die nach den Verordnungen eingerichtet werden sollten. Kleinstellen boten – wie die Parteiführung argumentierte – zwar den Vorteil, daß der Boden und der Viehbestand durch intensiven Arbeitseinsatz besser ausgenutzt werden konnten als auf größeren Höfen; in der Not der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden aber vorrangig nicht die Produkte der kleinbäuerlichen Veredlungswirtschaft, sondern die unveredelten Erzeugnisse des großflächigen Ackerbaus (Getreide, Kartoffeln, Rüben) benötigt. Die schematische Festlegung der Betriebsgröße widersprach deshalb dem ökonomischen Zwang, die Agrarproduktion rasch nachhaltig zu steigern und damit eine Hungersnot abzuwenden. Die in Moskau geschulten Funktionäre, die in der KPD schnell Führungspositionen einnahmen und den Parteiapparat weitgehend kontrollierten, ließen sich von den Einwänden vieler Parteimitglieder aber nicht beeindrucken. Diese „Kader" setzten 1945 vielmehr das Personal und die materiellen Ressourcen der Landwirtschaftsabteilung des ZK, der im Oktober eingerichteten „Kommission für Landwirtschaftsfragen", der Abteilung Agitation und Propaganda und der Kaderabteilung der Parteizentrale ein, um Konzeptionen zu unterdrücken, die nicht mit ihrer Agrarpolitik übereinstimmten.[118]

Die Bodenreform wurde aber durchaus den Interessen großer Gruppen der Landbevölkerung gerecht und kam der Entschlossenheit entgegen, den Nationalsozialismus unwiderruflich zu überwinden. Das ihnen zugeteilte Land verband die Neubauern deshalb zunächst durchaus mit der KPD, obgleich die Parteiführung schon 1945/46 – wenn auch nicht ein-

117 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 330, Nr. 5, Bl. 11 (Interpunktion korrigiert); Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 336. Bericht Reutters in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/227, Bl. 64. Hierzu auch der Rückblick Hoernles in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/211, Bl. 380. Zu den innerparteilichen Konflikten über die Bodenreform zusammenfassend: Zank, Gesellschaftspolitik, S. 55; Naimark, Russen, S. 192; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 37; Nehrig/Piskol, Rolle, S. 329; Murken, Bodenreform-Kampagne, S. 59. Allgemein auch: Gareth Pritchard, The making of the GDR 1945–53. From antifascism to Stalinism, Manchester 2000, S. 60–63, 65f. Zu den politischen Ansprüchen und Zielen der kommunistischen Widerstandskämpfer: Ralf Keßler/Hartmut Rüdiger Peter, Antifaschisten in der SBZ. Zwischen elitärem Selbstverständnis und politischer Instrumentalisierung, in: VfZ 43 (1995), S. 611–633, hier: S. 617f., 620f., 629–632. Zu Brandenburg: Stößel, Positionen, S. 99f.

118 Schier, Alltagsleben im „sozialistischen Dorf", S. 50f.; Zank, Wirtschaft, S. 153f. Zu den Vorbehalten gegen Eingriffe in das Privateigentum: BLHA, Rep. 330, Nr. 15, Bl. 10. Zur Kritik am Größenlimit der Neubauernstellen z.B.: BLHA, Rep. 330, Nr. 1 („Bezirksparteitag der KPD am 6. April 1946 zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"); Steinberger/Graffunder/Herholz, Hoernle, S. 154.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

deutig – die Erwartung der „Umsiedler", in ihre Heimat zurückzukehren, dämpfte und den festverwurzelten Antikommunismus unter den Bauern kompromißlos bekämpfte. In der Notgemeinschaft und Mangelgesellschaft, die in den ersten Nachkriegsjahren auch auf dem Lande das Alltagsleben bestimmten, ermöglichte die Besitzumwälzung den Landempfängern und ihren Angehörigen, zu überleben und am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Neuaufbau teilzuhaben. Als Konzept wirtschaftlicher Rekonstruktion und gesellschaftlicher Integration wurde die Bodenreform so zu einem Symbol des „antifaschistisch"-demokratischen Neubeginns und zu einer wirkungsmächtigen Legitimitätsquelle der KPD, die schon ihren Zusammenschluß mit der SPD im Frühjahr 1946 mit der (nur nachträglich gefeierten) Kooperation zwischen den beiden Parteien in den Einheitsausschüssen bei der Durchführung der Bodenreform im vorangegangenen Herbst begründete. Nach einer Entschließung, die Parteigenossen am 9. September 1945 an die brandenburgische Provinzialverwaltung richteten, sollte durch die Landverteilung „ein Bauerntum geschaffen werden, das auf dem ihm anvertrauten Boden für einen freien demokratischen Staat und gegen alle faschistischen Regungen in unserem Volke kämpft." Die Bezirksleitung der KPD in Brandenburg hatte ihre Referenten und die Bezirksleiter der Partei schon drei Tage zuvor angewiesen, unbedingt „die Bodenreform propagandistisch für die Partei aus[zu]nutzen". Auch in Funktionärsversammlungen erklärten Parteimitglieder offen, daß „der Hauptsinn der Bodenreform der politische Sinn" war. Insgesamt hatte sich das beherrschende Ziel der Klientelbildung auf dem Lande gegenüber den Einwänden gegen eine abrupte Aufteilung des Bodens und der Betriebsmittel durchgesetzt.[119]

Neue Mitglieder und Anhänger der KPD/SED

Trotz der beträchtlichen Beharrungskraft der tiefverwurzelten Vorbehalte gegenüber der KPD auf dem Lande konnte die Partei durch ihre Bodenreformagitation zumindest vorübergehend auch Bauern und Landarbeiter mobilisieren. So hielt das Informationsbüro der SMAD in einem Bericht vom 3. November 1945 als Bilanz fest: „Die Durchführung der

119 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 330, Nr. 8, Bl. 72; Rep. 330, Nr. 5, Bl. 79; Rep. 330, Nr. 11, Bl. 30. Die Absicht, die Bauern und Landarbeiter für die KPD zu gewinnen, ist auch dokumentiert in: Benser/Krusch, Dokumente, Bd. 2, S. 18, 553; SAPMO-BArch, NY 4182/1069, Bl. 1–4; DY 30/IV 2/2022/55, Bl. 71; BLHA, Rep. 330, Nr. 19, Bl. 42; Rep. 330, Nr. 30, Bl. 7, 12f., 15–17; Rep. 330, Nr. 97, Bl. 1, 4f. Allgemein zum Motiv und dem (überwiegend überschätzten) Ausmaß der politischen Bindung: Ottofülling, Blockpolitik, S. 582–584; Sandford, Hitler, S. 117; Nehrig/Piskol, Dialektik, S. 14, 16f.; Mitter, „Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern", S. 78f.; Merz, Bodenreform, S. 1162; Kuntsche, Bauern, S. 235; Jochen-Christoph Kaiser, Klientelbildung und Formierung einer neuen politischen Kultur. Überlegungen zur Geschichte der Bodenreform in Thüringen, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand?", S. 119–131, hier: S. 126, 129; ders., Die Bodenreform als soziale Sicherung militärisch legitimierter Herrschaft, in: Bericht über die 40. Versammlung deutscher Historiker in Leipzig, 28. September bis 1. Oktober 1994, Leipzig 1995, S. 189–194, hier: S. 190, 192. Beispiel für die kompromißlose Wendung gegen die Rückkehrhoffnungen der Vertriebenen und die grobschlächtige Propaganda für die SED und die sowjetischen Besatzungsbehörden unter den Neubauern in: BLHA, Rep. 330, Nr. 25, Bl. 30f. Zum Stellenwert der Bodenreform bei der erzwungenen Fusion von SPD und KPD: BLHA, Rep. 330, Nr. 1 („Bezirksparteitag der KPD am 6. April 1946 zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"). Zu den Interessen der Landempfänger allgemein: Dorothee Wierling, Is there an East German Identity? Aspects of a Social History of the Soviet Zone/German Democratic Republic, in: TAJB 19 (1990), S. 193–207, hier: S. 197.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bodenreform hat dazu beigetragen, die Arbeit der Organisationen der Kommunistischen Partei von oben bis unten zu aktivieren. Das Parteiaktiv ist in Erscheinung getreten. Auf dem Lande hat sich der Zustrom von Anträgen auf Aufnahme in die Kommunistische Partei verstärkt. Allerdings verstehen es die Kommunisten nicht überall, ihre unter den Bauern gewachsene Autorität organisatorisch zu festigen." Die Enteignung der Gutsbesitzer und die vielerorts propagandistisch aufwendig inszenierte Vergabe ihres Bodens führten auf dem Lande neue soziale Konflikte herbei und politisierten die gesellschaftlichen Beziehungen, so daß der KPD-Führung der erhoffte nachhaltige Einbruch in die Lebenswelt vieler Landbewohner nicht gelang. In Brandenburg gewann die Partei allerdings im Spätsommer und Herbst 1945 offenbar deutlich mehr Landarbeiter als Bauern. Insgesamt waren in der SBZ am 31. Januar 1946 jedoch durchschnittlich 8,3 Prozent der KPD-Mitglieder Landarbeiter. Im Mai 1947 stellten Bauern in der SBZ schließlich 5,8 und Landarbeiter 3,6 Prozent der SED-Mitglieder; die entsprechenden Anteile in Brandenburg betrugen 9,8 bzw. 3,8 Prozent. Damit waren diese Gruppen in der SED aber insgesamt weiterhin deutlich unterrepräsentiert.[120]

Nach dem Vereinigungsparteitag waren in der Provinz von insgesamt 154.740 SED-Mitgliedern jedoch nur 10.370 Bauern (6,6 Prozent) – darunter 1.547 Neubauern – und 6.188 Landarbeiter (4,0 Prozent). In traditionell gutsherrschaftlich geprägten Kreisen wie Angermünde und Ostprignitz wies die Partei aber erheblich höhere Anteile von Bauern und Landarbeitern auf. Hier übertraf die KPD vielfach schon Ende 1945 die Mitgliederzahl der SPD. Bis zu den späten vierziger Jahren wuchs in Brandenburg der Anteil der „Genossen", die Bauern und Landarbeiter waren. So stellten Bauern hier im Dezember 1949 10,5 und Landarbeiter 4,6 Prozent der SED-Mitglieder. Hohe Anteile dieser Gruppen wiesen besonders die Parteiorganisationen in Kreisen wie Ostprignitz, Osthavelland, Prenzlau, Templin, Angermünde, Oberbarnim, Seelow und Ruppin auf, in denen die Bodenreform eine tiefgreifende Umwälzung der Agrar- und Sozialstruktur herbeigeführt hatte und viele Neubauern angesiedelt worden waren. Die Versorgungskrise 1947 und die sprunghafte Zunahme der Landrückgaben Ende der vierziger Jahre bestätigten aber die frühen Warnungen vor der unzureichenden Ausstattung der Neubauernbetriebe und der mangelnden Qualifikation ihrer Inhaber, so daß der Enthusiasmus des Neuaufbaus auf dem Lande erheblich zurückging. Auch die rigorose Zwangserfassung und die Repressionspolitik gegenüber den „Großbauern" steigerten den Unmut über die Politik der SED. Der Anteil der Bauern an den SED-Mitgliedern ging in Brandenburg deshalb allein von Dezember 1950 bis Oktober 1951 von 11,0 auf 8,7 Prozent zurück, wie die Parteiführung alarmiert registrierte. Landarbeiter stellten in der brandenburgischen SED im September 1951 insgesamt nur noch 3,2, im März 1952 lediglich 3,1 Prozent der Mitglieder. Die tendenzielle Abnahme der Anteile von Bauern und Landarbeitern an den SED-„Genossen" in den frühen fünfziger Jahren spiegelt zwar den allgemeinen numerischen Rückgang dieser beiden gesellschaftlichen Gruppen und die

120 BLHA, Rep. 330, Nr. 1 („Bezirksparteitag der KPD am 6. April 1946 zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"); Günter Benser, Zur sozialen und politischen Struktur der KPD und ihres Kaders (1945/46), in: BzG 39 (1997), H. 4, S. 17–40, hier: S. 20, 22; Urban/Schulz, Vereinigung, S. 94; Ottofülling, Blockpolitik, S. 585. Angabe zur SBZ für Mai 1947: Müller, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 489, 510. Zit. nach: Bonwetsch/Bordjugov/Naimark (Hg.), Politik, S. 20f. Berichte zur politischen Mobilisierung durch die Bodenreform in Brandenburg in: BLHA, Rep. 330, Nr. 5, Bl. 13; Rep. 330, Nr. 11, Bl. 43; Rep. 330, Nr. 18, Bl. 28f. Vgl. allgemein Kluge, Bodenreform 1945, S. 102f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Sogkraft der 1948 gegründeten DBD wider, ist aber auch auf die zunehmende Desillusionierung über die zur Staatspartei erhobene SED in diesen beiden Gesellschaftsgruppen zurückzuführen. Zudem war einer umfassenden Parteiüberprüfung 1951 eine Austrittswelle vorausgegangen, die auch Bauern und Landarbeiter erfaßt hatte.[121]

Die Bodenreform führte der SED auf dem Lande nicht nur neue Mitglieder, sondern auch viele Anhänger und Wähler zu. Die Resonanz, die der Partei mit der Landverteilung zugewachsen war, trat schon in den Gemeindewahlen deutlich hervor, die im September 1946 in den Ländern und Provinzen der SBZ durchgeführt wurden. Obgleich die SMAD den Wahlkampf der bürgerlichen Parteien systematisch behinderte, zeigen auch die Ergebnisse der Kreis- und Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946, daß die SED insgesamt zahlreiche neue Wähler unter den Bauern und Landarbeitern gewonnen hatte. Die Partei, die den Wählern mit dem Votum für ihre Agrarpolitik eine Absicherung der Bodenreform versprach, erzielte insgesamt in den ländlichen Regionen Mecklenburgs und Brandenburgs hohe Stimmenanteile, besonders unter Kleinstbauern, Landarbeitern und Vertriebenen. Diese Gruppen hatte das ZK der Partei am 14. Oktober auch explizit zur Abgabe ihrer Stimmen für die SED aufgerufen. In agrarischen Regionen, die einen hohen Anteil von Berufstätigen in der Landwirtschaft aufwiesen, hatten allerdings auch viele Wähler für die CDU gestimmt. So gewann diese Partei im brandenburgischen Landkreis Ostprignitz, wo 64,2 Prozent der Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft arbeiteten, bei den Wahlen am 20. Oktober 1946 durchschnittlich 36,5, die SED dagegen 34,5 Prozent der Stimmen. Die CDU erhielt in Wahlkreisen überproportional hohe Stimmenanteile, in denen 1928 die DNVP oder ländliche Interessenverbände wie die Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBLP) reüssiert hatten. Nach der NSDAP mußte auch die SED der Kontinuität politischer Lager auf kommunaler Ebene über die politischen Umbrüche von 1933 und 1945 hinweg Rechnung tragen. Besonders in gefestigten altbäuerlichen Milieus hatte sich offenbar lediglich ein politischer Repräsentanzwechsel vollzogen, obgleich auch die VdgB hier ihre Kandidaten konzentriert und in den Landkreisen bei den Gemeindewahlen zonenweit 2,6, bei den Landtagswahlen sogar 3,8 Prozent der Stimmen gewonnen hatte. In einer detaillierten Fallstudie zum Wahlverhalten in den brandenburgischen Kreisen West- und Ostprignitz ist nur eine schwache statistische Korrelation zwischen dem Anteil der Beschäftigten und der Stimmabgabe für oder gegen die SED festgestellt worden. Zudem erreichte die Partei unter den Vertriebenen und Flüchtlingen trotz bewußt vieldeutiger Stellungnahmen führender

121 Angaben für Mai 1946 nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1379, Bl. 35. Vgl. auch die Berichte in BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 54; Rep. 330, Nr. 11, Bl. 7. Zum Mitgliederstand in der Provinz Brandenburg Ende 1945: Urban/Schulz, Vereinigung, S. 49. Im Dezember 1946 hatte der Mitgliederanteil der Bauern in der SED in Brandenburg noch bei 8,8, derjenige der Landarbeiter bei 4,5 Prozent gelegen. Vgl. BLHA, Rep. 332, Nr. 236, Bl. 29. Angaben zum 25. Juni 1947 in: BLHA, Rep. 332, Nr. 412, Bl. 43. Mitgliederanteile für den Zeitraum vom April 1947 bis Juni 1949 in Brandenburg in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1381, Bl. 158. Weitere Angaben für 1948, auch zu einzelnen Kreisen des Landes Brandenburg, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1380, Bl. 17, 41f., 65, 72. Für Dezember 1949: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1381, Bl. 320f. Mitgliederanteile für 1951/52 nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1383, Bl. 1, 22, 84. Zum Rückgang der Zahl der Kleinbauern und Landarbeiter in der SED 1950/51 für die SBZ und zu den Austritten vor der „Parteisäuberung" 1951: Joachim Schultz, Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED, Stuttgart 1956, S. 251f.; Stößel, Positionen, S. 427. Zur Distanzierung der Bauern von der SED in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren in der SBZ allgemein auch: Naimark, Russen, S. 205, 207; Kuntsche, Bauern, S. 234f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Funktionäre wie Pieck zur Oder-Neiße-Grenze zumindest in Brandenburg weitaus geringere Stimmenanteile als unter den Alteingesessenen.[122]

Insgesamt gelang der SED erstmals ein Wahlerfolg in ländlichen Gemeinden, die der Partei bis zur Bodenreform weitgehend verschlossen waren. Dieser Befund kann nach neueren Korrelationsanalysen der historischen Wahlforschung weiter differenziert und präzisiert werden. Bei den Gemeindewahlen erreichte die SED in der SBZ einen Stimmenanteil von insgesamt 57,1 Prozent, in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern aber 59,8 bzw. 69,6 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern erzielte die SED in den Landkreisen mit einem Wähleranteil von 75,2 Prozent ein Ergebnis, das den entsprechenden Wert von 49,0 Prozent in den Städten deutlich übertraf. Im Kreis Neubrandenburg entfielen in den Dörfern der Amtsbezirke Woldegk und Friedland, in denen viele Neubauern angesiedelt worden waren, 54,8 bzw. 62,2 Prozent der Stimmen auf die SED. Auch in Brandenburg war die Partei bei den Gemeindewahlen in ländlichen Regionen erfolgreich. Allerdings wurde in Dörfern, in denen ausschließlich die SED kandidierte, ein hoher Anteil ungültiger Wahlstimmen registriert, so im Kreis Zauch-Belzig 23,7 Prozent. Auch in Dörfern, in denen nur die VdgB mit der führenden Partei konkurrierte, gaben viele Wähler – offenbar vor allem als Ausdruck ihres Protests – ungültige Stimmen ab. Bei den Landtagswahlen votierten in der SBZ 47,6 Prozent der Wähler für die jeweiligen Kandidaten der SED, in Brandenburg allerdings nur 43,9 Prozent. Bei den Kreistagswahlen, an denen die Vereinigung nicht teilnahm, konnte die SED in Mecklenburg-Vorpommern sogar 54,0 Prozent der Stimmen gewinnen, und die Partei erzielte auch in Brandenburg mit einem Wähleranteil von 45,6 Prozent im Vergleich mit dem Durchschnittswert für die SBZ (50,1 Prozent) noch ein gutes Ergebnis. Obgleich die bürgerlichen Parteien wegen der restriktiven Bestimmungen zum Wahlvorschlagsrecht nur bei den Landtagswahlen flächendeckend Kandidaten aufstellen konnten und auch bei

122 Spix, Bodenreform und Wahlverhalten, S. 86, 88f. Zu den Stellungnahmen von SED-Politikern zur Oder-Neiße-Grenze vor der Wahl: Andreas Malycha, „Wir haben erkannt, daß die Oder-Neiße-Grenze die Friedensgrenze ist". Die SED und die neue Ostgrenze 1945 bis 1951, in: DA 33 (2000), S. 193–207, hier: S. 197–201; Manfred Wille, SED und „Umsiedler" – Vertriebenenpolitik der Einheitspartei im ersten Nachkriegsjahrzehnt, in: Hoffmann/Schwartz (Hg.), Geglückte Integration?, S. 91–104, hier: S. 94f.; Stößel, Positionen, S. 243. Zu dem expliziten Bezug zur Bodenreform: Torsten Mehlhase, Die SED und die Vertriebenen. Versuche der politischen Einflußnahme und der „Umerziehung" in den ersten Nachkriegsjahren in Sachsen-Anhalt, in: Wille/Hoffmann/Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren, S. 159–177, hier: S. 166f. Allgemein: Günter Braun, Determinanten der Wahlentscheidungen in der Sowjetischen Besatzungszone 1946, in: DS 24 (1986), S. 341–357, hier: S. 344f., 347, 351f., 354; Karl Schmitt, Politische Landschaften im Umbruch. Das Gebiet der ehemaligen DDR 1928–1990, in: Oscar W. Gabriel/Klaus G. Troitzsch (Hg.), Wahlen in Zeiten des Umbruchs, Frankfurt/M. 1993, S. 303–341, hier: S. 415, 419f., 424. Daneben: Karl-Heinz Hajna, Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ – eine Untersuchung der Begleitumstände der Wahl, Frankfurt/M. 2000, S. 41–180, 199f. Zu den Interventionen der SMAD in den Wahlkampf 1946: Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 44–110. Zur Lagerkontinuität in Sachsen: Christopher Beckmann, Zweierlei Gleichschaltung. Die Durchsetzung des Machtanspruchs von NSDAP und SED auf kommunaler Ebene, in: Heydemann/Jesse (Hg.), Diktaturvergleich, S. 259–282, hier: S. 280f. Konzept des Repräsentanzwechsels für Niedersachsen entfaltet und empirisch belegt in: Karl-Heinz Naßmacher, Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen. Wählertradition, Parteielite und parlamentarische Aktivität niedersächsischer Regionalparteien nach 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 55 (1983), S. 71–97; ders., Kontinuität und Wandel eines regionalen Parteisystems. Zur politischen Entwicklung Oldenburgs im 20. Jahrhundert, in: Wolfgang Günther (Hg.), Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg. Studien zur Regionalgeschichte vom 17. bis 20. Jahrhundert, Oldenburg 1981, S. 221–251.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

der Wahlwerbung von der SMAD nachhaltig behindert wurden, zeigen die Ergebnisse insgesamt, daß die SED in der unmittelbaren Nachkriegszeit in ländlichen Gebieten neue Anhänger gewonnen hatte. Damit war das Stadt-Land-Gefälle, das die Wähleranteile der KPD bis 1933 aufgewiesen hatten, insgesamt nivelliert worden. Auch wenn die SED in einzelnen Neubauerndörfern einen besonders hohen Anteil der Stimmen erreicht hatte, war ihr Wähleranteil insgesamt von dem Prozentsatz der Bodenempfänger weitgehend unabhängig. Allerdings erzielte die Partei bei den nicht mehr freien Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß im Mai 1949 und im Oktober 1950 sowie bei der „Volksbefragung" im Juli 1951 tendenziell in Neubauerndörfern gute Ergebnisse, wie die Stimmenverteilung in Brandenburg andeutet.[123]

Die Schlüsselrolle der sowjetischen Besatzungsmacht

In den Wahlen begünstigte die SED offenbar die wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik, die von den deutschen Kommunisten weder ausgelöst worden war noch letztlich von ihnen kontrolliert wurde. Der politische Druck der SMAD bewirkte auch, daß der Widerstand in den bürgerlichen Parteien schnell überwunden und die Bodenreformverordnungen in den Ländern und Provinzen – vor allem in Sachsen – handstreichartig oktroyiert werden konnten. Die sowjetische Militärverwaltung überwachte strikt die Durchführung der Bodenreform, die von den Funktionären der KPD vorangetrieben wurde. So legte Semjonow in einem Bericht an das sowjetische Außenministerium am 28. September 1945 am Beispiel der Landaufteilung in der Gemeinde Plänitz die Erfolge, aber auch den politischen Widerstand führender CDU-Politiker und die Zurückhaltung vieler Bauern bei der Enteignung der Gutsbesitzer dar. Aufgezeichnete Stellungnahmen gegen die radikale Bodenreformpolitik der KPD-Führung veranlaßten hochrangige sowjetische Besatzungsoffiziere wiederholt, die Absetzung einflußreicher christdemokratischer Politiker zu fordern. Der Chef der SMA in der Provinz Sachsen, Generalmajor Alexandr G. Kotikow, warf Schreiber in einem Bericht vom 5. Oktober 1945 u.a. vor, „die Demokratie zu reaktionären Zwecken zu mißbrauchen [...], gegen die Bodenreform mobil zu machen [...], Großgrundbesitzer und Junker in Schutz zu nehmen und die werktätige Bauernschaft zu verleumden ..." Zudem kontrollierten die

123 Dieter Schulz, Entwicklungsprozesse in den Bündnisbeziehungen zwischen Arbeiterklasse und Bauern in der DDR bis 1953, in: Pellmann/Baum (Hg.), Aspekte, S. 33–38, hier: S. 33; ders., Probleme, S. 9f.; Hajna, Landtagswahlen, S. 188, 242f.; BLHA, Rep. 332, Nr. 238, Bl. 263, 291, 293f. Allgemein: Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 101f. Ergebnisse der Wahlen in: Jürgen Falter/Cornelia Weins, Die Wahlen in der Sowjetisch Besetzten Zone von 1946. Eine wahlhistorische Analyse, in: Mehringer/Schwartz/Wentker (Hg.), Erobert oder befreit?, S. 215–233, hier: S. 217, 220–225, 227–229; Braun, Determinanten, S. 344–346a; Schmitt, Landschaften, S. 420–423; Spix, Bodenreform und Wahlverhalten, S. 84, 87, 89. Vgl. auch Dieter Marc Schneider, Renaissance und Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone, in: VfZ 37 (1989), S. 457–497, hier: S. 484 (Anm. 90), Widmann, Brandenburg, S. 393. Angaben zum Kreis Neubrandenburg in: Rudolf Woderich, Zu den Anfängen der Demokratisierung des Dorfes in Ostmecklenburg von 1945 bis Ende 1947, dargestellt vornehmlich am Beispiel des Kreises Neubrandenburg, Diss., Universität Rostock 1965 (Ms.), S. 120f. Zu Mecklenburg-Vorpommern daneben die Hinweise in: Michael Schwartz, „Umsiedler" in der Zusammenbruchsgesellschaft. Soziale und politische Dimensionen des Vertriebenenproblems in der frühen SBZ, in: Mehringer/Schwartz/Wentker (Hg.), Erobert oder befreit?, S. 235–262, hier: S. 261; Jörg Roesler, The refugee problem in the Soviet Occupation Zone 1945–1949, in: GDR Monitor, Nr. 21/1989, S. 1–20, hier: S. 19. Vgl. auch Bauerkämper, Neubauern, S. 120.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Besatzungsbehörden rigide die landwirtschaftliche Erzeugung, aus der sie Reparationen oder Lebensmittel zur Versorgung der in der SBZ stationierten Truppenverbände entnahmen. Auch die im Juli 1945 als Zentralbehörde gebildete Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft war zunächst weitgehend Ausführungsorgan sowjetischer Anordnungen. Nach dem Übergang zur zentralen Wirtschaftslenkung und der Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) im Juni 1947 konnte die zentrale Agrarverwaltung, die im Juni 1948 als Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft in die DWK überführt wurde, ihren Handlungsspielraum gegenüber der SMAD allerdings schrittweise erweitern.[124]

In der Militäradministration steuerte die zentrale sowjetische Staats- und Parteiverwaltung in Moskau vertikale Kommandolinien, die strikt getrennt verliefen und einzelne Abteilungen direkt den Weisungen der jeweils übergeordneten Instanzen unterwarfen. Der Chef der SMAD, der nach der alliierten Erklärung vom 5. Juni 1945 die oberste Gewalt in der SBZ autonom und gemeinsam über Deutschland im Kontrollrat ausübte, und die Leiter der regionalen Besatzungsbehörden kontrollierten diese Verbindungen nur unzureichend, so daß sie die Herausbildung rivalisierender Gruppen in ihren Befehlsbereichen nicht verhindern konnten. Ihre Anweisungen zur Bodenreform waren deshalb nicht durchweg eindeutig, gelegentlich sogar widersprüchlich. Da sich zwischen deutschen Ämtern und sowjetischen Dienststellen überdies noch kein Regelungsverfahren herausgebildet hatte, mußten auch einzelne Probleme permanent abgesprochen werden. Bei der Bodenreform drängten die sowjetischen Militärverwaltungen die deutschen Verwaltungsbehörden und die Leitungen der KPD bzw. SED durchweg, die Besitzumverteilung bei der Bodenreform zu beschleunigen und die Neubauernbetriebe energisch zu konsolidieren. Offiziell als Kooperation idealisiert, wurden die Gespräche zwischen den für die Agrarwirtschaft und die Bodenreform zuständigen deutschen Politikern und Spitzenbeamten und sowjetischen Offizieren weitgehend von den Anweisungen der SMAD beherrscht. So mußten die zuständigen Abteilungen in den Länder- und Provinzialverwaltungen die Ausführungsverordnungen, die sie zur rechtlichen Sicherung und ökonomischen Festigung der Neubauern erließen, jeweils den regionalen oder zentralen sowjetischen Besatzungsbehörden vorlegen, die vielfach einzelne Bestimmungen veränderten. Dabei konnte mangelhafte Kompetenz deutscher Politiker leicht ausgenutzt werden. So gestand der brandenburgische Innenminister Bechler im Rückblick ein, daß ihm die Absprache mit den sowjetischen Offizieren bei der Durchsetzung der Bodenreform „sehr geholfen" hatte, „weil ich ja wirklich fachlich keine Ahnung hatte." Nach der Abstimmung mit der SMA erteilte die brandenburgische Provinzialverwaltung den

124 Merker, Zentralverwaltungen, S. 25, 30, 34–36, 39f., 127, 140–142; ders., Landes- und Zentralverwaltungen, S. 99–101. Zit. nach: Kynin/Laufer (Bearb.), SSSR, S. 258. Bericht Semjonows vom 28. September 1945 in: ebd., S. 238–245. Zu den Aufgaben der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft und zum Übergang zur Wirtschaftslenkung: Niedbalski, Zentralverwaltungen, S. 456–477; André Steiner, Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947, in: APZ, B 49–50/93, 3.12.1993, S. 32–39; ders., Die Deutsche Wirtschaftskommission – ein ordnungspolitisches Machtinstrument?, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000, S. 85–105. Zum Nexus von sowjetischer Reparationspolitik und der Herausbildung der Zentralplanwirtschaft in der Industrie: Christoph Buchheim, Kriegsfolgen und Wirtschaftswachstum in der SBZ/DDR, in: GG 25 (1999), S. 515–529, hier: S. 521. Beschönigende Darstellung der Rolle des sowjetischen Militärapparates z.B. in: Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 57; Kuntsche, Unterstützung, S. 143, 146, 149f., 155–182. Dagegen: Weber, Umgestaltung, S. 2832f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ihr untergeordneten Institutionen – oft beeinflußt von sowjetischen Offizieren – direkt detaillierte Anweisungen, so im Februar bzw. März 1946 zur restlosen Aufteilung des enteigneten Landes und zur Überprüfung der Bodenreform. Im August 1947 erging schließlich der Befehl, die noch in ihren Heimatkreisen lebenden Gutsbesitzer auszuweisen. Überdies forderten die führenden Offiziere der SMA in Brandenburg regelmäßig, ihnen Statistiken zum Stand der Bodenreform vorzulegen.[125]

Die sowjetische Militäradministration verlangte von den zuständigen deutschen Behörden nicht nur ständig, die Durchführung der Bodenreform zu überprüfen, die Aufteilung des Landes zu beschleunigen und das im September 1947 angeordnete Neubauernbauprogramm zu forcieren, sondern griff auch direkt in die Umwälzung der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft ein. So wies die SMA der Provinz Brandenburg den Minister für Wirtschaftsplanung, Rau, im März 1947 an, Provinzialgüter aufzuteilen, die als unrentabel eingestuft worden waren. Umgekehrt hatten sowjetische Kommandanten im Herbst Güter besetzt, deren Aufteilung sie kategorisch ablehnten. Noch im Juli 1947 verfügten die Militäreinheiten in Brandenburg über 89 Güter, die 1,3 Prozent des Bodenfonds umfaßten. Sowjetische Offiziere schirmten die von ihnen beschlagnahmten Gutshöfe oft hermetisch ab und plünderten viele Betriebe aus. Da sie zur Versorgung der unzureichend ernährten Soldaten benötigt wurden, verzögerten die Truppen die Rückgabe der konfiszierten Betriebe, deren Freigabe ohnehin von der SMAD genehmigt werden mußte. Auch in Dörfern, die noch nicht geräumt waren, beschlagnahmten Restkommandos Bauernhöfe, Vieh, Maschinen und Geräte. Einzelne sowjetische Offiziere handelten bei der Umwälzung auf dem Lande auch völlig autonom, indem sie Neubauern willkürlich Boden oder Wald zuteilten. Militärtribunale der Besatzungsmacht enteigneten außer Gutsbesitzern auch viele Landwirte und beschleunigten so den politisch herbeigeführten Transformationsprozeß in der SBZ. Obgleich deutsche Politiker und Verwaltungsbeamte viele Tribunalurteile, die der Rechtsprechung ordentlicher Gerichte entzogen waren, nachträglich bestätigen mußten und vereinzelt sogar SED-Kreisleitungen die „unmöglichen Zustände" auf den sowjetischen Versorgungsgütern kritisierten, führte die ländliche Bevölkerung die Bodenreform vielerorts auf eine Allianz von deutschen Parteifunktionären und sowjetischen Besatzungsoffizieren zurück. So berichtete der Landrat des Kreises Oberbarnim im Dezember 1945: „Die Bodenreform wird allgemein als eine Massnahme der sowjetischen Besatzungsbehörde und als solche als Erfüllung eines Teiles des Programms der Kommunistischen Partei Deutschlands betrachtet." Insgesamt kontrollierte die sowjetische Besatzungsverwaltung zumindest bis zu den späten

125 Zit. aus einem Interview mit Bernhard Bechler, 17.8.1995. Zur Gründung der SMAD und zur Organisationsstruktur dieser Besatzungsbehörde: Stefan Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar 1996, S. 21–43. Zur Kommandostruktur und zu den Koordinationsproblemen in der Landwirtschaftspolitik: Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949, S. 311, 342, 354, 390, 397f.; ders., (Bearb.), Inventar, S. 36, 38, 40–45. Dazu auch: Viacheslav Nevsky, Soviet Agricultural Policy in Eastern Germany, 1945–1949, in: Robert Slusser (Hg.), Soviet Economic Policy in Postwar Germany. A Collection of Papers by Former Soviet Officials, New York 1953, S. 87–92. Zur Abstimmung: Merker, Landes- und Zentralverwaltungen, S. 101. Erklärung vom 5. Juni 1945 in: Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Genfer Außenministerkonferenz 1959, Hauptbd.: Chronik der Ereignisse, zusammengestellt v. Heinrich Siegler, Bonn 1959, S. 25–33. Dazu auch: Benz, Potsdam, S. 69f. Einblicke in das asymmetrische Verhältnis zwischen deutschen Dienststellen und sowjetischen Militärbehörden vermitteln die Gesprächsprotokolle und Befehle in: Warning, Dokumente, S. 640f.; BArch, DK-1, Nr. 7545, Bl. 11–13; BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 22, Bl. 36, 71; Rep. 202 A, Nr. 420, Bl. 268.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

vierziger Jahren weitgehend die deutschen Behörden, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch auf dem Lande herbeiführten. Oft griff die sowjetische Administration darüber hinaus direkt in Entscheidungen deutscher Behörden – auch untergeordneter Ämter – ein, deren Handlungsspielraum damit begrenzt blieb.[126]

Provinzial- bzw. Landesgüter und die „Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe"

Im Herbst 1945 wurden aber keineswegs alle beschlagnahmten Güter aufgeteilt. Die Direktive des ZK vom 22. August 1945 und die Bodenreformverordnungen, die Anfang September von den Landes- bzw. Provinzialverwaltungen erlassen worden waren, hatten vielmehr ausdrücklich zugelassen, Mustergüter und Betriebe, die der agrarwissenschaftlichen Forschung und landwirtschaftlichen Lehre dienten, als Wirtschaftseinheiten zu erhalten.[127]

In Brandenburg wurden von Juli 1945 bis September 1946 insgesamt 109 Provinzialgüter gebildet. Im August 1947 bewirtschafteten schließlich aber nur noch 78 Betriebe 41.215 ha. Auf den Gütern sollten vor allem Pflanzensorten und Tiere gezüchtet und Sonderkulturen angebaut werden. Die Bewirtschaftung und Kontrolle der Betriebe oblag der brandenburgischen Provinzial- bzw. (seit August 1947) Landesgüterverwaltung, die von einem Vorstand geleitet und im Sommer 1947 zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts umgeformt wurde. Der Behörde unterstanden in Brandenburg zehn Bezirksgüterverwaltungen, die den Direktoren der Güter Anweisungen erteilten. Als 1948 der Zweijahrplan (1949/50) vorbereitet wurde, sollten die Güter hochgesteckte wirtschaftliche und politische Ziele erfüllen, um „in jeder Beziehung als Musterwirtschaften für die Kleinbetriebe beispielgebend und

126 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 332, Nr. 620, Bl. 22; Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 717, Bl. 10 (Interpunktion korrigiert). SMA-Befehl vom 8. März 1947 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 4359, Bl. 29–31. Vgl. auch Klaus Geßner (Bearb.), Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg 1945–1949, Frankfurt/M. 1997, bes. S. 50, 71, 98. Wert für Juli 1947 nach: BArch, DK-1, Nr. 8818, Bl. 1f. Zur Ausplünderung von Gutsbetrieben exemplarisch der Bericht in: BArch, DK-1, Nr. 7592, Bl. 116f. Zum Kreis Lebus: BArch, DK-1, Nr. 8924, Bl. 409, 411. Zur Ausgangslage in Brandenburg im September 1945: BLHA, Rep. 330, Nr. 19, Bl. 5. Berichte über verwahrloste Versorgungsgüter der Roten Armee und Bodenreformland, das von sowjetischen Truppen bearbeitet wurde, auch in: BArch, DK-1, Nr. 8898, Bl. 15; SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 148f., 155; BLHA, Rep. 255, Buckow, Nr. 1 (Schreiben v. 29.9.1945); Rep. 330, Nr. 24, Bl. 10; Rep. 330, Nr. 116, Bl. 86; Rep. 332, Nr. 638, Bl. 13f. Zur Besetzung von Bauernhöfen: BLHA, Rep. 208, Nr. 5/1, Bl. 612. Zu den Tribunalurteilen: Peter Erler, Zur Tätigkeit der sowjetischen Militärtribunale in Deutschland, in: Peter Reif-Spirek/Bodo Ritscher (Hg.), Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit", Berlin 1999, S. 204–221, hier: S. 209. Daneben: Karl Wilhelm Fricke, Dimensionen von Opposition und Widerstand in der DDR, in: Henke/Steinbach/Tuchel (Hg.), Widerstand, S. 21–43, hier: S. 40; Reinert, Bodenreform, S. 33f.; ders., Parteien, S. 81 (Anm. 165); BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 25, Bl. 471; Rep. 332, Nr. 638, Bl. 10; Rep. 332, Nr. 639, Bl. 128f. Zur Rückgabe von Gutshöfen durch die Rote Armee: BLHA, Rep. 208, Nr. 187, Bl. 112; Rep. 208, Nr. 2428, Bl. 98; Rep. 255, Amtsbez. Krausnick, Kr. Beeskow-Storkow, Nr. 19, Bl. 92; Rep. 330, Nr. 26, Bl. 1.

127 Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 118–120; Nehrig/Piskol, Dialektik, S. 19, 21. Zu den Bestimmungen vgl. Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 15; Reuber/Skibbe (Bearb.), Bodenreform, S. 56. Beispielhaft zur Umwandlung von Mustergütern: Siegfried Münzner, Die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft im Kreis Spremberg. Ausdruck der erfolgreichen Agrarpolitik der SED, Abschnitt I: 1945–1951, hg. von der Kreisleitung Spremberg der SED, Spremberg 1980, S. 60.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

aufklärend" zu wirken. So hatten sie nicht nur hochwertiges Saatgut und leistungsfähige Tierrassen zu züchten, sondern auch neue Wirtschaftsverfahren zu entwickeln, den Neubauern zu helfen und unfruchtbare Böden zu bestellen. Darüber hinaus sollten sie die neue politische Ordnung in der SBZ festigen, indem sie die „Demokratisierung der Wirtschaft und des Lebens auf dem Lande" vorantrieben und die „Bündnisse der Arbeiter und Bauern" förderten.[128]

Auch der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe fiel bei der Bodenreform wertvolles Eigentum zu. Die VdgB ging 1946/47 aus den „Komitees" bzw. „Ausschüssen der gegenseitigen Bauernhilfe" hervor, die 1944/45 von der Exilführung der KPD in der UdSSR als Formen genossenschaftlicher Kooperation konzipiert und gleichermaßen in der Direktive des ZK vom 22. August 1945 und in den Bodenreformverordnungen der Landes- bzw. Provinzialverwaltungen befürwortet worden waren. Die Bauernkomitees, deren Mitglieder z.T. bereits den im Sommer 1945 gebildeten Ernteausschüssen angehört hatten, wurden zunächst aber nur zögernd gebildet, und erst vom 17. Oktober bis 2. November 1945 ergingen in allen Ländern und Provinzen der SBZ Richtlinien zur Bildung der Ausschüsse. Bodenempfänger und interessierte „werktätige" Bauern sollten Ausschüsse mit jeweils fünf bis sieben Mitgliedern wählen, denen besonders auferlegt wurde, Maschinen und große landwirtschaftliche Geräte, die auf den Gutsbetrieben beschlagnahmt worden waren, zu übernehmen, damit Ausleihstellen einzurichten und die bäuerliche Gemeinschaftshilfe zu organisieren. Außerdem sollten die Ausschüsse agrarische Verarbeitungsbetriebe weiterführen und die Bauern wirtschaftlich beraten. Nachdem im Februar 1946 auf einer Arbeitstagung der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft ein Musterstatut der VdgB verabschiedet worden war, wurden im März 1946 die Landesorganisationen der Vereinigung gebildet, die über ihre ökonomischen Funktionen hinaus das „Bündnis" von Arbeitern und Bauern festigen und so die Agrarpolitik der Machthaber in der SMAD und KPD absichern sollten. Die Organisation blieb aber zunächst schwach, zumal von den 8.073 örtlichen Vereinigungen, die sich bis Anfang Februar 1946 in der SBZ konstituiert hatten, viele personell mit den Gemeindebodenkommissionen identisch oder eng verflochten waren. Zudem lehnten sich die Kreisorgane der VdgB eng an die Landwirtschaftsverwaltung an. Erst auf dem ersten „Deutschen Bauerntag" am 22. und 23. November 1947 wurden ein Vorstand und Hauptausschuß gewählt, die den im Mai 1946 eingesetzten vorläufigen Zonenausschuß ersetzten. Die Satzung, die gleichfalls im November 1947 beschlossen wurde, verpflichtete die Organisation vor allem zur Festigung der Bodenreform durch ihre Hilfe für die „werktätigen" Bauern. Mit ihrem Befehl Nr. 61 vom 14. April 1948 unterstellte die SMAD die VdgB als „Körperschaft öffentlichen Rechts" schließlich der Aufsicht der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft (HVLF) in der DWK.[129]

---

128 Zit. nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 5, Bl. 275f. (Orthographie korrigiert). Verzeichnis vom 8. Oktober 1945 in: BArch, DK-1, Nr. 7592, Bl. 213–215. Liste vom 26. Oktober 1945 in: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 432, Bl. 53–55. Aufstellung vom 12. Juni 1946 in: BLHA, Rep. 208, Nr. Nr. 4359, Bl. 1–3. Angabe für August 1947 in: BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 20. Zur Bildung und Organisationsstruktur der Landesgüterverwaltung: BLHA, Rep. 208, Nr. 2367, Bl. 1f.; BArch, DK-1, Nr. 9024, Bl. 98f. Zur Vieh- und Saatzucht auf den Gütern: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/137, Bl. 288; Heinrich Rau, Aus eigener Kraft. Wirtschaftsplan 1946 für die Landwirtschaft der Mark Brandenburg, Potsdam o.J. [1945], S. 22.

129 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 46–58. Daneben: Bernhard Wernet, Zur Rolle und Funktion der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952), in: Hermann Weber (Hg.), Parteiensysteme zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Insgesamt war der Aufbau der VdgB in der SBZ weitgehend von der sowjetischen Militärverwaltung und dem Zentralkomitee der SED gesteuert worden. In einem internen Bericht über die Einrichtung der Organisation stellte Fritz Scholz[130], der nach der Vereinigung von KPD und SPD die Abteilung Landwirtschaft im ZK der SED leitete, im August 1947 selbstbewußt fest: „Ideenmässig wird die VdgB von der Abteilung Landwirtschaft gelenkt." Am 15. Februar 1946 hatte das ZK der KPD alle Bezirkssekretäre der Partei aufgerufen, Kreis- sowie Provinz- und Landesausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe zu konstituieren. Das Führungsgremium der Partei ordnete dazu Wahlen an, deren Ablauf präzise vorgeschrieben wurde. Auch den Text des Musterstatuts, das die Teilnehmer der Arbeitstagung im Februar 1946 bestätigten, hatte die ZK-Abteilung für Landwirtschaft schon seit November 1945 vorbereitet und schließlich festgelegt. Paul Merker[131], der im Zentralkomitee für Landwirtschaft zuständig war, ließ 1947 in enger Abstimmung mit der SMAD auch den Entwurf der Satzung für die VdgB-Hauptvereinigung erarbeiten, in dem die Organe des Spitzenverbandes – der Verbandstag, Verbandsausschuß und Vorstand sowie das Zentrale Bauernsekretariat – konzipiert und die Mitglieder des Zonenvorstandes bestimmt wurden.[132]

Verbunden mit dem Idealismus des Neuaufbaus und dem traditionalen Konzept gesellschaftlichen Zusammenschlusses in einer homogenen Gemeinschaft, wurde der unablässig propagierte „antifaschistische" Konsens insgesamt zu einer wichtigen politischen Legitimi-

---

Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982, S. 241–280, hier: S. 241–244, 253–258; Dietrich Staritz, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 760–766, hier: S. 760, 763; Henkel, Staatspartei, S. 209–213; Buchsteiner, Bodenreform, S. 22f.; Detlef Schubert/Bernd Jauch, Zur Rolle der VdgB bei der Herausbildung, Festigung und Weiterentwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft, in: Pellmann/Baum (Hg.), Aspekte, S. 65–69, hier: S. 66; Andreas Herbst, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), in: Benz (Hg.), Deutschland, S. 315f., hier: S. 315. Andere Interpretation und unvollständige Darstellung in: Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 73–76. Zur ideologisch-programmatischen Grundlage: Piskol, Konzeption, S. 76. Zu den Aufgaben der Komitees nach der ZK-Direktive vom 22. August 1945: Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 17f. Zur Bildung und Organisationsstruktur der VdgB als Selbstdarstellung: Rudolf Reutter, Was will die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe?, Berlin 1946, S. 9–22.

130 Scholz war in der Abteilung Landwirtschaft des ZK zuständig für die Referate Bäuerliche Betriebswirtschaft, Bodenreform und -recht sowie Ernährungswirtschaft, während Reutter die Abteilungen für bäuerliche Organisationen, Bauernhilfe und landwirtschaftliches Bauen sowie Westzonen leitete. Scholz lehnte diese Verteilung der Referate 1947 aber ab. Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/55, Bl. 76f. Zur Biographie auch: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 506, 1021.

131 Paul Merker (1894–1969) trat 1917 in die USPD und 1920 in die KPD ein. Von 1924 bis 1932 gehörte er dem Preußischen Landtag und von 1926 bis 1930 dem ZK und Politbüro der KPD an. 1934/35 war er mit der illegalen Landesleitung der KPD betraut, bevor er zunächst nach Frankreich und 1942 nach Mexiko ins Exil flüchtete, wo er viele Beiträge in der Monatsschrift „Freies Deutschland" veröffentlichte. Von 1946 bis 1950 war er Mitglied des Parteivorstands bzw. des Zentralsekretariats der SED. 1949/50 gehörte er dem Politbüro der SED und als Staatssekretär im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft auch der Regierung der DDR an. Nach seinem Parteiausschluß 1950 wurde er 1952 verhaftet, erst vier Jahre später entlassen und anschließend rehabilitiert. Biographische Angaben in: Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 226; Cerny (Hg.), DDR, S. 308; Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 977f. Vgl. auch Jeffrey Herf, Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Merker aus SED- und MfS-Archiven, in: VfZ 42 (1994), S. 635–667.

132 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4182/1055, Bl. 1–18, 19f., 20f.; DY 30/IV 2/7/135, Bl. 71–77; DY 30/IV 2/7/276, Bl. 3–6, 235. Dazu auch die Anweisung des ZK der KPD vom 15. Februar 1946 in: Schwank/Göttlicher, KPD, S. 860f. Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/55, Bl. 72.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

tätsquelle der Bodenreform. Das herrschaftspragmatische Konzept der KPD zielte auf tiefgreifende Strukturreformen und erlaubte der Bevölkerung damit, individuelle Verantwortung und Schuld zu verdrängen und zu verschweigen. Außer der Zuteilung knapper, aber lebenswichtiger Ressourcen wie Land gewann die Bodenreform sozialpsychologisch ihre Attraktivität aus dem Angebot, die Vergangenheitskritik auf die Rolle der pauschal diffamierten Gutsbesitzer, der führenden Repräsentanten des „Dritten Reiches" und der Funktionsträger der NSDAP zu beschränken. Indem die Verbrechen des NS-Regimes auf diese Gruppe der Enteigneten projiziert wurden, stigmatisierte und isolierte die KPD eine traditionale Herrschaftsgruppe, die den Aufbau der anvisierten neuen Gesellschaft auf dem Lande zu blockieren drohte. Mit der radikalen Enteignung demonstrierte die sowjetische Staats- und Parteiführung ebenso wie die führenden deutschen Kommunisten zugleich schon 1945 ihren Anspruch auf die politische Vorherrschaft in der SBZ. Insgesamt verlieh der Nexus von Lockung und Zwang als Merkmal der politischen Herrschaftsordnung unter sowjetischer Kuratel der Bodenreform ihre spezifische, unwiderstehliche Dynamik, der sich gleichwohl gesellschaftliche Organisationen und Parteien entgegenstellten. Besonders die Kirchen und bürgerlichen Parteien kritisierten entschieden das agrarpolitische Konzept und das rigorose Vorgehen gegen die Gutsbesitzer, deren undifferenzierte und entschädigungslose Enteignung zudem in Westdeutschland überwiegend scharf abgelehnt wurde. Zwar hatten auch hier die CDU und – noch länger – die SPD eine Bodenreform gefordert, um das beschlagnahmte Land Vertriebenen zuzuteilen. Überdies war auch in den westlichen Besatzungszonen zunächst eine arbeitsintensive, auf Klein- und Kleinstbetrieben beruhende Veredlungswirtschaft als agrarpolitische Konzeption bevorzugt worden, um die Nahrungsmittelversorgung zu gewährleisten und Vertriebene auf dem Lande in den wirtschaftlichen Wiederaufbau einzubeziehen. Ebenso wie die Vertreter der Landwirtschaft, die der Siedlungskonzeption nur grundsätzlich zustimmten, hatte aber besonders die CDU gefordert, die Enteigneten zu entschädigen und das Prinzip des Privateigentums zu schützen. Da die Verabschiedung von Bodenreformgesetzen schließlich – nicht zuletzt unter dem Eindruck der bauernfeindlichen Agrarpolitik des SED-Regimes – in den späten vierziger Jahren von den politischen Parteien und Vertretern der Bauernverbände in den Landesparlamenten verzögert und ihre Bestimmungen entschärft wurden, erfaßte die Umverteilung in Westdeutschland insgesamt lediglich fünf Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Nachdem in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Ernährungslage die Durchsetzung einer radikalen Bodenreform in Westdeutschland politisch blockiert hatte, entzog ihr der erneut einsetzende Strukturwandel der Landwirtschaft in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren vollends den Boden.[133]

133 Trittel, „Siedlung", S. 181–207; Enders, Bodenreform, S. 169–180. Als instruktive Regionalstudie: Jenspeter Rosenfeldt, Nicht einer ... viele sollen leben. Landreform in Schleswig-Holstein 1945–1950, Kiel 1991. Vergleichend: Trittel, Die Bodenreform – ein Beitrag der Besatzungsmächte zur gesellschaftlichen Strukturreform Nachkriegsdeutschlands 1945–1949, S. 28–47. Überblick in: Ulrich Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Hamburg 1989, S. 67–72; Feldenkirchen, Agrarpolitik, S. 269f., 275f., 285, 289.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

3. Auf dem Weg zur Kollektivierung? Die Repression der „Großbauern", die Auflösung der Raiffeisengenossenschaften und der Übergang zur Planwirtschaft in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren

Politische Weichenstellungen 1947–1949

In den späten vierziger Jahren setzte die Führung der SED, die zur Staatspartei mutierte, einen weiteren Transformationsschub in der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft durch. Mit der Stalinisierung der Partei, der Zentralisierung der Verwaltungskompetenzen und – damit verbunden – dem Aufbau der zentralen Wirtschaftsplanung radikalisierte sich auch die Landwirtschaftspolitik. Dieser Prozeß vollzog sich nicht linear, sondern wurde wiederholt durch pragmatische Erwägungen und Eingriffe der SMAD verzögert. Auf dem II. Parteitag der SED, der vom 20. bis 24. September 1947 in Berlin stattfand, glorifizierte der Parteivorsitzende Pieck den Marxismus-Leninismus als „zuverlässigen Kompaß" der Politik und stilisierte die Sowjetunion zum Vorbild der ostdeutschen Kommunisten. Nachdem der Parteivorstand der SED 1948 die Stalinisierung der Partei vorbereitet hatte, wurde in der SED das Prinzip des „demokratischen Zentralismus" durchgesetzt, so daß sich eine hierarchische Parteiorganisation herausbildete. Auch die „Kaderpolitik" und „Kaderarbeit" wurden 1947/48 intensiviert, besonders durch die Bildung „Personalpolitischer Abteilungen". Im Herbst 1948 richtete die SED-Führung zudem eine Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) ein, die gegen den jeweiligen Kurs gerichtete Meinungen und abweichendes Verhalten rigoros unterdrückte. Zudem entschied die Führung des FDGB auf der Bitterfelder Konferenz (25./26. November 1948), die Betriebsräte durch Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) zu ersetzen, die nicht mehr die Mitbestimmung der Belegschaften gewährleisten sollten, sondern weitestgehend den Produktionszielen des SED-Regimes untergeordnet wurden. Der Beschluß der 1. Parteikonferenz (25. – 28. Januar 1949), die SED zu einer „Partei neuen Typus, zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei zu entwickeln", sollte schließlich auch eine tiefgreifende Transformation der ostdeutschen Gesellschaft rechtfertigen. Die Landwirtschaftspolitik zielte vor diesem Hintergrund auf die „Überwindung des Kapitalismus" und eine „Entwicklung mit den Mitteln der Demokratie auf immer höherer Stufe bis zum Sozialismus als höchste[r] Form der Demokratie." Stalin billigte aber eine offene Sozialisierung in der DDR zunächst nicht, offenbar vor allem wegen seiner übergeordneten deutschlandpolitischen Ziele. Erst auf der 2. Parteikonferenz im Sommer 1952 proklamierte die ostdeutsche Parteiführung schließlich den „Aufbau des Sozialismus" auch auf dem Lande.[134]

134 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Protokoll der Ersten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, 25. bis 28. Januar 1949 im Hause der Deutschen Wirtschaftskommission zu Berlin, Berlin (Ost) 1949, S. 531; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/322, Bl. 235. Vgl. auch Hermann Weber, Geschichte der DDR, München ^{3}1989, S. 173-185. Dazu auch die Dokumente in: Weber (Hg.), DDR, S. 124f., 131-135. Protokolle der Sitzungen des SED-Parteivorstands in: Thomas Friedrich u.a. (Hg.),

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Schon in den späten vierziger Jahren hatte das SED-Regime aber die Landwirtschaft seiner politischen Herrschaft und sukzessive dem Planungssystem unterworfen, das mit der Vorbereitung des Halbjahrplans 1948 und des Zweijahrplans 1949/50 erweitert wurde. Indem die Machthaber in der SMAD und SED ihre Kompetenzen bündelten und die Verfügungsgewalt zentralisierten, den staatlichen Sektor ausdehnten und Gesellschaftsgruppen sowie Organisationen entmachteten, die das Leben und die Arbeit auf dem Lande bestimmt hatten, dynamisierten und radikalisierten sie die Agrarpolitik. Der Kurswechsel wurde gleichermaßen ideologisch und sachlich-pragmatisch gerechtfertigt. Die SED präsentierte sich weiterhin als Sachverwalterin bäuerlicher Interessen, berief sich auf die anhaltende Not und nutzte geschickt Ressentiments der Konsumenten gegenüber den bäuerlichen Produzenten. Seit Ende 1948 wurden Betriebe, die mittelbar an der Agrarproduktion beteiligt waren, verstaatlicht, und die SED-Führung unterwarf die landwirtschaftlichen Verbände zusehends ihrer zentralen Kontrolle. Damit einhergehend, deuteten Hinweise von Staats- und Parteifunktionären verstärkt auf eine Kollektivierung als programmatisches Ziel hin. Zunächst jedoch richtete sich die Agrarpolitik der SED besonders gegen die als „Großbauern" bezeichneten Landwirte mit jeweils über 20 ha. Die Radikalisierung der SED-Agrarpolitik, die in den späten vierziger Jahren zunehmend von der „Klassenkampf"-Doktrin beherrscht wurde, manifestierte sich augenfällig in der Bedeutungsverschiebung, die sich in der Parteipropaganda gegenüber den „Großbauern" von einer statistischen Kategorie zu einem universell instrumentalisierbaren Kampfbegriff vollzog. Schon 1949 wurden die „Großbauern" bei der Zuteilung von Betriebsmitteln ebenso benachteiligt wie bei der Steuerprogression und bei der Differenzierung des Ablieferungssolls. Zugleich vollzog sich die Erfassung und Ablieferung von Agrarprodukten immer rigoroser. So erlegte der Entwurf des Statuts der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) für Brandenburg der geplanten sowjetischen Kontrollbehörde 1949 auf, die „Durchführung einer klassenmäßig differenzierten Politik zur Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse" zu überwachen, „die zugleich eine Stärkung der Großbauernwirtschaften verhindert ..." Daneben wurden 1948/49 „bürgerliche" Agrarexperten aus den staatlichen Landwirtschaftsverwaltungen verdrängt.[135]

Die Durchsetzung der Wirtschaftsplanung im Agrarsektor

Die Herausbildung der zentralen Wirtschaftsplanung war ideologisch-politisch determiniert, aber auch dem Mangel und der Not in den ersten Nachkriegsjahren geschuldet. In der Agrarwirtschaft erwies sich besonders der Hunger als Resonanzboden radikaler Konzepte

---

Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstands der SED, Berlin 1995. Beschluß zur Bildung der Betriebsgewerkschaftsleitungen in: Detlev Brunner (Hg.), Der Wandel des FDGB zur kommunistischen Massenorganisation. Das Protokoll der Bitterfelder Konferenz des FDGB am 25./26. November 1948, Essen 1996, S. 206f. Zur Bildung der Parteikontrollorgane, zu den „Säuberungen" und zur „Kaderpolitik": Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000, S. 358–454. Zur „Kaderpolitik" und „Kaderarbeit" in der SED bis 1949: Schultz, Funktionär, S. 211–225.

135 Horz, Kollektivierung, S. 94. Zusammenfassend auch mit anderer Interpretation: Arnd Bauerkämper, Auf dem Wege zum „Sozialismus auf dem Lande". Die Politik der SED 1948/49 und die Reaktionen in dörflich-agrarischen Milieus, in: Hoffmann/Wentker (Hg.), Jahr, S. 253–261. Zit. nach: Elke Scherstjanoi (Bearb.), Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation, München 1998, S. 156.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ökonomischer Reglementierung. Die Nahrungsmittelknappheit, die sich in Deutschland seit 1943 herausbildete und bis zu den frühen fünfziger Jahren andauerte, erzwang in allen Besatzungszonen eine Rationierung des Lebensmittelkonsums. In der SBZ stufte das im November 1945 eingeführte Kartensystem die Verbraucher nach ihrer jeweiligen Arbeitsbelastung in sechs Versorgungsstufen ein. Zu den Selbstversorgern, die keine Karten erhielten, gehörten außer den Bauern Landarbeiter und ihre Familienangehörigen. Dagegen galten Saisonarbeiter, die vorübergehend in der Agrarwirtschaft beschäftigt wurden, als Teilselbstversorger. Mit der Vergabe von Land steigerte die Bodenreform zwar die Selbstversorgung, verringerte aber nicht die Unterstützungsbedürftigkeit, da die Markterzeugung der neuen Betriebe gering blieb. Als sich 1948 die Lebensmittelversorgung in den Westzonen verbesserte und zugleich in der SBZ die öffentlichen Ausgaben deutlich reduziert werden mußten, senkte die SMAD in ihrer Besatzungszone umstandslos willkürlich die Zahl der Unterstützungsberechtigten, indem Teilselbstversorger als Selbstversorger eingestuft wurden. Daraufhin wurden vielen Dorfbewohnern rigoros Lebensmittelkarten entzogen. Auch wenn die Zahl der Selbstversorger bis Ende 1948 um rund eine Million zunahm, stieg bis 1952 der Anteil der Unterstützungsempfänger auf das Vorkriegsniveau. Die Reglementierung des Verbrauchs hatte insgesamt nur kurzfristig die Not lindern können; weitaus nachhaltigere Effekte für die Lebensmittelversorgung entfaltete dagegen das gesamtwirtschaftliche Wachstum seit den späten vierziger Jahren.[136]

Mit der Rationierung ging eine Reglementierung der Produktion einher, die an sich unausweichlich war, aber in den späten vierziger Jahren die Durchsetzung der Planwirtschaft erleichterte, auch im Agrarsektor. Schon im Oktober 1945 hatte der Chef der Wirtschaftsverwaltung in der SMAD angeordnet, in den Ländern und Provinzen der SBZ einen Aufbauplan für die Landwirtschaft zu erarbeiten, mit dem 1946 die Herbstbestellung und 1947 die Aussaat gesichert werden sollten. Die Deutsche Verwaltung für Landwirtschaft mußte einen Gesamtplan aufstellen, der von der SMAD zu bestätigen war. Nachdem die sowjetische Militärverwaltung der DVLF schon im Juli 1946 die Weisungsbefugnis gegenüber den Landes- und Provinzialverwaltungen erteilt hatte, wurde die zentrale Landwirtschaftsverwaltung ab Juni 1947 in die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) integriert, die am 4. Juni 1947 gebildet worden war. Die DVLF übernahm damit die Gesamtplanung für die Landwirtschaft der SBZ, war zuständig für die Plankontrolle und erteilte den Landwirtschaftsministerien der Länder entsprechende Anweisungen. Schon 1947 arbeitete die Behörde den zentralen Landwirtschaftsplan aus, der Einzelpläne zum Anbau, für die Neulandgewinnung und den Aufbau der Viehbestände sowie für die Versorgung der Landwirtschaft mit Betriebsmitteln umfaßte. Der Ablieferungsplan mußte zugleich in der Deutschen Verwaltung für Handel und Versorgung erarbeitet werden. Die Landesregierungen teilten den zentral erstellten Anbau- und Ablieferungsplan auf die Kreise auf, wo die Räte als staatliche Verwaltungsorgane die Vorgaben auf die Gemeinden aufschlüsselten und den Bürgermeistern das jeweilige Anbau- und Ablieferungssoll übermittelten. Die Bauern erhielten schließlich Anbau- und Viehhaltebescheide, die rechtskräftig waren. Der Vorschlag Raus, wieder „Hofkarten" einzuführen, war in der unmittelbaren Nachkriegszeit von Hoernle entschieden abgelehnt worden, da eine Kontinuitätskonstruktion zur Bewirtschaftungspolitik

136 Marcel Boldorf, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945–1953. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut, Stuttgart 1998, S. 62–83; ders., Landarmut in der SBZ/DDR zwischen Bodenreform und Kollektivierung (1945–1952/53), in: Kluge/Halder/Schlenker (Hg.), Bodenreform, S. 141–155.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

im „Dritten Reich" vermieden werden sollte. Die Bauern mußten auch Angebote unterbreiten, so daß „Wunschanbaupläne" aufgestellt wurden. Mit der Bildung der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft in der DWK im April 1948 wurde der Planungsapparat noch weiter hierarchisiert und zentralisiert. Dieser administrative Umbau resultierte aus dem politischen Konzept, daß „die Landwirtschaft genauso planmässig arbeiten muss, wie es die Industrie tut." Mit dem SMAD-Befehl Nr. 32 vom 22. Februar 1948 hatte die DWK sogar die Vollmacht erhalten, Verfügungen und Instruktionen zu erlassen. Damit war die Kompetenz der Länderregierungen erheblich eingeschränkt und der föderative Aufbau der Staatsverwaltung weitgehend beseitigt worden.[137]

Der Anbau landwirtschaftlicher Erzeugnisse und der Handel mit Agrarprodukten wurden in den späten vierziger Jahren insgesamt streng reglementiert. Im Sommer 1946 verschärfte sich der Ablieferungsdruck der sowjetischen Militärbehörden. In Brandenburg forderten Kommandanten Landräte, Bürgermeister und Gerichte auf, Verfahren gegen alle Bauern einzelner Dörfer einzuleiten. Dabei wurde überwiegend auf den am 3. Dezember 1945 erlassenen SMAD-Befehl Nr. 160 zurückgegriffen, der harte Strafen (auch Todesurteile) gegen Sabotage- und Diversionshandlungen in der Wirtschaft anordnete. Nach einer vorübergehenden Lockerung, die Landräte im Frühjahr 1947 zur Einrichtung von Ausschüssen nutzten, die ergangene Urteile gegen Bauern überprüften, verstärkte sich am Jahresende der Druck auf die Bauern erneut. Alle Urteile, die sich auf Ablieferungsrückstände bezogen, waren unmittelbar zu vollstrecken, ohne ihre Rechtskraft abzuwarten. Im Dezember 1947 warf die SMA auch dem Minister für Wirtschaftsplanung, Heinrich Rau, vor, die Verteilung der Wirtschaftspläne an die Bauern für das Jahr 1948 ungenügend zu kontrollieren. Nach dem Zweijahrplan, der im Herbst 1947 vorbereitet wurde, waren in der Landwirtschaft besonders die Anbaufläche zu erweitern, der Viehbestand zu erhöhen und die Hektarerträge zu steigern, um damit die Bevölkerung besser mit Nahrungsmitteln und die Industrie mit Rohstoffen zu versorgen. Weil die Agrarproduktion schon 1950 das Vorkriegsniveau erreichen sollte, mußten die Hektarerträge bei Getreide um 23, bei Kartoffeln um 38 und bei Zuckerrüben um 49 Prozent gesteigert werden. In Brandenburg beriet der Landtag bereits im September 1947 über ein „Gesetz über die Durchführung und Sicherung der Wirtschaftsplanung", das Rau ermächtigte, die Zufuhr von Rohstoffen, Energie und Produktionsmitteln zu lenken und Arbeitskräfte, Güter und Transportraum zu verteilen. 1949 oblag der Hauptabteilung Wirtschaftsplanung im Ministerium für Wirtschaft schließlich die umfassende Produktionsplanung ebenso wie die Plankontrolle. Kreisplanungsausschüsse, die seit Sommer 1947 gebildet worden waren, hatten Produktionsaufgaben festzulegen und das dafür erforderliche Material zu verteilen. Zudem sollten sie sich am Kampf gegen Schwarzhandel und Kompensationsgeschäfte beteiligen. Die von der SKK und dem Planungsministerium der DDR initiierte Kampagne für die „Friedenshektarerträge" und die „Vorkriegsanbaufläche", mit der 1950 die Rekonstruktion der Landwirtschaft abgeschlossen werden sollte, festigten schließlich das Plansystem. Das „Gesetz über Maßnahmen zu Erreichung der Friedenshektarerträge" vom Januar 1950 löste aber schwere Konflikte zwischen dem Landwirtschaftsmi-

137 Zit. nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 608 (Sitzung v. 26.6.1950; Orthographie korrigiert). Überblick in: Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 103–105, 112, 117f.; Klemm u.a., Agrargeschichte, S. 195f.; Kramer, Landwirtschaft, Textteil, S. 29–32; Steiner, Länderpartikularismus, S. 38; Niedbalski, Zentralverwaltungen, S. 245f., 468, 472; Zank, Gesellschaftspolitik, S. 58–60; Will, Situation, S. 75, 89–91. Instruktion vom Oktober 1945 in: SAPMO-BArch, NY 4062/67, Bl. 1–3. Die Kontroverse zwischen Rau und Hoernle ist dokumentiert in: BArch, DK-1, Nr. 7657, Bl. 14f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

nisterium der DDR und den Planbehörden aus, da die unabdingbaren Statistiken zur Nutzfläche fehlten. Obgleich Kompetenzüberschneidungen klare Entscheidungen verhinderte und das komplizierte bürokratische Verfahren eine flexible Anpassung an veränderte ökonomische Bedingungen erschwerte, beschloß die SED auf ihrem III. Parteitag (20. – 24. Juli 1950) den ersten Fünfjahrplan (1951–1955). Nach diesem Plan sollten die Bauern ihre wertmäßige Produktion von 1950 bis 1955 um 57 und die Hektarerträge um durchschnittlich 25 Prozent erhöhen. Die Erzeugung von Fleisch war um 60,5 Prozent, die Produktion von Milch und Eiern um 31 bzw. um 52,5 Prozent zu steigern.[138]

Das SED-Regime stellte auch die Strafverfolgung in den Dienst der Wirtschaftslenkung und der entstehenden zentralen Planökonomie. Das System der sozialistischen Zentralplanwirtschaft führte zwar bis zu den späten vierziger Jahren ein extensives Wachstum herbei, band die Bauern aber zunehmend und dauerhaft in das administrative System, mit dem nach dem Zweiten Weltkrieg in der SBZ die Agrarproduktion gesteigert und die Nahrungsmittelversorgung gesichert werden sollte. Mit ihren Befehlen Nr. 40 vom 18. Juni und Nr. 18 vom 29. Juli 1945 hatte die SMAD das lückenlose Zwangsablieferungssystem aufgehoben, das dem NS-Regime im Zweiten Weltkrieg die Verfügung über die Agrarproduktion gesichert hatte, damit aber zugleich die Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel verlängert. Das neue Verfahren der Teilablieferung erlaubte den Bauern, Produkte, die sie über das festgesetzte Ablieferungssoll hinaus erzeugt hatten, frei zu verkaufen. Am 12. Juli 1946 ordnete die SMAD mit ihrem Befehl Nr. 207 darüber hinaus ein doppeltes Preissystem an. Es sicherte den Bauern höhere Preise für die „freien Spitzen", d.h. für Erzeugnisse, die ihnen nach der Pflichtablieferung verblieben. Diese Vergünstigung sollte besonders wirtschaftsstarke Altbauern zu einer Steigerung ihrer Produktion motivieren. Schon 1946 wurden die Ablieferungsquoten aber leicht nach Betriebsgrößen differenziert. Diese Regelung benachteiligte die großen Bauern mit mehr als 20 ha, die zunehmend kaum noch die lukrativen Übersollmengen verkaufen konnten.[139]

---

138 Zu den Zielen des Fünfjahrplans für die Landwirtschaft: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. Juli 1950, 1.-3. Verhandlungstag, Berlin (Ost) 1951, S. 353–355, 364–378. Zusammenfassend: Schulz, Weg, S. 9; ders., Entwicklung, S. 211f.; ders., Probleme, S. 27f. Zum Ablieferungsdruck in den ersten Nachkriegsjahren: Pohl, Justiz, S. 66–70. Vorgaben des Zweijahrplans für Brandenburg in: BLHA, Rep. 332, Nr. 613 („24 Punkte der Zwei-Jahres-Planung für Landwirtschaft im Lande Brandenburg 1949/1950"). Insgesamt: Wolfgang Kurek, Die VdgB in der bündnis- und agrarpolitischen Konzeption der SED (1945–1952). Entstehung und Konsolidierung des Verbandes als Konsequenz der SED-Politik. Eine Quellenstudie, Diss. phil., Berlin 1995 (Ms.), S. 127; Sozialpolitik, S. 225. Kritik der SMA an Rau in ihrem Befehl vom 13. Dezember 1947 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 6, Bl. 73. Zu den Kompetenzen der Hauptabteilung Wirtschaftsplanung und zu den Kreisplanungsausschüssen: BLHA, Rep. 202 C, Nr. 54, Bl. 28–34; Rep. 202 C, Nr. 86, Bl. 32f, 34f. Zur Kampagne für „Friedenshektarerträge" und „Vorkriegsanbauflächen": Scherstjanoi, „Friedenshektarerträge", S. 223–340, bes. S. 523, 327f., 333, 338–340; Kluge, Wandel, S. 259.

139 Herbert Hofer, Die Durchführung der demokratischen Bodenreform und die Entwicklung der Neubauernwirtschaften in den Gemeinden Ilberstedt und Aderstedt, Kreis Bernburg (1945–1951), Diss., Hochschule für Landwirtschaft Bernburg 1966 (Ms.), S. 30f.; Buchsteiner, Bodenreform, S. 12, 22, 25; Klemm u.a., Agrargeschichte, S. 171f.; Nehrig/Piskol, Rolle, S. 326; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 91–93. Zum SMAD-Befehl Nr. 40: Schulze, Prozeß, S. 163f. SMAD-Befehl Nr. 18 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 1, Bl. 4–6. Zur erfahrungsgeschichtlichen Kontinuität der Zwangsbewirtschaftung über das Kriegsende hinweg: Kurt Krambach/Siegfried Kuntsche/Hans Watzek, Wirtschaftliche Entwicklung in den drei Nordbezirken der DDR – Agrarwirtschaft, Agrarpolitik und Lebensverhältnisse auf dem Lande. Forschungsstudie, in: Leben in der DDR, Bd. 5, S. 63–161, hier: S. 73. Zu den Leistungen und

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Landwirte mußten sich dem umfassenden Netzwerk regulierender Maßnahmen fügen, das die sowjetische Militäradministration und die SED-Führung nach dem Zweiten Weltkrieg einrichteten. Anbau- und Viehhaltepläne, Ablieferungsbescheide und Dorfwirtschaftspläne konstituierten ein System von Vorschriften, das den landwirtschaftlichen Produzenten trotz der „Wunschanbaupläne" sukzessive weitgehend die (schon zuvor eingeschränkte) Dispositionsfreiheit über die Führung ihrer Betriebe nahm. Erfassungsbehörden und -instrukteure kontrollierten und beschlagnahmten rücksichtslos landwirtschaftliche Erzeugnisse, um das geforderte Ablieferungssoll aufzubringen. Schon 1945 hatten vor allem Bezirkskommandanten und Bürgermeister das Abgabesoll so rigoros und frühzeitig eingetrieben, daß den Bauern kaum Brot- und Saatgetreide geblieben war. Vereinzelt verurteilten sowjetische Tribunale Landwirte, die ihre Pflichtablieferung nicht erfüllen konnten, sogar zum Tode. Im Februar 1946 erlegte die SMAD den Präsidenten der Provinzial- und Landesverwaltungen in ihrem Befehl Nr. 45 hohe Ablieferungsnormen auf. In der Ernte gingen daraufhin sowjetische Kommandanten, oft unterstützt von korrupten und willfährigen Bürgermeistern, besonders gegen Landwirte vor, die ihre Ablieferungsquoten nicht erfüllen konnten. Die Bauern mußten vielerorts ihr Getreide vorfristig ernten und wegen der viel zu hoch angesetzten Pflichtquote auch Saatgut abliefern, so daß ihre Wirtschaftsführung im darauffolgenden Jahr akut gefährdet war. Willkürlich verlangten sowjetische Orts- und Kreiskommandanten zudem die Ablieferung von Agrarprodukten über das festgelegte Abgabesoll hinaus. Landwirte, die sich den Anordnungen verweigerten, wurden eingeschüchtert und in Schauprozessen verurteilt. Im November 1946 wandte sich sogar Merker scharf gegen die „schematische und teilweise vorzeitige Eintreibung des Ablieferungssolls."[140]

Mit dem Übergang zum „Klassenkampf auf dem Lande" verschärfte die SMAD 1948/49 ihre Ablieferungspolitik, die sich zwar vorwiegend gegen die „Großbauern" richtete, aber auch viele Klein- und Neubauern in den Ruin trieb. Ebenso wie in den vorangegangenen Jahren erteilten die SMAD, die sowjetischen Militärverwaltungen in den Ländern und Provinzen sowie Kreis- und Ortskommandanten 1948 detaillierte Befehle zur Ablieferung, die eindeutig zugunsten der Kleinbetriebe gestaffelt wurden. Die Viehbestände waren durch die vorangegangene Zwangserfassung, die sogar Hoernle als „unverantwortlichen Eingriff[e] in die Substanz der Landwirtschaft" kritisierte, schon beträchtlich dezimiert worden. Dennoch beschlagnahmten die Erfassungsorgane Agrarprodukte auch 1948 so umfassend, daß die Landwirte in Brandenburg besonders in den östlichen Notstandskreisen nicht mehr über Brot- und Futtergetreide verfügten. Gleichwohl wurden säumige Bauern wiederum hart

---

Grenzen der Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR allgemein: Christoph Buchheim, Die Wirtschaftsordnung als Barriere des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in der DDR, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG) 82 (1995), S. 194–210, hier: S. 200, 207–210.

140 Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4036/685, Bl. 21 (Interpunktion und Orthographie korrigiert). Zur Zwangsablieferung in Brandenburg 1945: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 230; BLHA, Rep. 330, Nr. 19, Bl. 66, 67; Rep. 330, Nr. 25, Bl. 14, 30f.; Rep. 330, Nr. 36, Bl. 14f.; SAPMO-BArch, NY 4182/853, Bl. 85; Sg Y 30/1250/1, Bl. 60f. Die Not der Bevölkerung wird eingestanden in: Ein Jahr Bewährung in der Mark Brandenburg. Rückblick und Rechenschaft, hg. vom Präsidium der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Potsdam 1946 (ND 1989), S. 20f. SMAD-Befehl Nr. 45 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/101, Bl. 2–6. Befehle der SMA Brandenburg zum Ablieferungssoll 1946 in: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 22, Bl. 87, 105, 187–191, 297, 463. Zum Saatgutmangel 1946 Hoernles Analyse in: SAPMO-BArch, NY 4182/1053, Bl. 247–251. Vgl. auch Hoernle, Bodenreform, S. 13.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

bestraft. Allerdings durfte 1948 kein Vieh mehr als Ersatz für Rückstände in der Ablieferung pflanzlicher Erzeugnisse beschlagnahmt werden.[141]

Schließlich wies Stalin die SED-Führung am 18. Dezember 1948 an, den Übergang zum „Sozialismus" auf dem Lande nicht zu forcieren und auf eine Verdrängung der „Großbauern" aus der ostdeutschen Landwirtschaft vorerst zu verzichten. Einer Delegation, der die SED-Spitzenfunktionäre Pieck, Otto Grotewohl, Ulbricht und Fred Oelßner[142] angehörten, teilte der sowjetische Diktator nach dem offiziellen Protokoll des Gesprächs in Moskau mit: „Vorerst sind keinerlei Enteignungen nötig, diese Angelegenheit ist noch nicht herangereift. [...] Auf dem Lande sind jene Großbauern, die Naturalabgaben leisten, nicht anzutasten, doch diejenigen, die sie nicht leisten, sind individuell zur Verantwortung zu ziehen, was im äußersten Fall bis zur Einziehung des Vermögens gehen kann [...]. Im übrigen ist es besser, auf Konfiskationen zu verzichten und denjenigen, die die Ablieferungspflicht nicht erfüllen, das Land und das Inventar zu staatlichen Preisen zwangsweise abzukaufen." Da Stalin offenbar weiterhin eine gesamtdeutsche Regelung zumindest als Option sowjetischer Politik zu erhalten bestrebt war, drängte er die SED-Funktionäre am 18. Dezember 1948 insgesamt zu einem vorsichtigen, flexiblen Vorgehen. Jedoch war die Gruppe der „Spekulanten" nicht präzise abzugrenzen, so daß Stalins Anweisung ein Vorgehen radikalisierter Parteiführer gegen Bauern in den Kreisen und Gemeinden der SBZ keineswegs ausschloß.[143]

Insgesamt wurden die Ablieferungsquoten in dem hierarchischen Erfassungssystem weitgehend „von oben" schematisch festgesetzt, ohne daß die Pläne den zeitlich und lokal variierenden Produktionsbedingungen Rechnung trugen. So beantragte Merker erst im April 1949 bei der DWK, das „Globalsoll" bei der Getreideablieferung für Brandenburg zu senken, nachdem das Land in den vorangegangenen Jahren seine Quoten – auch wegen des überwiegend nährstoffarmen Bodens – durchweg nicht erfüllt hatte. Massiv von den übergeordneten Institutionen gedrängt, setzten die örtlichen Erfassungsinstanzen die ihnen auferlegten Befehle weitgehend uneingeschränkt durch. In den ersten Nachkriegsjahren war überdies die Koordination zwischen der DVLF, der die Planung der Agrarproduktion oblag, und der Deutschen Verwaltung für Handel und Versorgung, die gleichermaßen für die Pflichtablieferung und die Vermarktung zuständig war, so unzureichend geblieben, daß die

141 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/98, Bl. 37f., 92. Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/98, Bl. 56f. Zur Erfassungskampagne 1948: Kleßmann/Wagner (Hg.), Land, S. 165–167; BLHA, Rep. 202 A, Nr. 420, Bl. 97; Rep. 208, Nr. 3, Bl. 29–33, 166–168, 182f.; Rep. 208, Nr. 5/1, Bl. 829–834; Rep. 208, Nr. 2754/1, Nr. 296. Zur Zwangslage der Bauern in Brandenburg im Herbst 1948 anschaulich die Notizen in: Wolfgang Schollwer, Potsdamer Tagebuch 1948–1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung, hg. v. Monika Faßbender, München 1988, S. 83–85.

142 Fred Oelßner (1903–1977) trat 1917 in die Jugendgruppe der USPD und 1920 in die KPD ein. Nachdem er 1932/33 Mitarbeiter des ZK der KPD gewesen war, emigrierte er 1935 in die UdSSR, wo er als Lektor an der Internationalen Lenin-Schule in Moskau arbeitete. 1945 wurde er Abteilungsleiter im ZK der KPD, 1946 Leiter der Abteilung Parteischulung im Parteivorstand der SED. Bis 1958 gehörte er dem Parteivorstand bzw. ZK, dem Politbüro und der Volkskammer an. Von 1955 bis 1958 amtierte er außerdem als Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR und als Vorsitzender der Kommission für Konsumgüterproduktion und Versorgung der Bevölkerung. Nach seinem Ausschluß aus dem Politbüro im Februar 1958 war Oelßner bis 1969 Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 248; Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 989f.

143 Zit. nach: Wladimir K. Wolkow, Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952), in: ZfG 48 (2000), S. 20–49, hier: S. 36.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bauern ihre Arbeit im Geflecht widersprüchlicher Anforderungen nicht mehr kalkulieren konnten. Die Zwangswirtschaft erwies sich auch in den späten vierziger Jahren als so inflexibel und drückend, daß nicht nur Bauern protestierten, sondern auch Spitzenfunktionäre wie Hoernle gelegentlich Einspruch erhoben. Besonders empörten sich Landwirte und andere Dorfbewohner über Willkür und Übergriffe von Funktionären und Amtspersonen. In den frühen fünfziger Jahren erreichten die Zwangserfassungen schließlich eine so zerstörerische Dynamik, daß die Ablieferungsrückstände fortlaufend wuchsen und nicht nur größere Landwirte, sondern auch Neubauern ihren Betrieben zunehmend den Rücken kehrten.[144]

Der Aufbau der Maschinen-Ausleih-Stationen

Die MAS waren aus den Maschinenhöfen der VdgB gebildet worden, in denen in den ersten Nachkriegsjahren die bei der Bodenreform beschlagnahmten Maschinen untergebracht und den Neubauern zur Verfügung gestellt worden waren. Ihre relativ gute Ausstattung mit Betriebsmitteln verlieh den „Großbauern" aber bis zu den späten vierziger Jahren vielerorts beträchtlichen Einfluß. Demgegenüber konnten die Neubauern von der VdgB und SED in der unmittelbaren Nachkriegszeit kaum wirksam unterstützt werden, so daß sie weitgehend auf die ökonomische Hilfe der alteingesessenen Landwirte angewiesen waren. Die „Großbauern" bestimmten vielerorts auch den Maschineneinsatz, wie der Generalsekretär der VdgB, Kurt Vieweg[145], im September 1948 nach einer Besprechung mit Offizieren der SMAD hervorhob: „Die Neubauern bekommen nicht von den Komitees, sondern von den Großbauern eine Hilfe. [...] In einer ganzen Reihe von Gemeinden haben die Komitees ihre Maschinen in Pacht an Großbauern auf lange Termine gegeben."[146]

1948/49 baute die SED die Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) schließlich schnell zu „Stützpunkten der Arbeiterklasse" auf dem Lande aus, die als Staatsbetriebe konzipiert waren. In der retrospektiven Teleologie der DDR-Geschichtsschreibung als „Keime des Sozialismus" auf dem Lande überhöht, sollten die MAS zunächst die wirtschaftliche Ab-

144 Zit. nach: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 336, Bl. 20. Dazu auch: BArch, DK-1, Nr. 8898, Bl. 12; DK-1, Nr. 7558, Bl. 229f., 317; Rep. 332, Nr. 612, Bl. 35. Zur institutionellen Kompetenzüberschneidung: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/99, Bl. 29. Intervention Merkers vom 30. April 1949 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/99, Bl. 208.

145 Kurt Vieweg (1911–1976) trat 1932 dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands und der KPD bei. 1935 emigrierte er nach Dänemark und arbeitete später auch im kommunistischen Widerstand in Schweden. Außerdem studierte er in Skandinavien an landwirtschaftlichen Hochschulen. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland trat er 1946 der SED bei und wurde Mitbegründer der VdgB in Sachsen-Anhalt. Von 1947 bis 1953 war Vieweg Generalsekretär bzw. 1. Sekretär der VdgB. Von 1949 bis 1954 gehörte er überdies dem Parteivorstand bzw. dem ZK der SED an, von 1950 bis 1953 als Sekretär für Landwirtschaft. Von 1952 bis 1957 leitete Vieweg als Professor und Direktor das Institut für Agrarökonomik in der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften. Nachdem er wegen seiner Kritik an der SED-Agrarpolitik vom Politbüro gemaßregelt worden war, floh er im März 1957 in die Bundesrepublik, kehrte aber schon im Herbst 1957 in die DDR zurück, wo er inhaftiert und zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Nach seiner Entlassung 1964 war er Mitarbeiter, 1971 schließlich außerordentlicher Professor an der Universität Greifswald. Vgl. Michael F. Scholz, Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste, Berlin 1997; Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 353; Henkel, Staatspartei, S. 213, 220.

146 SAPMO-BArch, DY 19/136 („Niederschrift über die Verhandlung bei der SMA am 9. September 1948", S. 3), zit. in: Bauerkämper, Führungsgruppen, S. 86.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

hängigkeit der Neubauern von den alteingesessenen Landwirten beseitigen. Indem sie Maschinen zur Ausleihe bereitstellten, hatten die Stationen die aus der Bodenreform hervorgegangenen Neubauernstellen zu festigen. Zugleich eröffneten die MAS über die Bodenreform hinaus die Perspektive, den staatlichen Sektor in der Agrarwirtschaft auszuweiten und auf dem Lande eine egalitäre „sozialistische" Gesellschaft herauszubilden, denn mit den Maschinen kontrollierten die Machthaber unabdingbare Produktionsmittel. Zudem konnte in den MAS Führungspersonal herangebildet werden, das die politische Vorherrschaft und das gesellschaftliche Prestige traditionaler dörflicher Honoratioren brechen sollte. Propagandistisch zu Bollwerken des „Bündnisses" von Arbeitern und Bauern stilisiert und als Schrittmacher der Annäherung von Stadt und Land glorifiziert, waren die neuen Maschinenbetriebe insgesamt ein wichtiges Instrument der Konstruktionspolitik, die das SED-Regime in den späten vierziger Jahren sprunghaft radikalisierte, bevor mit dem Beginn der Kollektivierung 1952 eine neue, noch umfassendere Transformation erzwungen wurde.[147]

Die Übernahme der Ausleihstellen durch die „Verwaltung der Maschinen-Ausleih-Stationen" 1949 und die Verstaatlichung der MAS 1950 hatten sich an der Entwicklung in der UdSSR in den zwanziger Jahren orientiert und funktional die Kollektivierung vorbereitet. So notierte Pieck in der Besprechung, die Stalin am 18. Dezember 1948 mit ihm, Ulbricht, Grotewohl und Oelßner führte:

„Gesetz Masch. Stationen staatlich
von VdgB abkaufen
Keine Enteignung, noch zu früh
in SU [Sowjetunion; A.B.] 1925/27
Vorstufe zu Kollektivisierung [...]
Maschinen-Stationen verstaatlichen
zu pol. Zentren machen – wie SU 1926/27".[148]

Bereits am 1. November 1948 hatte das ZK die DWK beauftragt, „ein System von Maschinenausleihstationen in den fünf Ländern der Zone zu organisieren [...], damit die Neu-, Klein- und Mittelbauern aller Kreise und Bezirke möglichst gleichmäßig mit maschineller Zugkraft und mit der Benutzung landwirtschaftlicher Maschinen versorgt werden können."[149] Zehn Tage später beschloß die DWK nach Absprachen mit der SMAD und dem ZK, eine „Verwaltung der Maschinen-Ausleih-Stationen" (VMAS) einzurichten. Die Ma-

147 Zu den politischen Zielen der Herausbildung von MAS: SAPMO-BArch, NY 4263/8, Bl. 211, 216. Zur Pilotfunktion der Maschinenstationen z.B.: Otto Stammer, Sozialstruktur und System der Werthaltungen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 76 (1956), 1. Halbbd., S. 55–105, hier: S. 76; Karl-Heinz Kowarsch, Der revolutionäre Prozeß des Übergangs von der einzelbäuerlichen zur genossenschaftlichen sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, dargestellt am Beispiel des Bezirkes Schwerin (1950 bis 1955), Diss., Universität Rostock 1964 (Ms.), S. I, 82; Scherstjanoi, „Friedenshektarerträge", S. 324; Hofer, Durchführung, S. 130f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/364, Bl. 128; DY 30/IV 2/7/370, Bl. 76. „Bündnispolitische" Begründung in: SAPMO-BArch, NY 4030/48, Bl. 9. Zum Stellenwert in der Kollektivierung: BLHA, Rep. 730, Nr. 959 (Programmvorschlag v. 22.12.1954); Rep. 401, Nr. 955, Bl. 113.

148 Badstübner/Loth (Hg.), Pieck, S. 260f. (im Original unterstrichen). Zur Einrichtung von Ausleihstellen die Anweisungen in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/321, Bl. 53f.; Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 18; Reuber/Skibbe (Bearb.), Bodenreform, S. 51, 58f. Zu den Maschinenhöfen der VdgB: Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 87; Staritz, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, S. 760f.; Tümmler, Agrarpolitik, S. 38f.

149 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/324, Bl. 3f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

schinenbetriebe wurden von 1949 bis 1952 zu zentral gelenkten Institutionen der Transformationspolitik ausgebaut, mit der die SED die staatliche Kontrolle stärkte und ihren politischen Aktionsradius erweiterte. Die VMAS übernahm 1949 die Maschinen der VdgB und Genossenschaften, die 44 bzw. fünf Prozent des Grundfonds der neuen Organisation bereitstellten. Privatpersonen durften keine Großmaschinen mehr erwerben, und die Tarife der MAS wurden für wirtschaftsschwache Mittelbauern um 15, für Kleinbauern sogar um 30 Prozent reduziert. Außerdem mußte die „Deulakraft", die Fahrer für die Landwirtschaft ausbildete, ihre Schulen den MAS überlassen, die mit der „Verordnung über die Bildung von Vereinigungen volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen" vom 14. Dezember 1950 vollständig verstaatlicht wurden. Fünf „Vereinigungen volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen" (VVMAS) unterstanden in der DDR ab 1. Januar 1951 als Anstalten des öffentlichen Rechts dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft. Nach der Beseitigung der Länderverwaltungen im Sommer 1952 wurden die VVMAS jedoch wieder aufgelöst. Die zum 16. Oktober 1952 gegründeten 14 „Bezirksverwaltungen der Maschinen-Traktoren-Stationen" gingen am 28. Februar 1953 an die Räte der Bezirke über, die in ihrer Verwaltung selbständige Abteilungen „Verwaltung MTS" bildeten.[150]

Die Verstaatlichung der Landesgüter

Ebenso wie die MAS büßten die Landes- und Provinzialgüter, die nach der Bodenreform etabliert worden waren, der Agrarhandel, die Erfassungsorgane und die Raiffeisengenossenschaften 1948/49 ihre institutionelle Restautonomie weitgehend ein, indem sie in die staatliche Verwaltung integriert wurden. Bis 1948 hatten sich nur wenige Landesgüter – wie zunächst vorgesehen – zu Musterbetrieben entwickelt. Die technische Ausstattung der Güter war aber völlig unzureichend, und die Arbeitsproduktivität blieb gering, nicht zuletzt wegen der schwierigen Umstellung auf die Brigadearbeit. Die betriebliche Reorganisation, die 1948 von der SMAD vorbereitet wurde, sollte aber nicht nur die Produktivität der Güter erhöhen, sondern auch ihre politische Kontrolle zentralisieren und steigern. Nachdem die DWK im März 1948 ihre Arbeit aufgenommen hatte, entzog die SMAD den Ländern mit ihrem Befehl Nr. 76 am 23. April 1948 die Verfügungsgewalt über Industriebetriebe, die durch Enteignungen an sie gefallen waren. Nach der Bildung der „Vereinigung volkseigener Betriebe" (VVB) sollten auch die Provinzial- und Landesgüter direkt von der DWK kontrolliert werden. Im Oktober 1948 forderte die SMAD mit Bezug auf ihren Befehl Nr. 76 schließlich ultimativ, die Landesgüter bis Anfang 1949 in „Volksgüter" umzubilden und der HVLF zu unterstellen. Nach einem Beschluß des Politbüros vom 21. März 1949 erließ die DWK aber erst am 22. Juni eine Verordnung, nach der das Land und Inventar, das nach der Bodenreform Anstalten des öffentlichen Rechts zugeteilt worden war – darunter den Landesgütern –, als „Volkseigentum" in die Verfügungsgewalt der HVLF überführt werden mußte. Der „Vereinigung volkseigener Güter" (VVG), die von einem Hauptdirektor geleitet

150 Zusammenfassend: Buchsteiner, Bodenreform, S. 24f.; Tümmler, Agrarpolitik, S. 39f. Verordnung vom 14. Dezember 1950 abgedruckt in: Merlene Dehlsen u.a. (Hg.), Bündnis der Arbeiter und Bauern. Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag der demokratischen Bodenreform, Berlin (Ost) 1975, S. 122–125. Zur Überführung der MAS in „Volkseigentum" 1951 auch: BArch, DK-1, Nr. 2623, Bl. 73. Zur Übernahme der „Deulakraft"-Schulen exemplarisch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 277/212, Bl. 116–119.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

und von einem Verwaltungsrat kontrolliert wurde, unterstanden Gebiets- und Fachvereinigungen, denen die Produktion von Nahrungsmitteln und die Erzeugung hochwertigen Saatguts und Zuchtviehs auf den VEG oblag. Die Staatsgüter galten demnach ebenso wie die MAS in den frühen fünfziger Jahren parteioffiziell als „Keime des Sozialismus" auf dem Lande. Nach dem Statut der VVG sollte jedes Gut als „Wirtschafts- und Kulturzentrum für seine ländliche Umgebung" wirken. Entgegen dem Vorschlag der Landesregierungen setzte die SMAD durch, daß die Direktoren der VEG von der DWK ernannt wurden.[151]

Die Volkseigenen Güter in Brandenburg wurden in das hierarchisch strukturierte und zentral gelenkte Institutionengefüge integriert. Im Juli 1948 hatten 77 Betriebe hier mit rund 28.400 ha zwei Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes bewirtschaftet. 1949 unterstanden den vier Gebiets-Güterverwaltungen (GVVG) in Potsdam, Angermünde, Kyritz und Cottbus insgesamt 95 „Volksgüter", in denen rund 7.500 ständig Beschäftigte arbeiteten. Im Januar 1949 hatten die Kreisvorstände der SED auf Anweisung des Landesvorstandes die bevorstehende Verstaatlichung der Landesgüter vorbereitet. Die Betriebe sollten materiell und personell so umfassend ausgestattet werden, daß sie der ihnen zugewiesenen Funktion gerecht wurden, politisch auf die benachbarten Dörfer auszustrahlen und die Kleinbauern wirtschaftlich zu unterstützen. Die Sekretariate der SED-Kreisvorstände trieben deshalb 1949 den Aufbau von Betriebsgruppen der Partei voran. Mit dem Beginn des 1. Fünfjahrplans 1951 wurden die VEG weiter gestärkt, zumal die Betriebe zu „Bildungsanstalten der Agrarbiologie" für die Landwirtschaft in der SBZ weiterentwickelt werden sollten. Im September 1951 umfaßten in Brandenburg 121 VEG eine Gesamtfläche von rund 55.287 ha; darüber hinaus bewirtschafteten sie 1.955 ha „freie Flächen" (überwiegend zurückgegebenes Neubauernland).[152]

Da die verlassenen Neubauernbetriebe besonders im Osten Brandenburgs schon Ende 1949 kaum noch aufgefangen werden konnten, wies das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR die Landesregierung Brandenburgs am 20. März 1950 an, „Gutskomplexe" zu bilden, die zurückgegebene Flächen übernehmen sollten. Daraufhin beschloß die Landesregierung am 20. Juni 1950, in den Kreisen Prenzlau, Angermünde, Templin, Oberbarnim, Lebus und Luckau insgesamt 26 Gutskomplexe einzurichten. Die Betriebe, die der

151 BArch, DK-1, Nr. 9547, Bl. 514. Zu den Forderungen der Besatzungsmacht und zur Konzipierung der VVG: BArch, DK-1, Nr. 9204, Bl. 48–50, 51, 307–309; DK-1, Nr. 9294, Bl. 48–50, 51, 307–309; DK-1, Nr. 7545, Bl. 27; DK-1, Nr. 9547, Bl. 5f., 415, 523f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/550, Bl. 63f.; DY 30/IV 277/634, Bl. 82–85. Zum SMAD-Befehl Nr. 76: Schreckenbach/Künzel, Land, S. 265. Anordnung der DWK vom 22. Juni 1949 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/82, Bl. 49–53; DY 30/IV 2/2022/82, Bl. 49–53; BArch, DK-1, Nr. 9548, Bl. 281–285. Unzutreffende Angabe in: Kurek, VdgB, S. 129. Zur Begründung: BArch, DK-1, Nr. 9547, Bl. 523f. Zur Bildung des „Volkseigentums": BArch, DK-1, Nr. 9548, Bl. 361, 362f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/143, Bl. 6f.; DY 30/IV 2/7/228, Bl. 113. Allgemein: Scherstjanoi, „Friedenshektarerträge", S. 324; Nehrig, Leitungspersonal, S. 310; Mühlfriedel, Wirtschaft, S. 29; Tümmler, Agrarpolitik, S. 30f.; Klemm u.a., Agrargeschichte, S. 194. Zur Lage auf den Gütern 1947/48: Nehrig/Piskol, Dialektik, S. 19, 21; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 118-121.

152 BLHA, Rep. 332, Nr. 635, Bl. 262. Differierende Angaben in: BLHA, Rep. 208, Nr. 2378, Bl. 6. Zit. nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 635, Bl. 34. Angabe für August 1951 nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 214, Bl. 27f. Liste der Güter für Juni 1949 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/82, Bl. 56–58. Flächenangabe für Juli 1948 in: BLHA, Rep. 332, Nr. 613 („Disposition der politischen Begründung zum Zweijahresplan der Land- und Forstwirtschaft in Brandenburg"; „Ziel und Aufgaben der volkseigenen Güter [Landesgüter] des Landes Brandenburg im Zweijahresplan").

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

GVVG Brandenburg zugeordnet wurden, verfügten im Sommer 1950 über eine Gesamtfläche von rund 5.630 ha. Eine Kommission, die von der Landesregierung eingesetzt worden war, überprüfte im Sommer 1950 die gegründeten 26 Betriebe und erreichte, daß neun weitere Gutskomplexe gegründet wurden. Die neuen Betriebe konnten die Bewirtschaftung der Ackerflächen durch die Bauern nur unzulänglich ersetzen, erforderten aber hohe Investitionen. Wie die Fachschule für Landwirtschaft in Prenzlau im Mai 1951 in einem Bericht feststellte, sicherten die Gutskomplexe lediglich „eine mässige Bewirtschaftung der freien Ländereien, sie können nur eine Notlösung, aber niemals ein positiver Entwicklungsfaktor der Landwirtschaft sein." 1951 wurden einige dieser Betriebe schließlich in VEG umgebildet und damit in „Volkseigentum" überführt.[153]

Die Einrichtung staatlicher Aufkaufbetriebe und die Auflösung der Raiffeisengenossenschaften

Ausgehend von den Beschlüssen der 1. Parteikonferenz der SED, waren schon am 30. März 1949 die „Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe" (VEAB) gebildet worden, die den Raiffeisengenossenschaften und Privatbetrieben den Landhandel entzogen. Die VEAB erhielten das Eigentumsrecht an allen erfaßten und aufgekauften Waren; ab Juni 1949 mußten die Bauern auch „freie Spitzen", die sie über das Ablieferungssoll hinaus erzeugten, an die staatlichen Aufkaufbetriebe veräußern. Damit kontrollierte die SED-Führung nicht nur die Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sondern dehnte ihr Erfassungssystem institutionell noch weiter aus. Den Kreiskontoren der VEAB wurde auferlegt, die Agrarprodukte zu erfassen und zu erwerben, sie zu lagern und weiterzuverkaufen. Als Ausführungsorgan der SED-Politik wies die Partei den VEAB – ebenso wie den landwirtschaftlichen Genossenschaften – die Aufgabe zu, „im Warenumsatz die Verbindung zwischen Stadt und Land unter Ausschaltung aller spekulativen Elemente herzustellen, der Erfüllung des Zweijahrplanes zu dienen und damit unsere antifaschistische demokratische Ordnung zu stärken." In den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren kritisierten Funktionäre, die für die Wirtschaftsplanung zuständig waren, jedoch unablässig die Arbeit der VEAB. Besonders ihre ungenügende Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, die ebenfalls an der Erfassung der Agrarprodukte beteiligt waren, und die mangelhafte Qualifikation der Mitarbeiter wurden wiederholt lebhaft beklagt.[154]

Die Raiffeisengenossenschaften verloren durch den Aufbau der MAS und VEAB ihre traditionalen Funktionen als Handelsorgane und Austauschstellen für die Agrarproduzenten. Nach der Gründung der ersten Genossenschaften 1864, die aus den von Friedrich Wilhelm Raiffeisen seit 1849 gebildeten Hilfsvereinen hervorgegangen waren, hatten sich die neuen

153 Zit. nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 205 (Interpunktion korrigiert). Insgesamt: Nehrig, Bauern, S. 59, 61–64. Zur Einrichtung der Gutskomplexe der Beschluß der Brandenburgischen Landesregierung vom 20. Juni 1950 in: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 768, Bl. 5–8.

154 BLHA, Rep. 202 A, Nr. 439, Bl. 79–85; Rep. 332, Nr. 608 (Sitzung v. 5.6.1950); Rep. 332, Nr. 237, Bl. 201. Zit. nach: Mecklenburgisches Landeshauptarchiv (MLHA), Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (MLF), Nr. 2594 (Entschließung v. 15.7.1949). Zusammenfassend: Buchsteiner, Bodenreform, S. 25; Kurek, VdgB, S. 128; Henkel, Staatspartei, S. 215; Klemm u.a., Agrargeschichte, S. 195; Tümmler, Agrarpolitik, S. 45f. Zur Einrichtung von Kreiskontoren exemplarisch für Spremberg: Münzner, Entwicklung, S. 55–57.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Organisationen zu umfassenden Verbänden entwickelt, die Bauern ökonomisch unterstützten. Basierend auf dem Prinzip der Solidarhaftung, stellten sie Bauern günstige Kredite und Betriebsmittel zur Verfügung. Darüber hinaus übernahmen sie im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und boten andere Dienstleistungen an. Mit den „Landwirtschaftlichen Konsumvereinen", die 1879 ebenfalls in Genossenschaften überführt und vier Jahre später in der „Vereinigung der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften" zusammengeschlossen wurden, bildete sich im späten 19. Jahrhundert aber eine mächtige Organisation heraus, die den Raiffeisengenossenschaften Mitglieder entzog. Insgesamt verfügten die Genossenschaften, die sich 1930 auf Druck der Reichsregierung zu einem Reichsverband als Einheitsorganisation zusammenschlossen, in Deutschland in den frühen dreißiger Jahren über rund 4,6 Millionen Mitglieder; davon gehörten etwa zwei Millionen den Kreditgenossenschaften an. Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung" wurden die Genossenschaften zwar nicht aufgelöst, aber schon am 19. April 1933 in den „Reichsnährstand" integriert. Die neue Organisation, in der die Genossenschaften unmittelbar den Anweisungen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Richard Walter Darré, und dem Einfluß der NSDAP unterlagen, mußte zwar politisch oktroyiert werden, war aber auch eine Nachwirkung der tiefen Wirtschaftskrise in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren, die der Forderung nach einem schlagkräftigen Einheitsverband enorm Auftrieb verliehen hatte.[155]

In den agrarpolitischen Konzeptionen, die 1944/45 von der Exilführung ausgearbeitet wurden, und auch unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bekannten sich führende KPD-Funktionäre einhellig zu den Genossenschaften, deren Bürokratie freilich aufgelöst werden sollte, um die Macht der Raiffeisenfunktionäre zu brechen. Die Genossenschaften schienen der Partei jedoch die Perspektive zu eröffnen, „schneller und gründlicher in die Kreise der werktätigen Bauern und werktätigen Schichten auf dem Lande vorzustoßen ..." Vor allem ein Landwirtschaftsrat in der DVLF setzte sich nachdrücklich für die Wiederzulassung der Genossenschaften ein und traf damit bei Reutter auf Zustimmung, während Rau in der Provinz Brandenburg im Herbst 1945 noch zurückhaltend blieb. Besonders die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der zentralen Landwirtschaftsadministration und der Provinzialverwaltung war lange umstritten. Mit ihrem Befehl Nr. 146 vom 20. November 1945 ließ die SMAD schließlich die Genossenschaften wieder zu. Die sowjetische Militärverwaltung ordnete aber zugleich an, bis zum 15. Februar 1946 die Verwaltungsorgane der Organisation neu zu wählen, und untersagte die Bildung eines Spitzenverbandes. Damit griff die SMAD, die mit ihrem Befehl Nr. 37 am 12. Februar 1946 Musterstatuten bestätigte, erstmals tief in die Autonomie der Genossenschaften ein. Zugleich korrigierte die Besatzungsmacht mit ihrem Befehl eine wirtschaftspolitische Fehlentscheidung, mit der sie den Genossenschaften

155 Zur Gründung und Entwicklung der Raiffeisengenossenschaften der Überblick in: Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution" bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, 1849–1914, München 1995, S. 55. Zum „Reichsnährstand": Horst Gies, Der Reichsnährstand – Organ berufsständischer Selbstverwaltung oder Instrument staatlicher Wirtschaftslenkung?, in: ZAA 21 (1973), S. 216–233, hier: S. 220; ders., Die Rolle des Reichsnährstandes im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hg.), Der „Führerstaat". Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 270–304. Mitgliederzahlen nach: Robert Barthelmann, Die Bedeutung der Bodenreform für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur demokratischen Bauernorganisation, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Jena 9 (1959/60), GSR, S. 393–398, hier: S. 393.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

im Juli 1945 das Geldgeschäft entzogen und eine gravierende Ernährungskrise ausgelöst hatte.[156]

Während die SMAD die Entwicklung der bäuerlichen Genossenschaften zunächst förderte, um die Neubauern zu festigen und den zunehmenden Hunger einzudämmen, suchte die SED-Führung schon 1946 das Tätigkeitsfeld der traditionalen Bauernverbände einzuschränken und den Einfluß der Partei auf sie auszuweiten. Die Genossenschaften sollten 1945/46 vor allem die Neubauern mit Betriebsmitteln und Krediten versorgen. Zudem erlegte ihnen die SED-Führung auf, ein Bauprogramm für die neuen Landwirte zu organisieren. Durch ihre umfassende wirtschaftliche Hilfe für die bäuerlichen Produzenten hatten die Genossenschaften die Nahrungsmittelversorgung in der SBZ zu sichern. Die Entnazifizierung, die seit dem Winter 1945/46 besonders das Führungspersonal der Genossenschaften erfaßte, führte aber schon früh zu Konflikten mit der SED. „Antifaschismus" degenerierte auch hier schnell zu einer Propagandaformel, die politisch nahezu uneingeschränkt genutzt werden konnte. In den Neuwahlen der Genossenschaftsvorstände im Januar und Februar 1946 sollten vor allem „werktätige" Klein- und Neubauern in die Organisation eingeschleust werden. SED-Agrarpolitiker – so Hoernle im Dezember 1945 – wiesen auch scharf Forderungen von Genossenschaftsfunktionären zurück, ihrer Organisation die Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe unterzuordnen. Schon im Oktober hatte Hoernle zwar eine schnelle „Neugründung und Aufbau der landw. Genossenschaften" gefordert, aber „möglichst als örtliche Universalgenossenschaften [...] auf wirklich demokratischer Grundlage als wirkliche Selbsthilfeorgane der Bauernschaft." Obwohl die SED-Führung auf eine grundlegende Reorganisation drängte und der Aufbau der Genossenschaften in den Dörfern nach der schnellen Gründung der fünf Spitzenverbände für die Länder und Provinzen langwierig war, konnten die Genossenschaften im Winter 1945/46 das seit dem 19. Jahrhundert schrittweise erweiterte Arbeitsfeld wieder besetzten. Am 30. April 1946 waren in der SBZ bereits 6.325 Einzelgenossenschaften mit insgesamt 792.998 Mitgliedern registriert.[157]

---

156 Zit. nach: Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 27. Übersicht über die Arbeit von 1945 bis 1947 in: BArch, DK-1, Nr. 7753, Bl. 85f. Zusammenfassend: Meilensteine 1948–1998. 50 Jahre Deutscher Raiffeisenverband e.V., Neuwied 1998, S. 79; Jens Schöne, Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen und Agrarpolitik in der SBZ/DDR 1945–1950/51, Stuttgart 2000, S. 22–27; ders., Die Raiffeisengenossenschaften in der SBZ/DDR 1945–1954, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 47 (1997), S. 180–186, hier: S. 181; ders., Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen der SBZ/DDR 1945–1950/51, in: Kluge/Halder/Schlenke (Hg.), Bodenreform, S. 157–174, hier: S. 158f. Unterschiedliche Interpretationen in: Karl von der Neide, Raiffeisens Ende in der Sowjetischen Besatzungszone, Bonn 1952, S. 5f., 37f.; Robert Barthelmann, Die revolutionär-demokratische Umwandlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften des Kapitalismus und ihre Mitwirkung bei der Entwicklung des sozialistischen Genossenschaftsgedankens in der Landwirtschaft der DDR, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Jena 12 (1963), GSR, S. 117–128, hier: S. 123; ders., Bedeutung, S. 396. Befehl der SMAD Nr. 146 abgedruckt in: Volker Beuthien/Thomas Brockmeier/Holger Klose (Hg.), Materialien zum Genossenschaftsgesetz, Bd. 5: Genossenschaftsrecht der SBZ und DDR (1945–1990). SMAD – Befehle, Gesetze, Verordnungen und Musterstatuten, Göttingen 1997, S. 3f. SMAD-Befehl Nr. 18 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/1. Befehl Nr. 37 in: BArch, DK-1, Nr. 7752, Bl. 589. Zu den Kontakten mit Spitzenfunktionären der KPD: BArch, DK-1, Nr. 7770, Bl. 191–193; SAPMO-BArch, NY 4036/683, Bl. 88.

157 Schöne, Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen, S. 35–40; ders., Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, S. 164f. Daneben: Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 76–79; Nehrig/Piskol, Rolle, S. 338f.; Buchsteiner, Bodenreform, S. 22. Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4036/683, Bl. 104. Angabe

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

In den Genossenschaften wählten die Mitglieder in Versammlungen, die mindestens einmal jährlich anberaumt werden mußten, die Vorstände, deren Arbeit durch Aufsichtsräte kontrolliert wurde. Da die Leitungen gegenüber den Mitgliedern nicht ständig rechenschaftspflichtig waren und die Kontrolle der Beschlüsse weniger eindeutig geregelt war als in der VdgB, entzogen sich die Genossenschaften der politischen Steuerung durch die SED. Parteifunktionäre kritisierten daher schon 1945/46 unablässig die „Raiffeisen-Ideologie" und warfen den Genossenschaftsleitungen vor, die Interessen und Bedürfnisse der „werktätigen" Bauern zugunsten des Gewinnstrebens zu vernachlässigen. Obgleich sie auch von dem Genossenschaftsrat der SMAD überwacht wurden, gewannen die Raiffeisenverbände bis 1947 auf dem Lande beträchtlichen Einfluß. Sie übernahmen fast vollständig die Vermarktung und den Aufkauf von Agrarprodukten und errangen 1947 eine Monopolstellung im Großhandel mit Mineraldünger.[158]

Nachdem die SMAD und das Zentralsekretariat der SED 1946/47 lediglich auf die Entnazifizierung und den Eintritt von Neubauern in die Genossenschaften gedrängt und eine enge Kooperation mit der VdgB verlangt hatten, forderten ranghohe Repräsentanten der Sowjetischen Militäradministration Spitzenfunktionäre der SED am 23. März 1948 auf, neue Richtlinien zur Genossenschaftspolitik zu erarbeiten. Im Wettlauf um die Gunst der Besatzungsmacht bildeten die Parteiführer daraufhin unverzüglich einen agrarpolitischen Ausschuß, der die Gründung eines genossenschaftlichen Spitzenverbandes in der SBZ vorbereitete. In einem Beschluß über die „Arbeit der SED-Mitglieder in den landwirtschaftlichen Genossenschaften" wandte sich das Zentralsekretariat am 5. Juli 1948 erneut scharf gegen die „Raiffeisen-Ideologie" und die „Verbürokratisierung" der Genossenschaftsorganisation. Das Leitungsgremium der SED rief die Bauern auf, die Führung in den Genossenschaften an sich zu reißen, und forderte, geschulte Parteimitglieder in die Genossenschaftsverbände zu schleusen, deren Anbindung an die VdgB zu verstärken und Universalgenossenschaften zu konstituieren, deren Bildung die Parteiführung schon seit Ende 1946 vorbereitet hatte. Eine Pressekampagne, die im Sommer 1948 gezielt ausgelöst wurde, sollte die Raiffeisengenossenschaften völlig diskreditieren. Sie verloren darüber hinaus wichtige wirtschaftliche Kompetenzen an die öffentlich-rechtlichen Betriebe, die von der SED-Führung konstituiert wurden. Während die MAS die Reparaturwerkstätten übernahmen, mußten die Genossenschaften das Warengeschäft an die VEAB abgeben. Auf einer Zonentagung der landwirtschaftlichen Genossenschaften am 17. August 1948 kündigte Hoernle sogar offen die Gründung eines Spitzenverbandes an. Nachdem die SMAD ultimativ verlangt hatte, ein dementsprechendes Statut zu erarbeiten, legte die Hauptverwaltung für Land- und Forstwirtschaft der DWK noch im August ein Konzept vor, nach dem die genossenschaftlichen Grundorganisationen in den Dörfern zu Universalgenossenschaften vereinigt und einem „Zentralverband der ländlichen Genossenschaften" unterstellt werden sollten. Das Fusionskonzept wurde aber nicht ausschließlich mit Zwang und Terror durchgesetzt, sondern instrumentalisierte auch die seit den zwanziger Jahren auf dem Lande verbreiteten

---

nach: Schöne, Raiffeisengenossenschaften, S. 181; von der Neide, Ende, S. 6; Meilensteine, S. 79. Zu den Aufgaben der Genossenschaften und zur Entnazifizierung: BArch, DK-1, Nr. 7753, B. 38, 56, 86.

158 Vgl. Schöne, Raiffeisengenossenschaften, S. 181; von der Neide, Ende, S. 8f.; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 131f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Forderungen nach einer einheitlichen Organisation der Bauern, der effektiveren Koordination ihrer Ziele und einer wirksamen Interessenvertretung.[159]

Angetrieben von einer gegen die „Großbauern" gerichteten Feindideologie, die im Marxismus-Leninismus angelegt war, aber – wie auch in der Herrschaftssprache deutlich wird – durch den ausbrechenden Kalten Krieg radikalisiert wurde, bereitete das SED-Regime Anfang 1949 die Entmachtung der Genossenschaften vor. Merker forderte im Januar 1949, in den Genossenschaften „feindliche Elemente auszuschalten" und das „Händlertum und die Profitjagerei" entschlossen zu bekämpfen. Besonders die Genossenschaftsleitungen sollten „von Spekulanten und Schiebern gereinigt werden." Andere Spitzenpolitiker der SED beschuldigten Genossenschaftsfunktionäre, eine Differenzierung der Düngemittelpreise nach der Betriebsgröße zu sabotieren. Zugleich bereitete eine Kommission, die Merker in der Abteilung Landwirtschaft des Zentralsekretariats eingesetzt hatte, die Reorganisation vor, die auf die Bildung von Dorfgenossenschaften, Landes- und Kreisverbänden sowie eines Zentralverbandes abzielte. Die Durchführung und Beschlüsse eines einzuberufenden Genossenschaftskongresses wurden schon im Januar 1949 detailliert festgelegt. Im Anschluß an die sorgfältig geplante und systematisch radikalisierte Propagandakampagne, die im Winter 1948/49 noch verschärft wurde, inszenierten die SED-Spitzenfunktionäre so einen Genossenschaftskongreß, der vom 15. bis 17. März 1949 in Berlin stattfand. Obgleich das radikale Konzept der Dorfgenossenschaft nach sowjetischem Vorbild in den Beschlüssen nur eingeschränkt zum Tragen kam, unterwarf die von der Staats- und Parteiführung erzwungene Transformation die Genossenschaften dem SED-Regime und band sie in das Planungssystem ein.[160]

Der „Zentralverband der ländlichen Genossenschaften", der am 23. April 1949 aus dem politisch erzwungenen Zusammenschluß hervorging, wurde von Ernst Busse übernommen. Die Beschlüsse des Genossenschaftskongresses bereiteten den Zusammenschluß der VdgB und der Genossenschaften zur „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handels-Genossenschaft)" vor, den die SED-Führung im November 1950 durchsetzte. Auf dem 2. Deutschen Bauerntag, den die VdgB am 23. und 24. Juni 1949 veranstaltet hatte, beanspruchte der Generalsekretär der Organisation, Kurt Vieweg, offen die Führung gegenüber den Genossenschaften. Da neben den neuen Dorf- und Kreisgenossenschaften weiterhin traditionale Spezialgenossenschaften – vor allem Molkerei- und Elektrizitätsgenossenschaften – arbeiteten, kam es zu strukturell-organisatorischen Friktionen, die zu wirtschaftlichen Verlusten führten. Zudem waren die Dorfgenossenschaften ohne ausreichende Planung überstürzt gebildet worden, so daß sie auf die traditionalen Genossenschaften keine Anziehungskraft ausübten und die Funktionäre die Reorganisation weiterhin ablehnten. Ein Schauprozeß, den die SED vom 10. bis zum 15. Juli 1950 gegen leitende Mitarbeiter der mecklenburgischen Zentralgenossenschaft inszenierte, sollte das abweichende Verhalten brechen. Ulbricht forderte auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 außerdem, die Genossenschaften durch die VdgB streng kontrollieren zu lassen. Ein Organisationskomitee der SED bereitete daraufhin gezielt die Zwangsfusion vor, der das ZK der SED am 19. Novem-

159 Schöne, Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen, S. 41f., 45–50; ders., Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, S. 164–167; Meilensteine, S. 81f. ZK-Beschluß vom 5. Juli 1948 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/89, Bl. 86–92. Zu den Funktionen der Genossenschaften aus der Sicht der SED-Führung: Steinberger/Graffunder/Herholz (Hg.), Hoernle, S. 652.

160 Zit. nach: Badstübner/Loth (Hg.), Pieck, S. 249f. (Orthographie korrigiert). Zur Zerschlagung der Raiffeisengenossenschaften 1949: Schöne, Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, S. 169.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ber 1950 endgültig zustimmte. Herbeigeführte Resolutionen von Bauern dienten dabei erneut als Legitimationskulisse. Einen Tag später gaben der Hauptausschuß des Zentralverbandes der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und der Beirat des Zentralverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften ihre Vereinigung bekannt. Die Fusion verstieß gegen geltende Gesetze, denn der Genossenschaftsverband wurde ohne formelle Liquidierung aus dem Vereinsregister gestrichen, und eine Verschmelzung der VdgB als Körperschaft öffentlichen Rechts mit einer eingetragenen Genossenschaft war juristisch ausgeschlossen.[161]

Vom 17. bis 23. Januar 1951 inszenierte die SED-Führung schließlich einen Schauprozeß gegen 19 Angestellte der Zentralgenossenschaften in Thüringen, in dem Vorstandsmitglieder der Hauptgenossenschaft und Landesgenossenschaftsbank zu einer Zuchthausstrafe von insgesamt 62 Jahren verurteilt wurden. Den Genossenschaftsfunktionären, die Staatsanwälte im Gerichtsverfahren massiv eingeschüchtert hatten, war Veruntreuung von Vermögen durch „Währungs-Manipulation", „Sabotage", persönliche Bereicherung und eine grobe Vernachlässigung ihrer Pflichten vorgeworfen worden. Nachdem mit der Bildung der VEAB der Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte verstaatlicht worden war, entzogen die 1951 gegründeten „Staatlichen Kreiskontore für landwirtschaftlichen Bedarf" den Genossenschaften die Beschaffung und den Verkauf landwirtschaftlicher Produktionsmittel. Zudem übernahm die „Deutsche Bauernbank", die im Februar 1950 als Zentralinstitution des landwirtschaftlichen Kreditwesens gegründet worden war, 1952 die Aufgaben der Landesgenossenschaftsbanken, deren Auflösung daraufhin auch gesetzlich angeordnet wurde. Die Liquidation traf ebenso die Hauptgenossenschaften, so in Brandenburg am 19. März 1952.[162]

Die Politik gegen die „Großbauern"

In den späten vierziger Jahren stigmatisierten SED-Funktionäre vor allem Landwirte, die einen hohen Kapitalbestand besaßen und viele Landarbeiter beschäftigten, als „Großbauern". Diese Bauern verfügten in den Dörfern über hohes Ansehen, da sie nicht nur relativ gut mit Produktionsmitteln ausgestattet waren, sondern auch Schlüsselpositionen in den lokalen Wirtschaftsbeziehungen einnahmen. Lenin hatte in seinem „Ursprünglichen Entwurf der Thesen zur Agrarfrage" für den 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1920 eine Enteignung der „Großbauern" unmittelbar nach der anvisierten Revolution zwar abgelehnt, aber angekündigt, dieser Gruppe bäuerlicher Produzenten „beim ersten Anzeichen von Widerstand einen entscheidenden, schonungslosen, vernichtenden Schlag zu versetzen ..." Während die KPD die „Mittelbauern" (Landwirte mit 5 bis 20 ha) in den späten zwanzi-

161 Hierzu und zum folgenden: Schöne, Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen, S. 72–80; ders., Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, S. 171–173. Daneben: Buss, Struktur, S. 38–76; Schöne, Raiffeisengenossenschaften, S. 184–186; Meilensteine, S. 84–86; Henkel, Staatspartei, S. 215; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 90–92; Kurek, VdgB, S. 186–188; von der Neide, Ende, S. 20–31, 50f.; Weber, Umgestaltung, S. 2855. Andere Interpretation in: Barthelmann, Umwandlung, S. 123–125; ders., Bedeutung, S. 396–398; Klemm u.a., Agrargeschichte, S. 191f. Zum Fusionsbeschluß: BLHA, Rep. 332, Nr. 657, Bl. 53f.

162 Der Darstellung des Erfurter Prozesses liegen die Akten zugrunde, die als Kopie in der Bibliothek des Deutschen Raiffeisenverbandes, Bonn, eingesehen werden können. Für den Hinweis danke ich Jens Schöne, M.A., Berlin.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ger Jahren zunehmend in ihr „Bündnis"-Konzept integriert hatte, waren die „Großbauern" politisch allenfalls zu neutralisieren.[163]

In den ersten Nachkriegsjahren ließ die Führung der KPD bzw. SED den Großbauern weitgehend ihre wirtschaftliche Freiheit, und sie schränkte auch ihren gesellschaftlich-politischen Einfluß in den dörflichen Milieus nicht ein. Spitzenfunktionäre der Partei untersagten den untergeordneten Leitungen vielmehr, gegen die Großbauern vorzugehen, die sich auch den „Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe" anschließen sollten. So betonten Hoernle und Reutter im ZK im Spätherbst 1945, daß sich das Beitrittsverbot ausschließlich gegen Nationalsozialisten, nicht aber gegen Großbauern richtete. Ulbricht schloß zudem am 20. November eine Politik aus, die Großbauern unter ökonomischen und politischen Druck setzen sollte. Damit hatte er aber keineswegs auf eine grundsätzliche programmatische Reorientierung der SED abgezielt, sondern lediglich davor gewarnt, „daß in der jetzigen Situation ein Kampf gegen die Groß- und Mittelbauern erfolgt und unsere ganze Blockpolitik damit torpediert wird. [...] Das würde zur Folge haben, daß man in ganz Westeuropa über die Bolschewisierung im sowjetisch besetzten Gebiet schreit." Die SED-Führung stellte ihre Aversionen gegen die „Großbauern", die sie letztlich als „Kapitalisten" und „Reaktionäre" betrachtete, in der unmittelbaren Nachkriegszeit offenbar nur zurück, um zunächst die Enteignung der Gutsbesitzer durchzusetzen und die Bodenreform abzuschließen. So hob Pieck im ZK der KPD am 7. Januar 1946 selbstzufrieden hervor: „Es war eine gute Überlegung, dass wir hier nicht die Basis des Widerstandes gegen die Bodenreform dadurch verbreitern wollten, dass wir auch die Großbauernschaft von vornherein in die Enteignung einschlossen. Im Laufe der weiteren Entwicklung werden sich mancherlei Möglichkeiten ergeben, hier Korrekturen vorzunehmen. Das wird sich mehr dann ergeben, wenn gegen Maßnahmen, die zur [sic] Sicherung der Volksernährung dienen sollen, Widerstand geleistet wird".[164]

1947/48 deutete sich die Wendung der SED-Agrarpolitik gegen die Großbauern an, die als „kapitalistische Unternehmer" vorgeblich Landarbeiter ausbeuteten und ein „Parasitendasein" führten. Reutter kündigte deshalb schon 1947 ökonomische Zwangsmaßnahmen gegen die überwiegend wirtschaftsstarken Landwirte an, da „das der Ausbeutung dienende kapitalistische Eigentum in gesellschaftliches Eigentum verwandelt werden soll." Als die Neubauern 1947 unter akuter Not litten und sich auch die alteingesessenen Landwirte gegen die Agrarpolitik die SED aussprachen, wandte sich die Parteiführung zunehmend gegen die Großbauern. SED-Funktionäre projizierten zunehmend ihre Verschwörungsvorstellungen und Feindbilder auf diese Landwirte. Die Parteiführung konnte dabei Ressentiments ausnutzen, die in der Bevölkerung in der SBZ – ebenso wie in den anderen Besatzungszonen – weit verbreitet waren. Der anhaltende Mangel an Lebensmitteln und der Hunger als Kollektiverfahrung hatten in der Nachkriegszeit die Position der Bauern in der Subsistenzökono-

163 Reinhold, Analyse, S. 55–62. Zit. nach: Lenin, Entwurf, S. 146. Zum unscharfen Begriff „Großbauer" ideologisch determinierte Definitionen in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/213, Bl. 95; BLHA, Rep. 332, Nr. 615, Bl. 83; Steinberger/Graffunder/Herholz (Hg.), Hoernle, S. 597; Ilse Spittmann/Gisela Helwig (Hg.), DDR-Lesebuch. Stalinisierung 1949–1955, Köln 1991, S. 158. Distanzierend: Joachim Piskol, Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945 bis 1960, in: ZfG 39 (1991), S. 419–433, hier: S. 419 (Anm. 2). Zu den Großbauern als dörflicher Elite: Wolfram Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996, S. 92–94.

164 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 347 (Orthographie korrigiert), S. 556. Stellungnahmen Hoernles und Reutters in: ebd., S. 333f., 409. Zur Politik der SED gegenüber den Großbauern 1945/46 allgemein: Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 59.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

mie gestärkt, scharfe gesellschaftliche Konflikte zwischen den Produzenten und Konsumenten von Nahrungsgütern herbeigeführt und den Gegensatz von Stadt und Land vertieft.[165]

Noch Anfang 1948 proklamierte die SED jedoch keineswegs einen verschärften „Klassenkampf" – ein Dogma, das zugleich eine politisierte Zustandsbeschreibung, Autosuggestion und ein universell gebrauchtes Mobilisierungsinstrument der Machthaber war. So wies Reutter im Januar einen Vorschlag Busses zurück, in den Leitungsgremien der VdgB-Ausschüsse die alteingesessenen Landwirte von den Neubauern zu isolieren. Im April 1948 stellte Merker aber vor dem Agrarpolitischen Ausschuß des Zentralsekretariats der SED den Klein- und Mittelbauern als Klientel der Partei deutlich die Großbauern gegenüber und drückte damit offen das polare Gesellschaftsverständnis in der Parteiführung aus, dem die Stalinisierung mächtig Auftrieb verlieh. Nachdem Pieck auf der 10. Tagung des Zentralvorstands der SED im Mai 1948 den „Sozialismus" zum Ziel der weiteren sozioökonomischen und politischen Transformation in der SBZ erklärt hatte, verlangte Ulbricht im Zentralsekretariat am 17. September 1948, den „Klassenkampf" gegen Unternehmer und Großbauern zu verschärfen. In demselben Monat forderte der amtierende Chef der Abteilung Land- und Forstwirtschaft in der SMAD, L.A. Korbut, in einem Memorandum, die „Kulaken" aus Leitungspositionen in der VdgB zu verdrängen. Merker wies die untergeordneten Parteileitungen daraufhin an, Berichte über die „Sabotage" der Bodenreform durch „Großbauern" zu übermitteln. In den Notizen für seinen Beitrag zur Arbeitstagung der Landwirtschaftsabteilung des Zentralsekretariats am 26. Oktober 1948 hob Reutter das Ziel hervor, die Kleinbauern ökonomisch und politisch von den größeren landwirtschaftlichen Produzenten zu lösen, die wirtschaftlich belastet, politisch zurückgedrängt und gesellschaftlich isoliert werden sollten. Als Abwehr der Großbauern deklariert, war die Doktrin des „Klassenkampfes" Instrument einer offensiven Politik, in der sich eine Bedrohungspsychose als mentalitätsgeschichtliches Substrat der Kämpfe in der Weimarer Republik und im Exil mit einem manichäischen Weltbild verband. Nach dieser Ideologie hatten die SED-Funktionäre als Vorkämpfer einer umfassenden zivilisatorischen Mission die egalitäre sozialistische Zukunftsgesellschaft herbeizuführen.[166]

---

165 Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/213, Bl. 89f.; Reutter, Bauernpolitik, S. 31. Zum Nexus zwischen der Unruhe der Bauern und der Radikalisierung der SED-Agrarpolitik: Naimark, Russen, S. 205–207. Zu den Konfliktlinien in Westdeutschland: Paul Erker, Hunger und sozialer Konflikt in der Nachkriegszeit, in: Manfred Gailus/Heinrich Volkmann (Hg.), Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990, Opladen 1994, S. 392–408, hier: S. 393, 395–397; Günter J. Trittel, Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945–1949), Frankfurt/M. 1990; ders., Hunger und Politik in Westdeutschland, 1945–49. Umrisse eines zentralen Nachkriegsphänomens, in: Sowi. Sozialwissenschaftliche Informationen 14 (1985), S. 126–135, hier: S. 133; Thiemeyer, Kriegsende, S. 432. Komparativ: Rainer Gries, Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität: Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991, bes. S. 323–335.

166 Weir, Revolution, S. 27f.; Piskol, Entwicklung, S. 423f. Basierend auf der parteioffiziellen Interpretation die Darstellung in: Nehrig, Weiterentwicklung, S. 487–489; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 153f.; Nehrig/Piskol, Dialektik, S. 22–24; Kuntsche, Bauern, S. 233; Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 297; Elke Scherstjanoi, Paul Baender und die „zuständigen" Offiziere der sowjetischen Kontrollkommission, in: BzG 35 (1993), S. 80–98, hier: S. 83–86. Zit. nach: Bauerkämper, Führungsgruppen, S. 86. Schreiben Reutters an Busse in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/277, Bl. 1f. Zur Stellungnahme Piecks im Mai 1948: Dietrich Staritz, Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus" in der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, in: DA 24 (1991), S. 686–700, hier: S. 690f. Manuskripte

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Beherrscht von dem Ideal der nivellierten Gemeinschaft aller „Werktätigen", ging die SED-Führung zu einer Politik der „Differenzierung" über, die sich vor allem gegen die verleumdeten „Großbauern" richtete. Die Agitatoren der Partei und der weitgehend von ihnen gesteuerten gesellschaftlichen Organisationen hoben die kleinen und mittleren Landwirte als „werktätige" Bauern scharf von den „Großbauern" ab. Schon im August 1948 forderte die Deutsche Verwaltung des Innern Strafverfahren gegen „Großbauern", die das „Hamsterer-Unwesen" unterstützten. Hoernle verlangte in einer Denkschrift vom 6. Dezember die „Organisierung und Leitung des systematischen Kampfes gegen das Großbauern- und Händlertum auf dem Dorfe ..." Er drängte die Parteifunktionäre, den Großbauern unverzüglich die Führungspositionen zu entziehen, die sie in den Gemeinde- und Kreisverwaltungen, den Orts- und Kreisausschüssen der VdgB sowie in den Genossenschaften und Tierzuchtbetrieben errungen hatten. Diese Strategie sozialer und politischer Exklusion hatte Ulbricht schon auf der 11. Tagung des SED-Parteivorstandes am 29. Juni 1948 entworfen. Das Zentralsekretariat der SED ordnete deshalb an, im Frühjahr 1949 Neuwahlen zu den Orts-, Kreis- und Landesausschüssen der VdgB durchzuführen. Die Organisation wurde damit endgültig zu einem Instrument der großbauernfeindlichen SED-Politik. Die radikale Agitation gegen die „Großbauern" und der zunehmende politische Druck beraubte diese Gruppe letztlich weitgehend ihres Einflusses in der VdgB, ohne sie schon bei den Wahlen, die von Ende Februar bis April 1949 abgehalten wurden, vollständig aus der Organisation auszuschließen. Auch in den Raiffeisengenossenschaften verfügten die Großbauern noch über Führungspositionen, deren Stellenwert allerdings nach der Bildung der VEAB und der Zwangsfusion mit der VdgB zurückging. Die spektakulären Schauprozesse in Güstrow und Erfurt führten 1950/51 schließlich einen schnellen Machtverlust der verbliebenen Großbauern herbei, zumal die VdgB (BHG) wirtschaftlich zunehmend auf die bevorstehende Kollektivierung ausgerichtet wurde.[167]

Ökonomische Restriktionen ergänzten die politischen Maßnahmen gegen die Großbauern, denen Ulbricht in seinem Referat auf der 1. Parteikonferenz der SED Ausbeutung der Landarbeiter und Neubauern, Spekulation und Wucher vorwarf. So trat am 1. Januar 1949 die Hektarveranlagung für tierische Erzeugnisse in Kraft, nach der die Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Betriebe auf der Basis ihrer Nutzfläche – anstelle der Zahl der Tiere – festgelegt werden mußte. Diese Regelung benachteiligte die „Großbauern" ebenso wie eine von der DWK erlassene Steuerreform. Darüber hinaus begrenzte das „Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten" die Verfügung der Bauern über ihre Arbeitskräfte. Das Landarbeiterschutzgesetz, das die Provisorische Volkskammer der

---

Reutters in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/170, Bl. 77–80, 227–229. Piecks Notizen vom Dezember 1948 in: Badstübner/Loth (Hg.), Pieck, S. 250, 255f. Hoernles Aufsatz abgedruckt in: Steinberger/Graffunder/Herholz, Hoernle, S. 639–661, hier: S. 657–661. Dazu auch das Versammlungsprotokoll der SED-Betriebsgruppe in der HVLF vom 1. November 1948 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/261, Bl. 35. Stellungnahme Warnkes in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 277/213, Bl. 20–32. Zur Reise einer Gruppe von Funktionären der HVLF um Ernst Busse nach Polen im November 1948: BArch, DK-1, Nr. 7735, Bl. 6f. Vgl. auch Naimark, Russen, S. 208–210.

167 Schöne, Raiffeisengenossenschaften, S. 184; Weir, Revolution, S. 29–38; Piskol, Entwicklung, S. 425f.; Buchsteiner, Bodenreform, S. 26; Bauerkämper, Führungsgruppen, S. 86-88. Andere Interpretation in: Barthelmann, Umwandlung, S. 124-126; ders., Bedeutung, S. 396; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 164–167. Allgemein auch: Kuntsche, Bauern, S. 233, 235; Nehrig/Piskol, Dialektik, S. 24f. Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 253, Bl. 225. Zu Ulbrichts Forderung vom 29. Juni 1948: Ulbricht, Bauernbefreiung, Bd. 1, S. 163.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

DDR am 7. Dezember 1949 einstimmig verabschiedete und Anfang 1950 in Kraft trat, ordnete u.a. den Abschluß schriftlicher Arbeitsverträge an. Obgleich es in den dörflichen Milieus nicht unmittelbar und bruchlos durchgesetzt werden konnte, minderte auch dieses Gesetz die Wirtschaftskraft der großen Bauernbetriebe, auf denen in den späten vierziger Jahren noch viele Landarbeiter tätig waren. Die Abwanderung der Beschäftigten in die expandierende Industrie entzog überdies vor allen den Großbauern zunehmend Arbeitskräfte, die wegen der zurückbleibenden Mechanisierung auf den Höfen dringend benötigt wurden. Allein von 1950 bis 1952 ging die Zahl der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Landarbeiter in der DDR von rund 410.000 auf etwa 221.000 zurück. Die Großbauern konnten auch immer weniger auf die Arbeitsleistungen von Neubauern zurückgreifen, denn diese Parzellenbesitzer wurden zunehmend von den MAS bedient und waren deshalb nicht mehr auf die Maschinenhilfe der wirtschaftsstarken alteingesessenen Landwirte angewiesen.[168]

Noch einschneidender wurden die Großbauern bei der Differenzierung der Pflichtkontingente und der Versorgung mit unabdingbaren Betriebsmitteln benachteiligt. Landwirte mit über 50 ha mußten in der SBZ schon 1949 mehr als die doppelte, 1950 sogar die dreifache Menge des Getreides abliefern, das bei Kleinbauern mit weniger als fünf Hektar Land veranlagt wurde. Bis 1952 steigerten die Erfassungsbehörden das Ablieferungssoll bei Erzeugnissen der Viehwirtschaft für die Landwirte mit mehr als 20 ha auf Druck der SED um 280 bis 290 Prozent. Da besonders die Großbauern kaum noch Erzeugnisse auf den freien Märkten verkaufen konnten und die Währungsumstellung 1948 ihre Schulden nicht beseitigt hatte, gerieten diese finanziell zunehmend unter Druck. Ihre Ställe reichten für die seit 1950 sprunghaft erhöhten Pläne zur Viehvermehrung nicht mehr aus, so daß die Großbauern die ihnen auferlegten hohen Ablieferungsquoten für Tierprodukte nicht erfüllen konnten. Die Zahl der gegen diese Gruppe eingeleiteten Verfahren nahm deshalb Ende 1950 sprunghaft zu. Im Frühjahr 1951 wurden nach einer neuen Pflichtablieferungsverordnung „Differenzierungskommissionen" gebildet, die das Abgabesoll nach Größenklassen festlegten. Die 1952 verschärfte Differenzierung des Viehhalteplans nach Größenklassen überforderte die Großbauern noch mehr, so daß in Prozessen Freiheitsstrafen gegen sie verhängt und Vermögenseinzug angeordnet wurde.[169]

Die Verdrängung der Bauern, denen der wirtschaftliche Ruin drohte, vollzog sich als „latenter Sozialisierungsprozeß", denn diese Landwirte konnten ihr Land überwiegend nur noch entschädigungslos aufgeben. Trotz der enormen wirtschaftlichen Schäden steigerte das SED-Regime, das in den späten vierziger Jahren die Stalinisierung der DDR forcierte, die Verdrängung der Großbauern zu offenem Terror. „Sabotage" wurde ein universell gebrauchtes Verdikt, das nicht nur Ablieferungsschulden politisierte und kriminalisierte, son-

168 Angabe zum Rückgang der Landarbeiterzahl nach: Nehrig, Entwicklung, S. 71. Detaillierte Darstellung in: Weir, Revolution, S. 28f.; Piskol, Entwicklung, S. 424f.; Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 130, 133f. Vgl. auch Buchsteiner, Bodenreform, S. 25f.; Nehrig/Piskol, Dialektik, S. 25f.; Schulz, Entwicklung, S. 214f.; Kuntsche, Bauern, S. 233. Zum folgenden auch: Schier, Alltagsleben im „sozialistischen Dorf", S. 58–60. Zu den Auswirkungen der Politik in Brandenburg exemplarisch: Nehrig, Bauern, S. 46f. Ulbrichts Angriffe auf die „Großbauern" in: Protokoll der Ersten Parteikonferenz, S. 212f.

169 Angabe zur Sollerhöhung von 1950 bis 1952 nach: Nehrig, Entwicklung, S. 71. Zusammenfassend: Buchsteiner, Bodenreform, S. 25f.; Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 133–135. Zu Brandenburg: Pohl, Justiz, S. 157–159; Nehrig, Bauern, S. 49–54. Skeptische Reaktionen auf die Hektarveranlagung wiedergegeben in: BLHA, Rep. 332, Nr. 413, Bl. 218–220.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

dern Feindbilder begründete und die ideologische Radikalisierung so weit vorantrieb, daß untergeordnete Parteifunktionäre und leitende Verwaltungsangestellte auf dem Lande bereitwillig Bauern denunzierten oder sogar Verstöße erst nachträglich konstruierten. Das SED-Regime mobilisierte Polizisten und mißbrauchte Staatsanwälte, die gegen säumige Bauern oft lange Zuchthausstrafen verhängten. Besonders nach dem 10. Plenum des ZK der SED (20. – 22. November 1952) verschärfte sich die Rechtsprechung, in die Kreisleitungen der Partei oft ungehemmt eingriffen. Auch Landwirte, die sich der Erfassung widersetzt, Kontrollen abgelehnt oder ihre Erzeugnisse versteckt hatten, wurden rigoros verurteilt. Allein vom 1. August 1952 bis zum 31. Januar 1953 richteten sich in der DDR mehr als 1.200 Strafverfahren gegen Bauern.[170]

Da die Zahl der aufgegebenen Bauernhöfe sprunghaft gestiegen war, hatten die Kreisverwaltungen seit Juli 1951„devastierte" Betriebe alteingesessener Landwirte erfaßt, die von ihren Eigentümern verlassen worden waren oder weit unterdurchschnittliche Erträge aufwiesen. Eine Kommission des ZK stellte im Oktober 1952 fest, daß rund 40 Prozent der Großbauern ihre Betriebe nicht mehr bewirtschaften konnten, da sie unter Arbeitskräftemangel litten, hoch verschuldet waren und beträchtliche Ablieferungsschulden aufwiesen. Dennoch trat Ulbricht auf der 10. ZK-Tagung nochmals nachdrücklich für die Verdrängung der Großbauern ein, die allerdings nicht enteignet werden sollten. Die von der Parteiführung entfesselte destruktive Dynamik war aber ohnehin nicht mehr kontrollierbar, zumal der Ministerrat bereits am 20. März 1952 die „Verordnung über devastierte landwirtschaftliche Betriebe" (mit einer Ergänzung) erlassen hatte, die eine Übernahme verlassener und schlecht bewirtschafteter Altbauernhöfe in staatliche Treuhandverwaltung legalisierte. Seit dem Frühjahr 1952 koppelten die führenden SED-Funktionäre die Verdrängung der Großbauern – ebenso wie bei der Vernichtung der „Kulaken" in der UdSSR 1929/30 – direkt an die Kollektivierungspolitik. Fünf Tage nach dem Ende der 2. Parteikonferenz (9. – 12. Juli 1952), auf der die SED-Führung den Beginn der Kollektivierung verkündet hatte, erließ der Ministerrat eine Verordnung, die LPG-Vorständen erlaubte, „devastierte" Betriebe einzuziehen. Überdies konnten Landwirte, die ihre Höfe verlassen oder „Republikflucht" begangen hatten, umstandslos enteignet werden. Die am 19. Februar 1953 beschlossene Regierungsverordnung „Zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Versorgung der Bevölkerung" bedrohte schließlich alle Bauern, die ihre Ablieferungsquoten nicht aufbringen konnten, mit Zwangsenteignung. Die Kriminalisierung aller Landwirte, die nicht bereit waren, Kollektivbetrieben beizutreten, löste eine Massenflucht aus – in Brandenburg vor allem im Kreis Nauen –, die erst mit dem ersten Entstalinisierungsschub im Sommer 1953 vorübergehend eingedämmt werden konnte.[171]

---

170 Zit. nach: Scherstjanoi, „Friedenshektarerträge", S. 336. Vgl. auch Christel u. Klaus Panzig, „Weest de noch, wie mer stoppeln war'n"? Alltag in den Dörfern des Südflämings in den vierziger und fünfziger Jahren, Reinsdorf o.J. [1998], S. 37. Zahl der 1952/53 durchgeführten Strafverfahren in: Meilensteine, S. 87. Zusammenfassend: Falco Werkentin, Recht und Justiz im SED-Staat, Bonn 1998, S. 24–27; ders., Strafjustiz, S. 75, 78; Osmond, Kontinuität, S. 148f.

171 Pohl, Justiz, S. 241–243. Zum Nexus von Großbauernverdrängung und Kollektivierung: Weir, Revolution, S. 47–55, 56f. Daneben die Dokumente in: Wilfriede Otto, Sowjetische Deutschlandnote 1952. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks, in: BzG 33 (1991), S. 374–389, hier: S. 383, 386. Zu den restriktiven Gesetzen und ihren Auswirkungen 1952/53: Wolfgang Bell, Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1949 und deren politische Hintergründe. Analysen und Dokumentation, Münster-Hiltrup 1992, S. 17f., 21, 29–33, 46, 48, 59; Krambach/Kuntsche/Watzek, Entwicklung, S. 80; Piskol, Entwicklung, S. 427f.; Kuntsche, Umgestaltung,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Sowjetunion als Modell der deutschen Landwirtschaft?

Einer unbegrenzten Politisierung und der Unterwerfung unter eine „ideologisierte Realitätswahrnehmung“[172] entsprang in der SED-Agrarpolitik seit 1948/49 ebenso die undifferenzierte und als Modelltransfer konzipierte Übernahme wissenschaftlicher Entwicklungen aus der Sowjetunion. Außerdem sollten in der UdSSR bewährte Methoden des Ackerbaus und der Viehwirtschaft in der DDR angewandt werden. Schon in den zwanziger Jahren hatte sich eine fruchtbare Kooperation zwischen deutschen und russischen Agrarwissenschaftlern herausgebildet, von denen viele nach der Oktober-Revolution als Emigranten in Deutschland arbeiteten. Durchdrungen von einem ungezähmten Voluntarismus und einem gleichermaßen idealistischen und szientistisch-technokratischen Fortschrittsdeterminismus, stilisierte das SED-Regime demgegenüber die Sowjetunion in dem sich verschärfenden Kalten Krieg zum Vorbild der deutschen Landwirtschaft. Indem sie die Übernahme (pseudo)wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Imitation agrarwirtschaftlicher Verfahren umfassend ideologisierten, erhoben die Spitzenfunktionäre der SED diese Prozesse zum Maßstab des Wiederaufbaus der Landwirtschaft in der DDR. Die Produktionssteigerung wurde so zum Substrat der „Sowjetisierung“, die in der DDR auf den Aufbau einer „sozialistischen“ Gesellschaft als Gemeinschaft neuer Menschen zielte. Der Erziehungsanspruch und das Aufbaupathos, das mit diesem Ideologietransfer einherging, spiegelten sich nicht nur in der Adaption einzelner angeblich richtungweisender Methoden, sondern auch in der allgemeinen Radikalisierung der Agrarpolitik wider. Eine ausgeprägte Personalisierung überhöhte propagandistisch Höchstleistungen von „Neuerern“, „Aktivisten“ und „Meisterbauern“. Auch Rückstände in der Erzeugung wurden auf individuelle Fehler reduziert. Die Wirtschaft und ländliche Gesellschaft degenerierten insgesamt zum Experimentierfeld für einen überspannten Zukunftsentwurf.[173]

Außer einzelnen agrartechnischen Verfahren übernahm das SED-Regime aus der Sowjetunion einen Politikstil, dessen hervorstechendes Merkmal Kampagnen zur Konzentration der zur Verfügung stehenden Ressourcen auf spezifische, überwiegend politisch determi-

---

S. 202; Nehrig, Entwicklung, S. 71. Gesetze abgedruckt in: Gesetzblatt der DDR (GBl.), Nr. 38, 27.3.1952, S. 226f.; Nr. 25, 27.2.1953, S. 329f. Entwurf der Verordnung vom 17. Juli 1952 in: BArch, DK-1, Nr. 917, Bl. 159f. Durchführungsbestimmungen zur Verordnung vom 19. Februar 1953 in: BArch, DK-1, Nr. 5493, Bl. 22, 73–76.

172 Dietrich Beyrau, Bildungsschichten unter totalitären Bedingungen. Überlegungen zu einem Vergleich zwischen NS-Deutschland und der Sowjetunion unter Stalin, in: AfS 34 (1994), S. 35–54, hier: S. 40.

173 Anneli Hartmann/Wolfram Eggeling, „Das zweitrangige Deutschland“ – Folgen des sowjetischen Technik- und Wissenschaftsmonopols für die SBZ und frühe DDR, in: Wolfgang Emmerich/Carl Wege (Hg.), Der Technikdiskurs in der Hitler-Stalin Ära, Stuttgart 1995, S. 189–202, hier: S. 190, 192f.; Henkel, Staatspartei, S. 340. Zur „Sowjetisierung“ allgemein die konzeptionellen Überlegungen in: Michael Lemke (Hg.), Einleitung, in: ders. (Hg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln 1999, S. 11–30, hier: S. 11–15; ders., Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ostwestlichen Spannungsfeld, in: APZ, B 6/97, 31.1.1997, S. 41–53; Michael Reiman, „Sowjetisierung“ und nationale Eigenart in Ostmittel- und Südosteuropa. Zu Problem und Forschungsstand, in: Hans Lemberg (Hg.), Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg 1991, S. 3–9. Vergleichend auch: Jan Foitzik, Sowjetische Hegemonie und Kommunismus in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, in: APZ, B 37–38/96, 6.9.1996, S. 29–37. Zu den emigrierten russischen Agrarökonomen der Hinweis in: Claus-Dieter Krohn, Art. „Wirtschaftswissenschaften“, in: ders. u.a. (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Sp. 904–922, hier: Sp. 909.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

nierte Ziele waren. Damit sollte ein Durchbruch bei der Produktionssteigerung erzielt werden. Auch in der Landwirtschaft verlangten Parteifunktionäre von den Beschäftigten, „Verpflichtungen" und „Selbstverpflichtungen" zu übernehmen. Bezirks- und Kreisleitungen der SED veranstalteten in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren „Tage der Bereitschaft" und „Landsonntage", um die Landbevölkerung und „Werktätigen" in den Agrarbetrieben zu mobilisieren und ihre Einsatzfähigkeit bei den Frühjahrsbestellungen und Ernten zu überprüfen. „Aufklärer" und „Instrukteure" propagierten nicht nur die unbedingte Planerfüllung, sondern politisierten auch die sozialen Beziehungen im Dorf, indem sie zum „Klassenkampf" – vor allem gegen die „Großbauern" – aufriefen. Der Kontrolle und Mobilisierung dienten zudem „Hofbegehungen", an denen außer „Parteigenossen" vielerorts Mitglieder der FDJ und des FDGB sowie Vertreter der Landwirtschaftsverwaltungen beteiligt waren. Die „Begehungen" wurden oft mit Erfassungsaktionen verbunden. Der Kampagnenstil als Adaption sowjetischer Agrarpolitik spiegelte sich auch in den Aufrufen wider, die Dienststellen der SED und der gesellschaftlichen Organisationen, Landesverwaltungen, „Block"-Ausschüsse und andere politische Institutionen unablässig veröffentlichten. So verabschiedete der Landesblockausschuß in Brandenburg von 1945 bis 1950 allein 16 Beschlüsse zur Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Damit sollte jeweils eine Kampagne zur Frühjahrsaussaat, Erntebergung, Herbstbestellung oder – oft vorfristigen – Ablieferung inszeniert werden.[174]

Die Propaganda- und Transferbewegung wurde institutionell an die SED-Leitungen, die Verbände der FDJ und die Betriebsgruppen des FDGB, aber auch an die „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft" (DSF) gebunden, die am 30. Juni 1947 als „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" von Hochschullehrern, leitenden Verwaltungsangestellten, Schriftstellern und Künstlern gegründet worden war. Nachdem sich die Aktivität der DSF zunächst weitgehend auf die Reorientierung der Schönen Künste beschränkt hatte, mutierte der Verband nach seinem 2. Kongreß (1.–4. Juli 1949) auf Druck der SED-Führung zu einer Massenorganisation, die auch auf die Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe ausstrahlen sollte. Der Anteil der Bauern und Landarbeiter in der DSF, der vor allem Arbeiter und Angestellte angehörten, stieg von 1949 bis 1951 zwar deutlich von 1,1 auf 2,7 Prozent, blieb damit aber auf einem niedrigen Niveau.[175]

Die Glorifizierung sowjetischer Vorbilder für die Landwirtschaftspolitik ging in der DDR einher mit der allgemeinen Politisierung der Wissenschaft, die 1951/52 vollends dem Wahrheitsmonopol des Marxismus/Leninismus unterworfen und nach dem Vorbild der UdSSR umgeformt wurde. Vorangetrieben von einem voluntaristischen und technizistischen Gestaltungsoptimismus, hatte Stalin die Pflanzenzüchtung und Genetik in der UdSSR schon seit den späten zwanziger Jahren ungehemmt politisch instrumentalisiert und zum Schlüssel der Naturbeherrschung stilisiert. Die Wissenschaftler waren zunehmend gezwungen worden, ihre Erkenntnisse dem Staat zu übertragen, und verloren damit ihr geistiges Eigentum, für

174 Zu den „Hofbegehungen" in Brandenburg: BLHA, Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 119, Bl. 329; Rep. 530, Nr. 803, Bl. 193. Zu den „Tagen der Bereitschaft" und den „Landsonntagen" exemplarisch: BLHA, Rep. 530, Nr. 730, Bl. 2, 258; Rep. 530, Nr. 731, Bl. 73. Zu den Aufrufen des Landesblockausschusses in Brandenburg: Reinert (Bearb.), Protokolle, S. LIIf., 26f., 32f., 61, 75–77, 145f., 374–376, 397.

175 Thomas Schönknecht, Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 734–747, hier: S. 734–738, 740, 744, 746f.; Manfred Agethen, Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), in: Eppelmann u.a. (Hg.), Lexikon, S. 248f.; Henkel, Staatspartei, S. 329f., 332.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

das sie allerdings Privilegien erhielten. Dieses Konzept erlegte auch den Biologen und Pflanzenphysiologen eine gesellschaftliche Pflicht auf, wohingegen „bürgerliche Spezialisten" nur noch als Experten mit ausschließlich technischem Wissen galten.[176]

In der „Agrobiologie" verkörperte besonders der Pflanzenzüchter Trofim D. Lyssenko den Typus des gesellschaftlich orientierten, politisierten Wissenschaftlers. Er hatte von 1924 bis 1926 neue Methoden der Pflanzenzüchtung entwickelt, bevor er sich Mitte der dreißiger Jahre grundsätzlich gegen die Erblehre Mendels wandte, deren wissenschaftlichen Anspruch die Panslawisten in Rußland schon im 19. Jahrhundert zurückgewiesen hatten. Nach der Stadienlehre Lyssenkos, die auch in Ostdeutschland zunehmend die Molekularbiologie und -genetik verdrängte, sollten Samenkeimlinge von Getreide einem Kälteschock ausgesetzt werden, um damit ihr Wachstum und die Resistenz zu fördern („Jarowisation"). Der Philosoph I.I. Present verlieh Lyssenkos Experimente ihre spezifische ideologische Stoßrichtung, indem er die Chromosomen-Theorie Mendels zurückwies, Gene nicht mehr als Träger des Erbguts anerkannte und behauptete, daß Pflanzen *erworbene* Eigenschaften vererbten. Nachdem die Anhänger dieser Lehre seit 1934 zunehmend die Forschung in wissenschaftlichen Institutionen beeinflußt hatten, faßte Lyssenko seine Erkenntnisse in den späten vierziger Jahren in dem Konzept einer „materialistischen" Erbbiologie zusammen. Auf der Jahrestagung der All-Unions-Lenin-Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in Moskau gelang es Lyssenko mit massiver Protektion Stalins im August 1948 schließlich, seine Theorien als verbindliche Vererbungs-, Züchtungs- und Evolutionslehre in der Sowjetunion durchzusetzen. Damit war die Erwartung verknüpft, bei Pflanzen durch vegetative Hybridisierung (Aufpfropfverfahren) erworbene Eigenschaften vererben zu können.[177]

An der Nahtstelle des Ost-Westkonflikts um eine klare Abgrenzung gegenüber der „bürgerlichen" Agrarwissenschaft in der Bundesrepublik bemüht, griff das SED-Regime die Lehre Lyssenkos sofort auf. Die Glorifizierung der Sowjetunion gipfelte in der Utopie eines überlegenen „sozialistischen" Weges in die Moderne, den die „materialistische" Genetik Lyssenkos und Iwan V. Mitschurins, eines schon 1935 verstorbenen Züchters, zu weisen schien. Der „idealistischen" Vererbungslehre Mendels und Darwins wurde als „materialistisches" Gegenmodell die neue „Agrobiologie" unversöhnlich gegenübergestellt. Nachdem Lyssenkos Vortrag „Über die Lage in der Biologie" in deutscher Sprache als Broschüre erschienen war, gab die DSF eine Vielzahl einzelner Schriften über seine Experimente heraus. Sein einflußreiches Buch über die „Agrobiologie" wurde 1952 in deutscher Übersetzung veröffentlicht. Die Doktrin einer „materialistischen" Erbbiologie verlieh nicht nur der

176 Vgl. Dietrich Beyrau, Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985, Göttingen 1993, S. 111; ders., Bildungsschichten, S. 50; Hartmann/Eggeling, „Das zweitrangige Deutschland", S. 191; dies., Präsenz, S. 129f. Zur DDR: Andreas Malycha, Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, in: APZ, B 30–31/2001, 20.7.2001, S. 14–21, hier: S. 18f.

177 Tatjana Mironowa, Der Sturm auf die Agrarwissenschaften, in: Dietrich Beyrau (Hg.), Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler, Göttingen 2000, S. 106–120, hier: S. 113f., 118; Peter Fäßler, Freiheit der Wissenschaft versus Primat der Ideologie – die Irrlehren Trofim D. Lyssenkos und ihre Rezeption in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. DDR, in: Kluge/Halder/Schlenker (Hg.), Bodenreform, S. 177–194, hier: S. 181–185; Beyrau, Intelligenz, S. 104f., 107, 114, 257, 259, 281 (Anm. 29); ders., Bildungsschichten, S. 51, 54; Hartmann/Eggeling, „Das zweitrangige Deutschland", S. 191f.; dies., Präsenz, S. 130. Überblick in: Walter Rossmanith, Darwinismus, Kommunismus, Lyssenkoismus, in: Bodo-Michael Baumunk/Jürgen Rieß (Hg.), Darwin und Darwinismus. Eine Ausstellung zur Kultur und Naturgeschichte, Berlin 1994, S. 192–200.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Schimäre von der Überlegenheit der sowjetischen Agrarwissenschaft nachhaltig Auftrieb, sondern nährte die technizistische Illusion, die Natur unbegrenzt beherrschen zu können. So glorifizierte ein von der DEFA produzierter Film über Mitschurin den Züchter zu einem richtungweisenden Protagonisten wissenschaftlichen Fortschritts. Gefaßt als Kampf antagonistischer Ideologien, verlangte die SED von den Agrarwissenschaftlern in der DDR, Lyssenkos „Lehre von der Einheit des Organismus mit seiner Umwelt" eindeutig gegen Mendels „formale Genetik" zu unterstützen.[178]

Führende Agrarwissenschaftler in der DDR kritisierten aber schon 1951/52 die obskuren Dogmen Lyssenkos, die in der UdSSR seit den frühen fünfziger Jahren zurückgedrängt wurden, und sie weigerten sich, ihr Renommee für die neue Biologie einzusetzen. So hatte der Direktor des Instituts für Kulturpflanzenforschung in Gatersleben und Inhaber des Lehrstuhls für Genetik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Hans Stubbe[179], 1950 offen Hoernles Absicht, wissenschaftliche Erkenntnisse politisch in Dienst zu nehmen, zurückgewiesen und nach seiner Wahl zum Präsidenten der neugegründeten Akademie der Landwirtschaftswissenschaften auf einer Tagung des ZK am 25. und 26. Mai 1951 dem Verdikt der SED-Führung über die „bürgerliche" Genetik widersprochen, indem er gewarnt hatte: „Wir dürfen nicht den Fehler machen zu glauben, daß sich die sowjetische Biologie heute schon als ein abgeschlossenes System neuer Erkenntnisse darbietet." In Gatersleben, wo eine von ihm geleitete Forschergruppe bereits bis 1952 zahlreiche Experimente Lyssenkos widerlegte, konnte Stubbe die Genetik nach den Lehren Mendels und Morgans mit Unterstützung sowjetischer Offiziere gegen den Druck von SED-Funktionären behaupten, die gezielt Befürworter der neuen Lehre wie Erich Rübensam (Müncheberg) und Asmus Petersen (Rostock) wissenschaftlich förderten. Namhafte Professoren lehnten auch die Einrichtung von Lehrstühlen für „Agrobiologie" in der DDR ab, zu der sich die Teilnehmer eines zentralen Lehrgangs der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Februar 1951 in Jena bekannt hatten. Wissenschaftler, die sich für die neue Lehre aussprachen, wurden zudem in der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften isoliert, in der Stubbe 1951 die Präsidentschaft übernommen hatte. In den späten fünfziger Jahren widerlegte Stubbe überdies durch wissenschaftliche Experimente endgültig Lyssenkos Doktrinen. 1959 lobte die AdL, die am 1. Januar 1951 ihre Arbeit aufgenommen hatte, schließlich mit Zustimmung des ZK der SED „die fortschrittlichen Ideen von Lamarck, Darwin und Haeckel."

178 Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4102/44, Bl. 256, 260. Zur Veröffentlichung von Lyssenkos Vortrag: Hartmann/Eggeling, Präsenz, S. 130. Zur Publikation des Buches die Pressemitteilung vom 9. September 1952 in: BLHA, Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 119, Bl. 171–175. Hoernle wies schon im Dezember 1948 in einer Denkschrift auf den Stellenwert der „Lyssenko-Debatte" hin, die zur Politisierung der Agrarwissenschaften in der SBZ genutzt werden sollte. Vgl. BArch, DK-1, Nr. 253, Bl. 232. Zur Verbreitung von Lyssenkos Biologie in den deutschen Agrarwissenschaften exemplarisch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/566, Bl. 44–65; Rep. 332, Nr. 623, Bl. 12f. Zur Glorifizierung Mitschurins und Lyssenkos und zur Reaktion deutscher Agrarwissenschaftler: Nevsky, Agricultural Policy, S. 110, 114f.

179 Hans Stubbe (geb. 1902) wurde 1943 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kulturpflanzenforschung in Wien. Von 1945 bis 1968 war er Direktor des Instituts für Kulturpflanzenforschung in Gatersleben, von 1946 bis 1967 Professor für allgemeine und spezielle Genetik an der Universität Halle-Wittenberg und von 1951 bis 1968 Präsident der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften. Von 1963 bis 1986 gehörte Stubbe, der schon 1949 in die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin aufgenommen worden war, auch der Volkskammer der DDR an. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1039. Da er in seiner wissenschaftlichen Arbeit wiederholt politische Dogmen ignorierte, verärgerte Stubbe führende SED-Funktionäre. Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/552, Bl. 51f.; DY 30/IV 2/7/557, Bl. 19–21; DY 30/IV 2/2023/85, Bl. 103.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Stubbe engagierte sich darüber hinaus für die Neugründung der gesamtdeutschen „Gesellschaft für Genetik", in der wissenschaftliche Erkenntnisse nicht politisch funktionalisiert werden sollten.[180]

Demgegenüber zeigten sich Bildungs-, Wissenschafts- und Agrarpolitiker weiterhin von Lyssenkos Lehre überzeugt. Funktionäre der SED, leitende Verwaltungsangestellte und Agitatoren der DSF, die nach ihrem 4. Kongreß (15. – 17. Mai 1953) einen Sektor „Arbeit auf dem Lande" gegründet hatten, verherrlichten die „Jarowisation" als wissenschaftliche Innovation, mit der die Pflanzenzucht maßgeblich verbessert und so die Erträge sprunghaft gesteigert werden sollten. Die Bauern wurden aufgefordert, das Getreide vor der Aussaat zu behandeln, um die Resistenz der Keimlinge zu erhöhen und ihr Wachstum zu beschleunigen. Allerdings betonte die DSF, daß die „Jarowisation" nicht bruchlos übernommen, sondern an die klimatischen und physisch-geographischen Bedingungen in Ostdeutschland angepaßt werden sollte.[181] Das Vorkeimverfahren war nach der Propaganda der SED und der DSF mit dem von W.R. Williams entwickelten Fruchtwechselsystem zu kombinieren, das zwar experimentell nie erprobt worden war, aber als bahnbrechende Innovation glorifiziert wurde. Williams hatte die Überlegenheit der Fruchtgrasfolge gegenüber anderen Fruchtwechselsystemen oder anorganischer Düngung in der UdSSR so irreversibel kanonisiert, daß seine Gegner als „Saboteure" stigmatisiert wurden. Weiterentwickelt zum „Trawopolnaja"-System, zielte die Doktrin auf eine Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit ab, indem

180 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/566, Bl. 10–13. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Die sowjetische Agrarwissenschaft und unsere Landwirtschaft. Protokoll der Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit führenden Agrarwissenschaftlern der Deutschen Demokratischen Republik am 25. und 26. Mai 1951 in Berlin, Berlin (Ost) 1952, S. 111; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/557, Bl. 26. Zu Stubbes Widerspruch: SAPMO-BArch, NY 4030/48, Bl. 27f.; DY 30/IV 2/7/566, Bl. 5, 17; Ralph Jessen, Diktatorischer Elitenwechsel und universitäre Milieus. Hochschullehrer in der SBZ/DDR (1945–1967), in: GG 24 (1998), S. 24–54, hier: S. 41; Fäßler, Freiheit, S. 186–188. Zur Propaganda für die „Sowjetwissenschaft" und zur Isolierung ihrer Repräsentanten in der DAL: SAPMO-BArch, DY 39/IV 2/7/549/1, Bl. 57, 179f., Zusammenfassend: Gerald Diesener, Lyssenkoismus in der DDR. Anmerkungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR, in: DA 32 (1999), S. 953–962; Rainer Hohlfeld, Zwischen Autonomie und staatlichem Dirigismus: Genetische und biomedizinische Forschung, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hg.), Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997, S. 213–232, hier: S. 216–219; Kluge, Wandel, S. 262f.; Hartmann/Eggeling, Präsenz, S. 130. Zu Stubbe und zu dem von ihm geleiteten Institut in Gatersleben auch: Jörg Schulz, Gatersleben im Spannungsfeld zwischen internationaler Genetik-Forschung, offiziell vorgegebenen Forschungsrichtungen und politischen Einflüssen, in: Karin Weisemann/Peter Kröner/Richard Toellner (Hg.), Wissenschaft und Politik – Genetik und Humangenetik in der DDR (1949–1989), Münster 1997, S. 49–57, hier: S. 51–54; Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999, S. 56, 163. Zur Gründung der DAL: Christine Papendieck, Ostdeutsche Agrargeschichte im Überblick (1945–1990), in: Rolf Wiese (Hg.), Im Märzen der Bauer. Landwirtschaft im Wandel, Hamburg 1993, S. 189; Malycha, Verhältnis, S. 20.

181 Hartmann/Eggeling, „Das zweitrangige Deutschland", S. 193; dies., Präsenz, S. 130; Fäßler, Freiheit, S. 188f.; Beyrau, Intelligenz, S. 104. Propaganda und Erläuterungen in: SAPMO-BArch, DY 32/A 380 (Arbeitsentschließung v. 2.2.1952); DY 32/A 5340 („Das Vorkeimen und Vorquellen von Zwischenfrucht-Saatgut – eine neue Methode zur Verbesserung der Futtergrundlage"); DY 30/IV 2/7/566, Bl. 63f.; BLHA, Rep. 332, Nr. 623, Bl. 12f. Zur Bildung und Arbeit des Sektors „Arbeit auf dem Lande": SAPMO-BArch, DY 32/A 807 (Analyse v. 22.11.1953); DY 32/A 974 („Perspektivplan für den Sektor ‚Arbeit auf dem Lande' für das Jahr 1954"; „Arbeitsplan des Sektors ‚Arbeit auf dem Lande' für August 1954"); DY 32/A 1180 (Beschluß Nr. 48/53 v. 13.9.1954).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

die Felder in einer festgelegten Anbaurotation von Futterpflanzen und Getreide bestellt wurden.[182]

Die „Agrobiologie" Lyssenkos und die Produktionsverfahren, die sowjetische Agrarwissenschaftler entwickelt hatten, sollten vor allem mit Hilfe der Mitschurinbewegung in die ostdeutsche Agrarwirtschaft und auf das Land transferiert werden. Die Bewegung, die 1950 von der SED-Führung initiiert, vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft koordiniert und von der VdgB (BHG), der FDJ und dem FDGB getragen wurde, diente dem Studium sowjetischer Methoden und ihrer Anwendung in der Vieh- und Pflanzenzucht sowie im Ackerbau. Mitschurin-Zirkel sollten die sowjetischen Produktionsverfahren durch Vorträge, Besichtigungen, Feldbegehungen sowie Lehr- und Leistungsschauen popularisieren. Dazu mußten die Zirkel auf VEG „Mitschurin-Felder" anlegen, auf denen die neuen Methoden erprobt und ihre Vorzüge demonstriert werden sollten. In den MAS oblag den Mitschurin-Zirkeln, das „Trawopolnaja"-System anzuwenden. Die VdgB (BHG) und die DSF propagierten die vermeintlich richtungweisenden Erkenntnisse der sowjetischen Agrarwissenschaften unter den Bauern in der DDR, indem sie vielerorts Versuchsfelder und in VEG und MAS „Mitschurin-Kabinette" einrichteten. Die FDJ gründete zudem „Klubs junger Agronomen", denen auferlegt wurde, „die fortschrittlichen Lehren der Agrarwissenschaft in unserer Republik zu verbreiten und in die Praxis umzusetzen und dazu bei[zu]tragen, eine enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxis herzustellen." Die Bewegung wurde koordiniert von einem „Zentralen Mitschurinausschuß", dem Funktionäre der beteiligten gesellschaftlichen Organisationen, Parteien und Behörden angehörten.[183]

Die undifferenzierte und vielerorts sogar brachiale Sowjetisierungspolitik des SED-Regimes war aber nicht geeignet, die Vorbehalte der Bauern gegenüber den neuen Methoden zu beseitigen. Die Zahl der Mitschurin-Zirkel stieg in der DDR zwar von November 1950 bis Juni 1952 von 150 auf 3.002; im September 1954 arbeiteten aber nur noch 999 Zirkel. Die Neuerungen setzten sich in der ostdeutschen Landwirtschaft insgesamt kaum durch, da sie die Produktionskosten steigerten. Die Methoden erforderten einen hohen Aufwand an manueller Arbeit, führten z.T. zu erheblichen Ertragseinbußen und setzten die Lieferung knapper Betriebsmittel voraus, die den Bauern vielerorts nicht zur Verfügung standen. Trotz der anhaltenden Propaganda löste die Agitation zugunsten der Hybridisierungsmethode auf dem Lande deshalb keine Massenbewegung aus.[184] Ebensowenig erfüllte das „Quadratnestpflanzverfahren", das eine kumulierende Aussaat anstelle der konventionellen Drillreihen vorsah und besonders seit 1954/55 propagiert wurde, die hochgesteckten Erwartungen der Agrarpolitiker. Die Aussaat in hügeligem Gelände und die Pflege der Felder erwiesen sich als so aufwendig, daß diese Methode die Arbeit der Bauern nicht erleichterte. Auch viele Agronomen der MAS bzw. MTS lehnten das Verfahren ab. Zudem belegten Landwirtschaftswissenschaftler in Feldversuchen, daß die Reihensaat weniger Arbeits- und Zugkräfte als die Anlage von „Quadratnestern" erforderte und mehr Pflanzen hervorbrachte. Die Ergebnisse dieser Studien wurden von Stubbe als Präsident der DAL Anfang

182 Hartmann/Eggeling, „Das zweitrangige Deutschland", S. 193; dies., Präsenz, S. 130. Zum sowjetischen Vorbild: Beyrau, Intelligenz, S. 108f.

183 Zit. nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 2568, Bl. 3. Vgl. auch BArch, DK-1, Nr. 2623, Bl. 81; Schulz, Probleme, S. 98.

184 Schulz, Probleme, S. 99f.; ders., Weg, S. 19.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

1960 gegen den ZK-Sekretär für Landwirtschaft, Gerhard Grüneberg[185], energisch verteidigt. Ende der fünfziger Jahre war aus der Sicht der SED-Spitzenfunktionäre nur die nüchterne Bilanz geblieben, daß „das Quadratnestpflanzverfahren zu wenig beachtet worden ist."[186] Auch das Engdrillverfahren, die obskure „Malzew"-Methode, mit der die Äcker effizienter gepflügt werden sollten, und die speziellen Düngungsformen, die in der DDR seit den frühen fünfziger Jahren als Imitation sowjetischer Vorbilder propagiert wurden, setzten sich nicht durch. Insgesamt verhinderten in der DDR nicht nur betriebswirtschaftliche Nachteile und die Folgewirkungen der politischen Instrumentalisierung, der die Agrarwissenschaften im „Dritten Reich" unterworfen worden waren, die Aufnahme und Verbreitung sowjetischer Produktionsmethoden, sondern auch der in den frühen fünfziger Jahren noch ausgeprägte, wenngleich latente Antikommunismus auf dem Lande.[187]

Aus der UdSSR waren außer spezifischen Produktionsverfahren neue Arbeitsmethoden in die ostdeutsche Landwirtschaft zu transferieren. Inner- und zwischenbetriebliche „Wettbewerbe" sollten die Produktivität erhöhen. Dabei wurden Bauern gedrängt, „Selbstverpflichtungen" zu übernehmen, die ihnen u.a. die frühzeitige Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse auferlegten. Allein 1951 registrierten die DBD und VdgB in der SBZ 485.659 Selbstverpflichtungen, und 6.181 Gemeinden wurden in „Wettbewerbe" einbezogen. Seit 1955 sollten „Rationalisatoren" und „Erfinder" in der Landwirtschaft „Neuerermethoden" entwickeln, um die Produktion zu steigern und die Selbstkosten zu verringern. Einzelne Beschäftigte erhielten für Verbesserungsvorschläge Prämien. Das „Erfindungs- und Vorschlagswesen" mobilisierte die „Werktätigen" in MTS und VEG aber vielfach nur kurzfristig, so daß nachhaltige Erfolge insgesamt ausblieben. Die führenden Funktionäre der SED, DBD und der gesellschaftlichen Organisationen, die an der Landwirtschaftspolitik beteiligt waren, heroisierten überdies „Aktivisten", denen ein breites Spektrum von Auszeichnungen auf dem Lande Prestige und Ausstrahlung verleihen sollten. Mit „Kampfprogrammen" wie der „Ferdinand-Kunz-Bewegung" zur Steigerung der Milchproduktion in den LPG und der

185 Gerhard Grüneberg (1921–1981) trat 1946 in die SED ein, für die er zunächst in der Ortsgruppe Oranienburg als Organisationsleiter arbeitete. 1948/49 war er 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Guben, und seit 1949 gehörte er auch der Landesleitung der Partei in Brandenburg an. Von 1952 bis 1958 arbeitete Grüneberg als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) und von 1960 bis 1981 als Sekretär des ZK für Landwirtschaft. Von 1958 bis 1981 gehörte er auch der Volkskammer und von 1958 bis 1969 dem Nationalrat der Nationalen Front der DDR an. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 115.

186 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/365, Bl. 84. Zur Propaganda für das Verfahren z.B. SAPMO-BArch, DY 24/A 211, Bl. 65–68. Zur Kritik an den Gegnern: Hartmann/Eggeling, Präsenz, S. 130; dies., „Das zweitrangige Deutschland", S. 194. Zu den ernüchternden Ergebnissen der agrarwissenschaftlichen Forschung und der Intransigenz Grünebergs: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/85, Bl. 1, 11, 13, 14. Zur Ablehnung von Agronomen: SAPMO-BArch, NY 4182/1066, Bl. 117. Zur Einrichtung eines „Konsultationspunktes" exemplarisch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/588, Bl. 22f. Zur Anwendung des neuen Verfahrens im Mais- und Kartoffelanbau auch: BLHA, Rep. 801, Nr. 25016 („Programm zur Sicherung des Maisanbaues 1957"; „Programm über Maßnahmen zur Anwendung von Neuerermethoden in der Pflanzlichen Produktion im Jahre 1956"). Knapper Überblick in: Bauerkämper, Amerikanisierung, S. 203f.

187 BArch, DK-1, Nr. 60, Bl. 78f.; DY 32/5340 („Protokoll der von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft einberufenen Arbeitstagung zur Verbreitung von Neuerermethoden, durchgeführt am 6.11.1955 im VEG Blankenfelde"; „Kopfdüngung landwirtschaftlicher Kulturen"); BLHA, Rep. 801, Nr. 25016 („Programm über Maßnahmen zur Anwendung von Neuerermethoden in der Pflanzlichen Produktion im Jahre 1956"). Zusammenfassend: Kluge, Affäre, S. 203f. Der Antikommunismus als Barriere wird übersehen in: Fäßler, Freiheit, S. 193f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

„Schönebecker Methode" in den MTS drängten die SED-Leitungen die Beschäftigten in den neuen Betrieben, eine „Übererfüllung" ihrer Pläne anzustreben. Eine ausgeprägte Personalisierung, die Konzentration auf prestigeträchtige Projekte und die Inszenierung von spektakulären Kampagnen hatten der Agrarwirtschaft in der Sowjetunion seit den späten zwanziger Jahren bereits schwere Schäden zugefügt, bevor dieser Politikstil durch die SMAD in ihre Besatzungszone transferiert und von der SED bewußt und gezielt adaptiert wurde. In den späten fünfziger Jahren trug die Neigung der deutschen Staats- und Parteiführung, sowjetische Modelle in der Landwirtschaft unkritisch zu übernehmen, schließlich maßgeblich zu dem drastischen Rückgang der Produktion bei, als Ulbricht ohne Rücksicht auf die regionalen und lokalen Produktionsbedingungen technokratisch ein ehrgeiziges Maisanbauprogramm anordnete, den Bau von „Rinderoffenställen" in der Viehwirtschaft abrupt beschleunigte und die Kollektivierung überstürzt abschließen ließ.[188]

Insgesamt waren die Sowjetisierungskampagnen in der Landwirtschaftspolitik der SED gleichermaßen als Strategie der Krisenüberwindung und als Sprung in die sozialistische Zukunftsgesellschaft konzipiert. Eng verbunden mit dem Sozialisierungskurs, dem Übergang zur Planwirtschaft sowie der Zentralisierung und Monopolisierung der politischen Herrschaft schien die Orientierung der Agrarpolitik am sowjetischen Vorbild einen Ausweg aus der Sackgasse zu weisen, in die sich die SED-Führung mit ihrer radikalen Durchführung der Bodenreform und den enormen wirtschaftlichen Kosten und gesellschaftlichen Folgelasten selber manövriert hatte. Die Sowjetunion symbolisierte aber auch die unreflektierte Fortschrittsideologie, die mit einem weitreichenden Glücksversprechen einherging. Befangen in der Illusion, nach dem totalen Zusammenbruch des „Dritten Reiches" eine den westlich-kapitalistischen und demokratischen Staaten überlegene Gesellschaft aufzubauen, wurde die UdSSR zur Projektionsgröße weitgespannter Modernierungsillusionen. Obgleich letztlich von industriewirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Utopien beherrscht, prägte die Vision der sozialistischen Zukunftsgesellschaft die Politik der SED so tiefgreifend, daß die Agrarwirtschaft und die ländliche Gesellschaft in der Krise der späten vierziger Jahre von einer kumulativen Ideologisierung und Politisierung erfaßt wurden. „Sowjetisierung" war insofern trotz der wirkungsmächtigen Eingriffe der SMAD und SKK keineswegs ausschließlich ein Oktroi der UdSSR und nicht auf die Stalinisierung der herrschenden Partei und der Gesellschaft beschränkt, sondern auch ein Prozeß, der von der Führung der ostdeutschen Staatspartei selber herbeigeführt und vorantrieben wurde.[189]

---

188 Angaben nach: Schulz, Weg, S. 19. Zum „Erfindungs- und Vorschlagswesen": BLHA, Rep. 601, Nr. 9463 (Bericht v. 14.6.1957; „Das Erfindungs- und Vorschlagswesen 1958 in der Land- und Forstwirtschaft im Bezirk Frankfurt [Oder]", „Bericht zum II. Quartal 1959 über die Ergebnisse des Erfindungs- und Vorschlagwesen der Land- und Forstwirtschaft des Bezirks Frankfurt[Oder]"; „Das Erfindungs- und Vorschlagswesen 1959 in der Land- und Forstwirtschaft im Bezirk Frankfurt [Oder]"). Allgemein zu Auszeichnungen als Instrument der „Kaderpolitik" in der DDR: Zimmermann, Überlegungen, S. 343f.

189 Lemke, Einleitung, S. 19, 21f.; ders., Sowjetisierung, S. 43, 48f. Daneben: Michael Lemke, Foreign Influences on the Dictatorial Development of the GDR, 1949–1955, in: Jarausch (Hg.), Dictatorship, S. 91–107, hier: S. 93–96; Foitzik, Hegemonie, S. 30, 37. Zur sozialistischen Fortschrittsideologie und Zukunftsgewißheit: Langewiesche, Fortschritt, S. 39, 42, 44, 47. Zu den russischen Traditionen: Christoph Schmidt, Aufstieg und Fall der Fortschrittsidee in Rußland, in: HZ 263 (1996), S. 1–30, hier: S. 14, 24f., 29f. Zum Nexus von „Sowjetisierung" und zentraler Planwirtschaft auch die Notizen in: BArch, DK-1, Nr. 253, Bl. 228.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands

Die abnehmende Anziehungskraft der SED unter den Bauern drohte aber die anvisierte umfassende Politisierung auf dem Lande zu behindern. Die Landwirte – darunter auch viele Neubauern – waren durch ihre Not, den anhaltenden Mangel an unabdingbaren Betriebsmitteln und den vorbehaltlosen Einsatz der zur Staatspartei uniformierten SED für die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht weitgehend desillusioniert. Wie Merker Tjulpanow am 26. April 1948 mitteilte, hatte vor allem die belastende Zwangserfassung auf dem Lande zu „sehr ernsten politischen Schwierigkeiten" geführt, die sich in einem „fühlbaren Gegensatz der Bauern zu unserer Partei und in einer starken Unzufriedenheit mit der VdgB" widerspiegelten. Merker verwies dabei auch auf „Diskussionen, die die Bauern in letzter Zeit über die Schaffung einer eigenen Bauernpartei begonnen haben." In dem Brief, der am vorangegangenen Tag in der VdgB-Zeitung „Der Freie Bauer" veröffentlicht worden war, traten aber nicht – wie offiziell angegeben – „Bauern", sondern Funktionäre der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe in Mecklenburg und Brandenburg für die Bildung einer Bauernpartei ein. Der Aufbau war zudem von der SMAD vorbereitet worden, deren Offiziere an den Gründungsversammlungen in Wismar (17. April) und Schwerin (29. April) teilnahmen. Im Parteivorstand der SED traf die Bildung einer neuen Partei, deren Konstituierung Pieck am 26. März 1948 und Ulbricht am 16. April angekündigt hatte, jedoch keineswegs auf ungeteilte Zustimmung, denn einige Spitzenfunktionäre fürchteten eine unliebsame Konkurrenz im Kampf um die bäuerliche Klientel. Nachdem am 29. April in Schwerin ein Landesgründungsausschuß für Mecklenburg gewählt worden war, trieb Rudolf Albrecht[190] den Aufbau eines Landesverbandes in Potsdam voran. Im Juni wurden auch in den anderen Ländern der SBZ Gründungsausschüsse konstituiert. Am 17. Juni 1948 ließ die SMAD die neue Partei schließlich auch offiziell zu.[191]

---

190 Rudolf Albrecht (1902–1971) gehörte als Landwirt vor 1933 der KPD an. 1946 trat er in die SED, zwei Jahre später in die DBD ein. Von 1946 bis 1949 leitete er als 1. Vorsitzender den Landesverband der VdgB in Brandenburg, wo er auch dem Landtag angehörte. Von 1948 bis 1951 war Albrecht hier 1. Landesvorsitzender der DBD, deren Parteivorstand und Sekretariat er bis 1952 angehörte. Von 1949 bis 1952 arbeitete er auch als Staatssekretär im Ministerium für Handel und Versorgung der DDR und von 1950 bis 1952 als Abgeordneter der Volkskammer, bevor er im Dezember 1952 alle Ämter verlor und inhaftiert wurde. Schon Ende 1953 wurde er rehabilitiert, ohne aber seine politische Karriere fortsetzen zu können. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 859.

191 Bernhard Wernet-Tietz, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 584–594, hier: S. 584f.; Theresia Bauer, Die Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands 1948 in Mecklenburg und die Entwicklung des Landesverbandes bis 1952, in: van Melis (Hg.), Sozialismus, S. 281–319, hier: S. 290–292, 295f.; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 103–105, 108; Christel Nehrig, Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien. Die DBD, in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. II/4, S. 2375–2398, hier: S. 2378; Konrad Kühne, Die Anfänge der DBD, in: Frölich (Hg.), „Bürgerliche" Parteien, S. 89–102, hier: S. 90–92; ders., Demokratische Bauernpartei Deutschlands, in: Eppelmann u.a. (Hg.), Lexikon, S. 153–155, hier: S. 153; Henkel, Staatspartei, S. 191. Aus der Sicht eines früheren Spitzenfunktionärs der DBD auch instruktiv: Hans Reichelt, Blockflöte, oder was? Zur Geschichte der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) 1948 bis 1990, Berlin 1997, S. 16–27. Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/47, Bl. 45. Die Schlüsselrolle der SMAD wird verschleiert in: Sergej Tjulpanow, Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee, hg. v. Stefan Doernberg, Berlin (Ost) 1986, S. 264f. Zum Loyalitätsverlust durch die rigide Differenzierungspolitik auch der selbstkritische Bericht der Landwirtschaftsabteilung im SED-Landesvorstand Mecklenburg vom 7. Oktober 1947 in: SAPMO-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die DBD sollte vor allem der CDU auf dem Lande Wähler und Anhänger entziehen, der SED auch in den „Blocks" gegenüber den bürgerlichen Parteien eine deutliche Majorität sichern und den Protest auf dem Lande kanalisieren und entschärfen. Die SED-Führung und die Offiziere der SMAD hofften, die Bauern und Landarbeiter damit indirekt wieder enger an die Staatspartei zu binden und die Transformation auf dem Lande, die von der Bodenreform herbeigeführt worden war, zu sichern. Im Zentralen „Block" und in den Landesblockausschüssen hatten sich die LDP und CDU 1947/48 der beginnenden Stalinisierung in der SBZ widersetzt, die Aufnahme gesellschaftlicher Organisationen wie der VdgB und des FDGB in die Gremien abgelehnt und den Kurs der SED auf einen ostdeutschen Separatstaat kritisiert. Zugleich war der Einfluß von Mitgliedern der bürgerlichen Parteien in der VdgB gewachsen, während die Anziehungskraft der Hegemonialpartei auf die Bauern zurückgegangen war. Als „Transmissionsriemen" ihrer Politik war die neugegründete DBD aber eng an die SED gebunden. Initiiert von der SMAD – besonders dem Chef der Informationsabteilung, Tjulpanow –, wurden die führenden Funktionäre aus der SED rekrutiert. Nachdem die VdgB die Gründungsversammlungen in Mecklenburg organisiert hatte, wählten die Delegierten auf der 1. Parteikonferenz der DBD am 16./17. Juli 1948 den geschäftsführenden Vorstand, dem mit Ernst Goldenbaum[192] und Rudolf Albrecht als Vorsitzende und Paul Scholz[193] als Hauptgeschäftsführer ausnahmslos SED-Funktionäre angehörten. Die Führung der neuen Partei übernahmen Altkommunisten, die bereits vor 1933 der Partei angehört hatten, oder jüngere Anhänger der SED, die in der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe hervorgetreten waren. In den Ländern rekrutierten SED-Funktionäre, die jeweils in den Landwirtschaftsabteilungen arbeiteten, loyales und überwiegend mit der Landwirtschaft

---

BArch, DY 30/IV 2/2022/24, Bl. 3. Zur Reaktion der SED-Führung auf den Aufruf zur Gründung der DBD: Bonwetsch/Bordjugov/Naimark (Hg.), Politik, S. 160–162.

192 Ernst Goldenbaum (1898–1990) trat zwischen Oktober 1920 und Januar 1921 der KPD bei, in der er seit 1923 der engeren Bezirksleitung in Mecklenburg angehörte. Als Redakteur der Zeitung „Volkswacht", die Organ der KPD-Bezirksleitung war, gewann er von 1927 bis 1932 Kontakt zu führenden KPD-Funktionären. Im August 1944 verhaftet, wurde er in das KZ Neuengamme eingeliefert. Goldenbaum überlebte den Todesmarsch der Häftlinge und wurde Bürgermeister der Stadt Parchim, im Herbst 1945 schließlich Geschäftsführer der Landeskommission für Bodenreform. Von September 1946 bis August 1947 war Goldenbaum Vorsitzender des Landesverbandes der VdgB und von 1948 bis 1982 Landesvorsitzender der DBD in Mecklenburg. Als Leiter der Abteilung Landwirtschaft bzw. Leiter der Abteilung Agrar- und Bauernpolitik im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft in Mecklenburg (1946–1949) und als Minister für Land- und Forstwirtschaft der DDR (1949/50) erreichte Goldenbaum auch hohe staatliche Ämter. Zudem war er von 1976 bis 1982 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates. Vgl. O. Pfefferkorn, Ernst Goldenbaum. Ein Lebensbild aus der Landwirtschaft, in: SBZ-Archiv 3 (1952), S. 329f.; Bauer, Gründung, S. 298–302; Cerny (Hg.), DDR, S. 142f.; Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 912.

193 Paul Scholz (geb. 1902) hatte seit 1923 für die KPD gearbeitet, bevor er von 1933 bis 1945 mehrmals inhaftiert wurde. Von 1945 bis 1948 war er stellvertretender Chefredakteur der VdgB-Wochenzeitung „Der freie Bauer". 1948 wurde er Mitglied des Zentralvorstandes der VdgB, Mitbegründer der DBD und deren Hauptgeschäftsführer bzw. Generalsekretär. Ab 1950 war Scholz stellvertretender Vorsitzender der DBD, von 1950 bis 1952 sowie von 1953 bis 1955 Minister für Land- und Forstwirtschaft. 1956 wurde er Vorsitzender des Zentralen Beirats für LPG beim Ministerrat, den er bis 1961 leitete. Seit 1949 Abgeordneter der Volkskammer, war Scholz von 1971 bis 1981 stellvertretender Vorsitzender des Ministerratsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und von 1952 bis 1967 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats. Im November 1989 wurde er auf eigenen Antrag von allen Ämtern in der DBD entbunden. Vgl. Cerny (Hg.), DDR, S. 406f.; Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1021; Henkel, Staatspartei, S. 194.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

vertrautes Personal für die DBD. In den Kreisverbänden und Ortsgruppen der neuen Partei nahmen vielfach VdgB-Mitglieder Führungsstellungen ein, obgleich auch hier Schlüsselpositionen mit loyalen SED-Funktionären besetzt wurden.[194]

Die Demokratische Bauernpartei band auf dem Lande gesellschaftliche Gruppen, die der SED distanziert gegenüberstanden, an die Politik der sich herausbildenden kommunistischen Diktatur. In den „Grundsätzen und Forderungen", die auf der 1. Parteikonferenz verabschiedet wurden, verlangte die DBD vorrangig, die Bodenreform zu festigen, die Bauern an politischen Entscheidungen zu beteiligen und die Landwirtschaft umfassend zu fördern. Ausgehend von der Doktrin vom „Bündnis" von Arbeitern und Bauern, lehnte sich die neue Partei allgemein eng an die Agrarpolitik der SED an, deren Ziele sie vorbehaltlos unterstützte. Die politische Anbindung an die Staatspartei wurde auch in dem Programm deutlich, das die DBD auf ihrem 1. Parteitag in Mühlhausen (2./3. Juli 1949) beschloß. Die führenden Funktionäre der DBD, in der Ernst Mecklenburg[195] und aus der Kriegsgefangenschaft in der UdSSR zurückgekehrte Absolventen von Antifaschulen wie Hans Reichelt[196] und Hans Rietz[197] sukzessive in Leitungspositionen aufrückten, bekannten sich uneingeschränkt zur Sowjetunion, distanzierten sich scharf von den bürgerlichen Parteien und begrüßten den Umbruch, den die Bodenreform auf dem Lande herbeigeführt hatte. Obgleich die DBD in

194 Zu den Gründungsmotiven und Zielen der DBD sowie zur Rekrutierung der Funktionäre: Ulrich Mählert, Kleine Geschichte der DDR, München 1998, S. 39; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 99–103, 106–111; ders., Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 585f.; Naimark, Soviets, S. 390; Nehrig, Rolle, S. 2377–2379; Bauer, Gründung, S. 284–290; Kühne, Anfänge, S. 91; ders., Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 153; Tjulpanow, Deutschland, S. 265; Reichelt, Blockflöte, S. 32–37. Zu den Konflikten im Landesblockausschuß Brandenburgs: Reinert (Bearb.), Protokolle, S. XLV-XLVII.

195 Ernst Mecklenburg (geb. 1927) absolvierte eine landwirtschaftliche Lehre und besuchte 1943/44 eine Lehrerbildungsanstalt, bevor er als Soldat der Wehrmacht in englische Kriegsgefangenschaft geriet. 1950 trat Mecklenburg der DBD bei, für die er von 1952 bis 1963 im Landesvorstand Mecklenburg bzw. im Bezirksvorstand Rostock in führender Position arbeitete. Von 1963 bis 1967 war er Vorsitzender des Bezirksvorstands Rostock, und von 1963 bis 1990 gehörte er dem Parteivorstand der DBD an, von 1967 bis 1987 sogar seinem Präsidium. Von 1974 bis 1982 war Mecklenburg stellvertretender Vorsitzender und anschließend bis 1987 Vorsitzender der DBD. Von 1971 bis März 1990 vertrat er die DBD zudem in der Volkskammer der DDR. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 222; Henkel, Staatspartei, S. 193.

196 Hans Reichelt (geb. 1925) trat nach seiner Entlassung aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft 1949 in die DBD ein und wurde 1951 Mitglied des Parteivorstands. Von 1953 bis 1955 amtierte er vorübergehend als Minister, anschließend als Staatssekretär im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft. Nachdem er von 1955 bis 1963 erneut das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft geleitet hatte, war er von 1963 bis 1971 Minister und Stellvertretender Vorsitzender des Landwirtschaftsrats bzw. des Rats für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft. Von 1972 bis zum 11. Januar 1990 leitete er als Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft. Von 1950 bis März 1990 gehörte Reichelt der Volkskammer der DDR an, verlor aber auf dem außerordentlichen Parteitag der DBD am 27./28. Januar 1990 alle Parteiämter. Vgl. Cerny (Hg.), DDR, S. 365f.; Henkel, Staatspartei, S. 193; Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1001f.

197 Hans Rietz (geb. 1914) schloß sich 1928 dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands an und geriet als Soldat der Wehrmacht in sowjetische Kriegsgefangenschaft. 1949 trat er in den FDGB und in die DBD ein, deren Sekretariat er bis 1977 angehörte. Nachdem er seit 1949 die Parteihochschule der DBD in Borkheide geleitet hatte, rückte Rietz 1951 in den Parteivorstand auf, bevor er von 1963 bis 1982 als stellvertretender Vorsitzender der DBD arbeitete. Von 1954 bis 1982 gehörte Rietz auch der Volkskammer der DDR an, und von 1960 bis 1976 amtierte er als stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats. Vgl. Henkel, Staatspartei, S. 194; Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1006.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ihrem Programm nicht als politische Partei einer spezifischen Berufsgruppe definiert wurde, stellte sie sich die Aufgabe, „die Rechte und die Interessen der kleinen und mittleren Bauern durch eigene Bauernvertreter überall wahrzunehmen und zu verwirklichen." Die Landwirte sollten besonders an der Anbauplanung und Differenzierung umfassend mitwirken. 1948/49 schloß sich die DBD-Führung auch der Agitation gegen die „Großbauern" an, drängte auf die Übernahme sowjetischer Produktionsmethoden im Ackerbau und in der Viehzucht und setzte sich für die Anbauplanung in der Landwirtschaft ein. Nicht zuletzt stellte die Partei in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren unabdingbare Führungskräfte für die neuen staatlichen Agrarbetriebe. Nachdem die SED auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952 zur Kollektivierung aufgerufen hatte, stimmte der Parteivorstand der DBD auch diesem abrupten Kurswechsel zu und forderte die Mitglieder auf, den Aufbau der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften voranzutreiben. Allerdings unterstützten die Führung der DBD und Parteifunktionäre in den Bezirken und Kreisen bis 1957 vorrangig die „Ständigen Arbeitsgemeinschaften", die von der VdgB eingerichtet worden waren. Erst 1957 wandten sich die Spitzenpolitiker der DBD eindeutig von ihrem Konzept ab, das eine dualistische Agrarstruktur von LPG und Privatbetrieben vorgesehen hatte, und sie traten anschließend vorbehaltlos für die Kollektivierungspolitik der SED ein.[198]

Nach dem Statut, dem die Delegierten auf dem ersten Parteitag im Juli 1949 zustimmten, sollte vor allem die „werktätige" bäuerliche Bevölkerung in die DBD aufgenommen werden. Dem Parteivorstand, dem mindestens 17 Personen angehörten, unterstanden Landesverbände, Kreisverbände und Ortsgruppen. Mit der Geschäftsstelle verfügte der Parteivorstand über einen Stab von hauptamtlichen Mitarbeitern, die Beschlüsse vorbereiteten und ausführten. Parteiaufträge, Arbeits- und Kontrollpläne, ein umfassendes Berichtswesen, Parteischiedsgerichte und Revisionskommissionen sicherten eine streng hierarchische Organisationsstruktur, in der die Macht im Vorstand konzentriert wurde und vor allem von dem jeweiligen Vorsitzenden ausgeübt wurde. Beschlüsse verkündete oft das „Bauern-Echo", das als offizielles Publikationsorgan der Partei ab November 1949 täglich erschien. Obwohl die Parteiführung der Agrarpolitik der SED grundsätzlich weitgehend kritiklos folgte, blieb das Bekenntnis zur Staatspartei nicht ungetrübt. So beanspruchte Goldenbaum in der Rede, die er auf dem 1. Parteitag der DBD hielt, für die Parteiführung, autonom über ihre Programmatik zu entscheiden, und grenzte sich von unteren SED-Funktionären ab, „die ihre Meinung als die alleinmögliche ansehen." Da die DBD schon bis Ende 1950 70.269 Mitglieder gewann – davon waren 82 Prozent in der Landwirtschaft beschäftigt – und vor allem Führungskräfte anzog, wurde sie auf dem Lande zu einer starken Konkurrenz der SED. Die Staatspartei untersagte der DBD-Führung deshalb im Mai 1951, weitere Betriebsgruppen zu gründen. Parteiorganisationen in den MAS und VEG mußten aufgelöst und ihre Mitglieder in Ortsgruppen überführt werden. Die DBD durfte auch keine Mitglieder aus LPG gewinnen. Am 3. Februar 1953 verbot das Politbüro der SED der Bauernpartei sogar generell,

198 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 109–111, 137–141; ders., Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 587f.; Kühne, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 153–155; ders., Anfänge, S. 99; Nehrig, Rolle, S. 2380f., 2386–2389, 2397. Zit. nach: Wernet, Rolle, S. 265. Zur DBD in Sachsen-Anhalt: Michael Projahn, Konfrontation oder Zusammenarbeit? Die ländliche Gesellschaft in der Altmark 1945–1951, in: Kluge/Halder/Schlenker (Hg.), Bodenreform, S. 125–140, hier: S. 139.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Land- und Forstarbeiter aufzunehmen. In den Ortsgruppen und Kreisverbänden verschärften sich daraufhin die Konflikte, die der Führungsanspruch der SED ausgelöst hatte.[199]

Kollektivierungspläne

1948/49 trat auch die Kollektivierung als politische Option in den Überlegungen und Äußerungen der Machthaber deutlicher hervor. Schon unmittelbar nach der Bodenreform hatten einzelne KPD-Funktionäre ihre weiterführenden Pläne aufscheinen lassen. Die Stellungnahmen zur Kollektivierung blieben jedoch unpräzise und widersprüchlich, denn der „Genossenschaftsplan" gehörte zwar zu den konstitutiven Merkmalen des Marxismus-Leninismus, bestimmte aber in den ersten Jahren nach dem Kriegsende noch nicht unmittelbar die konkrete Politik der kommunistischen Spitzenfunktionäre in der SBZ. Vielmehr durften sich Parteifunktionäre öffentlich nicht zur Kollektivierung bekennen, deren Diskussion auch intern weitgehend tabuisiert war. Als die SED-Führung 1947/48 den Übergang zum „Sozialismus" auf dem Lande als Perspektive ihrer Politik zunächst andeutete und anschließend konkret in Angriff nahm, verschoben sich allerdings die Parameter der Agrarideologie, ohne daß der Übergang zur Kollektivwirtschaft konkret festgelegt wurde. So erklärte Hoernle in einem Referat 1947 schon vieldeutig: „Eine Kollektivisierung [sic] muß ihre materiellen und ideologischen Voraussetzungen haben. Man kann nichts mit Gewalt erzwingen. Wir haben in Deutschland augenblicklich eine Übergangsphase." In einem Leserbrief an die VdgB-Wochenzeitung „Der freie Bauer" wies er jedoch Gerüchte über eine bevorstehende Kollektivierung kategorisch zurück.[200]

Der Zusammenschluß zu Produktionsgenossenschaften wurde aber zur wichtigsten Perspektive der SED-Agrarpolitik, die dazu beitragen sollte, „die demokratische Neuordnung in Deutschland zu sichern und den Weg zu ebnen für die kommende sozialistische Gesellschaftsordnung." Offiziell noch scharf geleugnet, deuteten Spitzenfunktionäre in internen Besprechungen den Übergang zur Kollektivwirtschaft an, ohne sie schon explizit zu fordern. Gezielte Hinweise sollten die untergeordneten Funktionäre vorsichtig über den angestrebten Kurswechsel informieren und sie schrittweise mobilisieren. Entgegen ihrer Selbstdarstellung war die konkrete Politik der SED aber keineswegs linear, zumal sie weitgehend von den durchaus variierenden deutschlandpolitischen Zielen der Sowjetunion abhing. So ermahnte Stalin Pieck, Ulbricht und Grotewohl am 18. Dezember 1948 in Moskau eindringlich, vorsichtiger vorzugehen und einen „Weg zum Sozialismus im Zickzack" einzuschlagen. Damit bremste der sowjetische Diktator auch den Übergang zur Kollektivwirtschaft ab.[201]

---

199 Kühne, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 154; ders., Anfänge, S. 96, 98f.; Nehrig, Rolle, S. 2380, 2384. Zur Struktur und zum Aufbau der Parteiorganisation, die hier nicht detailliert erläutert werden kann: Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 111–113, 118–135; ders., Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 586f. Statut von 1949 abgedruckt in: Wernet, Rolle, S. 271–274. Angegebene Mitgliederzahl und Berufsgruppenanteil in: Nehrig, Rolle, S. 2397. Vgl. auch Weber, Umgestaltung, S. 2851. Zum Mobilisierungserfolg der DBD auch: Schulz, Entwicklung, S. 215f. Zit. nach: Wernet, Rolle, S. 274.

200 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/211, Bl. 175-178. Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/211, Bl. 380.

201 Mählert, Geschichte, S. 52. Zu den Kurswechseln in der sowjetischen Politik detailliert: Elke Scherstjanoi, Die deutschlandpolitischen Absichten der UdSSR 1948. Erkenntnisstand und forschungsleitende Problematisierungen, in: Hoffmann/Wentker (Hg.), Jahr, S. 39–54. Zit. nach: Reutter, Bauernpolitik,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Obgleich die rigorose Verdrängung der Großbauern den Gerüchten über eine „zweite Bodenreform", die Landwirte vielerorts schon 1945/46 befürchtet hatten, nachhaltig Auftrieb verlieh, leugneten Spitzenfunktionäre der SED bis Anfang 1952 beharrlich eine Kollektivierungsabsicht. So behauptete Grotewohl am 15. November 1950: „Es muß als vollständig unbegründet und falsch bezeichnet werden, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Absicht habe, nach den Wahlen [von 1950; A.B.] Maßnahmen zur Durchführung der Kollektivierung in der Landwirtschaft zu ergreifen. Solche Gerüchte stammen von Feinden der DDR und entsprechen keinesfalls den Absichten der Regierung." Auch das ZK der SED wandte sich auf seiner 5. Tagung (15. – 17. März 1951) explizit gegen die Bildung bäuerlicher Produktionsgenossenschaften. Noch fast ein Jahr später versicherte Fred Oelßner, der dem Zentralkomitee und seinem Politbüro angehörte, auf der 8. ZK-Tagung (21. – 23. Februar 1952), daß keine Kollektivierung bevorstehe, „zumindest nicht in der gegenwärtigen Epoche." Auch Ulbricht erklärte fünf Monate vor dem Kollektivierungsbeschluß, daß „keinerlei Absicht besteht, eine zweite Bodenreform durchzuführen."[202]

Der Übergang zur Kollektivwirtschaft hatte sich insgesamt aber deutlich abgezeichnet, bevor in der DDR mit der 2. Parteikonferenz der SED eine neue, umstürzende Phase der Transformationspolitik gegenüber der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft begann. Indem es die Produktion der zentralen Wirtschaftsplanung unterworfen, die staatlichen Betriebe erweitert, den Bauernverbänden ihre Selbständigkeit genommen und die „Großbauern" gleichermaßen ökonomisch verdrängt und politisch entmachtet hatte, war das SED-Regime der Kollektivierung nähergerückt, ohne den agrarpolitischen Richtungswechsel damit schon vorwegzunehmen. Beherrscht von ihrem hypertrophen industriegesellschaftlichen Modernisierungsmodell sowjetischer Provenienz, degradierten die Machthaber die Bauern mit ihrer aufscheinenden Kollektivierungskonzeption zur Dispositionsmasse ihres ungezügelten Herrschaftsanspruchs. Insgesamt divergierte die Entwicklung der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft in der SBZ/DDR damit trotz der zunächst ähnlichen Problemlage schon in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren von dem beginnenden Strukturwandel in Westdeutschland. Obgleich der Hunger in den ersten Nachkriegsjahren auch hier eine Bewirtschaftung der Lebensmittel erzwang, nährten in den westlichen Besatzungszonen die Schattenwirtschaft mit ihren unverzichtbaren Schwarzmarktgeschäften ebenso wie die unterschiedliche Preispolitik für einzelne Erzeugnisse den Protest der Konsumenten und Produzenten von Lebensmitteln. In den frühen fünfziger Jahren setzte der wirtschaftsliberale Flügel der CDU um Ludwig Erhard schließlich sein marktwirtschaftschaftliches Konzept durch, das im Agrarsektor allerdings durch ein breites Spektrum staatsinterventionistischer Maßnahmen relativiert wurde. Die Mangel- und Zwangswirtschaft der Nachkriegszeit war in der Bundesrepublik Deutschland aber nicht zu einer zentralen Planökonomie weiterentwickelt worden, sondern – in Abgrenzung von der Planung

S. 32. Zu der Besprechung vom 26. Oktober 1948: Wolfgang Zank, „Sie wollen uns kaputtmachen!", in: Die Zeit, Nr. 43, 21.10.1999, S. 92.

202 Zit. nach: Krebs, Weg, S. 134f.; Piskol, Beginn, S. 19. Zur Furcht der Bauern vor der Kollektivierung: SAPMO-BArch, NY 4036/683, Bl. 102; Bonwetsch/Bordjugov/Naimark (Hg.), Politik, S. 68. Zur 5. ZK-Tagung: Rolf Stöckigt, Die Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR – ein Springpunkt des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, in: Pellmann/Baum (Hg.), Aspekte, S. 21–32, hier: S. 27.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

und Lenkung der Agrarproduktion in der SBZ/DDR – in eine grundsätzlich marktwirtschaftliche Ordnung umgeschlagen.[203]

4. Die Radikalisierung der Herrschafts- und Konstruktionspolitik. Die Kollektivierungsschübe 1952–1960

Der Beginn der Kollektivierung im Sommer 1952

Beeinflußt von der Zwangskollektivierung in der Sowjetunion in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren, gewann der überwiegend oktroyierte Zusammenschluß der Bauern zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR aus der leninistischen Agrarideologie seine radikale Dynamik. Das „feste Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft" – mit der Führungsrolle der Arbeiter in dieser Allianz – und Lenins „Genossenschaftsplan" bildeten die unverrückbare ideologische Grundlage der Kollektivierung. Letztlich sollten die Bauern damit den Industriearbeitern und die dörflich-agrarische Kultur städtischen Lebensformen angeglichen werden. Ausgehend von der marxistischen Denkfigur von der Diskrepanz zwischen Produktionsmitteln und Produktivkräften, argumentierten Parteifunktionäre zudem, daß der zunehmende Maschineneinsatz in der DDR in den fünfziger Jahren die „Schaffung von modernen Großraumwirtschaften in der Landwirtschaft" erforderte. Darüber hinaus sollten Disproportionen zwischen der überwiegend kleinbäuerlich-privaten Agrarwirtschaft und der zunehmend großbetrieblich strukturierten Industrie mit ihren „Volkseigenen Betrieben" beseitigt werden. Insgesamt zielte die Gründung von LPG, die als „Leuchttürme des Sozialismus auf dem Lande" galten, über den betrieblichen Strukturwandel hinaus aber auf eine tiefgreifende Umwälzung der ländlichen Gesellschaft, deren sozialstrukturelle und -kulturelle Beharrungskraft beseitigt und zugleich auf neue Strukturen geleitet werden sollte. Der Kollektivierungsbeschluß war aber keineswegs ausschließlich ideologisch determiniert oder ein Oktroi der UdSSR, sondern schien in der DDR vor allem einen Ausweg aus der politischen und wirtschaftlichen Krise zu eröffnen, die das SED-Regime 1945/46 mit der radikalen Umwälzung auf dem Lande herbeigeführt und durch ihre antibäuerliche Politik in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren vertieft hatte. Die sprunghafte Zunahme der nicht bewirtschafteten Flächen legte den ideologischen Rekurs auf die Kollektivierung als ad-hoc-Maßnahme nahe, die zudem den Gegensatz zu Westdeutschland vertiefte und damit eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten erschwerte.[204]

---

203 Ulrich Kluge, Wandel ohne Erschütterung. Staatliche Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1986, in: ZAA 35 (1987), S. 160–193, hier: S. 161–163; ders., Jahre, Bd. 1, S. 62–67, 116–123; Feldenkirchen, Agrarpolitik, S. 270–274, 278–283, 290. Allgemein: Gerold Ambrosius, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949, Stuttgart 1977.

204 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 401, Nr. 671 (Thesen v. 22.8.1957); SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/549/1, Bl. 5. Zur Argumentation auch: Charles S. Maier, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt/M. 2000, S. 54f.; Kluge, Wandel, S. 253, 268. Zum

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Aber erst nachdem sich die Optionen der sowjetischen Deutschlandpolitik im Frühjahr 1952 deutlich verengt hatten, konnte die SED-Führung offen den Beginn der Kollektivierung verkünden. Die Westmächte lehnten die sowjetische Note vom 10. März 1952, in der die Wiedervereinigung Deutschlands und ein Friedensvertrag an die Verpflichtung zur Neutralität gebunden worden war, ab, und auch eine weitere Note vom 9. April, in der die östliche Hegemonialmacht Gespräche über einen Friedensvertrag und anschließend freie gesamtdeutsche Wahlen unter Kontrolle der alliierten Mächte anbot, scheiterte an der Forderung der westlichen Staaten, die Vereinten Nationen mit der Aufsicht über die Abstimmung zu betrauen. Schon am 25. März wiesen die Westmächte die in der „Stalin-Note" enthaltenen Vorschläge deshalb entschieden zurück. Auch der weitere Notenwechsel blieb ergebnislos, so daß die Sowjetunion die beschleunigte Westintegration der Bundesrepublik Deutschland nicht verhindern konnte. Mit der Unterzeichnung des „Deutschlandvertrages" am 26. Mai 1952 erreichte der Weststaat schließlich die Souveränität. Zudem schlossen die Außenminister der sechs Montanunion-Staaten (Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande, Belgien und Luxemburg) am darauffolgenden Tag den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ab, die damit als westliches Militärbündnis gegründet wurde. Verwickelt in die globale Konfrontation des Kalten Krieges, der in Korea zu eskalieren drohte, wurde die Staats- und Parteiführung der UdSSR so weitgehend ihres Einflusses auf die politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland beraubt. Die vertiefte Eingliederung Westdeutschlands in das westliche Bündnissystem entzog gesamtdeutschen Konzeptionen weitgehend ihre Grundlage. Nachdem Adenauer am 9. Juli 1952 vor den Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Integration der Bundesrepublik in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft begründet hatte, erklärte Ulbricht auf der 2. Parteikonferenz der SED, „daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird." Offenbar befreit von den Bindungen an die gesamtdeutsche Politik der UdSSR, ging die Staatspartei offiziell von der latenten zur offenen Sozialisierung über. So versicherte die SED-Führung den Bauern und Landarbeitern in der DDR, ihren Zusammenschluß zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften „auf völlig freiwilliger Grundlage" zu unterstützen. Auch indem sie die Herausbildung einer separatstaatlichen Ordnung – z.B. durch die Auflösung der Länder und die Bildung von Bezirken sowie den Aufbau der Kasernierten Volkspolizei – vorantrieb, radikalisierte das Regime seine Konstruktionspolitik, deren Kehrseite die Destruktion traditionaler Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft ebenso war wie die Verdrängung und Repression innenpolitischer Gegner.[205]

Stellenwert der „Bündnis"-Doktrin exemplarisch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/364, Bl. 93. Vgl. auch Volker Klemm, Die Entwicklung der Landwirtschaft der DDR seit der II. Parteikonferenz der SED (Juli 1952), in: Zeitschrift für Agrarökonomik 10 (1967), S. 227–237, hier: S. 236; ders., Jahre, S. 110.

205 Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München ^{2}1987, S. 20, 178–186; Hermann Weber, DDR. Grundriß der Geschichte 1945–1990, Hannover 1991, S. 53f., 63; ders., Geschichte der DDR (1999), S. 150; Kleßmann, Staatsgründung, S. 81; Bender, Episode, S. 150f.; Wilfriede Otto, Sowjetische Deutschlandnote 1952. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks, in: BzG 33 (1991) S. 374–389, hier: S. 374–381 (hier auch Hinweise auf die umfassende Literatur über die heftig umstrittenen „Stalin-Noten"). Zit. nach: Ilse Spittmann/Gisela Helwig (Hg.), DDR-Lesebuch. Stalinisierung 1949–1955, Köln 1991, S. 154f. Zum Beginn der Kollektivierung weitgehend aus der Sicht der SED-Führung: Klemm, Entwicklung, S. 228. Zur latenten Sozialisierung: Scherstjanoi, „Friedenshektarerträge", S. 336, 338–340. Am 23. Juli 1952 erließ die Volks- und Länderkammer der DDR das „Gesetz

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die SED-Führung stilisierte sich auf der 2. Parteikonferenz erneut zum richtungweisenden Exekutivorgan bäuerlichen Willens. Die Spitzenfunktionäre hatten jedoch noch Anfang 1952 keine konkreten Schritte für den Übergang zur Kollektivwirtschaft auf dem Lande geplant. Im Frühjahr waren die Spitzenfunktionäre aber schließlich von der sowjetischen Staats- und Parteiführung ermuntert worden, die Kollektivierung in Angriff zu nehmen. Am 29. März 1952 reisten Pieck, Grotewohl und Ulbricht nach Moskau, um Stalin ihre politischen Konzepte vorzutragen. In seiner Disposition für die erste Besprechung mit dem sowjetischen Diktator hob Pieck zwar die wachsende Aktivität der Großbauern, die er als „Feind" bezeichnete, als Gefahr hervor, erwähnte aber die Kollektivierung nicht. In der Unterredung, zu der Stalin die Spitzenpolitiker der SED am 1. April empfing, wurde demgegenüber erstmals die Bildung von LPG behandelt. In der Besprechung verknüpfte der sowjetische Diktator offenbar – ebenso wie bei der Kollektivierung in der UdSSR in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren – den Kampf gegen die verhaßten Großbauern mit dem Übergang zur Kollektivwirtschaft. Pieck notierte: „Auch Schaffung von Produktiv-Genossenschaften im Dorfe, um Großbauern einzukreisen. Geschickt im Herbst beginnen. Beispiele schaffen – Vergünstigungen, Saatgut, Maschinen, Instrukteure zur Verfügung. Niemand [sic] zwingen. Nicht schreien Kolchosen-Sozialismus. Tatsachen schaffen. Im Anfang die Tat – Weg zum Sozialismus – staatliche Produktion ist sozialistische Produktion".[206]

Am 7. April teilte Stalin der SED-Führung in einem weiteren Gespräch schließlich mit, daß „die Westmächte, welche Vorschläge zur deutschen Frage wir auch immer einbringen mögen, mit uns nicht einverstanden sein und auf jeden Fall aus Westdeutschland nicht herausgehen werden." Da sein Ziel, in einem vereinten, aber neutralen Deutschland beherrschenden politischen Einfluß zu gewinnen, offenkundig gescheitert war, riet der sowjetische Diktator den deutschen Spitzenfunktionären, die DDR zu sichern und deutlicher von dem westdeutschen Staat abzugrenzen. Nach dem offiziellen sowjetischen Gesprächsprotokoll erklärte Stalin weiterhin, „daß es auch jetzt nicht nötig ist, lauthals vom Sozialismus zu reden. Doch Produktionsgenossenschaften sind ein Stück Sozialismus". Er forderte, diese Betriebe in der DDR unverzüglich zu bilden und bemerkte dabei mit Bezug auf die Bibel, „daß am Anfang die Sache war, und dann war das Wort." Damit hatte Stalin die Aufnahme der Kollektivierung gebilligt, die von der SED-Führung schon in den späten vierziger Jahren anvisiert worden war. Die Zustimmung der sowjetischen Staats- und Parteiführung war aber für die neue Landwirtschaftspolitik der SED unabdingbar, obgleich die UdSSR damit nur einen Prozeß auslöste, der strukturell auch durch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgeprobleme der Bodenreform verursacht wurde.[207]

336, 338–340. Am 23. Juli 1952 erließ die Volks- und Länderkammer der DDR das „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik", und zwei Tage später nahmen die Länderparlamente identische Gesetze an. Damit gingen die fünf Länder, die juristisch weiterbestanden, in 14 Bezirke über, in denen Räte und Bezirkstage gebildet wurden. Entsprechende Organe ließ die SED-Führung auch in den 127 neuen Kreisen etablieren. Vgl. Karl-Heinz Hajna, Länder – Bezirke – Länder. Zur Territorialstruktur im Osten Deutschlands 1945–1990, Frankfurt/M. 1995, S. 81–106.

206 Zit. nach: Otto, Deutschlandnote, S. 389; Scherstjanoi, DDR, S. 354; Staritz, SED, S. 697.

207 Zit. nach: Wolkow, Frage, S. 45f. Dagegen wird der sowjetische Einfluß auf den Beginn der Kollektivierung unterschätzt in: Kluge, Die „sozialistische Landwirtschaft", S. 26–28; ders., Affäre, S. 202f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Nachdem Pieck am 14. April auch mit dem Chef der SKK, Generaloberst Wassili I. Tschuikow[208], die Gründung von Produktionsgenossenschaften besprochen hatte, gewannen Wirtschafts- und Ablieferungsgemeinschaften, die Bauern vereinzelt schon zuvor gebildet hatten, für die Politik der Sowjetischen Kontrollkommission und den Kurs der SED-Führung unerwartet eine Vorbildfunktion. Inspektionsreisen nach Thüringen lenkten die Aufmerksamkeit sowjetischer Offiziere besonders auf eine Liefergemeinschaft, die 22 Bauern am 31. Dezember 1950 in der Gemeinde Merxleben gebildet hatten. Außer der gegenseitigen Hilfe bei der Ablieferung sollte damit die Abhängigkeit von den Altbauern bei der Maschinenausleihe beseitigt werden. Das ZK und sowjetische Kommandanten verboten aber die Liefergemeinschaft, die am 28. Mai 1951 auf Anordnung des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung Mühlhausen aufgelöst werden mußte. Demgegenüber schrieb die SKK der Liefergemeinschaft in einem Bericht ein Jahr später hohe Hektarerträge und eine leistungsfähige Milchwirtschaft zu. Nach der Unterzeichnung des „Deutschlandvertrages" schickten auch Spitzenfunktionäre der ostdeutschen Staatspartei Instrukteure in fünf Dörfer, um dort Grundlagen und Erfahrungen bei der Gründung bäuerlicher Produktionsgenossenschaften zu studieren. Damit förderten sie dort Initiativen zur Bildung der neuen Betriebe, deren Gründung zwar durchaus bäuerlichen Interessen entgegenkam, sich aber keineswegs spontan und improvisiert vollzog.[209]

Vielmehr wirkten ebenso wie bei der Bodenreform beim Kollektivierungsprozeß die Mobilisierung „von unten" und zentrale Direktiven „von oben" zusammen. Dabei beeinflußte die Sowjetische Kontrollkommission den weiteren Entscheidungsprozeß in der SED-Führung aber offenbar nur indirekt. Obgleich die Verstaatlichung und Zentralisierung seit den späten vierziger Jahren die Betriebs- und Gesellschaftsstruktur in der DDR auf dem Lande erneut gewandelt hatte, waren die gesamtdeutschen Ziele von der Staats- und Parteiführung der UdSSR noch nicht aufgegeben worden. Erst die Zurückweisung der „Stalin-Noten" führte einen scharfen Kurswechsel herbei, zu dem auch die eskalierende Krise auf dem Lande maßgeblich beitrug. Nachdem die SKK offenbar Anfang Mai von der Ablehnung zur Förderung von Produktionsgenossenschaften übergegangen war, beschloß das Politbüro am 3. Juni 1952 nach einer Vorlage Ulbrichts, in der DDR Kollektivbetriebe zu

208 Wassili I. Tschuikow (1900–1982) hatte sich 1919 der Kommunistischen Partei angeschlossen, nachdem er im Jahr zuvor in die Streitkräfte eingetreten war. Im Zweiten Weltkrieg kommandierte er eine Armee, bevor er 1945 Chef der SMA Thüringen und im darauffolgenden Jahr Stellvertretender Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland wurde. Von März bis November 1949 war Tschuikow Oberster Chef der SMAD und von 1949 bis 1953 Chef der SKK. Nach seiner Rückkehr in die UdSSR war er bis 1961 Kandidat und anschließend Mitglied des ZK der KPdSU. 1972 wurde er schließlich Generalinspekteur im Verteidigungsministerium der UdSSR. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1045.

209 Dagegen die Interpretation in: Kluge, Die „sozialistische Landwirtschaft", S. 26; ders., Affäre, S. 202. Zum Beginn der Kollektivierung auch: Scherstjanoi, DDR, S. 357f.; Stöckigt, Bildung, S. 27–29. Allgemein: Piskol, Beginn, S. 19, 21; Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 294. Zur Liefergemeinschaft in Merxleben: Barbara Schier, Die Ablieferungsgemeinschaft der Merxlebener Neubauern als Klassenkampfinstrument? Ein thüringisches Dorf auf dem Weg zur Kollektivierung, in: Kluge/Halder/Schlenker (Hg.), Bodenreform, S. 213–228, hier: S. 218–221; dies., Alltagsleben im „sozialistischen Dorf", S. 112–116; dies., Alltagsleben, S. 40f.; dies., Rolle, S. 191, 194. Dazu auch der Erlebnisbericht des Bürgermeisters von Merxleben in: SAPMO-BArch, Sg Y 30/2235, Bl. 3–6. Ergänzend: Martin Onnasch, Konflikt und Kompromiß. Die Haltung der evangelischen Kirchen zu den gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR am Anfang der fünfziger Jahre, in: Kirchliche Zeitgeschichte 3 (1990), S. 152–165, hier: S. 153; Kleßmann/Wagner (Hg.), Land, S. 365–367.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

gründen, besonders in Gebieten, aus denen Großbauern geflohen waren. „Devastierte" Betriebe sollten nach dem Beschlußentwurf vor allem von LPG übernommen werden. Da ihm die Dynamik vertraut war, die im Parteiapparat aus der Konkurrenz um die Gunst der Machthaber resultierte, untersagte der für die Landwirtschaftspolitik zuständige Generalsekretär des ZK ausdrücklich einen Wettstreit um das höchste Kollektivierungstempo. Obgleich zunächst nur ein gemeinsamer Ackerbau geplant war, sollten anschließend auch Statuten für Kollektivbetriebe festgelegt werden, in denen Vieh gehalten werden konnte. Der Beschluß des Politbüros verpflichtete die VdgB (BHG) und die MAS zudem, die Produktionsgenossenschaften nachhaltig und vorrangig zu unterstützen. Dazu sollten in den Stationen Politabteilungen eingerichtet werden. Für die Ausbildung des Führungspersonals in den LPG war überdies eine zentrale Hochschule zu gründen.[210]

Am darauffolgenden Tag informierte Ulbricht die 1. Sekretäre der SED-Kreisleitungen in einer Konferenz über den bevorstehenden Beginn der Kollektivierung. Dabei verwies er auf Bitten von Bauern und Landarbeitern, die sich bereits zu Wirtschaftsgemeinschaften zusammengeschlossen hatten, und wies die Parteifunktionäre an, „daß es angesichts der veränderten Lage und der Entwicklung unserer Wirtschaftspolitik im Rahmen des Fünfjahrplanes notwendig ist, daß diese Produktionsgenossenschaften, die sich jetzt gebildet haben, von der Partei unterstützt werden." Ulbricht, der ausschließlich den Bauern und Landarbeitern die Initiative im Kollektivierungsprozeß zuwies, drohte Kreisleitern, die Zwang auf die Landbevölkerung ausübten, in seiner geheimen Rede am 4. Juni außerdem harte Strafen an. Großbauern sollten weiterhin „auf möglichst demokratische Weise", aber „in einem Prozeß des Kampfes" aus den Ausschüssen der VdgB (BHG) entfernt werden. Am 24. Juni entschied das Politbüro schließlich, die sowjetische Parteiführung um die Reise einer Gruppe von Kleinbauern, Landarbeitern und Mitarbeitern von MAS in die UdSSR zu bitten, „die zur Zeit der Ernte zum Zwecke des Studiums der Kollektivwirtschaften fährt ..." Die Staats- und Parteiführung entsandte auch Delegationen in andere Staaten des sowjetischen Hegemonialbereiches, nachdem sie schon Ende April 1952 einen Bericht der Diplomatischen Mission der DDR in Budapest empfangen hatte, in dem das Wachstum der Agrarproduktion in Ungarn auf das hier 1948 erlassene Kollektivierungsgesetz zurückgeführt worden war.[211]

Sogar in ihrem internen Beschluß vom 3. Juni 1952 hatte sich die Führungsspitze der SED auf „Anfragen" berufen, „die von bestehenden landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sowie von Landarbeitern und Kleinbauern an das Politbüro der SED gerichtet wurden ..." Die SED-Führung hatte demgegenüber unmittelbar nach Ulbrichts Rede vor den 1. Sekretären der Partei Delegationen in die Dörfer entsandt, um dort die Gründung von Produktionsgenossenschaften herbeizuführen. So hielten sich am 5. Juni 1952 führende Angestellte des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Politiker der DBD und Spitzen-

210 Beschluß des Politbüros vom 3. Juni 1952 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/214, Bl. 3, 27–32. Zusammenfassung und Interpretation in: Scherstjanoi, DDR, S. 359–361, 363; Staritz, SED, S. 689. Dagegen wird die Handlungsautonomie der SED-Führung überschätzt in: Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, S. 185–192. Vgl. auch Kluge, Wandel, S. 265f.

211 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01/195, Bl. 30, 39; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/217, Bl. 5. Die Niederschrift zur Konferenz der 1. Kreissekretäre der SED vom 4. Juni 1952 wurde mir freundlicherweise von Herrn Jens Schöne, M.A., Berlin, überlassen.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

funktionäre der SED wie der 1. Sekretär der Partei in Thüringen, Erich Mückenberger[212], in der Gemeinde Merxleben auf, deren Bauern empfohlen wurde, unverzüglich bei Landwirtschaftsminister Paul Scholz in Berlin vorzusprechen. Dort trafen sie am darauffolgenden Tag auf Bauerndelegationen aus anderen Dörfern, die ebenfalls offiziell um die Genehmigung baten, Produktionsgenossenschaften zu bilden. Bis Ende Juni erreichten insgesamt Bauern aus neun Gemeinden die Zustimmung des Landwirtschaftsministers, der auch materielle Unterstützung versprach. So war schon am 8. Juni eine LPG in Merxleben konstituiert worden. Bei der Ausarbeitung des Statuts hatte der Bürgermeister nicht nur die vorangegangene Arbeit der Liefergemeinschaft berücksichtigt, sondern auch auf ein Statut zurückgegriffen, das er aus der UdSSR mitgebracht hatte. In Mecklenburg bezeichnete Dahlem schließlich die Kollektivierung auf der Landesdelegiertenkonferenz der SED am 27. Juni 1952 gegenüber Bauern und Landarbeitern, die um die Zustimmung zur „genossenschaftlichen" Arbeit baten, als enorme Herausforderung und kündigte dazu einen Beschluß der bevorstehenden 2. Parteikonferenz an. Nachdem es am 1. Juli Musterstatuten für die LPG vom Typ I und II beschlossen hatte, schickte das Politbüro der SED erst am darauffolgenden Tag einen Brief an Stalin, der den Kollektivierungsbeschluß billigen sollte. Am 8. Juli übermittelte das Politbüro der KPdSU schließlich seine Zustimmung. Damit konnte das ZK auf seiner 9. Tagung, die an diesem Tag stattfand, den Kurswechsel bestätigen.[213]

Obgleich die Kollektivierung erst nach dem Scheitern der deutschlandpolitischen Initiativen der Sowjetunion zum Tragen kam, ist sie auch auf langfristig angelegte Strukturprobleme zurückzuführen, deren Interpretation freilich von der marxistisch-leninistischen Ideologie der Machthaber in der DDR bestimmt wurde. Die von dem Regime selber herbeigeführte, kumulierende Landflucht von Neu- und Großbauern bedrohte die Rekonstruktion der Landwirtschaft und schränkte zunehmend die Nahrungsmittelproduktion ein. Die Verbesserung der Versorgungslage war aber auch für die Stabilität der SED-Diktatur unabdingbar, denn angesichts der wirkungsmächtigen Erfahrung von Not und Hunger definierte die Bevölkerung der DDR die politische Neuordnung überwiegend ebenso materiell wie die Westdeutschen, die „Demokratie" und „Amerikanisierung" eng mit der Überwin-

212 Erich Mückenberger (geb. 1910) trat 1927 der SPD bei. Nach seiner Festnahme 1934 wurde er bis 1936 im Konzentrationslager Sachsenburg inhaftiert. Von 1942 bis 1945 war er Soldat der Wehrmacht, zuletzt im „Strafbataillon 999". 1945 schloß er sich wieder der SPD, im darauffolgenden Jahr der SED an. Von 1946 bis 1948 war Mückenberger Vorsitzender der SED-Kreisleitung Chemnitz, anschließend 2. Sekretär der SED-Landesleitung Sachsen, von 1949 bis 1952 1. Sekretär der SED-Landesleitung Thüringen und 1952/53 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt. Von 1953 bis 1960 arbeitete Mückenberger als Sekretär des ZK für Landwirtschaft, von 1960 bis 1971 als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder). Mückenberger gehörte 1949 bis 1989 der Volkskammer, von 1950 bis 1989 dem ZK der SED und von 1954 bis 1989 dessen Politbüro an. Von 1971 bis 1989 war er außerdem Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission. Im Januar 1990 wurde er aus der SED/PDS ausgeschlossen. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 233.

213 Staritz, SED, S. 698–700. Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/214, Bl. 27. Zu Merxleben: Schier, Alltagsleben im „sozialistischen Dorf", S. 116–121; dies., Ablieferungsgemeinschaft, S. 221f. Bericht über die Gespräche mit Scholz in: BArch, DK-1, Nr. 1829, Bl. 3–6. Dazu auch: Marko Rilinger, Landwirtschaft in Mecklenburg in den Jahren 1952 bis 1960, in: Zeitgeschichte Regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 3 (1999), H. 1, S. 21–26, hier: S. 21; Kluge, Wandel, S. 266. Andere Interpretationen in: Reichelt, Blockflöte, S. 124f.; Herferth u.a., Bodenreform, S. 93–96. Beschluß über Musterstatuten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/218, Bl. 7. Vgl. auch Scherstjanoi, DDR, S. 360; Weber, Umgestaltung, S. 2859; Kluge, Wandel, S. 267. Zur Landesdelegiertenkonferenz in Mecklenburg: SAPMO-BArch, Sg Y 30/1244/3, Bl. 149f.; Kuntsche/Schlombs (Bearb.), Dokumente, S. 93f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

dung der Mangelwirtschaft und in den fünfziger Jahren schließlich mit dem enormen wirtschaftlichen Aufschwung verknüpften.[214] Bis 1952 hatten in der DDR rund 60.000 Neubauern (30 Prozent) ihre Betriebe zurückgegeben, und vor der 2. Parteikonferenz wurden 235.000 ha nicht oder nur unzulänglich bewirtschaftet. Die Zahl der Bauern, die mit hohen Ablieferungsrückständen oder Schulden belastet waren und ihre ökonomische Lage nur durch den Zusammenschluß in Produktionsgenossenschaften verbessern konnten, ist mit 20.000 veranschlagt worden. Trotz der rigorosen Repression der Großbauern hatte das SED-Regime auch die sozioökonomische Differenzierung unter den Bauern nicht aufhalten können. In vielen Betrieben, deren Inhaber weniger als 20 ha bewirtschafteten, wurden weiterhin Lohnarbeiter beschäftigt, so daß sich auch deshalb die angestrebte homogene „Klasse" der „werktätigen" Bauern zunehmend als Schimäre erwies. Überdies konnten die Maschinen, deren Produktion in den Industriebetrieben in den frühen fünfziger Jahren deutlich gesteigert wurde, auf großen Flächen effektiver eingesetzt werden als auf den Parzellen der Neubauern.[215]

Über diesen betriebswirtschaftlichen Vorteil hinaus ist der Beschluß, die Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu fördern, auch auf die wirkungsmächtige Illusion der SED-Führung zurückzuführen, mit der großbetrieblichen Kollektivwirtschaft über ein Modernisierungsmodell zu verfügen, von dem eine sprunghafte Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung erwartet wurde. Die Kollektivierung ermöglichte überdies letztlich die vollständige Integration des primären Sektors in das System der Zentralplanwirtschaft, mit dem der erhoffte Durchbruch von der Mangelökonomie der Nachkriegszeit in die angestrebte sozialistische Konsumgesellschaft erreicht werden sollte. Auf der Suche nach dem Ausweg aus der Sackgasse, in die sich das Regime mit der Bodenreform und seiner radikalen Politik gegenüber den Bauern manövriert hatte, konnten sich die Spitzenfunktionäre der ostdeutschen Staatspartei zudem auf Traditionsbestände in der Agrarideologie des Marxismus-Leninismus berufen, die aber keineswegs geschlossen war, sondern vielmehr widersprüchlich oder zumindest unentschieden blieb und deshalb jeweils *ex post* politisch funktionalisiert werden konnte. Der ungebändigte technokratisch-szientistische Gestaltungsoptimismus, der als wichtige Triebkraft der Kollektivierung in den späten fünfziger Jahren kulminierte und nicht zuletzt den erzwungenen Abschluß des Prozesses 1960 auslöste, trug ebenso wie die modernistische Utopie maßgeblich zum Kollektivierungsbeschluß bei. So wurde im Volkswirtschaftsplan für 1953 der „Übergang zur Großproduktion auf der Basis moderner Technik durch Förderung der Produktionsgenossenschaften" zur „Hauptaufgabe" erklärt. Integriert in ein umfassendes Plansystem mit zentraler Allokation der Ressourcen, schien die Kollektivwirtschaft im Agrarsektor den überlegenen Weg in die Moderne der „sozialistischen" Zukunftsgesellschaft zu bahnen. Im Wettbewerb mit der westdeutschen Landwirtschaft, deren Strukturwandel die SED-Propaganda als „Bauernlegen" diffamierte, stellte die großbetriebliche Kollektivwirtschaft aus der Sicht der Spitzenfunktionäre eine agrarpolitische Konzeption dar, die in ganz Deutschland durchzusetzen war und universell gesellschaftlich-politischen Fortschritt verhieß. So schrieb Hoernle nach der

214 Vgl. Alf Lüdtke/Inge Marßolek/Adelheid von Saldern, Einleitung: Traum und Albtraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, in: dies. (Hg.), Amerikanisierung: Traum und Albtraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996, S. 7–33, hier: S. 27.

215 Piskol, Beginn, S. 19–21. Angabe zurückgegebener Neubauernstellen nach: Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 296; dies., Entwicklung, S. 68f. Zahl der in Not geratenen Neubauern nach: Schulz, Probleme, S. 53. Vgl. auch Nehrig, Bauern, S. 238, 241. Dazu die ausführliche Darstellung im dritten Kapitel.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Lektüre der Rede Ulbrichts auf der 2. Parteikonferenz noch kurz vor seinem Tod am 10. Juli 1952 an seine Ehefrau: „Von heute ab auch bei uns in Deutschland das Wort Sozialismus nicht mehr nur als Lehre und kämpferische Bewegung, sondern als greifbar unter unseren Händen sich entwickelnde historische Tatsache – seit Jahrzehnten haben wir darum gerungen, sind alt, grau, krank geworden – u. jetzt werden wir doch noch die Verwirklichung – mindestens im ersten Stockwerk! – miterleben. [...] Welches Glück! Welche Verpflichtung. [...] Jetzt werden wir große Schritte machen."[216]

Der Aufbau der LPG und der Kollektivierungsdruck 1952/53

Die Radikalität dieser modernistischen Illusion entsprang dem idealistischen und voluntaristischen Fortschrittsglauben, der im Marxismus-Leninismus angelegt war. Diese Zukunftsgewißheit spiegelte sich konkret in der überschäumenden Glorifizierung der Sowjetunion. Obgleich die Kollektivierung in der UdSSR, die Stalin 1929 erzwungen und vor allem gegen die „Kulaken" gerichtet hatte, in der DDR in den fünfziger Jahren als Leitbild unbestritten war, übertrug die SED-Führung das sowjetische Modell nicht undifferenziert auf Ostdeutschland. Im Gegensatz zu Rußland waren die Bauern hier nach den Agrarreformen, die im 19. Jahrhundert in den deutschen Territorialstaaten durchgesetzt worden waren, zivilrechtlich Eigentümer ihres Bodens geworden, die damit auch am Geschäfts- und Kreditverkehr teilnehmen konnten. Die Tradition des bäuerlichen Eigentumsrechts am Boden berücksichtigend, entzog das SED-Regime den Landwirten, die in die Produktionsgenossenschaften eintraten, zwar ihr Nutzungsrecht an ihrem Land, nicht aber ihr dingliches Verfügungsrecht. Zudem konnten die LPG-Mitglieder jeweils 0,5 ha als persönliches Eigentum beanspruchen. Die staatliche Sozialversicherung erfaßte überdies – im Gegensatz zur UdSSR – auch die LPG-Mitglieder, die darüber hinaus eine staatliche subventionierte Mindestvergütung für ihre Arbeit erhielten. Die Einkommen wurden nicht nur nach den geleisteten Arbeitseinheiten, sondern auch nach den eingebrachten Bodenanteilen berechnet. Außerdem war die Differenzierung zwischen den Kollektivbetrieben in der DDR noch ausgeprägter als in der Sowjetunion, denn das SED-Regime erließ Statuten für drei unterschiedliche Varianten Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften. Während im LPG-Typ I ausschließlich der Boden gemeinsam bewirtschaftet wurde, mußten in die Betriebe vom Typ II auch die Geräte und Maschinen eingebracht werden. Das Statut für den Typ III legte darüber hinaus eine genossenschaftliche Viehwirtschaft fest. Überdies konnten diese LPG Wirtschaftsgebäude ihrer Mitglieder beanspruchen. Anders als in der Sowjetunion vertraute die SED-Führung bei der Kollektivierung zudem vorwiegend auf ökonomische Vergünstigungen für LPG-Mitglieder und die neuen Betriebe, obgleich die Machthaber in

216 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): GBl., Nr. 177, 22.12.1952, S. 1323 (ähnlich in: Piskol, Beginn, S. 25f.); Brief Hoernles vom 10. Juli 1952 (dem Vf. überlassen von Fritz Reinert; Wort im Original unterstrichen). Vgl. auch Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 5f. Zu den ungebremsten Modernisierungsillusionen beim Abschluß der Kollektivierung exemplarisch Stellungnahmen von SED-Funktionären in: BLHA, Rep. 930, Nr. 83 („Protokoll der 13. Sitzung der Bezirksleitung Cottbus am 14.1.1960"); Rep. 930, Nr. 138 („Für eine Blüte der sozialistischen Kultur auf dem Lande [Referat auf der III. Bezirkskulturkonferenz 24. u. 25.10.59]"); Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 22. Vgl. auch Julij A. Kwizinski, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 174f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

der DDR besonders 1952/53 und 1959/60 auch vor massivem politischen Zwang nicht zurückschreckten.[217]

Das Zentralkomitee der SED und sein Politbüro erließen im Sommer und Herbst 1952 Verordnungen zu den rechtlich-organisatorischen Grundlagen der LPG und den ökonomischen Anreizen, die den Kollektivierungsprozeß vorantreiben sollten. Am 24. Juli beschloß die Regierung der DDR auf Anweisung der SED-Führung wirtschaftliche Vergünstigungen für die LPG und ihre Mitglieder. So sollten die neuen Betriebe bevorzugt mit Saatgut und Dünger beliefert werden, günstige Kredite erhalten und in den darauffolgenden zwei Jahren von der Steuer befreit werden. Außerdem erlegte der Regierungsbeschluß den Direktoren der MAS auf, für den Einsatz ihrer Maschinen in den Produktionsgenossenschaften den niedrigsten Tarifsatz zu berechnen. Zudem wurde die Pflichtablieferung der LPG-Mitglieder für einzelne Agrarprodukte um zehn Prozent gesenkt und ihre Steuern für 1952 um 25 Prozent reduziert. Bis Dezember 1952 ergänzte der Ministerrat diese Privilegien durch weitere wirtschaftliche Erleichterungen, die sich auch auf die Beiträge für die Sach- und Haftpflichtversicherung der LPG und ihrer Mitglieder erstreckten. Die Rechtsform und Organisationsstruktur der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden vor allem in den Musterstatuten festgelegt. Das Politbüro hatte zwar schon am 1. Juli Statuten für die LPG-Typen I und II erlassen; aber erst in einer Direktive vom 10. Oktober empfahl das Sekretariat des ZK, die Aufnahme einer gemeinsamen Viehwirtschaft zu unterstützen. Allerdings sollte dieser Entwicklungssprung nur gewagt werden, wenn geeignete Stallgebäude und erfahrenes Personal zur Verfügung standen, die Futtergrundlage gesichert war und alle LPG-Mitglieder dem Übergang zustimmten. Die Statuten der LPG wurden am 6. Dezember 1952 auf der ersten „Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG" (LPG-Konferenz) angenommen. Daraufhin erließ der Ministerrat noch in demselben Monat für alle drei LPG-Typen Musterstatuten, in denen die Mitgliedschaft, das Eigentums- und Bodennutzungsrecht, die Arbeitsorganisation und Einkommensverteilung, die persönliche Hauswirtschaft und die Leitung der Betriebe geregelt wurden. Das neue Recht für die Kollektivbetriebe wurde aber erst in dem LPG-Gesetz zusammenfassend kodifiziert, das der Ministerrat am 3. Juni 1959 erließ. Bereits im Februar 1959 hatte die VI. LPG-Konferenz ein neues Musterstatut für den LPG-Typ I erlassen, nach dem diese Betriebe auch das Grünland kollektiv bearbeiten und die Viehwirtschaft jeweils angliedern konnten.[218]

---

217 Stephan Merl, Sowjetisierung in der Welt des Konsums, in: Jarausch/Siegrist (Hg.), Amerikanisierung, S. 178f.; ders., Einstellungen zum Privateigentum in Rußland und in der Sowjetunion, in: Siegrist/ Sugarman (Hg.), Eigentum, S. 135–159, hier: 142–147; Piskol, Beginn, S. 22f.; Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 297f.; Weber, Umgestaltung, S. 2820f. Ergänzend: Karl Heinz Schröder, Der Wandel der Agrarlandschaft im ostelbischen Tiefland seit 1945, in: Geographische Zeitschrift 52 (1964), S. 289–316, hier: S. 301. Zu den LPG-Typen: Klaus Dreesen, Die Bedeutung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für die DDR, Tübingen 1973, S. 96–98; Schier, Alltagsleben im „sozialistischen Dorf", S. 70f. Zur Rechtsform der LPG: Bauerkämper, Kontinuität, S. 127f.

218 Reiner Arlt, 30 Jahre schöpferische Gestaltung des Agrarrechts der DDR, in: Staat und Recht 28 (1979), S. 324–332, hier: S. 326; Bauerkämper, Kontinuität, S. 126f.; Piskol, Beginn, S. 24; Herferth, Aufschwung, S. 217. Zusammenfassend: Guido Harder, Das verliehene Nutzungsrecht. Herausbildung und Entwicklung eines Rechtsinstituts des DDR-Bodenrechts, Berlin 1998, S. 95–108, 186–198. Beschluß vom 24. Juli 1952 in: GBl., Nr. 101, 29.7.1952, S. 619–713; BArch, DK-1, Nr. 10196, Bl. 5–8. Dazu: Graffunder, Bündnis, S. 57; Papendieck, Agrargeschichte, S. 190. Beschlüsse vom Dezember 1952 in: GBl., Nr. 1, 2.1.1953, S. 1–22. Beschlüsse, An- und Verordnungen abgedruckt in: Beuthien/Brockmeier/Klose (Hg.), Materialien, S. 345–414. Zu den Vergünstigungen auch: Grüneberg

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Statuten wiesen zwar die skizzierten Unterschiede zwischen den Betrieben auf, banden den Eintritt in die LPG aber an die freiwillige Zustimmung. „Schieber, frühere Großhändler, Spekulanten, Großbauern, große Grundbesitzer sowie Kaufleute und Gastwirte, welche Lohnarbeitskräfte beschäftigen", durften nicht aufgenommen werden. Die Einkommensverteilung basierte weitgehend auf Arbeitseinheiten, die über eine festgelegte Mindestanforderung hinaus von den Mitgliederversammlungen bestimmt werden sollten. Zudem wurden in den LPG-Typen I, II und III vierzig, dreißig bzw. zwanzig Prozent der Einkommen nach dem jeweils von den Mitgliedern eingebrachten Boden zugeteilt. Die persönliche Hauswirtschaft sicherte jedem LPG-Mitglied darüber hinaus 0,25 ha, mehreren Familienangehörigen zusammen maximal 0,5 ha Land zur persönlichen Nutzung. Die Mitgliederversammlungen hatten nach den Musterstatuten über die Wirtschaftsführung Beschlüsse zu treffen, die für die einzelnen Mitglieder verbindlich waren. Zudem sollten die Versammlungen die Vorstände, denen jeweils drei bis fünf Personen angehörten, und die LPG-Vorsitzenden wählen. Den Revisionskommissionen oblag die Aufsicht über die Finanzverwaltung und die Einhaltung der Statuten. Betriebsordnungen sowie Vorgaben für die Tagesarbeitsnormen und die Bewertung der Arbeit in den LPG ergänzten die Musterstatuten. Für einzelne Regionen – so den Spreewald im Bezirk Cottbus – und Gärtnerische Produktionsgenossenschaften (GPG) ließ die SED-Führung auch Modifikationen bei den Statuten zu. In Brandenburg wurden im Juli 1952 u.a. in Etzin (Kreis Osthavelland, Bezirk Potsdam), wo Bauern bereits im vorangegangenen Jahr eine Produktionsgenossenschaft vorbereitet hatten, in den Gemeinden Neuheim (Kreis Jüterbog, Bezirk Potsdam), Bullendorf (Kreis Ostprignitz, Bezirk Potsdam), wo sogar schon 1949 ein Antrag auf Zusammenschluß abgelehnt worden war, und Alt-Tucheband (Kreis Seelow, Bezirk Frankfurt/Oder) früh LPG gegründet. Richtungweisend wurde aber die Produktionsgenossenschaft „Thomas Müntzer" in Worin (Kreis Seelow, Bezirk Frankfurt/Oder), deren Mitbegründer Bernhard Grünert[219] seit dem Sommer 1952 zum Pionier der Kollektivierung und Vorbild der Bauern in der DDR stilisiert wurde.[220]

---

u.a., Agrarpolitik, S. 85f. Musterstatut der 1952 in Worin (Kreis Seelow) gegründeten LPG in: BArch, DK-1, Nr. 5933, Bl. 35–40.

219 Bernhard Grünert (1906–1997) wurde 1923 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes und trat zwei Jahre später der KPD bei. 1933 vorübergehend inhaftiert, war Grünert von 1934 bis 1940 Bauarbeiter und geriet als Soldat der Wehrmacht in amerikanische Kriegsgefangenschaft. 1946 schloß er sich der SED und der VdgB an, deren Vorsitzender er 1947 im Kreis Seelow wurde. Seit 1949 gehörte Grünert der Landesleitung der SED und seit 1950 dem Landtag in Brandenburg an. Im Sommer 1952 war er Mitbegründer der LPG „Thomas Müntzer" in Worin, deren Vorsitzender er wurde. Von 1954 bis 1976 gehörte Grünert dem ZK der SED und der Bezirksleitung Frankfurt (Oder) an. Von 1963 bis 1965 war Grünert Vorsitzender des Bezirkslandwirtschaftsrates und bis 1972 Mitglied des Landwirtschaftsrates bzw. des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 116.

220 Klemm, Jahre, S. 111; BArch, DK-1, Nr. 5943, Bl. 124f.; BLHA, Rep. 401, Nr. 59 (Bericht v. 23.8.1952); Rep. 401, Nr. 826 (Bericht v. 28.7.1952). Vgl. auch BLHA, Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 120, Bl. 64. Statuten abgedruckt in: GBl., Nr. 181, 30.12.1952, S. 1375–1402 (Zitat: S. 1376). Zusammenfassend: Reiner Arlt, Art. „DDR", in: Volkmar Götz/Karl Kroeschell/Wolfgang Winkler (Hg.), Handwörterbuch des Agrarrechts, Bd. 1, Berlin 1981, Sp. 431–447, hier: Sp. 438f.; Rolf Steding, Agrarrecht/LPG-Recht, in: Uwe-Jens Heuer (Hg.), Die Rechtsordnung der DDR. Anspruch und Wirklichkeit, Baden-Baden 1995, S. 75–94, hier: S. 81f. Zur Verteilung des Einkommens die detaillierte Darstellung in: Jörg Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung. Ein Ausnahmebereich im Wirtschaftssystem der DDR, Stuttgart 1969, S. 52–74. Erläuterung der Statuten in: BArch, DK-1, Nr. 1519, Bl.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Die SED hatte im Sommer 1952 den Beginn der Kollektivierung proklamiert, ohne daß die dafür unabdingbaren materiellen und personellen Ressourcen gesichert waren. Die Produktion großer Maschinen war in der DDR bis zu den frühen fünfziger Jahren unzureichend geblieben, und fachlich geschulte Leitungskräfte standen kaum zur Verfügung. Die Umstellung auf die Großproduktion erforderte aber nicht nur Fachwissen, sondern auch erhebliche finanzielle Mittel. Da sich zunächst vor allem wirtschaftsschwache Neubauern zu LPG zusammenschlossen, waren viele Betriebe überaus labil. Zudem blieben die LPG-Mitglieder in den Gemeinden oft isoliert, da das traditionale Berufsverständnis der alteingesessenen Landwirte, ihr gesellschaftliches Prestige und ihre Werte, die der bäuerlichen Kultur zugrunde lagen, ebenso auf der Verfügung über Landbesitz und Produktionsmittel basierten wie auf individueller Handlungs- und Dispositionsfreiheit.[221]

Obgleich Formen abweichenden Verhaltens auf dem Lande weit verbreitet waren, trieben besonders Funktionäre der SED, DBD und VdgB (BHG) die Bildung von LPG im Herbst 1952 und Frühjahr 1953 rücksichtslos voran. Überzeugt von ihrer ideologischen Mission im „Klassenkampf", wetteiferten Agitatoren in der DDR – entgegen der Warnung Ulbrichts – um das höchste Kollektivierungstempo, so daß die Dynamik, die der Beschluß der 2. Parteikonferenz ausgelöst hatte, kaum noch kontrollierbar war. In einzelnen Gemeinden wie Friedrichsaue (Kreis Seelow, Bezirk Frankfurt/Oder) Ende 1952 zeigten die SED-Spitzenfunktionäre offen ihre Macht. Allerdings traten auch viele Bauern, deren Betriebe zu klein und unrentabel waren, in die LPG ein. Besonders Frauen hofften zudem, in den Produktionsgenossenschaften von ihrer schweren körperlichen Arbeit entlastet zu werden, die sie auf den Bauernhöfen überwiegend in der Viehwirtschaft verrichteten.[222]

Insgesamt verstärkte die SED-Führung Ende 1952 den Kollektivierungsdruck. Das am 2. Oktober erlassene „Gesetz zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums" schirmte in der Agrarwirtschaft die staatlichen Betriebe und LPG durch ein Sonderrecht ab. Dem Schutz dieser Betriebe diente auch das Ende 1952 durchgesetzte System der Abschnittsbevollmächtigten (ABV) der Deutschen Volkspolizei mit ihren ehrenamtlichen „Helfern". Nach einem Politbürobeschluß vom 29. Juli 1952, dessen überarbeitete Fassung die SKK erst am 16. September bestätigte, befahl der Chef der Volkspolizei im Dezember 1952 die Ernennung von ABV, die Großstädte, aber auch ländliche Gemeinden in den Grenzkreisen und Dörfer mit LPG und MTS kontrollieren sollten. Darüber hinaus wurde die wirtschaftliche Belastung – vor allem die Ablieferungsverpflichtungen – für die Einzelbauern sprunghaft erhöht, während den LPG durch weitere Vergünstigungen neue Mitglieder zugeführt werden sollten. Ihre Not trieb viele Bauern in die Produktionsgenossenschaften, die vielerorts auch die offiziell als „devastiert" eingestuften Betriebe der verdrängten Großbauern übernahmen. Der Ministerrat der DDR beschloß am 19. Dezember 1952 darüber hinaus, die staatlichen Verwaltungen umfassend an der Kollektivierungspolitik zu beteiligen. Die Vorsitzenden der Räte in den Bezirken und Kreisen wurden beauftragt, die Kollektivbetriebe ständig zu betreuen, ihre Entwicklung zu kontrollieren und gesonderte

79–91; DK-1, Nr. 10336, Bl. 100–102. Zu den Bestimmungen für LPG im Spreewald: BArch, DK-1, Nr. 5923, Bl. 1–3; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/127, Bl. 6. Einseitig aus Sicht des SED-Regimes die Darstellung in: Grüneberg u.a., Agrarpolitik, S. 74–80.

221 BLHA, Rep. 202 G, Nr. 86, Bl. 1–5, 27–30, 42–44, 50f. Zu den fehlenden wirtschaftlichen Voraussetzungen: Buchsteiner, Bodenreform, S. 29. Zur Schwäche vieler LPG und zu ihrer Lähmung durch interne Konflikte exemplarisch der Bericht in: SAPMO-BArch, Sg Y 30/1244/3, Bl. 121.

222 Panzig, „Weest de noch, wie mer stoppeln war'n?", S. 37.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

LPG-Beiräte einzurichten, die aus Vertretern der Produktionsgenossenschaften, der VdgB (BHG), der MTS und der zuständigen Landwirtschaftsabteilungen gebildet wurden. Zumindest beim Ministerrat der DDR wurde ein Beirat, dem u.a. 50 Vorsitzende und „Aktivisten" der LPG angehörten, aber erst im Juni 1956 gebildet. Das Gremium sollte die Durchführung der Regierungsbeschlüsse und die Einhaltung der Musterstatuten kontrollieren, die Distanz zwischen Einzelbauern und LPG-Mitgliedern überwinden und zur Steigerung der Produktion beitragen.[223]

Anfang 1953, als auch eine spezielle Hochschule für Führungskräfte der Landwirtschaftlichen Priduktionsgenossenschaften in Meißen gegründet wurde und die AdL ihre wissenschaftliche und politische Hilfe für die LPG ausweitete, steigerten Staats- und Parteifunktionäre die Kollektivierungsagitation weiter, die auch von seit Sommer 1952 gebildeten Politabteilungen der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe ausging. Instrukteure heizten den „Klassenkampf" an, der sich zwar vorwiegend gegen die „Großbauern" richtete, aber letztlich alle selbständigen Landwirte zur Aufgabe zwingen sollte. Nachdem die repressive und mechanistische Agrarpolitik des SED-Regimes schon im Sommer und Herbst 1952 die Versorgungskrise verschärft hatte, wurde bei der Frühjahrsbestellung 1953 vollends deutlich, daß besonders die Zahl der Arbeitskräfte zu gering, das Qualifikationsniveau der technischen Fachkräfte zu niedrig und die einsetzbaren Maschinen zu veraltet waren, um die Agrarproduktion schnell steigern zu können. Allein zwischen Oktober 1952 und Februar 1953 flohen rund 6.600 Bauern aus der DDR, und die LPG blieben trotz der enormen staatlichen Subventionen schwach. Im April und Mai 1953 war sogar die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln gefährdet. Der abrupte Übergang zur kollektiven Großflächenwirtschaft drohte sich zu einem wirtschaftlichen Desaster zu entwickeln. Entscheidungen der zuständigen Spitzenfunktionäre des ZK der SED und Eingriffe des Landwirtschaftsministers sollten die Erzeugung in den LPG steigern, stabilisierten die neuen Betriebe aber nicht nachhaltig. So beschloß das Zentralkomitee am 23. April 1953 die Aktion „Industriearbeiter aufs Land", die den Produktionsgenossenschaften ebenso wie den VEG und MTS dringend benötigte Arbeitskräfte und Führungspersonen zuweisen sollte. Industriearbeiter mußten vorübergehend oder ständig zwischen oder in den Bezirken transferiert werden. Besonders in den südlichen Industriebezirken sollten Arbeitskräfte für die agrarischen Regionen im Norden der DDR gewonnen werden. Darüber hinaus wurden die Volkseigenen Betriebe (VEB) aufgefordert, die LPG zu unterstützen, indem sie Verträge über „Patenschaften" mit den Kollektivbetrieben abschlossen.[224]

---

223 Grüneberg u.a., Agrarpolitik, S. 90f.; Herferth u.a., Bodenreform, S. 122.; Reichelt, Blockflöte, S. 152. Zur Einführung des ABV-Systems: Lindenberger, ABV als Landwirt, S. 169f. Zum Gesetz vom 2. Oktober 1952: Mitter/Wolle, Untergang, S. 35.

224 Burghard Ciesla, Zwischen den Krisen. Sozialer Wandel, ökonomische Rahmenbedingungen und Lebenslage in der DDR 1953–1956, in: Jan Foitzik (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa, 1953–1956. Vom 17. Juni 1953 bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische und nationale Dimensionen, Paderborn 2001, S. 271–291, hier: S. 274. Kluge, Rebellion, S. 320–330; Mitter, „Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern", S. 86–96; Piskol, Beginn, S. 25f. Übersicht zur Agrarpolitik in: Klemm u.a., Agrargeschichte, S. 211f. Beschluß vom 23. April 1953 abgedruckt in: Dehlsen u.a. (Hg.), Bündnis, 152–156. Zum Beginn der Aktion „Industriearbeiter aufs Land" auch: Papendieck, Agrargeschichte, S. 190; Graffunder, Bündnis, S. 57. Zur LPG-Hochschule in Meißen (glorifizierend): Heinz Zacharias, 30 Jahre Hochschule für LPG Meißen. Bildungs- und Forschungsstätte im Dienste der Genossenschaftsbauern, in: Kooperation 17 (1983),

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Krise der Kollektivierungspolitik im Sommer 1953

Trotz dieser überstürzt eingeleiteten Hilfsmaßnahmen erreichten auch die DDR im Frühjahr 1953 die Auswirkungen des Machtkampfes, der nach dem Tod Stalins (5. März 1953) im „Zäsurenjahr" der Sowjetunion in der Staats- und Parteiführung zwischen Georgi Malenkow, Nikita Chruschtschow und Lawrenti Berija ausgebrochen war. In internen Gesprächen berieten Stalins Epigonen, die keineswegs eine einheitliche „kollektive Führung" bildeten und unterschiedliche politische Konzeptionen vertraten, seit April 1953 über Lösungsvorschläge zur Überwindung der Krise in der DDR und neue politische Initiativen zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Der sowjetische Hochkommissar und Botschafter Semjonow übermittelte der SED-Führung im April die Besorgnis der KPdSU-Spitzenfunktionäre über die zunehmende Flucht von Bauern als Folge der forcierten Kollektivierung. Während sich in Moskau vor allem Berija und Malenkow vorsichtig von der Politik Stalins abwandten und offenbar sogar bereit waren, die DDR völlig aufzugeben, widersetzte sich Außenminister Molotow einem schnellen Wandel, ohne den Zwang zu einer Neuorientierung grundsätzlich zu bestreiten. Schon bevor der Kurswechsel in der sowjetischen Außen- und Deutschlandpolitik endgültig festgelegt wurde, hatte das ZK der SED aber am 26. Mai 1953 angeordnet, daß „infolge des ernsthaften Zurückbleibens der Arbeit zur organisatorisch-wirtschaftlichen Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Dorfe hinter ihrem zahlenmäßigen Wachstum die Aufnahme neuer Mitglieder in die Genossenschaften bis zum Abschluß der Erntearbeiten eingestellt werden muß." Nachdem das Präsidium des Ministerrats der UdSSR am 27. Mai ein Memorandum Molotows über die Deutschlandpolitik diskutiert hatte, verabschiedete die sowjetische Staats- und Parteiführung am darauffolgenden Tag das Dokument „Über weitere Maßnahmen der Sowjetischen Regierung in der deutschen Frage". Ulbricht, Grotewohl und Oelßner, die sich vom 2. bis 4. Juni 1953 in Moskau aufhielten, empfingen schließlich einen Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU, in dem das Führungsgremium scharf die „übereilte Schaffung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ohne eine dafür notwendige Grundlage" und den daraus resultierenden Versorgungsengpaß kritisiert hatte. Das Politbüro wandte sich deutlich gegen die Zwangskollektivierung in der DDR und forderte, LPG aufzulösen, „die auf einer unfreiwilligen Basis geschaffen sind oder die sich als lebensunfähig gezeigt haben ..." Mitglieder des sowjetischen ZK-Präsidiums verlangten von den deutschen Spitzenfunktionären, die Wirtschaftspolitik entschieden zu liberalisieren und auf dem Lande die Kollektivierung zumindest vorläufig einzustellen.[225]

S. 447f.; Grüneberg u.a., Agrarpolitik, S. 86. Zu den agrarpolitischen Maßnahmen des SED-Regimes: Herferth u.a., Bodenreform, S. 121, 131–133.

225 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Kluge, Rebellion, S. 330; Rolf Stöckigt, Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: BzG 32 (1990), S. 647–653, hier: S. 651. Vgl. auch BLHA, Rep. 401, Nr. 980, Bl. 181; Mitter/Wolle, Untergang, S. 55; Weber, Umgestaltung, S. 2861f.; Maier, Verschwinden, S. 56; Mitter, „Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern", S. 95. Zum Machtkampf unter den sowjetischen Parteiführern und den Folgen für die DDR: Stephan Merl, Berija und Chruščev: Entstalinisierung oder Systemerhalt?, in: GWU 52 (2001), S. 484–506, hier: S. 489f., 492; Vladislav Zubok, „Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage ..." Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April-Mai 1953, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999, S. 29–48; Bernd Stöver, Zusammenfassung: Das Umbruchsjahr 1953 – Ein Resümee, in: ebd., S. 199–222, hier: S. 199–204, 209f. Instruktiv auch die biographische Analyse in: Wladislaw Subok/Konstantin Plescha-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Nach der Rückkehr der SED-Politiker aus Moskau beriet das Politbüro am 6. Juni 1953 über die Folgen des deutschlandpolitischen Kurswechsels der sowjetischen Hegemonialmacht für die Politik der ostdeutschen Staatspartei. In der Sitzung wandte sich der ZK-Funktionär und Chefredakteur des „Neuen Deutschland", Rudolf Herrnstadt[226], der dem Politbüro als Kandidat angehörte, mit Unterstützung Oelßners und Raus gegen eine politische Empfehlung, alle LPG aufzulösen. Vielmehr sollten die Leistungsfähigkeit der Betriebe und die Kooperationsbereitschaft ihrer Mitglieder differenziert beurteilt werden. Allerdings riet auch Herrnstadt, in der vorbereiteten öffentlichen Stellungnahme die Auflösung von Produktionsgenossenschaften zu erlauben, die mit Zwang gebildet und unrentabel geblieben waren. Außerdem sollte die SED ausdrücklich auf die einseitige Förderung der LPG verzichten und auch Einzelbauern unterstützen. Am 6. und 7. Juni 1953 verlangte das ZK daraufhin in einer Beratung mit Landwirtschaftsfunktionären, den Einzelbauern entschlossener zu helfen und die Arbeit der MTS zu verbessern. Am 9. Juni beschloß das Politbüro schließlich ein – erst zwei Tage später veröffentlichtes – Kommuniqué, in dem die Parteiführung der SED Fehlentscheidungen einräumte und zugab, daß sie „die Interessen solcher Bevölkerungsteile wie der Einzelbauern, der Einzelhändler, der Handwerker, der Intelligenz [...] vernachlässigt" habe. Demgegenüber stellte das Politbüro mit dem „Neuen Kurs", den es in seiner Erklärung ankündigte, u.a. in Aussicht, das Konsumangebot zu erweitern, Kredite auch an Privatbetriebe zu vergeben und zurückkehrenden „Republikflüchtigen" ihr Eigentum zurückzugeben. Obgleich der „Aufbau des Sozialismus" in dem Kommuniqué nicht explizit zurückgenommen worden war, hob der Ministerrat der DDR am 11. Juni 1953 die restriktiven Verordnungen vom 17. Juli 1952 und 19. Februar 1953 auf. Bauern, die aus der DDR gedrängt worden waren, wurde die Rückkehr eingeräumt. Sie sollten auch ihre Höfe wieder übernehmen oder Ersatz erhalten. Allerdings vermied die SED-Führung um Ulbricht eine eindeutige Stellungnahme zur Politik gegenüber den LPG, in denen sich Unruhe verbreitet hatte. Erst am 24. Juni 1953 erklärte der soeben berufene Landwirtschaftsminister Reichelt (DBD) in einer Presseinformation: „Ebenso wie die Bildung ist auch die Auflösung von LPG eine Angelegenheit, die die Mitglieder selbst entscheiden. Wenn also Mitglieder von LPG der Meinung sind, daß sie ihre Genossenschaft nicht weiter entwickeln können, weil sie nicht rentabel arbeiten können, liegt es in ihrer Hand, die LPG aufzulösen." Ein Entschließungsentwurf, den Herrnstadt für die 15. Tagung des ZK (24. – 26. Juli 1953) vorbereitete, bestätigte den Kurswechsel der SED, traf aber im Politbüro am 7. Juli auf so harten Widerstand, daß Herrnstadt und der Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser[227],

---

kow, Der Kreml im Kalten Krieg. Von 1945 bis zur Kubakrise, Hildesheim 1999, S. 121–162, 200–267, hier: S. 33.

226 Rudolf Herrnstadt (1903–1966) trat 1929 der KPD bei und war von 1939 bis 1945 in der Emigration in der UdSSR, wo er führender Mitarbeiter im NKFD wurde. Im Mai 1945 kehrte er als KPD-Funktionär in der „Initiativgruppe" unter Sobottka nach Deutschland zurück. Herrnstadt war von 1945 bis 1949 Chefredakteur der „Berliner Zeitung" und ab Mai 1949 Chefredakteur des „Neuen Deutschland". Von Mai 1949 bis Februar 1954 gehörte er dem Deutschen Volksrat bzw. der Volkskammer der DDR an. Von 1950 bis Juli 1953 war er außerdem Mitglied des ZK und Kandidat des Politbüros der SED. Nach dem Verlust seiner Ämter im Juli 1953 wurde er im Januar 1954 aus der SED ausgeschlossen. Biographische Angaben in: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 929.

227 Wilhelm Zaisser (1893–1958) trat als Lehrer 1918 der USPD und im darauffolgenden Jahr der KPD bei. Nachdem er Aufgaben im illegalen Apparat der Komintern übernommen und im Spanischen Bürgerkrieg eine Internationale Brigade kommandiert hatte, emigrierte er 1938 nach Moskau, wo er Mitarbeiter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wurde. Im Zweiten Weltkrieg war er

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ihre Ämter verloren und aus der SED ausgeschlossen wurden. Mit der Verhaftung Berijas Ende Juni 1953 hatte der erste Entstalinisierungsschub in der UdSSR seine Dynamik weitgehend eingebüßt, so daß Ulbricht und seine Vasallen in der Führung der SED wieder Auftrieb erhielten.[228]

Rückkehr zur Kollektivierungspolitik und neue Krise 1956

Anfang 1954 verschärfte die Parteiführung die Kollektivierungspolitik schließlich erneut. Die 17. Tagung des ZK der SED (22./23. Januar 1954) bekräftigte das Ziel des Regimes, auf dem Lande die großbetriebliche Kollektivwirtschaft herbeizuführen. Daraufhin wurden Ablieferungsrückstände wieder kriminalisiert. Justizministerin Hilde Benjamin[229], die im August 1953 ernannt worden war und die forcierte Kollektivierung zunächst kritisiert hatte, wies die Staatsanwaltschaften an, erneut Strafverfahren gegen säumige Bauern zu eröffnen. 1954 wurden in der DDR aber nur 51 Prozesse wegen böswilliger Nichterfüllung des Ablieferungssolls eingeleitet. Die ABV sollten die LPG, MTS und VEG auf dem Lande sichern,

---

an der „antifaschistischen" Schulung deutscher Kriegsgefangener beteiligt. 1946 trat er in die SED über. Von März 1947 bis September 1948 war Zaisser Chef der Landespolizei Sachsen-Anhalt, anschließend bis Februar 1950 Innenminister in Sachsen und bis zur Gründung der DDR auch Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern. Zaisser erreichte den Höhepunkt seiner politischen Karriere, als er von 1950 bis 1953 als Minister für Staatssicherheit amtierte. Er gehörte überdies dem Parteivorstand bzw. dem ZK und Politbüro der SED an. Im Juli 1953 verlor Zaisser alle Ämter, und im darauffolgenden Jahr wurde er auch aus der SED ausgeschlossen. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), Handbuch, S. 1062f.; Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 382.

228 Manfred Wilke/Tobias Voigt, „Neuer Kurs" und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR, in: András B. Hegedüs/Manfred Wilke (Hg.), Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs", 17. Juni in der DDR, Ungarische Revolution 1956, Berlin 2000, S. 24–135, hier: S. 53–60; Manfred Hagen, DDR – Juni 1953. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992, S. 31–33, 182–191; Wilfriede Otto, Dokumente zur Auseinandersetzung in der SED 1953, in: BzG 32 (1990), S. 654–672, hier: S. 658–660, 662; Merl, Berija, S. 493f. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Rolf Steininger, Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 2: 1948–1955, Frankfurt/M. 1996, S. 267; Reichelt, Blockflöte, S. 143f. Das Kommuniqué des Politbüros ist abgedruckt in: Kleßmann, Staatsgründung, S. 519–521.Verordnung vom 11. Juni 1953 abgedruckt in: GBl., Nr. 78, 19.6.1953, S. 805f. Zu Hermstadts Argumentation: Elke Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?" Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953, in: BzG 33 (1991), S. 658–680, hier: S. 664f., 670, 673. Zusammenfassend auch: Armin Mitter, Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, in: APZ, B 5/91, 25.1.1991, S. 31–41, hier: S. 35; Mitter/Wolle, Untergang, S. 58f.; Mitter, „Am 17. Juni 1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern", S. 97f.; Werkentin, Strafjustiz, S. 85; Kluge, Rebellion, S. 330; Jesse, War die DDR totalitär?, S. 19.

229 Hilde Benjamin (1902–1989) studierte von 1921 bis 1924 Rechtswissenschaft in Berlin und schloß sich dem Sozialistischen Studentenbund an. 1927 trat sie der KPD bei und vertrat von 1928 bis 1933 als Rechtsanwältin die „Rote Hilfe". Nach dem Berufsverbot 1933 arbeitete sie bis 1939 als juristische Beraterin der sowjetischen Handelsgesellschaft in Berlin. 1945 wurde Benjamin Oberstaatsanwältin in Berlin-Lichterfelde und Mitarbeiterin der Deutschen Verwaltung für Justiz, in der sie von 1947 bis 1949 die Personalabteilung leitete. Nachdem sie von 1949 bis 1953 als Vizepräsidentin des Obersten Gerichts der DDR gearbeitet hatte, amtierte sie von 1953 bis 1967 als Ministerin für Justiz. Von 1954 bis 1989 gehörte Benjamin dem Zentralkomitee der SED an. Von 1967 bis 1989 war sie Inhaberin des Lehrstuhls für die Geschichte der Rechtspflege an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 32f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

indem sie die Ernte, öffentliche Veranstaltungen und Räume überwachten. Die Aufgaben der Polizeiorgane, die Ulbricht auf der 3. LPG-Konferenz (12./13. Dezember 1954) eindringlich zur „Wachsamkeit" in den landwirtschaftlichen Betrieben aufrief, blieben 1952/53 auf dem Lande aber weitgehend defensiv. Da die LPG stabilisiert werden mußten, beschloß die Konferenz jedoch auch, Großbauern den Beitritt zu erlauben. Lockung und Angebote zur Integration korrelierten mit Zwang und Repression, die 1955 wieder zunehmend die Politik des SED-Regimes bestimmten. Staatsanwälte eröffneten in diesem Jahr in der DDR 127 Verfahren gegen Bauern, die ihre Pflichtablieferung nicht aufgebracht hatten, und klagten 610 Personen wegen Angriffen auf Funktionäre, „Sabotage" und „Hetze" an. Erneut wurden Ablieferungsrückstände ausgenutzt, um die Kollektivierung der Landwirtschaft voranzutreiben. So wurde in Brandenburg ein Jugendlicher verhaftet, der einem LPG-Mitglied lediglich vorgehalten hatte: „Du bist doof".[230]

Ideologischer Eifer und politische Repression lösten aber nicht die ökonomischen Probleme, die das SED-Regime durch seine Bauernrepression selber herbeigeführt hatte. Die Flächen verlassener Großbauernbetriebe, die den LPG nach der Verordnung vom 17. Juli 1952 zugewiesen worden waren, erwiesen sich als schwere Bürde. Auch wenn die Wirtschaftsstrafverordnung 1953 gemildert und der „Viehhalteplan" 1956 sowie der „Anbauplan" 1957 aufgehoben wurden, verringerten Landwirtschaftsfunktionäre den Ablieferungsdruck auf die Bauern nach der Erhebung vom Sommer 1953 nur vorübergehend. Obgleich bis Ende 1954 in der DDR Produktionsgenossenschaften 66,4 Prozent der Flächen, die von Örtlichen Landwirtschaftsbetrieben (ÖLB) bewirtschaftet worden waren, übernommen hatten, verfügten diese im Januar 1955 noch über fast 334.100 ha. ÖLB, die nicht aufgelöst werden konnten, mußten als Kreislandwirtschaftsbetriebe weitergeführt werden.[231]

Nachdem bis zum 15. Juli 1953 in der DDR 217 LPG zerfallen waren, trieb die SED die Bildung der Produktionsgenossenschaften bis 1957 nur zögernd voran. Von Anfang 1954 bis Ende 1956 erhöhte sich die Zahl der Kollektivbetriebe nur um 1.600; im Bezirk Frankfurt (Oder) nahm die Zahl der Produktionsgenossenschaften von Februar 1954 bis März 1956 lediglich von 225 auf 311 zu.[232] Die Kollektivierungspolitik geriet in der DDR erneut in eine Krise, als der Generalsekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow, auf dem XX. Parteitag (14. – 25. Februar 1956) die Folgen des Stalin-Kults kritisierte. Ulbricht versicherte daraufhin eilfertig am 4. März 1956 im „Neuen Deutschland": „Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen." Diese Erklärung, die von LPG-Mitgliedern offenbar aufmerksam registriert wurde, löste in den Produktionsgenossenschaften erhebliche Unruhe aus. Nachdem sich die Bevölkerung in der polnischen Stadt Poznán und in Ungarn offen gegen die jeweiligen kommunistischen Diktaturen erhoben hatten und die Kollektivierung in Polen sogar offiziell abgebrochen worden war, verbreiteten sich auch in den ostdeut-

230 Pohl, Justiz, S. 246. Vgl. auch Werkentin, Strafjustiz, S. 92f.; Mitter, „Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern", S. 121–128; Lindenberger, ABV als Landwirt, S. 173f.; ders., ABV im Text, S. 150f. Zu Mecklenburg auch: Rilinger, Landwirtschaft, S. 25. Zur Zulassung der Großbauern: Graffunder, Bündnis, S. 58; Herferth u.a., Bodenreform, S. 137f.

231 GBl., Nr. 99, 15.9.1953, S. 983–985. Vgl. auch Bell, Enteignungen, S. 36; Klemm u.a., Agrargeschichte, S. 219; Schulz, Probleme, S. 88, 135, 142–144, 151. Zu den nicht bewirtschafteten Flächen: BArch, DK-1, Nr. 8626, Bl. 27, 30.

232 Angaben zum Verlauf der Kollektivierung in der DDR in: Schulz, Probleme, S. 151, 244; Mitter, „Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern", S. 117. Überblick in: Ciesla, Krisen, S. 275.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

schen LPG Streiks. Als der Zwang nachließ, trat die überaus schwache Legitimationsgrundlage der Kollektivierungspolitik des SED-Regimes erneut hervor.[233]

Auf der 3. Parteikonferenz (24. – 30. März 1956) hatte sich die Führung der Staatspartei trotz des zunehmenden Drucks, der von der Entstalinisierung in der UdSSR ausging, nicht grundsätzlich von ihrem Kurs abgewandt. Vielmehr sollte „durch den Übergang der Bauern zur genossenschaftlichen Großproduktion und die Einführung der modernen Technik in den landwirtschaftlichen Betrieben" bis 1960 eine Steigerung der Agrarproduktion um 22 Prozent erreicht werden. Die Beschlüsse der Konferenz milderten allerdings den Kollektivierungsdruck, denn die LPG sollten ausdrücklich nicht oktroyiert, sondern ökonomisch so nachhaltig gestärkt werden, daß sie die noch skeptischen Einzelbauern von den Vorteilen der großbetrieblichen Kollektivwirtschaft überzeugten. Die SED-Führung forderte daher, besonders die LPG des Typs I wirtschaftlich und organisatorisch zu unterstützen und damit die Landwirte zu gewinnen. Deshalb griffen die Spitzenfunktionäre einen Vorschlag der IV. LPG-Konferenz vom Dezember 1955 auf, Bauern zu erlauben, in ihren Heimatdörfern neben einer bestehenden LPG vom Typ III eine weitere Produktionsgenossenschaft des Typs I zu gründen. Zudem wurden nach den Beschlüssen der 3. Parteikonferenz „Ständige Arbeitsgemeinschaften" gefördert, die seit 1954 von der VdgB gebildet worden waren und Landwirte an die Arbeit in den Produktionsgenossenschaften heranführen sollten. Ende 1956 gehörten in der DDR mehr als 35.000 Bauern 10.000 „Arbeitsgemeinschaften"an. Die modifizierte Agrarpolitik des SED-Regimes zielte nach der 3. Parteikonferenz besonders auf die wirtschaftsstarken Mittelbauern, auf deren Unterstützung sich die MTS konzentrieren mußten. Jedoch hatten die Spitzenfunktionäre der SED die kollektivwirtschaftliche Programmatik keineswegs aufgegeben, wie das ZK auf seiner 28. Tagung (27. – 29. Juli 1956) bekräftigte. [234]

Im Herbst 1956 schien Ulbricht angesichts der Unruhen in Polen und des Aufstandes in Ungarn gegenüber seinen Kritikern, aus denen Karl Schirdewan[235] und Ernst Wollweber[236]

---

233 Neues Deutschland, Nr. 55, 4. März 1956, S. 3f. Zur XX. Parteikonferenz der KPdSU und ihren Folgen für das Mächteverhältnis: Detlev Zimmermann, Zur deutsch-deutschen Wahrnehmung der Krisen im stalinistischen Herrschaftssystem und ihrer Folgen 1956, in: Bauerkämper/Sabrow/Stöver (Hg.), Zeitgeschichte, S. 89–101. Vgl. auch Stefan Wolle, Polen und die DDR im Jahre 1956, in: Hans-Henning Hahn/Heinrich Olschowsky (Hg.), Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996, S. 46–57, hier: S. 46, 48f., 51.

234 Zit. nach: Protokoll der 3. Parteikonferenz der SED, Bd. 2, Berlin (Ost) 1956, S. 113. Vgl. auch: Siegfried Graffunder, Zur Dialektik von Interessen und gesellschaftlicher Aktivität der Bauernschaft in der Endphase der Übergangsperiode der DDR von 1956/57 bis 1960/61. Motivationen, Erscheinungsformen und Grad gesellschaftlicher Aktivität der Einzel- und Genossenschaftsbauern, in: JfG 31 (1984), S. 103–152, hier: S. 113–117; Lothar Noziczka, Probleme der Gewinnung der Mittelbauern für die genossenschaftlich-sozialistische Produktion, in: Pellmann/Baum (Hg.), Aspekte, S. 39–43, hier: S. 43; Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung, S. 1088f. Angabe zu den „Ständigen Arbeitsgemeinschaften" nach: Jürgen Philippi, Die Agitation und Propaganda des „Bauern-Echo" im Prozeß der landwirtschaftlichen Kollektivierung in der DDR. Eine computergestützte Inhaltsanalyse ausgewählter Zeitungsartikel, Bonn 1998, S. 43.

235 Karl Schirdewan (1907–1998) schloß sich 1923 dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands und zwei Jahre später der KPD an. Nach seiner Verhaftung 1934 wurde Schirdewan zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren verurteilt und nacheinander in die Konzentrationslager Sachsenhausen, Mauthausen und Flossenbürg eingeliefert. 1946 trat er zur SED über, in deren Parteivorstand er die Westkommission leitete. 1952 wurde Schirdewan 1. Sekretär der SED-Landesleitung Sachsen bzw. der Bezirksleitung Leipzig. Von 1953 bis 1958 gehörte er dem ZK der SED (als Sekretär) und dessen Polit-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

herausragten, politisch allerdings vollends in die Defensive zu geraten. In Polen hatten das ZK der Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und das Hauptkomitee der Vereinigten Bauernpartei nach einer Lebensmittelkrise und Arbeiterunruhen entschieden, die Kollektivierung abzubrechen. Der neue Parteichef Władisław Gomułka, der schon früh für die Zurücknahme der am 6. Juli 1948 verkündeten Kollektivierung eingetreten war, wandte sich am 20. Oktober 1956 gegen die Produktionsgenossenschaften, deren geringe Produktivität er scharf kritisierte. Er lehnte zudem eine forcierte Zwangskollektivierung eindeutig ab. Demgegenüber sollte die Versorgung der Staatsgüter und der Einzelbauern mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln nachhaltig verbessert werden. In der DDR wandten sich Bauern und Landarbeiter daraufhin zunehmend gegen die LPG, indem sie gelegentlich sogar mit Arbeitsniederlegungen drohten.[237] Auch einzelne Partei- und Staatsfunktionäre kritisierten die Kollektivierungspolitik, denn die Produktionsgenossenschaften waren trotz erheblicher Staatszuschüsse nicht gefestigt worden. Die Übernahme der ÖLB hatte vielmehr vor allem die LPG vom Typ III geschwächt, in denen 1955 rund 75 Prozent des für Arbeitseinheiten ausgezahlten Geldes nur durch staatliche Zuschüsse in Höhe von insgesamt 378 Millionen DM aufgebracht werden konnte. Da die landwirtschaftliche Erzeugung insgesamt lediglich geringfügig wuchs, mußten Lebensmittel in der DDR auch weiterhin rationiert werden. Der Agrarökonom Kurt Vieweg forderte deshalb in einer Denkschrift Ende 1956, die Landwirtschaftspolitik grundlegend zu korrigieren.[238]

Die Auseinandersetzung über Viewegs Konzept

Vieweg war 1935 nach Dänemark und 1943 weiter nach Schweden emigriert. Außer seiner Aktivität in kommunistischen Widerstandsgruppen hatte er dort Landwirtschaft studiert. In Skandinavien erregten besonders genossenschaftliche Formen der Landbewirtschaftung durch Kleinbauern und Maschinenringe Viewegs Interesse. Nach seiner Rückkehr in die SBZ beteiligte er sich an der Gründung der VdgB, für die er von 1947 bis 1952 als Generalsekretär arbeitete. 1949 wurde Vieweg sogar als Sekretär für Landwirtschaft in das ZK der SED aufgenommen. 1954 verlor er zwar seine Parteiämter, blieb aber Direktor des Instituts

büro an, von 1952 bis 1958 auch der Volkskammer der DDR. Nach seinem Ausschluß aus dem ZK im Februar 1958 war Schirdewan bis 1965 Leiter der Staatlichen Archivverwaltung der DDR. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 295.

236 Ernst Wollweber (1898–1967) trat 1919 der KPD bei, für die er von 1921 bis 1923 als Politischer Sekretär in Kassel und als Mitglied des Zentralausschusses arbeitete. Nachdem er von 1928 bis 1932 dem Preußischen Landtag angehört hatte, wurde er in den Deutschen Reichstag gewählt. Nach 1933 emigrierte er nach Dänemark und 1944 schließlich in die UdSSR. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland schloß er sich 1946 der SED an. 1953 arbeitete er als Staatssekretär im Ministerium für Verkehr, bevor er in demselben Jahr und von 1955 bis 1957 Minister für Staatssicherheit wurde. Von 1954 bis 1958 gehörte Wollweber dem ZK der SED und der Volkskammer der DDR an. Im Februar 1958 wurde er zusammen mit Schirdewan aus dem ZK ausgeschlossen. Hierzu die biographische Notiz in: Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 377; Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1061.

237 Beschluß des ZK der PVAP wiedergegeben in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/285, Bl. 42f., 56f. Zu den Auswirkungen in der DDR allgemein (mit unterschiedlichen Interpretationen): Wolle, Polen, S. 48f., 55; Prokop, Aufbau, S. 769.

238 Die Denkschrift ist abgedruckt in: Michael F. Scholz, Kurt Viewegs alternative Agrarpolitik 1956, in: BzG 36 (1994), S. 78–87, hier: S. 80–87; ders., Bauernopfer, S. 235–242. Angabe zu den staatlichen Zuschüssen in: Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 11.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

für Agrarökonomik der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, dessen Leitung ihm 1952 übertragen worden war. Allerdings war er bereits 1953 von Landwirtschaftsfunktionären der SED wegen seiner Auswahl des wissenschaftlichen Personals kritisiert worden, und auch in den darauffolgenden Jahren wurde er von der Parteiführung argwöhnisch beobachtet. In seiner 1955 abgeschlossenen Dissertation trat Vieweg für eine flexiblere staatliche Lenkung der Agrarproduktion ein. Er forderte, „das bisherige starre System der Festlegung der landwirtschaftlichen Produktion durch Anbau- und Viehhaltepläne aufzugeben und die Erzeugung und Marktleistung der Betriebe nur über die Festsetzung staatlicher Normen für Erfassung pro 10 ha LN [landwirtschaftlicher Nutzfläche; A.B.] sowie über den Abschluß von Lieferverträgen zu erhöhten Preisen oder Gegenlieferungen von Industriewaren zu regulieren." Gegen die Kritik, die SED-Funktionäre sowie die Professoren Alfred Lemnitz und der Dozent Herbert Luck an der Universität Rostock seit Anfang der fünfziger Jahre gegen den renommierten Agrarwissenschaftler Asmus Petersen richteten, verteidigte Vieweg überdies die Erkenntnisse und Methoden der „bürgerlichen Betriebslehre". Demgegenüber hatte Ulbricht auf der 24. Tagung des ZK der SED (1./2. Juli 1955) nicht nur allgemein die Vernachlässigung der Agrarökonomie in der DDR, sondern auch die Vermittlung der Lehre des Nationalökonomen Johann Heinrich Thünen (1783–1850) kritisiert. Die Auseinandersetzung über die „bürgerliche" Betriebswirtschaftslehre wurde zu einem symbolischen Konflikt, in dem das stalinistische Dogma der führenden SED-Funktionäre schon vor dem Beginn der Entstalinisierung auf undogmatische Sozialismuskonzepte getroffen war. Obgleich Vieweg wichtige volks- und betriebswirtschaftliche Folgeprobleme der fortschreitenden Industrialisierung für die Landwirtschaft wie die Form und das Ausmaß des staatlichen Interventionismus und die optimale Betriebsgröße ignorierte, unterschied sich seine Konzeption insgesamt erheblich von der doktrinären Landwirtschaftspolitik der Staats- und Parteiführung um Ulbricht.[239]

Auf der Suche nach einer neuen, flexibleren Agrarpolitik folgte Vieweg im November 1955 einer Einladung an führende Agrarwissenschaftler der DDR, landwirtschaftliche Großbetriebe, Versuchsgüter und Ausbildungseinrichtungen in Dänemark und Schweden zu besichtigen. Die Delegation informierte sich auch über den Landwirtschaftlichen Genossenschaftsverband in Schweden und besuchte die Landwirtschaftshochschule in Ultuna (bei Uppsala), an der Vieweg in den frühen vierziger Jahren studiert hatte. Ein anschließend von ihm verfaßter Bericht, in dem Vieweg für ein genaues Studium der Landwirtschaft in Schweden eintrat und damit indirekt die Agrarpolitik der SED kritisierte, veranlaßte junge, parteikonforme Mitarbeiter des Instituts für Agrarökonomik schon im Dezember 1955, die politische und fachliche Arbeit Viewegs scharf zu kritisieren und den Direktor gegenüber der ZPKK zu denunzieren, die aber nicht eingriff. Enttäuscht von den Beschlüssen der 3. Parteikonferenz der SED und ermutigt von den Erhebungen gegen die stalinistischen Diktaturen in Ungarn und Polen im Herbst 1956, sprach sich Vieweg am 6. November offen für eine grundsätzliche Korrektur der Landwirtschaftspolitik in der DDR aus. In dem Entwurf

239 Dies wird unterschätzt in: Kluge, Affäre, S. 197f., 207f., 210f. Zit. nach: Kurt Vieweg, Untersuchungen zur Methodik der planmäßigen Standortverteilung der Landwirtschaftlichen Produktion in der Deutschen Demokratischen Republik und Vorschläge für eine neue Form und Praxis der Agrarplanung, Diss., Landwirtschaftlich-gärtnerische Fakultät der Humboldt-Universität Berlin, Berlin 1955 (Ms.), S. 41 (in: BArch, DK-107, A 420/557). Kritik an Viewegs Personalauswahl überliefert in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/561, Bl. 5–11. Umfassende Darstellung in: Scholz, Bauernopfer, S. 24–185. Als Überblick: Scholz, Agrarpolitik, S. 78f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

des Agrarprogramms, den er für das Politbüro verfaßte, schlug er vor, eine dualistische Struktur von staatlichen sowie genossenschaftlichen Betrieben und einzelbäuerlichen Höfen anzuerkennen. Deshalb sollten nicht nur die LPG und VEG, sondern auch die Familienbetriebe so umfassend mit Betriebsmitteln ausgestattet werden, daß sie eine hohe Agrarproduktion erbrachten. Dazu sah der Entwurf vor, wieder bäuerliche Genossenschaften mit individueller Gewinnbeteiligung zu gründen. Zudem trat Vieweg für eine Aufhebung der Wirtschaftsplanung zugunsten eines einheitlichen Systems ein, in dem die Preise innerhalb einer festzulegenden Spanne nach Angebot und Nachfrage schwanken sollten. Die Staatshilfe für LPG mußte nach Viewegs Agrarprogramm strikt auf die Steigerung der Produktion und Produktivität in den Betrieben ausgerichtet werden, die von der politischen Kontrolle der SED-Kreisleitungen zu befreien waren. Schließlich verlangte Vieweg, die MTS in bäuerliche Maschinengenossenschaften zu überführen, in denen staatliche Institutionen 51 Prozent des Kapitals stellen sollten. Den Produktionsgenossenschaften war einzuräumen, Maschinen der MTS zu übernehmen. Auch wenn das Agrarprogramm nicht konsistent war, der Staatsintervention in die Landwirtschaft viel Raum ließ und die Stellung landwirtschaftlicher Familienbetriebe in der Volkswirtschaft unklar blieb, war Viewegs Konzept angesichts des vorherrschenden Kollektivierungsdogmas mehr als lediglich „Platitüden" und die „substanzlose Programmatik [...] eines agrarpolitischen Nobody".[240]

Nachdem er am 3. November 1956 den zweiten Entwurf des Agrarprogramms einem sowjetischen Berater des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft unterbreitet hatte, unterrichtete Vieweg Ulbricht und Erich Mückenberger, den mächtigen ZK-Sekretär für Landwirtschaft. In einer Parteiversammlung hob Vieweg am 12. November im Institut für Agrarökonomik die Distanz der Bauern gegenüber der SED-Führung hervor, deren Politik der Zwangskollektivierung er scharf ablehnte. Demgegenüber plädierte der Institutsdirektor offen für eine Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe. Am 26. November informierte der Direktor des Instituts für Agrarökonomie in Potsdam SED-Funktionäre, die nicht der Betriebsparteiorganisation im Institut für Agrarökonomik angehörten, von der internen Diskussion über Viewegs Agrarprogramm. Drei Tage später ordnete der alarmierte Mückenberger an, die inzwischen verschickten Exemplare des von Vieweg verfaßten Entwurfs zu konfiszieren. Vom 3. Dezember 1956 bis zum 3. Januar 1957 ließ der Parteisekretär des Instituts für Agrarökonomik hier außerdem vier Versammlungen der „Genossen" durchführen, an denen auch hohe Funktionäre aus dem Parteiapparat wie Mückenberger und Mitarbeiter der Landwirtschaftsabteilung der SED teilnahmen. In den Parteiversammlungen, die am 3. und 10. Dezember 1956 im Institut stattfanden, verteidigte Vieweg entschieden sein Agrarkonzept. Auch unter dem massiven Druck Mückenbergers hielt Vieweg in einer weiteren Parteiversammlung am 3. Januar 1957 an seinen Einwänden fest, bezeichnete die Ausarbeitung seines Agrarprogramms aber als Fehler. Die Parteiorganisation verabschiedete daraufhin eine Entschließung, in der sein Konzept scharf verurteilt wurde.[241]

240 So das Verdikt in: Kluge, Affäre, S. 209. Zu Viewegs Konzept umfassend: Scholz, Bauernopfer, S. 178–180, 188–190, 235–242; ders., Agrarpolitik, S. 80–87. Dazu auch: Buchsteiner, Bodenreform, S. 36f.; Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 14f. Einseitige Darstellung in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/561, Bl. 38–43. Der politischen Verurteilung Viewegs durch die SED-Führung weitgehend folgend die Interpretationen in: Prokop, Aufbau, S. 769; Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung, S. 1092.

241 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/561, Bl. 24–27, 34, 35–37, 46–56; Scholz, Bauernopfer, S. 189f., 192–195.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Nachdem der neue Leiter der Landwirtschaftsabteilung des ZK, Franz Mellentin[242] auf einer weiteren Parteiversammlung am 28. Januar 1957 die „restlose Zerschlagung der Plattform, d.h. des Agrarprogramms", gefordert und Vieweg aufgefordert hatte, sich dem stalinistischen Ritual der „Selbstkritik" folgend offen von seinem Agrarprogramm zu distanzieren, wandte sich Ulbricht auf der 30. Tagung (30. Januar – 1. Februar 1957) scharf gegen die Kritiker des SED-Regimes. Der 1. Sekretär der SED stigmatisierte Viewegs Programm als „konterrevolutionär", da es auf eine „Restauration des Kapitalismus in der Landwirtschaft" ziele. Auch Mückenberger verurteilte Viewegs Agrarprogramm in der ZK-Tagung erneut als „oberflächlich und unwissenschaftlich". Der ZK-Sekretär für Landwirtschaft stellte dem Konzept das Ziel der Staats- und Parteiführung entgegen, „die genossenschaftliche Großproduktion neben dem staatlichen sozialistischen Sektor in der Landwirtschaft schließlich gänzlich durchzusetzen." Heinrich Rau, der ebenfalls dem Politbüro angehörte, sekundierte, indem er die ökonomische Ineffizienz vieler LPG nicht auf das Konzept der Kollektivwirtschaft, sondern ausschließlich auf mangelnde organisatorische Fähigkeiten und politische Fehler einzelner Führungskräfte zurückführte.[243]

Daraufhin verschärften auch andere Parteifunktionäre wie Mellentin ihre politischen Angriffe auf Vieweg, der als „Wegbereiter konterrevolutionärer Elemente" diffamiert wurde, da er eine „opportunistische, revisionistische Plattform" verbreitet habe. Anfang Februar 1957 nahm die ZPKK Ermittlungen gegen Vieweg auf, die am 26. März in den Beschluß des Politbüros mündeten, ihn aus der SED auszuschließen. Albert Norden, der von 1958 bis 1981 dem ZK der SED und dessen Politbüro angehörte[244], wurde beauftragt, mit Vertretern der Sicherheitsorgane über die Verwendung der Ermittlungsunterlagen zu beraten, um Vieweg so auch öffentlich zu brandmarken. Schon am 10. März hatte Vieweg den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, auf Druck der SED-Führung gebeten, ihn von seinen Ämtern in der AdL zu entbinden und seinem Rücktritt als Ordentliches Mitglied dieser renommierten

242 Franz Mellentin (geb. 1919) schloß sich 1946 der SED und VdgB an, für die er als Funktionär arbeitete. 1950 wurde er in den Landtag Mecklenburgs gewählt. Nach dem Studium an der Parteihochschule der KPdSU in Moskau war Mellentin 1953/54 Sekretär für Landwirtschaft der SED-Bezirksleitung Halle und von 1955 bis 1958 Abteilungsleiter für Landwirtschaft im ZK. Nachdem er von 1958 bis 1967 erneut als Sekretär für Landwirtschaft in der Bezirksleitung Halle gearbeitet hatte, wurde Mellentin Direktor der Ingenieurschule für Agrochemie und Pflanzenschutz in Halle. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 224.

243 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/561, Bl. 119; Scholz, Bauernopfer, S. 197f. Vgl. auch Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 16; Werkentin, Strafjustiz, S. 93f. Allgemein zur 30. ZK-Tagung: Weber, Geschichte der DDR (1999), S. 198; Mückenberger diffamierte Viewegs Vorschläge im März 1957 als „konterrevolutionäre Konzeption". Vgl. Erich Mückenberger, Die Perspektive der Landwirtschaft und die Klassenverhältnisse auf dem Dorfe in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1957, S. 17, 26f. Der Stellenwert der 30. ZK-Tagung wird kaum deutlich in: Buchsteiner, Bodenreform, S. 37.

244 Albert Norden (1904–1982) wurde 1920 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und trat im darauffolgenden Jahr der KPD bei. Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung" arbeitete Norden zunächst im kommunistischen Widerstand, bevor er in die Tschechoslowakei, nach Frankreich und schließlich in die Vereinigten Staaten emigrierte. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland schloß er sich der SED an. 1947/48 war Norden Hauptabteilungsleiter für Presse in der DWK und von 1949 bis 1952 Abteilungsleiter im „Amt für Information". Von 1955 bis 1981 gehörte er dem ZK der SED und von 1958 bis 1981 dessen Politbüro an, wo er die „Westarbeit" der Partei leitete. Von 1976 bis 1981 war Norden auch Mitglied des Staatsrates der DDR. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 245.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Institution zuzustimmen. Der Akademiepräsident Stubbe befürwortete aber fünf Tage später lediglich die Entlassung Viewegs als Sekretär der Sektion Agrarökonomik. Nachdem ihn ein dänischer Journalist vor einem bevorstehenden Prozeß gegen ihn gewarnt hatte, floh Vieweg Ende März 1957 schließlich mit seiner Assistentin in die Bundesrepublik, kehrte aber schon im Oktober in die DDR zurück, wo er am 27. Mai 1958 wegen „Spionage" und „Republikflucht" zu einer Zuchthausstrafe von zwölf Jahren verurteilt wurde.[245]

Obwohl auch die V. LPG-Konferenz und der Zentralvorstand der VdgB bereitwillig dem Verdikt der führenden SED-Funktionäre über Vieweg folgten und sein Agrarprogramm kategorisch zurückwiesen, hatten Bauern in der DDR nicht nur den Konflikt aufmerksam beobachtet, sondern auch die Kritik an der Kollektivierungspolitik aufgenommen. Ebenso hatten die Vorschläge Fred Oelßners, der dem Politbüro angehörte, in der Agrarkommission des ZK arbeitete und in diesem Gremium für die Versorgungspolitik zuständig war, den Hoffnungen der Landwirte auf einen grundlegenden agrarpolitischen Kurswechsel des kommunistischen Regimes Auftrieb verliehen. Oelßner war auf der 28. und 29. Tagung des Zentralkomitees im August und November 1956 mit der Forderung hervorgetreten, nicht nur das Kollektivierungstempo zu verringern, sondern auch unrentable LPG und MTS aufzulösen. Ebenso wie Vieweg verlangte der einflußreiche SED-Funktionär, mit staatlichen Finanzhilfen auch die Betriebe der verbliebenen Einzelbauern zu stärken. Nachdem Ulbricht auf der 30. ZK-Tagung aber auch diese Vorschläge kategorisch zurückgewiesen hatte, wurde Oelßner im Februar 1958 aus dem Politbüro ausgeschlossen. Der ZK-Sekretär Hermann Matern[246] begründete die Entmachtung Oelßners am 24. Februar 1958 mit einem persönlichen Angriff, der den hohen Stellenwert der Kollektivierung als politisches Ziel gegenüber betriebs- und volkswirtschaftlichen Entscheidungskriterien belegt: „Der Genosse Oelßner will nicht verstehen, daß die kleinste und schwächste LPG ein Schritt zum Sozialismus ist und der stärkste individuelle Bauer ein Rückschritt zum Kapitalismus."[247] Dieses Verdikt

245 Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/561, Bl. 180. Zur „Auswertung" der 30. ZK-Tagung auch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/364, Bl. 56f., 58–64, 172. Detaillierte Darstellung in: Scholz, Bauernopfer, S. 200–213. Zum Rücktritt als Institutsdirektor und zum Austritt aus der AdL: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/561, Bl. 212–214. Zu den Verhören durch die ZPKK: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/561, Bl. 210. Zu den Ermittlungen und zum Parteiausschluß Viewegs zusammenfassend: Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder, Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), Tl. 1, Frankfurt/O. 1996, S. 59f. Rundfunkberichte über Viewegs Flucht in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/561, Bl. 281–320.

246 Hermann Matern (1893–1971) trat 1911 der SPD und 1919 der KPD bei. Von 1927 bis 1931 war er Politischer Leiter der KPD-Bezirksleitung Magdeburg-Anhalt. Anschließend arbeitet er für die KPD in Ostpreußen, 1932/33 auch als Abgeordneter des Preußischen Landtags. Nach seiner Haft emigrierte Matern 1934, bevor er sich von Mai 1941 bis 1945 in der UdSSR aufhielt. Nachdem er im Mai/Juni 1945 in der „Initiativgruppe" um Anton Ackermann gearbeitet hatte, wurde er Vorsitzender der Bezirksleitung der KPD in Sachsen. Von Juni 1945 bis Januar 1971 gehörte er dem ZK der KPD bzw. dem Zentralsekretariat und Politbüro der SED an. Außerdem war Matern von April 1946 bis Oktober 1948 Landesvorsitzender und Mitglied des Sekretariats des Landesvorstandes der SED in Berlin und von 1948 bis 1971 Mitglied des Volksrates bzw. der Volkskammer. Von Oktober 1948 bis 1971 leitete Matern als 1. Vorsitzender die Zentrale Parteikontrollkommission der SED. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 975; Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 220.

247 Zit. nach: Werkentin, Strafjustiz, S. 94. Zum Ausschluß Viewegs aus dem Zentralvorstand der VdgB auf seiner 16. Sitzung am 9. März 1957, dem erneut eine scharfe Stellungnahme Mückenbergers vorangegangen war: SAPMO-BArch, DY 19/44. Zum Beschluß der V. LPG-Konferenz: BLHA, Rep. 530, Nr. 1424 (Vorlage v. 26.3.1957). Zum Konzept Oelßners und zum Verdikt Ulbrichts über seinen Ver-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

traf auch Karl Schirdewan, der von 1953 bis 1958 dem ZK der SED und dessen Politbüro angehörte. Er hatte seine Vorbehalte gegen die Politik Ulbrichts noch am 1. Januar 1958 u.a. mit dem Ziel gerechtfertigt, „jedes einzelne Beispiel vom fehlerhaften Herangehen für die Gewinnung zum Eintritt in die LPG durch die Kreisleitungen auswerten" zu lassen, um so die Flucht von Bauern nach Westdeutschland einzudämmen. Ihm wurde aber ebenso wie Oelßner auf der 35. Tagung des ZK im Februar 1958 seine Position im Politbüro entzogen.[248]

Auch außerhalb der SED wuchsen die Vorbehalte und der Widerstand gegen die Kollektivierung. So nahmen die Intellektuellen, die sich um den Schriftsteller, Lektor und Dozenten Wolfgang Harich sammelten, die Forderung nach einer Auflösung der LPG und der „Entwicklung eines gesunden Klein- und Mittelbauerntums" in die „politische Plattform" auf, die sie im Herbst 1956 verfaßten. Das Programm der Repräsentanten des „philosophischen Revisionismus" wurde in dörflich-agrarischen Milieus aber kaum rezipiert, zumal Harich und seine Freunde bereits Ende November 1956 verhaftet und Anfang März 1957 zu langen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Dagegen rechtfertigten besonders Einzelbauern ihre Ablehnung der LPG und der Kollektivierungsagitation bis zu den späten fünfziger Jahren wiederholt mit Hinweisen auf die Konzeptionen Oelßners und Viewegs. Die Entstalinisierung und die damit verknüpfte Forderung nach einer Zurücknahme der Kollektivierungs- und Verstaatlichungspolitik zugunsten familienbäuerlicher Betriebe hatten auch Staats- und Parteifunktionäre verunsichert. Das ZK der SED hatte aber nach seiner 3. Tagung eine Propagandakampagne gegen den agrarpolitischen „Revisionismus" ausgelöst. Die Organisationsabteilung des ZK mobilisierte dabei die Parteiorganisationen auf dem Lande, um so den „ideologischen Kampf insbesondere gegen die Viewegschen Theorien unter der Masse der werktätigen Bauern" zu verschärfen und abweichende Meinungen in den Grundorganisationen der Universitäten, Hoch- und Fachschulen sowie allgemeinbildenden Schulen zu unterdrücken.[249]

Verschärfte Kollektivierungspolitik 1957/58

Nachdem die Kritiker der stalinistischen Diktatur entmachtet oder politisch in die Defensive gedrängt worden waren, entschlossen sich die Spitzenfunktionäre um Ulbricht im Herbst 1957, den Kollektivierungsdruck erneut zu verschärfen. Mit den Beschlüssen des 33. ZK-

---

fasser: Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 14; BLHA, Rep. 801, Nr. 25017 (Thesen v. 22.3.1958); SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/364, Bl. 424.

248 Zit. nach: Karl Schirdewan, Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, Berlin ²1994, S. 207f.

249 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/56, Bl. 60. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Die politische Plattform Harichs und seiner Freunde, in: SBZ-Archiv 8 (1957), S. 74; BLHA, Rep. 530, Nr. 886, Bl. 96 (Orthographie korrigiert); SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/285, Bl. 171 (Interpunktion korrigiert). Dazu auch: BLHA, Rep. 530, Nr. 1449 („Rede zur MTS-Bereichskonferenz in Protzen"). Zur Gruppe um Harich auch: Stefan Wolle, „Mutmassungen" über das Jahr 1956. Wahrnehmungen des Ungarnaufstandes in der Gesellschaft und Literatur der DDR, in: Petra Bock/Edgar Wolfrum (Hg.), Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen 1999, S. 41–54, hier: S. 48; ders., Polen, S. 53f.; Kleßmann, Opposition und Dissidenz, S. 57f.; Weber, Geschichte der DDR (1999), S. 195–197. Zu Vieweg und Oelßner: Scholz, Bauernopfer, S. 180–190, 235–242; Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 14f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Plenums (16. – 19. Oktober 1957) bekräftigten die Machthaber in der DDR ihr Ziel, letztlich alle Bauern in Produktionsgenossenschaften zu integrieren. Richtungweisend verknüpfte Ulbricht in seinem Referat die Kollektivierungsprogrammatik mit der Forderung, die landwirtschaftliche Erzeugung nachhaltig zu steigern. Hingerissen von dem visionären Konzept der angestrebten Zukunftsgesellschaft, ordnete der 1. Sekretär des ZK der SED an, „die Überlegenheit des sozialistischen Großbetriebs durch die Verwirklichung der modernen Betriebs- und Arbeitsorganisation in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durchzusetzen." Da 1958 die Rationierung von Lebensmitteln aufgehoben und der Import von Nahrungsgütern verringert werden sollte, mußte die Agrarproduktion nachhaltig gesteigert werden. Dazu wurden die Mittel- und Großbauern benötigt, so daß weiterhin vor allem LPG vom Typ I gebildet oder gefördert werden sollten. Ausdrücklich wurde gefordert, diese Kollektivbetriebe auch in Gemeinden zu gründen, in denen Bauern bereits in anderen LPG-Typen zusammengeschlossen worden waren. So sollte erreicht werden, daß die Produktionsgenossenschaften bis Ende 1960 in der DDR fünfzig Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten. Zudem verlangte Ulbricht auf der 33. Tagung des ZK, anstelle der konventionellen Massivbauten „Rinderoffenställe" zu errichten und den Anbau von Mais – vor allem als Viehfutter – auszuweiten. Diese Produktionsverfahren waren zuvor in der UdSSR von Chruschtschow propagiert und durchgesetzt worden. Die SED-Führung imitierte das Konzept des sowjetischen Staats- und Parteichefs, der Mais als „Wurst am Stengel" bezeichnet hatte, weitgehend ungebrochen, ohne die spezifischen Anbaubedingungen in der DDR hinreichend zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollten die MTS weiter ausgebaut werden, denn bis 1960 war in der ostdeutschen Landwirtschaft nach dem Konzept der SED-Führung ein Mechanisierungsgrad von sechzig Prozent zu erreichen. Insgesamt bestimmte der Nexus von Kollektivierung und Produktionssteigerung seit Herbst 1957 die Agrarpolitik der SED. Demgegenüber lehnte die SED-Führung die „Ständigen Arbeitsgemeinschaften" der VdgB nunmehr dezidiert ab, da sie als Hemmnis auf dem Weg zur beschleunigten Bildung von LPG galten.[250]

Da der erfolgreiche und aufsehenerregende Start des „Sputnik" am 5. Oktober 1957 nicht nur den Vorsprung der UdSSR in der Raketentechnik, sondern darüber hinaus vermeintlich auch die Überlegenheit des sowjetischen Gesellschafts- und Politikmodells bewiesen hatte, verbanden sich in der Kollektivierungsagitation eine technokratisch inspirierte Modernisierungseuphorie mit verschärfter Repression und Zwang. Großbauern wurden aufgefordert, ihre Traktoren von Volkspolizisten überprüfen zu lassen, so daß sie umstandslos stillgelegt werden konnten. Nach den verschärften Bestimmungen im Strafgesetzbuch wurde individuelles Verhalten in – von den Polizeiverwaltungen definierten – Räumen latenter Kriminalität umstandslos geahndet. Dieses Vorgehen resultierte nicht zuletzt aus den Verschwörungsvorstellungen und Feindbildern, die weiterhin das Verhalten vieler Staats- und Parteifunktionäre beherrschten. Nachdem auch die ABV im Februar und März 1958 angewiesen worden waren, die Kollektivierung der Landwirtschaft zu beschleunigen, nahm die Zahl der gegründeten LPG schon im Frühsommer deutlich zu. Auf der 36. ZK-Tagung (10./11. Juni 1958) drängte Grüneberg die Parteifunktionäre, die Kollektivierung unter der „Perspektive des

250 Buchsteiner, Bodenreform, S. 41. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Ulbricht, Bauernbefreiung, Bd. 1, S. 630; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/284, Bl. 11, 47. Vgl. auch Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 20, 41; Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung, S. 1094f.; Prokop, Aufbau, S. 775f.; ders., Probleme, S. 816; Uhlemann, Sieg, S. 221. Zu Chruschtschows technokratischer Politik: Radkau, Produktivkräfte, S. 18f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Sieges des Sozialismus" in der DDR voranzutreiben. Außerdem sollten vorrangig der Maisanbau ausgeweitet, weitere „Rinderoffenställe" errichtet und „Kader" für die neuen landwirtschaftlichen Betriebe (LPG, MTS und VEG) ausgebildet werden.[251]

Das Programm eines gezielt herbeizuführenden Entwicklungssprungs in die glorifizierte „sozialistische Menschengemeinschaft" kulminierte auf dem V. Parteitag, den die SED vom 10. bis 16. Juli 1958 in Berlin veranstaltete. Ulbricht erlegte den versammelten Parteifunktionären auf, an der Nahtlinie des Ost-West-Konflikts die Überlegenheit der DDR gegenüber der Bundesrepublik zu beweisen. Dazu sollten nicht nur in einzelnen Gemeinden LPG gegründet, sondern Regionen flächendeckend kollektiviert werden: „Der Aufbau der Produktionsgenossenschaften sichert ein planmäßiges und schnelles Wachstum und gewährleistet, daß unsere Landwirtschaft auf allen Gebieten schneller vorankommt." Ulbricht hob die modernistische Kollektivierungsdoktrin scharf von der Agrarpolitik der Bundesregierung unter Kanzler Adenauer ab, der er vorwarf, die Großbauern im Strukturwandel auf Kosten der kleinen Landwirte zu begünstigen: „Wenn wir auf der Grundlage der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft die Produktion [...] entwickeln, bestehen alle Voraussetzungen, auch in den Hektarerträgen bei allen Kulturen sowie in der Produktion von Fleisch, Milch und Eiern je Flächeneinheit die westdeutsche Landwirtschaft im Laufe des dritten Fünfjahrplans [d.h. bis 1963; A.B.] zu überbieten. Das wird ein klarer Beweis für die Kraft und Stärke der sozialistischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik sein." Der Beschluß des Parteitags legte als „ökonomische Hauptaufgabe" fest, „bis 1961 [...] den Pro-Kopf-Verbrauch Westdeutschlands bei den Nahrungsmitteln und den wichtigsten industriellen Konsumgütern zu erreichen und zu übertreffen." Damit dieses unrealistische Ziel erreicht werden konnte, sollte die landwirtschaftliche Erzeugung in der DDR die westdeutsche Agrarproduktion bis Ende 1962 übertreffen. Dieses Produktionswachstum setzte aus der Sicht der SED-Spitzenfunktionäre die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR voraus.[252]

Das Regime hatte sich mit seinem überspannten Projekt des Sprungs in die „sozialistische" Moderne aber selber einen beträchtlichen politischen Handlungszwang aufgebürdet. Obgleich die anvisierte Steigerung der Agrarproduktion nicht erreicht werden konnte und das hochgesteckte Ziel von der Abteilung Landwirtschaft im ZK der SED schon ein Jahr später zurückgenommen wurde, löste der Beschluß des V. Parteitages auf dem Lande eine neue Kollektivierungsdynamik aus. Bezirks- und Kreisleitungen setzten Agitationsbrigaden ein, um die Bauern zur Bildung neuer Produktionsgenossenschaften oder zum Anschluß an die bereits bestehenden LPG zu drängen. Überdies erarbeiteten Beiräte von Produktionsge-

251 Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4233/11, Bl. 152. Zur II. MTS-Konferenz: Graffunder, Dialektik, S. 130. Zur Stillegung der Traktoren: Werkentin, Strafjustiz, S. 94f. Zur Rolle der ABV und zur Kriminalisierung: Lindenberger, ABV im Text, S. 158–162; ders., ABV als Landwirt, S. 181. Zu den Erfolgen der sowjetischen Raumfahrt und ihren Auswirkungen zusammenfassend: Brigitte Röthlein, Mare Tranquilitas, 20. Juli 1969. Die wissenschaftlich-technische Revolution, München 1997, S. 57f.

252 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Walter Ulbricht, Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 2: Juli 1958 – Dezember 1960, Berlin (Ost) 1962, S. 725f.; Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10. bis 16. Juli 1958, Bd. 1, Berlin (Ost) 1958, S. 70. Zum V. Parteitag auch: Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 26; Weber, Geschichte der DDR (1999), 199–201; Thomas, Ursachen, S. 1852; Buchsteiner, Bodenreform, S. 41; Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 139; Merl, Sowjetisierung, S. 180. Dazu auch die „Auswertung" in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/364, Bl. 427.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

nossenschaften und MTS „Maßnahmepläne", um die Kollektivierung zu forcieren, die Produktivität und Rentabilität (als „Wirtschaftlichkeit" bezeichnet) der Kollektivbetriebe zu erhöhen, ihre Organisationsstruktur zu festigen und ihnen neue, wissenschaftlich qualifizierte Führungskräfte zuzuweisen. SED-Funktionäre führten Resolutionen herbei, die über die Beschlüsse des V. Parteitages noch hinausreichten.[253]

Zwangskollektivierung 1959/60

Allerdings ging das Kollektivierungstempo Ende 1958 erneut zurück. Deshalb sollten Entscheidungen, die das SED-Regime Anfang 1959 erzwang, die Bildung der LPG wieder vorantreiben. Auf der 4. Tagung des ZK (15. – 17. Januar 1959) forderten die Spitzenfunktionäre, die Führungskräfte in den Dörfern und landwirtschaftlichen Betrieben verstärkt zu qualifizieren. Ulbricht drängte die Bezirks- und Kreissekretäre der SED in einer Besprechung, die am 18. und 19. Februar 1959 stattfand, besonders die Parteiaktivisten in den ländlichen Gemeinden weiter auszubilden. Die VI. LPG-Konferenz (20. – 22. Februar 1959), der Belegschaftsversammlungen in den Produktionsgenossenschaften, MTS und VEG vorangegangen waren, verlieh der Transformationspolitik schließlich einen neuen Schub. Nach dem Beschluß dieser Konferenz sollten vor allem die – bislang in den LPG deutlich unterrepräsentierten – wirtschaftsstarken Kleinbauern für die Produktionsgenossenschaften gewonnen werden. Darüber hinaus waren für die staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe in der Landwirtschaft ebenso wie für die Gemeinden und Kreise „Perspektivpläne" auszuarbeiten, die konkrete Produktions- und Kollektivierungsziele enthalten sollten. Die VI. LPG-Konferenz, die sich eng an den Beschlüssen des V. Parteitages der SED orientierte, legte überdies fest, die „Wirtschaftlichkeit" der Produktionsgenossenschaften zu sichern und die Zahl der SED-Grundorganisationen in diesen Betrieben zu erhöhen. Im Frühjahr 1959 wurden die Musterstatuten für die LPG daraufhin so modifiziert, daß sie Einzelbauern weitere Anreize zum Eintritt in die Kollektivbetriebe boten. So erhielten Landwirte, die sich Produktionsgenossenschaften vom Typ I anschlossen, ähnliche Vergünstigungen wie bei einer Aufnahme in die Betriebe vom Typ III. Diese Korrektur konnte der Parteivorstand der DBD ebenso durchsetzen wie die einheitliche Einstufung aller LPG-Mitglieder in die Sozialversicherung und weitere Kredite für den Bau von Silos und Stallgebäuden zur kollektiven Viehhaltung, um so den Übergang der Produktionsgenossenschaften vom Typ I in den Typ III zu erleichtern.[254]

Nachdem schon 1958 Traktorenbrigaden der MTS den Vorsitzenden der Produktionsgenossenschaften unterstellt worden waren, beschloß der Ministerrat am 9. April 1959 nicht nur weitere Produktionshilfen für die LPG, sondern auch, die Maschinen der Stationen leihweise den Kollektivbetrieben vom Typ III zu übergeben, die in ihren Gemeinden bereits alle Einzelbauern aufgenommen hatten oder mindestens achtzig Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten. Mit dieser Entscheidung folgte die SED-Führung der

253 Buchsteiner, Bodenreform, S. 41f. „Maßnahmepläne" z.B. in: BLHA, Rep. 401, Nr. 1457, bes. Bl. 1–35.

254 Buchsteiner, Bodenreform, S. 42; Kaiser, Zusammenarbeit, S. 629, 631; dies., Politik, S. 72–74, 76; Klemm u.a., Agrargeschichte, S.226. Zur VI. LPG-Konferenz auch: Graffunder, Dialektik, S. 136f. Zur politischen „Auswertung" der Konferenz: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/365, Bl. 39–42. Zu den „Perspektivplänen": Klemm u.a., Agrargeschichte, S. 227.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Entwicklung in der UdSSR, wo seit 1957 MTS in Kolchoseigentum umgewandelt worden waren. Die Überführung der Maschinen aus den Staatsbetrieben hatte sich in der DDR zwar schon seit 1954 abgezeichnet und war auch vom ZK auf seiner 33. Tagung gefordert worden, traf aber auf die Ablehnung der Traktoristen, die bei der Überführung ihre festen Gehälter einbüßten und einen erheblichen Einkommensrückgang befürchteten. Dennoch erhielten bis Ende 1959 ca. 1.000 gefestigte Produktionsgenossenschaften Maschinen von MTS. Die Stationen, die zunehmend ihre Ausstattung einbüßten und damit auch ihre wichtigste Funktion verloren, wurden zu Reparaturwerkstätten umgebildet, aus denen in den frühen sechziger Jahren die Kreisbetriebe für Landtechnik (KfL) hervorgingen. Über den Abschluß der Kollektivierung hinaus wiesen auch schon die im Siebenjahrplan anvisierte Fusion von Produktionsgenossenschaften zu „Groß-LPG" und die Bildung „agroindustrieller Zentren" und „sozialistischer Dörfer". Die Politik der Betriebs- und Siedlungskonzentration lehnte sich weitgehend an das Konzept der sowjetischen Staats- und Parteiführung an, die seit 1957 „Agrostädte" bauen ließ. Dieses Konzept wurde in der DDR aber in den sechziger Jahren schließlich aufgegeben, weil die materiellen Voraussetzungen fehlten und die ohnehin expandierenden LPG, die sich über Gemeindegrenzen hinweg zusammenschlossen, wichtige kommunale Aufgaben übernahmen.[255]

Anfang Januar 1960 entschied die SED-Führung demgegenüber, in den darauffolgenden Wochen alle Bauern in die Kollektivbetriebe zu zwingen. Der Kollektivierungsprozeß entfaltete daraufhin erneut jene kumulative Dynamik, die für den Politikstil der SED-Führung zumindest bis zu den sechziger Jahren kennzeichnend war und letztlich zerstörerisch wirkte. Durchdrungen von dem revolutionären Voluntarismus des Marxismus-Leninismus, appellierten Spitzenfunktionäre – vor allem der weitgehend unumschränkt herrschende Ulbricht – an die untergeordneten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen, deren Machtstreben im Wettlauf um die Gunst der Führung gezielt angestachelt und ausgenutzt wurde. So berief Karl Mewis[256], der politisch Ulbricht nahestehende 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock, schon nach den Beschlüssen der 7. ZK-Tagung (10. – 13. Dezember 1959) eine Plenarkonferenz der SED-Bezirksleitung Rostock ein. Die Versammlung beschloß am 16. Januar 1960 nicht nur, die Frühjahrsbestellung zu sichern, sondern auch, den Durchbruch zur Kollektivwirtschaft zu erreichen. Daraufhin schwärmten im Bezirk Agitatoren aus, um

255 Schneider, Dorfpolitik, S. 99; Horz, Kollektivierung, S. 130. Zur Übergabe der Maschinen der MTS an die LPG auf der Basis von Leihverträgen: Kaiser, Politik, S. 80f.; Uhlemann, Sieg, S. 221; Papendieck, Agrargeschichte, S. 192f.; Philippi, Agitation, S. 49. Zur Sowjetunion: Wädekin, Agrarpolitik, S. 230, 232–234.

256 Karl Mewis (1907–1987) wurde 1923 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und im darauffolgenden Jahr auch der KPD. Von 1929 bis 1932 war Mewis Organisationssekretär in der KPD-Bezirksleitung Magdeburg, anschließend Kursant an der Internationalen Leninschule in Moskau. Nachdem er 1934 nach Deutschland zurückgekehrt war, wo er im Widerstand gegen das NS-Regime wirkte, kämpfte er 1937/38 für die Internationalen Brigaden in Spanien. 1938 emigrierte er nach Frankreich, in die Tschechoslowakei und schließlich nach Schweden, wo Mewis Vorsitzender der KPD-Landesleitung war. 1945 wurde er Sekretär der KPD-Landesleitung Mecklenburg, anschließend Sekretär der Landesleitung der KPD bzw. SED von Groß-Berlin. Nachdem er von 1950 bis 1952 als 1. Sekretär der SED-Landesleitung Mecklenburg gearbeitet hatte, war er von 1952 bis 1961 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock. Von 1952 bis 1981 gehörte Mewis auch dem ZK der SED an, von 1958 bis 1963 dessen Politbüro und von 1960 bis 1963 überdies dem Staatsrat der DDR. Von 1963 bis 1968 vertrat Mewis den zweiten deutschen Staat als Botschafter in der Volksrepublik Polen. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 227.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

in den Dörfern alle Bauern zum Eintritt in die LPG zu zwingen und damit die „Vollgenossenschaftlichkeit" herbeizuführen. Offenbar mit Zustimmung des Politbüros der KPdSU und unter dem Eindruck der Mobilisierung im Bezirk Rostock, forderte Ulbricht am 27. Januar schließlich die SED-Funktionäre auf, sich auf die „Schaffung vollgenossenschaftlicher Dörfer" als „Hauptaufgabe" zu konzentrieren. In seinem Schlußwort zu der Sitzung mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen und den Abteilungsleitern des ZK der SED erklärte der Parteichef: „Wenn die Aufgabe, die der Landwirtschaft gestellt ist, nämlich hohe Erträge zu erzielen, ernst genommen wird, müssen wir überall das genossenschaftliche Dorf schaffen." Seine ungebrochene Zukunftsgewißheit und den schrankenlosen Voluntarismus drückte Ulbricht abschließend in einem Appell an die versammelten Spitzenfunktionäre aus: „Ihr selbst seid die Gestalter Eurer Zukunft. Eure gemeinsame Arbeit im vollgenossenschaftlichen Dorf führt Euch einer gesicherten sozialistischen Perspektive entgegen. [...] Ihr [...] könnt, nachdem Ihr durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß alle Schranken zu einem steilen Aufstieg der Produktion und des besseren Lebens beseitigt habt, mit Freude und Stolz dem Morgen entgegensehen."[257]

Eine Agrarkonferenz, zu der die KPdSU am 2. und 3. Februar 1960 Funktionäre kommunistischer Parteien nach Moskau eingeladen hatte, verlieh der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR weiteren Auftrieb. Ulbricht betonte nochmals die Überzeugung der SED-Spitzenfunktionäre, die angestrebte Selbstversorgung mit Fleisch, Fett, Milch und Eiern ausschließlich durch die kollektive Viehwirtschaft in den LPG erreichen zu können.[258] Die Bezirks- und Kreisleitungen der SED hatten schon zuvor Agitationsgruppen gebildet, die Bauern im „sozialistischen Frühling" 1960 in die LPG zwangen. Im Wettstreit um die Macht trieb vor allem Mewis die Kollektivierung energisch voran, indem er die SED-Funktionäre in den Kreisen anwies, Agitationsbrigaden in die Dörfer zu schicken. Im Februar 1960 eskalierte in allen Bezirken und Kreisen die Repression, denn die SED-Funktionäre strebten unter dem Druck der übergeordneten Parteileitungen und unter dem Einfluß der ideologisch radikalisierten Kollektivierungspropaganda an, die Zahl der Unterschriften von Bauern, die sich damit zum Eintritt in die LPG bereit erklärten, schnell zu steigern. Dieser kumulierende Prozeß führte nicht nur zu Gewalt und Terror, sondern begünstigte auch eine politisch kaum noch kontrollierbare Jagd nach politischem Erfolg, dessen Mitteilung die beteiligten Staats- und Parteifunktionäre mit der Hoffnung verbanden, im Herrschaftsapparat zu avancieren. Der enorme Kollektivierungsdruck begünstigte daher – ebenso wie die Agitation nach dem V. Parteitag der SED – eine unkontrollierte „Zahlenhascherei", wie auch SED-Funktionäre klar erkannten. So stuften Agitatoren in ihren geschönten Berichten und Statistiken Dörfer umstandslos als „vollgenossenschaftlich" ein, obwohl diese Gemeinden durchaus noch Einzelbauern aufwiesen. Insgesamt zeigte die politisch induzierte und ideologisch aufgeladene Umwälzung im „sozialistischen Frühling" 1960 erneut, daß die

257 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 299; Ulbricht, Bauernbefreiung, Bd. 2, S. 962, 979. Zur Mobilisierung im Bezirk Rostock: SAPMO-BArch, Sg Y 30/1244/3, Bl. 162f. Zu den Auswirkungen: Buchsteiner, Bodenreform, S. 43. Zur Beratung vom 27. Januar 1960 auch der Rückblick in: Reichelt, Blockflöte, S. 174f.

258 Kluge, Landwirtschaft, S. 90; Gabler, Entwicklungsabschnitte, S. 77f. Dazu auch: Reichelt, Blockflöte, S. 182. Hinweis auch in: BLHA, Rep. 930, Nr. 123 („Entwurf der Entschließung des Bezirksparteiaktivs zur Auswertung des 8. Plenums des ZK der SED"). Die Konferenz löste schon 1960 in der Bundesrepublik Spekulationen aus. Dazu: Die Zwangskollektivierung des selbständigen Bauernstandes in Mitteldeutschland, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1960, S. 13.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

zentral initiierte Herrschafts- und Konstruktionspolitik der Machthaber gegenüber der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft letztlich eine (selbst)zerstörerische Radikalität entfaltete.[259]

Anfang März 1960 riefen der Vorstand der DBD, der Zentralvorstand der VdgB und die Agrarkommission des Nationalrates der „Nationalen Front" auf einer gemeinsamen Versammlung in Seelow zu einer engen Zusammenarbeit bei der forcierten Kollektivierung auf. Der DBD-Vorsitzende Goldenbaum hob die hohe Zahl der Bauern hervor, die in den Bezirken Rostock, Halle und Schwerin in LPG eingetreten waren. Demgegenüber führte er das deutlich geringere Kollektivierungstempo in den Bezirken Frankfurt (Oder), Gera, Dresden und Karl Marx-Stadt auf politische Indifferenz zurück. Das deutliche Nord-Süd-Gefälle, das die „sozialistische Umgestaltung" in der DDR bereits seit dem Sommer 1952 gekennzeichnet hatte, wurde aber auch im Frühjahr 1960 nicht beseitigt. Die abrupte Zwangskollektivierung konterkarierte überdies die „Golßener Bewegung", mit der die Ziele des Produktionsplans 1960 überboten werden sollten. Nachdem Mewis dem ZK bereits am 4. März den Abschluß der Kollektivierung im Bezirk Rostock mitgeteilt hatte, forderte der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam, Kurt Seibt[260], auch in diesem Bezirk alle Landwirte bis zur 8. ZK-Sitzung, die vom 30. März bis 2. April 1960 stattfinden sollte, in die Produktionsgenossenschaften zu drängen. Unter dem Druck der Parteileitungen, die dem ZK der SED schnell einen Abschluß der Kollektivierung melden wollten, gingen die Agitationstrupps, denen Funktionäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED, Vorsitzende und Vorstandsmitglieder von LPG sowie Politiker der Blockparteien und Massenorganisationen angehörten, mit Unterstützung von Volkspolizisten, Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit und Staatsanwälten vielerorts mit Gewalt gegen widerstrebende Bauern vor und schüchterten die Landbevölkerung ein. „Operativstäbe", die in der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei im Ministerium des Innern, den Bezirksbehörden der Volkspolizei und den Volkspolizeikreisämtern gebildet wurden, koordinierten die Kampagne und berichteten über den Verlauf der Kollektivierung in den Bezirken und Kreisen.[261]

Abweichendes Verhalten gegenüber der Zwangskollektivierung wurde von den Dienststellen der SED und staatlichen Behörden rigoros unterdrückt. Besonders nachdrücklich

---

259 Rilinger, Landwirtschaft, S. 25. Zur „Zahlenhascherei": BLHA, Rep. 530, Nr. 1439 (Schreiben v. 2.9.1958). Kritik an der Orientierung an der Zahl der Unterschriften von Bauern und an Terminvorgaben für den Abschluß der Kollektivierung als Erfolgskriterien auch in: BLHA, Rep. 530, Nr. 202, Bl. 170.

260 Kurt Seibt (geb. 1908) schloß sich 1922 der Sozialistischen Arbeiterjugend, zwei Jahre später dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands und 1931 der KPD an. Nach 1933 im kommunistischen Widerstand gegen das NS-Regime, wurde Seibt 1939 verhaftet und 1941 zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt. Nachdem er 1945 als 1. Sekretär der KPD-Kreisleitung Brandenburg gearbeitet hatte und im darauffolgenden Jahr der SED beigetreten war, wirkte er von 1946 bis 1952 als 2. Sekretär der SED-Landesleitung Brandenburg und von 1952 bis 1964 als 1. Sekretär der Bezirksleitung Potsdam. Von 1954 bis 1989 gehörte Seibt dem ZK der SED und von 1953 bis 1967 der Volkskammer an. Von 1967 bis 1989 war er Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission der SED. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 314.

261 Hierzu und zum folgenden: Werkentin, Strafjustiz, S. 99f.; Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 35, 38f.; Gabler, Entwicklungsabschnitte, S. 78–83; Weber, Geschichte der DDR (1999), S. 214f. Zur Tagung in Seelow: Reichelt, Blockflöte, S. 175f. Zum Abschluß der Kollektivierung im Bezirk Rostock: Buchsteiner, Bodenreform, S. 44. Zur Forderung Seibts: BLHA, Rep. 530, Nr. 202, Bl. 122, 170.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

protestierten die Kirchenleitungen gegen die Repression in der ländlichen Gesellschaft und den Terror gegen die Einzelbauern. Die Landeskirchen in der DDR waren über die EKD eng mit der Bundesrepublik Deutschland verbunden. Die Opposition der Kirchenleitungen richtete sich in den fünfziger Jahren vor allem gegen die Repression ihrer Pastoren durch das SED-Regime, das einer atheistischen Politik verpflichtet war, 1952/53 die „Jungen Gemeinden" rücksichtslos bekämpfte und in den späten fünfziger Jahren die „Jugendweihe" durchsetzte. Herausragende Kirchenführer wie der Ratsvorsitzende der EKD und Bischof von Berlin-Brandenburg, Otto Dibelius, hatten in der „Bekennenden Kirche" der nationalsozialistischen Diktatur widerstanden und erzielten deshalb mit ihrem Widerspruch gegen die Politik des SED-Regimes weit über die Kirchen hinaus eine erhebliche öffentliche Wirkung, die von den Machthabern nur gewaltsam eingedämmt werden konnte. Am 11. März 1960 protestierten die Landesbischöfe in der DDR gegenüber Ministerpräsident Otto Grotewohl offen gegen den Zwang, den die Agitationsgruppen gegenüber den Landwirten ausübten. Während die westdeutschen Pressedienste und Zeitungen den Widerspruch schnell aufgriffen, um die „Pankower Regierung" zu demaskieren, wandte sich die SED-Führung scharf gegen die „Einmischung in die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft". Am 6. April 1960 richteten der Bischof von Berlin, Julius Kardinal Döpfner, sowie die Bischöfe von Meißen, Magdeburg, Erfurt, Schwerin und der Generalvikar von Meiningen ein weiteres Schreiben an Ministerpräsident Grotewohl, in dem sie „schwere Verletzungen der Menschenwürde und Menschenrechte" bei der Zwangskollektivierung kritisierten. Mit den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften werde „der bäuerlichen Bevölkerung eine Lebensform aufgezwungen, die sie weithin zutiefst ablehnt."[262]

Ende März 1960 erreichte die Zwangskollektivierung ihren Höhepunkt. Da der Abschluß des Prozesses absehbar war, konzentrierte sich die 8. Tagung des ZK der SED, die vom 30. März bis 2. April stattfand, bereits auf die Festigung der LPG. Die Spitzenfunktionäre der Staatspartei verlangten, in der DDR das „sozialistische Dorf" zu schaffen und zugleich die landwirtschaftliche Marktproduktion zu steigern. Die neuen Agrarbetriebe sollten bis 1963 so nachhaltig gefestigt werden, daß der Bedarf der Bevölkerung an Produkten der Viehwirtschaft im ostdeutschen „Arbeiter-und-Bauernstaat" erfüllt werden konnte. Ulbricht zeigte sich in seiner Rede überzeugt, daß die Kollektivwirtschaft die Erträge durch die „Anwendung der fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik" besonders in der Viehwirtschaft erhöhen, die „rationelle Organisation und Leitung der Produktion" fördern sowie die „Zusammenarbeit und den Zusammenschluß der LPG mehrerer Dörfer und dadurch eine rationelle Großflächenwirtschaft" vorantreiben würde. Dazu war aus der Sicht des 1. Sekretärs des ZK die Konzentration und Spezialisierung der Produktion zu steigern und die Ausbildung der Beschäftigten zu erhöhen. Ulbricht betrachtete den Zusammenschluß aller Bauern in LPG lediglich als Voraussetzung des ambitiösen Übergangs zur „industriemäßigen" Pro-

262 Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/14/23, Bl. 22, 31, 47f. Zur Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Staaten in den Medien außerdem die Dokumente in: ebd., Bl. 24, 42–45. Zum Argwohn der SED-Leitungen gegenüber einzelnen Pfarrern exemplarisch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/369, Bl. 135. Zum Kampf gegen die „Jungen Gemeinden": Martin Georg Goerner, Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958, Berlin 1997, S. 92–105. Zur Durchsetzung der Jugendweihe: Hermann Wentker, Die Einführung der Jugendweihe in der DDR: Hintergründe, Motive und Probleme, in: Mehringer (Hg.), SBZ, S. 139–165. Zusammenfassend: Kleßmann, Opposition und Dissidenz, S. 55f. Zu den Landpfarrern als dörfliche Führungspersonen: Pyta, Dorfgemeinschaft, S. 107–126.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

duktion in der Landwirtschaft: „Mit dem Übergang aller Bauern vom Ich zum Wir ist die entscheidende Grundlage für die Entfaltung der sozialistischen Großproduktion und des sozialistischen Lebens im Dorf geschaffen worden. Die Fesseln für die Produktion und die ganze Entwicklung des Dorfes sind mit dem Übergang zu den sozialistischen Produktionsverhältnissen gefallen. Jetzt ist die Bahn frei für eine grundlegende Umwälzung des ganzen Produktionsprozesses in der Landwirtschaft."[263]

Nachdem die Kollektivierung im Bezirk Rostock bereits am 4. März vollendet worden war, wurde der „sozialistische Frühling" in der DDR mit der Vollzugsmeldung des 1. Vorsitzenden der SED-Bezirksleitung in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) am 14. April 1960 offiziell abgeschlossen. Am 21. März war die „sozialistische Umgestaltung" im Bezirk Potsdam und eine Woche später im Bezirk Cottbus beendet worden. Die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen hatten ihre Mitteilungen über den Abschluß der Kollektivierung in Schreiben an Ulbricht jeweils mit Lobeshymnen auf die Politik der SED-Führung verbunden und den Beitritt der Bauern zu den LPG auch intern als „freiwilligen" Entschluß ausgegeben. Am 21. April berieten ZK-Mitglieder schließlich über die „Lehren aus der Entwicklung der vollgenossenschaftlichen Dörfer und Maßnahmen zur weiteren Festigung der LPG". Die Spitzenfunktionäre betonten, daß ein Rückgang der Produktion nicht nur die Versorgung mit Nahrungsmitteln gefährden, sondern zwangsläufig auch das – ohnehin gravierend beschädigte – außenpolitische Prestige des SED-Regimes nachhaltig verringern mußte. Ulbricht wandte sich einerseits gegen das „Reglementieren und Kommandieren in den Dörfern" und lehnte „alle Grobheiten und Überspitzungen" als „Sektierertum" ab. Er kritisierte aber ebenso wie Grüneberg und Alfred Neumann[264] „Selbstlauf" und „Selbstzufriedenheit", auf die der Abzug der Agitationsgruppen seit Ende März und die zögernde Aufnahme der genossenschaftlichen Arbeit in den LPG zurückgeführt wurden. Besonders Neumann projizierte auch die – nunmehr abgelehnte – Bildung von „Groß-LPG" und die Flucht vieler Bauern in die Bundesrepublik auf den „Klassenfeind" und verschleierte damit die Ursachen der Labilität vieler LPG.[265]

---

263 Ulbricht, Bauernbefreiung, Bd. 2, S. 1002f. Zur 8. ZK-Tagung: Horst Matschke, Zur Entwicklung der genossenschaftlich-sozialistischen Landwirtschaft in der DDR 1960–1965, in: Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik, S. 44–64, hier: S. 51f.

264 Alfred Neumann (geb. 1909) schloß sich 1929 der KPD an und emigrierte 1934 über Dänemark, Schweden und Finnland in die Sowjetunion. Von 1936 bis 1938 kämpfte er in den Internationalen Brigaden in Spanien. Nach der Internierung in Frankreich wurde er 1942 nach Deutschland ausgeliefert und dort zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Als Angehöriger des „Strafbataillons 999" lief er im Frühjahr 1945 zur Roten Armee über. Nach seiner Kriegsgefangenschaft wurde Neumann 1946 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Berlin-Neukölln. Von 1951 bis 1953 war er Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Berlin und von 1953 bis 1957 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin. Er gehörte dem ZK der SED und der Volkskammer von 1954 bis 1989 und dem Politbüro von 1958 bis 1989 an. Von 1965 bis 1989 war er außerdem Stellvertretender Vorsitzender bzw. 1. Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR. Im Januar 1990 wurde er aus der SED/PDS ausgeschlossen. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 242f.

265 Vgl. BLHA, Rep. 730, Nr. 961 („Auswertung der Beratung im ZK am 21.4.1960"). Zur 8. ZK-Tagung: Rüdiger Beetz, Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam in der Zeit von der 8. Tagung des ZK (April 1960) bis zum VI. Parteitag der SED (Januar 1963), Diss. A, Pädagogische Hochschule Potsdam 1980 (Ms.), S. 1; BLHA, Rep. 530, Nr. 213, Bl. 87. Zum Abschluß der Kollektivierung in den Bezirken die Schreiben in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/7/378. Zum Bezirk Rostock: SAPMO-BArch, Sg Y 30/1244/3,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Mit ihrem Beschluß vom 25. April 1960 bestätigte die Volkskammer der DDR schließlich die Kollektivierung. In seiner Regierungserklärung interpretierte Ulbricht den erzwungenen Zusammenschluß der Bauern in den Produktionsgenossenschaften und den Übergang zur Kollektivarbeit als ein „gesetzmäßiges Ergebnis des gesellschaftlichen Fortschritts in der Deutschen Demokratischen Republik, des Wachstums des sozialistischen Lagers und der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus." Mit dem Abschluß der Kollektivierung sei – so erklärte der Staats- und Parteichef – die „Bauernbefreiung" vollendet und das „Bündnis" der Arbeiter und Bauern vollendet worden. Vor dem Hintergrund der verschärften Spannungen nach dem Ultimatum Chruschtschows, der im November 1958 die Umwandlung West-Berlins in eine Freie Stadt gefordert und damit eine bis zu den frühen sechziger Jahren anhaltende weltpolitische Krise ausgelöst hatte, stilisierte Ulbricht den Beitritt der Bauern zu den LPG und die Bildung neuer Produktionsgenossenschaften zu einem Votum für den „Frieden", den er mit der Politik der UdSSR und der anderen „volksdemokratischen" Staaten identifizierte. Auch der schließlich verabschiedete Beschluß der Volkskammer vom 25. April politisierte den erzwungenen Durchbruch zur „vollgenossenschaftlichen" Landwirtschaft als ideologisches Bekenntnis der ostdeutschen Landwirte zur DDR sowie ihrer Staatspartei und als Absage an die dämonisierte Politik der Bundesregierung unter Kanzler Adenauer: „Der Übergang aller Bauern zur genossenschaftlichen Produktion in der Deutschen Demokratischen Republik ist ein wahrer Volksentscheid für Frieden, Fortschritt und Sozialismus, gegen atomare Aufrüstung, Militarismus und Kriegsvorbereitung in Westdeutschland, für die Lösung der nationalen Frage in Deutschland. Er ist gleichzeitig ein scharfer Protest unserer Bauern gegen die bauernfeindliche Bonner Agrarpolitik und das Bauernlegen in Westdeutschland." Nach dem Beschluß eröffnete die Arbeit in den großen Kollektivbetrieben besonders der Jugend auf dem Lande „als Gestalter ihres schönen sozialistischen Dorfes und einer glücklichen Zukunft" uneingeschränkt „herrliche Perspektiven".[266]

Die Kollektivierung vollzog sich in der DDR im Kräftefeld des Ost-West-Konflikts und der (zunehmend medial vermittelten) Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Staaten, deren Führungen sich gegenseitig des „Bauernlegens" bezichtigten. Offene Abgrenzung und latente Verflechtung prägten das Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik, denn wechselseitige Beschuldigungen, ideologische Stereotype, polare Interpretationen und dichotomische Weltbilder dienten nicht zuletzt der Stabilisierung und Legitimation der jeweils vertretenen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, vor allem in der DDR. Die Spitzenfunktionäre der SED, besonders der neuernannte ZK-Sekretär Grüneberg, feierten den Abschluß der Kollektivierung 1960 als „erste wirkliche Bauernbefreiung in der Geschichte unseres Volkes" und als Beweis der „eindeutigen Überlegenheit der genossenschaftlichen Großproduktion." Dem „sozialistischen Weg in der Landwirtschaft zur Schaffung der Großproduktion" stellte der SED-Agrarpolitiker den „kapitalistischen Weg zur

Bl. 165. Zum Bezirk Potsdam: Uhlemann u.a., Rolle, S. 46. Übersicht in: Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 299; Buchsteiner, Bodenreform, S. 44.

266 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Ulbricht, Bauernbefreiung, Bd. 2, S. 1161; Dehlsen u.a. (Hg.), Bündnis, S. 157. Zur Erklärung der Volkskammer auch: Kuntsche, Umgestaltung, S. 204; Papendieck, Agrargeschichte, S. 191 (hier falsche Datierung). Zum Protest der Bischöfe: Mählert, Geschichte, S. 94f. Zum Beziehungsverhältnis: Nehrig, Osten, S. 14; Bauerkämper, Legitimation, S. 64f. Zur außenpolitischen Konstellation: Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, bes. S. 100f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Herausbildung der Großproduktion" entgegen, der zur „Ruinierung der Bauernschaft" führe. Die SED-Führung verurteilte den Strukturwandel in der Bundesrepublik, wo 1955 das Landwirtschaftsgesetz verabschiedet und nach den Konferenzen von Messina (1955) und Venedig (1956) die Integration in die Agrar-Union und schließlich in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – wenngleich noch zögernd – vorangetrieben wurde, als „großangelegtes Bauernlegen".[267]

Die Bundesregierung und führende Politiker aller Parteien richteten denselben Vorwurf gegen die Agrarpolitik des Regimes in der DDR. So kritisierte der Präsident des Deutschen Bundestages, Carlo Schmid (SPD), die Zwangskollektivierung in seiner offiziellen Erklärung vom 6. April 1960 als „neues Bauernlegen". Ebenso wie Schmid protestierte der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer (CDU) nicht nur gegen die Gewalt gegenüber den Bauern, sondern auch gegen die Berufung der SED-Machthaber auf den „freiwilligen" Entschluß der Landwirte. Lemmer wies auf die Degradierung der Bauern zu Objekten der kommunistischen Diktatur hin, die sie genötigt habe, „durch den Akt scheinbarer Freiwilligkeit ihren Besitz preiszugeben." Die Zwangskollektivierung in der DDR löste in der Bundesrepublik insgesamt heftige Angriffe auf das SED-Regime aus und verlieh dem Antikommunismus neuen Auftrieb. Die Auseinandersetzung wurde dabei zunehmend in den elektronischen Massenmedien geführt, denn als die Kollektivierung in den späten fünfziger Jahren abgeschlossen wurde, verbreitete sich der Empfang westdeutscher Fernsehprogramme in der DDR. Zugleich bemühte sich das SED-Regime verstärkt, Sendungen in die grenznahen Gebiete der Bundesrepublik auszustrahlen und damit auch für den Zusammenschluß der westdeutschen Bauern in LPG zu werben. Als führende Politiker der Bundesrepublik nach dem Mauerbau ihre Polemik gegen die mit „Sowjetisierung" oder „Bolschewisierung" etikettierte Politik in der entfalteten Diktatur erneut verstärkten, gewannen elektronische Nachrichtenmittel einen noch wichtigeren Stellenwert in der Auseinandersetzung über die Agrarpolitik in den beiden deutschen Staaten. So wurde der Konflikt über die Kollektivierung in der DDR nicht zuletzt ein Medienkrieg.[268]

---

267 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, NY 4233/25, Bl. 13, 10f.; NY 4233/84, Bl. 262–264. Vgl. auch Gerhard Grüneberg, Agrarpolitik der Arbeiterklasse zum Wohle des Volkes. Ausgewählte Aufsätze 1957–1981, Berlin (Ost) 1981, S. 39–68.

268 Exemplarisch: Die Vernichtung des selbständigen Bauernstandes in der Sowjetzone. Eine Dokumentarschau im Auftrage des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, zusammengestellt vom Büro Bonner Berichte, Bonn 1964. Zit. nach: Zwangskollektivierung, S. 7f. Zu den Erklärungen Schmids und Lemmers: Weber, Umgestaltung, S. 2868, 2870. Beispiele für Sendungen westdeutscher Rundfunksender über die Kollektivierung in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/8, Bl. 55f., 62f., 82f. Allgemein zur Auseinandersetzung in den Medien: Axel Schildt, Zwei Staaten – eine Hörfunk- und Fernsehnation. Überlegungen zur Bedeutung der elektronischen Massenmedien in der Geschichte der Kommunikation zwischen der Bundesrepublik und der DDR, in: Bauerkämper/Sabrow/Stöver (Hg.), Zeitgeschichte, S. 58–71, hier: S. 59–62, 66f. Zur Agrarpolitik der Bundesregierung und zur beginnenden Integration der westdeutschen Landwirtschaft in die EWG: Guido Thiemeyer, Vom „Pool Vert" zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik 1950–1957, München 1999; ders., Wege europäischer Agrarintegration 1950–1957, in: Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 301–311; ders., Jahre, Bd. 1, S. 227–244; Bauerkämper, Landwirtschaft, S. 197f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Folgen der Zwangskollektivierung

In dem politisch-propagandistischen Schlagabtausch zwischen den beiden deutschen Staaten über die Kollektivierung nutzte die Bundesregierung die Flüchtlinge aus der DDR, um das SED-Regime zu diskreditieren. In den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren schnellte die Zahl der Deutschen, die den „Arbeiter-und-Bauernstaat" verließen, wegen der forcierten Umwälzung der ostdeutschen Wirtschaft, des beschleunigten gesellschaftlichen Umbruchs und – damit verknüpft – der zunehmenden außenpolitischen Spannungen hoch. 1960 wurden 199.000 Flüchtlinge in der Bundesrepublik registriert. Als sich 1961 der bevorstehende Bau der Mauer in Berlin immer deutlicher abzeichnete, gewann die Bewegung eine enorme Eigendynamik, so daß die Zahl der bis zum 13. August aus der DDR Geflüchteten auf 155.000 wuchs. Während 1959 7.211 Erwerbstätige aus dem Agrarsektor die Aufnahme in der Bundesrepublik beantragt hatten, stieg die Zahl dieser Personen 1960 auf 14.695. 1960 hatten 7,4 Prozent, 1961 4,5 Prozent der im Notaufnahmeverfahren in der Bundesrepublik erfaßten Personen zuvor in der ostdeutschen Landwirtschaft gearbeitet. Von den in der Landwirtschaft Berufstätigen, die im Februar und März 1960 die DDR verließen, hatten 34,4 Prozent zuvor als Arbeiter oder Angestellte in den Produktionsgenossenschaften und VEG, 30,6 Prozent als LPG-Mitglieder und 24,7 Prozent als Einzelbauern gearbeitet. Im April 1960 erreichte die Zahl der „Republikflüchtigen" aus der Landwirtschaft fast die Summe der in den ersten drei Monaten des Jahres Geflohenen. Flucht und Verdrängung wurden im Kalten Krieg von der Bundesregierung politisch funktionalisiert. Die westdeutschen Medien verbreiteten erschütternde Berichte geflohener Bauern über Zwang und Repression beim Abschluß der Kollektivierung in der DDR. Die Flüchtlinge galten als „willkommene Überläufer, die mit den Füßen gegen den Kommunismus abstimmten und ein tägliches Plebiszit gegen die Wiedervereinigung verkörperten."[269] Auch die Propagandakampagne, die das SED-Regime – vor allem der für die „Westarbeit" zuständige Albert Norden – gegen führende westdeutsche Politiker wie Bundespräsident Heinrich Lübke und den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Hans Globke, initiierte, deren Beteiligung an der NS-Diktatur aufdecken und diese Führungspersonen damit diskreditieren sollte, konnte den beträchtlichen Prestigeverlust der Machthaber in Ost-Berlin nicht überdecken.[270]

Noch direkter als die Zahl der Flüchtlinge diskreditierte die Versorgungskrise in der DDR die Kollektivierungspolitik. Die SED-Führung hatte zwar angeordnet, die neuen LPG zu konsolidieren, zugleich aber auf den Übergang zur Kollektivarbeit gedrängt. Auch auf dem VI. Deutschen Bauernkongreß war die „Durchsetzung der guten genossenschaftlichen Arbeit" beschlossen worden. Verstärkt durch geringe Niederschläge im Sommer 1961, führten die überstürzte Bildung neuer LPG und der Zwangseintritt Tausender Bauern in bestehende Produktionsgenossenschaften jedoch eine schwere Versorgungskrise herbei, die erst mit der

269 Ackermann, Flüchtling, S. 129, 138, 184, 285 (Zitat). Angaben nach: Helge Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, S. 51f.; Osmond, Kontinuität, S. 161. Zur Zahl der Flüchtlinge insgesamt: Hartmut Wendt, Die deutsch-deutschen Wanderungen – Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in: DA 24 (1991), S. 386–395, hier: S. 389. Besorgter Hinweis der Abteilung Landwirtschaft im ZK der SED in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/365, Bl. 268. Zur Presseberichterstattung über die Kollektivierung im Medienkrieg zwischen den beiden deutschen Staaten: Nehrig, Osten, S. 15. Allgemein auch: Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 43; Reichelt, Blockflöte, S. 181f.

270 Michael Lemke, SED-Kampagnen gegen Bonn 1960–1963, in: VfZ 41 (1993), S. 153–174.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Konsolidierung der neuen Betriebe seit 1962/63 überwunden wurde. Der abrupte Wechsel der Betriebsstrukturen und die Umstellung der Arbeitsorganisation überforderten die Beschäftigten, von denen sich ohnehin viele von den Agitationstrupps überwältigt und mißbraucht fühlten. Mit der erzwungenen und überstürzten Zusammenlegung der Felder und Tierbestände hatte das SED-Regime beträchtliche wirtschaftliche Schäden in Kauf genommen. Die Erzeugung ging besonders in der Viehwirtschaft drastisch zurück. Führende Staats- und Parteifunktionäre hatten in den späten fünfziger Jahren zwar unablässig angeordnet, die Anbaufläche für Mais zu erweitern und beschleunigt „Rinderoffenställe" zu errichten, dabei aber die Produktionsbedingungen in der ostdeutschen Landwirtschaft weitgehend ignoriert. Diese agrarpolitischen Prestigeprojekte scheiterten deshalb und mußten in den frühen sechziger Jahren endgültig aufgegeben oder zurückgenommen werden, so daß sowohl Stallraum als auch Futter für das Vieh fehlte. Zudem waren die Tierverluste enorm hoch, besonders wegen unzureichender Pflege. Insgesamt blieb die Produktion in der Viehwirtschaft von 1959 bis 1961 daher weit hinter den Planvorgaben zurück. Hohe Rückstände wurden besonders in der Fleischerzeugung und Milchwirtschaft registriert. Auch der hastige Ausbau der Intensivhaltung von Masthühnern steigerte das Fleischaufkommen nur unwesentlich. Im Juni 1961 gestand sogar der Stellvertretende Ministerpräsident Willi Stoph[271] ein, daß die Versorgung mit Fleisch, Milch und Butter in der DDR nicht mehr gesichert war.[272]

Die überstürzt gebildeten LPG blieben in den frühen sechziger Jahren überwiegend labil. Außer der Bauernflucht, die das SED-Regime mit dem Mauerbau vom 13. August 1961 unterband, erklärten Mitglieder vereinzelt noch bis 1963 ihren Austritt aus den Produktionsgenossenschaften. Bezirks- und Kreisleitungen der SED setzten deshalb wiederholt „Festigungsbrigaden" ein, die unzufriedene LPG-Mitglieder zwangen, ihre Austrittserklärungen

271 Willi Stoph (1914–1999) trat 1931 in die KPD ein. Nachdem er von 1939 bis 1945 als Soldat der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatte, war er von 1945 bis 1948 Abteilungsleiter in der Deutschen Verwaltung der Industrie und von 1948 bis 1950 Leiter der Abteilung Wirtschaft und Finanzen im Zentralsekretariat der SED. Seit 1950 gehörte Stoph der Volkskammer, seit 1953 dem Politbüro der SED an. Seit 1952 amtierte Stoph zudem als Minister für Inneres (bis 1955) und Verteidigung (bis 1960). Von 1964 bis 1973 führte er den Vorsitz im Ministerrat, von 1973 bis 1976 im Staatsrat der DDR. Von 1976 bis 1989 amtierte Stoph wieder als Vorsitzender des Ministerrats und als stellvertretender Vorsitzender im Staatsrat der DDR. Nachdem er im Dezember 1989 aus der SED ausgeschlossen worden war, wurde er wegen des Verdachts des Amtsmißbrauchs und der Korruption zeitweise inhaftiert. Im August 1993 wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 332; Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 1038.

272 Zit. nach: Matschke, Entwicklung, S. 52. Zum Scheitern des „Rinderoffenstall"- und Maisanbau-Programms: Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 41f. Vgl. auch Buchsteiner, Bodenreform, S. 49. Zu den Produktionsrückständen z.B. Berichte in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/4, Bl. 160, 209; DY 30/IV 2/7/365, Bl. 267; BArch, DK-1, Nr. 5878, Bl. 322. Zu den Tierverlusten: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/1, Bl. 102; DY 30/IV 2/7/370, Bl. 50. Zum Mangel an Futtermitteln: Panzig, „Weest de noch, wie mer stoppeln war'n?", S. 56; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/403, Bl. 12f.; BArch, DK-1, Nr. 1226, Bl. 82f. Zum Ausbau der Geflügelmast seit Ende der fünfziger Jahre und zu den Barrieren: Patrice G. Poutrus, „... mit Politik kann ich keine Hühner aufziehn." Das Kombinat Industrielle Mast und die Lebenserinnerungen der Frau Knut, in: Lindenberger (Hg.), Herrschaft, S. 235–265, hier: S. 238–247; Andreas Kurjo, Organisation und Bedeutung der Geflügelhaltung in der Landwirtschaft der DDR, in: FS-Analysen, H. 4/1989, S. 3–56, hier: S. 19f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/367, Bl. 158. Zur Stellungnahme Stophs: Weber, Geschichte der DDR (1999), S. 217. Die Krise wird lediglich angedeutet in: Klemm, Jahre, S. 119.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

zurückzunehmen. Staats- und Parteifunktionäre bestraften auch rigoros Mitglieder, die ihre Arbeit niederlegten oder die Aufnahme der Kollektivarbeit verzögerten. Diese Widersetzlichkeiten konnten nach der am 25. August 1961 in Kraft getretenen „Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung" bestraft werden, die Justizfunktionären erlaubte, gegen „arbeitsscheue" Personen auf Antrag der örtlichen Staats- und Parteiorgane Arbeitserziehung zu verhängen. Kreisstaatsanwälte leiteten daraufhin Verfahren gegen „Arbeitsbummelanten" in den Produktionsgenossenschaften ein, um abweichendes Verhalten zu ersticken. Brandstiftungen wurden als „Sabotage" besonders scharf geahndet, zumal die Parteileitungen – ebenso wie 1952/53 – von drakonischen Strafen eine abschreckende Wirkung erhofften. So wurde ein Landarbeiter, der in Torgelow (Kreis Waren) eine Scheune angezündet hatte, im Dezember 1961 vom Bezirksgericht Frankfurt (Oder) zum Tode verurteilt. Auch drei weitere Exekutionen trafen Personen, die krimineller Delikte auf dem Lande bezichtigt worden waren. Die Strafen hatten zuvor Hilde Benjamin als Justizministerin, Erich Mielke als Minister für Staatssicherheit[273], der amtierende Generalstaatsanwalt und der Leiter der ZK-Abteilung für Staats- und Rechtsfragen festgelegt.[274]

5. Ausblick: Der Übergang zur „industriemäßigen Produktion" in der Landwirtschaft und die Gigantomanie der SED-Agrarpolitik von den sechziger bis zu den achtziger Jahren

Die modernistische Konzeption

Die Agrarpolitik der SED war in den sechziger Jahren von einer nahezu ungebremsten Wissenschafts- und Technikeuphorie sowie der Illusion geprägt, die Natur auf eine weitgespannte ideologische Vision zurichten und auf dem Lande eine neue sozialistische Gesellschaft herausbilden zu können. Obgleich der Nexus von Planungseuphorie, Machbarkeits-

273 Erich Mielke (1905–2000) trat 1921 in den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands und vier Jahre später in die KPD ein. 1931 war Mielke an der Ermordung von zwei Polizisten am Berliner Bülow-Platz beteiligt. Über Belgien floh er in die UdSSR, wo er Kursant an der Internationalen Leninschule in Moskau wurde. Nachdem er von 1936 bis 1939 in den Internationalen Brigaden in Spanien gekämpft hatte, flüchtete er nach vorübergehender Internierung in Frankreich erneut in die Sowjetunion. Nach der Rückkehr nach Deutschland arbeitete Mielke von 1946 bis 1949 als Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern und 1949/50 als Präsident der Hauptverwaltung zum Schutz des Volkseigentums in der DWK. Nachdem er 1950 zum Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit ernannt worden war, amtierte er von 1957 bis 1989 als Minister für Staatssicherheit. Von 1950 bis 1989 gehörte er auch dem ZK der SED und von 1972 bis 1989 dem Politbüro an. Mielke wurde 1989 aus der SED ausgeschlossen und 1993 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 229.

274 Falco Werkentin, Art. „Kollektivierung der Landwirtschaft, Widerstand gegen", in: Hans-Joachim Veen (Hg.), Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin 2000, S. 217f, hier: S. 218; ders., Strafjustiz, S. 105–110; ders, „Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht", S. 146; Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 43f. Ergänzend: Matschke, Entwicklung, S. 53.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

illusionen und sozialen Utopien auch ein „hervorstechendes Charakteristikum" der politisch-kulturellen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren bildete, war der sozialistische Modernismus in der DDR, der auch die Agrarpolitik bestimmte, noch weitaus ungebrochener. Zudem beanspruchte die modernistische Ideologie, die sich im entfalteten Staatssozialismus mit einer überschäumenden Gemeinschaftsrhetorik verband, in der DDR das Erkenntnis- und Politikmonopol, so daß öffentlicher und grundsätzlicher Widerspruch nicht möglich war.[275] Die Politik der „industriemäßigen Produktion" in der Landwirtschaft sollte auch die Angleichung der Lebensbedingungen in Stadt und Land fördern. Darüber hinaus waren aus der Perspektive der Machthaber in der DDR die traditionalen sozialen Gegensätze und kulturellen Barrieren zwischen Landarbeitern und Bauern schnell zu beseitigen. Nach dieser ambitiösen Sozialplanung sollte in der DDR – wie Ulbricht schon auf dem V. Parteitag der SED im Sommer 1958 visionär verkündet hatte – letztlich eine homogene „sozialistische Menschengemeinschaft" herausgebildet werden. Der Zusammenschluß der LPG zu spezialisierten agrarischen Großbetrieben war aber vor allem von den Zielen bestimmt, durch die Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die landwirtschaftliche Erzeugung – besonders in der Viehwirtschaft – sprunghaft zu steigern und die Agrarbetriebe im Rahmen der zentralen Verwaltungswirtschaft eng mit den Industriebranchen, die Betriebsmittel lieferten, sowie den nachgelagerten Verarbeitungskomplexen zu verbinden. Mechanisierung, Spezialisierung, Konzentration, Automatisierung und Chemisierung wurden Leitbegriffe eines übersteigerten Projekts agrarwirtschaftlicher Gigantomanie und gesellschaftlicher Planung, das die Spitzenfunktionäre der SED erst nach dem Tod des mächtigen ZK-Sekretärs für Landwirtschaft, Grüneberg, und der Absetzung des Leiters der Abteilung Landwirtschaft im Zentralkomitee, Bruno Kiesler[276], seit 1981 zögernd zurücknahmen.[277]

---

275 Zit. nach: Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1999, S. 177. Zur Landwirtschaftspolitik: Kurt Groschoff u.a., Die Landwirtschaft der DDR, Berlin (Ost) 1980, S. 58–294. Eine umfassende vergleichende Darstellung zu den Modernisierungsideologien und ihren Auswirkungen auf die Landwirtschaftspolitik über die Grenzen des Ost-West-Konflikts hinaus liegt nicht vor, ist aber ein wichtiges Untersuchungsfeld der beziehungsgeschichtlichen Forschung, die maßgeblich zu einer Historisierung modernistischer Ideologeme und Ideologien beitragen könnte. Dazu Überlegungen in: Anselm Doering-Manteuffel, Eine neue Stufe der Verwestlichung? Kultur und Öffentlichkeit in den sechziger Jahren, in: Axel Schildt u.a. (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 661–672, hier: S. 670; Arnold Sywottek, Gewalt – Reform – Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren, in: ebd., S. 54–76, hier S. 55f., 59, 67, 74; Faulenbach, „Modernisierung", bes. S. 291. Zur DDR anregend: Sigrid Meuschel, Symbiose von Technik und Gemeinschaft. Die Reformideologie der SED in den sechziger Jahren, in: Emmerich/Weege (Hg.), Technikdiskurs, S. 203–230 (leicht veränderte Fassung von: Meuschel, Legitimation, S. 182–211, 389–399).

276 Bruno Kiesler (geb. 1925) war nach seiner Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion bis 1951 Landarbeiter und Traktorist. 1946 in die SED eingetreten, war er von 1950 bis 1952 Vorsitzender des Landesvorstands der Industriegewerkschaft Land und Forst in Sachsen-Anhalt. Von 1955 bis 1959 gehörte er dem Zentralrat der FDJ an. Von 1959 bis 1981 arbeitete Kiesler als Leiter der Abteilung Landwirtschaft im ZK. 1967 wurde er zudem Kandidat, 1971 Mitglied des ZK, dem er bis 1986 angehörte. Kiesler vertrat die SED von 1950 bis 1986 auch in der Volkskammer und war von 1986 bis 1983 Ordentliches Mitglied der AdL. Vgl. die biographischen Hinweise in Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 168f.

277 Karl Hohmann, Die Industrialisierung der Landwirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Umwelt in der DDR, in: Maria Haendcke-Hoppe/Konrad Merkel (Hg.), Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands, Berlin 1986, S. 41–67, hier: S. 43f.; ders., Agrarpolitik und Landwirtschaft in der DDR, in: Geo-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Festigung der LPG in den sechziger Jahren

In den frühen sechziger Jahren scheiterte das noch 1959 von der Staats- und Parteiführung favorisierte Konzept, die LPG unmittelbar nach dem offiziellen Abschluß der Kollektivierung zusammenzuschließen. Bis zu den späten sechziger Jahren trafen die Machthaber daraufhin keine Richtungsentscheidung über die weitere Entwicklung der Betriebsstrukturen in der Landwirtschaft. Allerdings wurden der Übergang von Produktionsgenossenschaften der Typen I und II zu LPG vom Typ III und der Prozeß der Betriebskonzentration vorangetrieben. Ulbricht verkündete auf dem VI. Parteitag der SED (15.–21. Januar 1963), daß „die weitere Intensivierung und der allmähliche Übergang zu industriemäßigen „Produktionsmethoden" die neuen agrarpolitischen Ziele der Staatspartei waren. Dieses Konzept hatte das ZK bereits auf seiner 17. Tagung (3.–5. Oktober 1962) gefordert.[278]

Das „Neue Ökonomische System" (NÖS), das der 1. Sekretär des ZK auf dem VI. Parteitag proklamierte, lockerte die zentrale Wirtschaftsplanung und förderte die Eigeninitiative der Agrarbetriebe. Das Landwirtschaftsministerium wurde durch den Landwirtschaftsrat beim Ministerrat der DDR ersetzt, dem entsprechende Gremien bei den Räten der Bezirke und Kreise mit ihren Produktionsleitungen untergeordnet wurden. In den 1963 gebildeten Landwirtschaftsräten arbeiteten nicht nur Staats- und Parteifunktionäre, sondern auch LPG-Mitglieder, Arbeiter der VEG und Wissenschaftler. Im April 1963 beschloß der Ministerrat zudem Maßnahmen zur „Förderung des sozialistischen Wettbewerbs und zur Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit in den LPG Typ III". Außer der „wissenschaftlichen" Leitung und Planung, die sich in den Intensivierungskonzeptionen der Landwirtschaftsräte und ihrer „Aktivs" niederschlugen, kennzeichnete die neue Landwirtschaftspolitik auch, daß die Beschäftigten und Leiter der Agrarbetriebe an der Planung beteiligt waren und die überzogene Zentralisierung zurückgenommen wurde. Überdies sollten materielle Anreize die Erzeugung und Arbeitsproduktivität steigern. So hob der Ministerrat am 10. Oktober 1963 die Pflichtablieferung auf. Einheitliche Preise für Pflanzenprodukte und Prämien für den Produktionszuwachs belohnten die Arbeit der Beschäftigten ebenso konkret wie das beibehaltene doppelte Preissystem bei Erzeugnissen der Viehwirtschaft. Ebenso stärkte die weitere Übergabe der Maschinen der MTS, die in Reparaturtechnische Stationen (RTS) und ab 1964 in KfL überführt wurden, die LPG, denen auch die Traktoristen beitreten konnten. Inspiriert von der populären Kybernetik und industriewirtschaftlichen Modernisierungsmodellen, förderte die SED-Führung seit dem VIII. Bauernkongreß (1964) und der 11. Tagung des ZK (15. – 18. Dezember 1965) überdies die Gründung horizontaler Kooperati-

---

graphische Rundschau 36 (1984), S. 598–604, hier: S. 600; Karl Eckart, Agrarstrukturentwicklung und -probleme in Berlin-Brandenburg (1938/40 bis 1989/90), in: ders./Joachim Marcinek/Hans Viehrig (Hg.), Räumliche Bedingungen und Wirkungen des sozial-ökonomischen Umbruchs in Berlin-Brandenburg, Berlin 1993, S. 9–61, hier: S. 14f. Zur „Territorialplanung" und Raumpolitik in der DDR: Ingeborg Tömmel, Der Gegensatz von Stadt und Land im realen Sozialismus. Reproduktion kapitalistisch geprägter Industriestrukturen durch Planwirtschaft in der DDR, Kassel 1980, S. 151–173, 254–289, 389–406; Jörg Roesler, Räumliche Auswirkungen der Wirtschaftspolitik im geteilten Deutschland: der ostdeutsche Raum, in: Josef Wysocki (Hg.), Wirtschaftliche Integration und Wandel von Raumstrukturen im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1994, S. 129–140.

278 Krebs, Weg, S. 1. Zum VI. Parteitag auch: Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 300. Zum Scheitern des Konzepts der „Groß-LPG" in den sechziger Jahren und zur 17. ZK-Tagung: Jörg Roesler, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970, Freiburg 1990, S. 128, 138, 141.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

onsbetriebe zwischen den LPG wie die Zwischengenossenschaftlichen Baubetriebe. Auch die Ausbildung der Beschäftigten wurde erheblich verstärkt. So stieg der Anteil der Berufstätigen mit abgeschlossener Berufsausbildung von 1961 bis 1970 von 13,0 auf 57,6 Prozent. Die flexiblere Agrarpolitik, mit der die SED schließlich die LPG stabilisieren konnte, wurde auf dem VII. Parteitag der SED (17. – 22. April 1967) und 1968 auf dem X. Bauernkongreß bestätigt.[279]

Der Übergang zu Kooperationsbetrieben und die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion

Nachdem das NÖS auf dem VII. Parteitag offiziell zum „Ökonomischen System des Sozialismus" (ÖSS) herabgestuft worden war, setzte die Parteiführung einen neuen Transformationsschub in der Landwirtschaft durch. Das Regime ordnete vor allem an, die horizontale und vertikale Verflechtung der Betriebe in der Agrar- und Nahrungsgüterwirtschaft voranzutreiben. Damit sollte – wie Grüneberg im September 1967 ausführte – die „Entwicklung der Kooperation, die Konzentration und Spezialisierung der Produktion in den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben [...] in zunehmendem Maße zur immer stärkeren wissenschaftlichen Durchdringung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses" führen. Der Agrarfunktionär zeigte sich überzeugt, daß „sich die Produktivkräfte in der Landwirtschaft nur in vielfältigen Kooperationsbeziehungen ungehindert entwickeln können." Die Produktion sollte „nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und industriellen Methoden organisiert" werden, um eine „sozialistische Intensivierung" herbeizuführen. Im typischen Jargon des sozialistischen Modernismus, der sich deutlich an industriewirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Leitbildern orientierte, dekretierte Grüneberg im April 1968 mit ungebremster Fortschrittseuphorie die „Entwicklung der Kooperation als Hauptkettenglied für die Konzentration und Spezialisierung", um durch „Kooperation, Konzentration und Spezialisierung eine neue Produktionsorganisation herauszubilden, die den schrittweisen Übergang zur industriellen Produktion erlaubt." Der Zusammenschluß der LPG und VEG zu großen Kooperationsbetrieben und ihre Anbindung an die verarbeitende Industrie sollten in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren auch die Unterschiede zwischen den Lebensbedingungen in Städten und ländlichen Gemeinden endgültig überwinden.[280]

---

279 Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 330f.; Buchsteiner, Bodenreform, S. 49f.; Roesler, Plan, S. 132–140; Pollack, Landwirtschaft, S. 1444; Matschke, Entwicklung, S. 53–59, 62; Gabler, Entwicklungsabschnitte, S. 205. Zu hohe Werte zum Qualifikationsniveau der Beschäftigten in: Detlef Nakath, Zu einigen Aspekten der quantitativen Entwicklung der Intelligenz in der DDR in den Jahren 1955 bis 1961, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Reihe Geisteswissenschaften 39 (1990), S. 552–559, hier: S. 557. Zur Agrarpolitik im NÖS: Hohmann, Agrarpolitik und Landwirtschaft, S. 600; Kuntsche, Umgestaltung, S. 205f.; Hartmann, Kooperation, S. 62–65. Eng dem politischen Kurs der Staatspartei verhaftet die Darstellung in: Stefanie Schröder, Die ideologische Arbeit der SED zur Entwicklung der Kooperation in der Landwirtschaft Mitte der sechziger Jahre, in: BzG 22 (1980), S. 95–108. Forderung nach „wissenschaftlicher" Leitung z.B. in: SAPMO-BArch, NY 4233/82, Bl. 93. Bauernkongresse der DDR (bis 1959: Deutsche Bauerntage) waren zentrale Konferenzen von Delegierten aus landwirtschaftlichen Betrieben, auf denen die Agrarpolitik der SED vorgestellt, diskutiert und als Leitlinie vorgegeben wurde.

280 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, NY 4233/81, Bl. 36, 249; NY 4233/85, Bl. 168f., 184. Aufschlußreich zu den agrar- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsillusionen auch die Vielzahl

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Nachdem das Kooperationskonzept als Grundlage der SED-Agrarpolitik auf dem VII. Parteitag bestätigt worden war, wetteiferten die Funktionäre – wie schon beim Abschluß der Kollektivierung – um die Bildung der neuen Betriebe und den Ausbau der Beziehungen zur Nahrungsgüterwirtschaft. Schon 1967/68 wurden in einigen Betrieben gemeinsame Abteilungen Pflanzenproduktion eingerichtet. Kooperationsgemeinschaften institutionalisierten die horizontale Zusammenarbeit der LPG und VEG, stellten aber hohe Anforderungen an das Leitungspersonal, das über die großen und miteinander verflochtenen Betriebe nur schwer die Übersicht behalten konnte. Deshalb lehnten viele Vorsitzende von Produktionsgenossenschaften den Zusammenschluß ihrer Betriebe zu Kooperationsgemeinschaften ab. Dennoch waren Ende 1968 in der DDR 23 Prozent der LPG vom Typ III, sieben Prozent der Produktionsgenossenschaften der Typen I und II sowie 24 Prozent der VEG in Kooperationsgemeinschaften miteinander verbunden. Überbetriebliche Aufgaben wurden in Zwischenbetriebliche Einrichtungen (ZBE) und Zwischengenossenschaftliche Einrichtungen (ZGE) ausgegliedert, die auch die BHG aufnehmen sollten und zunächst für die Melioration und Waldwirtschaft, anschließend aber vor allem in der Viehwirtschaft gebildet wurden. Agrochemische Zentren (ACZ) übernahmen als neue Spezialbetriebe sukzessive den Pflanzenschutz und die Düngung auf den Feldern der LPG und VEG. Dagegen waren die Kombinate für Industrielle Mast (KIM), in denen seit 1967 konzentriert Fleisch und Eier erzeugt wurden, nicht kooperative, sondern „volkseigene" Betriebe. In den späten sechziger Jahren trieb die SED-Führung zudem die vertikale Vernetzung voran, indem die Produktion hochwertiger Nahrungsgüter wie Qualitätsfleisch, Milch, Obst und Gemüse in Kooperationsverbänden (KOV) an die jeweiligen Verarbeitungs- und Handelsbetriebe angeschlossen wurde. Die Landwirtschaftspolitik der Staats- und Parteiführung im ÖSS zielte aber nicht nur auf eine agro-industrielle Produktion, sondern stärkte auch die ökonomischen Anreize, mit denen die Erzeugung nachhaltig gesteigert werden sollte. Progressiv gestaffelte Prämien für den Produktionszuwachs, den die Pläne festlegten, und die Einführung einheitlicher Erzeugerpreise in der Tierproduktion 1969 prämiierten den Arbeitseinsatz der Beschäftigten in der Landwirtschaft.[281]

---

der Stellungnahmen zu „industriemäßigen Produktionsmethoden" und zur Nivellierung der Stadt-Land-Differenz in: Grüneberg, Agrarpolitik, S. 43, 100, 105, 117, 149f., 164f., 176, 240, 243f., 270f., 308f., 323, 349, 352, 359, 433, 435. Zusammenfassend: Dagmar Langenhan, Auf dem Weg zur genossenschaftlichen Demokratie? Mitglieder und Beschäftigte der LPG im betrieblichen Alltag der 70er/80er Jahre, in: Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hg.), Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin 2001, S. 263–274, hier: S. 266f.

281 Zum Wettstreit der Funktionäre: Gabler, Entwicklungsabschnitte, S. 206; Buchsteiner, Bodenreform, S. 51. Übersicht zur Agrarpolitik in: Georg Blohm, Horizontale und vertikale Kooperation als sozialistische Organisationsformen der Landwirtschaft, in: Immler/Merkel (Hg.), DDR-Landwirtschaft, S. 35–41. Zur Entwicklung der Kooperationsformen und zu den materiellen Anreizen: Roesler, Plan, S. 146–152 (Angabe: S. 149). Vgl. auch Hartmann, Kooperation, S. 66–190; Hohmann, Agrarpolitik und Landwirtschaft, S. 600f.; Kuntsche, Umgestaltung, S. 206; Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 301. Die parteioffizielle Interpretation der Herausbildung von Kooperationsformen und -betrieben wird weitgehend reproduziert in: Karla Harnisch, Die Politik der SED zur Entwicklung der Landwirtschaft der DDR 1966 bis 1968, in: BzG 26 (1984), S. 356–364. Zur Herausbildung der ZBE und ZGE auch: BLHA, Rep. 730, Nr. 3194 (Bericht v. 20.1.1968); Rep. 730, Nr. 4209 (Vermerk v. 14.2.1972; Material v. 1.11.1971). Zur Distanz vieler LPG-Vorsitzender gegenüber der Bildung von Kooperationsgemeinschaften: BLHA, Rep. 730, Nr. 3186 (Zuarbeit v. 26.7.1971; Zuarbeit v. 20.12.1971). Zur Bildung der ersten KIM: Patrice G. Poutrus, Industrielle Produktion auf dem Lande? Das Beispiel KIM, in: Hürtgen/Reichel (Hg.), Schein, S. 275–293, hier: S. 276. Zum Aufbau der ACZ: SAPMO-BArch, NY

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Nach den Beschlüssen des VIII. Parteitags der SED (15. – 19. Juni 1971) war in der ostdeutschen Landwirtschaft der Durchbruch zur industriellen Großproduktion zu erzielen. Demgegenüber wurde das Konzept der „Groß-LPG", das u.a. der Vorsitzende der Produktionsgenossenschaft Worin, Bernhard Grünert, befürwortet und umgesetzt hatte, endgültig verworfen. So legte die Bezirksleitung der SED in Frankfurt (Oder) im November 1971 für eine Besprechung in Worin als politische Leitlinie fest: „Der VIII. Parteitag hat eindeutig klargestellt, die Kooperation ist der Hauptweg für die weitere Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft. Damit ist gesagt, Groß-LPG, d.h. der abgerundete Betrieb, der alles in sich vereint, entspricht nicht den Erfordernissen der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung. Er entspricht damit nicht der Generallinie der Partei."[282] Unter dem Druck des neuen agrarpolitischen Kurses der SED-Führung mußte auch Grünert, der seit dem Sommer 1952 in der Parteipropaganda zu einem Idol der Kollektivierung erhoben worden war, einlenken. So betonte er in einer Besprechung mit SED-Funktionären im Dezember 1971 selbstkritisch, „daß sich die Genossenschaftsbauern und Leitungskader der LPG selbst Gedanken machen, warum der Weg der Entwicklung der Kooperation der richtige ist und nicht der Weg der Groß-LPG." Die SED-Funktionäre in den Parteileitungen wiesen das Leitbild des „abgerundeten" Betriebs, in den alle wesentlichen Zweige der landwirtschaftlichen Produktion aufgenommen werden sollten, kategorisch zurück. Mit der Herausbildung spezialisierter Großbetriebe ging das SED-Regime in der Landwirtschaft zum Produktionsprinzip über, das den Prozeß der Erzeugung weitgehend vom Boden lösen sollte.[283]

Nachdem die Staats- und Parteiführung die Bildung Kooperativer Abteilungen Pflanzenproduktion (KAP), in denen seit 1968 die „industriemäßige" Landwirtschaft herausgebildet werden sollte, vorübergehend gebremst hatte, expandierten diese Betriebe seit 1972/73 zu umfassenden Agrarkomplexen. In den KAP bewirtschafteten (rechtlich weiterhin selbständige) LPG, GPG und VEG gemeinsam Acker- und Grünland. Die Kooperationsvereinbarungen bezogen sich auf die bereitgestellte landwirtschaftliche Nutzfläche und die erforderlichen Mittel, die Leitung und Organisation, die Sicherung der Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse, die Planung der gemeinsamen Pflanzenproduktion sowie die Abrechnung und Verteilung des Einkommens. Ausgerichtet auf eine spezialisierte Agrarproduktion und die Überführung der verbliebenen LPG des Typs I in Produktionsgenossenschaften vom Typ III, schlossen sich die unterschiedlichen Betriebe zu großen KAP zusammen, die sich auf der Basis der Kooperationsverträge auf die Erzeugung einzelner Nahrungsgüter konzentrierten. Anfang 1974 bewirtschafteten in der DDR 1.173 KAP mit insge-

4233/82, Bl. 155; Eckart, Agrarstrukturentwicklung, S. 15; ders., Veränderungen, S. 24–26. Zur Bildung der Kooperationsverbände: SAPMO-BArch, NY 4233/84, Bl. 121; NY 4233/85, Bl. 169.

282 BLHA, Rep. 730, Nr. 4209 („Zusammenfassendes Material für die Beratung über die weitere Entwicklung der LPG Worin am 2.11.71"; Interpunktion korrigiert). Hierzu auch das Schreiben vom 30. Dezember 1971 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 4441.

283 BLHA, Rep. 730, Nr. 3186 (Zuarbeit v. 26.7.1971); Rep. 530, Nr. 4202, Bl. 56f., 71f., 90. Zit. nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 4209 („Zusammenfassendes Material über den bisherigen Stand der Klärung der Entwicklungsfragen der LPG Worin" v. 17.12.1971). Zu den Entscheidungen des VIII. Parteitags: Pollack, Landwirtschaft, S. 1447. Dazu auch allgemein: Langenhan, Weg, S. 267. Zu Grünerts Konzept 1970/71 und seine Annäherung an die „Linie" der SED-Führung: BLHA, Rep. 730, Nr. 4441 (Schreiben v. 9.6.1971; Notiz v. 11.1.1972; Notiz v. 8.12.1972; Bericht v. 9.12.1971). Die Gegensätze und Konflikte werden unterbelichtet in: Klaus Schlehufer, Bernhard Grünert. Ein Pionier der sozialistischen Landwirtschaft der DDR, Berlin (Ost) 1983, S. 242–251. Zum Produktionsprinzip: Buchsteiner, Bodenreform, S. 52.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

samt mehr als 261.000 Beschäftigten 74 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Während die LPG unmittelbar nach dem Abschluß der Kollektivierung durchschnittlich etwa 280 ha umfaßt hatten, verfügten die KAP 1974 jeweils über rund 4.000 Hektar. In der Viehwirtschaft vollzog sich zugleich die weitere Spezialisierung in den KIM, deren Bildung das Sekretariat des ZK der SED und das Präsidium des Ministerrats 1967 beschlossen hatte. Die großen Mastanlagen, die mit diesen Betrieben auch für Rinder und Schweine, vorübergehend sogar für Kaninchen, eingerichtet wurden, erwiesen sich aber als kostspieliger Fehlschlag. Insgesamt zielte die Staatspartei, in der Ulbricht, Grüneberg und Kiesler die Agrarpolitik bestimmten, mit der Durchsetzung der großen Betriebe auf eine industrialisierte Landwirtschaft mit „Genossenschaftsbauern" ab, die schließlich in der breiten staatstragenden „Arbeiterklasse" aufgehen sollten. Diesem agrarpolitischen Konzept entsprach die Trennung der Wohn- und Arbeitssphäre in den Dörfern, ohne daß damit nachbarschaftliche Bindungen, das Interesse an der Bewirtschaftung des eigenen Bodens und die Konzentration auf die individuelle Tierhaltung beseitigt wurden. Die KAP, deren Wirtschaftsgebiet sich über die Grenzen der Dörfer hinaus erstreckte, waren territorial weitgehend mit den Gemeindeverbänden identisch, die schon in der neuen Verfassung der DDR von 1968 als administrative Einheiten neben die Städte und Gemeinden getreten waren und den Einsatz von Ressourcen koordinieren, Institutionen konzentrieren und eine Gesamtplanung gewährleisten sollten. Der Zusammenschluß von „vollgenossenschaftlichen" Gemeinden war von Ulbricht schon 1959 anvisiert, aber erst in den sechziger Jahren schrittweise vollzogen worden.[284]

Der Gigantismus und die technokratischen Lenkungsansprüche, die seit den fünfziger Jahren die Agrarpolitik der SED zunehmend geprägt und besonders den Übergang zur „industriemäßigen Produktion" bestimmt hatten, erreichten mit der Trennung der Tier- und Pflanzenproduktion nach dem IX. Parteitag der SED (18.–22. Juni 1976) ihren Gipfelpunkt. Der Vorsitzende des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft, Georg Ewald[285], hatte sich noch Ende 1972 gegen eine überhastete Bildung spezialisierter LPG und VEG der Pflanzen- oder Tierproduktion ausgesprochen. Seit 1975 trieben Grüne-

284 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/371, Bl. 26–31. Zu den KIM: Poutrus, Produktion, S. 276–282. Zu den KAP: Hans-Dieter Schulz, Jetzt ackern meist die KAP-Riesen. Großer Sprung bei der Sozialisierung der Landwirtschaft, in: DA 7 (1974), S. 929–935 (Angabe: S. 930); Groschoff u.a., Landwirtschaft, S. 298–305. Dazu auch: Karl Eckart, Landwirtschaftliche Kooperationen in der DDR. Eine geographische Untersuchung der Struktur und Entwicklung sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe, Wiesbaden 1977, S. 187–196, 219, 222–227; Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 302; Roesler, Plan, S. 150f. Zu den Kooperationsvereinbarungen: BLHA, Rep. 730, Nr. 4442 („Die kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion").

285 Georg Ewald (1926–1973) arbeitete von 1946 bis 1949 als Landarbeiter. 1946 schloß er sich der SED und der FDJ an. Von 1950 bis 1953 war er Kreisrat für Landwirtschaft, Abgeordneter des Kreistages und Mitglied der SED-Kreisleitung in Stralsund. Nach dem Studium an der Parteihochschule der SED (1953/54) wurde Ewald 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED in Bad Doberan, bevor er von 1955 bis 1960 als 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Rügen auch der Bezirksleitung der Partei in Rostock angehörte. Nachdem er von 1960 bis 1963 als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg amtiert hatte, war Ewald von 1963 bis 1973 Minister und Vorsitzender des Landwirtschaftsrates bzw. des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft. Zudem war er in diesem Zeitraum Mitglied des ZK und Kandidat des Politbüros, und er gehörte der Volkskammer der DDR an. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 80.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

berg und der Sekretär für Wirtschaft des ZK, Günter Mittag[286], jedoch die Gründung von LPG mit getrennter Erzeugung voran. Während im benachbarten Polen kleine Privatbetriebe nur schrittweise von Staatsgütern übernommen wurden, vollzog sich in der DDR eine beschleunigte Konzentration und Spezialisierung der Agrarproduktion. Allein im Bezirk Frankfurt (Oder) sollten schon Anfang 1976 sieben KAP in Produktionsgenossenschaften oder VEG für die pflanzliche Erzeugung überführt werden. 1977 beschloß auch der Ministerrat schließlich die Trennung der Produktionsbereiche. Da sich Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und VEG anschließend auf die Tier- oder Pflanzenproduktion beschränkten, wurde der natürliche landwirtschaftliche Produktionszusammenhang aufgelöst. Deshalb ergaben sich zwischen den Betrieben Interessengegensätze, die gelegentlich in scharfe Auseinandersetzungen über den Umfang, die Qualität und die Termine der Futterlieferungen, den Einsatz von Arbeitskräften, über die Versorgung der Pflanzenbaubetriebe mit natürlichem Dünger und die Ausbringung der Gülle mündeten, die in den großen Tierproduktionsanlagen anfiel. Die Konzentration und Spezialisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung beruhten auf dem Konzept, durch die Zufuhr billiger Produktionsmittel wie Dünger und Maschinen die Erträge und Produktivität zu steigern. Da die Preise dieser Güter in den siebziger Jahren aber stiegen, wurde die landwirtschaftliche Erzeugung erheblich teurer. Am Ende des Jahrzehnts erkannten auch die Machthaber in der DDR immer deutlicher, daß die Bildung der spezialisierten genossenschaftlichen Großbetriebe einen hohen Investitionsaufwand erforderte, die Transaktions- und Transportkosten sprunghaft gewachsen waren und damit die Vorteile der *economies of scale* bzw. *economies of size* unwirksam blieben. In der Viehwirtschaft stiegen besonders die Kosten für den Seuchenschutz und die Sicherung der Hygiene. Westdeutsche Agrarwissenschaftler hatten gegen die Gigantomanie der SED-Landwirtschaftspolitiker schon in den frühen siebziger Jahren eingewandt, daß die rationelle Anwendung technischer Innovationen – und damit das Ausmaß der Substitution von Arbeit durch Kapital – weniger von der Betriebsgröße als von der Faktorausstattung in der Volkswirtschaft bestimmt wird. Im Mai 1978 entschied die SED-Führung schließlich, eine weitere Konzentration der landwirtschaftlichen Erzeugung in noch größeren agroindustriellen Komplexen zu unterbinden. Auch die Agrar-Industrie-Vereinigungen (AIV), in denen seit 1976 mehrere LPG und VEG der Pflanzenproduktion mit ACZ, Kreisbetrieben für Landtechnik sowie Meliorations- und Verarbeitungsbetrieben unter einer einheitlichen Leitung kooperierten, sollten nicht mehr erweitert werden.[287]

---

286 Günter Mittag (1926–1994) trat als Arbeitersohn 1945 der KPD und im darauffolgenden Jahr der SED bei, für die er 1949/50 als Jugendsekretär und anschließend als Mitarbeiter der Kreisleitung Greifswald arbeitete. Nach der Promotion wurde er 1958 Kandidat des Politbüros, dem er von 1962 bis 1989 schließlich als Mitglied angehörte. Von 1958 arbeitete Mittag außerdem als Sekretär der Wirtschaftskommission beim Politbüro, in dem er von 1963 bis 1966 als Kandidat und anschließend bis 1989 als Mitglied vertreten war. Von 1962 bis 1973 und von 1976 bis Oktober 1989 war er ZK-Sekretär für Wirtschaft. Von 1973 bis 1976 amtierte Mittag als 1. Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates. Als Sekretär für Wirtschaft gehörte er von 1982 bis 1989 auch dem Nationalen Verteidigungsrat der DDR an. Mittag wurde am 18. Oktober 1989 abgesetzt und im November jenes Jahres aus dem ZK ausgeschlossen. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 230.

287 Karl Hohmann, Die Agrarpolitik der SED zwischen gesellschaftlichem Anspruch und wirtschaftlichen Notwendigkeiten, in: FS-Analysen 8/1982, S. 67–91 hier: S. 70; Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 302f.; Kuntsche, Umgestaltung, S. 207f.; Buchsteiner, Bodenreform, S. 53; Papendieck, Agrargeschichte, S. 193f. Zur gegensätzlichen Entwicklung in Polen und in der DDR: Eckart, Veränderungen, S. 27–41, 44f. Zum IX. Parteitag: Karl Hohmann, Vom Optimismus zum Realismus – die agrarpoliti-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Korrektur der Agrar- und Gesellschaftspolitik in den achtziger Jahren

Wegen der gravierenden Gegensätze und Disproportionen zwischen den Betrieben und den zunehmend hervortretenden ökonomischen Kosten der großbetrieblichen Agrarstruktur nahmen die Spitzenfunktionäre der SED in den frühen achtziger Jahren ihr agrarpolitisches Leitbild riesiger agro-industrieller Komplexe zögernd zurück. Schon mit ihrem Beschluß über die „Weiterentwicklung ökonomischer Maßnahmen in der sozialistischen Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft" reduzierte die Volkskammer im Mai 1980 die schnell gestiegenen Subventionen für Reparaturen und Ersatzteile in den Betrieben der Pflanzenproduktion um die Hälfte. Grundlegend korrigierte die SED ihre Agrarpolitik aber erst nach ihrem X. Parteitag (11.–16. April 1981), der vom Tod Grünebergs am 10. April 1981 überschattet wurde. Auf der 3. ZK-Tagung (19./20. November 1981) forderte Erich Honecker, der 1971 Ulbricht als 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED abgelöst hatte[288], die Tier- und Pflanzenproduktion wieder zusammenzuführen. Während die Arbeitskräfte im Pflanzenbau in den siebziger Jahren auf einzelne Erzeugnisse spezialisiert und konzentriert worden waren (Produktionsprinzip), kehrte Honecker im November 1981 zur Bindung der Beschäftigten an den Boden zurück, denn sie sollten für die Bewirtschaftung einzelner Schläge die Verantwortung übernehmen (Territorialprinzip). Der Kurswechsel der SED, mit dem sich die Staatspartei von der gleichermaßen überzogenen und illusionären Industrialisierungs- und Urbanisierungspolitik abwandte, wurde auf dem XII. Bauernkongreß der DDR 1982 bestätigt und durch den Rücktritt des Landwirtschaftsministers Heinz Kuhrig[289] in demselben Jahr beschleunigt. Wegen des zunehmenden Devisenmangels, der zur Einschrän-

---

sche Zielsetzung der SED, in: FS-Analysen, 3/81, S. 49–55, hier: S. 54. Ewalds Position ist dokumentiert in seiner Weisung vom 16. November 1972 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 4440. Agrarwirtschaftliche Argumentation gegen die Fixierung auf Großbetriebe nach: Weber, Aufbau, S. 110, 112, 116, 118, 120; ders., Großbetrieb, S. 74–78; Günter Schmitt, Können die LPG und VEG in der ehemaligen DDR überleben?, in: Merl/Schinke (Hg.), Agrarwirtschaft, S. 35–52, hier: S. 41, 44, 47; Konrad Hagedorn, Konzeptionelle Überlegungen zur Transformation der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, in: ebd., S. 19–34, hier: S. 23. Vgl. auch SAPMO-BArch, NY 4233/82, Bl. 185; BLHA, Rep. 730, Nr. 1924 (Anweisung v. 16.8.1967). Daneben die „Vorstellungen über weitere Schritte der gesellschaftlichen Entwicklung in der sozialistischen Landwirtschaft – Bezirk Frankfurt (Oder)" in: BLHA, Rep. 730, Nr. 4462.

288 Erich Honecker (1912–1994) wurde 1926 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und trat drei Jahre später der KPD bei. 1935 wegen seiner Widerstandstätigkeit verhaftet, wurde Honecker 1937 zu einer Zuchthausstrafe von zehn Jahren verurteilt, bevor er 1945 aus dem Gefängnis Brandenburg-Görden befreit wurde. Von 1946 bis 1955 war er Vorsitzender bzw. 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ. Honecker gehörte von 1946 bis 1989 dem Parteivorstand bzw. dem ZK der SED an. Nachdem er 1950 Kandidat des Politbüros geworden war, wurde er acht Jahre später in das Führungsgremium der Partei aufgenommen. Von 1971 bis 1989 amtierte Honecker als 1. Sekretär bzw. Generalsekretär des ZK, von 1971 bis 1989 als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates und von 1976 bis 1989 als Vorsitzender des Staatsrates. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 149.

289 Heinz Kuhrig (geb. 1929) schloß sich 1946 der SED an, absolvierte 1946/47 eine Schnellausbildung an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät und studierte anschließend bis 1952 an der Universität Leipzig Landwirtschaftswissenschaft. Nachdem er in der Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED gearbeitet hatte, wurde er 1961 Direktor des Instituts für Landtechnik der AdL und 1963 erster Stellvertretender Vorsitzender des Landwirtschaftsrates bzw. des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft. Von 1973 bis 1982 gehörte Kuhrig als Minister für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft dem Präsidium des Ministerrates an. Von 1976 bis 1989 war er Mitglied des ZK der SED. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 194f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

kung des Lebens- und Futtermittelimports zwang, wertete die SED-Führung auch die – schon Ende der siebziger Jahre für die Versorgung wichtigen – individuellen Hauswirtschaften und Kleinproduzenten deutlich auf, besonders nach dem XI. Parteitag (17.–21. April 1986).[290]

Nach einem Beschluß des Politbüros vom 18. Oktober 1983 wurden Kooperationsräte eingerichtet, um die Pflanzen- und Tierproduktion zu koordinieren, damit Konflikte zu vermeiden und Ressourcenverluste zu verringern. 1984 ordnete die Parteiführung zudem eine Agrarpreisreform an, die den Erzeugern trotz der Preissteigerung für Betriebsmittel wachsende Erlöse sicherte. Dennoch stiegen die staatlichen Subventionen für Lebensmittel von 1983 bis 1986 sprunghaft von 12,0 auf 30,8 Milliarden Mark. Die SED-Agrarfunktionäre ließen auch die Großflächenwirtschaft schrittweise zurückführen, da die Wasser- und Winderosion die Erträge in der Feldwirtschaft ebenso gemindert hatte wie die zunehmende Bodenverdichtung, die sich aus dem beschleunigten Einsatz von Großmaschinen ergaben hatte. Ebenso wurde die ausgebrachte Dünge- und Spritzmittelmenge geringfügig reduziert, denn der Einsatz dieser chemischen Mittel hatte den Boden und das Grundwasser erheblich belastet. Zudem war die Siedlungsstruktur auf dem Lande durch die Trennung von Wohn- und Arbeitsräumen vereinheitlicht und die Landschaft durch die großbetriebliche Intensivproduktion in der Landwirtschaft ausgeräumt worden. In den achtziger Jahren wurden deshalb verstärkt Baumschutzstreifen angepflanzt und die Felder verkleinert, um die ökonomischen Kosten und die ökologischen Folgeprobleme der überzogenen Ausweitung der Agrarbetriebe zu verringern. Dennoch geriet die Landwirtschaft in der DDR in eine tiefe Krise. So zwang der zunehmende Devisenmangel zum Verkauf neuer Landmaschinen. Die technische Ausstattung der Agrarbetriebe verschlechterte sich deshalb rapide. Obgleich die Schlaggrößen verringert wurden, blieb die Agrarwirtschaft bis zum Zusammenbruch der SED-Diktatur von großen agro-industriellen Komplexen geprägt. 1989 konzentrierte sich die Pflanzenproduktion in der DDR auf 1.162 LPG und 78 VEG, die jeweils eine Nutzfläche von durchschnittlich 4.500 bis 5.000 ha aufwiesen und sich oft über fünf Gemeinden erstreckten. Auch in der Viehwirtschaft herrschten Großbetriebe vor. Der mechanisierte Pflanzenbau auf weiten Feldern bot nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zwar gute Wettbewerbsvoraussetzungen; die hohen Kosten für die Produktionskontrolle, die Verwaltung und den Transport mußten aber ebenso verringert werden wie der Arbeitskräftebesatz.[291]

---

290 Karl Hohmann, Zielsetzungen des XI. Parteitages im Agrarsektor, in: FS-Analysen, H. 2/1986, S. 55–60, hier: S. 55; ders., Optimismus, S. 49; ders., Industrialisierung, S. 66f.; ders., Agrarpolitik der SED, S. 74–76, 84f.; Hans-Dieter Schulz, Plant die SED noch größere Agrar-Einheiten? Schon vor dem Bauernparteitag und -kongreß waren die Weichen gestellt, in: DA 15 (1982), S. 710–717, hier: S. 711, 713. Zur Rückkehr zum Territorialprinzip auch: Stefanie Schröder, Ideologische Arbeit nach dem X. Parteitag der SED in der Landwirtschaft, in: BzG 30 (1988), S. 223–229, hier: S. 228.

291 Adolf Weber, Zur Situation der Landwirtschaft in der DDR, in: Agrarwirtschaft 39 (1990), S. 129f.; Christine Zarend, Möglichkeiten und Grenzen der Agrarpolitik in der DDR Anfang der achtziger Jahre, in: BzG 32 (1990), S. 527–533, hier: S. 528–533. Zu den Subventionen für Lebensmittel: Adolf Weber, Stand und Entwicklung der DDR-Agrarproduktion, in: FS-Analysen, H. 5/1989, S. 26–38, hier: S. 34 (Angaben). Zur staatlichen Stützung der Landwirtschaft auch: Andreas Kurjo, Agrarpolitik und Agrarwirtschaft in der DDR im Prozeß der Erneuerung an der Schwelle der 90er Jahre, in: FS-Analysen, H. 2/1990, S. 139–155, hier: S. 149, 151. Zu den Umweltschäden, die von der industrialisierten Landwirtschaft verursacht wurden, im kritischen Rückblick des Landwirtschaftsministers bzw. (von 1972 bis 1989) des Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft: Reichelt, Landwirtschaft, S. 128–130.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

In den achtziger Jahren war die SED-Führung auch von dem Ziel abgerückt, die Lebensverhältnisse in Stadt und Land einander anzugleichen. Als die Bindungskraft der sozialistischen Utopie nachließ, trat auch die Uniformierungspolitik zurück. Auf der 3. ZK-Tagung erklärte Honecker im November 1981 schließlich lakonisch: „Wir gehören [...] nicht zu denen, die meinen, daß mit dem Übergang zu industriemäßigen Methoden der landwirtschaftlichen Produktion die Klasse der Genossenschaftsbauern verschwindet." Vielmehr hielt das Zentralkomitee unvermittelt fest: „Dorf bleibt Dorf, und Bauer bleibt Bauer."[292] Bäuerliche Werte sollten revitalisiert und die Bindungen an die Dörfer gestärkt werden, obgleich die Beseitigung der wesentlichen Unterschiede – besonders hinsichtlich der Lebensbedingungen – als Ziel der Agrarpolitik grundsätzlich ebensowenig aufgegeben wurde wie das Dogma von der „industriemäßigen" Produktion in der Landwirtschaft. Dennoch forderten ostdeutsche Agrarsoziologen, die in den sechziger und siebziger Jahren die „gesetzmäßige Veränderung der sozialen Funktion des Landes (des Dorfes), der sozialen Struktur und der Lebensformen der Landbevölkerung (Dorfbevölkerung) im Prozeß der allmählichen Überwindung der sozialen, ökonomischen, kulturellen und die Lebensweise betreffenden Unterschiede zwischen Stadt und Land" angekündigt hatten, nunmehr die „Reproduktion solcher bäuerlicher Traditionen, Erfahrungen und Eigenschaften wie des sprichwörtlichen Bauernfleisses, der engen Verbundenheit mit Boden und Tier, des sparsamen Wirtschaftens und des sorgfältigen Umgangs mit dem genossenschaftlichen Eigentum ..." Seit 1982 werteten die Machthaber in der Staatspartei auch die VdgB auf, die nach dem Abschluß der Kollektivierung ihren politischen Einfluß auf dem Lande seit den sechziger Jahren nahezu vollends eingebüßt hatte. Die SED-Führung wies der Organisation erneut wichtige sozialpolitische Funktionen zu, um so den dörflichen Lebenszusammenhang zu festigen. Im November 1985 wurde die VdgB sogar wieder in den „Demokratischen Block" aufgenommen.[293]

Obgleich der Fortschrittsglaube in der SED-Agrarpolitik in den achtziger Jahren zurücktrat, blieb der „wissenschaftlich-technische Fortschritt" auch für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft ein prägendes Leitbild. Der Einsatz moderner Mikroelektronik, Gentechnik und Biotechnologie sollte die landwirtschaftliche Erzeugung in den Großbetrieben intensivieren. Agro-industrielle Produktionskomplexe gewährleisteten zumindest aus der Sicht der SED-Führung weiterhin eine Annäherung von Stadt und Land, auch wenn zugleich

---

Zum Landschaftsbild und zur Siedlungsstruktur: Philipp, Landschaftsveränderungen, S. 138f.; ders., Abfolge, S. 98f. Angaben zur Agrarstruktur 1989 in: Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 303.

292 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Schulz, SED, S. 714; Stöckigt, Bildung, S. 32. Vgl. auch Siegfried Grundmann, Sozialstruktur und Lebensweise in Städten und Dörfern – Ein Forschungsbericht aus dem Jahre 1989, in: Berliner Journal für Soziologie, H. 3/4, 1992, S. 399–416, hier: S. 401f. Im Rückblick: Langenhan, Weg, S. 271.

293 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Kurt Krambach, Probleme der Bewußtseinsentwicklung der Klasse der Genossenschaftsbauern und die Aufgaben der Agrarsoziologie, in: ders./Hans Schmidt (Hg.), Probleme und Ergebnisse agrarsoziologischer Forschung zur Bewußtseinsbildung der Genossenschaftsbauern bei der Gestaltung der sozialistischen Betriebswirtschaft und Kooperation, Berlin (Ost) 1969, S. 9–33, hier: S. 14; ders., Genossenschaftsbauern und Dorf im Prozeß der sozialistischen Intensivierung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 33 (1985), S. 42–52, hier: S. 43. Vgl. auch Kurt Krambach, Über den Wandel im Antlitz unserer Dörfer, in: Einheit, H. 4/5, 1986, S. 412–417, hier: S. 414f.; ders., Zur Entwicklung der Klasse der Genossenschaftsbauern, in: Einheit, H. 5, 1982, S. 510–516, hier: S. 513f., 516. Zur politischen Aufwertung der VdgB: Peter Joachim Lapp, VdgB neues Mitglied im Demokratischen Block, in: DA 19 (1986), S. 16f.; Zarend, Möglichkeiten, S. 530f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

alte Bauernhöfe rekonstruiert werden sollten. Der Rekurs auf die bäuerliche Kultur ging noch mit hypertrophen Utopien einher, als die Folgeschäden dieser Konzeption schon unübersehbar waren. Insgesamt zeigte die Politik der Machthaber weiterhin ihr Janusgesicht von Zwangsmodernisierung und Traditionalität, das eine genuine gesellschaftliche Mobilisierung ausschloß, damit Wandlungsoptionen blockierte und letztlich in den Zerfall der Diktatur führte.[294]

6. Vergleichende Perspektiven. Bodenreformen und Kollektivierungspolitik in kommunistischen Diktaturen

Bodenreform, Kollektivierung und die Vernichtung der „Kulaken" in Sowjetrußland

Im Gegensatz zur Sowjetischen Besatzungszone war die Bodenreform in Sowjetrußland nach der Oktoberrevolution von den Bolschewiki in einem noch weitgehend agrarisch strukturierten Land durchgesetzt worden. Dabei mußten die Bedingungen auf dem Lande umfassend berücksichtigt werden. So entsprach die gegen andere Konzepte durchgesetzte Nationalisierung des Bodens, der in staatlichem Eigentum blieb, aber Bauern zur Verfügung gestellt wurde, nicht zuletzt dem traditionalen Verständnis von Eigentum in Rußland, das nicht als unveräußerliches individuelles Menschenrecht, sondern als vom Staat gewährtes Privileg galt. Aber nicht nur im Hinblick auf ihre spezifischen Voraussetzungen und die rigorosere Durchführung unterschied sich die Landaufteilung im nachrevolutionären Rußland deutlich von der Bodenreform in der SBZ, sondern auch hinsichtlich ihrer Folgen. Eine verheerende Hungersnot, die maßgeblich von der Umverteilungspolitik der Bolschewiki und den darauffolgenden Kampagnen zur Getreideerfassung verursacht wurde, blieb in der SBZ weitgehend aus, obgleich der drückende Lebensmittelmangel in der Nachkriegsnot auch hier Todesopfer forderte.[295]

Ebenso wie in der DDR 1952/53 war die Entmachtung der großen Landwirte eng mit der Kollektivierung verknüpft, die in der Historiographie als Merkmal der Gesellschaftspolitik im Stalinismus gilt und mit dem Aufstieg Stalins zum unumschränkt herrschenden Diktator einherging. Stalin selber hatte in seiner Rede auf der Konferenz marxistischer Agrarwissen-

294 Bezeichnend die überspannten Agrarkonzeptionen in: Gerhard Ambros, Über die umfassende Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion, in: Einheit, H. 2, 1986, S. 145–147; Gerald Schmidt, Über die umfassende Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion, in: Einheit, H. 1, 1987, S. 82–85; Siegfried Burkhardt, Unser sozialistisches Dorf, in: Einheit, H. 4, 1987, S. 320–323.

295 Zur Bodenreformprogrammatik: Merl (Hg.), Sowjetmacht, S. 23; Wädekin, Agrarpolitik, S. 29f. Zur traditionalen Eigentumsvorstellung: Merl, Einstellungen, S. 144, 158. Zur programmatischen Grundlage wichtig: Josef Stalin, Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR. Rede auf der Konferenz marxistischer Agrarwissenschaftler 27. Dezember 1929, in: ders., Fragen des Leninismus. Berlin (Ost) 1955, S. 391–416. Zur modernistischen Fortschrittsutopie: Helmut Altrichter, Die Bauern von Tver. Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung, München 1984, S. 186. Zum folgenden auch: Bauerkämper, Vertreibung, S. 131–143.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

schaftler am 27. Dezember 1929 erklärt, daß „die kollektivwirtschaftliche Bewegung, die zu einer gewaltigen, immer mehr anschwellenden *kulakenfeindlichen* Lawine geworden ist, auf ihrem Wege den Widerstand des Kulaken hinwegfegt, das Kulakentum zu Boden wirft und den Weg für einen umfassenden sozialistischen Aufbau im Dorfe bahnt." Damit wandte sich der Diktator, der sich zuvor auf dem XIV. Parteikongreß (April 1929) vollends gegen die „rechte Opposition" durchgesetzt hatte, endgültig von der flexibleren „Neuen Ökonomischen Politik" (NÖP) ab, die seit 1921 den „Kriegskommunismus" abgelöst, die Entwicklung der Landwirtschaft gefördert und den Bauern ökonomische Anreize zur Produktionssteigerung geboten hatte, aber bereits 1926/27 zurückgenommen worden war.[296]

Der erste Kollektivierungsschub 1928 wurde noch weitgehend mit wirtschaftlichen Vergünstigungen herbeigeführt, bevor im Mai 1929 die Zwangskollektivierung begann. Schon von Juli bis September verdoppelte sich nahezu die Zahl der Bauernhaushalte, die kollektiviert worden waren. 7,5 Prozent dieser Haushalte wurden in Kolchosen überführt. Im September und Oktober 1929 setzten regionale Parteiorganisationen Kommissionen ein, die Bauern zum Zusammenschluß in Kolchosen drängen sollten. Drohungen und Zwang beschleunigten den Prozeß ebenso wie haltlose Versprechen der Parteifunktionäre, die einen Wettlauf um das höchste Kollektivierungstempo begannen. Die „Klassenkampf"-Hysterie verbreitete sich so weit, daß sie auf dem Lande traditionale Beziehungen zerstörte, auch zwischen Verwandten und engen Bekannten. Wie Stalin, der die Kollektivierungspolitik als Instrument gegen seine innerparteilichen Gegner betrachtete, im Dezember 1929 in einem Brief an Molotow selber eingestand, fehlten jedoch die Maschinen und Geräte, die für eine kollektive Großflächenwirtschaft in der Sowjetunion benötigt wurden. Die 1929 eingerichteten Maschinen-Traktoren-Stationen waren nur spärlich ausgestattet. Nach Stalins Konzept eröffnete jedoch allein die vollständige Kollektivierung der Agrarwirtschaft eine Lösung des gravierenden ökonomischen Entwicklungsrückstandes der UdSSR, auch des geringen Mechanisierungsgrades in der Landwirtschaft. Nachdem Molotow auf dem Plenum des ZK im November 1929 offen den Zusammenschluß von Bauern in Kolchosen angeordnet hatte, sprach sich das ZK der Staatspartei am 5. Januar 1930 vorbehaltlos für eine schnelle und radikale Kollektivierungspolitik aus. Stalin hatte zuvor den Vorschlag einer Kommission zurückgewiesen, den Bauern in dem Dekret privaten Restbesitz zu gewähren. Angesichts des enormen politischen Drucks, den die Führung den regionalen und lokalen Parteiführern aufbürdete, eskalierte in den Dörfern die Gewalt, so daß der Anteil der kollektivierten Bauernhaushalte in der UdSSR allein im Januar und Februar 1930 von 18,1 auf 57,2 Prozent wuchs. „Kulaken" wurden erschossen oder in Gefängnissen und Sonderlagern inhaftiert, aus

296 Zit. nach: Stalin, Fragen, S. 391 (im Original kursiv). Vgl. Robert C. Tucker, Stalin in Power. The Revolution from above 1928–1941, New York 1990, S. 130f., 135, 142–144; Dietrich Beyrau, Petrograd, 25. Oktober 1917. Die russische Revolution und der Aufstieg des Kommunismus, München 2001, S. 109–117; Stephan Merl, Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems 1930–1941, Berlin 1990, S. 72, 74, 92f., 102; Wädekin, Agrarpolitik, S. 52, 54f. Zur NÖP: Markus Wehner, Bauernpolitik im proletarischen Staat. Die Bauernfrage als zentrales Problem der sowjetischen Innenpolitik 1921–1928, Köln 1998. Zur Kollektivierung als sozialstrukturelles Merkmal des Stalinismus: Hans-Henning Schröder, Stalinismus „von unten"? Zur Diskussion um die gesellschaftlichen Voraussetzungen politischer Herrschaft in der Phase der Vorkriegsfünfjahrpläne, in: Dietrich Geyer (Hg.), Die Umwertung der sowjetischen Geschichte, Göttingen 1991, S. 133–166, hier: S. 137. Vgl. auch ders., Der „Stalinismus" – ein totalitäres System? Zur Erklärungskraft eines politischen Begriffs, in: Osteuropa 46 (1996), S. 150–163; Bernd Bonwetsch, Der Stalinismus in der Sowjetunion der dreißiger Jahre. Zur Deformation einer Gesellschaft, in: JHK 1993, S. 11–36, hier: S. 14–19.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

denen viele erst nach Stalins Tod entlassen wurden. Im Juli 1932 waren schließlich fast zwei Drittel der noch bestehenden bäuerlichen Haushalte in Kolchosen erfaßt, oft allerdings nur formal. Den neuen Kollektivbetrieben fehlte besonders technisches Inventar und Vieh, denn viele Mitglieder hatten vor ihrem erzwungenen Eintritt ihre Tiere verkauft. Die Betriebe blieben deshalb instabil und wurden erst nach der Durchsetzung des Kolchossystems im Winter 1932/33 gefestigt.[297]

Zusammen mit der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Liquidierung der Kulakenwirtschaften schwächte die Zwangserfassung die landwirtschaftliche Erzeugung enorm, und sie verursachte letztlich die Hungersnot von 1932/33. Allein der Bestand an Zugkräften – überwiegend Pferde – fiel von 1928 bis 1933 um mindestens ein Drittel. Da das Vieh vielfach abgeschlachtet wurde und Futtermittel knapp wurden, ging besonders die Tierproduktion in den frühen dreißiger Jahren zurück. Dennoch wies Stalin Berichte über die Gewaltexzesse der lokalen Parteiführer in den Hungergebieten brüsk zurück, sogar im Mai 1933 einen an ihn gerichteten Brief des angesehenen Schriftstellers Michail Scholochow, der die Kollektivierungspolitik grundsätzlich keineswegs kritisiert hatte. Schon zuvor hatten die Liquidierung der Kulakenwirtschaften und die Kollektivierung die Agrarwirtschaft in der Sowjetunion aber so nachhaltig geschädigt, daß die Pro-Kopf-Produktion von Nahrungsmitteln von 1932 bis zu den späten dreißiger Jahren stagnierte und die Getreideexporte unbedeutend blieben. Jedoch wurden die „Kulaken" auch nach 1933 weiterhin verfolgt, wenngleich mit abnehmender Intensität. So ordnete das Politbüro noch am 2. Juli 1937 an, „Kriminelle", „Klassenfeinde" und sozial marginalisierte Personen festzunehmen, darunter „Kulaken", die sich vor ihren Verfolgern verborgen hatten, aus Lagern geflohen waren oder ihre Strafen verbüßt hatten und in ihre Heimatdörfer zurückgekehrt waren. Damit erreichte die „Große Säuberung" in den einzelnen Orten und Regionen der Sowjetunion ihren Höhepunkt. Ebenso wie in den frühen dreißiger Jahren wurden die Angriffe gegen Vorgesetzte in den Betrieben und gegen Parteifunktionäre 1937/38 zwar durchaus von Ressentiments und lokaler Konfliktdynamik gespeist, gingen aber letztlich auf zentrale Anordnungen oder zumindest Impulse „von oben" zurück. Die Gesamtzahl der Opfer des stalinistischen Terrorregimes kann wegen der unsicheren Datengrundlage nicht eindeutig ermittelt werden. Nach neueren Berechnungen, die auf überprüften Angaben in Bevölkerungsstatistiken basieren, können der Vernichtungspolitik in den dreißiger Jahren aber zehn bis elf Millionen Tote zugerechnet werden, davon die Mehrheit Bauern. Der Terror, der bei der Kollektivierung ausgeübt wurde, war damit nicht nur dysfunktional, sondern so menschenverachtend, daß er den Stalinismus letztlich diskreditierte.[298]

---

297 Angaben nach: Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 389. Zur Eigendynamik der Kollektivierung und Kulakenverfolgung in den Bauerndörfern im Winter 1929/30: Lynne Viola, The second coming: Class enemies in the Soviet countryside, 1927–1935, in: J. Arch Getty/Roberta T. Manning (Hg.), Stalinist Terror. New Perspectives, Cambridge 1993, S. 65–98, hier: S. 67f. Zu den Sonderlagern und den Bauern als Opfer des stalinistischen Terrors: Stephan Merl, Das System der Zwangsarbeit und die Opferzahl im Stalinismus, in: GWU 46 (1995), S. 277–305, hier: S. 280, 282, 289f., 293f., 298, 300f.; ders., Berija, S. 489, 497f.; Beyrau, Petrograd, S. 117–120, 180–196. Brief Stalins vom 5. Dezember 1929 in: Lars T. Lih/Oleg Naumow/Oleg Chlewnjuk (Hg.), Stalin. Briefe an Molotow 1925–1936, Berlin 1996, S. 199.

298 Alec Nove, Victims of Stalinism: How many?, in: Arch Getty/Manning (Hg.), Terror, S. 261–274, hier: S. 268, 274. Dazu auch die Angaben zur Produktion in: Stephan Merl, Rußland und die Sowjetunion 1914–1980, in: Wolfram Fischer u.a. (Hg.), Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialge-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Wie die komparative Analyse der Agrarpolitik des SED-Regimes und der Machthaber in der Sowjetunion zeigt, waren stalinistische Diktaturen nicht nur durch eine spezifische Herrschaftsform gekennzeichnet, sondern in sozialgeschichtlicher Perspektive auch durch eine radikale Industrialisierungs- und Kollektivierungspolitik geprägt, der das voluntaristische Konzept einer Zwangsmodernisierung zugrunde lag. Die ideologisch determinierte, politisch erzwungene und gewaltsam herbeigeführte tiefgreifende Transformation der ländlichen Gesellschaft verursachte jedoch sowohl in der Sowjetunion als auch in der DDR anhaltende Konflikte und enorme Reibungsverluste. Die stalinistischen Diktaturen zielten nicht nur auf die Beseitigung der bestehenden Eigentumsverhältnisse, sondern auch auf eine zentral gesteuerte Neuordnung der sozialen Strukturen und Beziehungen durch eine „Revolution von oben", letztlich sogar auf eine „Verstaatlichung der Gesellschaft". In dieser Illusion einer umfassenden Sozialformierung nahm ein tiefgreifender und umfassender Elitenwechsel einen wichtigen Stellenwert ein. Die Repressionsmaßnahmen richteten sich deshalb in der UdSSR ebensowenig primär gegen ethnische Minderheiten wie in der DDR, sondern vor allem gegen gesellschaftliche Gruppen, die in traditionalen Gesellschaftshierarchien so tief verwurzelt waren, daß sie die Handlungsautonomie der Machthaber begrenzten, ihren Gestaltungswillen einhegten und damit die stalinistische Radikaltransformation zu blockieren drohten. Die Destruktion der bestehenden Gesellschaft und die Entmachtung überkommener Führungsgruppen wurden aus der Perspektive der Machteliten in der DDR und in der Sowjetunion zu unabdingbaren Voraussetzungen ihrer Politik, mit der die angestrebte neue politische und soziale Ordnung erzwungen werden sollte.[299]

Hinsichtlich ihres sozialrevolutionär-utopischen Gestaltungspotentials, das sich mit einer enormen Zerstörungskraft verband, weisen die Herrschaftssysteme in der Sowjetunion und in der DDR in ihrer hochstalinistischen Phase deutliche Affinitäten auf. Wie die Durchfüh-

---

schichte, Bd. 6, Stuttgart 1987, S. 640–728, hier: S. 682–692; ders., Bauern, S. 35–59; Hildermeier, Geschichte, S. 494–499. Zu den Verfolgungen 1937/38: Roberta T. Manning: The Great Purges in a rural district: Belyi Raion revisited, in: Arch Getty/Manning (Hg.), Terror, S. 168–197, hier: S. 191. Zu den Folgen des Politbürobeschlusses vom Juli 1937: Sheila Fitzpatrick, Everyday Stalinism. Ordinary Lives in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s, New York 1999, S. 120, 127; Jörg Baberowski, Wandel und Terror: die Sowjetunion unter Stalin 1928–1941. Ein Literaturbericht, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 43 (1995), S. 97–129, hier: S. 109, 122. Zum Brief Scholochows: Nicolas Werth, Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion, in: Stéphane Courtois u.a. (Hg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 1998, S. 184–187; John L. Keep, Der Stalinismus in der neueren russischen Literatur, in: NPL 40 (1995), S. 421–440, hier: S. 427. Interpretation nach: Dietrich Beyrau, Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin, Göttingen 2000, S. 122.

299 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Baberowski, Wandel, S. 107; Arnason, Moderne, S. 288. Mit Bezug auf die Sowjetunion: Stephan Merl, War die Hungersnot von 1932–1933 eine Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft oder wurde sie bewußt im Rahmen der Nationalitätenpolitik herbeigeführt?, in: Guido Hausmann/Andreas Kappeler (Hg.), Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates, Baden-Baden 1993, S. 145–166, hier: S. 157, 166; ders., Entfachte Stalin die Hungersnot von 1932–1933 zur Auslöschung des ukrainischen Nationalismus? Anmerkungen zu neueren westlichen Veröffentlichungen über die „ukrainische" Hungersnot, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 37 (1989), S. 569–590; ders., Agrarpolitik und Bauernschaft im Nationalsozialismus und im Stalinismus, in: Matthias Vetter (Hg.), Terroristische Diktaturen im 20. Jahrhundert. Strukturelemente der nationalsozialistischen und stalinistischen Herrschaft, Opladen 1996, S. 118–156, hier: S. 130, 132f. Allgemein: Schröder, Stalinismus „von unten", S. 137, 157. Auch zum folgenden vergleichend: Bauerkämper, Vertreibung, S. 159–163.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

rung der Bodenreform, die Bauernrepression und die Kollektivierung zeigten, überwogen in der Herrschafts*praxis* demgegenüber die Unterschiede, denn die politischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen beeinflußten die Dynamik, die dem Anspruch auf das Herrschaftsmonopol und dem Ziel inhärent war, eine neue Gesellschaft herauszubilden. In der Sowjetunion hatten sich die Bolschewiki durchgesetzt, während sie ihre Herrschaft in der DDR – trotz der deutschen Tradition kommunistischer Politkultur – implantierten. So blieb die Verdrängung der „Großbauern" eng in den umfassenden Prozeß der politisch-kulturellen „Sowjetisierung" eingebunden, die in der DDR in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren durchgesetzt oder von der SED selber herbeigeführt wurde. Allerdings wurde diese Gruppe hier verdrängt und verfolgt, während viele „Kulaken" in der Sowjetunion den Erschießungskommandos, rigorosen Zwangsumsiedlungen und anderen Strafen zum Opfer fielen, die Partei- und Staatsfunktionäre gegen sie verhängten. Der ostdeutsche Teilstaat blieb an die deutschland- und weltpolitischen Ziele der östlichen Führungsmacht gekettet, während die UdSSR ihre Politik in den dreißiger Jahren weitgehend autonom bestimmt hatte. Die Vernichtung der „Kulaken" in der Sowjetunion vollzog sich im Schatten von Weltwirtschaftskrise und politischer Radikalisierung in den westlich-kapitalistischen Staaten und konnte durch Deportationen in entlegene Regionen verborgen werden. Während der geographische Raum von den Machthabern in der UdSSR genutzt wurde, um soziale und politische Konflikte gewaltsam zu entschärfen, desavouierte die Flucht der „Großbauern" nach Westdeutschland nicht nur die SED-Machthaber, sondern drohte in dem Systemkonflikt des Kalten Krieges auch die deutschland- und weltpolitischen Ziele der Sowjetunion zu diskreditieren. Diese Interessenlage ließ zwar eine Repressionspolitik zu, schloß aber eine Massenvernichtung aus. Die sozioökonomischen Führungsgruppen wurden demnach in beiden stalinistischen Diktaturen mit unterschiedlichen Zwangsmitteln aus der ländlichen Gesellschaft ausgeschlossen. Zudem blieben die LPG-Mitglieder in der DDR formal Eigentümer des von ihnen eingebrachten Bodens, während die Kolchosbauern in der Sowjetunion nicht über privates Eigentum verfügten. Obgleich die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR ungleich weniger gewalttätig verliefen als zuvor in der Sowjetunion, beruhten sie nicht nur auf einer weitgehend identischen Ideologie, sondern auch auf einer ähnlichen Herrschaftstechnik. Sowohl in Sowjetrußland bzw. in der Sowjetunion als auch in der SBZ bzw. DDR war die Landbevölkerung gegen „Klassenfeinde" mobilisiert und – bei der Enteignung der Großgrundbesitzer – zur Landnahme aufgefordert worden, um die Umverteilungs- und Repressionspolitik zu legitimieren. Insgesamt war damit die gewaltsame soziale Exklusion auch auf dem Lande eine wichtige Dimension der Herrschaftspraxis und Gesellschaftspolitik stalinistischer Diktaturen.[300]

Überblick: Bodenreform und Kollektivierung in Ostmittel- und Südosteuropa

Nicht nur in der SBZ bzw. DDR, sondern auch in den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, die im Zweiten Weltkrieg von der Sowjetunion besetzt worden waren, wurde auf dem Lande eine tiefgreifende Umwälzung durchgesetzt, um hier die Herrschaft der neuen Machthaber zu verankern. Sogar in den Gebieten, die 1939/40 von der UdSSR annektiert worden waren

300 Fitzpatrick, Stalinism, S. 217.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

(Baltische Republiken, Moldau-Republik, westliche Regionen Weißrußlands und der Ukraine), begann die Bodenreform weithin erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Nur in den baltischen Staaten, in denen 1919/20 die Großgrundbesitzer (darunter viele Deutsche) enteignet worden waren, hatten die neuen Machthaber nach der Annexion durch die UdSSR sogar einige Kollektivbetriebe gebildet. Die Enteignungsgrenzen waren in den seit 1944/45 erlassenen Bodenreformgesetzen unterschiedlich; in den meisten Staaten wurden aber nicht nur Großgrundbesitzer, sondern auch bäuerliche Betriebe mit mehr als 20 bis 50 ha erfaßt. Im Gegensatz zur Bodenreform in Sowjetrußland unterblieb in den von der Roten Armee eroberten Gebieten (mit Ausnahme Albaniens) aber eine Verstaatlichung des Bodens. 1947/48 setzte die UdSSR in Ostmittel- und Südosteuropa ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Hegemonie durch, indem sie den von ihr beherrschten Staaten das Konzept der „Volksdemokratie" aufzwang. Zugleich lockten die sowjetischen Spitzenfunktionäre mit dem Ziel, den Entwicklungsrückstand gegenüber Westeuropa schnell aufzuholen. Überwiegend in den späten vierziger Jahren lösten die kommunistischen Regimes im sowjetischen Machtbereich daraufhin die Kollektivierung der Landwirtschaft aus, der sich nach wenigen Jahren nur Jugoslawien (1951/52) und Polen (1956) entziehen konnten. Anstelle einer umfassenden Untersuchung sollen im folgenden mit den politisch induzierten Umwälzungen in Polen, Ungarn und in der Tschechoslowakei exemplarisch drei unterschiedliche Verlaufsformen des sozioökonomischen Strukturwandels dargestellt werden, um durch den individualisierenden historischen Vergleich Spezifika des Prozesses in der SBZ/DDR zu konturieren. Zudem sind Verflechtungen ebenso anzudeuten wie wechselseitige Abgrenzungen.[301]

Ebenso wie in Preußen hatten sich schon vor 1914 in Österreich-Ungarn und Rumänien die hier weithin vorherrschenden Gutshöfe in kapitalistische Großbetriebe umgewandelt. In den anderen Regionen Südosteuropas war die Agrarstruktur vor dem Ersten Weltkrieg von Bauernwirtschaften geprägt, besonders in Serbien und Bulgarien. Die Agrarproduktion, die im allgemeinen auf dem Getreidebau basierte, war überwiegend nur wenig mechanisiert. Nachdem die landwirtschaftliche Erzeugung im Ersten Weltkrieg vor allem in den tschechischen und polnischen Gebieten sowie in Serbien und Rumänien erheblich zurückgegangen war, nährten die Revolution der Bolschewiki in Rußland sowie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges die territoriale Neuordnung, die in den Friedensverträgen festgelegt worden war, und die daraus resultierende Vertreibung von Minderheiten die Forderung nach einer tiefgreifenden Besitzumverteilung auf dem Lande. In Jugoslawien und Rumänien wurden von 1918 bis 1921 jeweils radikale Bodenreformen durchgesetzt, während die in Polen und in der Tschechoslowakei erlassenen Gesetze gemäßigter waren. In Ungarn und Bulgarien erfaßte die Enteignung sogar nur sechs Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Überwiegend wurde das Eigentum ethnischer Minderheiten beschlagnahmt, die auf dem Lande als Adlige oft die Vorherrschaft ausgeübt hatten. Insgesamt stärkte die Umwälzung zwar die

301 Übersicht in: Karl-Eugen Wädekin, Agrarwirtschaft in sozialistischen Ländern, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 1, Stuttgart 1977, S. 195–211; ders., Agrarpolitik, S. 85f., 91–127; Theodor Bergmann, Studienmaterialien zur Agrarpolitik und Agrarwirtschaft sozialistischer Länder, Offenbach 1973, S. 85–181. Vgl. auch die Beiträge in Karl-Eugen Wädekin (Hg.), Agriculture in Inter-System Comparison: Communist and Non-Communist Cases, Berlin 1985. Zur Durchsetzung der sowjetischen Hegemonie: Beyrau, Schlachtfeld, S. 128–130. Zum Typ des Vergleichs: Kaelble, Vergleich, S. 26f. Methodologisch-theoretisch weiterführend auch die Überlegungen in: Kocka, Mitteleuropa, S. 168–174. Zur Entwicklung in den baltischen Staaten: Gert v. Pistohlkors, Deutsche Geschichte im Osten Europas. Baltische Länder, Berlin 1994, S. 488–491.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bauern mit ihren überwiegend kleineren Betrieben, förderte den rationellen Einsatz der Produktionsfaktoren (Boden, Kapital, Arbeit und Vorleistungen) aber nicht nachhaltig genug, um in der Zwischenkriegszeit ein deutliches Produktionswachstum herbeizuführen. Vielmehr löste die akute Absatzkrise von 1928 bis 1931 einen rapiden Preisverfall für Agrarprodukte aus, so daß die landwirtschaftliche Erzeugung bis zum Zweiten Weltkrieg weitgehend stagnierte.[302]

Radikale Bodenreform und Kollektivierung in der Tschechoslowakei

In der Tschechoslowakei war die Verteilung des Landbesitzes noch in den ersten Jahren der jungen Republik überaus ungleich. So bewirtschafteten 14 Güter hier 1921 über 11,3 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Dagegen verfügte ein Drittel der Agrarbetriebe über lediglich drei Prozent des Ackerbodens. Am 16. April 1919 war aber ein „Beschlagnahmegesetz" verabschiedet worden, das auch historisch legitimiert wurde, vor allem mit dem Hinweis auf die Unterdrückung der Tschechen durch deutsche Adlige nach der Schlacht am Weißen Berge im Dreißigjährigen Krieg. Landeigentum, das sich im Besitz einer Person oder einer Eigentümergemeinschaft befand und 150 ha landwirtschaftlichen Boden oder 250 ha Gesamtfläche überschritt, war zu enteignen. Das Staatliche Bodenamt wurde nicht nur beauftragt, das konfiszierte Land aufzunehmen und an Bauern zu vergeben, sondern auch, Eigentümer zu enteignen, deren Bodenbesitz die festgelegte Grenze nicht erreichte. Nach dem „Beschlagnahmegesetz" war vor allem der Landbesitz „feindlicher Staatsangehöriger", der Dynastie Habsburg-Lothringen, von Adelsstiftungen und Personen, „die sich gegen die tschechoslowakische Nation im Weltkriege gröblich vergangen haben", entschädigungslos zu enteignen. Diese Bestimmung und die weitreichenden Kompetenzen des Bodenamtes, das nach einem Gesetz vom 11. Juni 1919 konstituiert wurde, richteten sich aber nicht vorrangig gegen die deutsche Minderheit, sondern waren auf das Ziel zurückzuführen, die Bodenreform schnell abzuschließen. Zudem konnten im politischen System der Ersten Tschechischen Republik Entscheidungen nur im Konsens herbeigeführt werden, der in der „allnationalen Koalition" über die Bodenreform aber nicht bestand, so daß politische Kompetenzen delegiert wurden. Obgleich am 8. April 1920 ein „Entschädigungsgesetz" erlassen wurde, blieb es umstritten. Deutsche Großgrundbesitzer verurteilten die Bodenreform in ihrer Beschwerde an den Völkerbund als Verletzung des Minderheitenschutzvertrages, den die ČSR am 10. September 1919 mit den Alliierten abgeschlossen hatte. Tschechische Politiker warnten auch vor einem Produktionsrückgang und einer Versorgungskrise als befürchtete Folgelasten der Besitzumwälzung, die zudem hohe Investitionen für die Festigung der neuen Bauernhöfe erforderte. Indes wurden bis 1931 lediglich 300.000 ha umverteilt, so daß in der ČSR auf dem Lande weiterhin der Großgrundbesitz vorherrschte. 1931 bewirtschafteten 70 Prozent der bäuerlichen Betriebe weniger als 16 Prozent des Bodens. In den darauffolgenden Jahren beschleunigte sich die Landvergabe

302 Dazu umfassend: I.T. Berend, Agriculture, in: Michael C. Kaser/E.A. Radice (Hg.), The Economic History of Eastern Europe 1919–1975, Bd. 1, Oxford 1985, S. 148–209. Daneben: Wädekin, Agrarpolitik, S. 95f., 98f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

jedoch, so daß 1937 rund 790.000 Hektar konfisziertes Land verteilt und insgesamt 16 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche von der Bodenreform erfaßt worden waren.[303]

Nach dem Einmarsch der Roten Armee wurde in der Tschechoslowakei am 21. Juni 1945 eine Verordnung erlassen, die sich gegen „Verräter" und „Feinde des tschechischen und slowakischen Volkes" richtete. Schon 1945/46 erstreckte sich die Besitzumwälzung auf fast drei Millionen Hektar (davon 1,6 Millionen ha LN), die überwiegend „Volksdeutschen" gehört hatten. Gesetze, die am 11. Juni 1947 und 21. März 1948 erlassen wurden, lösten schließlich eine noch umfassendere Bodenreform aus. Grundbesitz von mehr als fünfzig Hektar und Boden, den seine Besitzer nicht bestellten, wurde beschlagnahmt und enteignet, besonders im Sudetenland, wo sich nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung 1,8 Millionen Tschechen ansiedelten. Insgesamt wechselte eine Fläche von insgesamt 1,4 Millionen Hektar (davon 0,5 Millionen ha LN) den Besitzer. Das Regime bekannte sich öffentlich zum bäuerlichen Privateigentum und förderte in den ersten Nachkriegsjahren auch die traditionalen Genossenschaften, die sich seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu starken Wirtschafts- und Selbstverwaltungsverbänden entwickelt hatten. Nachdem die Kommunistische Partei aber am 28. April 1948 in der Tschechoslowakei die Alleinherrschaft übernommen hatte, ordneten die neuen Machthaber – ebenso wie die SED-Führung in der DDR ein Jahr später – mit einem Gesetz vom 21. Juli 1948 an, eine zentrale Einheitsorganisation von Volksgenossenschaften zu bilden, die staatlicher Kontrolle unterworfen wurde. Der Landhandel ging an die im Dezember 1948 konstituierte Zentrale für Agrarprodukte über, die dem Versorgungsministerium unterstellt wurde. In den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren führte das Regime auch die Zwangserfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ein. Darüber hinaus wurden die Staatsgüter erweitert, deren Zahl allein von 1948 bis 1950 von 113 auf 219 stieg. Schon 1947/48 waren 4.113 (überwiegend kleine) Maschinenstationen gegründet worden, die enteignetes technisches Inventar aufnahmen. Aber erst mit einer Verordnung vom 9. Oktober 1951 wurden Maschinen-Traktoren-Stationen als Staatsbetriebe gebildet, die außer Kleinbauern bevorzugt Landwirtschaftliche Einheitsgenossenschaften unterstützten.[304]

Diese Betriebe, die bis 1961 die Maschinen der MTS aufnahmen, glichen weitgehend den Produktionsgenossenschaften, die das SED-Regime in der DDR seit 1952 propagierte. In der Tschechoslowakei war bereits 1948 der wirtschaftliche und politische Druck auf die Bauern erhöht worden, um sie zum Beitritt zu den neuen Kollektivbetrieben zu zwingen. Ein „Klassenzensus", der nach der Ernte erlassen worden war, sollte den größeren Bauern mit mehr als 15 ha gleichermaßen ihre Wirtschaftskraft und ihren gesellschaftlichen Einfluß nehmen. Am 15. April 1949 erließ die Regierung ein Musterstatut für die Einheitsgenossenschaften, nach dem ein Jahr später vier Typen von Kollektivbetrieben festgelegt wurden. Lediglich im Typ I konnten Bauern ihre Parzellen noch individuell bewirtschaften, da in

303 Jaromír Balcar, Instrument im Volkstumskampf? Die Anfänge der Bodenreform in der Tschechoslowakei 1919/20, in: VfZ 46 (1998), S. 391–428 (Zitat: S. 417f.); Berend, Agriculture, S. 154, 158f.; Bergmann, Studienmaterialien, S. 86. Zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der gewerblichen Wirtschaft: Christoph Boyer, Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918–1938), München 1999. Zur historischen Legitimation: Eagle Glassheim, National Mythologies and Ethnic Cleansing: The Expulsion of Czechoslovak Germans in 1945, in: CEH 33 (2000), S. 463–486, hier: S. 468f., 475.

304 Wädekin, Agrarpolitik, S. 149–155; Bergmann, Studienmaterialien, S. 87. Allgemein auch: Todev/Brazda, Produktionsgenossenschaften, S. 38. Zur Ansiedlung von Tschechen im Sudetenland Bade, Europa, S. 300.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

diesen Betrieben nur wenige Arbeiten gemeinsam geleistet werden mußten. Den Vorsitzenden der Einheitsgenossenschaften unterstanden die Leiter der Abteilungen und Brigaden, denen jeweils Arbeitsgruppen mit Vorarbeitern untergeordnet waren. Ein neues Musterstatut, das der Ministerrat im Februar 1953 nach dem Vorbild der in der UdSSR 1935 erlassenen Betriebsordnung in Kraft setzte, gewährte den Mitgliedern der Genossenschaften jeweils Hoflandflächen von bis zu 0,5 ha und kleine Viehbestände. Allerdings erhielten die Mitglieder – im Gegensatz zur Sowjetunion bis 1964 – in den Kollektivbetrieben Krankenversicherungsbeiträge. In den späten vierziger Jahren etablierten Staats- und Parteifunktionäre Einheitsgenossenschaften vorwiegend in den Gebieten, aus denen die deutsche Bevölkerung vertrieben worden war. Zunehmend wurden aber auch in anderen Regionen Landwirte, die sich der Kollektivierung widersetzten, massiv bedroht und oft sogar aus ihren Dörfern ausgewiesen. Im Juni 1952 verschärfte das Zentralkomitee der KPČ den Terror, indem es Schauprozesse gegen „Kulaken" anordnete. Nach dem Tod Stalins lösten sich jedoch allein vom 1. Juli 1953 bis zum 31. Dezember 1954 rund 1.000 Kollektivbetriebe der Typen III und IV auf, die weitgehend den sowjetischen Kolchosen glichen; zugleich verloren die Einheitsgenossenschaften etwa acht Prozent ihrer Wirtschaftsfläche. 1955/56 wurde die Kollektivierung aber wieder forciert, so daß der Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die von Einheitsgenossenschaften der Typen III und IV übernommen worden war, in diesen beiden Jahren von 26,3 auf 47,2 Prozent stieg. Nachdem die anderen beiden Betriebsformen bis 1957 aufgesogen worden waren, setzte 1958 der letzte Kollektivierungsschub ein. 1961 bewirtschafteten Einheitsgenossenschaften der Typen III und IV 65,6 Prozent der Nutzfläche und staatliche Betriebe weitere 22,1 Prozent. Damit war der Kollektivierungsprozeß weitgehend abgeschlossen, allerdings auf Kosten eines deutlichen Rückgangs der landwirtschaftlichen Erzeugung und einer beschleunigten Abwanderung der Beschäftigten in die Industrie. Ebenso wie in den ostdeutschen Produktionsgenossenschaften arbeiteten in der ČSSR überwiegend männliche Bauern in den Kollektivbetrieben, während ihre Frauen vielfach nur saisonal beschäftigt waren, ohne Mitglieder zu werden. Insgesamt glichen der Kollektivierungsprozeß und die aus ihm hervorgegangenen Betriebsformen mit ihrer spezifischen Arbeitsorganisation weitgehend der Bildung der LPG in der DDR. Der Zusammenschluß der Bauern zu den Kollektivbetrieben wurde in der Tschechoslowakei überwiegend aber sogar noch unnachgiebiger erzwungen als im zweiten deutschen Staat.[305]

Die unvollendete Umwälzung in Polen

Dagegen blieb die Kollektivierung in Polen stecken. Auf dem Territorium des neugebildeten polnischen Staates war in den zwanziger Jahren eine Bodenreform durchgeführt worden, die auf Gesetzen vom 10. Juli 1919 und 28. Dezember 1925 basiert hatte. Die Entschädigung wurde 1920 auf die Hälfte des Marktpreises festgelegt; ab Ende 1925 konnten in Vereinbarungen zwischen Landempfängern und abgebenden Eigentümern – mit Ausnahme der deut-

305 Wädekin, Agrarpolitik, S. 152–161; Bergmann, Studienmaterialien, S. 87–100; Todev/Brazda, Produktionsgenossenschaften, S. 38f. Zur Organisationsstruktur der Produktionsgenossenschaften als zeitgenössischer Bericht: Vaclav Hach, Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der Tschechoslowakei, in: Heinz Griesbach u.a. (Hg.), Agrarpolitische Probleme und agrarökonomische Fragen der landwirtschaftlichen Betriebsorganisationen in der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik, Göttingen 1968, S. 44–60.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

schen Großgrundbesitzer – auch volle Marktpreise festgelegt werden. Bauern, die Boden übernommen hatten, konnten langfristige staatliche Kredite beantragen. Mit der Besitzumwälzung sollte Land an Bauern verteilt und die großbetriebliche Struktur beseitigt werden, denn noch 1921 bewirtschafteten 0,6 Prozent der Betriebe jeweils mehr als 100 ha und insgesamt 43 Prozent des Bodens. Bis 1938 wurden mit rund 2,7 Millionen Hektar aber nur zehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche umverteilt. Die Großbetriebe verloren ein Viertel ihres Bodens, verfügten aber weiterhin über 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Aus der Bodenreform gingen 734.100 neue Bauernstellen hervor, die durchschnittlich jeweils 9,4 ha bewirtschafteten. In den späten dreißiger Jahren nahmen kleinbäuerliche Betriebe mit weniger als 20 ha 65 Prozent des Ackerlandes ein. Insgesamt hatte die Umverteilung von Boden in der Zwischenkriegszeit die drückende Landarmut in Polen aber nicht beseitigt, zumal die dörfliche Bevölkerung in agrarisch strukturierten Gebieten jährlich um 250.000 Personen gewachsen war. Da die Industrialisierung nur langsam vorankam, mußten Landbewohner überwiegend weiterhin in der Agrarwirtschaft arbeiten, die 1931 noch 60 Prozent der Bevölkerung band.[306]

Nach der Befreiung und Besetzung der polnischen Ostgebiete durch die Rote Armee ordnete das „Lubliner Komitee" schon am 15. August und 6. September 1944 an, Bodenbesitz mit einer Gesamtfläche von jeweils über 100 ha und einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von mehr als 50 ha zu enteignen. Landempfänger sollten nur fünf Hektar erhalten. Weitere Dekrete erweiterten im November 1944 und im Januar 1945 den Kreis der Begünstigten um Mittelbauern mit großen Familien, denen maximal sieben bis acht Hektar zugeteilt wurden. Ein Dekret vom 28. Februar 1945 und ein Gesetz vom 6. Mai 1945 legten auch die Enteignung deutscher Staatsangehöriger in den neuen polnischen Westgebieten fest. Hier waren die Entmachtung und Vertreibung der alteingesessenen deutschen Landbesitzer eng mit der Durchsetzung der kommunistischen Herrschaft verzahnt. Aber auch die Zwangsumsiedlungen und Deportationen, die das NS-Regime mit seiner rassistischen Bevölkerungspolitik in den polnischen Gebieten herbeigeführt hatte, erleichterten nach dem Kriegsende die Bodenreform. Das Eigentum ging zunächst in Staatsbesitz über und wurde anschließend an Siedler vergeben, die oft aus den an die Sowjetunion angegliederten ostpolnischen Gebieten vertrieben oder aus Zentralpolen umgesiedelt worden waren. Die rechtliche Übertragung des konfiszierten deutschen Eigentums und die Größe der Betriebe, die eingerichtet werden sollten, blieben in den neuen polnischen Westgebieten aber unbestimmt, so daß Neid und Verteilungskonflikte das Verhältnis zwischen den Bevölkerungsgruppen nachhaltig belasteten. Erst das „Dekret vom 6. September 1946 über die Agrarverfassung und Ansiedlung in den Wiedergewonnenen Gebieten und der ehemaligen Freien Stadt Danzig" legte fest, daß die neuen Bauernstellen 7 bis 15 ha umfassen und besonders demobilisierten Soldaten, Kriegsinvaliden, Witwen von Kombattanten und Partisanen, „Repatrianten" und Zwergbauern zugeteilt werden sollten. Obwohl zwischen 1945 und 1947 35,2 Prozent der Landempfänger polnische Vertriebene waren, fehlten in den westlichen Wojewodschaften (ebenso wie in der SBZ) Gebäude, Maschinen, Geräte und Zugvieh. Zudem begünstigte die unklare Rechtslage die aus Zentralpolen Umgesiedelten, die im allgemeinen vor den Vertriebenen aus den von der Sowjetunion annektierten ostpolnischen Gebieten in den westlichen Wojewodschaften eingetroffen waren. Deshalb bildete sich zwischen den beiden Gruppen ein deutliches materielles Gefälle heraus, das die polnische Regierung nicht grundlegend korrigierte, da ihre

306 Bergmann, Studienmaterialien, S. 160; Berend, Agriculture, S. 157f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Politik vorrangig auf eine schnelle Besiedlung der übernommenen Westgebiete und die Durchsetzung einer neuen Agrarstruktur zielte. Insgesamt erhielten Bauern durch die Bodenreform in Polen mehr als sechs Millionen Hektar Land, so daß rund 814.000 neue Betriebe eingerichtet wurden und 254.400 Kleinstelleninhaber ihren Besitz erweitern konnten. Die Bodenvergabe vermittelte der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens unter den Bauern aber nur vorübergehend neue Mitglieder und Anhänger, zumal viele Siedler befürchteten, daß der Landzuteilung schnell die Kollektivierung folgen könnte.[307]

Die Bodenreform war in Polen nicht nur mit den Vertreibungsprozessen verwoben, sondern zielte auch auf eine militärische Sicherung der neuen polnischen Westgrenze ab. Hier sollten vor allem polnische Soldaten angesiedelt werden, um grenznahe Landkreise zu schützen. Daneben gingen in den polnischen Westgebieten aus vielen landwirtschaftlichen Großbetrieben, deren deutsche Eigentümer geflohen waren, direkt Staatsgüter hervor, deren juristische Grundlage eine Verordnung vom 26. Oktober 1950 bildete. Mit den Staatsgütern, die einem gesonderten Ministerium unterstellt waren und ihre Wirtschaftsflächen von 1950 bis 1956 von 1,8 Millionen Hektar auf 3,2 Millionen Hektar erweiterten, wurde in den neuen westpolnischen Gebieten die großbetriebliche Agrarstruktur der deutschen Gutswirtschaft zumindest partiell konserviert. Staatliche Landwirtschaftsbetriebe bewirtschafteten hier 1955 über 30 Prozent der Nutzfläche. Die Verordnung vom 26. Oktober 1950 hatte auch schon zuvor gegründete staatseigene Maschinen-Traktoren-Stationen auf Kosten der Genossenschaften der gegenseitigen Bauernhilfe legalisiert, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegründet worden waren, aber schon in den späten vierziger Jahren ihre wirtschaftlichen Funktionen weitgehend eingebüßt hatten. Während bis 1949 nur 30 Maschinenstationen gegründet worden waren, wirtschafteten sieben Jahre später bereits 425. Auch die Festpreise und Preiskontrollen, die 1947 verhängt worden waren, das Verbot des Privathandels, Naturalsteuern und die Wiedereinführung obligatorischer Ablieferungsquoten verlieh staatlichen Institutionen einen erheblichen Einfluß auf die Agrarproduktion und das Alltagsleben der Bevölkerung auf dem Lande.[308]

Bereits Ende 1947 ging die polnische Regierung zu einer dezidiert antibäuerlichen Politik über. Die Übertragung von Bodeneigentum an einzelne Empfänger wurde zunächst verzögert und schließlich völlig eingestellt. Zugleich löste die Staats- und Parteiführung eine Agitation gegen „Kulaken" aus, um so die anvisierte Kollektivierung vorzubereiten, der sich die Vertriebenen aus den verlorenen ostpolnischen Gebieten besonders hartnäckig widersetzten. Diese Gruppe war durch die Folgen der Zwangskollektivierung in der Ukraine – vor allem die Hungersnot 1932/33 – und die erzwungene Integration in Kolchosen in den von der UdSSR von 1939 bis 1941 besetzten ostpolnischen Gebieten abgeschreckt worden. Die

307 Dazu die ausführliche Darstellung in: Heinrich Mrowka, Bodenreform und Kollektivierung als Instrumente der Integration nationaler Minderheiten in Polen, in: Lemberg (Hg.), Modell, S. 240–255, hier: S. 240–242, 245–249; Ther, Vertriebene, S. 188–204, 216–227. Überblick in: Wolfgang Quaisser, Das Ende der Kollektivierung in Polen im Jahre 1956 und die Perspektiven der bäuerlichen Landwirtschaft, in: Hans Lemberg (Hg.), Zwischen „Tauwetter" und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970, Marburg 1993, S. 41–52, hier: S. 46; Nigel Swain, Agriculture in Poland and the Former GDR: A Research Agenda for the Oder Region, in: Helga Schultz/Alan Nothnagle (Hg.), Grenze der Hoffnung. Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder, Potsdam 1996, S. 139–160, hier: S. 140f. Vgl. auch Wädekin, Agrarpolitik, S. 163f.; Bergmann, Studienmaterialien, S. 162; Todev/Brazda, Produktionsgenossenschaften, S. 35. Zum Nexus von nationalsozialistischer Siedlungspolitik, Bodenreform und Verstaatlichung nach 1945: Benz, Fremde, S. 377.

308 Wädekin, Agrarpolitik, S. 163–165; Mrowka, Bodenreform, S. 244f., 251–253; Quaisser, Ende, S. 46f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bauern lehnten auch die Kooperationsgemeinschaften ab, die schon in den ersten Nachkriegsjahren gebildet worden waren und zunächst vor allem den Mangel an Betriebsmitteln lindern sollten. Die Siedler bestanden demgegenüber auf der individuellen Bewirtschaftung ihres Landes, das viele Vertriebene aus Ostpolen in den neuen Westgebieten übernommen hatten. Obgleich auch einzelne Spitzenfunktionäre wie Władisław Gomułka Vorbehalte äußerten, verkündete die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 6. Juli 1948 die Kollektivierung der Landwirtschaft, nachdem die Bauernpartei im vorangegangenen Jahr aus der Regierung ausgeschlossen worden war. Noch ausstehende Grundsteuerzahlungen wurden rücksichtslos eingetrieben, um die Bauern zum Eintritt in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zu zwingen. Damit wurden ihnen die Schulden erlassen. Zudem konnten die meisten Siedler rechtlich keinen Einspruch gegen ihre Enteignung erheben, da bis 1948 nur fünf Prozent der Landempfänger in die Grundbücher eingetragen worden waren. Repression und Terror lösten in den westlichen Wojewodschaften eine Fluchtwelle aus, während die verbliebenen Bauern in die Produktionsgenossenschaften gezwungen wurden. Allein zwischen 1952 und 1954 verhängten Partei- und Staatsfunktionäre sowie Gerichte gegen 480.000 polnische Bauern Strafen. Dennoch protestierten die Mitglieder der neuen Kollektivbetriebe weiterhin mit Arbeitsverweigerung und Sabotage gegen die Zwangskollektivierung, denn Landeigentum hatte im Selbstverständnis der polnischen Bauern einen hohen Stellenwert eingenommen. Zudem schränkte die starke Bindung an die katholische Kirche die Anziehungskraft kollektivwirtschaftlicher Konzepte auf die ländliche Bevölkerung ein.[309]

Nach der Absetzung Gomułkas wurden seit 1949 beschleunigt Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gebildet, die im vorangegangenen Jahr erst 0,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche übernommen hatten. Ende 1955 bewirtschafteten insgesamt 9.790 Kollektivbetriebe dagegen bereits mehr als neun Prozent der Nutzfläche. Zunächst wurden drei, ab 1952 vier Typen Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften eingerichtet, besonders in den westlichen Landesteilen. Während die Kollektivbetriebe 1955 in den polnischen Kernregionen nur zwei bis fünf Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten, erreichte ihr Anteil in Westpolen zwanzig bis dreißig Prozent. 1954 entfielen insgesamt schon 58 Prozent der Kollektivbetriebe auf den Typ III, der dem sowjetischen Kolchos ähnelte. Die als „Kulaken" bezeichneten Großbauern durften sich den Produktionsgenossenschaften nicht anschließen. Insgesamt wurden in Polen bis 1955 aber nur knapp zehn Prozent aller Bauernhaushalte kollektiviert, so daß die Produktionsgenossenschaften lediglich rund 13 Prozent der Nutzfläche übernahmen. Nachdem der Beginn der Entstalinisierung im darauffolgenden Jahr die sowjetische Politik verändert und eine akute Versorgungskrise in Polen Unruhen ausgelöst hatte, brach der neue Parteichef Gomułka am 20. Oktober 1956 die Zwangskollektivierung ab. Die Zahl der Kollektivbetriebe verringerte sich daraufhin innerhalb weniger Wochen bis Ende 1956 von 10.510 auf 1.534. Sie bewirtschaften damit nur noch 260.100 ha Land und 1,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Richtlinien für neue Musterstatuten ließen den Mitgliedern der Produktionsgenossenschaften eine umfassende private Hofwirtschaft. Überdies sollten die Maschinenstationen (wie auch Vieweg in der DDR forderte) die Einzelbauern ebenso bedienen wie die Produktionsgenossenschaften. Nachdem die MTS 1957 aufgelöst worden waren, bildeten sich genossenschaftliche Organisationsformen – vor allem die „landwirtschaftlichen Zirkel" –

309 Ther, Vertriebene, S. 241–243; Quaisser, Ende, S. 45; Wädekin, Agrarpolitik, S. 165f.; Swain, Agriculture, S. 141; Mrowka, Bodenreform, S. 241, 249, 251.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

heraus, die den Bauern eine gemeinsame Nutzung der Maschinen ermöglichten und auch eine Wirtschaftsberatung anboten. Überdies hoben die führenden Funktionäre der PVAP, die im Januar 1957 die neue Agrarpolitik der Partei verkündeten, die ökonomischen Restriktionen und politischen Sanktionen auf, die gegen die Großbauern verhängt worden waren. Auch die Pflichtablieferung wurde deutlich reduziert. Besonders einschneidend war in Polen aber der politisch gebilligte Zerfall der Produktionsgenossenschaften, der auch in den anderen kommunistischen Diktaturen die Vorbehalte und den Widerstand gegen die dogmatische Kollektivierungspolitik nährte. Allerdings blieb der Anteil der Staatsgüter an der Nutzfläche beträchtlich, wenngleich in Polen seit den späten fünfziger Jahren eine kleinbäuerliche Agrarstruktur vorherrschte.[310]

Stufenweise Agrartransformation in Ungarn

In Ungarn wurde die Kollektivierung zwar nicht abgebrochen, insgesamt aber weniger radikal und gewalttätig durchgesetzt als in der Tschechoslowakei. Auch im Balkanstaat war bereits in den zwanziger Jahren Land umverteilt worden. Nachdem die Partei der Kleinen Landwirte in den ersten Nachkriegswahlen die Mehrheit der Stimmen gewonnen hatte, wurde 1920 ein Bodenreformgesetz verabschiedet. Der grundbesitzende Adel konnte die Umverteilung des Landes allerdings verzögern, so daß in der Zwischenkriegszeit nur sechs Prozent der Nutzfläche von der Bodenreform erfaßt wurden. Während die Großgrundbesitzer zehn Prozent ihres Landes verloren, empfingen 400.000 Familien Parzellen von durchschnittlich nur einem Hektar. Ein Viertel des zugeteilten Bodens erhielten frühere Armeeangehörige, die Admiral Horthys Militärdiktatur stützten. Jedoch wurden allein zwischen 1926 und 1938 67.000 Bauernhöfe versteigert, davon viele ungefestigte Siedlerstellen. Insgesamt blieb die Verteilung des Landbesitzes in Ungarn bis zum Zweiten Weltkrieg ungleich. Während 1.500 Großbetriebe über 24 Prozent des Bodens verfügten, besaßen 99,5 Prozent aller Betriebsinhaber weniger als 60 Prozent des Landes. Ebenso wie in der ČSR wurde die Agrarproduktion in Ungarn in den zwanziger und dreißiger aber relativ schnell mechanisiert, intensiviert und rationalisiert.[311]

Die Kämpfe am Ende des Zweiten Weltkrieges hatten die ungarische Landwirtschaft nachhaltig geschädigt. Zudem beschlagnahmten die sowjetischen Besatzungstruppen Getreidevorräte. Zur Verpflegung der Roten Armee mußten in der Nachkriegszeit jährlich auch 160.000 Rinder abgeliefert werden. Die großbetriebliche Struktur war aber noch weitgehend intakt. 1945 bewirtschafteten Gutsbetriebe mit jeweils mehr als 500 ha ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Dagegen besaß mehr als ein Drittel der in der Agrarwirtschaft Beschäftigten keinen Boden. Der Ungarische Bauernverband, der im September 1941 von Politikern der Nationalen Einheitspartei und der Partei der Kleinen Landwirte (PdKL) gegründet worden war, und die 1943 in dem Verband konstituierte Landessektion der Arbeiter drängten deshalb auf eine Landumverteilung. Nachdem sowjetische Truppen die östlichen Landesteile und Budapest besetzt hatten, wurde am 18. März 1945 eine Bodenreform angeordnet, die nicht nur von der Ungarischen Kommunistischen Partei, sondern auch von der

310 Quaisser, Ende, S. 41–49; Mrowka, Bodenreform, S. 254; Swain, Agriculture, S. 142–145; Wädekin, Agrarpolitik, S. 166–168; Bergmann, Studienmaterialien, S. 162–174; Todev/Brazda, Produktionsgenossenschaften, S. 35f.

311 Berend, Agriculture, S. 159f., 166f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Nationalen Bauernpartei, dem von ihr beeinflußten Landesverband der Ungarischen Landarbeiter und Kleinbauern sowie der Partei der Kleinen Landwirte begrüßt und durchgeführt wurde. Alle landwirtschaftlichen Betriebe, die mehr als 570 ha Ackerfläche umfaßten, und Bodenbesitz von Personen, die im Zweiten Weltkrieg die Militärdiktatur Horthys, die faschistische Pfeilkreuzler-Bewegung und die deutschen Verbündeten bzw. Besatzer unterstützt hatten, unterlagen der entschädigungslosen Enteignung. Dagegen sollten Besitzer von Gütern mit 57 bis 570 ha eine Entschädigung erhalten, die allerdings später nicht gezahlt wurde. Insgesamt erstreckte sich die Besitzumwälzung auf 3,3 Millionen Hektar und damit auf 34,6 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Davon erhielten 650.000 Bauern Parzellen, die durchschnittlich jeweils 2,9 ha umfaßten und zu einem Viertel des Marktpreises erworben werden mußten. Überdies erschwerte die Besitzzersplitterung eine effiziente Bewirtschaftung der Kleinbauernbetriebe, die überwiegend unrentabel blieben. Die Besitzfluktuation war deshalb hoch, auch wegen des Mangels an Kapital und Betriebsmitteln und des unzureichenden Fachwissens der meisten Siedler. Sie konnten weitgehend nur ihre Selbstversorgung sichern, kaum aber Lebensmittel für hungernde Stadtbewohner erzeugen. Die Bodenreform hatte die Agrarstruktur in Ungarn jedoch grundlegend verändert, denn Mitte 1949 bewirtschafteten 46,1 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe eine Ackerfläche von weniger als drei Hektar und 31,8 Prozent der Höfe jeweils nur drei bis sechs Hektar.[312]

Ebenso wie die Bauernpartei in Polen wurde die Partei der Kleinen Landwirte in Ungarn 1948 aus der Regierung entfernt, nachdem die kommunistische Parteiführung eine angestrebte Vereinigung der PdKL mit der Nationalen Bauernpartei untersagt und entgegen den zuvor veröffentlichten Zusicherungen die Kollektivierung der Landwirtschaft verkündet hatte. Zuvor waren staatliche Maschinenstationen eingerichtet und Staatsgüter gebildet worden, die aber lediglich zwei Prozent der Ackerflächen bewirtschafteten. Bis 1950 wurde die Kollektivierung nur langsam, in den frühen fünfziger Jahren jedoch beschleunigt vorangetrieben. Im Mai 1950 bewirtschafteten die Produktionsgenossenschaften erst vier Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, während sie 1952 schon 22,8 und Anfang 1953 sogar 30 Prozent übernommen hatten. Zudem war die staatliche Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verschärft worden. Die Planungs- und Ablieferungsämter duldeten vielfach aber, daß die Bauern Anbauflächen und Viehbestände verschwiegen, da das Plansystem dysfunktional war. Die Landwirte widersetzten sich auch entschieden der Kollektivierung, die ihre traditionale Kultur bedrohte, ihren Gerechtigkeits- und Reziprozitätsvorstellungen gegenüber der Herrschaft widersprach und mit dem Konzept der zentralen Konstruktion

312 Endre Antal, Land- und Forstwirtschaft, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hg.), Südosteuropa-Handbuch, Bd. 5: Ungarn, Göttingen 1987, S. 554–582, hier: S. 378; George Schöpflin, Domestic Politics, in: ebd., S. 67–106, hier: S. 77; György Fehér, Die ungarische Agrarpolitik von 1945 bis 1988/89, in: Heiner Timmermann (Hg.), Ungarn nach 1945, Saarbrücken 1990, S. 223–232; Elisabeth Molnár, Der Einfluß der Kriegsentschädigung auf die ungarische Landwirtschaft, in: Heiner Timmermann (Hg.), Potsdam 1945: Konzept, Taktik, Irrtum?, Berlin 1997, S. 357–374, hier: S. 363–366, 370; Todev/Brazda, Produktionsgenossenschaften, S. 39f.; Wädekin, Agrarpolitik, S. 170f. Dazu aus organisationsgeschichtlicher Perspektive auch: Brigitta Fischer, Die Beziehungen zwischen dem Ungarischen Bauernverband und der Partei der Kleinen Landwirte in den Jahren von 1941 bis 1948, in: ZfG 40 (1992), S. 929–939, hier: S. 929–936.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

einer neuen Gesellschaftsordnung auf die Beseitigung der bäuerlichen Lebenswelten in den dörflichen Milieus zielte.[313]

Wegen der breiten Verweigerung auf dem Lande, besonders aber wegen der Ineffizienz der ersten Produktionsgenossenschaften war die Agrarproduktion 1952 auf den 1945 registrierten Stand zurückgefallen, so daß Ministerpräsident Imre Nagy, der nach dem Tod Stalins die Macht in Ungarn übernommen hatte, den Bauern im Sommer 1953 erlaubte, aus den Kollektivbetrieben auszutreten. Produktionsgenossenschaften konnten sogar völlig aufgelöst werden. Der Anteil des kollektivierten Bodens an der landwirtschaftlichen Nutzfläche sank daraufhin bis zum Jahresende auf 16,8 Prozent und stieg bis September 1956 lediglich wieder auf 20,8 Prozent. Im Herbst 1956, als der Volksaufstand die orthodox kommunistische Diktatur Mátyás Rákosis stürzte, löste sich etwa die Hälfte der Produktionsgenossenschaften auf, die in Ungarn am Jahresende nur noch 8,5 Prozent der Nutzfläche bewirtschafteten. Nachdem die Erhebung von sowjetischen Truppen niedergeschlagen worden war, stabilisierte das neue Regime der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei unter Janos Kádár die bestehenden Produktionsgenossenschaften. Die Kollektivierungspolitik wurde zwar wieder verschärft, aber flexibler und weniger gewaltsam durchgeführt. Mitglieder erhielten mehr Hofland und für ihren Boden, den sie in Produktionsgenossenschaften eingebracht hatten, eine Rente. Zudem blieben sie – ebenso wie in der Tschechoslowakei und in Polen (bis 1956) – *de jure* Eigentümer ihres Landes. Darüber hinaus konnten sie teilweise ihre Landmaschinen behalten. Schließlich durften seit 1957 auch frühere Großbauern, die in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren als „Kulaken" diffamiert und geächtet worden waren, den Produktionsgenossenschaften beitreten und in den Gemeinden sogar mehrere Kollektivbetriebe gründen. Die Aufhebung der Pflichtablieferung zugunsten staatlicher Festpreise verlieh der Landwirtschaft 1957/58 weitere Impulse. Nachdem Organisationskomitees 1959 den Druck auf die Einzelbauern, die den Produktionsgenossenschaften zuvor nicht beigetreten waren, erhöht hatten, wurde die Kollektivierung 1961 abgeschlossen. Einzelbauern verfügten nur noch über 4,4 Prozent, Produktionsgenossenschaften und Staatsgüter zusammen dagegen über 95,6 Prozent des Ackerlandes.[314]

Bis 1953 waren nach Musterstatuten vier Typen von Produktionsgenossenschaften eingerichtet worden. Während im Typ IV das Betriebseinkommen, das nach den Zahlungen und der Abführung festgelegter Finanzmittel an Fonds blieb, ausschließlich nach der geleisteten Arbeit ausgezahlt wurde, erhielten die Mitglieder im Typ III 20 Prozent ihres Einkommens nach dem eingebrachten Boden und 10 bis 15 Prozent für das überlassene Vieh. Im Typ I, der weitgehend dem sowjetischen TOZ entsprach, wurde die Viehhaltung nicht kollektiviert. Nach einem neuen Musterstatut, das der Ministerrat im Juli 1953 für die Produktionsgenossenschaften der Typen I und II erließ, konnten den Mitgliedern sogar bis zu 40 Prozent des Gewinns der Kollektivbetriebe für ihre Bodenanteile ausgezahlt werden. 1958 wurde auch eine obligatorische Einheitssozialversicherung für Mitglieder eingeführt, deren Beiträge über die Betriebe einem zentralen Sozialfonds zugeführt wurden. Ebenso wie in der DDR mußten die Produktionsgenossenschaften in den sechziger Jahren zunächst konsolidiert werden, bevor die Staats- und Parteiführung im darauffolgenden Jahrzehnt die Industrialisierung der Agrarwirtschaft vorantrieb, damit aber eine Krise auslöste, die in den achtziger

313 Istvan Rev, The Advantages of Being Atomized. How Hungarian Peasants Coped With Collectivization, in: Dissent, Summer 1987, S. 335–350. Zur Auflösung der PdKL: Fischer, Beziehungen, S. 938f.

314 Wädekin, Agrarpolitik, S. 171–176; Todev/Brazda, Produktionsgenossenschaften, S. 42; Antal, Land- und Forstwirtschaft, S. 379f.; Fehér, Agrarpolitik, S. 224f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Jahren den Übergang zu einer flexibleren Landwirtschaftspolitik erzwang. Obgleich der Export von Pflanzenprodukten zunahm und die Produktivität in der Viehwirtschaft in den frühen achtziger Jahren das Niveau der Europäischen Gemeinschaft erreichte, blieben die Kapazitäten der nachgelagerten Transport- und Verarbeitungsbetriebe weit hinter dem Produktionswachstum zurück. Insgesamt kennzeichnete die Mischung von Produktionsgenossenschaften, Staatsgütern und privaten Hofwirtschaften die Agrarstruktur Ungarns in der staatssozialistischen Diktatur. Damit war auch der Strukturbruch in der Entwicklung der ländlichen Gesellschaft zwar schärfer als in Polen, aber weitaus weniger einschneidend als in der Tschechoslowakei oder DDR.[315]

Fazit

Im Vergleich der Sowjetunion und der ostmittel- bzw. südosteuropäischen Staaten mit der DDR tritt einerseits die homogenisierende Wirkung hervor, die von der Politik der sowjetischen Hegemonialmacht und ihren Modellen der Bodenreform und Kollektivierung ausging. Der politisch induzierte Wandel der Agrarwirtschaft und der ländlichen Gesellschaft wies in Ostmittel- und Südosteuropa weitgehend identische Stadien auf und wurde mit ähnlichen Mitteln vorangetrieben. Zunächst beschlagnahmten die neuen Machthaber seit 1944/45 den Großgrundbesitz, der überwiegend Landarbeitern sowie Kleinbauern zugeteilt wurde. Anschließend richtete sich die Transformationspolitik gegen die Bauern, die durch die Agitation gegen die als „Kulaken" stigmatisierten Großbauern gespalten werden sollten. Die Kollektivierung entzog schließlich den einzelbäuerlichen Betrieben ihre politische und wirtschaftliche Grundlage. Restformen der bäuerlichen Kultur wurden aber konserviert, besonders in den privaten Hofwirtschaften.

Andererseits sind deutliche Unterschiede unübersehbar. Die Bauern blieben sowohl in der DDR als auch in den hier betrachteten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas Eigentümer des Bodens, den sie in die Kollektivbetriebe eingebracht hatten, obwohl sie das Verfügungsrecht einbüßten. Dagegen wurde das Land in Sowjetrußland schon unmittelbar nach der Enteignung der Großgrundbesitzer verstaatlicht, da hier die Rechtsvorstellungen der Bauern traditionell an der Nutzung des Bodens, nicht am Recht auf Landeigentum orientiert waren, das über die Befriedigung ihres persönlichen Bedarfs hinausreichte. Zudem waren die Mitglieder der Produktionsgenossenschaften in der DDR sowie in den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas wegen der prägenden Tradition der obrigkeitlich-staatlichen Fürsorgepolitik weitaus früher und umfassender in die Sozialversicherung integriert als in der UdSSR. Schließlich variierte die Durchsetzung der Bodenreform auch zwischen den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten. Die Enteignungsgrenze war ebenso unterschiedlich wie der Radikalitätsgrad bei der Durchsetzung der Kollektivierung, die in Polen und Jugoslawien sogar eingestellt wurde. In beziehungsgeschichtlicher Perspektive ist hervorzuheben, daß die ländliche Bevölkerung in der DDR – im Gegensatz zu den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas – auf die Bundesrepublik Deutschland fixiert war, so daß sich in den fünfziger Jahren viele Bauern der Integration in LPG durch ihre Flucht nach Westdeutschland entzogen. Der

315 Antal, Land- und Forstwirtschaft, S. 364–375, 380–382; Fehér, Agrarpolitik, S. 225–232; Wädekin, Agrarpolitik, S. 173, 175.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Abbruch der Kollektivierungspolitik in Polen stellte auch in der DDR den „Aufbau des Sozialismus" auf dem Lande vorübergehend in Frage.[316]

316 Dazu die ausführliche Analyse im vierten Kapitel. Zum Westbezug der ostdeutschen Landbevölkerung: Marian Wojciechowski, Die DDR und die Volksrepublik Polen. Einige Überlegungen zu den Ähnlichkeiten und Unterschieden der „sozialistischen Entwicklung", in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte, 1996/1, Berlin 1996, S. 315–318, hier: S. 317f. Zur traditionalen Eigentumsvorstellung der Bauern in Rußland bzw. in der Sowjetunion: Merl, Einstellungen, S. 145, 149, 158. Die Spezifika der LPG in der DDR werden nur teilweise zutreffend dargelegt in: Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 297.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

KAPITEL 3

Der Wandel der Wirtschafts- und Sozialstruktur auf dem Lande und die Folgelasten der agrarpolitischen Eingriffe

1. Voraussetzungen. Die Entwicklung der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft in Brandenburg bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs und die Ausgangslage 1945

Die Herausbildung der Gutsherrschaft und ihr Gestaltwandel bis zum Zweiten Weltkrieg

Die Gutsherrschaft hatte sich in den ostelbischen Gebieten im 16. und 17. Jahrhundert ausgebreitet, als der ritterschaftliche Adel gegenüber der Landesherrschaft und den Städten eine dominierende Stellung gewann und die Bauern als Agrarproduzenten verdrängte. Die Rittersitze wurden besonders in den nördlichen, nordöstlichen und östlichen Landesteilen Brandenburgs zu Keimzellen der Gutsbezirke. Der wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Aufstieg der Gutsbesitzer, die schon früh als „Junker" bezeichnet wurden, ist daneben vor allem auf die Herausbildung internationaler Handelsbeziehungen und die Entwicklung separater und spezialisierter Wirtschaftszonen in der Frühen Neuzeit zurückzuführen. Der Bevölkerungsrückgang und die Ausbreitung der Wüstungen hatten im Spätmittelalter die grundherrlichen Einkünfte verringert. Da neue Einkommensquellen erschlossen werden mußten, wurde der Eigenbetrieb in der Landwirtschaft verstärkt. Die Gutsherren zogen Bauernstellen ein, übernahmen aber auch wüstes Land. So hatten adlige Herren in der brandenburgischen Mittelmark um 1800 fast 28 Prozent ihrer Flächen seit dem 16. Jahrhundert ihrem Besitz als Wüstungen angegliedert. Die rasche Ausdehnung der adligen Eigenwirtschaften, die sich auch aus der günstigen Agrarkonjunktur im 16. Jahrhundert ergab, steigerte den Bedarf an Arbeitskräften. Bereits seit dem 16. Jahrhundert hatten die Gutsherren viele Bauern unterworfen, ihnen die persönliche Freiheit genommen und die Stellen bäuerlicher Untertanen in ihre Eigenwirtschaft einbezogen. Aus der Rentengrundherrschaft ging die Gutsherrschaft hervor, und die Rentenabgaben der Bauern wurden durch Dienste und

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Naturalien ersetzt. So mußten Bauern in der Mark Brandenburg bereits in der Mitte des 16. Jahrhunderts oft an zwei Tagen ihren Gutsherren Dienste leisten. Schon vor 1618 hatte sich die Leibeigenschaft von Pommern in die Uckermark verbreitet. Die Landesherren gewährten den „Junkern" hoheitliche Rechte, die sie zunehmend für ihre ökonomischen Zwecke nutzten, im 18. Jahrhundert besonders in ihrer Doppelrolle als militärische Befehlshaber und Inhaber der lokalen Herrschaft. Insgesamt begründete der Nexus von privater Autorität und öffentlichem Amt ein paternalistisches Herrschaftssystem, in dem adlige Gutsherren eine Mittlerrolle zwischen staatlichen Ansprüchen und Bauern einnahmen und soziale Beziehungen weitgehend auf Unterwerfung basierten.[1]

Mit dem Oktoberedikt 1807 wurde schließlich das adlige Monopol für Grundbesitz beseitigt. Die Agrarreformen, die in Preußen mit der Aufhebung geburtsrechtlicher Bindungen im Edikt vom 9. Oktober 1807 eingeleitet wurden, begünstigten aber eindeutig die Rittergutsbesitzer, auch in Brandenburg. Im Regulierungsedikt vom 14. September 1811 wurde das Prinzip festgelegt, die Gutsherren für den Entzug des feudalen Obereigentums zu entschädigen und die Dienste und Abgaben abzulösen. Zudem schränkte eine Deklaration vom 29. Mai 1816 den Kreis der regulierungsfähigen Personen auf spannfähige Bauern ein, die bereits 1749/74 in die Kataster eingetragen waren. Auch diese Gruppe mußte ihren Grundherren die Eigentumsverleihung ebenso wie die Aufhebung der feudalen Dienste und Abgaben durch Zahlungen oder Landabgaben entgelten. Nach der Ablösungsordnung vom 7. Juni 1821 konnten sich auch die Bauern mit besserem Besitzrecht von feudalen Lasten befreien, mußten dafür aber den 25fachen Jahresbetrag der Abgaben und Frondienste zahlen. Ebenso griff die preußische Ordnung zur „Gemeinheitsteilung" vom 7. Juni 1821 tief in die Besitzverhältnisse auf dem Lande ein, da sie die Allmenden beseitigte und in Privateigentum überführte. Das abschließende Ablösungs- und Regulierungsgesetz vom 2. März 1850 beseitigte schließlich das feudale Obereigentum über die Kleinstellenbesitzer. Das Regulierungsedikt von 1811 und die Deklaration von 1816 erfaßten in der Provinz Mark Brandenburg von 1820 bis 1848 rund 15.700 Bauern, die Land im Umfang von nahezu 406.000 Morgen abtreten und rund 4,2 Millionen Reichstaler zahlen mußten. Nach der Ablösungsverordnung von 1821 erhielten in Brandenburg bis 1848 überdies 4.130 Grundherren Entschädigungsleistungen. Im Vergleich der preußischen Provinzen wurde dieses Territorium von den Agrarreformen – gemessen am Ausmaß der Neuverteilung von Boden – insgesamt ebenso tief

1 Francis L. Carsten, Geschichte der preußischen Junker, Frankfurt/M. 1988, S. 9–79; Hanna Schissler, Die Junker. Zur Sozialgeschichte und historischen Bedeutung der agrarischen Elite in Preußen, in: Hans-Jürgen Puhle/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Preußen im Rückblick, Göttingen 1980, S. 89–122, hier: S. 91–95; Robert M. Berdahl, Preußischer Adel: Paternalismus als Herrschaftssystem, in: ebd., S. 123–145, hier: S. 124f., 132–134, 137; Jan Peters, Gutsherrschaftsgeschichte in historisch-anthropologischer Perspektive, in: ders. (Hg.), Gutsherrschaft als soziales Modell. Vergleichende Betrachtungen zur Funktionsweise frühneuzeitlicher Agrargesellschaften, München 1995, S. 3–21, hier: S. 7, 9f. Zum Ausbau der adligen Eigenwirtschaften in der Mark Brandenburg exemplarisch: Hartmut Harnisch, Die Herrschaft Boitzenburg. Untersuchungen zur Entwicklung der sozialökonomischen Struktur ländlicher Gebiete in der Mark Brandenburg vom 14. bis zum 19. Jahrhundert, Weimar 1968, S. 129–196. Allgemein auch: Ilona Buchsteiner/Ernst Münch, Modernisierung und Beharrung in der ländlichen Gesellschaft Mecklenburgs. Einleitende Bemerkungen, in: Ilona Buchsteiner u.a. (Hg.), Mecklenburg und seine ostelbischen Nachbarn. Historisch-geographische und soziale Strukturen im regionalen Vergleich, Schwerin 1997, S. 10–31, hier: S. 12f. Zu Brandenburg insgesamt: Felix Escher, Das Kurfürstentum Brandenburg im Zeitalter des Konfessionalismus, in: Materna/Ribbe (Hg.), Geschichte, S. 231–290, hier: S. 247; Wolfgang Neugebauer, Brandenburg im absolutistischen Staat. Das 17. und 18. Jahrhundert, in: ebd., S. 291–394, hier: S. 314.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

erschüttert wie Posen und Pommern. Die Bauern verloren nach den Reformen nicht nur Vermögen und wertvolles Land, sondern waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch noch der gutsherrschaftlichen Patrimonialgerichtsbarkeit unterworfen, die eine beträchtliche Einnahmequelle der Großgrundbesitzer war. Damit blieben die Bauern, die von feudalrechtlichen Bindungen befreit worden waren, gegenüber bürgerlichen Gruppen in den Städten benachteiligt.[2]

Technische und betriebsorganisatorische Innovationen wurden im 19. Jahrhundert vor allem von bürgerlichen Gutsbesitzern und -pächtern durchgesetzt, die auch in Brandenburg zunehmend die adligen Gutsherren verdrängten und ihre Güter zu rentablen Großbetrieben entwickelten. Nachdem sich schon im 18. Jahrhundert außerhalb des Adels ein Stand von Domänenpächtern herausgebildet hatte, übertraf die Zahl der bürgerlichen diejenige der adligen Eigentümer von Gutshöfen in den achtziger Jahren des darauffolgenden Jahrhunderts schon um das Doppelte. So waren 1884 rund 64 Prozent der Gutsbetriebe in der Hand von Bürgerlichen, 1896 allerdings nur noch nahezu 61 Prozent. Da die Betriebe der Bürgerlichen durchschnittlich aber bedeutend kleiner waren als die adligen Güter, verfügte der Adel noch im frühen 20. Jahrhundert über den größeren Flächenanteil. In Brandenburg dominierten bürgerliche Eigentümer zwar numerisch deutlicher als in Pommern und Mecklenburg, besaßen im Vergleich mit den anderen preußischen Provinzen aber auch kleinere Betriebe. Bürgerliche Gutsbesitzer banden ihre Höfe vielfach eng an ihre Gewerbeunternehmen. Auch deshalb bewirtschafteten sie ihre Gutsbetriebe im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert oft nicht selber, sondern verpachteten sie. Auch übernahmen Verwalter vielfach die Leitung der Gutshöfe. 1907 wurden in Brandenburg 22,4 Prozent der Güter von diesen Inspektoren bewirtschaftet; 17,9 Prozent der Betriebsleiter waren Pächter und lediglich 59,7 Prozent Eigentümer. Insgesamt waren 1882 in der Provinz Mark Brandenburg noch 39,4 Prozent der Gesamtfläche Gutsland (Deutsches Reich: 25,6 Prozent; Pommern: 61,2 Prozent; Mecklenburg: 62,6 Prozent). Von 1882 bis 1887 ging die Zahl der Gutshöfe

2 Hartmut Harnisch, Statistische Untersuchungen zum Verlauf der kapitalistischen Agrarreformen in den preußischen Ostprovinzen (1811 bis 1865), in: JfW 1974/IV, S. 149–182, hier: S. 176–178, 180. Daneben: Hartmut Harnisch, Vom Oktoberedikt des Jahres 1807 zur Deklaration von 1816. Problematik und Charakter der preußischen Agrarreformgesetzgebung zwischen 1807 und 1816, in: Studien zu den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts in Preußen und Rußland, Berlin (Ost) 1978, S. 229–295; ders., Herrschaft, S. 238–247. Umfassend: Hartmut Harnisch, Kapitalistische Agrarreform und Industrielle Revolution. Agrarhistorische Untersuchungen über das ostelbische Preußen zwischen Spätfeudalismus und bürgerlich-demokratischer Revolution von 1848/49 unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Brandenburg, Weimar 1984. Dazu die illustrativen Beiträge von Jürgen Schmidt und Gisela Griebentrog in: Ortstermine. Stationen Brandenburg-Preußens auf dem Weg in die moderne Welt, Berlin 2001, S. 10–31, 48–57. Vgl. auch Axel Flügel, Bürgertum und ländliche Gesellschaft im Zeitalter der konstitutionellen Monarchie, in: Peter Lundgreen (Hg.), Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986–1997), Göttingen 2000, S. 195–223, hier: S. 217–223; Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution" 1815–1845/49, München ^{2}1989, S. 33–40; Hanna Schissler, Preußische Agrargesellschaft im Wandel. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse von 1763 bis 1847, Göttingen 1978, S. 145–201; Carsten, Junker, S. 93–96. Überblick zu den preußischen Agrarreformen in: Christof Dipper, Die Bauernbefreiung in Deutschland 1790–1850, Stuttgart 1980, S. 55–69; Reinhard Rürup, Deutschland im 19. Jahrhundert: 1815–1871, Göttingen 1984, S. 38–42; Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 158–161.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

und ihr Anteil an den landwirtschaftlichen Betrieben leicht zurück, und auch ihre Gesamtfläche sowie ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche nahmen ab.[3]

Obgleich die feudale Herrschaft der adligen Gutsherren durch die Agrarreformen erschüttert und ihre hoheitlichen Rechte im 19. Jahrhundert eingeschränkt worden waren, bestand der obrigkeitliche Paternalismus auf dem Lande besonders in den nördlichen und östlichen Gebieten der Provinz Mark Brandenburg fort. Gutsbesitzerfamilien verfügten über deutlich mehr ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital als die bäuerlichen Besitzgruppen und die ländlichen Unterschichten. Private Autorität war in der Gutsherrschaft eng mit öffentlicher Herrschaft verknüpft, so daß Landratsämter in der Generationenfolge oft innerhalb der Adelsfamilien weitergegeben wurden. Ebenso begründete das Patronatsrecht der adligen Gutsbesitzer über Schulen und Kirche eine spezifische Herrschaftssymbolik, die sich in der (sehr unterschiedlichen) Ausgestaltung der Herrenhäuser ausdrückte. Obgleich die Ökonomisierung und Verrechtlichung des Alltagslebens auch die Gutsfamilien erfaßten, prägten die Innenausstattung der Gebäude und ihre natürliche Umgebung, die Orientierung an klassischer Kultur und die Erziehung zu Königs- und Staatstreue die Sozialisation der Nachkommen adliger Gutsherren. Der Landadel war zudem überwiegend noch fest an den Boden gebunden und wies eine relativ geringe Berufs- und Bildungsmobilität auf. Im 19. Jahrhundert verlieh auch das ausgeprägte Konnubium, das nur langsam zurückging, den adligen Gutsbesitzern in Brandenburg soziale Exklusivität. Obgleich die gesellschaftliche Homogenität des Adels im 19. Jahrhundert wegen der Differenzierung der Wertegrundlage und der Lebensstile insgesamt abnahm, bestand die paternalistische Herrschaft mit ihren überkommenen Sozialbeziehungen in den dörflichen Milieus weitestgehend noch im frühen 20. Jahrhundert fort. In den brandenburgischen Gutsbezirken konnte die Sozialdemokratische Partei die Landarbeiter deshalb nur begrenzt mobilisieren. So kam es in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts auf Gütern in der Prignitz nur gelegentlich zu Streiks, obgleich ein Aktionskomitee in dieser Region die Propaganda der Partei unterstützte, die zur Befreiung der Landarbeiter aufrief und dabei auch auf die mittelalterlichen Markgenossenschaften als Vorbild rekurrierte.[4]

---

3 Ilona Buchsteiner, Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in ostdeutschen Gutswirtschaften vor 1914, in: AfS 36 (1996), S. 85–109; Flügel, Bürgertum, S. 207f. Zur Rolle bürgerlicher Gutsbesitzer exemplarisch für die Provinz Sachsen: Hans-Heinrich Müller, Gutsherr und Unternehmer, in: Lubinski u.a. (Hg.), Historie, S. 473–483. Zu Brandenburg: Buchsteiner, Wandel, S. 86–88, 93f., 96f. (dort auch statistische Daten). Zur Verflechtung von Gutsbesitz und Industriebetrieben im Regierungsbezirk Frankfurt (Oder) 1895: Sigrid Dillwitz, Die Struktur der Bauernschaft von 1871 bis 1914. Dargestellt auf der Grundlage der deutschen Reichsstatistik, in: JfG 9 (1973), S. 47–127, hier: S. 69, 111. Zur sozialen Differenzierung der Gutsbesitzer in Pommern: Ilona Buchsteiner, Großgrundbesitz in Pommern zwischen 1871 und 1914. Soziale und ökonomische Veränderungen als Ausdruck der Integration des Adels in die bürgerliche Gesellschaft, in: ZfG 37 (1989), S. 329–336.

4 Der Mobilisierungserfolg wird allerdings überschätzt in: Kurt Adamy, Das Ringen der deutschen Sozialdemokratie um Landarbeiter und werktätige Bauern in der Ostprignitz 1880–1900, in: Prignitz-Forschungen 1 (1966), S. 121–136, hier: S. 125f., 130f. Zur paternalistischen Herrschaft und zum Leben der Gutsfamilien: Reinhold Brenner, Landadliger Alltag und primäre Sozialisation in Ostelbien am Ende des 19. Jahrhunderts, in: ZfG 39 (1991), S. 995–1011. Zur sozialen Differenzierung des Adels und zur fortbestehenden Bindung an den Boden als gemeinsamer Wert: Rüdiger v. Treskow, Adel in Preußen: Anpassung und Kontinuität einer Familie 1800–1918, in: GG 17 (1991), S. 344–369. Umfassende Darstellung in: Conze, Adel, S. 287–396. Zu Pommern: Ilona Buchsteiner, Pommerscher Adel im Wandel des 19. Jahrhunderts, in: GG 25 (1999), S. 343–374. Allgemein zu den Gutsbesitzern: Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 840, 844.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Auch im frühen 20. Jahrhundert war die ökonomische Struktur der Provinz Brandenburg weiterhin von der Landwirtschaft geprägt, die besonders in den abgelegenen Gebieten Nord- und Ostbrandenburgs die Erwerbstätigkeit bestimmte. Hier herrschten noch agrarische Großbetriebe vor. Auf dem Territorium der nach dem Zweiten Weltkrieg gebildeten Provinz Mark Brandenburg wiesen die Gutsbetriebe 1939 besonders hohe Flächenanteile in den nördlichen Kreisen Westprignitz, Ostprignitz, Ruppin, Westhavelland, Osthavelland, Prenzlau und Angermünde sowie im östlichen Kreis Lebus auf. Im Kreis Prenzlau verfügten die Inhaber von Großbetrieben mit jeweils mehr als 100 ha über 64,5 Prozent der LN. Adlige oder bürgerliche Gutsherren in Brandenburg bewirtschafteten 1939 insgesamt noch 29,6 Prozent der Nutzfläche. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten übertraf 1937 mit 28,5 Prozent deutlich den Reichsdurchschnitt. Da der Agrarsektor viele Arbeitskräfte band, war die Erwerbslosigkeit 1933 in der Provinz Mark Brandenburg mit 17 Prozent relativ gering (Deutsches Reich: 19 Prozent). Allerdings erreichte die Arbeitslosigkeit in den Städten Brandenburg (Havel) und Frankfurt (Oder) 33 Prozent. Daneben konzentrierten sich Industriebetriebe auf Potsdam und Teltow, Eberswalde, Wittenberge, das Gebiet um Premnitz-Rathenow, den Raum Forst-Guben und das Lausitzer Braunkohlenrevier. Mit der Wiederaufrüstung wurden auch neue Gewerbebetriebe angesiedelt, besonders Flugzeugwerke. Seit den zwanziger Jahren war daneben die Elektro- und Unterhaltungsindustrie erweitert worden.[5]

Auf dem Lande verfügten die Gutsbesitzer auch nach dem Ersten Weltkrieg noch über einen beträchtlichen gesellschaftlichen Einfluß, und sie nahmen in den Dörfern weiterhin Führungsstellungen ein. 1925 lebten in Brandenburg in insgesamt 1.844 Gutsbezirken, die freilich nach einem Gesetz vom 27. Dezember 1927 aufgelöst wurden, nahezu 249.000 Menschen. Zudem übten die Gutsbesitzer vielerorts weiterhin die politische Herrschaft aus. So waren 1927 in Preußen noch 27 Prozent der Landräte Adlige. Auch in der brandenburgischen Landwirtschaft nahmen Großgrundbesitzer weiterhin eine dominierende Stellung ein. 1938 verfügten 1.756 Betriebe mit jeweils mehr als 100 ha über 51 Prozent der Gesamtbetriebsflächen und 33,1 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. 35 Gutsherren besaßen jeweils Landflächen von mehr als 1.000 ha, darunter der Graf von Hardenberg 7.715 ha und der Fürst zu Lynar-Görlsdorf 13.462 ha. Großbauern (mit 20 bis 100 ha) bewirtschafteten 35,7 Prozent sowie Klein- und Mittelbauern 24,6 Prozent der Nutzfläche. Von den insgesamt mehr als 300.000 Agrarbetrieben umfaßten über 200.000 weniger als fünf Hektar, ein Drittel sogar unter einem halben Hektar. Viele dieser Klein- und Kleinsthöfe wurden – vor allem in der Lausitz – von „Arbeiterbauern" bewirtschaftet, die in der Industrie ihren Haupterwerb gefunden hatten. Dagegen war in vielen großen Landwirtschaftsbetrieben die Leitung von Gutsbeamten übernommen worden, die als unmittelbare Vorgesetzte der Landarbeiter über wichtige Führungsstellungen verfügten. Die Großgrundbesitzer waren in Brandenburg aber nicht nur gesellschaftlich, sondern auch politisch zusehends zersplittert. Seit den späten zwanziger Jahren hatte sich neben einer weiterhin starken konservativ-deutschnationalen Fraktion eine Gruppe von „Junkern" formiert, die sich zum Nationalsozialismus bekannten oder der NSDAP sogar angehörten.[6]

5 Laurenz Demps, Die Provinz Brandenburg in der NS-Zeit (1933 bis 1945), in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hg.), Geschichte, S. 619–676, hier: S. 642f.; Engeli, Berlin, S. 806–809.

6 Rainer Pomp, Brandenburgischer Landadel und die Weimarer Republik. Konflikte um Oppositionsstrategien und Elitekonzepte, in: Kurt Adamy/Kristina Hübener (Hg.), Adel und Staatsverwaltung in Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert: Ein historischer Vergleich, Berlin 1996, S. 185–218. Zusammenfas-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Nach der „Machtergreifung" wurde der brandenburgische Landadel schließlich politisch weitgehend entmachtet. Hitler hatte sich am 20. April 1933 bei einem Empfang des Grundbesitzerverbandes zwar zur großbetrieblichen Landwirtschaft bekannt, aber die Aufteilung unrentabler Gutsbetriebe in Bauernstellen gefordert. Führende Nationalsozialisten wie Propagandaminister Joseph Goebbels und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Richard Walter Darré, diffamierten öffentlich die „Junker", während sie die Bauern als Kern der „nordischen" Rasse und Fundament des deutschen Volkes idealisierten. So beseitigte ein Reichsgesetz vom 6. Juli 1938, mit dem das Erbhofgesetz auf Großgrundbesitzer ausgedehnt wurde, die den adligen Gutsherren verbliebenen Fideikommisse. Allerdings stand Darrés Absicht, den Großgrundbesitz aufzuteilen, der Zwang zur Ernährungssicherung entgegen, die im Zweiten Weltkrieg noch wichtiger wurde und eine abrupte, weitreichende Besitzumverteilung in der Landwirtschaft ausschloß. Auch weil sich viele Gutsherren mit den Zielen der nationalsozialistischen Machthaber weitgehend identifizierten, lehnten in Brandenburg nur einzelne adlige Gutsbesitzer wie Hans Georg Karl Anton von Ribbeck und von Hardenberg das NS-Regime kompromißlos ab. Beide Männer wurden (aus unterschiedlichen Gründen) 1944 verhaftet und in das Konzentrationslager gebracht, wo von Ribbeck Anfang 1945 starb.[7]

Staatliche Regulierung der Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung im Zweiten Weltkrieg

Im Zweiten Weltkrieg wurde die landwirtschaftliche Erzeugung vollends der nationalsozialistischen Zwangswirtschaft unterworfen. Quoten, Prämien, Strafen und Kontrollen – z.B. durch „Hofkarten" und „Hofbegehungen", die schon 1937 eingeführt worden waren – wurden auch in Brandenburg Instrumente eines umfassenden Bewirtschaftungssystems, das den Agrarproduzenten mit einem Bündel von Vorschriften ihre wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit entzog. Die rigorose Erfassung pflanzlicher Erzeugnisse bestimmte das Alltagsleben auf dem Lande ebenso wie Strafen für illegales Schlachten. Nachdem der Reichsführer-SS

send: Demps, Provinz, S. 644; Materna, Brandenburg, S. 586; Jatzlauk, Landarbeiter, S. 894f., 904. Zu anderen Regionen Deutschlands ähnliche Befunde in: Shelley Baranowski, The Sanctity of Rural Life. Nobility, Protestantism, and Nazism in Weimar Prussia, New York 1995, S. 145–176; Pyta, Dorfgemeinschaft, S. 94–107.

7 Georg H. Kleine, Adelsgenossenschaft und Nationalsozialismus, in: VfZ 26 (1978), S. 100–143, hier: S. 127, 133 (Anm. 120), 134; John E. Farquharson, The Agrarian Policy of National Socialist Germany, in: Robert Moeller (Hg.), Peasants and Lords in Modern Germany. Recent Studies in Agricultural History, Boston 1986, S. 233–259, hier: S. 250–252; Pyta, Dorfgemeinschaft, S. 203–233, 336–353. Zu von Ribbeck: Kurt Finker, Eine adlige Familie in Umbruchszeiten. Das Schicksal der Familie von Ribbeck im Havelland (1933–1947), in: Adamy/Hübener (Hg.), Adel, S. 219–237, hier: S. 220–224; Karl Feldmeyer, Schwierige Heimkehr. Neusiedler auf altem Boden, Berlin 1997, S. 199–202. Zu von Hardenberg: Ines Reich/Kurt Finker, Potsdam und der 20. Juli 1944. Offiziere und Beamte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Dietrich Eichholtz (Hg.), Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente, Berlin 1993, S. 322–354, hier: S. 322, 329, 332f., 346, 351; Klaus Gerbet, Carl-Hans Graf von Hardenberg 1891–1958. Ein preußischer Konservativer in Deutschland, Berlin 1993, bes. S. 172–174, 182–186; Horst Mühleisen, Patrioten im Widerstand. Carl-Hans Graf von Hardenbergs Erlebnisbericht, in: VfZ 41 (1993), S. 419–477, hier: S. 424–437. Instruktiv auch: Günter Agde (Hg.), Carl-Hans Graf von Hardenberg. Ein deutsches Schicksal im Widerstand. Dokumente und Auskünfte, Berlin 1994. Daneben: Demps, Provinz, S. 666; Feldmeyer, Heimkehr, S. 28–36.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, im April 1942 angeordnet hatte, „Wirtschaftssaboteure" als „Volks- und Staatsfeinde" zu behandeln, nahm die Zahl der Verfahren und Urteile wegen Wirtschaftsdelikten sprunghaft zu. Besonders Personen, die dem Bewirtschaftungssystem Nahrungsmittel entzogen, mußten mit harten Strafen rechnen. So denunzierten polnische Saisonarbeiter in Niedergörsdorf (Kreis Jüterbog-Luckenwalde) im August 1944 einen Bauern, auf dessen Hof sie arbeiteten, wegen „Schwarzschlachtung eines Schweines und wegen verbotener Zubereitung von Butter." Die rigorose Kontrolle der landwirtschaftlichen Erzeugung sollte vor allem eine Wiederholung der Ernährungskrise verhindern, die im Ersten Weltkrieg im „Steckrübenwinter" (1916/17) und im „Schweinemord" kulminiert und mit der Legende vom Zusammenbruch der „Heimatfront" zu einem nachhaltig wirksamen Trauma der nationalsozialistischen Machthaber geworden war. Insgesamt erreichte die Ernährungsverwaltung mit ihrer rigorosen Zwangsbewirtschaftung, daß der Rückgang der Agrarproduktion bis Ende 1944 deutlich geringer blieb als im Ersten Weltkrieg. In Brandenburg war der Transport der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu den Verbrauchern aber schon seit 1942 zusehends schwieriger geworden, so daß Felddiebstähle deutlich zunahmen. Obgleich die Ernährungsämter 1942 nur vereinzelt Nahrungsmittelmangel feststellten, war die Versorgung mit einzelnen Produkten wie Gemüse nicht mehr kontinuierlich gesichert.[8]

Besonders der Abzug von Arbeitskräften stellte hohe organisatorische Anforderungen an die Kreisbauernschaften. Nachdem die landwirtschaftlichen Betriebe in Brandenburg 1939/40 noch über ausreichend deutsche Arbeitskräfte verfügt hatten, führte die Einberufung von Bauern, Landarbeitern und auch Gutsbesitzern zu den deutschen Streitkräften anschließend zu einem Arbeitskräftemangel, der nur durch den Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeitern ausgeglichen werden konnte. So waren schon 1942 43,8 Prozent der im Deutschen Reich beschäftigten Ausländer in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt. Im Mai 1944 arbeiteten 2,6 Millionen dieser *Displaced Persons* (36,4 Prozent der eingesetzten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter), die z.T. aus kommunalen Betrieben abgezogen worden waren, auf Bauern- oder Gutshöfen bzw. in forstwirtschaftlichen Betrieben. Insgesamt erreichte im Deutschen Reich der Anteil der ausländischen Zwangsarbeiter an den Beschäftigten in der Landwirtschaft 1944 46 Prozent. Auch in Brandenburg war diese Gruppe schon bis 1942 zunehmend in der Landwirtschaft eingesetzt worden. Ausländische Zwangsarbeiter stellten hier im Februar 1944 nahezu 49 Prozent und Kriegsgefangene fast 14 Prozent der in der Landwirtschaft Beschäftigten; der Anteil der deutschen Landarbeiter war auf weniger als 38 Prozent zurückgegangen und nahm 1944/45 weiter ab.[9]

---

8 BLHA, Rep. 1, Nr. 3735, Bl. 29–31; Rep. 1, Nr. 3736, Bl. 2, 79, 91, 118, 148. Zit. nach: BLHA, Rep. 1, Nr. 3631, Bl. 189. Zur Zwangserfassung von Vorräten durch „Hofbegehungen" exemplarisch: BLHA, Rep. 1, Nr. 3736, Bl. 87. Zusammenfassend für Brandenburg: Scheel, Veränderungen, S. 34. Allgemein: Michael Karl, Landwirtschaft und Ernährung im Deutschen Reich, in: Michael Salewski/G. Schulze-Wegener (Hg.), Kriegsjahr 1944. Im Großen und im Kleinen, Stuttgart 1995, S. 251–265, hier: S. 262–264; Ulrich Kluge, Kriegs- und Mangelernährung im Nationalsozialismus, in: Beiträge zur historischen Sozialkunde 15 (1985), S. 67–73; Corni/Gies, „Blut und Boden", S. 60f.; Corni/Gies, Brot, S. 474, 485, 487f., 492.

9 Angaben nach: Frieda Wunderlich, Farm Labor in Germany, 1810–1945. Its Historical Development within the Framework of Agricultural and Social Policy, Princeton 1961, S. 344f., 347; Klaus J. Bade, Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000, S. 287; Dietrich Beyrau, Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin, Göttingen

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Obgleich die Koordination des Einsatzes der Zwangsverschleppten und Kriegsgefangenen mit ihren unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten und Sprachen schwierig war, hörten die Landräte, die für die Ernährung zuständig waren, „über die Ostarbeiter so gut wie keine Klagen, eher Lobenswertes ..." Gelegentlich vermittelten Gutsbesitzer oder -verwalter Bauern sogar Zwangsarbeiter, um Arbeitsspitzen zu bewältigen. So konnte die Agrarproduktion trotz der beträchtlichen Engpässe und Mängel, mit denen die Kriegswirtschaft die Betriebe konfrontierte, weitgehend aufrechterhalten werden. Auch die Güter wurden weiterhin intensiv und produktiv bewirtschaftet, wie im Rückblick 1945 sogar leitende Angestellte der neuen Landwirtschaftsverwaltung, die von der SMAD errichtet worden war, zugestehen mußten. Wegen der unzureichenden Versorgung mit Betriebsmitteln und der mangelhaften Ernährung der Beschäftigten ging die Arbeitsleistung auf den Bauern- und Gutshöfen 1944/45 aber insgesamt deutlich zurück. 1945 mußte sogar die Frühjahrsbestellung zurückgestellt werden, da zunehmend Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abgezogen worden waren. Insgesamt verschlechterte sich die Nahrungsmittelversorgung 1944/45 rapide, auch wegen des Verlustes der östlichen Getreideüberschußgebiete. Die Lebensmittelrationen mußten daraufhin deutlich gekürzt werden.[10]

Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Brandenburg

Die militärischen Kämpfe am Ende des Zweiten Weltkrieges verwüsteten Brandenburg so nachhaltig, daß eine schnelle agrarwirtschaftliche Rekonstruktion ausgeschlossen war. Evakuierungen, Flucht und Vertreibung erhöhten auch die gesellschaftliche Mobilität auf dem Lande, brachen traditionale dörfliche Milieus auf, konstituierten neue soziale Gruppen und führten scharfe Konflikte über Ressourcen und Wertorientierungen herbei. Nach dem Beginn ihrer Offensive an der Weichsel Mitte Januar 1945 stießen die überlegenen sowjetischen Truppen schnell nach Westen vor und erreichten bereits am Monatsende die Neumark und die Oder, an deren Westufer sie mehrere Brückenköpfe bildeten. Da die Rote Armee ihre Großoffensive jedoch vorübergehend einstellte, konnten die verbliebenen deutschen Streitkräfte westlich der Oder eine neue Widerstandslinie errichten und um Berlin mehrere Verteidigungsringe aufbauen. So wurden Schützengräben angelegt, Orte befestigt und Geschützstellungen eingerichtet. Dennoch hielten die schwachen deutschen Truppenteile dem Angriff auf Seelow, den die 1. Belorussische Front unter Marschall Georgi K. Schukow am 16. April 1945 im Oderbruch begann, nur drei Tage stand. Zugleich rückte an der Neiße die 1. Ukrainische Front unter Marschall Iwan S. Konjew vor, und an der Ostsee erzielte die

---

2000, S. 107; Schneider, Landproletariat, S. 25, 29f.; Karl, Landwirtschaft, S. 257f. Dazu auch: Demps, Provinz, S. 654. Überblick in: Joachim Lehmann, Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft 1939 bis 1945, in: Ulrich Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz". Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 127–139 (mit verkürzter marxistisch-leninistischer Deutung). Zum Abzug von Zwangsarbeitern aus den Kommunen für Südwestdeutschland: Annette Schäfer, Zwangsarbeit in den Kommunen. „Ausländereinsatz" in Württemberg 1939–1945, in: VfZ 49 (2001), S. 53–75, hier: S. 60.

10 Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. 3: 1943–1945, Berlin 1996, S. 645f.; Scheel, Veränderungen, S. 34. Zit. nach: BLHA, Rep. 1, Nr. 3735, Bl. 71. Vgl. auch die Berichte in: BLHA, Rep. 1, Nr. 3735, Bl. 115f.; Rep. 1, Nr. 3736, Bl. 89; Rep. 1, Nr. 3737, Bl. 4. Bericht zur Produktivität des Gutsbetriebes in der brandenburgischen Gemeinde Klein-Glien (Kreis Zauch-Belzig) in: BArch, DK-1, Nr. 8898, Bl. 7.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

2. Belorussische Front unter Marschall Konstantin K. Rokossowski am 20. April den Durchbruch gegen die deutschen Truppen, die harten Widerstand geleistet hatten. Schon bevor die sowjetischen Großverbände am 25. April 1945 Berlin einschlossen und im Kessel um die Kleinstadt Halbe Tausende deutscher Soldaten und Zivilisten starben, hatten die Kämpfe in Brandenburg viele Menschenleben gefordert, Dörfer und Städte zerstört und weite Flächen verwüstet. Schwere Luftangriffe auf Städte wie Brandenburg (31. März und 20. April) und Potsdam (14./15. April) erhöhten die Schäden, die Bodenkämpfe herbeiführten.[11]

Die Bevölkerung war nur vereinzelt aus den Kampfgebieten östlich und unmittelbar westlich der Oder evakuiert worden. Das NS-Regime hatte 1944/45 umfassende Umsiedlungen unterbunden, um den Kampfesmut von Soldaten und Bevölkerung anzustacheln. Der Angriff der sowjetischen Truppen traf die Bewohner der Neumark deshalb weitgehend unvorbereitet. Auch der Vorstoß der Roten Armee über die Oder im April 1945 löste vielerorts eine panikartige Flucht aus. Schon vor dem Ende der Kämpfe in Berlin (2. Mai) und der Kapitulation des Deutsches Reiches (9. Mai 1945) hatte die preußische Provinz Brandenburg rund ein Drittel seiner Fläche verloren, auf der 1939 rund 610.000 Einwohner gelebt hatten. Bereits auf ihrer ersten Kriegskonferenz in Teheran Ende November 1943 hatten sich der sowjetische Diktator Josef W. Stalin, der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premierminister Winston S. Churchill Ende November 1943 geeinigt, die Grenzen Polens nach dem Ende der Kämpfe nach Westen zu verschieben. Mit der territorialen Neuordnung wurde eine umfassende Bevölkerungsverschiebung in Aussicht gestellt, bei der die deutschen Einwohner der Provinzen östlich von Oder und Neiße vertrieben und Millionen Polen von den – der Sowjetunion zuzuweisenden – östlichen in die neuen westlichen Gebiete „umgesiedelt" werden sollten. Nachdem die Rote Armee in Ostpolen einmarschiert war, gestand Churchill Stalin die Stadt Lemberg zu, während Polen nach dem Krieg die deutschen Gebiete östlich der Oder zugewiesen wurden. In einem Abkommen mit dem „Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung" (PKWN; „Lubliner Komitee") wurde die Sowjetunion im Herbst 1944 ermächtigt, in den Verhandlungen mit den westlichen Alliierten für die Festlegung der polnischen Westgrenze an der Oder und Neiße einzutreten. Stalin hatte damit in den darauffolgenden interalliierten Beratungen über die polnische und deutsche Ostgrenze schon früh eine Schlüsselposition gewonnen. Auf der Konferenz von Jalta stimmten Churchill und Roosevelt im Februar 1945 schließlich der Westgrenze der UdSSR entlang der Curzon-Linie ebenso zu wie der Oder als neuer polnischer Grenze. Bevölkerungsvertreibungen wurden dabei als Mittel der staatlich-territorialen Neugliederung anerkannt. Obgleich die deutsche Bevölkerung geordnet überführt werden sollte, setzten „wilde" Vertreibungen ein, die im Mai in den deutschen Ostgebieten begannen, nachdem die Sowjetunion am 21. April 1945 der Polnischen Provisorischen Regierung die Verwaltung der deutschen Provinzen östlich von Oder und Neiße überlassen hatte. Schon bis August 1945

11 Überblick in: Richard Lakowski, Das Ende der Naziherrschaft in Brandenburg, in: Dietrich Eichholtz (Hg.), Verfolgung, Alltag, Widerstand: Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente, Berlin 1993, S. 411–442; Demps, Provinz, S. 668–676. Als Einzelstudien auch die Beiträge von Olaf Groehler, Wolfgang Buwert, Jürgen Pfeiler, Heinz Petzold, Kurt Arlt/Werner Stang und Klaus Heß/Anke Richter, in: Stang (Hg.), Brandenburg, S. 9–37, 38–83, 84–105, 106–135, 195–222. Zur Militärgeschichte umfassend: Tony Le Tissier, Durchbruch an der Oder. Der Vormarsch der Roten Armee 1945, Frankfurt/M. 1996; Richard Lakowski, Seelow 1945. Die Entscheidungsschlacht an der Oder, Berlin 1994.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

trieben sowjetische und polnische Soldaten fast 300.000 Deutsche über Oder und Neiße. In der Tschechoslowakei richteten sich nationalistische Traditionskonstruktionen und Mythen gegen die deutschen Bewohner, deren ungeregelte und weitgehend willkürliche Vertreibung im Sommer 1945 durch die destruktive Dynamik von gesellschaftlicher Mobilisierung, administrativem Chaos und gezielter Repressionspolitik „von oben" herbeigeführt wurde. Auf der Potsdamer Konferenz billigten die Delegationen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten schließlich die von der Sowjetunion vorangetriebene ethnisch-territoriale Neugliederung Ostmitteleuropas auch formell, legten aber eine „ordnungsgemäße" Aussiedlung der Deutschen aus Mittelost- und Südosteuropa fest. Flucht und Vertreibung hatten aber bereits eingesetzt, so daß die alliierten Staatschefs in Potsdam nur noch Regelungen verabschiedeten, die den Prozeß kontrollieren sollten.[12]

Folgelasten des Zweiten Weltkrieges

Der Zweite Weltkrieg – besonders der Kampf um Berlin und die Luftangriffe – hatte in Brandenburg schwere Schäden hinterlassen. Die Städte Fürstenwalde und Prenzlau wiesen Zerstörungsgrade von 97 bzw. 85 Prozent und Forst, Schwedt und Lübben entsprechende Werte von jeweils 80 Prozent auf. Die östlichen Kreise Lebus (44 Prozent), Prenzlau (34 Prozent), Oberbarnim (33 Prozent) und Spremberg (20 Prozent) waren besonders stark verwüstet worden; in den westlichen Landkreisen Zauch-Belzig, Westprignitz, Ostprignitz und Luckau wurde dagegen nur ein Zerstörungsgrad von jeweils einem Prozent registriert. Insgesamt ging die Einwohnerzahl in der Provinz Brandenburg trotz des Flüchtlingszustroms von rund drei Millionen Menschen im Mai 1939 auf etwa 2,5 Millionen im Oktober 1946 zurück. Luftangriffe hatten Industriebetriebe wie das Flugmotorenwerk von Daimler-Benz in Genshagen und das große Kugellagerwerk in Erkner schon 1944 weitgehend zerstört. Zudem waren Brücken gesprengt, die Stromversorgung und Straßen unterbrochen und weite Flächen verwüstet worden. Die Zerstörung der Infrastruktur unterbrach wichtige Verkehrsverbindungen und förderte die ohnehin stark ausgeprägte lokale Isolierung, erschwerte eine zentrale Kontrolle der Gemeinden und verzögerte nachhaltig den wirtschaftlichen Wiederaufbau in der sowjetischen Besatzungszone, zumal die SMAD die Bahngleise demontieren ließ. Überdies waren viele Brücken, Lokomotiven und Waggons zerstört. 1948 standen in der SBZ nur noch 41,4 Prozent der Personenzugwagen zur Verfügung, die am 30. September 1944 eingesetzt worden waren. Da die Fahrzeuge, Lokomotiven und das Personal der Deutschen Reichsbahn zudem vorrangig für den Transitverkehr und den Transport von

12 Klaus-Dietmar Henke, Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung, in: Wolfgang Benz, Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt/M. 1985, S. 52–54; Wolfgang Benz, Fremde in der Heimat: Flucht – Vertreibung – Integration, in: Klaus J. Bade (Hg.), Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland: Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992, S. 381; Bade, Europa, S. 298. Zur Vertreibung aus den neuen polnischen Westgebieten: Philipp Ther, Vertriebenenpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR 1945 bis 1953, in: Kleßmann/Ciesla/Hertle (Hg.), Vertreibung, S. 89–111, hier: S. 91. Hierzu die Übereinkunft zur Westgrenze Polens im Kommuniqué der Potsdamer Konferenz, abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe, Bd. 1: Die Konferenz von Potsdam, 3. Drittelbd., bearb. v. Gisela Biewer, Neuwied 1992, S. 2118. Zur Vertreibung aus der Tschechoslowakei die Interpretation in: Glassheim, Mythologies, S. 466, 486. Zusammenfassend: Wolfgang Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München ^{2}1992, S. 98–103; Ther, Vertriebene, S. 38–44.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Reparations- und Demontagegütern eingesetzt wurden, mußte der Personenverkehr zeitweise sogar völlig eingestellt werden. Auch die Post wurde weitgehend durch Kuriere befördert, so in den Kreis Beeskow-Storkow im Oktober 1945. Wegen der Zerstörung der Verkehrswege und vieler Gewerbebetriebe – die Verluste in der Industrie sind für die SBZ mit zwanzig Prozent der 1944 vorhandenen Kapazität veranschlagt worden – geriet die Wirtschaft in eine Lähmungskrise, die nicht nur die ökonomische Rekonstruktion, sondern auch die gesellschaftliche Integration nachhaltig verzögerte. Überdies war die Gesundheitsfürsorge wegen der Zerstörung von Krankenhäusern und des Mangels an medizinischem Personal weithin zusammengebrochen. Krankheiten, Seuchen, Versorgungslücken und akute Not bildeten sich besonders in den stark zerstörten Ostkreisen heraus, die in einem Bericht vom August 1945 als „Hunger-, Elends- und Notgebiete" bezeichnet wurden.[13]

Der Krieg hatte auch die Agrarwirtschaft hart getroffen und die ländliche Gesellschaft in Brandenburg nachhaltig erschüttert. Viele Bauernhöfe waren zerstört und fielen so für die Agrarproduktion aus. So notierte Hoernle im Juni 1945 zur Lage der Landwirtschaft in der SBZ: „Es fehlt an Arbeitskräften, Gespannen, Schleppern, Erntemaschinen, ja sehr oft sogar an einfachen Dingen wie Sensen und Bindegarn. Es gibt auch Gebiete, wo die Bauern selbst nicht mehr vorhanden sind: die Höfe verwaist, die Dörfer Ruinen. Hunderte von Rittergütern sind von ihren Besitzern und Verwaltern fluchtartig verlassen worden." In Brandenburg waren in den verbliebenen Betrieben nur noch wenige landwirtschaftliche Maschinen und Geräte einsatzbereit. So war im Kreis Rathenow im August 1945 auf „einzelnen größeren Gütern [...] die restlose Bestellung nicht möglich, da jegliches lebende und tote Inventar fehlte und eine Ergänzung in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich war." Zwei Monate später standen im nordöstlichen Kreis Angermünde nur noch etwa 25 Prozent der 1939 vorhandenen Traktoren für die Herbstbestellung zur Verfügung. Viele Schlepper mußten zudem repariert werden oder konnten wegen des akuten Treibstoffmangels nicht eingesetzt werden. Ersatzteile waren für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte aber ebensowenig verfügbar wie Hufeisen für Pferde. In einem Bericht über den Landkreis Cottbus wurde im Juli 1945 knapp festgehalten: „Die Lage in der Landwirtschaft in unserem Kreis ist trostlos. Der größte Teil der Ackergeräte bezw. Fahrzeuge sind [sic] nicht einsatz-

13 Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4036/684, Bl. 1. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/8, Bl. 2; Ribbe, Land, S. 719. Zu den Luftangriffen 1944: Martina Dietrich/Dietrich Eichholtz (Hg.), Soziale Umbrüche in Brandenburg 1943–1945, in: Brigitte Berlekamp/Werner Röhr (Hg.), Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus, Münster 1995, S. 123–161, hier: S. 130f., 152–154. Zur Verbreitung von Seuchen und Krankheiten: Lakowski, Ende, S. 440f.; Nehrig, Bauern, S. 13; Scheel, Veränderungen, S. 45. Angegebene Zerstörungsgrade nach: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1116, Bl. 3; Gerald Christopeit, Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg und ihr Verhältnis zu der einheimischen Bevölkerung, in: Wille/Hoffmann/Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren, S. 86–109, hier: S. 95. Zur Zerstörung der Infrastruktur 1945 die Berichte in: BLHA, Rep. 330, Nr. 116, Bl. 6, 124. Dazu auch: Burghard Ciesla, Auf Schienenwegen nach Hause. Deutsche Reichsbahn, Eisenbahner und Heimkehrertransporte, in: Annette Kaminsky (Hg.), Heimkehr 1948, München 1998, S. 55–69, 349–353, hier: S. 56f., 62, 67 (Angabe). Angabe zum Kapazitätsverlust in der Industrie nach: Werner Matschke, Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) von 1945 bis 1948, Berlin 1988, S. 64, 66, 68. Zur Lokalisierung der Politik als Erlebnisbericht: Karl Steinhoff, Das Land Brandenburg in den ersten Nachkriegsjahren, in: Märkische Heimat 3 (1959), S. 138–145, hier: S. 138.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

fähig, soweit überhaupt noch vorhanden." Der Engpaß bei den Zugkräften wurde verschärft durch den Rückgang der Zugtiere auf ein Zehntel des Vorkriegsbestandes.[14]

Auch die Viehbestände waren in Brandenburg im Zweiten Weltkrieg enorm reduziert worden, bei Pferden von 1938 bis 1945 auf 45,5 Prozent, bei Rindern auf 38,7 Prozent und bei Schweinen auf 14,1 Prozent. Der Rückgang variierte in den einzelnen Regionen allerdings erheblich. Allgemein hatten die Ostkreise auch beim Nutzvieh die höchsten Verluste zu verzeichnen. So wies der Kreis Prenzlau 1945 nur noch 14 Prozent des 1939 registrierten Pferdebestandes auf, der Kreis Lübben dagegen 83 Prozent. Während im Oderkreis Lebus die Zahl der Rinder auf ein Prozent des Vorkriegsstandes zurückgegangen war, verfügten die Bauern in den Kreisen Zauch-Belzig und Lübben noch über 75 bzw. 73 Prozent ihrer Rinder. Auch die Schweine- und Kuhbestände hatten seit 1939 – besonders durch die Kämpfe am Kriegsende – in den Ostkreisen enorm abgenommen, so im Kreis Lebus auf 0,3 Prozent des Schweinebestandes und zwei Prozent der Kühe. Wegen des Rückgangs des Zuchttierbestandes verschärfte sich der Viehmangel in den ersten Nachkriegsjahren weiter, obgleich der inter- und intraregionale Ausgleich die Verluste z.T. kompensierte. In der unmittelbaren Nachkriegszeit blieb die Versorgung mit Produkten der Viehwirtschaft jedoch überaus prekär, wie der Landrat des Kreises Angermünde dem zuständigen sowjetischen Militärkommandanten am 30. August 1945 mitteilte: „Durch den geringen Rindvieh- und Schweinebestand war es nicht möglich, im Kreise eine regelmäßige Abgabe von Fleisch an die Bevölkerung durchzuführen. [...] Fettabgabe an die Bevölkerung war ebenfalls undurchführbar."[15]

Darüber hinaus waren besonders in den östlichen Landkreisen Brandenburgs weite Flächen vermint, so daß sie nicht bestellt werden konnten. So informierte ein Mitarbeiter der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft die SMAD am 1. März 1946 über die Situation im Kreis Lebus: „Der Kreis war über 3 Monate Frontgebiet, ist von rund 7 Mill. Flüchtlingen durchflutet und weitgehend zerstört worden, die Dörfer teilweise bis zu 100 %. 2.400 ha guten Bodens sind durch ausgedehnte Stellungsbauten, Drahtverhaue, Panzer- und Geschützwracks unbestellbar. Etwa 1.700 ha Kulturboden sind vermint. Die kleinen Bauern haben trotzdem diese Felder bestellt, aber durch explodierende Minen erhebliche Verluste in den letzten Monaten gehabt, so 9 Dörfer 81 Tote und über 300 Verletzte, 1 Dorf Badstück allein 23 Tote. Etwa 290 Pferde gingen verloren." Im Frühjahr 1946 lagen im Kreis Lebus insgesamt 11.000 ha brach, so daß hier dreißig Prozent der Ackerflächen nicht bestellt werden konnten. Obgleich viele Minenräumkolonnen, in die sowjetische Kommandanten vor

14 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Steinberger/Graffunder/Herholz, Hoernle, S. 146; BLHA, Rep. 330, Nr. 17, Bl. 7 (Orthographie korrigiert); SAPMO-BArch, NY 4182/1052, Bl. 12. Zur Zerstörung von Bauernhöfen: BLHA, Rep. 332, Nr. 620, Bl. 210. Zum Zugkraftmangel im Kreis Angermünde: BLHA, Rep. 208, Nr. 2752/1, Bl. 606. Vgl. Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46, Berlin (Ost) 1989, S. 255, 258, 342. Dokumente zum Mangel an Maschinen, Geräten und Treibstoff auch in: BLHA, Rep. 208, Nr. 2758, Bl. 263; Rep. 330, Nr. 17, Bl. 8; Rep. 330, Nr. 19, Bl. 91; BArch, DK-1, Nr. 7558, Bl. 115, 122; DK-1, Nr. 7584, Bl. 82. Zum Engpaß bei Ersatzteilen und Hufeisen: BLHA, Rep. 330, Nr. 8, Bl. 76. Allgemein: Horst Barthel, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945–1949/50, Berlin (Ost) 1979, S. 48; Nehrig, Bauern, S. 12.

15 BLHA, Rep. 330, Nr. 20, Bl. 10. Vgl. auch den Bericht in BLHA, Rep. 330, Nr. 19, Bl. 132. Geringfügig differierende Angaben zu den Viehbeständen 1945 für Brandenburg in: Barthel, Ausgangsbedingungen, S. 47; BLHA, Rep. 202 A, Nr. 432, Bl. 68; Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 360.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

allem deutsche Kriegsgefangene und inhaftierte Nationalsozialisten einwiesen, gebildet wurden, konnten Äcker und Wiesen nur langsam entmint werden, da die technischen Voraussetzungen weitgehend fehlten und Minenpläne nicht verfügbar waren. So konnten im Kreis Lebus noch für den Anbauplan für 1948/49 rund 755 ha vermintes Land nicht berücksichtigt werden, und Minen und Blindgänger forderten bis zu den frühen fünfziger Jahren viele Menschenleben.[16]

Überdies fehlten Saatgut und Futtermittel, so daß die landwirtschaftliche Erzeugung 1945/46 zurückging. Die Bevölkerung in Brandenburg litt deshalb unter anhaltendem Lebensmittelmangel. Im Kreis Lebus war die Versorgung im November 1945 katastrophal, denn Brot war zeitweilig 12 Tage überhaupt nicht zu bekommen. Drei Monate zuvor war die Ausgabe von Milch im Kreis Angermünde auf Kinder im Alter von bis zu zehn Jahren eingeschränkt worden. Im Juli 1945 klagen KPD-Funktionäre im Kreis Spremberg: „... die Ernährungslage ist einfach furchtbar. Die Menschen sterben sehr zahlreich. Eine Unterstützung durch die [sowjetische] Kommandantur haben wir nicht." Vielerorts wies die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungsmacht und den Parteileitungen der KPD die Verantwortung für die Not zu. Zudem förderte die Rationierung Schwarzmarktgeschäfte und führte scharfe Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen herbei, die sich ungerecht behandelt fühlten. Bauern, die im Notstandsgebiet um Küstrin lebten und kaum über Inventar und Vieh verfügten, protestierten im Januar 1946 in einem Leserbrief gegen ihre Eingruppierung als „Selbstversorger". Auch Landarbeiter wandten sich gegen diese Einstufung, denn sie verfügten kaum über Produktionsmittel und waren daher nicht in der Lage, sich selber zu versorgen. Da sie sich kaum ernähren konnten, stahlen die Menschen im Oderbruch „wie die Raben". Sogar Schwerstarbeiter erhielten im April 1946 täglich nur 450 Gramm Brot, 500 Gramm Kartoffeln, 25 Gramm Zucker, 40 Gramm Fleisch und 20 Gramm Fett. Die unzureichende Ernährung förderte auch die Verbreitung von Seuchen und Krankheiten, die vor allem junge Menschen trafen. So waren 1948 in den brandenburgischen Kreisen Neuruppin und Fürstenberg 1948 die Hälfte der Kinder an Tuberkulose erkrankt oder unmittelbar von Ansteckung bedroht. In der Gemeinde Brieselang (westlich von Berlin) hatten in demselben Jahr vierzig Prozent der Kinder ein Untergewicht von zehn Kilogramm.[17]

Außer dem materiellen Mangel war das Alltagsleben der Landbewohner in Brandenburg vor allem durch die allgemeine Unsicherheit belastet, die Plünderungen und Vergewaltigun-

16 Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 8894, Bl. 1. Zur Frühjahrsbestellung 1946: BArch, DK-1, Nr. 7592, Bl. 14. Zum Anbauplan 1948/49: BLHA, Rep. 208, Nr. 2754/1, Bl. 314. Angabe zur Brachfläche 1946: BLHA, Rep. 332, Nr. 618, Bl. 1. Zu den Kampfmittelrückständen auch die Berichte in: BArch, DK-1, Nr. 8818, Bl. 13; DK-1, Nr. 8894, Bl. 7, 16; DO-1/10/64, Bl. 124; SAPMO-BArch, DY 30/2022/55, Bl. 7; BLHA, Rep. 202 A, Nr. 197, Bl. 43f.; Rep. 206, Nr. 2576, Bl. 46; Rep. 208, Nr. 5/1, Bl. 507f.; Rep. 208, Nr. 9, Bl. 223; Rep. 330, Nr. 17, Bl. 6; Rep. 330, Nr. 29, Bl. 75; Rep. 332, Nr. 631, Bl. 186. Zur Lausitz: Schiller, Bodenreform, S. 17.

17 Thomas Wernicke, Nachkriegselend – Flucht, Vertreibung, Kriegsheimkehrer, in: Marksteine. Eine Entdeckungsreise durch Brandenburg-Preußen, hg. vom Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte beim Museumsverband des Landes Brandenburg e.V., Berlin 2001, S. 481. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 330, Nr. 11, Bl. 13; BArch, DK-1, Nr. 8894, Bl. 16. Zu der Beschwerde: BArch, DK-1, Nr. 7558, Bl. 115, 122. Zum Kreis Lebus: BArch, DK-1, Nr. 7592, Bl. 115. Zum Kreis Angermünde: BLHA, Rep. 330, Nr. 20, Bl. 10. Zuteilungsmengen nach: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1172, Bl. 149. Zum Lebensmittelmangel und zur Rationierung auch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/64, Bl. 18, 26–28; BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 23; Rep. 330, Nr. 19, Bl. 34; Rep. 332, Nr. 617, Bl. 1f.; Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 365. Zum Saatgut- und Futtermittelmangel: BArch, DK-1, Nr. 8894, Bl. 16f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

gen durch Angehörige der Roten Armee und befreite *Displaced Persons* (DPs) herbeiführten. Pferde und Vieh sowjetischer Truppenverbände weideten unbehindert auf gesäten Feldern, Kommandanten zwangen Bauern zum Arbeitseinsatz, und Soldaten beschlagnahmten oft willkürlich Maschinen, Geräte und landwirtschaftliche Erzeugnisse, so daß Arbeitsabläufe in den Betrieben nicht mehr kalkulierbar und kontrollierbar waren. Viele Gutsbesitzer und Bauern waren vor den anrückenden sowjetischen Truppen geflohen, so daß ihre Betriebe gemeinsam bewirtschaftet werden mußten oder verwahrlosten. Auf diesen „herrenlosen" Höfen mußten Truppeneinheiten eingesetzt werden, um die Ernte zu bergen. Gutsherren und Landwirte, die ihr Land nicht verlassen hatten oder im Sommer 1945 auf ihre Höfe zurückkehrten, wurden oft von sowjetischen Soldaten und Ortskommandanten der Roten Armee festgenommen, inhaftiert oder sogar erschossen. Das gewalttätige Vorgehen marodierender Soldaten und die Willkür von Offizieren der Roten Armee gegen die Zivilbevölkerung in Brandenburg störte nicht nur den Arbeitsprozeß und das Leben auf dem Lande, sondern verminderte auch nachhaltig die politische Attraktivität der KPD, wie das Parteisekretariat in Königs Wusterhausen am 10. September 1945 kritisierte: „Der K.P.D. bringt man teils Vertrauen, teils Mißtrauen entgegen. Man macht uns teils für die schlechten Ernährungsverhältnisse verantwortlich, teils schiebt man uns die Übergriffe der Besatzungstruppen in die Schuhe."[18]

Noch nachhaltiger als die Übergriffe von Soldaten der Roten Armee und (überwiegend polnischer) *Displaced Persons*, deren Repatriierung sich 1945/46 ebenso wie in Westdeutschland wegen des Mangels an Transportraum, fehlender Kontrolle und der unterbrochenen Verkehrsverbindungen verzögerte, erschütterte unmittelbar nach Kriegsende die Ankunft der Vertriebenen die ländliche Gesellschaft in Brandenburg. Die östlichen Landkreise der Provinz wurden besonders nachhaltig von der Zwangsmigration und der damit verbundenen enormen geographischen Mobilität erfaßt, die gleichfalls zu den Kriegsfolgelasten gehört, die sozialen Strukturen in dörflichen Milieus dynamisierte und damit ebenso wichtige Ausgangsbedingungen der Bodenreform hervorbrachte wie die Zerstörungen in der Landwirtschaft. Die Flucht von insgesamt etwa 15 Millionen Deutschen aus den verlorenen deutschen Ostgebieten sowie den mittelost- und südosteuropäischen Ländern führte zu einer tiefgreifenden „Durchwirbelung" der Gesellschaft in den deutschen Besatzungszonen und beeinflußte in den SBZ nachhaltig den sozioökonomischen Neuaufbau und die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Zwischen 1943 und 1948 wurde etwa die Hälfte der Deutschen von den Zwangswanderungen erfaßt, so daß „Entwurzelungserfahrungen" und eine enorm hohe geographische Mobilität das Alltagsleben in der Nachkriegszeit prägten. Von rund 18 Millionen Deutschen, die 1939 in den Gebieten östlich von Oder und Neiße sowie in Mittelost- und Südosteuropa gelebt hatten, flüchteten 14 Millionen am Ende des Zweiten Weltkrieges nach Westen. 1950 hatten sich in den beiden deutschen Staaten insge-

18 BLHA, Rep. 330, Nr. 11, Bl. 36. Zu den Einstellungen gegenüber den verschleppten ausländischen Arbeitskräften: Juliane Wetzel, „Displaced Persons". Ein vergessenes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APZ, Nr. 7–8/95, 10.2.1995, S. 34–39. Zur Repatriierung der *Displaced Persons* allgemein: Bade, Europa, S. 299. Zu den DPs in Westdeutschland zwischen Verwaltungshandeln und Gruppenverhalten: Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen 1985, bes. S. 63–84, 244–253; ders., Die Displaced Persons, in: Rainer Schulze/Doris von der Brelie-Lewien/Helga Grebing (Hg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, Hildesheim 1987, S. 175–179.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

samt knapp 12,4 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten niedergelassen.[19] Im Dezember 1947 stellten Flüchtlinge, die seit Ende September 1945 in der SBZ offiziell als „Umsiedler" bezeichnet wurden, hier 24,3 Prozent aller Einwohner. Der demographische Umbruch verschärfte das Nachkriegschaos, das sich aus der Zerstörung von Gewerbebetrieben, Wohnraum und Betriebsmitteln ergeben hatte.[20]

Die Flüchtlinge und Vertriebenen ließen sich in allen Besatzungszonen Deutschlands zunächst besonders in ländlichen, agrarisch strukturierten Regionen nieder, da sie hier (zu Recht) eine bessere Unterbringung und Ernährung erwarteten. Noch 1950 waren in Mecklenburg 42,5 Prozent und in Schleswig-Holstein 33,0 der Einwohner Vertriebene; der Bevölkerungsanteil dieser Gruppe betrug in Niedersachsen 27,2 und in Bayern 21,1 Prozent. Brandenburg war bereits 1943 von den organisierten Umquartierungen erfaßt worden, die Behörden und Organisationen der NSDAP durchgeführt hatten, um die zunehmend durch Luftangriffe bedrohte Bevölkerung aus den Städten auf das Land zu evakuieren. So waren bis September 1943 etwa 165.000 Personen in der preußischen Provinz – überwiegend bei Verwandten – untergebracht worden. Im Januar 1945 lebten hier etwa 165.000 Personen, davon 390.000 umquartierte Berliner. 1944 waren allein in Guben fast 11.000 Evakuierte aufgenommen worden, so daß sich die Einwohnerzahl der Stadt sprunghaft auf rund 125 Prozent erhöht hatte. Im Januar 1945 wurden in Brandenburg 546.000 Evakuierte registriert – davon rund 71 Prozent aus Berlin –, und noch Ende 1946 hielten sich hier 110.000 Umquartierte auf, die damit in der Provinz 4,2 Prozent der Einwohner stellten. Dagegen waren am 25. September 1944 nur 7.005 und am 11. Januar 1945 sogar lediglich 5.222 Menschen registriert worden, die aus der preußischen Provinz Mark Brandenburg in andere Regionen des Deutschen Reiches evakuiert worden waren.[21]

---

19 Wolfram Wette, Eine Gesellschaft im Umbruch. „Entwurzelungserfahrungen" in Deutschland 1943–1948 und sozialer Wandel, in: Robert Streibel (Hg.), Flucht und Vertreibung. Zwischen Abrechnung und Verdrängung, Wien 1994, S. 257–284, hier: S. 257–259, 264–268; Johannes-Dieter Steinert, Die große Flucht und die Jahre danach. Flüchtlinge und Vertriebene in den vier Besatzungszonen, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 557–579, hier: S. 558f.; ders., Art. „Flüchtlinge und Vertriebene", in: Benz (Hg.), Deutschland, S. 123–129, hier: S. 123; Benz, Fremde, S. 381–384. Bilanz von Flucht und Vertreibung in: Bade, Europa, S. 297. Zur Flucht und Vertreibung auch der Überblick in: K. Eric Franzen, Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer, Berlin 2001, S. 36–185.

20 Siegfried Bethlehem, Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiter-Zuwanderung. Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1982, S. 21–23; Steinert, S. 557, 561. Zu den Begriffen „Flüchtlinge" und „Vertriebene", die jeweils spezifiziert werden müssen: Marion Frantzioch, Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1987, S. 82f. Überzeugende Argumente für den Terminus „Vertreibung" in: Ther, Vertriebene, S. 99f. Zum Begriff „Umsiedler": Marion Frantzioch-Immenkeppel, Vertriebene (Umsiedler), in: Eppelmann, u.a. (Hg.), Lexikon, S. 656–658, hier: S. 656. Dazu auch das Merkblatt in: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1163, Bl. 200. Der Gebrauch des Terminus „Umsiedler" konnte aber auch in der SED-Diktatur nicht vollständig kontrolliert werden. Unterschiedliche Aneignungsformen und Verwendungsbezüge werden exemplarisch gezeigt in: Michael Schwartz, „Vom Umsiedler zum Staatsbürger". Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR, in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000, S. 135–166, bes. S. 143, 163.

21 BArch, DO-1/10/13, Bl. 142; Michael Krause, Flucht vor dem Bombenkrieg. „Umquartierungen" im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943–1963, Düsseldorf 1997, S. 179f.; Demps, Provinz, S. 665f.; Christopeit, Herkunft, S. 86; Dietrich/Eichholtz, Umbrüche, S. 156. Zu den Vertriebenenanteilen in den Ländern: Bethlehem, Heimatvertreibung, S. 30; Benz,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Schon Ende 1944 näherten sich auch die ersten Flüchtlingstrecks der Oder, bevor sowjetische Truppen die Neumark 1945 weitgehend besetzten. Die Bewohner der östlichen Landkreise der Provinz flohen oft überstürzt aus ihrer Heimat, da sie von den Behörden nicht vorgewarnt worden waren. So verließ der Gutsbesitzer von Charlottenhof (25 km östlich von Küstrin) nach einer telefonischen Information, die er von einem Verwandten im Oberkommando der Luftwaffe erhielt, am 30. Januar 1945 den Ort mit einem Treck. Insgesamt starben nahezu 39 Prozent der 1944 in der Neumark registrierten Einwohner durch Kriegseinwirkungen oder auf der Flucht. Die Anfang 1945 nach Brandenburg vorstoßenden sowjetischen Truppen waren weitgehend auf Selbstversorgung angewiesen und sollten auch aus der Landwirtschaft Reparationen entnehmen. Verbände der Roten Armee trieben in der Oderregion daher vielfach spontan das verbliebene Vieh ab und beschlagnahmten willkürlich Getreide, Futtermittel, Maschinen und Geräte.[22]

Im Sommer und Herbst 1945 wurden besonders die östlichen Kreise Brandenburgs zur Durchgangszone für Flüchtlinge. Schon vor der Potsdamer Konferenz wurden Deutsche, die unmittelbar östlich von Oder und Neiße lebten, rücksichtslos abgeschoben. Polnische Behörden und sowjetische Truppen schleusten die Vertriebenen über die Oderübergänge. Die Behörden konnten das Chaos zunächst kaum kontrollieren und nahmen den Flüchtlingszustrom – ebenso wie die alteingesessenen Bewohner – überwiegend als umfassende Bedrohung wahr. Allein im Kreis Lebus wurden im Herbst 1945 von sowjetischen Kommandanten, KPD-Funktionären und Bürgermeistern „Hunderttausende von Flüchtlingen hin- und hergeschoben [...], welche die Felder wie die Heuschreckenschwärme ausplünderten." Lokale Honoratioren und die Bevölkerung leiteten die Flüchtlingstrecks oft ziellos weiter und steigerten damit die Not der Vertriebenen. Viele der erschöpften Flüchtlinge ließen sich zunächst allerdings nahe der Oder und Neiße nieder, um (wie sie hofften) schnell in ihre Heimat zurückkehren zu können. Von September 1939 bis September 1946 erreichten nahezu 1.055.000 Vertriebene (davon rund 833.000 aus den neuen polnischen Westgebieten) die Provinz Brandenburg; weitere 600.000 Menschen, die im Krieg ihre Heimat verloren hatten, verfügten über keinen Wohnsitz und wanderten im Sommer 1945 oft ziellos durch die Provinz. Die sowjetischen Besatzungsoffiziere und die führenden SED-Funktionäre nahmen die Zwangsmigranten deshalb vorrangig als Sicherheitsproblem wahr, zumal auch der Drang dieser Gruppe zur Rückkehr in ihre alte Heimat mit dem früh erkennbaren Zwang zur Anerkennung der territorialen Nachkriegsordnung in Ostmitteleuropa kollidierte.[23]

Fremde, S. 382. Zur „Integration" als Interpretationskategorie: Klaus J. Bade, Sozialhistorische Migrationsforschung und ‚Flüchtlingsintegration', in: Schulze/von der Brelie-Lewien/Grebing (Hg.), Flüchtlinge, S. 126–162, hier: S. 145–148.

22 Manfred Zeidler, Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996, S. 193, 196–199. Als Überblick auch: Ulrich Kluge, Kriegsfolgeschäden der ostdeutschen Landwirtschaft (1944–1952), in: Stefan Weinfurter/Frank Martin Siefarth (Hg.), Geschichte als Argument. 41. Deutscher Historikertag in München, 17. bis 20. September 1996. Berichtsband, München 1997, S. 242f. hier: S. 242. Zur Fluchtbewegung: Scheel, Veränderungen, S. 30–32.

23 BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1115, Bl. 341f., 351; Rep. 203, MdI, Nr. 1074, Bl. 46. Zur Bevölkerungskonzentration unmittelbar westlich der Oder: Steinert, Flucht, S. 559; ders., Art. „Flüchtlinge und Vertriebene", S. 124. Zur Wahrnehmung als Sicherheitsproblem: Donth, Vertriebene, S. 103; Mehlhase, SED, S. 159f., 172. Zusammenfassend auch: Frank Weichelt, Integration durch Ansiedlung? Die Rolle der Bodenreform bei der Flüchtlingseingliederung in der Nachkriegsgesellschaft Brandenburgs 1945–1949, Magisterarbeit, Technische Universität Berlin 1994 (Ms.), S. 17–21; Jürgen Ast/Kerstin Mauers-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

2. Die Agrarstruktur und die Besitzverhältnisse nach der Bodenreform

Stellenwert der Landumverteilung und Quellenkritik

Die Bodenreform führte in der SBZ eine Besitzumwälzung herbei, deren Ausmaß allenfalls von den im 19. Jahrhundert durchgesetzten Agrarreformen erreicht worden war. Während die Lösung der Bauern aus ihren traditionalen Bindungen an Herrschaft und Boden aber ein langer, widersprüchlicher und von den Gutsherren wiederholt erschwerter Prozeß war, veränderte die Enteignung der Großgrundbesitzer ruckartig die Agrarstruktur. 1939 bewirtschafteten Großbetriebe auf dem Territorium der SBZ insgesamt 28,2 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN), in Mecklenburg aber 48,3 und in Brandenburg 29,6 Prozent. In diesen Ländern griff die Bodenreform deshalb am tiefsten in die bestehenden Besitzverhältnisse ein. In Mecklenburg wurden bis Ende 1948 insgesamt 52 Prozent der LN beschlagnahmt und in Brandenburg 38 Prozent, während im kleinbäuerlich strukturierten Land Thüringen nur 15 und in Sachsen, wo Groß- und Mittelbauern vorherrschten, lediglich 23 Prozent (in der SBZ insgesamt 34 Prozent) des Landes von der Bodenreform erfaßt wurden. Thüringen und Sachsen wiesen Anfang 1950 mit 11,2 bzw. 14,2 Prozent auch jeweils geringe Anteile am Bodenfonds auf, der aus dem konfiszierten Land gebildet worden war. Dagegen stellten Mecklenburg 28,5, Brandenburg 23,8 und Sachsen-Anhalt 22,3 Prozent des in der SBZ beschlagnahmten Bodens. Insgesamt wurde mit der Enteignung der Gutsbesitzer in den nördlichen und östlichen Regionen der SBZ aus einer großbetrieblichen eine kleinbäuerliche Agrarstruktur.[24]

Die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft und die zuständigen Abteilungen in den Länder- und Provinzialverwaltungen bzw. -regierungen verfolgten aufmerksam den Verlauf der Umwälzung, die das sowjetische Besatzungsregime in Kooperation mit den führenden KPD-Funktionären herbeigeführt hatte. Berichte von Instrukteuren der Partei, Landräten sowie Sekretären der Parteiorganisationen in den Kreisen und Gemeinden informierten die jeweils übergeordneten Partei- und Verwaltungsorgane regelmäßig über die Enteignungen und Landvergabe. Allerdings waren die Berichte und Statistiken nicht frei von Widersprüchen, denn die Angaben örtlicher und regionaler Amtsträger und Parteifunktionäre blieben im Nachkriegschaos unvollständig. Da in dem hierarchischen Berichtssystem zudem Erfolgsmeldungen prämiiert wurden und permanent Eingriffe übergeordneter

berger, Zweite Heimat Brandenburg. Flucht, Vertreibung, Neuanfang, Berlin 2000, S. 12–17; Christopeit, Herkunft, S. 89; Petra Pape, Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, in: Wille/Hoffmann/Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren, S. 110–132, hier: S. 110f., 114f.; Steinert, Flucht, S. 559. Die Evakuierten wurden in den Statistiken nicht durchweg separat von den „Umsiedlern" ausgewiesen. Vgl. Manfred Wille (Hg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, Bd. 1, Wiesbaden 1996, S. 278f. Zum Chaos und zur Not der Vertriebenen im Osten Brandenburgs: Ther, Vertriebene, S. 117f.

24 BArch, DK-1, Nr. 7375, Bl. 2; Weber, Umgestaltung, S. 2838; Stöckigt, Kampf, S. 261f. Vgl. auch die Angaben in Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 122. Anteile der Länder und Provinzen am Bodenfonds am 15. Januar 1947 in: BArch, DK-1, Nr. 7656, Bl. 233.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Instanzen drohten, fälschten Bürgermeister, Landräte und lokale Parteifunktionäre oft ihre statistischen Berichte, mit deren Vorbereitung sie vielfach völlig überfordert waren. So informierte in Brandenburg der Landrat des Kreises Zauch-Belzig das ZK der SED im Oktober 1945 über widersprüchliche Meldungen der Gemeinden zur Bodenreform. Auch im Kreis Oberbarnim waren die Angaben zum Verlauf der Landenteignung und -verteilung in den Dörfern im August 1948 so fehlerhaft, daß eine Erhebung wiederholt werden mußte. Im Kreis Templin klagte die Sekretärin des Landrats im Winter 1945/46, daß „die Angaben aus den einzelnen Gemeinden so mangelhaft seien, daß sie mit den Zahlen kaum etwas anfangen könnte." Auch wenn diese Kritik nicht verallgemeinert und überschätzt werden darf, ist zu beachten, daß die statistischen Angaben zum Wandel der Agrarstruktur und der Besitzverhältnisse, auf die sich die folgende Darstellung konzentriert, nicht frei von Verzerrungen sind. Fehler sind allerdings offenbar weniger auf gezielte Fälschungen, sondern vor allem auf Organisationsmängel, die ausgeprägte Besitzfluktuation, die hohe Mobilität der Bevölkerung sowie mangelnde Kompetenz und Sorgfalt der Bearbeiter zurückzuführen.[25]

Durchführung und Bilanz der Bodenreform in Brandenburg im Vergleich

Die Bodenreform begann in den Dörfern im Herbst 1945 mit der Bildung der Gemeindebodenkommissionen, die von den Kreis- bzw. Provinzialbodenkommissionen überwacht wurden. In rund 9.500 örtlichen Kommissionen, in die Bauern mit mehr als fünf Hektar nicht gewählt werden durften, arbeiteten in der SBZ im Februar 1946 51.232 Personen, davon 38,2 Prozent Landarbeiter, 34,7 Prozent landarme Bauern und Kleinpächter sowie 11,9 Prozent „Umsiedler". Auch bei Neuwahlen und personellen Ergänzungen war nur der Kreis der Bodenempfänger und potentiellen Landbewerber zugelassen. Die politische Struktur der Kommissionsmitglieder verdeutlicht, daß die Altbauern weitgehend von den Ausschüssen ausgeschlossen waren. So gehörten von den Mitgliedern der Gemeindebodenkommissionen in der SBZ im Februar 1946 23,2 Prozent der KPD, 14,8 Prozent der SPD und nur 1,6 Prozent der CDU oder LDPD an. 60,5 Prozent der Kommissionsmitglieder waren parteilos.[26]

In Brandenburg war der Anteil der Parteilosen in den Gemeindebodenkommissionen Anfang Dezember 1945 mit 65,7 Prozent noch höher. Auch hier setzten sich die Ausschüsse weitgehend lediglich aus den Begünstigten der Bodenreform zusammen. So hatte Bechler schon im September 1945 angeordnet: „In die Gemeindekommissionen dürfen nur landarme und landlose Bauern, Landarbeiter sowie Flüchtlinge gewählt werden. Die Zusammensetzung aller Gemeindekommissionen ist daraufhin zu überprüfen, und bei falscher Zusammensetzung müssen sofort Neuwahlen durchgeführt werden." Im Dezember 1945 waren

25 BLHA, Rep. 330, Nr. 24, Bl. 85. Meldung des Landrates des Kreises Zauch-Belzig in: BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 13. Zum Kreis Oberbarnim: BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 728 (Schreiben v. 19.8.1948). Zu der begrenzten Aussagekraft der Statistiken für Brandenburg auch: BArch, DK-1, Nr. 8818, Bl. 7f.

26 Prozentanteile errechnet nach: SAPMO-BArch, NY 4262/66, Bl. 86f. Vgl. auch BArch, DO-1/10/65, Bl. 30; Wolfgang Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, in: Wille/Hoffmann/Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren, S. 55–85, hier: S. 61; Kuntsche, Umgestaltung, S. 195; Nehrig/Piskol, Rolle, S. 334. Dazu die Richtlinien in: BArch, DK-1, Nr. 8831, Bl. 17–19; BLHA, Rep. 208, Nr. 185, Bl. 21. Zu den Aufgaben auch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/227, Bl. 14–18. Die statistischen Angaben sind vor allem wegen des allgemeinen Chaos 1945/46 nur begrenzt zuverlässig. Zur Validität der Daten allgemein die Hinweise in der Einleitung.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

37,7 Prozent der Mitglieder Landarbeiter, 35,0 Prozent Kleinpächter und landarme Bauern sowie 14,8 Prozent „Umsiedler"; 12,1 Prozent gehörten anderen Gruppen der ländlichen Gesellschaft an. Bis Anfang 1947 veränderte sich die Sozialstruktur der Gemeindebodenkommissionen in der Provinz deutlich, denn mit 33,6 Prozent der Mitglieder dominierten die landarmen Bauern, während landlose Bauern nur noch 25,6 Prozent der Ausschußmitglieder stellten. Der Anteil der SED-„Genossen" hatte zudem nahezu 58 Prozent erreicht (*Tabelle 1*).[27]

Dem Schwerpunkt der Bodenreform entsprechend, wurden Gemeindebodenkommissionen vor allem in den nördlichen und östlichen Regionen Brandenburgs gebildet. Im März 1946 arbeiteten allein im Kreis Angermünde in 87,6 Prozent der Gemeinden insgesamt 516 Ausschüsse. In den Kreisen Oberbarnim, Templin, Luckau, Calau, Spremberg und Guben waren zwar in allen Gutsdörfern Bodenkommissionen konstituiert worden, die absolute Zahl der Ausschüsse war hier aber überwiegend deutlich niedriger als in den Nord- und Ostkreisen. Die meisten Ausschußmitglieder wies der Kreis Beeskow-Storkow mit 1.617 auf, aber auch in den Kreisen Ruppin, Zauch-Belzig, Prenzlau und Oberbarnim waren jeweils mehr als 700 Mitglieder gemeldet.[28]

Bis zum 15. November 1946 beschlagnahmten die Gemeindebodenkommissionen in der SBZ insgesamt 6.669, bis zum 1. Oktober 1947 sogar 7.049 Betriebe mit jeweils mehr als 100 ha; zudem waren 2.843 kleinere Objekte ihren Besitzern – überwiegend „aktiven Nationalsozialisten" – entzogen worden. Bis Ende 1948 erhöhte sich die Zahl der enteigneten Großbetriebe mit mehr als 100 ha auf 7.112. Daneben hatten die Kommissionen in den Dörfern 4.278 Objekte mit weniger als 100 ha konfisziert. Flächen, die den Gutsbesitzern entzogen worden waren, stellten 77,7 Prozent des Bodenfonds; 10,2 Prozent war enteigneter Staatsbesitz, und 3,8 Prozent ging aus Privatbesitz mit weniger als 100 ha hervor. In Brandenburg wurden 23,8 Prozent und in Mecklenburg 27,9 Prozent der insgesamt in der SBZ beschlagnahmten Objekte von den Bodenreformkommissionen konfisziert. Der bis Ende 1948 in der Sowjetischen Besatzungszone enteignete Boden war zu 50,3 Prozent Ackerland; Wald umfaßte 31,1 und Grünland 10,8 Prozent des Bodenfonds.[29]

In Brandenburg wurden bis Ende 1946 1.619 Großbetriebe mit insgesamt 678.224 ha und 552 kleinere Höfe mit 17.767 ha enteignet. Darüber hinaus beschlagnahmten die Bodenreformkommissionen 245 Betriebe mit 53.017 ha aus Staatsbesitz. Am 1. Juli 1948 hatte die Bodenreform in Brandenburg weitere Betriebe und Flächen erfaßt. Der seit der Frühen Neuzeit regional unterschiedlichen Agrarstruktur der Provinz entsprechend, beschlagnahmten die Bodenreformkommissionen in den nördlichen und östlichen Kreisen Brandenburgs besonders viele Großbetriebe, die jeweils über mehr als 100 ha verfügt hatten. 1939 waren Güter besonders in den Kreisen Prenzlau mit 65 und Angermünde mit mehr als 44 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche vorherrschend gewesen. Hohe Zahlen konfiszierter

27 Zit. nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 185, Bl. 21 (Orthographie und Interpunktion korrigiert). Vgl. auch BLHA, Rep. 208, Nr. 187, Bl. 153; Rep. 255, Buckow, Nr. 1 (Schreiben v. 10.9.1945). Parteizugehörigkeit und Sozialstruktur im Dezember 1945 errechnet nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 201, Bl. 1; Rep. 208, Nr. 218, Bl. 1. Vgl. auch Schiller, Bodenreform, S. 23.

28 Vgl. die Tabelle in SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/229, Bl. 207.

29 BArch, DK-1, Nr. 7375, Bl. 1f., 46; DK-1, Nr. 7659, Bl. 15; DK-1, Nr. 8620, Bl. 1f.; Weber, Umgestaltung, S. 2841. Angaben zu einzelnen Ländern und Provinzen für den 1. Januar 1946 in: BArch, DK-1, Nr. 7656, Bl. 94. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/157, Bl. 7; Agethen, Art. „Bodenreform", S. 132; Kuntsche, Umgestaltung, S. 192f.; Stöckigt, Kampf, S. 259–262. Liste enteigneter Nationalsozialisten im Kreis Zauch-Belzig in: BLHA, Rep. 203, MdI, VP, Nr. 133, Bl. 219f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Güter wurden schon Ende 1945 auch in den Kreisen Ostprignitz (182), Prenzlau (162), Templin (131), Ruppin (129), Westhavelland (121), Lebus und Zauch-Belzig (beide 101) registriert (*Tabelle 2*).[30]

Die politisch fixierte, starre Enteignungsgrenze begünstigte eine schematische Durchführung der Bodenreform. So verloren in Mecklenburg und Brandenburg auch „Sandbauern" ihr Land, die zwar mehr als 100 ha besaßen und damit dem Stereotyp des „Junkers" mit mühelosem, gesichertem Einkommen und hohen Ertragsüberschüssen zu entsprechen schienen, aber überwiegend Boden mit geringer Bonität und auch Ödland bewirtschafteten. Da diese Besitzer auf dem Lande vielerorts – so in den brandenburgischen Kreisen West- und Ostprignitz – nicht als Gutsbesitzer, sondern als Bauern galten, lehnten Landwirte mit kleineren Betrieben und viele andere Dorfbewohner die Enteignung dieser Gruppe als Angriff auf die bäuerliche Kultur ab. Zudem war der Enteignungsgrenze der Grundbuchbestand vom 1. Juni 1945 zugrunde gelegt worden, obgleich vorangegangene staatliche Hoheitsakte und notariell beglaubigte Verkäufe im Chaos des Kriegsendes vielfach nicht mehr eingetragen worden waren. Auch der rigorose Umgang mit „antifaschistischen" Gutsbesitzern, denen zudem nur vereinzelt „Resthöfe" zugestanden wurden, zeigt, daß die Bodenreform weitgehend dogmatisch durchgesetzt wurde, ohne dabei die betroffenen Personen und die lokalen Bedingungen zu berücksichtigen. Im August 1947 gab sogar der Minister für Wirtschaftsplanung des Landes Brandenburg zu, daß die „starre Einhaltung der 100-ha-Grenze" in den Gemeinden „große Härten" verursacht und eine „politische Schwächung des Bodenreform-Gedankens" herbeigeführt habe: „Grundbesitzer von Grundstücken über 100 ha, die sich nachweislich antifaschistisch betätigten, wurden entschädigungslos enteignet und ausgemeindet, während im selben Dorfe Wirtschaften unter 100 ha im Eigentum nazifreundlicher oder indifferenter Personen bestehen blieben."[31]

Nach der Enteignung und Vertreibung der Großgrundbesitzer und Nationalsozialisten gingen viele Güter direkt an die Rote Armee über, deren Kommandeure vielerorts schon zuvor spontan Betriebe beschlagnahmt und Gebäude requiriert hatten. Die Lebensbedingungen der Bewohner dieser Gutshäuser verschlechterten sich daraufhin erheblich. Noch am 1. Januar 1950 verfügte die Rote Armee in der SBZ insgesamt über 1,2 Prozent des Bodenfonds. In Brandenburg bewirtschafteten sowjetische Kommandeure im Januar 1947 von der enteigneten Fläche 1,3 Prozent und im Juli 1948 2,5 Prozent. Die von der Roten Armee besetzten Güter dienten überwiegend der Versorgung der sowjetischen Truppen. Da die großen Gebäude aber vielerorts nur mit wenigen Soldaten belegt waren und besonders die Neubauern auf dem Lande unter dem Mangel an Wohnraum und Ställen litten, drängten deutsche Partei- und Staatsfunktionäre in den Dörfern auf die Freigabe der besetzten Gutsbetriebe. Gelegentlich wurden schon geräumte Güter auch erneut von sowjetischen Soldaten beschlagnahmt, damit besonders „Viehkommandos" konfiszierte Nutztiere unterbringen und füttern konnten. Überdies nahmen Truppeneinheiten der Roten Armee bei ihrem Abzug oft das auf den Gütern noch vorhandene Vieh und Inventar mit. So fehlten auf dem Gut in Klein

30 Angaben zum 1. Januar 1947 in: BArch, DK-1, Nr. 8818, Bl. 1. Zur regionalen Verteilung: BLHA, Rep. 208, Nr. 218, Bl. 19. Allgemein: Ribbe, Brandenburg, S. 716; Schulze, Prozeß, S. 34.

31 SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 146 (Orthographie korrigiert; Dokument auch in: BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 9–64). Zur Abgrenzung von „Bauern" und „Junkern" in den Kreisen West- und Ostprignitz: Spix, Bodenreform, S. 39–41.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Mesow (Kreis Calau) nach der Freigabe durch sowjetische Soldaten 1947 alle Betriebsmittel.[32]

Rund zwei Drittel des enteigneten Bodens teilten die Kommissionen aber einzelnen Empfängern zu. Insgesamt waren in der SBZ nach den Verordnungen zur Bodenreform 503.466 Personen antragsberechtigt, davon 145.598 in Brandenburg (28,9 Prozent). Bis Ende 1945 bewarben sich 350.227 Personen um Parzellen, davon 81.292 in der Provinz Brandenburg (23,2 Prozent). Von den Antragstellern waren 34,6 Prozent Kleinbauern, 37,1 Prozent landlose Bauern, Landarbeiter, Handwerker und Industriearbeiter sowie 28,3 Prozent „Umsiedler". Da die Erhebungskriterien nicht klar definiert waren und die Antragsteller im Nachkriegschaos nicht systematisch registriert wurden, erlauben diese Angaben aber nur eine Trendaussage. Bei der Verteilung des Landes wurden Vertriebene vielerorts zunächst benachteiligt. So erhielten im Kreis Belzig bis Ende Oktober 1945 nur 21,8 Prozent der „Umsiedler", die Parzellen beantragt hatten, Boden; bei den landarmen Bauern erreichte hier der entsprechende Anteil dagegen 48,3 und bei den landlosen Bauern, Landarbeitern und Pächtern sogar 77,1 Prozent.[33]

Bei der Vergabe der Parzellen war die Qualifikation der Antragsteller allenfalls ein untergeordnetes Entscheidungskriterium. Auch das individuelle Verhalten im NS-Regime beeinflußte die Landzuteilung kaum. Zwar verlangten Behörden – so für die brandenburgische Provinzialverwaltung Bechler und Rau in Runderlassen vom 24. September und 10. Oktober 1945 – zunächst eidesstattliche Erklärungen der Landempfänger, daß sie nicht der NSDAP angehört hatten; da mehr als 20 Prozent der Begünstigten aber Flüchtlinge waren, konnte die Parteizugehörigkeit oft ohnehin nicht kontrolliert werden. Deutlich unter dem Einfluß der weitverbreiteten Vorurteile gegen Vertriebene, klagte der Bürgermeister der Gemeinde Eichstätt (Kreis Osthavelland) in seinem Schreiben an das ZK der SED am 30. Mai 1947: „Weil der größte Teil Ostflüchtling ist und somit besonders ‚führertreu' war, sind sie noch so besonders dreist und unterschreiben jede eidesstattliche Versicherung, daß sie nie in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen gewesen sind. Leider sind ja größtenteils keine Zeugen vorhanden, welche gegen diese Elemente aussagen könnten." Sogar die KPD-Führung hatte sich demgegenüber nachhaltig um die Aufnahme dieser Landwirte in die Partei bemüht, wie Bernard Koenen in seinem Bericht vor dem ZK am 21. September 1945 gefordert hatte: „Man muss Formen finden, sie [Bauern, die Mitglieder der NSDAP gewesen waren] irgendwie zu erfassen, wie wir sie mit der Partei verbinden, damit sie praktisch mit der Partei arbeiten." Obgleich das Losverfahren bei der Zuweisung des Bodens von den Landes- und Provinzialverwaltungen vorgesehen war, bestimmten die sozialen Bezie-

32 Angaben in: BArch, DK-1, Nr. 8620, Bl. 3; BLHA, Rep. 208, Nr. 2754/1, Bl. 314; Rep. 330, Nr. 10, Bl. 10; Rep. 350, Nr. 873 (Liegenschaftsstatistiken v. 1.1.1947 u. 1.7.1948); Rep. 203, MdI, Nr. 1531, Bl. 181. Zum Gut in Klein-Mesow: SAPMO-BArch, DY 30/2/7/142, Bl. 81. Viele Berichte und Klagen über die Besetzung von Gütern durch die Rote Armee in: SAPMO-BArch, NY 4182/853, Bl. 105; NY 4182/1057, Bl. 75; DY 30/IV 2/2022/53, Bl. 63; BArch, DK-1, Nr. 7560, Bl. 147. Zu Brandenburg: BArch, DK-1, Nr. 7559, Bl. 3, 72; DK-1, Nr. 7584, Bl. 13, 384; BLHA, Rep. 208, Nr. 8, Bl. 158, 200, 299; Rep. 330, Nr. 17, Bl. 61; Rep. 330, Nr. 21, Bl. 92.

33 BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 10. Angaben zur Zahl der Antragsteller Ende 1945 in: BArch, DK-1, Nr. 7656, Bl. 96; DK-1, Nr. 7659, Bl. 124. Statistik vom April 1946 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/634, Bl. 28. Zahl der Antragsteller im Januar 1947 nach: BArch, DK-1, Nr. 7659, Bl. 14. Zu den Landbewerbern in Brandenburg auch die Statistiken in: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 122. Andere Angabe in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/634, Bl. 28. Zum Anteil der Individualempfänger: Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 32; Stöckigt, Kampf, S. 263f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

hungsnetze in den Dörfern oft die Vergabe der Parzellen. Nachdem die auf einem ausgehängten Plan verzeichneten Flächen zugewiesen worden waren, führten die Gemeindebodenkommissionen die Grobvermessung des zugeteilten Landes durch und markierten die Parzellen mit Grenzpfählen. Anschließend wurde der Boden feierlich übergeben.[34]

In der SBZ erhielten alteingesessene landarme Bauern von dem an Privatbesitzer verteilten Boden (insgesamt 1.795.020 ha) bis April 1946 22,2 Prozent, Kleinpächter 2,3 Prozent, Landarbeiter und landlose Bauern 41,3 Prozent, gewerbliche Arbeiter und Angestellte zwei Prozent und Vertriebene 31,6 Prozent. Rund 28,8 Prozent des Bodenfonds waren von öffentlichen Institutionen (Landes- bzw. Provinzialverwaltungen, Kreisverwaltungen, Städten, Landgemeinden und der VdgB) übernommen worden. 12,0 Prozent der enteigneten Fläche hatte die Bodenkommission noch nicht wieder zugeteilt. Insgesamt waren damit in der SBZ bis April 1946 205.797 Neubauernstellen gebildet worden, davon 32,6 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern, 29,2 Prozent in Brandenburg und 22,4 Prozent in der Provinz Sachsen. Bis zum 1. Januar 1950 übernahmen von der Fläche, die einzelnen Empfängern zugesprochen wurde, landlose Bauern und Landarbeiter 42,6 Prozent und Vertriebene 34,9 Prozent. Diese Gruppen bewirtschafteten insgesamt 210.276 Neubauernstellen, die durchschnittlich nur mit jeweils 8,1 ha ausgestattet waren. 69 Prozent des Neubauernlandes war Acker, 14,6 Prozent Wald und 12,4 Prozent Wiesen und Weiden. 5,2 Prozent des gesamten Bodenfonds war an Volkseigene Güter, 6,0 Prozent an die Gemeinden und 1,2 Prozent an die VdgB gefallen.[35]

In Brandenburg hatten 2.204 Gemeindebodenkommissionen bis Ende November 1945 Land an insgesamt 72.457 Familien verteilt. Damit waren 89,1 Prozent der insgesamt 81.292 Antragsteller Boden übergeben worden. Landlose Bauern und Landarbeiter hatten durchschnittlich 6,6 ha und Vertriebene 7,1 ha, Arbeiter und Angestellte aber jeweils nur 1,7 ha erhalten.[36] Am 1. Januar 1947 stellten zuvor landlose Bauern und Landarbeiter in der Provinz 26,3 Prozent der Individualempfänger von Boden, „Umsiedler" 22,2, gewerbliche Arbeiter sowie Angestellte 20,8 und Altbauern 2,8 Prozent. In Brandenburg waren aus der Bodenreform 49.051 Neubauern hervorgegangen. In der Verwaltung der Roten Armee waren 1,3 Prozent des Bodenfonds; 16,3 Prozent der enteigneten Flächen waren 1947 noch nicht aufgeteilt worden.[37] Bis zum Juli 1948, als die Bodenreform weitgehend abgeschlossen war, veränderten sich die Zahl der Landempfänger und der Umfang der zugeteilten Flächen nur geringfügig. Zwar erhielten viele gewerbliche Arbeiter und Angestellte Landparzellen; die von ihnen übernommenen Flächen waren insgesamt aber ebenso gering wie die Bodenzulagen der Altbauern (*Tabelle 3*).

---

34 Vgl. allgemein: Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 67. Beschönigend: Piskol/Nehrig, Umwälzung, S. 53f.; Warning, Dokumente, S. 636f. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BArch, DK-1, Nr. 8924, Bl. 12 (Orthographie korrigiert), 20; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/230, Bl. 25; Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 40. Vgl. auch die Anträge in SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/230, Bl. 33, 84, 106. Runderlasse Bechlers und Raus in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/137, Bl. 5, 24; BArch, DK-1, Nr. 9519, Bl. 201

35 Angaben für April 1946 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/634, Bl. 26, 28; BArch, DO-1/10/65, Bl. 29, 31, 33. Angaben zum 1. Januar 1950 nach: Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 122; BArch, DK-1, Nr. 8620, Bl. 2f.; BArch, DK-1, Nr. 8626, Bl. 2, 14. Vgl. auch Stöckigt, Kampf, S. 265f.; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 32f.; BArch, DK-1, Nr. 94, Bl. 214; DK-1, Nr. 7659, Bl. 15, 15a, 124; DO-1/10/65, Bl. 10f.

36 Vgl. Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 145, 202.

37 BArch, DK-1, Nr. 8818, Bl. 1f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

In den nördlichen und östlichen Kreisen, in denen jeweils eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Gutsbesitzern enteignet worden waren, erhielten auch besonders viele Neubauern (frühere landlose Bauern, Landarbeiter und „Umsiedler") Flächen. In den südlichen Regionen Brandenburgs waren ländlichen Industriearbeitern Kleinstparzellen übergeben worden. Körperschaften hatten besonders in den Kreisen Ruppin, Zauch-Belzig, Templin, Lübben, Luckau und Luckenwalde Flächen von jeweils mehr als 17.000 ha erhalten. Insgesamt waren bis Juli 1948 rund 32 Prozent des Bodens an Körperschaften vergeben worden. Die regionale Verteilung der Neubauern in Brandenburg veränderte sich bis 1951 nur geringfügig. Allerdings ging die Zahl der vielerorts als „Siedler" bezeichneten Stelleninhaber von 1945, als 45.709 registriert wurden, bis Juli 1951 um mehr als 2.000 zurück (*Tabelle 4*).[38]

Die Bodenreform in Ihlow als Beispiel

Der Strukturwandel, den die Bodenreform in Brandenburg herbeiführte, kann exemplarisch anhand der Gemeinde Ihlow nachgezeichnet werden, wo 1900 im Dorf 17 und im Gutsbezirk neun Häuser gezählt worden waren. 1931, als die dualistische Struktur der Kommunalverwaltung in Preußen beseitigt worden war, wies Ihlow insgesamt 54 Wohnhäuser auf. Die Agrarstruktur war zwar auch acht Jahre später noch durch den Landbesitz des Gutsherrn Hasso von Bredow geprägt, der in Ihlow rund 815 ha Land bewirtschaftete; daneben hatten sich aber mittel- und großbäuerliche Betriebe behauptet. Die Gemeinde Ihlow, die 1931 eine Gesamtfläche von 1.166 ha umfaßte, wies 1925 242 Einwohner – davon 115 Männer – auf. Mehr als 91 Prozent der Bevölkerung gehörten der Evangelischen Landeskirche, rund 8,7 Prozent der römisch-katholischen Kirche an.[39]

Nachdem die sowjetischen Truppen Anfang 1945 bis zur Oder vorgestoßen waren, wurden die Einwohner der Gemeinde Ihlow im Frühjahr 1945 aus dem neuen Kampfgebiet nach Mecklenburg evakuiert. Einzelne Bewohner – darunter die Familie des Gutsherrn – flohen allerdings erst, nachdem am 16. April 1945 die sowjetische Offensive begonnen hatte. Drei Tage später wurden in Ihlow einige Gebäude erheblich beschädigt, als starke Panzerverbände der 1. Belorussischen Front unter Marschall Schukow bei Prötzel die Verteidigungsstellung der deutschen 9. Armee durchbrachen und sowjetische Truppen das Dorf einnahmen.[40]

Als die evakuierten Einwohner im Sommer 1945 nach Ihlow zurückkehrten, hielten sich bereits viele Flüchtlinge und Vertriebene (überwiegend aus der verlorenen Neumark) in der Gemeinde auf, so daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit rund 600 Menschen in dem Dorf lebten.[41] Die Bevölkerung konnte kaum ernährt werden, da die Vertriebenen weitgehend

38 BLHA, Rep. 208, Nr. 195, Bl. 5f. Zur regionalen Verteilung der Neubauern auch die undatierte Statistik in: BLHA, Rep. 208, Nr. 4363, Bl. 8. Zur Entwicklung von 1945 bis 1951: BLHA, Rep. 208, Nr. 209, Bl. 3. Zur Übernahme von Bodenreformland durch Nebenerwerbsbauern im Kreis Spremberg: Nehrig, Industriearbeiter, S. 168, 170f., 175f.

39 Lieselott Enders (Hg.), Historisches Ortslexikon für Brandenburg, Teil VI: Barnim, Weimar 1980, S. 249f.; Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen, Bde. 2 u. 3, bearb. vom Preußischen Statistischen Landesamt, Berlin, Berlin 1932, S. 66.

40 Interview mit H.M., Ihlow, 14.6.1995; Gespräch mit G.S., Ihlow, 15.6.1995. Notiz „Landwirtschaft" in: Akten der Gemeinde Ihlow; Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten! Aus der Geschichte der Befreiung des Kreises Strausberg vom faschistischen deutschen Imperialismus, hg. v. der SED, Kreisleitung Strausberg, Eggersdorf o.J. [1975]. Zu den militärischen Operationen: Lakowski, Seelow, S. 88f., 219.

41 Interview mit H.M., Ihlow, 14.6.1995; Notiz „Landwirtschaft".

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

mittellos waren und die Kriegszerstörungen – abgebrannte Gebäude, abgeschossene Panzer und verminte Felder – die Wiederaufnahme der in der Gemeinde traditionell dominierenden Arbeit in der Landwirtschaft nachhaltig erschwerten. Die materielle Ausstattung war zudem völlig unzureichend. So hatte die Zahl der Traktoren im Kreis Oberbarnim 1944/45 von 450 auf 200 abgenommen, von denen viele überdies nicht einsatzfähig waren. Auch der Viehbestand blieb gering. Die Zahl der Pferde war von 1938 bis Juli 1945 im Kreis insgesamt um 70 Prozent, die Rinder- und Schweinebestände sogar um jeweils mehr als 96 Prozent zurückgegangen.[42]

Nachdem die Bodenreformverordnung für Brandenburg erlassen worden war, wurde in Ihlow der Gutsbetrieb mit einer Fläche von 821 ha (davon 450 ha Ackerland und 336 ha Wald) beschlagnahmt. Die Gemeindebodenkommission, der vier Personen – darunter ein „Umsiedler" – angehörten, arbeitete anschließend den Aufteilungsplan aus. Am 8. Oktober 1945 empfingen in der Gemeinde Bewerber, die zuvor verzeichnet worden waren, in einer feierlichen Veranstaltung ihr Land. Der Bürgermeister von Ihlow begrüßte dazu den sowjetischen Kreiskommandanten aus Strausberg, einen Vertreter des Landratsamtes in Bad Freienwalde und einen Funktionär der KPD-Ortsgruppe Strausberg, der pathetisch die historische Stunde der Landaufteilung beschwor: „Wir sind heute zusammengekommen, um den endgültigen Schlußstrich zu ziehen unter die frühere Zeit, die Zeit des Reaktionismus [sic] und des Faschismus. Wir wollen Euch heute das Land übergeben, was [sic] schon Jahrzehnte, ja Jahrhunderte lang im Besitz von einzelnen Menschen, Reaktionären und Militaristen ist. [...] Ich möchte Euch an die Bauernkämpfe und Bauernrevolutionen erinnern in der Zeit von 1500 bis heute. [...] Schmach und Schande ist über unsere deutsche Heimat gekommen durch den Faschismus in den letzten Jahren. [...] Wir wollen alles daran setzen, um nicht wieder in einigen Jahren in einen 3. Schlimmeren Krieg ziehen zu müssen. Wir wollen endgültig damit Schluß machen, und dazu ist es notwendig, die besitzende Klasse der Großgrundbesitzer, der Militaristen auszurotten. Wir wollen ihnen den Boden, das Fundament ihrer Verbrechen, entziehen und zerschlagen." Der Repräsentant der Stadt Strausberg und des Landratsamtes in Bad Freienwalde stellte das Ziel heraus, das Nachkriegschaos zu bewältigen, und forderte die Dorfbewohner auf, der KPD als führender politischer Partei zu vertrauen. Im Auftrag des sowjetischen Kreiskommandanten, der die Veranstaltung vorzeitig verlassen hatte, bekräftigte der Bürgermeister anschließend die Entschlossenheit der Militärbehörden, die Interessen der Einwohner zu beachten und zu wahren. Die Bodenreform verlangte auch ein Vertriebener, der anschließend in seiner kurzen Ansprache zum gemeinschaftlichen Neuaufbau aufrief, um den Verlust der Heimat auszugleichen, die drükkende Not zu überwinden und besonders den Flüchtlingen eine neue Lebensperspektive zu eröffnen. Nachdem die Parzellen den Landbewerbern zugelost worden waren, schloß ein kleines Fest mit einem Essen die zeremonielle Landübergabe ab. Insgesamt wurden in Ihlow 786 ha (davon rund 424 ha Ackerland und 231 ha Wald) aufgeteilt. Entgegen den Bestimmungen der Bodenreformverordnung erhielten viele Bauern, Landarbeiter und Vertriebene jeweils 12 ha, nachdem der Bürgermeister den Landrat in Bad Freienwalde auf die geringe Bodengüte in der Gemeinde hingewiesen hatte.[43]

42 BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 705, Bl. 8f.

43 Interview mit H.M., Ihlow, 14. Juni 1995; Interview mit G.S.; Ihlow, 15. Juni 1945; Interview mit H.S., Ihlow, 15. Juni 1995. Zit. nach: BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 894 (Bericht vom 13.10.1945; Orthographie und Interpunktion korrigiert). Zur Bodenreform in Ihlow auch: ebd. (Aufteilungsprotokolle, „Antrag auf Nichtenteignung bezw. Aufteilung"; Schreiben v. 25.9.1945, 18.1.1946 u. 22.1.46); Rep.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Von dem in Ihlow übereigneten Ackerland empfingen Landarbeiter und landlose Bauern rund 44 und Flüchtlinge etwa 23 Prozent. Darüber hinaus wurden landarmen Bauern sowie gewerblichen Arbeitern und Angestellten jeweils weniger als zwei Prozent des in den Bodenfonds aufgenommenen Landes zugeteilt. Insgesamt gingen aus der Bodenreform in Ihlow 45 Neubauern hervor, die Parzellen von durchschnittlich nur rund fünf Hektar sowie zusammen lediglich neun Pferde, sieben Pferdepflüge, sechs Eggen, zwei Kultivatoren und zwölf Häufelpflüge erhielten. Ende 1945 verfügten 44 Neubauern (27 Landarbeiter und landlose Bauern sowie 17 Vertriebene) über zwei Traktoren, zwei Anhängepflüge und einen Strohbinder, die auf dem enteigneten Gutsbetrieb vorgefunden worden waren. Da ihnen auch lediglich sieben Wohngebäude übergeben worden waren und erst in den späten vierziger Jahren Neubauten errichtet wurden, mußten die Neubauern – besonders die Vertriebenen unter ihnen – zunächst notdürftig im Gutshaus untergebracht werden.[44]

Vor der Aufteilung seines Eigentums hatte der Gutsbesitzer von Bredow noch am 25. September 1945 beantragt, auf die Enteignung seines Besitzes zu verzichten, da er nicht als Nationalsozialist eingestuft werden könne. Außerdem müsse eine Aufteilung des Gutes verhindert werden, denn der Wald von Ihlow unterstehe als Schutzforst staatlicher Aufsicht. Die vorhandene, auf Auktionen und Tierschauen präsentierte Stammherde von Schafen lege darüber hinaus die Einrichtung einer Zuchttierwirtschaft auf dem Gut nahe. Diesem Vorschlag schloß sich die Provinzialbodenkommission an. Der Beschluß des obersten Kontrollgremiums in Brandenburg wurde der Gemeindebodenkommission in Ihlow aber erst nach der Aufteilung des Gutes mitgeteilt. Der sowjetische Kreiskommandant befahl daraufhin, den Neubauern ihren bereits zugeteilten Landbesitz zu lassen. Am 1. November 1945 bestätigte auch die Provinzialbodenkommission nachträglich die Aufteilung.[45]

Die Aufteilung von Wald

Im November 1946 hatten die Bodenreformkommissionen in der SBZ auch Waldflächen im Umfang von 889.659 ha beschlagnahmt, davon 36,7 Prozent (317.590 ha) in Brandenburg. In der Provinz waren schon bis Anfang Dezember 1945 insgesamt 406.815 ha Wälder enteignet worden, davon allein 12,0 Prozent im nordöstlichen Kreis Angermünde. Hier erreichte der Anteil der Wälder an den enteigneten Flächen 93,0 Prozent. Der Umgang mit diesen Wäldern war in den Ausführungsbestimmungen zu den Bodenreformverordnungen nicht eindeutig geregelt worden und blieb deshalb zunächst umstritten. In Brandenburg war bereits während der Bodenreform ein heftiger Kampf um den Wald entbrannt. Einzelne Gemeinden (wie die Stadt Beelitz im September 1945) beanspruchten Waldflächen mit dem Hinweis auf den neuen Besitz der Bauern, dessen „Bewirtschaftung [...] bekanntlich sehr

250, Oberbarnim, Nr. 717, Bl. 23, 45, 80. Vgl. auch die Berichte und Durchführungsverordnungen in BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 717, Bl. 6–8, 95, 101; Rep. 255, Amtsbez. Krausnick, Kr. Beeskow-Storkow, Nr. 19, Bl. 225–228; Rep. 330, Nr. 8, Bl. 75, 143. Überblick in: Sandford, Hitler, S. 108; Nehrig, Bauern, S. 15–17. Zu den religiös motivierten Bedenken gegen die Aneignung fremden Landes rückblickend: Sergej Tjulpanow, Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee, hg. v. Stefan Doernberg, Berlin (Ost) 1986, S. 151.

44 BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 892, Bl. 1–10; Ortslexikon, S. 250. Hierzu die Aufteilungsprotokolle in: BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 894; Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 722 („Inventar-Statistik").

45 BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 894 („Antrag auf Nichtenteignung – bezw. Aufteilung"; Schreiben v. 16.10.1945 u. 2.11.1945).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

mangelhaft ist." Zudem griffen Förster und Oberförster, die (zu Recht) um die Bewirtschaftung der Waldflächen durch die Neubauern besorgt waren, in bereits zugeteilte Wälder ein, da sie zu verhindern versuchten, daß sie planlos abgeholzt wurden. Einzelne Forstbeamte ließen aber auch Holz schlagen, um Waldarbeiter oder ihre eigenen Familien mit Brennmaterial zu versorgen. Besonders umstritten war die Enteignung von Wäldern der Forstämter, die vielfach eine Übergabe ihres Bodens verweigerten. Ermuntert von sowjetischen Kommandanten, teilten Gemeindebodenkommissionen Staatsforsten vielerorts eigenmächtig an Neubauern auf. Offiziere der Besatzungsmacht drängten auch auf die Zerschlagung der Gutswälder, um die Bodenreform irreversibel zu verfestigen. Da die Neubauern mit dem als Baumaterial dringend benötigten Holz versorgt werden sollten, gewährten ihnen die sowjetischen Militärbehörden zudem das Recht, in ihren Wäldern uneingeschränkt Bäume zu fällen. Im Januar 1946 verbot der Landesforstmeister den Förstern in Brandenburg schließlich, die Aufteilung der enteigneten Waldflächen weiterhin zu behindern und in die Bewirtschaftung des Neubauernwaldes einzugreifen.[46]

Dennoch sperrten sich einzelne Forstämter noch im Frühjahr 1946 mit dem Hinweis auf die fehlende Genehmigung der Landesforstverwaltung gegen die Nutzung zugeteilter Waldflächen durch die Neubauern. Revierförster warnten den Landesforstmeister weiterhin, daß Neubauern ihre Wälder oft planlos abholzten und damit die Erosions- und Windbruchgefahr auch für die benachbarten Staatswälder erhöhten. Nachdem die Schäden, die den verteilten Wäldern zugefügt wurden, deutlich hervorgetreten waren, untersagte die Provinzialverwaltung schließlich im August 1946 den Landräten, Oberlandräten, Leitern der Bodenkultur ämter und den Ausschüssen der VdgB, weiterhin Waldflächen zu verteilen. Neubauern und Städte beantragten aber unverdrossen, ihnen Forsten zuzuweisen oder einer Neuverteilung des Bodens zuzustimmen. Der Brandenburgische Landtag erlegte Waldbesitzern im Mai 1947 jedoch auf, vor einem Holzeinschlag das zuständige Forstamt zur Beratung heranzuziehen, und beschloß, die genossenschaftliche Bewirtschaftung zu fördern. Das Landesforstamt bestimmte damit weitgehend die Nutzung des Neubauernwaldes, um weiteren Mißbrauch zu verhindern. Die Neubauern sollten nach einem Erlaß der Landesregierung vom 29. Januar 1947 demgegenüber vor allem aus den Staatsforsten unentgeltlich Holz beziehen. Oft planlose Entnahmen von Holz aus den verteilten Wäldern für das Neubauernbauprogramm bestätigten die Warnung der Forstbehörden, daß die Neubauern ihre Forsten nur unzulänglich nutzten und vielfach ausbeuteten. Aber auch der Übergang zur Planwirtschaft legte nahe, die staatliche Kontrolle über den Wald auszudehnen. So trieb die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft in der DWK 1948/49 die Gründung von Waldgenossenschaften voran, die – von der VdgB getragen – eine koordinierte Bewirtschaftung der Forsten sichern und einen weiteren planlosen Holzeinschlag verhindern sollten. Insgesamt gewannen die zentralen Verwaltungsinstanzen, deren Macht 1948/49 sprunghaft zunahm,

46 BLHA, Rep. 208, Nr. 3461, Bl. 53, 65, 130, 228, 236, 412, 519. Anträge von Gemeinden und Kreisen auch in: BLHA, Rep. 208, Nr. 3454, Bl. 1; Rep. 202 A, Nr. 184, Bl. 55. Zur Zuteilung von Wald in der Provinz 1945 allgemein: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 146. Zu den Anordnungen sowjetischer Kommandanten und Militärbehörden: BLHA, Rep. 208, Nr. 2339, Bl. 148; Rep. 208, Nr. 3454, Bl. 89; Rep. 330, Nr. 24, Bl. 85. Anordnung des Landesforstmeisters vom 13. Januar 1946 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 3454, Bl. 26. Zur Aufteilung von Staatswald und zur Verzögerung durch Forstämter: BArch, DK-1, Nr. 7659, Bl. 134; SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 107; BLHA, Rep. 208, Nr. 193, Bl. 19; Rep. 208, Nr. 3454, Bl. 13, 49. Angaben in: BArch, DK-1, Nr. 7659, Bl. 15, 110, 123. Zu dem Beschluß, Waldgenossenschaften zu bilden: BLHA, Rep. 201, Nr. 327, Bl. 7. Zu den Folgelasten des Holzeinschlags allgemein: Merz, Bodenreform, S. 1169.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ebenso wie die Landes- und Kreisbehörden in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren zunehmend die Kontrolle über die bei der Bodenreform enteigneten Wälder, so daß Neubauern kaum noch eigenmächtig Holz aus ihren Wäldern gewinnen konnten.[47]

Frauen und Industriearbeiter als Landempfänger

In der Not der unmittelbaren Nachkriegszeit erhielten in der SBZ auch viele Frauen Land, um sich und ihre Kinder ernähren zu können. Zudem hofften sie auf die Rückkehr ihrer Ehemänner und Söhne, die das Land bewirtschaften sollten. Die Frauen, die Neubauernstellen übernahmen, brachen damit zumindest vorübergehend die geschlechterspezifische Arbeitsteilung und Rollenzuweisung auf dem Lande auf. Der Anteil der Frauen an der Gruppe der Selbständigen erhöhte sich durch die Neubäuerinnen, die statistisch nicht gesondert erfaßt wurden, beträchtlich. Die Frauen, von denen viele aus den deutschen Ostgebieten vertrieben worden waren, zeigten sich zwar den Belastungen des Neuanfangs als Bäuerinnen gewachsen, waren aber in den dörflich-agrarischen Milieus, die von alteingesessenen Landwirten geprägt wurden, überwiegend isoliert und besonders unzureichend mit Vieh, technischem Inventar und Gebäuden ausgestattet. Deshalb gaben in der SBZ von 1946 bis zum 15. Juli 1949 2.675 alleinstehende Frauen ihre Neubauernstellen auf, zumal ihre männlichen Familienmitglieder nicht zurückgekehrt waren. Dies veranlaßte in den späten vierziger Jahren nach eigenen Angaben 8,5 Prozent der Frauen, die ihren Boden verließen, zur Landrückgabe, denn die Neubäuerinnen waren mit der Bewirtschaftung des Landes dauerhaft überlastet. Einige Frauen verloren das Land auch, weil ihre Ehemänner bei den Bodenreformkommissionen gegen die Zuteilung von Parzellen intervenierten oder familiäre Konflikte die weitere Arbeit als Neubäuerin verhinderten. Angesichts der unsicheren Perspektive waren viele Frauen – so im Kreis Ostprignitz im April 1946 – „im Zweifel, ob sie Geld in die Siedlung investieren, weil sie nicht wissen, ob ihre Männer zurückkommen." Überwiegend bewirtschafteten Frauen, die Boden übernommen hatten, ihre Parzellen in Brandenburg aber noch in den frühen fünfziger Jahren vielfach unter schwierigen Bedingungen. So verfügte eine Neubäuerin in der Gemeinde Tempelberg (Kreis Lebus) lediglich über ein Pferd; nur die Rente, die sie für ihre beiden Kinder erhielt, sicherte ihre Existenz.[48]

Eine gesonderte Gruppe von Landempfängern bildeten auch die Nebenerwerbsbauern, die weder von der Agrargeschichtsschreibung noch von der Historiographie zur Industriearbeiterschaft – nicht nur in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland – hinreichend beachtet worden sind. Besonders in den südlichen und südöstlichen Kreisen

47 BLHA, Rep. 208, Nr. 4363, Bl. 2. Runderlaß der Provinzialverwaltung vom 23. August 1946 in: BArch, DK-1, Nr. 7591, Bl. 15; BLHA, Rep. 208, Nr. 186, Bl. 34. Zur Bildung von Waldgenossenschaften und zum Verbot, ohne Genehmigung Holz zu schlagen: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/321, Bl. 41; BLHA, Rep. 201, Nr. 327, Bl. 7f., 13. Hinweis auf den Erlaß vom 29. Januar 1947 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 4259, Bl. 8. Warnungen von Forstexperten z.B. in: BLHA, Rep. 208, Nr. 3453, Bl. 8; Rep. 208, Nr. 3461, Bl. 166. Zur Kritik an der Nutzung der Neubauernwälder exemplarisch: BLHA, Rep. 206, Nr. 2643 („Referat 4. Jahresabschlußbericht").

48 BLHA, Rep. 202 G, Nr. 52, Bl. 65. Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 7558, Bl. 154. Zu Neubäuerinnen in der SBZ: Osmond, Folgen, S. 159–163; Wolfgang Meinicke, Zur Eingliederung der Vertriebenen in den Arbeitsprozeß, in: Wille (Hg.), 50 Jahre, S. 273–285, hier: S. 275. Anschaulicher Bericht in: Panzig, „Weest de noch, wie mer stoppeln war'n?", S. 29. Der Wandel der geschlechterspezifischen Rollenzuweisung wird überschätzt in: Panzig, Beruf, S. 174f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Brandenburgs erhielten gewerbliche Arbeiter, die auf dem Lande wohnten, aber im Bergbau sowie in der Glas- und Textilindustrie beschäftigt waren, Parzellen oder Landzulagen. In der Subsistenzwirtschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit strebten diese Industriearbeiter vorrangig an, ihre Ernährung zu sichern. So wurden Arbeitern und Angestellten im Kreis Spremberg Parzellen von durchschnittlich 0,25 ha zugeteilt. Dagegen übernahmen Kleinpächter durchschnittlich 0,5 ha und landarme Bauern drei Hektar. Die Kommissionen wiesen in diesem Kreis insgesamt einem Drittel der insgesamt 3.392 Landempfänger jeweils weniger als 0,5 ha zu. Diese Kleinstbetriebe waren von der Pflichtablieferung befreit. Die Zahl der Höfe, deren landwirtschaftliche Nutzfläche fünf Hektar unterschritt, verdoppelte sich im Kreis Spremberg durch die Bodenreform nahezu. Einige ländliche Arbeiter, die noch tief in dörflichen Milieus und bäuerlichen Traditionen verwurzelt waren, widmeten sich nach 1945 sogar wieder ausschließlich der Agrarwirtschaft. Ihre Parzellen waren aber so klein, daß sie in den frühen fünfziger Jahren mit Land aufgestockt werden mußten, das von anderen Bodenempfängern zurückgegeben worden war. Allerdings erhielten die ländlichen Industriearbeiter in den südlichen Kreisen vielfach kohle- und mineralhaltiges Land, das ihnen nur unentgeltlich und unbefristet zur Nutzung übergeben wurde, aber zum Kohleabbau von den Behörden zurückgefordert werden konnte. Insgesamt stellten gewerbliche Arbeiter, Handwerker und Angestellte in den Kreisen der Lausitz (Calau, Cottbus, Guben, Lübben, Spremberg, Bautzen, Hoyerswerda, Kamenz, Löbau und Weißwasser) 34,3 Prozent der Individualempfänger von Land. Obwohl ihr Anteil an der bewirtschafteten Fläche relativ gering war, konnten sie auf den ihnen übergebenen Parzellen Feldfrüchte erzeugen, die für ihre Ernährung ebenso unabdingbar waren wie die Produkte der eigenen, überwiegend kleinen Viehwirtschaft. Mental stärkte die Bodenreform die Bindung an das Land, das von den „Arbeiter-Bauern" überwiegend ohnehin noch nicht völlig aufgegeben worden war.[49]

Nicht vergebene Bodenreformflächen

Da enteignetes Land besonders in den Oderkreisen vermint oder nicht zugänglich war und vielerorts nur eine geringe Bodengüte aufwies, konnten Flächen, die bei der Bodenreform enteignet worden waren, in den ersten Nachkriegsjahren nicht zugeteilt werden. Insgesamt waren in der SBZ am 1. Januar 1946 nach amtlichen Statistiken 454.082 ha nicht vergeben worden, davon allein 37,0 Prozent in Brandenburg und 34,9 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Im November 1946 hatten die Kommissionen 48.490 ha (1,7 Prozent des Bodenfonds) noch nicht aufgeteilt, davon 34.918 ha (72,0 Prozent) in Brandenburg. Die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft meldete im Januar 1946 sogar, daß einschließlich des Waldes zwanzig Prozent des Bodenanteils, der einzelnen Personen zugeteilt werden sollte, noch nicht vergeben worden war. Vielfach konnten Bewerber das Land nicht übernehmen, weil sie in den zerstörten ländlichen Regionen – besonders in den Ostkreisen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs – keine Unterkunft fanden.[50]

---

49 Nehrig, Industriearbeiter, S. 169, 171f. (Angabe: S. 171), 174f. (Angabe: S. 175), 182, 189. Angaben zu den Kreisen der Lausitz: Schiller, Bodenreform, S. 28. Allgemein zu den „Arbeiter-Bauern": Graffunder, Dialektik, S. 107f.

50 Angaben zur SBZ in: SAPMO-BArch, NY 4182/1053, Bl. 137; BArch, DK-1, Nr. 7656, Bl. 96; DK-1, Nr. 7659, Bl. 15a. Zur Unterbringung als wichtigstem Hemmnis: BArch, DK-1, Nr. 8818, Bl. 13; DK-1, Nr. 8831, Bl. 81.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

In Brandenburg waren im März 1946, als Privatpersonen bereits 505.455 ha erhalten hatten, insgesamt 94.205 ha noch nicht verteilt worden. 57,2 Prozent dieses Landes war im östlichen Verwaltungsbezirk Eberswalde angefallen. Obgleich seit Januar 1947 in Brandenburg weitere 23.398 ha an private Bodenempfänger verteilt worden waren, wurden im November immer noch 56.320 ha registriert, die nicht vergeben werden konnten. Allein im Oderbruch lagen im Januar 1949 rund 7.500 ha Land brach. Die SMA Brandenburg forderte die Landesregierung auf, diesen Boden an die Neubauern zu verteilen, benachbarten Landesgütern anzugliedern oder neue Güter auf den ungeteilten Flächen zu bilden. In den ersten Nachkriegsjahren verwiesen die Landräte aber ihrerseits nicht nur auf die Zerstörungen und den Mangel an Betriebsmitteln, sondern auch auf die Nutzung des Landes durch Einheiten der Roten Armee. So waren in Brandenburg im Dezember 1949 noch 12.686 ha Ackerland und 21.270 ha Wald im Bodenfonds. Auch 11.121 ha Brachland, Sumpf- und Wiesenflächen wurden nicht genutzt.[51]

Das angefallene Bodenreformland konnte nicht vergeben werden, weil es – vor allem im Frühjahr 1949 – von der Oder überflutet, im Zweiten Weltkrieg verwüstet oder vermint worden war. Besonders nachhaltig blockierte auch in Brandenburg der Mangel an Gebäuden die Aufteilung der Bodenreformflächen. Allein im Kreis Prenzlau fehlten im September 1948 4.525 Wohnhäuser, Ställe und Scheunen, so daß der Rat des Kreises 6.233 ha nicht vergeben konnte. In besonders stark zerstörten Gemeinden war ein erheblicher Anteil der enteigneten Flächen ohne neue Besitzer geblieben. So wurden im Kreis Oberbarnim in den Gemeinden Brunow und Neulewin 300 bzw. 158 ha bis November 1946 überhaupt nicht aufgeteilt. Da vielerorts Spanntiere und Zugmaschinen fehlten, konnte auch bereits vergebenes Land nicht bearbeitet werden. So hatten Funktionäre der VdgB schon im Dezember 1947 gemeldet: „Prenzlau muss Anspannung haben, und zwar sofort. Sonst ist keine Leistungssteigerung möglich, und es bleiben wieder 5000 ha Brachland übrig." Noch im Dezember 1949 lagen hier 2.100 ha Ackerland unbestellt. Auch im Kreis Oberbarnim hatten die Behörden im Januar 1947 eine „verwilderte" Ackerfläche von 3.800 Hektar registriert. Wie die SMA kritisierte, waren in Brandenburg im Mai 1948 insgesamt 13.994 ha (davon 63,5 Prozent im Kreis Lebus und 31,5 Prozent im Kreis Prenzlau) als „herrenloses" Land eingestuft, das entweder nicht verteilt oder wieder zurückgegeben worden war. Der Boden mußte in den Dörfern von den Bauern gemeinsam bewirtschaftet werden, oft unter Leitung der Ortsausschüsse der VdgB. Zudem ordnete die sowjetische Militärverwaltung in Brandenburg an, das nicht zugeteilte Land an Vertriebene zu vergeben, die erst nach dem Beginn der Bodenreform in der SBZ eingetroffen waren. Viele dieser „Umsiedler" konnten ihre Parzellen aber nicht bearbeiten und gaben ihr Land schon wenige Jahre später auf. Da sie verwahrloste Betriebe anschließend in gemeinschaftliche Bewirtschaftung übernehmen mußten, teilten Bürgermeister Personen, die zur Landwirtschaft völlig ungeeignet waren, nur zögernd Land zu. Die Provinzialverwaltung hatte die Land- und Oberlandräte demgegenüber schon im Februar 1946 angewiesen, die „Stagnation des Siedlungsprozesses" zu überwinden, indem „Stoßtruppsiedler" in Gebäuden unterzubringen waren, die zuvor ausgebessert werden mußten. Als Leiter der Abteilung Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

51 Berichte der SED-Kreisleitungen über nicht aufgeteiltes Land im Dezember 1946 in: BLHA, Rep. 330, Nr. 28, Bl. 46–48, 55, 57. Befehl der SMA vom 13. Januar 1949 in: BLHA, Rep. 250, Nr. 726, Bl. 42f.; Rep. 208, Nr. 2910, Bl. 1. Zum März 1946 die Angaben in: SAPMO-BArch, DY 4062/66, Bl. 121. Stand im November 1947: BLHA, Rep. 208, Nr. 109, Bl. 10. Zum Januar 1948: BLHA, Rep. 332, Nr. 614, Bl. 56.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

hoffte Rau, daß diese Pioniere weitere Landbewerber nachziehen würden, die den verbliebenen Boden bewirtschaften sollten. Diese Erwartung erfüllte sich allerdings nicht.[52]

Der Umbruch der Agrarstruktur in Brandenburg im Vergleich

Die Bodenreform führte in der Agrarwirtschaft und in der ländlichen Gesellschaft zu einem tiefgreifenden Strukturbruch, der sich besonders in dem abrupten Wandel der Besitzverhältnisse widerspiegelte, aber auch die sozialen Beziehungen in den dörflich-agrarischen Traditionsmilieus veränderte. Während im südlichen Mitteldeutschland schon vor dem Zweiten Weltkrieg bäuerliche Betriebe vorgeherrscht hatten, war die Agrarstruktur in den nördlichen Regionen – besonders in den Ländern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz (bis 1934) bzw. Mecklenburg sowie in der preußischen Provinz Mark Brandenburg – seit der Frühen Neuzeit von adligem Großgrundbesitz beherrscht worden. Allerdings hatte der Anteil der nobilitierten Rittergutsbesitzer an den Bodeneigentümern im 19. und 20. Jahrhundert deutlich, derjenige an der landwirtschaftlichen Nutzfläche aber weniger rapide abgenommen. Insgesamt war die Besitzverteilung bis zum Zweiten Weltkrieg überaus ungleich geblieben. 1939 stellten Gutshöfe mit mehr als 100 ha auf dem Territorium der SBZ nur 1,1 Prozent der Betriebe, erstreckten sich aber auf 29,7 Prozent der Betriebsfläche und auf 28,3 Prozent der LN. Dagegen verfügten landwirtschaftliche Großbetriebe dieser Kategorie in Westdeutschland nur über 4,8 Prozent der LN. Im Reichsgebiet (in den Grenzen von 1937) erreichte der Anteil der Gutsbetriebe 1939 noch 16,8 Prozent, in den nach dem Zweiten Weltkrieg abgetrennten Ostprovinzen aber 30,6 Prozent. Unmittelbar nach der Bodenreform wiesen in der SBZ aber nur noch 0,2 Prozent der Betriebe (überwiegend Landes- und Provinzialgüter) jeweils mehr als 100 ha auf. Sie verfügten allerdings über 9,0 Prozent der Betriebsfläche. Die Landumwälzung, die mit den Neubauern eine Gesellschaftsgruppe auf dem Lande erst konstituiert hatte, spiegelt sich aber vor allem in dem abrupt gestiegenen Anteil klein- und mittelbäuerlicher Betriebe mit 5 bis 50 ha wider, deren Inhaber 1946 auch 71,2 Prozent, 1952 sogar 74,2 Prozent der Betriebsfläche bewirtschafteten. Mitte 1950 verfügten 198.738 Besitzer landwirtschaftlicher Flächen – Klein- oder Arbeiterbauern – über Betriebe mit einem bis fünf Hektar Größe; 371.591 Landwirte besaßen jeweils 5 bis 20 Hektar und 47.557 Bauern mehr als 20 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. 1951 war der Anteil der Betriebe mit 5 bis 20 ha an der LN in der SBZ gegenüber 1939 auf 180 Prozent gestiegen. Ein Jahr später bewirtschaften die Inhaber dieser Höfe (überwiegend Neubauern) 45,9 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe und 54,0 Prozent der Betriebsfläche, während 1939 für diese Größenkategorie noch Anteile von 33,0 bzw. 30,0 Prozent registriert worden waren. Drei Jahre nach dem Beginn der Kollektivierung waren 1955 44,8 Prozent der Bauern Ei-

52 SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 51. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 202 A, Nr. 421, Bl. 333 (Interpunktion korrigiert); SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/137, Bl. 112. Befehl der SMA vom 5. Mai 1948 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 5/1, Bl. 652. Zum Kreis Prenzlau: BLHA, Rep. 206, Nr. 2641 (Schreiben v. 21.9.1948); Rep. 332, Nr. 612, Bl. 25; Rep. 332, Nr. 612, Bl. 25. Zum Kreis Oberbarnim: BLHA, Rep. 208, Nr. 2758, Bl. 286. Zu einzelnen Gemeinden in diesem Kreis: BArch, DK-1, Nr. 7584, Bl. 384. Zum Wohnungsmangel: BArch, DK-1, Nr. 7584, Bl. 384; BLHA, Rep. 330, Nr. 26, Bl. 14. Allgemein zu den Hemmnissen: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 104; BLHA, Rep. 332, Nr. 614, Bl. 56. Zu der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung: BLHA, Rep. 330, Nr. 26, Bl. 14; Rep. 332, Nr. 29, Bl. 41.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

gentümer von Höfen mit 5 bis 10 ha. Die Flächen waren allerdings vielfach schon in LPG eingebracht worden (*Tabelle 5*).[53]

Werden die östlich der Oder gelegenen Gebiete der Neumark hinzugerechnet, umfaßten Großbetriebe in Brandenburg 1940/41 eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 609.000 ha; 975.000 ha wurden als Forsten genutzt. Insgesamt waren damit über rund 50 Prozent der Betriebsfläche in der Hand von Großgrundbesitzern. Im November 1945 bewirtschafteten demgegenüber Inhaber von Betrieben mit 0,5 bis 20 ha insgesamt eine Nutzfläche von 489.408 ha und Bauern mit 20 bis 100 ha 459.711 ha. Gegenüber der Agrarstruktur, die Brandenburg 1939 gekennzeichnet hatte, steigerte die Bodenreform den Anteil der Kleinstbetriebe, besonders aber der kleinen und mittleren Bauernhöfe an der Betriebsfläche (*Tabelle 6*).[54]

Während Höfe mit 5 bis 20 ha 1939 in Brandenburg 34,0 Prozent der Betriebe gestellt hatten, betrug ihr Anteil 1946 48,3 Prozent. In dem vor 1945 gutsherrschaftlich strukturierten Kreis Ostprignitz besaßen im Februar 1950 rund 65,5 Prozent der Landwirte Kleinbetriebe mit jeweils 5 bis 20 ha. Auch im Kreis Lebus übertraf der Anteil der Neubauernstellen in den frühen fünfziger Jahren deutlich den Landesdurchschnitt. Schon in den späten vierziger Jahren hatte unter den Stelleninhabern, die erst durch die Bodenreform Land erhalten hatten, die Differenzierung zugenommen. So wurde im Kreis Prenzlau der Anteil konsolidierter Landempfänger mit 10 Prozent veranschlagt, während 14 Prozent der Neubauern auf ihren ungefestigten Betrieben arbeiten mußten. Besonders der trotz des Neubauernbauprogramms anhaltende Gebäudemangel veranlaßte die Kreisverwaltungen, rentable Betriebe mit verlassenem Land aufzustocken.[55]

Der Wandel des Siedlungs- und Flurbildes

Die Bodenreform veränderte auch nachhaltig die Siedlungsstruktur, die Flureinteilung und das Landschaftsbild, besonders in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Zwar wurden die Gutsgebäude in den ersten Nachkriegsjahren weiter genutzt, aber vielerorts von den „Siedlern" schon umgebaut, um die Flüchtlinge aufzunehmen. In Brandenburg waren die

53 Weber, Umgestaltung, S. 2857; BArch, DK-1, Nr. 8626, Bl. 2; SAPMO-BArch, NY 4062/105, Bl. 69. Zur Agrarstruktur auf dem Territorium der SBZ 1939 im Vergleich die Statistiken in: Weber, Umgestaltung, S. 2838; BArch, DK-1, Nr. 8626, Bl. 2, 4; SAPMO-BArch, NY 4062/105, Bl. 69; DY 30/IV 2/7/157, Bl. 8. Auswertung in: BArch, DK-1, Nr. 7375, Bl. 104–108. Hierzu auch die Übersichten in: Siegfried Kuntsche, Bodenreform in einem Kernland des Großgrundbesitzes: Mecklenburg-Vorpommern, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"?, S. 51–68, hier: S. 53; Schulz, Probleme, S. 2, 4–6. Angaben zur Zahl der Bauern Mitte 1950 in: Schulz, Entwicklung, S. 211.

54 Eckart, Veränderungen, S. 13, 15; ders., Agrarstrukturentwicklung, S. 12. Bezogen auf das Territorium der Provinz Brandenburg in den Grenzen nach dem Kriegsende die Angaben in: Weber, Umgestaltung, S. 2838; BHLA, Rep. 202 A, Nr. 432, Bl. 52; Fait, Brandenburg, S. 81. Vgl. auch Schulze, Prozeß, S. 32f.; Warning, Dokumente, S. 635. Zur Agrarstruktur im November 1945: BLHA, Rep. 350, Nr. 872, Bl. 70. Statistik zu den Betrieben in den Kreisen 1951 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 4269, Bl. 71. Ergänzend die Statistiken in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/276, Bl. 156; DY 30/IV 2/2022/52, Bl. 86.

55 BArch, DK-1, Nr. 8192, Bl. 104. Anteil der Betriebe 1939 und 1946 nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/52, Bl. 86. Zum Kreis Ostprignitz: BLHA, Rep. 332, Nr. 612, Bl. 67. Zum Kreis Lebus: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 88 („Hauptmerkmale, welche für die Differenzierung des Kreises Seelow für die Pflichtablieferung 1952 im Lande Brandenburg ausschlaggebend waren"). Zum Kreis Prenzlau: Nehrig, Bauern, S. 40–53, 68.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Gutsgebäude bis 1945 um ein Hofquadrat gruppiert, an das die Landarbeiterwohnungen als Zeilensiedlung angeschlossen waren. Parallel zu den Wohngebäuden hatten die Landarbeiter vielfach ihre Ställe angelegt. Auch die überwiegend engen, schlecht beleuchteten, oft kaum belüfteten und spärlich eingerichteten „Schnitterkasernen", die seit dem späten 19. Jahrhundert für die ausländischen Saisonarbeiter gebaut worden waren, befanden sich außerhalb der Gutsanlagen. Die Trennung von Wohnungen und Produktion spiegelte sich – im Gegensatz zu Bauerndörfern – deutlich im Siedlungsbild wider. Schon in den Kämpfen am Ende des Zweiten Weltkriegs wurden im Osten Brandenburgs aber viele Gutshäuser zerstört, und weitere Gebäude setzten anschließend sowjetische Soldaten in Brand. Zudem vernichteten Plünderungen vielerorts die oft wertvolle Einrichtung, darunter auch unersetzbares Kulturgut. Nachdem die SMAD mit ihrem Befehl Nr. 209 den Bau von Neubauernhäusern angeordnet hatte, wurden viele noch erhaltene Gutsgebäude abgerissen, um die feudale Herrschaft auf dem Lande auch symbolisch zu beseitigen und Material für das Bauprogramm zu gewinnen. Die Neubauten wurden nach Ortslageplänen überwiegend – wie im Kreis Lebus in Diedersdorf und Neuhardenberg (von 1949 bis 1991: Marxwalde) – ein- oder zweizeilig an Straßen und Wegen errichtet, die in die Feldmark führten. Außer diesen „Randsiedlungen" bauten Neubauern ihre Häuser auf Gutshöfen oder in ihrer unmittelbaren Nähe. In den späten vierziger Jahren konzentrierten die Behörden das knappe Baumaterial und -personal zunehmend auf standardisierte „Typenbauten", die nur wenig Wohnraum und Platz zur Unterbringung des Viehs boten. Besonders eng, karg ausgestattet und unbeliebt waren die „Eindachhaustypen", die sich scharf von den traditionalen Bauernhaus- und Gehöftformen Ostdeutschlands (wie dem niederdeutschen Hallenhaus und dem mitteldeutschen Dreiseithof) abhoben. Auch die Gebäude, die wegen des Mangels an Baustoffen, Arbeitskräften, Geld und Transportraum in Naturbauweise errichtet wurden, veränderten in den früheren Gutsdörfern deutlich das Siedlungsbild. Obgleich die Neubauerngebäude allenfalls als Zweiseithöfe außerhalb der früheren Gemeindegrenzen angelegt wurden, waren damit regionale und lokale Unterschiede in der Siedlungsstruktur nicht vollständig beseitigt worden, denn in Dörfern alteingesessener Bauern konnten Flüchtlinge zunächst nur wenige neue Gebäude errichten. Zudem blieb der Komplex der Gutshöfe auf den Landes- und Provinzialgütern weitgehend erhalten. Hier wurden erst in den fünfziger Jahren neue Gebäude errichtet, die der Ausrichtung der VEG als spezialisierte Zucht- und Versuchsbetriebe gerecht werden sollten.[56]

Mit der Aufteilung des Großgrundbesitzes mit seinen großen Schlägen (Gutsblockflur) bildete sich eine bäuerliche Gemengeflur heraus. Nachdem das überlieferte Rotationssystem

56 Walter Niemke, Dorfplanung am Beispiel Marxwalde, Berlin o.J. [1956], S. 32; Georg Jensch, Der physiognomische Wandel der Agrarlandschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Geographische Rundschau 4 (1952), S. 414f.; Philipp, Abfolge, S. 90; ders., Landschaftsveränderungen, S. 133f., 136f.; Eckart, Veränderungen, S. 20; Schröder, Wandel, S. 298. Zu den Gutsanlagen in Brandenburg vor 1945 exemplarisch: Karl-Heinrich Busse, Das Siedlungsbild eines Gutes in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, dargestellt am Beispiel des volkseigenen Gutes Zernickow (Kreis Perleberg), in: Zeitschrift für den Erdkundeunterricht 11 (1959), H. 7, S. 201–210, hier: S. 204–206. Zu den Landarbeiterwohnungen auch: Hans-Jürgen Rach, Zu den Wohnverhältnissen der kontraktgebundenen Landarbeiter im östlichen Teil Brandenburgs im 19. Jahrhundert, in: Wolfgang Jacobeit/Ute Mohrmann (Hg.), Kultur und Lebensweise des Proletariats. Kulturhistorisch-volkskundliche Studien und Materialien, Berlin (Ost) 1973, S. 159–184, hier: S. 162–168, 179–181. Zum Umgang mit den Gutshäusern und Schlössern: Maether, Schlösser, S. 15–46, 51–57. Zum Neubauernbauprogramm: Bauerkämper, Neubauernbauprogramm, S. 189–195.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

im Ackerbau 1945 noch beibehalten worden war, trat im Sommer 1946 der Wandel der Flureinteilung deutlich hervor. Die Gemeindebodenkommissionen hatten das enteignete Land überwiegend in Gewann-, aber auch in Block- und Streifenfluren eingeteilt. Kennzeichnend wurde vor allem die Langstreifenflur, in der die Parzellen der Neubauern nebeneinander angeordnet waren. Langstreifen mit einer Fläche von einem halben bis drei Hektar, einer Breite von 10 bis 100 m und einer Länge von bis zu 1000 m durchzogen die Landschaft, so daß die Flur weithin zersplittert wurde. Die Felder, die sich im Sommer als „bunter Farbwechsel" darstellten, waren nur durch Pflugfurchen voneinander getrennt. Das Neubauernland wurde jeweils auf drei bis fünf Ackerstreifen aufgeteilt. Die Gemengelage wies den Vorzug auf, daß in dieser Flurstruktur die unterschiedliche Bodengüte und der ungleiche Zugang zu den Feldern ausgeglichen werden konnten. Allerdings hatten nur wenige Neubauern ihr Land unmittelbar neben den Gutsgebäuden, in denen sie zunächst untergebracht waren, oder im Anschluß an ihre vorgesehene Hofstelle erhalten. Deshalb mußten oft große Entfernungen überbrückt und neue Feldwege angelegt werden. Die Zersplitterung der Fluren ließ zwar eine arbeitsintensive Bewirtschaftung der Parzellen mit Pferden zu, erschwerte aber den Einsatz von Maschinen und Geräten.[57]

Die Neubauernhäuser wurden im Anschluß an bestehende Gemeinden als Reihensiedlungen angelegt. Daraufhin mußten die Grenzen der Gemeinden, die 1927 die Gutsbezirke aufgenommen hatten, verlegt werden, damit die Anbau-, Viehhalte- und Ablieferungspläne für alle Bauern verbindlich geregelt und die Steuern einheitlich erhoben werden konnten. Da Streusiedlungen vermieden werden sollten, ließ die brandenburgische Provinzialregierung nur in entlegenen Regionen zu, daß Neubauern ihre Gebäude weit außerhalb der Dörfer errichteten und damit neue Dörfer bildeten. Auf Befehl der SMA waren die Ortsplanungen in Brandenburg bis zum 31. August 1947 abzuschließen. Da die Koordination zwischen den Dienststellen der Landesregierung Brandenburgs, der für die Gesamtplanung des Neubauernbauprogramms zuständigen Oberbauleitung 209, der Landesplanungsstelle und dem Landesvermessungsamt unzulänglich war, blieb die Arbeit an den Ortsbebauungsplänen jedoch erheblich hinter den Vorgaben der SMA und der DVLF zurück. In Brandenburg lagen am 31. Mai 1948 erst für 55 Prozent der Hofstellen, die insgesamt errichtet werden sollten, genehmigte Bebauungspläne vor. In einzelnen Kreisen widersetzten sich Bauern beharrlich den festgelegten Plänen. Vereinzelt hatten Gemeindebodenkommissionen den Neubauern ihre Hofstellen und Gebäude auch noch gar nicht verbindlich zugeteilt. Überdies waren in den Karten oft Wege und vorhandene Gebäude nicht präzise eingezeichnet worden, so daß sich die weitere Vergabe verzögerte. Das Katasteramt Wittenberge berichtete 1948 sogar über „flüchtig hingeworfene Skizzen, die die örtlichen Gegebenheiten und die Wünsche der Neubauern wenig oder gar nicht berücksichtigen."[58] Ressourcenmangel und Reibungsverluste, die aus unzureichender Abstimmung zwischen den beteiligten Behörden resultierten, behinderten auch die Landschaftsplanung. So wurde 1952 die Anlage von Feldschutzstreifen im Gebiet um Neuholland (Kreis Niederbarnim) und in der Gemeinde Metzdorf (Kreis Oberbarnim) ebenso abgebrochen wie die Anpflanzung von 35.000 Bäumen im Rhiner Luch (Kreis Ruppin), da die zur Verfügung stehenden Pflanzen auf die Oderkreise

57 Jensch, Wandel, S. 411–413; Niemke, Dorfplanung, S. 32; Schröder, Wandel, S. 297f. Zusammenfassend: Philipp, Abfolge, S. 89f.; ders., Landschaftsveränderungen, S. 131f.

58 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/137, Bl. 22; BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 60; Rep. 255, Amtsbez. Krausnick, Kr. Beeskow-Storkow, Nr. 19, Bl. 90. Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 7693, Bl. 355. Hinweis auf SMA-Befehl in: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 196. Allgemein: Philipp, Abfolge, S. 90.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

konzentriert werden sollten. Hier war die Versteppungsgefahr in der Nachkriegszeit gewachsen, denn viele Neubauern hatten ihre Wälder abgeholzt, auch auf Befehl sowjetischer Offiziere, die Holz als Reparationslieferung beschlagnahmten.[59]

Die rechtliche Übertragung des Bodenreformbesitzes

Die Neubauern erhielten ihr Land als gebundenes Eigentum, das weder ganz noch teilweise verkauft, hypothekarisch belastet, verpachtet oder geteilt werden durfte. Damit verfügten die Besitzer des Bodens nicht über die – für das bürgerliche Recht kennzeichnende – uneingeschränkte Verfügungsgewalt über ihr Eigentum. Nach der Ideologie des Marxismus-Leninismus als kapitalistische „Spekulation" stigmatisiert, sollte der Zivilrechtsverkehr mit Grundstücken grundsätzlich unterbunden werden. Die Neubauernstellen wurden als an ihre Inhaber gebundenes Eigentum in die Grundbücher eingetragen. Da die verteilten Betriebe als wirtschaftliche Einheiten erhalten werden sollten, fielen sie in den Bodenfonds zurück, wenn ihre Eigentümer den ihnen zugeteilten Boden zurückgaben. Auch vergebenes Vieh war allenfalls als *Besitz* der Neubauern einzustufen, der an die Stellen, nicht aber an ihre Inhaber gebunden war. Nachdem eine einheitliche Regelung des Erbübergangs zunächst ausgeblieben war, bekräftigten Gerichtsentscheidungen und Beschlüsse der Bodenreformkommissionen den spezifischen, deutlich vom bürgerlichen Privateigentum abgehobenen Rechtsstatus des übergebenen Landes. Der Boden konnte nur von *einem* Erben übernommen werden, dessen Eignung zudem von den Räten der Kreise zu prüfen war. Die Behörden entschieden damit über die Weitergabe des Eigentums, so daß die Rechtsvorstellung eines staatlichen Obereigentums nahelag. Der individualethische Strafgedanke, der nach dem Ende des „Dritten Reiches" weithin auf Zustimmung traf, und das funktional-objektive Sanktionsprinzip, das sich vor allem aus dem strukturellen Antikapitalismus der Machthaber in der DDR speiste, führten bei der Bodenreform zwar weder ein Rechtsvakuum noch die Verstaatlichung des Landes herbei, begründeten aber das Rechtsinstitut des „Arbeitseigentums", in dem – ebenso wie in dem SMAD-Befehl Nr. 124 zur Sequestration von Vermögen vom 30. Oktober 1945 – das spätere „Volkseigentum" bereits angelegt war.[60]

---

59 BLHA, Rep. 202 A, Nr. 523, Bl. 13

60 Sebastian Pries, Das Neubauereigentum in der ehemaligen DDR, Frankfurt/M. 1997, S. 25–40; Hartmut Krüger, Die Rechtsnatur des sogenannten Siedlungseigentums der Neubauern der kommunistischen Bodenreform in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone/DDR, in: Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift 2 (1991), S. 385–393. Zusammenfassend: Kroeschell, Eigentumsordnung, S. 329f.; Arlt, Art. „DDR", Sp. 434; Steding, Agrarrecht/LPG-Recht, S. 78; Weber, Umgestaltung, S. 2842; Möhlenbrock, Kirche, S. 97f.; Bauerkämper, Kontinuität, S. 123f. Zu Rechtsproblemen der Landrückgabe und Erbfolge: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 198f.; BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 61f.; Rep. 332, Nr. 643, Bl. 128. Anordnung der brandenburgischen Provinzialregierung, zurückgegebene Neubauernstellen als wirtschaftliche Einheiten zu erhalten, in dem Runderlaß vom 21. Dezember 1946 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/137, Bl. 310. Zur Eintragung der Eigentumsbindung in die Grundbücher exemplarisch: Schoeps (Hg.), Bundesrepublik Deutschland, S. 120; BArch, DK-1, Nr. 2986, Bl. 166. Zur Rechtsform des zugeteilten Viehs der Antrag in: BLHA, Rep. 332, Nr. 639, Bl. 110. Das Land wurde aber nicht verstaatlicht. Demgegenüber die Interpretation in: Frank Waltmann, Wirtschaftssysteme. Ökonomische Grundstrukturen des Nationalsozialismus und der DDR im Vergleich, in: Ludger Kühnhardt u.a. (Hg.), Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich, Frankfurt/M. 1994, S. 125–144, hier: S. 133. Vgl. auch Tilman Bezzenberger, Wie das Volkseigentum geschaffen wurde. Die Unternehmens-Enteignungen in der

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Die Besitzumwälzung, die das sowjetische Besatzungsregime und die KPD-Führung mit der Bodenreform verursachten, wurde in den Aufteilungsprotokollen der Gemeindebodenkommissionen, den Besitzurkunden der neuen Eigentümer, ihren Grundbuchabschriften sowie den Katasterhandzeichnungen, Schuldverschreibungen und Übergabebescheinigungen für Vieh und Geräte beurkundet. Im Herbst 1945 strebten die sowjetischen Militärbehörden und die SED-Führung an, das prekäre Neubauerneigentum rechtlich schnell zu sichern und den Eigentümern damit symbolisch zu zeigen, daß die Bodenreform irreversibel war. Schon bei der Zuteilung der Parzellen übergaben Landräte den neuen Eigentümern in den einzelnen Gemeinden deshalb vielerorts ihre Urkunden. Spätestens unmittelbar nach der Vergabe des Landes sollten die Empfänger diese Dokumente erhalten, mit denen sie nicht nur zur Produktion und Ernährungssicherung, sondern auch auf den „antifaschistischen" Neuaufbau im Zeichen der „Bauernbefreiung" verpflichtet wurden. In der Nachkriegszeit drängte die sowjetische Militärverwaltung – so die SMA Brandenburg am 20. März und 12. Juni 1946 – die deutschen Behörden wiederholt energisch, die Ausgabe der Urkunden zu beschleunigen, obgleich sie von der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft nur zögernd verteilt wurden. Auch Rau forderte am 21. Dezember 1946, alle Urkunden noch vor dem Jahresende zu vergeben. Obgleich die Eigentumswechsel rechtlich bereits mit der Bestätigung des Beschlusses der Gemeinde- durch die Kreiskommissionen vollzogen war, verlangten sowjetische Besatzungsoffiziere, nach der Zuteilung der Parzellen die Grundstücke und ihre neuen Eigentümer unverzüglich in die Grundbücher aufzunehmen. Auch wenn die sowjetische Militäradministration und Justizbehörden die Neueintragung mehrfach terminiert hatten, wurde diese Arbeit in Brandenburg erst 1949 abgeschlossen.[61]

Die sowjetischen und deutschen Machthaber in der SBZ strebten mit der rechtlichen Sicherung der Bodenreform vorrangig an, die Landempfänger an ihren Boden zu binden und ihr Vertrauen in die Zuteilung der Parzellen zu stärken. Die Besatzungsbehörden der UdSSR und die führenden SED-Funktionäre behaupteten deshalb nicht nur, daß die Bodenvergabe dauerhaft und irreversibel sei, sondern drängten die ausführenden Ämter, den Bauern Urkunden, Grundbuchauszüge, Katasterpläne, Übergabebescheinigungen, Schuldverschreibungen und Quittungen über gezahlte Beiträge für ihr neues Eigentum an Land, Gebäuden, Vieh, Maschinen und Geräten zu übergeben. Zudem wiesen sowjetische Offiziere die Landes- bzw. Provinzialregierungen in der SBZ an, die alten Grundbücher zu vernichten, um zu

---

Sowjetischen Besatzungszone 1945–1948, in: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 19 (1997), S. 210–248, hier: S. 220, 226, 230, 237, 244f., 247f.

61 Pohl, Justiz, S. 72f. Zu den Urkunden exemplarisch: BLHA, Rep. 255, Amtsbez. Lindenberg, Kr. Beeskow-Storkow, Nr. 3 (Urkunde v. 9.11.1945). Runderlaß Heinrich Raus vom 21. Dezember 1946 in: BArch, DK-1, Nr. 7582, Bl. 234f. Zum Stand im August 1947: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 194; Rep. 208, Nr. 109, Bl. 11; Rep. 332, Nr. 638, Bl. 57f. Anweisung zur Vergabe der Urkunden in: BArch, DK-1, Nr. 7582, Bl. 233–235. Zum Stand 1948: BLHA, Rep. 208, Nr. 195, Bl. 20; Rep. 208, Nr. 196, Bl. 6, 15, 27. Zum Druck der sowjetischen Militärbehörden: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 22, Bl. 284f., 305. Zum Mangel an Urkunden bei der Landverteilung in Brandenburg: BArch, DK-1, Nr. 7659, Bl. 143. Allgemein zur Zuteilung der Besitzurkunden in Brandenburg: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 209. Zur Übergabe der Urkunden in Mecklenburg-Vorpommern glorifizierend: Rolf Melzer, Demokratische Bodenreform im Kreis Rostock unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Umsiedler, in: 20 Jahre demokratische Bodenreform in Mecklenburg, hg. von der Arbeitsgemeinschaft Agrargeschichte am Historischen Institut der Universität Rostock, Rostock o.J. [1965], S. 71–81, hier: S. 80. Hoernles Forderung nach einer forcierten Vergabe der Urkunden in: Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 331.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

verhindern, daß „sich frühere Eigentümer auf die Nachweisungen in diesen Grundbüchern berufen." Auch historisch wertvolle Akten sollten unter Aufsicht des jeweils zuständigen Grundbuchrichters verbrannt werden. Sogar die Grundbücher von Gutsbesitzern, die „Resthöfe" erhielten, durften nicht verschont werden. Am 1. April 1946 ordnete die Provinzialverwaltung nicht nur an, neue Grundbuchblätter anzulegen, die „keine Hinweise auf ihren Entstehungsgrund enthalten" sollten, sondern befahl auch, „die Grundbücher und Grundakten der aufgeteilten Güter mit allen auf sie bezüglichen Vorgängen und Unterlagen zu vernichten." Nicht alle Leiter der Grundbuchämter in Brandenburg folgten aber dieser Anordnung, wie Kontrollen 1947/48 wiederholt aufdeckten. Die SMA und die Funktionäre der SED gingen rücksichtslos gegen diese Verwaltungskräfte vor, die vielfach entlassen wurden. Die Übereignungs- und Vernichtungssymbolik sollte die kräftig geförderte Eigentumsillusion begründen und damit die erhoffte politische Loyalität der Landempfänger gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht und der Führung der deutschen Kommunisten herbeiführen. Diesem Zweck diente auch die Vergabe der Schuldurkunden, die allen neuen Eigentümern in Brandenburg bis Anfang 1947 zugeteilt werden sollten. Da Eigentum in der bäuerlichen Kultur an käuflichen Landbesitz gebunden war, mußten für die Bodenreformparzellen Preise entrichtet werden. Damit sollte gleichfalls die Identifikation der neuen Eigentümer mit ihrem Land erhöht werden. Das SED-Regime nahm auch eine – wenngleich überwiegend geringe – Verschuldung in Kauf, mit der die Neubauern noch fester an ihren Boden gebunden wurden. Von den Schuldverschreibungen verblieben jeweils ein Exemplar bei dem betreffenden Landempfänger, der zuständigen Gemeindeverwaltung, der Kommunalkasse und der Landesregierung.[62]

Insgesamt bemühten sich die Landes- und Kreisbehörden unter der Aufsicht der SMAD bzw. SKK bis zu den frühen fünfziger Jahren, die Bodenreform durch Übergabe- und Aufteilungsprotokolle, Besitzurkunden und Grundbucheintragungen juristisch zu sichern. Diesem Ziel diente auch die Aufnahme der Bodenreform in die Landesverfassungen und (als Artikel 24) in die erste Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949. Im Chaos der Nachkriegszeit und unter dem politischen Druck, die Landvergabe schnell abschließen zu müssen, führten die Gemeindebodenkommissionen die Eigentumsübertragung aber vielerorts überstürzt, unkoordiniert und nicht korrekt durch. Falsche und unvollständige Namen der Landempfänger in den Übergabeprotokollen wurden vielfach in den Kataster- und Grundbucheintragungen übernommen. Da der Eigentumsübergang juristisch schon mit der Bestätigung der Aufteilungsprotokolle durch die Kreisbodenkommissionen vollzogen war, zögerten viele der überlasteten Gemeindeverwaltungen, Unterlagen an die Grundbuch- und

62 Pohl, Justiz, S. 72; BArch, DK-1, Nr. 7582, Bl. 235; SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 195. Berichte über nicht vernichtete Grundbücher z.B. in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/228, Bl. 40; BArch, DK-1, Nr. 8898, Bl. 5. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): MLHA, MLF, Nr. 2801, Bl. 92; BLHA, Rep. 255, Amtsbez. Lindenberg, Kr. Beeskow-Storkow, Nr. 3 („Verordnung über den Eigentumsübergang und die Grundbücher der nach der Verordnung über die Bodenreform vom 6. September 1945 zugeteilten Grundstücke"). Zu Brandenburg auch der Runderlaß des Präsidenten der Provinzialverwaltung vom 15. Januar 1946 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 181, Bl. 22. Vgl. auch den Runderlaß der Justizabteilung vom 15. November 1946 in Schoeps (Hg.), Bundesrepublik Deutschland, S. 116–118. Allgemein auch: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 195; DY 30/IV 2/2022/53, Bl. 1; Maether, Schlösser, S. 56. Als Erinnerungsbericht: Steinhoff, Mark Brandenburg, S. 573. Zur Forderung nach Übergabe der grundlegenden Dokumente an Neubauern: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 22, Bl. 285. Zur Eigentumsbindung durch die Kaufpreise instruktiv die Aussage eines Neubauern in: Kuntsche u.a., Wie wir angefangen haben, S. 38.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Katasterämter weiterzuleiten. Nicht eindeutig aufgezeichnete Beschlüsse der Gemeinde- und Kreisbodenkommissionen erforderten überdies zeitraubende Rückfragen. Darüber hinaus unterblieben in den Grundbuchämtern oft Nachtragungen, die bei der Aufgabe von Neubauernstellen und einem anschließenden Besitzerwechsel unabdingbar waren.[63]

Die Vermessung des Landes und Kaufpreise

Damit die Grundstücke schnell an die neuen Eigentümer vergeben und in den Grundbuchblättern und Katasterplänen verzeichnet werden konnten, wiesen die sowjetischen Besatzungsbehörden die Landes- bzw. Provinzialverwaltungen und Kreisämter 1945 an, das zugeteilte Land zunächst lediglich grob zu vermessen. Nur vereinzelt wurden die Gemeindebodenkommissionen dabei – wie vorgesehen – von Vermessungsbeamten unterstützt. Die brandenburgische Provinzialverwaltung teilte den Oberlandräten, Landräten, Oberbürgermeistern und Leitern der Bodenkulturämter bereits am 24. September 1945 – im Anschluß an eine Anweisung der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft vom 15. September – lakonisch mit: „Bei der Grobvermessung kommt es auf Irrtümer um einige Quadratmeter nicht an." Kleinbauern und Landarbeiter, die den Gemeindebodenkommissionen angehörten, sollten die Parzellen provisorisch mit Meßruten erfassen, abstecken und in einen Übersichtsplan eintragen. Erst später war die Feinvermessung durchzuführen, die den Eintragungen in die Grundbücher zugrunde lag. Allerdings sollten die Flächen schon vor der Übergabe mit Pfählen oder einfachen Grenzsteinen deutlich erkennbar abgeteilt werden, um die Neubauern zu ermuntern, die individuelle Bewirtschaftung ihrer Parzellen aufzunehmen. So forderte Hoernle in der Sitzung des ZK der SED vom 19. und 20. November 1945 nicht nur, den Neubauern ihre Besitzurkunden auszuhändigen und ihre Parzellen schnell in die Grundbücher einzutragen, sondern erlegte den Gemeindebodenkommissionen auch auf, solide Grenzsteine zu beschaffen und für den schnellen Abschluß der Feinvermessung Sorge zu tragen.[64]

Als Kontrollen in der SBZ 1946 demgegenüber immer deutlicher zeigten, daß viele Neubauern das Land nur formal aufgeteilt hatten, drängten die sowjetischen Besatzungsoffiziere, die Feinvermessung des übergebenen Bodens schnell abzuschließen. Außer der zerstörten Infrastruktur behinderte aber der akute Mangel an qualifiziertem Personal, das zudem auf dem Lande kaum untergebracht werden konnte, nachhaltig die Arbeit der Angestellten, die noch im August 1947 allein in Brandenburg rund 567.000 ha nicht endgültig vermessen hatten. In der Provinz waren zwar bereits Ende 1945 sieben Bodenkultur- und 25 Katasterämter eingerichtet worden; die Entnazifizierung beraubte die Vermessungsbehörden aber sachkundiger Fachkräfte, die sie zunächst nicht ersetzen konnten. Das verbliebene Personal war überdies nur unzureichend mit den benötigten technischen Geräten, Kleidung und Lebensmitteln versorgt. Da die ersten Ausmessungen von berufsfremden Personen durchgeführt worden waren, mußten Mitarbeiter der Bodenkultur- und Katasterämter vielerorts Grenzen nachträglich verändern oder sogar Parzellen neu zuteilen, die Laien kulturtechnisch

63 Springer-Liepert, „Bodenreformsperrvermerk gelöscht ..."?, S. 43–48. Vgl. auch Bauerkämper, Kampf, S. 61f.

64 Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 331f. Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 8924, Bl. 1 (Runderlaß vom 24. September 1945 auch in: BArch, DK-1, Nr. 9519, Bl. 213; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/137, Bl. 5). Vgl. darüber hinaus BLHA, Rep. 208, Nr. 185, Bl. 23.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

und betriebswirtschaftlich ungünstig abgesteckt hatten. Am 15. Juli 1946 waren in Brandenburg deshalb erst 29.253 ha Bodenreformland (rund 3.6 Prozent des gesamten Fonds) in den Dörfern abschließend vermessen worden. Davon hatten die Angestellten der Bodenkultur- bzw. Katasterämter lediglich rund ein Sechstel in ihren Unterlagen verzeichnet und erst 169 ha in die Kataster eingetragen. 1946/47 drängte die sowjetische Militärverwaltung die deutschen Behörden in den Ländern und Provinzen nicht nur, die Feinvermessung zu beschleunigen und damit die Eintragung in die Grundbücher abzuschließen, sondern auch, provisorische Grenzzeichen wie Stöcke und Schilder durch feste Steine zu ersetzen. Die Bodenkulturämter sollten ihre Arbeit auf die rechtliche Sicherung des Eigentums konzentrieren, das die Neubauern bei der Bodenreform übernommen hatten. So mußten die Behörden nach den Befehlen der SMA in Brandenburg bis Ende 1947 rund 567.000 ha Bodenreformland vollständig vermessen. Am Jahresanfang hatte die Provinzialverwaltung aber veranschlagt, daß die Katasterämter in den Gemeinden bis Ende März diese Arbeit für maximal 357.500 ha und damit nur 41,1 Prozent der aufzunehmenden Fläche abschließen konnte. Noch im März 1948 waren in Brandenburg insgesamt erst 635.012 ha vermessen und davon 91,9 Prozent in die Katasterbücher eingetragen worden.[65]

Die Kaufpreise, die von den Landempfängern gezahlt werden mußten, waren integraler Bestandteil der Umverteilung des Vermögens, die von den Machthabern in der SMAD und KPD mit der Bodenreform herbeigeführt wurde. Die Neubauern hatten für ihr Land pro Hektar den Wert einer Roggenernte von zehn bis fünfzehn Zentnern zu den Ablieferungspreisen von 1945 zu entrichten. Zehn Prozent der Summe, die damit nach den Erträgen gestaffelt war, mußte bis Ende 1945 und der Rest in Raten gezahlt werden. Der Preis, der in der SBZ durchschnittlich 212 RM pro Hektar betrug und damit nur rund ein Zehntel des regulären Bodenpreises von 1938 erreichte, war von den Landempfängern innerhalb von zehn bis zwanzig Jahren zu entrichten; die erste Rate konnte aber nur bis zu drei Jahre gestundet werden. Da das übernommene Land nicht hypothekarisch belastet werden durfte, konnten Kaufpreisforderungen ausschließlich gesichert werden, indem die Bodenempfänger eine Schuldverschreibung anerkannten. In Brandenburg, wo für Land durchschnittlich 230 RM und für Wald 220 RM pro Hektar gezahlt werden mußten, zogen Gemeindeverwaltungen die Ratenzahlungen ein und transferierten sie bis 1947 an die Provinzialhauptkasse, danach an die jeweils zuständigen Kreis- bzw. Stadthauptkassen. Körperschaften öffentlichen Rechts, die Land erhalten hatten, mußten den Boden nicht bezahlen; nur für Gemeindewald wurden jeweils angegebene Richtsätze erhoben. Bei der Abgabe von Neubauernstellen erhielten die Inhaber ihre Kaufpreise nicht zurück. Da das Vertrauen der neuen Besitzer in die Bodenreform gestärkt werden sollte, setzten die Behörden, die Zahlungen eintreiben mußten, jedoch nur selten Pfändungen und Zwangsversteigerungen gegen säumige Bauern durch.[66]

---

65 BLHA, Rep. 208, Nr. 195, Bl. 26. Zum Stand im Juli 1946: BArch, DK-1, Nr. 9519, Bl. 8–10 (Angabe: Bl. 9), 35. Zum Stand der Meßarbeit und Eintragungen auch die Angaben in: BArch, DK-1, Nr. 9519, Bl. 36; BLHA, Rep. 208, Nr. 176, Bl. 24. Hinweis auf Anweisung für 1947 in: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 196. Zu Brandenburg vgl. auch die Runderlasse in BArch, DK-1, Nr. 9519, Bl. 112; BLHA, Rep. 208, Nr. 181, Bl. 22. Zum Druck der sowjetischen Militärverwaltung exemplarisch die Anweisungen zur Vermessung und zu den Grenzmarkierungen in: BArch, DK-1, Nr. 7310, Bl. 58f.; BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 23, Bl. 495.

66 BArch, DK-1, Nr. 2929, Bl. 64–68. Zum Umfang und Verfahren der Zahlungen allgemein: Buchsteiner, Bodenreform, S. 18. Zu Brandenburg: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/138, Bl. 2; NY 4062/66, Bl. 171f.; BLHA, Rep. 330, Nr. 20, Bl. 79.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

3. Die schwierige Festigung der Neubauernstellen

Weitaus belastender als der Kauf der Parzellen war aber der Mangel an Gebäuden, Vieh, Maschinen, Geräten und anderem unabdingbarem Inventar. Nachdem schon im Zweiten Weltkrieg Pferde, Maschinen und Geräte auf den Gütern requiriert und auch Arbeitskräfte abgezogen worden waren, führten in Brandenburg die Kämpfe 1945 zu weiteren Verlusten. Da zudem viele Gutsbesitzer und ihre Ehefrauen, die im Krieg die Bewirtschaftung der Großbetriebe übernommen hatten, geflohen und die ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter abgewandert waren, wurden die Güter im Sommer 1945 vielerorts von Dorfbewohnern gemeinsam bewirtschaftet oder von der Roten Armee als Versorgungsbetriebe übernommen. Nach dem Beginn der Bodenreform im Herbst 1945 behinderte der anhaltende Mangel an Gebäuden, Vieh und Inventar schließlich gravierend die landwirtschaftliche Arbeit der Neubauern, deren Betriebe nur mit hohen staatlichen Investitionen gesichert werden konnten. Die kleinbäuerliche Agrarstruktur mit arbeitsintensiver Parzellenwirtschaft, die aus der Aufteilung der Güter hervorgegangen war, begünstigte grundsätzlich eine leistungsfähige Viehwirtschaft mit Veredlungsproduktion. Der Boden und Viehbestand wurden in den kleinen Bauernstellen durch intensiveren Arbeitseinsatz tendenziell besser ausgenutzt als in den großen Agrarbetrieben. Zwar war der Aufwand an menschlicher Arbeit pro Erzeugnis auf den kleinen Höfen relativ hoch; da in der Nachkriegszeit aber viele Vertriebene eine Beschäftigung auf dem Lande suchten, war die geringere Arbeitsproduktivität grundsätzlich wirtschaftlich kein Nachteil und sozialpolitisch sogar ein Vorzug. Während sich die Kleinbetriebe durch ihre produktive und rentable Viehwirtschaft auszeichneten, waren sie Großbetrieben in der Pflanzenproduktion deutlich unterlegen, besonders bei Getreide, Kartoffeln und Rüben. In der Nachkriegszeit benötigte die Bevölkerung jedoch nicht vorrangig veredelte Erzeugnisse der Viehwirtschaft, sondern vor allem Pflanzenprodukte, mit denen der Kalorienbedarf zumindest notdürftig und kostengünstig befriedigt werden konnte. Die Enteignung der Gutsbesitzer und Nationalsozialisten 1945/46 verstärkte die ökonomischen Nachteile der Kleinbetriebe, denn die Aufteilung des Landes unterbrach die festgelegte Anbaurotation und ließ Neubauern zurück, die nur über wenig Betriebsmittel verfügten. Die erforderlichen Folgeinvestitionen der Bodenreform konnten in der Nachkriegszeit aber keinesfalls aufgebracht werden. So veranschlagten Genossenschaftsvertreter im September 1946 die Kosten für die Festigung aller Neubauernstellen in der SBZ mit fünf bis sechs Milliarden RM. Die neugegründeten Betriebe waren deshalb allenfalls langfristig zu konsolidieren. Deshalb ging die landwirtschaftliche Erzeugung in der SBZ in den ersten Nachkriegsjahren deutlich zurück. Dabei sind allerdings auch die Kriegszerstörungen in Rechnung zu stellen.[67]

67 Eine systematische makro- und mikroökonomische Analyse der Folgelasten der Bodenreform liegt bislang nicht vor. Besonders der Stellenwert der Kriegszerstörungen im Verhältnis zu dem Umbruch der Agrarproduktion nach der Bodenreform ist als Ursachenbündel des Produktionsrückgangs weiterhin umstritten. Zur hier dargelegten Argumentation: Kluge, „Die Bodenreform ist in erster Linie eine politische Angelegenheit", S. 115–117; ders., Kriegsfolgeschäden, S. 243; Zank, Wirtschaft, S. 153f.; Moritz, Regression, S. 136, 153–156. Ergänzend: Wirtschaftliche Entwicklungen in der sowjetischen Zone seit Potsdam, in: Europa-Archiv 1 (1946), S. 292–299, hier: S. 294; Heinrich Wegener, Die Entwicklung der Landwirtschaft Brandenburgs in den Jahren 1946/47, in: Wirtschaft im Aufbau 1 (1947), H. 1, S. 289–293, hier: S. 289. Geschätzte Folgeinvestitionen der Bodenreform nach: BArch, DK-1, Nr. 7753, Bl. 56. Zur Rolle der Frauen auf den Gutshöfen illustrativ: Osmond, Folgen, S. 157–159.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Der Vieh- und Zugkraftmangel

Obgleich die kleinen Neubauernstellen grundsätzlich zur arbeitsintensiven Viehwirtschaft überaus geeignet waren, fehlten ihnen die Nutztiere, die für eine landwirtschaftliche Veredlungsproduktion benötigt wurden. Im statistischen Durchschnitt hatte bei der Verteilung des Viehs, das auf den Gütern beschlagnahmt worden war, damit nur jeder vierte Neubauer ein Pferd, jeder zweite ein Rind und jeder vierte ein Schwein erhalten. Auch war nur ein Drittel der Neubauern mit Kühen ausgestattet. Der geringe Viehbestand schränkte auch den Ackerbau erheblich ein, denn außer dem natürlichen Dünger fehlte den Neubauern die Zugkraft, die sie für die Feldarbeit benötigten. Noch Ende 1946 mußten in der SBZ drei Viertel der Neubauern ohne Pferde arbeiten. In der SBZ entfielen am 1. Januar 1950 auf jeden Neubauern statistisch lediglich 0,6 Pferde, 2,5 Rinder – davon 1,1 Milchkühe –, 0,7 Schafe, 3,1 Schweine und 8,7 Stück Geflügel. Insgesamt sicherte der geringe Viehbestand weitgehend nur die Selbstversorgung der Betriebsinhaber und ihrer Familien, ließ aber eine effektive nachfrageorientierte Marktproduktion kaum zu.[68]

Während in den südlichen Ländern der SBZ, in denen sich die Bodenreform ohnehin erheblich schwächer auswirkte, den Landempfängern relativ viel Vieh zugeteilt werden konnte, erhielten sie im weithin verwüsteten Brandenburg nur wenige Nutztiere. Noch am 1. Januar 1950 besaß hier jeder Neubauer statistisch lediglich 0,5 Pferde, 1,7 Rinder, 0,2 Schafe, 1,9 Schweine und 7,3 Stück Geflügel. Die VdgB hatte darüber hinaus Zuchtbullen, -hengste und -eber übernommen. Da aber nährstoffhaltige Futtermittel kaum zur Verfügung standen, blieb die Viehwirtschaft vieler Bauern bis zu den späten vierziger Jahren auf einem überaus niedrigen Niveau. So besaßen in der Gemeinde Quitzow (Kreis Perleberg) im April 1947 48 Neubauern zusammen nur zwei Kühe und kein Pferd. Im März 1950 wies der Rat des Kreises Cottbus nach einer Besichtigung deutlich auf den desolaten Zustand eines Neubauernbetriebes hin, indem er den Viehbestand der kontrollierten Neubäuerin aufführte: „... eine abgemagerte Färse und zwei Läuferschweine, die im Keller eingesperrt und eher Windhunden ähneln als Schweinen".[69] Schon im Juli 1947 hatte sich abgezeichnet, daß der Viehbestand der Landempfänger – vor allem der Neubauern – in Brandenburg zu gering war, um die akute Ernährungskrise zu bewältigen (*Tabelle 7*).

---

68 Stöckigt, Kampf, S. 269. Angaben zum November 1946 in: BArch, DK-1, Nr. 7659, Bl. 15, 15a, 16. Angaben zum 1. Januar 1950 in: BArch, DK-1, Nr. 8620, Bl. 4. Statistiken zu dem bei der Bodenreform verteilten Vieh in: BArch, DK-1, Nr. 8626, Bl. 3, 14. Vgl. auch die Tabellen in: BArch, DK-1, Nr. 7375, Bl. 46, 126–129; DO-1/10/65, Bl. 14–16, 34; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/229, Bl. 38. Übersicht in: Zank, Wirtschaft, S. 154; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 98; Merz, Bodenreform, S. 1165, 1169; Bauerkämper, Problemdruck, S. 303. Zu Mecklenburg: Siegfried Kuntsche, Zur wirtschaftlichen Situation des werdenden Neubauerndorfes in Mecklenburg-Vorpommern. Das Zugkraftproblem, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 21 (1972), GSR, S. 149–165, hier: S. 154, 164f.; Buchsteiner, Bodenreform, S. 20; MLHA, MLF, Nr. 3667 („Viehbestände auf 100 ha landw. Nutzfläche"; „Viehbestand der Neubauern"; „Zugkräftebesatz im Lande Mecklenburg lt. Viehzählung vom 3. Dezember 1947"); MLF, Nr. 3668 (Tabellen v. 16.12.1948, 22.6.1948 u. 1.1.1948; Bericht v. 18.1948); MLF, Nr. 2724, Bl. 1; MLF, Nr. 2734, Bl. 39; MLF, Nr. 2251 („Pferde und Kühe in Neubauernwirtschaften", 1.1. 1950; „Bodenreformbau 209").

69 BLHA, Rep. 206, Nr. 2648 (Bericht v. 7.3.1950). Statistik zum 1. Januar 1950 in: BArch, DK-1, Nr. 8620, Bl. 4. Zur Gemeinde Quitzow: BLHA, Rep. 332, Nr. 657, Bl. 28. Vgl. auch SAPMO-BArch, NY 4182/1053, Bl. 137f.; NY 4062/66, Bl. 62; BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1531, Bl. 216; Rep. 208, Nr. 197, Bl. 25; Rep. 208, Nr. 201, Bl. 8; Rep. 208, Nr. 218, Bl. 9, 19; Rep. 332, Nr. 613 („Disposition der politischen Begründung zum Zweijahresplan der Land- und Forstwirtschaft in Brandenburg").

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Da die Neubauernbetriebe wirtschaftlich gefestigt werden mußten, hatte die SMAD bereits am 3. November 1945 einen innerzonalen Viehausgleich angeordnet. Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sollten aus den südlichen Ländern der SBZ Nutztiere erhalten, um ihre Viehbestände aufzustocken. Bis Anfang Dezember 1946 hatten brandenburgische Bauern aus Sachsen und Thüringen insgesamt rund 9.670 Pferde, 24.400 Rinder, 5.100 Schweine, 18.300 Schafe und 14.400 Ziegen erhalten. Viele der „Shukow-Kühe" waren aber überwiegend abgemagert und für die Neubauern zu teuer. Ende 1946 war auch Vieh aus der britischen Besatzungszone in die Provinz Brandenburg eingeführt worden. Zudem sollte ein intraregionaler Ausgleich in den Ländern und Provinzen die Unterschiede zwischen den Kreisen und Gemeinden verringern. Da auch die Altbauern unter einem erheblichen Viehmangel litten, gaben sie aber freiwillig zumeist keine Pferde und Milchkühe ab, sondern überwiegend lediglich Jungrinder und Kälber. Deshalb wurde, wie der brandenburgische Minister für Wirtschaftsplanung im August 1947 in seinem Bericht über die Bodenreform drohte, „der Ruf nach einem zwangsweisen Viehausgleich zwischen Alt- und Neubauer innerhalb der Kreise immer dringender." Allerdings löste der Viehausgleich in den Dörfern weithin „Zänkereien und Uneinigkeiten" aus. Wiederholt befahlen die sowjetischen Besatzungsbehörden und deutschen Verwaltungsinstitutionen in der SBZ, Viehausgleichsaktionen zwischen den Provinzen, Ländern und Kreisen durchzuführen. Trotz der Hilfsmaßnahmen, zu denen auch der Zentrale Blockausschuß und die Landesblockausschüsse seit Anfang 1946 wiederholt aufgerufen hatten, standen viele Neubauern im Sommer 1947 vor dem Ruin, da die anhaltende Dürre ihre Erträge verringert hatte und die Versorgung ihres Viehs mit Futter gefährdete. Nach der rigorosen Vieherfassung konnten die brandenburgischen Neubauern ihre Bestände 1948 kaum aufstocken. Überdies waren vereinzelt Tiere nicht (wie angeordnet) den Landempfängern zugeteilt worden. Das Ziel der SMA für Brandenburg, 1948 jeden Neubauern mit einer Kuh auszustatten, war deshalb nicht erreichbar. Obwohl die neuen Betriebsinhaber hier bis März 1948 allein 1.366 Pferde, 47.610 Rinder und 4.699 Schweine erhalten hatten, waren viele Tiere schwach und krank. Erst im darauffolgenden Jahr stieg die Zahl der Nutztiere deutlich, bevor sich die Lage in den frühen fünfziger Jahren endgültig entspannte. Noch 1952 hatten einzelne „Siedler" aber keine Kuh erhalten.[70]

70 Dazu exemplarisch die Beschwerde eines Neubauern aus Neulewin (Kreis Oberbarnim) vom 14. Januar 1952 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 245, Bl. 2. Zur Lage 1947: BLHA, Rep. 208, Nr. 2, Bl. 113. Angaben zum März 1948 nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 5/1, Bl. 412. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 49; Rep. 332, Nr. 614, Bl. 54. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/266, Bl. 42. Angaben zur Viehverteilung in Brandenburg bis Dezember 1946: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 62. Exemplarisch: Nehrig, Bauern, S. 22f. Zu den „Shukow-Kühen" in Brandenburg: BLHA, Rep. 201, Nr. 417, Bl. 1; Rep. 208, Nr. 4, Bl. 54. Zum Ziel der Viehbeschaffung in Brandenburg 1948: BLHA, Rep. 208, Nr. 4, Bl. 36. Bericht über Verstöße in: BLHA, Rep. 208, Nr. 4, Bl. 57, 69. Zusammenfassend: Zank, Gesellschaftspolitik, S. 55f.; Kluge, Kriegsfolgeschäden, S. 243; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 71f.; Nehrig/Piskol, Dialektik, S. 17; Ottofülling, Blockpolitik, S. 590; Bauerkämper, Problemdruck, S. 303f. Zu Mecklenburg: Evelyn Buddrus, Die demokratische Bodenreform im Kreis Bad Doberan und ihre historische Bedeutung, in: Beiträge zur Zeitgeschichte, H. 4/1960, S. 262–275, hier: S. 268; Hans-Ulrich Krellenberg, Die Eingliederung der Umsiedler in das gesellschaftliche und politische Leben in Mecklenburg 1945–1949 (dargestellt an den Kreisen Parchim und Malchin), Diss. A, Universität Rostock 1970 (Ms.), S. 109; Kuntsche, Unterstützung, S. 175f. SMAD-Befehl zur Versorgung der Neubauern mit Vieh, abgedruckt in: Schwank/Göttlicher, KPD, S. 856–860.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Am nachhaltigsten behinderte der akute Zugkraftmangel die Bewirtschaftung der Neubauernbetriebe. Traktoren und Pferde wurden besonders bei der Feldbestellung, Aussaat sowie bei der Getreide- und Hackfruchternte dringend benötigt. In den östlichen Kreisen Prenzlau, Lebus und Oberbarnim, wo sich besonders viele Neubauern niedergelassen hatten, wurden Anfang 1946 nur noch 15, 21 bzw. 15 Prozent des Vorkriegsbestandes der Pferde registriert. Die Zahl einsatzfähiger Traktoren stieg in ganz Brandenburg nach offiziellen Angaben von 398 im Mai 1945 auf 3.266 im Herbst 1947. Wegen des akuten Zugkraftmangels mußten hier durchschnittlich jeweils 60 ha mit einem Pferd oder Ochsen bewirtschaftet werden. Anfang 1947 war ein Bedarf von 5.363 Schleppern festgestellt worden, der durch einen überregionalen Maschinenausgleich erfüllt werden sollte. Vor allem in den Notstandskreisen des Oderbruchs konnte das Land vielerorts nicht oder allenfalls extensiv bewirtschaftet werden. So klagte eine Neubäuerin in Tempelberg (Kreis Lebus) noch im Januar 1950: „Ich habe 8 Ar [800 m^2] Land zugeteilt bekommen. Leider muß ich das Land mit nur einem Pferd bearbeiten. Für den Erwerb eines zweiten Pferdes habe ich nicht nur kein Geld, sondern auch keine Futtermittel. [...] Ich führe die Wirtschaft ohne einen Mann, der im Krieg geblieben ist." Aber auch den alteingesessenen Landwirten fehlten Zugtiere und -maschinen. Der Mangel wurde verschärft durch die Anforderungen der Besatzungsbehörden, die Pferde hauptsächlich zum Transport von Reparationsholz requirierten. So berichtete der Landrat von Guben im Juli 1947: „Infolge des Fehlens geeigneter Traktoren müssen auf Befehl der hiesigen Kreiskommandantur in der Zeit vom 24.7. – 1.8. insgesamt 343 Gespanne, die für die Ernteeinbringung jetzt dringend gebraucht werden, insgesamt 2002 fm [Festmeter] Holz für Reparationszwecke fahren." Auch 1948/49 reichten die Zugtiere und -maschinen für die Bewirtschaftung der Neubauernstellen nicht aus, so daß besonders auf den bei der Bodenreform übergebenen Flächen vielerorts noch in Handarbeit bestellt und geerntet werden mußte.[71]

Der Viehausgleich, den die SMAD bereits Ende 1945 angeordnet hatte, konnte das Zugkraftproblem in den Ostkreisen Brandenburgs keineswegs grundsätzlich lösen. Deshalb sollte hier die Anspannung von Ochsen und Kühen den Mangel an Pferden und Traktoren ausgleichen. Die sowjetische Militäradministration drängte die Parteidienststellen sowie Provinzial- und Landesverwaltungen in den ersten Nachkriegsjahren unablässig, die Bauern für die Kuhanspannung zu gewinnen, die auch von der VdgB propagiert wurde. Sogar die von Frieda Haas[72] in der SED und im Zentralen Bauernsekretariat der VdgB geleitete Landfrauenagitation sollte die Bäuerinnen und ihre Ehemänner überzeugen, Kühe als Zugtiere zu nutzen. Als Vorteile der Kuhanspannung stellte die SED heraus, daß damit das Futter für Pferde gespart und den anderen Tieren – besonders den Schweinen – mehr Getreide zuge-

71 BArch, DK-1, Nr. 253, Bl. 229. Zit. nach: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 432, Bl. 11. Vgl. auch BLHA, Rep. 208, Nr. 2752/1, Bl. 531. Zum Fehlbestand Anfang 1947: BLHA, Rep. 201, Nr. 327, Bl. 112–114. Zit. nach: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 52, Bl. 64f. (Orthographie korrigiert). Zu Brandenburg die Angaben in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/211, Bl. 91; Wegener, Entwicklung, S. 290. Vgl. auch Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 360f.; Steinhoff, Land, S. 138; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 80, 93f.; BArch, DK-1, Nr. 7592, Bl. 88; BLHA, Rep. 202 G, Nr. 67 (Schreiben v. 5.5.1950 u. 17.4.1950); Rep. 208, Nr. 110, Bl. 6; Rep. 332, Nr. 620, Bl. 191f. Zur Lage in der SBZ 1946 die von Hoernle bzw. Fritz Scholz verfaßten Berichte in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/52, Bl. 36; DY 30/IV 2/2022/102, Bl. 1. Zur Belastung durch die Abfuhr von Reparationsholz auch der Hinweis in: Siegfried Kuntsche, Bäuerlicher Alltag in den Nachkriegsjahren, in: Forschungsfeld DDR-Geschichte. Fs. Rolf Badstübner, Berlin 1999, S. 22–25, hier: S. 23.

72 Zu Frieda Haas: Osmond, Folgen, S. 164.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

führt werden konnte. Parteifunktionäre und Mitarbeiter der DVLF schlugen sogar wiederholt vor, die Neubauern zum Einsatz von Kühen als Zugtiere zu zwingen.[73] In Brandenburg kritisierte Rau die Verwendung von Pferden in Kleinbetrieben offen als unwirtschaftlich und untragbar. Zudem wies er die traditionale Statusorientierung der Bauern zurück, nach der nur ein Pferd als Anspannung den Landwirten ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit sicherte und ihnen damit ihr spezifisches Sozialprestige verlieh. Auch weil sie keine Pferde oder Zugmaschinen erwerben konnten, mußten viele Neubauern und – weniger zahlreich – auch alteingesessene Landwirte Kühe für die Feldarbeit nutzen. So wurden im Kreis Spremberg 1946 mehr als die Hälfte der vorhandenen Kühe als Zugtiere eingesetzt. Da der Zweijahrplan 1949/50 vorsah, die Traktorenproduktion in der SBZ anzukurbeln, stellte die SED-Führung in den späten vierziger Jahren auch zunehmend die Vorzüge des gemeinschaftlichen Schleppereinsatzes durch die Neubauern heraus.[74]

Allerdings besaßen viele Neubauern nicht einmal zwei Kühe, die angespannt werden konnten. Die Zugarbeit minderte auch erheblich die Milchleistung der Tiere. Die Kühe, die im Stall untergebracht waren, mußten außerdem erst an die Feldarbeit gewöhnt werden. Überdies war der Zeitaufwand bei der Bestellung des Ackers erheblich höher als mit Pferdeanspannung. Kühe waren vor allem nicht geeignet, weite Wege zu den Feldern zurückzulegen und schwere Zugarbeit zu verrichten. Zudem fehlten in der SBZ Geschirre und Kummets, die zur Anspannung der Kühe unabdingbar waren. Trotz der Propagandakampagne der SED-Leitungen und staatlichen Behörden widersetzten sich deshalb viele Landwirte der Kuhanspannung. So schrieb ein Neubauer im Januar 1946 an die VdgB-Wochenzeitung „Der freie Bauer": „Die Kuh ist, was Schnelligkeit und Ausdauer anbelangt, nie mit dem Pferde zu vergleichen, außerdem läßt die Milch bei der Kuh sofort nach, was allgemein gesehen ja auch kein Vorteil ist." Die Bauern lehnten die Kuhanspannung jedoch vor allem ab, weil nur Pferde ihren Eigentümern den spezifischen gesellschaftlichen Status verlieh, der sich in der dörflichen Machthierarchie auch aus dem Landbesitz ergab. Wie ein Mitarbeiter der Abteilung Landwirtschaft in der brandenburgischen Provinzialregierung nach einer Kontrollfahrt in die Kreise Angermünde und Prenzlau im November 1947 beklagte, waren „die Neusiedler sehr wenig dazu zu bewegen, ihre Kühe als Zugkraft zu verwenden." Allerdings bevorzugten einzelne Neubauern Kühe als Zugtiere, da die sowjetischen Offiziere viele Pferde vorübergehend zum Transport von Reparationsgütern – vor allem Holz – beschlagnahmten.[75]

---

73 BLHA, Rep. 208, Nr. 111, Bl. 19. Zur Propaganda der Parteileitungen und VdgB z.B.: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/211, Bl. 154; DY 30/IV 2/7/212, Bl. 9; NY 4263/6, Bl. 96. Zu Mecklenburg: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/24, Bl. 4. Zum Zugkraftausgleich Anfang 1946: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/211, Bl. 91f.

74 Rau, Kraft, S. 20, 31; BLHA, Rep. 332, Nr. 620, Bl. 192. Vgl. auch Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 258; Ein Jahr Bewährung, S. 19; Wegner, Bodenreform, S. 178; SAPMO-BArch, NY 4062/68, Bl. 3; BLHA, Rep. 208, Nr. 187, Bl. 87f.; Rep. 330, Nr. 1 („Bezirksparteitag der KPD am 6. April 1946 zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"; „Diskussion Gen. Leps"); Rep. 332, Nr. 638, Bl. 49. Zum Kreis Spremberg: Münzner, Entwicklung, S. 40.

75 Ute Schmidt, „Drei- oder viermal im Leben neu anfangen zu müssen ..." – Beobachtungen zur ländlichen Vertriebenenintegration in mecklenburgischen „Bessarabien-Dörfern", in: Hoffmann/Schwartz (Hg.), Geglückte Integration?, S. 291–320, hier: S. 391. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, NY 4182/1057, Bl. 34; BLHA, Rep. 208, Nr. 2752/1, Bl. 515. Zu den praktischen Problemen: Ein Jahr Bewährung, S. 19; BLHA, Rep. 208, Nr. 2, Bl. 131; Rep. 208, Nr. 187, Bl. 86, 88. Zum Rückgang der Milchleistung besonders: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/266, Bl. 43; DY 30/IV 2/7/277, Bl.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Fehlbestände bei Maschinen und Geräten

Der Mangel an Zugtieren wurde verschärft durch die unzureichende Ausstattung der Betriebe mit technischem Inventar. Viele alteingesessene Landwirte hatten ihre Maschinen und Geräte im Zweiten Weltkrieg eingebüßt, und die Neubauern waren völlig unzulänglich mit Betriebsmitteln ausgerüstet, da sie auf den enteigneten Gutshöfen nur wenig Inventar erhalten hatten. Auch die Ausstattung der neuen Landwirte mit Maschinen, Geräten, Kunstdünger und Saatgut erforderte deshalb hohe Folgeinvestitionen. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren in der SBZ etwa 30 Prozent der Maschinen, über die Bauern und Gutsbesitzer 1939 verfügt hatten, unbrauchbar. Da vor dem Krieg 80 Prozent der Produktionskapazität in der Landmaschinenindustrie in Westdeutschland konzentriert war, konnte das ausgefallene technische Inventar in der ostdeutschen Agrarwirtschaft in den späten vierziger Jahren nicht ersetzt werden. Die einzige große Landmaschinenfabrik in der SBZ, die Firma Rudolf Sack in Leipzig, wurde nach dem SMAD-Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 sequestriert und unter Treuhandverwaltung gestellt, bevor der Betrieb zwei Jahre nach dem „Volksentscheid zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher" vom 30. Juni 1946 in Sachsen in den VEB Bodenbearbeitungsgeräte überführt wurde. Der Wiederaufbau der Fabrik war damit mehrfach gestört worden. Zudem stagnierte 1947 die Landmaschinenproduktion in der SBZ, weil die Zulieferung des Materials unterbrochen war. Auch ein interregionaler Ausgleich des vorhandenen Saatguts war – entgegen der Bestimmung des Potsdamer Vertrags, die ökonomische Einheit Deutschlands zu erhalten – nicht möglich, denn die alliierten Mächte hatten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihren Besatzungszonen weitgehend unterbrochen. Überdies schlossen die Schäden im Verkehrssystem, das ohnehin durch die Abfuhr von Reparationsgütern belastet war, einen Transport über weite Entfernungen zumindest in den ersten Nachkriegsjahren aus. In der SBZ wurden sogar Schienen – oft das „zweite Gleis" – als Entschädigungsleistung für die Zerstörungen in der UdSSR abgebaut. Angesichts dieser politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen konnte der akute Mangel an technischem Inventar in der ostdeutschen Landwirtschaft durch improvisierte Hilfsmaßnahmen zwar gelindert, aber nicht beseitigt werden.[76]

Obgleich die Länder- und Provinzialverwaltungen auf Befehl der SMAD zinsgünstige Kredite für den Kauf von Maschinen und Geräten zur Verfügung stellten, besaß noch Ende

91. Zur Skepsis der Bauern in Brandenburg gegenüber der Kuhanspannung auch: BArch, DK-1, Nr. 8937, Bl. 21; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/142, Bl. 49; BLHA, Rep. 330, Nr. 1 („Bezirksparteitag der KPD am 6. April 1946 zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"; „Diskussion Gen. Leps"); Rep. 330, Nr. 18, Bl. 79. Vergleichend zu Mecklenburg-Vorpommern: BArch, DK-1, Nr. 8121, Bl. 1; SAPMO-BArch, NY 4182/1055, Bl. 39; Ulrich Bentzien, Bauern, in: ders./Neumann (Hg.), Volkskunde, S. 122–147, hier: S. 140f. Zu Sachsen-Anhalt: Hartmut Bock, Die Bodenreform und die Ansiedlung von Vertriebenen in der sowjetisch besetzten Zone. Eine Fallstudie, in: Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde 35 (1992), S. 32–54, hier: S. 36. Zu Sachsen: Donth, Vertriebene, S. 169–175, 345–349.

76 Barthel, Ausgangsbedingungen, S. 48; Kramer, Landwirtschaft, Textteil, S. 68. Vgl. auch Bauerkämper, Problemdruck, S. 305. Zur Firma Rudolf Sack: Frank Schulz, Elitenwechsel in Betriebsleitungen der Leipziger Industrieregion 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre, in: Werner Bramke/Ulrich Heß (Hg.), Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert, Leipzig 1998, S. 185–225, hier: S. 191, 199f., 218–223; ders., Elitenwandel in der Leipziger Wirtschaftsregion 1945–1948. Von den Leipziger „sächsischen Industriefamilien" zu Kadern aus dem Leipziger Arbeitermilieu, in: Comparativ 5 (1995), S. 112–126, hier: S. 114–119, 121f.; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 697. Zur Landmaschinenindustrie auch: Pellmann, Ringen, S. 88.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

1946 nur ein Viertel der Neubauern Pflüge und ein Fünftel von ihnen eiserne Eggen. Lediglich 13,0 Prozent der neuen Betriebe waren mit Kultivatoren und Häufelpflügen und 7,0 Prozent mit Mäh- und Dreschmaschinen ausgestattet. Die gewerbliche Wirtschaft und die Landwirtschaftsverwaltung waren mit dem hohen Maschinen- und Gerätebedarf, den die Führung der KPD mit dem von ihr vorangetriebenen Strukturbruch in der ostdeutschen Landwirtschaft herbeigeführt hatte, völlig überfordert. Den Bauern fehlten sogar einfache Hilfsmittel wie Pferdegeschirre, Zugketten, Gabeln, Sensen und Sicheln. Ebenso wie der Viehbestand konnte das technische Inventar nur schrittweise ergänzt werden. Noch am 1. Januar 1949 entfielen auf 209.059 Neubauern insgesamt lediglich 165.720 Pferdepflüge, 137.306 eiserne Eggen, 32.945 Kultivatoren, 26.346 Drillmaschinen, 21.464 Kartoffelroder und 173.961 Wagen und Anhänger. Da einzelne Landempfänger mit mehr als jeweils einem Gerät ausgestattet waren, mußten andere ihren Boden mit überaus geringem technischen Inventar bewirtschaften. Die VdgB hatte seit 1946 zwar Maschinenhöfe aufgebaut, aber viele Traktoren, Dreschmaschinen, Elektromotoren und Lastkraftwagen waren nicht einsatzfähig oder bei alteingesessenen Landwirten untergebracht, die damit den Einsatz – besonders die Ausleihe an Neubauern – kontrollierten.[77]

In Brandenburg waren noch im August 1947 statistisch nur 24 Prozent der Landempfänger mit Pferdepflügen, 22 Prozent mit eisernen Eggen, 20 Prozent mit Wagen oder Anhängern, 3,7 Prozent mit Kultivatoren und 2,8 Prozent mit Kartoffelrodern ausgestattet. Da der zur Versorgung erforderliche Aufbau der Landmaschinenindustrie in der SBZ bis zu den späten vierziger Jahren ausblieb, konnten die Neubauern ihre Ausrüstung mit technischem Inventar in den ersten Jahren nach der Bodenreform kaum verbessern. So besaßen im Januar 1949 statistisch lediglich rund zwei Fünftel der neuen Landwirte in Brandenburg Pferdepflüge und ein Drittel eiserne Eggen. Die Ausrüstung mit anderen Geräten war noch spärlicher. Nachhaltiger als die geringe Ausstattung mit Geräten schränkte der Mangel an schweren Maschinen die Wirtschaftsführung der Neubauernbetriebe ein. Besonders im östlichen Brandenburg, wo sich viele über die Oder geflohene Vertriebene aus der Neumark als „Siedler" niedergelassen hatten, konnten die neuen Landwirte ihre Felder nicht oder nur extensiv bewirtschaften. Auch der Maschinenausgleich blieb weitgehend unwirksam. Im Kreis Oberbarnim weigerten sich Landwirte in Dörfern im Sommer 1948 sogar, Bauern in gering versorgten Notstandsgemeinden Mähmaschinen und Dreschkästen zu leihen. Besonders der Mangel an Zugmaschinen, der auch durch die Lieferung sowjetischer Traktoren im Frühjahr 1949 nur wenig gelindert wurde, wirkte sich katastrophal auf die Bewirtschaftung der Neubauernstellen aus. Daneben fehlten Dünge- und Spritzmittel sowie Saatgut.[78] (*Tabelle 8*).

---

77 Angaben zum Februar bzw. April 1946 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/229, Bl. 38f.; DY 30/IV 2/7/634, Bl. 31f. Angaben zum 1. Januar 1949 in: BArch, DK-1, Nr. 7375, Bl. 7, 129–133. Zur Entwicklung von 1946 bis 1950 die Tabellen in: Stöckigt, Kampf, S. 270–272; Pellmann, Ringen, S. 88f.; BArch, DK-1, Nr. 8620, Bl. 5. Zum Bedarf in Mecklenburg-Vorpommern: BArch, DK-1, Nr. 8743, Bl. 23f. Vgl. auch Zank, Wirtschaft, S. 154, 157; Merz, Bodenreform, S. 1165, 1169; Bauerkämper, Problemdruck, S. 306f.

78 Angaben zum August 1947 nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 220, Bl. 2a. Anteile zum Januar 1949 errechnet nach: BArch, DK-1, Nr. 7375, Bl. 131. Vgl. auch BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1531, Bl. 217. Zum Maschinen- und Gerätebestand von 1946 bis 1950 Tabellen in: Stöckigt, Kampf, S. 270–275. Zum Scheitern des Maschinenausgleichs im Kreis Oberbarnim 1948: BLHA, Rep. 208, Nr. 2758, Bl. 150–152. Dazu auch die Darstellung in: Bauerkämper, Problemdruck, S. 306f. Daneben die Berichte und Anga-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Kredite und Wirtschaftsberatung

Obgleich die SED-Führung und die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen den Neubauern beträchtliche Kredite zur Verfügung stellten, reichten die Finanzmittel nicht aus, um die Betriebe dauerhaft zu stabilisieren. Die SMAD ordnete in ihrem Befehl Nr. 62 vom 25. Februar 1946 an, angesiedelten Landwirten jeweils maximal 1.500 RM für bis zu fünf Jahren mit einem Jahreszinssatz von drei Prozent zu gewähren. Als Notmaßnahme wurden den weitgehend ungesicherten Neubauern in der SBZ im Frühjahr und Sommer 1946 aber darüber hinaus Kredite in Höhe von insgesamt 350 Millionen RM zugewiesen, die vor allem für den Kauf von Betriebsmitteln ausgegeben werden sollten. Auch in den darauffolgenden Jahren beschloß das Sekretariat der DWK wiederholt – so am 26. Mai 1948 –, den neuen Betriebsinhabern Kredite für die Beschaffung von technischem Inventar zu gewähren. In Brandenburg hatte die Provinzialverwaltung der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft Kurmark schon in ihrem „Hilfsplan" vom 30. November 1945 einen Kredit von 500.000 RM eingeräumt, um für die Neubauern in Berliner Betrieben Industriewaren zu erwerben. Darüber hinaus waren sechs Millionen RM für den Kauf von Saatgut bewilligt worden. Anfang 1946 stellte die Provinzialregierung den Neubauern Inventarkredite in Höhe von jeweils 6.000,- RM zur Verfügung.[79]

Die Neubauern erhielten darüber hinaus weitere materielle Vergünstigungen. Schon im Dezember 1945 hatte das ZK der SED die Provinzial- und Landesverwaltungen in der SBZ angewiesen, Neubauern vollständig von der Einkommen-, Vermögens- und Grundsteuer zu befreien, sie der Ablieferungspflicht für Fleisch, Wolle und Eier zu entheben und die Abgabequoten für Pflanzenprodukte auf die Hälfte zu senken. Weiterhin wurden Beratungsstellen für Neubauern eingerichtet, denn die Bodenreform hatte zu einer nachhaltigen Deprofessionalisierung geführt, die das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion einschränkte. Besonders Berufsfremden und früheren Landarbeitern, die zuvor in Agrarbetrieben begrenzte, spezialisierte Tätigkeiten ausgeführt hatten, fehlte das umfassende Fachwissen, das zur Betriebsführung unabdingbar war. Die Landwirtschaftsabteilung im ZK der SED entschied deshalb Ende 1946, in Landesschulen der VdgB Bauernsekretäre auszubilden, die Neubauern fachlich beraten konnten und zugleich politisch indoktrinieren sollten. 1947 insistierte Hoernle vergeblich auf eine staatliche Lenkung des landwirtschaftlichen Beratungswesens durch die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft. Der VdgB warf er indirekt mangelnde Kompetenz vor, denn „der Fachberater kann nicht durch allgemeine Redensarten und theoretische Lehren mangelndes Fachwissen ersetzen." An die Stelle von „Gesinnung" sollte „gediegenes Fachwissen" treten. Dennoch wurde die DVLF auch bei der Zuordnung einer Hauptstelle für landwirtschaftliche Fachberatung 1948 übergangen.[80]

---

ben in: Wegner, Bodenreform, S. 178; Nehrig, Bauern, S. 18; BLHA, Rep. 208, Nr. 192, Bl. 3–5; Rep. 208, Nr. 197, Bl. 26.

79 SMAD-Befehl Nr. 62 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/1. Zur Rettungsaktion 1946: Kluge, Bodenreform 1945, S. 102. Beschluß der DWK vom 26. Mai 1948 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 5, Bl. 139–144. Allgemein zur SBZ: Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 71f.; Schulz, Entwicklung, S. 213. Zum „Hilfsplan" in Brandenburg: Bodenreform in der Mark Brandenburg, S. 7–9. Vgl. auch Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 210; BLHA, Rep. 208, Nr. 225, Bl. 1, 52f., 76, 106, 109, 135, 143, 145, 152, 156f.; Rep. 255, Amtsbez. Krausnick, Kr. Beeskow-Storkow, Nr. 19, Bl. 114, 149.

80 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/584, Bl. 90; DY 30/IV 2/7/585, Bl. 111–113. Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/584, Bl. 126. Zu den Ende 1945 angeordneten Vergünstigungen: Schwank/Göttlicher, KPD, S. 858f. Zur Wirtschaftsberatung allgemein: Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 72. Zur

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Da die Qualifizierung der Bauern gefördert werden mußte, griffen Parteidienststellen und staatliche Behörden traditionale Institutionen und Verfahren auf, die den Landwirten bekannt waren, aber den politischen Zielen der Machthaber angepaßt wurden. In Brandenburg hatte die Provinzialverwaltung am 20. November 1945 angeordnet, einen Beratungsapparat für die Landwirtschaft aufzubauen. Die Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe sollten „antifaschistische" Bauern bestimmen, die in den einzelnen Gemeinden als ehrenamtliche Wirtschaftshelfer einzusetzen waren. Den Orts- und Bezirksbauernberatern wurde vor allem auferlegt, bei der Anlage von Neubauernstellen mitzuwirken, Landwirte bei der Anschaffung von technischem Inventar sowie beim Zugkrafteinsatz zu beraten und bei der Wirtschaftsplanung und -organisation zu unterstützen. Ende 1945/46 wurden zudem an vier landwirtschaftlichen Winterschulen wieder Kurse durchgeführt. Insgesamt verstärkten Partei- und Staatsfunktionäre in Brandenburg die Landwirtschaftsberatung in den Nachkriegsjahren erheblich. Am 1. Juli 1948 arbeiteten hier 19 Kreis- und 116 Bezirksberater. Daneben waren in vielen Gemeinden Fachkräfte eingesetzt worden, deren Kompetenz freilich oft nicht ausreichte, um den schwachen Neubauern wirksam zu helfen. Überdies wurden die Berater zunehmend an der Plankontrolle beteiligt, so daß viele Bauern ihnen nicht mehr das erforderliche Vertrauen entgegenbrachten.[81]

Der Mangel an Gebäuden und das Neubauernbauprogramm

Der Mangel an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden war die schwerwiegendste wirtschaftliche Folgelast der Bodenreform in der SBZ. Aus dem Bestand der 1945/46 konfiszierten Agrarbetriebe hatte nur jeder vierte Neubauer jeweils ein Wohnhaus und Stallgebäude und nur jeder zehnte „Siedler" eine Scheune erhalten. Der enorme Bedarf konnte mit den knappen Ressourcen, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit zur Verfügung standen, nicht befriedigt werden und zeigte am deutlichsten den wirtschaftlichen Problemdruck auf, den die SMAD und die mit ihr kooperierende KPD-Führung mit der überstürzten, undifferenzierten und weitgehend von politischen Zielen bestimmten Durchführung der Bodenreform selber herbeigeführt hatte. So hielt das Ministerium für Landwirtschaft 1950 im Rückblick fest: „Die grossen Güter, vor allem in den Agrarländern Mecklenburg und Brandenburg, wurden oftmals in über 100 Neubauernstellen aufgesiedelt, so dass praktisch ganz neue Dörfer geplant und errichtet werden mußten." 1945/46 war die Bautätigkeit wegen des akuten Mangels an Material, Arbeitskräften und Finanzmitteln jedoch überaus schwach geblieben. In den Gutsgebäuden mußten viele Neubauern, besonders Flüchtlinge, notdürftig untergebracht werden. Viele Gutshäuser waren allerdings noch von Soldaten der Roten Armee besetzt oder zerstört, so daß die Neubauern in Baracken leben mußten. Vorübergehend boten auch zerstörte Gutsställe Schutz. Da die Ressourcen auf die Versorgung der Neubauern mit Wohn- und Stallraum konzentriert werden mußten, wuchsen unter den alteingesessenen Landwirten, die

---

Deprofessionalisierung: Scherstjanoi, „Friedenshektarerträge", S. 328. Zum Plan einer Schule im Kreis Westprignitz: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/584, Bl. 15f.

81 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/585, Bl. 21–23; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 72; Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 345. „Instruktion über die Schaffung eines Bauern- und Siedlungs-Beratungswesens", abgedruckt in: Bodenreform in der Mark Brandenburg, S. 21–23. Angabe zum 1. Juli 1948 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/144, Bl. 67. Hinweise auch in: Wegner, Bodenreform, S. 179; Wegener, Entwicklung, S. 292.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ihren neuen Berufskollegen vielfach Unterkunft gewähren mußten, die Ressentiments gegen die Bodenreform und die „Siedler". Damit drohte eine Aufspaltung der Bauernschaft.[82]

In Brandenburg verfügte Ende 1945 statistisch jeweils nur jeder achte Neubauer über ein Wohnhaus und Stallgebäude, und nur jedem sechzehnten war eine Scheune übergeben worden. Hier wurden noch mehr als 55.000 Wohnhäuser, etwa 40.000 Viehställe und über 36.000 Scheunen benötigt. In den zerstörten Oderkreisen lebten Flüchtlinge, die Land übernommen hatten, vielerorts in Erdhöhlen. Auch in der Gemeinde Ihlow befanden sich 44 Neubauern noch im Sommer 1946 „in einer sehr traurigen Lage. Sie sitzen in einem Raum des früheren Gutsgebäudes ohne Fensterscheiben, ohne Mobiliar, ohne Tisch und Stuhl. Sie haben weder Stall noch Scheune, weder Pferd noch Kuh, noch irgendwelches Ackergerät." Der Baubedarf war aber nicht nur in den östlichen Notstandsgebieten Brandenburgs hoch. So mußten auch im südöstlichen Kreis Beeskow-Storkow Ende 1945 insgesamt 1.848 Wohnhäuser, 1.542 Stallgebäude und 1.558 Scheunen errichtet werden. Die Bauleistung blieb 1945/46 jedoch gering. Bis Ende 1946 konnten in Brandenburg nur 360 Neubauten errichtet sowie 298 Gebäude wiederaufgebaut und 140 umgebaut werden (*Tabelle 9*).[83]

Im Frühjahr 1947 mußte zunächst der Schaden beseitigt werden, den die Dammbrüche an der Oder verursacht hatten, nachdem diese Region schon 1920, 1926 und 1930 vom Hochwasser verwüstet worden war. Auch in den Jahren 1945 und 1946 schränkte Hochwasser die landwirtschaftliche Arbeit im Oderbruch erheblich ein. Im März und April 1947 überschwemmte die Flut hier 78.000 ha, davon 51.000 ha Ackerland. Nur ein Drittel dieser Fläche konnte im Frühjahr bestellt werden. Fast 9.200 Personen mußten evakuiert werden, und über 5.400 wurden von der Flut eingeschlossen. Das Hochwasser schädigte nicht nur die Winteraussaat auf den Feldern, sondern auch Getreidevorräte und Gebäude. Zudem wurde wertvolles Rauhfutter für Nutztiere vernichtet. Der Viehverlust wurde im Kreis Oberbarnim mit 30 Prozent des Bestandes veranschlagt. Auch 5.300 Tonnen Speise- und Saatkartoffeln fielen aus. Insgesamt belief sich der Schaden auf 107 Millionen Reichsmark. Die SMAD ordnete in mehreren Befehlen (u.a. am 25. April, 4. Oktober und 4. Dezember 1947) Hilfsmaßnahmen für die Bewohner des Oderbruchs und Vergünstigungen für die geschädigten Bauern an, deren Pflichtablieferung deutlich reduziert wurde. 1948 befreite die Landesregie-

82 BArch, DK-1, Nr. 7375, Bl. 119f.; DK-1, Nr. 8626, Bl. 3. Geringfügig differierende Bilanz in: BArch, DK-1, Nr. 8620, Bl. 6. Weitere Angaben zu den Gebäuden in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/634, Bl. 32f.; DY 30/IV 2/7/229, Bl. 39; BArch, DO-1/10/65, Bl. 19f., 35f. Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 3075, Bl. 9. Zu Mecklenburg: MLHA, MLF, Nr. 2825, Bl. 67. Erfüllungsquote von drei Prozent angegeben in: MLHA, MLF, Nr. 2827, Bl. 186. Zu den Wohnverhältnissen: BArch, DK-1, Nr. 7559, Bl. 3; DK-1, Nr. 7584, Bl. 80f.; DK-1, Nr. 7693, Bl. 26f.; DK-1, Nr. 8801, Bl. 40f.; DK-1, Nr. 8898, Bl. 2; DK-1, Nr. 9519, Bl. 201. Zu den politischen Folgen der Bodenreform die Kritik Hoernles in: BArch, DK-1, Nr. 8831, Bl. 65. Zahl der übernommenen Gebäude und Überblick zur Bauleistung 1945/46 in: Zank, Wirtschaft, S. 154, 156; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 63, 97; Schulz, Probleme, S. 12; Bauerkämper, Problemdruck, S. 308; ders., Neubauern, S. 122.

83 BLHA, Rep. 350, Nr. 873 („Liegenschaftsstatistik", 1.1.1947). Zit. nach: BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 894 (Schreiben v. 10. Juli 1946; Orthographie korrigiert). Zum Bestand und Bedarf Ende 1945: BArch, DK-1, Nr. 3075, Bl. 9; DK-1, Nr. 8818, Bl. 4; BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1531, Bl. 218; Zank, Wirtschaft, S. 156; Bauerkämper, Problemdruck, S. 308; ders., Neubauernbauprogramm, S. 189. Vgl. auch die Statistiken in BArch, DK-1, Nr. 7374, Bl. 193; DK-1, Nr. 7375, Bl. 119, 207–211; DK-1, Nr. 7656, Bl. 98; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/634, Bl. 32f.; BLHA, Rep. 208, Nr. 201, Bl. 11; Rep. 332, Nr. 638, Bl. 38. Zu den übernommenen Gebäuden und zum Baubedarf in den Kreisen: BLHA, Rep. 208, Nr. 205, Bl. 7, 24 (Angabe), 170, 244, 270, 324, 381, 449, 502; Rep. 208, Nr. 206, Bl. 36, 191, 266, 309, 369, 425, 482, 528. Zu den Wohnverhältnissen: BLHA, Rep. 208, Nr. 192, Bl. 3.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

rung die Landwirte auf Anweisung der SMA sogar vollständig von ihrer Pflichtquote. Die sowjetischen Besatzungsbehörden sollten zudem sicherstellen, daß die Bauern Saatgetreide und -kartoffeln sowie Viehfutter erhielten. Am 2. April 1947 verabschiedete auch der Landesblockausschuß in Potsdam einen Aufruf zur Neubauernhilfe. Die Landesregierung erließ zudem auf Anweisung der SMA und des Landesvorstandes der SED einen Schwerpunktplan für die Oderbruchhilfe. Außer der Rekultivierung des Landes sollten vor allem die zerstörten Dörfer wiederaufgebaut werden. Dazu mußten das Baumaterial, die Arbeitskräfte, die finanziellen Mittel und der Transportraum, der im Frühjahr 1947 in Brandenburg zur Verfügung stand, weitestgehend auf den Wiederaufbau in den überfluteten Ostkreisen konzentriert werden. Das Programm der Landesregierung zielte jedoch nicht nur auf die Rekonstruktion der Landwirtschaft im Oderbruch, sondern auch auf die Durchsetzung politischer Ziele wie der verstärkten Anwendung sowjetischer „Neuerermethoden". Das Vakuum sollte auch hier genutzt werden, um den sozioökonomischen Umbruch auf dem Lande weiter voranzutreiben.[84]

Hoernle hatte Anfang Januar 1947 auf einer Zonenkonferenz zur Bodenreform die Anweisung erteilt, 1947 in der SBZ 2.000 Neubauerngehöfte zu errichten. In Brandenburg plante die Landesregierung aber, hier allein 5.000 Gehöfte zu bauen. Daraufhin erließ der Landtag noch am 21. März 1947 das „Gesetz zur Förderung der Bauvorhaben in der Bodenreform". Damit wurde die Landesregierung ermächtigt, Material für das Bauprogramm auf dem Lande gegen Entschädigung zu beschlagnahmen. Da die Bauleistung jedoch in allen Ländern bis zum Sommer 1947 insgesamt überaus gering geblieben und die mangelnde Koordination der Arbeit deutlich hervorgetreten war, erließ die SMAD am 9. September 1947 ihren Befehl Nr. 209 „Über Maßnahmen zur wirtschaftlichen Einrichtung von Neubauernwirtschaften". Außer der Weiterführung des Viehausgleichs ordnete die sowjetische Besatzungsmacht mit ihrem Befehl an, bis Ende 1948 in der SBZ 37.000 Neubauernhäuser zu errichten, davon 12.000 in Mecklenburg und 10.000 in Brandenburg. Die SMA befahl der brandenburgischen Landesregierung daraufhin am 7. Oktober 1947, bis zum Jahresende 1.000 Häuser fertigzustellen und 1948 weitere 9.000 Gebäude zu vollenden.[85]

---

84 Zum Ausmaß der Schäden die Berichte in: BArch, DO-1/10/64, Bl. 190, 232; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/62, Bl. 73, 82; BLHA, Rep. 208, Nr. 5/1, Bl. 429; Rep. 208, Nr. 2752/1, Bl. 442, 530–532; Rep. 208, Nr. 2758, Bl. 264–266. Allgemein: Steinhoff, Land Brandenburg, S. 144; Scherstjanoi, Volkskontrolle, S. 3; Bauerkämper, Neubauernbauprogramm, S. 189. Zu den SMAD-Befehlen: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/2 (SMAD-Befehl Nr. 94); BLHA, Rep. 208, Nr. 2, Bl. 5, 40f., 56; Rep. 206, Nr. 2639, Bl. 62; Rep. 206, Nr. 2675, Bl. 97. Aufruf des Landesblockausschusses in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/62, Bl. 35 (abgedruckt in: Reinert [Bearb.], Protokolle, S. 105f.). Übersicht über die Hilfsmaßnahmen in: BLHA, Rep. 206, Nr. 2679, Bl. 13–17, 60f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/62, Bl. 52–54; BArch, DK-1, Nr. 8829, Bl. 5–9. Zur Konzentration der Ressourcen im Bausektor: BArch, DK-1, Nr. 3045, Bl. 64f.; BLHA, Rep. 208, Nr. 2758, Bl. 272; Rep. 208, Nr. 4259, Bl. 24. Zu den Dammbrüchen 1920, 1926 und 1930: Materna, Brandenburg, S. 584, 590, 592.

85 Zur Vorgabe Hoernles: BArch, DO-1/10/62, Bl. 38. Gesetz vom 21. März 1947 und SMA-Befehl Nr. 163 vom 7. Oktober 1947 in: BLHA, Rep. 332, Nr. 640, Bl. 13f. Dazu auch: Ottofülling, Blockpolitik, S. 591. Baubilanzen für September 1946, 31. Dezember 1946 und September 1947: BArch, DK-1, Nr. 8732, Bl. 92; DK-1, Nr. 8835, Bl. 193; DK-1, Nr. 8908, Bl. 29, 38, 80; SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 63; BLHA, Rep. 350, Nr. 873 (Monatsbericht v. 31.12.1946). SMAD-Befehl Nr. 209 in: BArch, DK-1, Nr. 7691, Bl. 213f.; BArch, DY 30/IV 2/2022/2; BLHA, Rep. 208, Nr. 181, Bl. 210f. Abgedruckt in: Nehrig, Bodenreform, S. 107–109; Sozialpolitik, S. 181–185. Durchführungsrichtlinien der DVLF in: BArch, DK-1, Nr. 7691, Bl. 268–274; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/256, Bl. 6–9. „Plan der Hilfe für die Bauern" vom 30. November 1945 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/211, Bl. 11f. Vgl.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Diese Vorgabe war angesichts der materiellen Not in der Nachkriegszeit nur zu erfüllen, wenn die verfügbaren Arbeitskräfte, das Baumaterial sowie die Finanz- und Transportmittel auf das „Neubauernbauprogramm" konzentriert wurden, das die SED-Führung gemäß den vorangegangenen sowjetischen Befehlen auf ihrem II. Parteitag (20. – 24. September 1947) verkündete. Der Einsatz der knappen Ressourcen sollte eng koordiniert werden. Die zentrale Leitung wurde deshalb der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft in der DWK übertragen. Die Zonenbaukommission, die der DVLF zugeordnet war, erließ die erforderlichen Durchführungsrichtlinien. 1949 wurde aber eine Zonenbauleitung als eigenständige Koordinationsinstanz eingesetzt, in der die Hauptverwaltungen Land- und Forstwirtschaft, Wirtschaftsplanung, Materialversorgung, Verkehr sowie Arbeit und Sozialfürsorge vertreten waren. Den Innenministern, Landräten und Bürgermeistern, aber auch den SED-Leitungen oblag die Durchführungskontrolle in gesonderten „Bauleitungen 209". Dazu wurden die Landesbodenkommissionen, die den Einsatz leiten und die Bevölkerung mobilisieren sollten, nach dem II. Parteitag den jeweiligen Innenministern unterstellt. Obgleich die DVLF bzw. HVLF regelmäßig Baukonferenzen mit den Innenministern der Länder einberief und das Zentralsekretariat der SED die politische Aufsicht ausübte, führte dieses Organisationssystem – entgegen dem Selbstbild der homogenen, von einem einheitlichen Willen der Partei als „Avantgarde" gesteuerten „Diktatur des Proletariats" – einerseits zu einem Chaos sich überschneidender Kompetenzen. Andererseits wurde die institutionelle Trennung von Bauaufsicht und -durchführung nicht überwunden.[86]

Angesichts der Notlage nach dem Zweiten Weltkrieg muß das Neubauernbauprogramm vor allem als Ausdruck des krassen Voluntarismus der sowjetischen Besatzungsverwaltung sowie der führenden Partei- und Staatsfunktionäre in der SBZ interpretiert werden. Außer der unzureichenden Planung und Koordination behinderten der Mangel an Baumaterial, Transportkapazität und Arbeitskräften und die geringen Kapitalreserven der Neubauern das Bauprogramm ebenso anhaltend wie die schwach entwickelte Eigen- und Gemeinschaftsleistung der neuen Stelleninhaber. Die Kriegszerstörungen und sowjetischen Reparationen führten zu einem deutlichen Rückgang der Kohleförderung und der Produktion in der Baustoffindustrie. Die Unterbrechung der Verkehrswege und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den alliierten Besatzungszonen in Deutschland und innerhalb dieser Gebiete verschärfte den Engpaß im Bausektor. Völlig unzureichend war die Versorgung mit Mauersteinen, Dachziegeln, Zement, Glas, Dachpappe, Nägeln und Schnittholz. Besonders fehlten kohlegebundene Baustoffe und Holz, das von der sowjetischen Besatzungsmacht als Reparationsleistung beansprucht und konfisziert wurde. Zudem sollte Kalk nach einer Anordnung der DWK vom April 1948 nicht mehr für Bauten verwendet, sondern vor allem als Dünger im Ackerbau eingesetzt werden. Da die Baukalksperre erst im Juni 1948 aufgehoben wurde und auch andere Materialien wie Isolierpappe, Mauersteine und Dachziegel knapp blieben, forderten sowjetische Offiziere ebenso wie Funktionäre der SED und gesellschaftliche Organisationen, weitgehend natürliches Baumaterial wie Lehm und Schilfrohr zu verwenden. Der Lehmstampfbau setzte aber Spezialwissen voraus und genügte selbst geringen Ansprü-

auch Schulze, Prozeß, S. 218, 222, 232; Rau, Kraft, S. 2, 28; Reinert (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, S. 9–11; Reinert, Befehl Nr. 209, S. 507–510; Nehrig/Piskol/Trixa, Umwälzung, S. 134–136; Zank, Gesellschaftspolitik, S. 55f.

86 Übersicht zur Organisationsstruktur in: Bauerkämper, Problemdruck, S. 309; Reinert, Befehl, S. 509f.; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 138. Zur Bauorganisation vor dem Erlaß des SMAD-Befehls Nr. 209: BArch, DK-1, Nr. 8908, Bl. 16f., 25, 27, 37, 39; DO-1/10/62, Bl. 22–24, 39.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

chen an die Unterbringung von Menschen und Vieh nicht. Eingestürzte Häuser stärkten das Mißtrauen der Neubauern gegenüber dem unablässig propagierten Naturbauverfahren. Trotz des Rückgangs der Finanzmittel nach der Währungsumstellung vom Juni 1948, der nach einem Beschluß der DWK vom 26. Mai durch die Bereitstellung von Krediten in Höhe von jeweils 15.000 Mark für die Neubauern aufgefangen werden sollte, blieben die improvisierten und einfach oder sogar mangelhaft ausgeführten Neubauten mit Naturmaterial unbeliebt. Die Propaganda für Naturbauverfahren traf vielerorts auf Ablehnung, weil diese Methode Fachwissen voraussetzte und die Bauern ohnehin feste, massiv gebaute Häuser als Ausdruck ihrer Unabhängigkeit und Lebensperspektive eindeutig bevorzugten.[87]

Ebensowenig konnten die weitgehende Konzentration der Ressourcen auf das Neubauernbauprogramm, der Übergang zu Schnellbauverfahren und die Baustoffgewinnung aus dem Abriß von Gebäuden den Ressourcenmangel ausgleichen. Als sich deutlich abzeichnete, daß der SMAD-Befehl Nr. 209 nicht erfüllt werden konnte, ordnete die DWK am 28. Juli 1948 an, Privatbauten unverzüglich einzustellen. Überdies mußten Baustoffe, die sich im privaten Besitz befanden, erfaßt und beschlagnahmt werden. Nahezu das gesamte Baukontingent, das für die Landwirtschaft vorgesehen war, sollte dem Neubauernbauprogramm zugeführt werden. So wies die Sowjetische Militäradministration in Deutschland die HVLF an, 1949 insgesamt 85 Prozent des Baumaterials, das der Landwirtschaft zugeteilt wurde, für das Bauprogramm zu verwenden. Mit jeweils mindestens neunzig Prozent des Kontingents für Installationsmaterial, Lacke und Farben, Gips sowie Mauer- und Dachziegeln band das Neubauernbauprogramm besonders knappe Ressourcen, die dem Wiederaufbau der Höfe alteingesessener Bauern und der Städte entzogen wurden. Die Auswirkungen des Materialmangels sollten gemindert werden, indem die Neubauern aufgerufen wurden, Schnellbauverfahren zu nutzen und überwiegend normierte Typen- und (seit 1950) „Kernbauten" zu errichten, deren Ausführung einfach war und wenig Ressourcen beanspruchte. Andererseits wurden militärische Anlagen, irreparabel zerstörte Häuser und Gutsgebäude abgerissen, um zusätzliche Baustoffe zu gewinnen. Die Gutshöfe sollten aber vorrangig beseitigt werden, weil sie aus der Sicht der sowjetischen Militäradministration und der SED-Führung als „Niststätten des Feudalismus" die Gutsherrschaft auf dem Lande symbolisierten. Obgleich sich vor allem Landeskonservatoren und die Deutsche Verwaltung für Volksbildung dem Abriß kulturhistorisch wertvoller Bausubstanz widersetzten und die Vernichtung dringend benötigten Wohnraums auch in der Landbevölkerung und sogar bei Funktionären der SED und des VdgB auf Unverständnis trafen, hielt die Parteiführung an ihrer Absicht fest, „weitgehendst den Gutscharakter zu zerstören." Am 29. Januar 1948 wies Reutter die SED-Landesvorstände erneut an, sogar Gutshäuser zu beseitigen, in denen inzwischen Krankenhäuser und soziale Einrichtungen untergebracht worden waren. Der Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Zentralsekretariat räumte jedoch ein, daß die rigorose Maßnahme „gerade in Kreisen unserer Genossen nicht verstanden wird." Doch er insistierte: „Zur Sicherung der

87 BArch, DK-1, Nr. 7641, Bl. 74; DK-1, Nr. 7690, Bl. 157f.; DK-1, Nr. 7691, Bl. 125, 264f.; DK-1, Nr. 7693, Bl. 339–345; DK-1, Nr. 7699, Bl. 29–31, 88 (hier Angaben zum IV. Quartal 1947). Zur Baukalksperre: Zank, Wirtschaft, S. 157. Detaillierte Darstellung in: Bauerkämper, Problemdruck, S. 313f. Beschluß der DWK vom 26. Mai 1948 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 5, Bl. 139–144. Zum Rückgang der Geldreserven nach der Währungsumstellung und zur zunehmenden Kreditbelastung der Neubauern: BArch, DK-1, Nr. 3075, Bl. 12, 16.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bodenreform ist der Abriss von Herrenhäusern, Schlössern usw. politisch notwendig, weil in ihnen das Junkertum verkörpert wird."[88]

Der Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften und ein sowjetischer Hauptmann, der offenbar in der Verwaltung für Volksbildung arbeitete, äußerten dagegen Ende 1947 und Anfang 1948 deutlich ihre Bedenken. Die Landeskonservatoren wandten darüber hinaus ein, daß die beim Abriß der Gutshäuser anfallenden Baustoffe nicht mehr zu verwenden waren, und einigten sich mit der Deutschen Verwaltung für Volksbildung – gegen die DVLF – am 4. März 1948, die noch nicht abgetragenen Herrenhäuser und Wirtschaftsgebäude nach ihrem kulturhistorischen Wert drei Kategorien („besonders wertvoll", „wertvoll" und „erhaltenswert") zuzuordnen. Der Beschluß des Zentralsekretariats vom 15. März 1948, Kommissionen zur Prüfung erhaltenswerter Gebäude zu bilden, räumte den Kritikern des Abrißprogramms – besonders in der Deutschen Verwaltung für Volksbildung – zwar eine begrenzte Mitsprache, aber kein Vetorecht bei der Baustoffgewinnung aus Gutshäusern ein. In einem Rundschreiben wiesen Ulbricht und Ackermann die Landesvorsitzenden der Partei und die Präsidenten der Zentralverwaltungen für Volksbildung, Inneres sowie Arbeit und Sozialfürsorge vielmehr erneut an, „soweit als möglich die Spuren der Junkerherrschaft auf dem Dorfe zu vernichten." Schon bis April 1948 wurden in der SBZ mehr als 2.000 Gutshöfe und bis zum Jahresende sogar nahezu 8.300 Gebäude abgetragen. Dennoch kritisierten die sowjetischen Militärkommandeure und die führenden SED-Funktionäre das angeblich fehlende Engagement bei dem Abriß, der wiederum neue Konflikte – vor allem mit den Vertriebenen in den Gutshäusern – auslöste. Obgleich auch in Brandenburg kulturhistorisch wertvolle Bausubstanz und dringend benötigter Wohnraum vernichtet wurde, konnten in vielen Gutshäusern doch Kinderheime, Schulen und andere kulturell-soziale Einrichtungen untergebracht werden.[89]

88 Ther, Vertriebene, S. 181; BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1536, Bl. 109–111, 119; BArch, DK-1, Nr. 3044, Bl. 10; DK-1, Nr. 7691, Bl. 194, 261, 271f., 356–358 (Angaben: Bl. 356), 362f.; DK-1, Nr. 8835, Bl. 6f., 75–77, 170a. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BArch, DK-1, Nr. 8835, Bl. 31, 168; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/60, Bl. 33f. Zum Verbot von Privatbauten auch: BArch, DK-1, Nr. 7689, Bl. 549; DK-1, Nr. 7691, Bl. 259; DK-1, Nr. 7693, Bl. 119. Zu den Bautypen: BArch, DK-1, Nr. 3045, Bl. 65; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/14, Bl. 335. Zum Naturbauverfahren und zum Verlauf des Bauprogramms zusammenfassend: Werner Durth/Niels Gutschow, Träume in Trümmern. Stadtplanung 1940–1950, München 1993, S. 145, 148f.; Ther, Vertriebene, S. 180–183; Zank, Wirtschaft, S. 158; Schulz, Probleme, S. 12f.; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 138–146. Dazu auch der Überblick in: Bauerkämper, Problemdruck, S. 314–316. Zu den unterschiedlichen Positionen der Zentralverwaltung für Volksbildung sowie für Land- und Forstwirtschaft: Maether, Schlösser, S. 21–27.

89 Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 8831, Bl. 111. In seinen Anweisungen zum Beschluß vom 15. März 1948 schärfte das Zentralsekretariat der SED den Landesvorsitzenden der SED ein: „Der Abriss darf nicht nur unter dem Gesichtswinkel betrachtet werden, Baumaterialien für Neubauernsiedlungen zu gewinnen; viel wichtiger ist, soweit als möglich die Spuren der Junkerherrschaft auf dem Dorfe zu vernichten." Vgl. BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1536, Bl. 67 (Interpunktion korrigiert). Schreiben von Stroux bzw. Hinweis auf Einwände des sowjetischen Hauptmanns in: SAPMO-BArch, DY 4036/685, Bl. 83; BArch, DK-1, Nr. 7689, Bl. 6. Anordnung vom 28. Juli 1948 und Durchführungsbestimmungen in: BArch, DK-1, Nr. 7689, Bl. 549f.; BLHA, Rep. 208, Nr. 5, Bl. 64–66. Zur Abrißbilanz im April und Dezember 1948: BArch, DK-1, Nr. 8732, Bl. 18; DK-1, Nr. 7691, Bl. 13; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/256, Bl. 167. Zum Druck der SMAD, die auf der Erfüllung ihres Baubefehls bestand: BArch, DK-1, Nr. 7690, Bl. 41; MLHA, MLF, Nr. 2827, Bl. 171; BLHA, Rep. 208, Nr. 2339, Bl. 62f.; Rep. 206, Nr. 2639, Bl. 36. Zu den Folgen des Abrisses von Gutshäusern vergleichend: Katja Schlenker, Das unbequeme Erbe. Mecklenburgische Gutsanlagen und Herrenhäuser seit 1945, Rostock 2001; dies., Die Abbrüche mecklenburgischer Gutsanlagen zwischen 1947 und 1950, in: Kluge/Halder/Schlenker (Hg.),

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Außer der Materialknappheit verursachte der Mangel an Geld, Arbeitskräften und Transportraum seit 1949 in der DDR wachsende Rückstände im Neubauernbauprogramm. Die Reichsbahndirektionen, die durch Kriegszerstörungen und Reparationsentnahmen wertvolle Gleise, Lokomotiven und Waggons verloren hatten, waren den enormen Anforderungen, die der Transport des Baumaterials stellte, nicht gewachsen. Zudem fielen zahlreiche Lastwagen der Autotransportgemeinschaft und VdgB aus, da sie überaltert oder nicht einsatzfähig waren. Baustellen wurden deshalb besonders in den Ostkreisen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs nur unregelmäßig mit Material beliefert. Beschäftigte mußten vielfach spontan versetzt werden, so daß die Arbeit an Neubauten unterbrochen wurde. Trotz der Arbeitskräftelenkung, die vor allem einen Ausgleich der Facharbeiterzahl zwischen den Ländern herbeiführen sollte, fehlten nahezu überall Bauarbeiter. Obwohl nach der Anordnung der DWK vom 28. Juli 1948 Beschäftigte nur noch an Unternehmen vermittelt werden durften, die am Neubauernbauprogramm beteiligt waren, hielt der Arbeitskräftemangel an, der durch gravierende Planungsfehler verstärkt wurde. 1949 und 1950 legte die DWK die jeweiligen Jahresauflagen erst im Frühjahr fest, so daß erhebliche Fehlinvestitionen nicht mehr zu vermeiden waren und die Selbst- und Gemeinschaftshilfe der durch die Feldbestellung beanspruchten Bauern gering blieb. Insgesamt wurden die vorgesehenen Kosten deshalb weit überschritten. Ende August 1949 hatte die Deutsche Investitionsbank von 400 Millionen Mark, die in jenem Jahr insgesamt als Kredite für das Neubauernbauprogramm zur Verfügung gestellt worden waren, bereits 390 Millionen Mark ausgegeben. Am 30. August warnte der Leiter der Hauptabteilung II (Agrar- und Bauernpolitik) in der HVLF, Hermann Wilhelm Dölling[90], den Vorsitzenden der DWK, Heinrich Rau, deshalb, daß „ein wesentlicher Teil der Planbauten Gefahr läuft, ohne Bedachung überwintern zu müssen, wodurch ausserordentlich grosse Verluste an bisher investiertem Material und aufgewandter Arbeit die Folge sind." Der Kreditmangel zwang die Bauleitungen Ende 1949 schließlich, die Arbeit einzustellen. So konnten in der SBZ sogar nach den offiziellen Statistiken nur 79,4 Prozent der Wohnhäuser, deren Errichtung in Angriff genommen worden war, eingedeckt werden. Die mangelhafte Koordination und Planung konnte trotz mehrfacher Reorganisation der Bauleitungen nicht verbessert werden, so daß der Rückstand nicht mehr aufgeholt wurde und die Fehlbestände wuchsen. Obwohl das Neubauernbauprogramm nach 1949 keineswegs „stillschweigend von der Tagesordnung gesetzt" wurde, ordnete es die SED-Führung, die eine weitere, über die Bodenreform hinausweisende Phase des Wandels eingeleitet hatte, zunehmend der Errichtung staatlicher Landwirtschaftsbetriebe wie der MAS und dem Wiederaufbau der Städte unter. Aber auch das Interesse der Neubauern selber ging in den frühen fünfziger Jahren rapide zurück, denn sie scheuten zunehmend die Kreditbelastung für „Kernbauten", die nach einem Beschluß des Politbüros vom 18. April 1950 nur maximal 10.000 DM kosten durften, aber völlig unzureichend ausgestattet waren. Besonders die berufsfremd arbeitenden „Siedler" und Landwirte, die aus den verlorenen deutschen Ostgebieten geflohen waren und in der SBZ Boden übernommen hatten, verließen ihre ungefestigten Kleinstellen und wanderten aus der Agrarwirtschaft ab.[91]

Bodenreform, S. 91–104. Als Fallstudie für Thüringen: Schier, Alltagsleben im „sozialistischen Dorf", S. 105–108.

90 Zu Dölling: Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 888.

91 Hierzu die Berichte in: BArch, DE-1, Nr. 10119, Bl. 1–7; DE-1, Nr. 17708, Bl. 157f., 171,.176; MLHA, MLF, Nr. 2770; MLF, Nr. 2274; MLF, Nr. 2484. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BArch, DK-1, Nr. 7692, Bl. 244; Zank, Wirtschaft, S. 159 (ähnliche Interpretation in: ders., „Sie wollen uns

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Mit insgesamt 237.369 Bauten, die bis 1953 in der SBZ errichtet wurden – davon 61 Prozent von 1947 bis 1949 – erzielten die Bauleitungen in der SBZ/DDR zwar eine enorme Leistung; das Bauprogramm hatte aber Finanzmittel in Höhe von rund 1,35 Milliarden DM beansprucht, von denen 66,9 Prozent (903 Mio. DM) verbraucht wurden. Einige der mit geringen Mitteln und unzureichend geschultem Personal errichteten Neubauernhäuser waren bereits nach wenigen Jahren baufällig, besonders die in Naturbauweise ausgeführten Lehmbauten. Schon im Juni 1948 stellte ein Inspekteur der Hauptabteilung II in der DVLF in Brandenburg „Anzeichen von Bauunlust in weitesten Kreisen der Neusiedler als Folge der zu einem erheblichen Teil eingefallenen Baugruben" fest. Viele Neubauern hatten sich so hoch verschuldet, daß ihnen sogar das großzügige Gesetz über die Entschuldung und Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern vom 8. September 1950 nur noch wenig half. Der Wiederaufbau der Städte wurde durch die Konzentration der wertvollen Ressourcen auf die Neubauern überdies nachhaltig zurückgeworfen. Erst das am 6. September 1950 vom Ministerrat der DDR verabschiedete „Aufbaugesetz" verlieh dem Wohnungsbau in den urbanen Zentren Auftrieb. Zudem entwertete der Beginn der Kollektivierung 1952 das Bauprogramm weitgehend, so daß 1953 nur noch wenige Gebäude errichtet wurden. Das für die ökonomische Konzeption der SED in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren kennzeichnende Syndrom von unbegrenzter Planungseuphorie, voluntaristischen Gestaltungsillusionen und politischem Aktionismus hatte insgesamt schon zuvor eine rationale Organisation des Bauprogramms erschwert und die Fehlallokation knapper Ressourcen begünstigt. Das Koordinationsdefizit in der sich herausbildenden Planwirtschaft verzögerte die Festigung der Neubauernstellen in Brandenburg besonders nachhaltig. Hier waren viele „Siedler" in verkehrsfernen oder zerstörten Regionen untergebracht, in denen Mängel bei der Zuteilung von Material und Arbeitskräften das Bauprogramm wiederholt lange unterbrachen. In den frühen fünfziger Jahren war das Neubauernbauprogramm, das den Lenkungs- und Konstruktionsanspruch der Machthaber untermauern sollte, zu einem Mühlstein der SED-Politik geworden, der den Einfluß der Staatspartei auf dem Lande zu unterhöhlen drohte. Desillusioniert von dem überzogenen Bauprogramm, wiesen Neubauern 1951/52 die Avancen der SED offen zurück.[92]

Auch in Brandenburg hatte der Bedarf den Bestand der Neubauern noch im Juli 1947 um das Vierfache übertroffen, bei den Viehställen fast um das Zehnfache und bei den Scheunen um das Achtfache. Der anhaltende Mangel an Baumaterial, Arbeitskräften und Kapital sowie gravierende, irreparable Fehler bei der Planung und Koordination verhinderten aber, daß die Vorgabe des SMAD-Befehls Nr. 209 bis Ende 1948 erfüllt wurde. Zudem waren viele

---

kaputtmachen!", S. 92). Zahl der eingedeckten Wohnhäuser nach: BArch, DK-1, Nr. 3045, Bl. 2. Zusammenfassend: Schulz, Probleme, S. 13–16; Bauerkämper, Problemdruck, S. 316–318. Politbürobeschluß vom 18. April 1950 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/14, Bl. 335. Zum Transportengpaß exemplarisch: BArch, DK-1, Nr. 8732, Bl. 39f.; DK-1, Nr. 7690, Bl. 117, 128,; DK-1, Nr. 7693, Bl. 28, 145 (Angabe zum Kreis Lebus), 341. Zum Arbeitskräfteausgleich: BArch, DK-1, Nr. 8733, Bl. 79. Zum Stand der Kreditvergabe im August 1949: BArch, DK-1, Nr. 7641, Bl. 240, 278f. Zur Kreditlast der Neubauern: BArch, DK-1, Nr. 7640, Bl. 233; DK-1, Nr. 7641, Bl. 266–268.

92 Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 7693, Bl. 299. Angaben zum Abschluß des Neubauernbauprogramms bis 1953 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/389, Bl. 7. Vgl. auch die Bilanz in: Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 79. Zur Bauleistung und zum verbliebenen Restbedarf Ende 1949: BArch, DK-1, Nr. 8620, Bl. 6f., 10–12. Zum „Aufbaugesetz" und zum verzögerten Wiederaufbau der Städte: Ther, Vertriebene, S. 184; Meinicke, Eingliederung, S. 283; Schneider, Renaissance, S. 487f. Zur mühsamen Entschuldung: Nehrig, Industriearbeiter, S. 181.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Neubauern, die als Flüchtlinge nahe der Oder Boden übernommen hatten, nicht bereit, Bauvorhaben in Angriff zu nehmen, da sie noch auf die Rückkehr in ihre Heimat in den verlorenen deutschen Ostgebieten hofften. Ende Oktober 1947 hatten die Bauleitungen in Brandenburg insgesamt erst 1,2 Prozent der Jahresauflage erfüllt. Am 6. November 1947 kritisierte Reutter deshalb scharf die Landesleitung der SED und forderte sie auf, „alle Anstrengungen zu machen, um die erforderlichen Bauten auszuführen." Jedoch konnten Baustoffe und Arbeiter noch 1947/48 nur schwer in die östliche Landkreise transportiert werden, denen hohe Bauleistungen auferlegt worden waren. Schon im Frühjahr 1948 kritisierte ein führender Offizier der SMAD, daß die bisherige Arbeit in Brandenburg „Schiffbruch erlitten" habe. Die SMA Brandenburg erließ daraufhin am 25. Juni 1948 den Befehl Nr. 71, der die deutschen Behörden anwies, bis zum 15. August die Grundsteine für alle zu errichtenden Gebäude zu legen. Zudem wurde die Bauauflage für einzelne Kreise nochmals erhöht. Im Sommer 1948 zeichnete sich trotz dieser (nicht durchzuführenden) Anordnung deutlich ab, daß der SMAD-Befehl Nr. 209 nicht erfüllt werden konnte. So hatten die Bauleitungen in Brandenburg am 1. Dezember 1948 erst 64,3 Prozent der Neubauerngehöfte errichtet, die nach dem sowjetischen Befehl bis zum Jahresende fertiggestellt werden mußten.[93]

Das hochgesteckte Ziel des Bauprogramms wurde in diesem Land auch 1950 deutlich verfehlt. Nach dem „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler" („Umsiedlergesetz"), das der Ministerrat am 8. September 1950 erlassen hatte, mußten die Flüchtlinge in den Ländern bis Ende 1952 mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden ausgestattet werden. Außerdem war ihnen ein Sonderkredit von jeweils 5.000 Mark zu gewähren. Da die Kreditmittel für Neubauten aber erst im zweiten Halbjahr bewilligt wurden, setzte auch die Werbung für das Bauprogramm, deren Umfang nicht vor Ende 1951 endgültig feststand, spät ein. Die Agitation traf zudem nur noch auf eine schwache Resonanz, da bereits fertiggestellte, aber unsachgemäß und mit minderwertigen Baustoffen ausgeführte Gebäude eingestürzt waren und viele Neubauern ihr Land zurückgegeben hatten. Überdies blieben Anschlußinvestitionen aus, die vor allem für die Wasser- und Stromversorgung benötigt wurden. Die Landbewohner verhielten sich gegenüber den Aufrufen zur Hilfe für das Neubauernbauprogramm deshalb weithin passiv, zumal Transporte nach der Planung während der Getreide- und Zuckerrübenernte durchgeführt werden sollten. Wie der Landesausschuß der „Nationalen Front" Ende September 1951 besorgt meldete, argumentierten viele Neubauern: „Macht erst die begonnenen Arbeiten fertig, und dann wollen wir weiterbauen." Da Neubauern für „Kernbauten", deren Kosten auf jeweils 10.000 DM festgesetzt worden waren, nur Kredite in Höhe von 3.750 DM erhielten, „ging die Baulust der Siedler zurück, und es wurde von ihnen die Forderung nach einem neuen Typ gestellt." Nachdem

93 BArch, DK-1, Nr. 7689, Bl. 370; DK-1, Nr. 7693, Bl. 551; BLHA, Rep. 206, Nr. 2644 (Statistik v. 31.12.1949; Statistik zu „Bodenreformbauprogramm 1949"; Statistik „Bodenreformbauprogramm"); Rep. 203, MdI, Nr. 1535, Bl. 3, 24. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 332, Nr. 643, Bl. 12; BArch, DK-1, Nr. 8734, Bl. 29. Zur Ausgangslage im Juli 1947 die Angaben in: Pape, Flüchtlinge, S. 120. Bilanz im Oktober 1947 in: BArch, DK-1, Nr. 8835, Bl. 193. Zum Stand des Bauprogramms im März 1948: BArch, DK-1, Nr. 8732, Bl. 25, 42, 92. Zur Baubilanz im Juli 1948: BArch, DK-1, Nr. 7693, Bl. 485–487, 517f.; DK-1, Nr. 7694, Bl. 170–174; DK-1, Nr. 8733, Bl. 78f.; BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1532, Bl. 2–5, 13–20. Zum Arbeitskräftemangel: BLHA, Rep. 206, Nr. 3043, Bl. 31, 33, 148, 174f. Zur „Bauunlust" der Neubauern: BArch, DK-1, Nr. 8733, Bl. 200; Rep. 202 A, Nr. 162, Bl. 8, 11. Zusammenfassend: Kurt Henning, Kritische Betrachtungen zum Bodenreform-Bauprogramm 1948, in: Wirtschaft im Aufbau 3 (1949), H. 1, S. 55–58; Ther, Vertriebene, S. 181; Bauerkämper, Neubauernbauprogramm, S. 190f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

die Deutsche Bauakademie daraufhin bis September 1951 neue Bauformen entwickelt hatte, erklärten die VEB, „nicht in der Lage zu sein, für 11.000,- DM Gesamtbaukosten den neuen Typ errichten zu können." Die Neubauern weigerten sich außerdem zunehmend, die erforderlichen Eigenleistungen aufzubringen und Gemeinschaftshilfe zu leisten. Die Bauleiter und SED-Funktionäre konnten den Zielkonflikt nicht lösen, der sich zwischen den Erwartungen der Neubauern hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Gebäuden und dem Zwang zur Schuldenbegrenzung herausgebildet hatte. Da Material, Arbeitskräfte, Geld und Transportraum zunehmend auch für den Wiederaufbau der Städte und die Errichtung von MAS benötigt wurden, erhöhte sich die Zufuhr dringend erforderlicher materieller, finanzieller und personeller Ressourcen kaum. Insgesamt konnten 1951 zwar 99,5 Prozent der als Überhang aus den vorangegangenen Jahren übernommenen Gebäude, aber nur 61 Prozent der vorgesehenen neuen Kern- und 27,3 Prozent der Planbauten fertiggestellt werden.[94]

Da die Bauüberhänge so angewachsen waren, daß sie kaum noch bewältigt werden konnten, wurden die Ressourcen im darauffolgenden Jahr weitgehend auf die Flüchtlingsneubauern konzentriert. In Brandenburg sollten alteingesessene Landwirte 1952 höchstens zehn Prozent der jeweils 4.000 Wohnhäuser und Ställe erhalten, die errichtet werden mußten. Darüber hinaus wurde erneut eine enge Kostengrenze festgelegt, damit die Verschuldung der Bauherren begrenzt blieb. Unternehmen lehnten aber den Abschluß von Bauleistungsverträgen zu den restriktiven Konditionen ab. Auch viele Bauern, die angesichts der kaum zu bewältigenden Baulasten und nicht erfüllter Versprechen von Partei- und Staatsfunktionären resignierten, waren nicht mehr bereit, Bauten in Angriff zu nehmen. Der anhaltende Mangel an Baumaterial, die geringen Eigenleistungen der Neubauern und ihre Vorbehalte gegenüber billigen Lehmbauten lähmten das Bauprogramm weitgehend. Am 25. Juni waren erst für 63 Prozent der geplanten Wohngebäude Bauherren geworben und für lediglich 52 Prozent Kreditverträge abgeschlossen worden. Im März 1952 riet das Referat „Ländliches Bauwesen" dem brandenburgischen Landwirtschaftsminister Besler deshalb: „Um die Werbung für das Bodenreform-Bauprogramm 1952, welche bereits große Schwierigkeiten bereitet, nicht noch weiter zu erschweren, ist es notwendig, alle Parolen über nicht ausreichendes Baumaterial im Keime zu ersticken." Zudem sollten – wie das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit am 23. Mai anordnete – „Personen, die den planmässigen Ablauf des Bodenreform-Bauprogramms verzögern, durch die Wirtschaftsstrafabteilungen sofort zur Rechenschaft gezogen" werden. Dennoch wurden bis Anfang Juli 1952 nur 65,1 Prozent der Überhänge und lediglich 2,8 Prozent der Jahresauflage fertiggestellt. 1953 ging die Bauleistung noch weiter zurück. Am 15. Mai waren in den Bezirken Potsdam, Frankfurt

94 BLHA, Rep. 206, Nr. 2581, Bl. 11–17; Rep. 206, Nr. 2644 („Planteil: Bodenreform-Bauprogramm"); Rep. 206, Nr. 2653 (Schreiben v. 17.1.1952); Rep. 208, Nr. 2336, Bl. 9; Rep. 332, Nr. 386, Bl. 49–51; Rep. 332, Nr. 645 (Analyse v. 20.12.1951). Zu den Ursachen des Fiaskos: BLHA, Rep. 332, Nr. 620, Bl. 228f.; Rep. 202 G, Nr. 63, Bl. 427–429; Rep. 206, Nr. 2652 (Analyse v. 13.6.1951). Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 332, Nr. 618, Bl. 263 (Interpunktion korrigiert); Rep. 206, Nr. 2653 („Bodenreform-Bauprogramm des Jahres 1951"; Orthographie und Interpunktion korrigiert). Vgl. auch BLHA, Rep. 208, Nr. 2342, Bl. 14–17. Zur Zahl der Flüchtlingsneubauern ohne Wohn- und Wirtschaftsgebäude und der Ende September 1951 fertiggestellten Gebäude: BArch, DK-1, Nr. 3035, Bl. 3, 115; DE-1, Nr. 17708, Bl. 90, 92. „Umsiedlergesetz" veröffentlicht in: GBl., Nr. 104, 14.9.1950, S. 971–973. Zum Kreis Prenzlau: Nehrig, Bauern, S. 31–33. Bericht über gravierende Bauschäden und -mängel im Kreis Lebus in: Manfred Wille (Hg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, Bd. 2, Wiesbaden 1999, S. 353f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

(Oder) und Cottbus lediglich 21,8 bzw. neun Prozent der geplanten Gebäude fertiggestellt worden.[95]

In dem breiten Spektrum der materiellen Hilfe für die Neubauern nahmen die Bauprojekte einen überragenden Stellenwert ein, weil sie die Bodenempfänger fest und unverrückbar an ihr Land binden sollten. Dieses politische Ziel wurde jedoch insgesamt nicht erreicht, denn bis zum Abschluß des Bauprogramms erhielten keineswegs alle Neubauern die erhofften Gebäude. Die vollendeten Bauten waren überdies oft höchst unvollständig und vielfach nicht an das lebenswichtige Wasser- und Elektrizitätsnetz angeschlossen, obwohl die Provinzialregierung und die Landräte die Stromversorgung 1945 zu den vorrangigen Zielen ihrer Wirtschaftshilfe auf dem Lande gezählt hatten. Aber noch im Mai 1950 schrieben zwölf Neubauern, die 1948 in der Gemeinde Behlendorf (Kreis Lebus) Neubauten errichtet hatten, an das brandenburgische Amt für Information, daß „wir trotz aller Bemühungen bei den massgebenden Stellen bis heute noch ohne elektr. Licht und Kraftversorgung sind und auch, wenn sich nicht eine höhere Stelle einschaltet, für die Zukunft ohne dasselbe bleiben müssen." Im Sommer 1950 registrierte die Landesregierung „erhebliche Schwierigkeiten" bei der Stromversorgung und deshalb eine „große Verbitterung" bei den Neubauern.[96] Die Bewirtschaftung des übergebenen Landes und die anvisierte Intensivproduktion in der Viehwirtschaft setzten überdies eine gesicherte Wasserversorgung voraus. Im Sommer 1947 stellte die Abteilung Landwirtschaft im SED-Landesvorstand demgegenüber in Brandenburg vielerorts – so in der Gemeinde Buchholz (Kreis Ostprignitz) – „unhaltbare Zustände in der Trinkwasserbeschaffung" fest. Besonders Streusiedlungen, die nach der Bodenreform oft planlos weit außerhalb der Gemeindegrenzen angelegt worden waren, konnten bis zu den frühen fünfziger Jahren kaum an die Wasserversorgung angeschlossen werden.[97]

Auch wenn die Kriegszerstörungen in Rechnung zu stellen sind, verzögerten die ökonomischen Folgelasten der überstürzt durchgesetzten Bodenreform den Neuaufbau auf dem

95 BArch, DK-1, Nr. 1206, Bl. 119. Zur Bilanz 1952: BLHA, Rep. 206, Nr. 2602 (Beschlußentwurf v. 4.7.1952); Rep. 208, Nr. 2345, Bl. 15, 21f., 37; Rep. 203, MdI, Nr. 93, Bl. 301–311, 352–359; BArch, DE-1, Nr. 20141, Bl. 74f., 82–86; DE-1, Nr. 17708, Bl. 236f. Zit. nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 2345, Bl. 22 (Orthographie korrigiert); Rep. 206, Nr. 2602 (Plan v. 23.5.1952). Angaben zum Bautenstand am 30. April 1952 in: BLHA, Rep. 350, Nr. 937, Bl. 52. Zum Rückstand bei den Werbungen und bei den Kreditverträgen: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 433, Bl. 4 (Angaben); Rep. 202 G, Nr. 115 (Bericht v. 3.1.1952); Rep. 206, Nr. 2666 (Vermerk v. 24.3.1952; Bericht v. 27.3.1952); Rep. 206, Nr. 2762, Bl. 2. Bericht über die Resignation von Neubauern z.B. in: BLHA, Rep. 350, Nr. 937, Bl. 14f. Zur Lage in Ostbrandenburg exemplarisch der Bericht über den Kreis Prenzlau in: BLHA, Rep. 208, Nr. 2345, Bl. 7. Zu den Ursachen des Rückstands im Bauprogramm die Berichte vom 9. Juni 1952 bzw. 4. Juli 1952 in: BLHA, Rep. 332, Nr. 645; Rep. 206, Nr. 2759. Überblick in: Bauerkämper, Neubauernbauprogramm, S. 194f. Zum Kreis Prenzlau: Nehrig, Bauern, S. 33.

96 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 202 G, Nr. 67 (Schreiben v. 22.5.1950; Interpunktion korrigiert); Rep. 332, Nr. 394, Bl. 88; Rep. 206, Nr. 2581, Bl. 14. Zur Lage 1952: BLHA, Rep. 332, Nr. 645 (Bericht v. 9.6.1952); Rep. 206, Nr. 2613 (Schreiben v. 12.1.1952); Rep. 206, Nr. 2657 (Schreiben v. 16.1.1952). Zum Materialmangel für Lichtanlagen: Nehrig, Bauern, S. 35; BLHA, Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 118, Bl. 534. Dazu auch die Berichte über fehlende Energieversorgung in: BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 708, Bl. 87; Rep. 206, Nr. 2641 (Bericht v. 23.8.1949). Allgemein: Schulz, Probleme, S. 2, 29.

97 Zit. nach: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1528, Bl. 175. Zum Stand der Wasserversorgung Anfang 1952: BLHA, Rep. 206, Nr. 2666 (Bericht v. 12.2.1952; Richtlinien v. 10.3.1952; Bericht v. 28.2.1952; „Bericht über die Wasserversorgung der Neubauern im Land Brandenburg"; Schreiben v. 18.2.1952); Rep. 208, Nr. 2922, Bl. 3; Rep. 332, Nr. 645 (Bericht v. 9.6.1952).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Lande ebenso nachhaltig. Die Aufteilung des Bodens in Parzellen und die unabdingbare materielle wie finanzielle Unterstützung für die Neubauern banden wertvolle Mittel, ohne daß die neuen Landbesitzer dauerhaft an ihren Besitz gebunden werden konnten. Das aufwendige Bauprogramm hatte besonders verheerende Folgen für die wirtschaftliche Rekonstruktion, ohne die Neubauern dauerhaft zu sichern. Das überspannte Bauprojekt zeigte schnell das Dilemma auf, in das die deutschen und sowjetischen Machthaber in der SBZ mit ihrer rigorosen Bodenreformpolitik geraten waren. Die unabdingbare materielle Hilfe für die Neubauern mußte anderen Sektoren entzogen werden, war aber dennoch nicht ausreichend genug, um die berechtigten Forderungen der neuen Landwirte zu erfüllen und eine über die Subsistenzökonomie hinausreichende Bewirtschaftung der Kleinbetriebe zu ermöglichen. Die Folgelasten der Aufteilung des Gutslandes konnten mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht bewältigt werden. Die Illusion der sowjetischen Machthaber und der Spitzenfunktionäre in der zur Staatspartei mutierenden SED, daß die rücksichtslose Durchsetzung politischer Ziele voraussetzungslos Erfolge gewährleiste, trieb letztlich das Neubauernbauprogramm voran, erklärt aber auch sein Scheitern. Im institutionellen Gefüge der sich herausbildenden Planwirtschaft erhöhten Kompetenzüberschneidungen, ungenügende Vorbereitung und Koordination sowie Korruption und Betrug die Verluste, besonders in Brandenburg. Hier wurde allein für 1949 ein Sachschaden in Höhe von rund 300.000 DM veranschlagt. Voluntarismus, gepaart mit politischer Diktatur, begründete – wie das Neubauernbauprogramm paradigmatisch zeigt – letztlich die Illusion, auf dem Lande schrittweise eine neue Gesellschaft konstruieren zu können. Diese radikale Gestaltungsutopie spiegelt den Transfer des sowjetischen Politik- und Lenkungsstils wider, nach dem Ressourcen rücksichtslos auf Schwerpunktprojekte zu konzentrieren waren. Die von der SMAD erzwungene Mobilisierung aller Kräfte und Mittel erwies sich in der SBZ jedoch als dysfunktional, da sie wertvolle, dringend benötigte ökonomische Ressourcen zerstörte. Die Korrelation von Gigantomanie, Raubbau und ökonomischer Ineffizienz zeigt nicht nur die Grenzen der Steuer- und Planbarkeit in der ostdeutschen Nachkriegsgesellschaft auf, sondern auch die Aporien eines übersteigerten Herrschafts- und Gestaltungskonzeptes, das in der entfalteten kommunistischen Diktatur weitgehend einem überkommenen Industrialisierungsmodell verhaftet blieb. Das Neubauernbauprogramm beleuchtet damit generell das Verhältnis von Politik und Ökonomie in der DDR, auch nach dem Ende der sowjetischen Besatzungsherrschaft.[98]

Die Abwanderung aus der Landwirtschaft und die Rückgabe von Neubauernstellen

Trotz der beträchtlichen materiellen Starthilfe, des enormen Finanzaufwandes und des umfangreichen Arbeitskräfteeinsatzes konnten viele Neubauern nicht gesichert werden, denn die ökonomischen Folgelasten der Bodenreform waren mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht zu bewältigen. Diese enorme wirtschaftliche Bürde und ihre Auswirkungen waren von kompetenten Beobachtern, die vor einer radikalen Umwälzung auf dem Lande gewarnt hatten, in der Nachkriegszeit durchaus erkannt worden. Der Viehausgleich,

98 Vgl. Michael Geyer, Industriepolitik in der DDR. Von der großindustriellen Nostalgie zum Zusammenbruch, in: Kocka/Sabrow (Hg.), DDR, S. 122–134. Dazu auch der Kommentar von Bernd Faulenbach und die Zusammenfassung der Diskussion in: ebd., S. 135–137, 138–140. Angabe zum Schaden 1949 in: BLHA, Rep. 332, Nr. 644, Bl. 58.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

staatliche Kredithilfen und das Neubauernbauprogramm hatten auch Anfang der fünfziger Jahre bei weitem nicht alle Bodenempfänger erreicht. Zudem waren unerfahrene Landwirte mit der Bewirtschaftung der Parzellen völlig überfordert. Der Übergang zur Planwirtschaft und die geringen Ernten in den ersten Nachkriegsjahren hatten in Brandenburg 1947/48 viele Neubauern so gravierend geschädigt, daß sie Not litten. Besonders im Sommer und Herbst 1947, als nach einer Mißernte Hunger und Unterernährung auf dem Lande weit verbreitet waren und den Neubauern dennoch rigoros ihre Erzeugnisse entzogen wurden, häuften sich Eingaben und Bittgesuche an Behörden. Neubauern verfügten weder über Saatkartoffeln noch Getreide. In den Dörfern verlor die SED, in der die Kritik an der mangelhaften Vorbereitung der Bodenreform zunahm, viele Anhänger und Mitglieder. Das Scheitern des Bauprogramms 1949 steigerte die Ohnmacht vieler Neubauern, deren Hoffnung auf eine gesicherte berufliche Perspektive auf dem Lande zerbrach. In Brandenburg lebten vor allem in den Ostkreisen viele Neubauern in drückender Not. Sogar Parteifunktionäre und Mitarbeiter des Staatsapparates waren überzeugt daß – wie ein Sachbearbeiter in der Erfassungsstelle des Kreises Teltow im Sommer 1950 äußerte – „unsere Neubauern doch bald Pleite gehen ..." Insgesamt hatte die Krise, die von der SED-Führung selber ausgelöst worden war und nicht mehr beigelegt werden konnte, das Vertrauen der Neubauern zur Staatspartei nachhaltig erschüttert. Angesichts der destruktiven Dynamik, die das Bauprogramm verschärft hatte, schlug die Zustimmung der begünstigten Bauern zur Bodenreformpolitik der SED in offenes Mißtrauen um. Im Juli 1950 warnte der Landesvorsitzende der VdgB in Brandenburg, Neddermeyer, Ministerpräsident Jahn: „Die im Bau befindlichen Neubauern befinden sich grösstenteils in einer derart schwierigen wirtschaftlichen Lage, dass die Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber dem Volkswirtschaftsplan in Frage gestellt ist, darüber hinaus auch ihre politische Einstellung zu unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung [...] negativ beeinflusst ist." Hilfsaktionen für unverschuldet in Not geratene Neubauern, die Mobilisierung zusätzlicher Arbeitskräfte und Spenden für Neubauern linderten zwar die Not, beseitigten aber nicht ihre politischen und wirtschaftlichen Ursachen. Der Anteil der Neubauernbetriebe, die 1949 in der DDR ökonomisch konsolidiert waren, ist mit lediglich einem Drittel veranschlagt worden. Letztlich trug die Krise der neubäuerlichen Landwirtschaft maßgeblich zu der politischen Radikalisierung bei, die sich seit 1948 vor allem gegen die „Großbauern" richtete.[99]

Als der Wiederaufbau der Industrie in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren beschleunigt wurde, wanderten viele Erwerbstätige aus der Landwirtschaft ab. Während die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft auf dem Territorium der SBZ von 1939 bis

99 Kuntsche, Bodenreform in der SBZ, S. 13. Zit. nach: BLHA, Rep. 350, Nr. 919 (Schreiben v. 18. Juli 1950). Vgl. auch BLHA, Rep. 208, Nr. 2754/1, Bl. 295, 324, 354, 364, 524; Rep. 208, Nr. 2758, Bl. 239; Rep. 350, Nr. 969 (Antrag v. 15.11.1950; Schreiben v. 26.7.1950); Rep. 206, Nr. 2691 (Schreiben v. 12.9.1949 u. 6.8.1949). Eingabe von Neubauern aus Mecklenburg in: Osmond, Kontinuität, S. 147. Zur Krise und Radikalisierung 1947 bis 1949: Naimark, Russen, S. 205–208; Nehrig, Bauern zwischen Hoffnung und Wirklichkeit, S. 236f.; Zank, „Sie wollen uns kaputtmachen!", S. 92. Zur geringen Qualifikation der Neubauern und zu der insgesamt begrenzten Wirkung der Hilfsprogramme: Kluge, Bodenreform 1945, S. 102; Scherstjanoi, „Friedenshektarerträge", S. 328f. Als Beispiel für eine frühe Warnung der Leserbrief in: BArch, DK-1, Nr. 7558, Bl. 294. „Große Sorgen" über das Neubauernbauprogramm in Brandenburg gibt im Rückblick auch zu: Bechler, Diskussionsbeitrag, S. 10. Dagegen beschönigend die Interpretationen in: Steinhoff, Land, S. 145; Reinert, Befehl, Nr. 514f. Zur Hilfsaktion 1950 und zu Spendenaufrufen für Neubauern: BArch, DK-1, Nr. 2931, Bl. 15–17, 46; BLHA, Rep. 201, Nr. 408, Bl. 1.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

1946 von 1,7 Millionen auf 2,4 Millionen gestiegen war, ging sie bis 1950 auf 2,1 Millionen und bis 1952 sogar auf 1,6 Millionen zurück. Bereits 1950 fehlten bei der Ernte Saisonarbeitskräfte, so daß die SED-Führung und das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft Jugendliche, Hausfrauen und Rentner zum Einsatz auf den Bauernhöfen aufriefen. Da die Verkehrsmittel noch wenig entwickelt waren, ging mit dem Berufswechsel vielfach ein Umzug in Städte einher. Die gesellschaftliche Umwälzung, die sich seit den späten vierziger Jahren auch in Westdeutschland vollzog, erfaßte in der DDR besonders viele Neubauern, die wegen ihrer unzureichenden Ausstattung mit Betriebsmitteln nicht mehr weiterarbeiten konnten. Die günstigeren Bedingungen in gewerblichen Unternehmen – besonders feste Arbeitszeiten und relativ hohe Löhne – sogen diese Landwirte, von denen viele berufsfremd gearbeitet hatten, aus der Agrarwirtschaft in den sekundären Sektor ab. Abgeschreckt von der rigorosen und oft nicht transparenten Erfassung und enttäuscht von den geringen Erträgen, hatten schon 1946/47 Neubauern die Parzellen zurückgegeben, die ihnen bei der Bodenreform zugeteilt worden waren. Nachdem in der SBZ bereits am 1. Mai 1947 mehr als 10.000 Neubauern (2,2 Prozent aller neuen Betriebsinhaber) ihr Land verlassen hatten, belief sich der aufgegebene Boden am 1. Juli 1948 auf 7.186 ha. 98 Prozent dieser Fläche wurde als Landzulage von durchschnittlich 1,2 ha überwiegend an Neubauern aufgeteilt. Am 1. Juli 1949 hatten in der SBZ bereits 10,7 Prozent der Neubauern resigniert, in Mecklenburg sogar 17,5 Prozent und in Brandenburg 11,5 Prozent. Bis Ende 1949 gaben von den insgesamt rund 210.000 neuen Betriebsinhabern in der SBZ 31.290 (14,9 Prozent) ihre Kleinstellen zurück, davon 15.238 in Mecklenburg (17,5 Prozent der Neubauernhöfe in diesem Land) und 8.411 in Brandenburg (11,5 Prozent).[100]

1950/51 verließen in der DDR weitere 30.000 Neubauern ihre Höfe. Viele dieser Betriebe boten ihren Inhabern keine Arbeits- und Lebensperspektive, so daß sie nicht mehr an neue Besitzer vergeben werden konnten. Der Anteil der Neubauern, die ihr Land zurückgaben, stieg von 1948 bis 1950 in der DDR von 3,6 auf 5,7 Prozent. Ende 1951 hatten insgesamt 67.045 Landwirte ihre Betriebe verlassen. Damit waren seit 1945 22,9 Prozent der Neubauernstellen, die zugeteilt worden waren, in den Bodenfonds zurückgefallen. 8.845 Höfe konnten nicht wieder besetzt werden, weil 77 Prozent von ihnen über kein Inventar verfügten. Zudem waren nur jeweils sieben Prozent dieser Stellen mit Wohnhäusern und Ställen sowie lediglich zwei Prozent mit Scheunen ausgestattet. Wiederholt ordnete das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft an, die unbesetzten Neubauernstellen statistisch zu erfassen und eingehend zu kontrollieren. In den frühen fünfziger Jahren wurden schließlich mehrere Gesetze erlassen, die eine Übergabe verlassener Höfe erleichtern sollten und den neuen Besitzern wirtschaftliche Vergünstigungen einräumten. So verabschiedete der Ministerrat am 8. Februar 1951 eine Verordnung, nach der Personen, die verlassene Neubauernbetriebe übernahmen, von Belastungen, die der jeweilige Vorbesitzer übernommen hatte, befreit und zudem reduzierte Ablieferungsquoten eingeräumt wurden. Da eine Umverteilung des Besit-

100 BArch, DK-1, Nr. 829, Bl. 13f.; DK-1, Nr. 8192, Bl. 17; DO-1/10/62, Bl. 80; DQ-2, Nr. 2113 (Vermerke v. 19.5.1951 u. 10.7.1951). Zum Stand am 1. Juli 1948: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/229, Bl. 135, 137. Zum 1. Juli 1949 die Statistiken in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/52, Bl. 162; BArch, DK-1, Nr. 8192, Bl. 17; DK-1, Nr. 2929, Bl. 96. Vgl. auch Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 83. Angaben zu den Beschäftigtenanteilen nach: BArch, DQ-2, Nr. 2122 (Analyse v. 1.12.1953). Vgl. auch Nehrig, Entwicklung, S. 68; dies., Bauern zwischen Hoffnung und Wirklichkeit, S. 237; Kuntsche, Bauern, S. 233f.; Sandford, Hitler, S. 112f.; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 107; Bauerkämper, Agrarwirtschaft, S. 29f.; ders., Problemdruck, S. 320.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

zes verhindert werden sollte, durften nur VEG und Kommunale Wirtschaftsunternehmen angefallenes Land übernehmen, das nicht erneut in Individualbesitz vergeben werden konnte. Die Regierungsverordnung vom 21. Juni 1951 „über die Auseinandersetzung bei Besitzwechsel von Bauernwirtschaften aus der Bodenreform" band zudem die Rückgabe von Land an eine Genehmigung der jeweiligen Kreisbodenkommission. Die Neubauern konnten auf ihren Boden darüber hinaus nur aus persönlichen Gründen (vor allem Krankheit, Alter und Tod) verzichten und mußten bei einem Berufswechsel einen Nachfolger stellen.

Mit seiner „Verordnung über devastierte Betriebe" vom 20. März 1952, die vor allem den Umgang mit verlassenen und vernachlässigten Altbauernhöfen regeln sollte, und der zugleich verabschiedeten Ergänzung gewährte der Ministerrat weitere Vergünstigungen bei der Wiederbesetzung aufgegebener Höfe, erlegte den eingesetzten Treuhändern oder Landräten aber auf, die Bewirtschaftung des verlassenen Landes zu sichern. Der Boden konnte von VEG oder von der Dorfgemeinschaft übernommen werden. Obgleich rentable Neubauernstellen nicht aufgestockt werden durften, beschleunigte sich in den frühen fünfziger Jahren die sozioökonomische Differenzierung auf dem Lande. Die Rückgabe von Neubauernstellen, die nach der Bodenreform zugeteilt worden waren, konnte durch die gesetzlichen Restriktionen und die gewährte Wirtschaftshilfe zwar gebremst, aber nicht aufgehalten werden. Die Zahl der unbesetzten Neubauernstellen, die nur geringe Inventarbestände und wenige Gebäude aufwiesen, sank von Dezember 1951 bis Juni 1952 um nahezu 40 Prozent. Abgewirtschaftete Betriebe, die nicht wieder vergeben werden konnten, waren statistisch aber nicht mehr erfaßt worden, da sie nach den Verordnungen vom 8. Februar 1951 und 20. März 1952 von VEG oder Dorfgemeinschaften genutzt wurden. Insgesamt verließen bis 1952 in der DDR rund 60.000 Neubauern ihr Land. Statistisch waren damit dreißig Prozent der zugeteilten Betriebe in den Bodenfonds zurückgefallen. Im April 1952 wurden 235.000 ha nicht oder nur extensiv bewirtschaftet. 46,3 Prozent der Fläche von insgesamt 214.825 ha, die Neu- und Altbauern bis Ende 1952 aufgegeben hatten, wurden LPG oder VEG zur Nutzung übergeben; 22,4 Prozent der Parzellen mußten von Dorfgemeinschaften bewirtschaftet werden, und nur 9,6 Prozent konnten wieder an Neubauern vergeben werden. Die Instabilität der Betriebe, die aus der Bodenreform hervorgegangen waren, hatte ein Abteilungsleiter des Ministeriums in seinem Bericht an die SKK im Februar 1952 indirekt eingestanden, indem er hervorhob, daß es sich bei dem verlassenen Land „im allgemeinen um geringe Böden mit schlechtem Kulturzustand handelt, welche infolge der Verbesserung der Ernährungslage aus Rentabilitätsgründen abgestoßen werden." Mit dem Beginn der Kollektivierung beschleunigte sich die Abwanderung der Neubauern. So waren von 210.276 Betrieben, die Ende 1949 registriert worden waren, im Juni 1953 lediglich 169.428 (80,6 Prozent) und vier Jahre später nur noch 143.566 (68,3 Prozent) besetzt.[101]

Die verlassenen Flächen waren in Brandenburg ein besonders massiver „Bremsklotz" der landwirtschaftlichen Produktion. Hier wurde am 1. Januar 1950 mit rund 25 Prozent ein hoher Anteil der abgewanderten Neubauern in der SBZ registriert, und weite Landflächen lagen brach oder erbrachten wegen geringer Bodengüte nur niedrige Erträge. Besonders

101 BArch, DK-1, Nr. 2986, Bl. 168. Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 8620, Bl. 42. Zum Stand Ende 1952: BArch, DK-1, Nr. 8626, Bl. 13, 16, 27. Sonstige Angaben nach: Schulz, Probleme, S. 15; Nehrig, Entwicklung, S. 68f.; dies., Landwirtschaftspolitik, S. 296; Bauerkämper, Problemdruck, S. 321; ders., Agrarwirtschaft, S. 29; Weber, Umgestaltung, S. 2842. Vgl. auch die Statistiken in BArch, DK-1, Nr. 917, Bl. 191f., 288. Verordnungen vom 12. Februar 1951, 21. Juni 1951 und 20. März 1952 abgedruckt in: GBl., Nr. 16, 12.2.1951, S. 75–77; Nr. 78, 29.6.1951, S. 629–632; Nr. 38, 27.3.1952, S. 226–228.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

aufgrund der geringen Rentabilität hatten bis Ende 1946 schon rund 1.500 Neubauern (3,1 Prozent der neuen Landwirte) ihre Betriebe zurückgegeben. Beeindruckt von dem sich verschärfenden Problem, befahl die SMA dem brandenburgischen Minister für Wirtschaftsplanung am 5. Mai 1948, alle „herrenlosen" Flächen an andere Bauern zu verpachten oder in dörfliche Gemeinschaftsbewirtschaftung zu überführen. Im Juli 1949 hatten in Brandenburg schon 11,5 Prozent der Landempfänger, die als Neubauern Boden erhalten hatten, ihre Betriebe wieder zurückgegeben. Damit wurde zwar der Durchschnittswert in der SBZ übertroffen; das Ausmaß der Hofauflösung war in Mecklenburg mit einem Anteil von 17,5 Prozent für die Machthaber aber noch weitaus besorgniserregender. Im Frühjahr 1950 umfaßten die „herrenlosen" Flächen allerdings auch in Brandenburg bereits 20.000 ha, davon allein 16.000 ha (80 Prozent) in den östlichen Kreisen Angermünde, Lebus, Oberbarnim, Prenzlau und Templin. Ende 1950 waren in Brandenburg bereits 2.000 Neubauernstellen mit insgesamt rund 16.000 ha nicht besetzt, davon 27,7 Prozent im Kreis Prenzlau und 10,5 Prozent im Kreis Ruppin. 75,5 Prozent der aufgegebenen Betriebe, die zusammen lediglich mit 179 Wohnhäusern, 135 Stallgebäuden und 34 Scheunen ausgestattet waren, verfügten über kein Inventar, und 54,0 Prozent wurden auch durch die geringe Bodengüte ihrer Flächen in der wirtschaftlichen Entwicklung gehindert. Die Hälfte der nicht bewirtschafteten Betriebe war überhaupt noch nicht vergeben worden, da ihr Land kaum bearbeitet werden konnte.[102]

Die Behörden mußten besonders in den regionalen Zentren der Umwälzung viele Verzichtserklärungen entgegennehmen, die zeigten, daß aus der Bodenreform vielerorts nur schwache Betriebe hervorgegangen waren. Aber auch rigorose Maßnahmen konnten die anschwellende Flut der Verzichtserklärungen nicht eindämmen. Das SED-Regime veranlaßte nicht nur restriktive Verordnungen, sondern drängte die Staats- und Parteifunktionäre auch unablässig, die Bewirtschaftung verlassener Flächen zu sichern. Da Statistiken in den frühen fünfziger Jahren unbedingt einen Rückgang der Zahl unbesetzter Neubauernstellen ausweisen sollten, war die Berichterstattung der Kreisverwaltungen oft geschönt. 1951 bestimmte das brandenburgische Landwirtschaftsministerium zudem, daß Neubauern vor der Rückgabe ihres Bodens einen Nachfolger stellen mußten, der die weitere Bewirtschaftung sicherte. Unter dem Druck der übergeordneten Funktionäre oder angetrieben von der radikalen ideologischen Dynamik des verkündeten „Klassenkampfes" in den frühen fünfziger Jahren, diffamierten Amtsträger in einzelnen Dörfern sogar offen Neubauern, die auf ihr Land verzichteten. So erklärte im August 1951 ein Kreisrat in der Gemeinde Gollwitz (Kreis Zauch-Belzig): „Wer sich zur Abgabe einer Siedlung bereit erklärt, ist Adenauer und Eisenhower gleichzustellen." Übergriffe von Bürgermeistern steigerten aber noch die Entschlossenheit der Neubauern, ihren Betrieben den Rücken zu kehren. Wegen der unerträglichen Lebenslage flohen keineswegs nur die pauschal diffamierten und ökonomisch gezielt benachteiligten Großbauern, sondern auch viele neubäuerliche Betriebsinhaber in die Bundesrepublik Deutschland. So wurden im Januar und Februar 1952 im Land Brandenburg 10 Großbauern, aber 33 „Siedler" registriert, die überwiegend wegen zu erwartender Wirtschaftsstrafen „Republikflucht" begangen hatten. Eine Untersuchungskommission hielt 1952 in ihrem Bericht über die Flucht von Neubauern aus dem Kreis Prenzlau fest, daß die

102 Bilanz der Rückgaben am 1. Juli 1948 in: SAPMO-BArch, DY 30/2/7/229, Bl. 137; BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1531, Bl. 182. Zum Juli 1949: BArch, DK-1, Nr. 8192, Bl. 17. Zahl der Ende 1950 unbesetzten Neubauernstellen in: BLHA, Rep. 208, Nr. 4280, Bl. 44; Rep. 332, Nr. 615, Bl. 100f.; Rep. 332, Nr. 638, Bl. 201. SMA-Befehl vom 5. Mai 1948 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 6, Bl. 19. Vgl. auch Nehrig, Bauern zwischen Hoffnung und Wirklichkeit, S. 237. Zu Mecklenburg: Buchsteiner, Bodenreform, S. 28.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Geflohenen wirtschaftlich überwiegend nicht gesichert und von Erfassungsinspekteuren bedroht worden waren. Der brandenburgische Innenminister wies die Verantwortung für die Abwanderung der Landwirte aber ausschließlich Staatsfunktionären zu.[103]

Viele Neubauern, die ihr Land verließen, verfügten auch nicht über die Kenntnisse, die sie für die Führung ihres Betriebes benötigten, und gaben angesichts des zunehmenden Ablieferungsdrucks nach wenigen Jahren auf. In den Behörden und Parteidienststellen war schon früh erkannt worden, daß die Qualifikation vieler Neubauern (besonders berufsfremder Vertriebener) nicht ausreichte, um ihre Betriebe wirtschaftlich dauerhaft zu sichern. Bereits vor der Zuteilung hatten Bürgermeister und Landräte in Brandenburg gewarnt, daß viele Landempfänger nicht imstande waren, ihren Boden zu bearbeiten. Im März 1946 hielt sogar die brandenburgische Provinzialverwaltung fest, daß „unter den Neusiedlern häufig Nichtbauern sind, denen die elementarsten Kenntnisse in der Landwirtschaft fehlen." Die Bodenempfänger waren bei der überstürzten Landnahme kaum gezielt ausgewählt worden, so daß auch das landwirtschaftliche Fachwissen als mögliches Zuteilungskriterium unberücksichtigt blieb. In seinem Rückblick auf die Durchführung der Bodenreform kritisierte der brandenburgische Minister für Wirtschaftsplanung in einem Bericht, den er dem Chef der SMA zusandte, im August 1947 sogar, daß „sich unter den Siedlern Elemente befinden, die nicht nur von der bäuerlichen Arbeit nichts verstehen, sondern auch kein Interesse zeigen, diese zu erlernen und als ausgesprochen arbeitsscheu anzusprechen sind." Die Neubauern hatten vielerorts Boden nur übernommen, um in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu überleben und ihre Familien ernähren zu können. Im Kreis Angermünde behauptete ein „Genosse von der Erfassung" Ende 1949, daß „unter den Siedlern, die ihre Siedlung abgegeben haben, in erster Linie keine Bauern sind, sondern z.T. Kräfte waren, die aufgrund der damaligen schlechten Ernährungslage sich eine Ernährungsbasis schaffen wollten." Im Landkreis Belzig waren in den späten vierziger Jahren rund 90 Prozent der Bauern nicht fähig, selbständig landwirtschaftliche Betriebe zu leiten, so daß sich hier akute ökonomische Probleme herausbildeten. Auch wenn die Ressentiments alteingesessener Parteifunktionäre und Amtsträger gegen die Vertriebenen quellenkritisch in Rechnung gestellt werden müssen, ist hervorzuheben, daß die ungenügenden Kenntnisse maßgeblich zu den geringen Erträgen beitrugen, die Neubauern im Ackerbau und in der Viehwirtschaft erzielten. So gaben im August 1948 in Brandenburg 9,5 Prozent der „Siedler", die ihr Land verlassen hatten, selber ihre mangelhafte Qualifikation als Grund der Rückgabe ihres Betriebs an. Durch ihre Berater und die bäuerliche „Winterschulung" vermittelte die VdgB den „Siedlern" nützliche Fertigkeiten, ohne das Qualifikationsdefizit damit zu beseitigen. Deshalb verließen viele Handwerker, die zunächst als Neubauern Boden übernommen hatten, ihr nur mühsam bewirtschaftetes Land, als sie in gewerblichen Betrieben wieder eine Beschäftigung fanden.[104]

103 BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1524, Bl. 37f., 41f., 62–67. Zu Übergriffen von Bürgermeistern: BLHA, Rep. 350, Nr. 937, Bl. 17. Zit. nach: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 63, Bl. 147. Zu den Problemen der Berichterstattung: BLHA, Rep. 208, Nr. 4280, Bl. 224, 291. Vgl. auch Nehrig, Industriearbeiter, S. 186.

104 Zit. nach: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 210; SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 153; BLHA, Rep. 332, Nr. 612, Bl. 36. Vgl. auch die Berichte in BArch, DK-1, Nr. 9632, Bl. 308; BLHA, Rep. 332, Nr. 400, Bl. 156; Rep. 332, Nr. 612, Bl. 22; Rep. 206, Nr. 2835, Bl. 79; Rep. 208, Nr. 197, Bl. 47. Beispielhaft der Hinweis des Bezirksbürgermeisters von Buckow vom 29. September 1945 in: BLHA, Rep. 255, Amtsbez. Buckow, Kr. Lebus-Seelow, Nr. 1. Statistik vom August 1948 in: BArch, DK-1, Nr. 829, Bl. 10; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/229, Bl. 135. Zur Rückkehr berufsfremder Neubauern in die gewerbliche Wirtschaft seit den späten vierziger Jahren: BLHA, Rep. 332, Nr. 612, Bl. 152; Rep. 332, Nr. 615, Bl. 101, 145; Rep. 332, Nr. 638, Bl. 205; Rep. 208, Nr. 197, Bl. 47, 50.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Zunahme der Verzichts- und Rückgabeerklärungen in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren spiegelte die Krise der Bodenreformpolitik wider und gewann eine Dynamik, die von den Landwirtschaftsfunktionären kaum noch eingedämmt werden konnte. Die SED-Führung forderte unablässig, das in den Bodenfonds zurückgefallene Land ungeteilt an neue Besitzer zu vergeben, die Vieh, Maschinen, Geräte und Kredite erhalten sollten und auch durch reduzierte Pflichtabgaben begünstigt wurden. Bauern, die eine Rückgabe ihres Landes beantragt hatten, gerieten durch diese restriktive Regelung in ein beträchtliches Dilemma. So wandte ein Neubauer aus der Gemeinde Bietikow (Kreis Prenzlau), der 61 Jahre alt war und auf seinen Boden verzichtet hatte, gegen den Ablehnungsbescheid der Kreisbodenkommission ein: „Durch diese Situation komme ich in die Zwangslage, entweder meine Wirtschaft nicht ordnungsgemäss zu bewirtschaften, also das Soll usw. nicht zu erfüllen, mithin gegen Wirtschaftsgesetze zu verstossen, oder die Konsequenzen dahingehend zu ziehen, dass ich die Siedlung verlasse, also mich auch insoweit gegen die bestehenden Gesetze zu vergehen." Dennoch hatten Neubauern in der DDR nach der Verordnung vom 8. Februar 1951 Ende April nur 22 Prozent der Flächen übernommen, die nicht mehr bewirtschaftet wurden. Obgleich die Neubauernstellen nach der Bodenreformverordnung nicht geteilt werden durften, ließen die Kreis- und Gemeindebehörden vielerorts zu, daß noch intakte und rentable Betriebe mit zurückgegebenem Land aufgestockt wurden. Der Mangel an Inventar, Vieh, Gebäuden und Geld schreckte Interessenten ebenso ab wie die oft geringe Bodengüte. In Brandenburg berichteten die Räte der Kreise im Januar 1952 über die enormen Probleme bei der Wiederbesetzung der zurückgegebenen Betriebe. Da die verlassenen Flächen überwiegend nicht erneut in individuelle Bewirtschaftung überführt werden konnten, mußten sie entweder anderen Neubauern zugeteilt, von den Landwirten in den Dörfern gemeinsam bewirtschaftet oder von VEG, Gutskomplexen bzw. (seit Juli 1952) LPG übernommen werden.[105]

Die Rückgabe weiter Flächen, die lediglich extensiv bewirtschaftet werden konnten, gefährdete die Erfüllung der hochgesteckten Planvorgaben, mit denen in den frühen fünfziger Jahren die Agrarproduktion gesteigert und die Versorgung der Bevölkerung verbessert werden sollte. Bereits 1945/46 konnten im Osten Brandenburgs weite Flächen nicht bestellt werden, so daß sie verödeten. Eine Kontrolle der Ackerflächen im Kreis Lebus legte Anfang März 1947 eine ernüchternde Bilanz nahe: „Von den 12.303,2 ha herrenloser Ackerflächen sind 4.213 im Laufe von 4–5 Jahren nicht bearbeitet worden und haben sich in vollkommen verwilderte Flächen, verwachsen mit Sträuchern und Weiden, verwandelt." Während die desolate Lage auf dem Lande im Osten Brandenburgs die Hoffnung vieler Vertriebener auf eine schnelle Rückkehr in ihre Heimat steigerte, forderten andere Neubauern entschlossene Hilfsmaßnahmen der Landesregierung. Die „Siedler" waren der Arbeitslast, die ihnen die Bewirtschaftung des verlassenen Landes aufbürdete, in den frühen fünfziger Jahren kaum

---

Allgemein: Moritz, Regression, S. 167; Weber, Umgestaltung, S. 2842; Merz, Bodenreform, S. 1169; Kluge, Bodenreform 1945, S. 102; Zank, Wirtschaft, S. 155; Schulz, Probleme, S. 16; Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 62.

105 BLHA, Rep. 332, Nr. 612, Bl. 123, 155; Rep. 332, Nr. 615, Bl. 159. Vgl. auch BLHA, Rep. 208, Nr. 2917, Bl. 17. Zur Lage in der DDR insgesamt: BArch, DK-1, Nr. 917, Bl. 345. Zit. nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 222, Bl. 193. Zur Bilanz in der DDR im April 1951: BLHA, Rep. 208, Nr. 2916, Bl. 12. Zum politischen Druck auf die ungeteilte Weitergabe und Bewirtschaftung der Flächen: BArch, DK-1, Nr. 2623, Bl. 22; MLHA, Ministerium des Innern (MdI), Nr. 310, Bl. 30. Zu den Vergünstigungen für neue Betriebsinhaber: BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 202. Allgemein auch: Schulz, Probleme, S. 15; Nehrig, Bauern zwischen Hoffnung und Wirklichkeit, S. 238.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

noch gewachsen, zumal die Abwanderung von dringend benötigten Arbeitskräften in die Industrie rapide zunahm. Auf die Folgen der Misere in der Agrarwirtschaft für die Lebensmittelversorgung wies die brandenburgische Landesregierung das Landwirtschaftsministerium der DDR am 14. Dezember 1951 deutlich hin: „Unsere gegenwärtige Situation in der Bewirtschaftung nicht bewirtschafteter Flächen lässt es nicht zu, dass zum grössten Teil in der bisherigen Weise eine extensive Bearbeitung der Flächen vorgenommen wird. Zum ersten verringern sich die Erträge von Jahr zu Jahr durch den extensiven Anbau, und zum anderen gehen dem Volksganzen wichtige Nahrungsmittel dadurch verloren." Als das SED-Regime die Ablieferungsnormen in der Landwirtschaft von 1950 bis 1952 dreimal erhöhte, um die Nahrungsmittelversorgung deutlich zu verbessern und damit auch den Aufbau der Industriewirtschaft in der DDR zu beschleunigen, konnten viele gefestigte Neubauern nicht mehr in ihre Betriebe investieren. Die Aufgabe des Landes, die den Verlust der wirtschaftlichen Perspektive widerspiegelte, blieb in den frühen fünfziger Jahren ein brennendes Problem der SED-Politik auf dem Lande, das 1952 maßgeblich zu dem abrupten programmatischen Kurswechsel beitrug.[106]

Die schnell zunehmende Rückgabe der Neubauernstellen hatte aber schon zuvor gezeigt, daß die Agrarstruktur, die aus der rigorosen Bodenreform hervorgegangen war, in den frühen fünfziger Jahren insgesamt von der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR überholt worden war. Die Bewirtschaftung kleiner Höfe und Parzellen erwies sich als Übergangslösung, die in der Nachkriegszeit die akute Not gelindert hatte, aber ökonomisch nachteilig war. Indem die Bauern ihr Land verließen, erschwerten sie nicht nur die Bewirtschaftung der Flächen, sondern sie trieben – entgegen den Zielen der SED-Agrarpolitik – indirekt auch die sozioökonomische Differenzierung unter den Bauern voran. Vielerorts erhielten die Besitzer wirtschaftsstärkerer Betriebe Bodenzulagen, obgleich eine Aufstockung offiziell nur mit Zustimmung der Landesregierung erlaubt war. Der Leiter der Hauptabteilung Land- und Forstwirtschaft im brandenburgischen Wirtschaftsministerium ordnete am 25. April 1949 schließlich an, unrentable Neubauernstellen zu größeren Betrieben zusammenzuschließen, nicht aber einzelne Parzellen anderen Landwirten zuzuteilen. Die Räte der Kreise, die gleichermaßen mit den verlassenen Flächen und hohen Ablieferungsquoten belastet waren, teilten das in den Bodenfonds zurückgefallene Land dennoch – überwiegend mit Zustimmung der Landesbodenkommission – auf andere bäuerliche Betriebe auf, da dieses Verfahren zumindest die Bewirtschaftung der Flächen zu sichern schien. In der Gemeinde Ihlow hatten der Bürgermeister und der Vorsitzende der Gemeindebodenkommission die Verwaltung des Kreises Oberbarnim schon im Januar 1946 gebeten, den zugeteilten Boden auf jeweils acht Hektar aufzustocken, da sich die Parzellen der Neubauern als zu klein erwiesen hatten. Auch der Rat des Kreises Prenzlau forderte 1950, aufgegebenes Land zur Aufstockung der neuen Kleinstbetriebe von fünf bis acht Hektar zu nutzen.[107]

106 Nehrig, Bauern zwischen Hoffnung und Wirklichkeit, S. 238f. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 208, Nr. 2754/1, Bl. 446; Rep. 208, Nr. 2377, Bl. 8. Dazu die Stimmungsberichte vom 20.11.1951 und 3.12.1951 in: BLHA, Rep. 401, Nr. 5623. Zum Kreis Prenzlau: Nehrig, Uckermärker Bauern, S. 42f.

107 Rundverfügung vom 25. April 1949 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 111, Bl. 49. Vgl. auch BLHA, Rep. 208, Nr. 2916, Bl. 12f.; Rep. 208, Nr. 2923, Bl. 22f. Zu Ihlow die Erfassungsbögen in: BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 892, Bl. 139–178. Vgl. auch das Schreiben vom 18. Januar 1946 in BLHA, Rep. 250,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Demgegenüber wiesen die SMA und die brandenburgische Landesregierung eine Umverteilung des Bodens zurück, da sie vor dem offenen Eingeständnis zurückschreckten, daß ihre Bodenreformpolitik mit der daraus hervorgegangenen kleinbetrieblichen Agrarstruktur gescheitert war. Auch eine Solidarisierung der Neubauern mit den größeren alteingesessenen Landwirten sollte unbedingt vermieden werden, denn die SED-Führung hatte seit 1948 den verschärften „Klassenkampf" auf dem Lande proklamiert. Im Januar 1950 berichtete das brandenburgische Amt für Information über die Arrondierung von Neubauernstellen im Kreis Lebus besorgt: „Die bei der Bodenaufteilung mit gutem Boden bedachten Neusiedler beginnen bereits, die Positionen der Großbauern zu beziehen, und sind in der Lage, sich von Jahr zu Jahr mehr Land hinzuzupachten, wodurch eine Interessengemeinschaft mit den Großbauern gegenüber den Kleinbauern entsteht." Zudem verlieh die gemeinsame Arbeit von Bauern auf den verlassenen Flächen in den Dörfern Vorstellungen und Initiativen Auftrieb, die auf eine Kollektivierung zielten. In den Oderkreisen hatten Neubauern schon seit Ende 1949 verlassenes Land übernommen und gemeinschaftlich bewirtschaftet. Nicht nur einzelne Landwirte, sondern auch SED-Funktionäre wie der Leiter der Hauptabteilung Land- und Forstwirtschaft im brandenburgischen Ministerium für Wirtschaft traten daraufhin offen für die Kollektivarbeit ein. Insgesamt zeigt der Umgang mit den oft ungefestigten Betrieben, daß in der Hierarchie der Herrschaftsapparate die Präferenz für nicht ausschließlich ideologisch determinierte Problemlösungen, die den örtlichen Bedingungen ebenso Rechnung trugen wie den verfügbaren Ressourcen, von den zentralen zu den lokalen Regulierungsinstanzen zunahm und der für die Machtzentrale kennzeichnende praxisferne Voluntarismus und Sozialkonstruktivismus zurücktraten. Die Bodenreform entsprach zwar durchaus den sozioökonomischen Bedingungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, blokkierte aber mittelfristig die notwendige Strukturmodernisierung in der Landwirtschaft.[108]

4. Die Verdrängung der „Großbauern" und die Folgelasten

„Klassenkampf" gegen die wirtschaftsstarken Landwirte

Der Problemstau, den die SED-Führung mit der von ihr verordneten Bodenreformpolitik selber herbeigeführt hatte, wurde in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren verschärft durch die Verdrängung der Großbauern. Die „Klassenkampf"-Agitation, mit der die sich herausbildende staatssozialistische Diktatur ihre Herrschaft auf dem Lande zu festigen und ihre Gesellschaftspolitik durchzusetzen suchte, verursachte eine weitere schwere ökonomische Krise und neue gesellschaftliche Spannungen. Ebenso wie bei der Bodenreform zeigten auch die Folgelasten der Bauernverdrängung, daß die SED-Spitzenfunktionäre letztlich ökonomische und gesellschaftliche Entscheidungskriterien ihren weitreichenden politi-

Oberbarnim, Nr. 894. Zum Kreis Prenzlau: Nehrig, Uckermärker Bauern, S. 58f. Interpretation nach: Kluge, Die „sozialistische Landwirtschaft", S. 24f.; ders., Affäre, S. 199.

108 BLHA, Rep. 202 G, Nr. 52, Bl. 60 (Interpunktion korrigiert). Zu dem Plädoyer für die Bildung von Produktionsgenossenschaften der Hinweis in: BLHA, Rep. 332, Nr. 614, Bl. 250. Aufteilungsbeschlüsse der Landesbodenkommission z.B. in: BLHA, Rep. 208, Nr. 222, Bl. 105, 130, 189, 193.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

schen Zielen unterordneten. Die Entmachtung der Großbauern war der ideologische Deckmantel einer rigiden antibäuerlichen Politik, die wegen ihrer weitreichenden Auswirkungen sogar als „zweite Bodenreform" und Phase einer angeblich langfristig angestrebten Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel interpretiert worden ist. Die konkrete Durchführung der Bauernrepression wurde allerdings nicht nur von einer tiefgreifenden Politisierung und ideologischen Aufladung der gesellschaftlichen Beziehungen auf dem Lande bestimmt, sondern auch von Arrangements und Aneignungsformen, die den politischen Intentionen zuwiderliefen.[109]

In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten die Bauern mit mehr als 20 ha, die in der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik als „Großbauern" bezeichnet wurden, nicht nur ökonomisch prosperiert, sondern tendenziell auch ihren gesellschaftlichen Einfluß in Gemeinden gesteigert. Vielerorts nahmen diese wirtschaftsstarken Landwirte in den dörflichen Milieus die Führungsstellungen ein, die nach der Entmachtung der Gutsbesitzer vakant geworden waren. So beeinflußten sie nachhaltig die Arbeit der Gemeindeverwaltungen, und in den örtlichen Verbänden waren sie ebenso deutlich überrepräsentiert wie in den noch bestehenden Vereinen. Die Großbauern konnten in den wiederzugelassenen Genossenschaften nach Ende 1945 erneut Leitungspositionen einnehmen und auch den Ortsausschüssen der VdgB beitreten. Die neue Bauernorganisation, die von der sowjetischen Besatzungsmacht und den Spitzenfunktionären der KPD bzw. SED konstituiert worden war, wurde ebenso wie die DBD vielerorts nicht von den armen Neubauern, sondern von wirtschaftsstarken Altbauern dominiert. Die Informationsverwaltung der SMAD erkannte auch wegen des zurückgegangenen Anteils der SED-Mitglieder in den Wahlen vom Frühjahr 1949 „viele Mängel", obgleich die CDU und LDP auf dem Lande deutlich geschwächt worden waren. Der politisch-gesellschaftliche Einfluß der Großbauern in den Dörfern basierte vor allem auf der Ausleihe ihrer Maschinen, auf die wirtschaftlich schwächere Neubauern ebenso angewiesen waren wie auf das Vieh, deren Zucht weitgehend von großen Altbauern beherrscht wurde. Besonders in den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt waren die wirtschaftliche Stärke und das gesellschaftliche Prestige der relativ gut ausgestatteten Altbauern auch in den Vorständen und Aufsichtsräten der Genossenschaften fest institutionalisiert.[110]

Die Erhöhung der Ablieferungsquoten wirkte sich – ebenso wie in der UdSSR in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren – auf die Wirtschaftsführung der Großbauern besonders einschneidend aus. Die im Dezember 1949 durchgesetzte Hektarveranlagung für Tierprodukte belastete besonders diese Gruppe, die mit dem Übergang zur Planwirtschaft sukzessive auch die Dispositionsfreiheit über ihre Produktion und Betriebe einbüßte. Das SED-Regime unterwarf die landwirtschaftliche Erzeugung zunehmend ihrer zentralen politischen Kontrolle. Verstöße gegen die Planvorgaben wurden streng bestraft. So waren schon

109 Vgl. allgemein Bauerkämper, Zwangsmodernisierung, S. 557f., 587f. Deutung als „zweite Bodenreform" z.B. in: Krebs, Weg, S. 85–89, 147–159. Vergleichend: Bauerkämper, Vertreibung, S. 159–163. Zum Konzept der „Vergesellschaftung" im Marxismus-Leninismus der Überblick in: Heinz Jung, Art. „Vergesellschaftung", in: Hans Jörg Sandkühler (Hg.) Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Bd. 4, Hamburg 1990, S. 694–698.

110 Dazu ausführlich: Bauerkämper, Führungsgruppen, S. 85–87. Zit. nach: Bonwetsch/Bordjugov/Naimark (Hg.), Politik, S. 205. Zum Einfluß der Großbauern: Schulz, Probleme, S. 25f. Zu den Genossenschaften auch: Barthelmann, Umwandlung, S. 124; ders., Bedeutung, S. 396. Zur Politik der SED: Nehrig/Piskol, Rolle, S. 336. Zum Übergang der Macht von den Gutsherren auf Großbauern in brandenburgischen Dörfern: Bauerkämper, Strukturumbruch, S. 80f.; BLHA, Rep. 332, Nr. 657, Bl. 64.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

im Mai 1948 rund 4.600 Bauern allein in sowjetischen Speziallagern inhaftiert, wo sie etwa 10,5 Prozent der Insassen stellten.[111]

Obgleich in der DDR schon bis Ende 1951 rund 3.300 Bauern, die über mehr als 20 ha verfügt hatten, ihre Betriebe entzogen worden waren, verschärfte die SED-Führung nach dem Übergang zur Kollektivierung 1952 die Repressionspolitik gegenüber den Großbauern noch weiter. Die betroffenen Landwirte betrachteten sich als Opfer des SED-Regimes und erkannten trotz des Schutzes, den ihnen viele Dorfbewohner gewährten, zunehmend, daß ihre Lage ausweglos war. Der ökonomische Druck und die politische Repression veranlaßte deshalb 1952/53 schließlich viele von ihnen zur Flucht nach Westdeutschland. Die Bauernvertreibung demaskierte in den Dörfern den humanitären Anspruch des SED-Regimes, und die sozioökonomischen Folgeprobleme der Flucht wirtschaftsstarker Landwirte diskreditierte die Agrar- und Gesellschaftspolitik der Machthaber in der DDR. Als die Zahl der Bauern, die ihre Betriebe verließen, 1952 sprunghaft zunahm, verbreitete sich auf dem Lande eine Desillusionierung, die in der Einsicht gipfelte, „jetzt könne für eintausend Westmark sich jeder gewissermaßen sorgenlos absetzen." Da die Flucht der Großbauern den Dörfern zudem qualifizierte Landwirte entzog, war – wie der stellvertretende Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Rat des Bezirks Frankfurt (Oder) am 12. Juni 1953 nüchtern feststellte – „eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung der z.Zt. herrenlosen Flächen nicht gewährleistet."[112]

Die Verdrängung der „Großbauern" aus dörflich-agrarischen Milieus

Seit 1948/49 wurden Großbauern in den ländlichen Gemeinden Brandenburgs ihrer Führungspositionen beraubt. Die Agitation der SED kennzeichnete die ungehemmte Politisierung sozioökonomischer Unterschiede und die Instrumentalisierung von Ressentiments gegen diese Gruppe überwiegend wirtschaftsstarker agrarischer Produzenten. In Brandenburg drängten Dorf- und Betriebsparteiorganisationen der SED sowie Ortsgruppen und Kreisverbände der DBD Kleinbauern, Entschließungen gegen die diffamierten „reaktionären Großbauern" zu unterzeichnen, in denen diesen u.a. Korruption und Sabotage bei der Differenzierung der Ablieferungsquoten und der Durchführung des Neubauernbauprogramms vorgeworfen wurde. Eine Erklärung, die der Kreisverband Ostprignitz der DBD im Februar 1950 als Resolution „werktätiger" Bauern veröffentlichte, gipfelte in der Forderung: „Weg mit diesen Kräften der Reaktion, die heute wieder wie nach 1918 dabei sind, ihre reaktionäre Macht zu errichten und den Werktätigen zu unterdrücken." Als die Kampagne der SED-Funktionäre auf dem Lande schließlich zur Autosuggestion wurde, richteten sich gegen die

111 Sergej Mironenko/Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hg.), Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, Berlin 1998, S. 85. Zu den Speziallagern der Überblick in: Alexander von Plato, Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950: Ergebnisse eines deutsch-russischen Kooperationsprojektes, in: Reif-Spirek/Ritscher (Hg.), Speziallager, S. 124–148. Allgemein: Buchsteiner, Bodenreform, S. 12, 25f.; Kuntsche, Bauern, S. 232f.; Piskol, Entwicklung, S. 424f.; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 159f.

112 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 730, Nr. 727 (Bericht v. 14.11.52; Orthographie korrigiert); Rep. 601, Nr. 5047 (Schreiben v. 12.6.1953). Zum Selbstbild als Opfer: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 63, Bl. 176; Rep. 332, Nr. 240, Bl. 396f.; Rep. 332, Nr. 310, Bl. 31; Rep. 530, Nr. 819, Bl. 110, 175.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

stigmatisierten Großbauern grenzenlose Verschwörungsvorstellungen. Damit wurden dörfliche Milieus weiter fraktioniert.[113]

Funktionäre der SED gingen gegen „reaktionäre" Bauern und örtliche Funktionsträger vor, und Abschnittsbevollmächtigte der Deutschen Volkspolizei rekrutierten seit 1953 „freiwillige Helfer", mit denen die öffentliche Ordnung gesichert und die politische Kontrolle in die ländliche Bevölkerung implantiert werden sollte. Obwohl die Aufgaben der ABV 1952/53 noch überwiegend defensiv und weitgehend auf den Schutz der staatlichen Agrarbetriebe und LPG beschränkt waren, durchdrangen sie zunehmend ländliche Milieus, in denen vielerorts spontane Abwehrreaktionen die Intensität der politischen Interventionen widerspiegelten. Instrukteure der Partei und andere Repräsentanten der Staatsmacht wurden in Dörfern wiederholt heftig angegriffen oder sogar geschlagen.[114]

Obgleich die politische Kampagne die Großbauern auch in den frühen fünfziger Jahren nicht völlig verdrängt und entmachtet hatte, wurde die Sozial- und Agrarstruktur in Brandenburg von dieser traditionell einflußreichen Gruppe von Landwirten zunehmend weniger geprägt. Besessen von ihrer ideologisch aufgeladenen Autosuggestion, erkannten Parteifunktionäre und Erfassungsinstrukteure in den Dörfern nur noch gezielte „Sabotage" und „Zersetzungsarbeit" der „Großbauern". Schon 1945/46 hatte die Bezirksleitung der KPD in einzelnen brandenburgischen Dörfern einflußreiche alteingesessene Landwirte erfaßt, die mehr als 20 ha besaßen. Die latenten Vorurteile gegen die Großbauern traten aber erst in den späten vierziger Jahren in der breiten Propagandakampagne zutage, mit der alteingesessene Landwirte diffamiert und stigmatisiert werden sollten. Besonders alarmiert waren die SED-Funktionäre über die Zusammensetzung von VdgB-Ortsvorständen, in denen Großbauern dominierten. So registrierte die brandenburgische Landeskontrollkommission im Kreis Zauch-Belzig im Dezember 1948 bestürzt: „In 48 Gemeinden führen parteilose Großbauern. In nur 53 Gemeinden ist Org. [VdgB] in fortschrittl. [fortschrittlichen] Händen." Sogar SED-Genossen unter den alteingesessenen Landwirten erweckten den Argwohn der von pathologischem Verschwörungsdenken beherrschten Parteileitungen. In ihren Berichten wurden Großbauern eng mit „reaktionären Elemente" assoziiert, die vielerorts als ehemalige Mitglieder der NSDAP und Herrscher über Klein- und Mittelbauern diskreditiert werden sollten. Funktionäre der VdgB übernahmen diese Verschwörungsvorstellung.[115]

Die Großbauern wurden aber vor allem bezichtigt, ein breites Spektrum von Wirtschaftsverbrechen zu begehen. Besonders Verstöße gegen Ablieferungsbestimmungen deuteten viele Staats- und Parteifunktionäre nicht als Folgeprobleme einer rigiden Planwirtschaft auf dem Lande, sondern als gezielte „Sabotage" der Bauern, deren Verhalten damit schon in den späten vierziger Jahren umfassend politisiert und kriminalisiert wurde. So forderte der Hauptwachtmeister der Kriminalstelle im Volkspolizei-Revier Werneuchen im September

113 Arnd Bauerkämper, Der Elitenwechsel in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren. Die Politik gesellschaftlicher Konstruktion und ihre Grenzen am Beispiel dörflicher Führungsgruppen, in: Colloquia. Journal of Central European History 3–4 (1996/97), S. 275–298, hier: S. 284–286; ders., Vertreibung, S. 150f.

114 Zum Einsatz der „freiwilligen Helfer" und ABV gegen „Großbauern" 1952/53: Thomas Lindenberger, Vaters kleine Helfer. Die Volkspolizei und ihre enge Verbindung zur Bevölkerung, 1952–1965, in: Gerhard Fürmetz u.a. (Hg.), Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969, Hamburg 2001, S. 229–253, hier: S. 234f.; ders., ABV, S. 167–172; ders., Deutsche Volkspolizei, S. 115, 117f.

115 Zit. nach: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 162, Bl. 8. Vgl. auch BLHA, Rep. 332, Nr. 667 (Schreiben v. 25.3.1952); Rep. 730, Nr. 791 (Bericht v. 12.3.1952).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

1950, im Kampf gegen „Schieber" und „Hamsterer" unter den Bauern „der Allgemeinheit zu zeigen, wenn möglich in einem öffentlichen Schauprozeß, daß man mit derartigen Elementen, welche den Aufbau unserer DDR sabotieren, kurzen Prozess macht und sie aus der Allgemeinheit ausschliesst." Schon im Dezember 1950 hatte allein der Rat des Kreises Osthavelland auch gegen 144 Landwirte, die ihr Ablieferungskontingent nicht erfüllt hatten, Strafverfahren eröffnet. Die Untersuchungsverfahren und Kontrollen erfaßten nicht nur Bauern, die sich der Ablieferungspflicht entzogen hatten, sondern auch Instrukteure und Angestellte der Erfassungsorgane, die der „Manipulation" bezichtigt wurden. Öffentliche Gerichtsverhandlungen sollten – so im Kreis Prenzlau 1951 – nicht nur „böswillige Nichtablieferer" bestrafen, sondern auch anderen Bauern die Macht des SED-Regimes demonstrieren. Verwaltungsangestellten, die der politischen Kampagne gegen die „Großbauern" nicht vorbehaltlos zustimmten und sich der Inszenierung des „Klassenkampfes" mit seiner unbegrenzten Politisierung widersetzten, wurden ihrerseits der „Sabotage" bezichtigt. So kritisierte das Amt für Information in der brandenburgischen Landesregierung 1952 die Verwaltung des Kreises Fürstenwalde, indem sie auf die angeblich „mangelhafte Aufklärung der Bauern, insbesondere der werktätigen Bauern, über das schuldhafte Verhalten der grossbäuerlichen Elemente" hinwies. Ebenso wie in der Sowjetunion von 1928 bis 1933 entfesselte die „Klassenkampf"-Hysterie der Parteiführung im SED-Regime eine Verfolgungsdynamik, die auch lokale Amtsträger zwingen sollte, gegen die als „Feinde" und „Kulaken" stigmatisierten „Großbauern" vorzugehen.[116]

1952/53 wurden die Großbauern in Brandenburg weitgehend des Einflusses beraubt, der ihnen nach den vorangegangenen politischen Kampagnen verblieben war. In der Sprache der Pathologie und im Rekurs auf den noch vertrauten Topos der „Volksgesundheit" degradierten Parteifunktionäre die Großbauern zu „Dorfschädlingen" und versuchten dementsprechend besonders, diese Gruppe landwirtschaftlicher Produzenten, deren Beitrag zur Lebensmittelversorgung unentbehrlich war, in den dörflichen Milieus zu isolieren.[117] Nachdem die Großbauernrepression im Sommer 1952 offen mit der Kollektivierung verknüpft worden war, sollten im Kreis Ostprignitz im August 1952 in Gemeinden, in denen „bewußt großbäuerliche Elemente die Anbau- und Viehhaltepläne sowie die Pflichtablieferung agrarischer Erzeugnisse sabotieren", Brigaden der Verwaltungsorgane eingesetzt werden, die mit der gezielten Agitation gegen diese Gesellschaftsgruppe betraut und angewiesen wurden, „den bewußt sabotierenden großbäuerlichen Elementen an Ort und Stelle Wirtschaftsstrafen auszusprechen." Ernte- und Erfassungsaktivs empfahlen darüber hinaus, im Kreis Nauen mit dem Staatsanwalt gegen „böswillige Nichtablieferer" vorzugehen und die Kriminalpolizei zur Ermittlung von angeblich kriminellen Delikten bei der Differenzierung der Pläne einzusetzen. Gelegentlich suchten die SED-Funktionäre, die an der Repression mitwirkten, sogar die Zustimmung der dörflichen Bevölkerung. So mußte sich ein Großbauer, der in der Gemeinde Giesensdorf (Kreis Pritzwalk) einer bewußten „Sabotage" des Ablieferungsplans bezichtigt worden war, im September 1952 auf einer öffentlichen Versammlung einer Ab-

116 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 203, MdI, VP, Nr. 31, Bl. 261 (Interpunktion korrigiert); Rep. 202 G, Nr. 88 („Merkmale für die Einschätzung des Kreises Fürstenwalde bei der Differenzierung der Pflichtablieferung landw. Erzeugnisse im Jahre 1952"). Zum Kreis Osthavelland 1950: BLHA, Rep. 208, Nr. 214, Bl. 247–249. Zur Bestrafung von Großbauern, denen 1948 ihre verzögerte Ablieferung vorgeworfen wurde: BLHA, Rep. 203, MdI, VP, Nr. 98, Bl. 441.

117 Zur Kriminalisierungs- und Isolierungsstrategie exemplarisch: BLHA, Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 118, Bl. 60, 157, 160, 362, 529.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

stimmung über sein Verhalten stellen, die von dem Vorsitzenden des Rates des Kreises herbeigeführt wurde. Bewohner des Dorfes und „Werktätige" von Industriebetrieben in Pritzwalk verurteilten daraufhin demonstrativ den Verstoß des Großbauern gegen die Wirtschaftsstrafgesetze, forderten eine hohe Geldstrafe und stimmten dem Vorgehen der SED-Leitung und dem Rat des Kreises gegen „Saboteure" zu. Gewalt und soziale Exklusion ergänzten die politische Vereinnahmung in der inszenierten Gemeinschaft, die durch öffentliche Versammlungen und Bekenntnisse konstituiert werden sollte. Allerdings störten einige Bauern die plebiszitäre Legitimationskulisse, indem sie offen gegen die Eingriffe der Agitatoren im Dorf protestierten und den Saal verließen, in dem die Veranstaltung inszeniert worden war. Damit entzogen sie sich dem politisch oktroyierten Prozeß der Vergesellschaftung durch Gewalt, der Täter und Opfer einbezog und die Durchsetzung der staatssozialistischen Diktatur auf dem Lande begleitete.[118]

Der inszenierte „Klassenkampf", mit dem dörfliche Milieus und Familien als Arenen primärer Vergemeinschaftung gewaltsam aufgebrochen und die Bevölkerung auf dem Lande in das SED-Regime integriert werden sollte, funktionalisierte die traditionale, tief verankerte harmonistische Gesellschaftsvorstellung, die mit stereotypen Feindbildprojektionen einherging. Die SED präsentierte sich in den dörflichen Milieus als Sachverwalterin der „werktätigen" Klein- und Mittelbauern gegenüber den größeren Landwirten, die Parteifunktionäre der „Ausbeutung" ihrer wirtschaftlich schwächeren Berufskollegen und der Landarbeiter beschuldigten. Diese verzerrte Deutung der ökonomischen und sozialen Beziehungen in den Gemeinden entsprach aber nicht nur der ideologischen Überzeugung vieler Funktionäre, sondern wurde in der „Diktatur des Proletariats" auch gezielt als Instrument politischer Herrschaft eingesetzt. Der „Klassenkampf" auf dem Lande sollte vor allem die Frustration wirtschaftlich ungefestigter, gesellschaftlich marginalisierter und unter ihren bedrückenden Lebensbedingungen leidender Neubauern auf die größeren Landwirte lenken, deren relativer Wohlstand und beträchtliche Verhandlungsmacht als Lebensmittelproduzenten in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch unter den Konsumenten in der städtischen Bevölkerung und in der Industriearbeiterschaft Neid und Ressentiments hervorgerufen hatten. Dieses Konzept einer politisch induzierten gesellschaftlichen „Differenzierung" zielte auf eine scharfe Trennung der einzelnen Bauerngruppen ab. Parteifunktionäre betrachteten die Aufstockung von Neubauernstellen und Interessengemeinschaften zwischen ihren Inhabern und größeren Landwirten in den späten vierziger Jahren deshalb zunehmend mit Argwohn. Gesellschaftliche Arrangements und soziale Allianzen sollten unbedingt verhindert werden.[119]

---

118 Zit. nach den Berichten vom 22. August 1952, 8. September 1952 und 20. September 1952 in: BLHA, Rep. 401, Nr. 5625 (Interpunktion korrigiert). Zur Vergesellschaftung durch öffentliche Versammlungen und Konformitätsrituale, in denen Großbauern verurteilt wurden, auch Hinweise in: BLHA, Rep. 930, Nr. 37, Bl. 17; Rep. 930, Nr. 702 (Bericht v. 22.1.1953). Zusammenfassend: Weir, Rural Revolution, S. 63–71. Überlegungen zur Analyse in: Weisbrod, Sozialgeschichte, S. 118–120. „Vergesellschaftung" bezeichnet hier – im Unterschied zur marxistisch-leninistischen Terminologie – eine gesellschaftliche Beziehung, in der die „Einstellung des sozialen Handelns auf rational (wert- oder zweckrational) motiviertem Interessen*ausgleich* oder auf ebenso motivierter Interessen*verbindung* beruht." Vgl. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 21 (Kursivierungen im Original gesperrt gedruckt). Erläuterung in: Bernd Gräfrath, Art. „Vergesellschaftung", in: Jürgen Mittelstraß (Hg.), Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie, Bd. 4, Stuttgart 1996, S. 505f.

119 „Vergemeinschaftung" bezeichnet eine gesellschaftliche Beziehung, „wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns [...] auf subjektiv *gefühlter* (affektueller oder traditionaler) *Zusammengehörigkeit* der Beteiligten beruht." Vgl. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 21 (Kursivierungen im Original

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Die großen Landwirte wurden in den Dörfern auch bezichtigt, das Vertrauen der „werktätigen" Bauern zur VdgB zu untergraben und Gerüchte über eine Kollektivierung zu verbreiten. Eine noch schärfere politische Abgrenzung betrieben SED-Funktionäre im eskalierenden Kalten Krieg mit der Stigmatisierung der Großbauern als „Handlanger des Westens" und dem Vorwurf der „Hetze" gegen die Sowjetunion. Damit sollte diese Gruppe von Landwirten vollends diskreditiert und aus der Gemeinschaft der „Werktätigen" auf dem Lande ausgeschlossen werden. Der gegen die Großbauern gerichtete Vorwurf ökonomisch-politischer „Sabotage" reflektierte insgesamt eine dichotomische Gesellschaftspolitik, der das manichäische Weltbild der SED-Spitzenfunktionäre zugrunde lag. Die zu errichtende „sozialistische Gesellschaft" auf dem Lande war dagegen ein gleichermaßen holistisches und harmonistisches Herrschaftskonzept, indem Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und ihre Subsysteme ihrer funktionalen Differenzierung beraubt und eng miteinander verflochten wurden. Damit war soziale Ungleichheit aber ebensowenig außer Kraft gesetzt worden wie das Bedürfnis nach gesellschaftlicher Distinktion.[120]

Bauernflucht

Als unmittelbare Folge der radikalen Agitation und politischen Verdrängung verließen Großbauern jedoch seit den späten vierziger Jahren auch in Brandenburg ihre Höfe. Ökonomische Restriktionen und politische Repression nahmen vielen stigmatisierten Landwirten jede Hoffnung auf eine weitere Arbeits- und Lebensperspektive. Prozesse, in denen Großbauern und gelegentlich auch Staatsfunktionäre zu oft mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, schüchterten Landwirte so nachhaltig ein, daß sie auch vor der Flucht aus der DDR als letztem Ausweg nicht zurückschreckten. Schon im Spätherbst 1950 hatten Großbauern in den brandenburgischen Landkreisen weite Flächen aufgegeben. Insgesamt war 1950 hier eine Ackerfläche von rund 3.000 ha von alteingesessenen Landwirten verlassen worden, vor allem in den östlichen Kreisen Prenzlau, Oberbarnim, Seelow, Angermünde und Templin. Der Landesvorstand der SED veranschlagte überdies, daß weitere rund 1.800 ha wirtschaftsschwachen Altbauern gehörten. Das Leitungsgremium der SED führte die Landflucht dieser Bauern vor allem auf die hohe Veranlagung, den geringen Bestand an Spann- und Nutzvieh und die daraus resultierenden geringen Erträge zurück. Mit dem wachsenden wirtschaftlichen und politischen Druck, der auf die Großbauern ausgeübt wurde, nahm ihre Kreditbelastung in den frühen fünfziger Jahren sprunghaft zu. So waren Altbauern im Kreis Ruppin im Juli 1951 mit 1,8 Millionen DM verschuldet; davon entfielen zwei Drittel (1,2 Millionen DM) auf Landwirte mit mehr als 20 ha. Im Kreis Teltow waren Mittelbauern mit 10 bis 20 ha durchschnittlich mit 4.000 bis 15.000 DM, Großbauern mit 20 bis 50 ha jeweils aber mit 6.000 bis 20.000 DM verschuldet. Diese Angaben zeigen, daß die

gesperrt). Dazu auch: Hermann Strasser, Art. „Vergemeinschaftung" in: Dieter Nohlen (Hg.), Lexikon der Politik, Bd. 7, München 1998, S. 676f.

120 Angeführte Beschuldigungen gegen die Großbauern z.B. überliefert in: BLHA, Rep. 332, Nr. 658, Bl. 51f.; Rep. 332, Nr. 608 (Protokoll v. 3.1.1949); Rep. 273, Nr. 93 („Protokoll über die Leit-Konferenz im Kulturhaus der MAS Dahlewitz am 5.4.1952").

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Erhöhung der Ablieferungsnormen zwar vorrangig die Großbauern, aber auch die kleinen Landwirte finanziell geschädigt hatte.[121]

Nachdem der Ministerrat der DDR am 20. März 1952 die „Verordnung über devastierte landwirtschaftliche Betriebe" erlassen hatte, nahmen die verlassenen Flächen zu. Im Mai 1952 wurden allein im Kreis Oberbarnim 163 verlassene Höfe gezählt. In der Gemeinde Ihlow hatten sechs Bauern – davon fünf mit jeweils mehr als 20 ha – insgesamt 180,0 ha aufgegeben. Im August 1952 waren in diesem Dorf die Betriebe von vier Landwirten – davon zwei Höfe mit nur rund 14 ha – nach der Verordnung vom 20. März 1952 in staatliche Verwaltung übernommen worden. Da die angefallene Fläche nur extensiv bewirtschaftet werden konnte, wurde die für die Gemeinde festgelegte Ablieferungsquote nicht erfüllt.[122] Insgesamt richteten sich die Verordnungen vom 20. März 1952, 17. Juli 1952 und 19. Februar 1953 zwar vorrangig gegen die großen Landwirte, wurden aber auch von alteingesessenen Kleinbauern und Neubauern genutzt, die bereitwillig ihre unrentablen Betriebe aufgaben, um attraktivere Arbeitsplätze einnehmen zu können. Die Räte der Bezirke und der Kreise überführten die angefallenen Flächen oft umstandslos in staatliche Verwaltung oder stellten den als „devastiert" eingestuften Boden einzelnen LPG zur Verfügung. Allein nach den Verordnungen vom 17. Juli 1952 und 19. Februar 1953 wurden bis zum Juni 1953 in der DDR 18.950 Betriebe mit einer Nutzfläche von 566.940 ha staatlichen Institutionen zugewiesen. Davon bewirtschafteten LPG 31,8 Prozent mit 35,1 Prozent der insgesamt wieder vergebenen Flächen. Die neuen Produktionsgenossenschaften hatten „devastierte" Betriebe überwiegend erst Anfang 1953 übernommen. Nach dem Bezirk Schwerin, in dem 72.086 ha in staatliche Verwaltung übergegangen waren, wies der Bezirk Potsdam mit 64.357 ha die größte Fläche beschlagnahmten Landes auf. Im Bezirk Frankfurt (Oder) meldete der Rat des Kreises Angermünde noch im November 1952, daß in den Gemeinden 56,6 Prozent des Landes, das nach den Verordnungen vom 20. März und 17. Juli 1952 angefallen war, von Dorfgemeinschaften bewirtschaftet werden mußten.[123]

Mit ihrer rigorosen Politik der ökonomischen Verdrängung, sozialen Exklusion und politischen Entmachtung in Brandenburg beschleunigten die Parteileitungen der SED den Verlust wertvoller Ackerflächen, die anschließend nur noch mühsam bearbeitet werden konnten, und verschärften dadurch die Krise, die sich aus der Rückgabe vieler Neubauernstellen ergeben hatte. Die „devastierten" Flächen, die schon nach der Verordnung vom 8. Februar 1951 erfaßt wurden, nahmen deutlich zu. Während auf dem Territorium des Bezirks Frankfurt (Oder) im Februar 1951 eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 15.201 ha nicht bewirtschaftet wurde, stufte der Rat des Bezirks am 1. Februar 1953 bereits 654 Betriebe mit 21.136 ha als „devastiert" ein. Damit waren 5,6 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Bezirks von ihren Besitzern aufgegeben worden. Die Verordnung vom 19. Februar 1953 verschärfte die Krise noch, die aus der Rück- und Beschlagnahme von Bauernhöfen resul-

121 BLHA, Rep. 208, Nr. 214, Bl. 103, 221, 329. Angaben zu den Flächen in den einzelnen Kreisen 1950 nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 2917, Bl. 16, 19f., 26, 28. Zur Bilanz Ende 1950: BLHA, Rep. 332, Nr. 615, Bl. 103. Vgl. auch die Übersicht über Verfahren in: BLHA, Rep. 203, MdI, VP, Nr. 128, Bl. 122.

122 BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 744 (Schreiben v. 8.5.1952); Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 1158 (Schreiben v. 1.8.1952).

123 Zur Belastung der Dorfgemeinschaften und LPG mit aufgegebenem Land „werktätiger" Bauern: BArch, DK-1, Nr. 5493, Bl. 22. Zur Beschlagnahme und Bewirtschaftung der Betriebe in der DDR: SAPMO-BArch, NY 4062/95, Bl. 125. Zum Kreis Angermünde: BLHA, Rep. 601, Nr. 1792 (Schreiben v. 10.11.1952).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

tierte. So stellte der Rat des Bezirks Frankfurt (Oder) Ende 1953 in seinem Jahresbericht kritisch fest: „Verschiedene Kreise und insbesondere die Kreise Angermünde und Seelow drohten an diesen Flächen zu ersticken. Im Kreise Seelow allein fielen bis 1.6.1953 808 Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 19.485 an, was bei einer Kreisfläche von rund 66.700 ha LNF [landwirtschaftliche Nutzfläche]= 29,2 % ausmacht. Der Rat des Kreises war nicht mehr in der Lage, die Aufsicht über diese Flächen zu führen. Die Bewirtschaftung war in Frage gestellt ..." Von den insgesamt 49.856 Bauernhöfen, die nach den Verordnungen vom 17. Juli 1952 und 19. Februar 1953 in der DDR erfaßt worden waren, hatten 81,1 Prozent „Großbauern" gehört. Die Landflucht war aber keineswegs auf diese Gruppe begrenzt. Vielmehr verließen auch viele alteingesessene Bauern, die weniger als 20 ha besaßen, ihre Höfe. Die Vertreibung dieser Gesellschaftsgruppe, die in den dörflichen Milieus überwiegend fest verwurzelt war, entsprach durchaus den Zielen des Sozialkonstruktivismus, der die Politik des SED-Regimes auf dem Lande insgesamt beherrschte und seit dem Sommer 1952 offen auf die Kollektivierung zielte.[124]

Auch im Bezirk Potsdam hatten die Behörden weite Flächen, die Bauern gehörten, beschlagnahmt. Ende März 1953 waren hier 1.166 landwirtschaftliche Betriebe mit 41.650 ha in staatliche Verwaltung übergegangen. 19,4 Prozent dieser Fläche hatten 201 LPG und 6,4 Prozent 72 VEG übernommen. Anteile von 15,5 und 50,8 Prozent mußten jeweils von Gemeinde- bzw. Kreisverwaltungen bewirtschaftet werden. Auch im Bezirk Potsdam speiste die Vertreibung der Großbauern ebenso wie die Aufgabe von Neubauernbetrieben die Kollektivierung. Wie im Mai 1953 aus dem Landkreis Potsdam berichtet wurde, hatten die Parteifunktionäre hier mit ihrer Agitation in Altbauerngemeinden den „Durchbruch besonders durch die Flucht von Großbauern erzielt, da Landarbeiter in diesen Betrieben angesiedelt werden und mit diesen dann eine Produktionsgenossenschaft gebildet worden war." Insgesamt hatte die von der SED-Führung erzwungene radikale Verdrängung der Großbauern nach der Entmachtung der Gutsbesitzer auch hier erneut eine tiefgreifende agrarstrukturelle Verwerfung verursacht, die in den frühen fünfziger Jahren maßgeblich zu der akuten Wirtschafts- und Versorgungskrise beitrug. Indem das SED-Regime mit den Großbauern überwiegend wirtschaftsstarke Landwirte verdrängte, verzögerte sie die Rekonstruktion der Agrarwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Wie die statistischen Angaben zeigen, erreichte die Umwälzung, die sich aus der Verdrängung der Großbauern und anderer Landwirte ergab, zwar nicht das Ausmaß der Besitzumverteilung nach der Bodenreform; die Requisition des Landes, das den großen alteingesessenen Landwirten gehörte, verlieh aber der Kollektivierung 1952/53 ebenso nachhaltig Auftrieb wie die Aufgabe der Neubauernstellen. Obgleich der Prozeß erst nach der Verengung der deutschlandpolitischen Optionen der sowjetischen Hegemonialmacht ausgelöst wurde, war die Bildung der LPG auch eine Krisenlösung, die als „Sprung nach vorn" auf dem Lande zugleich eine neue Phase zukunftsgerichteter Zwangsmodernisierung einleitete.[125]

124 Zit. nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 956 (Bericht v. 1.12.1953; Interpunktion korrigiert).

125 Zit. nach: BLHA, Rep. 401, Nr. 831, Bl. 207. Zum Stand Ende März 1953 die Übersicht in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1421, Bl. 55. Angabe zur Zahl der „Republikflüchtigen" im Bezirk Potsdam 1954 in: BLHA, Rep. 530, Nr. 822, Bl. 49; Rep. 530, Nr. 824, Bl. 165. Zur Argumentation: Bauerkämper, Zwangsmodernisierung, S. 571f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Rückkehr verdrängter Landwirte nach dem Aufstand vom Sommer 1953

Zusammen mit der rigorosen Kollektivierung steigerte die Verfolgung der „Großbauern" die Unruhe auf dem Lande. Die Repressionspolitik der SED trug damit maßgeblich zu dem Volksaufstand bei, der im Juni 1953 auch in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus von Gruppen der ländlichen Bevölkerung getragen wurde. Der Protest, den die Verfolgung der „Großbauern" und die rigide Kollektivierungspolitik auf dem Lande herbeigeführt hatte, artikulierte sich nach der Veröffentlichung des Politbüro-Kommuniqués vom 9. Juni 1953 in Demonstrationen und Versammlungen gegen das SED-Regime. Die Bevölkerung erzwang vielerorts auch die Freilassung inhaftierter Bauern. Aufmerksam und argwöhnisch beobachtet von SED-Funktionären, feierten in einzelnen Gemeinden Landwirte den Kurswechsel der Staatspartei, den sie als politische Niederlage des Regimes deuteten. Wiederholt wurde auf dem Lande auch gefordert, die Bezeichnung „Großbauer" völlig aufzugeben und damit die rigorose Agrarpolitik zu entschärfen.[126]

In Brandenburg strahlte besonders die Erhebung in Ost-Berlin auf die ländliche Gesellschaft im Umland der Großstadt aus. Bauern, die verhaftet worden waren, wurden entlassen und erhielten das Land zurück, das ihnen entzogen worden war. In den Dörfern zeigten sich verunsicherte Staats- und Parteifunktionäre nachgiebig gegenüber den alteingesessenen Landwirten, von denen viele den „Neuen Kurs" der Staatspartei als offenes Eingeständnis des Scheiterns und als Bankrotterklärung der Machthaber werteten. Demgegenüber hielten die „Kader" der Bezirksleitungen am „Klassenkampf"-Dogma fest. Sie waren überwiegend nicht bereit, die rigide Politik gegenüber den Großbauern zurückzunehmen, die Kollektivierung aufzugeben und die Planwirtschaft zu lockern. So kritisierten Funktionäre auf der Sitzung der SED-Bezirksleitung Cottbus schon am 7. August 1953, daß „einige Großbauern mit frechen, unverschämten Forderungen an die Genossenschaftsbauern herantraten in der Frage der Rückgabe der Wirtschaften." Da die LPG, die verlassenes Land übernommen hatten, nicht geschädigt werden sollten, wurden den Großbauern, die eine Restitution ihres Besitzes beantragten, oft nur Ausgleichsflächen zugewiesen. Viele nach Westdeutschland geflohene Landwirte kehrten auch wegen ihres fortbestehenden Mißtrauens gegenüber der unberechenbaren SED-Politik nicht in ihre Heimat zurück. Das Kommuniqué des Politbüros und der Beschluß des Ministerrats wurden von der Bevölkerung auf dem Lande weiterhin als taktische und vorübergehende Konzession der Staats- und Parteiführung gedeutet, wie die Stellungnahme einer Bäuerin im Kreis Fürstenberg (Bezirk Frankfurt/Oder) zeigt: „Die Bauern wären schön dumm, wenn sie wieder zurückkämen. Das ist doch alles nur ein Lockmittel, um die, die zurückkommen, wieder einsperren zu können." Insgesamt wurden in der DDR bis Oktober 1953, als die vom Ministerrat gesetzte Frist für die Rückkehr geflohener Bauern auslief, nur 17,4 Prozent der beschlagnahmten Höfe wieder von ihren Besitzern übernommen. Obgleich die Rückgabe entzogenen Eigentums nach der Verordnung vom 11. Juni 1953 nicht abgelehnt werden durfte, hatten sich Funktionäre in den SED-Leitungen und „Kader" in den LPG gegen die Restitution gesperrt. Konfrontiert mit den gegensätzlichen

126 Mitter/Wolle, Untergang, S. 72–76, 79, 86f., 126, 129–131, 309–317, 330, 342–345; Mitter, „Am 17.6. haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern" (wie Anm. 40), S. 97–120; Werkentin, Strafjustiz, S. 85–90. Zu den Reaktionen auf dem Lande auch: Bauerkämper, Verhalten, S. 305f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Forderungen der Altbauern und der LPG-Mitglieder, weigerten sich viele Räte der Kreise, Landwirten ihre Betriebe zurückzugeben.[127]

In den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus veränderte sich die Agrarstruktur durch den „Neuen Kurs" noch geringfügiger als in der DDR insgesamt. Viele Parteifunktionäre wiesen im Bezirk Frankfurt (Oder) besorgt auf Großbauern hin, die in der Krise des SED-Regimes angeblich triumphierten, und gaben nur wenigen Landwirten, denen ihre Betriebe entzogen worden waren, ihr Land wieder zurück. Hier hatten Anfang November 1953 lediglich 13,2 Prozent der Bauern, deren Höfe bis Juni 1953 als „devastiert" eingestuft und beschlagnahmt worden waren, ihre Betriebe wieder übernommen. Bis Ende März 1954 beantragten im Bezirk Frankfurt (Oder) aber auch nur rund 16 Prozent der Landwirte, deren Betriebe nach der Verordnung vom 19. Februar 1953 eingezogen worden waren, überhaupt, ihre Höfe wieder zu übernehmen. Die Räte der Kreise gaben 14,2 Prozent der Betriebe zurück, die nach der Verordnung vom 19. Februar 1953 konfisziert worden waren; von den Besitzern, deren Land die Behörden nach der Verordnung vom 17. Juli 1952 eingezogen hatten, erhielten sogar lediglich 2,5 Prozent ihre Höfe. Obgleich der „Neue Kurs" die Bevölkerung auf dem Lande mobilisiert hatte, blieben die strukturellen Auswirkungen der vorübergehenden Rücknahme der restriktiven Agrar- und Gesellschaftspolitik gegenüber den Bauern begrenzt.[128]

Die Örtlichen Landwirtschaftsbetriebe und ihre Übernahme durch die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Nachdem der „Neue Kurs" die LPG destabilisiert hatte, ohne daß die Mehrzahl der verdrängten Landwirte die ihnen entzogenen Flächen wieder übernahm, konstituierte der Ministerrat mit seiner „Verordnung über die Bewirtschaftung freier Betriebe und Flächen und die Schaffung von Betrieben der örtlichen Landwirtschaft" am 3. September 1953 neue Agrarbetriebe, die besonders die Bewirtschaftung „devastierter" Höfe von Altbauern sichern sollten. In den Nordbezirken der DDR bestanden die ÖLB überwiegend „aus heruntergewirtschafteten Großbauernbetrieben mit geringem Viehbesatz, verkommenen Gebäuden und einem Arbeitskräftebesatz von durchschnittlich 8 – 12 pro 100 ha." In den südlichen Bezirken nahmen die ÖLB dagegen vor allem Flächen auf, „die stark zersplittert in den einzelnen

127 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/354, Bl. 7–10; BArch, DK-1, Nr. 253, Bl. 38. Ähnliche Angabe in: Kluge, Landwirtschaft, S. 88. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 930, Nr. 42, Bl. 103; SAPMO-BArch, NY 4062/92, Bl. 4 (Orthographie und Interpunktion korrigiert). Zur Aktivität der Großbauern und zur Unsicherheit in den LPG aus Sicht der Parteiorgane die Stimmungsberichte in: SAPMO-BArch, NY 4062/92, Bl. 5, 16, 28f., 38f.; NY 4062/95, Bl. 187. Zur Zahl der Großbauern in der DDR: Piskol, Entwicklung, S. 431. Zu den Auswirkungen der Agrarpolitik auch der Überblick in: Schulz, Probleme, S. 73–76, 84. Anweisungen zur Durchführung der Verordnung vom 11. Juni 1953 in: BArch, DK-1, Nr. 250, Bl. 198–202. Zu den Interessenkonflikten zwischen Einzelbauern und LPG: BArch, DK-1, Nr. 251, Bl. 14.

128 Angaben zur Betriebsrückgabe im Bezirk Frankfurt (Oder) nach: BLHA, Rep. 601, Nr. 1781 (Vierteljahrsmeldung v. 31.3.1954; Schreiben v. 10.11.53; Statistik v. 15.7.1953); Rep. 730, Nr. 956 (Bericht v. 1.12.1953). Vgl. auch BLHA, Rep. 730, Nr. 732 (Schreiben v. 3.8.1953). Berichte über Großbauern, denen die Parteifunktionäre mißtrauten, z.B. in: BLHA, Rep. 730, Nr. 728 (Analyse v. 20.6.1953); Rep. 730, Nr. 729 (Schreiben v. 24.6.1953); Rep. 730, Nr. 732 (Schreiben v. 3.8.1953); BArch, DK-1, Nr. 9634, Bl. 23.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Gemeinden liegen und oftmals schlechtester Bodenqualität sind." Hohe Anteile der landwirtschaftlichen Nutzfläche wurden von diesen Betrieben in den Bezirken Potsdam mit 15,8 Prozent und Frankfurt (Oder) mit 8,9 Prozent bewirtschaftet. Dagegen verfügten die ÖLB im Bezirk Cottbus nur über 1,4 Prozent der Gesamtfläche. Nachdem das 17. Plenum des ZK der SED am 24. Januar 1954 und anschließend der Ministerrat am 4. Februar beschlossen hatten, die ÖLB nachhaltig zu festigen und in LPG zu überführen, nahm die Fläche ab, die von den Betrieben bewirtschaftet wurde. Da zunächst die relativ gut ausgestatteten und wirtschaftsstärkeren ÖLB von den Produktionsgenossenschaften übernommen wurden, gingen die Zahl und Fläche der Örtlichen Landwirtschaftsbetriebe im ersten Halbjahr 1954 schnell zurück. Die Umbildung der ÖLB in LPG schritt in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus aber regional überaus unterschiedlich voran. So übernahmen LPG 1955 im Bezirk Potsdam im nördlichen Kreis Gransee 96,3 Prozent der Flächen, die ÖLB zuvor notdürftig bewirtschaftet hatten, im südlichen Kreis Jüterbog aber nur 20,0 Prozent (*Tabelle 10*).[129]

Obgleich den ÖLB im Februar 1955 die hohen staatlichen Subventionen entzogen wurden und die SED-Leitungen die Räte der Kreise zu einer beschleunigten Umbildung der Betriebe drängten, vollzog sich die Überführung des „devastierten" Landes nur langsam. Arbeiter der Örtlichen Landwirtschaftsbetriebe weigerten sich, den Produktionsgenossenschaften beizutreten, weil sie damit ihre gesicherte Naturalversorgung und festen Geldlöhne verloren. Umgekehrt lehnten die Leitungskräfte und Mitglieder von LPG, die relativ hohe Einnahmen erzielten, die Aufnahme von Flächen der ÖLB ab, deren Bewirtschaftung unweigerlich die Produktivität und Einkünfte der Produktionsgenossenschaften verringerten. Der Mangel an Arbeitern und erfahrenen Leitungskräften in den ÖLB, ihr geringer Viehbesatz und die unzulängliche Ausstattung schreckten viele LPG-Vorsitzende von der Übernahme dieser Betriebe ab, deren Land zudem überwiegend verödet war und niedrige Erträge erbrachte. Deshalb wurden von 200.396 ha, die vom 1. Januar bis 31. Juli 1955 in der DDR von ÖLB in kollektive Bewirtschaftung übergingen, nur 32,1 Prozent von bestehenden LPG aufgenommen; dagegen mußten aus 67,9 Prozent des Landes neue Produktionsgenossenschaften gebildet werden. Insgesamt schrumpfte die Fläche der ÖLB in diesem Zeitraum um 62,9 Prozent. Die Umbildung dieser Betriebe in Produktionsgenossenschaften vollzog sich im Bezirk Cottbus besonders langsam. Allein 1955 gingen 89 Prozent der LPG, die in diesem Jahr in der DDR gegründet wurden, aus ÖLB hervor, und von den Flächen, die Produktionsgenossenschaften bewirtschafteten, waren 55 Prozent vom Staat zur Nutzung übergeben worden, fast ausschließlich bei der Integration von ÖLB. Obwohl die nördlichen Bezirke Schwerin und Neubrandenburg, die am tiefsten von der Bodenreform erschüttert worden waren, besonders hohe Zahlen von ÖLB aufwiesen, umfaßten sie auch in den Bezirken Potsdam und Frankfurt (Oder) noch weite Flächen. Einen deutlich geringeren Landanteil nahmen die ÖLB dagegen im Bezirk Cottbus ein.[130]

Die Einkommen der LPG-Mitglieder gingen durch die Integration der überwiegend verwahrlosten ÖLB erheblich zurück. Viele Produktionsgenossenschaften beantragten im Be-

129 Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 6041, Bl. 9. Angaben nach: BArch, DK-1, Nr. 6036, Bl. 34; DK-1, Nr. 6039, Bl. 136. Richtlinien zur Überführung der ÖLB in LPG in: BArch, DK-1, Nr. 10120, Bl. 1–6.

130 Angaben nach: SAPMO-BArch, NY 4062/105, Bl. 42; DY 30/IV 2/7/354, Bl. 42f.; BArch, DK-1, Nr. 1821, Bl. 27, 35; DK-1, Nr. 6041, Bl. 18f.; DK-1, Nr. 5878, Bl. 243. Zu den Problemen bei der Umbildung der ÖLB: BArch, DK-1, Nr. 6041, Bl. 99–101; BArch, DK-1, Nr. 6043, Bl. 3f.; DK-1, Nr. 9217, Bl. 23.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

zirk Potsdam bei den Räten der Kreise staatliche Zuschüsse, um den vorgesehenen Mindestwert der Arbeitseinheit von 7 DM auszahlen zu können. 1955 beliefen sich die staatlichen Stützungsgelder im Bezirk auf insgesamt 4,6 Millionen DM, davon allein 730.000 DM (15 Prozent) im Kreis Rathenow. Auch die Zahl der Arbeitskräfte reichte zur Bewirtschaftung der ÖLB im Bezirk Potsdam nicht aus. Durch die Übernahme der ÖLB sank 1955 in den Produktionsgenossenschaften die Zahl der Mitglieder, die auf jeweils 100 ha entfielen, von 13,9 auf 13,0. In der Viehwirtschaft fehlten den Örtlichen Landwirtschaftsbetrieben vor allem Futtermittel, aber auch Stallgebäude. Die Arbeiter, die vielerorts ebenfalls nur provisorische Unterkünfte in den ÖLB bewohnten, hatten zudem die Viehpflege so stark vernachlässigt, daß die Tiere vereinzelt sogar geschlachtet werden mußten. Da die ÖLB im Bezirk Potsdam insgesamt einen überaus geringen Viehbesatz aufwiesen, waren hier Produktionsgenossenschaften nach der Übernahme der Betriebe gezwungen, unmittelbar zum Typ III überzugehen. Viele Mitglieder von LPG wandten sich ohnehin gegen die überstürzte Integration der ÖLB, da sie einen Rückgang der ihnen ausgezahlten Arbeitseinheiten befürchteten. Andererseits zeigten die Arbeitskräfte, die bei der Überführung der ÖLB Mitglieder der Produktionsgenossenschaften wurden, nur ein geringes Engagement. Überdies zögerten viele von ihnen, eine individuelle Hauswirtschaft einzurichten. Die Beschäftigten der ÖLB forderten nicht nur feste Gehälter, sondern auch einen großzügigen Lohnausgleich bei Krankheiten und weiterhin Naturalzuweisungen. Wiederholt klagten die Parteileitungen ebenso wie die Räte der Bezirke und Kreise über die mangelhafte Arbeitsorganisation, die ungenügende Entwicklung des „Leistungsprinzips" und den nachlässigen Umgang mit „Volkseigentum" in LPG, die aus ÖLB hervorgegangen waren oder aufgegebene Flächen übernommen hatten. Im Bezirk Cottbus traten bei der Integration der „devastierten" Altbauernhöfe in die ÖLB und der anschließenden Überführung der Flächen in die kollektive Bewirtschaftung dieselben Probleme wie in den Bezirken Frankfurt (Oder) und Potsdam auf. Allerdings hatten hier deutlich weniger Bauern ihre Betriebe verlassen müssen, so daß die gesetzlich zur Bewirtschaftung verpflichteten Gemeinden geringer mit den ÖLB belastet waren.[131]

Indem die labilen ÖLB in die Produktionsgenossenschaften aufgenommen wurden, hatte die Vertreibung und Repression der Großbauern der Kollektivierung zwar zunächst Auftrieb verliehen; die „devastierten" Flächen konnten von den LPG aber nicht oder nur extensiv bewirtschaftet werden, so daß die Überführung der ÖLB die Kollektivierungspolitik konterkarierte und sogar zu diskreditieren drohte. Das Präsidium des Ministerrats hatte nach einem Beschluß des Politbüros der SED deshalb am 13. September 1956 erneut Grundsätze zur Übernahme „freier" Betriebe und Flächen durch LPG, VEG, staatliche Tierzuchtbetriebe, Einzelbauern, MAS und Örtliche Landwirtschaftsbetriebe erlassen. Nach der Beschlußvorlage sollten „nur noch in Ausnahmefällen und nur mit Zustimmung der jeweiligen Mitgliederversammlung [der Produktionsgenossenschaft] freie Flächen an LPG übergeben werden, da andernfalls die wirtschaftliche Festigung der LPG verhindert werden kann." Da viele Pacht- und Nutzungsverträge, die 1951 abgeschlossen worden waren, abliefen, war die Be-

131 Uhlemann u.a., Rolle, S. 24. Zit. nach: BLHA, Rep. 401, Nr. 843, Bl. 19. Zu den Forderungen der Beschäftigten der ÖLB: BArch, DK-1, Nr. 9118, Bl. 20, 29; BLHA, Rep. 401, Nr. 2028, Bl. 27; Rep. 530, Nr. 1329, Bl. 58. Zur Zurückhaltung der Landarbeiter auch: BLHA, Rep. 401, Nr. 846, Bl. 162. Zum Übergang zu LPG vom Typ III: BLHA, Rep. 401, Nr. 843, Bl. 68, 71. Allgemein zu den Konflikten über die Bewirtschaftung der ÖLB: Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 140.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

wirtschaftung des anfallenden Landes zu sichern, ohne die LPG zu überlasten. Jedoch konnten nur wenige Verträge verlängert werden, und auch VEG übernahmen lediglich einen geringen Anteil des Bodens, so daß diese Fläche vor allem den LPG zufiel, oft nach einer vorübergehenden Bewirtschaftung durch ÖLB. Insgesamt konnte die politisch induzierte Krise der Landwirtschaft, die das SED-Regime mit der Vertreibung der Großbauern und der alteingesessenen Mittelbauern herbeigeführt hatte, auch durch die Kollektivierungspolitik seit 1952 keineswegs beigelegt werden.[132]

5. Neue landwirtschaftliche Organisationen und Staatsbetriebe

Grundzüge der Entwicklung

Aus der Bodenreform war eine kleinbetriebliche Agrarstruktur hervorgegangen. Obgleich das Privateigentum eng an seine Nutzung gebunden wurde und die Neubauern bis zu den frühen fünfziger Jahren von der materiellen und finanziellen Unterstützung staatlicher Institutionen abhängig blieben, hatte die Neuverteilung des Gutslandes die traditionale Organisationsform in der Agrarwirtschaft, die auf Privatbetriebe gestützt war, grundsätzlich perpetuiert. Ohnehin waren die alteingesessenen Landwirte mit weniger als 100 ha von der Enteignung der Gutsbesitzer nur erfaßt worden, wenn sie der NSDAP angehört hatten oder als führende Nationalsozialisten galten. Allerdings war in der SBZ rund ein Drittel des enteigneten Landes mit den dazugehörigen Gebäuden, Maschinen und Geräten nicht in Privatbesitz vergeben, sondern öffentlichen Körperschaften übereignet worden. Aber erst seit 1948 weitete der Übergang zur sozialistischen Zentralplanwirtschaft den Zugriff staatlicher Behörden auf die Agrarproduktion erheblich aus. Die schleichende Verstaatlichung, die bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt hatte und mit dem zunächst drückenden Nahrungsmittelmangel und den daraus resultierenden Verteilungskonflikten legitimiert worden war, erreichte mit der Bildung neuer Betriebe als öffentlich-rechtliche Körperschaften – der MAS, VEG und VEAB – 1949 ein neues Stadium. Staatliche Institutionen bestimmten damit nicht nur unmittelbar einen erheblichen Anteil der landwirtschaftlichen Erzeugung, sondern formten auch die Sozialstruktur auf dem Lande beschleunigt um. Dabei wurden die Bauern, die soziokulturell dem überlieferten Ideal autonomer Wirtschaftsführung verpflichtet und in den dörflichen Milieus besonders wegen ihres hohen Sozialstatus tief verwurzelt waren, tendenziell von landwirtschaftlichen Arbeitnehmern als neuem Typus des „Werktätigen" verdrängt. Die Bildung staatlicher Agrarbetriebe verstärkte über die lokalen Parteiorganisationen und Kreisleitungen hinaus auch den politischen Einfluß der SED auf dem Lande. Die Errichtung des Herrschaftsmonopols der Staatspartei spiegelte sich in der forcierten Konstruktionspolitik der SED-Führung wider, bevor mit dem Kollektivierungsbeschluß 1952 ein noch tiefgreifenderer Strukturwandel der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft einsetzte. Im Rückblick bildete der Übergang zur beschleunigten Ver-

132 Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/157, Bl. 155. Rundverfügung zum Beschluß vom 15. Oktober 1956 in: BArch, DK-1, Nr. 5507, Bl. 1–4. Vgl. auch die Unterlagen in SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/157, Bl. 148–151, 152f.; BLHA, Rep. 401, Nr. 971, Bl. 358–360.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

staatlichung, Zentralisierung, Politisierung und Entbäuerlichung deshalb eine wichtige Etappenzäsur, obgleich diese Prozesse auf dem Lande nicht unmittelbar einen sozial- und wirtschaftsstrukturellen Umbruch herbeiführten.[133]

5.1. Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

Organisationsstruktur

Schon die 1946/47 gebildete VdgB, die aus den Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe hervorgegangen war, hatte ökonomische und politische Funktionen kombiniert. Zunächst nur mit dem Aufbau von Ausleih- und Deckstationen betraut, erlegten die führenden Agrarpolitiker der SED der Bauernvereinigung darüber hinaus zunehmend auf, den Neubauern weitere dringend benötigte Betriebsmittel wie Kunstdünger und Saatgut zu liefern, sie ökonomisch zu beraten, zur landwirtschaftlichen Ausbildung beizutragen und die gegenseitige Hilfe der Landwirte zu organisieren. Seit 1947/48 hatten die Ausschüsse der VdgB bei der Durchsetzung der Planwirtschaft im Agrarsektor mitzuwirken und den Schwarzhandel auf dem Lande ebenso zu bekämpfen wie Kompensationsgeschäfte. Nachdem sie sich in den ersten Nachkriegsjahren auf die Sicherung der Bodenreform und die ökonomische Festigung der Neubauern konzentriert hatte, wurde die Organisation seit den frühen fünfziger Jahren zur Kollektivierung und als Sprachrohr der Agrarpolitik des SED-Regimes im ideologisch-politischen Kampf mit der Bundesrepublik eingesetzt.[134]

Die Landesorganisationen der VdgB gingen im Frühjahr 1946 aus den Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe hervor, die nach den Bodenreformverordnungen der Länder und Provinzen gebildet worden waren. Die Ausschüsse hatten die Maschinen und großen Geräte aufgenommen, die auf den Gütern enteignet worden waren, und verfügten in der SBZ im Februar 1946 über 43.076 Mitglieder. In Brandenburg waren 7.920 Bauern in 1.458 örtlichen Ausschüssen organisiert. Bis Januar 1947 waren hier 1.976 Ortsvereinigungen der VdgB gegründet worden, der sich in den Kreisen Westprignitz, Niederbarnim, Prenzlau, Lübben und Luckau mehr als 30 Prozent der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe angeschlossen hatten (*Tabelle 11*).[135]

Nach der Satzung der VdgB war der Deutsche Bauerntag das „oberste Organ" der Vereinigung. 1957 ging diese Funktion schließlich an Zentrale Delegiertenkonferenzen über. Ab 1960 wurden zudem „Deutsche Bauernkongresse" und ab 1972 „Bauernkongresse der DDR" veranstaltet. Das Führungsgremium der VdgB wählte die Revisionskommission der Zentralvereinigung und ihren Hauptausschuß, der den Vorstand und den Generalsekretär bestimmte. Als Exekutivorgan des Hauptausschusses wurde das „Deutsche Bauernsekretari-

133 Vgl. die Argumentation in Bauerkämper, Wege, S. 253f., 268. Vergleichend zur Bundesrepublik die Beiträge in: Martin Broszat (Hg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. Daneben: Jürgen Weber (Hg.), Der Bauplan für die Republik. Das Jahr 1948 in der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1996.

134 Aufgabenzuweisung Hoernles im Oktober 1948 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/212, Bl. 50–52. Allgemein auch: Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 45–48; Wernet, Rolle, S. 241f.; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 74; Schubert/Jauch, Rolle, S. 66.

135 BArch, DO-1/10/65, Bl. 7. Vgl. auch Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 58.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

at" eingerichtet, das der Geschäftsführer leitete. Die Landesausschüsse, denen jeweils 25 bis 35 Funktionäre angehörten, bestimmten den Landesvorstand und installierten ein Sekretariat, das mit der Erledigung der laufenden Geschäfte betraut und vom „Landesbauernsekretär" geführt wurde. Als Organe der Kreisvereinigungen wählten die Kreisausschüsse, die sich aus neun bis 15 Personen zusammensetzten, die einzelnen Kreisvorstände, in denen außer dem 1. und 2. Vorsitzenden ein Schriftführer und Kassierer arbeiteten. In der hierarchischen Organisationsstruktur der VdgB waren besonders die Ortsvereinigungen für die Betreuung und Unterstützung der Bauern in den Gemeinden zuständig. Die Mitglieder der Ortsausschüsse und der von ihnen gewählten Vorstände arbeiteten ausschließlich ehrenamtlich. Die Ortsvorstände mußten Arbeitspläne aufstellen und den Kreisausschüssen, deren Aufsicht sie unterlagen, regelmäßig Berichte über ihre Arbeit zustellen. Diese Organisationsstruktur veränderte auch die Fusion der VdgB mit den Genossenschaften im November 1950 nicht. Nach der Auflösung der Länder wurden allerdings die Organe der Landesvereinigungen durch Bezirksausschüsse und -vorstände ersetzt.[136]

Mitglieder

Mit der Herausbildung der Landesorganisationen wuchs die VdgB schnell. Die Zahl der Mitglieder verdoppelte sich von Juni 1946 bis Juli 1949 in der SBZ ebenso wie in Brandenburg. In der Provinz waren im Januar 1947 insgesamt bereits 18 Prozent aller Bauern der VdgB beigetreten. 1946 hatte die Vereinigung besonders unter den Neubauern viele Mitglieder gewonnen. Aber auch auf alteingesessene Landwirte übte die VdgB eine erhebliche Anziehungskraft aus, denn der Beitritt zu der Organisation eröffnete nicht zuletzt beträchtliche materielle Vorteile. Die Mitgliedschaft in der VdgB erhöhte in den Dörfern vor allem den Einfluß bäuerlicher Produzenten auf die Anbau- und Viehhalteplanung sowie die Festlegung der Ablieferungsquoten. In Brandenburg erreichte die Bauernorganisation bis Anfang 1947 besonders in den Kreisen, in denen nach der Bodenreform viele Neubauern angesiedelt worden waren, unter den Bauern einen hohen Organisationsgrad. Mit dem Beginn der Kollektivierung ging die Mitgliederzahl der VdgB (BHG) allerdings zurück. Nach der Zwangskollektivierung 1959/60, als auch der politische Einfluß der VdgB rapide abnahm, beschleunigte sich der Mitgliederschwund. So traten allein im Bezirk Frankfurt (Oder) im zweiten Halbjahr 1961 1.370 Bauern aus der Vereinigung aus.[137]

Obgleich die VdgB vor allem Neubauern gewinnen sollte, schlossen sich ihr schon 1946 auch viele alteingesessene Landwirte an. Im Dezember warnte Reutter die Landes- und Provinzialvorstände der SED erstmals vor dem zunehmenden Einfluß der Groß- und Mittelbauern in der VdgB. In Brandenburg waren am 1. Januar 1947 aber nur 35,3 Prozent der Mitglieder alteingesessene Landwirte, dagegen 58,9 Prozent Neubauern. Hier traten bis

136 Vgl. Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 63–69; Staritz, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, S. 763–765; Henkel, Staatspartei, S. 212f.; Kurek, VdgB, S. 185–188.

137 BLHA, Rep. 730, Nr. 779 (Schreiben vom 14.2.1962); Rep. 730, Nr. 235 (Vorlage v. 4.2.1955). Zu den Mitgliederzahlen in den Kreisen Brandenburgs die Statistik in: SAPMO-BArch, DY 19/1458, Bl. 28. Angaben zur Entwicklung der Mitgliederzahl von 1946 bis 1949 in: Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 60; Kurek, VdgB, S. 95. Zum Organisationsgrad im Januar 1947 die Angaben in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/276, Bl. 150. Anderer Wert in: BArch, DK-1, Nr. 7582, Bl. 183. Zum Anteil der LPG-Bauern im April 1956: BLHA, Rep. 730, Nr. 959 (Vorlage v. 19.4.1956). Zu den Vorteilen der Mitgliedschaft in der VdgB: Kuntsche, Bauerndorf, S. 79.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

August 1947 rund 67,3 Prozent der neubäuerlichen Betriebsinhaber der Organisation bei. Bis zum 1. Juli 1947 hatten die Altbauern in den Ortsvereinigungen der VdgB in Brandenburg aber bereits einen Mitgliederanteil von 49,6 Prozent erreicht. In den Ortsausschüssen der VdgB gewannen Altbauern schnell die Meinungsführerschaft. Politiker der CDU und LDP riefen 1947 die alteingesessenen Bauern auf, der VdgB beizutreten, um in der Organisation ihre Interessen durchzusetzen. Schon im darauffolgenden Jahr majorisierte diese Gruppe in vielen Kreisen die Ortsvereinigungen. Obgleich sie von den Partei- und Staatsfunktionären hart bedrängt wurden, erreichten Altbauern in den Vorständen der VdgB noch im März 1952 einen Anteil von 35,8 Prozent. Alteingesessene Landwirte stellten zudem die relative Mehrheit der Mitglieder. Ihr Anteil war von 1950 bis 1952 nur von 48,5 auf 45,0 Prozent zurückgegangen. Besonders mit der Zwangsintegration der Genossenschaften waren viele Altbauern in die neugegründete VdgB (BHG) übernommen worden (*Tabelle 12*).[138]

Die starke Präsenz der Altbauern in den Ortsausschüssen der VdgB sicherte ihren beherrschenden Einfluß in den dörflichen Milieus. Auch wenn in Rechnung zu stellen ist, daß die Berichte der SED-Leitungen und Landwirtschaftsämter von den politischen Feindbildern der Funktionäre geprägt waren, zeigen sie insgesamt, daß der ungebrochene gesellschaftliche Status der alteingesessenen Landwirte ihnen in Brandenburg auch in den VdgB-Ausschüssen zumindest bis zu den späten vierziger Jahren Führungsstellungen sicherte. Die Neubauern, die in den Gemeinden oft auf Geringschätzung trafen, konnten ihre Interessen dagegen nur unzureichend durchsetzen und blieben ökonomisch von den anderen Landwirten abhängig. So klagte eine Vertriebene, deren Getreidevorräte auf ihrem Pachtbetrieb in Willmersdorf bei Bernau beschlagnahmt worden waren, im Oktober 1948 in einem Brief an Hoernle, daß „ich als Flüchtling aus der Neumark, wo ich mein landwirtschaftliches Eigentum verlor, hier im Dorfe als unerwünschter Eindringling und Fremdkörper empfunden und behandelt werde. Die Altbesitzer sind mehr oder weniger verwandt, verschwägert oder sonst verbunden. Die Grundsätze der gegenseitigen Bauernhilfe (V.d.g.B.) scheinen auf Flüchtlinge keine Anwendung zu finden." In vielen Dörfern waren die Ortsausschüsse der VdgB eng mit den Gemeindeverwaltungen oder den örtlichen Organisationen der SED verbunden. So gehörten dem Ortsausschuß in der Gemeinde Ihlow 1948 53 Neubauern und 10 alteingesessene Landwirte an, die ausnahmslos Mitglieder der SED waren.[139]

Der VdgB schlossen sich überwiegend Kleinbauern mit einem Landbesitz von weniger als 10 ha an, die im Juli 1948 in Brandenburg 60,5 Prozent, im Januar 1949 sogar 65,4 Prozent der Mitglieder stellten. Die Gruppe der wirtschaftsstarken Landwirte mit mehr als 20 ha hatte allerdings vor allem in den Kreisen Westprignitz und Zauch-Belzig überdurchschnittlich hohe Mitgliederanteile gewonnen. Auch 1951/52 variierte die Mitgliederstruktur der VdgB in Brandenburg deutlich. Einen hohen Organisationsgrad unter den Kleinbauern er-

138 SAPMO-BArch, DY 19/1458, Bl. 44. Anteil der Altbauern 1952 errechnet nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 667 (Statistik v. 18. März 1952). Kritik Reutters in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/279, Bl. 6. Zum Einfluß der Altbauern in Brandenburg Ende 1946: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/53, Bl. 41. Angaben für Januar 1947 in: BLHA, Rep. 350, Nr. 873 (Statistik v. 1.1.1947). Zum Juli 1947 die Statistik in: BLHA, Rep. 208, Nr. 197, Bl. 28. Anteil der Neubauern im August 1947 errechnet nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 38. Kontrollergebnisse vom September 1948 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/277, Bl. 119. Zum 1. Januar 1949 die Statistik in: BArch, DK-1, Nr. 7375, Bl. 10. Exemplarisch auch: Beetz, Geschichte, S. 20. Zur Politik der CDU: Wilde, SBZ-CDU, S. 280f.; Kurek, VdgB, S. 96; Wernet, Rolle, S. 243.

139 BLHA, Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 722 (Tabelle zur Zusammensetzung der VdgB-Ortsausschüsse). Zit. nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 2758, Bl. 121. Vgl. auch BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1528, Bl. 175.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

reichte die Organisation vor allem in den Landkreisen Frankfurt (Oder), Fürstenwalde, Osthavelland, Ostprignitz, Prenzlau, Spremberg, Zauch-Belzig, Angermünde, Luckenwalde, Lübben, Oberbarnim und Templin. Hier hatten sich offenbar nicht nur Neubauern, sondern auch viele alteingesessene Kleinparzellenbesitzer der VdgB angeschlossen. Für die Mittelbauern, die 10 bis 20 ha besaßen, war die Organisation offenbar noch attraktiver; aus dieser Gruppe traten dem Bauernverband auch viele Familienangehörige bei. Die Übernahme der Raiffeisengenossenschaften stärkte besonders in den Kreisen Angermünde, Luckenwalde, Lübben, Oberbarnim, Prenzlau und Templin die Kleinbauern mit 5 bis 10 ha in der VdgB, denn hier hatten sich viele Neubauern den traditionalen Wirtschaftsorganisationen der Landwirte angeschlossen (*Tabelle 13*).[140]

In den frühen fünfziger Jahren ging der Anteil der Großbauern in der VdgB deutlich zurück, obgleich die SED-Leitungen unter dem beherrschenden Einfluß der Verschwörungsvorstellungen weiterhin vor einem erneuten Einflußgewinn dieser Gruppe in der Organisation warnten. Aber sogar im traditionell großbäuerlichen Kreis Zossen waren im zweiten Quartal 1954 nur noch 5,8 Prozent der VdgB-Mitglieder Landwirte mit einem Besitz von mehr als 20 ha. In vielen ländlichen Regionen zog die VdgB (BHG) gleichermaßen Klein- und Großbauern an. So wiesen die Ortsvereinigungen in den Landkreisen Belzig, Brandenburg, Kyritz und Pritzwalk im vierten Quartal 1955 sowohl für (überwiegend angesiedelte) Bauern mit 5 bis 10 ha als auch für alteingesessene Landwirte mit jeweils mehr als 20 ha hohe absolute Mitgliederzahlen auf.[141]

Obgleich Funktionäre der SED und VdgB die Frauen als Zielgruppe ihrer Agitation und Politik unablässig hervorhoben, war der Anteil weiblicher Mitglieder in der Bauernorganisation gering. In Brandenburg versuchten „Kreislandfrauenreferentinnen" der VdgB in den späten vierziger Jahren zwar, „Ortsvertrauensfrauen" zu gewinnen; diese Kontaktpersonen standen aber oft „nur auf dem Papier und hatten von ihrer Funktion keine Ahnung." Auch waren die Funktionärinnen kaum in der Lage, „an die Bäuerinnen mit politischen Versammlungen heranzukommen, da dann fast niemand erscheint." Im Juni 1949 stellten Frauen in Brandenburg 6,3 Prozent der Mitglieder und 0,4 Prozent der Vorsitzenden von Ortsausschüssen der VdgB. Insgesamt blieb die Organisation – wie eine Bäuerin im Kreis Guben im Januar 1950 klagte – aber „nur eine Vereinigung von Männern ..." Auch weil politische Funktionen auf dem Lande noch weithin von Männern ausgeübt wurden, blieb die Mobilisierung der Frauen in dem neuen Bauernverband weit hinter den Erwartungen der Machthaber zurück. Das traditionalistische Verständnis geschlechterspezifischer Arbeitsteilung immunisierte viele Frauen nicht nur gegenüber der VdgB, sondern schirmte sie auch gegen nahezu alle politischen Parteien und andere Verbände ab.[142]

Ebenso zeigt die Parteizugehörigkeit der Mitglieder und Ausschußvorsitzenden der VdgB die Grenzen der Konstruktionspolitik, die das Regime auf dem Lande initiierte. In Branden-

140 Zu den Mitgliederanteilen im Juli 1948 die Statistik in: BLHA, Rep. 350, Nr. 875. Zur Betriebsstruktur der VdgB-Mitglieder in den Kreisen Brandenburgs 1951/52 die Statistiken in: SAPMO-BArch, DY 19/1458, Bl. 7–12.

141 Dazu die Statistiken in: BLHA, Rep. 550, Nr. 681. Warnung der Abteilung Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen in der SED-Bezirksleitung Potsdam im Monatsbericht für August 1953 in: BLHA, Rep. 530, Nr. 730, Bl. 197. Angaben zum Kreis Zossen errechnet nach: BLHA, Rep. 550, Nr. 656, Bl. 15.

142 BLHA, Rep. 730, Nr. 235 (Vorlage v. 4.2.1955). Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/73, Bl. 12, 52. Zu den Mitgliederzahlen und -anteilen die Angaben in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/68, Bl. 46, 50.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

burg entfalteten die CDU und LDP 1946/47 in einzelnen Kreisen – so in Oberbarnim – eine beträchtliche politische Aktivität. Die Parteien konnten hier auch zunehmend Mitglieder gewinnen. Zugleich zentralisierte die SED-Führung aber ihre Herrschaft, die hierarchisch strukturiert wurde. So stieg in der VdgB der Anteil der „Genossen" mit der Organisationsebene. In Brandenburg waren am 1. Januar 1949 29,5 Prozent der VdgB-Mitglieder in der SED organisiert; der Anteil der Parteilosen betrug dagegen 65,4 Prozent. Die deutschen Kommunisten, die neben den sowjetischen Besatzungsbehörden den Aufbau der VdgB bestimmt hatten, hofften, die in der Organisation zusammengeschlossenen Bauern vor allem durch konkrete wirtschaftliche Hilfe zu gewinnen. Da die materielle Unterstützung – gemessen an den Anforderungen – aber gering blieb und viele Neubauern in akute Not gerieten, mußte Merker Ulbricht nach den Neuwahlen der Ausschüsse im Frühjahr 1949 mitteilen, daß der Anteil der „Genossen" trotz der intensiven Propagandakampagne in den örtlichen Leitungsgremien der VdgB zurückgegangen war. Parteilose, die 51,1 Prozent der Positionen erhielten, dominierten in den Ortsausschüssen numerisch deutlich gegenüber den SED-Mitgliedern, die nur noch 41,0 Prozent der Positionen gewannen. Obgleich die „Genossen" straff organisiert waren, ist in Rechnung zu stellen, daß sie in den Gemeinden keineswegs völlig hörig dem politischen Kurs folgten, den die Machtzentrale jeweils dekretierte. Im Dezember 1949 hatte die SED in Brandenburg ohnehin erst 26,5 Prozent der Personen gewonnen, die in der VdgB organisiert waren. Die Partei stellte allerdings mit den Kreisen Angermünde, Osthavelland, Prenzlau, Seelow und Templin in regionalen Schwerpunkten der Bodenreform mehr als 30 Prozent der VdgB-Mitglieder (*Tabelle 14*).[143]

Durch die Zwangsfusion der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit der VdgB verlor die Staatspartei in der Mitgliederschaft der VdgB (BHG) in Brandenburg weiter an Boden. In vielen Kreisen stieg 1950/51 überdies der Anteil der Positionen, die Mitglieder der CDU und – noch signifikanter – der DBD in den Ortsausschüssen der VdgB (BHG) errangen. Nach dem Beginn der Kollektivierung nahm die Anziehungskraft der SED auf die Mitglieder der VdgB nochmals deutlich ab. Der Anteil der „Genossen" ging bei den Neuwahlen der Vorstände und Revisionskommissionen Ende 1954 und Anfang 1955 innerhalb weniger Wochen erheblich zurück (*Tabelle 15*).[144]

Funktionen

Die SED hatte die VdgB als Exekutiv- und Propagandaorgan ihrer Agrarpolitik konzipiert. Reutter wies der Organisation 1947 die Aufgabe zu, eine „Umerziehung des bäuerlichen Denkens in Richtung einer wirklichen Demokratie" zu erreichen, die „Demokratisierung des Dorfes" voranzutreiben und das „Bündnis zwischen Stadt und Land" ebenso herbeizuführen

143 Zu den Mobilisierungsversuchen von CDU und LPD in Brandenburg: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/53, Bl. 6. Zum Juli 1948 die Statistik in: BLHA, Rep. 350, Nr. 875. Andere Werte in: BLHA, Rep. 332, Nr. 614, Bl. 82. Angaben zum 1. Januar 1949 nach: BArch, DK-1, Nr. 7375, Bl. 10. Zum Ergebnis der Ausschußwahlen vom Frühjahr 1949: Bauerkämper, Führungsgruppen, S. 87. Zu den Anteilen in den Ortsausschüssen 1948/49: BLHA, Rep. 201, Nr. 409, Bl. 1. Zum herrschaftspolitischen Konzept der Parteiführung: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/55, Bl. 69, 72–74; BLHA, Rep. 332, Nr. 413, Bl. 9.

144 Zum Mitgliederstand am 30. Januar 1951: BLHA, Rep. 550, Nr. 1501 (Vorlage v. 3.2.1951). Angaben zu den Anteilen 1950/51 auch in: BLHA, Rep. 332, Nr. 385, Bl. 64; Rep. 332, Nr. 789 (Vermerk v. 19.3.1951).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

wie die „Einheit zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft". Schon Ende 1946 erkannten die Spitzenfunktionäre der SED freilich den Konflikt zwischen den Funktionen der VdgB als Instrument der staatlichen Verwaltungen – mit der Verpflichtung, auch unpopuläre Beschlüsse durchzusetzen – und als bäuerlicher Verband, der den Einfluß der traditionalen Genossenschaften einschränken sollte. In den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren wurde das Bauernsekretariat bzw. der Zentralvorstand schließlich völlig zum Sprachrohr der SED-Agrarpolitik. Das Führungsgremium erfüllte die Anordnung, die VdgB zur Organisation der „werktätigen" Bauern umzuwandeln und Großbauern aus dem Verband auszuschließen. Darüber hinaus unterstützte die Organisation seit 1952 offiziell vorbehaltlos die Kollektivierungspolitik der SED.[145]

Die Degradierung der VdgB-Funktionäre zu Erfüllungsgehilfen des SED-Regimes traf noch in den späten vierziger Jahren aber nicht nur in der Hauptgeschäftsstelle der CDU auf Widerspruch, sondern wurde auch von Bauern abgelehnt, die überwiegend nicht an politischer Erziehung, sondern an konkreter Wirtschaftshilfe interessiert waren. Diese Landwirte widersetzten sich dem Machtanspruch des SED-Regimes, auf den sie die Beschränkung der VdgB auf die Transmissionsfunktion zurückführten. Da sie mit den Mitgliedern in den Dörfern eng verbunden waren, konzentrierten sich die Vorsitzenden der VdgB-Ortsausschüsse – zum Verdruß vieler Parteifunktionäre – weithin auf die konkrete wirtschaftliche Hilfe für die Bauern, über deren Probleme im Publikationsorgan „Der freie Bauer" ebenso ausführlich berichtet wurde wie in der DBD-Zeitung „Bauern-Echo". Die Zeitung „Der freie Bauer", die in den ländlichen Gemeinden einen breiten Leserkreis gewann, geriet aber schon 1946 unter die Kontrolle der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft, deren Präsident Hoernle auch die Übernahme des im Oktober 1945 gegründeten „Deutschen Bauernverlags" durch die VdgB forderte.[146]

Mit den Maschinen und Geräten, die auf den Gütern beschlagnahmt worden waren, gewannen die Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe die Kontrolle über wertvolle Ressourcen, die für die Bewirtschaftung der bäuerlichen Betriebe unabdingbar waren. Seit November 1946 richtete die VdgB Maschinenhöfe ein, um die begehrten Betriebsmittel vor allem Neubauern zur Verfügung zu stellen. Die Zuchtstationen der Organisation sollten darüber hinaus die Viehwirtschaft der Neubauern stärken, indem sie ihre Tierbestände aufstockten. Obwohl die Provinzialverwaltung den Maschinenhöfen bevorzugt Ersatzteile und Reparaturkolonnen zuteilte, entfalteten die Betriebe der VdgB in Brandenburg zunächst nur eine geringe ökonomische Wirkung. Sie waren so unzureichend mit Maschinen und Geräten ausgestattet, daß sie die Neubauern wirtschaftlich kaum unterstützen konnten. So standen in den Maschinenhöfen der brandenburgischen VdgB im November 1947 lediglich 17,9 Prozent der in diesem Land insgesamt vorhandenen Traktoren bereit. Da ein hoher Anteil der Maschinen und Geräte zudem veraltet und reparaturanfällig war, fielen sie im Arbeitseinsatz häufig aus. So konnte die VdgB im November 1947 nur 75 Prozent ihrer Traktoren nutzen. Vielerorts war das technische Inventar der Witterung ausgesetzt, denn Maschinenhallen

145 Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/276, Bl. 198f. Zur Schlüsselrolle der SED beim Aufbau der VdgB: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7022/55, Bl. 69. Zu den konfligierenden Funktionszuweisungen: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/170, Bl. 17.

146 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/221, Bl. 3, 10–12, 23; Philippi, Agitation, S. 188, 206f. Einspruch der CDU überliefert in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/143, Bl. 53f. Grundsätzlich zur Funktion der VdgB: Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 45–48; Kurek, VdgB, S. 109–112, 170–174. Zur Popularität des „freien Bauern" auf dem Lande: Kuntsche, Bauerndorf, S. 95.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

fehlten. Einzelne Ortsausschüsse der VdgB hatten überdies Bauern – oft alteingesessenen Landwirten – intakte Maschinen verpachtet oder sogar verkauft. Auch nach der Überführung der Maschinenhöfe in die MAS verbesserte sich die technische Ausstattung nur langsam. Im September 1948 warnten Funktionäre der Zentralvereinigung und der Landesvereinigungen der VdgB deshalb gleichermaßen: „Da die Maschinen der MAS vielfach nicht einsatzbereit waren, haben die Klein- und Mittelbauern sich an die Grossbauern des Dorfes wenden müssen, um motorische Maschinen und Geräte benutzen zu können. Damit ist der Einfluß des Grossbauerntums im Dorfe so stark geworden, dass man oft von einer demokratischen Entwicklung nicht mehr sprechen konnte. Gleichzeitig haben diese Grossbauern oft als Bezahlung nicht Geld, sondern Naturalien und persönliche Dienstleistungen verlangt. Es ist vorgekommen, dass Grossbauern für die Ausleihung [sic] ihrer Maschinen täglich 5 Ztr. Getreide erhalten haben. Damit hatte sich eine neue Form der Hörigkeit der Klein- und Mittelbauern gegenüber den Grossbauern herausgebildet."[147]

Die Abhängigkeit der Neubauern von den alteingesessenen Landwirten verringerten auch die anderen Betriebe der VdgB – vor allem Reparaturwerkstätten, Zuchtstationen und Brennereien – nur geringfügig. Wirksamer war dagegen die gegenseitige Hilfe, deren Förderung der VdgB gleichfalls oblag. Besonders engagierte sich die Organisation beim Vieh- und Zugkraftausgleich. Altbauern wurden gedrängt, den neubäuerlichen Betriebsinhabern Vieh zu leihen oder zu verkaufen. Da die meisten alteingesessenen Landwirte aber selber dringend Nutztiere und technisches Inventar benötigten und viele Ortsausschüsse der VdgB nur über geringe Ressourcen verfügten, konnten sie den Neubauern unmittelbar kaum helfen. Die Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe und die Ortsausschüsse der VdgB sollten in den ersten Jahren auch Hilfsaktionen der Städte für die Landwirtschaft organisieren. Der Bauernverband konnte jedoch nur wenige Zugkräfte mobilisieren, und auch der Einsatz von Reparaturkolonnen linderte den Mangel an technischem Inventar nur wenig. In den Gemeinden standen die Mitglieder der VdgB den scharfen Verteilungskonflikten und der Not weitgehend ohnmächtig gegenüber. Anfang 1947 häuften sich in Brandenburg sogar Berichte, „daß Anwärter auf Siedlerstellen in einzelnen Gemeinden nur dann berücksichtigt werden, wenn sie sich gegenüber den Ortsausschüssen der VdgB verpflichten, die Hilfe der VdgB nicht in Anspruch zu nehmen."[148]

147 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/321, Bl. 59. Anteile der Maschinen im November 1947 errechnet nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 9, Bl. 343. Zur Einsatzbereitschaft der Maschinen daneben auch die Angaben für Oktober 1947 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/276, Bl. 227d. Zum Bestand der Maschinenhöfe 1948 SAPMO-BArch, DY 19/1458, Bl. 119. Zur Einrichtung von Maschinenhöfen die Richtlinien in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/321, Bl. 53f. Zur Verpachtung und zum Verkauf von Maschinen die Berichte in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/278, Bl. 41; BLHA, Rep. 332, Nr. 629, Bl. 77a. Zum bevorzugten Einsatz von Arbeitern zur Reparatur von Maschinen und Geräten der VdgB: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/137, Bl. 291–293; DY 30/IV 2/7/138, Bl. 44. Zur Einrichtung der Maschinenhöfe in der SBZ: Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 114, 128.

148 BLHA, Rep. 208, Nr. 4363, Bl. 70 (Interpunktion korrigiert). Appell zur Organisation des Viehausgleichs z.B. in: BLHA, Rep. 330, Nr. 21, Bl. 27. Zu den Konflikten bei der Viehverteilung exemplarisch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/450, Bl. 10. Allgemein: Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 75, 112. Zur Hilfsaktion der Städte für die Landwirtschaft und zur Rolle der VdgB in Brandenburg der Erlaß vom 17. September 1946 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/137, Bl. 156f. Allein in Brandenburg hatte die VdgB auf den enteigneten Gütern 200 Brennereien übernommen. Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/170, Bl. 19.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Nachdem die Oderdeiche gebrochen und viele Neubauern im Sommer und Herbst 1947 an den Rand des Ruins geraten waren, richtete das Deutsche Bauernsekretariat einen „Naturalhilfsfonds" ein, für den leistungsstarke Bauern landwirtschaftliche Produktionsmittel wie Samen und Dünger zur Umverteilung bereitstellen sollten. Das Aufkommen blieb in den späten vierziger Jahren aber gering, denn nur wenige Landwirte lieferten freiwillig Waren, die sie selber dringend benötigten. Auch auf dem freien Markt konnten die Ausschüsse der VdgB zunächst kaum Betriebsmittel erwerben. Der Organisation stand deshalb Anfang 1949 für die Frühjahrsaussaat kein Vorrat zur Verfügung. Nur eine Verordnung der DWK, nach der zwei Prozent der Ablieferungsquote in den „Naturalhilfsfonds" überführt werden mußten, verhinderte ein Scheitern des ehrgeizigen Projekts, das in Brandenburg insgesamt erst in den fünfziger Jahren wirksam wurde. Bauern erhielten außer dem Saatgut vor allem Futter- und Düngemittel. Die Kreisvorstände der VdgB konnten die Hälfte des Fonds weitgehend autonom an bedürftige Landwirte verteilen; der Rest wurde von einer beim Zentralvorstand eingerichteten Kommission verwaltet und zugewiesen. Die Organisationsarbeit erwies sich aber als aufwendig. Auch die Kredithilfe der VdgB blieb insgesamt unzureichend.[149]

Dennoch gewannen die Orts- und Kreisvereinigungen der VdgB viele Landwirte in brandenburgischen Gemeinden durch konkrete und nachhaltig wirksame Hilfsmaßnahmen und kulturelle Angebote für die Organisation. Ortsausschüsse verteilten knappe Ressourcen, lösten damit aber heftige Konflikte aus, die das Vertrauen zur Organisation vielerorts nachhaltig erschütterten. Besonders die berufsfremd in der Agrarwirtschaft arbeitenden Neubauern bedurften nicht nur der materiellen Unterstützung, sondern sie mußten auch beraten und geschult werden. Die Ortsausschüsse der VdgB richteten in den brandenburgischen Dörfern deshalb seit Ende 1946 Beratungsstellen ein, und Funktionäre unterwiesen die Landwirte in den Dörfern. Die Zahl der Wirtschaftsberater reichte aber für eine umfassende Anleitung nicht aus. Auch standen nur wenige Steuer- und Rechtsberater zur Verfügung. Viele dieser Mitarbeiter waren überdies nicht qualifiziert genug und deshalb mit ihrer Aufgabe überfordert. Wie auch führende Parteifunktionäre erkannten, wiesen besonders die Flüchtlinge unter den Leitungskräften der VdgB „nicht immer ausreichende Kenntnisse der bäuerlichen Wirtschaftsverhältnisse und bäuerlichen Denkungsart" auf. Zudem erlegten die Kreislandwirtschaftsämter den Wirtschaftsberatern der Bauernorganisation oft Verwaltungsaufgaben auf.[150]

Erst in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren verbesserte die VdgB ihre Schulung, mit der nicht nur fachliches Wissen vermittelt, sondern auch die politische Agitation gegen die Großbauern verstärkt werden sollte. Obgleich das Zentralkomitee der SED den Landesausschüssen der gegenseitigen Bauernhilfe schon am 17. September 1946 die Ausbildung von „Bauernsekretären" auferlegt hatte, drängte die Abteilung Landwirtschaft im ZK die Landesvorstände der SED Anfang 1947 nochmals, für die Partei und die VdgB

149 BLHA, Rep. 202 A, Nr. 138, Bl. 238. Zur Durchführung 1955/56: SAPMO-BArch, DY 19/119 (Entwurf einer Richtlinie vom 12.7.1955). Zur Bildung des „Naturalhilfsfonds": Kurek, VdgB, S. 174f.; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 93. Zum Scheitern 1949: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/170, Bl. 150. Zur Kredithilfe der Hinweis in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/276, Bl. 48.

150 BLHA, Rep. 332, Nr. 385, Bl. 20. Zahl der Berater im Oktober 1947 nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/276, Bl. 238e. Forderung nach Beratungsstellen in: BLHA, Rep. 330, Nr. 35, Bl. 48. Zur Wirtschaftsberatung auch der Hinweis in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/55, Bl. 9. Allgemein: Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 86; Kurek, VdgB, S. 166–170; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 74, 130f.; Schulz, Probleme, S. 39f., 45–49.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

diese Fachkräfte zu qualifizieren, die Neubauern wirtschaftlich beraten und politisch indoktrinieren sollten. Die Landesverbände der VdgB richteten deshalb noch 1947 Landesbauernschulen ein, in denen besonders die haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre aus den Orts- und Kreisvereinigungen geschult wurden. Seit Januar 1949 stand darüber hinaus die Bauernhochschule in Paretz bei Potsdam zur Fortbildung der Funktionäre zur Verfügung, mit der die VdgB z.T. an die Bauernhochschulbewegung der Weimarer Republik anzuknüpfen beanspruchte. Die Hochschule in Paretz wurde nach ihrer Gründung ausgebaut, um auch zukünftige Leiter der MAS und Referentinnen für Bäuerinnen ausbilden zu können. Ebenso intensivierte sich die „Winterschulung", die von den Bauern schon seit dem späten 19. Jahrhundert zunehmend genutzt worden war und von der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe nach dem Zweiten Weltkrieg gezielt aufgegriffen wurde. Allerdings entsprachen einzelne Lehrer der VdgB-Schulen und Vortragende keineswegs den politischen Anforderungen der SED-Führung. So hatten zwei Politiker der CDU bzw. LDP ihre Referate in der brandenburgischen Landesbauernschule in Reinsdorf im Juli 1948 genutzt, um die Agrarpolitik der SED scharf zu kritisieren. Zudem behinderten in den brandenburgischen Gemeinden noch in den frühen fünfziger Jahren „zahlreiche Mängel" die Vermittlung von Kenntnissen zum Ackerbau und zur Viehwirtschaft. Im Dezember 1953 gab ein Funktionär der Kommission für bäuerliche Winterschulung im Bezirk Potsdam ein „Beispiel, wie es gemacht wurde und nicht gemacht werden darf: Der Referent erschien und las nur das ganze Buch vor. Das Ergebnis war, die Bauern schliefen und werden wahrscheinlich nicht mehr wiederkommen. Ein andermal [sic] sind die Bauern erschienen, aber der Referent kam nicht."[151]

In „Bauernstuben", deren Einrichtung der Zentralvorstand der VdgB am 30. Juni 1951 beschloß, organisierten die Ortsausschüsse der Organisation nicht nur Lehrgänge, sondern auch Kulturveranstaltungen, die sich in den späten vierziger Jahren vielerorts noch auf Erntefeste beschränkt hatten. Bibliotheken und Zeitungsauslagen, Radiogeräte und Filmapparate stellten ein breites Bildungs- und Unterhaltungsangebot bereit, das auch Konzerte, Tanz- und Schauspielaufführungen, Veranstaltungen mit „Volkskunstgruppen" und Feiern (z.B. zum Geburtstag Stalins) umfaßte. Die „Bauernstuben" waren – wie die SED-Kreisleitung Zauch-Belzig in einer Sitzung am 12. September 1951 betonte – „ein Mittel zur weiteren Demokratisierung des Dorfes. Wir müssen dadurch erreichen, daß die werktätigen Bauern in den Bauernstuben konzentriert werden. Wir müssen fachliche und politische Schulungen durchführen und unsere politischen Aufgaben damit verbinden." Die Bauern unterschieden aber deutlich zwischen politischer Agitation und Unterhaltung. Während Lehr- und Spielfilme gern gesehen wurden, lehnten die Zuschauer politische Referate, mit

151 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 202 G, Nr. 59, Bl. 430; Rep. 401, Nr. 609 (Protokoll v. 9.12.1953; Interpunktion korrigiert); SAPMO-BArch, DY 20/IV 2/7/117, Bl. 6. Zur Übergabe des Gutes Paretz an die VdgB durch einen SMA-Befehl vom 6. März 1948 und zum Ausbau der Bauernhöchschule: BLHA, Rep. 208, Nr. 5/1, Bl. 791; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/585, Bl. 53; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/586, Bl. 3f. Zu den Ereignissen in der Landesschule der VdgB in Reinsdorf: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/585, Bl. 101, 183, 224. Zu den Zielen der Schulung von „Bauernsekretären": SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/585, Bl. 43f.; DY 30/IV 2/17/73, Bl. 91f. Forderung der SED Anfang 1947 überliefert in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/55, Bl. 48. Beschluß des ZK vom 17. September 1946 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1./32, Bl. 3. Allgemein: Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 72f. Zur Tradition bäuerlicher Schulung: Dietmar von Reeken, Bildung als Krisenbewältigungsinstrument? Die Bauernhochschulbewegung in der Weimarer Republik, in: Münkel (Hg.), Abschied, S. 157–176; Achilles, Agrargeschichte, S. 372f.; Projahn, Konfrontation, S. 128.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

denen die Filmvorführungen oft eingeleitet wurden, und die gelenkten Diskussionen im Anschluß an die Veranstaltungen offenbar überwiegend ab. Auch sowjetische Filme fanden nur geringe Zustimmung, denn sie wurden von den Instrukteuren vielfach rigoros politisch funktionalisiert. Bis zum Mai 1952 entstanden bei den BHG in Brandenburg insgesamt 202 „Bauernstuben", die allerdings vielerorts noch „mit Leben zu erfüllen" waren. Wie der Landesverband der VdgB (BHG) kritisierte, wurden rund 40 Prozent der „Bauernstuben" nur sporadisch und unkoordiniert betreut. Die überlasteten Kreisverbände vernachlässigten offenbar ihre Kulturarbeit, so daß „die Bauernstube oftmals nur ein Versammlungsraum ist und nicht Aufklärungs- und Kulturzentrum innerhalb des BHG-Bereiches."[152]

Besonders erleichterten Gemeinschaftseinrichtungen, deren Aufbau die Orts- und Kreisvereinigungen der VdgB seit 1947 vorantrieben, die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern. Allerdings wurden zunächst nur wenige Klubs, Sportanlagen und Krankenstationen eingerichtet. Auch die Zahl der Kindertagesstätten, Krippen, Gemeinschaftswaschküchen und Nähstuben blieb in Brandenburg in den späten vierziger Jahren gering, so daß vor allem Frauen zunächst kaum entlastet wurden. Überdies beanspruchte der DFD die Betreuung der Bäuerinnen. Die Frauenorganisation löste damit in den brandenburgischen Kreisen Ende der vierziger Jahre akute Konflikte mit den Orts- und Kreisvereinigungen der VdgB aus.[153]

5.2. Die Maschinenstationen

Aufbau

Als „Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande" sollten die Maschinen-Ausleih-Stationen in der DDR seit Ende der vierziger Jahre die Transformation der einzelbäuerlichen Agrarwirtschaft beschleunigen und die gesellschaftliche Umwälzung auf dem Lande vorantreiben. Nach der Bildung der VMAS 1949 wurden in Brandenburg bis August 1951 113 Maschinen-Ausleih-Stationen errichtet. Weitere 15 MAS waren im Aufbau. Im Juni 1958 arbeiteten in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus schließlich insgesamt 119 Maschinen-Traktoren-Stationen, die 1952/53 aus den MAS hervorgegangen waren. Die regionale Verteilung zeigte in den fünfziger Jahren eine markante Nord-Süd-Differenz. 1954/55 lagen die Standorte der insgesamt 52 MTS im Bezirk Potsdam vor allem in den nördlichen Kreisen Gransee, Kyritz, Nauen, Neuruppin, Oranienburg und Pritzwalk. Die südlichen Kreise Jüterbog, Königs Wusterhausen, Luckenwalde, Wittstock und Zossen waren dagegen deutlich schwächer mit Maschinen-Traktoren-Stationen belegt worden. Der Aufbau der MAS bzw. MTS war damit eng mit der Kollektivierung verknüpft. In den MTS-

152 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 118, Bl. 59 (Orthographie korrigiert); Rep. 550, Nr. 1511 (Schreiben v. 27. Mai 1952). Zur Einrichtung der „Bauernstuben" die Empfehlung Viewegs in seinem Referat in der Funktionärskonferenz am 30. Juni und 1. Juli 1951 in: SAPMO-BArch, DY 19/127. Zum Spektrum der Veranstaltungen auch das „Programm für die Kulturarbeit der VdgB (BHG) im Winterhalbjahr 1955/56" in: SAPMO-BArch, DY 19/120. Zur Organisation von Erntefesten: BLHA, Rep. 332, Nr. 620, Bl. 83. Überblick in: Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 132f.; Schubert/Jauch, Rolle, S. 67.

153 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/267, Bl. 10; DY 30/IV 2/17/73, Bl. 91f.; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 130. Vgl. auch Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 92f.; Kurek, VdgB, S. 118–121.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bereichen, die seit Mitte der fünfziger Jahre den „Aufbau des Sozialismus" auf dem Lande vorantreiben und eine neue Siedlungsstruktur herausbilden sollten, unterstanden Parteisekretären Instrukteure, die nicht nur Bauern beraten und den Einsatz der Maschinen koordinieren, sondern vor allem die Bildung von LPG forcieren sollten.[154]

Maschinenbestand und Neubauernhilfe

In den späten vierziger Jahren hatten die Traktorenstationen aber nur geringfügig zur Festigung der Bodenreform durch die Neubauernhilfe beigetragen, denn ihrer schwachen Ausstattung stand der hohe Bedarf der neuen Betriebsinhaber gegenüber, die vielerorts ohne Anspannung geblieben waren. In der DDR stieg die Zahl der Traktoren und der anderen Maschinen, die von den MAS übernommen worden waren, zwar deutlich; aber noch Anfang 1950 übertraf die Zahl der Schlepper, die Bauern besaßen, die Ausstattung der MAS mit Traktoren um nahezu das Dreifache. Bei Mähbindern betrug das Verhältnis zwischen Maschinenbeständen in MAS und bei Bauern 1:26, bei Dreschmaschinen 1:31. Der leihweise Austausch von Maschinen und Geräten unter den Bauern überstieg die Leistungen der MAS um ein Vielfaches. Von 1949 bis 1955 nahm die Zahl der MTS in der DDR von 505 auf 600 zu, während in den darauffolgenden fünf Jahren nur noch drei Traktorenstationen gegründet wurden. Die Zahl der Traktoren und Pflüge wuchs von 1949 bis 1960 jedoch um das Sechsfache bzw. um das Vierfache. In den fünfziger Jahren verbesserte sich vor allem die Ausstattung der Stationen mit Mähdreschern, Kartoffel- und Rübenerntemaschinen, deren Zahl auch nach der Überführung der MTS in die LPG in den sechziger Jahren noch deutlich zunahm. Die Erntearbeit war aber insgesamt noch 1956 wenig mechanisiert. Der Aufbau der Maschinenstationen ermöglichte eine zunehmend effektive Unterstützung der Neubauern und (seit 1952) der LPG, beanspruchte aber enorme Finanzmittel.[155]

1946/47 stieg die Zahl der Maschinenhöfe in Brandenburg zwar von 354 auf 665; auch hier waren die Betriebe aber insgesamt weitaus schwächer mit technischem Inventar ausgestattet als die alteingesessenen Bauern. 1948/49 nahm die Zahl der Traktoren und Maschinen, die von den Maschinenstationen oft – wie im Kreis Teltow – in „trostlosem Zustand" von der VdgB übernommen worden waren, deutlich zu; das technische Inventar war jedoch vielfach beschädigt, überaltert und reparaturanfällig. Die Lieferung von 130 Lastkraftwagen und 400 Traktoren aus der Sowjetunion nach Brandenburg, die vor allem auf die Kreise Lebus, Oberbarnim, Angermünde und Prenzlau verteilt wurden, verringerte 1949 den Mangel nur kurzfristig, denn viele der zugewiesenen Maschinen fielen wegen Materialfehler und des weiterhin akuten Ersatzteilmangels bald aus.[156] Da die MAS insgesamt nur unzurei-

154 BLHA, Rep. 730, Nr. 947 („Direktive zur Verbesserung der politischen Leitungstätigkeit in den MTS-Bereichen"); SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/437, Bl. 26. Zum Aufbaustand im August 1951: BLHA, Rep. 208, Nr. 214, Bl. 27. Angaben zu den MTS im Juni 1958 nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/355, Bl. 108. Zur regionalen Verteilung 1954/55 die Tabelle „Stand MTS" in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1540. Vgl. auch Wietstruk, Umgestaltung, S. 17–19.

155 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/364, Bl. 7; Klemm, Jahre, S. 112, 114, 120, 128. Zahl der Maschinen 1950 nach der Statistik in: BArch, DK-1, Nr. 2623, Bl. 97. Zum Bedarf 1950: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/319, Bl. 243. Vgl. auch Schulz, Probleme, S. 18, 26, 31; ders., Entwicklung, S. 213.

156 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/72, Bl. 38f., 76; BLHA, Rep. 332, Nr. 620, Bl. 77; Rep. 202 G, Nr. 59, Bl. 450. Zum Kreis Teltow: BLHA, Rep. 332, Nr. 629, Bl. 26 (Orthographie korrigiert). Zur feierlichen Übergabe der Traktoren im Kreis Lebus und zum Ausfall der Schlepper: SAPMO-BArch, DY

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

chend mit Ersatzteilen versorgt wurden, setzten die Betriebe in Brandenburg im September 1949 lediglich 67,2 Prozent ihrer Traktoren und 48,5 Prozent ihrer Getreidemäher ein. Besonders in den nördlichen und östlichen Kreisen Brandenburgs blieben die Arbeitsleistungen der MAS hinter den hohen Planvorgaben zurück, die sich vor allem wegen der Zunahme aufgegebener Flächen als unerreichbar erwiesen. Die Versetzung von Traktoristen, die z.T. von der FDJ gestellt wurden, und „Neuerermethoden" wie das „Schnellpflügen" konnten den Bedarf der Bauern nicht erfüllen, zumal die Versorgung der MAS mit Betriebsstoffen prekär und die Arbeitsorganisation unzureichend blieb.[157] Nach dem Beginn der Kollektivierung wurden die MAS bzw. MTS massiv gestärkt, denn außer ihrer materiellen Dienstleistungsfunktion sollten sie ihre ideologisch-politische Arbeit ausweiten, wie Ulbricht in seiner Rede vor den ersten Kreissekretären der Partei am 4. Juni 1952 betont hatte und auch der Beschluß des Politbüros des ZK der SED zur Einrichtung politischer Abteilungen vom 22. Juli 1952 zeigt. Die Zahl der Traktoren und anderer Maschinen in den Stationen nahm von 1953 bis 1959 im Bezirk Potsdam erheblich zu, bevor die Integration in die Produktionsgenossenschaften den MTS schließlich ihr technisches Inventar entzog (*Tabelle 16*).[158]

In Regionen, die sowohl von den Kämpfen am Ende des Zweiten Weltkriegs als auch von der Bodenreform erschüttert worden waren, stellten die MAS trotz ihrer unzureichenden Ausstattung und geringen Effektivität schon früh einen erheblichen Anteil der eingesetzten Maschinen. So verfügten die Stationen im Bezirk Frankfurt (Oder) Ende 1952 über 49,2 Prozent der insgesamt bereitstehenden Traktoren. Dennoch nahm im Bezirk Frankfurt (Oder) von 1954 bis 1957 die Ackerfläche, die von MAS bewirtschaftet wurden, fast um das Doppelte zu. Die Hektarleistung wuchs von 1954 bis 1958 beim Pflügen um 124,5 Prozent und beim Mähdrusch sogar um 594,6 Prozent. Auch im Bezirk Cottbus, wo wegen der kleinbäuerlichen Parzellenstruktur und der spezifischen Produktionsbedingungen im Gemüseanbaugebiet des Spreewaldes nur relativ wenige Maschinenstationen gegründet worden waren, stieg die Leistung.[159]

Da die Reparaturwerkstätten der MAS schlecht ausgerüstet waren, die Produktion von Ersatzteilen gering blieb und das technische Inventar weder im Zweiten Weltkrieg noch in der unmittelbaren Nachkriegszeit ergänzt worden war, fielen in den späten vierziger Jahren viele landwirtschaftliche Maschinen aus. Ebenso bewirkte die Vielfalt der Traktorenmodelle, daß in den MAS in Brandenburg Ende 1948 nur rund 50 Prozent der Schlepper genutzt werden konnten. Obgleich die MTS in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus ihre Leistungen in den fünfziger Jahren erheblich steigerten, blieb die Einsatzbereitschaft gering. Viele Maschinen waren in dem Stationen nicht geschützt untergestellt und wurden oft von den Beschäftigten vernachlässigt. Im Kreis Pritzwalk stellte die Arbeitsschutzinspektion im Rat des Kreises Pritzwalk im November 1952 bei einer Überprüfung der MAS in Gerdshagen „erhebliche Mängel und Schwächen in der Leitung des gesamten Betriebes"

30/IV 2/7/327, Bl. 98, 157. Angaben zu den Maschinenhöfen 1946/47 nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 4273, Bl. 32. Zum Maschinenbestand 1948/49: BLHA, Rep. 332, Nr. 629, Bl. 55f.

157 BLHA, Rep. 332, Nr. 630, Bl. 17–21; Rep. 250, Oberbarnim, Nr. 706 (Schreiben v. 27.10.1950).

158 Allgemein: Uhlemann, Sieg, S. 219.

159 BLHA, Rep. 801, Nr. 25017 („Material über die politische und ökonomische Entwicklung des Bezirkes Cottbus von 1954 bis 1958"). Anteile der Traktoren im Bezirk Frankfurt (Oder) errechnet nach: BLHA, Rep. 601, Nr. 1719 („Aufstellung der im Bezirk Frankfurt vorhandenen Traktoren"). Angaben zu den Beständen und Leistungen der MTS im Bezirk in: BLHA, Rep. 730, Nr. 960 (Tabelle „Entwicklung der MTS 1954–1958"); Rep. 730, Nr. 1166 (Analyse v. 30.9.1957).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

und „wenig Achtung vor dem Volksvermögen" fest, da „viele Teile von Maschinen wahllos herumliegen." Der Zustand der Maschinenstation war offenbar verheerend: „Von einer Ordnungsliebe kann überhaupt in keinem Teil der gesamten Anlage die Rede sein. Viele Schäden sind entstanden, dass man rücksichtslos mit den Traktoren das ganze Gelände in Grund und Boden gefahren hat, wo es nicht notwendig war. Disziplinlosigkeit ist das vorherrschende Element im Gebaren der gesamten Ausleih-Station." Die Qualität der Arbeit entsprach insgesamt keineswegs den Ansprüchen der Führungspersonen in den LPG und der noch individuell arbeitenden Bauern. Die Agronomen der MTS wurden aufgefordert, nicht nur den Umfang der bearbeiteten Flächen zu bewerten, denn von den Traktoren wurde – wie der Feldbaubrigadier der LPG Schönefeld im Kreis Königs Wusterhausen im Dezember 1956 feststellte – „viel gute, aber auch zum Teil eine Sauarbeit geleistet, auf die gerade die anderen Bauern mit Fingern zeigen." In dörflichen Milieus, die von traditionalen Vorstellungen guter bäuerlicher Arbeit durchdrungen waren, fehlte vielen Maschinenstationen damit die erforderliche gesellschaftliche Anerkennung.[160]

Auch die Anfälligkeit der sowjetischen Traktoren war für die SED-Leitungen und Landwirtschaftsbehörden nicht nur ein ökonomisch-praktisches, sondern vor allem ein ideologisch-politisches Problem. Wegen der rigorosen wirtschaftlichen Abschottung der UdSSR und des Devisenmangels in der DDR erwies sich die von der SED glorifizierte Lieferung der sowjetischen Traktoren schließlich als Danaergeschenk. Da die Maschinen der MAS oft ausfielen und viele Traktoristen zwar schnell, aber nicht sorgfältig arbeiteten, zögerten Bauern, die erforderlichen Verträge mit den Betrieben abzuschließen. Obgleich in den Maschinenstationen im Februar 1952 nur 55 Prozent der sowjetischen Traktoren einsatzfähig waren und auch für andere Maschinen dringend benötigte Ersatzteile fehlten, drängten einflußreiche SED-Funktionäre die Parteimitglieder in den MAS, Verträge mit den Landwirten abzuschließen und damit die Auslastung der Maschinen zu sichern. Da sich die Bauern aber verpflichten mußten, bei Vertragsbruch eine Konventionalstrafe zu entrichten, banden sich in den frühen vierziger Jahren viele von ihnen nur widerwillig an die MAS, die vereinzelt trotz der überaus ungünstigen Arbeitsbedingungen beachtliche Leistungen erzielten. Insgesamt hatten Landwirte schon in den späten vierziger Jahren weithin ihr Vertrauen in die Betriebe verloren, die überwiegend so unzureichend mit Maschinen ausgestattet und mangelhaft geleitet worden waren, daß sie die Arbeitsverträge nicht erfüllt hatten. Außer Ersatzteilen fehlten in den Betrieben weiterhin besonders Bindegarn, Treibriemen und Reifen.[161]

Obgleich die Leistungen der MAS beachtlich waren, verringerten anhaltende Klagen über fehlende „Vertragstreue" die Bindung der Bauern an die Maschinenstationen. Da die MAS in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren die verlassenen Flächen der Neubauern und das aufgegebene Großbauernland vordringlich bewirtschaften mußten, konnten Verträge mit alteingesessenen Landwirten oft nicht eingehalten werden. Die Neubauern, die zudem Leistungen der MAS überwiegend nicht bezahlen konnten, blieben damit weithin auf

160 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 118, Bl. 159 (Orthographie korrigiert); Rep. 401, Nr. 1224, Bl. 601; Rep. 530, Nr. 735, Bl. 237. Angabe zur Einsatzfähigkeit Ende 1948 nach: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 59, Bl. 447f. Zum Ersatzteilmangel in den MTS besonders: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 63, Bl. 311; Rep. 530, Nr. 802, Bl. 38, 185. Zur unzureichenden Unterbringung und zur Vernachlässigung der Maschinen: SAPMO-BArch, NY 4263/8, Bl. 212.

161 Vgl. BLHA, Rep. 202 G, Nr. 86, Bl. 287f.; Rep. 332, Nr. 629, Bl. 125; Rep. 332, Nr. 620, Bl. 85; Rep. 332, Nr. 629, Bl. 57f.; Rep. 332, Nr. 1202 (Bericht v. 26.2.1952); Rep. 202 A, Nr. 163, Bl. 58.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

die Hilfe der altbäuerlichen Betriebsinhaber angewiesen. Ein Funktionär der SED-Bezirksleitung Cottbus kritisierte Anfang Dezember 1952 die „Nichterfüllung der staatlichen Pläne für die Traktorenarbeiten durch viele MAS [...]. Die werktätigen Bauern griffen zur Sense oder gingen zum Kulaken, damit er mit seinen Maschinen die Felder aberntet, und machten sich erneut vom Kulaken abhängig." Seit 1949 benachteiligten die MAS die Großbauern gezielt beim Einsatz ihrer Maschinen, die seit Juli 1952 vor allem zur Unterstützung der neugebildeten LPG eingesetzt werden sollten. Insgesamt steigerten die Maschinenstationen ihre Leistungsfähigkeit nur langsam. Am 20. Oktober 1950 hatten die MAS in Brandenburg erst 46 Prozent der geplanten Feldarbeiten durchgeführt. Auch in den späten fünfziger Jahren erfüllten nur wenige MTS ihre Pläne. So hatten im Bezirk Potsdam am 8. Oktober 1957 die Maschinenstationen im Kreis Pritzwalk lediglich 75,3 Prozent der Arbeiten abgeschlossen, zu denen sie sich verpflichtet hatten.[162]

Die geringe Leistung der Maschinenstationen wurde unmittelbar aber vor allem durch die mangelhafte Versorgung mit Betriebsmitteln und die unzureichende Arbeitsorganisation verursacht. Zudem erschwerten die hohen Außenstände bei zahlungsunwilligen oder -unfähigen Bauern notwendige Investitionen. In Brandenburg schnellten die Verbindlichkeiten von Bauern gegenüber den MAS von Ende 1949 bis Dezember 1950 von insgesamt 900.000 DM auf 5,6 Millionen DM hoch. Von 98 Maschinenstationen wiesen 29 Außenstände von jeweils 50.000 DM allein aus dem Jahr 1950 auf. Die Erfassung von Naturalablieferungen für die MAS war schwierig, denn viele Neubauern hatten ihre verschuldeten Betriebe bereits aufgegeben, und die Maschinenstationen banden die Erfüllung weiterer Arbeitsverträge nicht an die Bezahlung ausstehender Verbindlichkeiten. MAS, deren Rechnungen die Landwirte nicht beglichen, gerieten deshalb in akute Zahlungsschwierigkeiten, so daß die zuliefernden Industriebetriebe eine weitere Versorgung der Stationen mit Betriebsmitteln ablehnten. Im Herbst 1951 mußten einige Maschinenstationen ihre Arbeit sogar bis zu drei Wochen einstellen, da ihnen der erforderliche Treibstoff fehlte. Außer Diesel und Benzin legten besonders die Engpässe bei Öl, Bindegarn und Ersatzteilen die Maschinen in vielen Betrieben still. Die Funktionäre in den SED-Leitungen kriminalisierten die mangelhafte Versorgung der MAS mit neuen Schleppern und unabdingbaren Betriebsmitteln überwiegend als „Sabotage". Insgesamt benötigten die MAS eine beträchtliche materielle und finanzielle Hilfe, die ihnen staatliche Dienststellen gewährten, um einen Zusammenbruch der politisch wichtigen Betriebe zu verhindern.[163]

---

162 BLHA, Rep. 332, Nr. 629, Bl. 249f.; Rep. 401, Nr. 608, Bl. 49. Zit. nach: BLHA, Rep. 930, Nr. 39, Bl. 101. Berichte über Vertragsbrüche und die daraus resultierende Zurückhaltung beim Abschluß neuer Verträge auch in: BLHA, Rep. 332, Nr. 328, Bl. 18; Rep. 332, Nr. 400, Bl. 155; Rep. 332, Nr. 629, Bl. 208, 251; Rep. 530, Nr. 731, Bl. 67; Rep. 530, Nr. 802, Bl. 28, 139; Rep. 401, Nr. 609 („Plan der ideologischen und organisatorischen Vorbereitung der V. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG für den Bezirk Potsdam"); Rep. 401, Nr. 1159, Bl. 27, 116.

163 Zur Verschwörungskonstruktion exemplarisch: BLHA, Rep. 332, Nr. 629, Bl. 234. Angaben zu den Außenständen nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 629, Bl. 251f. Zu den Engpässen 1949: BLHA, Rep. 332, Nr. 629, Bl. 58. Zum Mangel an Brenn- und Schmierstoffen sowie Bindegarn von 1950 bis 1952: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 138, Bl. 240; Rep. 273, Nr. 193 (Bericht v. 29.9.1952); Rep. 332, Nr. 615, Bl. 47; Rep. 202 G, Nr. 63, Bl. 313; Rep. 401, Nr. 1159, Bl. 116. Zur Versorgung der MAS in Brandenburg 1950 insgesamt: BLHA, Rep. 332, Nr. 629, Bl. 250. Zur Lage 1951: BLHA, Rep. 332, Nr. 630, Bl. 64–68. Zum Mangel an Getriebeöl im Kreis Oberbarnim: BLHA, Rep. 208, Nr. 2758, Bl. 193. Zusammenfassend: Siegfried Wietstruk, Vom Kreis Teltow zum Kreis Zossen 1949–1952, Zossen 1978, S. 46; Nehrig, Bauern, S. 26.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Beschäftigte

Die Belegschaften der Maschinenstationen erfüllten die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Aufgaben, die ihnen von der SED-Führung auferlegt worden waren, überwiegend nur unzureichend. 1956 verfügten die MTS in der DDR über 103.000 Beschäftigte, von denen 60 Prozent Bauernsöhne waren. Ende 1952 waren im Bezirk Frankfurt (Oder) 54,7 Prozent der Beschäftigten von Maschinenstationen in der Produktion und 5,6 Prozent im technischen Bereich eingesetzt; 11,5 Prozent waren kaufmännisches Personal. Besonders von den Beschäftigten der Reparaturwerkstätten waren viele als selbständige Handwerker von den Maschinenstationen übernommen worden. Demgegenüber stellten Frauen zunächst nur einen geringen Anteil der Produktionsarbeiter, so die von der SED-Propaganda unablässig gefeierten Traktoristinnen. Insgesamt war in den MTS die traditionale geschlechterspezifische Arbeitsteilung zwar eingeschränkt, aber keineswegs vollständig aufgehoben worden.[164]

Das beherrschende Merkmal der Belegschaften blieb aber auch in den fünfziger Jahren ihre hohe Fluktuation. Desillusioniert von der mangelhaften Unterbringung, enttäuscht von den geringen Aufstiegschancen und konfrontiert mit den widerstreitenden Anforderungen von Bauern und Betriebsdirektoren, verließen viele jugendliche Traktoristen die Maschinenstationen oft schon nach wenigen Wochen. Auch Beschäftigte, die den MTS seit 1953 durch die Aktion „Industriearbeiter aufs Land" zugeführt worden waren, blieben nach dem Ablauf ihrer Verträge – überwiegend nach zwei Jahren – nicht auf dem Lande. Zudem reduzierte die Flucht von Arbeitskräften in die Bundesrepublik die Belegschaften der Betriebe, deren Direktoren 1952/53 auch in Brandenburg vielerorts den „Klassenkampf" verkündet und damit die Repression in den Maschinenstationen verschärft hatten. Allein 1956 verließen im Bezirk Potsdam insgesamt 33,0 Prozent der in den MTS Beschäftigten ihre Betriebe, deren wirtschaftliche Festigung damit verzögert wurde.[165]

Die Traktoristen waren personell das Rückgrat der Maschinenstationen. Im Juli 1949 arbeiteten in den MAS in Brandenburg 1.298 dieser Beschäftigten, davon 40,7 Prozent Jugendliche. Dennoch schränkte der anhaltende Mangel an Schlepperführern – besonders bei den Bestellarbeiten und in den Ernten – die Einsatzfähigkeit der Betriebe in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren nachhaltig ein. Auch als die Werbung von Traktoristen in den frühen fünfziger Jahren verstärkt wurde, beschleunigte sich die Arbeitskräfterekrutierung kaum, da die Entlohnung nicht geklärt war. Frauen nahmen weiterhin nur zögernd eine Beschäftigung als Traktoristinnen auf. Viele Schlepperführer waren zwar politisch in der SED und im FDGB organisiert, lehnten aber die Kampagne für das Zwei- oder sogar

164 Zur Beschäftigtenstruktur in der DDR 1956: Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung, S. 1082f. Zahl der Beschäftigten in den Bezirken 1955 nach: BArch, DK-1, Nr. 10197, Bl. 468. Zur Beschäftigtenzahl in einzelnen MAS: BLHA, Rep. 332, Nr. 268, Bl. 196–199; Rep. 601, Nr. 1248, Rep. 601, Nr. 1250; Rep. 601, Nr. 1719 („Standortplan der MA-Stationen"). Zum Bild der Traktoristin in der Propaganda: Gunilla-Friederike Budde, „Tüchtige Traktoristinnen" und „schicke Stenotypistinnen". Frauenbilder in den deutschen Nachkriegsgesellschaften – Tendenzen der „Sowjetisierung" und „Amerikanisierung"?, in: Jarausch/Siegrist (Hg.), Amerikanisierung, S. 243–273, hier: S. 252f.

165 Zur Fluktuation 1956 der „Entwurf eines langjährigen politisch-ideologischen und organisatorischen Programms zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft bei gleichzeitiger Steigerung der Brutto- und ‚Marktproduktion' des Bezirkes Potsdam" in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1432. Vgl. auch die Berichte in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/289, Bl. 72; BLHA, Rep. 332, Nr. 629, Bl. 183f., 188f.; Rep. 401, Nr. 1224, Bl. 87.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Dreischichtensystem ab. Auch die Agitation für den Nachtdrusch und die „Aktivisten"-Bewegung, die vor allem Produktionsverluste verringern und die Arbeitsproduktivität steigern sollten, trafen bei den Traktoristen auf erhebliche Distanz, da sie der bäuerlichen Mentalität und der Erfahrung allenfalls überlanger „Normalarbeitstage" widersprachen. Zudem waren die Pläne zu schematisch und die materiellen Anreize gering. Offenbar konnten viele Schlepperführer darüber hinaus die weitreichende Politisierung von Produktions- und Produktivitätszielen nicht nachvollziehen, die z.B. mit der Kampagne „Traktoren im Kampf gegen die Remilitarisierung, für den Frieden und für ein besseres Leben" erreicht werden sollte. Sogar in Parteiorganisationen der Betriebe wurde – so im September 1951 in den MAS Spremberg und Eichwede – „negativ über die Einführung des Zweischichtensystems diskutiert. Die Genossen Traktoristen sahen nur den dadurch entstehenden Verdienstausfall, bedingt durch den Wegfall der Überstunden." Insgesamt konzentrierten die Beschäftigten der Maschinenstationen ihre Aufmerksamkeit auf die konkreten Arbeitsbedingungen und die Löhne, denen politische Motive untergeordnet blieben.[166]

Trotz des steigenden Verdienstes waren die Lebensbedingungen in den Maschinenstationen vielerorts auch in den fünfziger Jahren kaum erträglich, wie die Bezirksleitung Potsdam der FDJ im November 1954 dem Vorsitzenden des Rates des Kreises mitteilte: „Es gibt Zustände in einigen MTS-Stützpunkten, die einfach unverantwortlich sind, wie unsere Traktoristen dort wohnen, essen und schlafen, ihre Freizeit gestalten und ein kulturelles Leben entfalten können." Insgesamt hatte sich die Lage in den Maschinenstationen seit 1950 offenbar nur geringfügig verbessert, als Überprüfungen der Betriebe gezeigt hatten, daß die Unterkünfte und Waschräume ebenso unzulänglich waren wie die Ausstattung der Traktoristen mit Werkzeugen. Die Landesverwaltung der MAS und die Parteileitungen, die den Mangel an Unterkünften, Umkleideräumen und sanitären Anlagen als wichtige Ursache der Abwanderung von Traktoristen in den frühen fünfziger Jahren betrachteten, hatten auch die kulturelle Betreuung der Arbeiter scharf kritisiert.[167]

Ebenso wurde der Ausbildungsstand der Beschäftigten von Maschinenstationen in den fünfziger Jahren nur langsam gesteigert. Nachdem die Deutsche Verwaltung für Volksbildung Anfang 1949 ein gesondertes Berufsbild für die Beschäftigten der MAS verlangt hatte, forderte die Abteilung Landwirtschaft im ZK der SED, bis zum Herbst 1950 in der DDR 5.000 Traktoristen anzulernen, denen die sowjetischen Schlepper und die neuen Zugmaschinen aus der ostdeutschen Produktion anvertraut werden sollten. In gesonderten Schulen waren besonders jugendliche Parteimitglieder zu Traktoristen auszubilden, die in den MAS den „Hennecke-Geist" durchzusetzen hatten. Der Schulungsplan sah für Brandenburg vor, Traktoristen sechs Tage in den MAS anzulernen. Daneben sollten einzelne Schlepperführer, die der FDJ angehörten, auf der Landesschule der VdgB in Reinsdorf (Kreis Jüterbog) und in der Landwirtschaftsschule Kränzlin zu politischen „Aktivisten" herangebildet werden.

166 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 117, Bl. 318; Rep. 332, Nr. 239 (Bericht v. 2.9.1951; Grammatik und Interpunktion korrigiert). Zahl der Traktoristen im Juli 1949 nach: BArch, DK-1, Nr. 8029, Bl. 31. Zum Mangel an Traktoristen in Brandenburg: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 63, Bl. 313; Rep. 332, Nr. 630, Bl. 84. Zu den Schwierigkeiten der Werbung das Protokoll vom 17. Juni 1952 in: BLHA, Rep. 273, Nr. 93. Zur Ablehnung des Zweischichtensystems: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 63, Bl. 312; Rep. 332, Nr. 631, Bl. 138. Zur Minengefahr: BLHA, Rep. 332, Nr. 631, Bl. 186. Zur Ablehnung der Schichtarbeit und zu den Gründen: Nehrig, Leben, S. 207.

167 BLHA, Rep. 332, Nr. 629, Bl. 122, 225, 209, 268; Rep. 332, Nr. 631, Bl. 23. Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 24/A 178 I (20.11.1954). Zum Verdienst der MTS-Beschäftigten: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/364, Bl. 72; BLHA, Rep. 601, Nr. 5102 (Erhebung zur MTS Prötzel).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Zumindest bis 1953 blieb die Berufsausbildung der Traktoristen jedoch deutlich hinter den Vorgaben der SED-Leitungen zurück, die besonders den Direktoren der MTS vorwarfen, Arbeitskräfte nicht für Lehrgänge und Schulungen freizugeben. Überdies hatten viele Stationsleiter die Qualifizierungsmaßnahmen, die in den Betriebskollektivverträgen festgelegt worden waren, nicht mit den betroffenen Traktoristen vereinbart. Erst nachdem Spezialschulen für Traktoristen eingerichtet worden waren, nahm die Zahl qualifizierter Schlepperführer in den LPG zu. Im Bezirk Frankfurt (Oder) fehlten aber noch im Oktober 1957 allein 467 gelernte Traktoristen. Auch die Weiterbildung der beschäftigten Schlepperführer unterblieb vielfach, da sie in den Betrieben benötigt wurden, um die hohen Produktionspläne zu erfüllen. Direktoren der MTS sperrten sich deshalb gegen eine Freistellung von Traktoristen, die sich für Lehrgänge gemeldet hatten, obgleich SED-Funktionäre Ende der fünfziger Jahre die Ausbildung dieser Beschäftigtengruppe in einem zweiten Beruf forderten. Das System der Produktions- und Qualifizierungsplanung verschärfte insgesamt Zielkonflikte, die sich aus den hohen wirtschaftlichen Anforderungen ergeben hatten und nur schwer gelöst werden konnten.[168]

Dienststellen der SED und Räte der Bezirke, Kreise bzw. Gemeinden kritisierten in den fünfziger Jahren wiederholt die Arbeitsmoral der Traktoristen, denen vor allem Trunkenheit, Nachlässigkeit, Streiks und ein mangelhaftes politisches Bewußtsein vorgeworfen wurde. Mit dieser Kritik personalisierten Partei- und Staatsfunktionäre allgemeine Probleme der Agrarproduktion und lenkten die Unzufriedenheit der Bauern, die Leistungen der MAS in Anspruch nahmen, auf die Traktoristen. Als 1953 und (weniger offen) 1956 Beschäftigte gegen das SED-Regime protestierten, gerieten sogar die Funktionäre in den Politischen Abteilungen in die Defensive. So lehnten im Bezirk Potsdam im August 1953 Traktoristen in vielen MTS politische Diskussionen kategorisch ab. Die Bezirksleitung kritisierte darüber hinaus, daß die Schlepperführer einiger MTS – wie der Betriebe in Fröhden (Kreis Jüterbog) und Rheinsberg (Kreis Neuruppin) – „bei Großbauern arbeiteten und unsere Genossenschafts- und werktätigen Einzelbauern warten ließen. Teilweise ließen sich die Traktoristen durch materielle Zuweisungen wie Ess-, Rauch- und Trinkwaren von Großbauern beeinflussen." Schlepperführer, die in den LPG während ihrer Arbeitszeit kein Essen bekamen, bedienten oft private Landwirte. 1956/57 bearbeiteten Traktoristen sogar vorrangig ihre eigenen Flächen und weigerten sich, für die LPG zu arbeiten, zumal viele von ihnen aufmerksam die innerparteiliche Kritik an den MTS wahrnahmen, ihre Betriebe für gefährdet hielten und die Intervention sowjetischer Truppen in Ungarn offen ablehnten. Die Traktoristen, die den Verlust ihrer Festlöhne beim Übergang in die Produktionsgenossenschaften befürchteten, wanderten überdies in die Industriewirtschaft ab, nachdem schon in den frühen fünfziger Jahren viele Beschäftigte die Maschinenstationen verlassen und eine Arbeit in Gewerbebetrieben, in der Volkspolizei oder der Kasernierten Volkspolizei aufgenommen hatten.[169]

---

168 BLHA, Rep. 530, Nr. 821, Bl. 319. Dazu auch der Vermerk vom 10. August 1957 in: BLHA, Rep. 601, Nr. 3741. Politische Anweisungen zur Ausbildung der Traktoristen in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/586, Bl. 1, 50f. (Zitat: Bl. 51). Zur Kritik 1953: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/549/1, Bl. 6. Zur Ausbildung von Traktoristen im Bezirk Cottbus: BLHA, Rep. 801, Nr. 25017 (Übersicht v. 2.2.1959). Zum Bezirk Potsdam: BLHA, Rep. 401, Nr. 1192, Bl. 5; Rep. 401, Nr. 1457, Bl. 9, 148.

169 Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 730, Bl. 195 (Interpunktion korrigiert). Klagen über Trunkenheit und schlechte Arbeit der Traktoristen z.B. in: BLHA, Rep. 332, Nr. 240, Bl. 301; Rep. 401, Nr. 1159, Bl. 190; Rep. 530, Nr. 802, Bl. 46. Zur Konzentration auf die eigenen Flächen: BLHA, Rep. 730, Nr. 1166

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Als Modellbetriebe mit politischen und ökonomischen Funktionen wurden die Maschinenstationen schon in den vierziger Jahren weitgehend von den über- und beigeordneten SED-Leitungen kontrolliert. „Parteiaktive" wirkten in Brandenburg maßgeblich an dem Aufbau der MAS mit, die Ende 1949 ausnahmslos über Betriebsgruppen mit „Genossen" verfügten. Die SED und der FDGB erreichten auch in den Belegschaften der Maschinenstationen schon früh einen hohen Organisationsgrad. Im Juni 1949 hatten in 26 brandenburgischen MAS 40,8 Prozent der Beschäftigten der SED und sogar 91,0 Prozent dem FDGB angehört. In den späten fünfziger Jahren ging der Anteil der SED-Mitglieder in den MTS aber deutlich zurück. In den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus waren im Juni 1958 nur wenig mehr als 20 Prozent der Mitarbeiter Kandidaten oder Mitglieder der Partei.[170]

Die Arbeit der Betriebsgruppen wurde in den Bezirks- und Kreisleitungen seit den späten vierziger Jahren unablässig kritisiert. Offenbar entsprach der Beitrag der Parteiorganisationen zur Politisierung der Arbeit in den Betrieben keineswegs den Erwartungen von SED-Funktionären, die besonders die unzulängliche Verbindung der Wirtschaftshilfe mit der ideologischen Agitation beklagten. Auch „Unklarheiten" in den Betriebsgruppen über die Bauern, die von den Betrieben begünstigt werden sollten, störten angeblich die Arbeit der Maschinen-Ausleih-Stationen. In den fünfziger Jahren führten viele Parteileiter Mitgliederversammlungen in den MAS bzw. MTS nur unregelmäßig durch, und SED-Genossen lehnten „Parteiaufträge" ab, die ihnen oft vor „Volksbefragungen" auferlegt wurden. Ebenso setzte sich das von führenden SED-Funktionären verlangte Verfahren, einzelnen Parteimitgliedern konkrete Arbeitsaufträge zu erteilen, in den fünfziger Jahren in den Betrieben nur langsam durch. Insgesamt gewannen die Parteigruppen und -sekretäre der SED in den Maschinenstationen nur eine geringe Handlungsautonomie gegenüber den Direktoren. Ein Parteifunktionär in Brandenburg berichtete im Februar 1952 vielmehr, daß „die Parteiorganisationen in den MAS in den meisten Fällen nicht die führende Kraft darstellen, sondern die Parteiorganisationen im Schlepptau der Betriebsleitung stehen."[171]

Der Nexus politischer und ökonomischer Funktionen

Der dargelegten Strukturentwicklung der MAS bzw. MTS entsprach funktional eine spezifische Kombination wirtschaftlicher, politischer und kultureller Aufgaben. Als „Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande" sollten die Maschinenstationen nach der Programmatik des SED-Regimes ebenso wie die VEG vor allem die „Demokratisierung des Dorfes" vorantreiben und das „Bündnis" zwischen „werktätigen" Bauern und Arbeitern festigen. Konkret oblag den MAS besonders, die Neubauern ökonomisch zu sichern und ihre wirtschaftli-

(Analyse v. 30.9.1957). Zur Bevorzugung privater Landwirte: BLHA, Rep. 530, Nr. 1437, Bl. 59. Zur Debatte über die MTS 1956/57 exemplarisch: BLHA, Rep. 530, Nr. 736, Bl. 115, 130–132. Zur Abwanderung in die Industrie und zur Volkspolizei: BLHA, Rep. 530, Nr. 753, Bl. 161; Rep. 530, Nr. 891, Bl. 40; Rep. 601, Nr. 3649 (Protokoll v. 13.11.1955).

170 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/355, Bl. 109f. Zum Anteil der Parteimitglieder und zur regionalen Verteilung im Juni 1949: BLHA, Rep. 332, Nr. 632, Bl. 31; Rep. 332, Nr. 791 (Aufstellung v. 27.6.1949). Zum Stand im September 1949: BLHA, Rep. 332, Nr. 629, Bl. 59.

171 Zit. nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 1202 (Bericht v. 26.2.1952). Zum begrenzten Erfolg der politischen Agitation: BLHA, Rep. 332, Nr. 240, Bl. 609; Rep. 730, Nr. 791 (Bericht v. 22.6.1951; Analyse v. 12.3.1952). Allgemeine Kritik auch in: BLHA, Rep. 332, Nr. 29, Bl. 147.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

che Abhängigkeit von den alteingesessenen Landwirten zu verringern, die Arbeiterschaft auf dem Lande zu stärken und auch die Bauern in den benachbarten Dörfern in die gesellschaftliche Umwälzung einzubeziehen, die mit der Bodenreform und der Entmachtung der Großbauern herbeigeführt worden war. Nach 1952 mußten die MTS vorrangig die neuen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften unterstützen. Nach einem Beschluß des Ministerrats vom 6. Januar 1955 übernahmen die Maschinenstationen staatliche Aufgaben in der Landwirtschaft, indem die Räte der Kreise in den Betrieben Bevollmächtigte und ihnen unterstellte Instrukteure einsetzten, die für jeweils zwei bis drei LPG zuständig waren. In enger Zusammenarbeit mit den Grundorganisationen der SED sollten die Sekretäre und Instrukteure der MTS-Bereiche die Produktionsgenossenschaften, für die sie verantwortlich waren, kontinuierlich bei der Wirtschaftsplanung beraten und finanziell kontrollieren, sie zu präsentablen Musterbetrieben entwickeln und Bauern, die noch selbständig wirtschafteten, in die Kollektivbetriebe überführen. Dafür stand den Funktionären der MTS ein umfassendes Spektrum von Propagandamedien wie Dorfzeitungen und politische Sanktionsmittel zur Verfügung. Wie die kritische Bestandsaufnahme in vielen Berichten der Bezirks- und Kreisleitungen der SED und in den staatlichen Verwaltungsorganen zeigten, wurden die Maschinenstationen aber keineswegs den ihnen zugewiesenen Funktionen gerecht, obgleich die Betriebe den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruch auf dem Lande in Brandenburg insgesamt deutlich nachhaltiger prägten als in dem ressourcenarmen Mecklenburg und in den südlichen Regionen der DDR. Die unzureichende Ausstattung und Planungsfehler begrenzten in den brandenburgischen Kreisen die Leistungsfähigkeit der MAS bzw. MTS, die damit ihr Prestige auf dem Lande wiederholt schwer schädigten. Auch die politische Indoktrination, die von den Maschinenstationen ausging, traf in den dörflichen Milieus auf die Beharrungskraft und Anpassungselastizität traditionaler Lebenswelten, die auf den überlieferten Familienbetrieben und bäuerlicher Kultur beruhten. Mit dem Beginn der Überführung in die LPG 1959 und dem Abschluß der Kollektivierung im darauffolgenden Jahr büßten die MTS ihre sozioökonomischen und politischen Funktionen schließlich weitgehend ein.[172]

Die MAS unterstützten in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren die Politik der „Differenzierung" auf dem Lande, indem sie den Klein- und Mittelbauern bevorzugt ihre Maschinen liehen, während die „Großbauern" systematisch und gezielt benachteiligt wurden. Mit diesem ökonomischen „Hebel" sollte das politische Ziel erreicht werden, die Wirtschaftskraft und das Sozialprestige der alteingesessenen Landwirte in den Dörfern zu brechen und die Neubauern zu stärken, die als mutmaßliche Klientel der kommunistischen Machthaber in die ländliche Gesellschaft implantiert worden waren. Kreisvorstände der SED zwangen die Landesverwaltung der MAS deshalb wiederholt, Maschinenstationen in Regionen einzurichten, die – wie im Raum Löwenberg (Kreis Ruppin) 1950 – noch von Ortsgruppen der CDU oder LDP geprägt waren. MAS sollten in diesen Gebieten verhindern, daß Neubauern „allmählich unter den Einfluß des Kulakentums geraten." 1952/53 durfte bei

172 Dazu exemplarisch Mückenbergers Bericht in der Politbürositzung vom 12. Oktober 1961 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 944. Zitat nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/10, Bl. 83; BLHA, Rep. 332, Nr. 629, Bl. 246, 253. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/213, Bl. 73–76; BLHA, Rep. 730, Nr. 947 („Direktive zur Verbesserung der politischen Leitungstätigkeit in den MTS-Bereichen"); Rep. 530, Nr. 731, Bl. 14; Rep. 401, Nr. 960, Bl. 57. Beschluß vom 6. Januar 1955 in: BLHA, Rep. 401, Nr. 963, Bl. 151–157. Zu den Funktionen allgemein: Nevsky, Agricultural Policy, S. 99.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Großbauern nur noch auf Anweisung der Kreisleitungen und -verwaltungen gearbeitet werden.[173]

Die politischen Abteilungen, die nach dem Beschluß des Politbüros vom 22. Juli 1952 in den MAS eingerichtet wurden, fungierten weitgehend ausschließlich als Propaganda- und Exekutivorgane der SED-Agrarpolitik, besonders der Kollektivierung und der damit verbundenen Verdrängung von Großbauern. Deshalb waren die Mitarbeiter der Maschinenstationen beauftragt, die „werktätigen" Bauern und die LPG-Mitglieder wirtschaftlich zu stärken und politisch zu indoktrinieren. Vielerorts führten die Politabteilungen aber nur die Arbeit der Betriebsparteiorganisationen in den Maschinenstationen durch, die damit ohne konkrete Aufgaben blieben. Nach Angaben der Bezirksleitung der SED in Cottbus ersetzten im Herbst 1953 in den MTS etwa die Hälfte der Politischen Abteilungen funktional die Parteigruppen. Wie die Kreisleitung der SED in Rathenow der Bezirksleitung Potsdam darüber hinaus im Oktober 1953 mitteilte, arbeiteten die Politischen Abteilungen, deren Leiter vielerorts lediglich die Entscheidungen der MTS-Direktoren nachvollzogen, oft auch ohne regelmäßige Absprache mit den übergeordneten Parteileitungen. Funktionäre der SED in Brandenburg kritisierten überdies wiederholt die mangelnde Kooperation mit den Parteiorganisationen in den LPG. Zudem traf die radikale Agitation der Politabteilungen auf dem Lande auf beträchtliche Zurückhaltung. Sogar Traktoristen lehnten politische Diskussionen und „Klassenkampf"-Parolen ab. Obgleich die Politischen Abteilungen der MTS auf dem Lande durchaus eine Politisierung erreichten und der Kollektivierungspolitik neue Anhänger zuführten, trugen sie kaum zur Stabilisierung der Produktionsgenossenschaften bei, zumal sich einzelne Leiter als unfähig oder korrupt erwiesen. Nachdem die Erhebung im Sommer 1953 auch auf dem Lande die radikale Dynamik der Kollektivierung gebrochen hatte, ging der Einfluß der Politischen Abteilungen weiter zurück, bevor sie 1956 aufgelöst und durch Instrukteure der SED-Kreisleitungen ersetzt wurden.[174]

Auch die Kulturarbeit der Maschinenstationen sollte die Landbevölkerung für die Politik der SED gewinnen. Kulturleiter mußten die MAS bzw. MTS unter der Aufsicht und Kontrolle der Direktoren zum „Kulturzentrum des Dorfes" entwickeln. Darüber hinaus oblag ihnen, die Landbevölkerung politisch zu indoktrinieren und sie zu „neuen Menschen" zu erziehen. In engem funktionalen Verbund mit anderen Neubauten schienen Kulturhäuser, die auch außerhalb der Maschinenstationen entstanden, besonders geeignet, den vom SED-Regime angestrebten neuen sozialen Reichtum auf dem Lande auszudrücken. Die Gebäude, die in den frühen fünfziger Jahren bevorzugt im klassizistischen Stil errichtet wurden, mußten aber in die traditionalen Ensembles der Bauernhäuser eingepaßt werden, deren „Heimatstil" sich vom „sozialistischen Realismus" abhob. MAS-Kulturhäuser sollten nicht nur die Belegschaften der Maschinenstationen qualifizieren und politisch-ideologisch an die Staatspartei binden, sondern auch auf die Bevölkerung benachbarter Dörfer ausstrahlen. In

173 BLHA, Rep. 332, Nr. 615, Bl. 47. Zit. nach: BLHA, Rep. 273, Nr. 193 (Schreiben v. 10.5.1950; Orthographie korrigiert). Daneben: BLHA, Rep. 273, Nr. 93 (Protokoll v. 10.7.1952); Rep. 332, Nr. 627, Bl. 196; Rep. 332, Nr. 269, Bl. 1; BArch, DK-1, Nr. 247, Bl. 81; DK-1, Nr. 253, Bl. 230. Allgemeiner Hinweis auf den begrenzten Beitrag der MAS auch schon in: Nevsky, Agricultural Policy, S. 102; Schulz, Entwicklung, S. 213.

174 BLHA, Rep. 401, Nr. 963, Bl. 315; Uhlemann u.a., Rolle, S. 28. Zur Arbeit im Kreis Rathenow 1953: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/273, Bl. 84. Zum Substitutionseffekt im Bezirk Cottbus: BLHA, Rep. 930, Nr. 703 (Bericht v. 5.10.1953). Zur Ablehnung der Traktoristen: BLHA, Rep. 530, Nr. 730, Bl. 195. Zum Beitrag zur Kollektivierung: BLHA, Rep. 530, Nr. 730, Bl. 99f.; Rep. 530, Nr. 1421, Bl. 65; Rep. 530, Nr. 1437, Bl. 26f. Vgl. auch Wietstruk, Umgestaltung, S. 11; Klemm, Jahre, S. 114.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Brandenburg wurden bis Ende 1949 für 1,1 Millionen DM 24 Kulturhäuser und 45 Kulturräume gebaut. Wie eine Überprüfung der Landeskontrollkommission zeigte, waren letztere in den MAS aber völlig unzulänglich eingerichtet, zumal sie vielerorts auch für andere Zwecke – z.B. als Speisesaal – genutzt wurden. Ende 1950 verfügten in Brandenburg 32 MAS über Kulturhäuser, und weitere 48 Maschinenstationen boten Kulturräume an. Darüber hinaus hatten die MAS von der VdgB „Bauernstuben" übernommen, in denen außer der Wirtschaftsberatung Kulturveranstaltungen organisiert wurden. Außer landwirtschaftlichen Kenntnissen sollten in den Kulturhäusern der Maschinenstationen besonders Kunst, Literatur, Theater und Musik vermittelt werden.[175]

Die Kulturleiter organisierten in den Maschinenstationen viele Gedenkfeiern und andere politische Veranstaltungen, mit denen der Landbevölkerung die Programmatik und die jeweils verbindlichen Ziele der SED zu vermitteln war. Daneben sollten Vorträge, Schulungsabende und der gemeinsame Empfang von Rundfunksendungen wirtschaftliche Kenntnisse erweitern, die politische Bindung an die Staatspartei stärken und das sowjetische Vorbild glorifizieren. Die für die Kulturarbeit der MAS bzw. MTS charakteristische Verknüpfung fachlicher Qualifikation mit politischer Indoktrination spiegelten auch die Bibliotheken wider, die in den Betrieben eingerichtet wurden. Seit den späten vierziger Jahren wurden in den Maschinenstationen auch Sport-, Musik- und Laienspielgruppen gebildet. Besonders beliebt waren die Kinos und das Angebot des „Landfilms", mit dem die Kulturleiter in den Maschinenstationen seit Ende der vierziger Jahre neue Medien einsetzten. Die Kulturhäuser wurden zunehmend mit Kinoapparaten ausgestattet, die auch leicht in die benachbarten Dörfer transportiert werden konnten. Die Kulturveranstaltungen wurden in den Maschinenstationen detailliert geplant. Die Resonanz auf das Angebot variierte aber erheblich. Während die Landbevölkerung das Unterhaltungsangebot bereitwillig annahm, erregten langatmige Vorträge mit ihrem oft formelhaften Vokabular und den unablässig wiederholten ideologischen Parolen den Unwillen vieler Dorfbewohner. Sie nahmen auch Veranstaltungen, in denen die Politik der UdSSR gerühmt und sowjetische Erfahrungen und Verfahren zu Vorbildern stilisiert wurden, überwiegend zurückhaltend auf. Da die Kulturhäuser den Betrieben aber nur dezentral angegliedert waren und deshalb weitgehend isoliert blieben, erzielten sie bis zu den späten fünfziger Jahren insgesamt nur eine geringe Wirkung.[176]

---

175 Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/213, Bl. 74. Allgemein zur Kulturarbeit: Schulz, Entwicklung, S. 216. Zu den Kulturhäusern in Brandenburg Ende 1950: BLHA, Rep. 332, Nr. 629, Bl. 269. Zum Stand im September 1949: BLHA, Rep. 332, Nr. 620, Bl. 86. Zum Aufbau bis Ende 1949: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 59, Bl. 451. Zu den kulturellen Aufgaben der MAS allgemein: Nevsky, Agricultural Policy, S. 111f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/322, Bl. 49. Zur Errichtung, zum Baustil und zu den Funktionen von Kulturhäusern: Ulrich Hartung, Arbeiter- und Bauerntempel. DDR-Kulturhäuser der fünfziger Jahre. Ein architekturhistorisches Kompendium, Berlin 1997; ders., „Die Kultur auf's Land bringen". Dörfliches Bauen in der frühen DDR und der Typus des Land-Kulturhauses, in: Kluge/Halder/Schlenker (Hg.), Bodenreform, S. 229–250; Horst Groschopp, Kulturhäuser in der DDR. Vorläufer, Konzepte, Gebrauch. Versuch einer historischen Rekonstruktion, in: Thomas Ruben/Bernd Wagner (Hg.), Kulturhäuser in Brandenburg. Eine Bestandsaufnahme, Potsdam 1994, S. 97–176.

176 So der Befund in: Christoph Kleßmann, Arbeiter im „Arbeiterstaat". Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell und westdeutsches Magnetfeld, in: APZ, B 50/2000, 8.12.2000, S. 20–28, hier: S. 25. Vgl. auch Schulz, Probleme, S. 46–49; Piskol u.a., Umwälzung, S. 189; Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 132f. Zu den Bibliotheken: Münzner, Entwicklung, S. 54; BLHA, Rep. 202 A, Nr. 163, Bl. 267; Rep. 332, Nr. 629, Bl. 227; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/322, Bl. 8; DY 30/IV 2/2022/81, Bl. 5, 12. Zur Ausrüstung mit Kinoapparaten und zu den Filmvorführungen: BLHA,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Während eine offene Politisierung auf dem Lande weithin abgelehnt wurde, förderten die Maschinenstationen in vielen Dörfern das kulturelle Interesse. Ein schneller Wandel traditionaler Mentalitäten in den dörflichen Lebenswelten wurde damit aber – entgegen den Hoffnungen der führenden SED-Funktionäre – nicht erreicht. Nach dem deutlichen Aufschwung in den späten vierziger Jahren ließ die Kulturarbeit in vielen Maschinenstationen in den frühen fünfziger Jahren wieder nach. Die Ausstattung der Betriebe mit Kulturräumen, Büchern, Radioempfängern und Filmapparaten verbesserte sich darüber hinaus nur langsam, und das kulturelle Angebot wurde vielerorts stärker auf die Nachfrage der Landbewohner als auf die ideologischen Ziele der SED ausgerichtet. So zeigte der Kulturleiter der MAS Dannenwalde (Kreis Ostprignitz) zwar auch sowjetische Filme, aber im Programm des Blasorchesters war nach dem Bericht eines Instrukteurs des SED-Landesvorstands „von fortschrittlicher Musik [...] noch nichts zu spüren." Parteifunktionäre kritisierten wiederholt, daß in der Kulturarbeit der Maschinenstationen die politische Indoktrination von der Unterhaltung völlig abgekoppelt war, so daß die Landbevölkerung das Veranstaltungsangebot der Betriebe selektiv nutzen konnte. Aus der Perspektive vieler Funktionäre, die dem Dogma des „Klassenkampfes" gegen die Bauern verhaftet waren, war vor allem der geringe kulturell-politische Einfluß auf alteingesessene Landwirte in Dörfern, die weit entfernt von Maschinenstationen lebten, eine nicht zu unterschätzende Gefahr.[177]

Die Grundlage der MTS blieb allerdings auch in den fünfziger Jahren die Maschinenausleihe. Die Betriebe verloren aber diese Kernkompetenz, nachdem die VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG im Frühjahr 1959 beschlossen hatte, gefestigten LPG, die in Gemeinden mehr als 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten, die Maschinen leihweise zu übergeben. Die Traktoristen sollten freiwillig in die LPG übergehen und unmittelbar die Rechte und Pflichten von Genossenschaftsmitgliedern übernehmen. Bei der Überführung der MTS in die Produktionsgenossenschaften traten jedoch vielfältige Spannungen und Reibungsverluste auf. Viele Direktoren von Maschinen-Traktoren-Stationen versuchten, ihre besten Maschinen zu behalten. Noch nachhaltiger behinderte die Ablehnung der Traktoristen den Übergang, denn sie erhielten in den LPG nicht mehr feste Löhne, sondern Einkommen nach den jeweils erreichten Arbeitseinheiten, deren Umfang auch vom Gesamtergebnis der Produktionsgenossenschaften beeinflußt wurde. Deshalb traten bis Anfang Oktober 1959 im Bezirk Frankfurt (Oder) nur 80 Prozent der Traktoristen, die in den bereits überführten MTS gearbeitet hatten, in LPG ein. Aber auch in Kollektivbetrieben, die hohe Einkommen erzielten, verbreiteten sich Vorbehalte gegen die Integration der MTS, denn viele Mitglieder und Führungskräfte dieser Produktionsgenossenschaften fürchteten eine wirtschaftliche Belastung, die ihre Einkommen senken würde. Auch lehnten einzelne Vorsitzende von Produktionsgenossenschaften, die schon über Traktoristen verfügten, eine Übernahme des Personals von MTS ab. Insgesamt wurden im Bezirk Cottbus, wo diese Friktionen und Gegensätze zwischen den Betrieben relativ schwach waren, deutlich weniger MTS in LPG überführt als in den Bezirken Potsdam und Frankfurt (Oder), denn hier war das Ausmaß der politischen Durchdringung – nicht zuletzt mit diesen Staats-

Rep. 206, Nr. 2679, Bl. 20f.; Rep. 332, Nr. 328, Bl. 45; Rep. 332, Nr. 394, Bl. 3; Rep. 332, Nr. 629, Bl. 60.

177 Zit. nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 237, Bl. 24. Zur MAS Niemegk: BLHA, Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 119, Bl. 95. Die Vernachlässigung und ungenügende politische Aufladung der Kulturarbeit wird kritisiert in: BLHA, Rep. 332, Nr. 240, Bl. 609; Rep. 332, Nr. 394, Bl. 3; Rep. 332, Nr. 400, Bl. 156; Rep. 332, Nr. 629, Bl. 179, 187, 191.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

betrieben – insgesamt geringer geblieben. Die schleichende Auflösung der Maschinenstationen richtete sich überall besonders gegen die noch selbständigen Bauern, die ihr veraltetes technisches Inventar kaum erneuern konnten, der Hilfe durch die MTS vollends beraubt wurden und damit in die LPG gedrängt werden sollten.[178]

5.3. Die Volkseigenen Güter

Aufbau, Produktion und Produktivität

Die Landes- und Provinzialgüter, die 1945 von den enteigneten Gutsbesitzern in den staatlichen Bodenfonds übergegangen waren und als Musterbetriebe eingerichtet werden sollten, dienten vor allem der Erzeugung hochwertigen Saatguts, der Züchtung von Nutzvieh, der Erprobung neuer Wirtschaftsmethoden, der Hilfe für Neubauern und der Bewirtschaftung von Flächen, die nicht an „Siedler" vergeben werden konnten. Die Zahl der Güter ging in Brandenburg aber von 115 Betrieben, die im Herbst 1945 40.570 ha bewirtschafteten, bis Ende 1948 auf 77 VEG mit 28.351 ha zurück. Diese VEG waren bis zu den frühen fünfziger Jahren zu „Stützpunkten der politischen, sozialen und kulturellen Errungenschaften der Werktätigen in der Ostzone" zu entwickeln. Seit 1952 wurde den Leitungskräften auch auferlegt, die Kollektivierung der Landwirtschaft zu fördern. Der Material- und Arbeitskräftemangel verzögerte aber den Aufbau der Betriebe, in denen nicht nur schrittweise der Wohn- und Produktionsbereich getrennt, sondern auch einzelne Sparten der Erzeugung räumlich voneinander separiert wurden. Dörfer, in denen VEG wirtschafteten, wurden bevorzugt mit sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Klubräumen und Dorfwirtschaftshäusern ausgestattet und an die zentrale Elektrizitäts- und Wasserversorgung angeschlossen. Da aber nur wenige geeignete Stallgebäude zur Verfügung standen, konnte die Viehwirtschaft in den Staatsgütern auch in den späten fünfziger Jahren nur schrittweise ausgeweitet werden. Seit 1959 schlossen sich Betriebe auf Anordnung der SED-Führung zu „Groß-VEG" zusammen, die überwiegend den Räten der Kreise, vereinzelt aber auch den Räten der Bezirke unterstanden und zumindest im Bezirk Potsdam fast ausnahmslos mehr als 300 ha umfaßten.[179]

Obgleich die Erzeugung und Produktivität der Betriebe in den ersten Nachkriegsjahren überaus gering blieben, erbrachten die Landesgüter 1948 in der SBZ auf 3,6 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche 10,0 Prozent der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion. In Brandenburg, wo die SMA im Februar 1946 109 Provinzialgüter bestätigt hatte, war die ökonomische Entwicklung der Betriebe in den ersten Nachkriegsjahren aber vor allem durch

178 Klemm, Jahre, S. 116. Zum Bezirk Frankfurt (Oder): BLHA, Rep. 730, Nr. 941 (Beschluß v. 9.4.1959; Bürovorlage v 9.10.1959; Bürovorlage v. 23.11.1959; Bericht v. 14.7.1961); Rep. 601, Nr. 5099 (Bürovorlage v. 25.7.1959). Zum Bezirk Cottbus: BLHA, Rep. 930, Nr. 137.

179 BLHA, Rep. 530, Nr. 202, Bl. 115f.; Rep. 530, Nr. 1541 (Übersicht v. 27.1.1960). Zur Entwicklung der Produktionsstruktur und der Siedlungskomplexe exemplarisch: Busse, Siedlungsbild, S. 204–210. Zu den Zielen der VEG und zum Stand des Aufbaus in Brandenburg Ende 1948 die Denkschrift über „Ziel und Aufgaben der volkseigenen Güter (Landesgüter) des Landes Brandenburg im Zweijahresplan" in: BLHA, Rep. 332, Nr. 613. Zu den Verzögerungen bei der Errichtung neuer Gebäude auf den VEG: BLHA, Rep. 401, Nr. 1606 (Analyse v. 25.7.1952; Bericht v. 18.7.1952); Rep. 530, Nr. 202, Bl. 107.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

den akuten Mangel an technischem Inventar und Arbeitskräften, hohe Kosten, enorme staatliche Zuschüsse und eine beträchtliche Verschuldung gekennzeichnet. 1946 verfügte mehr als die Hälfte der Güter in der Provinz über kein Rindvieh, und ein Viertel mußte ohne Pferde bewirtschaftet werden. Die Viehbestände wuchsen zumindest bis zu den späten vierziger Jahren nur langsam. Viele Güter wiesen überdies hohe Verluste auf. Auch der Aufwand für die Unterhaltung und Reparatur der überalterten Maschinen war beträchtlich. Die Liquidität der Betriebe blieb so gering, daß vielfach sogar die Löhne der Arbeiter nicht mehr bezahlt werden konnten. In den frühen fünfziger Jahren mußten die Volkseigenen Güter – überwiegend gegen den Widerstand ihrer Direktoren – ÖLB und Flächen übernehmen, die von Neu- oder Großbauern aufgegeben worden waren. Die Angliederung verlassenen Landes verringerte auch den Arbeitskräftebesatz. Obgleich die staatlichen Kredite für die Übernahme „devastierter" Flächen überwiegend gewährt wurden, klagte der zuständige kommissarische Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR im Oktober 1952: „Zu den Aufgaben der VEG kann es nicht gehören, Sammelbecken für die Bewirtschaftung aller freiwerdenden Flächen und Betriebe zu sein." Die Zwangsintegration aufgegebener Bauernhöfe belastete die Staatsgüter auch langfristig. Noch 1961 wiesen die VEG, denen verlassene Flächen zugeteilt worden waren, im Bezirk Frankfurt (Oder) die ungünstigsten Bilanzen auf. Zudem nahmen Betriebsleiter mit der Integration heruntergewirtschafteter Betriebe das Risiko in Kauf, später von Parteileitungen und Behörden der Volkspolizei der „Sabotage" beschuldigt zu werden, wenn die Kennziffern der Produktionspläne nicht erreicht wurden.[180]

Insgesamt wurden die Landesgüter ihrer Funktion als Muster-, Versuchs- und Zuchtbetriebe bis zu den frühen sechziger Jahren kaum gerecht. So stellte der Leiter der Abteilung Landwirtschaft im brandenburgischen Landesvorstand der SED im August 1950 fest, daß „ein Teil der volkseigenen Güter noch bei weitem nicht so entwickelt ist, wie sie sein müssten, um beispielgebend für unsere private Landwirtschaft zu sein." In einzelnen Betrieben herrschten katastrophale Verhältnisse. Ernte- und Druschpläne wurden vielfach nicht aufgestellt oder ignoriert. Die Viehwirtschaft war in den Staatsgütern überwiegend schwach entwickelt, so daß hohe Tierverluste registriert wurden. Während die VEG die Erträge, die vor dem Zweiten Weltkrieg im Ackerbau erzielt worden waren, in den frühen fünfziger Jahren wieder erreichten, blieb die Viehwirtschaft weiterhin deutlich hinter den Vorgaben zurück. Ende Oktober 1959 hatten die VEG in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus erst rund 80 Prozent ihrer geplanten Jahresbruttoproduktion erreicht. Dagegen war der vorgegebene Kostensatz schon deutlich überschritten. 1961/62 sank die Erfüllungsquote sogar noch. Das Wachstum der Erzeugung auf den Staatsgütern wurde in den fünfziger Jahren besonders durch die fehlende Leistungsorientierung und die unzureichende Betriebs- und Arbeitsorganisation nachhaltig behindert. Insgesamt steigerten die VEG ihre Erzeugung seit den späten vierziger Jahren aber deutlich. Auch die Produktivität wuchs, wenngleich von einem überaus niedrigen Niveau aus (*Tabelle 17*).[181]

---

180 BArch, DK-1, Nr. 1232, Bl. 58 (Zitat), 484; BLHA, Rep. 730, Nr. 945 (Bericht v. 20.4.1961), Rep. 405/15, Nr. 24, Bl. 66f. Zum Mangel 1945/46: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 361. Zur SBZ allgemein: Nehrig/Piskol, Dialektik, S. 21.

181 Zum Planungsmangel: BLHA, Rep. 332, Nr. 29, Bl. 174. Zur Ablieferung 1952: BArch, DK-1, Nr. 1232, Bl. 353. Zur unzureichenden Arbeitsorganisation: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/130, Bl. 136. Zum Erfüllungsstand auf den VEG im Oktober 1959 die Statistik in: BLHA, Rep. 601, Nr. 4840. Zu den Jahren 1961/62 der Bericht vom 16. November 1962 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 946.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Beschäftigte

Die Belegschaften der Staatsgüter erwiesen sich in den fünfziger Jahren als zu unqualifiziert, um eine schnelle Entwicklung der Betriebe herbeizuführen. 1956 wirtschafteten in der DDR 555 VEG, die über 82.000 Arbeiter und Angestellte und damit mehr als fünfzig Prozent der im primären Sektor Beschäftigten banden. Die regionale Verteilung zeigt das markante Nord-Süd-Gefälle in der Verstaatlichung der Landwirtschaft. Die Beschäftigten in den Betrieben waren – ebenso wie die Arbeiter und Angestellten in den Maschinenstationen – dem Einfluß der staatlichen Dienststellen und SED-Leitungen weitaus unmittelbarer ausgesetzt als die Bauern. In Brandenburg verfügten im Oktober 1949 die Direktoren von 95 Gütern, die in vier Gebietsvereinigungen (Potsdam, Angermünde, Kyritz, Cottbus) zusammengeschlossen waren, über 7.569 ständig Beschäftigte. Davon gehörten 87,9 Prozent dem FDGB und 13,5 Prozent der SED an. Insgesamt waren die Betriebe deutlich mit Arbeitskräften überbesetzt, da in der unmittelbaren Nachkriegszeit viele Flüchtlinge auf den Gütern Zuflucht gesucht hatten.[182] In den fünfziger Jahren nahm die Zahl der Arbeitskräfte auf den Volkseigenen Gütern deutlich zu. Im Bezirk Frankfurt (Oder) gehörten im Februar 1962 schließlich 17,5 Prozent der Arbeitskräfte der SED an (*Tabelle 18*).[183]

Die Landarbeiter wurden vielerorts noch mit Naturalien und Kartoffelland ausgestattet und erhielten nur geringe Barlöhne. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln blieb in den ersten Nachkriegsjahren aber völlig unzureichend. So hatten die Landarbeiter des Provinzialgutes Mirow (Kreis Angermünde) im Oktober 1945 seit drei Wochen kein Brot erhalten. Auch die Wohnungen der Arbeitskräfte waren auf den meisten brandenburgischen Landesgütern zumindest bis zu den frühen fünfziger Jahren miserabel. Zusammenfassend stellte der Landesverband Brandenburg der SED im Juli 1949 zur Lage der Vertriebenen fest: „Die auf den Landesgütern arbeitenden Umsiedler leben z.T. in katastrophalen sozialen Verhältnissen." Auf einzelnen Landesgütern wurden die Landarbeiter sogar Opfer von gewalttätigen Übergriffen, so im Frühjahr 1949 in Genshagen (Kreis Teltow), wo der Verwalter, ein sowjetischer Offizier, Beschäftigte prügelte und ihnen zudem keinen Lohn zahlte. Wegen der schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen weigerten sich Arbeiter auf VEG in Brandenburg 1951, Betriebskollektivverträge anzunehmen, deren Durchsetzung das SED-Regime erzwang. Vereinzelt wurden in den späten vierziger Jahren auf den Gütern auch Neubauern beschäftigt. Ebenso ließen Landarbeiter, die 1945/46 Boden übernommen hatten, ihren Acker – entgegen der Politik der Parteiführung – von den Gütern bewirtschaften.[184]

Auch in den fünfziger Jahren verbesserten sich die Arbeits- und Lebensbedingungen auf den VEG nur langsam. Klagen über geringe Löhne, schlechte Arbeitsmoral, niedrige Produktivität und Passivität prägten vielmehr weiterhin die Berichte der Parteileitungen und Verwaltungsbehörden über die Beschäftigten der Staatsgüter. Einerseits drohten gering bezahlte Landarbeiter wiederholt, sich LPG anzuschließen, und die Fluktuation der Arbeits-

182 Zu den Beschäftigten in der DDR 1956: Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung, S. 1083. Zahl der Beschäftigten in Brandenburg im Oktober 1949 nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 620, Bl. 88.

183 Errechnet nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 946 (Vorlage v. 3.2.1962). Zum Bezirk Potsdam: BLHA, Rep. 530, Nr. 1424 („Landwirtschaft").

184 Zit. nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 400, Bl. 1. Zur Lebensmittelversorgung: BLHA, Rep. 332, Nr. 239, Bl. 284; Rep. 208, Nr. 2752/1, Bl. 607. Zu den Wohnverhältnissen: BArch, DK-1, Nr. 9024, Bl. 46, 102; BLHA, Rep. 332, Nr. 239, Bl. 284; Rep. 208, Nr. 2373, Bl. 190; Rep. 332, Nr. 394, Bl. 60; Rep. 332, Nr. 632, Bl. 30; Rep. 332, Nr. 635, Bl. 298. Zum Kartoffelland der Landarbeiter die Liste in: BLHA, Rep. 208, Nr. 6, Bl. 64f. Zum Gut Genshagen der Bericht in: BLHA, Rep. 332, Nr. 400, S. 27.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

kräfte war beträchtlich. Andererseits kritisierten Parteifunktionäre die angeblich geringe Einsatzbereitschaft der Beschäftigten auf den VEG. Vereinzelt nahmen Volkspolizisten Arbeiter, die der Anstiftung zur Bummelei beschuldigt wurden, sogar fest. Die Beschäftigten blieben vorrangig auf ihre materiellen Interessen orientiert, denen die politisch-ideologische Funktion ihrer Tätigkeit nachgeordnet wurde. Der wirtschaftlich produktive, gesellschaftlich engagierte und politisch loyale Arbeiter, den die SED-Führung anstrebte, blieb damit auch in den VEG Utopie. Trotz intensiver Propagandakampagnen mußten die Parteileitungen feststellen, daß die überkommene „Landarbeiterideologie" weiterhin die angestrebte „Entstehung des neuen sozialistischen Bewußtseins" behinderte. So erreichte die Ausfallzeit im VEG Prädikow (Kreis Strausberg, Bezirk Frankfurt/Oder) im II. Quartal 1959 9,5 Prozent der nominellen Arbeitszeit. Fast die Hälfte der ausgefallenen Stunden hatte sich nicht aus Urlaub oder Krankheit ergeben. Führungskräften in den VEG wurde vielfach vorgeworfen, die Kontrolle der Arbeiter zu vernachlässigen und keine Anreize zur Produktivitätssteigerung zu bieten; zugleich wurden sie beschuldigt, die Beschäftigten nicht hinreichend in die Betriebsleitung einzubeziehen und ihre sozialen Interessen zu ignorieren. Auch Hinweise auf den kirchlichen Einfluß in Belegschaften der Güter, die Aktivität von Großbauern unter den Beschäftigten und die Verbreitung von Aberglauben in den Betrieben bezeichnen gleichermaßen Entwicklungen in einzelnen VEG und Einstellungen der jeweiligen Berichterstatter.[185]

Politische Durchdringung

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Landarbeiter auf den Provinzial- bzw. Landesgütern – wie Mückenberger 1957 rückblickend beklagte – dem Herrschafts- und Gestaltungsanspruch der neuen Machthaber weitgehend distanziert gegenübergestanden. In Brandenburg waren im Januar 1949 11,7 Prozent der Arbeitskräfte Mitglieder der SED, während der LDP nur 0,3, der CDU 0,2 und der DBD 0,1 Prozent der Beschäftigten angehörten. Im März 1949 hatte die SED in 57,7 Prozent der VEG Betriebsgruppen eingerichtet. Obgleich bereits mehr als die Hälfte der Direktoren der Staatspartei angehörten, war die politische Arbeit der Betriebsgruppen noch kaum entwickelt, denn die Sekretäre der SED-Ortsgruppen verzögerten die seit Ende 1946 forcierte Bildung von Grundeinheiten der Partei in den Betrieben. Die Kreisvorstände der SED in Brandenburg waren noch in den späten vierziger Jahren überwiegend nur lückenhaft über die politische Aktivität der Betriebsgruppen informiert, die auf dem Lande vielerorts nur formal gegründet worden waren. Besonders die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen und die heterogene Sozialstruktur der

185 BLHA, Rep. 530, Nr. 616, Bl. 47, 68. Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 1541 („Die Entwicklung der VEG des Bezirkes Potsdam und ihre Arbeit zur Durchführung der Beschlüsse der 8. ZK-Tagung"). Zu den Kündigungsdrohungen von Landarbeitern: BLHA, Rep. 530, Nr. 157 (Information v. 8.12.1960). Kritik an der politischen Aktivität u.a. in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1542 (Einschätzung v. 22.3.1962); Rep. 530, Nr. 1539 („Fragen der politisch-ideologischen Entwicklung der Landarbeiter in den Volkseigenen Gütern"). Zum VEG Prädikow der statistische Bericht in: BLHA, Rep. 601, Nr. 1814. Berichte über geringe Arbeitsmoral z.B. in: BLHA, Rep. 530, Nr. 848, Bl. 96; Rep. 530, Nr. 965, Bl. 140; Rep. 530, Nr. 1539 (Vorlage v. 10.6.1955); Rep. 530, Nr. 1542 („Einschätzung zur Vorlage des Rates des Bezirkes über die Entwicklung der VEG und wie die Parteiorganisationen in den VEG ihrer führenden Rolle gerecht werden"). Zur Fluktuation exemplarisch der Bericht vom 30. Januar 1961 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 945.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Landarbeiterschaft schränkten auf den Gütern den Einfluß der Partei ein, deren politische Attraktivität insgesamt gering blieb. So berichtete der Rat des Kreises Calau im März 1949 über das VEG Reuden (Kreis Calau): „Die SED-Betriebsgruppe zählt 9 Mann. Nach Angaben des B.G.L.[Betriebsgewerkschaftsleitungs]-Vorsitzenden bestehen innerhalb der Belegschaft gewisse Spannungen, und zwar deshalb, weil fast ausschließlich im Betrieb nur Flüchtlinge bzw. Umsiedler beschäftigt sind, die sich nur für Deputat und Textilien-Zuteilungen und mit dem Gedanken befassen [sic], nur bald wieder nach Schlesien zurückzukommen und somit betrieblich wie auch politisch wenig Interesse zeigen."[186]

Trotz der intensiven Agitation und der politischen Werbung der Betriebsgruppen wuchs der Anteil der SED-Mitglieder in den Belegschaften der VEG in den fünfziger Jahren nur langsam. Im Juni 1958 gehörten in der DDR der herrschenden Partei 16,6 Prozent der Beschäftigten von Staatsgütern an. Noch 1958/59 waren auch in Brandenburg die Parteigruppen in vielen VEG – so in den Betrieben in Selbelang, Kammermark, Barsikow, Großbeeren und Wansdorf (Bezirk Potsdam) – labil, denn sie blieben von den Betriebsleitungen abhängig und warben nur wenige neue Mitglieder unter den Landarbeitern an. Entgegen den Anweisungen der übergeordneten Funktionäre wurden Leitungssitzungen und Mitgliederversammlungen oft nur unregelmäßig durchgeführt, „Parteiaufträge" nicht erteilt und die Betriebsleitungen nicht kontrolliert. Zudem trugen viele Betriebsgruppen nicht zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme in den Staatsgütern bei. Funktionäre der Kreis- und Bezirksleitungen der SED verurteilten auch wiederholt scharf das „Versöhnlertum" einzelner Sekretäre von Betriebsparteiorganisationen und „unmoralisches Verhalten (Sauferei und Schlägerei) ..." In den frühen sechziger Jahren ging der Anteil der SED-Mitglieder an den Beschäftigten der VEG im Bezirk Potsdam insgesamt zurück. Die Parteisekretäre hatten gegenüber den Direktoren nur einen begrenzten Einfluß gewonnen, und die anvisierte politische Durchdringung war zwar weitgehend, aber keineswegs vollständig erreicht.[187]

Obgleich der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder in den Belegschaften der VEG deutlich höher war als der Organisationsgrad der SED, blieb die Aktivität der Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren überwiegend schwach. Im Oktober 1949 gehörten in Brandenburg nur 13,5 Prozent der Beschäftigten der SED, aber 89,3 Prozent dem FDGB an. In vielen Gütern hatte die Einheitsgewerkschaft schon wenige Jahre nach dem Kriegsende nahezu alle Beschäftigten erfaßt. Da das politische Engagement der BGL auf den Gütern im allgemeinen jedoch gering war und viele Betriebe kaum auf die benachbarten Dörfer ausstrahlten, beklagte der Landesverband der SED in Brandenburg schon im Oktober 1949 das „tiefe ideologische Niveau" der Belegschaften, so im VEG Herzfelde (Kreis Niederbarnim). In den fünfziger und frühen sechziger Jahren ging die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in den VEG sogar tendenziell zurück. Im Februar 1962 gehörten im Bezirk Frankfurt (Oder) nur noch 76,2 der Arbeitskräfte dem

186 BLHA, Rep. 208, Nr. 2373, Bl. 10. Zur Parteizugehörigkeit im Januar 1949 die Statistik in: BLHA, Rep. 332, Nr. 632, Bl. 9f. Zum März 1949: BLHA, Rep. 332, Nr. 400, Bl. 45–47. Zum Juni 1949 weitere Angaben in: BLHA, Rep. 332, Nr. 400, Bl. 76. Vgl. auch BLHA, Rep. 332, Nr. 239, Bl. 67–71. Allgemein zur Bildung von Betriebsgruppen in Brandenburg: Thomas Reichel, „Feste Burgen der Partei"? Aufbau und Rolle der SED-Betriebsgruppen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1946–1949, in: IWK 36 (2000), S. 62–99, hier: S. 66f.

187 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 530, Nr. 1540 („Analyse über das Volksgut Siethen – 1.Mai"); Bez. 730, Nr. 946 (Vorlage v. 3.2.1962). Angabe zum Juni 1958 nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/355, Bl. 109, 112.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

FDGB an. Die unzureichenden Arbeits- und Lebensbedingungen auf den VEG hatten Arbeiter und Angestellte offenbar von der Staatspartei entfremdet, die seit 1952 die Ressourcen in der Landwirtschaft weitgehend auf die Kollektivierung und den Aufbau der LPG konzentriert hatte. Auch weil vielen Vorsitzenden der BGL die erforderliche Qualifikation fehlte und sie oft keine Autorität gegenüber den Betriebsleitern gewannen, entfesselte der FDGB auf den VEG nur sporadisch breite politische Kampagnen. Allerdings erreichten BGL in einzelnen Staatsgütern soziale Verbesserungen für die Beschäftigten – so den Bau von Betriebswohnungen – und die Ablösung unbeliebter, willkürlich herrschender Direktoren und anderer Führungskräfte, die in den Betrieben Beschäftigte vereinzelt mit schrankenloser Gewalt kujonierten.[188]

Insgesamt propagierten die Betriebsgewerkschaftsleitungen in den VEG – ebenso wie in den Maschinenstationen – in den fünfziger Jahren den Übergang zu Leistungslöhnen und inner- sowie zwischenbetrieblichen Wettbewerben, die ebenfalls im „Gesetz der Arbeit" angeordnet worden waren, aber von den Arbeitern überwiegend abgelehnt wurden. Die BGL vertraten damit vorrangig die Agrarpolitik der SED, die auf die sprunghafte Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung fixiert war. Daneben organisierten die Betriebsgewerkschaftsleitungen aber auch kulturelle Aktivitäten wie Erntefeste. Ebensowenig wie die BGL stellten die Konfliktkommissionen, die 1953 in den VEG gebildet worden waren und Auseinandersetzungen über Arbeitsverträge und sozialrechtliche Probleme lösen sollten, die hochgesteckten Produktionsziele in Frage. So erlegten die SED-Kreisleitungen den VEG-Direktoren weiterhin Vorgaben auf, die mit den verfügbaren Betriebsmitteln und Arbeitskräften oft nicht erfüllt werden konnten.[189] Die Belegschaften der VEG blieben gegenüber der offenen politischen Indoktrinierung zurückhaltend und fügten sich keineswegs durchweg willig den Anweisungen übergeordneter Institutionen. Die „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft" unterstützte die Arbeit der BGL zwar ebenso wie die FDJ, die auf den VEG „Clubs junger Agronomen" einrichtete und „Aktivisten" rekrutierte; der Einfluß dieser Massenorganisationen auf die Belegschaften der Staatsgüter war in den fünfziger Jahren aber wenig nachhaltig. Auch die Politabteilungen konzentrierten sich oft auf die ökonomische Arbeit, da ihre ideologisch-politische Agitation die Landbevölkerung nicht für die VEG gewinnen konnte.[190]

Dagegen trafen die Kulturveranstaltungen, die auf den Gütern erst in den frühen fünfziger Jahren zunehmend angeboten wurden, auf breitere Zustimmung. Im Dezember 1950 waren in Brandenburg in 48,7 Prozent der VEG Kulturleiter eingesetzt, die in den fünfziger Jahren die Winterschulung in den Betrieben durchführen, Musik-, Laienspiel-, Volkstanz- und Sportgruppen aufbauen, Bibliotheken einrichten, an Tagungen teilnehmen und Gedenktage inszenieren sollten. Die Veranstaltungen waren – ebenso wie in den Maschinenstationen – von der Doppelfunktion gekennzeichnet, kulturelle Unterhaltung zu bieten und die politische Loyalität der Belegschaften und Bewohner nahegelegener Dörfer zu stärken. Außer-

188 BLHA, Rep. 332, Nr. 635, Bl. 170. Zit. nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 614, Bl. 248. Zur schwachen Gewerkschaftsarbeit exemplarisch: BLHA, Rep. 530, Nr. 823, Bl. 14; Rep. 730, Nr. 630 (Berichte v. 4.8.1953 und vom April 1954). Zum Anteil der Gewerkschaftsmitglieder im Februar 1962 die Vorlage vom 3. Februar 1962 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 946.

189 Wunderlich, Farmer, S. 58–62, 74f.

190 BLHA, Rep. 530, Nr. 730, Bl. 225. Hierzu auch der Bericht über das VEG Possin in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1539. Daneben: SAPMO-BArch, DY 24/196 („Die Aufgaben der Abteilung Landjugend"; Unterlagen zur Vorbereitung der II. Zentralratstagung); DY 24/178/II (Rundschreiben v. 5.2.1951).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

dem oblag den Kulturleitern die Meldung von „Aktivisten" unter den Beschäftigten der Staatsgüter. Das Spektrum der kulturellen Veranstaltungen wurde in den Betrieben insgesamt schnell erweitert. Hier fanden in Brandenburg schon 1951 Aufführungen von Laienspielgruppen und Chören sowie Vorträge statt, und in Bibliotheken konnten Bücher ausgeliehen werden, auch an Bewohner benachbarter Dörfer. Dagegen waren in den Betrieben keine Filmapparate verfügbar. Die Kulturarbeit band die Beschäftigten zwar an die VEG; sie konnte die Anziehungskraft der Betriebe in der ländlichen Bevölkerung aber kaum steigern. Als Modelle des „Sozialismus auf dem Lande" waren die Staatsgüter insgesamt ungeeignet.[191]

5.4. Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Wirtschafts- und gesellschaftsstrukturelle Auswirkungen der Kollektivierung

Nachdem die SED-Führung auf ihrer 2. Parteikonferenz die Landwirte in der DDR zum Zusammenschluß in LPG aufgerufen hatte, bildeten vor allem Neubauern, die ihre Betriebe kaum mehr bewirtschaften konnten, die neuen Kollektivbetriebe, die zunächst nur zehn bis zwanzig Mitglieder umfaßten, überwiegend deutlich weniger als 100 ha aufwiesen und Ende 1952 in der DDR lediglich 3,3 Prozent der LN bewirtschafteten. Unter dem verstärkten Kollektivierungsdruck der Funktionäre in den Bezirks- und Kreisleitungen der SED wurden 1953 in den ersten fünf Monaten in der DDR über 3.000 LPG gegründet. Insgesamt nahm die Zahl der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften 1953 auf mehr als das Doppelte zu. Die LPG stellten zwar nur 0,6 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe, verfügten aber bereits über 12,7 Prozent der LN. 1954/55 wuchs die Fläche, die von den LPG bewirtschaftet wurde, aber weniger aufgrund der Bildung neuer Betriebe, sondern vor allem wegen der politisch oktroyierten Übernahme von ÖLB (*Tabelle 19*).[192]

In den fünfziger Jahren nahm der Anteil der Produktionsgenossenschaften an der landwirtschaftlichen Nutzfläche tendenziell zu, wenngleich nicht kontinuierlich. Ende 1958 verfügten die Kollektivbetriebe in der DDR schon über 37,0 Prozent des Landes. 1960 verdoppelte sich in den ersten vier Monaten die Zahl der LPG, in denen nach dem Abschluß des „sozialistischen Frühlings" 945.020 Mitglieder 84,4 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten. Von den rund 400.000 Höfen, die von der Kollektivierung erfaßt wurden, waren ein Viertel Neubauernstellen und mehr als die Hälfte Betriebe von Haupt- und Nebenerwerbsbauern. 15,7 Prozent des Landes waren von Neubauern und 49,8 Prozent von alteingesessenen Landwirten eingebracht worden (*Tabelle 20*).[193]

---

191 BLHA, Rep. 332, Nr. 635, Bl. 105f., 242f. Zur Zahl der Kulturleiter im Dezember 1950: BLHA, Rep. 332, Nr. 634 (Bericht v. 24.1.1951). Arbeitsplan für Kulturleiter in Brandenburg für November 1950 in: BLHA, Rep. 332, Nr. 631, Bl. 100f.

192 Angaben zur ersten Kollektivierungsphase 1952/53: BArch, DK-1, Nr. 247, Bl. 145f.; DK-1, Nr. 5877, Bl. 317; DK-1, Nr. 5878, Bl. 180; DK-1, Nr. 5882, Bl. 62f.; DK-1, Nr. 8626, Bl. 8.

193 Angabe zum Zeitraum von 1955 bis 1958 nach: Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 17, 25. Zum Abschluß der Kollektivierung und zur Bildung der LPG: Kuntsche, Umgestaltung, S. 204; Weber, Umgestaltung, S. 2865, 2870. Vgl. auch Schulz, Probleme, S. 56, 77, 151; Kuntsche, Umgestaltung, S. 199; Buchsteiner, Bodenreform, S. 44f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

In den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus vollzog sich die Kollektivierung in den ersten Monaten nur langsam. Im Bezirk Frankfurt (Oder) bildeten Neubauern vor allem in den Oderkreisen neue Kollektivbetriebe. Die größte Produktionsgenossenschaft war in der Gemeinde Worin (Kreis Seelow) gegründet worden, wo Bürgermeister Bernhard Grünert das Statut der am 27. Juni konstituierten „Vereinigung zur gegenseitigen Bodennutzung" verfaßt hatte. Die LPG, in die 16 Bauern 210,0 ha einbrachten, wurde schon am 23. Juni 1952 bestätigt und in der DDR als leuchtendes Vorbild der Produktionsgenossenschaften vom Typ I propagiert. Die landwirtschaftliche Erzeugung und Produktivität des neuen Kollektivbetriebs in Worin blieben aber so gering, daß der wirtschaftliche Ruin im Frühjahr 1953 nur knapp verhindert wurde. Auch in den Gemeinden Friedrichsaue und Alt-Tucheband (beide Kreis Seelow) waren im Bezirk Frankfurt (Oder) schon früh LPG gebildet worden, denen fast ausschließlich Neubauern angehörten. So hatten sich in Alt-Tucheband im November 1952 bereits 20 von insgesamt 86 neubäuerlichen Betriebsinhabern der LPG angeschlossen. Insgesamt arbeiteten Ende 1952 im Bezirk Frankfurt (Oder) 89 Produktionsgenossenschaften, die 1.639 Mitglieder aufwiesen.[194]

Im Bezirk Potsdam hatten schon im Sommer 1952 Bauern in den Gemeinden Rauschendorf (Kreis Gransee), Groß-Glienicke, Gortz (beide Landkreis Potsdam), Neuheim (Kreis Jüterbog), Etzin (Kreis Nauen) und Bullendorf (Kreis Pritzwalk) LPG gegründet. In Neuheim, wo seit dem Kriegsende Vertriebene aus der Tschechoslowakei die verlassenen Häuser bewohnt und am 3. Juli 1952 eine Produktionsgenossenschaft eingerichtet hatten, knüpften die Neubauern an die gemeinsame Bewirtschaftung ihrer Parzellen 1945/46 an. Die Vorsitzenden der ersten LPG gehörten nahezu ausnahmslos der SED an. Ebenso wie im Bezirk Frankfurt (Oder) konzentrierte sich die Kollektivierung auf die Regionen, in denen schon die Bodenreform eine umfassende Besitzumwälzung herbeigeführt und viele notleidende Neubauern hinterlassen hatte, die sich im Herbst 1952 schließlich zu Kollektivbetrieben zusammenschlossen. Insgesamt nahm die Zahl der Produktionsgenossenschaften im Bezirk Potsdam vom 13. August 1952 bis zum 15. Januar 1953 von sieben auf 155 zu. Die breite Mehrheit der Bauern lehnte die Kollektivierungspolitik jedoch ab, da sie den „Kolchosen" ein geringes wirtschaftliches Potential zuschrieben. Besonders im Bezirk Cottbus begann die Kollektivierung 1952 nur zögernd. Hier arbeiteten am 30. September erst 22 LPG, während in den Bezirken Potsdam und Frankfurt (Oder) bereits 27 bzw. 29 Produktionsgenossenschaften konstituiert worden waren.[195]

Im Frühjahr 1953 nahm der Kollektivierungsdruck, den besonders die Bezirks- und Kreisleitungen der SED auf die Bauern ausübten, sprunghaft zu. Gemessen an der Gründungsdichte in den Gemeinden, war die Kollektivierung im Bezirk Potsdam am weitesten fortgeschritten. Hier hatten vor allem Neubauern am 15. Februar 1953 allein in den drei

194 Vgl. den Bericht vom 30. März 1957 in: BLHA, Rep. 5981. Zum Stand der Kollektivierung im Bezirk Frankfurt (Oder) die Statistik vom 15. September 1952 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 954. Zu Grünerts Rolle bei der Gründung der LPG Worin glorifizierend: Schlehufer, Grünert, S. 190–200. Zur weiteren Entwicklung der LPG: BArch, DK-1, Nr. 5933, Bl. 23, 41f.; Kluge, Rebellion, S. 329. Zu den Produktionsgenossenschaften in Friedrichsaue und Alt-Tucheband die Listen in: BLHA, Rep. 601, Nr. 5078 (Aufstellung v. 11.11.1952). Unterlagen zu den ersten LPG im Bezirk Frankfurt (Oder) – Gründungsprotokolle, Statuten, Mitgliederverzeichnisse – in: BLHA, Rep. 601, Nr. 526.

195 BArch, DK-1, Nr. 5885, Bl. 84. Zur regionalen Verteilung im Bezirk Potsdam: BArch, DK-1, Nr. 5882, Bl. 51. Zur Entwicklung 1952/53 im Bezirk Potsdam: BLHA, Rep. 530, Nr. 1437, Bl. 14f., 19f. Zur LPG Neuheim und zu anderen frühen Gründungen: BLHA, Rep. 401, Nr. 59, Bl. 82–85, 114, 118f.; BArch, DK-1, Nr. 5885, Bl. 107.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

nordwestlichen Kreisen Gransee, Neuruppin und Pritzwalk insgesamt bereits 35,3 Prozent aller Produktionsgenossenschaften im Bezirk gebildet. Nach dem Aufstand, der im Juni 1953 von den Städten – besonders Ost-Berlin – ausgegangen war, forderten im Bezirk Potsdam LPG-Mitglieder, ihre Produktionsgenossenschaften noch vor der Getreideernte aufzulösen. Schon bis zum 8. Juli zerfielen im Bezirk daraufhin 28 Kollektivbetriebe. 5,2 Prozent der Mitglieder traten aus anderen LPG aus.[196] Im Juni 1953 arbeiteten auch im Bezirk Frankfurt (Oder) 235 LPG, die über 38.310 ha und 5.662 Mitglieder verfügten. In den drei Kreisen Angermünde, Bad Freienwalde und Seelow waren 54,5 Prozent aller Kollektivbetriebe gebildet worden. Bis Ende Juni zerfielen jedoch schon drei LPG; in weiteren 13 schien die Auflösung unmittelbar bevorzustehen. Dennoch bewirtschafteten im Bezirk Frankfurt (Oder) Ende September 1953 LPG bereits 13,9 Prozent der Nutzfläche. Auch die Zahl der Betriebsrückgaben war geringer als in den Bezirken Potsdam und Cottbus. Allerdings traten viele Bauern und Landarbeiter, die erst im Frühjahr 1953 von der Kollektivierung erfaßt worden waren, wieder aus Produktionsgenossenschaften aus. Die Entwicklung in der Gemeinde Ihlow zeigt exemplarisch den sozialen Wandel, den der erste Kollektivierungsschub im Bezirk Frankfurt (Oder) herbeiführte.[197]

Initiiert von einer Flüchtlingsfamilie, hatte sich hier Anfang 1953 das Gründungskomitee einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft gebildet, die schließlich im April eingerichtet und Anfang Mai 1953 registriert wurde. Der LPG „Aufgehende Sonne", die über rund 208 ha verfügte, gehörten im Frühsommer schon 44 Personen an.[198] Unmittelbar nach dem 17. Juni 1953 löste sich die Produktionsgenossenschaft aber auf, denn die Unruhen hatten auch auf Ihlow übergegriffen. Außer den beträchtlichen ökonomischen Problemen traten besonders die zuvor latenten Konflikte zwischen den Mitgliedern hervor. Eine Kerngruppe von Bauern, die sich auf den LPG-Typ III festgelegt hatte, war auf der konstituierenden Versammlung von anderen Landwirten überstimmt worden, die mit der Bewirtschaftung ihrer Betriebe überfordert waren, aber lediglich ihr Ackerland gemeinsam bearbeiten wollten und deshalb den Typ I bevorzugt hatten. Dieser Gründungskonflikt belastete die Zusammenarbeit in der neuen LPG, die auch deshalb wirtschaftlich nicht nachhaltig konsolidiert werden konnte. Die Leitungskompetenz und Autorität des Vorsitzenden blieben außerdem zu gering, um die Produktionsgenossenschaft zu festigen. Der Rat des Kreises Strausberg, der die Auflösung des Betriebs am 29. Juli 1953 rückblickend kommentierte, wies den Bauern demgegenüber völlig einseitig die Verantwortung zu: „Die LPG Ihlow war nicht von dem genossenschaftlichen Gedanken getragen, sondern die Bauern gingen aufgrund ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeit und andererseits ihrer Vorteile halber in die LPG. Mit dem Beschluß des Politbüros vom 9.6.53 und den Maßnahmen der Regierung und andererseits den Riasparolen glaubten die Bauern am 17.6.53, dass der Zeitpunkt für sie gekommen ist, wo die LPG für sie zu bestehen aufgehört hat."[199]

---

196 BArch, DK-1, Nr. 5895, Bl. 13; DK-1, Nr. 9118, Bl. 79f., 101, 107f., 114f. Zur Zahl der LPG in den Gemeinden des Bezirks Potsdam am 28. Februar bzw. 31. März 1953 die Statistiken in: BArch, DK-1, Nr. 5882, Bl. 10, 20. Zum Stand der Kollektivierung am 15. Februar 1959: BLHA, Rep. 530, Nr. 1421, Bl. 48. Zur Unzufriedenheit und Auflösungstendenz in LPG: BLHA, Rep. 401, Nr. 831, Bl. 145.

197 Zahl der LPG im Bezirk Frankfurt (Oder) nach: BArch, DK-1, Nr. 9634, Bl. 21. Angaben zu zerfallenden LPG in: BArch, DK-1, Nr. 5877, Bl. 122; BLHA, Rep. 601, Nr. 4687 (Schreiben v. 19.8.1953 u. 12.10.1953). Zu den Betriebsrückgaben: BArch, DK-1, Nr. 5877, Bl. 124; DK-1, Nr. 5895, Bl. 13.

198 BLHA, Rep. 601, Nr. 4696 (Bericht v. 3.2.1953); Rep. 730, Nr. 956 (Vorlage v. 29.7.1953).

199 BLHA, Rep. 601, Nr. 4696 (Situationsbericht v. 29.7.1953; Grammatik und Orthographie korrigiert). Vgl. auch BLHA, Rep. 601, Nr. 4687 (Berichte v. 19.8.1953 u. 31.7.1953); Rep. 601, Nr. 4689 (Bericht

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Im Bezirk Cottbus wurde die Kollektivierung erst im Frühjahr 1953 massiv vorangetrieben. Hier registrierten die Räte der Kreise bis zum 15. März insgesamt 139 LPG. Schon bis Ende Juni zerfielen aber zwei Produktionsgenossenschaften, und 65 Mitglieder traten aus weiteren Betrieben aus. Besonders in LPG, die unter dem wachsenden politischen Druck erst im Frühjahr 1953 gegründet worden waren, führten interne Auseinandersetzungen und eine geringe Produktion zur Auflösung. Insgesamt wuchs die Zahl der Produktionsgenossenschaften von Ende 1952 bis Juni 1954 aber um das Dreifache. Der Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die von den Betrieben eingenommen wurde, nahm von Dezember 1952 bis Juni 1954 von 0,9 auf 5,7 und bis zum Jahresende sogar auf 6,6 Prozent zu. 1955/56 gingen neue Kollektivbetriebe nahezu ausschließlich aus ÖLB hervor, die überwiegend unmittelbar in Produktionsgenossenschaften vom Typ III überführt wurden. Ende 1957 bewirtschafteten im Bezirk Cottbus LPG bereits 11,1 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche.[200]

Auch in den Bezirken Potsdam und Frankfurt (Oder) wurden von 1954 bis 1957 nur wenige Bauernhöfe kollektiviert. Die Gründung neuer LPG und die Erweiterung bestehender Betriebe war fast ausschließlich auf die Übernahme „devastierter" Flächen zurückzuführen, deren geringe Erzeugung und Produktivität den Räten der Kreise eine beträchtliche Last aufgebürdet hatte. Im Bezirk Potsdam waren den LPG Ende 1957 allein 62,3 Prozent der Fläche, die sie insgesamt bewirtschafteten, von staatlichen Behörden übergeben worden. Beeinflußt von der Entstalinisierungspolitik und den Aufständen, die im Herbst 1956 die kommunistischen Diktaturen in Polen und Ungarn erschütterten, traten vor allem Mitglieder aus LPG aus, die unrentabel gearbeitet und nur ein geringes Einkommen erwirtschaftet hatten. Schon im ersten Halbjahr 1956 waren im Bezirk Potsdam sogar fünf LPG aufgelöst worden. Hier bildete sich am deutlichsten das Nord-Süd-Gefälle heraus, das die Kollektivierung in der DDR insgesamt kennzeichnete. In den nordwestlichen Kreisen Gransee, Nauen, Neuruppin, Pritzwalk, Rathenow und Wittstock waren im Juni 1956 jeweils schon über 30 Prozent der LN kollektiviert, während in den südlichen Kreisen Belzig, Luckenwalde und Zossen weniger als 15 Prozent der Nutzfläche von Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet wurden. Ende 1957 verfügten LPG im Bezirk Potsdam über 29 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die regionale Verteilung war aber ungleich geblieben (*Tabelle 21*).[201]

Nachdem die Kollektivierungspolitik im Sommer 1953 einen empfindlichen Rückschlag erlitten hatte, waren im Bezirk Frankfurt (Oder) vielerorts LPG neu gegründet worden. In der Gemeinde Ihlow bildete die Gruppe, die schon 1953 für die Einrichtung einer LPG vom Typ III eingetreten war, Anfang 1954 eine Produktionsgenossenschaft dieses Typs, die rund 32 ha umfaßte. Vier der insgesamt neun Gründungsmitglieder waren Neubauern, weitere

---

v. 17.7.1953); Rep. 730, Nr. 956 (Vorlage v. 29.7.1953); Rep. 731, Nr. 378 (Bericht des Sektors Landwirtschaft, o.D.); BArch, DK-1, Nr. 9634, Bl. 7; Notiz „Landwirtschaft"; Ortslexikon, S. 250; Interview mit H.M., Ihlow, 14.6.1995.

200 Angaben zum März 1953 in: BArch, DK-1, Nr. 5877, Bl. 63; DK-1, Nr. 5882, Bl. 10. Zu den Anteilen an der LN: BLHA, Rep. 801, Nr. 5880 (Analyse 5.1.1955). Zur Auflösung von Betrieben und zum Austritt von LPG-Mitgliedern im Sommer 1953: BArch, DK-1, Nr. 5877, Bl. 122; DK-1, Nr. 5897, Bl. 2. Zur Entwicklung 1956/57: BLHA, Rep. 801, Nr. 5873 (Analyse v. 23.1.1958); Rep. 801, Nr. 5880 (Analyse v. 5.5.1956).

201 Uhlemann u.a., Rolle, S. 67. Zur Unruhe in LPG und zu Betriebsauflösungen im Bezirk Potsdam 1956/57: BLHA, Rep. 530, Nr. 1424 (Analyse v. 22.2.1958); Rep. 530, Nr. 836, Bl. 233; Rep. 401, Nr. 671, Bl. 23; Rep. 401, Nr. 831, Bl. 145.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

vier Landarbeiter bzw. deren Familienangehörige. Das Musterstatut für die LPG wurde Ende Januar 1954 verabschiedet, aber der Rat des Bezirks Frankfurt (Oder) registrierte die Produktionsgenossenschaft erst am 27. April 1955, nachdem der Rat des Kreises Strausberg die übergeordnete Behörde energisch gedrängt hatte, die Gründungsdokumente auszustellen.[202] Im April 1955 mußte der Örtliche Landwirtschaftsbetrieb in Ihlow in die LPG aufgenommen werden; auch das Volkseigene Gut Prädikow übernahm Flächen des ÖLB, dessen Felder im Frühjahr 1954 nur extensiv bewirtschaftet worden waren. Die Integration des verlassenen und anschließend vernachlässigten Landes hemmte die weitere ökonomische Entwicklung der LPG, so daß sich fast nur Neubauern, deren Betriebe nicht gefestigt oder unrentabel waren, der Produktionsgenossenschaft anschlossen. Die Zahl der Neubauern stieg in dem Kollektivbetrieb in Ihlow von Dezember 1955 bis Ende 1956 von acht auf 14. Aber allein 22 neubäuerliche Betriebsinhaber waren noch nicht in die LPG eingetreten. Die Produktionsgenossenschaft in Ihlow wurde nach einem Bericht der SED-Kreisleitung von den staatlichen Behörden nur unzureichend unterstützt und verfügte zu dieser Zeit nicht über eine Parteiorganisation.[203]

Nach der 30. und 32. Tagung des ZK (30. Januar – 1. Februar bzw. 10. – 12. Juli 1957) sowie dem V. Parteitag der SED (10. – 16. Juli 1958) erhöhten die Bezirksleitungen der SED für Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus den Kollektivierungsdruck enorm. Allein vom 31. Dezember 1957 bis zum 31. März 1958 wuchs der Anteil der Produktionsgenossenschaften an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der DDR von 29,1 auf 32,0 Prozent. 1959 nahm das Kollektivierungstempo jedoch wieder ab, zumal nur wenige Mittel- und Großbauern für die LPG gewonnen werden konnten. Im „sozialistischen Frühling" 1960 trieben Agitationsgruppen die Kollektivierung schließlich massiv voran, indem sie selbständige Bauern in den Dörfern einschüchterten und bedrohten. Am 20. März hatte die Kollektivierung der DDR bereits 84,5 Prozent des Landes erfaßt. Da die Produktionsbedingungen im intensiv betriebenen Obstbau den Zusammenschluß zu LPG erschwerten, waren im Bezirk Potsdam allerdings noch am 26. Januar 1960 fast 80 Prozent der Obstbetriebe in Privatbesitz.[204]

Die Zwangskollektivierung seit 1958 griff tief in die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der einzelnen Dörfer ein, wie erneut anhand der Gemeinde Ihlow exemplarisch gezeigt werden kann. Bereits im Mai 1958 hatte die SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) „Maßnahmen zur schnelleren Festigung und Erweiterung des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft" beschlossen. Damit sollten „noch vor dem V. Parteitag große Teile der

202 BLHA, Rep. 601, Nr. 527 (Statut mit Anlage v. 31.1.1954; Beschreibung v. 6.2.1954); Rep. 601, Nr. 528 (Schreiben v. 3.3.1955 u. 2.5.1955); Rep. 601, Nr. 1292, Bl. 18–20; Rep. 601, Nr. 3602 (Schreiben v. 8.6.1954); Rep. 601, Nr. 4699 (Bericht v. 15.2.1954); BArch, DK-1, Nr. 9633, Bl. 99. Angaben auch in: Ortslexikon, S. 250; Notiz „Landwirtschaft".

203 BLHA, Rep. 730, Nr. 959 (Bericht v. 17.8.1956). Zu den Neubauern unter den LPG-Mitgliedern: BLHA, Rep. 601, Nr. 1793 (Halbjahresmeldungen über Neubauernstellen v. 31.12.1955 u. 31.12.1956); Rep. 601, Nr. 1794 (Halbjahresmeldungen über Neubauernstellen 1956–1958); Gespräch mit G.L., Ihlow, 14.6.1995. Zum ÖLB: BLHA, Rep. 601, Nr. 527 (Beschreibung v. 6.2.1954); Rep. 601, Nr. 4706 (Bericht v. 21.4.1955; „Bericht über die Umbildung der Örtlichen Betriebe der Landwirtschaft", o.D.).

204 BLHA, Rep. 530, Nr. 1572 (Programm v. 26.1.1960); Rep. 530, Nr. 1659, Bl. 3,6. Zum Anteil der LPG an der LN im Frühjahr 1958: BLHA, Rep. 401, Nr. 955, Bl. 92; Rep. 530, Nr. 1428 (Schreiben v. 11.12.1958). Zum Nord-Süd-Gefälle bei der Festigung der LPG im Bezirk Potsdam: BLHA, Rep. 401, Nr. 2681 (Bericht v. 30.9.1960 u. 20.10.1960).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

werktätigen Bauern, vor allem starke Mittelbauern mit ihren Familien, auf freiwilliger Grundlage zum Eintritt in die bestehenden Genossenschaften bzw. zum Zusammenschluß neuer LPG des Typs I" gedrängt werden.[205] Die Brigaden, die daraufhin von der SED-Kreisleitung Strausberg in die ländlichen Gemeinden geschickt wurden, versuchten die verbliebenen Einzelbauern zu zwingen, zur Kollektivwirtschaft überzugehen. Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Strausberg hob in seiner – vom Jargon des Parteifunktionärs geprägten – Bilanz der Agitation aber hervor, daß die Kollektivierungskampagne 1958 in den Gemeinden auf beträchtlichen Widerstand traf: „Nach außen hin erschien ein Dorf ruhig, und wir dachten, dort sei alles in Ordnung. Beim Einsatz der Brigaden zeigte sich dann jedoch, daß sich auch dort im Ort der Klassenkampf konkret vollzieht."[206]

Im Sommer 1958 zogen in Ihlow von 13 Einzelbauern, die sich der LPG bereits angeschlossen hatten, 11 ihre Aufnahmeanträge wieder zurück. Der Oberagronom der MTS Prötzel, der nach Ihlow versetzt worden war und dort zum neuen LPG-Vorsitzenden gewählt wurde, erreichte jedoch, daß diese Landwirte der LPG erneut beitraten. Als Kompensation setzten die Bauern durch, daß der von ihnen zu entrichtende Inventarbeitrag von jeweils durchschnittlich 500 DM auf 300 DM reduziert wurde. Im Herbst 1958 hatten sich damit alle Einzelbauern in Ihlow in der LPG vom Typ III zusammengeschlossen. Die Gemeinde wurde deshalb von der radikalen Agitation im „sozialistischen Frühling" 1960 nur indirekt berührt. Im Gegensatz zu vielen anderen Dörfern bestand in Ihlow auch niemals mehr als eine Produktionsgenossenschaft. Da aber Ställe fehlten, wurden die Tiere weiterhin individuell gehalten. Die Produktion war Ende 1958 vor allem in der Viehwirtschaft erheblich hinter den Planauflagen zurückgeblieben. Nur weil der LPG in jenem Jahr eine staatliche Wirtschaftshilfe von 241 DM je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche gewährt wurde, konnte den 85 Mitgliedern für eine Arbeitseinheit 7,90 DM und für einen Hektar eingebrachten Bodens rund 31 DM ausgezahlt werden.[207]

Noch in den frühen sechziger Jahren erschütterten wiederholt Austrittswellen die neuen Kollektivbetriebe. Vielerorts stellten zudem Ärzte Bauern, die in LPG gedrängt worden waren, Atteste aus, die ihnen ermöglichten, die Betriebe wieder zu verlassen. Im Bezirk Potsdam ließen sich auch Bäuerinnen noch 1962 von Medizinern eine Arbeitsunfähigkeit bescheinigen, um den Zwangseintritt in Produktionsgenossenschaften zu vermeiden. Bezirks- und Kreisleitungen nahmen Austrittserklärungen im allgemeinen nicht an, sondern setzten Sonderkommissionen ein, die widerstrebende Bauern in die LPG zurückdrängten. Schon bis zum 15. August 1961 hatten im Bezirk Potsdam deshalb 49,2 Prozent der Mitglieder, die in den ersten beiden Wochen des Monats die Produktionsgenossenschaften verlassen hatten, ihre Arbeit in den Betrieben wieder aufnehmen müssen. In den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus richteten sich darüber hinaus noch nach dem Mauerbau Arbeitsniederlegungen gegen die vorangegangene Kollektivierungspolitik, deren beschönigende Interpretation als „freiwilliger" Zusammenschluß die enttäuschten Bauern auch nach-

205 BLHA, Rep. 730, Nr. 929 (Beschluß v. 10.5.1958).

206 Neuer Weg (Organ des Zentralkomitees der SED für Fragen des Parteiaufbaus und des Parteilebens), Nr. 2, 1958, Zweites Januarheft, S. 174.

207 BLHA, Rep. 601, Nr. 3638 (Übersicht v. September 1961); Ortslexikon, S. 250. Zum Beitritt zur LPG 1958: BLHA, Rep. 730, Nr. 929 (Kurzinformation v. 26.7.1958); Rep. 731, Nr. 378 (Bericht v. 1.8.1958); Rep. 601, Nr. 1294 (Statistiken vom Oktober/November 1958; Bericht v. 29.11.1958); Gespräche mit H.M. und G.L., Ihlow, 14.6.1995. Zur wirtschaftlichen Lage 1958 die detaillierte Statistik in: BLHA, Rep. 601, Nr. 3619.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

träglich scharf ablehnten. Im Bezirk Frankfurt (Oder), wo sich Landwirte 1960/61 in vielen Gemeinden gegen die Legitimationsideologie des Regimes als „Sozialismus" gewandt hatten, verließen Mitglieder sogar noch nach dem Übergang zur „industriemäßigen Produktion" in der Landwirtschaft vorübergehend einzelne LPG. Im Bezirk Potsdam widersetzten sich besonders die Kleinbauern im Obstbaugebiet um Werder, die auf dem Markt der nahegelegenen Hauptstadt Berlin seit dem späten 19. Jahrhundert hohe Erlöse erzielt hatten, der Zwangskollektivierung, die der intensiven Parzellenwirtschaft entgegenstand. Ende Juni 1960 erhielten die Vorsitzenden von GPG in den Gemeinden Bliesendorf, Werder, Glindow und Ferch innerhalb weniger Tage mehr als 200 schriftliche Austrittserklärungen. Noch 1961 wurden in dieser Region privatbäuerliche Betriebe in GPG aufgenommen.[208]

Strukturelle und regionale Unterschiede

Die LPG gingen bis zu den späten fünfziger Jahren – direkt oder mittelbar – überwiegend aus aufgegebenen Neubauernstellen und Großbauernland hervor. Während die Zahl der Neubauernstellen in der DDR vom Juni 1953 bis zum Juni 1957 auf 84,5 Prozent des Ausgangsniveaus sank, wurden in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, wo bereits Anfang der fünfziger Jahre viel Bodenreformland verlassen worden war, noch 86,3, 89,2 bzw. 87,9 Prozent der 1953 vorhandenen Betriebe bewirtschaftet. 1952/53 hatten in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus jeweils über die Hälfte der Bauern, die Boden in LPG einbrachten, 5 bis 10 ha Land besessen. Auch die Kollektivierungsquote war in dieser Betriebsgrößengruppe am höchsten. Am 31. Mai 1953 waren im Bezirk Potsdam bereits 9,8 Prozent und im Bezirk Frankfurt (Oder) sogar 14,2 Prozent der Kleinbauernstellen mit 5 bis 10 ha von LPG aufgenommen worden; dagegen betrug der Anteil im Bezirk Cottbus nur 3,6 Prozent. Die größeren Höfe der Altbauern erfaßte die Kollektivierung überwiegend erst in den späten fünfziger Jahren. Die allgemeine Verschiebung in der Struktur der LPG in den fünfziger Jahren von früheren Neubauernstellen über staatliche Betriebe zu Altbauernhöfen vollzog sich tendenziell auch im Kreis Cottbus. Hier war der Wandel in der Zusammensetzung der Produktionsgenossenschaften von 1952 bis 1960 allerdings weniger abrupt.[209]

---

208 Hinweise zur Instabilität von LPG 1960/61 in anderen Bezirken und zur Stimmung unter den Mitgliedern in: Armin Mitter, Brennpunkt 13. August 1961. Von der inneren Krise zum Mauerbau, Berlin 2001, S. 32–34; Osmond, Kontinuität, S. 161f.; BArch, DK-1, Nr. 5878, Bl. 314, 329, 333. Zum Bezirk Potsdam: Karin Ludwig, Die SED-Bezirksparteiorganisation Potsdam im Kampf um den Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in den Jahren 1958 bis 1961, Potsdam 1987, S. 100. Zur Gemeinde Kemnitz: Jürgen Angelow, Geschichte und Landschaft. Das märkische Rittergut Kemnitz, Berlin 2000, S. 96; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/4, Bl. 104; BLHA, Rep. 530, Nr. 1436 (Schreiben v. 8.8.1962 u. 24.12.1962); Rep. 530, Nr. 1439 (Ablaufplan v. 20.7.1961); Rep. 530, Nr. 1571 (Tagungsprotokoll v. 4.10.1961). Zum Bezirk Frankfurt (Oder): Werkentin, Strafjustiz, S. 106; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/403, Bl. 370f., 375f., 383; DY 30/IV 2/2023, Nr. 4, Bl. 110f.; DY 30/IV 2/2023/5, Bl. 47, 128, 134; BLHA, Rep. 601, Nr. 5762 (Analyse v. 16.11.1967); Rep. 730, Nr. 935 (Schreiben v. 9.8.1961); Rep. 730, Nr. 1256 (Schreiben v. 22.10.1962). Allgemein: Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 40.

209 BArch, DK-1, Nr. 2986, Bl. 168; Buchsteiner, Bodenreform, S. 35. Vgl. auch Weber, Umgestaltung, S. 2865; Kuntsche, Umgestaltung, S. 204. Zur Struktur in den Bezirken 1952/53 die Angaben in: BArch, DK-1, Nr. 5882, Bl. 21, 27; DK-1, Nr. 5885 (Statistik v. 6.1.1953, Bl. 84). Zum Bezirk Frank-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

In den frühen sechziger Jahren bestanden in vielen Gemeinden noch mehrere LPG, da sich rivalisierende Gruppen der ländlichen Bevölkerung in unterschiedlichen Betrieben zusammengeschlossen hatten. Divergierende Interessen, gesellschaftliche Konflikte, soziokulturelle Gegensätze und vereinzelt auch die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Parteien – vor allem der SED oder DBD – führten in den Dörfern eine gruppenspezifische Zuordnung zu unterschiedlichen LPG herbei. Besonders 1959/60 hatten sich Altbauern vielerorts nicht bereits bestehenden Produktionsgenossenschaften angeschlossen, sondern neue Kollektivbetriebe (überwiegend des Typs I) gegründet, um sich eine Restautonomie zu erhalten und eine Kooperation mit früheren Kleinbauern und Landarbeitern zu vermeiden. Im Bezirk Potsdam arbeiteten im November 1960, als zwei Drittel der Produktionsgenossenschaften dem Typ I angehörten, sogar in 20 Prozent der Gemeinden mehr als zwei LPG. Die Gründung mehrerer Produktionsagenossenschaften konzentrierte sich auf den traditionell altbäuerlich strukturierten Kreis Belzig. Aber auch in den Nordkreisen – vor allem in Gransee – waren viele kleine LPG des Typs I gegründet worden (*Tabelle 22*).[210]

Insgesamt führte die Kollektivierung auf dem Lande eine tiefgreifende Besitzumwälzung herbei, wie die Entwicklung im Bezirk Potsdam zeigt. Der Anteil der LPG an der landwirtschaftlichen Nutzfläche wuchs von 2,5 (1952) auf 26,5 (1956) und 46,7 Prozent (Ende 1959). 1960 wurde der Boden, der noch von Einzelbauern bewirtschaftet wurde, schließlich rücksichtslos kollektiviert, so daß sich die Fläche der LPG innerhalb weniger Wochen verdoppelte. Der Prozeß variierte regional aber deutlich, denn in Landkreisen, in denen sich die überkommene Agrarstruktur schon nach der Bodenreform nachhaltig gewandelt hatte, vollzog sich die Kollektivierung deutlich schneller als in Regionen, die von wirtschaftsstarken Altbauern beherrscht oder agrarstrukturell von Nebenerwerbsbetrieben geprägt waren. Außerdem beeinflußten der Umfang der Flächen, die Bauern verlassen hatten, die Erwerbsformen und die physisch-geographischen Bedingungen das Kollektivierungstempo. Noch am 9. März 1960 war im Bezirk Potsdam die Kollektivierung in den nördlichen Kreisen Gransee, Nauen, Neuruppin, Pritzwalk und Wittstock mit Anteilen der LPG an der landwirtschaftlichen Nutzfläche von jeweils über 70 Prozent deutlich weiter fortgeschritten als in den südlichen Landkreisen Belzig, Brandenburg, Potsdam, Königs Wusterhausen und Luckenwalde, wo jeweils weniger als die Hälfte des Bodens von Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet wurde (*Tabelle 23*).[211]

Auch im Bezirk Frankfurt (Oder) waren in den Südkreisen in den späten fünfziger Jahren insgesamt deutlich weniger Bauern kollektiviert worden als in den nördlichen Regionen, besonders nahe der Oder. Während 1957 in den Kreisen Seelow und Bad Freienwalde 44,7 bzw. 41,2 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche von LPG bewirtschaftet wurden, erreichte dieser Anteil in den Kreisen Fürstenberg und Beeskow nur 6,7 bzw. 14,1 Prozent. In diesen beiden Kreisen wurden im Bezirk Frankfurt (Oder) auch 1958/59 die geringsten Flächenanteile kollektiv bewirtschaftet. Noch am 20. März 1960 waren zudem in den drei Bezirken die Flächenanteile des kollektivierten Landes überaus unterschiedlich. Während

---

furt (Oder): BLHA, Rep. 601, Nr. 6300 (Analyse v. 20.1.1952); Rep. 730, Nr. 956 (Statistik v. Januar 1953).

210 BLHA, Rep. 401, Nr. 2681 (Übersicht v. 21.11.1960; Statistik „Anzahl Gemeinden mit Typ I"); Beetz, Rolle, S. 35f. Vgl. auch Osmond, Kontinuität, S. 153f.

211 Angaben in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1430 (Analyse v. 18.3.1959); Rep. 530, Nr. 1447 (Schreiben v. 19.7.1960); Rep. 530, Nr. 1659, Bl. 6, 11; Rep. 401, Nr. 955, Bl. 92; Uhlemann, Sieg, S. 218; ders. u.a., Rolle, S. 14f., 32, 34, 36, 41f., 44, 46f., 54, 65.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

LPG im Bezirk Cottbus über 49,3 Prozent der LN verfügten, hatten Produktionsgenossenschaften in den Bezirken Potsdam und Frankfurt (Oder) 84,1 bzw. 82,4 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Bodens übernommen. In den nördlichen Bezirken und Kreisen war im allgemeinen auch der Anteil der LPG vom Typ III besonders hoch, die mit der Zwangsintegration der ÖLB verlassenes Neubauernland und von Großbauern aufgegebene Flächen aufgenommen hatten. Die regionale Disparität verweist insgesamt auf den funktionalen Zusammenhang von Bodenreform und Kollektivierung, der sich aus der Destruktion der traditionalen gutsbetrieblichen Agrarstruktur und der Implantation der Neubauern als Gesellschaftsgruppe ergeben hatte. Dieser Nexus wirkte sich noch nach dem offiziellen Abschluß der Kollektivierung auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung aus, denn in den Nordbezirken und -kreisen konzentrierten sich die besonders großen LPG, die in den späten sechziger Jahren zuerst in Kooperationsbetriebe umgewandelt wurden. In den nördlichen Bezirken und Kreisen war im allgemeinen auch der Anteil der LPG vom Typ III besonders hoch, die mit der Zwangsintegration der ÖLB verlassenes Neubauernland und von Großbauern aufgegebene Flächen aufgenommen hatten. Die regionalen Disparitäten im Kollektivierungsprozeß prolongierten damit insgesamt (in neuen Betriebsformen) die wirtschafts- und sozialstrukturellen Unterschiede zwischen den nördlichen und südlichen Regionen Mitteldeutschlands. Wegen der ausgeprägten Gutsherrschaft in den nördlichen Regionen hatte die Bodenreform hier die Agrarstruktur besonders umfassend verändert und gravierende Folgeprobleme verursacht, die das Kollektivierungstempo beeinflußten. Die Umwälzung im Bezirk Frankfurt (Oder) hob sich zudem scharf von der agrar- und sozialstrukturellen Entwicklung in den benachbarten neuen westlichen Wojewodschaften Polens ab, wo in der unmittelbaren Nachkriegszeit aus dem enteigneten Gutsland Kleinbauernstellen gebildet und zahlreiche Staatsgüter eingerichtet wurden. Nach dem Abbruch der Kollektivierung in Polen im Herbst 1956 divergierte die Entwicklung in den Gebieten westlich und östlich von Oder und Neiße noch deutlicher.[212]

Arbeit und Leben in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Die LPG konfrontierten die eingetretenen Bauern mit einer neuen, ungewohnten Betriebs- und Arbeitsorganisation, die letztlich auf die Herausbildung des „Genossenschaftsbauern" zielte. In den späten fünfziger Jahren gipfelte das modernistische Erziehungskonzept in dem Postulat, das ideologisch-gesellschaftliche „Bewußtsein" der neuen LPG-Mitglieder nach

212 Swain, Agriculture, S. 140–149; Mrowka, Bodenreform, S. 244, 251–254; Eckart, Veränderungen, S. 19, 21–23, 44. Zur zeitgenössischen Wahrnehmung: Nigel Swain, The Local Experience of the Oder Border Region – A Polish and a German Village Compared, in: Schultz (Hg.), Bevölkerungstransfer, S. 145–162. Zu den Unterschieden zwischen den Bezirken: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/357, Bl. 61. Zu den Gründen des Nord-Süd-Gefälles: Schulz, Probleme, S. 152. Vgl. auch Weber, Umgestaltung, S. 2867f. Zum Bezirk Frankfurt (Oder): BLHA, Rep. 730, Nr. 960 (Material v. 26.3.1957; Tabelle „Flächenzunahme der LPG"; Bericht „Die Entwicklung des Bezirkes Frankfurt-Oder auf dem Gebiet der Landwirtschaft"); Rep. 604/16, Bl. 40f. Ergänzend: Friedmar Rahn, Zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Frankfurt (Oder) in den Jahren 1956–1958, in: Ereignisse, Erinnerungen, Berichte. Protokoll des Geschichtskolloquiums „35 Jahre DDR – 35 Jahre erfolgreiche Entwicklung des Oderbezirkes" am 31. Mai 1984, hg. von der Bezirksleitung Frankfurt (Oder) der SED und der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, o.O., o.J. [1984], S. 35–42, hier: S. 36.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

den „zehn Geboten der sozialistischen Moral" zu festigen, die Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 verkündet hatte. Im „Kampf gegen die alten Traditionen und Gewohnheiten aus der kapitalistischen Ordnung, wie Egoismus, Gleichgültigkeit, Einzelgängertum, unkollegiales Verhalten usw." hatten die Parteiorganisationen „den neuen sozialistischen Menschen zu erziehen." Dazu mußten auch in der Agrarwirtschaft in den späten fünfziger Jahren „sozialistische Brigaden" gebildet werden, mit denen die früheren Bauern und Landarbeiter an die Kollektivarbeit herangeführt werden sollten. Weit wirksamer waren aber Appelle von Parteifunktionären an das traditionale Arbeitsethos der Bauern, besonders durch die Propaganda für die „gute genossenschaftliche Arbeit", die in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren einen erheblichen Produktionszuwachs herbeiführen und damit die Versorgung sichern sollte. Überlieferte Ehr- und Ordnungsvorstellungen wurden gezielt genutzt, um die – nicht nur aus der Sicht der Parteileitungen – völlig unbefriedigende Arbeitsorganisation in den LPG nachhaltig zu verbessern. So richtete sich das „Produktionsaufgebot", eine 1961 vom ZK verkündete Kampagne zum Wachstum der Erzeugung, vor allem gegen LPG-Mitglieder, die ihre Arbeit vernachlässigten: „Ordnung im Dorf heißt, streng das Statut einhalten, nach der inneren Betriebsordnung arbeiten, der genossenschaftlichen Wirtschaft gegenüber der Hauswirtschaft den Vorrang geben. Das heißt, vorbildlich die Brigadearbeit organisieren und keine Verletzung der Arbeitsdisziplin, Arbeitsbummelei, Schlamperei und Vergeudung von genossenschaftlichem Eigentum zu dulden." Eine Arbeitsgruppe des Büros der SED-Leitung im Kreis Seelow forderte im Dezember 1961 sogar explizit: „Wir müssen die Ehre in den Bauern wecken."[213]

Allein Aufrufe an den Idealismus und das Ehrgefühl der LPG-Mitglieder konnten die Arbeit in den Produktionsgenossenschaften aber keineswegs nachhaltig verbessern. Die stagnierende oder sogar sinkende Produktion in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren deutete vielmehr auf beträchtliche Mißstände hin. Die Räte der Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus sowie die SED-Bezirksleitungen beklagten unablässig die Verletzung von Statuten, Anweisungen von Parteifunktionären und „Stallordnungen", kritisierten die Verantwortungslosigkeit von LPG-Mitgliedern und Traktoristen der MTS ebenso wie eine zu enge oder fehlende Zusammenarbeit von Parteisekretären und Vorsitzenden der LPG, geschönte Berichte und nachlässige Arbeit. Trotz der offenkundigen strukturellen Probleme, des unzureichend ausgebildeten Personals und des materiellen Mangels in den Produktionsgenossenschaften propagierten die SED-Leitungen die Entwicklung „sozialistische[r] Charaktereigenschaften" als Patentrezept zur Verbesserung der Arbeitsorganisation. Diese verengt personalistische Problemsicht, die sich vor allem aus dem unreflektierten Voluntarismus der Machthaber ergab, richtete sich besonders gegen die jeweils untergeordneten Führungskräfte. So meldete die Abteilung Organisation/Kader in der SED-Bezirksleitung Potsdam am 21. September 1961, daß „wir in den meisten Räten der Kreise noch nicht durch sind mit der Herstellung einer eisernen Staatsdisziplin und mit dem Verständnis dafür, dass überall eine richtige Ordnung durchgesetzt werden muss."[214]

213 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/626, Bl. 241; BLHA, Rep. 730, Nr. 942 („Aus der ZK-Argumentation vom 19.9.61", Protokoll v. 14.12.1961).

214 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 530, Nr. 953, Bl. 135, 79. Vgl. auch BLHA, Rep. 601, Nr. 1243 (Rede Reichelts v. 29.8.1960). Zu den ideologisch-politischen Zielen in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren exemplarisch: BLHA, Rep. 530, Nr. 201, Bl. 116f. Zur Traditionsgrundlage auch: Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 146, 148, 163.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Schon 1952/53 war vielfach kritisiert worden, daß Vorstände und Mitglieder die Statuten der Betriebe verletzten. So wurden im Bezirk Potsdam vielerorts Felder nicht gemeinsam bearbeitet oder Großbauern in die LPG aufgenommen. Vereinzelt bildeten Bauern sogar nur formal LPG, um staatliche Zuwendungen zu erhalten. So bestand 1958 die Produktionsgenossenschaft in der Gemeinde Görzke (Kreis Belzig) „nur zum Schein und nimmt nur die staatlichen Vergünstigungen in Anspruch, ohne nach dem Statut zu arbeiten." Die Kreisleitungen der SED forderten die Betriebsparteiorganisationen auf, in den LPG Mitgliederversammlungen durchführen zu lassen, um eine Arbeit nach den Statuten durchzusetzen. Aber auch „Genossen" verletzten die Statuten. Sogar Vorstandsmitgliedern einzelner Produktionsgenossenschaften wurde vorgeworfen, die „innergenossenschaftliche Demokratie" zu mißachten, indem sie wichtige wirtschaftliche Entscheidungen ohne Zustimmung der Mitglieder trafen. Außerdem unterbanden sie aus der Sicht der übergeordneten SED-Funktionäre nicht durchweg und energisch genug die weitverbreitete Arbeitsbummelei oder gravierende Verstöße gegen die Statuten. Die Parteileitungen kritisierten auch wiederholt, daß Frauen und Jugendliche nur ungenügend an der Leitung der LPG beteiligt wurden. Produktionsausfälle galten nicht als Folge der überzogenen Herrschafts- und Gestaltungspolitik der Machthaber, sondern wurden im Gegenteil vor allem auf die mangelhafte Arbeit nach „sozialistischen Prinzipien" zurückgeführt.[215]

Insgesamt erforderte der Übergang zur Arbeit in Produktionsbrigaden von den früheren Bauern die größte Anpassungsfähigkeit. Die Kooperation in den Brigaden, die in der DDR im September 1953 in 80 Prozent der LPG gebildet worden waren, widersprach dem Ethos individueller, körperlicher Arbeit, dem Ideal der Alleinverantwortung des landwirtschaftlichen Betriebsinhabers und überhaupt dem kulturellen Sonderbewußtsein der Bauern. Nach den inneren Betriebsordnungen waren in allen LPG demgegenüber Feld-, Viehzucht-, Bau- und andere Spezialbrigaden zu bilden. In den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus wurden in den Produktionsgenossenschaften 1952/53 diese Arbeitsgruppen aber nur zögernd etabliert. Nur in den LPG vom Typ III arbeiteten die Beschäftigten schon früh in Brigaden zusammen. Ende 1956 verfügten im Bezirk Frankfurt (Oder) 80,7 Prozent der LPG vom Typ III über eine Feldbaubrigade; in den restlichen Produktionsgenossenschaften hatten die Vorstände sogar mehrere Brigaden konstituiert. Die Kollektivarbeit war aber keineswegs in allen LPG durchgesetzt worden. Der Rat des Bezirks Potsdam veranschlagte den Anteil der Produktionsgenossenschaften, in denen im Oktober 1954 nach dem Brigadesystem gearbeitet wurde, mit rund 76,5 Prozent; im Juni 1953 waren aber bereits in 81,7 Prozent der LPG Produktionsbrigaden gebildet worden, bevor die Erhebung im Sommer 1953 die Kollektivarbeit in vielen Produktionsgenossenschaften erschütterte. Insgesamt wurden Brigaden in den Bezirken Potsdam und Frankfurt (Oder) 1952/53 schneller konstituiert als im Bezirk Cottbus, wo im Kreis Finsterwalde im Februar 1953 in keiner LPG Produktionsbrigaden eingesetzt oder Arbeitsnormen erlassen worden waren.[216]

---

215 Zit. nach: BLHA, Rep. 401, Nr. 971, Bl. 689. Berichte über die Verletzung der Statuten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/127, Bl. 198; BLHA, Rep. 530, Nr. 730, Bl. 125; Rep. 530, Nr. 1352 (Bericht v. 30.4.1962); Rep. 401, Nr. 960, Bl. 52, 54; Rep. 401, Nr. 2681 (Bericht v. 17.11.1960). Bericht über Mitgliederversammlungen in: BLHA, Rep. 530, Nr. 769, Bl. 37. Zu Verstößen von SED-Mitgliedern: BLHA, Rep. 530, Nr. 770, Bl. 25; Rep. 530, Nr. 891, Bl. 65. Allgemein: Schulz, Probleme, S. 130.

216 BLHA, Rep. 930, Nr. 702 (Bericht v. 10.2.1953). Angaben zur Zahl der Feldbaubrigaden im Bezirk Frankfurt (Oder) nach: BLHA, Rep. 601, Nr. 5981 („Die Aufteilung der LPG Typ III nach den Jahresabschlußberichten 1955"; „Anlage zur Analyse der Jahresendabrechnungen 1956 der LPG"). Zur Bri-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die „Brigaden der sozialistischen Arbeit", die das SED-Regime 1959/60 zur Erfüllung des Siebenjahrplans propagierte, bestimmten die Betriebs- und Arbeitsorganisation in den Produktionsgenossenschaften weitaus weniger als in den VEG und MTS. Obgleich das Zentralkomitee der SED auf seiner 7. Tagung (10. – 13. Dezember 1959) einen Wettbewerb um den Titel der „Brigade der sozialistischen Arbeit" ausgerufen und auch die Bezirks- und Kreisleitungen der Partei unablässig auf die Bildung der Brigaden drängten, hatte im Bezirk Cottbus im Februar 1960 in den Kreisen Finsterwalde und Herzberg keine Arbeitsbrigade den Titelkampf aufgenommen. Im April 1960 kritisierte auch das Sekretariat der SED-Bezirksleitung Potsdam die Partei- und Gewerkschaftsleitungen in den Betrieben, da sie die Brigaden angeblich nur unzureichend unterstützten. Im Bezirk Frankfurt (Oder) wurden ebenfalls viele Brigaden nur formal gebildet, ohne daß abgeschlossene Verträge konkretisiert worden waren. Der stellvertretende Abteilungsleiter im ZK und Professor für Politische Ökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin, Otto Reinhold[217], stellte im Juni 1960 offen fest: „Noch viele Jahre – das möchte ich unterstreichen – werden wir uns mit alten überlebten Ideen und Vorstellungen auseinandersetzen müssen, bis sich alle Bauern zu wirklichen sozialistischen Kollektiven zusammengeschlossen haben."[218] Auch die aufwendig inszenierte Kampagne für „sozialistische Gemeinschaftsarbeit" – so in den „Gemeinschaften junger Sozialisten" – traf in den LPG nur auf eine schwache Resonanz. Die Gemeinschaftsarbeit sollte in den frühen sechziger Jahren zur wirtschaftlichen Stabilisierung der neuen Produktionsgenossenschaften beitragen, indem Mitglieder der FDJ oder junge Arbeiter der VEG für die Mitarbeit in den Kollektivbetrieben mobilisiert wurden. „Komplexbrigaden", in denen MTS und LPG in den späten fünfziger Jahren zur besseren Ausnutzung der Maschinen in einzelnen Dörfern kooperierten, steigerten gleichfalls nur begrenzt die Produktivität, da viele Vorsitzende von Produktionsgenossenschaften und Direktoren von Maschinenstationen um die Kompetenzen stritten.[219]

---

gadearbeit im Bezirk Potsdam: BArch, DK-1, Nr. 9118, Bl. 9; BLHA, Rep. 401, Nr. 842, Bl. 14–18; Rep. 401, Nr. 962 („Bezirk Potsdam"). Zum Anteil der LPG mit Produktionsbrigaden in der DDR: Schulz, Probleme, S. 126. Zum Problem der mentalen Adaption: Bentzien, Bauern, S. 143. Allgemein zur Bildung der Brigaden: BArch, DK-1, Nr. 250, Bl. 108. Hinweise zur langsamen Durchsetzung von Brigaden in: BLHA, Rep. 601, Nr. 4689 (Schreiben v. 12.11.1952). Exemplarisch für Thüringen: Schier, Alltagsleben, S. 200–210.

217 Otto Reinhold (geb. 1925) trat 1945 der KPD, 1946 der SED bei. 1951 wurde er Professor für Politische Ökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1953 an der Parteihochschule der SED. Nachdem er von 1956 bis 1961 auch als stellvertretender Abteilungsleiter im ZK der SED gearbeitet hatte, wurde er 1961 stellvertretender Direktor, im darauffolgenden Jahr Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und anschließend bis 1989 Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Von 1967 bis 1989 gehörte Reinhold auch dem ZK der SED an. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 272.

218 BLHA, Rep. 930, Nr. 767 (Schlußwort v. 10.6.1960). Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/626, Bl. 29, 239; DY 30/IV 2/7/130, Bl. 10; BLHA, Rep. 930, Nr. 713/2 (Bericht v. 2.2.1960); Rep. 530, Nr. 204, Bl. 11; Rep. 730, Nr. 965 (Vorlage v. 8.3.1961).

219 Zur „sozialistischen Gemeinschaftsarbeit": BLHA, Rep. 530, Nr. 891, Bl. 41. Zu den „Komplexbrigaden": SAPMO-BArch, DY 20/IV 2/2023/58, Bl. 35f.; BLHA, Rep. 530, Nr. 1372 (Schreiben vom Januar 1962).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Produktion

Wegen der überzogenen Kollektivierungspolitik und der damit verbundenen Labilität der LPG blieb die Produktion in den Kollektivbetrieben insgesamt weit hinter den hochgesteckten Erwartungen der SED-Führung zurück, die in den fünfziger und frühen sechziger Jahren von einer nahezu unbegrenzten Modernisierungseuphorie beherrscht wurde. Der hypertrophe Modernismus der Spitzenfunktionäre, der in der Landwirtschaftspolitik seit 1960 besonders von dem mächtigen ZK-Sekretär Gerhard Grüneberg personifiziert wurde, spiegelte sich in einem kaum gebremsten Gestaltungsoptimismus wider, verstärkte den tief verwurzelten Voluntarismus der Agrarfunktionäre und begründete übertriebene Erwartungen in die Leistungsfähigkeit der LPG. Die Kollektivierung der Landwirtschaft sollte vor allem die Spezialisierung der Produktion fördern, die Mechanisierung im Ackerbau und in der Viehwirtschaft beschleunigen, damit die rationelle Bewirtschaftung großer Felder ermöglichen und den Übergang zur intensiven Tierproduktion herbeiführen. Die Erträge der neuen Betriebe blieben in der DDR in den frühen fünfziger Jahren jedoch relativ gering. Die LPG erreichten 1953 nur bei den Getreidehektarerträgen den Durchschnittswert der Landwirtschaft. Von 1953 bis 1955 wuchs die „Marktproduktion" in den Produktionsgenossenschaften zwar um 75 Prozent; besonders in der Viehwirtschaft waren aber weiterhin erhebliche Rückstände gegenüber den Einzelbauern unübersehbar. 1955 erhielten 77 Prozent der LPG Sonderkredite, um damit die Arbeitseinheiten aufzustocken, die den Mitgliedern aus den Einkünften ausgezahlt werden mußten. Besonders gering waren die Erträge in großen LPG geblieben, die mehr als 100 ha bewirtschafteten und weite Flächen verlassenen Landes aufgenommen hatten. Obgleich die Kollektivbetriebe massiv subventioniert und materiell umfassend unterstützt wurden, erzielten die Einzelbauern in der DDR auch 1956/57 höhere Erträge in der Viehwirtschaft als die LPG. Ebenso blieb die Flächenproduktivität in den Kollektivbetrieben deutlich hinter den Bauernhöfen zurück. Die beträchtliche Staatshilfe bewirkte in den späten fünfziger Jahren allerdings, daß die Produktion und Erträge in den LPG tendenziell stärker wuchsen als in den einzelbäuerlichen Betrieben.[220]

Die Erzeugung der Produktionsgenossenschaften, die der staatlichen Kontrolle weitaus umfassender unterworfen waren als die einzelbäuerlichen Betriebe, wurde von den zuständigen Abteilungen der Räte der Bezirke und Kreise detailliert festgelegt. Letztlich bestimmten aber die Kreis- und Bezirksleitungen der SED die Produktionsplanung. Besonders die Gesamtpläne für die Bezirke und Kreise, aber auch die Quartalsbilanzen und Jahresendabrechnungen unterlagen strikter Geheimhaltung. Nach der Forderung Ulbrichts und einem Beschluß der IV. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG mußten in den Betrieben für den zweiten Fünfjahrplan (1956–1960) „Perspektivpläne" ausgearbeitet werden, „damit der gesellschaftliche und eigene Wohlstand der Genossenschaftsbauern so schnell wie möglich wächst." Die Kollektivbetriebe sollten in den späten fünfziger Jahren vor allem den Anbau von Mais und Futterpflanzen erweitern, um die Produktion in der Viehwirtschaft zu steigern. Die LPG hatten ihre landwirtschaftliche Erzeugung nachhaltig zu steigern, und sie mußten im allgemeinen hohe Produktionsziele erreichen, die auch nach der Übernahme „devastierter" Flächen nicht reduziert wurden. Da die Parteileitungen auf der Erfüllung der Pläne bestanden, schlugen die Vorsitzenden vieler LPG schon im Planungsstadium geringere Produktionsauflagen vor. Unablässig kritisierten Parteifunktionäre und leitende Ange-

220 Schulz, Probleme, S. 134, 145, 150; Prokop, Aufbau, S. 768; ders., Probleme, S. 816f. Zum Ziel der Spezialisierung exemplarisch: BLHA, Rep. 801, Nr. 25016 (Vortrag v. 15.11.1956)

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

stellte der staatlichen Landwirtschaftsverwaltungen in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus deshalb „Tendenzen ‚weicher Pläne'". 1960 verbreitete sich unter den Mitgliedern von Produktionsgenossenschaften und Landwirtschaftsfunktionären demgegenüber die Meinung, daß der Staatsplan ohnehin nicht erfüllt werden könne. Einzelne Bürgermeister – so in der Gemeinde Preddöhl (Kreis Pritzwalk, Bezirk Potsdam) Ende 1961 – lehnten Pläne sogar offen als zu hoch ab. 1961/62 versuchten auch die Vorstände vieler Kollektivbetriebe in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, die Kennziffern der staatlichen Planungsinstitutionen bei der Veranlagung zu reduzieren. Der Kampagnenstil, den das SED-Regime zur Mobilisierung der LPG-Mitglieder favorisierte, förderte überdies die Fixierung auf den Umfang der Produktion, während die Qualität der Erzeugnisse vernachlässigt wurde. Insgesamt entfremdete die Durchsetzung detaillierter Pläne „von oben" viele LPG-Mitglieder von einem Regime, das die Partizipation der „Werktätigen" fortwährend hervorhob und seine diktatorische Herrschaft pseudodemokratisch rechtfertigte. So erklärten „Genossenschaftsbauern" im Kreis Belzig im Herbst 1961 resigniert: „Nach dem Plan werden wir sowieso nicht gefragt, das bestimmt die Abt. Landwirtschaft beim Rat des Kreises allein."[221]

Im Ackerbau waren die Erträge der Einzelbauern in der DDR 1954/55 in allen Fruchtarten höher als in den LPG. Die Produktion war in den LPG vom Typ III am geringsten. Das Landwirtschaftsministerium führte die niedrigen Erträge der Produktionsgenossenschaften vor allem auf die unzureichende Betriebs- und Arbeitsorganisation, den schlechten Kulturzustand der von den ÖLB übernommenen Flächen, die ungenügende Versorgung mit Kunstdünger und den akuten Arbeitskräftemangel zurück. Die LPG erreichten 1958 in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus bei Getreide fast die in den einzelbäuerlichen Betrieben erzielten Erträge oder übertrafen diese sogar geringfügig. Demgegenüber blieb die Erzeugung von Kartoffeln, Zuckerrüben und Silomais deutlich hinter der Flächenproduktivität der Einzelbauern zurück (*Tabelle 24*). Nach der Zwangskollektivierung und anhaltender Dürre verschlechterte 1961 eine gravierende Mißernte die Lebensmittelversorgung in der DDR. Die Hektarerträge sanken gegenüber dem Vorjahr bei Getreide um 21,1 Prozent, bei Kartoffeln um 35,7 Prozent und bei Zuckerrüben um 25,7 Prozent. Insgesamt ging die „Marktproduktion" im Ackerbau so deutlich zurück, daß sich die Lebensmittelversorgung drastisch verschlechterte und die SED-Diktatur in eine akute Legitimationskrise geriet. In einem Schreiben an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED gestand Ulbricht offen die akuten Versorgungsprobleme ein, betonte aber unbeirrt: „Die Nichterfüllung des Planes in einer Reihe Bezirke, Kreise, Gemeinden und sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe hat somit nicht seine Ursachen in der Vervollgenossenschaftlichung der Landwirtschaft, sondern in erster Linie darin, daß die Parteileitungen und Staatsorgane die Beschlüsse des V. Parteitages, des 8. Plenums des ZK [30. März – 2. April 1960] und des VI. Deutschen Bauernkongresses [8.–11. Dezember 1960] nicht zielstrebig mit den Bauern verwirklichen."[222]

---

221 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 601, Nr. 6334 („Der Perspektivplan der LPG bis 1960"); Rep. 530, Nr. 954, Bl. 189. Zur „Vorplanung" für 1961: BLHA, Rep. 601, Nr. 6327 (Bericht v. 10.10.1960). Zu den Geheimhaltungsstufen für Landwirtschaftspläne: BLHA, Rep. 401, Nr. 963, Bl. 190.

222 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/59, Bl. 100. Allgemein: Sywottek, Entwicklungen, S. 166; Lemke, SED-Kampagnen, S. 154f. Vgl. auch die Angaben in Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln",

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Noch deutlicher war der Kontrast zwischen der überschäumenden Fortschrittseuphorie der SED-Führung und den Produktionsergebnissen in der Viehwirtschaft. Schon der Tierbesatz war auf den Bauernhöfen erheblich höher als in den Produktionsgenossenschaften. Während in der DDR im Dezember 1955 in LPG auf jeweils 100 ha statistisch nur 5,9 Pferde und 46,0 Rinder entfielen, verfügten Klein- und Mittelbauern mit bis zu 20 ha durchschnittlich über 13,0 Pferde und 70,9 Rinder. In den Produktionsgenossenschaften vom Typ III blieb der Viehbesatz noch weiter hinter den Betrieben der Einzelbauern zurück. Die LPG konzentrierten sich auf die Pflanzenproduktion, da besonders der großflächige Ackerbau einen erheblichen Produktivitätsgewinn versprach. Die Integration der ÖLB, die weitgehend ohne Nutztiere bewirtschaftet werden mußten, senkte zudem den Viehbesatz der Produktionsgenossenschaften. Die Kollektivbetriebe hatten aber auch die Viehaufzucht und den Kauf von Tieren vernachlässigt, die Futterwirtschaft schlecht organisiert und die Stallgebäude vielfach ungenügend ausgenutzt. Im Bezirk Frankfurt (Oder) blieb der Viehbesatz in den LPG besonders gering, denn hier hatten Kollektivbetriebe weite Flächen übernommen, die von Neubauern verlassen oder von Großbauern aufgegeben und vorübergehend von ÖLB bewirtschaftet worden waren. 1955/56 ging der Viehbesatz in den LPG deshalb deutlich zurück, und auch in den späten fünfziger Jahren reichten die Tierbestände in den LPG nicht aus, um das von den Parteileitungen geforderte Produktionswachstum zu erreichen, besonders bei Schweine- und Rindfleisch. Während in den einzelbäuerlichen Betrieben am 3. Dezember 1959 auf 100 ha statistisch 30,2 Kühe entfielen, wiesen LPG vom Typ III durchschnittlich lediglich 22,9 und VEG sogar nur 17,2 Kühe auf. Auch die Steigerung der Milchproduktion blieb deshalb deutlich hinter den geplanten Zuwachsraten zurück. Nachdem 1959/60 die Kollektivierung forciert worden war, stiegen die Tierverluste sprunghaft an. Auch in den darauffolgenden Jahren verringerten hohe Verluste in der Viehwirtschaft die Erträge.[223]

Ebenso senkte die Konzentration der Mitglieder auf ihre persönliche Viehwirtschaft die Produktion in den LPG. Die Kollektivarbeit widersprach der traditionalen Präferenz der Bauern für individuelle Arbeit, die zuvor nur Formen freiwilliger genossenschaftlicher Kooperation eingeschränkt hatten. Mit der Kollektivierung war die Wirkungsmacht persönlicher (oft materieller) Interessen keineswegs stillgestellt. Vielmehr klagten die Bezirks- und Kreisleitungen der SED in den fünfziger Jahren unablässig über die Konzentration der LPG-Mitglieder auf die Viehhaltung in ihrer persönlichen Hauswirtschaft. Im Kreis Pritzwalk wurden im ersten Halbjahr 1959 14,3 Prozent der Rinder und 22,6 Prozent der Kühe, über die LPG verfügten, von den Mitgliedern persönlich gehalten. Der Rat des Bezirks Frankfurt (Oder) registrierte Ende 1959 besorgt, daß die Einnahmen der Produktionsgenossenschaften deutlich hinter den Plänen zurückblieben, und führte das Defizit vor allem auf zu hohe Bestände in der individuellen Viehhaltung zurück. Abgeschreckt von der geringen Rentabilität der Viehwirtschaft in den LPG, hielten besonders alteingesessene Bauern, die sich in den späten fünfziger Jahren LPG vom Typ III anschlossen, ihr Vieh zurück, wie einzelne Anga-

S. 44; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/354, Bl. 44, 89; DY 30/IV 277/364, Bl. 9–13; BArch, DK-1, Nr. 5878, Bl. 280.

223 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/441, Bl. 34, 36f.; BLHA, Rep. 801, Nr. 25015 (Analyse v. 1.8.1959 u. 16.7.1959). Angaben zum Bezirk Potsdam in: BLHA, Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 83; Rep. 530, Nr. 1427 (Tabelle „Entwicklung der Viehbestände in LPG – 100 ha Besatz"); Rep. 530, Nr. 1453 (Bericht v. 20.9.1962). Zum Bezirk Frankfurt (Oder): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/403, Bl. 334. Zum Viehbesatz in der DDR: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/354, Bl. 44f., 91.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ben belegen. In Betrieben wie der LPG Stahnsdorf (Landkreis Potsdam) erhielten Mitglieder sogar Futtermittel zur Aufzucht ihrer Kälber und Ferkel. Bezirks- und Kreisleitungen der SED drängten die Parteiorganisationen in den Produktionsgenossenschaften fortwährend, die individuelle Viehwirtschaft zu reduzieren und die Mitglieder zum Verkauf von Tieren zu zwingen. Vereinzelt wurde Vieh dennoch dem Zugriff der LPG-Vorstände entzogen, indem es Mitglieder hastig verkauften. Insgesamt stellte die Abteilung Landwirtschaftspolitik in der SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) im März 1961 noch deutliche Unterschiede zwischen den LPG-Mitgliedern fest: „Die ehemaligen Einzelbauern, die vor Eintritt in die LPG ökonomisch stark waren, haben auch jetzt wieder eine grosse individuelle Hauswirtschaft und betrachten sie als Haupteinnahmequelle, wobei die Frauen dieser Bauern in der genossenschaftlichen Produktion nur wenig oder gar nicht mitarbeiten. [...] Beim Eintritt der Bauern in die LPG wurde zugelassen, dass sie niedrige Viehbestände, besonders bei Schweinen, einbrachten." Die persönliche Hauswirtschaft war aber nicht nur lukrativ, sondern auch ein Freiraum, in dem Mitglieder von Produktionsgenossenschaften Eigeninitiative entwickeln konnten.[224]

Produktivität, Rentabilität und Konflikte

Dem gebremsten Produktionswachstum entsprach in den LPG eine geringe Produktivität. Ebenso wie Initiativen zur Zunahme der Erzeugung wurden Methoden zur Produktivitätssteigerung von SED-Funktionären nachhaltig und umfassend ideologisch aufgeladen. Die Politisierung der Ökonomie ging aber mit einer Ökonomisierung der Politik einher, denn die Machthaber mußten ihre diktatorische Herrschaft in den fünfziger Jahren rechtfertigen, indem sie den Hunger der ersten Nachkriegsjahre überwanden und die Lebensmittelversorgung spürbar verbesserten. Bauern und viele LPG-Mitglieder widersetzten sich aber der Propaganda, mit der vor allem die Bezirks- und Kreisleitungen der SED auf eine Steigerung der Produktivität drängten. So bemerkte eine Brigade des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED im Landkreis Cottbus im Frühjahr 1960 „bei vielen Bauern eine Unfähigkeit, zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft und der nationalen Lebensfrage eine Verbindung zu erkennen." Eine geringe Arbeitsmoral verhinderte in vielen LPG eine deutliche Leistungssteigerung. Schon die ersten Produktionsgenossenschaften wurden wiederholt von anhaltenden internen Konflikten erschüttert, die nach der Veröffentlichung des Politbüro-Kommuniqués am 11. Juli 1953 auch offen ausgetragen wurden. Beschäftigte verstießen gegen die Arbeitszeiten, und Alkoholexzesse beeinträchtigten in vielen Gemeinden das Ansehen der LPG. Auch in den darauffolgenden Jahren bestimmte die Kritik an „Schlenderei", „Schlamperei" und „Gleichmacherei" die Berichte der SED-Leitungen über die Arbeit in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Im Bezirk Frankfurt (Oder) übertrafen 1958/59 die Kosten die Geldeinnahmen in den LPG

224 BLHA, Rep. 730, Nr. 965 (Vorlage v. 8.3.1961). Angaben zur persönlichen Viehwirtschaft nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 1367 (Vorlage v. 21.6.1960); Rep. 530, Nr. 1450 („Analyse über die Entwicklung der LPG im Kreise Pritzwalk im 1. Halbjahr 1959"). Klagen über zu hohe Viehhaltung z.B. in: BLHA, Rep. 601, Nr. 5896 („Voreinschätzung LPG"). Zum Druck auf die LPG-Mitglieder exemplarisch: BLHA, Rep. 530, Nr. 1632 (Bericht v. 6.9.1961). Zur LPG Stahnsdorf: BLHA, Rep. 530, Nr. 1370. Allgemein aus Sicht der Parteileitungen und staatlichen Behörden: Klemm, Jahre, S. 113. Anschauliche Darstellung anhand eines Fallbeispiels in: Schier, Alltagsleben, S. 223–237.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

vom Typ III um nahezu das Dreifache; der Wert der Gesamteinnahmen war allerdings höher als das Niveau der Kosten.[225]

Das von der SED-Führung unablässig propagierte „Leistungsprinzip" traf in vielen LPG auf Vorbehalte. So wurden die Arbeitseinheiten oft nicht nach den vorgesehenen Kriterien individuell differenziert, sondern nach den absolvierten Stunden berechnet. Besonders Landarbeiter, die mit ÖLB in Produktionsgenossenschaften überführt worden waren, verlangten Festlöhne, und sie arbeiteten in vielen Betrieben – so in der LPG Krielow (Landkreis Potsdam) 1955 – „genau nach der Uhr." In einer Vorlage für das Büro der SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) vom 2. März 1961 gestand die Abteilung Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft offen ein, daß der Verbrauch von Arbeitseinheiten in vielen LPG nicht der Leistung der Betriebe entsprach. Auch in den Bezirken Potsdam und Cottbus wurden die geplanten Arbeitseinheiten in einzelnen Produktionsgenossenschaften z.T. deutlich überschritten. Die SED-Bezirksleitung Cottbus berichtete noch im April 1963 über „Unklarheiten" bei Leistungsprämien in den LPG des Typs I, deren Mitglieder geschickt die egalitäre Legitimationsideologie des SED-Staates aufgegriffen hatten: „Wir arbeiten alle gut, wenn wir prämiieren, gibt es nur Streit". Der Beschluß des Ministerrats vom 12. Juni 1958, in allen LPG bis 1960 durch die Ausschöpfung von Produktionsreserven, die Verbesserung der Arbeitsorganisation und die Durchsetzung des „Leistungsprinzips" die Rentabilität zu sichern, war angesichts des Produktivitätsrückstands vor allem in den LPG des Typs III nicht durchsetzbar.[226]

Da Aufrufe und Maßnahmen zur Leistungssteigerung der Beschäftigten in den LPG lediglich geringe Wirkung erzielten und die Kürzung der ausgezahlten Einkommen wiederholt beträchtlichen Protest auslöste, übertrafen die Ausgaben in den meisten LPG, die in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus gebildet wurden, die Einnahmen. Viele Produktionsgenossenschaften hatten schon 1953/54 ihre Pläne nicht erfüllt, und der Aufbau der Betriebe verursachte ebenso wie die Integration verlassener Flächen hohe Kosten. Deshalb öffnete sich zwischen Einnahmen und Ausgaben eine wachsende Lücke, die nur mit staatlichen Zuschüssen geschlossen werden konnte. Einzelne Kollektivbetriebe wie die LPG-III in Seefeld (Kreis Bernau, Bezirk Frankfurt/Oder) hatten schon 1953 einen Kredit in Höhe von 65.000 DM erhalten. Bis Ende 1954 erhöhte sich die finanzielle Belastung dieser Produktionsgenossenschaft auf 160.000 DM. Insgesamt waren die Einnahmen pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in den LPG noch Mitte der fünfziger Jahre deutlich geringer als auf den großen Bauernbetrieben mit über 20 ha, wie die Statistik für die landwirtschaftlichen Betriebe im Bezirk Frankfurt (Oder) 1955 zeigt (*Tabelle 25*).[227]

Da die Kollektivierung enorme Friktionen bei der Umstellung der Betriebsorganisation verursachte und in vielen LPG vor allem in der Viehwirtschaft nicht effizient und rationell

225 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1359, Bl. 53; Rep. 730, Nr. 234 (Vorlage v. 1.2.1955). Hierzu auch die Vorlage vom 21. Juni 1960 in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1367. Zur geringen Arbeitsdisziplin prägnantes Beispiel in: BLHA, Rep. 401, Nr. 960, Bl. 338f. Angaben zu den LPG im Bezirk Frankfurt (Oder) nach: BLHA, Rep. 601, Nr. 3620 (Tabelle „Entwicklung der Wirtschaftlichkeit der LPG Typ III"); Rep. 601, Nr. 3638 (Bericht v. 14.3.1962).

226 BLHA, Rep. 601, Nr. 1652 (Einschätzung v. 17.10.1958; Ratsvorlage); Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 80. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 401, Nr. 960, Bl. 130; Rep. 930, Nr. 776 (Bericht v. 30.4.1963; Orthographie und Interpunktion korrigiert). Angaben zum Bezirk Frankfurt (Oder) in: BLHA, Rep. 601, Nr. 6327 (Bericht v. 10. Oktober 1960). Vorlage vom 2. März 1961 in: BLHA, Rep. 601, Nr. 9250.

227 Zur LPG Seefeld die Vorlage vom 1. Februar 1955 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 234.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

gearbeitet wurde, erreichte insgesamt nur ein geringer Anteil der Betriebe die Rentabilität. Nach einer Vorlage für die SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) hatten hier 1959 von den LPG des Typs III nur 21,9 Prozent so wirtschaftlich gearbeitet, daß sie ihre Kosten annähernd ausgleichen und ihren Mitgliedern den vorgesehenen Mindestwert der Arbeitseinheit in Höhe von 7,- DM auszahlen konnten. Obgleich in den nördlichen Kreisen Angermünde und Eberswalde besonders viele Produktionsgenossenschaften nicht wirtschaftlich arbeiteten, zeigte sich kein deutliches Nord-Süd-Gefälle, denn auch im südlichen Kreis Beeskow verzeichneten vier Fünftel der LPG des Typs III ein Defizit. Da viele Produktionsgenossenschaften ihre Jahresabschlüsse aber verspätet vorlegten, verfügten die Räte der Bezirke und Kreise sowie Bezirks- und Kreisleitungen der SED über keine präzisen Informationen über die prekäre oder sogar desolate finanzielle Lage in vielen LPG (*Tabelle 26*).[228]

6. Gesellschaftliche Gruppen und soziale Konflikte

Strukturumbruch und gesellschaftlicher Wandel

Mit der Bodenreform und der Kollektivierung erzwang die Führung der KPD bzw. SED eine enorme gesellschaftliche Umwälzung, die auch dörflich-agrarische Traditionsmilieus erfaßte und dem Regime eine politische Konstruktion der ländlichen Gesellschaft ermöglichte. Während die Gutsbesitzer, Großbauern und selbständigen Landwirte sukzessive entmachtet, verdrängt oder von den staatlichen Betrieben aufgenommen wurden, implantierte das SED-Regime mit den Neubauern, den Beschäftigten der VEG und Maschinenstationen sowie den LPG-Mitgliedern völlig neue Gesellschaftsgruppen, die dem dörflichen Traditionsmilieus mit ihren spezifischen, auf Besitz und körperlicher Arbeit basierenden Wertbezügen weitaus weniger verhaftet waren als die alteingesessenen Landwirte. Mit der Bildung der landwirtschaftlichen Staatsbetriebe und der Produktionsgenossenschaften wurde die funktionale Entdifferenzierung und institutionelle Fusionierung auf dem Lande kräftig vorangetrieben, denn die neuen Betriebe kombinierten ökonomische, politische und gesellschaftlich-kulturelle Funktionen. Aus den gesellschaftlichen Gruppen, die aus der Bodenreform und Kollektivierung hervorgingen, sollten auch – spätestens im Generationswechsel – die Funktionseliten rekrutiert werden, von denen die Machthaber eine Sicherung ihrer Herrschaft auf dem Lande erwarteten. Allerdings wurde schnell deutlich, daß die Bodenreform und Kollektivierung auf dem Lande zugleich neue Gegensätze konstituierten und Konflikte herausbildeten, die auch in der entfalteten SED-Diktatur in den fünfziger Jahren nicht stillgelegt werden konnten.[229]

---

228 Angaben nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 965 (Vorlage v. 13.2.1960; Vorlage v. 8.3.1961). Zur Durchführung der Jahresendabrechnungen in den LPG exemplarisch der Bericht vom 15. Januar 1960 in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1455.

229 Arnd Bauerkämper, Die SED und die Bauern. Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der SBZ und DDR (Kurseinheit „DDR – Geschichte eines untergegangenen deutschen Staates", FernUniversität Hagen), Hagen 1999, S. 5f.; ders., Kaderdiktatur, S. 43–45, ders., Neubauern, S. 109, 114–119. Allge-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Neu- und Altbauern

Die Entnazifizierung auf dem Lande und die Bodenreform führten in vielen Gemeinden schon in den ersten Nachkriegsjahren heftige Auseinandersetzungen herbei, die der ländlichen Gesellschaft eine beträchtliche Dynamik verliehen und auch dörfliche Traditionsmilieus erschütterten. In den ersten Monaten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestimmte die Sicherung der Subsistenz und des Überlebens den Alltag in den Dörfern. Auch im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung vollzog sich eine Regression, denn mit der Reagrarisierung ging eine tiefgreifende Reruralisierung einher, die allerdings in beiden deutschen Staaten nur bis zum Beginn der fünfziger Jahre anhielt. Hunger und Not verliehen einer gesellschaftlichen Atomisierung Auftrieb, die sich schon in der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs beschleunigt hatte. Obgleich das Chaos vielerorts – besonders in Neubauerndörfern – auch neue Solidarität hervorbrachte, schlossen sich die Gemeinden, die u.a. wegen der Zerstörung der Verkehrsverbindungen besonders in strukturschwachen, agrarisch geprägten Regionen isoliert waren, voneinander ab. Die Abschottung in weitgehend getrennten Lebenswelten und die Lokalisierung der Politik bewirkten, daß traditionale dörfliche Milieus trotz des tiefgreifenden Strukturwandels, der die Sozialstruktur auf dem Lande in den Regionen ohnehin in unterschiedlichem Ausmaß veränderte, vielerorts zunächst weitgehend intakt blieben. Allerdings erschütterten rigorose Eingriffe der Besatzungsmacht die Lebenswelten in den Gemeinden. In Brandenburg wurden viele Bürgermeister schon unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee entlassen, und Denunziationen, zu denen die SMAD in ihrem Befehl Nr. 160 aufgerufen hatte, spalteten die dörflichen Gemeinschaften.[230]

Die Machthaber in der SMAD und KPD, die im Spätsommer und Herbst 1945 die Bodenreform durchsetzten, konnten mit den Neubauern keineswegs voraussetzungslos eine neue Gesellschaftsgruppe auf dem Lande implantieren. Vielmehr trafen die oft mittellosen „Siedler" in den dörflichen Milieus auf beträchtliche Vorbehalte. Ein Referent der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler stellte noch Ende Juli 1947 fest, daß „die Neubauern in den Dörfern wie Umsiedler angesehen werden, also in dem Sinne, dass die Umsiedler Menschen zweiter oder gar dritter Klasse sind." Auch war ihm „bekannt, dass die Altbauern sich oft ablehnend gegen die Neubauern stellen, auch wenn es keine Umsiedler sind." Sogar in der Landabteilung im ZK der SED beunruhigte die Funktionäre im August 1947 „ein gewisser Gegensatz zwischen Neu- und Altbauer". Die SED-„Kader" führten die soziale Distanz allerdings vor allem auf „Sabotage" oder die unterschiedliche materielle Ausstattung zurück, die Neubauern zu Hilfsarbeiten bei alteingesessenen Landwirten zwang, und drängten weiterhin auf die vollständige Integration dieser Gruppe – besonders der Vertriebenen unter ihnen – in die ländliche Gesellschaft der SBZ. Allerdings sollte die deutliche politische

---

mein: Kocka, Gesellschaft, S. 548–550; ders., Sonderweg, S. 37; Niethammer, Erfahrungen, S. 104–108.

230 Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 126. Zur Isolierung der Gemeinden in Brandenburg der Bericht vom 21. September 1946 in: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 358. Zum Hunger und zur Fixierung auf Nahrungssicherung nach dem Kriegsende: Panzig, „Weest de noch, wie mer stoppeln war'n?", S. 9, 24. Zur SBZ vergleichend: Murken, „Ein Genosse muß sauber, blitzsauber dastehen!", S. 270; Bauerkämper, Agrarwirtschaft, S. 27–29; ders., Führungsgruppen, S. 79f.; Moritz, Regression, S. 83–85, 227; Hans-Jürgen Seraphim, Deutsche Agrarreformen der Gegenwart, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 195 (1949), S. 522–555, hier: S. 527.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Präferenz für die Neu- und Kleinbauern nicht die alteingesessenen mittleren und großen Landwirte von der sowjetischen Besatzungsverwaltung und der Führung der KPD bzw. SED entfremden. Insgesamt verstellten ihre Verschwörungsvorstellungen und ihr ausgeprägter Ökonomismus jedoch vielen Repräsentanten von Parteidienststellen und staatlichen Behörden die Sicht auf die tiefe soziokulturelle Kluft zwischen Alt- und Neubauern. Darüber hinaus ist zu beachten, daß die Neubauern von den alteingesessenen Landwirten ökonomisch lange abhängig blieben. Die Agrarpolitik des SED-Regimes verschärfte wirtschaftliche Zwangslagen und steigerte damit Verteilungskonflikte, die das Verhältnis der beiden Gruppen nachhaltig belasteten.[231]

In Brandenburg war die soziale Lage in der Nachkriegszeit regional und lokal unterschiedlich. Trotz der rigorosen Eingriffe der sowjetischen und deutschen Machthaber zugunsten der Neubauern konnten sie sich in den dörflichen Milieus kaum gegen die dominierenden Altbauern durchsetzen. Viele alteingesessene Landwirte lehnten die Bodenreform ab, da sie mit der Enteignung der Gutsbesitzer Pachtland verloren und eine Verstaatlichung oder Kollektivierung auch ihres Besitzes befürchteten. Altbauern, denen die Repression der „Kulaken" durch die rigorose Kollektivierungspolitik in der Sowjetunion in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren bekannt war, betrachteten die Bodenreform lediglich als Auftakt einer tiefgreifenden Umwälzung der dörflich-agrarischen Milieus und einer dauerhaften Beseitigung bäuerlicher Familienbetriebe mit ihrer spezifischen Kultur.[232]

Während den „Siedlern" in Neubauerndörfern oft keinerlei Unterstützung zur Verfügung stand, wurden alteingesessene Landwirte in gemischtbäuerlichen Gemeinden zur Wirtschaftshilfe für die neuen Bodenbesitzer verpflichtet. Da die Altbauern aber ihre eigenen Betriebe, die besonders in den Ostkreisen vielerorts zerstört waren und wenig Vieh, Maschinen, Geräte und Gebäude aufwiesen, nur mühsam bewirtschaften konnten, verliehen Zwangsmaßnahmen Ressentiments kräftig Auftrieb. Die gesellschaftliche Isolierung der Neubauern wuchs deshalb in den ersten Monaten nach dem Zweiten Weltkrieg tendenziell. So berichtete ein KPD-Funktionär aus dem Kreis Ostprignitz am 30. Dezember 1946: „Der Neubauer lebt sein eigenes Leben. Er hat keinen Kontakt mit den Altbauern." Abgesehen von ihren wirtschaftlichen Interessen, betrachteten viele alteingesessene Landwirte die Neubauern keineswegs als gleichwertige Berufskollegen, da den Bodenempfängern überwiegend nicht nur die materielle Ausstattung und – damit verbunden – die für ein hohes Sozialprestige erforderliche wirtschaftliche Autonomie, sondern auch das notwendige Fachwissen fehlte. Der Landrat des Kreises Oberbarnim wies die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft noch Ende November 1946 deutlich auf die wirtschaftliche Not und die marginale Position der Neubauern hin: „Das Verhältnis der Neu- und Altbauern zueinander ist katastrophal. Die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe existieren nur auf dem Papier und haben nur zum Teil ihrem Namen wirklich Ehre gemacht. Die vielen Beschwerden an die Kreiskommission [zur Durchführung der Bodenreform], Bezirksverwaltung und

231 Kluge, Die „sozialistische Landwirtschaft", S. 24. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): MLHA, MLF, Nr. 2827, Bl. 170; DY 30/IV 2/2022/5, Bl. 71. Zum Mißtrauen der alteingesessenen Landwirte gegenüber den Neubauern auch die Dokumente in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/53, Bl. 3, 37; DY 30/IV 2/14/23, Bl. 10. Zum Ökonomismus exemplarisch die Interpretation Döllings in: BArch, DO-1/10/62, Bl. 96 (auch in: MLHA, MLF, Nr. 2827, Bl. 171). Verschwörungsvorstellungen deutlich in: BArch, DK-1, Nr. 8924, Bl. 304. Allgemein auch: Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 94; Schulz, Probleme, S. 3f.

232 BLHA, Rep. 330, Nr. 19, Bl. 117; Rep. 330, Nr. 25, Bl. 54; Rep. 350, Nr. 872, Bl. 8.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Provinzialverwaltung sind Zeugnis dafür, daß eine Zusammenarbeit zwischen Neu- und Altbauern nicht gewährleistet ist."[233]

Die gegenseitige Hilfe beim Zugkrafteinsatz führte zu den schärfsten Konflikten zwischen den beiden Gruppen. Da viele Neubauern nicht über Zugtiere und -maschinen verfügten, waren sie auf die Hilfe der alteingesessenen Landwirte angewiesen. Einzelne Altbauern entzogen sich der geforderten Unterstützung, indem sie die Arbeiten auf ihren Feldern verzögerten – so offenbar in den Kreisen Angermünde und Prenzlau bei der Herbstbestellung 1947 – oder ihre Traktoren reparieren ließen. Der stellvertretende Chef der SMA Brandenburg, Scharow, teilte dem Präsidenten der Provinzialverwaltung, Steinhoff, am 22. April 1946 mit, daß „die alten Bauern absichtlich die Aussaat hinausziehen oder die tatsächlich durchgeführte Aussaat verheimlichen, damit sie den Bauern, die im Zuge der Bodenreform Land erhalten haben, nicht zu helfen brauchen." Obgleich diese Beobachtung nicht frei von Feindbildern ist, verweist sie auf einen tiefen Interessengegensatz, denn viele alteingesessene Landwirte fürchteten eine weitere Abnutzung ihrer ohnehin überlasteten Maschinen. Zudem prolongierte und festigte eine Einsatzpflicht für Maschinen die scharf abgelehnte Zwangswirtschaft, deren Beharrungskraft schon durch die Ablieferungsquoten und die beginnende Wirtschaftsplanung geradezu erdrückend schien. Da viele Altbauern überdies nur ein geringes Vertrauen in die Wirtschaftskraft der unzureichend ausgestatteten neubäuerlichen Betriebsinhaber hatten, verweigerten sie ihnen oft die Hilfe. Nach einer Kontrolle im Kreis Osthavelland im April und Mai 1948 waren Bauern vielerorts „tatsächlich weiter mit der Bestellung als sie angeben, um nicht zur Hilfe bei schwachen Bauern eingesetzt zu werden." Auch im Kreis Lebus war z.B. in den Gemeinden Alt-Bleyen und Neu-Bleyen die Unterstützung der Neubauern durch die alteingesessenen Landwirte noch im August 1949 schwach, „da die letzteren versuchen, ihre Zugkräfte zu schonen." Viele Bauern liehen ihre Zugmaschinen bevorzugt an ihnen bekannte alteingesessene Landwirte aus. Die gegenseitige Hilfe beschränkte sich so auf die Altbauern. Der Gegensatz zwischen den Alt- und Neubauern wurde auf dem Lande auch politisch aufgeladen, indem sich SED-Funktionäre entschieden für die neubäuerlichen Betriebsinhaber, Politiker der CDU dagegen vor allem für alteingesessene Landwirte einsetzten.[234]

Die geringe Ausstattung der Neubauern mit den unverzichtbaren Betriebsmitteln führte auf dem Lande eine vielfältige wirtschaftliche Abhängigkeit herbei und förderte Klientelbeziehungen. Die alteingesessenen Landwirte zeigten den vielfach mit den Machthabern identifizierten Neubauern, deren Leistung sie überwiegend nicht respektierten, offen, daß sie über die Verwendung ihrer Maschinen selber bestimmten. Der SED-Vorstand im Kreis Angermünde berichtete 1948: „Der Neubauer ist bei Bearbeitung seiner Felder mehr oder weniger auf die Hilfe der Altbauern angewiesen. Auch bei der Differenzierung des Abgabesolls war der Neubauer massgeblich beteiligt und hat sich dadurch den Unwillen des Alt-

233 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 330, Nr. 11, Bl. 11; BArch, DK-1, Nr. 7584, Bl. 384. Zum gesellschaftlichen Gegensatz zwischen Alt- und Neubauern auch: Nehrig, Uckermärker Bauern, S. 22; Bauerkämper, Neubauern, S. 125f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/2022/53, Bl. 40; BLHA, Rep. 350, Nr. 872, Bl. 8; Rep. 330, Nr. 36, Bl. 6; Rep. 332, Nr. 238, Bl. 297; Rep. 332, Nr. 612, Bl. 34.

234 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 22, Bl. 338; BArch, DK-1, Nr. 8937, Bl. 21; BLHA, Rep. 202 G, Nr. 52, Bl. 8. Zu Brandenburg auch: Münzner, Entwicklung, S. 39; BArch, DK-1, Nr. 7584, Bl. 10, 385, 463; BLHA, Rep. 350, Nr. 872, Bl. 8f.; Rep. 206, Nr. 2577, Bl. 143; Rep. 208, Nr. 112, Bl. 5; Rep. 208, Nr. 2752/1, Bl. 515; Rep. 330, Nr. 18, Bl. 79. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/7/319, Bl. 8; DY 30/IV 2/7/117, Bl. 6f.; DY 30/IV 2/2022/55, Bl. 71. Zu den Ansprüchen der SED und CDU auf Klientelbildung für Sachsen: Kluge, Bodenreform 1945, S. 103.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

bauern zugezogen." Neubauern waren vielerorts gezwungen, Maschinen von den alteingesessenen Landwirten zu leihen, die überwiegend besser ausgestattet waren. Als Gegenleistung mußten die „Siedler" für die wirtschaftsstärkeren Landwirte arbeiten. Gelegentlich verpachteten Neubauern sogar Ackerflächen an die alteingesessenen Bauern, die ihnen ihre Maschinen und Geräte liehen oder Naturalleistungen gewährten. Der Besitz von Wiesen sicherte Altbauern zudem die Aufzucht wertvoller Tiere. Darüber hinaus brachten Ortsausschüsse der VdgB ihre Maschinen oft bei alteingesessenen Landwirten unter, die über Scheunen und anderen Stellraum verfügten und damit Einfluß auf den Einsatz des technischen Inventars gewannen. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit war aber nicht auf die Neubauern beschränkt, sondern betraf auch alteingesessene Kleinbauern, die allerdings durchaus die Vorteile dieses Verhältnisses erkannten. Noch im Frühjahr 1960 berichtete eine Agitationsgruppe, die im Landkreis Cottbus die Kollektivierung vollenden sollte, verwundert: „Die Kleinstbauern, die ihre Ackerstücke nur mit Hilfe der Gespanne größerer Bauern bestellen konnten und dafür zu beliebigen Arbeiten zu jeder Zeit (vor allem in der Ernte) herangezogen wurden, sahen in diesem Verhältnis keine versteckte Ausbeutung. Im Gegenteil, sie sahen darin für sich einen großen Vorteil, der ihnen durch den Eintritt in die LPG verloren geht."[235]

Allgemein begründeten Verteilungskonflikte über knappe Ressourcen in Brandenburg akute Spannungen zwischen Neu- und Altbauern, und sie führten vielerorts zu einer lange anhaltenden Entfremdung zwischen den beiden Gruppen. Bauernvertreter klagten – so im Raum Prenzlau im Juni 1946 –, daß Neubauern beim Viehausgleich zwei Drittel der Nutztiere erhalten hatten. Daraufhin wurde in den Dörfern trotz der Anweisungen der sowjetischen Militärbehörden und von SED-Funktionären das Vieh, das an Neubauern verteilt werden sollte, alteingesessenen Bauern zugewiesen. Diese Gruppe erhielt oft auch Saatgut und Viehfutter, das ausschließlich den Neubauern zugeteilt werden sollte.[236]

Andererseits zeigten sich viele Altbauern durchaus bereit, den „Siedlern" zu helfen. So gaben alteingesessene Landwirte im Kreis Angermünde nach einem Rundschreiben des Landrats im Frühjahr 1946 u.a. 24 Kühe und auch Maschinen wie Schlepper und Elektromotoren ab. Auch in Dörfern, die im Osten Brandenburgs im Frühjahr 1945 evakuiert worden waren, kooperierten Neu- und Altbauern eng, und die beiden Gruppen lebten hier oft einvernehmlich zusammen. Obgleich im Rückblick die Neigung zu einer harmonistischen Sicht und retrospektiven Erklärung der Konflikte deutlich ist, eröffnet der Bericht eines Neubauern aus der Gemeinde Ihlow wichtige Einblicke in das Leben von Flüchtlingsbauern und den zurückgekehrten alteingesessenen Bewohnern: „... wenn Pferdefleisch verteilt wurde [...], bekamen die Ihlower ein Pfund und die Flüchtlinge ein halbes. Das ist so, wenn man fremd ist. Es war auch so, daß die Gegend heruntergewirtschaftet und kaputt war. Es gab Läuse, und man sah das dann auch noch so, daß die vielleicht aus Polen kommen. Da hat man uns mit gemeint. Das hat sich aber bald gelegt, weil man gesehen hat, daß der große Teil etwas kann, wenn er will. Ich muß mal sagen, wir mußten ja auch zu den Altbauern zum Dreschen, Häcksel für die Pferde machen, sie hatten ja nur die Maschinen, wir hatten

235 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 332, Nr. 413, Bl. 10; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/61, Bl. 6. Berichte über Formen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Abhängigkeit in: BLHA, Rep. 332, Nr. 239, Bl. 312; Rep. 332, Nr. 638, Bl. 118f.; Rep. 332, Nr. 657, Bl. 16; Rep. 203, MdI, Nr. 337, Bl. 64.

236 BLHA, Rep. 330, Nr. 20, Bl. 79; Rep. 330, Nr. 60, Bl. 43f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/55, Bl. 6f.; MLHA, MLF, Nr. 2827, Bl. 171; BArch, DO-1/10/62, Bl. 96.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

eigentlich ein gutes Verhältnis zu den Altbauern, ich kann nicht klagen. Man kann die Menschen auch verstehen, es gab, wenn etwas kaputt ging, kein Material. Allzu gern hat keiner seine Maschinen hergegeben, aber eigentlich ging es."[237]

Auch die Zuteilung der knappen Ressourcen im Bauwesen war in den Kreisen und Gemeinden so umstritten, daß sich heftige Konflikte entzündeten. Vielerorts trieben die Vorsitzenden der Baugenossenschaften und der Ortsausschüsse der VdgB vorrangig ihre eigenen Bauten voran, für die sie das erforderliche Material und die benötigten Arbeitskräfte besorgten. Da in Brandenburg auch viele Höfe von Altbauern zerstört oder beschädigt worden waren, erweckte die einseitige Vergabe von Baukrediten in Höhe von jeweils 6.000 DM, die Neubauern nach dem SMAD-Befehl Nr. 62 vom 25. Februar 1946 und einer ergänzenden Mitteilung der SMA in Brandenburg vom 20. Mai 1946 beantragen konnten, den Neid der alteingesessenen Landwirte. Steinhoff setzte sich deshalb im August 1946 gegenüber dem Chef der SMA in Brandenburg für die Ausweitung der Kredithilfe auf die Altbauern ein. Der Landrat des Kreises Guben berichtete im April 1947: „Es gibt hier noch ganze Dörfer, die fast völlig zerstört und noch nicht wiederaufgebaut sind. Die Altbauern, die hier in den Ruinen ihrer Gebäude hausen, haben weder Unterbringungsmöglichkeiten für ihr Vieh noch ihre Ernteerträge. [...] Es lässt sich [...] kaum vertreten, dass noch benutzungsfähige Wirtschaftsgebäude der aufgeteilten Güter abgebrochen werden, um Neubauernstellen zu errichten, während die Altbauern in ihren zerstörten Gebäuden über keinerlei Unterbringungsmöglichkeiten verfügen und ihre Ernteerträge den Witterungseinflüssen und dem Verderb aussetzen müssen." Während die alteingesessenen Bauern ihre Gebäude kaum wiederaufbauen oder reparieren konnten, reichten die Finanzmittel nicht aus, um den Bedarf allein der völlig mittellosen Neubauern zu befriedigen. Die Errichtung separater Siedlungen für Neubauern in der Nähe von Altbauerndörfern vertiefte die soziale Kluft zwischen den beiden Gruppen.[238]

Insgesamt wiesen die Altbauern den Bodenempfängern in gemischtbäuerlichen Dörfern überwiegend eine Randstellung zu. Nach einem Bericht des brandenburgischen Informationsamtes konnte in den Kreisen Angermünde und Seelow noch im Mai 1951 in vielen Gemeinden „festgestellt werden, daß die Großbauern die Neubauern nicht für voll ansehen." Nicht nur Gutsinspektoren und andere frühere Führungskräfte, denen Land zugewiesen worden war, lehnten die oft wenig qualifizierten Neubauern ab, sondern auch viele alteingesessenen Landwirte. Der Instrukteur des brandenburgischen SED-Landesvorstandes in Eberswalde bezeichnete – geprägt von der ideologischen Distanz zu den Altbauern – die gesellschaftlichen Beziehungen im dörflichen Milieu der Gemeinde Gersdorf (Kreis Oberbarnim) im März 1948 als „Vetternwirtschaft, die mehr oder weniger wirtschaftlich schwache Neusiedler und Bauern an die Wand drückt ..." Vielerorts bevorzugten Bürgermeister Altbauern, und die örtlichen Wohnungs- und Umsiedlerausschüsse traten keineswegs energisch für die Vertriebenen ein, die in den Gemeinden Boden übernommen hatten. Auch die Ortsausschüsse der VdgB konnten den Gegensatz zwischen den beiden Gruppen nicht überbrücken. Da sich die dörflich-agrarischen Traditionsmilieus ihnen gegenüber abschlossen

237 Interview mit H.M., Ihlow, 14.6.1995. Zur einvernehmlichen Zusammenarbeit von Neu- und Altbauern und zur gegenseitigen Hilfe zwischen den beiden Gruppen exemplarisch: BArch, DK-1, Nr. 8898, Bl. 5; BLHA, Rep. 206, Nr. 2594 (Bericht v. 12.8.1949); Rep. 330, Nr. 19 (Bericht v. 10.1.1946).

238 Zit. nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 2333, Bl. 44. Zum Konflikt über die Ressourcen und zur Anlage von Neubauernsiedlungen auch: BLHA, Rep. 208, Nr. 225, Bl. 135, 156f.; Rep. 208, Nr. 2333, Bl. 52. Zur Korruption allgemein: BArch, DK-1, Nr. 8908, Bl. 26.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

und sie auch die Wirtschaftskraft ihrer Betriebe kaum steigern konnten, resignierten viele Neubauern. Die Vertriebenen unter ihnen waren ohnehin noch in den fünfziger Jahren mental nicht in ihrer neuen brandenburgischen Heimat verwurzelt, so daß sich wiederholt Gerüchte über eine angeblich bevorstehende Rückkehr in die verlorenen deutschen Ostgebiete verbreiteten. Schon in den ersten Nachkriegsjahren zeigte sich auch, daß die Neubauern – sogar die früheren Landarbeiter unter ihnen – nur schwer politisch für die SED zu mobilisieren waren. Insgesamt spiegelte sich der gesellschaftliche Gegensatz zwischen Neu- und Altbauern vielerorts noch in den LPG wieder. So hatten diese Gruppen 1960 im Bezirk Cottbus in der LPG Groß-Jehser (Kreis Calau) zwei getrennte Brigaden gebildet, die um den Einsatz der benachbarten MTS rivalisierten. Allerdings näherten sich Alteingesessene und Vertriebene besonders in früheren Gutsdörfern auch langsam einander an. Hier kooperierten die beiden Bevölkerungsgruppen in Gemeindebodenkommissionen ebenso wie in den Ortsausschüssen der VdgB, die damit vereinzelt durchaus den Integrationsprozeß einleiteten und vorantrieben.[239]

Die Neubauern waren in Brandenburg jedoch ebensowenig wie die alteingesessenen Bauern eine homogene Gesellschaftsgruppe. Vielmehr hoben sich zumindest ortsansässige „Siedler", Flüchtlingsneubauern und Landnehmer aus den Städten deutlich voneinander ab. Während die alteingesessenen „Siedler" (überwiegend frühere Landarbeiter) materiell am besten ausgestattet und weitgehend in die dörflichen Milieus integriert waren, mußten viele Flüchtlingsneubauern ihr Land schon nach wenigen Jahren zurückgeben, das anschließend von wirtschaftsstärkeren Landwirten übernommen wurde. Auch individuelle Voraussetzungen und die familiären Bedingungen entschieden oft über den sozialen Auf- oder Abstieg und die Konsolidierung oder den Verlust des Landes. Während „Gelegenheitssiedler" schon in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren in Industriebetriebe abwanderten, gelang einzelnen ortsansässigen Neubauern auf dem Lande der Aufstieg zu wohlhabenden Landwirten. Aber auch die sozialen Differenzen zwischen früheren landlosen Bauern und Landarbeitern waren in der neuen Großgruppe der Neubauern keineswegs aufgehoben, sondern entfalteten weiterhin eine beträchtliche kulturelle Distinktionskraft. Obgleich zahlreiche Flüchtlingsneubauern durch Krankheit, Todesfälle oder fehlende Qualifikation ökonomisch so weit zurückgeworfen worden waren, daß sie ihr Land verließen, wurden andere zu wirtschaftsstarken und auch gesellschaftlich respektierten Neubauern. Zudem blieb die Solidarität zwischen den „Siedlern" wegen ihrer Not vielerorts schwach. Eine enge wirtschaftliche Kooperation schloß wechselseitige soziale Abgrenzung keineswegs aus, so daß die Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe eingeschränkt war. Die Bodenreform hatte damit den Prozeß der sozioökonomischen Differenzierung auf dem Lande keineswegs stillgestellt, sondern auch innerhalb der begünstigten Gruppe der Landempfänger neue Unterschiede und Konfliktlinien herausgebildet. Die politischen Eingriffe der SED-Leitungen konnten nicht verhindern, daß – wie in einem Bericht der Fachschule für Landwirtschaft in Prenzlau im Mai 1951 festgestellt wurde – „die Bodenreform abbröckelt, anstatt [daß] es zu einer ausgegli-

239 BLHA, Rep. 805/17, Nr. 104, Bl. 258; Rep. 206, Nr. 2593 (Schreiben v. 6.12.1948); Rep. 330, Nr. 36, Bl. 6; Rep. 332, Nr. 657, Bl. 15f.; Rep. 601, Nr. 5091 (Schreiben v. 3.9.1953 u. 24.4.1953). Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 202 G, Nr. 59, Bl. 365; Rep. 208, Nr. 2758, Bl. 180. Vgl. auch BLHA, Rep. 203, MdI, VP, Nr. 98, Bl. 443.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

chenen gesunden Schicht und schliesslich zur Klasse kommt, vollzieht sich eine Art Differenzierung der werktätigen Bauernschaft."[240]

Vertriebene und Alteingesessene

Der Umbruch auf dem Lande war in der SBZ eng mit der Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen verknüpft. Die führenden KPD-Funktionäre hatten die Bodenreform seit Anfang 1945 nicht nur allgemein als Instrument der Durchsetzung ihrer Herrschaft, sondern auch als Mittel der „Umsiedler"-Integration konzipiert.[241] Über die Abgrenzung von Alt- und Neubauern hinaus führte die Ankunft der Flüchtlinge aus den verlorenen Ostprovinzen sowie aus Ost- und Südosteuropa in ganz Deutschland auf dem Lande eine enorme gesellschaftliche Umwälzung herbei, die sich zunächst vorwiegend als Unterschichtungsprozeß vollzog. Das Verhältnis zwischen Alteingesessenen und Vertriebenen war in den dörflichen Milieus in den ersten Nachkriegsjahren vor allem durch anhaltende gesellschaftliche Gegensätze und soziale Konflikte gekennzeichnet, obgleich solidarische Unterstützung und Nachbarschaftshilfe nie völlig ausblieben. Der Umbruch in der Provinz Mark Brandenburg wurde besonders nachhaltig von den Vertriebenen geprägt, von denen sich viele unmittelbar westlich von Oder und Neiße in den ohnehin stark zerstörten Kreisen niederließen, um nach der lange erhofften Grenzrevision schnell in ihre alte Heimat zurückkehren zu können. Im Sommer 1945 blieb der Flüchtlingszustrom noch weitgehend ungeregelt. Erst nachdem die SMAD angeordnet hatte, in Brandenburg weitere 700.000 Vertriebene aus der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und aus den südosteuropäischen Ländern aufzunehmen, übermittelte die Provinzialverwaltung den Landräten und Oberbürgermeistern am 5. September 1945 einen Verteilungsplan. Die brandenburgische Provinzialverwaltung ordnete darüber hinaus an, die Flüchtlingswanderung zwischen den Kreisen zu unterbinden, die Vertriebenen nur noch in geschlossenen Gruppen mit Polizeibegleitung oder unter Aufsicht von Transportführern weiterzuleiten und sie wegen der Seuchengefahr für zwei Wochen in Lagern zu isolieren. Da die Heimkehrer, Flüchtlinge und Vertriebenen zunächst Brandenburg erreichten und hier „durchgeschleust" werden mußten, richtete die Provinzialverwaltung bis 1946 allein für Heimkehrer 15 Lager (von insgesamt 30 in der SBZ) ein. Auch die „Umsiedler" fanden in Aufnahme- und Quarantänelagern Unterkunft, bevor sie auf festgelegten Marschrouten in die Kreise transportiert wurden, in denen sie sich niederlassen sollten. In der Nähe der Stadt Frankfurt (Oder), die nach dem Kriegsende ein „Menschenumschlagplatz gigantischen Ausmaßes" war, wurden die Vertriebenen und Flüchtlinge nach ihrer Ankunft zunächst aufgenommen und notdürftig betreut. Besonders die sanitären und hygienischen Bedingungen, die unregelmäßige Versorgung und interne Postzensur sowie die schlechte Bekleidung und Übergriffe in den Lagern lösten aber wiederholt Unmut und Proteste der Insassen aus. Die Flüchtlingsverwaltung, die 1945/46 sukzessiv etabliert wurde, konnte in Brandenburg insgesamt nur allmählich die Kontrolle über die (oft ziellose) Migration gewinnen. Auch nachdem die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler im Oktober 1945

240 BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 205. Vgl. auch BLHA, Rep. 332, Nr. 310, Bl. 85f.; Rep. 332, Nr. 328, Bl. 17; Rep. 206, Nr. 2593 (Bericht v. 6.12.1948); Nehrig, Uckermärker Bauern, S. 40–43, 68. Zu Sachsen: Kluge, Bodenreform 1945, S. 103f. Zu Mecklenburg: Buchsteiner, Bodenreform, S. 27f.

241 Vgl. allgemein Ther, Vertriebenenpolitik, S. 89, 98.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

angeordnet hatte, das ziellose Wandern der Vertriebenen zu unterbinden, ließ die Mobilität der Neuankömmlinge in Brandenburg kaum nach.[242]

Die Ankunft der Flüchtlinge, die sich zunächst überwiegend auf dem Lande niederließen, führte in den Kreisen Westprignitz und Ostprignitz bis August 1946 gegenüber 1939 zu einer sprunghaften Zunahme der Bevölkerungszahl um 77 bzw. 74 Prozent. In der Oderstadt Guben, wo sich bereits Ende 1944 nahezu 10.800 Evakuierte aufgehalten hatten, wuchs die Bevölkerungszahl von 1939 bis August 1946 sogar um mehr als das Doppelte.[243] Der Chef der SMAD, Schukow, ordnete am 19. Juli 1945 an, Deutsche, die aus den südlich der Warthe gelegenen Kreisen vertrieben wurden, in den Landkreisen Seelow, Cottbus, Lübben, Beeskow-Storkow und Luckau anzusiedeln. Flüchtlinge aus den Kreisen nördlich der Warthe sollten in den Norden Mecklenburgs geleitet werden. Nach dem Verteilungsplan, den der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 beschloß, waren zwei Millionen Vertriebene aus Polen und 750.000 Deutsche aus der Tschechoslowakei in der SBZ anzusiedeln. Da der Wohnraum auf dem Lande wegen der relativ geringen Kriegszerstörungen deutlich weniger abgenommen hatte als in den Städten, wurden die Flüchtlinge in der sowjetischen Zone – wie im Nachkriegsdeutschland insgesamt – überwiegend in Dörfern untergebracht. Noch im Dezember 1947 lebten in Brandenburg 54,8 Prozent der Vertriebenen in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern. In den Dörfern weigerten sich Bürgermeister und alteingesessene Hausbesitzer oft, die zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen. So hatte sich nach einem Bericht des brandenburgischen Innenministeriums 1948 „der Gedanke, daß die Umsiedler in der Wohnraumzuteilung gleichberechtigt sind, in kleinen Gemeinden noch nicht durchgesetzt." Die Behörden, die der ZVU untergeordnet waren, konnten die Vertriebenen in den ersten Nachkriegsjahren kaum bedarfsgerecht nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten unterbringen und damit neue gesellschaftliche Spannungen vermeiden. Diese Fehlleitung der „Umsiedler" wurde erst in den fünfziger Jahren durch die staatliche Arbeitskräftelenkung in die wiederaufgebauten oder neuerrichteten Industriebetriebe beseitigt.[244]

---

242 Philipp Ther, Die Vertriebenen in der SBZ/DDR und Polen – Versuch einer historischen Einordnung, in: Wille (Hg.), 50 Jahre, S. 177–188, hier: S. 178–180; Christopeit, Herkunft, S. 93–96; Pape, Flüchtlinge, S. 110–115; Steinert, Flucht, S. 559f.; ders., Art. „Flüchtlinge und Vertriebene", S. 123. Zit. nach: Annette Kaminsky, „... Frankfurt, das glückliche Frankfurt ..." Das zentrale Entlassungslager Gronenfelde, in: dies. (Hg.), Heimkehr, S. 70–95, hier: S. 71f. Das Chaos und die Maßnahmen zur Kontrolle des Flüchtlingszustroms im Herbst 1945 werden besonders anschaulich dargelegt in: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1074, Bl. 1f.; Rep. 203, MdI, Nr. 1163, Bl. 1f., 3–27, 29–32. Zur Bundesrepublik exemplarisch: Andreas Lüttig, Fremde im Dorf. Flüchtlingsintegration im westfälischen Wewelsburg 1945–1958, Essen 1993; Peter Exner, Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919–1969, Paderborn 1997, S. 281–285, 322–348, 447f. Vergleichend die Beiträge in: Hoffmann/Schwartz (Hg.), Geglückte Integration? Zu den Begriffen „Umsiedler", „ehemalige Umsiedler" und „Neubürger": Schwartz, „Vom Umsiedler zum Staatsbürger", S. 142–153.

243 BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1074, Bl. 53. Z.T. unterschiedliche Angaben zu den Anteilen der Flüchtlingsbevölkerung in den brandenburgischen Kreisen auch in: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1115, Bl. 380, 389, 392; Rep. 203, MdI, Nr. 1117, Bl. 2, 6. Zur Aufnahme von Evakuierten in Guben: Scheel, Veränderungen, 36.

244 Dierk Hoffmann, Im Laboratorium der Planwirtschaft. Von der Arbeitseinweisung zur Arbeitskräftewerbung in der SBZ/DDR, in: VfZ 48 (2000), S. 631–666, hier: S. 632, 665; Donth, Vertriebene, S. 136–145, 330. Zit. nach: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1105, Bl. 19. Zu den Abwehrreflexen von Bürgermeistern und dörflicher Bevölkerung auch die Berichte in: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1104, Bl. 7; Rep. 203, MdI, Nr. 1087, Bl. 44; Rep. 203, MdI, Nr. 1116, Bl. 112; Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 615,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Der Zustrom von Flüchtlingen führte in Brandenburg in der Nachkriegszeit einen tiefgreifenden demographischen und sozialstrukturellen Umbruch herbei. Bereits im Dezember 1945 stellten 406.000 „Umsiedler" in der Provinz 19,5 Prozent der Bevölkerung. Im März 1949 lebten in Brandenburg 723.000 Flüchtlinge und umfaßten damit 27,4 Prozent der Bevölkerung. Von den insgesamt 728.959 Vertriebenen, die im November 1947 in den brandenburgischen Kreisen registriert wurden, stammten 27,1 Prozent aus Ober- und Niederschlesien und 17,4 Prozent aus Westpreußen. Insgesamt hatten rund drei Viertel der „Umsiedler" bis zu ihrer Ausweisung in den östlich der Oder und Neiße gelegenen Gebieten gelebt. Der Anteil von Frauen und Kindern erreichte in der Flüchtlingsbevölkerung im Oktober 1946 72,6 Prozent, und zwei Jahre später entfielen unter den Vertriebenen auf Frauen und Kinder Anteile von 28,1 bzw. 27,3 Prozent. Die Bevölkerungsstruktur erhöhte in den ersten Jahren die Versorgungslast, verlieh aber auch dem wirtschaftlichen Aufschwung in den fünfziger Jahren – ebenso wie in der Bundesrepublik – beträchtlichen Auftrieb.[245]

Außer der Lebensmittelversorgung war in der Nachkriegszeit besonders die Zuteilung von Wohnraum heftig umstritten. Im April 1947 lebten in Brandenburg mehr als 87 Prozent der Flüchtlinge eng mit der alteingesessenen Bevölkerung zusammen, davon fast 29 Prozent bei Altbauern. Die Wohnungsämter und -ausschüsse, denen der Alliierte Kontrollrat im März 1946 umfassende Kompetenzen zugewiesen hatte, ordneten zwar Umbelegungen von Wohnungen an, und auch die Umsiedlerausschüsse in den Kreisen und Gemeinden sollten die Unterbringung der Vertriebenen verbessern; die Flüchtlinge blieben bei der Wohnraumverteilung in Brandenburg aber auch in den späten vierziger Jahren benachteiligt, denn die Umsiedlerausschüsse waren institutionell zu schwach verankert, um die wirkungsmächtigen gesellschaftlichen Netzwerke zu durchbrechen, die besonders in Altbauerndörfern stark ausgeprägt waren. Während Alteingesessenen in Brandenburg im August 1949 jeweils ein Wohnraum von 10,5 m^2 zur Verfügung stand, hatten Flüchtlinge lediglich 4,6 m^2 erhalten. Erst nachdem in den späten vierziger Jahren die Binnenmigration der „Umsiedler" eingesetzt hatte, verbesserte sich langsam ihre Wohnsituation.[246]

Bl. 63. SMAD-Befehl vom 19. Juli 1945 und Verteilungsplan vom 20. November 1945 abgedruckt in: Wille (Hg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Bd. 1, S. 55, 62f. Zur Weigerung von Bürgermeistern, Flüchtlinge aufzunehmen, die Dokumente in: Wille (Hg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Bd. 2, S. 171, 205, 221. Zur Unterbringung der Vertriebenen auf dem Lande in Westdeutschland: Karl-Ludwig Sommer, Zwischen nationalen Rechtswahrungsansprüchen, ‚kirchlicher Neuordnung' und praktizierter Nächstenliebe: Die evangelische Kirche und die Flüchtlinge in den ersten Nachkriegsjahren, in: Schraut/Grosser (Hg.), Flüchtlingsfrage, S. 407; Edgar Pscheidt, Als Flüchtling in Bayern. Zwischen Integration, Auswanderung und Rückkehr, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 53 (1990), S. 103–131, hier: S. 110–112, 127. Allgemein auch: Benz, Fremde, S. 382.

245 Meinicke, Probleme, Bl. 5, 9. Zur Herkunft der „Umsiedler": Michael Schwartz, Brandenburg als Schmelztiegel? Vertriebenenproblem, „Umsiedlerpolitik" und regionale Gesellschaftsentwicklung 1945–1953, in: Kleßmann/Ciesla/Hertle (Hg.), Vertreibung, S. 59–73, hier: S. 60; BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1152, Bl. 31. Übersicht zur Flüchtlingsbevölkerung in: Roesler, Refugee Problem, S. 5. Vgl. auch Leonore Scholze-Irrlitz, „Umsiedler" im Landkreis Beeskow/Storkow, in: Wolfgang Kaschuba/Thomas Scholze/Leonore Scholze-Irrlitz (Hg.), Alltagskultur im Umbruch, Weimar 1996, S. 143f.

246 Angaben nach: Meinicke, Probleme, S. 28; Bauerkämper, Flüchtlinge, S. 289f. Berichte über Umbelegungen in: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1163, Bl. 148, 160; Rep. 203, MdI, Nr. 1076, Bl. 143f. Zur Wohnraumlenkung und zur Arbeit der Wohnungsausschüsse: Ther, Vertriebenenpolitik, S. 161f.; Meinicke, Flüchtlinge, S. 49f. Zur Schwäche der Umsiedlerausschüsse: Michael Schwartz, Kontrollierte Partizipation. Die „Umsiedler-Ausschüsse" der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Spannungsfeld von Sonderverwaltung, Parteipolitik und sozialen Interessen 1945–1949, in: Schraut/Grosser

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Vertriebenen fanden bei den tief in den dörflichen Milieus verwurzelten Bauern nicht nur Unterkunft, sondern auch Arbeit. Sie wurden in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt, die nach dem Abzug der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen dringend Arbeitskräfte benötigten. Bauern setzten Flüchtlinge – besonders Frauen – oft nur saisonal ein, um die Felder zu bestellen oder die Getreideernte einzubringen. So geriet „der Umsiedler, der Landarbeiter war oder eine eigene Landwirtschaft besaß [...] meist als ehemals selbständiger Landwirt in ein Abhängigkeitsverhältnis. Zusammengezwängt auf engem Raum muß er mit seiner Familie leben, gezwungen, Hausrat und viele andere Dinge des täglichen Bedarfs ausleihen zu müssen, hat er täglich vor Augen, daß die eingesessenen Bauern ungeschmälert all ihren Besitz haben." 1945/46 arbeiteten in Brandenburg mehr als die Hälfte der erwerbstätigen „Umsiedler" in landwirtschaftlichen Betrieben, und noch im Dezember 1948 waren 20,6 Prozent von ihnen in der Agrarwirtschaft beschäftigt. Insgesamt hatten hier Ende 1948 319.000 Flüchtlinge eine Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft aufgenommen; davon waren aber nur 25.375 (8 Prozent) jeweils eine Neubauernstelle zugeteilt worden. Trotz des hohen Angebots wurden in der Landwirtschaft weitere Arbeitskräfte benötigt, vor allem junge, unverheiratete Landarbeiter. Dennoch erhielten viele Flüchtlinge, die auf den Höfen alteingesessener Landwirte beschäftigt waren, nur geringe Löhne. Lehrlinge arbeiteten – wie im Dezember 1948 aus dem Kreis Niederbarnim berichtet wurde – „meistens gegen ein Butterbrot bei den Bauern."[247]

Die SED-Politik zielte demgegenüber auf eine schnelle Integration und Assimilation der „Umsiedler", deren Sonderstatus deshalb in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren sukzessive als „ehemalige Umsiedler" bzw. „Neubürger" aus der SED-Politik eskamotiert wurde. Die Staatspartei unterdrückte so die kulturelle Identität der Flüchtlinge und idealisierte ihre Eingliederungspolitik im Konflikt der beiden deutschen Staaten, auch mit dem Hinweis auf westdeutsche Politiker und Vertriebenenverbände, die der Oder-Neiße-Grenze ihre Anerkennung verweigerten. Die Politik der SED gegenüber den Vertriebenen beschränkte sich aber nicht auf Abwehr, Repression und Tabuisierung, sondern umfaßte auch konkrete Integrationsangebote. Sozialkaritative Maßnahmen, eine weitreichende gesellschaftliche Transformation und die damit verknüpfte Redistributionspolitik sollten die Fusion von Alteingesessenen und „Umsiedlern" in einer neuen egalitären Gesellschaft herbeiführen. Materielle Zuwendungen resultierten dabei überwiegend aus der umfassenden Umverteilung von Eigentum, die ohnehin von dem übergeordneten politischen Ziel der Machthaber bestimmt wurde, eine neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung herauszubilden. Auf dem Lande, wo die Flüchtlinge nach dem Kriegsende weitgehend mittellos lebten, figurierte die Bodenreform als Symbol der „Seßhaftmachung", die von der SED-Führung angestrebt wurde. Die Vergabe des Bodens, den zwischen 1945 bis 1950 in der SBZ/DDR über 91.000 „Umsiedler" erhielten, setzte allerdings die Enteignung der Gutsbesitzer voraus, die entmachtet und in Sammellager transportiert wurden. Der Nexus von Ver-

(Hg.), Flüchtlingsfrage, S. 161–191, hier: S. 166; Mehlhase, SED, S. 161f., 170; Donth, Vertriebene, S. 142–144. Der Beitrag der „Umsiedlerausschüsse" zur Flüchtlingseingliederung wird überschätzt in: Meinicke, Integration, S. 872f.

247 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1074, Bl. 93 (Orthographie korrigiert); Rep. 332, Nr. 574, Bl. 445. Zu der vielfältigen Abhängigkeit, die Flüchtlinge an Großbauern band, der (allerdings von der „Klassenkampf"-Ideologie geprägte) Bericht in: SAPMO-BArch, NY 4182/1055, Bl. 69f. Zusammenfassend: Pape, Flüchtlinge, S. 123f., 126f.; Christopeit, Herkunft, S. 93; Scholze-Irrlitz, „Umsiedler", S. 142f.; Bauerkämper, Flüchtlinge, S. 287.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

und Entwurzelung bei der Bodenreform spiegelt das ambitiöse Konzept wider, soziale Prozesse auf dem Lande politisch zu erzwingen und zu steuern.[248]

Die Vertriebenen wurden bei der Durchführung der Bodenreform jedoch im allgemeinen benachteiligt. In Brandenburg hatte Bechler die Landräte, Oberlandräte und Oberbürgermeister am 19. September 1945 angewiesen, daß „bei der Zuteilung von Land in folgender Reihenfolge vorzugehen ist: Landarme Bauern, landlose Bauern, Landarbeiter, Flüchtlinge." Im Oktober 1947 hatten die „Umsiedler" in Brandenburg, wo sie Ende 1946 22,8 Prozent der Bevölkerung stellten, 25 Prozent des Bodens, der in Individualbesitz vergeben worden war, und rund 22 Prozent der Neubauernstellen mit durchschnittlich jeweils nur 4,7 ha erhalten. Den Vertriebenen war besonders Ackerland mit geringer Bodengüte und deutlich weniger Weideland und Wald als alteingesessenen Bewerbern zugeteilt worden. Gemeindebodenkommissionen hatten die Gruppe der Landempfänger offenbar willkürlich eingeschränkt. Wie der Präsident der brandenburgischen Provinzialverwaltung, Carl Steinhoff, in einer Rundverfügung schon im September 1945 kritisierte, war es „vorgekommen, daß Gemeindekommissionen eine Bodenzuteilung an Flüchtlinge ablehnten mit der Begründung, daß Boden nur an ortsansässige Flüchtlinge verteilt werden könne." Viele Vertriebene erhielten keinen oder nur wenig Boden, so daß besonders die früheren Bauern und Landarbeiter unter ihrer Benachteiligung litten. Der Landesverband der VdgB in Brandenburg warnte die Kreisausschüsse im März 1947, daß „die ehemaligen Umsiedler als Fremde und Eindringlinge behandelt werden, so dass sie oft in den einzelnen Gemeinden bewusst bei der Vergebung [sic] von Siedlerstellen, Verteilung von landwirtschaftlichem Inventar und Vieh unberücksichtigt bleiben." Im Mai 1950 klagte ein Vertriebener, der in der Gemeinde Lumsfeld (Kreis Lübben) Parzellen erhalten hatte, über die ungerechte Zuteilung des Landes: „Bei der Versiedlung haben wir die schlechteste Bodenfläche und keine Obstbäume erhalten. Während die Neusiedler aus dem Ort und die kleinen Besitzer auch Lehmboden bekommen haben." Insgesamt erhielten die Vertriebenen durch die Umverteilung von Eigentum auf dem Lande zwar Boden und Betriebsmittel; die Redistribution begünstigte aber die Alteingesessenen, deren Einfluß vielerorts nicht gebrochen werden konnte.[249]

---

248 Schwarz, „Vom Umsiedler zum Staatsbürger", S. 140, 164f. Dagegen die Argumentation in: Alfred Theisen, Die Vertreibung der Deutschen – ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte, in: APZ, B 7–8/95, 10.2.1995, S. 20–33, hier: S. 21; Marion Frantzioch-Immenkeppel, Die Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Flucht, Vertreibung, Aufnahme und Integration, in: APZ, B 28/96, 5.7.1996, S. 3–13, hier: S. 5, 8; dies., Theroretische Ansätze zur Integration der deutschen Vertriebenen in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: Wille (Hg.), 50 Jahre, S. 17–28, hier: S. 26. Zu den Politikansätzen: Ther, Vertriebene, S. 250–253. Zur Integrationspolitik im Ost-West-Vergleich der Literaturüberblick in: Rolf Messerschmidt, Integration nicht ohne Ecken und Kanten. Neueste Literatur zur historischen Flüchtlingseingliederung und Minderheitenpolitik, in: NPL 45 (2000), S. 292–307, hier: S. 297–303.

249 Ther, Vertriebenenpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 98f. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/137, Bl. 3; BLHA, Rep. 208, Nr. 185, Bl. 23 (Orthographie korrigiert); Rep. 427, Nr. 968, Bl. 20; Rep. 202 G, Nr. 67 (Schreiben v. 9.5.1950). Ähnliches Fazit in dem Bericht Hoernles vom 15.2.1946 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/52, Bl. 44. Zur Durchführung von Bechlers Anweisung im Kreis Spremberg: BLHA, Rep. 330, Nr. 27, Bl. 2. Statistische Bilanz nach: BArch, DO-1/10/62, Bl. 169. Andere Angaben für Ende 1946 in: BLHA, Rep. 350, Nr. 873 (Liegenschaftsstatistik v. 1.1.1947). Einzelfälle offenbar ungerechter Zuteilung dokumentiert in: BArch, DK-1, Nr. 7559, Bl. 59; BLHA, Rep. 202 G, Nr. 67 (9.5.1950). Allgemein: Wolfgang Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"?, S. 139f.; Schwartz, „Umsiedler", S. 250, 256; Wille (Hg.), Die Vertriebenen in der

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Allerdings waren die Flüchtlinge vor der Entnazifizierung weitgehend geschützt. Da ihre persönlichen Dokumente überwiegend nicht auffindbar waren, konnten sie vielerorts uneingeschränkt Land übernehmen. Zudem mußten die Bodenkommissionen „Umsiedlern" seit 1946 gezielt Parzellen zuteilen. Da in Brandenburg – vor allem in den verwüsteten östlichen Landkreisen – Ende März 1946 noch rund 40.000 ha enteigneten Landes nicht verteilt worden waren, sollten Vertriebene, die erst 1946/47 in der SBZ eintrafen, auf diesen Flächen angesiedelt werden. Viele der „Umsiedler", die nach einem Befehl der SMAD vom 25. März 1946 aus Thüringen, der Provinz Sachsen und aus Flüchtlingslagern in Berlin nach Brandenburg gebracht wurden und dort Bodenreformland erhielten, erwiesen sich aber offenbar als ungeeignet, eine Berufstätigkeit in der Landwirtschaft aufzunehmen. Außerdem waren die noch nicht übereigneten Parzellen vielfach vermint, und sie wiesen überwiegend nur einen geringen Viehbesatz auf. Auch wegen der unzureichenden Ausstattung mit Maschinen und Geräten konnten diese Flächen kaum bewirtschaftet werden. Deshalb nahm in Brandenburg die Fläche, die noch nicht vergeben war, bis Anfang Juli 1947 auf 57.000 ha zu.[250]

Das ZK der SED hatte eine Ende 1946 erlassene Anordnung, in Brandenburg die schon abgeschlossene Landzuteilung durch Kontrollkommissionen zu überprüfen, bereits im Januar 1947 zurückgezogen. Damit blieb eine umfassende Revision der Bodenreform zugunsten der „Umsiedler" aus. Nach einem Bericht, den Heinrich Rau als brandenburgischer Minister für Wirtschaftsplanung im August 1947 vorlegte, dominierte vielmehr „in den Gemeinden immer die Tendenz [...], eine Neubesetzung [...] freiwerdender Siedlerstellen durch ortseingesessene [mit ortseingesessenen; A.B.] Personen vorzunehmen."[251] Vereinzelt weigerten sich Bürgermeister, die vielfach als Vorsitzende der Gemeindekommissionen die Durchführung der Bodenreform maßgeblich beeinflußten, den Vertriebenen Land zu übergeben. Sogar der brandenburgische Minister für Wirtschaftsplanung kritisierte in seiner Bilanz der Bodenreform im August 1947, daß die Eignung der Bodenempfänger bei der Landvergabe kaum berücksichtigt worden war. In einzelnen Gemeinden wurden Vertriebene sogar offen von der Landvergabe ausgeschlossen oder die Zuteilung von Boden an Bedingungen wie die Verfügung über Spannpferde geknüpft.[252]

Auch bei der Vergabe von Vieh, Maschinen und Geräten wurden Flüchtlinge deutlich benachteiligt. Deshalb entfielen in Brandenburg im Dezember 1947 auf jeweils zehn Neubauernstellen, die von „Umsiedlern" übernommen worden waren, lediglich vier Schweine, vier Milchkühe, zwei bis drei Schafe oder Ziegen, drei Pferde und zwei Hühner. Auch bei

---

SBZ/DDR, Bd. 2, S. 290, 293. Zum Anteil der „Umsiedler" an der Bevölkerung: Meinicke, Probleme, S. 3.

250 Angaben zu den freien Flächen und Berichte über die Zuteilung an „Umsiedler" in: BArch, DO-1/10/13, Bl. 80; DO-1/10/63, Bl. 107; DO-1/10/64, Bl. 7f., 11, 21, 31f., 124, 135–137; DO-1/10/65, Bl. 33; BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1166, Bl. 12. Hierzu auch die Dokumente in: Warning, Dokumente, S. 639–643. Zum Schutz der Vertriebenen vor der Entnazifizierung: Damian van Melis, „Angabe nicht möglich" – Integration statt Entnazifizierung der Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern, in: Hoffmann/Schwartz (Hg.), Geglückte Integration?, S. 161–170, hier: S. 164.

251 BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 19. Anweisungen des ZK vom 13. Dezember 1946 und 4. Januar 1947 in: BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 102f., 108.

252 BArch, DK-1, Nr. 7559, Bl. 381; BLHA, Rep. 332, Nr. 29, Bl. 102; BLHA, Rep. 255, Buckow, Nr. 1 (Schreiben v. 29.9.1945; Orthographie korrigiert); SAPMO-BArch, DY 30/IV 4062/66, Bl. 153. Berichte über die bevorzugte Landvergabe an Alteingesessene auch in: BArch, DK-1, Nr. 8831, Bl. 67; BArch, DK-1, Nr. 7559, Bl. 192. Vergleichend zu Sachsen: Donth, Vertriebene, S. 169–175, 346–348.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

der Zuteilung von Maschinen und Geräten bevorzugten die Gemeindebodenkommissionen eindeutig die alteingesessenen Bewerber. So erhielten Flüchtlingsneubauern bis Anfang 1947 4,3 Prozent, landlose Bauern aber 5,3 und landarme Bauern sogar 6,7 Prozent der verteilten Traktoren, die überwiegend von den Ausschüssen der VdgB übernommen wurden. Noch deutlicher war die Benachteiligung der Vertriebenen bei dem Viehausgleich, der vor allem den Neubauern in den nördlichen und östlichen Notstandsgebieten helfen sollte. Schon Ende 1945 waren 974 Pferde aus Sachsen und Thüringen in den Kreis Calau gebracht worden. Als die Pferde dort im Frühjahr 1946 verteilt wurden, erhielten Flüchtlingsneubauern davon lediglich 33 Tiere (3,4 Prozent). Obgleich Vertriebene nach 1949 erlassenen Richtlinien der DWK beim Neubauernbauprogramm bevorzugt werden sollten, wurde nur ein geringer Anteil der „Siedler" mit den erforderlichen Gebäuden ausgestattet. Der Mangel an Baumaterial, Finanzmitteln und Arbeitskräften, anhaltende Koordinationsprobleme und die geringe Eigenleistung der Neubauern verringerten die Bauleistung, so daß viele Vertriebene, die bei der Bodenreform Land übernommen hatten, auch in den frühen fünfziger Jahren nicht über Wohn- und Stallgebäude verfügten. Zudem wurden die knappen Ressourcen auch von den Alteingesessenen beansprucht, und mit dem Abriß von Gutsgebäuden verloren viele Flüchtlinge ihre Unterkunft, die ihnen zumindest provisorisch Schutz geboten hatte.[253]

Während die Flüchtlingsneubauern bis Juli 1949 nur rund 28 Prozent der verteilten Wohngebäude erhielten, wurden landlosen Bauern 37 Prozent der Wohnhäuser zugewiesen. Der Baubedarf blieb deshalb bei den „Umsiedlern", die Land übernommen hatten, noch in den späten vierziger Jahren überaus hoch. Das im September 1947 von der SMAD angeordnete Neubauernbauprogramm verringerte – wie dargelegt – lediglich den akuten Mangel an Wohn- und Funktionsgebäuden in den Flüchtlingsbetrieben.[254] Auch das „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler", das die Regierung der DDR am 8. September 1950 erließ, verbesserte die materielle Ausstattung der Flüchtlingsneubauern nicht nachhaltig. Das Gesetz eröffnete diesen zwar den Zugang zu zinsgünstigen Krediten für den Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden; die Flüchtlingsneubauern lehnten die anspruchslosen „Kernbauten" aber überwiegend ab und fürchteten auch eine hohe Verschuldung. So mußten im Februar 1951 allein im Kreis Ruppin noch mehr als 47 Prozent der Flüchtlingsneubauern kombinierte Wohnhäuser und Ställe errichten. Viele Neubauernstellen blieben deshalb unrentabel.[255]

In den wichtigsten Organen, die auf dem Lande über die Zuteilung knapper Ressourcen entschieden, herrschten Alteingesessene vor. So waren die Vertriebenen in den Gemeinde-

253 Ther, Vertriebene, S. 178, 180; ders., Integration, S. 794f.; BArch, DO-1/10/65, Bl. 84. Angaben für Januar 1947 errechnet nach: BLHA, Rep. 350, Nr. 873 (Liegenschaftsstatistik v. 1.1.1947). Hierzu und zum folgenden zusammenfassend: Bauerkämper, Flüchtlinge, S. 289f. Als instruktive Regionalstudie auch: Ther, Vertriebenenpolitik, S. 164f. Allgemein: Schwartz, „Umsiedler", S. 255f.

254 BArch, DK-1, Nr. 7375, Bl. 119. Ausführliche Darstellung in: Bauerkämper, Neubauernbauprogramm, S. 182–202. Als Übersicht auch die Tabelle in: Pape, Flüchtlinge, S. 120.

255 Der Anteil der gefestigten Betriebe von Flüchtlingsneubauern ist in der westdeutschen DDR-Forschung in den fünfziger Jahren mit 15 Prozent veranschlagt worden. Vgl. Peter-Heinz Seraphim, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, Bonn 1955, S. 17. Zum Baubedarf im Kreis Ruppin 1951: BLHA, Rep. 208, Nr. 2342, Bl. 15. Gesetz vom 8.9.1950 abgedruckt in: GBl., Nr. 104, 14.9.1950, S. 971–973. Zu dem Gesetz zusammenfassend: Wolfgang Meinicke, Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone. Ein kurzer historischer Überblick, in: ders./Alexander v. Plato, Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991, S. 76; Schulz, Probleme, S. 16.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

bodenkommissionen, die von den übergeordneten Institutionen im Nachkriegschaos keineswegs lückenlos kontrolliert werden konnten, deutlich unterrepräsentiert. Ende 1946 stellten Flüchtlinge in den örtlichen Kommissionen, denen ausschließlich landarme und landlose Bauern, Landarbeiter und „Umsiedler" angehören sollten, in Brandenburg nur 19,5 Prozent der Mitglieder; dagegen erreichten alteingesessene, aber landarme und landlose Bauern Anteile von 26,6 und 33,6 Prozent. In einzelnen Dörfern wie den Gemeinden Oderin (Kreis Luckau) und Oegeln (Kreis Beeskow-Storkow) wurden die „Umsiedler" überhaupt nicht an der Landvergabe beteiligt. Die Vertriebenen konnten deshalb Allianzen zwischen alteingesessenen Bevölkerungsgruppen, die zu „Unregelmäßigkeiten von Bodenkommissionen oder deren Vorsitzenden" bei der Landzuteilung führten, in den dörflichen Milieus nicht durchbrechen. Auch in den Ortsausschüssen der VdgB verfügten Altbauern Ende 1946 mit einem Mitgliederanteil von 35,3 Prozent über eine dominierende Position gegenüber den „Umsiedlern", die nur 22,3 Prozent der Mitglieder stellten. Andererseits weigerten sich Vertriebene, die weiterhin auf die Rückkehr in ihre alte Heimat hofften, beharrlich, Positionen und Aufgaben in den Ausschüssen zu übernehmen und sich damit an ihre neuen Wohnorte zu binden.[256]

Entgegen den Vorgaben der Flüchtlingsverwaltung konnten die örtlichen „Umsiedlerausschüsse", deren Bildung die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler im September 1945 zur beschleunigten Flüchtlingsaufnahme angeordnet hatte, institutionell nicht mit den Gemeindebodenkommissionen verkoppelt werden. Auch deshalb gewannen in Brandenburg soziale Beziehungen in dörflich-agrarischen Milieus einen beträchtlichen Einfluß auf die Vergabe von Boden, Vieh und technischem Inventar. So teilte sich in der Gemeinde Kahsel (Landkreis Cottbus) „die maßgebende Gruppe, die untereinander verwandt und verschwägert ist, bei der Bodenreform den guten Boden auf, während die Neusiedler den geringeren Boden erhielten." Die Beharrungskraft gesellschaftlicher Beziehungsnetze immunisierte Traditionsmilieus auf dem Lande gegen Außenseiter, so daß die Ansprüche eintreffender Flüchtlinge und Vertriebener in einigen Dörfern schroff abgelehnt wurden. Der für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zuständige Vizepräsident in der brandenburgischen Provinzialverwaltung, Heinrich Rau, kritisierte deshalb im Februar 1946, daß „Landhungrige von den Landräten oder Bürgermeistern, wie es verschiedene Beispiele zeigen, abgewiesen werden, während noch Boden für diese Menschen frei ist."[257] Allerdings erhielten bis Ende März 1946 fast 80 Prozent der Flüchtlinge, die eine Zuteilung von Land beantragt hatten, Parzellen aus dem Bodenfonds. Viele Vertriebene, die aus den verlorenen Kreisen der bran-

256 Errechnet nach: BLHA, Rep. 350, Nr. 873 (Statistik v. 1.1.1947). Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4182/1053, Bl. 142. Bericht über die Gemeinde Oderin in: BArch, DK-1, Nr. 7560, Bl. 30. Zur Gemeinde Oegeln: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 337, Bl. 49. Zur Verweigerung der Flüchtlingsneubauern: BArch, DK-1, Nr. 7592, Bl. 132. Vgl. auch Sandford, Hitler, S. 111. Anweisung des für Inneres zuständigen 1. Vize-Präsidenten Bernhard Bechler, der auch Vorsitzender der Provinzialbodenkommission war, zur „Wahl" der Gemeindebodenkommissionen in: BLHA, Rep. 208, Nr. 185, Bl. 21. Zur Beharrungskraft sozialer Beziehungsnetze in den Dörfern allgemein auch: Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 67. Zum Begriff „Kollusion" zuerst: Fulbrook, Anatomy, S. 57. Weiterentwickelt in: Lindenberger, ABV als Landwirt, S. 171; Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 120.

257 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 336, Bl. 18; SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 51. Zu den Initiativen, die „Umsiedlerausschüsse" mit den Kommissionen zur Durchführung der Bodenreform zu verknüpfen: Schwartz, Partizipation, S. 165; ders., Zusammenbruch, S. 90; Ther, Vertriebenenpolitik, S. 163f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

denburgischen Neumark unmittelbar östlich von Oder und Neiße geflohen waren, weigerten sich jedoch beharrlich, Neubauernstellen zu übernehmen. So wurde in einem Bericht der Provinzialverwaltung kritisiert, daß Flüchtlinge es ablehnten, „sich neu anzusiedeln [...], immer in der stillen Hoffnung einer zukünftigen Rückkehr in die von ihnen verlassene Heimat." Der Rückkehrwunsch blieb aber auch stark, weil die Neuankömmlinge von den Alteingesessenen herab- und zurückgesetzt wurden. Indem die Vertriebenen in der SBZ bzw. frühen DDR an der überkommenen, seit dem frühen 19. Jahrhundert konstruierten Vorstellung von der „deutschen Heimat im Osten" festhielten, verzögerten sie insgesamt den Umbruch auf dem Lande, den das SED-Regime herbeigeführt hatte.[258]

Die Landumverteilung tastete die dörflich-agrarischen Milieus, die von den alteingesessenen Landwirten beherrscht wurden, zunächst kaum an. Altbauern lehnten den Einsatz ihrer Zugkräfte auf den Parzellen der Neubauern ab, deren fachliche Qualifikation weithin bezweifelt wurde. Auch die Maschinenhöfe der VdgB und die MAS verringerten die ökonomische Abhängigkeit der Flüchtlingsneubauern von den alteingesessenen Betriebsinhabern in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren nur allmählich. Die Vergünstigungen, die den Neubauern zuerkannt wurden, verstärkten zudem noch ihre soziale Isolierung in dörflichen Milieus, die von Altbauern beherrscht wurden. Damit ergab sich aus dem „Zuzug von Umsiedlern [...], die [...] Initiative und Eifer in der Durchführung der Bodenreform entwickelten, denen aber nicht immer ausreichende Kenntnisse der bäuerlichen Wirtschaftsverhältnisse und bäuerlicher Denkungsart zur Verfügung standen, [...] ein innerer Gegensatz, der nicht dadurch gemildert wurde, daß die Altbauern in erheblichem Umfange durch Inanspruchnahme ihrer Gespanne, Maschinen, ihrer Arbeitskräfte für die Wirtschaftsstellen der Neubauern herangezogen worden sind."[259] Insgesamt führte die Bodenreform in der Mangelökonomie und „Trümmergesellschaft"[260] der Nachkriegszeit Verteilungskonflikte herbei, die maßgeblich zu der politisch kaum kontrollierbaren Dynamik wechselseitiger Abgrenzung beitrugen. Da auch viele alteingesessene Landwirte Not litten und durch die fehlgeleitete Politik in der SBZ geschädigt wurden, waren sie nicht bereit oder fähig, die Neubauern vorbehaltlos zu unterstützen. Der soziale Gegensatz zwischen den beiden Gruppen resultierte freilich auch aus den z.T. gravierenden kulturellen Unterschieden.[261]

Die Bodenreform wurde von den Machthabern – so in dem 1946 uraufgeführten Film „Freies Land" und in der DEFA-Wochenschau „Der Augenzeuge" – als wichtiges Instrument der Bindung von Flüchtlingen an ihre neuen Wohnorte gefeiert, mit der sie sich so stark identifizieren sollten, daß der Wunsch nach einer Rückkehr in die alte Heimat schwand.[262] Die nicht intendierten, aber in ihren inhärenten Widersprüchen angelegten Folgen der Integrationspolitik des SED-Regimes konterkarierten jedoch insgesamt die erhoffte

258 Zu diesem Topos: Eva Hahn/Hans-Henning Hahn, Flucht und Vertreibung, in: François/Schulze (Hg.), Erinnerungsorte, S. 335–351, 695–697, hier: S. 346. Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 111. Dazu auch: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 145, 203, 207; Wille (Hg.), Die Vertriebenen, Bd. 2, S. 289; Warning, Dokumente, S. 638. Zu den Rückkehrhoffnungen auch: Uwe Hartmann, Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, in: Marksteine, S. 486–489, hier: S. 487; Schwartz, Brandenburg, S. 60.

259 Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/117, Bl. 6 (Orthographie korrigiert). Hierzu auch die Berichte in: BLHA, Rep. 350, Nr. 872, Bl. 8; Rep. 208, Nr. 112, Bl. 5f. Überblick in: Bauerkämper, Neubauern, S. 124–127.

260 Teppe, Trümmergesellschaft, S. 22–33.

261 Kluge, Die „sozialistische Landwirtschaft", S. 24.

262 Heimann, Umsiedler, S. 379, 386–389.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

und von der SED-Führung als politischer Erfolg beanspruchte Eingliederung durch die Bodenreform. Die Zuteilung von Land zeigte den Vertriebenen zwar, daß die führende Partei und die Behörden in der SBZ die Integration nicht nur als Ziel ihrer Politik deklamierten, sondern auch konkret in Angriff nahmen. Die Neubauernstellen waren aber überwiegend so unzureichend mit Vieh, Gebäuden und technischem Inventar ausgestattet, daß sie die Berufsarbeit ihrer neuen Besitzer nicht dauerhaft sicherten. Ebenso wie in der Bundesrepublik, wo die Siedlungspolitik eine noch geringere Wirkung entfaltete, verließen Vertriebene zudem ihr Land, als die Industriewirtschaft in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren zunehmend attraktivere Arbeitsplätze anbot. Viele arme oder mittellose Flüchtlingsneubauern, die vor 1945 nicht in der Landwirtschaft gearbeitet hatten und in ihrer neuen Heimat gesellschaftlich marginalisiert geblieben waren, verließen in Brandenburg bereits in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Neubauernstellen. Nachdem hier schon 1945/46 mehr als 900 Flüchtlingsfamilien ihre Neubauernstellen zurückgegeben hatten, stieg die Zahl der verlassenen Betriebe 1947 auf über 2.000. Damit fielen nahezu 13.100 ha Land in den Bodenfonds zurück. 1949 verzichteten allein im ersten Halbjahr 862 „Umsiedler" auf ihre Neubauernstellen, die insgesamt mehr als 5.500 ha umfaßt hatten. Im Kreis Calau gaben bis 1950 etwa zehn Prozent der Flüchtlingsneubauern ihre Betriebe auf. Als der erste Fünfjahrplan von 1951 bis 1955 die Rekonstruktion der Industriewirtschaft beschleunigte und zunehmend Arbeitskräfte aus dem primären Sektor absorbierte, konnten unrentable Neubauernbetriebe, die nicht mehr bewirtschaftet wurden, kaum noch erneut zugeteilt werden. Damit traten die Grenzen der Integrationspolitik des SED-Regimes auf dem Lande deutlich hervor. Insgesamt verlief die Eingliederung der Vertriebenen keineswegs linear, sondern sie war trotz vielfältiger solidarischer Hilfe in den dörflichen Milieus auch eine Leidensgeschichte.[263]

Im allgemeinen löste die Ankunft der Flüchtlinge in Brandenburg auf dem Lande einen umfassenden Prozeß gesellschaftlicher Unterschichtung aus, der durch die beruflich-ökonomische Benachteiligung der Neuankömmlinge und ihre soziale Marginalisierung gekennzeichnet war. Die Unterlegenheit der Vertriebenen hinsichtlich ihres Besitzes und ihrer materiellen Ausstattung verringerten auch politische Eingriffe wie der SMAD-Befehl

263 BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1166, Bl. 15f.; BArch, DO-1/10/22, Bl. 91. Zum Kreis Calau-Senftenberg: Ther, Vertriebenenpolitik, S. 165. Vergleichend: Arnd Bauerkämper, Die vorgetäuschte Integration. Die Auswirkungen der Bodenreform und Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland 1945–1960, in: Hoffmann/Schwartz (Hg.), Geglückte Integration?, S. 193–214. Zur „Symbolkraft" der Landumverteilung: Schwartz, „Umsiedler", S. 251, 257. Ähnlich schon: Michael Schwartz, Vom „Flüchtling" zum Neubürger. Vertriebenenintegration als gesellschaftliches Problem der deutschen Nachkriegsgesellschaften, in: Grenze und Grenzbewohner, Nachbarn und Fremde, Alte Heimat – neue Heimat, Abschied und Ankunft, hg. von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Brandenburg e.V., Guben 1994, S. 26–39, hier: S. 33f. Widersprüchliche Argumentation in: Michael Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik. Ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsidentitäten, in: DA 39 (1997), S. 177–195, hier: S. 180, 186. Bilanz und ausgewogenes Urteil in: Hans-Werner Rautenberg, Die Wahrnehmung von Flucht und Vertreibung in der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute, in: APZ, B 53/97, 26.12.1997, S. 34–46, hier: S. 40. Dagegen undifferenzierte Interpretation als „Erfolgsgeschichte" in: Frantzioch-Immenkeppel, Die Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 3, 7f., 11; Möller, Relativität, S. 6; Benz, Fremde, S. 385. Zur Debatte auch: Hermann Wentker, Flüchtlingsintegration im Nachkriegsdeutschland. Forschungskolloquium des Instituts für Zeitgeschichte, München, in: GWU 47 (1996), S. 690–692; Helge Heidemeyer, Die Integration von Flüchtlingen im Nachkriegsdeutschland. Ein Forschungskolloquium des Instituts für Zeitgeschichte, in: DA 29 (1996), S. 787–790.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Nr. 304 vom 15. Oktober 1946, nach dem bedürftigen „Umsiedlern" eine einmalige Finanzhilfe in Höhe von 100,- bis 300,- DM gewährt werden konnten, oder das Umsiedlergesetz vom 8. September 1950 nur geringfügig. Wegen des allgemeinen Mangels an produzierten Gütern konnten viele Vertriebene die Kredite nicht ausschöpfen, deren Tilgung sie zudem oft überforderte. Deshalb waren die Flüchtlinge – besonders in dörflich-agrarischen Milieus, die durch die Kriegsfolgen und die Bodenreform wenig erschüttert worden waren – einem hohen Assimilationsdruck ausgesetzt, der sich in anhaltenden Konflikten widerspiegelte. Alteingesessene, die in den Dörfern überwiegend in soziale Beziehungsnetze eingebunden waren, projizierten vielfach Vorurteile, die sich traditionell gegen Fremde richteten und im Zweiten Weltkrieg durch den Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener in der Landwirtschaft verstärkt worden waren, auf die „Umsiedler". So wurden Vertriebene in der Prignitz vielerorts des Diebstahls verdächtigt und als „Polackenvolk", „Bandenzeug", „Schweine", „Heuschrecken", „verlaustes Russenpack" und „Hitlerschweine" beschimpft. Zudem traf die Zuteilung von Versorgungsgütern an Flüchtlinge trotz ihres relativ niedrigen Lebensstandards in brandenburgischen Dörfern auf Vorbehalte, da die einheimische Bevölkerung fürchtete, durch die Fremden übervorteilt zu werden. Viele Vertriebene wehrten sich gegen die Forderungen der alteingesessenen Bevölkerung und den starken Konformitätsdruck, indem sie bei den für die Flüchtlingsverwaltung zuständigen Behörden protestierten. So wurden 1946 in Brandenburg „Klagen laut, die ihren Grund in persönlichen Zerwürfnissen zwischen Eingesessenen und Umsiedlern haben. Der Grund für diese Unzuträglichkeiten ist nicht selten der, daß der Umsiedler Eigentum des Vermieters in Anspruch nehmen muß, weil er nicht das Notwendigste zur Haushaltsführung besitzt." Insgesamt blieben die Vertriebenen trotz der solidarischen Hilfe, die ihnen Alteingesessene gewährten, in der SBZ – ebenso wie in den westlichen Besatzungszonen – lange Fremde, denen die gesellschaftliche Gleichberechtigung vor allem wegen der weitverbreiteten Angst vor „Überfremdung" und der Ressourcenkonkurrenz vielerorts systematisch verwehrt wurde.[264]

Die unterschiedliche materielle Ausstattung, kulturelle Prägung und Lebensweise verhinderten, daß die gesellschaftliche Distanz und die Konflikte zwischen den Vertriebenen und Alteingesessenen in Brandenburg bis zu den fünfziger Jahren überwunden wurden. Zudem hatte die Stalinisierung der SED und DDR 1947/48 auch die „Umsiedler"-Politik der Staatspartei erfaßt, die auf eine weitgehend bedingungslose Assimilation der Bevölkerungsgruppe in die Gesellschaft der SBZ zielte, den Flüchtlingen und Vertriebenen weiterhin das Recht auf die Bildung eigener Interessenorganisationen absprach und Hoffnungen auf eine Grenzrevision kategorisch zurückwies. Da sich deutlich abzeichnete, daß eine schnelle Rückkehr der Flüchtlinge in ihre alte Heimat ausgeschlossen war, hatten die Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen schon zuvor zugenommen. Bei Befragungen der brandenburgischen Provinzial- bzw. Landesregierung beurteilten im Dezember 1946 lediglich

264 BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1074, Bl. 96. Zum SMAD-Befehl Nr. 304: Badstübner u.a., Deutsche Geschichte, Bd. 9, S. 225. Zur Kritik an Sonderzuteilungen exemplarisch: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1076, Bl. 34. Zum Unterschichtungsprozeß und zur Wirkungsmacht traditionaler Vorbehalte und Stereotype in Brandenburg: Christopeit, Herkunft, S. 98–104, 108; ders., Die Vertriebenen im Gründungsjahr der DDR, S. 262f.; Scholze-Irrlitz, „Umsiedler", S. 140f.; Ther, Vertriebene, S. 290–292. Zur Kreditvergabe nach dem „Umsiedlergesetz": Wille, Die Vertriebenen und das politisch-administrative System, S. 212f. Zu den Flüchtlingen in der ländlichen Gesellschaft der SBZ zusammenfassend: Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 126–128. Vergleichend: Rolf Messerschmidt, Mythos Schmelztiegel! Einige Neuerscheinungen zur „Flüchtlingsforschung" der letzten Jahre, in: NPL 37 (1992), S. 34–55, hier: S. 44; Bade, Migrationsforschung, S. 150f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

13,3 Prozent der Gemeinden das Verhältnis zwischen Alteingesessenen und Vertriebenen als schlecht, im April 1947 aber schon 19 Prozent. Obgleich die Solidarität mit den entwurzelten Neuankömmlingen keineswegs völlig abbrach, betrachteten die Alteingesessenen die Vertriebenen zunehmend als Belastung. Dörflich-agrarische Milieus zerfielen unter dem Doppeldruck von hoher Zwangswanderung und akuter Not in konkurrierende Gruppen. Alteingesessene wiesen Vertriebene ab, und die Kommunalverwaltungen verweigerten ihnen Wohnraum oder Lebensmittelkarten. Bürgermeister und Landräte schwankten zwischen den Anweisungen der übergeordneten Landesbehörden und den Erwartungen der einheimischen Bevölkerung. Zwangszuweisungen, die von den übergeordneten Flüchtlingsverwaltungen durchgesetzt wurden, verschärften in den Dörfern die Konflikte noch. Während die Bauern die Vertriebenen bei der Frühjahrs- und Herbstbestellung ebenso wie bei der Ernte als Arbeitskräfte benötigten, verwiesen sie vielerorts Flüchtlinge, die auf den Feldern nach Nahrung suchten, von ihrem Land. Die Neuankömmlinge waren in den ersten Nachkriegsjahren insgesamt weitgehend aus den dörflichen Gemeinschaften ausgegrenzt, wie ein Vertriebener, der in der Gemeinde Joachimsthal (Kreis Angermünde) lebte, im Januar 1946 in einem Brief an die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft klagte: „Wird es mir und anderen schlesischen Bauern aus der Nähe von Breslau noch einmal möglich sein, unsere liebe Heimat wiederzusehen? [...] Dauernd als Flüchtling leben zu müssen, ist kein schönes Los. [...] Die Leute kennen hier noch keine Not. Es ist nicht ein einziges Haus beschädigt worden, aber Mitleid mit den Flüchtlingen haben sie nicht."[265]

Obgleich die Flüchtlingseingliederung mit der Integration der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler in die Deutsche Verwaltung des Innern seit Juli 1948 und der darauffolgenden Auflösung separater Umsiedlerbehörden in den Ländern, Kreisen und Gemeinden offiziell als abgeschlossen galt und die spezifischen Probleme der Vertriebenen weitgehend tabuisiert wurden, war diese Gruppe auch in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren in Brandenburg in den dörflich-agrarischen Milieus keineswegs gesellschaftlich integriert. Im Juli 1947 hatte der Leiter der Abteilung Umsiedler und Heimkehrer im Ministerium für Arbeit und Sozialwesen in einem Bericht hervorgehoben, daß die Flüchtlinge in den Gemeinden „sehr häufig nur als Menschen zweiter Ordnung, als Fremde oder Gäste behandelt werden." Auch eine Sonderkommission, die im Kreis Lebus die Lage der „Umsiedler" untersuchte, erklärte in ihrem Abschlußbericht offen: „Die erstrebte Gleichberechtigung der Umsiedler hat in den überprüften Gemeinden bisher nur unbedeutende Fortschritte gemacht." In der Gemeinde Jänschwalde (Landkreis Cottbus) wurden die Vertriebenen noch im Frühjahr 1950 besonders eklatant zurückgesetzt und demonstrativ ausgeschlossen. Hier war ein verstorbener Flüchtling zwischen den Gräbern Alteingesessener beigesetzt worden. Die einheimische Bevölkerung wandte sich so scharf gegen diese Grabstelle, daß der Bürgermeister den toten Vertriebenen umbetten und an den Rand des Friedhofs verlegen ließ.

265 BArch, DK-1, Nr. 7559, Bl. 427. Ähnlich auch das Schreiben in: BLHA, Rep. 208, Nr. 2758, Bl. 121. Umfassend: Ther, Vertriebene, S. 178, 282–287. Hinweise auch in: Manfred Wille, Die Vertriebenen und das politisch-administrative System der SBZ/DDR, in: Hoffmann/Krauss/Schwartz (Hg.), Vertriebene, S. 203–217, hier: S. 204, 207, 211f., 213–216; Schwartz, „Umsiedler", S. 240, 246–248. Vgl. daneben Wille (Hg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Bd. 1, S. 338; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/117, Bl. 6; BArch, DO-1/8/83, Bl. 52. Die Behandlung der „Umsiedler" als „Menschen zweiter Klasse" wird auch kritisiert in: Ulbricht, Volke, S. 85. Zu Sachsen-Anhalt: Bock, Bodenreform, S. 46. Zu Mecklenburg: Ulrich Bentzien, Volkskultur in Mecklenburg. Ein historischer Abriß, in: Bentzien/Neumann (Hg.), Volkskunde, S. 98–119, hier: S. 105f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Auch in Dörfern wie Betzin (Kreis Osthavelland) waren „Umsiedler" noch 1950 gesellschaftlich marginalisiert. Sie hoben sich weiterhin nicht nur kulturell, sondern auch hinsichtlich ihrer materiellen Lage deutlich von der alteingesessenen Bevölkerung ab. So beklagte der Landrat des Kreises Angermünde vor allem den Geldmangel unter den Vertriebenen, die überwiegend ihre Ersparnisse verloren hatten. Während die Neuankömmlinge vielerorts weiterhin die Rückkehr in ihre alte Heimat herbeisehnten, griffen Alteingesessene auf traditionale regionale und lokale Identitätszuschreibungen und ein (oft nur imaginiertes) Zusammengehörigkeitsgefühl zurück, um sich von den für sie lästigen Flüchtlingen abzugrenzen.[266]

Oft entzogen sich die „Umsiedler" dem Fremdbild und dem übermächtigen Erwartungsdruck der Alteingesessenen durch eine weitreichende Anpassung an die Lebensweise in den Aufnahmedörfern, um schnell eine Gleichstellung und Integration zu erreichen. Viele Vertriebene fühlten sich nach einem Bericht der Abteilung Deutsche Umsiedler in der brandenburgischen Provinzialregierung noch Ende 1946 „nur als geduldete Gäste und sind mit jeder Maßnahme und mit jeder Unterbringung kritiklos einverstanden. [...] Ihr Verhalten heute ist oft demütig und abwartend." Der hohe Assimilationsdruck begünstigte auch den Rückzug der Vertriebenen auf landsmannschaftliche Bindungen, die einzelne Flüchtlingsgruppen vor den Behörden verborgen pflegten, die „Umsiedler" aber gegenüber der Aufnahmegesellschaft abschlossen.[267]

Der Konfessionsgegensatz verschärfte vielfach die Konflikte zwischen Alteingesessenen und Flüchtlingen und erhöhte den Assimilationsdruck, dem die „Umsiedler" in dörflich-agrarischen Milieus ausgesetzt waren. In Brandenburg ließen sich viele katholische Vertriebene nieder, so daß die nahezu homogene evangelisch-protestantische Konfessionsstruktur in der Provinz in der Nachkriegszeit gelockert wurde. Schon 1946 waren mehr als neun Prozent der Einwohner Brandenburgs Katholiken, im Kreis Calau sogar nahezu 14 Prozent. Die katholische Kirche integrierte die „Umsiedler" zwar in ein durch die Konfessionsbindung geprägtes Netz sozialer Beziehungen, begünstigte damit aber zugleich Abschlußtendenzen. Insgesamt vollzog sich – wie die Abteilung für Umsiedler in der brandenburgischen Provinzialregierung schon 1946 hervorhob – „ ... in den Städten [...] die Verschmelzung mit der eingesessenen Bevölkerung wesentlich rascher als auf dem Lande."[268]

---

266 BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 336, Bl. 22, 35. Allgemein: Marita Krauss, Das „Wir" und das „Ihr". Ausgrenzung, Abgrenzung, Identitätsstiftung bei Einheimischen und Flüchtlingen nach 1945, in: Hoffmann/Krauss/Schwartz (Hg.), Vertriebene, S. 27–39, hier: S. 30, 33, 35. Zu Jänschwalde: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 336, Bl. 18; Rep. 203, MdI, Nr. 337, Bl. 99, 125, 132. Zit. nach: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 420, Bl. 320; Rep. 202 G, Nr. 52, Bl. 81. Vgl. auch BLHA, Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 14; Rep. 203, MdI, Nr. 1108, Bl. 35. Dazu auch: Christopeit, Die Vertriebenen im Gründungsjahr der DDR, S. 261f.; ders., Herkunft, S. 105, 108; Ther, Vertriebene, S. 291. Zur Auflösung der ZVU sowie der Umsiedlerabteilungen und -ausschüsse in Brandenburg: Schwartz, Zusammenbruch, S. 47–59; Schneider, Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 242; Ther, Vertriebenenpolitik, S. 165f. Zum Kreis Angermünde: Wille, Die Vertriebenen und das politisch-administrative System, S. 211f.

267 Gerald Christopeit, Die Sudetendeutschen in der Provinz Mark Brandenburg 1945 bis 1948, in: Manfred Wille (Hg.), Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche, Magdeburg 1993, S. 86. Zit. nach: BArch, DO-1/10/22, Bl. 7.

268 BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 1074, Bl. 95. Zum Einfluß konfessioneller Bindungen und der katholischen Kirche in Brandenburg: Christopeit, Die Sudetendeutschen, S. 83f.; ders., Herkunft, S. 106; Ther, Vertriebene, S. 289.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die soziale Eingliederung der Flüchtlinge war in ländlichen Regionen Brandenburgs nicht eine geradlinige und zielgerichtete Entwicklung, sondern ein konfliktreicher und widersprüchlicher Prozeß, in dem die Vertriebenen nicht nur von der Transformationspolitik des SED-Regimes erfaßt wurden, sondern auch dem Assimilationsdruck der alteingesessenen Bevölkerung ausgesetzt waren. Allerdings verfügten die „Umsiedler" durchaus über eine begrenzte Handlungsautonomie. Sie vertraten z.T. offensiv ihre Interessen und forderten Maßnahmen, die ihre soziale Gleichstellung förderten. Viele Vertriebene nutzten deshalb die Integrations- und Partizipationschance, die ihnen die Bodenreform zu bieten schien. In den scharfen Verteilungskonflikten, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit das Alltagsleben bestimmten, unterlagen die Flüchtlinge aber weitgehend, und sie erreichten auf dem Lande auch keineswegs die angestrebte gesellschaftliche Gleichstellung. So kritisierte die sowjetische Militärverwaltung in Brandenburg im März 1947 die Arbeit der Abteilung für Umsiedler in der brandenburgischen Provinzialregierung: „Die Wohnungsverhältnisse der Umsiedler entsprechen noch lange nicht dem Wohnungsbestand der Provinz. [...] Gegen die mißgünstige Stimmung der Einheimischen gegenüber den Umsiedlern wird nicht ausreichend gekämpft. – Sie werden immer noch als ‚Fremde' und ‚zugereiste Leute' betrachtet. [...] Die auf Grund der Bodenreform mit Land versorgten Umsiedler werden nicht vordringlich mit landwirtschaftlichem Inventar, Saat und nach Möglichkeit mit Zugkraft versorgt." Bis zu den frühen fünfziger Jahren konnte die ökonomische Benachteiligung der Flüchtlinge insgesamt ebensowenig beseitigt werden wie die Beharrungskraft ländlich-agrarischer Milieus, die den Eingliederungsprozeß verzögerte, gelegentlich sogar blockierte.[269]

Viele Flüchtlingsneubauern und ihre Frauen, die der Bewirtschaftung ihrer kleinen, unrentablen und unzureichend ausgestatteten Betriebe nicht mehr gewachsen waren, begrüßten 1952 den Übergang zur Kollektivierung und schlossen sich schon früh LPG an. Damit vertiefte sich erneut der Gegensatz zu den alteingesessenen Landwirten, die überwiegend stärker mit ihrem Boden verwurzelt und bestrebt waren, ihren gesellschaftlichen Status in den Gemeinden zu bewahren. Besonders die wirtschaftsstarken Groß- und Mittelbauern sträubten sich gegen die Kollektivierung. Auch Flüchtlinge, die vor ihrer Vertreibung als Bauern gearbeitet und ihre neuen Betriebe mit hohem Aufwand gefestigt hatten, und einzelne Gruppen wie die Bessarabiendeutschen, die sich schon der sowjetischen Kollektivierungspolitik widersetzt hatten, lehnten einen Beitritt zu Produktionsgenossenschaften scharf ab. Die Einstellung der Vertriebenen zur Kollektivierung war aber durch generations- und geschlechtsspezifische Unterschiede gekennzeichnet. Jüngere Flüchtlinge und Frauen waren relativ früh bereit, die neuen Chancen, die der Beitritt zu einer LPG bot, entschlossen zu nutzen. Dagegen nahmen die Älteren die Kollektivierung vor allem als Verlust wahr. Der unterdurchschnittliche Anteil der Selbständigen unter den Vertriebenen, die in die Bundesrepublik abwanderten, zeigt aber, daß die neue Politik der SED-Führung keine Massenflucht von Landwirten aus der DDR auslöste, deren Arbeit beim Aufbau von Neubauernstellen mit der Zwangseingliederung in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften entwertet wurde.[270]

---

269 Zit. nach: BArch, DO-1/10/65, Bl. 96. Zur Milieubeharrung auch: Spix, Bodenreform, S. 62–64; Just, Lösung, S. 978f.; Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 66f.

270 Die Datengrundlage ist aber unsicher. Vgl. Helge Heidemeyer, Vertriebene als Sowjetzonenflüchtlinge, in: Hoffmann/Krauss/Schwartz (Hg.), Vertriebene, S. 237–249, hier: S. 244f. Dazu auch: Schmidt, „Drei- oder viermal im Leben neu anfangen zu müssen ...", S. 305f., 316, 319; Meinicke/v. Plato, Heimat, S. 163.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Insgesamt war die Zuteilung von Land an Vertriebene von der Transformationspolitik des SED-Regimes bestimmt, das zumindest seit 1948/49 letztlich nicht auf eine Integration, sondern eine Assimilation der Neuankömmlinge zielte. Deshalb beschränkte sich die Vermögensumverteilung zugunsten der Flüchtlinge weitgehend auf Eigentum, das verdrängten und entmachteten Gesellschaftsgruppen entzogen worden war. Demgegenüber erstickten einflußreiche Partei- und Staatsfunktionäre schon im Herbst 1948 die beginnende Debatte über einen umfassenden Lastenausgleich, der in Westdeutschland schließlich mit dem „Soforthilfegesetz" (1949) und der 1952 erlassenen Gesetzgebung durchgesetzt wurde. Wenngleich die finanziellen Transfers an die Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland zunächst noch gering blieben, war der „Lastenausgleich" ein einprägsames Symbol der Integrationsbereitschaft, auch gegenüber den in der DDR lebenden „Umsiedlern". Da auch die SED-Führung um ihre Legitimität in der Konkurrenz zwischen den beiden deutschen Staaten besorgt war, erklärte sie die Bodenreform kurzerhand zum vorweggenommenen Lastenausgleich. Zudem ließen die Machthaber in der DDR im September 1950 das „Umsiedlergesetz" von der Volkskammer verabschieden, mit dem sie auch auf das westdeutsche „Soforthilfegesetz" reagierten. Unabhängig von den politischen Zielen und Maßnahmen löste die Ankunft der Vertriebenen und Flüchtlinge in beiden deutschen Staaten auf dem Lande sozialstrukturelle Unterschichtungsprozesse zugunsten der Alteingesessenen aus. Die in Erinnerungen vielbeschworene nivellierte Zusammenbruchsgesellschaft ist demgegenüber eine Rückprojektion. In der SBZ wurden darüber hinaus die Sonderprobleme der Vertriebenen mit der beginnenden Stalinisierung seit 1948 tabuisiert. Zugleich unterdrückten die Machthaber zunehmend die Kultur der Zwangsmigranten. Die Sonderpolitik des SED-Regimes zugunsten der Vertriebenen war – gemessen an den hochgesteckten Ansprüchen – in den späten vierziger Jahren gescheitert, zumal sie beträchtliche Folgekosten verursacht hatte. So blieb die integrative Wirkung der Bodenreform begrenzt. Die Umverteilung von Ressourcen zugunsten der Flüchtlinge belastete überdies das Verhältnis dieser Gruppe zu den Alteingesessenen. Der sozioökonomische Umbruch, der von gesellschaftspolitischer Privilegierung und Entmachtung bestimmt war, sicherte den „Umsiedlern" jedoch zunächst das Überleben – vor allem durch die Bodenreform – und ermöglichte in den fünfziger Jahren sogar einen schnellen Aufstieg vieler Vertriebener, besonders in Polizei und Militär.[271]

Klein- und Mittelbauern

Die Größe des Landbesitzes prägte im allgemeinen die soziale Lage und das gesellschaftliche Ansehen der Dorfbewohner. Die Eingruppierung der Bauern in Besitzgrößengruppen ist aber methodisch schwierig, da sich Kriterien überschneiden und wechselseitig ausschließen. In der Reichsstatistik waren die Agrarbetriebe im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert in folgende Größenkategorien aufgegliedert worden, die jeweils die landwirtschaftliche Nutz-

271 Dazu ausführlich: Michael Schwartz, „Verantwortliche Arbeit beim Wiederaufbau". Die Vertriebenen und die Formation neuer administrativer Eliten in der SBZ/DDR, in: Schulz (Hg.), Eliten, S. 165–197. Die Befunde dieses Beitrags sind aber unbefriedigend, da statistische Quellen weitgehend fehlen. Zur Umverteilungspolitik: Michael Schwartz, „Ablenkungsmanöver der Reaktion". Der verhinderte Lastenausgleich in der SBZ/DDR, in: DA 32 (1999), S. 397–409; Ther, Vertriebenenpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 97–100, 108f. Zur fortbestehenden Ungleichheit in der Nachkriegszeit: Schwartz, Brandenburg, S. 69.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

fläche bezeichnen: bis 0,5 ha, 0,5 bis 2 ha, 2 bis 5 ha, 5 bis 20 ha, 20 bis 100 ha und mehr als 100 ha. Dagegen unterschied Lenin 1907 „proletarische Wirtschaften", „bäuerliche Wirtschaften" und „kapitalistische Wirtschaften". Außer der Größe des Landbesitzes wurden in agrarhistorischen Untersuchungen, die in der DDR durchgeführt wurden, auch die berufliche Stellung der Betriebsinhaber (Haupt- oder Nebenerwerb), die Beschäftigung von Lohnarbeitern und die Haltung von Großvieh bei der statistischen Differenzierung berücksichtigt. Während Betriebe mit bis zu 2 ha als Kleinsthöfe galten, wurden Höfe mit 2 bis 20 ha Klein- und Mittelbauern, Betriebe mit 20 bis 100 ha Großbauern und Landbesitz von über 100 ha Großgrundbesitzern zugeordnet. Da die soziale Lage der bäuerlichen Produzenten nach dem Marxismus-Leninismus durch ihre Doppelrolle als „ausgebeutete" oder „ausbeutende Klasse" gekennzeichnet war, wurden die „werktätigen" Bauern scharf von anderen Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe abgehoben, die über abhängig Beschäftigte verfügten. Die Einordnung der landwirtschaftlichen Produzenten variierte bis 1933 aber in den programmatischen Stellungnahmen der KPD. So wurden die Zwergbauern einerseits als Teilgruppe des „Proletariats" interpretiert, andererseits der Kategorie der „werktätigen Bauernschaft" zugerechnet.[272]

Die Gruppe der Kleinbauern (mit einer LN von bis zu 10 ha) und die Mittelbauern (mit 10 bis 20 ha) waren – wie dargestellt – in Brandenburg durch die Bodenreform enorm gewachsen, und der Anteil des von ihnen bewirtschafteten Bodens hatte sprunghaft zugenommen. Die kleinbäuerlichen Betriebe waren überwiegend aber so mangelhaft mit Betriebsmitteln ausgestattet, daß sie nur geringe Überschüsse erwirtschafteten. Obgleich sie ihr Ablieferungssoll überwiegend erfüllten, konnten Kleinbauern die Vorteile des doppelten Preissystems nicht nutzen, das die SMAD im Herbst 1945 angeordnet hatte. Für die Erzeugnisse, die der Ablieferungspflicht unterlagen, erhielten diese Produzenten nur die Festpreise des Jahres 1944, die von den Marktpreisen um ein Vielfaches übertroffen wurden. Das Bareinkommen der kleinen landwirtschaftlichen Produzenten blieb deshalb gering. Im Sommer 1947 konnten viele Kleinbauern ihre Ablieferungspflicht für Getreide nicht erfüllen, ohne ihre Ernährung zu gefährden und ihrem Vieh das dringend benötigte Futter zu entziehen. Die Abteilung Landwirtschaft und Forsten im brandenburgischen Ministerium für Wirtschaftsplanung empfahl deshalb im August 1947, die kleinbäuerlichen Betriebe im Hinblick auf die Pflichtablieferung nicht mehr undifferenziert nach ihrer Besitzgröße, sondern jeweils nach ihren jeweiligen Produktionsbedingungen einzustufen. Die Kleinbauern waren auch völlig unzureichend mit Maschinen und Geräten ausgerüstet. Besonders der Mangel an Zugtieren und -maschinen schränkte die Bewirtschaftung ihres Landes ein. Da die Maschinenhöfe der VdgB bzw. die MAS bis zu den späten vierziger Jahren nur über geringe Ressourcen verfügten und die Kleinbauern daher nicht nachhaltig unterstützen konnten, mußten diese landwirtschaftlichen Produzenten technisches Inventar von den besser ausgerüsteten Mittel- und Großbauern leihen. Damit gerieten viele Kleinbauern in eine wirtschaftliche Abhängigkeit, die auch ihren gesellschaftlichen Status in den Gemeinden minderte.[273]

Die Kleinbauern waren jedoch in die staatliche Förderung der „Siedler" eingeschlossen, denen die sowjetische Militärverwaltung und die SED-Führung zahlreiche Hilfsmaßnahmen anbot und beträchtliche Finanzmittel zuwies. Der Viehausgleich, das Neubauernbauprogramm, die Entwicklung der VdgB und die 1946 differenzierte Teilablieferungspflicht sta-

272 Dillwitz, Struktur, S. 52f.; Piskol, Entwicklung, S. 419 (Anm. 2); Reinhold, Analyse, S. 61.

273 BLHA, Rep. 208, Nr. 220, Bl. 47f.; Rep. 332, Nr. 627, Bl. 58. Zur SBZ allgemein: Schulz, Probleme, S. 26; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 112f., 197; Nehrig/Piskol, Dialektik, S. 17.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

bilisierten kleine Betriebe, ohne aber ihre Marktproduktion nachhaltig zu steigern und ihre Rentabilität dauerhaft zu erhöhen. Vielmehr beschleunigten die staatlichen Hilfsmaßnahmen die sozioökonomische Differenzierung, die der – von den Machthabern angestrebten – Herausbildung einer homogenen Schicht „werktätiger" Bauern entgegenwirkte. Auch die 1946/47 unablässig propagierte Anspannung von Kühen als Zugtiere für Kleinbauern steigerte keineswegs ihr Sozialprestige, sondern stärkte symbolisch den gesellschaftlichen Status der Großbauern, die überwiegend Pferde besaßen. Die Anforderungsverordnung der DWK entfremdete 1949 zudem die wirtschaftsstärkeren Landwirte von der Politik des SED-Regimes und vertiefte in den brandenburgischen Gemeinden den Gegensatz zu den politisch begünstigten Kleinbauern.[274]

Das „Gesetz über Entschuldung und Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern" vom 8. September 1950 mit seinen Durchführungsbestimmungen vom 19., 21. und 26. September sah Maßnahmen vor, die Neubauern und alteingesessene Landwirte von ihren Schulden und hypothekarischen Belastungen befreien und besonders Kleinbauern durch Kredithilfen unterstützen sollten. Das Gesetz, das in Brandenburg die Landräte und Oberbürgermeister bekannt gaben, wurde vor allem erlassen, um die Eigenbewirtschaftung kleiner Höfe durch die Bauern zu sichern. Die festgelegten Vergünstigungen verbesserten die Lage der Kleinbauern in Brandenburg aber nicht unmittelbar. Vielmehr belasteten die Landwirte hohe Entschädigungsleistungen, die Eigentümer von Pachtland beanspruchten. Zudem gingen bei den Räten der Kreise Anträge auf Eigentumsübertragung auf neue Bewirtschafter oder Pächter nur schleppend ein. Überdies kritisierte die Deutsche Investitionsbank wiederholt, daß die Räte der Kreise ihre Entscheidungen über Entschuldungsanträge oft lange verzögerten. Auch die Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern wirkte sich erst 1951 aus, zumal viele Räte der Kreise (z.B. in Zauch-Belzig) nicht vor November 1951 über die erforderlichen Anträge verfügten. Die finanzielle Entlastung erreichte bis Anfang der fünfziger Jahre jedoch ein beträchtliches Ausmaß. Allein im Kreis Spremberg wurden nach dem Gesetz 1.050 Kleinbauern nahezu 2,4 Millionen DM an Hypotheken und Krediten erlassen. Außerdem erhielten diese Landwirte Kredite mit niedrigen Zinsen und günstigen Tilgungsbedingungen. Seit den späten vierziger Jahren trugen auch die MAS zunehmend zur wirtschaftlichen Konsolidierung der kleinen Bauernbetriebe bei. Die Maschinenstationen boten Kleinbauern überdies ein relativ breites Angebot an Kulturveranstaltungen, die preisgünstig oder sogar kostenlos waren.[275]

Klein- und Mittelbauern, die überwiegend keine oder nur wenige familienfremde Arbeitskräfte beschäftigten, waren weitgehend an ihre Betriebe gebunden. Harte körperliche Arbeit, die saisonal ungleich verteilt war und nur im Winter täglich weniger als 12 Stunden beanspruchte, bestimmte das Alltagsleben der Bauernfamilien, die in den ersten Nachkriegsjahren nur wenige Bedarfs- und Konsumgüter erwerben konnten. Kleinbäuerinnen, die auch in ihrem Haushalt nicht entlastet wurden, arbeiteten oft mehr als 75 Wochenstunden, besonders in den Ställen. Frauen waren aber auch an der Hackfruchtpflege und Heuernte beteiligt. In Nebenerwerbsbetrieben – so in der Niederlausitz – mußten sie eine noch größere Arbeitslast bewältigen. Die Kinder wurden schon vor dem Schulunterricht und nachmit-

274 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/102, Bl. 9; DY 30/IV 2/7/149, Bl. 64; DY 30/IV 2/7/170, Bl. 61. Allgemein: Nehrig/Piskol, Dialektik, S. 17f.

275 BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 765, Bl. 1, 66, 68, 80; Rep. 332, Nr. 612, Bl. 155. Angaben zum Kreis Spremberg nach: Münzner, Entwicklung, S. 65. Überblick in: Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 132f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

tags zu Hilfsdiensten herangezogen, so daß ihre Ausbildung oft vernachlässigt werden mußte. Mangelnde Hygiene begünstigte in vielen Bauernfamilien auch Krankheiten, die gelegentlich nicht schnell behandelt wurden, um Kosten zu sparen. In entlegenen Gebieten und Neubauernsiedlungen fehlte auch in den frühen fünfziger Jahren eine zentrale Wasserversorgung, und noch am Ende des Jahrzehnts waren einzelne Bauern nicht an das öffentliche Stromnetz angeschlossen.[276]

Landarbeiter

Die Landarbeiter galten in der Ideologie der SED und nach dem offiziellen Selbstverständnis des „Arbeiter-und-Bauernstaates" als gesellschaftliche Gruppe, deren Befreiung von bäuerlicher und gutsherrschaftlicher Ausbeutung sich mit dem formellen Abschluß der Kollektivierung 1960 vollendet hatte. Nach diesem Geschichtsbild mußten die unterschiedliche sozioökonomische Lage und die Mentalitätendifferenz zwischen den Landarbeitern und den zuvor selbständigen Bauern in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eingeschmolzen und nivelliert werden. Die SED-Agrarpolitik zielte nach dem Zweiten Weltkrieg auf eine politisch induzierte Fusionierung unterschiedlicher Gruppen landwirtschaftlicher Produzenten zur Schicht der „werktätigen" Bauern. Nach diesem Konzept der Zwangsmodernisierung, das an voluntaristische Gestaltungsutopien als eine Traditionslinie des Sozialismus anknüpfte, sollten auch die Lebensverhältnisse in Stadt und Land einander angeglichen werden. Insgesamt stand der politisch-ideologischen Aufwertung der Landarbeiter in der DDR ein gesellschaftlicher Nivellierungsprozeß gegenüber, der maßgeblich von dem Egalitätsdogma der SED geprägt und eng mit der Programmatik verbunden war, eine umfassende soziale Homogenisierung und funktionale Entdifferenzierung herbeizuführen.[277]

In den programmatischen Konzepten, die sie 1944/45 für den politischen und gesellschaftlichen Neuaufbau im Nachkriegsdeutschland ausarbeitet hatte, bekannte sich die Moskauer Exilführung der KPD zu dem Ziel, die „Lohn-, Wohnungs- und Arbeitsbedingungen auf dem Lande" zu verbessern und die Landarbeiter ebenso wie das Gesinde arbeitsrechtlich und sozialpolitisch den Erwerbstätigen in der Industrie gleichzustellen. Außerdem sollte den abhängig Beschäftigten in der Agrarwirtschaft die politische Freiheit gewährt und die Bildung „freier Gewerkschaften" erlaubt werden. Schließlich war die „volle Freizügigkeit" der Landarbeiter herzustellen; demgegenüber mußten „alle Formen des Deputats" beseitigt werden.[278] Die Arbeitskräfte in den Agrarbetrieben blieben gegenüber den Avancen der KPD aber zurückhaltend, auch nachdem die Partei in ihrem programmatischen Aufruf vom 11. Juni 1945 öffentlich für eine Bodenreform eingetreten war und die Provinzial- und Landesverwaltungen in der SBZ Anfang September 1945 entsprechende Verordnungen erlassen hatten. Der Verband der Landarbeiter im FDGB, dessen Gründungsaufruf am 15. Juni 1945 veröffentlicht worden war, begrüßte die Enteignung der Gutsbesitzer uneingeschränkt. Dagegen versuchte in Brandenburg die „Deutsche Arbeitsgemeinschaft des Antifaschistischen Landvolkes", die seit Juni 1945 besonders im Kreis Belzig ehemalige Mitglieder bürgerlich-

276 Kuntsche, Alltag, S. 23; Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 131.

277 Detaillierte Darstellung in: Tömmel, Gegensatz, bes. S. 30–173, 220–242, 254–289. Allgemein: Geißler, Sozialstruktur, S. 112–114.

278 Erler/Laude/Wilke (Hg.), „Nach Hitler kommen wir", S. 298, 326.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

demokratischer Bauernverbände und Pächtervereinigungen sammelte, die Enteignung der Gutsbesitzer zu verhindern.[279]

Nach dem gesellschaftlichen Umbruch, den auf dem Lande besonders die Evakuierung aus den durch Bombenangriffe bedrohten Städten seit 1943, die Ankunft der Vertriebenen, die Kriegszerstörungen und die Bodenreform herbeigeführt hatten, wies die Landarbeiterschaft in der SBZ eine überaus heterogene Sozialstruktur auf. Von den Landarbeitern, die Ende 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone beschäftigt waren, hatten rund drei Fünftel ihre Berufstätigkeit erst nach dem Zweiten Weltkrieg aufgenommen. Die Evakuierten, die als Landarbeiter eingesetzt wurden, konnten den Beschäftigtenverlust in der Landwirtschaft nicht ausgleichen, aber mit den Vertriebenen standen in der Nachkriegszeit viele überwiegend fügsame Arbeitskräfte zur Verfügung, die den Abzug der Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeiter kompensierten. In Ostdeutschland stieg bis Ende 1946 deshalb die Zahl der Landarbeiter. Nach statistischen Erhebungen ist der Anteil der Vertriebenen an der Landarbeiterschaft in Brandenburg, wo ausländische Zwangsarbeiter auf den Höfen im Februar 1944 48,7 Prozent und Kriegsgefangene 13,7 Prozent der ständig Beschäftigten und Saisonarbeiter gestellt hatten, Ende 1945 mit 38,7 Prozent veranschlagt worden. Da sie angesichts des Hungers und der Not auf dem Lande auf die Versorgung mit Naturalien angewiesen waren, zeigten die Landarbeiter noch in den späten vierziger Jahren nur ein geringes Interesse an Politik und gesetzlichen Regelungen zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Auch war die Landarbeiterschaft bereits durch den Abzug bewährter und organisierter Beschäftigter von den Betrieben geschwächt worden, bevor der Beginn der Bodenreform diese Gesellschaftsgruppe mit einer noch grundlegenderen Umwälzung konfrontierte. Viele alteingesessene Landarbeiter wurden Neubauern, die enteignetes Gutsland übernommen hatten und damit neue Ziele und Interessen entwickelten. Insgesamt wurde in der SBZ ein Drittel der männlichen Landarbeiter Neubauern. Da auf den Parzellen nur wenig Vieh, technisches Inventar und Gebäude verfügbar waren, übernahmen besonders erfahrene, zuvor ständig beschäftigte Landarbeiter Neubauernstellen. Der Abteilungsleiter für Landarbeiterfragen in der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft, Carl Hotze, berichtete im Oktober 1947, daß „durch die Bodenreform große Teile unserer alten bodenständigen Landarbeiter selbständige Bauern wurden und die Lücke, die dadurch entstand, durch teilweise berufsfremde Flüchtlinge und Umsiedler ausgefüllt wurde."[280]

In der SBZ waren Ende 1946 noch 95,3 Prozent der männlichen und weiblichen Landarbeiter auf Bauernhöfen und 4,6 Prozent in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt, die sich in öffentlichem Eigentum befanden. In Brandenburg war die Gruppe der ständig beschäftigten Arbeitskräfte von 1939 bis 1946 numerisch besonders in den Kleinbetrieben deutlich gewachsen, da die Zahl der Betriebsinhaber mit der Übernahme von Parzellen durch Neubauern gestiegen war (*Tabelle 27*).[281] 1945/46 stellten Vertriebene rund 40 Prozent der Landarbeiter und etwa 85 Prozent der in Agrarbetrieben mithelfenden familien-

279 Brief des Verbandes der Landarbeiter in: SAPMO-BArch, DY 30/2/7/259, Bl. 1–3. Zur „Arbeitsgemeinschaft": Ribbe, Land Brandenburg, S. 720. Vgl. auch Bauerkämper, Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 271, 275. Zur Gründung des FDGB: Müller, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 630f.

280 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/260, Bl. 25; Schneider, Landproletariat, S. 25 (Angabe), 38 (Angabe), 123, 133f., 175–192, 221. Allgemein auch: Piskol, Entwicklung, S. 422; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 95.

281 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/260, Bl. 37.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

fremden Arbeitskräfte. Da sie überwiegend bei Altbauern untergebracht waren, kam es oft zu heftigen Auseinandersetzungen, die nicht nur aus Arbeitskonflikten, sondern auch aus dem Zusammenleben auf engem Wohnraum und kulturell-mentalen Unterschieden resultierten. Die Not der Flüchtlinge, die als Landarbeiter beschäftigt waren, verlieh der Hoffnung, in die Heimat zurückzukehren, noch in den frühen fünfziger Jahren kräftig Auftrieb.[282] Dagegen verfügten Anfang 1950 nur 4,5 Prozent der Flüchtlinge, die sich in der SBZ aufhielten, über Neubauernstellen. Auf den landeseigenen Gütern, die das nicht verteilte Land bewirtschafteten, arbeiteten Ende 1946 lediglich fünf Prozent aller Landarbeiter, davon nahezu zwei Fünftel in Brandenburg.[283]

Die Bodenreform hatte auf den konfiszierten Gutsbetrieben zwar rund ein Drittel der Landarbeiter freigesetzt; die Mehrheit der Gesellschaftsgruppe war jedoch bis zu den frühen fünfziger Jahren weiterhin auf den Höfen alteingesessener Bauern tätig, wo sie wegen des Mangels an Maschinen und Geräten vielfach schwere Handarbeit verrichten mußten. Noch 1949 waren in der SBZ fast 35 Prozent der Landarbeiter in bäuerlichen Betrieben mit jeweils 5-20 ha und rund 31 Prozent bei Landwirten beschäftigt, die mehr als 20 ha Land besaßen. In Brandenburg erhielten viele Landarbeiter in den ersten Nachkriegsjahren oft nur wenige Lebensmittel, und sie waren vielerorts lediglich notdürftig untergebracht. Auf dem Saatgut in Zehdenick (Kreis Templin), wo die Beschäftigten im November 1946 die vorgesehenen Tariflöhne erhielten, „hausen die Flüchtlinge mit 10 – 12 Personen in einem Raum, der die Ausmaße 4 x 3 [Meter] nicht überschreitet." Besonders schwierig war die Lage der vielfach benachteiligten alleinstehenden Flüchtlingsfrauen, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf Bauernhöfen Hilfsarbeiten verrichteten, um sich und ihre Kinder zu ernähren. Insgesamt war die Landarbeiterschaft durch die Sogwirkung der Bodenreform, die Aufnahme von Flüchtlingen, die Zunahme des Anteils fremdberuflicher und weiblicher Beschäftigter sowie der Saisonarbeitskräfte nach dem Zweiten Weltkrieg eine überaus heterogene Gesellschaftsgruppe.[284]

Auch weil die Landarbeiter in der Nachkriegszeit vorrangig ihr Überleben und die Ernährung ihrer Familien sichern wollten, konnten sie nur schwer politisch mobilisiert und gewerkschaftlich organisiert werden. So wurden in Brandenburg – ebenso wie in Mecklenburg-Vorpommern – zwar viele neue Ortsgruppen der KPD gegründet; 1946/47 gehörten der Partei in der SBZ aber nur rund fünf Prozent der Landarbeiter, dagegen etwa zehn Prozent der Bauern an. Der Anteil der SED-„Genossen" war in Brandenburg besonders niedrig. Insgesamt stellten Landarbeiter in der SBZ im Mai 1947 3,6 Prozent der SED-Mitglieder. Noch im März 1950 waren zwar 70,8 Prozent der im primären Sektor Beschäftigten im FDGB, aber nur 4,9 Prozent in der SED organisiert. Nach einer Denkschrift Hoernles hatte die SED bis Ende 1948 nur eine „ungenügende gewerkschaftlich-politische Hilfe für die Landarbeitermassen" geleistet, „insbesondere für die Landarbeiter und Hausgehilfen auf den

282 Hierzu der Bericht in: BLHA, Rep. 332, Nr. 240, Bl. 103. Angaben nach: Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 71. Zur Beschäftigung von Flüchtlingen als Landarbeiter auch: Bauerkämper, Flüchtlinge, S. 286; ders., Aufwertung, S. 252f.

283 BLHA, Rep. 332, Nr. 400, Bl. 1.

284 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/258, Bl. 51. Allgemein: Schwartz, „Flüchtling", S. 34; Siegfried Dillwitz, Die Entwicklung des Arbeiterrechts für jugendliche Landarbeiter im Gebiet der heutigen DDR 1945 bis 1949, in: JfW 1972/I, S. 41–46, hier: S. 46; Schneider, Landproletariat, S. 20, 28, 30, 139f., 184–192. Zu den weiblichen Landarbeitern: Scholze-Irrlitz, „Umsiedler", S. 142f.; Osmond, Folgen, S. 161f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Großbauernhöfen." Obgleich die Partei in Brandenburg viele Veranstaltungen – z.T. in Zusammenarbeit mit der VdgB – durchführte, die auf die Landarbeiter zielten, wurde eine politische Bindung dieser Gesellschaftsgruppe nur langsam erreicht. Die SED-Führung konnte aus der Landarbeiterschaft auch erst seit den frühen fünfziger Jahren neue „Kader" für die Staats- und Kollektivbetriebe in der DDR heranbilden und rekrutieren.[285]

Auf Landes- bzw. Provinzialgütern bezogen Landarbeiter außer ihren Geldlöhnen in der Nachkriegszeit vielfach Naturalien, und sie verfügten oft auch über Kartoffelland. Da die Arbeitsbeziehungen sogar in den VEG noch von traditionalen Vorstellungen geprägt waren, blieb die Attraktivität der SED sogar in diesen Betrieben gering. So hatten sich in Brandenburg in den VEG im Oktober 1949 rund 13 Prozent der Landarbeiter der Staatspartei angeschlossen. Damit steckte die „Betriebsgruppenarbeit der Landesgüter noch in den ersten Anfängen."[286] Während in acht brandenburgischen Kreisen im Juni 1949 bereits in mehr als vierzig Prozent der MAS Organisationen der SED bestanden, wiesen nur zehn Prozent der VEG Betriebsgruppen auf. Wegen der – von den SED-Kreis- und Bezirksleitungen fortwährend beklagten – Inaktivität ihrer Mitglieder in den VEG gewann die Partei hier offenbar nur begrenzt Einfluß auf die Diskussion über ökonomische und politische Probleme. In den MAS hatten sich in Brandenburg im Juni 1949 zwar rund 35 Prozent der Beschäftigten der SED angeschlossen; Kontrollen, die Parteifunktionäre hier durchführten, zeigten jedoch, daß die Betriebsgruppen in den MAS „in den meisten Fällen nicht die führende Kraft darstellen, sondern die Parteiorganisationen im Schlepptau der Betriebsleitung stehen."[287]

Auch die Industriegewerkschaft (IG) Land- und Forstwirtschaft, die 1946 aus dem Landarbeiterverband im FDGB konstituiert wurde, konnte in den vierziger Jahren die abhängig Beschäftigten in den Betrieben nur begrenzt mobilisieren. Obwohl die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in der SBZ von Juni 1946 bis Dezember 1949 von 125.000 auf 428.000 stieg, in Brandenburg im Oktober 1949 nahezu 90 Prozent der Beschäftigten auf VEG in der IG Land- und Forstwirtschaft organisiert waren und auch viele frühere Landarbeiter unter den Neubauern weiterhin der IG angehörten, trafen Eingriffe der Gewerkschaftsleitungen in die Arbeitsbeziehungen in dörflich-agrarischen Milieus auf beträchtliche Barrieren. Wegen des allgemeinen Chaos waren im Herbst 1945 in den Ländern und Provinzen für Landarbeiter zunächst nur provisorische Tarifverträge abgeschlossen worden, in denen außer Barlöhnen die Versorgung mit Lebensmitteln geregelt war. Die SMAD hatte zudem in ihrem Befehl Nr. 55 vom 14. September 1945 angeordnet, daß die Landarbeiter aus den „freien Spitzen" der Bauern mit Lebensmitteln zu versorgen waren. 1946 setzten die SMAD (nach ihrem Befehl Nr. 26 vom 29. Januar 1946) und die führenden Funktionäre der SED mit Hilfe der IG Land- und Forstwirtschaft den Abschluß von Kollektivverträgen durch, die aber nicht nur von den Bauern, sondern auch von vielen Landarbeitern abgelehnt wurden. So war in Brandenburg der im April 1946 erlassene neue Tarifvertrag, der die Jahresarbeitszeit auf

285 Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 253, Bl. 223. Angaben in: BLHA, Rep. 332, Nr. 236, Bl. 29; Rep. 332, Nr. 412, Bl. 101; Rep. 332, Nr. 559, Bl. 148. Zu den Landarbeitertagungen in Brandenburg z.B.: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/260, Bl. 116f. Vgl. auch BArch, DK-1, Nr. 253, Bl. 224; Schulz, Probleme, S. 157; Müller, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 510; Schneider, Landproletariat, S. 172–174.

286 BLHA, Rep. 332, Nr. 400, Bl. 20.

287 BLHA, Rep. 332, Nr. 1202 (Bericht v. 26.2.1952). Instruktiver Bericht über das VEG Reuden (Kreis Calau) vom 8.12.1949 in: BLHA, Rep. 332, Nr. 634. Angaben zum Anteil der SED-Mitglieder an den Belegschaften der VEG und MAS in: BLHA, Rep. 332, Nr. 632, Bl. 9f., 31; Rep. 332, Nr. 791, Bl. 8–11. Zum Kartoffelland auf Landesgütern in Brandenburg: BLHA, Rep. 208, Nr. 6, Bl. 64f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

2.700 Stunden begrenzte und einen Urlaubsanspruch festlegte, Ende 1946 in vielen landwirtschaftlichen Betrieben überhaupt nicht bekannt, und die Regelungen hatten sich auf den Höfen kaum durchgesetzt. Eine Kommission, die im November 1946 in Brandenburg Arbeitsverhältnisse in Agrarbetrieben untersuchte, stellte fest, daß „der Tarifvertrag in keiner Stelle voll zur Anwendung kam". Da sich die Bauern und auch viele VEG außerstande sahen, den Landarbeitern die festgelegten Deputate zu übergeben, wurden den Beschäftigten Ende 1946 ihre Lebensmittelkarten entzogen und sie so als „Selbstversorger" eingestuft. Daraufhin drohten erboste Landarbeiter, deren Familien Hunger litten, in einigen brandenburgischen Landkreisen im Frühjahr 1947 sogar offen mit Streiks. Nach der Dürre im Sommer 1947, die vielen Landwirten keine „freien Spitzen" gelassen hatten, mußte der SED-Landesverband schließlich anordnen, Lebensmittelkarten an die Landarbeiter auszugeben. Schon im Juni 1947 waren in der Provinz Brandenburg in 13 Landkreisen 9.345 Landarbeiter und Bauern mit insgesamt 14.156 Familienangehörigen nicht mit Lebensmitteln versorgt. 8.708 blieben ohne Brot, 2.050 ohne Kartoffeln und 5.959 ohne Fett. Besonders im Kreis Lebus litten viele Landarbeiter Hunger. Kartoffeln, Getreide und Futterrüben wurden hier auch als Viehfutter benötigt. Als die SMAD 1948 rigoros bislang (teil)versorgte Bevölkerungsgruppen als Selbstversorger einstufte, verbreitete sich auf dem Lande erneut akute Not. In Brandenburg wurden Landarbeitern willkürlich Lebensmittelkarten entzogen, so daß vor allem wirtschaftsschwache Neubauern abhängig Beschäftigte entließen.[288]

Gewerkschaftsfunktionäre hatten schon im Mai 1947 gefordert, das Deputat auf das Ablieferungskontingent der Bauern anzurechnen, waren aber am Widerstand der Spitzenpolitiker im ZK der SED gescheitert. Unter Funktionären der SED und des FDGB waren Vorbehalte gegen Deputate als Lohnform ohnehin weit verbreitet, da sie als „Zeichen eines Halbfeudalismus" galten. Demgegenüber hielten führende Mitarbeiter der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft einen generellen Verzicht auf Deputatabgaben 1946 noch für ausgeschlossen. Obgleich die SED-Führung durchaus erkannte, daß die Landarbeiter in den ersten Nachkriegsjahren an Nahrungsmitteln weitaus stärker interessiert waren als an Bargeld, ließ sie die bestehenden Vereinbarungen schon 1947 kündigen. Die Landarbeiter stellten damit das „Stoppeln" auf den Feldern aber keineswegs ein. Im April 1949 mußten die Bauern und sechs Monate später auch die Direktoren der VEG wiederum neue Tarifverträge mit den Landarbeitern abschließen. Die Kontrakte sahen höhere Löhne, eine erweiterte soziale Sicherung und eine geringere Arbeitszeit für Jugendliche vor. Außerdem sollte das Entgelt für Landarbeiter auf das Niveau der in der Industrie gezahlten Löhne angehoben werden. Im brandenburgischen Kreis Lebus hielten Ende 1949 aber lediglich dreißig Prozent der Bauern die Tarifbestimmungen ein. Hier erhielten nur 42,7 Prozent der

288 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/266, Bl. 67–69, 87f. Zur Lebensmittelversorgung der Landarbeiter in Brandenburg 1947: SAPMO-BArch, NY 4182/1057, Bl. 24; DY 30/IV 2/7/266, Bl. 81–83; DY 30/IV 2/7/112, Bl. 25; DY 30/IV 2/267, Bl. 83f., 89f.; DY 30/IV2/2022/64, Bl. 18, 26–28. Zit. nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 383, Bl. 79. Vgl. auch die Berichte in BLHA, Rep. 332, Nr. 383, Bl. 79, 81f.; Rep. 332, Nr. 646, Bl. 14. Zum Rückgang der Versorgungsleistungen 1948: Boldorf, Landarmut, S. 148. Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in: BLHA, Rep. 332, Nr. 612, Bl. 18; Müller, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 660. Zu den provisorischen Tarifverträgen 1945: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/260, Bl. 38; DY 30/IV 2/7/266, Bl. 80; NY 4182/1057, Bl. 23. Zu den Tarifverträgen von 1946 und zum Aufbau der IG Land- und Forstwirtschaft: SAPMO-BArch, DY 30/2/7/258, Bl. 61–63; Frieda Wunderlich, Farmer and Farm Labor in the Soviet Zone of Germany, New York 1958, S. 73; Schneider, Landproletariat, S. 103–109, 150–163; Dillwitz, Entwicklung, S. 49, 52–55. Bestimmungen des Tarifvertrags für Brandenburg in: BLHA, Rep. 332, Nr. 383, Bl. 80.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Landarbeiter eine tarifliche Bezahlung. Auch in anderen Kreisen wie Cottbus erreichten die Löhne in vielen landwirtschaftlichen Betrieben nicht den Umfang, der in den Tarifverträgen festgelegt worden war. Im Landkreis Osthavelland weigerten sich sogar einige Landarbeiter, Verträge abzuschließen. Auch „Hofbegehungen", die Gewerkschaftsfunktionäre durchführten, erzielten kaum eine nachhaltige Wirkung. In vielen Gemeinden wurden diese weithin scharf abgelehnten Kontrollen, die auf dem Lande das System der Zwangswirtschaft repräsentierten, nur formal durchgeführt. Die SED-Kreisleitung Ruppin berichtete 1951, daß viele „Hofbegehungen" oft weniger als eine Stunde beanspruchten. Der IG Land- und Forstwirtschaft war auch bei den Ende 1949 durchgeführten Wahlen zu den Betriebsgewerkschaftsleitungen auf den Bauernhöfen in Brandenburg nicht der erhoffte entscheidende Einbruch in die Landarbeiterschaft gelungen. Im März 1950 konstatierte der Landesvorstand des FDGB unter dem Eindruck der „Klassenkampf"-Agitation der SED-Führung in einer Resolution ernüchtert, „daß viele Landarbeiter dem Druck gewisser reaktionärer Bauern nachgegeben haben und nicht zu den Gewerkschaftsversammlungen gegangen sind und daß es nicht wenige Landarbeiter gibt, die nicht ihre Klasseninteressen vertreten, sondern sich zum Anwalt ihrer reaktionären Großbauern in der Ablehnung des Landarbeiterschutzgesetzes machen."[289]

Im Dezember 1949 hatte die Volkskammer der DDR einstimmig das „Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten" erlassen. Legislative Eingriffe zugunsten der Landarbeiter waren schon Ende 1948 von der SMAD verlangt worden. Auf ihrer 1. Parteikonferenz hatte sich die SED daraufhin verpflichtet, schnell ein Gesetz für diese Gesellschaftsgruppe zu erlassen. Allerdings hielten Funktionäre des FDGB und Leitungskräfte in der Hauptverwaltung Arbeit und Sozialfürsorge in der DWK ein gesondertes Schutzgesetz für Landarbeiter Anfang 1949 für unnötig. Auch führende Politiker der DBD wie Paul Scholz traten noch im Juni 1949 dafür ein, das Gesetz erst später zu erlassen. Zudem forderten sie, nicht die „werktätigen" Bauern, sondern ausschließlich die „Großbauern" mit restriktiven Bestimmungen zu belasten. Die Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge im Parteivorstand der SED erklärte deshalb ihre Entschlossenheit, Landwirte mit mehr als 20 ha, die Bestimmungen des Gesetzes verletzten, als „Saboteure" zu bestrafen. Überdies wurden die Regelungen für die VEG zugunsten der Betriebsleitungen modifiziert, deren Zugriff auf die Beschäftigten weniger eingeschränkt wurde als für die bäuerlichen Arbeitgeber. Das Landarbeiterschutzgesetz, das Anfang 1950 in Kraft trat, verpflichtete die Bauern u.a., schriftliche Tarifverträge abzuschließen, begrenzte die Arbeitszeit – bei über achtzehnjährigen Landarbeitern auf täglich acht Stunden – und legte einen Anspruch auf Jahresurlaub fest. Darüber hinaus wurde ein Lohnausgleich bei Krankheit fixiert, und Landwirte mußten alleinstehenden ständig Beschäftigten jeweils ein möbliertes Zimmer zur Verfügung stellen.[290]

---

289 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BArch, DK-1, Nr. 291, Bl. 22; BLHA, Rep. 332, Nr. 559, Bl. 149 (Interpunktion korrigiert). Zur Debatte über die Naturalentlohnung: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/258, Bl. 61–63; DY 30/IV 2/7/266, Bl. 180f. Zum Abhängigkeitsverhältnis auch: BLHA, Rep. 332, Nr. 328, Bl. 21. Zum „Stoppeln": BArch, DK-1, Nr. 8933, Bl. 13. Zu den neuen Tarifverträgen und zu den Wahlen 1949: Dillwitz, Entwicklung, S. 54, 59, 62. Zum Kreis Lebus: BLHA, Rep. 332, Nr. 559, Bl. 85; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/258, Bl. 267. Zum Kreis Osthavelland: BLHA, Rep. 332, Nr. 383, Bl. 92. Hinweise auf „Hofbegehungen" in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/259, Bl. 120; BLHA, Rep. 332, Nr. 239, Bl. 419.

290 Zur Vorbereitung des Landarbeiterschutzgesetzes seit Ende 1948: BArch, DK-1, Nr. 7545, Bl. 28; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/263, Bl. 11, 202; DY 30/IV 2/2022/58, Bl. 63f.; BLHA, Rep. 332, Nr.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Viele Bauern lehnten besonders die Arbeitszeitregelung ab, da sie den saisonalen Anforderungen entgegenstand, besonders in der Getreide- und Rübenernte. So sahen Landwirte im Kreis Ostprignitz nach einem Kontrollbericht der Hauptabteilung Land- und Forstwirtschaft im Ministerium für Wirtschaft der brandenburgischen Landesregierung vom Februar 1950 nicht ein, „dass sie in der Lage wären, die Tariflöhne zu zahlen, und am allerwenigsten nicht [sic], dass sie in der Lage sind, den 8-Stundentag zu realisieren." Bauern führten oft auch keine Lohnbücher, und bezahlten ihre Landarbeiter nicht für geleistete Überstunden. Ein betroffener Gärtner, der in der Gemeinde Greiffenberg (Kreis Angermünde) einen kleinen Betrieb leitete, schrieb 1950 offen: „Das Landarbeiterschutzgesetz ist theoretisch sehr schön, praktisch glattweg undurchführbar. Folge: Entlassung von Arbeitskräften und Überanstrengung der eigenen und der Familienarbeitskräfte." Auch viele Landarbeiter selber bestanden nicht auf ihren rechtlichen Ansprüchen, weil sie – aus der Sicht der Funktionäre – „politisch uninteressiert, eingeschüchtert sind und sich minderwertig fühlen." Die SED richtete deshalb Anfang 1950 in Brandenburg gegen „Großbauern" und einzelne Politiker wie den CDU-Landtagsabgeordneten Max Hampe, der sich öffentlich gegen das Landarbeiterschutzgesetz gewandt hatte, eine radikale Agitation, die auf dem Lande als breite Protestbewegung inszeniert wurde. Dennoch erwies sich die Sozialisation der Landarbeiter mit ihren tradierten Einstellungen, Werten und Verhaltensformen auch gegenüber der Mobilisierungs- und Transformationspolitik der Staatspartei als zählebig.[291]

Ebenso wurden die Betriebsverträge bzw. Betriebsvereinbarungen, die nach einem Gesetz vom 8. Juni 1950 auch in der Landwirtschaft abzuschließen waren, oft ignoriert, nicht nur von Landwirten, sondern sogar in VEG. Auf vielen Bauernhöfen hatten sich darüber hinaus noch keine Betriebsgewerkschaftsleitungen konstituiert, deren Bildung die SED 1948 angeordnet hatte. Da die Baukapazität in den frühen fünfziger Jahren zunehmend auf die Rekonstruktion der Städte konzentriert wurde und auf dem Lande das im September 1947 von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland angeordnete Neubauernbauprogramm weitergeführt werden mußte, verbesserte sich auch die Unterbringung der Landarbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben nur allmählich. „Hofbegehungen" deckten zudem auf, daß viele Landarbeiter in bäuerlichen Betrieben noch 1951 nur unzureichend mit Arbeitskleidung und Schuhen ausgestattet waren. Auf vielen Höfen hatten sich darüber hinaus noch keine Betriebsgewerkschaftsleitungen konstituiert, deren Bildung die SED 1948 angeordnet hatte. Die soziale Nähe mit den Bauern in den oft weit verstreuten landwirtschaftlichen Betrieben immunisierte Landarbeiter zumindest partiell gegenüber dem Einfluß der Gewerkschaften. Das Prestige der wirtschaftsstarken Landwirte war in den späten vierziger Jahren vielerorts keineswegs gebrochen. Nach dem Konzept des Landesvorstandes des FDGB in Brandenburg sollte den Landarbeitern deshalb „durch den Einsatz der Gewerk-

559, Bl. 68. Zur Bestrafung der Großbauern: BLHA, Rep. 332, Nr. 559, Bl. 81f., 105. Landarbeiterschutzgesetz abgedruckt in: GBl., Nr. 16, 19.12.1949, S. 113f.

291 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 332, Nr. 617, Bl. 14; Rep. 202 G, Nr. 67 (Schreiben des Gärtners E.K. aus Greiffenberg); Rep. 332, Nr. 612, Bl. 154. Hierzu auch die Berichte in: BLHA, Rep. 332, Nr. 612, Bl. 67–70, 95f.; Rep. 332, Nr. 383, Bl. 91f.; Rep. 332, Nr. 559, Bl. 62, 146f., 149. Zur Kampagne gegen Hampe, der Ende Februar 1950 sämtlicher Ämter enthoben wurde: BLHA, Rep. 332, Nr. 559, Bl. 105; Rep. 730, Nr. 1159 (Schreiben v. 4.5.1950); Reinert (Bearb.), Protokolle, S. 331, 341, 362. Zusammenfassend: Buchsteiner, Bodenreform, S. 26; Dillwitz, Entwicklung, S. 62–64; Schulz, Probleme, S. 20; Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 130.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

schaft für die strikte Einhaltung des Tariflohnes und Verbesserung der Wohnverhältnisse gezeigt werden, daß wir stärker sind als ihre reaktionären Bauern."[292]

Dörflich-agrarische Milieus schlossen sich überwiegend aber nicht nur gegenüber den Funktionären der SED und des FDGB ab, sondern auch die Werbung der DBD und FDJ traf auf dem Lande noch in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren weithin auf eine schwache Resonanz, sogar in MAS. Während in den Ortsausschüssen der VdgB ausschließlich Landwirte organisiert waren, sank der Mitgliederanteil der Landarbeiter in der DBD von Juni 1949 bis Juni 1951 von 7,2 auf 3,7 Prozent.[293] Auch die Ortsausschüsse der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland", die aus der „Volksfront für Einheit und gerechten Frieden" hervorgegangen waren, zogen offenbar nur wenige Landarbeiter an, wie die Berichte der Instrukteure zeigten, die von der brandenburgischen Landesverwaltung 1950 auf dem Lande eingesetzt worden waren. Insgesamt gelang der SED und den gesellschaftlichen Organisationen in Brandenburg bis zu den frühen fünfziger Jahren nur eine begrenzte Mobilisierung der Landarbeiter, die gelegentlich sogar offen für ihre bäuerlichen Arbeitgeber eintraten. So hatten Beschäftigte eines landwirtschaftlichen Betriebs in der Gemeinde Groß-Neuendorf (Kreis Seelow) eine Erklärung unterzeichnet, in der sie den Bauern, auf dessen Hof sie arbeiteten, gegen politische Angriffe verteidigten. Unbeirrt forderte der Kreisvorstand der SED in Seelow dennoch eine „Entlarvung" dieses Landwirtes. Außerdem sollte das „Klassenbewußtsein unserer Landarbeiter" gehoben werden. Auch Beschäftigte von Bauern, denen ihre Betriebe wegen eines Ablieferungsrückstandes entzogen werden sollten, setzten sich wiederholt öffentlich für ihre Arbeitgeber ein.[294]

Als der Wiederaufbau der Industrie mit dem Zweijahrplan 1949/50 und dem ersten Fünfjahrplan forciert wurde, wanderten Landarbeiter in der DDR beschleunigt aus der Agrarwirtschaft ab. Schon 1948 hatte die Hauptverwaltung Arbeit und Sozialfürsorge in der DWK, die mit der Arbeitskräftelenkung beauftragt war, die Landwirtschaft bei der Versorgung mit Beschäftigten in die zweite Dringlichkeitsstufe eingeordnet. Nachdem die Zerstörung von Wohnraum und Industriebetrieben in den Städten sowie die Ankunft der Vertriebenen den landwirtschaftlichen Betrieben in der unmittelbaren Nachkriegszeit neue Beschäftigte zugeführt hatten, trat seit 1950 vor allem bei den Getreideernten ein akuter Arbeitskräftemangel auf. Industriebetriebe warben von Bauernhöfen sowie aus den MAS und VEG gezielt Arbeitskräfte ab, zumal das am 19. April 1950 erlassene „Gesetz der Arbeit" die Fachministerien zur „Bereitstellung von Arbeitskräften in den Schwerpunkten der

292 BLHA, Rep. 332, Nr. 559, Bl. 72. Vgl. auch BLHA, Rep. 332, Nr. 328, Bl. 21. Anordnung zur Bildung der Betriebsgewerkschaftsleitungen in: GBl., Nr. 66, 22.6.1950, S. 493–495. Berichte in: BLHA, Rep. 332, Nr. 239, Bl. 417–419; Rep. 332, Nr. 559, Bl. 175, 177, 183; Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 119, Bl. 329f. Allgemein: Wunderlich, Farmer, S. 71–74. Zum Mangel an Arbeitskleidung: BLHA, Rep. 332, Nr. 239, Bl. 419; BArch, DK-1, Nr. 8937, Bl. 22. Zu den Wohnverhältnissen: BLHA, Rep. 332, Nr. 559, Bl. 177. Allgemein zum Wohnungsbau in den fünfziger Jahren der Überblick in: Wolfgang Meinicke/Siegfried Prokop, Die Politik der SED zur Linderung der Wohnungsnot während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, in: BzG 31 (1989), S. 652–654.

293 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 69–71, 117. Davon abweichende Angabe für 1949 in: Nehrig, Rolle, S. 2379. Zum Arbeitsspektrum der VdgB in den fünfziger Jahren: Schubert/Jauch, Rolle, S. 67. Exemplarisch zur Lage in den MAS der Bericht in: BLHA, Rep. 332, Nr. 400, Bl. 154.

294 BLHA, Rep. 730, Nr. 1159 (Schreiben v. 16.3.1950). Vgl. auch BLHA, Rep. 332, Nr. 328, Bl. 17; Rep. 401, Nr. 5625 (Bericht v. 1.10.1952). Vergleichend zu Sachsen-Anhalt: Projahn, Konfrontation oder Zusammenarbeit?, S. 132. Zur Konstituierung des Sekretariats der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland" im Januar 1950: Henkel, Staatspartei, S. 102f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Wirtschaft, insbesondere im Bergbau", verpflichtet hatte.[295] Auch in Brandenburg hatten Bauern bereits 1948/49 über die Abwanderung von Beschäftigten aus der Landwirtschaft geklagt. So waren 1948 im Kreis Oberbarnim Landarbeiter zum Abbau von Uranerz nach Aue verpflichtet worden. Die Landarbeiter zog in der gewerblichen Wirtschaft und im Staatsdienst besonders das höhere Lohnniveau, die besseren sozialpolitischen Leistungen und das breitere kulturelle Angebot an. Der Landesvorstand der IG Land- und Forstwirtschaft in Brandenburg beklagte vor allem den Verlust von Funktionären, die nicht ersetzt werden konnten. Besonders kritisierten aber Bauern den zunehmenden Arbeitskräftemangel, so im Kreis Teltow vor den Wahlen der BHG im Frühjahr 1952. Schon im November 1951 hatte der Rat des Kreises Frankfurt (Oder) die zunehmende Erbitterung unter den Landwirten über „die große Flucht der Landarbeiter zur Industrie" bemerkt.[296]

Landarbeiter wanderten aus bäuerlichen Betrieben und Dörfern ab, in denen Beschäftigte weiterhin nur unzureichend untergebracht und versorgt waren. Auch viele Arbeitskräfte, die nicht in die Städte zogen, nahmen in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren neue Arbeitsstellen an. Nicht nur Gewerbebetriebe zogen Beschäftigte aus der Agrarwirtschaft ab, sondern auch die sprunghaft wachsende Staatsverwaltung, Parteidienststellen, die Volkspolizei und (seit Mitte der fünfziger Jahre) die Nationale Volksarmee, für die am 24. Januar 1962 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde. Insgesamt war in Ostdeutschland die Zahl der unselbständig Beschäftigten in der Landwirtschaft schon von 1946 bis 1953 von 988.000 auf 435.000 zurückgegangen. Der drückende Arbeitskräftemangel verringerte unter den Beschäftigten – besonders den Einzelbauern – auch anschließend die Hoffnung auf einen Rückgang ihrer Arbeitslast. Neubauern wurden schon in den späten vierziger Jahren „mit der Arbeit nicht fertig, was zur Folge hat, daß sie ihre Wirtschaft im Stich lassen, in die Industrie abwandern und dadurch die herrenlosen Flächen immer größer werden und die anderen belasten."[297] Das Land, das Neubauern zurückgaben oder die von der SED-Führung in den frühen fünfziger Jahren ökonomisch verdrängten und gelegentlich auch politisch verfolgten Großbauern zurückgelassen hatten, wies im allgemeinen einen äußerst geringen Arbeitskräftebesatz auf. Die Ortsvereinigungen der VdgB, die Gutskomplexe sowie die Kreislandwirtschaftsbetriebe, die diesen Boden 1951/52 aufnahmen, mußten die Flächen oft mit gering entlohnten und wenig qualifizierten Hilfsarbeitern bewirtschaften.[298]

---

295 GBl., Nr. 46, 28.4.1950, S. 352. Zur Eingruppierung der Landwirtschaft in die zweite Dringlichkeitsstufe: Hoffmann, Laboratorium, S. 638.

296 Zit. nach: BLHA, Rep. 401, Nr. 5623 (Bericht v. 1.11.1951). Vgl. auch BLHA, Rep. 332, Nr. 240, Bl. 396; Rep. 601, Nr. 1719 (Schreiben v. 2.10.1952). Zum Kreis Oberbarnim 1948: BLHA, Rep 322, Nr. 268, Bl. 4. Zur Abwanderung von Gewerkschaftsfunktionären in Brandenburg: BLHA, Rep. 332, Nr. 559, Bl. 176f. Zur Arbeitskräftelenkung nach dem Gesetz vom 19. April 1950: Wunderlich, Farmer, S. 62f. Zur Rekrutierung von Arbeitskräften zum Uranbergbau: Rob Roeling, Arbeiter im Uranbergbau: Zwang, Verlockungen und soziale Umstände (1945 bis 1952), in: Rainer Karlsch/Harm Schröter (Hg.), „Strahlende Vergangenheit". Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut, St. Katharinen 1996, S. 99–133, hier: S. 111–124.

297 Zit. nach: BArch, DQ-2, Nr. 2113 (Vermerk v. 17.8.1951). Zu den Hemmnissen der Lehrlingsausbildung: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/585, Bl. 150. Zahl der Beschäftigten in: BArch, DQ-2, Nr. 2122 (Vermerk v. 1.12.1953). Zum Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft Berichte und Analysen in: BArch, DQ-2, Nr. 852; DQ-2, Nr. 2109; DQ-2, Nr. 2113; DQ-2, Nr. 2114; DQ-2, Nr. 2115; DQ-2, Nr. 2120; DQ-2, Nr. 2143. Zur Reaktion auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht: BLHA, Rep. 530, Nr. 769, Bl. 58.

298 Hierzu als instruktive Regionalstudie: Nehrig, Uckermärker Bauern, S. 55–68.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Auch Aufrufe an Jugendliche, Frauen und Empfänger von Sozialfürsorge, in landwirtschaftlichen Betrieben auszuhelfen, beseitigten den Arbeitskräftemangel in den frühen fünfziger Jahren nicht. Lehrstellen auf Bauernhöfen sowie in VEG und MAS konnten in Brandenburg oft nicht besetzt werden, da die Unterkunft und Verpflegung von Jugendlichen ungesichert waren. Zudem verließen wegen der schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen Beschäftigte, die mit dem Parteiaufgebot „Industriearbeiter aufs Land" der Agrarwirtschaft zugeführt worden waren, oft schon nach wenigen Wochen ihre Betriebe. Vielfach hatten Industriebetriebe ohnehin nur Arbeitskräfte, die besonders wenig produktiv oder geeignet waren, in die landwirtschaftlichen Betriebe geschickt, die z.T. „Patenschaften" mit ihnen abgeschlossen hatten. Die Koordinierung der Aktion, deren Durchführung den Räten der Bezirke und Kreise oblag, überforderte schließlich die Behörden, die weder eine ausreichende Versorgung mit Wohnraum sichern noch die Disparität zwischen Land- und Industriearbeiterlöhnen beseitigen konnten. Auch Jugendförderpläne waren vielerorts kaum bekannt, und die FDJ, die in den Dörfern „Klubs Junger Neuerer" und „Zirkel Junger Sozialisten" einrichtete, konnte Jugendliche nicht in der Agrarwirtschaft und in den ländlichen Gemeinden halten. 1953 mußten im Bezirk Frankfurt (Oder) in der Getreideernte rund 3.900 zusätzliche Arbeitskräfte gewonnen und eingesetzt werden, in der Hackfruchternte bis Mitte November nochmals etwa 7.250 Beschäftigte. Hilfskräfte wurden aus den Städten in ländliche Regionen gebracht oder direkt in den Dörfern rekrutiert. Die Planung des Arbeitskräftebedarfs, die Werbung und die Vorbereitung des Einsatzes der Beschäftigten war insgesamt aber so unzureichend, daß der Mangel nicht beseitigt werden konnte. Die angestrebte Festigung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durch neue, qualifizierte Arbeitskräfte gelang insgesamt nicht.[299]

Mit dem Übergang zur Kollektivierung hatten sich in der Agrarwirtschaft die Konflikte über die Verteilung der Arbeitskräfte verschärft. Auch die LPG benötigten dringend weitere Beschäftigte, denn die staatliche Lenkung konnte den Mangel kaum verringern. Anfang April 1954 fehlten im Bezirk Frankfurt (Oder) in landwirtschaftlichen Betrieben 4.810 Arbeitskräfte, davon 1.472 in LPG und 1.625 in ÖLB. Obgleich die Landwirtschaftsabteilungen in den Räten der Kreise nach einem Beschluß des Ministerrates der DDR vom 4. Februar 1954 den Räten der Bezirke konkrete Arbeitspläne zuleiteten und die Unterbringung Jugendlicher und anderer „freiwilliger Helfer" auf dem Lande besser organisiert wurde als im vorangegangenen Jahr, konnte der Arbeitskräftebedarf der Agrarbetriebe auch 1954/55 nicht erfüllt werden. Die Zahl der jugendlichen Schulabsolventen und Industriearbeiter, die eine Beschäftigung in der Landwirtschaft aufnahmen, blieb in den fünfziger Jahren ebenso gering wie die Wirkung von Jugendförderplänen, die den Einsatz von FDJ-Mitgliedern in der Landwirtschaft verstärken und die Ausbildung von Lehrlingen in den Betrieben ausweiten sollten. Der Mangel an Wohnraum und die geringe Lebensqualität verhinderten den Einsatz von Jugendlichen in der Landwirtschaft. Sogar in den materiell begünstigten LPG

299 Hoffmann, Laboratorium, S. 655–658, 660, 666. Zum Parteiaufgebot „Industriearbeiter aufs Land" in Brandenburg Berichte und Arbeitsrichtlinien in: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 770, Bl. 1–42, 43–45. Zur geringen Wirkung der Kampagne in Thüringen exemplarisch: Schier, Alltagsleben im „sozialistischen Dorf", S. 138f. Zu den Initiativen der FDJ: SAPMO-BArch, DY 24/A 196 (Unterlagen zur Vorbereitung der II. Zentralratstagung); DY 24/A206 (Einsatz in der LPG Schönefeld, Kreis Jüterbog, 2.-4.6.1959; 2. Entwurf des Jugendförderungsplanes der LPG „Frieden", Kreis Bernau). Zum Einsatz zusätzlicher Erntehelfer 1953/54 die Analyse vom 2. Februar 1954 und das Schreiben vom 13. April 1954 in: BLHA, Rep. 601, Nr. 476. Vgl. auch BLHA, Rep. 601, Nr. 1298 (Plan v. 9.8.1953).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

war das Ausbildungsniveau noch in den späten fünfziger Jahren gering, da die Lehrlinge als Arbeitskräfte benötigt wurden. Zumindest im Bezirk Potsdam verfügten viele Ausbilder zudem nicht über die notwendigen Erfahrungen in der landwirtschaftlichen Produktion.[300]

LPG-Mitglieder

Nach dem Beginn der Kollektivierung wurden die Landarbeiter zunehmend von den LPG aufgesogen. In den Produktionsgenossenschaften stieg aber erst Mitte der fünfziger Jahre der Anteil der Mitglieder, die zuvor als Landarbeiter ihren Lebensunterhalt verdient hatten. 1952/53 waren LPG in der DDR vor allem von wirtschaftsschwachen Neubauern gebildet worden, die Ende Februar 1953 in den neuen Betrieben fast 68 Prozent der Mitglieder stellten. In einem Bericht über die Landkreise Neuruppin, Nauen, Kyritz und Brandenburg hatte die Abteilung Landwirtschaft der SED-Bezirksleitung Potsdam im Oktober 1952 festgehalten, daß besonders Landwirte, die bei der Bodenreform Land erhalten hatten, aber mit der Bewirtschaftung überfordert waren, zur Bildung von Produktionsgenossenschaften neigten. Allerdings wurden wirtschaftsstarke Neubauern zunächst kaum gewonnen, da sich sogar „eher die wirtschaftsschwächeren Altbauern zum Eintritt in die LPG entschliessen als wirtschaftsstärkere Neubauern." Ende Juni 1956 stellten Neubauern und ihre Familienangehörigen im Bezirk Potsdam in den Produktionsgenossenschaften nur noch 25,3 Prozent der Mitglieder. Zudem schlossen sich immer weniger Frauen von Neubauern dem Eintritt ihrer Ehemänner in die LPG an, da sie in andere Berufe wechselten oder die individuellen Hauswirtschaften übernahmen.[301]

Demgegenüber nahm der Anteil der Landarbeiter nach 1952/53 langsam zu. 1953 wurden in der DDR nur rund 18 Prozent der LPG-Bauern aus dieser Gesellschaftsgruppe rekrutiert. Der Anteil der Landarbeiter in den Produktionsgenossenschaften wuchs aber deutlich, als die Parteileitungen der SED 1953/54 die LPG-Vorsitzenden drängten, die von Großbauern verlassenen Flächen aufzunehmen, die zunächst überwiegend von Örtlichen Landwirtschaftsbetrieben übernommen worden waren. Landarbeiter hatten 1952/53 die ÖLB gegenüber den Produktionsgenossenschaften bevorzugt, weil ihnen in diesen Betrieben ein in voller Höhe ausgezahlter Festlohn gewährt wurde, während in den LPG 30 Prozent des Entgelts vom Betriebsergebnis abhing. Nach dem Beginn der Zwangsintegration von ÖLB in LPG nahm die Zahl der Landarbeiter, die in Produktionsgenossenschaften aufgenommen wurden, sprunghaft zu. Diese Gruppe stellte im August 1955 in den LPG nahezu die Hälfte der Mitglieder. Von den Personen, die vom 30. September 1954 bis zum 15. November 1955 den LPG beitraten, waren 51,3 Prozent zuvor als Landarbeiter beschäftigt gewesen. Im Zeitraum vom 15. November 1955 bis zum 31. Dezember 1956 ging der Anteil der Landar-

300 SAPMO-BArch, DY 24/A 206 („Vorläufiger Bericht Prenzlau"); BLHA, Rep. 730, Nr. 1087 (Informationsmaterial v. 7.1.1959). Angaben errechnet nach: BLHA, Rep. 601, Nr. 476 (Schreiben v. 1.4.1954; Tabelle v. 5.4.1954). Beschluß des Ministerrats vom 4. Februar 1954 in: BArch, DQ-2, Nr. 2112. Zu den Auswirkungen im Bezirk Frankfurt (Oder): BLHA, Rep. 601, Nr. 476 (Schreiben v. 16.3.1954). Zum Arbeitskräftemangel in LPG exemplarisch: BArch, DK-1, Nr. 5876, Bl. 19. Zum Einsatz von Jugendlichen in LPG im Bezirk Potsdam 1958 das Protokoll vom 22. März 1958 in: BLHA, Rep. 543, Nr. 561.

301 BArch, DK-1, Nr. 9110, Bl. 188. Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 1437, Bl. 48 (Interpunktion korrigiert). Vgl. auch ebd., Bl. 2. Angabe nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 1423 („Analyse über die Entwicklung der LPG im I. Halbjahr 1956").

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

beiter an den neuen LPG-Mitgliedern auf 37,6 Prozent zurück, während 27,5 Prozent der Eingetretenen zuvor als Bauern Betriebe mit bis zu 20 ha bewirtschaftet hatten. 1956 waren zwar auch 91.457 Höfe, die von Einzelbauern bewirtschaftet worden waren, kollektiviert worden, aber nur 52.319 ehemalige Besitzer (57,2 Prozent) und 36.897 Familienangehörige hatten sich den LPG angeschlossen. Viele Bäuerinnen waren den Produktionsgenossenschaften nicht beigetreten, und eine hohe Zahl von Bauern war enteignet worden oder freiwillig aus der Landwirtschaft ausgeschieden (*Tabelle 28*).[302]

Bis 1959 sank der Anteil der Landarbeiter und ihrer Angehörigen in den Produktionsgenossenschaften auf 30 Prozent, denn die Kollektivierung erfaßte zunehmend auch alteingesessene Mittel- und Großbauern. 1958 erreichte der Zugang von Altbauern zu LPG seinen höchsten Wert. Viele alteingesessene Landwirte sahen sich machtlos der verstärkten Kollektivierungsagitation ausgesetzt. Überdies trug der Generationswechsel zu der Auflösung der Höfe bei, da viele Nachkommen von Bauern in die staatlichen Landwirtschaftsbetriebe oder sogar in andere Berufe gewechselt waren. So stellten Bauernsöhne in den MTS 60 Prozent der Arbeitskräfte. Bis zum offiziellen Abschluß der Kollektivierung im Frühling 1960 brachten aber lediglich rund die Hälfte der Neubauern ihren Boden in Produktionsgenossenschaften ein, zumal viele Landempfänger ihren Besitz inzwischen bereits wieder zurückgegeben hatten. 1960 waren auch nur noch 16,4 Prozent der LPG-Mitglieder ehemalige Landarbeiter. Da diese keine Bodenanteile in die neuen Kollektivbetriebe überführt und hier trotz des Drucks der Parteileitungen überwiegend nicht individuelle Hauswirtschaften eingerichtet hatten, hoben sie sich hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Lage auch in den Produktionsgenossenschaften von den Mitgliedern ab, die zuvor Bauernhöfe bewirtschaftet hatten. Damit wurden in den LPG zumindest bis zu den sechziger Jahren traditionale Statusdifferenzen und gesellschaftliche Gegensätze konserviert (*Tabelle 29*).[303]

Während sich Land- und Industriearbeiter vor allem den LPG vom Typ III anschlossen, bevorzugten alteingesessene Landwirte eindeutig den Typ I, der ihnen weiterhin eine individuelle Viehwirtschaft erlaubte. Die Arbeit in den Produktionsgenossenschaften des Typs I war deshalb – wie auch Grüneberg in einer Rede am 19. Oktober 1960 hervorhob – „die Produktionsform, die den ehemaligen Einzelbauern am ehesten verständlich und annehmbar ist." Nach dem Abschluß der Kollektivierung waren 95 Prozent der insgesamt 370.000 Mitglieder der LPG vom Typ I ehemalige Bauern, in den LPG des Typs III dagegen nur 55 Prozent. Von den 399.994 Einzelbauern, die kollektiviert worden waren, hatten sich 52,5 Prozent LPG der Typen I und II angeschlossen. Dagegen waren 94,8 Prozent der Landarbeiter und 91,5 Prozent der Industriearbeiter, die schon kollektiviert waren, dem Typ III beigetreten (*Tabelle 30*). In vielen Dörfern grenzten sich die Gruppen in den neuen Kollektivbetrieben noch deutlich voneinander ab. So waren im Bezirk Cottbus in der Gemeinde Beyern (Kreis Herzberg) 1960 in der Produktionsgenossenschaft des Typs I fast zwei Drittel

302 Buchsteiner, Bodenreform, S. 33f.; BArch, DK-1, Nr. 5878, Bl. 278, 294; DK-1, Nr. 5882, Bl. 11. Zur Präferenz der Landarbeiter für die ÖLB: BLHA, Rep. 530, Nr. 818, Bl. 113.

303 Buchsteiner, Bodenreform, S. 39f.; Schulz, Probleme, S. 159, 245; Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 300; Wunderlich, Farmer, S. 45, 49. Zur Sozialstruktur der LPG nicht durchweg zutreffende bzw. ungenaue Angaben in: Christian Krebs, Arbeitsorganisation und Lebensbedingungen in der Landwirtschaft der DDR, in: DA 8 (1974), Sonderheft: Arbeits- und Lebensbedingungen in Industrie und Landwirtschaft der DDR. Siebte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik, 4. bis 7. Juni 1974, S. 72; Nehrig, Entwicklung, S. 72–74; Kuntsche, Umgestaltung, S. 199f.; Piskol, Beginn, S. 24–26.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

der Mitglieder Landwirte, die jeweils mehr als 10 ha eingebracht hatten, in der hier ebenfalls gegründeten LPG vom Typ III dagegen nur 24 Prozent.[304]

Diese Trends in der Entwicklung der Mitgliederstruktur von LPG prägten grundsätzlich auch den Kollektivierungsprozeß in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, allerdings mit signifikanten regionalen Abweichungen. 1952/53 gründeten in den Bezirken Frankfurt (Oder) und Potsdam vor allem wirtschaftsschwache Neubauern Produktionsgenossenschaften. Jedoch variierte der Anteil dieser Gesellschaftsgruppe durchaus. Während Neubauern im Bezirk Potsdam Ende September 1952 87,2 Prozent der LPG-Mitglieder stellten, erreichte ihr Anteil in den Bezirken Frankfurt (Oder) und Cottbus lediglich 69,4 bzw. 61,5 Prozent. Im Bezirk Frankfurt (Oder) waren den LPG dagegen Ende Dezember 1952 fast ebensoviele Landarbeiter wie Neubauern beigetreten. Noch geringer war insgesamt der Anteil der Altbauern. Dieser Gruppe gehörten im Bezirk Potsdam am 30. September 1952 nur 1,7 Prozent der „Genossenschaftsbauern" an. Im Kreis Seelow (Bezirk Frankfurt/Oder) hatten Anfang November 1952 lediglich fünf von insgesamt 147 LPG-Mitgliedern zuvor als alteingesessene Landwirte Betriebe bewirtschaftet. Im Bezirk Potsdam waren im Februar 1953 noch 70 Prozent der LPG-Mitglieder frühere Neubauern und 22 Prozent Landarbeiter. Im darauffolgenden Jahr sank jedoch der Anteil der Neubauern. Besonders deutlich ging der Anteil der früheren Landempfänger in den Produktionsgenossenschaften vom Typ III zurück. In diesen Betrieben waren im Bezirk Potsdam Ende Dezember 1954 nur noch 23,4 Prozent der LPG-Mitglieder Neubauern und ihre Familienangehörigen, dagegen 62,8 Prozent Landarbeiter. Während in den Bezirken Potsdam und Frankfurt (Oder) von 1952 bis 1954 vor allem der Anteil der Landarbeiter an den Belegschaften der Produktionsgenossenschaften wuchs, wies im Bezirk Cottbus die Quote der alteingesessenen Landwirte – überwiegend Klein- oder Arbeiterbauern – das schnellste Wachstum auf (*Tabelle 31*).[305]

Von 1955 bis 1957 stellten frühere Landarbeiter in allen drei Bezirken die größte Gruppe der LPG-Mitglieder. Sogar im Bezirk Cottbus hatten 51,8 Prozent der Personen, die sich im Juli 1955 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften angeschlossen hatten, dieser Gesellschaftsgruppe angehört, während 27,7 Prozent frühere Neubauern waren. Allerdings ging der Anteil der Landarbeiter und ihrer Angehörigen an den LPG-Mitgliedern leicht zurück, so im Bezirk Potsdam von 56,3 Prozent 1955 auf 51,2 Prozent 1957. Während Neubauern hier relativ konstant ein Viertel der Mitglieder stellten, schnellte der Anteil der Industriearbeiter, die vor allem durch die Kampagne „Industriearbeiter aufs Land" in Produktionsgenossenschaften eingeschleust wurden, von 1,5 Prozent 1955 auf 5,9 Prozent zwei Jahre später hoch. Der höchste Anteil von Landarbeitern und Neubauern wurde 1957 im Kreis Kyritz registriert; dagegen war der Zugang von Industriearbeitern zu den LPG hier gering geblieben. Im Bezirk Cottbus waren 1957 nur noch 24,9 Prozent der Personen, die sich Kollektivbetrieben angeschlossen hatten, zuvor Landarbeiter, dagegen 37,3 Prozent Industriearbeiter gewesen. Auch im Bezirk Potsdam blieb die Fluktuation in den LPG hoch,

304 Helmut Winzer, Probleme der agraren Betriebsgeschichte, dargestellt am Übergang von der einzelbäuerlichen zur genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsweise in der Gemeinde Beyern, Kreis Herzberg, Bezirk Cottbus (1952 bis 1964), in: JfW 1970/I, S. 217–224, hier: S. 220. Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4233/25, Bl. 169. Vgl. auch Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 300.

305 BArch, DK-1, Nr. 5882, Bl. 6; DK-1, Nr. 5885, Bl. 87; DK-1, Nr. 5887, Bl. 65; BLHA, Rep. 601, Nr. 6300 (Jahresanalyse v. 20.1.1952); Rep. 530, Nr. 1437, Bl. 44; Rep. 401, Nr. 843, Bl. 141; Rep. 401, Nr. 2028, Bl. 25, 28. Vgl. auch Bauerkämper, Zwangsmodernisierung, S. 582.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

obgleich SED-Funktionäre den schnellen Arbeitsplatzwechsel fortwährend als „Zugvögelsystem" kritisierten und bekämpften. Im Bezirk Frankfurt (Oder) stellten Landarbeiter Ende 1957 insgesamt 45,2 Prozent, Einzelbauern mit jeweils weniger als 20 ha und Industriearbeiter 10,4 Prozent der Mitglieder. Im Bezirk Cottbus ging der Anteil der Landarbeiter und der Neubauern an der Mitgliederzahl der LPG 1956/57 zurück, während der Anteil der Industriearbeiter wuchs, wenngleich deutlich weniger als in den Bezirken Frankfurt (Oder) und Potsdam (*Tabelle 32*).[306]

In den späten fünfziger Jahren war die sozialstrukturelle Entwicklung der Produktionsgenossenschaften besonders durch die schnelle Zunahme der Zahl alteingesessener Landwirte gekennzeichnet, die sich LPG anschlossen oder neue Betriebe gründeten. Im Bezirk Potsdam nahm der Anteil der Altbauern an den Mitgliedern der Produktionsgenossenschaften bis Ende 1958 sprunghaft von 13,0 auf 20,4 Prozent zu, fiel 1959 nur leicht und wuchs im Frühjahr 1960 wieder rapide. Frühere Einzelbauern und ihre Familienangehörigen erreichten Ende 1959 im altbäuerlichen Kreis Belzig den höchsten Anteil an den LPG-Mitgliedern, während im Kreis Nauen, in dem in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg relativ viele Neubauern Land übernommen und Stellen eingerichtet hatten, die Quote der Einzelbauern in den Produktionsgenossenschaften relativ gering blieb. Diese Gruppe stellte im Bezirk Frankfurt (Oder) Ende Dezember 1958 bereits 50,2 Prozent, ein Jahr später aber nur noch 50,0 Prozent der LPG-Mitglieder. Im Bezirk Cottbus nahm der Anteil der Altbauern besonders rapide zu, während die Anteile der Industrie- und Landarbeiter sowie der Neubauern schrumpften (*Tabelle 33*).[307]

Insgesamt verlief die sozialstrukturelle Entwicklung der Produktionsgenossenschaften im Bezirk Cottbus gleichmäßiger als in den Bezirken Potsdam und Frankfurt (Oder), wo der Wandel der Mitgliederbasis ausgeprägter war. Die Fluktuation blieb aber überall enorm hoch, besonders im Bezirk Frankfurt (Oder). Hier waren 1955 viele LPG-Mitglieder mit der Verringerung des Wertes der Arbeitseinheiten ebenso unzufrieden wie mit der unzureichenden Unterstützung durch die MTS. Im Herbst 1955 registrierte die Landwirtschaftsabteilung im Rat des Bezirkes Austritte ganzer Gruppen aus den Produktionsgenossenschaften und „Republikfluchten". Im ersten Halbjahr 1957, als die LPG im Bezirk Frankfurt (Oder) 1.856 neue Personen gewannen, verloren die Betriebe zugleich 1.285 Mitglieder, davon 56,6 Prozent Landarbeiter und 18,8 Prozent Industriearbeiter. Der Rat des Kreises Eberswalde hielt in seiner Bestandsaufnahme zur Kollektivierung im Juli 1957 fest, daß „unsere Landarbeiter in den einzelnen Genossenschaften immer noch nicht bodenständig geworden sind." Insgesamt verließen Mitglieder LPG 1957 vor allem wegen eines Wechsels ihrer Wohnung oder wegen eines gegen sie verhängten Betriebsausschlusses. Mitglieder, die das Statut und die innere Betriebsordnung nicht einhielten, wurden vor allem 1954/55 rigoros aus den Produktionsgenossenschaften verwiesen. Im Kreis Bad Freienwalde, wo die Kollektivierung schon Ende 1957 verschärft wurde, war der Anteil der „Republikflüchtigen" überdurchschnittlich hoch. Insgesamt schieden im Bezirk Frankfurt (Oder) 1957 16,8 Prozent der LPG-

306 BArch, DK-1, Nr. 9110, Bl. 190; BLHA, Rep. 401, Nr. 980, Bl. 288f.; Rep. 601; Rep. 730, Nr. 960 (Analyse v. 3.3.1958); Rep. 801, Nr. 5873 (Analyse v. 23.1.1958). „Zugvögelsystem" nach dem Bericht vom 26. August 1959 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 964. Dazu auch: Bauerkämper, Zwangsmodernisierung, S. 582.

307 BLHA, Rep. 530, Nr. 1430 (Analyse v. 18.3.1959); Rep. 530, Nr. 1659, Bl. 95; Rep. 601, Nr. 4732 (Bericht v. 23.2.1960). Geringfügig differierende Angaben in: BLHA, Rep. 601, Nr. 5896 (Bericht v. 5.10.1959).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Mitglieder aus den Kollektivbetrieben aus. Im III. Quartal 1959 übertraf die Zahl der Austritte in den Landkreisen Bernau und Frankfurt (Oder) sogar diejenige der Zugänge in die Produktionsgenossenschaften. Im Bezirk Potsdam hatte auch der Rat des Kreises Jüterbog im November 1955 auf Genossenschaftsbauern hingewiesen, „die eine ungenügende Einstellung zur LPG haben und ihre LPG wechseln wie ein schmutziges Hemd."[308]

Im Gegensatz zu früheren Bauern, die 20 bis 40 Prozent ihres Einkommens für den eingebrachten Boden erhielten, hatten Landarbeiter ausschließlich auf einen Lohn nach Arbeitseinheiten Anspruch, die auf Tagesnormen basierten. Deshalb wanderten viele der ehemaligen Landarbeiter aus LPG ab, in denen die Produktivität gering blieb. Obwohl der Ministerrat der DDR in seinem Beschluß vom 2. Februar 1954 Gewerbe- und Handelsbetrieben untersagt hatte, Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abzuwerben, ging ihre Zahl in den Agrarbetrieben in den fünfziger Jahren zurück. So sank in der DDR der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft an allen Beschäftigten von 1950 bis 1960 von rund 28 auf 17 Prozent. Im Bezirk Frankfurt nahm die Zahl der im primären Sektor Erwerbstätigen von 1955 bis 1960 um fast 30 Prozent ab. Der anhaltende Arbeitskräftemangel behinderte in den LPG nachhaltig die Produktion und führte auch in den VEG und MTS zu akuten Engpässen, besonders in der Ernte.[309]

Außer Wohlfahrtshilfeempfängern, Beschäftigungslosen, Jugendlichen und Frauen lenkten Staats- und Parteifunktionäre verstärkt Arbeiter aus Industriebetrieben in die Landwirtschaft. Nachdem schon 1951/52 ein „Parteiaufgebot Industriearbeiter aufs Land" in Behörden und Industriebetrieben neue Führungskräfte für die Landwirtschaft rekrutiert hatte, beschloß das ZK der SED am 23. April 1953, Arbeiter in ländliche Regionen zu entsenden, um dort die Kollektivierung voranzutreiben und die bereits bestehenden LPG zu stärken. Nach dem IV. Parteitag der SED 1954 schließlich als Aktion „Industriearbeiter aufs Land" proklamiert, gewann die Kampagne aber erst 1955 Dynamik. Im Bezirk Frankfurt (Oder) erhielten allein die LPG bis Ende Juni 1955 455 ledige Arbeitskräfte als Beschäftigte und aus 158 Familien mehrere Angehörige als neue Mitglieder. Die Mobilisierung dieser Arbeitskräfte stärkte die landwirtschaftlichen Betriebe aber nicht nachhaltig, obgleich 1955 materielle Vergünstigungen wie eine einmalige Entschädigung, Trennungsgeld und eine Vergütung der Umzugskosten für Industriearbeiter festgelegt wurden, die sich verpflichteten, mindestens fünf Jahre in einer LPG zu arbeiten. Zwar stellten Industriearbeiter Anfang 1957 mehr als ein Zehntel der LPG-Mitglieder. Die Löhne in der Landwirtschaft blieben aber weiterhin deutlich niedriger als in der Industrie, und die Unterbringung gab fortwährend Anlaß für Beschwerden, besonders in VEG, in denen vielfach Wohnraum sogar von Personen belegt war, die nicht den Betrieben angehörten. Industriearbeiter kritisierten oft

308 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 601, Nr. 5981 („Analyse über die Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im 1. Halbjahr 1957 in Gegenüberstellung zum 1. Halbjahr 1956"); Rep. 401, Nr. 960, Bl. 366. Zum Bezirk Frankfurt (Oder): BArch, DK-1, Nr. 9110, Bl. 183; Rep. 730, Nr. 960 (Analyse v. 3.3.1958; Tabelle „Begründung der Abgänge von Mitgliedern im IV. Quartal 1957"); Rep. 601, Nr. 5896 (Bericht v. 5.10.1959); Rep. 601, Nr. 5981 (Analyse v. 30.7.1957); Rep. 730, Nr. 957 (Bericht v. 4.8.1954); Rep. 730, Nr. 962 (Bericht v. 14.4.1959).

309 Angaben in: BLHA, Rep. 601, Nr. 1654 („Analyse der Arbeitskräfteentwicklung des Jahres 1960"); Rüdiger Thomas, Sozialer Wandel in der DDR – Transformation oder Modernisierung?, in: Karl-Heinz Ruffmann/Helmut Altrichter (Hg.), „Modernisierung" versus „Sozialismus". Formen und Strategien sozialen Wandels im 20. Jahrhundert, Erlangen 1983, S. 256–286, hier: S. 276. Zum Anwerbeverbot: BLHA, Rep. 601, Nr. 476 (Schreiben v. 16.3.1954). Hierzu und zum folgenden auch: Bauerkämper, Aufwertung, S. 260–264.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

auch ihre Verpflegung und klagten darüber, daß sie getrennt von ihren Familien leben mußten. Viele dieser Arbeiter verließen daher die landwirtschaftlichen Betriebe schon nach wenigen Wochen wieder, zumal auch Parteifunktionäre in den Gemeinden die Neuankömmlinge häufig mit Mißtrauen betrachteten. So nahmen die LPG im Bezirk Frankfurt (Oder) 1959 zwar 659 Industriearbeiter auf, verloren aber 489.[310]

Insgesamt traf die Durchsetzung des ZK-Beschlusses vom 23. April 1953 in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus auf beträchtliche Barrieren. Im Bezirk Potsdam hatten Betriebsparteiorganisationen in LPG, VEG und MTS 1953 die Aktion „Industriearbeiter aufs Land" weitgehend ignoriert. Auch im Bezirk Cottbus war die Kampagne – wie das Sekretariat der Bezirksleitung am 22. August 1953 kritisierte – „von vielen Parteileitungen auf Grund der Beschlüsse des 14. Plenums [des ZK der SED vom 21. Juni 1953] und der Ereignisse vom 17. Juni [1953] nicht mehr genügend beachtet worden." Die Gewerkschaften sollten deshalb die „Patenarbeit" in den Industriebetrieben intensivieren, um damit Arbeitskräfte für die Agrarwirtschaft zu werben. Obwohl die Kampagne 1955, als sich die Mitgliederzahl der LPG im Bezirk deutlich erhöhte, erstmals wirksam wurde, konnte „man von einer systematischen Werbung von Industriearbeitern für die Landwirtschaft noch immer nicht sprechen." Wegen des anhaltenden Wohnraummangels und der schlechten Betreuung kehrten viele der eingesetzten Industriearbeiter schon nach wenigen Monaten den landwirtschaftlichen Betrieben, in denen sie Arbeitsstellen angenommen hatten, den Rükken. Im September 1956 wurden im Bezirk Potsdam zwar 212 Beschäftigte aus Industriebetrieben in der Agrarwirtschaft eingesetzt, aber seit dem Jahresbeginn waren auch 184 Industriearbeiter schon wieder ausgeschieden. Ende März 1957 wurden im Bezirk Potsdam in landwirtschaftlichen Betrieben noch 2.976 Arbeitskräfte benötigt, davon 79,7 Prozent in LPG. Für dieses Personal standen aber nur 289 Wohnungen zur Verfügung. Dagegen waren 1.268 Wohnungen von Personen besetzt, die nicht den Betrieben angehörten. In einzelnen Produktionsgenossenschaften weigerten sich die Vorstände überdies, für delegierte Industriearbeiter individuelle Hauswirtschaften einzurichten. Ende der fünfziger Jahre war das Arbeitskräftepotential, das mit der Aktion erschlossen werden sollte, weitgehend ausgeschöpft. Zumindest im Bezirk Cottbus kehrten viele Beschäftigte, deren Verträge nach fünf Jahren abgelaufen waren, wieder in die Industriewirtschaft zurück.[311]

Industriearbeiter wurden Ende 1955 zumindest im Bezirk Frankfurt (Oder) überwiegend in LPG aufgenommen, die im weiteren Umland der Großstadt Berlin gebildet worden waren, besonders in den Kreisen Bernau und Fürstenwalde. Auch im Kreis Strausberg nahm die Produktionsgenossenschaft in der Gemeinde Ihlow 1956 Industriearbeiter auf, die zuvor den ÖLB bewirtschaftet hatten. Die Fluktuation war in dieser Gruppe besonders hoch. So

310 Angaben in: BLHA, Rep. 601, Nr. 1292 (Schreiben v. 29.7.1955); Rep. 730, Nr. 964 (Vermerk v. 19.1.1960). Vgl. auch BArch, DK-1, Nr. 1821, Bl. 173f.; DK-1, Nr. 9089, Bl. 1f., 10f.; Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 144; Schulz, Probleme, S. 119f.; Stößel, Positionen, S. 426, 532; Wunderlich, Farmer, S. 45. Zum Verlauf der Aktion im Bezirk Frankfurt (Oder) aus der Sicht der Funktionäre in der SED-Leitung: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/10, Bl. 83f. ZK-Beschluß vom 23. April 1953 in: Dehlsen u.a. (Hg.), Bündnis, S. 152–156.

311 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 930, Nr. 44, Bl. 24; Rep. 530, Nr. 1370 (Schreiben v. 16.10.1956). Angaben nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 1370 („Quartals-Meldung über die Aktion ‚Industriearbeiter aufs Land'"). Vgl. auch BLHA, Rep. 530, Nr. 730, Bl. 194; Rep. 530, Nr. 1424 (Vorlage v. 26.3.1957; Analyse v. 22.2.1958); Rep. 401, Nr. 960, Bl. 141; Rep. 401, Nr. 1478, Bl. 42. Zur Rückkehr von Arbeitskräften in die Industrie die Analyse vom 1. August 1959 in: BLHA, Rep. 801, Nr. 25015.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

wurden im Kreis Bad Freienwalde im II. Quartal 1956 zwar 41 Industriearbeiter für die LPG gewonnen, aber zwölf andere schieden aus. Auch im Bezirk Cottbus kehrten Industriearbeiter, die in Kollektivbetriebe geschickt worden waren, spätestens nach dem Ende ihrer Arbeitsverträge wieder in die Industrie zurück, wo ihnen erheblich höhere Löhne gezahlt wurden. Nur wenige Industriearbeiter waren 1959/60 noch bereit, die ausgeschiedenen LPG-Mitglieder zu ersetzen.[312]

Besonders 1954/55 gingen viele Landarbeiter der integrierten ÖLB in die Produktionsgenossenschaften über. Im Bezirk Potsdam stellte diese Gruppe Ende September 1954 nahezu 62 Prozent der LPG-Mitglieder. Allein im ersten Halbjahr war der Anteil der Landarbeiter in den Produktionsgenossenschaften auf 180,8 Prozent gestiegen. Im Bezirk Potsdam stellten Landarbeiter insgesamt 62,9 Prozent der Mitglieder, die sich den LPG bis zum 31. August 1955 angeschlossen hatten.[313] Die ÖLB-Arbeiter büßten bei der Übernahme der Betriebe durch Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften ihren gesicherten Monatslohn, den Anspruch auf einen Achtstundentag sowie das Recht auf bezahlten Urlaub und Ausgleichsleistungen bei Krankheit ein. Sie weigerten sich deshalb oft, in die LPG einzutreten. Besonders Kollektivbetriebe, deren Produktivität so gering war, daß ihre Leitungen den Mindestwert von 7,- DM pro Arbeitseinheit nicht auszahlen konnten, schreckten die Arbeiter ab, so daß viele von ihnen die Landwirtschaft verließen. Da die LPG aber die Flächen der ÖLB bewirtschaften mußten, sank der Arbeitskräftebesatz in den Produktionsgenossenschaften von 1952 bis 1955 deutlich.[314]

Die Fluktuation erfaßte von 1954 bis 1957 jährlich etwa 15 bis 20 Prozent der Landarbeiter, die sich LPG angeschlossen hatten. Zwar konnten sich besonders frühere Bauern nur schwer auf die Kollektivarbeit in den Produktionsgenossenschaften umstellen, aber auch viele Landarbeiter hatten Vorbehalte gegen die Aufnahme in spezialisierte Brigaden. Darüber hinaus war diese Gruppe in den fünfziger Jahren nur schwach an den von ihnen bewirtschafteten Boden gebunden, sondern vielmehr an einem hohen Einkommen interessiert. So sahen die Landarbeiter im Bezirk Frankfurt (Oder) 1955 die LPG noch nicht „als ihre Genossenschaft an, sondern als arbeitgebenden Betrieb." Daher forderten Landarbeiter in Produktionsgenossenschaften, deren Ausgaben die Einnahmen deutlich übertrafen, vorrangig ihre Löhne auszuzahlen, so daß die Arbeitseinheiten durch staatliche Subventionen massiv gestützt werden mußten. In der DDR erwirtschafteten die LPG von den ausgezahlten Arbeitseinheiten 1954 durchschnittlich nur 16 Prozent. Trotz der beträchtlichen staatlichen Zuschüsse blieben die Löhne der Landarbeiter in der fünfziger Jahren deutlich hinter den Einkommen der Arbeiter in der Industrie und in der Bauwirtschaft zurück. Vereinzelt traten Landarbeiter, die sich wirtschaftsschwachen Produktionsgenossenschaften angeschlossen hatten, sogar aus den Betrieben aus, um anschließend – gelegentlich sogar in demselben

312 Angaben nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 959 (Vorlage v. 13.8.1956). Vgl. auch BArch, DK-1, Nr. 9110, Bl. 183; BLHA, Rep. 601, Nr. 3649 (Analyse v. 23.11.1955); SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/403, Bl. 144. Zu Ihlow: BLHA, Rep. 730, Nr. 959 („Einschätzung der Verwirklichung der Beschlüsse der Partei und Regierung zur Festigung der LPG im Kreis Strausberg"). Zum Bezirk Cottbus: BLHA, Rep. 801, Nr. 25015 (Analysen v. 1.8.1959 u. 16.7.1959).

313 BArch, DK-1, Nr. 9118, Bl. 8, 20; BLHA, Rep. 401, Nr. 842 (Bericht v. 15.2.1954); Rep. 401, Nr. 846 (Analyse v. 24.10.1955).

314 Schulz, Probleme, S. 121 (Angabe), 141. Hierzu auch die Berichte in: BArch, DK-1, Nr. 9110, Bl. 64; DK-1, Nr. 9118, Bl. 20.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Betrieb – ein Beschäftigungsverhältnis als Saisonarbeiter aufzunehmen und damit ihren Lohn zu steigern.[315]

Gerüchte, daß Landarbeiter in den LPG kein Geld bekommen würden, verzögerten im Bezirk Frankfurt (Oder) 1953 die Kollektivierung. Im Bezirk Potsdam wandten sich 1955 frühere Landarbeiter in den Produktionsgenossenschaften gegen eine Vorschußzahlung von nur 70 Prozent des Einkommens, da der Rest von dem erzielten Wert der Arbeitseinheit und damit auch von der Leistung der neuen Mitglieder abhing. Auch 1958 zeigte sich diese Gruppe in den LPG mit den ausgezahlten Arbeitseinheiten unzufrieden. Außerdem blieb das Interesse an der Einrichtung individueller Hauswirtschaften unter den früheren Landarbeitern in den LPG noch in den späten fünfziger Jahren gering. Die Arbeiter vertraten auch in den Kollektivbetrieben weiterhin vorrangig ihre ökonomischen Interessen und lösten damit die heftige Kritik der Partei- und Staatsfunktionäre an der „Landarbeiterideologie" oder „Acht-Stunden-Ideologie" aus. Insgesamt veränderte sich die Einstellung der Beschäftigten in den Kollektivbetrieben in den fünfziger Jahren nur langsam.[316]

Altbauern wurden überwiegend erst seit Mitte der fünfziger Jahre von der Kollektivierung erfaßt, nachdem sie – besonders im Bezirk Frankfurt (Oder) – 1953 die ersten LPG gegründet hatten. Insgesamt traten alteingesessene Landwirte, die bis zu 20 ha bewirtschafteten, den Produktionsgenossenschaften 1952/53 aber nur zögernd bei. Die Bezirksleitungen der SED führten die mangelnde Anziehungskraft der Produktionsgenossenschaften auf wirtschaftsstarke Mittelbauern vor allem auf den geringen Einsatz der untergeordneten Funktionäre bei der Kollektivierungswerbung zurück. Demgegenüber war die wirtschaftliche und personelle Instabilität vieler LPG so abschreckend, daß sie die Vorbehalte und den Widerstand der Altbauern mit ihrem spezifischen Wertekodex – so dem Ideal guter landwirtschaftlicher Arbeit – gegen die Kollektivierungspolitik nachhaltig verstärkten. Die Weiterführung ihrer eigenen Betriebe bot den Einzelbauern konkrete wirtschaftliche Vorteile, wie auch die Landwirtschaftsabteilung im Rat des Bezirks Potsdam 1955 zugestand: „Die werktätigen Einzelbauern, besonders die wirtschaftsstarken, sehen, daß sie auf ihren 10–15 ha einen höheren Arbeitskräftebesatz als die mit ÖLB-Flächen gesättigten LPG haben und demzufolge in ihrer Produktivität in ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche heute zum großen Teil höher liegen und auch darum höhere Einnahmen haben. Sie wollen diesen Stand jetzt noch nicht mit ihrer aktiven Mitarbeit in der LPG eintauschen." Deshalb traten Mittelbauern in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus 1955/56 den Produktionsgenossenschaften kaum bei. Noch im Juni 1956 stellten Altbauern mit bis zu 20 ha und ihre Familienangehörigen im Bezirk Potsdam in den Produktionsgenossenschaften erst 9,3 Prozent der Mitglieder. Auch im darauffolgenden Jahr gelang es den Partei- und Landwirtschaftsfunktionären nicht, „eine grosse Reihe von Mittelbauern zum Eintritt in die LPG'en zu gewinnen oder die Masse der Einzelbauern von den Vorteilen der gemeinsamen Arbeit in den ständigen Arbeitsgemeinschaften zu überzeugen." Erst nach der 33. Tagung des ZK (16. – 19. Oktober 1957), auf dem die SED-Führung eine verstärkte Agitation zur Gewinnung der

315 Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 9633, Bl. 64. Vgl. auch BLHA, Rep. 530, Nr. 1329, Bl. 58, 116. Zur Fluktuation unter Landarbeitern: Schulz, Probleme, S. 160. Angaben zum Wert der Arbeitseinheiten nach: Buchsteiner, Bodenreform, S. 34. Zum Einkommensvergleich: Krambach/Kuntsche/Watzek, Entwicklung, S. 85.

316 Klagen über die „Landarbeiterideologie" z.B. in: Mückenberger, Perspektive, S. 31. Interpretation als „Acht-Stunden-Ideologie" u.a. in: BLHA, Rep. 401, Nr. 1478, Bl. 5. Zur Interessenartikulation der Landarbeiter auch: BArch, DK-1, Nr. 9632, Bl. 291; DK-1, Nr. 9633, Bl. 58.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

„werktätigen" Bauern forderte, gründeten zunehmend auch alteingesessene Landwirte Produktionsgenossenschaften. So wurden im Bezirk Potsdam von November 1957 bis März 1958 allein 4,3 Prozent der „werktätigen" Bauern von der Kollektivierung erfaßt. In den Monaten vor dem V. Parteitag der SED erhöhten Parteifunktionäre in den Bezirks- und Kreisleitungen besonders den Druck auf die wirtschaftsstarken Mittelbauern. In altbäuerlichen Kernregionen lehnte die breite Mehrheit der Landwirte den Beitritt zu Produktionsgenossenschaften jedoch weiterhin ab. So schlossen sich im Kreis Belzig von November 1957 bis März 1958 von 3.000 Einzelbauern lediglich 69 (2,3 Prozent) LPG an. Obgleich sich der Eintritt wirtschaftsstarker Altbauern im Sommer und Herbst 1958 – besonders im Bezirk Frankfurt (Oder) – beschleunigte, gründeten sie überwiegend erst 1959/60 LPG des Typs I.[317]

Dagegen waren Großbauern bis Ende 1954 von den neuen Kollektivbetrieben ebenso explizit ausgeschlossen wie zunächst die „Kulaken" in der UdSSR von den dort gebildeten Kolchosen. Beherrscht von Verschwörungsobsessionen, registrierten die Orts- und Kreisleitungen der SED Versuche dieser Landwirte, die Gründung und Entwicklung von Produktionsgenossenschaften zu beeinflussen. Auch der Beschluß der III. LPG-Konferenz (12./13. Dezember 1954), Großbauern den Eintritt in LPG zu erlauben, beseitigte keineswegs die ideologischen Vorbehalte der SED-Funktionäre gegenüber dieser Gesellschaftsgruppe. Großbauern, die Parteifunktionäre als loyal gegenüber der DDR einschätzten, sollten aber für die neue Gesellschaftsordnung auf dem Lande gewonnen werden, um in der DDR die Lebensmittelversorgung zu verbessern und dem SED-Regime in der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik über die „nationale Frage" Legitimität zu verleihen. Nachdem die Staatspartei auf ihrem V. Parteitag im Juli 1958 das Ziel verkündet hatte, den in der Bundesrepublik erzielten Pro-Kopf-Verbrauch von Lebensmitteln zu übertreffen, wurde die wirtschaftliche Konsolidierung der durch die Übernahme von Örtlichen Landwirtschaftsbetrieben geschwächten LPG noch dringlicher. Obgleich die SED daraufhin zunehmend um die qualifizierten Landwirte warb, waren in der DDR Ende 1958 weniger als sieben Prozent der Altbauern den Produktionsgenossenschaften beigetreten. Bis Ende 1958 schlossen sich nur 6.939 Großbauern den Kollektivbetrieben an. 1957 hatten lediglich 372 Landwirte jeweils mehr als 20 ha in LPG eingebracht. Die Zahl der einzelbäuerlichen Betriebe mit mehr als 20 ha ging zwar von 1954 bis 1958 deutlich zurück, aber regionale Zentren der Großbauern hoben sich weiterhin deutlich ab. So lebten 1957 im Bezirk Frankfurt (Oder) noch 23,9 Prozent dieser Landwirte im Kreis Beeskow. Die ökonomischen Bedingungen verschlechterten sich für die Großbauern jedoch zusehends. Die Zahl der Arbeitskräfte ging in den späten fünfziger Jahren deutlich zurück, und 1958 ordnete das SED-Regime ökonomische Restriktionen an, die sich vor allem gegen die großen alteingesessenen Bauern richteten. Die Landarbeiterlöhne wurden um bis zu 70 Prozent erhöht, der Verkauf von Geräten und Landmaschinen an Großbauern begrenzt und die Erfassungs- und Aufkaufpreise zugunsten der LPG verändert. Zudem schränkten die Parteileitungen den Einsatz der MTS bei Einzelbauern erheblich ein. Dennoch erfaßte erst die Zwangskollektivierung, die in den Dörfern

317 BLHA, Rep. 401, Nr. 1457 („Maßnahmeplan des MTS-Bereiches Zeistow für die Erreichung der Wirtschaftlichkeit der LPG des Bereiches in den Jahren 1959/60"); Rep. 530, Nr. 753, Bl. 36. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 401, Nr. 843, Bl. 70 (Interpunktion korrigiert); Rep. 530, Nr. 1426 („Landwirtschaft"). Angaben nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 1370 (Analyse v. 24.7.1956); Rep. 530, Nr. 1423 (Vorlage vom 15. August 1956); Rep. 530, Nr. 887, Bl. 67, 109; Rep. 730, Nr. 929 („Analyse der Entwicklung der LPG des Bezirkes Frankfurt-O. im 1. Halbjahr 1958").

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

besonders im „sozialistischen Frühling" 1960 von den Agitationsgruppen der Bezirks- und Kreisleitungen der SED mit oft brachialer Gewalt und Terror durchgesetzt wurde, die in der DDR verbliebenen Großbauern. Dabei nutzten sie ihre Restautonomie vielfach, indem sie einem Anschluß an bestehende, oft labile Produktionsgenossenschaften auswichen und statt dessen selber LPG vom Typ I bildeten, in denen sie nur das Ackerland gemeinsam bewirtschaften mußten. Der Abschluß der Kollektivierung war aber besonders in den Familien großer alteingesessener Landwirte von tiefgreifenden Generationskonflikten geprägt. So erklärte im Bezirk Frankfurt (Oder) ein Landwirt in Petershagen (Kreis Strausberg), als freier Einzelbauer sterben zu wollen, während sich sein Sohn für die Bildung einer LPG vom Typ III aussprach.[318]

Dennoch trugen wirtschaftsstarke Großbauern, die Produktionsgenossenschaften bildeten oder bereits bestehenden LPG beitraten, zum Abschluß der Kollektivierung bei, indem sie die neuen Kollektivbetriebe mit ihrem Fachwissen stabilisierten. Schon 1954/55 hatten LPG-Mitglieder vereinzelt verlangt, erfahrenen Altbauern Leitungsfunktionen in den Betrieben zu übertragen, da nur ihnen die Fähigkeit zugetraut wurde, heruntergewirtschaftete Produktionsgenossenschaften ökonomisch zu stabilisieren. In den späten fünfziger Jahren eröffneten sich für qualifizierte Großbauern, die sich LPG angeschlossen hatten, sogar zunehmend Aufstiegswege in betriebliche Leitungspositionen, da sie vielerorts als die besten Bauern galten. Besonders aber ihre Söhne trugen – ebenso wie in der UdSSR – maßgeblich zur Konsolidierung der Kollektivbetriebe in den sechziger Jahren bei. Das Fachwissen dieser Landwirte war in der Landwirtschaft auch im Generationswechsel unverzichtbar. Das gesellschaftliche Ansehen der „Großbauern" als qualifizierte Führungskräfte und als örtliche Honoratioren wirkte damit nach dem Abschluß der Kollektivierung und der damit verbundenen Beseitigung der ökonomischen Basis dieser Gesellschaftsgruppe noch in den Produktionsgenossenschaften nach. Insgesamt erwies sich das soziale und kulturelle Kapital der Großbauernfamilien auch in der staatssozialistischen Gesellschaft der DDR als unverzichtbare Ressource der kollektiven Landwirtschaft.[319]

Jugendliche bildeten eine Sondergruppe, die in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften besonders nachhaltig gefördert werden sollte. Diese Arbeitskräfte, die in den

---

318 Vgl. den Stimmungsbericht zum Kreis Strausberg vom 2. Februar 1960 in BLHA, Rep. 730, Nr. 734. Zur Gründung von LPG im Frühjahr 1960: Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 121, 156f. Zur Zahl der Großbauern in der DDR und zur restriktiven Agrarpolitik: Piskol, Entwicklung, S. 431–433. Zum Entzug von Führerscheinen: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/333, Bl. 5f. Zur regionalen Verteilung im Bezirk Frankfurt (Oder) Angaben in: BLHA, Rep. 730, Nr. 1166 (Analyse v. 15.11.1957). Zum Beschluß der III. LPG-Konferenz: Herferth u.a., Bodenreform, S. 137f. Begründung des Beschlusses in: BArch, DK-1, Nr. 1519, Bl. 31–33. Zur Werbung um die Großbauern in den späten fünfziger Jahren aus der Perspektive der DDR-Historiographie: Helmut Griebenow/Kurt Meyer, Die Einbeziehung der Großbauern in die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR, in: JfG 6 (1972), S. 384–395; Kurt Meyer, Die Entwicklung der Großbauernschaft im Prozeß der sozialistischen Revolution in der DDR bis zu ihrem Übergang in die Klasse der Genossenschaftsbauern (1949/50 bis 1961), nachgewiesen am Beispiel des mittelsächsischen Raumes, Diss. A, Karl-Marx-Universität Leipzig 1971 (Ms.), S. 178–213; Graffunder, Dialektik, S. 113–126, 131–149; Herferth, Aufschwung, S. 208–225.

319 BLHA, Rep. 730, Nr. 970 (27.6.1958). Exemplarisch auch: Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 132 (Anm. 48). Zit. nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 957 (Bericht vom 18. November 1954). Die Wahl von Großbauern zu LPG-Vorsitzenden wurde von SED-Spitzenfunktionären wie dem ZK-Abteilungsleiter für Landwirtschaft, Erich Mückenberger, aber noch 1958 scharf kritisiert. Vgl. BLHA, Rep. 530, Nr. 1348 (Schreiben v. 8.9.1958).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Betrieben überwiegend Lehrlinge waren, wurden in den fünfziger Jahren vor allem von der FDJ für die Landwirtschaft geworben. Die Zahl dieser Beschäftigten stieg in den LPG in der DDR vom Mai 1954 bis November 1955 rapide, ging aber schon bis Ende Dezember 1956 wieder zurück. Obgleich Jugendlichen in vielen LPG die Möglichkeit eingeräumt wurde, sich für Leitungspositionen zu qualifizieren, waren die Kollektivbetriebe für sie wenig attraktiv. Oft mußten sie dort lediglich Hilfsarbeiten verrichten. Zudem war die Unterkunft der Nachwuchskräfte auf dem Lande unzureichend, wo ihnen vielerorts auch nur wenige und eintönige Freizeitaktivitäten geboten wurden. Der Anteil der Jugendlichen an den LPG-Mitgliedern sank deshalb im Bezirk Frankfurt (Oder) von 1956 bis 1958 von 5,8 auf 3,1 Prozent. Die Zwangskollektivierung 1959/60 erhöhte die Distanz dieser Gruppe gegenüber den Produktionsgenossenschaften. Von September 1959 bis Mai 1960 ging der Mitgliederanteil von Jugendlichen in den LPG von 2,3 auf 1,4 Prozent deutlich zurück. Mit der Integration der MTS übernahmen die Produktionsgenossenschaften auch die Ausbildung der Lehrlinge, die in den Maschinenstationen beschäftigt waren. Dennoch stieg der Anteil der Jugendlichen in den Kollektivbetrieben nicht. In den frühen sechziger Jahren beschleunigte sich die Abwanderung der jungen LPG-Mitglieder aus der Landwirtschaft und aus den Dörfern noch. Die Landwirtschaftsabteilungen in den Räten der Bezirke sowie die Bezirks- und Kreisleitungen der SED kritisierten wiederholt den Verlust des Nachwuchses für die landwirtschaftlichen Betriebe, ohne die Entwicklung damit aufhalten zu können. Auch die Mobilisierung durch die „Jungen Pioniere" und FDJ-Gruppen steigerte die Zahl der Jugendlichen, die den LPG beitraten, in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus nicht nachhaltig. Die staatliche Jugendorganisation hatte schon in den fünfziger Jahren in den LPG Grundeinheiten und in den Dörfern Landjugendbrigaden gebildet, die gering qualifizierten Jugendlichen, die ihre Schulausbildung beendet hatten, eine berufliche Perspektive bieten sollten, aber vielerorts als „Konzentration der Dummheit auf dem Lande" angesehen wurden.[320]

Frauen auf dem Lande: Gutsbesitzerinnen, Bäuerinnen, Landarbeiterinnen und LPG-Mitglieder

Auch die Geschlechterdifferenz prägte die soziale Lage auf dem Lande. Mit der Bodenreform wurden in Brandenburg vielerorts nicht Gutsbesitzer, sondern ihre Frauen, Schwestern oder Töchter konfrontiert, denen das Eigentum zuvor übereignet oder zur Bewirtschaftung zugewiesen worden war. Der Anteil des Gutsbesitzes, der in der SBZ 1945 in den Händen von Frauen lag, ist mit einem Drittel der Fläche veranschlagt worden. Die Männer in den Gemeindebodenkommissionen trafen damit oft auf Frauen, deren relativ schwache soziale,

320 Schulz, Probleme, S. 245; BLHA, Rep. 601, Nr. 5099 (Auswertung v. 28.7.1959); Rep. 601, Nr. 5982 (Bericht v. 18.8.1959); Rep. 601, Nr. 6327 (Bericht v. 10.10.1960); Rep. 730, Nr. 934 (Bericht v. 7.6.1962); Rep. 730, Nr. 965 (Vorlage v. 13.2.1960; Vermerk v. 18.2.1961); Rep. 730, Nr. 970 („Disposition für den Einsatz einer Brigade des Büros der Bezirksleitung im Kreis Seelow"). Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/354, Bl. 29. Zu den Organisationen der FDJ: SAPMO-BArch, DY 24, A 206 („Bericht über den Einsatz in der LPG Schönefeld"). Angaben nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 962 (Bericht v. 14.4.1959); Rep. 601, Nr. 6324 (Vorlage v. 30.9.1960); Rep. 601, Nr. 6467 (Vorlage v. 28.7.1960). Zur Werbung durch die FDJ: SAPMO-BArch, NY 4233/22, Bl. 217. Zur Qualifizierungsoption: Schmidt, „Drei- oder viermal im Leben neu anfangen müssen ...", S. 314.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

wirtschaftliche und rechtliche Position die Beschlagnahme des Besitzes erleichterte. Vielerorts widersetzten sich Gutsbesitzerinnen (wiederholt mit Unterstützung der Landarbeiter und -arbeiterinnen) aber hartnäckig der Enteignung. Die juristische Lage war den Kommissionen oft unbekannt. Einige Gutsbesitzerinnen verwiesen zwar auf vorangegangene Betriebsteilungen, so daß ihr Land nicht mehr unter die Bodenreformverordnung fiel, konnten ihre Einwände aber nicht belegen. Auch der Besitz von Bäuerinnen, die ungeprüft der Gruppe der aktiven Nationalsozialisten zugeordnet worden waren, wurde gegen ihren Widerstand konfisziert. Enteignete Gutsbesitzerinnen und Bäuerinnen hielten auch nach der Durchsetzung der Bodenreform an ihren Ansprüchen fest und wandten sich gegen die Neubauern, die ihre Betriebe bewirtschafteten.[321]

Aber auch nach der Bodenreform führten in der SBZ 87.900 Frauen selbständig Bauernhöfe, davon rund 5.600 Betriebe mit über 20 ha. Im Herbst 1946 wurden hier insgesamt 22 Prozent der Bauernstellen von weiblichen Betriebsinhabern allein bewirtschaftet. Zahlreiche Frauen hatten aus dem aufgeteilten Boden Gutsland erhalten, den sie in der Hoffnung auf die Rückkehr ihrer in die Wehrmacht eingezogenen Männer oder Söhne übernommen hatten. Als sich diese Erwartung nicht erfüllte, kehrten viele der Frauen, die eine enorme Arbeitslast bewältigen mußten, ihren Betrieben den Rücken. Deshalb sank die Zahl der weiblichen Betriebsinhaber in der ostdeutschen Landwirtschaft vom Herbst 1946 bis zum Juni 1949 von 120.677 auf 87.900.[322] Da viele Männer im Zweiten Weltkrieg gefallen oder noch in der Kriegsgefangenschaft waren, gewannen Frauen auf dem Lande in der Nachkriegszeit weithin eine Schlüsselrolle. In Brandenburg trugen sie besonders in den verwüsteten Oderkreisen maßgeblich zum mühsamen Wiederaufbau bei. In ihrer Propaganda stellte die SED die Arbeit der Neubäuerinnen, die ihr Land oft unter großen Entbehrungen bewirtschafteten, als vorbildlich heraus. Funktionäre der herrschenden Partei und der VdgB traten in den späten vierziger Jahren für materielle Hilfe, den Aufbau sozialer Einrichtungen wie Kindergärten, die Errichtung von Wäschereien und die politische Bildung der Frauen ein. Auch die Forderung nach einer verstärkten Beteiligung an kulturellen Veranstaltungen richtete sich vor allem an die Neubäuerinnen. Besonders die Leiterin der Frauenagitation im Zentralen Bauernsekretariat der VdgB, Frieda Haas, betonte die drückende Not auf dem Lande und forderte Funktionäre der Organisation ebenso wie Politiker der SED auf, vorrangig die praktischen Probleme der Neubäuerinnen zu lösen. Die politische Bildung sollte an das Alltagsleben der Frauen anknüpfen, um sie in die neue Nachkriegsordnung zu integrieren und ihre wirtschaftliche Leistung (besonders auf dem Neubauernland) zu steigern.[323]

Damit waren überlieferte Frauenbilder und die traditionale geschlechterspezifische Arbeitsteilung aber keineswegs überwunden. Auch die Altbäuerinnen sollten für die SED gewonnen werden, indem man ihre Lebenswelten in Rechnung stellte und ihre Interessen berücksichtigte. Den Bäuerinnen wurde von den Machthabern im allgemeinen eine große Beharrungskraft und geringe Anpassungsfähigkeit unterstellt. Deshalb reproduzierten sogar weibliche Funktionäre der herrschenden Partei und der VdgB noch in den späten vierziger Jahren überkommene Rollenbilder. So behauptete die VdgB-Funktionärin Frieda Haas im März 1948 in einer Rede pauschal: „Die Bäuerin ist noch um einige Grade konservativer als der Bauer, denn sie ist viel stärker in ihre Arbeitskreise eingeschlossen." Als „Arbeitskreise" der Bauersfrauen galten Hauswirtschaft, Hofwirtschaft und „Außenkreis". Die Propaganda

321 Osmond, Folgen, S. 156–159.
322 Vgl. Schulz, Probleme, S. 93f.; Kuntsche, Bauerndorf, S. 90.
323 Osmond, Folgen, S. 164f.; Panzig, Beruf, S. 175.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

der SED und VdgB sollte ganz auf die Lebenswelt der Bäuerinnen und deren vermeintliche Mentalität ausgerichtet werden: „Den Gemeinschaftsgeist können wir dadurch fördern, dass wir die althergebrachte Geselligkeit durch Spinn- oder Strickabende [...] einführen. Diese Abende können dazu verwendet werden, Fachvorträge und Vorlesungen aus der Fachliteratur zu halten; daran anschließend eine Aussprache über praktische Dinge, die alle Anwesenden interessieren. Die politischen Tagesfragen und Ereignisse sind an diesen Abenden ebenfalls zu besprechen." Haas setzte sich aber nachdrücklich für die Rechte von Bäuerinnen ein und forderte, ihre sozialen Probleme ernst zu nehmen. Während sie die Rolle der Frau gegenüber den Männern betonte, führte ihre Nachfolgerin im Zentralen Bauernsekretariat, Gerda Bauer[324], die Ungleichheit der Geschlechter pauschal auf den „Kapitalismus" zurück. Vor dem Hintergrund der Stalinisierung der SED interpretierte sie Gegensätze und Auseinandersetzungen zwischen Männern und Frauen als „Klassenkampf", durch den politisch loyale Bäuerinnen erzogen und individuelle Interessen überwunden werden sollten.[325]

Die Landfrauenabteilung im Deutschen Bauernsekretariat, dem zentralen Führungsgremium der VdgB, vertrat seit 1949 ungebrochen die Agrarpolitik der SED, für die unter den Bäuerinnen unablässig geworben wurde. Darüber hinaus förderte die Abteilung das Studium von Frauen, trat für ihre Entlastung bei der Erziehung der Kinder ein, verlangte die Erleichterung der beruflichen Arbeit, forderte eine höhere soziale Sicherheit und organisierte Kulturveranstaltungen. In den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren propagierte die Landfrauenabteilung auch nachdrücklich die Anwendung sowjetischer „Neuerermethoden" in der ostdeutschen Landwirtschaft. Der ideologischen Utopie standen jedoch die bedrükkenden Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Lande entgegen. Die Abwanderung von Landarbeitern und der politische Zwang, die Viehbestände zu erweitern, erhöhten die Belastung der Bäuerinnen, die wöchentlich oft 80 Stunden arbeiten mußten. Außer dieser Qual verringerten auf den Höfen auch die mangelnde Hygiene, chronische Krankheiten und die einseitige Ernährung die Lebenserwartung der Frauen.[326]

Nach dem Beginn der Kollektivierung forderte die SED-Führung die Bäuerinnen auf, sich vorbehaltlos den LPG anzuschließen. Gerda Bauer hatte schon seit 1950 verlangt, den traditionalen bäuerlichen Individualismus auf dem Lande zu überwinden. Die neuen Produktionsgenossenschaften wurden als institutionelle Voraussetzung der Emanzipation der Frauen auf dem Lande verbrämt, denn erst „mit dem Eintritt in die LPG ist die Grundlage geschaffen für die volle Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in der Landwirtschaft." In Brandenburg schlossen sich zunächst vor allem alleinstehende Neubäuerinnen,

---

324 Gerda Bauer (geb. 1908) schloß sich 1945 der KPD und im darauffolgenden Jahr der SED an. Schon 1945 wurde sie auch 1. Vorsitzende der Kreisleitung des DFD Seelow, und von 1947 bis 1949 gehörte sie dem Landesvorstand der VdgB in Brandenburg an. Von 1947 bis 1952 war sie zudem Mitglied im SED-Landesvorstand in Brandenburg und ab September 1947 auch des Parteivorstandes der SED. Bis 1954 war sie im Bundesvorstand des DFD vertreten, bevor sie 1955 Abteilungsleiterin im Zentralvorstand des VdgB wurde. Von 1954 bis 1958 war sie auch Kandidatin des Zentralkomitees der SED. Vgl. Broszat/Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, S. 864f.

325 Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/212, Bl. 6f., 14 (Orthographie korrigiert). Zu Bauers Konzept der Gleichberechtigung als „Klassenkampf": SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/73, Bl. 107. Zur dogmatischen Position Bauers: Osmond, Folgen, S. 167.

326 Ursula Pank, Untersuchungen über die Arbeit der Landfrauen (als werktätige Einzelbäuerin, als Genossenschaftsbäuerin und als Landarbeiterin), Diss., Universität Rostock 1975 (Ms.), S. 53, 56f., 59, 67–69; Schulz, Probleme, S. 94–96; Kuntsche, Bauerndorf, S. 89f. Zum Arbeitsspektrum der Landfrauenabteilung: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/73, Bl. 15–19, 75f., 109–113, 138f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

die mit der Bewirtschaftung ihrer Parzellen überfordert waren, den Produktionsgenossenschaften an. Aber auch alteingesessene Frauen, die auf den Höfen ihrer Ehemänner überwiegend die schwere, noch wenig mechanisierte Arbeit in der Viehwirtschaft verrichteten, drängten auf den Eintritt in die Kollektivbetriebe.[327] Die Bäuerinnenkommissionen der VdgB und die Verbände des DFD versprachen den Frauen auf dem Lande, daß sie mit ihrem Beitritt zu LPG ihre Arbeit erleichtern und zugleich ihr Einkommen steigern könnten. In vielen Gemeinden wurden Sozialeinrichtungen wie Kinderheime, Hausaufgabenzimmer, Waschanlagen und Kindergärten eröffnet, die zunehmend den LPG direkt angegliedert wurden, um die in den Betrieben arbeitenden Frauen zu entlasten. Auch gesonderte Ausschüsse sollten die Interessen der weiblichen Beschäftigten in den Produktionsgenossenschaften vertreten, deren Vorstände Förderungspläne für Frauen beschlossen. Weibliche LPG-Mitglieder wurden zudem wiederholt zur Weiterqualifizierung aufgerufen, damit sie in den Betrieben in Führungspositionen einrücken konnten.[328]

Die meisten alteingesessenen Bäuerinnen waren aber zunächst nicht bereit, sich LPG anzuschließen oder neue Betriebe zu gründen. Im Kreis Neuruppin (Bezirk Potsdam) verlangten Bauersfrauen im Frühjahr 1954 in einer öffentlichen Veranstaltung, die einzelbäuerlichen Betriebe und LPG gleichberechtigt zu fördern. Noch auf einer Konferenz der Bäuerinnenkommissionen der VdgB am 16. und 17. Mai 1960 in Halle klagten Frauen, die in den Gemeinden Koschen und Neuzelle (Kreis Fürstenberg, Bezirk Frankfurt/Oder) Bäuerinnen aufgefordert hatten, sich der Kollektivierungswelle anzuschließen, daß „die Bäuerinnen noch viel zu sehr unter dem Einfluß ihrer Männer stehen." Vielerorts verhinderten Frauen sogar, daß ihre Ehemänner Eintrittserklärungen für Produktionsgenossenschaften unterschrieben. Frauen, deren Gatten sich in den späten fünfziger Jahren den LPG anschließen mußten, traten den neuen Betrieben oft nicht bei, sondern bevorzugten in den neuen Kollektivbetrieben eine Beschäftigung als Landarbeiterinnen. Auf einer Tagung der Zentralen Bäuerinnenkommission der VdgB betonte eine Delegierte aus dem Bezirk Potsdam am 30. Mai 1962: „Auch wir hatten Schwierigkeiten mit der Gewinnung der Frauen für die LPG. Es gab viele Frauen, die nur mitgearbeitet haben, und wir haben viel mit ihnen diskutiert, daß sie Mitglied werden sollen. Sie wurden nach Landarbeitertarif bezahlt, und sie bekamen manchmal mehr Geld als die Mitglieder." Die SED konnte Frauen in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren nur mühsam politisch organisieren und für die Produktionsgenossenschaften gewinnen. Sogar 1961 hatten Frauen aus der Sicht von Funktionären der SED und VdgB „ihren Eintritt deshalb noch nicht vollzogen, weil sie noch nicht erkennen, daß sie auch mitberaten und mitentscheiden müssen über die Geschicke der LPG."[329]

Die Distanz der Frauen gegenüber den neuen Kollektivbetrieben war aber weniger auf ihr angeblich wenig entwickeltes politisches Bewußtsein als auf die Ungleichheit in den Pro-

327 Beispielhaft der Bericht in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/75, Bl. 147. Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/365, Bl. 223. Zur Forderung Bauers: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/73, Bl. 79.

328 Zu den Sozialeinrichtungen und zur Qualifikation: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/365, Bl. 2; DY 30/IV 2/17/75, Bl. 323; DY 30/IV 2/17/76, Bl. 137, 244, 332, 349f., 392f.; DY 30/IV 2/17/77, Bl. 1, 4f. Zur Aussicht auf Arbeitserleichterung und höheres Einkommen in den LPG: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/76, Bl. 16, 129, 141, 240f. Zur Propaganda für die Kollektivierung als Schritt zur Gleichberechtigung der Frauen exemplarisch: SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/17/75, Bl. 37; DY 30/IV 2/17/241. Vgl. auch Panzig, Beruf, S. 176.

329 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/76, Bl. 130, 331 (Interpunktion korrigiert). Zur Bäuerinnentagung im Kreis Neuruppin: BLHA, Rep. 530, Nr. 819, Bl. 47. Allgemein auch: Osmond, Folgen, S. 167f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

duktionsgenossenschaften zurückzuführen. Auch Ausschüsse und Förderungspläne konnten die Gleichberechtigung der weiblichen Mitglieder nicht erzwingen. Vielmehr blieb der Einfluß der Männer in den LPG in den fünfziger Jahren noch übermächtig, und auch in den darauffolgenden Jahrzehnten ging ihre Macht in den landwirtschaftlichen Betrieben nur langsam zurück. Die „Männerwirtschaft" in vielen LPG-Vorständen konnte kaum gebrochen werden, weil – wie ein interner Bericht 1959 andeutete – „es noch rückständige Auffassungen über die Rolle und Gleichberechtigung der Frau gibt." Führungspositionen nahmen in den Produktionsgenossenschaften auch in den fünfziger und frühen sechziger Jahren weiterhin fast ausschließlich Männer ein. Insgesamt erwies sich der Beitritt zur LPG nicht als Königsweg zur Gleichberechtigung der Frauen, obwohl ihre Benachteiligung wiederholt – so auf der VI. LPG-Konferenz vom 20. bis 22. Februar 1959 – kritisiert wurde. Frauen blieben nicht nur in Führungspositionen unterrepräsentiert, sondern konzentrierten sich auch auf die Viehwirtschaft, besonders die Aufzucht und Pflege der Tiere, und die manuelle Arbeit auf den Feldern. Auch in den Sozial-, Kultur- und Ausbildungseinrichtungen der LPG nahmen Frauen überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze ein.[330] Trotz des umfassenden Herrschafts- und Fürsorgeanspruchs des SED-Regimes wurden ihre Interessen und Probleme in vielen Produktionsgenossenschaften in Brandenburg nur unzureichend berücksichtigt. Ebenso wie in den LPG waren in den Gemeindeparlamenten und Kreistagen im Bezirk Potsdam 1957 nur wenige Frauen vertreten. SED-Funktionäre, die auf dem Lande arbeiteten, vernachlässigten zudem den DFD. Ebenso zeigten viele Leiter der VdgB und BHG nur ein geringes Interesse an Gesprächen mit Frauen. Trotz des politischen Aktionismus, der besonders vom Deutschen Bauernsekretariat, den Landesbäuerinnenkonferenzen und den Funktionären des DFD ausging, konnten Frauen auch in den fünfziger Jahren nur schwer politisch mobilisiert werden. Die Frauenausschüsse der LPG kooperierten insgesamt unzulänglich mit den jeweils zuständigen Organisationen der VdgB (BHG).[331]

Obgleich die SED-Leitungen und die Massenorganisationen die Wirkung ihrer Propaganda gegenüber den Bäuerinnen selber einschränkten, indem sie das Gleichberechtigungspostulat für die Agrar- und Gesellschaftspolitik der Staatspartei instrumentalisierten, boten die LPG weiblichen Mitgliedern und Beschäftigten durchaus viele konkrete Vorteile. Junge Frauen gewöhnten sich allmählich an die Arbeit in den landwirtschaftlichen Großbetrieben, die ihnen soziale Sicherheit, eine solide, wenngleich spezialisierte Ausbildung und vielfältige Qualifizierungsmöglichkeiten boten. Ende Dezember 1960 waren in der DDR 45,6 Prozent der LPG-Mitglieder weiblich, am 31. März 1961 sogar 46,1 Prozent. Der Anteil der Frauen war aber in den Produktionsgenossenschaften des Typs III deutlich niedriger als in den LPG der Typen I und II. Die geschlechterspezifische Arbeitsverteilung und Rollenzuweisung wurden in den Produktionsgenossenschaften auch in den frühen sechziger Jahren vielfach reproduziert. Frauen waren überwiegend in der Buchhaltung, der Berufsausbildung,

330 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/73, Bl. 109. Vgl. auch Christel Panzig, Die „Wende" auf dem Lande, in: Hanna Behrend (Hg.), Die Abwicklung der DDR. Wende und deutsche Vereinigung von innen gesehen, Köln 1996, S. 159–189, hier: S. 175f. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/76, Bl. 23; DY 30/IV 2/7/365, Bl. 207. Zur unzureichenden Berücksichtigung von Frauen für leitende Aufgaben in den LPG auch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/75, Bl. 322; DY 30/IV 2/17/77, Bl. 3f.

331 Zur Lage im Bezirk Potsdam 1957: BLHA, Rep. 530, Nr. 1424 („Landwirtschaft"). Zum geringen Engagement von Leitern der VdgB (BHG) exemplarisch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/73, Bl. 12; DY 30/IV 2/17/76, Bl. 140. Zur Zusammenarbeit zwischen DFD-Gruppen und Frauenausschüssen zuversichtliche Berichte in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/76, Bl. 140, 392.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Kultur- und Sozialeinrichtungen sowie in der Tier-, Gemüse- und Obsterzeugung beschäftigt, während Männer mit Maschinen arbeiteten, vor allem im Ackerbau. Der Anteil weiblicher LPG-Mitglieder in Führungspositionen blieb insgesamt gering. So waren im September 1960 nur 0,08 Prozent der in den LPG der Typen I und II arbeitenden Frauen Vorsitzende und 0,12 Prozent Brigadiere im Feldbau. Im LPG-Typ III hatten im September 1960 lediglich jeweils 0,13 Prozent der beschäftigten Frauen Leitungspositionen als Vorsitzende und Brigadiere in der Viehwirtschaft erreicht. Die entsprechenden Anteile waren für die Männer jeweils deutlich höher. Im September 1989 verfügten 37,3 Prozent der insgesamt 78.929 Frauen, die in der DDR in der Landwirtschaft beschäftigt waren, über einen Hoch- oder Fachschulabschluß. Diese Beschäftigten waren allerdings immer noch fast ausschließlich in mittleren Führungspositionen eingesetzt, vor allem in der Lehrlingsausbildung und -betreuung, im Personal- und Bildungsbereich sowie als Hauptbuchhalterinnen, Brigadierinnen oder Arbeitsgruppenleiterinnen.[332]

In den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus hielten sich die Frauen noch in den späten fünfziger Jahren weitgehend von den LPG fern, da sie sich auch nach dem Eintritt ihrer Ehemänner in die Kollektivbetriebe dem Land widmeten, das in privatem Besitz verblieben war. So stellten Frauen am 31. Dezember 1958 im Bezirk Frankfurt (Oder) lediglich 38,6 Prozent der LPG-Mitglieder. Mit der Zwangskollektivierung 1959/60 erhöhte sich der Anteil weiblicher Mitglieder in den Produktionsgenossenschaften aber deutlich, denn in dieser Phase traten auch viele Ehefrauen von Genossenschaftsbauern – so in der Gemeinde Ihlow im Januar 1960 – den neuen Kollektivbetrieben bei. In den Bezirken Potsdam und Frankfurt (Oder) lag der Anteil der Frauen an den LPG-Mitgliedern Ende Dezember 1960 weitaus höher, aber unter dem Durchschnittswert für die DDR, während er im Bezirk Cottbus deutlich übertroffen wurde. Hier waren 51,8 Prozent der Mitglieder weiblich, in den Bezirken Potsdam und Frankfurt (Oder) dagegen nur 43,9 bzw. 40,6 Prozent. In den LPG der Typen I und II erreichten die Frauen noch höhere Anteile. Dennoch forderten die Räte der Bezirke und Kreise auch in den frühen sechziger Jahren unablässig, weiterhin Frauen für die Produktionsgenossenschaften zu werben, nachdem schon die Agitationsgruppen, die 1959/60 die Kollektivierung vorangetrieben hatten, die Vorteile der neuen Betriebe herausgestellt hatten. Die Propaganda traf besonders bei vielen Ehemännern auf Vorbehalte, da ihre Frauen die individuellen Hauswirtschaften übernehmen sollten. Im September 1962 erklärte ein Genossenschaftsbauer, der im Kreis Neuruppin (Bezirk Potsdam) in der LPG in Herzberg arbeitete, offen: „Wenn ich meine Frau überrede, Mitglied der Genossenschaft zu werden, dann habe ich sie zur Sklavin gemacht." Andererseits schleusten im Bezirk Cottbus viele Nebenerwerbsbauern, die über kleine Parzellen verfügten, ihre Ehefrauen in LPG, um so selber der Kollektivierung zu entgehen. In den Produktionsgenossenschaften wurden Frauen aber noch in den frühen sechziger Jahren deutlich zurückgesetzt, wie auch die SED-Leitungen und die staatliche Landwirtschaftsadministration in internen Berichten feststellten. In zahlreichen LPG verwehrten männliche Mitglieder Frauen die Mitwirkung an Ent-

332 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/359, Bl. 257; DY 30/IV 2/17/77, Bl. 59; Panzig, Beruf, S. 176, 180; dies., „Wende", S. 175f., 180f., 186. Zur geringen Wirkung der politischen Arbeit gegenüber den Frauen: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/75, Bl. 371; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/76, Bl. 137. Bericht über die politische Schwäche der DFD im Kreis Ruppin im Juli 1950 in: BLHA, Rep. 332, Nr. 328, Bl. 32.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

scheidungen über die Betriebe und verstellten ihnen direkt den Zugang zu Führungspositionen.[333]

7. Kein Ende der Umwälzung. Grundzüge des Strukturwandels der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft in der DDR und in Brandenburg von den sechziger bis zu den achtziger Jahren

Konsolidierung nach 1963

Der Abschluß der Kollektivierung war von dem erzwungenen Zusammenschluß alteingesessener Landwirte zu Produktionsgenossenschaften geprägt worden. LPG der Typen I und II hatten 1958 in der DDR 15,2 Prozent, zwei Jahre später aber bereits 38,0 Prozent aller Mitglieder der Kollektivbetriebe vereinigt. Der Anteil dieser Produktionsgenossenschaften an der landwirtschaftlichen Nutzfläche wuchs in diesem Zeitraum sprunghaft von 8,6 auf 27,7 Prozent. Allerdings waren die LPG des Typs III das Rückgrat des Ackerbaus und der Viehwirtschaft in der DDR. Diese Betriebe lieferten hier 1960 53,4 Prozent des staatlichen Aufkommens an Getreide und 45,4 Prozent des Schlachtviehs. Die Tierbestände waren in den Produktionsgenossenschaften aber 1960 noch relativ klein. In den frühen sechziger Jahren übertraf die Flächenproduktivität der LPG der Typen I und II in der Viehwirtschaft insgesamt deutlich diejenige der Produktionsgenossenschaften vom Typ III, deren Durchschnittsgröße von 1958 bis 1961 von 277,3 auf 537,1 ha LN stieg. Dagegen nahm die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Produktionsgenossenschaften der Typen I und II durchschnittlich von 40,1 auf 156,0 ha zu. Noch 1963 war in einzelnen LPG vom Typ I die Kollektivarbeit nicht aufgenommen worden. In diesen Produktionsgenossenschaften blieb der Anteil älterer Bauern deutlich höher als in den LPG des Typs III, so daß viele dieser Betriebe in den sechziger Jahren auch deshalb aufgegeben wurden. Die Zahl der LPG der Typen I und II ging schon von 1960 bis 1965 um 37,1 Prozent zurück, während die Zahl der Produktionsgenossenschaften vom Typ III nur um 3,6 Prozent fiel. Die Erzeugung nahm in den LPG in den frühen sechziger Jahren vor allem in der Viehwirtschaft deutlich ab, wuchs ab 1963/64 jedoch wieder. Insgesamt stagnierten von 1960 bis 1965 in den Produktionsgenossenschaften die Hektarerträge im Getreidebau, und bei Kartoffeln und Zuckerrüben gingen

333 Nehrig, Industriearbeiter, S. 190; BLHA, Rep. 601, Nr. 6327, Bl. 4. Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 772, Bl. 11 (Interpunktion korrigiert). Angaben nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17/77, Bl. 60; DY 30/IV 2/2023/10, Bl. 33; BLHA, Rep. 730, Nr. 962 (Bericht v. 14.4.1959). Zum Widerstand gegen Frauen in LPG exemplarisch: BLHA, Rep. 601, Nr. 6327 (Bericht v. 10.10.1960). Forderungen nach stärkerer Integration von Frauen z.B. in: BLHA, Rep. 401, Nr. 4664 (Bericht v. 7.3.1961); Rep. 530, Nr. 1449 (Vorlage v. 17.3.1959). Anweisung zur Kollektivierungsagitation in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1429, Bl. 163. Zu Ihlow der Hinweis in: BLHA, Rep. 730, Nr. 733 („Bericht Nr. 3").

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

sie sogar zurück. 1967 vereinten LPG in der DDR insgesamt 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf sich (*Tabelle 34).*

In Brandenburg waren die regionalen Diskrepanzen im Kollektivierungsprozeß auch nach dem „sozialistischen Frühling" noch sichtbar. So bewirtschafteten die LPG vom Typ III in den Bezirken Potsdam und Frankfurt (Oder) Ende 1961 62,9 bzw. 60,3 Prozent der LN, im Bezirk Cottbus dagegen nur 29,1 Prozent. In diesem Bezirk waren die Produktionsgenossenschaften des Typs III zudem deutlich kleiner als in den Bezirken Potsdam und Frankfurt (Oder). Der Größenunterschied war nur bei den LPG vom Typ I geringer. Zudem war der Mitgliederbesatz in den Produktionsgenossenschaften des Typs III im Bezirk Cottbus höher als in den Bezirken Potsdam und Frankfurt (Oder). Hier entfielen 1961 auf jeweils 100 ha statistisch 14,0 bzw. 14,4 LPG-Mitglieder, im Bezirk Cottbus dagegen 19,5. Die traditionell kleinbetriebliche Struktur hatte sich nach dem offiziellen Abschluß der Kollektivierung insgesamt nicht völlig aufgelöst, sondern wurde noch in den Produktionsgenossenschaften fortgeschrieben.[334]

Die regionalen Strukturdifferenzen können auch an der Verteilung der „Groß-LPG" abgelesen werden. Bereits 1959 waren Produktionsgenossenschaften zusammengelegt worden, um die schwachen Kollektivbetriebe zu festigen. Die Funktionäre in den Räten der Kreise und in den Kreisleitungen der SED hofften zudem, die Betriebe durch die Fusion von der drückenden Kreditlast zu befreien. Deshalb wurden in den späten fünfziger Jahren Produktionsgenossenschaften in den Kreisen gezielt verschmolzen, auch zu „LPG-Zentren". Allein im Januar und Februar 1959 vereinigten sich in der DDR 250 Kollektivbetriebe. Im Bezirk Potsdam hatten sich bis Ende August 1959 schon 31 Produktionsgenossenschaften zu 13 „Groß-LPG" zusammengeschlossen. Sogar Produktionsgenossenschaften, die bereits 1.500 ha umfaßten, wurden angesichts der ungebändigten Fortschrittseuphorie und Gigantomanie zusammengelegt. 1962 verfügten im Bezirk Potsdam in den nördlichen Kreisen Nauen, Neuruppin und Pritzwalk jeweils mehr als 17 LPG über wenigstens 800 ha, in den südlichen Kreisen Luckenwalde und Zossen dagegen nur zwei bzw. drei. Diese Genossenschaften blieben in den frühen sechziger Jahren aber insgesamt völlig unrentabel. So erfüllte 1961/62 im Bezirk Potsdam keine der insgesamt 92 „Groß-LPG" ihre Produktionspläne. Als 1960/61 deutlich wurde, daß die Vorbereitung und die Vorleistungen – vor allem für die Zusammenführung der Viehbestände – unzureichend waren und die „Groß-LPG" nur schwer geleitet werden konnten, wuchsen unter den SED-Spitzenfunktionären, aber auch in den Kreisleitungen der Partei die Zweifel an dem eingeschlagenen agrarpolitischen Kurs. Allerdings untersagte die SED-Führung den Parteifunktionären erst 1970/71 endgültig, weitere „Groß-LPG" zu bilden. Mit dem Aufbau größerer Betriebe, die oft die Gemeindegrenzen überschritten, waren die Wohn- und Arbeitssphäre der Beschäftigten erstmals getrennt worden. Im Bezirk Potsdam hatten sich schon 1961 insgesamt 96 LPG des Typs III über mehrere Gemeinden erstreckt. Damit mußten hier viele Beschäftigte aus ihren Wohnorten zu den Kollektivbetrieben transportiert werden. Insgesamt löste sich der traditionale Lebens- und Arbeitszusammenhang, der die bäuerliche Kultur konstituierte, beschleunigt auf, zumal auf dem Lande auch der enge Lebensverbund der Mehrgenerationenfamilie zusehends zerbrach.[335]

334 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/359, Bl. 100–103.

335 Langenhan, Weg, S. 270f. Zum Zusammenschluß von LPG in der DDR: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/367, Bl. 156; DY 30/IV 2/7/371, Bl. 30f., 83f. Angaben zum Bezirk Potsdam nach: BLHA, Rep. 404/15, Nr. 26, Bl. 210; Rep. 530, Nr. 1372 (Thesen v. 6.9.1961; „Aufstellung der 150 LPG über 800

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Agrarproduktion stellte 1966 in der DDR 10,2 Prozent des volkswirtschaftlichen Bruttoproduktes. Die Erträge stiegen im Bezirk Frankfurt (Oder) bei Getreide bis 1967 gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1961/65 um 26,6 Prozent, bei Kartoffeln um 39,6 Prozent und bei Zuckerrüben sogar um 48,1 Prozent. Auch das staatliche Aufkommen nahm deutlich zu. 1968 gingen die Erträge allerdings wieder zurück. Die Viehbestände wuchsen im Bezirk Frankfurt (Oder) tendenziell deutlich. Zu der Steigerung der Erzeugung und Produktivität trug in den sechziger Jahren maßgeblich die verbesserte Versorgung der Agrarbetriebe mit Betriebsmitteln bei. Nach der Überführung der MTS in Reparaturtechnische Stationen und (ab 1964) in Kreisbetriebe für Landtechnik, die nur noch für die Wartung zuständig waren, wurden den LPG Traktoren, andere Maschinen und Geräte direkt zugeteilt. Im Bezirk Frankfurt (Oder) verdreifachte sich die Zahl der Traktoren und Mähdrescher allein von 1959 bis 1966. Da jedoch Ersatzteile fehlten, war die Einsatzbereitschaft der Maschinen weiterhin gering, die in den landwirtschaftlichen Betrieben oft vernachlässigt wurden und unzureichend untergebracht waren. Auch die Menge des ausgebrachten Düngers nahm in den sechziger Jahren beträchtlich zu. Da 1970 die Tierbestände wegen der hohen Pläne für pflanzliche Produkte reduziert worden waren, ging die Erzeugung in der Viehwirtschaft deutlich zurück, so daß die Plankennziffern nicht erreicht wurden. Auch die Tierverluste waren weiterhin enorm hoch. So verendeten im Bezirk Strausberg 1970 über zehn Prozent der geborenen Kälber, vor allem wegen unzureichender Pflege. In den frühen siebziger Jahren setzte sich das Produktionswachstum fort. Im Bezirk Frankfurt (Oder) stieg der Bruttoumsatz mit Pflanzenprodukten von 1970 bis 1972 nach internen Statistiken um 39,4 Prozent, und die Erzeugung von Schlachtvieh wuchs um insgesamt 24 Prozent.[336]

Der Übergang zu Kooperationsbetrieben in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren

Mit dem strukturellen Wandel, den die SED-Führung der Landwirtschaft in der DDR in den späten sechziger Jahren auferlegte, trieben die Machthaber den Zusammenschluß der Agrarbetriebe (horizontale Integration) und die Verbindung zu den vor- und nachgelagerten Industriebetrieben (vertikale Integration) schnell voran. Besonders wichtig war die Gründung

---

ha"); Rep. 530, Nr. 1449 (Vermerk v. 18.2.1959; „Plan zur Auswertung der VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG vom 20.–22. Februar 1959 in Leipzig"); Rep. 530, Nr. 1429, Bl. 163; Rep. 530, Nr. 1450 („Analyse über die Entwicklung der LPG im Kreise Pritzwalk im 1. Halbjahr 1959"). Zu Thüringen exemplarisch: Schier, Alltagsleben im „sozialistischen Dorf", S. 152–162. Überblick in: Buchsteiner, Bodenreform, S. 49. Zur Fortschrittsgläubigkeit noch in den frühen siebziger Jahren allgemein: Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998, S. 210.

336 Angaben nach: SAPMO-BArch, NY 4233/81, Bl. 38f.; BLHA, Rep. 730, Nr. 1924 („Einige Fakten über die Entwicklung des Bezirkes Frankfurt/Oder"; Material v. 20.11.1967); Rep. 730, Nr. 3183 (Zuarbeit v. 20.7.1970); Rep. 730, Nr. 3184 (Zuarbeit v. 15.7.1970); Rep. 730, Nr. 3187 („Material zur Vorbereitung der Bezirksdelegiertenkonferenzen – Kreis Strausberg"); Rep. 730, Nr. 3194 (Bericht v. 6.11.1968); Rep. 730, Nr. 4429 (Zuarbeit v. 10.5.1973); Krambach u.a., Entwicklung, S. 111. Vgl. auch BLHA, Rep. 730, Nr. 3180 (Zuarbeit v. 24.4.1969). Zur Herausbildung der KfL: Buchsteiner, Bodenreform, S. 50; Papendieck, Agrargeschichte, S. 192f.; Eckart, Veränderungen, S. 26. Zur Lage im Bezirk Frankfurt (Oder): BLHA, Rep. 730, Nr. 3226 („Einsatzfähigkeit der Traktoren zur Frühjahrsbestellung 1968"); Rep. 730, Nr. 1453 (Vorlage v. 19.10.1965).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

von Kooperationsgemeinschaften, die eine optimale Auslastung der Großmaschinen gewährleisten und die Zusammenarbeit zwischen den LPG erweitern sollten. Dieser Prozeß beschleunigte sich zwar, variierte in der Landwirtschaft allerdings sowohl zwischen Produktionsrichtungen als auch zwischen den Betriebstypen. Schon im Juli 1966 hatten sich im Bezirk Frankfurt (Oder) 290 LPG, 15 VEG und eine GPG zu insgesamt 73 Kooperationsgemeinschaften zusammengeschlossen. Die institutionalisierte Zusammenarbeit, besonders beim gemeinsamen Einsatz und Kauf der Maschinen sowie in der Futterwirtschaft, konzentrierte sich regional auf den Kreis Beeskow, wo 80 landwirtschaftliche Betriebe in 16 Kooperationsgemeinschaften zusammenarbeiteten. 1970 erfaßten diese Betriebe im Bezirk Frankfurt (Oder) schließlich 85 Prozent der LPG vom Typ III und 60 Prozent der Produktionsgenossenschaften der Typen I und II. So hatten sich im Kreis Eisenhüttenstadt in den Gemeinden Wellmitz und Möbiskruge mehrere LPG und ein VEG zu Großbetrieben zusammengeschlossen. Dennoch kritisierten in diesem Bezirk SED-Funktionäre 1969/70 das geringe Tempo bei der Herausbildung von Kooperationsgemeinschaften. Auch im Bezirk Potsdam war die betriebliche Zusammenarbeit in der Pflanzenproduktion in den späten sechziger Jahren schon weit fortgeschritten. Im Juni 1968 hatten hier insgesamt 66 VEG sowie 967 LPG und GPG Kooperationsgemeinschaften gebildet. 53,5 Prozent der zusammengeschlossenen Betriebe erzeugten Pflanzenprodukte; dagegen arbeiteten nur 41,0 Prozent in der Viehwirtschaft zusammen. Ein Jahr später setzten im Bezirk Potsdam schon 80,5 Prozent der LPG vom Typ III die Maschinen gemeinsam (im „Komplex") ein. Die Kooperationsgemeinschaften waren aber überwiegend nicht rentabel, zumal die zusammengeschlossenen Betriebe auf ihre eigene Wirtschaft fixiert blieben. Die Kreditlast war insgesamt beträchtlich. Obgleich einige LPG ihren Mitgliedern Maschinen zur Verfügung stellten oder sogar ihre Ackerflächen ohne Entgelt bearbeiteten, wurde das Privatland auch bei den zu Kooperationsgemeinschaften zusammengeschlossenen Produktionsgenossenschaften nicht angetastet. Die zuständigen SED-Funktionäre nahmen vielmehr zukunftsoptimistisch an, daß sich die individuellen Hauswirtschaften „schrittweise und in einem längeren Zeitraum dann überleben, je schneller sich eine moderne sozialistische Großproduktion durchsetzt und die individuellen Konsumtionsbedürfnisse der Mitglieder voll befriedigt werden."[337]

Anfang der siebziger Jahre bildeten sich mit den Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion schließlich agrarische Großbetriebe heraus, die in der DDR 1974 durchschnittlich bereits jeweils rund 4.000 ha und damit vierzehnmal so viel Land bewirtschafteten wie eine LPG 1960. 1974 verfügten etwa 1.200 KAP über 74 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR. Im Bezirk Frankfurt (Oder) waren Anfang 1972 sieben KAP gebildet worden, die 5,2 Prozent der LN bewirtschafteten. Diese Großbetriebe, die jeweils ausnahmslos über 2.000 ha und überwiegend sogar über 6.000 ha umfaßten, erstreckten sich damit bereits auf 26,6 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Im August 1972 wurde auch in Worin

337 BLHA, Rep. 530, Nr. 4203 (Bericht v. 4.2.1969). Angaben nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 1924 („Einige Fakten über die Entwicklung des Bezirkes Frankfurt [Oder]"); Rep. 730, Nr. 1939 (Bericht v. 4.11.1966); Rep. 730, Nr. 1940 (Vorlage v. 17.11.1967); Rep. 730, Nr. 4460 („Entwicklung der LPG Typ III, Typ I und KAP 1974/75"); Rep. 730, Nr. 3185 (Vermerk v. 16.12.1970); Rep. 730, Nr. 3187 („Material zur Vorbereitung der Kreisdelegiertenkonferenzen – Kreis Strausberg"). Zur Kooperationsgemeinschaft in Golzow der Bericht vom 31. August 1973 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 4459. Zur Entwicklung im Bezirk Potsdam: BLHA, Rep. 530, Nr. 4203, Bl. 93–95, 197–208. Zu den KAP in Wellmitz und Möbiskruge (Kreis Eisenhüttenstadt, Bezirk Frankfurt/Oder): H.-D. Wellkisch u.a., Von der Bodenreform zur LPG Pflanzenproduktion, in: Feldwirtschaft, Nr. 10, Oktober 1979, S. 455–458, hier: S. 455.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

eine KAP gegründet. Ein Jahr später bewirtschafteten die Kooperativen Abteilungen im Bezirk Frankfurt (Oder) schon 60,7 Prozent der LN. Die Betriebe erreichten in den Kreisen Bernau, Eisenhüttenstadt und Strausberg besonders hohe Anteile an der Nutzfläche. Insgesamt spiegelte sich in der Bildung der KAP offenbar weniger die jeweils vorherrschende Agrarstruktur als das unterschiedliche Engagement der Funktionäre in den Kreisleitungen der SED bei der Durchsetzung der „industriemäßigen" Produktion in der Landwirtschaft wider.[338]

Im Bezirk Frankfurt (Oder) schnellte der Anteil der KAP an der Nutzfläche allein 1974/75 von 64,0 auf 96,9 Prozent hoch. Zugleich sank die Zahl der LPG vom Typ I, die 1974 im Kreis Beeskow noch 11 Prozent der LN bewirtschaftet hatten, aber zunehmend an Arbeitskräftemangel litten und den Ackerbau auf den oft zersplitterten Flächen nur noch mühsam organisieren konnten. Aber auch die Zahl der Produktionsgenossenschaften des Typs III ging 1974/75 um ein Sechstel zurück. Im Herbst 1974 verfügten alle KAP im Bezirk Frankfurt (Oder) jeweils schon über 2.000 ha, zwei Betriebe sogar über mehr als 6.000 ha. Die Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion bewirtschafteten in diesem Bezirk 66,1 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die von „sozialistischen" Agrarbetrieben übernommen worden war. Im darauffolgenden Jahr steigerten die KAP, die durchschnittlich schon 5.220 ha umfaßten, ihren Anteil an der LN auf 94,9 Prozent. Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe war bereits an den Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion beteiligt. Als wichtige Kooperationseinrichtungen wurden seit 1967 auch Agrochemische Zentren (ACZ) gegründet, die auf Vertragsbasis die Düngung und den Pflanzenschutz in den LPG und VEG übernahmen und weite Flächen bewirtschafteten. 1972 brachten im Bezirk Frankfurt (Oder) insgesamt 30 Betriebe (ACZ, BHG und Gemeinschaftseinrichtungen) Dünge- und Spritzmittel aus. Bis 1975 wurde diese Arbeit auf die Agrochemischen Zentren konzentriert, die sich zu großen Spezialbetrieben entwickelten. So wies das ACZ, das in Manschnow (Kreis Seelow, Bezirk Frankfurt/Oder) gebildet worden war, im August 1973 bereits ein Einzugsgebiet von rund 13.000 ha auf.[339]

Insgesamt beschleunigten die Zwischenbetrieblichen bzw. -genossenschaftlichen Einrichtungen, die seit den späten sechziger Jahren gebildet wurden, den Integrations- und Fusionsprozeß in der Landwirtschaft. Diese Betriebe bewirtschafteten Wälder und unterstützten die LPG bei der Erhaltung ihrer Produktionsmittel, so bei der Bodenverbesserung

338 BLHA, Rep. 730, Nr. 4458 („Einschätzung Stand der Kooperationsbeziehungen im Bezirk Frankfurt [Oder]"; Zusammenfassung v. 1.10.1972). Zu Worin der Bericht vom 30. November 1972 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 4441. Vgl. auch BLHA, Rep. 730, Nr. 4442 („Konzeption der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung der LPG ‚Thomas Müntzer' Worin, Kreis Seelow"; Bericht v. 6.2.1973). Allgemein: Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 301f.

339 BLHA, Rep. 730, Nr. 4459 (Bericht v. 31.8.1973); Rep. 730, Nr. 4477 (Material v. 25.5.1972; Analyse v. 12.9.1972); Rep. 730, Nr. 4429 („Ergänzungen zum Bericht der gesellschaftlichen Entwicklung in der sozialistischen Landwirtschaft des Bezirkes Frankfurt [Oder]"; Rep. 730, Nr. 4442 (Vorlage v. 21.10.1974). Allgemein: Schulz, KAP-Riesen, S. 930; Roesler, Plan, S. 149–151; Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 301f. Angaben zum Bezirk Frankfurt (Oder) nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 4460 („Angaben über die KAP Frankfurt [Oder]"; „Kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion des Bezirkes Frankfurt [Oder]"; „Kooperative Abteilungen des Bezirkes Frankfurt [O] 1975"; Bericht v. 28.1.1976). Zur Organisationsstruktur und zur Vertragsbasis der KAP: BLHA, Rep. 730, Nr. 4442 („Die kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion"; Vorlage v. 21.10.1974). Zu den LPG vom Typ I: BLHA, Rep. 730, Nr. 4444 (Bericht vom 23. Mai 1974); Rep. 730, Nr. 4444 („Übersicht zur Entwicklung der LPG Typ I im Bezirk Frankfurt [Oder]").

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

(Melioration) und bei Reparaturarbeiten. Im Bezirk Frankfurt (Oder) hatten sich allein in der Viehwirtschaft bis Ende 1973 15 ZBE bzw. ZGE gebildet. Die Betriebe, die den Räten der Kreise unterstanden, verfügten über eine hohe Zahl von Stellplätzen für Tiere, so allein jeweils bis zu 1.120 für die Milchproduktion. Die Vorsitzenden der zusammengeschlossenen LPG bildeten aber nur zögernd einen gemeinsamen Fonds, um den Eigenmittelbedarf der Zwischenbetrieblichen und Zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen zu sichern. Der Übergang zur „industriemäßigen" Tierproduktion verursachte auch neue Leitungsprobleme, da sich der Zusammenschluß in ZGE und ZBE oft über Kreisgrenzen hinweg erstreckte. Da überdies die Baukapazität begrenzt war, konnten die neuen Ställe, die für die betrieblichen Zusammenschlüsse benötigt wurden, nur langsam errichtet werden. Insgesamt waren die hohen Plankennziffern für die Tierproduktion auch in den frühen sechziger Jahren deshalb unerreichbar.[340]

Seit den späten sechziger Jahren verband die SED-Führung die Agrarbetriebe institutionell eng mit den vor- und nachgelagerten Produktionsbereichen, indem sie mit Verarbeitungs- und Zuliefererbetrieben vernetzt wurden (vertikale Kooperation). So förderte die SED-Agrarpolitik seit den sechziger Jahren die Bildung von Kooperationsverbänden (KOV) für Qualitätsfleisch, Eier, Broiler (Brathähnchen), Milch, Getreide, Speisekartoffeln, Obst und Gemüse. Im Bezirk Frankfurt (Oder) war im Oktober 1967 der Kooperationsverband „Oderbruch" gegründet worden, in dem 11 LPG und zwei GPG mit staatlichen Handelsbetrieben zusammenarbeiteten. 1968 hatten sich im Bezirk insgesamt schon 270 Betriebe für die Pflanzenproduktion in KOV zusammengeschlossen, die sich vor allem auf die Kartoffelerzeugung erstreckten. Die Tierproduktion vereinte 89 Betriebe in KOV, die besonders die Erzeugung von Schweinefleisch erfaßten. Von 1968 bis 1973 wurden 17 Kooperationsverbände herausgebildet, die Produktions- und Verarbeitungsbetriebe vertraglich zusammenschlossen. Auch im Bezirk Potsdam waren bereits bis 1971 15 KOV gegründet worden, die sich auf die Kartoffelproduktion konzentrierten. Damit wurde insgesamt besonders die vertikale Kooperation bei der Erzeugung von Schweinefleisch und Kartoffeln vorangetrieben. Dagegen waren Kooperationsbeziehungen zwischen Produktions- und Verarbeitungsbetrieben in der Milchwirtschaft noch wenig entwickelt.[341]

340 Vgl. BLHA, Rep. 730, Nr. 4429 („Ergänzungen zum Bericht der gesellschaftlichen Entwicklung in der sozialistischen Landwirtschaft des Bezirkes Frankfurt [Oder]"); Rep. 730, Nr. 4441 (Notiz v. 8.12.1972); Rep. 730, Nr. 4442 („Konzeption der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung der LPG ‚Thomas Müntzer' Worin, Kreis Seelow"). Allgemein: Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 302.

341 Roesler, Plan, S. 147f.; Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 303. Zu den Kooperationsverbänden im Bezirk Frankfurt (Oder): BLHA, Rep. 730, Nr. 1940 (Vorlage v. 17.11.1967); Rep. 730, Nr. 3194 („Übersicht über den Stand der vertikalen Kooperationsbeziehungen in der pflanzl. Produktion"; „Übersicht über den Stand der vertikalen Kooperationsbeziehungen in der tierischen Produktion"); Rep. 730, Nr. 3215 („Übersicht zum Stand der vertikalen Kooperationsbeziehungen in der tierischen Produktion"); Rep. 730, Nr. 4429 („Ergänzungen zum Bericht der gesellschaftlichen Entwicklung in der sozialistischen Landwirtschaft des Bezirkes Frankfurt [Oder])"; Rep. 530, Nr. 4203, Bl. 203f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion und die Korrektur im Rekurs auf bäuerliche Traditionen

Die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion von 1976 bis 1978 führte zu einer enormen Spezialisierung und spiegelte agrarstrukturell den Gigantismus in der Landwirtschaftspolitik der SED wider. Bereits im Oktober 1974 war für die LPG Worin eine Konzeption zur Aufspaltung der Tier- und Pflanzenproduktion vom Sekretariat der SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) bestätigt worden. Während die Pflanzenproduktion daraufhin auf den Getreide- und Kartoffelanbau spezialisiert wurde, konzentrierte sich die LPG Tierproduktion auf die Rinder- und Schweinemast. So wiesen die LPG Pflanzenproduktion 1983 durchschnittlich eine LN von 4.700 ha auf; die LPG bzw. VEG Tierproduktion verfügten über einen Bestand von jeweils rund 1.500 bzw. 2.200 Großvieheinheiten. In flachem und fruchtbarem Gelände umfaßten Ackerschläge oft 200 ha, gelegentlich sogar 400 ha. Aus etwa 9.000 LPG und 500 VEG, die bis 1970 herausgebildet worden waren, hatte die SED-Führung zehn Jahre später neue Betriebe entwickelt. Die Tier- und Pflanzenproduktion, die getrennt worden war, wurde weiterhin von den LPG getragen, deren Durchschnittsgrößen enorm gewachsen waren. 1981 konzentrierte sich die Pflanzenproduktion in der DDR auf 475 LPG und VEG, die 41,4 Prozent der Betriebe dieser Produktionsrichtung stellten (*Tabelle 35)*. Die Felder wurden im kombinierten Einsatz von Maschinen als „Komplexe" bearbeitet. Auch in der Viehwirtschaft nahm die Konzentration in den siebziger Jahren enorm zu. So wurden 1979 schon 30,5 Prozent der Mastschweine in Ställen mit jeweils mehr als 3.000 Stellplätzen gehalten. 1980 verfügte eine LPG der Tierproduktion durchschnittlich über mehr als 1.500 Großvieh einheiten. Die Großbetriebe überwiesen an die kommunalen Staatsorgane z.T. hohe Geldbeträge. So erhielt der Gemeindeverband Neuzelle in den späten siebziger Jahren von der örtlichen LPG (Pflanzenproduktion) jährlich 13.000 Mark für Kultur- und Bildungsveranstaltungen.[342]

1982 wurde die landwirtschaftliche Erzeugung in der DDR schließlich von 4.905 LPG oder VEG getragen, davon 1.423 für den Pflanzenbau und 3.396 für die Tierproduktion. Daneben verfügten 31 Kombinate Industrielle Mast, die seit 1968/69 als spezialisierte Betriebe entstanden waren, schon in den siebziger Jahren über z.T. beträchtliche Viehbestände. So waren im KIM Königs Wusterhausen (Bezirk Potsdam) bis 1974 u.a. 676.000 Plätze für Legehennen und 600.000 Plätze zur Broilermast eingerichtet worden. Das Kombinat Industrielle Mast „Frischeier" in Bernau (Bezirk Frankfurt/Oder) stellte 1974 über ein Drittel der Eierproduktion im gesamten Bezirk bereit. Der Betrieb sicherte zudem 32 Prozent des Bedarfs der Bevölkerung von Ost-Berlin. Insgesamt erzeugten in der DDR in den frühen siebziger Jahren 17 KIM Eier und Geflügelfleisch; ein Betrieb hatte sich auf die Schweinemast konzentriert, und zwei weitere Kombinate waren für die Rinder- und Kälbermast zuständig.

342 Wellkisch u.a., Bodenreform, S. 458. Andere Angaben nach: Buchsteiner, Bodenreform, S. 52; Eckart, Veränderungen, S. 30f.; Philipp, Abfolge, S. 98; Hohmann, Industrialisierung, S. 45f.; Kuntsche, Umgestaltung, S. 205–208; Weber, Umgestaltung, S. 2871f.; Günter Nause, Von der Enteignung der Bauern zu spezialisierten Großbetrieben – die Landwirtschaft geplant zur industriemäßigen Produktion, in: Egon Hölder (Hg.), Im Trabi durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR, Stuttgart 1992, S. 185–198, hier: S. 193. Dazu auch: Dreesen, Bedeutung, S. 323–386. Zur LPG Worin die Vorlage vom 21. Oktober 1974 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 4442. Daneben: BLHA, Rep. 730, Nr. 4210 („Material für die Mitgliederversammlung der GO der LPG ‚Thomas Müntzer' Worin am 29.10.74"; „Beschlußfassung – Mitgliederversammlung 29.10.1974").

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

In den KIM war die Produktion „industriemäßig" organisiert, so daß den Beschäftigten die Fünftagewoche und soziale Dienstleistungen ebenso eingeräumt wurden wie Kulturveranstaltungen. Durch das breite sozialpolitische Angebot wurden die Arbeitskräfte, die oft hochspezialisierte, neue Berufe wie „Zootechniker" erlernten, zu Konsumenten und damit an die Politik des SED-Regimes gebunden. Die Betriebe waren allerdings keineswegs frei von gesellschaftlichen Konflikten, die sich oft an der Vergütung der Beschäftigten entzündeten. Auch waren Frauen, die in den KIM einen hohen Anteil der Arbeitskräfte in der Produktion stellten, in den Kombinatsleitungen kaum vertreten. Die Konzentration der Tierbestände führte überdies zu einem hohen Kot- und Gülleanfall, der die Böden belastete.[343]

Besonders wegen der hohen Kosten für die Verwaltung und Aufsicht und aufgrund der genossenschaftlichen Organisationsform, die zu einer weitgehenden Erfüllung der materiellen Forderungen der Mitglieder zwang und schnelle betriebswirtschaftliche Entscheidungen erschwerte, blieben die Hektarerträge in der DDR seit den fünfziger Jahren tendenziell hinter der Bundesrepublik zurück, vor allem bei Zuckerrüben. Auch die Leistungen in der tierischen Produktion (Schlachtvieh je Rind bzw. Schwein; Milchleistung pro Kuh) erreichten bei weitem nicht die in der Bundesrepublik erzielten Ergebnisse. Dagegen wiesen die Großbetriebe in der DDR bis zu den späten achtziger Jahren einen deutlich höheren Arbeitskräftebesatz auf als die überwiegend klein- und mittelbäuerlichen Familienbetriebe in der Bundesrepublik (*Tabelle 36*).[344]

In den siebziger Jahren nahm in der DDR besonders die Produktion in der Viehwirtschaft zu. Der Rinder- und Schweinebesatz wuchs auch in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus. Dagegen stagnierten die Getreideerträge, bevor sie in den späten siebziger Jahren sogar zurückgingen. Insgesamt variierte der Umfang der Erzeugung allerdings zwischen den einzelnen LPG erheblich. Mit der verstärkten Viehwirtschaft wurde der Anbau von Gerste und Mais erweitert, denn diese Feldfrüchte wurden als Futter benötigt, zumal die Devisen für den Import von hochwertigem Kraftfutter aus den westlichen Staaten seit den siebziger Jahren tendenziell schrumpften. In den drei Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus verdoppelte sich die Fläche, die mit Gerste bestellt wurde, von 1971 bis 1981 nahezu. Ebenso wie im vorangegangenen Jahrzehnt bewirkten vor allem die beschleunigte Mechanisierung und Intensivierung das Produktionswachstum. So wurden im Wirtschaftsjahr 1970/71 im Bezirk Cottbus pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche 72,5 Kilogramm Stickstoff eingesetzt, 1977/78 aber schon 137,6 Kilogramm. Auch die Zahl der Maschinen nahm nochmals zu, obgleich die mangelhafte Pflege weiterhin hohe Kosten verursachte und die Abschreibungsfristen seit den späten siebziger Jahren schnell wuchsen.[345]

Die Konzentration der Agrarproduktion ging seit den späten sechziger Jahren mit der Bildung von Gemeindeverbänden einher, die eng mit den KAP und LPG zusammenarbeiteten. So waren in dem Gemeindeverband Worin, den die Bezirksleitung der SED im Mai

343 Poutrus, Produktion, S. 282–293. Zur Agrarstruktur 1982: Hohmann, Agrarpolitik, S. 601. Angaben nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 4466 („Ergebnisse der industriemäßigen Produktion in den KIM-Betrieben des Bezirkes"; „Erfahrungen und Schlußfolgerungen beim Aufbau der KIM-Betriebe"); Eckart, Veränderungen, S. 24.

344 Hagedorn, Überlegungen, S. 23; Schmitt, Können die LPG und VEG in der ehemaligen DDR überleben?, S. 40–47; Hohmann, Agrarpolitik, S. 602f.; Eckart, Agrarstrukturentwicklung, S. 41.

345 Vgl. BLHA, Rep. 730, Nr. 3182 (Bericht v. 13.8.1970); Rep. 730, Nr. 3185 (Zuarbeit v. 12.11.1971). Zur Produktionsentwicklung in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus und zu den langfristigen Trends der Agrarproduktion in der DDR: Eckart, Agrarstrukturentwicklung, S. 16–19, 41.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

1972 gebildet hatte, außer dem Hauptort die Dörfer Friedersdorf, Diedersdorf, Marxdorf, Jahnsfelde und Trebnitz zusammengeschlossen. Der Verband erfaßte damit mehr als 3.200 Einwohner und wurde von dem Bürgermeister der Gemeinde Worin geführt. Ein Rat des Gemeindeverbandes leitete den Zusammenschluß im Auftrag der lokalen Staatsorgane, die in den zusammengeschlossenen Dörfern arbeiteten. Die Gemeindeverbände koordinierten Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, förderten den Wohnungsbau und versorgten die Bevölkerung mit Dienstleistungen.[346]

In den späten siebziger Jahren waren die betriebswirtschaftlichen Nachteile und gesellschaftlichen Folgelasten der SED-Agrarpolitik aber unübersehbar. Die Herausbildung riesiger Betriebe und die übertriebene Spezialisierung, zu der die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion maßgeblich beigetragen hatte, erforderten hohe finanzielle Aufwendungen, besonders wegen der langen Verkehrswege in den LPG. Auch die betriebsfremden Kosten für soziale und kulturelle Leistungen sowie für das Straßen- und Wegenetz überforderten die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe. Darüber hinaus traten die beträchtlichen Schäden hervor, die der natürlichen Umwelt von der technokratischen Politik der SED zugefügt worden waren. Die konzentrierte Tierhaltung im Rahmen der „sozialistischen Intensivierung" hatte das Grundwasser durch die Überdüngung mit Nitraten belastet, so daß es zur Eutrophierung von Binnengewässern kam. Der Einsatz schwerer Maschinen hatte zudem den Boden auf Äckern so weit verdichtet, daß die Erträge zurückgingen. Durch die Großflächenwirtschaft in ausgeräumten Landschaften und den Anbau von Pflanzen auf für sie nicht geeigneten Standorten wurde fruchtbarer Boden durch Wind und Wasser abgetragen (Erosion). Flugzeuge brachten auf den LPG, die in den frühen achtziger Jahren z.T. mehr als 5.000 ha bewirtschafteten, Pflanzenschutz- und Düngemittel aus – ein Verfahren, das eine konzentrierte und dosierte Anwendung der chemischen Stoffe ausschloß. Die vielfältigen Umweltschäden, die der Schematismus und Voluntarismus der SED-Führung herbeigeführt hatten, wies die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR schließlich in Untersuchungen nach, die 1988 abgeschlossen wurden, aber nicht öffentlich zugänglich waren.[347]

Trotz vorsichtiger Korrekturen in den achtziger Jahren blieb die Agrarstruktur in der DDR großbetrieblich geprägt. 1989 bewirtschafteten mehr als 3.800 LPG und 465 VEG 87 bzw. sieben Prozent der LN. Genossenschaftliche und staatliche Pflanzenbaubetriebe (LPG und VEG) umfaßten durchschnittlich über 4.500 ha Land und erstreckten sich damit auf bis zu fünf Gemeinden (*Tabelle 37*). Kooperationsverträge banden sie an VEG und LPG der Tierproduktion, die 1989 durchschnittlich 1.800 Großvieheinheiten aufwiesen. Einige Stall anlagen waren für 2.000 Milchkühe und 10.000 bis 50.000 Mastschweine ausgelegt. 1990 wurde die größte Schweinemastanlage in der DDR, die über 100.000 Stellplätze verfügte, schließlich stillgelegt. Mit der zunehmenden Viehhaltung in großen Ställen gingen in den achtziger Jahren die Grünlandflächen zurück.[348]

346 BLHA, Rep. 730, Nr. 4210 („Statut des Gemeindeverbandes Worin Kr. Seelow"); Rep. 730, Nr. 4441 (Information v. 30.11.1972); Rep. 730, Nr. 4442 (Material v. 6.2.1973; Vorlage v. 21.10.1974). Vgl. auch BLHA, Rep. 730, Nr. 4429 („Ergänzungen zum Bericht der gesellschaftlichen Entwicklung in der sozialistischen Landwirtschaft des Bezirkes Frankfurt [Oder]").

347 Hohmann, Industrialisierung, S. 44–66; Eckart, Rahmenbedingungen, S. 928; ders., Agrarstrukturentwicklung, S. 17. Dazu auch: Reichelt, Landwirtschaft, S. 128–130.

348 Eckart, Rahmenbedingungen, S. 927; ders., Agrarstrukturentwicklung, S. 15f.; Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 303; Reichelt, Landwirtschaft, S. 130.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Der „private Sektor", dem besonders die Agrarpreisreform von 1984 Auftrieb verlieh, umfaßte in der ostdeutschen Landwirtschaft 1989 etwa 3.500 kleine Erwerbsbetriebe, 68 Kirchengüter und rund 370.000 Kleinproduzenten, die als LPG-Mitglieder überwiegend in ihren individuellen Hauswirtschaften arbeiteten. Diese Betriebe bewirtschafteten zwar nur drei Prozent des Ackerlandes, erbrachten aber bedeutende Leistungen in der Viehwirtschaft und beim Anbau von Spezialprodukten. In den späten achtziger Jahren stellten sie 15 Prozent des Gesamtaufkommens von Schlachtvieh, 15 Prozent der Hühnereier und 14 Prozent des Frischgemüses. Damit stabilisierte die individuelle Hauswirtschaft letztlich die SED-Herrschaft. Die Bindung an den Boden löste sich insgesamt auf dem Lande in der DDR keinesfalls völlig auf. Zudem hielten viele Bauern weitaus mehr Vieh, als ihnen in den Statuten der Produktionsgenossenschaften und in den LPG-Gesetzen zugestanden worden war.[349]

Darüber hinaus erreichte das SED-Regime nach dem Abschluß der Kollektivierung nicht, die Beschäftigten in den landwirtschaftlichen Betrieben gemäß der offiziellen Legitimationsideologie der staatssozialistischen Diktatur zur „Klasse der Genossenschaftsbauern" zu verschmelzen. Vielmehr prägten Unterschiede zwischen Berufsgruppen und Geschlechtern weiterhin die Struktur der ländlichen Gesellschaft. So blieb der Anteil der weiblichen Beschäftigten in der Viehwirtschaft überproportional hoch. 1966 stellten Frauen in diesem Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung im Bezirk Frankfurt (Oder) 41,6 Prozent der Arbeitskräfte. Frauen übernahmen auch in der Pflanzenproduktion überwiegend ungelernte Tätigkeiten, die oft saisonal befristet waren. Seit den sechziger Jahren sogen allerdings Industriebetriebe, die in ländlichen Regionen angesiedelt wurden – so das 1968 errichtete Obertrikotagenwerk in Wittstock –, viele weibliche Beschäftigte aus den LPG und VEG ab. Frühere Landarbeiter und Bauern hoben sich hinsichtlich ihrer Lebensstile, ihres Habitus und ihrer Mentalität in den spezialisierten LPG noch bis zu den achtziger Jahren deutlich voneinander ab. Auch der Generationswechsel beseitigte die gruppenspezifischen Unterschiede nicht vollends, die in den landwirtschaftlichen Großbetrieben fortbestanden und durch die Zuweisung abgegrenzter Tätigkeitsfelder an einzelne Beschäftigtengruppen wie Melker, Viehpfleger und Erntehelfer noch verstärkt wurden. Die Bildung einer Gemeinschaft von „Werktätigen" wurde auch deshalb insgesamt ebensowenig erreicht wie die Angleichung der Lebensbedingungen in Stadt und Land.[350]

Im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland blieb der Anteil der Erwerbstätigen in der ostdeutschen Landwirtschaft aber bis 1989 hoch. So arbeiteten in den Landkreisen Seelow (Bezirk Frankfurt/Oder) und Brandenburg (Bezirk Potsdam) 1989 mehr als 40 Prozent der ständig Berufstätigen in der Agrarwirtschaft. 1980 waren in der DDR insgesamt noch 10,7 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, in der Bundesrepublik Deutschland dagegen nur noch 5,3 Prozent (*Tabelle 38*). Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Agrarbetriebe in der DDR sich durch das breite Spektrum ihrer Aufgaben als Dienstleistungs-, Sozial- und Kulturzentren von den westdeutschen Bauernhöfen funktional abhoben. Im ostdeutschen Staatssozialismus wurde auch die Siedlungsstruktur von den großen Landwirtschaftsbetrieben geprägt. Die Gemeindeverbände ordneten den Siedlungen

349 Langenhan, Weg, S. 273. Illustrativ: Nause, Enteignung, S. 196f.

350 Zu den Frauen auf dem Lande: Ansorg, Fortschritt, S. 79–81, 94; BLHA, Rep. 730, Nr. 1924 („Einige Fakten über die Entwicklung des Bezirkes Frankfurt/Oder"; hier Angabe). Allgemein: Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 304. Zur „Klasse der Genossenschaftsbauern": Kurt Krambach u.a., Die Genossenschaftsbauern in den achtziger Jahren, Berlin (Ost) 1984, bes. S. 5–8.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

in den Kreisen gezielt einzelne Wirtschaftsbereiche zu. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren wurde in den Dörfern ebenso konzentriert wie Dienstleistungsbetriebe. Neue Wohnhäuser ergänzten landwirtschaftliche Gebäude. Insgesamt waren die ländlichen Siedlungen überwiegend in Wohngebiete, Produktionsgebiete und Zentren gegliedert. Die Zahl der Pendler nahm in den Dörfern aber zu, da sich die großen Betriebe der Tier- oder Pflanzenproduktion überwiegend auf mehrere Gemeinden erstreckten.[351]

351 Angaben nach: Thomas, Wandel, S. 276; Eckart, Agrarstrukturentwicklung, S. 19. Vgl. auch Eckart, Veränderungen, S. 32–34.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

KAPITEL 4

Das Verhalten ländlicher Bevölkerungsgruppen gegenüber den staatlichen Eingriffen

1. Konzeptionelle und methodische Vorüberlegungen

Nachdem der Strukturwandel als Folge der Agrar- und Gesellschaftspolitik des SED-Regimes dargelegt worden ist, werden im folgenden besonders Grenzen und Restriktionen zentraler Interventionen in die ländliche Gesellschaft gezeigt. Die politischen Eingriffe in die Lebenswelten der Individuen und Gruppen auf dem Lande stellten tradierte Sinn- und Bedeutungszuschreibungen in Frage und richteten sich gegen die Geltung der ihnen zugrundeliegenden traditionalen Werte, deren „Sichtbarkeit" in den Konflikten und Bruchzonen der Umwälzung deutlich zunahm. Der Problemstellung dieser Arbeit entsprechend, konzentriert sich die folgende Darstellung deshalb auf die Reibungsflächen zwischen dem Herrschafts- und Gestaltungsanspruch des SED-Regimes einerseits und den Werten und Mentalitäten der Akteure in den dörflichen Milieus andererseits. Dabei werden Formen der individuellen oder kollektiven Wahrnehmung, Deutung und Verarbeitung politischer Eingriffe sowie des durch sie herbeigeführten Strukturbruchs konturiert. Da die Konfrontation von modernistischem Herrschaftsanspruch und Traditionsbindung in den dörflichen Milieus untersucht werden soll, konzentriert sich die Untersuchung auf Formen abweichenden Verhaltens. Die Dorfbewohner, besonders Bauern, waren von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren sukzessive der Bodenreform, dem Radikalisierungsschub in der SED-Politik in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren sowie seit 1952 auch dem Kollektivierungsdruck ausgesetzt. Während die Bodenreform noch mit der bäuerlichen Mentalität vereinbar war, wurde diese durch die zunehmende Einbindung der Landwirte in die Zentralplanwirtschaft und die Entmachtung der Großbauern zunehmend in Frage gestellt. Der erzwungene Zusammenschluß zu LPG richtete sich schließlich grundsätzlich gegen die Gruppe der selbständigen Bauern, die in den sechziger und siebziger Jahren zu neuen agro-industriellen Produzenten umgeformt werden sollten. Die individuelle und kollektive Devianz gegenüber der Kollektivierung muß hier deshalb besonders umfassend dargelegt werden.

Insgesamt lösten die Bodenreform und die Kollektivierung der Agrarwirtschaft ein breites Spektrum von Reaktionen aus, die sich auf die gesellschaftlichen Beziehungen der Akteure auf dem Lande und ihr Verhältnis zu den politischen Instanzen bezogen. Politische Eingriffe, der sozioökonomische Strukturwandel und die subjektiven Wahrnehmungs- und Aneignungsformen sind deshalb in ihrer wechselseitigen Durchdringung zu untersuchen.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Auswirkungen der diktatorischen Herrschaft auf das Alltagsleben auf dem Lande können am Beispiel der Bodenreform und Kollektivierung besonders anschaulich dargelegt werden. Die Bauern waren auch in der SED-Diktatur nicht nur Objekte der umfassenden Herrschafts- und Konstruktionspolitik, sondern bewahrten sich eine Restautonomie, indem sie vor Ort vielfältige Arrangements mit den Repräsentanten des Parteiregimes und der von ihm errichteten staatlichen Ordnung eingingen. Umgekehrt konnten die Funktionäre die Politik der SED-Führung auf dem Lande nicht bruch- und umstandslos durchsetzen, sondern mußten den Interessen, Werten und Mentalitäten der Dorfbewohner (besonders der Bauern) Rechnung tragen. Die Politik der Machthaber in der SBZ und DDR konstituierte in der ländlichen Gesellschaft grundsätzlich neue Struktur- und Handlungsbedingungen, deren Adaption in den lokalen Lebenswelten die Eingriffe des Regimes zumindest partiell deformierte. Die vielfältigen Formen der Aneignung verliehen der politischen Herrschaft jeweils einen individuellen Sinn. Die Zuschreibung von Bedeutungen und Sinn spiegelte sich handlungspraktisch in Arrangements, aber auch neuen Gegensätzen, Spannungen und Auseinandersetzungen in der ländlichen Gesellschaft wider. Die Agrarpolitik löste auf dem Lande damit nicht nur einen umstürzenden Wandel der Sozialstruktur aus, sondern durchdrang zugleich die gesellschaftlichen Beziehungen, ohne sie freilich zu determinieren.[1]

Die Politisierung sozialer Beziehungen spaltete die ländliche Gesellschaft so tief, daß sich sogar in gefestigten, noch relativ homogenen dörflichen Milieus neue Konfliktlinien herausbildeten. Die Bodenreform enteignete und entmachtete die Gutsbesitzer ebenso wie aktive Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher, verlieh aber zugleich anderen, zuvor marginalen Gruppen neues Bodeneigentum. Die Kollektivierung entzog den Bauern schließlich das Verfügungsrecht über ihr Eigentum und zwang ihnen eine neue, fremde Arbeitsorganisation auf, eröffnete ihnen und vor allem ihren Nachkommen aber auch die Chance, in den Kollektivbetrieben beruflich zu avancieren und damit einen sozialen Aufstieg zu erreichen. Die Gemengelage von Konsens und Konflikt, Abweichung und Konformität, Verweigerung und Arrangements ist deshalb bei der Analyse der Aneignungsformen der Agrarpolitik in Rechnung zu stellen. Ausgehend von der erläuterten Problemstellung, konzentriert sich die Darstellung im folgenden auf Formen abweichenden Verhaltens. Dabei können Begriffe und Kategorien aufgegriffen werden, die in der neueren sozialgeschichtlichen Forschung zum „Dritten Reich" gewonnen und analytisch genutzt worden sind.[2]

Seit den siebziger Jahren ist in der westdeutschen Forschung über die Opposition nationalkonservativer Gruppen hinaus, die dem NS-Regime zumindest vorübergehend eng verhaftet waren, das breite Spektrum des abweichenden Verhaltens in der Gesellschaft hervorgetreten, das in den empirischen Studien zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in Bayern als „Resistenz" gefaßt worden ist. Die Kategorie bezeichnet „ganz allgemein: Wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruches, gleich-

1 Lindenberger, Alltagsgeschichte, S. 316–320; ders., Diktatur, S. 15, 24. Mit Bezug zur Kollektivierung: Bauerkämper, Verhalten, S. 310f. Allgemein: Iggers, Geschichtswissenschaft, S. 75, 78.

2 Vgl. Peter Steinbach, Widerstand – aus sozialphilosophischer und historisch-politologischer Perspektive, in: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 27–67; Stöver, Leben, S. 30–53; Kleßmann, Opposition und Resistenz, S. 453–469, 478f.; ders., Diktaturen, S. 604f. Dazu auch der Überblick in: Bauerkämper, Verhalten, S. 294f. Materialreich, aber analytisch unbefriedigend die umfassenden Darstellungen in: Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997; Karl Wilhelm Fricke, Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984; ders., Dimensionen, S. 21–43.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

gültig von welchen Motiven, Gründen und Kräften her."[3] Da dieser Begriff aber inhaltlich zu allgemein und normativ zu unbestimmt ist, um zwischen unterschiedlichen Formen sozialer Devianz zu unterscheiden, und zudem die Intentionen der Subjekte weitgehend ausblendet, hat Peukert eine Matrix abweichenden Verhaltens entwickelt, die sowohl die Radikalität und die Auswirkungen der Kritik (von partiell bis generell) als auch den Wirkungsraum abweichenden Verhaltens (von privat bis staatsbezogen) berücksichtigt. Nach dieser Skala umfaßte „Nonkonformität" lediglich einzelne Normverletzungen, während sich „Verweigerung" und „Protest" offen gegen das Herrschaftssystem richteten, indem Anordnungen der Machthaber bewußt ignoriert bzw. demonstrativ zurückgewiesen wurden. Als radikalste Form der Devianz bezeichnet „Widerstand" ausschließlich eine fundamentale, kompromißlose und offen gezeigte Ablehnung der Diktatur.[4] Im Gegensatz zu diesen Konzepten abweichenden Verhaltens rückt das Interpretationsmodell von der „loyalen Widerwilligkeit" den Blick auf die „vielfältigen Abstufungen und Gemengelagen von Ablehnung und Anpassung, von Konsens und Dissens, die konkreten Motive der Betroffenen und die politischen Wirkungsweisen ihres Verhaltens ..." Die Kategorie ist zwar geeignet, die vorpolitischen Konnotationen abweichenden Verhaltens zu erfassen und die Trennung von Machthabern und Beherrschten zu überwinden, löst sich in der empirischen Forschung jedoch in eine unübersehbare Vielzahl mikrohistorischer Einzelstudien auf, die kaum synthetisiert werden können.[5]

Im folgenden werden über die zutreffende, aber analytisch kaum weiterführende Erkenntnis von der „Gemengelage von partiellem Dissens und partiellem Konsens" hinaus konkrete Formen der Aneignung und Zurückweisung untersucht. Damit soll nicht nur die Dialektik zwischen Herrschaftsanspruch und Konsens bzw. Verweigerung demonstriert, sondern auch die Dynamik abweichenden oder konformen Verhaltens als soziale Prozesse erfaßt werden. Nur so kann die Fixierung auf die Perspektive der Machthaber in den Berichten der Partei- und Sicherheitsorgane zumindest partiell überwunden werden. Zudem ist analytisch zwischen den Motiven der gesellschaftlichen Akteure, die den verordneten Konsens in Frage stellten, und den Ansprüchen der SED-Führung zu unterscheiden, denn abweichendes Verhalten war in der kommunistischen Diktatur keineswegs durchweg intendiert, sondern es wurde von den Machthabern definiert, zunehmend systematisch überwacht und akribisch aufgezeichnet. Auch in den Berichten der Polizeibehörden, der Informationsämter, der Partei-Leitungen und des Ministeriums für Staatssicherheit – ebenso in den „Meldungen

3 Martin Broszat, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: ders./Elke Fröhlich/Anton Grossmann (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil C, München 1981, S. 691–709, hier: S. 697. Zur Anwendung in der DDR-Geschichtsschreibung: Christoph Kleßmann, Zwei Diktaturen in Deutschland – Was kann die künftige DDR-Forschung aus der Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus lernen?, in: DA 25 (1992), S. 601–606, hier: S. 604f. Dazu anregend auch die Überlegungen in: Detlef Schmiechen-Ackermann, Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland. Eine Bilanz der Widerstandsforschung aus regionaler Perspektive, in: ders. (Hg.), Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich, Berlin 1997, S. 13–29.

4 Detlev J. K. Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 97f.

5 Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: ZfG 41 (1993), S. 99–116, hier: S. 115. Zur DDR: Werkentin, „Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht", S. 147.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

aus dem Reich" des Sicherheitsdienstes der SS im nationalsozialistischen Deutschland oder in den Berichten des sozialistischen Exils – treten Meinungsäußerungen hervor, die Zustimmung zur Politik der Machthaber ausdrückten. In den Stimmungsberichten zur Kollektivierung werden aber Nonkonformität, Verweigerung, Protest und Widerstand auf dem Lande besonders deutlich wiedergegeben. Das Verhältnis von Devianz und Anpassung kann insgesamt nicht präzise bestimmt werden, zumal quantitative Daten weitgehend fehlen. Bei der Darstellung der Formen abweichenden Verhaltens wird hier zwischen Nonkonformität, Verweigerung, Protest und politischer Opposition unterschieden, da die weltanschaulich-kulturelle Dissidenz als weitere Grundform der Devianz in Diktaturen mit totalitärem Herrschaftsanspruch unter den Bauern kaum verbreitet war. Abweichendes Verhalten soll damit zwar eingeordnet, aber nicht in das Prokrustesbett eines differenzierten Systems analytisch voneinander getrennter Kategorien gezwungen werden, deren Distinktionskraft ohnehin mit der Inflationierung der Begriffe abnimmt. Deshalb wird hier auch auf eine Unterscheidung zwischen „Widerstand" und „Opposition" verzichtet. Andererseits darf die Devianz von Bauern – vor allem gegenüber der Kollektivierungspolitik des SED-Regimes – nicht a priori auf sozialen Protest reduziert werden. Vielmehr müssen die Grundformen abweichenden Verhaltens auf dem Lande typologisch erfaßt werden. Hier schlug Verweigerung vor allem auf Feiern wie Karneval sowie Dorf- und Erntefesten in offenen Protest oder sogar politische Opposition um. Damit wurden oft traditionale Formen abweichenden Verhaltens aufgegriffen und Gelegenheitsstrukturen genutzt, die sich schon lange zuvor im Kampf gegen die Herrschaft der jeweiligen Obrigkeit herausgebildet hatten. Zugleich entwickelten die Subjekte in der DDR neue Strategien der Aneignung politischer Eingriffe, um den spezifischen Verhaltensbedingungen in der kommunistischen Diktatur gerecht zu werden.[6]

6 Kategoriale Unterscheidung in Anlehnung an: Löwenthal, Widerstand, S. 13–22. Vgl. auch Bouvier, Forschungen, S. 578. Zit. nach: Stöver, Leben, S. 34. Reduktionistische Einordnung in: Ilko-Sascha Kowalczuk, Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VII/2: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Baden-Baden 1995, S. 1203–1284, hier: S. 1251. Dagegen: Rainer Eckert, Die Vergleichbarkeit des Unvergleichbaren. Die Widerstandsforschung über die NS-Zeit als methodisches Beispiel, in: Poppe/Eckert/Kowalczuk (Hg.), Selbstbehauptung, S. 68–84, hier: S. 77–79, 83f.; ders., Vorläufer der parlamentarischen Demokratie? Widerstand und Opposition im Dritten Reich und in der DDR, in: Heydemann/Jesse (Hg.), Diktaturvergleich, S. 155–167. Trennung zwischen den Herrschaftsansprüchen der Machthaber und den Motiven der Beherrschten in: Kleßmann, Opposition und Resistenz, S. 468; Fricke, Dimensionen, S. 32. Zu den traditionalen Formen abweichenden Verhaltens auf dem Lande: Rösener, Einführung, S. 148–165. Quellenkritisch zu den Stimmungsberichten: Patrick Major, Vor und nach dem 13. August 1961: Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer, in: AfS 39 (1999), S. 325–354, hier: S. 329, 333, 343; ders., „Mit Panzern kann man doch nicht für den Frieden sein". Die Stimmung der DDR-Bevölkerung zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 im Spiegel der Parteiberichte der SED, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1995, S. 208–223, hier: S. 209. Zu den „Meldungen aus dem Reich" quellenkritisch die Einleitung in: Heinz Boberach (Hg.), Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944, Neuwied 1965, S. IX-XXVIII. Daneben: Bernd Stöver, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993, S. 23–29; ders., Berichte über die Lage in Deutschland. Die Meldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933–1936, Bonn 1996, S. XLVIII-LXIV; ders., Loyalität statt Widerstand. Die so-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Der methodische Rekurs auf die Erforschung abweichenden Verhaltens im „Dritten Reich" ergibt sich auch aus der chronologischen Abfolge politischer Herrschaftssysteme und den Folgen für die Primärerfahrungen der Akteure. Auf die erste deutsche Diktatur folgte die zweite, wenngleich nicht unmittelbar und bruchlos. Bei der Analyse der Aneignungs- und Verhaltensformen ist deshalb der biographische und erfahrungs- bzw. rezeptionsgeschichtliche Hintergrund der nationalsozialistischen Diktatur in Rechnung zu stellen. Im „Dritten Reich" hatten besonders das am 29. September 1933 erlassene „Reichserbhofgesetz" und die Zwangswirtschaft die Verfügung der Bauern über ihre Produktionsmittel eingeschränkt. Nach dem „Reichserbhofgesetz" durften Höfe mit einer Fläche von 7,5 bis 125 ha nicht veräußert, geteilt und belastet werden. Außerdem mußten ihre Besitzer nach den rasseideologischen Kriterien der Machthaber „arisch" und „ehrbar" sein. Die Produktionsreglementierung, die das NS-Regime in den späten dreißiger Jahren einführte und 1942/43 erheblich ausweitete, radikalisierte den autoritären Agrarprotektionismus im obrigkeitsstaatlichen Regiment des zweiten deutschen Kaiserreichs, der von 1914 bis 1923 auch auf die landwirtschaftliche Erzeugung, Vermarktung und die Preisbildung ausgedehnt worden war. Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges etablierten die nationalsozialistischen Machthaber im „Dritten Reich" ein weitgespanntes System der Produktionskontrolle, das „Hofkarten" und „Hofbegehungen" einschloß. Zudem war die Erfahrung oder Perzeption des Stalinismus in der Sowjetunion prägend. So hatten deutsche Soldaten (auch als Kriegsgefangene) und geflohene Angehörige verdrängter Minderheiten – so Bessarabiendeutsche – die Kollektivierung in der UdSSR und ihre Folgen erlebt oder zumindest wahrgenommen. Dieser gewaltsame Wandlungsprozeß, der Tausende von „Kulaken" ihr Leben gekostet und maßgeblich zu der großen Hungersnot von 1932/33 beigetragen hatte, war in der Sowjetunion auf dem Lande fast ausschließlich scharf abgelehnt worden und hatte bei vielen Beteiligten traumatische Erinnerungen hinterlassen. In Deutschland war die Rezeption der Kollektivierung in der UdSSR auch von dem ausgeprägten Antikommunismus bestimmt worden. Der Übergang zur Planwirtschaft und die Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vollzogen sich deshalb in der SBZ und DDR nicht voraussetzungslos, sondern trafen hier auf spezifische Wahrnehmungen, Deutungen und Aneignungsformen, die bereits in den vorangegangenen Jahrzehnten herausgebildet worden waren. Dieser Erfahrungshorizont ist bei der folgenden Untersuchung zu berücksichtigen, die Wahrnehmungs- und Umgangsformen mit den politischen Eingriffen des SED-Regimes in die ländliche Gesellschaft nachzeichnet und dabei vor allem die Wirkungsmacht traditionaler Mentalitäten und die Beharrungskraft gesellschaftlicher Beziehungsnetze auf dem Lande analysiert. Anstelle einer strikt chronologischen, allgemeinen Darstellung werden Handlungsfelder herausgestellt, deren Betrachtung den Umgang der Akteure mit den politischen Eingriffen des SED-Regimes besonders konkret und anschaulich zeigt.[7]

---

zialistischen Exilberichte und ihr Bild vom Dritten Reich, in: VfZ 43 (1995), S. 437–471, hier: S. 445–448.

7 Werkentin, „Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht", S. 137f. Zum „Reichserbhofgesetz" und zur Bewirtschaftungspolitik im NS-Regime: Hans-Erich Volkmann, Deutsche Agrareliten auf Revisions- und Expansionskurs, in: Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 334–388, 433–441, hier: S. 381f.; Münkel, Interessen, S. 550f.; dies., Agrarpolitik, S. 336, 368f., 374, 385, 392, 422, 477f.; Corni/Gies, Brot, S. 474, 492; Karl, Landwirtschaft, S. 262f. Zum „Dritten Reich" als Erfahrungshintergrund am Beispiel der Arbeiter in der DDR: Peter Hübner, „Wir wollen keine Diktatur mehr ..." Aspekte des Diktaturenvergleichs am Beispiel einer Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft 1936 bis 1965, in: Kocka (Hg.), DDR-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

2. Klientelismus, Korruption und pragmatische Anpassung: Reaktionen auf die Bodenreform

Willkürliche Enteignungen und ungerechtfertigte Landvergabe

Schon die Bodenreformverordnung, die am 6. September 1945 von der Provinzialverwaltung für Brandenburg erlassen worden war, wurde in den Dörfern unterschiedlich interpretiert und umgesetzt. Das von der sowjetischen Militäradministration, der kommunistischen Parteiführung und den deutschen Behörden angestrebte Verfahren mußte deshalb in einer Vielzahl detaillierter Ausführungsverordnungen erläutert werden, die vor allem die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister von der Provinzialverwaltung erhielten. Da das zu konfiszierende Land in der Bodenreformverordnung nicht eindeutig definiert war, wurde einzelnen Gutsbesitzern zunächst nur der Boden über der Enteignungsgrenze entzogen. Damit behielten sie 100 ha. Vielerorts wurde die Durchführung der Bodenreform auch gezielt verschleppt. Umgekehrt enteigneten Gemeindebodenkommissionen einzelne Neubauern nachträglich und oft willkürlich. Besonders „Umsiedler" verloren Land, das ihnen bereits zugeteilt worden war. Auch Landwirten, die ihren Boden nicht nutzten oder andere Bedingungen für die Besitzübertragung nicht erfüllten, wurde das ihnen zugeteilte Land wieder entzogen. Landempfänger verloren ihren Boden aber auch, weil sie zahlungsunfähig waren oder die Bodenkommissionen sie als unqualifiziert eingestuft hatten. Da die Neubauern aber nicht verunsichert werden sollten, befahl die SMA Brandenburg am 29. Mai 1947, diese Eingriffe zu unterlassen. Auch Hoernle, dessen Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft ihre Macht durch die Zentralisierung gegenüber den Ländern ausweitete, wies die Ministerpräsidenten am 27. Februar 1948 an, daß eine nachträgliche Enteignung von Landempfängern jeweils der Zustimmung der SMAD bedurfte. Neubauern sollten ihre Stellen nur entzogen werden, wenn sie vor der Landnahme wichtige Informationen verschwiegen hatten, sich im „Dritten Reich" als aktive Nationalsozialisten bzw. Kriegsverbrecher diskreditiert hatten oder von einem sowjetischen Tribunal verurteilt worden waren. Dagegen mußte nach Auffassung des brandenburgischen Justizministers die Zuteilung von Bodenreformland durch Bestechung, Drohung und andere unlautere Mittel nicht revidiert werden. Am 29. August 1949 verfügte die brandenburgische Landeskommission schließlich, Listen und Anträge, die sich auf die Aberkennung von Bodenzuweisungen bezogen, nur noch zu den Akten zu nehmen, aber nicht mehr weiter zu bearbeiten. Damit waren ökonomische Erwägungen, die eine nachträgliche, wenngleich partielle Korrektur der Bodenreform nahelegten, endgültig zugunsten der politischen Forderung des SED-Regimes entschieden worden, auf eine Rücknahme von Landzuteilungen zu verzichten, um die erhoffte

---

Forschung, S. 215–232; Christoph Kleßmann, Die „verstaatlichte Arbeiterbewegung". Überlegungen zur Sozialgeschichte der Arbeiterschaft in der DDR, in: Karsten Rudolph/Christl Wickert (Hg.), Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Fs. Helga Grebing, Essen 1995, S. 108–119, hier: S. 109f., 114f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bindung der Neubauern an die Machthaber nicht zu erschüttern. Dennoch dauerten auf dem Lande Konflikte über Enteignungen bis zu den frühen fünfziger Jahren an.[8]

Bei der Durchführung der Bodenreform wurde Land vielerorts eine leichte Beute. Die relative Abgeschlossenheit der Gemeinden verlieh Korruption und Nepotismus Auftrieb, erhöhte die Wirksamkeit festgefügter Klientelbeziehungen und förderte Gier und Neid. Die Landzuteilung war von vorangegangenen, gelegentlich mehrere Generationen zurückreichenden Konflikten zwischen Dorfbewohnern geprägt. Mißliebige Personen wurden dabei oft willkürlich und ungeprüft als „Nationalsozialisten" oder „Faschisten" stigmatisiert, um ihnen unter diesem Vorwand ihr Land zu nehmen. Nach dem Bericht der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg vom 20. März 1946 „enteigneten die Gemeindekommissionen spontan eine große Anzahl von Pg's, ohne die Zustimmung der Provinzialkommission abzuwarten. Es stellte sich später heraus, daß manch einer dieser Pg's nicht als aktiver Faschist oder Naziverbrecher angesehen werden konnte." In einer Ausführungsverordnung der Provinzialverwaltung vom 11. September 1945 war der Kreis der Personen, die als „Kriegsverbrecher", „Kriegsschuldige" und „Naziführer" enteignet werden sollten, spezifiziert worden. Landräte und Kreisbauernführer sowie die ihnen jeweils übergeordneten Personen wurden als „Kriegsschuldige" klassifiziert. Im Herbst 1945 zog die Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform die Entscheidungskompetenz über die Anträge auf Enteignung von Nationalsozialisten an sich und verlangte schließlich, ihr konkrete Zeugenaussagen zu den beschuldigten Personen vorzulegen. Allgemeine Angaben wie „besonders brutaler Faschist", „Volksschädling" oder sogar „brutaler Mensch" wurden dagegen zurückgewiesen. Auch frühere Ortsbauernführer oder Ortsgruppenleiter der NSDAP sollten nicht pauschal enteignet werden. Dennoch verloren viele Landwirte, die zuvor von mißgünstigen Nachbarn oder übereifrigen Parteifunktionären und Amtsträgern denunziert worden waren, ihr Land. Wie ein betroffener Landbesitzer in Ahrensdorf (Kreis Lebus) bemerkte, gewann der „übliche Dorfklatsch" vielerorts einen dominierenden Einfluß auf die Enteignung und Landvergabe. Die Revision unberechtigter Enteignungen zog sich schließlich bis zum Herbst 1946 hin.[9]

Andererseits hatten ehemalige Nationalsozialisten Boden erhalten. Ein Neubauer aus Nauen behauptete Anfang Januar 1946 sogar, daß „womöglich die Hälfte der Siedler verkappte Faschisten sind, denen es ja nur darauf ankommt, irgendwo unterzutauchen, denn wer kann wissen, wes Geisteskind sich hinter dem Deckungsschild ‚Flüchtling' verbirgt." In vielen Gemeinden – so in Groß-Döbbern (Landkreis Cottbus) – erhielten frühere Mitglieder der NSDAP Land. Ihnen wurde der Boden später überwiegend nicht entzogen, sondern vielmehr die Möglichkeit der Bewährung beim „antifaschistischen" Neuaufbau eingeräumt.

8 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/138, Bl. 237; BArch, DK-1, Nr. 8191, Bl. 120; DK-1, Nr. 8192, Bl. 166; BLHA, Rep. 208, Nr. 188, Bl. 1. Zur nachträglichen Enteignung von Bodenempfängern Beispiele in: BArch, DO-1/10/13, Bl. 94; DK-1, Nr. 7582, Bl. 120; DK-1, Nr. 7584, Bl. 287; BLHA, Rep. 202 A, Nr. 434, Bl. 8; Rep. 202 A, Nr. 163, Bl. 139; Rep. 332, Nr. 612, Bl. 123; Rep. 330, Nr. 17, Bl. 28. Zur Enteignung des Landanteils über 100 ha: BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 110; Rep. 330, Nr. 20, Bl. 14. Zur Verzögerung der Bodenreform exemplarisch der Bericht in: BLHA, Rep. 330, Nr. 116, Bl. 85. Rundverfügung vom 29. August 1949 in: BLHA, Rep. 332, Nr. 487, Bl. 65.

9 SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 109f.; BArch, DK-1, Nr. 7584, Bl. 128. Zit. nach: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 206. Vgl. auch Spix, Bodenreform, S. 54; Vogt, Denazification, S. 70; Ross, Constructing, S. 21–23. Ausführungsverordnung vom 11. September 1945 in: BLHA, Rep. 255, Amtsbez. Krausnick, Kr. Beeskow-Storkow, Nr. 19, Bl. 225–228. Zum „Dorfklatsch" exemplarisch: BArch, DK-1, Nr. 7558, Bl. 58.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Der Umgang mit Nationalsozialisten wurde über dieses Konzept hinaus von der Erinnerung ihrer Nachbarn in den Gemeinden bestimmt, denn diese Akteure konnten Belastete abschirmen und für sie Ausnahmeregelungen beantragen. Damit bestimmten nicht nur die politische Zukunftsorientierung des SED-Regimes, sondern auch Gemeinschaftsbeziehungen in den Dörfern die konkrete Durchführung der Bodenreformbestimmungen, die sich auf den Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bezogen. Individuelle Schuld oder Unschuld waren im Hinblick auf die Bodenreform nicht eindeutig definiert, sondern sie wurden in sozialen Prozessen in den ländlichen Gemeinden festgelegt.[10]

Gemeindebodenkommissionen teilten Neubauernstellen auch beliebig mehreren Angehörigen von Familien zu, so daß große Betriebe entstanden. Diese Neubauernstellen waren auf Lohnarbeiter angewiesen, wurden aber hinsichtlich ihrer Ablieferung als Kleinbetriebe eingestuft. In der Gemeinde Mehrow (Kreis Niederbarnim) waren im Juli 1948 „mehrere Neubauernstellen in einer Hand vereint." Da diese Flächenkonzentration dem agrarpolitischen Konzept der SED widersprach, kritisierte der Kreisvorstand der Partei, daß „diese Art Neureiche ein enges Bündnis mit den Alt- und Grossbauern eingegangen sind und die Situation auf dem Dorfe vollkommen beherrschen." Gelegentlich wurde – entgegen dem Veräußerungsverbot in der Bodenreformverordnung – sogar mit Neubauernstellen gehandelt.[11] Nicht zuletzt durch die Übernahme aufgegebenen Landes wuchsen die sozioökonomischen Differenzen zwischen den Neubauern. Während einige dieser Bodenempfänger ihr Land verließen oder ihre Flächen reduzierten, stockten andere ihre Stellen auf. Im Kreis Osthavelland drängten sogar der Kreisausschuß der VdgB und die Kreiswirtschaftsberatung Neubauern, ihr Land zusammenzulegen, um größere und rentable Betriebe herauszubilden.[12]

Klientelbeziehungen und Korruption

Die Verteilung des Landes wurde vielerorts von Klientelbeziehungen und Vetternwirtschaft beeinflußt. Die Mitglieder der Gemeindebodenkommissionen vergaben Boden bevorzugt an Verwandte und Bekannte. Rückblickend konzedierte Hoernle 1948 allgemein, daß sich „im Dorfe Leute in den Besitz von Volkseigentum – Boden, Gebäude, Inventar – setzten, die weder beruflich noch moralisch, noch nach den Bestimmungen des Reformgesetzes irgendwie befugt waren – einfach auf Grund ihres lokalen Einflusses, ihrer guten Beziehungen zu irgendeinem Mitglied der Orts- oder Kreisbehörde und aus ähnlichen Gründen." In Brandenburg waren in einer vorläufigen Bilanz 1946 gravierende Verstöße gegen die Bodenreformverordnungen und Anweisungen der sowjetischen Militäradministration, der Parteidienststellen und der staatlichen Behörden registriert worden. Den Gemeindebodenkommissionen gehörten vielerorts auch ehemalige Nationalsozialisten an; selbstherrliche Bürgermeister hatten enteignetes Land unkontrolliert verteilt, und Vetternwirtschaft war ebenso weit verbreitet wie Selbstbereicherung. Einzelne Dorfbewohner nutzten die Boden-

10 Vogt, Denazification, S. 73f. Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4182/1057, Bl. 33. Vgl. auch Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 49. Zur Gemeinde Groß-Döbbern: BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 336, Bl. 26.

11 Zit. nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 118. Vgl. auch BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 336, Bl. 26; Rep. 206, Nr. 2577, Bl. 34; BArch, DK-1, Nr. 7584, Bl. 242.

12 Nehrig, Uckermärker Bauern, S. 40–43, 68; BLHA, Rep. 202 A, Nr. 162, Bl. 161, 170; Rep. 332, Nr. 612, Bl. 155.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

reform zudem aus, um gezielt eigene Interessen zu verfolgen. So erhielten Landbewerber auch Boden über das vorgesehene Größenlimit von 10 ha hinaus, indem sie für Parzellen, die sie übernommen hatten, Verwandte als Besitzer eintragen ließen. In der Gemeinde Kattlow (Landkreis Cottbus) hatte der frühere Gutsverwalter, der nach der Enteignung als Treuhänder eingesetzt worden war, das beschlagnahmte Land im Herbst 1945 ausschließlich unter seinen Familienmitgliedern aufgeteilt. Die Parzellen wurden gemeinsam bewirtschaftet, da sie nur formal einzelnen Personen zugewiesen worden waren. Im Kreis Calau hatten Mitglieder der Bodenkommissionen in den Gemeinden Siewisch und Klein-Meßow offenbar deutlich mehr Land mit besserer Bodengüte erhalten als andere Landbewerber. Das dörfliche Beziehungsnetz schloß besonders Flüchtlinge bei der Verteilung des Eigentums aus, das durch die Bodenreform freigesetzt worden war. Alteingesessenen Einwohnern wurden bei der Vergabe von Land und anderen Ressourcen vielerorts zuerst Lose zugeteilt, und Vertriebene, die erst 1946/47 in den Gemeinden eintrafen, erhielten oft nur noch den nicht verteilten, überwiegend minderwertigen Boden.[13]

Auch bei der Verteilung von Gebäuden, Maschinen, Geräten und anderem landwirtschaftlichen Inventar wurden einzelne Personengruppen gezielt bevorzugt, andere dagegen benachteiligt. In Eingaben an Behörden und Zuschriften an die Wochenzeitung „Der freie Bauer" – herausgegeben von der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft und der VdgB – protestierten zurückgesetzte Dorfbewohner gegen die offenkundige Korruption bei der Zuteilung von Land, Vieh, Maschinen, Geräten und Gebäuden. Im Januar 1946 schrieb ein Neubauer, der in Schulzendorf (Kreis Ruppin) Land erhalten hatte, an die Redaktion der Zeitung: „Die meisten Siedler haben eine Kuh erhalten, aber einige Günstlinge der Bodenkommission sowie die Mitglieder der Kommission sowie des Bauernausschusses haben sich noch eine gute Färse zugenommen, während andere grössere Siedler nur eine Kuh erhielten."[14]

Die Korruption ging bei der Bodenreform überwiegend von den Mitgliedern der Gemeindebodenkommissionen aus. Da in vielen Dörfern Bürgermeister in den Gremien den Vorsitz übernahmen und eine Kontrolle durch übergeordnete Instanzen im Herbst 1945 kaum möglich war, verfügten die Ortsvorsteher, die zugleich oft auch Vorsitzende der lokalen Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe waren, über eine erhebliche Macht. Sie hoben sich durch ihr beträchtliches Sozialprestige von den meisten Dorfbewohnern ab und prägten – abgesehen von den Gemeinden im Osten Brandenburgs – die gesellschaftlichen Beziehungen in den dörflichen Milieus, so daß sie vielerorts „Fragen der Bodenreform eigenmächtig behandelten, während die Gemeindekommissionen mehr oder weniger passiv abseits standen." Darüber hinaus förderten Mitglieder der Gemeindebodenkommissionen Allianzen zwischen den Begünstigten der Bodenreform. Sie schlossen sich gegen externe Eingriffe der Staats- und Parteifunktionäre in Beziehungsnetzen zusammen, die auf wechselseitiger Be-

13 BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 18; Rep. 203, MdI, Nr. 337, Bl. 186f. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Steinberger/Graffunder/Herholz, Hoernle, S. 643; BLHA, Rep. 208, Nr. 4, Bl. 90. Zur Bilanz in Brandenburg Ende 1946 der Bericht in: BArch, DK-1, Nr. 7584, Bl. 478–480. Zur Gemeinde Kattlow: Osmond, Kontinuität, S. 145. Weitere Einzelfälle von Begünstigung in: Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 67; BLHA, Rep. 203, MdI, Nr. 336, Bl. 16, 18. Berichte über Verstöße gegen die Bodenreformverordnung für Brandenburg auch in: BLHA, Rep. 330, Nr. 1 („Bezirksparteitag der KPD am 6. April 1946 zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"); Rep. 332, Nr. 638, Bl. 152. Allgemein: Kluge, Bodenreform 1945, S. 103.

14 BLHA, Rep. 330, Nr. 21, Bl. 74 (Grammatik korrigiert).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

günstigung beruhten, aber Konflikte durchaus einschlossen und nur gelegentlich massiven Protest der Benachteiligten auslösten. So warfen in der Gemeinde Kuschkow (Kreis Lübben) landarme Bauern und Pächter, die bei der Landverteilung nicht berücksichtigt worden waren, dem Bürgermeister und dem Vorsitzenden der Gemeindebodenkommission vor, eigenmächtig Land zugeteilt, sich selber dabei begünstigt und den Leiter der SED-Ortsgruppe aus der Gemeindebodenkommission ausgeschlossen zu haben. Der zuständige Landrat wurde außerdem bezichtigt, die Korruption durch Gleichgültigkeit zugelassen zu haben. In der Gemeinde Börnicke (Kreis Niederbarnim) teilte der Vorsitzende des örtlichen Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe sich und seinen beiden Töchtern, deren Ehemänner noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft in das Dorf zurückgekehrt waren, Parzellen zu, die zusammen das festgelegte Größenlimit von 10 ha weit überschritten. Vielerorts schlossen Vorsitzende der Gemeindebodenkommissionen und Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe ihnen mißliebige Personen gezielt von der Landverteilung aus. So verhinderte der Vorsitzende des Ortsausschusses der VdgB in Glindow (Kreis Zauch-Belzig), daß ein Grundstück nach dem Tod der Empfängerin an ihren Ehemann überging. Korruption und Nepotismus bestimmten in dörflichen Milieus, die von Altbauern beherrscht wurden, allgemein die Zuteilung der wertvollen Ressourcen, die mit der Enteignung der Gutsbesitzer freigesetzt worden waren.[15]

Die Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe, die im Herbst 1945 in den Gemeinden gebildet worden waren, trafen vielerorts auf Ablehnung, zumal Dorfbewohner vor dem angeordneten radikalen Eingriff in die bestehenden Besitzverhältnisse zurückschreckten. Überdies waren vielen Mitgliedern der Ausschüsse die Bodenreformverordnung und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen völlig unbekannt. Den Komitees gehörten auch Personen an, die nicht in der Landwirtschaft arbeiteten. Sogar frühere Nationalsozialisten gewannen Zugang zu diesen Gremien. Gelegentlich waren die Ausschüsse auch nur formal gebildet worden, so daß enteigneter Boden und auf den Gütern beschlagnahmtes Inventar wahllos zugeteilt oder verschoben wurde. Bauern übernahmen vielerorts Maschinen und Geräte der Ausschüsse, die ihrerseits viel Land an sich rissen. Zudem eigneten sich Komitees Geräte an, die nach der Bodenreformverordnung und den Ausführungsbestimmungen den Bauern zugeteilt werden sollten. So stellte die Landesgenossenschaft Kurmark im Frühjahr 1946 fest, daß „die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe erhebliche Werte aus den Beständen der früheren Grossgrundbesitzer übernommen haben." Die konkrete Durchführung der Bodenreform wurde in den ländlichen Gemeinden im allgemeinen allenfalls begrenzt von den Anweisungen übergeordneter Behörden gesteuert und kontrolliert. Vielmehr entzogen sich die sozialen Beziehungsnetze weitgehend dem politischen Zugriff des SED-Regimes.[16]

15 Zit. nach: BLHA, Rep. 350, Nr. 872, Bl. 6. Zur Gemeinde Kuschkow: BArch, DK-1, Nr. 7584, Bl. 140–144. Zu den Vorgängen in Börnicke: BArch, DK-1, Nr. 8831, Bl. 99. Zu Glindow: BLHA, Rep. 208, Nr. 2234, Bl. 11. Allgemein: Sandford, Hitler, S. 110.

16 BLHA, Rep. 332, Nr. 34, Bl. 118. Bis zum 1. Januar 1947 hatte die VdgB in Brandenburg 673 Grundstücke mit 21.711 ha übernommen. Damit verfügte die Organisation über doppelt soviel Land wie die Rote Armee, die Güter beschlagnahmt hatte. Vgl. BArch, DK-1, Nr. 8818, Bl. 2. Zur Schwäche der Komitees in Gemeinden: SAPMO-BArch, NY 4182/1053, Bl. 143. Zu den berufsfremden Personen in den Ausschüssen: SAPMO-BArch, NY 4182/1057, Bl. 33. Dazu auch: Sandford, Hitler, S. 118.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Korrekturversuche

Auch mit nachträglichen Eingriffen konnten die Machthaber die bereits abgeschlossene Zuteilung von Ressourcen in Dörfern nicht grundsätzlich zurücknehmen. Nachdem in einigen Gemeinden offenkundige Verstöße gegen die Bodenreformverordnung und die Ausführungsbestimmungen aufgedeckt worden waren, rief die Bezirksleitung der KPD bzw. der Landesvorstand der SED in Brandenburg die Parteifunktionäre auf, Bürgermeister und Gemeindebodenkommissionen schärfer zu kontrollieren. Erste Initiativen der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft und des Zentralsekretariats der SED zur Kontrolle der Bodenreform waren aber bereits gescheitert, so daß Landzuteilungen nur vereinzelt zurückgenommen wurden. Hoernle hatte im Sommer 1946 einen weitreichenden Verordnungsentwurf zur Enteignung von Neubauern vorgelegt, damit aber den entschiedenen Widerspruch Ulbrichts provoziert, der sogar vor einem impliziten Eingeständnis von Fehlern bei der Auswahl der „Siedler" zurückschreckte. Das Führungsgremium der SED hatte im Mai und Dezember 1946 die Provinzialvorstände der Partei angewiesen, gesonderte Bauerngerichte und Spruchkammern einzurichten, um Bodenempfänger im Hinblick auf ihre fachliche Eignung und politische Vergangenheit zu überprüfen, Korruption zu beseitigen und Verfahren nachträglich zu korrigieren, die zu einer unwirtschaftlichen Landzuteilung sowie zur Begünstigung einzelner Personen geführt hatten. Die DVLF bereitete daraufhin im Herbst 1946 eine Verordnung vor, nach der Landes- und Kreisprüfer in den Dörfern Streitfragen bei der Bodenreform aufdecken sollten.[17]

Die Landverteilung in den Dörfern sollte in den Kreisen koordiniert und überwacht werden, auch indem Bauernversammlungen und Funktionärskonferenzen veranstaltet wurden. Die Provinzial- und Landesvorstände der SED mußten nach einem Beschluß des ZK der SED vom 15. Juni 1946 darüber hinaus „geeignete Antifaschisten" in die Dörfer schicken, um dort die Durchführung der Bodenreform zu prüfen. Unregelmäßigkeiten und Korruption bei der Landvergabe wurden von den SED-Funktionären durchweg personalisiert, so daß sich die Kritik unmittelbar gegen die Mitglieder der Gemeindebodenkommissionen und Bürgermeister richtete. Gremien, deren Zusammensetzung nicht den politischen Vorgaben der SED-Führung entsprachen, wurden in Brandenburg unnachsichtig aufgelöst. Bauern, die mehr als zehn Hektar Land besaßen, mußten die Kommissionen unverzüglich verlassen. In einzelnen Gemeinden – z.B. im Kreis Templin – wurden die Bewohner gezwungen, eine Bodenkommission einzusetzen. Die gesellschaftliche Mobilisierung war dem politischen Ziel verpflichtet, einen „ideologischen Durchbruch in die bisher reaktionär eingestellten Bauernmassen zu vollziehen", und wurde durch Repression ergänzt, um die sich entfaltende Aktivität der Landbevölkerung zu kanalisieren.[18]

Die Aufsicht über die Amtsträger in den Gemeinden blieb jedoch schwach, weil Personal und Kraftwagen fehlten, viele Dörfer in den ersten Nachkriegsjahren weitgehend von der Außenwelt abgeschnitten waren und korrupte sowjetische Kommandanten und Parteifunk-

17 Forderung nach Entzug von Bodenreformland z.B. in: BLHA, Rep. 330, Nr. 60, Bl. 40; Rep. 332, Nr. 638, Bl. 111. Zur Unsicherheit der Landesregierung Brandenburgs: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 200f. Zum Vorstoß des ZK, seinem politischen Rückzug und der Initiative der DVLF 1946: BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 102f., 108; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/228, Bl. 16f., 37f.

18 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/13, Bl. 2; BLHA, Rep. 330, Nr. 116 (Schreiben v. 18.9.1945). Vgl. auch BLHA, Rep. 330, Nr. 24, Bl. 7; Rep. 330, Nr. 27, Bl. 3; Rep. 208, Nr. 181, Bl. 52.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

tionäre nicht bestraft werden konnten. Auch war die Bodenreform so schnell durchgeführt worden, daß die Dynamik der Besitzumwälzung im Herbst 1945 unkontrollierbar blieb. Deshalb erreichten Parteidienststellen und die zuständigen staatlichen Behörden, vor allem aber die Redaktion der Wochenzeitung „Der freie Bauer", auch nach 1945/46 viele Beschwerden von Dorfbewohnern, die bei der Vergabe von Land und Betriebsmitteln vermeintlich benachteiligt worden waren. Während (angebliche oder tatsächliche) „Antifaschisten" sich darüber beklagten, daß frühere Nationalsozialisten sie verdrängt hätten, war vielen unfähigen Landbewerbern Boden zugeteilt worden. Agrarpolitiker und Wirtschaftsberater schätzten die Qualifikation der meisten Neubauern in Brandenburg als überaus gering ein. Die alteingesessenen Landwirte waren besonders kritisch gegenüber den Landnehmern, die nicht der bäuerlichen Kultur mit ihrer spezifischen Hochschätzung von Boden, Besitz und Familienbindung entsprachen. Aber auch Flüchtlinge, die bis 1945 in der Agrarwirtschaft gearbeitet hatten, erkannten die eklatante fachliche Schwäche vieler Neubauern. Aus der Sicht eines früheren Bauern, der sich nach seiner Flucht aus dem schlesischen Kreis Glogau in der Gemeinde Brehmow (Landkreis Cottbus) niedergelassen hatte, „erhielten zahlreiche Angehörige anderer Berufe Land zugeteilt, von denen mancher kaum den Spaten zu handhaben weiss. [...] Die Ernüchterung wird schnell folgen, besonders wenn noch Steuern bezahlt werden sollen. [...] So mancher Neulandwirt wird trotz redlicher Mühe nicht viel herausholen und seine Kräfte nutzlos vertun." Vereinzelt richteten sich gegen die unqualifizierten Neubauern auch moralische Urteile, die von dem traditionalen Arbeitsethos auf dem Lande bestimmt waren. Konfrontiert mit dieser Eigendynamik und dem breiten Spektrum individuellen Umgangs mit der Bodenreform, erwies sich der Anspruch der Machthaber, die Entwicklung auf dem Lande umfassend zu kontrollieren, als permanente Selbstüberforderung. Das Chaos der Nachkriegszeit hatte damit zwar die schnelle Durchsetzung der Bodenreform begünstigt, dämmte aber anschließend die Kontrolle über das Enteignungs- und Zuteilungsverfahren in den Dörfern ein.[19]

Besonders wurde die Eindämmung der unerwarteten und politisch nicht erwünschten Reaktionen der Akteure auf dem Lande jedoch durch die Aporien der SED-Politik und die Beharrungskraft dörflicher Traditionsmilieus behindert. Einerseits sollte das Neubauereigentum nicht angetastet, andererseits aber die landwirtschaftliche Erzeugung angekurbelt werden. Unter dem Eindruck der offenkundigen Folgelasten der Bodenreform traten Mitglieder und lokale Funktionäre der SED, der bürgerlichen Parteien und der Massenorganisationen ebenso wie Angestellte staatlicher Behörden schon 1946/47 für die Enteignung von Neubauern ein, die ihren Besitz vernachlässigten, das Land nur unzulänglich bewirtschafteten oder sogar abgewandert waren. So forderte der Bürgermeister der Gemeinde Eichstädt (Kreis Osthavelland) das Zentralsekretariat der SED im Mai 1947 auf, gegen „Reaktionäre" und „Gesinnungslumpen" unter den Neubauern vorzugehen und dazu Bauerngerichte einzusetzen, die unfähigen und der „Sabotage" bezichtigten Personen ihren Besitz entziehen sollten.[20]

19 BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 18. Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 7558, Bl. 294. Zur Kontrolle: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/9, Bl. 2; BArch, DK-1, Nr. 7584, Bl. 243. Zum Qualifikationsmangel: BArch, DK-1, Nr. 7584, Bl. 478–480; BLHA, Rep. 330, Nr. 17, Bl. 47. Kritik an der angeblichen Bevorzugung früherer Nationalsozialisten und an der Ablehnung von „Antifaschisten" z.B. in: BLHA, Rep. 330, Nr. 17, Bl. 51; Rep. 332, Nr. 638, Bl. 112.

20 Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/230, Bl. 25.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die SMAD verbot aber eine Bereinigung der Bodenreform, da sie offenbar befürchtete, daß damit die Neubauern verunsichert und die neuen Besitzverhältnisse auf dem Lande unterhöhlt werden könnten. Am 6. Mai 1947 untersagte die zentrale Militäradministration und am 29. Mai auch die SMA in Brandenburg deutschen Partei- und Verwaltungsstellen sogar grundsätzlich, Neubauern ihren Besitz zu nehmen. Dennoch hielt der brandenburgische Minister für Wirtschaftsplanung im August 1947 an seiner Forderung fest, ungesetzliche Zuteilungen von Grundstücken aus dem Bodenfonds zu widerrufen. Bechler erklärte jedoch im Juli 1948 schließlich, daß Anträge auf eine nachträgliche Enteignung von Land empfängern nicht mehr akzeptiert und sogar Unfähigkeit und Unwilligkeit von „Siedlern" hingenommen werden sollten. Nur bei gravierenden Verstößen gegen die Bodenreformverordnung war die Vergabe von Boden zu revidieren, ohne daß dabei allerdings die übergeordneten politischen Ziele der Besitzumwälzung gefährdet werden sollten.[21]

Die Beharrungskraft traditionaler Mentalitäten und sozialer Beziehungsnetze in dörflichen Milieus

Die Bodenreform traf in den dörflichen Milieus insgesamt auf beträchtliche Vorbehalte und Ressentiments, die sich vor allem aus traditionalen Mentalitäten, aber auch pragmatischen Erwägungen speisten. Wegen der Wirkungsmacht fester Klientelbeziehungen nahmen die Bauern und Landarbeiter die Aufrufe der KPD zur Bodenreform zunächst überwiegend zurückhaltend auf. Wie aus dem Kreis Westhavelland berichtet wurde, traf die Propaganda der SED vielerorts auf Ablehnung, Unglaube und Mißtrauen. Viele Landräte klagten über die Passivität der Landarbeiter, die davor zurückschreckten, sich gegenüber „ihren" Gutsbesitzern zu exponieren. In der Gemeinde Joachimsthal (Kreis Angermünde) weigerten sich Landarbeiter Anfang Oktober 1945, Boden anzunehmen. Paternalistische Bindungen und die Furcht vor einer Rückkehr bereits enteigneter Gutsherren verzögerten in Brandenburg vielerorts die Durchführung der Bodenreform ebenso wie Einwände gegen die geringe Größe der vergebenen Parzellen. Die Bodenreform wurde erst allmählich als irreversibler Prozeß verstanden, zumal die Rentabilität der dürftig ausgestatteten Neubauernstellen keineswegs gesichert schien. Da Informationen nur gefiltert bis zu den Dorfbewohnern vordrangen, verbreiteten sich überdies Gerüchte über eine – angeblich von den westlichen Besatzungsmächten flankierte – Rückkehr enteigneter Gutsbesitzer, deren Vergeltung weithin gefürchtet wurde. Der 1. Sekretär der KPD-Kreisleitung Zauch-Belzig berichtete am 18. Oktober 1945: „Am Anfang waren alle ängstlich, eine so große und verantwortungsvolle Arbeit durchzuführen. [...] Es gab selbstverständlich auch Zweifler, ob es auch möglich wäre, mit 5 ha bzw. 8 ha eine Bauernwirtschaft lebensfähig zu erhalten." Wegen des geringen Vieh-, Inventar- und Gebäudebestandes hielten viele Dorfbewohner, die sich um Land bewerben durften, den Aufbau kleiner Neubauernbetriebe in der unmittelbaren Nachkriegszeit für aussichtslos. Im Kreis Ruppin baten Landarbeiter die Bodenkommission, einige

21 BLHA, Rep. 332, Nr. 612, Bl. 123; Rep. 401, Nr. 5601 (Beschluß v. 21.9.1951); Marquardt, Bodenreformkommissionen, S. 243f. Zum Verbot der SMAD: BArch, DK-1, Nr. 8192, Bl. 166; DK-1, Nr. 8924, Bl. 453. Befehl der SMA vom 29. Mai 1947 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 4, Bl. 90f. Überlegungen des Ministers für Wirtschaftsplanung vom 17. August 1947 in: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 200f. Vgl. auch BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 63f., 114, 152. Beispiele für verhinderte Enteignungen in: BArch, DK-1, Nr. 7559, Bl. 278, 350.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Güter nicht aufzuteilen. Die Bedenken speisten sich aber nicht nur aus pragmatischen Einwänden, sondern besonders aus dem vorherrschenden Moralkodex, der Diebstahl kategorisch ausschloß, und der Volksreligiosität, die auf dem Lande vielerorts noch tief verwurzelt war. Deshalb insistierten viele Landempfänger auf eine Bezahlung der ihnen zugewiesenen Parzellen, da sie das Odium des Diebstahls scheuten und nur erworbenes Land als rechtmäßig angeeignet und vollwertig eingestuft wurde. Diese Mentalität und das daraus resultierende Handeln verweisen auf eine wichtige symbolische Dimension der Landumwälzung in der unmittelbaren Nachkriegszeit.[22]

Obgleich die lokalen Lebenswelten eng und vielfältig mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen verflochten waren und von externen politischen Interventionen nachhaltig beeinflußt wurden, schlossen sich viele Dorfbewohner gegen implantierte Fremdkörper wie Sowjets, Kommunisten und Städter ab. Die überlieferte Bindung an den Besitz, der weithin das Sozialprestige bestimmte, widersprach einer rigorosen Enteignung. Deshalb reagierten auch die Altbauern, die weniger als 100 ha besaßen, mit Argwohn, als im Herbst 1945 das Eigentum der Gutsbesitzer ohne Prüfung des Einzelfalles und Einspruchsfristen entschädigungslos und vollständig enteignet wurde. In Brandenburg fürchteten alteingesessene Landwirte, die durch die Bodenreform vereinzelt auf den Gütern gepachtete Flächen verloren hatten, um ihr Eigentum. Die Angst vor einer „zweite Bodenreform", die angeblich auch Besitzer mit weniger als 100 ha erfassen sollte, erfaßte besonders Großbauern. Diese Landwirte versuchten, Boden, den sie auf den Gutshöfen gepachtet hatten, vor der Enteignung zu schützen. Schon nachdem das Gut in Babe (Kreis Ostprignitz) im August 1945 in genossenschaftliche Bewirtschaftung übergegangen war, erwarteten Bauern hier überdies, daß „nach der Genossenschaft die Kollektivisierung [sic] eintreten wird." Unter dem Eindruck dieser Gerüchte bemühten sich Großbauern, ihre Fläche so weit zu verringern, daß sie über weniger als 50 ha oder sogar 20 ha verfügten. Diese Ausweichstrategien sollten die bäuerlichen Akteure dem politischen Zugriff des SED-Regimes entziehen.[23]

Brandenburgische Gutsbesitzer, die in ihren Heimatdörfern verblieben waren, verfügten in den ländlichen Gemeinden vielerorts noch über einen beträchtlichen Einfluß. Bürgermeister und Landräte teilten ihnen deshalb „Resthöfe" und Neubauernstellen zu, gelegentlich auch gegen den Widerspruch von Parteifunktionären. Obgleich Anträge auf Restbesitz überwiegend abgelehnt wurden, erhielten einzelne Gutsherren, deren Eigentum konfisziert worden war, bis zu 25 ha Land. Bis zum März 1946 wurden in Brandenburg insgesamt 108 enteignete Großgrundbesitzer wieder angesiedelt. Die SED-Leitungen betrachteten noch den geringen Resteinfluß der traditionalen Elite als politische Gefahr. Parteifunktionäre warfen

22 Conze, Adel, S. 277. Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/229, Bl. 211. Zur Gemeinde Joachimsthal: BLHA, Rep. 330, Nr. 20, Bl. 24. Zur Reaktion der potentiellen Landbewerber auf den Mangel an Betriebsmitteln: SAPMO-BArch, NY 4182/1052, Bl. 58. Zu den Gerüchten über eine Rückkehr der Gutsbesitzer: SAPMO-BArch, NY 4182/1053, Bl. 145; BLHA, Rep. 330, Nr. 17, Bl. 44f. Allgemein: Sandford, Hitler, S. 85, 106; Osmond, Kontinuität, S. 146; Ross, Constructing, S. 19f.; Kluge, Landwirtschaft, S. 82; Merz, Bodenreform, S. 1166f.; Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 58; Wachs, Bodenreform, S. 33f.

23 Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4036/684, Bl. 12. Vgl. auch BLHA, Rep. 332, Nr. 639, Bl. 9; Rep. 350, Nr. 872, Bl. 6, 8; Rep. 330, Nr. 25, Bl. 13; Rep. 330, Nr. 25, Bl. 9. Zum Landverlust der Großbauern allgemein: Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 58f. Zu den Gerüchten über eine „zweite Bodenreform": Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 234, 659 (Anm. 351). Zur Furcht vor einer Enteignung und den Ausweichstrategien der Bauern: BLHA, Rep. 332, Nr. 658, S. 32. Allgemein: Nehrig/Piskol, Rolle, S. 334.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Gutsbesitzern, die in ihren Heimatdörfern verblieben waren, vielfach vor, die Neubauern zu verunsichern und damit die Bodenreform zu sabotieren. Wie der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Neuruppin am 6. März 1946 kritisierte, befanden sich hier noch „oft die ehemaligen Besitzer der Güter auf dem Gut oder im Ort. Diese Leute bedeuten eine Hemmung und verbreiten Parolen, die den Siedler wankelmütig machen." Die Funktionäre trieben die politische Mobilisierung auf dem Lande voran, indem sie die Bevölkerung unablässig aufforderten, „reaktionäre" Gutsbesitzer und -verwalter zu „entlarven".[24]

Enteignete Gutsherren wurden vielerorts nicht nur von „ihren" Landarbeitern in Schutz genommen, sondern auch von Treuhändern, Bürgermeistern, Landräten, Oberlandräten und Rechtsanwälten protegiert. Viele Treuhänder, die zuvor als Inspektoren in den konfiszierten Betrieben gearbeitet hatten, hielten an der Organisationsstruktur der Gutshöfe fest, so daß Neubauern ihr Land gemeinsam bewirtschafteten oder sogar Lohnarbeitern gleichgesetzt wurden. In der Gemeinde Kienitz (Kreis Lebus) bearbeitete der frühere Verwalter 1946 noch rund 250 ha Land. Angeblich verlangte er von den Neubauern, daß sie vier Wochentage den noch nicht verteilten Boden bearbeiteten. Sogar Verwalter von Gütern, die von der Roten Armee beschlagnahmt und bewirtschaftet wurden, nutzten gelegentlich ihren Einfluß zugunsten enteigneter Gutsherren. In vielen Gemeinden prolongierten auch Bürgermeister die Struktur der Gutswirtschaft, so daß sie der Begünstigung der früheren Besitzer bezichtigt wurden. Der von Parteifunktionären erhobene Vorwurf der „Sabotage" verlieh der Denunziation in den Dörfern kräftig Auftrieb. So teilte im Januar 1946 ein Neubauer aus der Gemeinde Schulzendorf (Kreis Ruppin) der Redaktion der Zeitung „Der freie Bauer" mit: „Grundsätzlich ist jede selbständige Arbeit dem Siedler unmöglich gemacht worden. Der Bürgermeister sowie ehemalige Treuhänder führen die Gemeinschaftsarbeit weiter [...] Siedler, die dem Treuhänder nicht folgen wollen und auf Selbständigkeit dringen, meldet der Treuhänder dem Bürgermeister als Arbeitssaboteure. Dieser schickt sie dann zur Strafe zur Waldarbeit. Wenn das hier so weitergeht, dann werden wir Siedler überhaupt nicht frei und bleiben willenlos Arbeitssklaven des Bürgermeisters und der arbeitsscheuen Treuhänder." Mißtrauisch beobachtet von Parteifunktionären, versuchten auch Rechtsanwälte (überwiegend erfolglos), die Enteignung ihrer Mandanten mit Einsprüchen zu revidieren.[25]

Dorfbewohner nahmen in Brandenburg oft vorübergehend enteignete Gutsbesitzer auf, die ihre Wohnungen verlassen mußten. Vielerorts wurden Gutsherren weiterhin geachtet und gelegentlich sogar bewundert. In der Gemeinde Dannenwalde (Kreis Ostprignitz) erklärten Bewohner 1949: „Der Gutsbesitzer war in Ordnung. Schlimm war nur der Inspektor!" Auch im Kreis Templin bekannten sich Dorfbewohner noch 1950 zu enteigneten Großgrundbesitzern. Ein Arbeiter, der auf dem VEG in Netzow beschäftigt war, hatte das Pferdegeschirr eines Gutsherrn aufbewahrt, und in Milmersdorf verhinderte nur der Bürgermeister, daß ein Gärtner auf der Grabstätte eines Großgrundbesitzers ein Denkmal er-

24 Zit. nach: BLHA, Rep. 330, Nr. 21, Bl. 28. Zu Brandenburg insgesamt: SAPMO-BArch, NY 4062/66, Bl. 25f., 109; BArch, DK-1, Nr. 7659, Bl. 135f.; BLHA, Rep. 208, Nr. 193, Bl. 20; Rep. 330, Nr. 20, Bl. 42. Einzelfälle z.B. in: BArch, DK-1, Nr. 7558, Bl. 127f.; v. Kruse (Hg.), Weißbuch, S. 36, 39. Allgemein: Naimark, Russen, S. 196.

25 Zit. nach: BLHA, Rep. 330, Nr. 21, Bl. 74. Zu Treuhändern auch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/137, Bl. 66; BArch, DK-1, Nr. 7559, Bl. 238, 295. Einsprüche Enteigneter exemplarisch in: BArch, DK-1, Nr. 7558, Bl. 126f., 408–410. Zur Intervention von Rechtsanwälten aus der Sicht der SED-Funktionäre: BArch, DK-1, Nr. 7592, Bl. 132; BLHA, Rep. 330, Nr. 17, Bl. 10; Rep. 330, Nr. 18, Bl. 90. Zur Kontinuität der Gutswirtschaft: Sandford, Hitler, S. 110.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

richtete. Nach dem Bericht einer Brigade der SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) war in Marxwalde (bis 1949: Neuhardenberg) 1958 die „‚Grafenvergötterung' des von Hardenberg in der Bevölkerung verbreitet." Staats- und Parteifunktionäre, deren Urteile von einem dichotomischen Freund-Feind-Denken geprägt waren, überschätzten zwar den Einfluß der Gutsbesitzer; traditionale Mentalitäten, die durch paternalistische Sozialbeziehungen gekennzeichnet waren, erwiesen sich insgesamt jedoch als so zählebig, daß der strukturelle Umbruch von Altbauern geprägte dörfliche Milieus allenfalls partiell erschütterte.[26]

Die starke Bindung an die Gutsbesitzer spiegelte sich auch in der Zurückhaltung vieler Dorfbewohner gegenüber dem Abriß der Herrenhäuser wider. In Brandenburg zögerten Neubauern vielerorts, die Gebäude zu beseitigen, die als politisch-kulturelle Zentren der Dörfer galten. Auch alteingesessene Landwirte verurteilten den Abriß wertvoller Gebäude als politische Strafmaßnahme, die lediglich den Einfluß der früheren Besitzer symbolisch beseitigen sollte. In zahlreichen Dörfern schlugen Bauern vor, zumindest einige Gutshäuser zu erhalten. Vereinzelt wandten sich sogar Funktionsträger der SED wie Kreisvorsitzende gegen die Anordnung des Zentralkomitees und der Landesvorstände, die Gutsgebäude abzutragen. Auch viele Dorfbewohner lehnten vor allem den Abriß von Gutshäusern ab, in denen Vertriebene untergebracht waren. Im Kreis Zauch-Belzig stellten sich Bauern und die VdgB im Frühjahr 1948 offen gegen den Abbruch von Stallgebäuden, die für das Vieh und zur Einlagerung des geernteten Getreides benötigt wurden. 1950 sprachen sich Landwirte in Versammlungen vielerorts gegen die Beseitigung von Gutsscheunen aus, da der gewährte Baukredit von jeweils maximal 3.750,- DM für die Errichtung neuer Wirtschaftsgebäude ohnehin nicht ausreichte. Ebenso trafen willkürliche Anordnungen von Bürgermeistern, Mauern und andere Gebäudeteile abzutragen, weithin auf Unverständnis. Das ZK der SED kritisierte in seinem Schreiben an den Landesvorstand der Partei in Brandenburg vom 29. Januar 1948 deshalb nochmals scharf die „zögernde Abrisstätigkeit bei Herrenhäusern", da die Bevölkerung „von einer gewissen Angst erfüllt" sei, „dass die Herren wiederkehren könnten und sie dann für den Abbruch verantwortlich machen würden. Ausserdem wird immer wieder der kulturhistorische Wert verschiedener Bauten herausgestellt. [...] Trotzdem müssen sie abgebrochen werden, was aber gerade in Kreisen unserer Genossen nicht verstanden wird." Noch im Frühjahr 1948 waren in den Ortsgruppen der SED Bedenken gegen die überstürzte Aktion weit verbreitet. Dennoch ging die SED-Führung in den ersten Nachkriegsjahren rigoros gegen traditionale Bindungen vor, um die Spuren der verhaßten „Junkerherrschaft" auf dem Lande zu tilgen.[27]

---

26 Hierzu der Bericht Sägebrechts vom 21. September 1945 in: Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 48. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 24/A 187 („Auswertung der 1. Brandenburgischen Landjugendkonferenz"); BLHA, Rep. 730, Nr. 970 („Disposition für den Einsatz einer Brigade des Büros der Bezirksleitung im Kreis Seelow"). Zum Kreis Templin: BLHA, Rep. 332, Nr. 328, Bl. 43. Allgemein: Naimark, Russen, S. 195. Zu Mecklenburg-Vorpommern exemplarisch: Conze, Adel, S. 282

27 Zit. nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 643, Bl. 39. Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/256, Bl. 209, 231, 232f.; DY 30/IV 2/7/321, Bl. 40f.; BArch, DK-1, Nr. 7558, Bl. 294; DK-1, Nr. 8835, Bl. 6; DK-1, Nr. 8908, Bl. 25; DK-1, Nr. 9052, Bl. 45; BLHA, Rep. 208, Nr. 2754/1, Bl. 311. Zum Protest von Bauern gegen den Abriß von Gutsscheunen exemplarisch: BLHA, Rep. 206, Nr. 2616 („Protokoll über die Gemeindeversammlung in Steinsdorf am 3.3.1950"). Zum Kreis Zauch-Belzig: BLHA, Rep. 203, MdI, VP, Nr. 129, Bl. 128. Zu den Bedenken in der SED 1948: BLHA, Rep. 332, Nr. 608 (Bericht v. 15.3.1948).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Verbunden mit der Kritik an dem Größenlimit für die Neubauernstellen, hatten Agrarexperten schon im Herbst 1945 die gemeinsame Bewirtschaftung des übergebenen Landes anstelle der Aufteilung gefordert, die vom Zentralkomitee der KPD angeordnet worden war. Auch Politiker der SPD, die eine Einrichtung kleiner Neubauernstellen für aussichtslos hielten, und KPD-Funktionäre, die den politischen Kurs auf eine „antifaschistische Volksfront" nach 1933 nicht erkannt oder geteilt hatten und an der stalinistischen Kollektivierungspolitik festhielten, wandten sich gegen die Parzellierung des Gutslandes. Wie ein Mitglied der SED-Kreisleitung Ruppin berichtete, vertraten Kleinbauern und Landarbeiter in der Gemeinde Dannenwalde, wo 1.200 ha enteignet worden waren, „die Meinung, dass der gesamte Ackerboden des Gutes zusammenbleiben müsste und dass alle Bauern an dem Ertrag sowie an der Bewirtschaftung beteiligt sein können. [...] Sie glauben, durch eine genossenschaftliche Bewirtschaftung des Gutes – es ist hierzu zu sagen, dass dort ein tüchtiger Verwalter auf dem Gut ist – und dass nur durch dessen Tatkraft die Aberntung der bebauten Flächen so reibungslos und schnell vor sich geht, für die nächste Ernte einen viel, viel grösseren Erfolg bringen wird, als wenn das Gut jetzt aufgeteilt würde, und jeder Siedler bzw. Bauer müsste recht und schlecht seine 20 Morgen bewirtschaften." Der Berichterstatter bat die SED-Kreisleitung, „eine genossenschaftliche Verwaltung des Gutes zu erwägen ..." Insgesamt bildeten sich im Herbst 1945 Formen gemeinsamer Landbewirtschaftung heraus, die überwiegend von den Treuhändern (oft früheren Gutsinspektoren) oder den Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe organisiert und geleitet wurden. Als nicht intendierte Folge der Bodenreform widersprach die „Gemeinwirtschaft" aber direkt dem politischen Ziel der sowjetischen Besatzungsmacht und der führenden deutschen Kommunisten, die Neubauern an ihren Besitz zu binden und damit auch auf die neue politische Ordnung zu verpflichten.[28]

In Brandenburg ging die bäuerliche Kooperation vielerorts aus Notgemeinschaften hervor, die im Sommer 1945 verlassenes Land übernommen und im Herbst enteignete, aber noch nicht wieder vergebene Ackerflächen bestellt hatten. Hoernle interpretierte die Arbeits- und Betriebsgemeinschaften, die in den Dörfern Brandenburgs den Anbau übernommen hatten, Anfang August 1945 sogar als unabdingbare Grundlage der Bodenreform. Nach der Enteignung der Gutsbesitzer wurde das beschlagnahmte Gutsland in Brandenburg überwiegend nur formal aufgeteilt, da es gemeinsam bewirtschaftet werden mußte. So drängte der Leiter der KPD-Ortsgruppe in der Gemeinde Wilmersdorf (Kreis Beeskow-Storkow) die ansässigen Neubauern schon am 19. September 1945, sich zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuschließen. Die Zusammenarbeit der Bauern war in den Dörfern unabdingbar, um die Ernte und Bestellung des Landes zu sichern. Ein Neubauer, der in Schenkenberg (Kreis Prenzlau) lebte, wandte sich deshalb in seiner Leserzuschrift an die Wochenzeitung „Der freie Bauer" am 24. Dezember 1945 entschieden gegen eine individuelle Bewirtschaftung der schwachen Betriebe: „Noch ca. 7.000.- Ztr. sind zu dreschen und weitere 400 ha zu pflügen. [...] Wir wollen mit alledem schnell fertig werden, um sofort danach jeder für sich

28 Zit. nach: BLHA, Rep. 330, Nr. 21, Bl. 34 (Interpunktion korrigiert). Vgl. auch BLHA, Rep. 330, Nr. 23, Bl. 84f.; Rep. 330, Nr. 97, Bl. 12f. Dagegen berichtete die SED-Kreisleitung Frankfurt (Oder) am 31. Oktober 1945: „Einwendungen von Landarbeitern wegen der Ausführungsbestimmungen sind uns bisher nicht bekannt geworden." (BLHA, Rep. 330, Nr. 116, Bl. 18). Zur Forderung der Agrarexperten: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/53, Bl. 1f.; NY 4263/6, Bl. 105f.; Zank, Gesellschaftspolitik, S. 55; Kuntsche, Umgestaltung, S. 195. Zu den Einwänden der Bauern und Landarbeiter auch: Nehrig/Piskol, Rolle, S. 330.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

zu wirtschaften. Aber zu alledem ist Gemeinschaftsarbeit notwendig, denn stellen Sie sich vor, wenn nun einer sagt, dessen Land fertig bestellt ist, ich wirtschafte nur für mich und helfe den anderen nicht aus dem Dreck, denn mit 22 Pferden und weiter nichts, da muss ja schon alles daran gesetzt werden, um herumzukommen. [...] Wir haben angefangen, gemeinschaftlich zu pflügen und Land zu bestellen, also müssen wir alle Arbeiten, die die Ernährung sichern, gemeinschaftlich durchführen, schon aus dem Grunde, weil ja noch 1.200 Mrg. [Morgen] übrig sind, die letzten Endes dann keiner bearbeiten will."[29]

Die bäuerliche „Gemeinwirtschaft", die der Distributionspolitik der SMAD und der KPD/SED widersprach, ergab sich vor allem aus der akuten Not, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine Zusammenarbeit der ökonomisch ungesicherten landwirtschaftlichen Produzenten nahelegte. Wegen des drückenden Mangels an Maschinen, Geräten und Gebäuden wurde das landwirtschaftliche Inventar von den Neubauern in Brandenburg überwiegend gemeinsam genutzt. Auch Bürgermeister, die von den sowjetischen Kommandanten zur Erfüllung der weitgehend willkürlich festgelegten Ablieferungsquoten gezwungen wurden, traten – wie die KPD-Bezirksleitung in Brandenburg am 1. März 1946 berichtete – für „kollektive Wirtschaftsplanung" ein. Die Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe verstärkten auf dem Lande Forderungen, das Vieh gemeinsam zu halten und das technische Inventar genossenschaftlich zu nutzen. Außerdem unterstützten Parteifunktionäre, die weiterhin einen schnellen Übergang zur Kollektivwirtschaft befürworteten, die bäuerliche Kooperation, zumal viele Landempfänger inaktiv oder erkennbar nicht geeignet waren. Sogar in der Landwirtschaftsabteilung der Provinzialverwaltung Brandenburg wuchsen bis März 1946 die Vorbehalte gegen Neubauern, „denen die elementarsten Kenntnisse in der Landwirtschaft fehlen."[30]

Eine schnelle Auflösung der gutswirtschaftlichen Betriebsorganisation mit ihren festlegten Rotationssystemen, die den Anbau von Pflanzenprodukten bestimmten, war aber nur möglich, wenn unabsehbare wirtschaftliche Folgelasten in Kauf genommen wurden. In vielen brandenburgischen Gemeinden zögerten Dorfbewohner – auch Landempfänger – und Amtsträger deshalb weiterhin, den vergebenen Boden individuell zu bebauen. Bereits am 22. Dezember 1945 hatte Reutter dem ZK mitgeteilt, daß in Brandenburg die „Aufteilung

29 Zit. nach: SAPMO-BArch, NY 4182/1057, Bl. 62 (Orthographie und Interpunktion korrigiert). Zur Gemeinde Wilmersdorf: BLHA, Rep. 255, Amtsbez. Lindenberg, Kr. Beeskow-Storkow, Nr. 3 („Protokoll über die Sitzung des Komitees zur Bodenreform in der Gemeinde Wilmersdorf"). Zu den Notgemeinschaften aus der Sicht der SED-Führung: SAPMO-BArch, NY 4036/684, Bl. 7; NY 4182/1053, Bl. 17f.; Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 244. Zur Gemeinschaftshilfe in Brandenburg 1945: SAPMO-BArch, NY 4182/1052, Bl. 12, 17f.; Nehrig, Uckermärker Bauern, S. 22. Zu den Formen der bäuerlichen „Gemeinwirtschaft": Wolfgang Heun/Gundula Heidenreich, Die neubäuerliche Gemeinwirtschaft in Haus Zeitz. Zur Durchführung der demokratischen Bodenreform, in: JfW 1990/II, S. 31–41, hier: S. 32; Siegfried Kuntsche, Der Kampf gegen die „Gemeinwirtschaft" der Neubauern, für die Auflösung des Gutsbetriebes und den Aufbau der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 20 (1971), GSR, S. 39–51, hier: S. 39f.; ders., „Gemeinwirtschaft", S. 42–54.

30 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/634, Bl. 2; BArch, DK-1, Nr. 7659, Bl. 144. Zum Nexus von mangelhafter Ausstattung mit Betriebsmitteln und bäuerlicher Gemeinschaftsarbeit in anderen Ländern und Provinzen der SBZ: SAPMO-BArch, NY 4182/1053, Bl. 140; DY 30/IV 2/7/230, Bl. 98, 304f., 313; BArch, DK-1, Nr. 8908, Bl. 3; Kuntsche, „Gemeinwirtschaft", S. 76–91, 182–184, 192–195, 223–226; ders., Situation, S. 149f., 161; Heun/Heidenreich, Gemeinwirtschaft, S. 34. Zur Verzögerung durch Bürgermeister: BLHA, Rep. 330, Nr. 1 („Diskussion Gen. Leps"); Rep. 255, Amtsbez. Buckow, Kr. Lebus-Seelow, Nr. 1 (Schreiben v. 29.9.1945).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

zum Teil nur fingiert durchgeführt" worden war und auch viele Tiere und Geräte noch von den Neubauern gemeinsam genutzt wurden. Am 4. Januar 1946 kritisierte Rau scharf die vorherrschende gemeinsame Bewirtschaftung: „In einer Anzahl von Fällen steht die Aufteilung der enteigneten Güter an landarme, landlose Bauern, Landarbeiter und Umsiedler nur auf dem Papier. [...] In vielen Fällen haben [...] die Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe das Vieh und landwirtschaftliche Inventar noch zurückgehalten und nicht an die Bauern übergeben. [...] In einigen Fällen behandelt man die Bodenanwärter noch wie die Landarbeiter und lässt sie heute noch gegen Lohn und Deputat arbeiten. [...] Häufig weigern sich die Kommissionen oder Behörden, besäten Boden aufzuteilen, um so die Einheit des Grossgrundbesitzes weiterhin zu erhalten. Sie begründen dieses Versäumnis mit der Absicht, die Arbeiten gemeinschaftlich bzw. kollektiv weiterzuführen. [...] Die Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe organisieren nicht [...] Ausleihstellen für Traktoren und andere Großmaschinen, sondern propagieren kollektive Bewirtschaftsform [sic], d.h. sie geben nicht dem einzelnen Bauern die Möglichkeit, seinen Boden zu bearbeiten, sondern verlangen, dass durchgehende Flächen mit Hilfe dieser Maschinen bearbeitet werden." Dennoch wurde das Land sowie das dazugehörige Vieh und Inventar den Empfängern auch im Frühjahr und Sommer 1946 weiterhin lediglich formal zugeteilt. Nachdem Kontrollen der sowjetischen Militärbehörden und der Provinzialverwaltung Anfang 1946 das Ausmaß der bäuerlichen „Gemeinwirtschaft" aufgedeckt hatten, drängten Kommandanten der Roten Armee, Parteifunktionäre der KPD bzw. SED und leitende Verwaltungsangestellte Bauern und Landarbeiter schließlich, zugeteilte Parzellen individuell zu bewirtschaften. Damit wurden die sozialen Beziehungen in den Gemeinden politisiert. Dorfbewohner, die sich als loyale Anhänger der neuen Machthaber zeigen wollten, denunzierten Amtsträger und Treuhänder, die an der gemeinsamen Bewirtschaftung enteigneter Gutsbetriebe festhielten.[31]

3. Entschlossene Abwehr und flexible Anpassung in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren. Der Umgang mit wirtschaftlicher und politischer Zentralisierung und Repression auf dem Lande

Angriff auf die Bauern und Ausweichstrategien

Die Bewirtschaftung von Nahrungsmitteln und das Ablieferungssystem für Agrarprodukte wurde über das Kriegsende hinaus aufrechterhalten. Der Übergang zur Planwirtschaft schränkte die Autonomie der Bauern weiter ein, bevor die Repression der Großbauern von

31 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, Bd. 2, S. 406; BLHA, Rep. 208, Nr. 185, Bl. 136 (Grammatik und Interpunktion korrigiert). Runderlaß Raus vom 29. März 1946 in: BLHA, Rep. 332, Nr. 638, Bl. 80f. Zum Problem der Anbaurotation in der Herbstbestellung 1945: Siegfried Kuntsche, Zur agraren Entwicklung eines ehemaligen Gutsdorfes in Mecklenburg, in: JfW 1967/III, S. 64–81, hier: S. 75, 77; ders., „Gemeinwirtschaft", S. 69–76; ders., Kampf, S. 40.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Ende 1948 bis Mitte 1953 den politischen Frontalangriff auf die bäuerliche Kultur einleitete, den der Beginn der Kollektivierung noch verschärfte. Abwehrreflexe gegen die Gängelung und Unterdrückung bestimmten in Brandenburg deshalb das Verhalten der Landwirte in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren. Bauern widersetzten oder entzogen sich in den ersten Nachkriegsjahren dem Druck, der besonders von den Erfassungsorganen ausging. Die Politik der „Differenzierung" spaltete vielerorts die dörfliche Gesellschaft, führte aber gelegentlich auch zu einer unvorhergesehenen Solidarisierung. Direkte personale Kommunikations- und Austauschbeziehungen, Nachbarschaft und die räumlichen Bezüge beeinflußten in den Dörfern nachhaltig das Verhalten gegenüber der Politik des SED-Regimes. So bildeten sich in den Gemeinden auch Allianzen zwischen den Dorfbewohnern und den Staats- und Parteifunktionären heraus, wenn beide Gruppen eng miteinander verwoben und wechselseitig auf Kooperation angewiesen waren. Bauern nutzten überdies gezielt politische Angebote, die ihren Interessen gerecht wurden und mit ihren Werten vereinbar waren. Widerstand und kreative Aneignung sowie Konfrontation und Kollusion kennzeichneten gleichermaßen die Reaktionen auf die Politik in den dörflich-agrarischen Milieus.[32]

Schwierige Versorgung und umstrittene Ablieferung

In vielen brandenburgischen Dörfern breiteten sich 1946/47 Hunger und Not aus. Da die Ernte der Neubauern vielerorts ausfiel, mußten ihnen Lebensmittelrationen zugeteilt werden. Nach den Überflutungen 1946 und 1947 blieb das Oderbruch ein Notstandsgebiet, da hier nicht nur landwirtschaftliches Inventar und Gebäude zerstört, sondern auch Saaten vernichtet worden waren. Neubauern konnten deshalb weder sich und ihre Familien ernähren noch Leihsaatgut zurückgeben. Der Enthusiasmus des Aufbruchs wich Not, Hunger und Desillusionierung. Ein „Siedler" aus der Gemeinde Drense (Kreis Prenzlau) schrieb dem Amt für Information als Reaktion auf den „Bauernbrief", der 1950 vom Ministerrat der DDR herausgegeben worden war: „Bin Umsiedler und habe [...] im Juli 1947 eine Teilpachtung von 29 ha übernommen. Lebendes Inventar war nicht vorhanden. Nach einiger Zeit kam ich durch Zuteilung zu einer Kuh zum Preise von 1283 M. Die war dermaßen abgemagert, daß sie aus Haut und Knochen bestand, durch große Pflege ist es gelungen, daß sie am Leben blieb. Von dieser einen Kuh kann ich das ha-Soll in Milch nicht erfüllen, kaufen kann ich keine weiteren mehr, dazu bin ich finanziell nicht in der Lage. Was soll ich tun, um meine Ablieferungspflicht zu erfüllen? [...] Wie kann ich meinen Viehbestand vermehren?" Im April 1950 klagte ein weiterer Neubauer auch über der Verlust von Saatgut durch Wildschweine: „Um immer wieder neues Saatgut zu kaufen, welches von den Wildschweinen vernichtet wird, habe ich kein Geld mehr. [...] Auch habe ich in wirtschaftlicher Hinsicht schwere und große Rückschläge gehabt. [...] Wenn es so weitergeht, stehe ich vor dem Ruin und sehe mich gezwungen, meine Siedlung niederzulegen." Alteingesessene Landwirte litten zwar weniger unter dem Mangel an Zugvieh, Maschinen, Geräten und Arbeitskräften, mußten aber gleichfalls hohe Verluste verkraften.[33]

32 Dagegen werden Kollusionen gegenüber Konflikten überbewertet in: Lindenberger, ABV als Landwirt, S. 171; Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 120.

33 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 202 G, Nr. 67 (Schreiben v. 28.4.1950; Orthographie und Interpunktion korrigiert); Rep. 202 G, Nr. 67 (Schreiben v. 21.4.1950; Interpunktion korrigiert). Zum Verlust der Getreideernte exemplarisch der Bericht über die Gemeinde Fliederhorst-Zotzen (Kreis

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Viele Bauern und Landarbeiter wandten sich deshalb gegen die Einstufung als Selbstversorger und verlangten die Zuteilung der Lebensmittelkarten, die auch Arbeiter erhielten. Beschäftigten, die auf Bauernhöfen tätig waren, waren die Rationen entzogen worden, obgleich viele Landarbeiter sich und ihre Familien nicht selbständig ernähren konnten. Deshalb mußten im Kreis Lebus Ende 1946 in neun Gemeinden 217 Personen, die nach einer Überprüfung nicht über ausreichend Lebensmittel verfügten, Selbstversorgerkarten zugeteilt werden. Die Bildung unterschiedlicher Versorgungsgruppen in Gemeinden, in denen nahezu alle Bewohner gleichermaßen Hunger und Not litten, förderte vielerorts Ressentiments und scharfe Konflikte. Besonders Neubauern, die in den Ostkreisen Brandenburgs lebten, konnten als Selbstversorger nicht überleben und forderten deshalb Lebensmittelkarten. Ein „Siedler" aus Podelzig (Kreis Lebus) fragte im August 1948, „ob es recht ist, daß ich heute schon Selbstversorger werde (nicht Teilselbstversorger), da ich noch kein Vieh besitze. Ich habe weder Fleisch, Fett, Nährmittel, Marmelade usw., nur Brot und Kartoffeln, und das nicht mal in ausreichendem Maße. So soll ich mit meiner Familie heute und evtl. nächstes Jahr ohne Fleisch, Fett, Nährmittel und Marmelade sein, das geht doch nicht. Da müßte meine Familie nebst Kindern zugrunde gehen. Teilselbstversorger, das wäre etwas anderes, da hätte ich die anderen Zugaben: Fleisch, Fett, Nährmittel und Marmelade." Damit widersprach er direkt, wenngleich wohl nicht bewußt der Politik sowjetischer Besatzungsbehörden, die 1948 den Kreis der Zuteilungsberechtigten einschränken ließen.[34]

Angesichts der geringen Wirtschaftskraft vieler Agrarbetriebe wehrten sich auch Bauern gegen die rigorose Erfassung ihrer Produkte und die hohen Abgabequoten. Landwirte lehnten die für sie festgelegte Einstufung im Ablieferungssystem ab, und Nebenerwerbsbauern, die Gewerbebetriebe wie Fuhrunternehmen führten, wiesen die Eingruppierung als landwirtschaftlicher Betrieb zurück. Bauern erhoben überdies oft gegen die Abrechnung ihrer Ernte und die Rückzahlung von Leihsaatgut Einspruch. Vielerorts protestierten Bürgermeister und Gemeindeverwaltungen gegen die Differenzierung, die einzelnen Dörfern ein hohes Ablieferungssoll auferlegte. Die Kreisdifferenzierungskommissionen und die Abteilungen Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den Räten der Kreise lehnten Einwände aber überwiegend ab, obgleich Kreisverwaltungen selber gegen ihnen auferlegte Ablieferungskontingente Einspruch erhoben. So wies der Rat des Kreises Ruppin im Januar 1951 ebenso auf die deutliche Erhöhung des Abgabesolls in den vorangegangenen Jahren wie auf Mißernten und die weiten Flächen hin, die hier nicht bewirtschaftet wurden. Im Kreis Zauch-Belzig wurde in einer Sitzungsvorlage für das Sekretariat der SED im Juli 1951 ausgeführt, daß „die Landesregierung dem Kreis im Anbauplan mehr ha-Flächen auferlegt hat, als wie [sic] diese tatsächlich im Kreise vorhanden sind. Es handelt sich hierbei also um ausgesprochene Luftzahlen."[35]

Westhavelland) in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/267, Bl. 75. Berichte zur Lage im Oderbruch 1947/48 in: BLHA, Rep. 208, Nr. 2752/1, Bl. 530–532; Rep. 208, Nr. 2754/1, Bl. 374. Zur Not der Altbauern: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 114 (Schreiben v. 31.8.1951).

34 Vgl. Boldorf, Landarmut, S. 147f., 151. Zit. nach: BLHA, Rep. 208, Nr. 2754, Bl. 328 (Orthographie und Interpunktion korrigiert). Vgl. auch BLHA, Rep. 208, Nr. 2752/1, Bl. 580; BArch, DK-1, Nr. 7558, Bl. 115, 122; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2022/64, Bl. 18, 26–28 (Angabe: Bl. 26).

35 BLHA, Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 117, Bl. 279. Zum Kreis Ruppin: BLHA, Rep. 208, Nr. 214, Bl. 271–273. Zum Umgang mit der Differenzierung in den Gemeinden daneben: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 439, Bl. 90.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Akteure in den Dörfern versuchten deshalb oft, die Ablieferung von Agrarprodukten zu umgehen oder zumindest zu verringern und zu stören. Vielerorts verzögerten Gemeindeverwaltungen – z.T. gezielt – die Aushändigung der Ablieferungsbescheide an die Bauern. Außerdem wurden in den Kreisen und Gemeinden bestellte Äcker bewußt verschwiegen und bei statistischen Erhebungen und Erfassungsaktionen Angaben zu unbewirtschafteten Flächen gefälscht. Noch verbreiteter war in Dörfern das Verfahren, für alle Vollerwerbslandwirte dieselbe Ablieferungsmenge festzulegen, um Konflikte und den beträchtlichen bürokratischen Aufwand zu vermeiden, den die Differenzierung vor allem Bürgermeistern auferlegte. Obgleich die Landwirtschaftsabteilungen der Räte der Kreise die Aufteilung der Ablieferungspläne auf die Bauern streng kontrollierten, konnten auch sie Korruption nicht verhindern, denn das Verfahren förderte in den dörflichen Milieus mit ihren vielfach engen Beziehungsnetzen Begünstigung und Vetternwirtschaft. Im allgemeinen wurden Betriebe statistisch häufig bewußt verkleinert, um der Ablieferungspflicht zu entgehen oder die Abgabe zumindest zu reduzieren. Alteingesessene Bauern, die wirtschaftlich gefestigt und gesellschaftlich respektiert waren, begünstigten sich und ihre Nachbarn bei der Differenzierung oft gegenüber den Neubauern. Zudem widersetzten sich viele wirtschaftsstarke Landwirte der Bildung von Liefergemeinschaften, da sie fürchteten, damit gegenüber schwachen Klein- und Neubauern benachteiligt zu werden.[36]

Ausweichstrategien und abweichendes Verhalten. Reaktionen auf die Erfassung und Produktionslenkung in der Landwirtschaft

Viele Bauern versuchten, ihre Erzeugnisse der Erfassung zu entziehen, da sie auf die beim Marktverkauf erzielten Bareinkommen angewiesen waren. Außerdem benötigten sie Futterpflanzen für die Aufstockung der Viehbestände, die in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren von ihnen verlangt wurde. Ein Landwirt, der in der Gemeinde Ihlow einen Hof mit 31 ha bewirtschaftete, schilderte in einem Interview rückblickend seine Ausweichstrategie: „Mit dem Abgeben [...], da hatten wir ja schon allerhand Schliche. Dann haben wir auf dem Feld hinten 'nen Acker gemacht, großes Loch gemacht, Kartoffeln – damit wir Saat hatten das andere Jahr – zugedeckt, Mist drübergemacht ..."[37] Angesichts des enormen wirtschaftlichen und politischen Drucks resignierten aber auch viele Landwirte, wenn ungünstige Witterungsbedingungen die Ernte verringerten. Vielerorts verband sich damit ein Gottesglaube, der auf dem Lande in der traditionalen Volksfrömmigkeit verwurzelt war. Im Kreis Gransee (Bezirk Potsdam) meinte ein Bewohner der Gemeinde Grieben im Juli 1954: „Ja, ja, die Menschen denken und Gott lenkt. Das Vieh hat im Winter schon gehungert, und jetzt hungert es auf der Weide. Nur lauter Krankheiten, Schweinepest, Hühnerpest, und nun fehlt bloß noch die Menschenpest, man kann ruhig sagen, die haben wir auch schon hier." Andere Dorfbewohner reagierten dagegen in den frühen fünfziger Jahren mit Ironie auf die Pressio-

36 BLHA, Rep. 202 G, Nr. 86, Bl. 93–95; BArch, DK-1, Nr. 7752, Bl. 159, 177. Zur Verzögerung des Verfahrens: BLHA, Rep. 208, Nr. 214, Bl. 4–7; Rep. 202 A, Nr. 439, Bl. 44. Zur Täuschung z.B. das Schreiben vom 11. Januar 1952 in: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 88. Zur „Scheindifferenzierung" als Ausweichstrategie: BLHA, Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 119, Bl. 149. Zu Korruption und Kontrolle: BLHA, Rep. 208, Nr. 615, Bl. 83f.; Rep. 203, MdI, Nr. 336, Bl. 34; Rep. 203, MdI, Nr. 337, Bl. 38, 100, 124, 144.

37 Interview mit O.S., Ihlow, 14.6.1995.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

nen des SED-Regimes. Besonders Landwirte äußerten in Brandenburg im Hinblick auf die Zeitschrift „Der freie Bauer" wiederholt, daß sie den Titel „Gefesselter Bauer" tragen müßte.[38]

Produzenten, die ihr Ablieferungssoll nicht erfüllen konnten, protestierten gegen die Anbauplanung, auf der die Berechnung ihrer Abgaben beruhte, und forderten, autonom über ihre Wirtschaftsführung entscheiden zu können. Mit dem Übergang zur Planökonomie, die landwirtschaftliche Produzenten in ein Korsett restriktiver Auflagen schnürte und ihnen kaum noch Handlungsspielraum ließ, verbreitete sich in Brandenburg der Ruf nach „freier Wirtschaft", zumal den hohen Ablieferungsquoten nur ein geringes Warenangebot für die Bauern gegenüberstand. In der Gemeinde Hoppegarten (Kreis Seelow) klagte ein Bauer 1951, die „Bauern in der DDR seien sowieso keine freien Bauern. Die ganzen Selbstverpflichtungen seien Betrug. Im kommenden Jahre wird daraufhin das Soll umso höher. Ein 3. Weltkrieg könnte kommen, um ihn vom hohen Soll zu befreien." Demgegenüber wandten sich leitende SED-Funktionäre kategorisch gegen das Konzept wirtschaftlicher Freiheit, das sie – wie der Sekretär für Landwirtschaft in der SED-Bezirksleitung Cottbus im August 1953 – als „Zwangswirtschaft unter der Herrschaft der Krautjunker und Schlotbarone" denunzierten.[39]

Konfrontiert mit dem enormen Druck der oft politisch indoktrinierten Erfassungskontrolleure, entwickelten Bauern über das Verbergen ihrer Produkte hinaus Ausweichstrategien, die einen offenen Konflikt mit der Staatspartei vermieden, ihnen aber einen begrenzten Freiraum ließen. So verschoben sie die Abgabe möglichst bis zum Quartalsende in der Hoffnung, von einer Verringerung der Kontingente zu profitieren. Andere Landwirte reduzierten die Größe ihrer Betriebe, indem sie Land verkauften oder verpachteten. Damit erreichten sie, daß sie in eine Betriebsgrößenkategorie eingestuft wurden, für die geringere Ablieferungsquoten galten. Zudem argumentierten Bauern, daß Witterungsbedingungen und Arbeitsüberlastung eine termingerechte Ernte nicht zuließen. Der Nachtdrusch, auf den SED-Funktionäre drängten, wurde von den Landwirten fast ausnahmslos abgelehnt, überwiegend mit dem Hinweis auf die ungenügende Beleuchtung. Anstelle der geforderten Steigerung ihres Arbeitseinsatzes – auch durch „Wettbewerbe" – verlangten sie von Erfassungsorganen, ihnen Erntekräfte zu vermitteln, die ihnen die Erfüllung der Pläne ermöglichen sollten. Mit dieser Forderung wiesen sie deutlich auf Defizite der SED-Agrarpolitik hin. Gelegentlich schlossen sich Bauern in Dörfern zusammen, um den Erfassungskontrolleuren gemeinsam zu widerstehen. Landwirte konnten ohnehin nicht aus der bäuerlichen Solidargemeinschaft ausscheren, ohne in den dörflichen Milieus eine anhaltende gesellschaftliche Isolierung in Kauf zu nehmen. Allerdings löste die Differenzierung der Kontingente nach Betriebsgruppen in den Gemeinden auch neue Konflikte zwischen den bäuerlichen Produzenten aus. So unterbrach ein Landwirt in Teschendorf (Kreis Ruppin) am 19. Februar 1952 das Referat eines „Meisterbauern" mit der Bemerkung: „Du kannst Dein Soll mit Deinen 7,5 ha erfüllen, wir mit unseren 30 ha nicht, wo [sic] man uns noch das Vieh zur Sollabgabe

38 BLHA, Rep. 401, Nr. 5623 (Bericht v. 1.11.1951). Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 820, Bl. 95 (Orthographie und Interpunktion korrigiert). Zur Aufforstung: Philipp, Landschaftsveränderungen, S. 135.

39 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 332, Nr. 239, Bl. 311; Rep. 930, Nr. 42, Bl. 105. Zur grundsätzlichen Ablehnung der Planwirtschaft auch: BLHA, Rep. 401, Nr. 5623 (Schreiben v. 18.1.1952); Rep. 530, Nr. 819, Bl. 232; Rep. 530, Nr. 820, Bl. 40; Rep. 530, Nr. 821, Bl. 45, 69, 141; Rep. 530, Nr. 822, Bl. 107, 130. Proteste gegen den Anbauplan z.B. dokumentiert in: BLHA, Rep. 208, Nr. 2752/1, Bl. 580; Rep. 202 A, Nr. 432, Bl. 13.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

herausnimmt und wir nicht schlachten können. Schämst Du Dich gar nicht, Deine Wirtschaft unseren gegenüberzustellen?" Eine vielschichtige Ambivalenz von Konsens und Konflikt prägte auch in den frühen fünfziger Jahren die Reaktion der Bauern auf die Agrarpolitik des SED-Regimes.[40]

Großbauern mußten ein besonders hohes Ablieferungssoll aufbringen und wandten sich deshalb in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren vielerorts scharf gegen die Zwangswirtschaft. Sie gingen aber zunächst kaum zu offenem, direktem Widerstand gegen die lokalen Herrschaftsträger über, sondern versuchten überwiegend, diese Gruppe für ihre Interessen zu gewinnen und sie auf die Zwangslage der großen bäuerlichen Produzenten hinzuweisen. Dabei nutzten viele Großbauern ihre sozialen Beziehungen zu Bürgermeistern, Volkspolizisten, ABV und anderen Herrschaftsträgern in den Gemeinden, um Erzeugnisse zu verbergen, vor der Ablieferung zu verkaufen oder ihre Kontingente zu senken. Gelegentlich weigerten sich diese Landwirte auch, Kredite aufzunehmen oder in ihre Höfe zu investieren, da sie eine bevorstehende Enteignung befürchteten. Noch verbreiteter war die Abgabe von Land, um damit das Ablieferungssoll zu verringern. Die Erhöhung der Viehhaltepläne von 1949 bis 1952 überforderte die Wirtschaftskraft vieler Großbauern vollends, die schließlich sogar Verzichtserklärungen für ihre Betriebe abgaben, um dem Ablieferungszwang zu entgehen und in der Industrie eine neue Arbeit aufzunehmen. Direkter gegen den weitreichenden herrschaftspolitischen Anspruch des SED-Regimes richtete sich die Weigerung von Großbauern, Erklärungen zu Wahlen, Viermächtekonferenzen oder anderen politischen Ereignissen zu unterzeichnen, zu denen die Machthaber in der DDR Propagandakampagnen inszenierten. Ebenso wurde die Repression vereinzelt offen kritisiert. Auch Klein- und Neubauern sowie Mitglieder der LPG widersetzten sich der ungehemmten Politisierung ökonomischer Probleme in der Agrarwirtschaft. So rief ein junger Landwirt in der Bauernversammlung in Teschendorf (Kreis Ruppin) am 19. Februar 1952, als der Bürgermeister über den ersten Fünfjahrplan sprach: „Wir wollen keine politischen Ausführungen, sondern eine Bauernberatung." Ein Bauer aus Neuenhagen (Kreis Bad Freienwalde, Bezirk Frankfurt/Oder) äußerte im September 1954 sogar, „er liefere erst ab, wenn Adenauer kommt." In vielen Dörfern solidarisierten sich auch Landwirte, die nur kleine Parzellen besaßen, mit Berufskollegen. So stellten sich in Wittstock (Kreis Zossen, Bezirk Potsdam) 20 bis 30 Bauern vor einen Großbauern, bei dem im Dezember 1953 eine Zwangserfassung durchgeführt werden sollte. Mit der schematischen Ablieferung ignorierten die Machthaber in der DDR nicht nur ökonomische Rationalitätskriterien, sondern sie verletzten oft auch das bäuerliche Ehrgefühl und Arbeitsethos.[41]

Die Wut der Landwirte richtete sich besonders gegen die Erfassungsinspekteure, die in den fünfziger Jahren von den Behörden und MTS auf die Höfe geschickt wurden, dort die

40 Dagegen: Werkentin, Art. „Kollektivierung der Landwirtschaft, Widerstand gegen", S. 217f. Zit. nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 240, Bl. 266 (Orthographie korrigiert). Zu den Ausweichstrategien: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 439, Bl. 83, 141f., 174; Rep. 203, MdI, VP, Nr. 128, Bl. 123. Zur Ablehnung des Nachtdrusches: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 61, Bl. 349; Rep. 202 G, Nr. 63, Bl. 85, 89, 177–179. Zur Bindungskraft der bäuerlichen Solidargemeinschaft gegenüber der rigorosen Ablieferungspolitik die Hinweise in: BLHA, Rep. 930, Nr. 44, Bl. 129; Rep. 530, Nr. 824, Bl. 130.

41 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 332, Nr. 240, Bl. 266; Rep. 730, Nr. 957 (Bericht v. 9.9.1954). Zur breiten Bauernfront in Wittstock: BLHA, Rep. 530, Nr. 730, Bl. 263. Zu den Formen abweichenden Verhaltens bei Großbauern: BLHA, Rep. 332, Nr. 612, Bl. 36; Rep. 208, Nr. 3014, Bl. 21, 115; Rep. 730, Nr. 226 (Bericht v. 11.11.1954); Rep. 530, Nr. 817, Bl. 112; Rep. 530, Nr. 824, Bl. 100.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Produktion überwachten und Erzeugnisse beschlagnahmten. Viele dieser Funktionäre waren den Bauern, denen sie in den Gemeinden unmittelbar gegenüberstanden, nicht gewachsen, zumal ihnen das erforderliche Fachwissen fehlte. Sie kompensierten ihre Unsicherheit oft, indem sie mit großer Härte gegen widerspenstige Landwirte vorgingen und dabei ihre umfassenden Exekutivbefugnisse nutzten. Auch mit Unterstützung der Volkspolizei nahmen Erfassungskontrolleure den Bauern gewaltsam ihre Produkte. In den brandenburgischen Dörfern wurden Erfassungsinspekteure deshalb vor allem in den frühen fünfziger Jahren, als sich der ökonomische Druck zu politischem Terror steigerte, beschimpft, bedroht und geschlagen. Im Landkreis Frankfurt (Oder) bezeichneten Einwohner der Gemeinde Hohenwalde die Agitation von Funktionären der VdgB und der „Nationalen Front" im Juni 1952 als „rote Bestrahlung". Die Empörung entlud sich auch in heftigen Angriffen auf Funktionäre, die bei den Neuwahlen zu den Vorständen und Revisionskommissionen der VdgB (BHG) mißliebige Geschäftsführer entmachten und Großbauern endgültig aus der Organisation verdrängen wollten. So drohten Landwirte einem Sekretär des VdgB-Kreisverbandes Westprignitz bei einer Generalversammlung der VdgB (BHG) in Perleberg am 18. März 1952 im Tumult, ihn aufzuhängen. Gelegentlich richtete sich die Gewalt der Bauern auch gegen den Besitz der Funktionäre. So zerschnitten in Neuholland Dorfbewohner im Sommer 1951 einem Kontrolleur die Reifen seines Fahrrads. Oft beseitigte Alkoholkonsum auf Festen bei den Dorfeinwohnern Hemmschwellen gegenüber offenen Übergriffen gegen Staats- oder Parteifunktionäre. So schlugen Einwohner der Gemeinde Freyenstein (Kreis Wittstock, Bezirk Potsdam) im August 1952 bei einem Feuerwehrfest einen Erfassungsprüfer nieder. In Nackel (Kreis Ruppin) wurde ein VEAB-Funktionär, der für die Ablieferung der Bauern zuständig war, im Januar 1952 „anläßlich eines Vergnügens in angetrunkenem Zustand an den Händen gefesselt und im Gastzimmer an einem Haken aufgehangen. Er mußte dort in dieser Lage an Eides statt schwören, seine ‚schmutzige' Funktion als Erfasser aufzugeben und zu kündigen." Im Herbst 1953 gingen Bauern vereinzelt – so in der Gemeinde Retzow (Kreis Nauen) – mit Brechstangen gegen Erfassungsinstrukteure vor und bedrohten sie mit Knüppeln und Steinen. Damit beeindruckten sie die Funktionäre durchaus, denn die Erhebung im Juni 1953 hatte die SED-Diktatur auf dem Lande nachhaltig erschüttert.[42]

Auch andere Funktionäre wurden von Dorfbewohnern offen brüskiert. Ein leitender Mitarbeiter der Landesregierung Brandenburg klagte nach einer Versammlung in der Gemeinde Wilhelmsaue (Kreis Seelow), wo er Bauern am 20. Juli 1951 zur Erfüllung ihrer Produktionsverpflichtungen gedrängt hatte: „Ich wurde wie die Regierung mit gekauft und russenhörig bezeichnet." Als im September 1952 der 1. Vorsitzende des Rates des Kreises Pritzwalk (Bezirk Potsdam) in der Gemeinde Giesendorf beantragte, einem säumigen Großbauern eine Geldstrafe in Höhe von 3.000,- DM aufzuerlegen, und dafür um Zustimmung bat, erhoben sich bei der Auszählung der Stimmen zahlreiche Bauern und verließen den Versammlungsraum. Anschließend bedrohten sie die anwesenden Funktionäre und forderten: „Schmeisst doch die Hunde raus, was wollen die Halunken eigentlich hier." Der protestierende Ortsvorsitzende der VdgB (BHG) schlug dabei auf den Tisch und schrie: „So eine verfluchte Schweinerei." Im Landkreis Brandenburg wurde einem Vertreter des Rates des Kreises, der

42 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 530, Nr. 821, Bl. 270 (Interpunktion korrigiert); Rep. 530, Nr. 835, Bl. 16. Zur Versammlung in Perleberg der Bericht vom 25. März 1952 in: BLHA, Rep. 332, Nr. 667. Zur Gemeinde Neuholland: BLHA, Rep. 730, Nr. 145 (Vorlage v. 17.9.1952). Zu Freyenstein: BLHA, Rep. 401, Nr. 59, Bl. 76. Zu den Anfeindungen in Brandenburg allgemein: BLHA, Rep. 401, Nr. 5623 (Schreiben v. 18.1.1952).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

die Forderung von Mittelbauern nach einer Wiederherstellung wirtschaftlicher Freiheit zurückwies, 1954 lautstark empfohlen: „Du hast keine Ahnung, mach, dass Du nach Hause kommst." In der Auseinandersetzung mit Staats- und Parteifunktionären, die sie freilich oft persönlich kannten, bestanden Bauern auf ihrer spezifischen Kompetenz und bewahrten damit ihre Selbstachtung.[43]

Daher entzogen sich die Inspekteure oft dem gesellschaftlichen Druck in den dörflichen Milieus, indem sie bedrängten Bauern halfen oder einfach resignierten. So weigerten sich Funktionäre, die im Sommer 1951 im Kreis Zauch-Belzig bei der Erfassung eingesetzt wurden, Großbauern Schweine mit einem Gewicht von nur 80 bis 90 Kilogramm zu entziehen. Bezirks- und Kreisleitungen der SED kritisierten auch wiederholt, daß die Erfassungsinspekteure „nicht konsequent um die Erfüllung der Pläne, besonders bei den Grossbauern, kämpfen" und die Kollektivierung in den Gemeinden nicht nachhaltig vorantrieben. Die Koordination mit anderen Behörden, die für die Ernährungswirtschaft zuständig waren, blieb unzureichend, Kontrollen wurden nur formal durchgeführt, und die Erfassungsinspekteure zeigten eine ausgeprägte Neigung, Arbeitsrückstände auf dem Lande mit „Feuerwehreinsätzen" aufzuholen. Dieses Verhalten wurde ihnen aber von übergeordneten Behörden aufgezwungen, die den Funktionären der Abteilungen Erfassung und Aufkauf kurze Fristen setzten, die nur mit Stoßarbeit in Nachtschichten eingehalten werden konnten.[44]

Bäuerliche Interessen, Maschinenstationen und staatliche Erfassungsbetriebe

Die bäuerlichen Akteure in den Gemeinden stellten auch die Maschinenstationen in den Dienst ihrer Interessen. Schon die Bezeichnung „Maschinen-Ausleih-Station" hatte vielerorts den Argwohn von Bauern geweckt, die mit den sowjetischen Vorbildern der Betriebe die Kollektivierung und den Terror gegen die „Kulaken" verbanden. Darüber hinaus kritisierten in Brandenburg Landwirte scharf das vielfach geringe Arbeitstempo und die unzureichende Leistung der Betriebe, deren veraltete Maschinen oft ausfielen. Auch die Qualifikation der Beschäftigten reichte insgesamt nicht aus, um die Arbeitsanforderungen zu bewältigen. Viele MAS konnten ihre Verträge mit den Bauern deshalb nicht einhalten, so daß sich auf dem Lande eine tiefgreifende Desillusionierung verbreitete, die auch die SED-Politik diskreditierte. So bemerkte ein Bauer aus Ahrensdorf (Kreis Teltow) im September 1951 knapp: „Bist du Gottes Sohn, so hilf dir selbst." Die Trunkenheit von Traktoristen erregte besonderen Anstoß, zumal die MAS zu Musterbetrieben entwickelt werden sollten. Obgleich die Zahl der verfügbaren Maschinen in den frühen fünfziger Jahren zunahm, galten die Betriebe weiterhin als unzuverlässig, so daß die Bauern den Zusagen der Führungskräfte überwiegend wenig trauten. Auch die Gesellschaftskreise von Beschäftigten der MAS und ihrer bäuerlichen Klienten waren oft getrennt. So nahm im Bezirk Cottbus in der Gemeinde

43 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 401, Nr. 5625 („Zusatz zum Protokoll vom 19.9.1952"); Rep. 530, Nr. 819, Bl. 232.

44 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 208, Nr. 3014, Bl. 21 (Interpunktion korrigiert); Rep. 202 A, Nr. 439, Bl. 82. Zum Verhalten der Erfassungsinspekteure aus der Sicht der Parteileitungen auch: BLHA, Rep. 332, Nr. 608 (Protokoll v. 26.6.1950); Rep. 208, Nr. 3014, Bl. 115; Rep. 530, Nr. 803, Bl. 146; Rep. 530, Nr. 1529, Bl. 73f.; Rep. 730, Nr. 633 (Bericht v. 3.6.1958). Zum Kreis Zauch-Belzig: BLHA, Rep. 250, Nr. 118, Bl. 7; Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 120, Bl. 36.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Weisskollen (Kreis Hoyerswerda) Ende 1954 keiner der Traktoristen am Leben der Dorfbewohner teil.[45]

In einzelnen Gemeinden bevorzugten MAS Großbauern und Amtsträger wie Bürgermeister bei der Bestellung der Felder und in der Ernte, obgleich besonders große Landwirte nach den Anweisungen der SED-Leitungen in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren zuletzt bedient werden sollten. Wirtschaftsstarke Altbauern boten den Traktoristen nicht nur eine höhere materielle und finanzielle Vergütung, sondern konnten in den Gemeinden auch ihr gesellschaftliches Prestige wirkungsvoll nutzen. Noch in den späten vierziger Jahren entschieden vielerorts Bürgermeister und – oft in Personalunion – Ortsausschußvorsitzende der VdgB über den Einsatz der Maschinen. Gelegentlich belohnten Großbauern die Beschäftigten von Maschinenstationen sogar mit Sonderrationen, damit diese auf ihren Feldern arbeiteten. So pflügten Traktoristen der MAS in Karstädt (Kreis Westprignitz), in Dannenwalde und Kyritz (beide Kreis Ostprignitz) 1949 bei Großbauern, die ihnen dafür Lebensmittel gaben. Die Traktoristen wurden daraufhin auf Druck von SED-Funktionären fristlos entlassen. Vielerorts benötigten die Bauern dringend die Hilfe der MAS, so daß sie den Einsatz der Maschinen zu beeinflussen suchten. In den Landkreisen West- und Ostprignitz war es nach einem Bericht eines SED-Instrukteurs vom 20. März 1950 in MAS „vorgekommen, daß die landwirtschaftlichen Beiräte, die ja selber Siedler sind, zuerst ihr Land bestellen ließen und dann auf Grund von Bestechungen das von guten Bekannten." Altbauern, die ihre Pferde verkauften, wurde die Absicht unterstellt, damit gezielt den Einsatz der MAS auf ihren Feldern herbeizuführen. Unter dem Einfluß von Verschwörungsvorstellungen vermuteten SED-Funktionäre sogar, daß wirtschaftsstarke Landwirte ihre Maschinen gegen Entgelt Neubauern zur Verfügung stellten, während sich die Alteingesessenen von den Maschinenstationen helfen ließen. Funktionäre konnten aber nur begrenzt die Beharrungskraft dörflicher Traditionsmilieus einschränken, in denen gesellschaftliche Netzwerke politische Interventionen konterkarierten oder zumindest deformierten.[46]

Auch nach dem Beginn der Kollektivierung beeinflußten soziale Beziehungen die Arbeit der MTS in den Gemeinden. Obgleich die Maschinen weitgehend in den LPG eingesetzt werden sollten, wurden Einzelbauern weiterhin von Maschinenstationen unterstützt. Dabei erhielten Traktoristen vielfach Gratifikationen, die sie in den Produktionsgenossenschaften nicht bekamen. Nach einem Bericht des Volkspolizei-Kreisamtes Zossen vom 27. Februar 1958 ließen sich hier Traktoristen „bestechen, sei es durch Schnaps usw. und gehen dazu über, erst die Felder der Großbauern zu bestellen und nicht, wie es sein sollte, die LPG zu unterstützen." Gelegentlich führten Traktoristen auf den Höfen auch in ihrer Freizeit Arbeiten durch, so im Sommer 1958 in der Gemeinde Parlow (Kreis Eberswalde, Bezirk Frank-

45 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1358, Bl. 8. Zit. nach: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 63, Bl. 220. Klagen von Bauern auch überliefert in: BLHA, Rep. 208, Nr. 111, Bl. 111; Rep. 332, Nr. 239, Bl. 223f.; Rep. 332, Nr. 240, Bl. 301; Rep. 332, Nr. 310, Bl. 3, 46. Zur schlechten Arbeit von Traktoristen besonders: BLHA, Rep. 332, Nr. 240, Bl. 301. Zu dem geringen Vertrauen der Bauern beispielhaft: BLHA, Rep. 250, Nr. 118, Bl. 58. Zu den Assoziationen der MAS mit der Kollektivierung offen Karl Mewis in: SAPMO-BArch, Sg Y 30/1244/3, Bl. 38.

46 Zit. nach: BLHA, Rep. 332, Nr. 237, Bl. 29. Zu den MAS in den Kreisen West- und Ostprignitz: BLHA, Rep. 332, Nr. 237, Bl. 28. Zur Präferenz einzelner MAS für Arbeiten bei Großbauern auch: BLHA, Rep. 332, Nr. 630 (Berichte v. 11.3.1951 u. 7.6.1951); Rep. 530, Nr. 730, Bl. 195; Rep. 332, Nr. 629, Bl. 248. Zur Rolle der Bürgermeister und Ortsausschüsse der VdgB: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 162, Bl. 186.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

furt/Oder). Nachdem die Bezirksleitung der SED in Frankfurt (Oder) daraufhin den Einsatz der MTS grundsätzlich auf die LPG beschränkt hatte, ignorierten viele Direktoren Aufträge der Einzelbauern völlig. Sie wurden aber auch deshalb von Parteifunktionären kritisiert. Konfrontiert mit den widersprüchlichen und wechselnden Anweisungen der SED-Bezirksleitung, bevorzugten einzelne Brigadiere der MTS noch 1959/60 unabhängige Bauern gegenüber LPG. Ebenso wie die Vernachlässigung von Produktionsgenossenschaften wurden Alkoholexzesse von Traktoristen von den übergeordneten SED-Funktionären und Polizeioffizieren umfassend kriminalisiert, da sie das Dogma der überlegenen „sozialistischen" Gesellschaft verletzten oder andere Tabus brachen. So mußte die konsternierte SED-Führung im Januar 1958 zur Kenntnis nehmen, daß in der Gemeinde Bruchhagen (Kreis Angermünde, Bezirk Frankfurt/Oder) betrunkene Traktoristen der MTS Lieder gesungen hatten, die ihre Absicht ausdrückten, Ostpreußen zurückzuerobern. Daraufhin wurde unverzüglich eine Agitationsbrigade eingeschaltet und die SED-Kreisleitung alarmiert. Damit mußten die Funktionäre hektisch auf eine Aporie der Politik ihrer Parteiführung reagieren, denn die Beschäftigten der Maschinenstationen sollten den Wandel der ländlichen Gesellschaft in Abgrenzung von den traditionalen Eliten vorantreiben, mußten sich dazu aber in die dörflich-agrarischen Milieus integrieren, auf deren Mobilisierung sie angewiesen blieben.[47]

4. Abweichendes Verhalten und Arrangements. Die Kollektivierung und die Krisen der SED-Politik auf dem Lande 1953 und 1956

Überblick: Eingriffe in dörfliche Milieus bei der Zwangskollektivierung

Die Kollektivierung der Landwirtschaft zielte insgesamt auf die Beseitigung der selbständigen Bauern als Gesellschaftsgruppe, die als sozialer Kern der dörflichen Gesellschaft das Leben auf dem Lande nach der Entmachtung der Gutsbesitzer geprägt hatte. Dem Zusammenschluß zu LPG standen aber nicht nur die ökonomischen Interessen der Bauern, sondern auch der überlieferte Wertekanon entgegen, der auf der Verfügung über Landbesitz und Produktionsmittel basierte. Indem sie die Handlungsautonomie der eingetretenen Landwirte beseitigte, stellte die Arbeitsorganisation in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zudem das traditionale Selbstverständnis der bäuerlichen Betriebsinhaber grundsätzlich in Frage. Die Agrarpolitik der SED löste deshalb in den fünfziger Jahren Nonkonformität, Verweigerung und Protest aus, die überwiegend individuell blieben. Da sie in ihren Betrieben weitgehend isoliert lebten und arbeiteten, über keine wirksamen Interessenorganisationen und Berufsverbände mehr verfügten und die Staats- und Parteiorgane besonders 1952/53 und 1959/60 bei der Kollektivierung überaus rigoros vorgingen, kam es nur spora-

47 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/354, Bl. 169. Zit. nach: BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 227 (Interpunktion korrigiert). Vgl. auch BLHA, Rep. 730, Nr. 930 („Teil Landwirtschaft. Zur Einschätzung des Volkswirtschaftsplanes, III. Quartal 1958"); Rep. 730, Nr. 963 (Vorlage v. 4.1.1960). Zur Gemeinde Parlow: BLHA, Rep. 730, Nr. 800 (Bericht v. 14.6.1958).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

disch zu kollektiver gesellschaftlicher Verweigerung und zu breitem sozialen Protest, wodurch Privatbauern wirksam gegenüber dem politischen Druck der Agitationstrupps abgeschirmt wurden. Bauern fanden in noch weitgehend intakten dörflichen Milieus jedoch einen beträchtlichen Rückhalt, der vielfältige Formen individueller Aneignung und Verweigerung begünstigte. Das tief im bäuerlichen Wertetraditionalismus verwurzelte abweichende Verhalten, das sich auf Beziehungsnetze in den dörflich-agrarischen Milieus stützte, zwang die Staats- und Parteifunktionäre im Kollektivierungsprozeß zu bedeutenden Konzessionen gegenüber Bauern, die sich kraftvoll dem verlangten Eintritt in die LPG widersetzten. Wiederholt wurden sogar Agitationstrupps, die in ländlichen Gemeinden auf Verweigerung, Protest oder sogar Widerstand trafen, wieder abgezogen. Landwirte konnten damit die Kollektivierung zwar nicht verhindern, aber verzögern und ihre Forderungen zudem in einen asymmetrischen Aushandlungsprozeß einbringen.[48]

Die Kollektivierung griff tief in die dörflichen Lebenswelten ein und politisierte diese nachhaltig. In den Gemeinden drängten Staats- und Parteifunktionäre Bauern, neue Produktionsgenossenschaften zu bilden oder sich bestehenden Kollektivbetrieben anzuschließen. Lockung und Zwang waren dabei komplementäre Herrschaftsmittel, wie am Beispiel der Agitation im Bezirk Potsdam gezeigt werden kann. Hier wurden seit Ende 1957 Brigaden eingesetzt, die zunächst überwiegend Staatsfunktionäre aufnahmen, aber durch Beschäftigte von VEG und Industriebetrieben sowie Führungskräfte der Gewerkschaften und der VdgB verstärkt wurden. Nach dem V. Parteitag der SED weiteten die Kreisleitungen und die Räte der Kreise den konzentrierten Einsatz der Brigaden in einzelnen Gemeinden aus. Die SED-Bezirksleitung Potsdam hatte bereits am 22. Juli 1958 angeordnet, besonders die alteingesessenen Mittelbauern in südlichen Landkreisen wie Belzig und Königs Wusterhausen für die LPG zu gewinnen. Im Frühjahr 1960 wurden Agitationsgruppen mit jeweils mehr als zehn Mitgliedern – darunter Beauftragten des Büros der Kreis- oder Bezirksleitungen, der Räte der Kreise oder Bezirke, des ZK, Staatsanwälte und Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit – in die Dörfer geschickt, wo sie sich oft tagelang aufhielten. „Operativstäbe", die in den Kreisen gebildet wurden, erlegten den Agitationskommissionen in konkreten „Kampfaufträgen" auf, die Kollektivierung in wenigen Wochen abzuschließen und dazu die Bauern zu veranlassen, Eintrittserklärungen zu unterzeichnen. In den Gemeinden warben die Agitatoren für die LPG, indem sie besonders auf die Vorteile der mechanisierten Großproduktion hinwiesen, materielle Unterstützung zusagten und den Landwirten in Aussicht stellten, ihre Arbeit mit dem Eintritt in Produktionsgenossenschaften zu erleichtern. Konzentrierte Einsätze (so in „Wochen der Landagitation") und die Abriegelung von Gemeinden sollten im Februar und März 1960 den Durchbruch zu „vollgenossenschaftlichen" Dörfern erzwingen. Da die Funktionäre aber – wie sie vereinzelt durchaus zugaben – einem hohen politischen Erfolgsdruck ausgesetzt oder aber von der Kollektivierungspolitik überzeugt waren, zwangen sie Landwirte, die sich der Werbung verweigerten, ständig zu „Aussprachen" und bedrohten sie. Indem die Agitatoren die Zustimmung der Bauern zum Eintritt in die LPG zu einer Erklärung über den „Frieden" stilisierten, schüchterten sie renitente Landwirte ein, die in Flugblättern auch als Feinde der DDR, Lakaien Adenauers oder Sympathisanten der Westmächte diffamiert wurden. Außer der groben Stigmatisierung zermürbte der Einsatz von Lautsprecherwagen widerspenstige Bauern, die sich hartnäckig der Propaganda

48 Werkentin, „Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht", S. 140. Vgl. demgegenüber Christoph Kleßmann, Zwei Staaten – eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988, S. 316, 318. Hierzu und zum folgenden auch: Bauerkämper, Verhalten, S. 301–307.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

verweigerten und Agitatoren abgewiesen hatten. Abweichendes Verhalten wurde überdies rücksichtslos kriminalisiert. Ebenso wie in den frühen fünfziger Jahren sollten Schauprozesse im Frühjahr 1960 die Entschlossenheit des SED-Regimes demonstrieren, die Kollektivierung zu beenden und politische Gegner hart zu bestrafen. Die Agitation hinterließ in vielen Dörfern nicht nur traumatische Erinnerungen, z.T. auch bei den Funktionären, sondern darüber hinaus tiefe gesellschaftliche Gegensätze, die noch in den LPG fortwirkten.[49]

Konflikte bei der Bildung der ersten LPG und Motive des Beitritts

Schon die Bildung der ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hatte in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus vielerorts heftige Konflikte ausgelöst. Die LPG wurden in Versammlungen gegründet, in denen das jeweils gültige Statut angenommen werden mußte und Leiter der MAS, Sekretäre der SED-Kreisleitungen oder Staatsfunktionäre den eingetreten Bauern oft ihre uneingeschränkte Unterstützung versprachen. In den Gründungsprotokollen, die vielfach von identischen politischen Bekenntnissen eingeleitet und von den neuen Mitgliedern unterzeichnet wurden, waren außerdem der Name der LPG, die jeweils eingebrachten Flächen und die Vorstandsmitglieder zu verzeichnen. Fragen in den konstituierenden Versammlungen zielten überwiegend auf die Rechte und Pflichten der Mitglieder, die Verteilung der Einkünfte und die Übernahme „devastierter" Betriebe. Gelegentlich kritisierten die Teilnehmer aber auch die Arbeit der MAS und die hohe Veranlagung, brachten Einwände gegen die Umstellung der Betriebsorganisation, Produktion und Fruchtfolge vor, verliehen ihrer Furcht vor einem Rückgang der Erträge Ausdruck und äußerten Bedenken, vor allem gegen das Beitrittsverbot für Großbauern.[50]

Nachdem Anfang August 1952 in Worin (Kreis Seelow) die LPG „Thomas Müntzer", die zunächst noch als „Vereinigung der gemeinsamen Bodenbearbeitung und -nutzung" bezeichnet wurde, gebildet worden war, beschleunigte sich unter dem Druck der SED-Leitungen in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus die Kollektivierung. In Worin verabschiedeten die Gründungsmitglieder ein Musterstatut, das zuvor mit der Kreisleitung abgesprochen worden war und allen LPG vom Typ I zugrunde gelegt wurde. Einzelne Bestimmungen, besonders zur Einkommensverteilung, wurden aber leicht variiert. Bauern, die sich in den brandenburgischen Dörfern der Bildung von LPG widersetzten und nicht

49 Richard Schröder, Die DDR einst – und jetzt?, in: APZ, B 41/92, 2.10.1992, S. 3–12, hier: S. 4. Zum konzentrierten Einsatz der Agitationsgruppen auch: BLHA, Rep. 530, Nr. 759, Bl. 105. Zur Bildung der Brigaden: Wietstruk, Umgestaltung, S. 62. Zur verstärkten Agitation seit 1958: BLHA, Rep. 530, Nr. 887, Bl. 206; Rep. 530, Nr. 1371 (Schreiben v. 22.7.1958). Zur Zusammensetzung im Frühjahr 1960: BLHA, Rep. 530, Nr. 1429, Bl. 117–125. Zur Vorbereitung einer „Woche der Landagitation": BLHA, Rep. 530, Nr. 201, Bl. 17. Zur Arbeit der „Operativstäbe" exemplarisch: BLHA, Rep. 530, Nr. 1434 (Bulletin v. 7.3.1960). Zum Druck auf die Agitatoren: BLHA, Rep. 530, Nr. 732, Bl. 46–50; Rep. 530, Nr. 1573 (Bericht v. 25.8.1960). Der Einsatz von Lautsprecherwagen gegen widerspenstige Bauern wird empfohlen in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1429, Bl. 73; Rep. 530, Nr. 759, Bl. 109. Zur Durchführung von Schauprozessen: BLHA, Rep. 401, Nr. 828, Bl. 476; Rep. 530, Nr. 953, Bl. 40. Zur Denunziation in Flugblättern exemplarisch: BLHA, Rep. 530, Nr. 760, Bl. 154.

50 Vgl. BArch, DK-1, Nr. 5944, Bl. 235 (Interpunktion korrigiert). Zum Ablauf von Gründungsversammlungen die Protokolle in: BArch, DK-1, Nr. 5942, Bl. 206, 276, 329; DK-1, Nr. 5943, Bl. 3f., 7f., 60, 71, 92, 126–128, 219, 255, 273, 321f.; DK-1, Nr. 5944, Bl. 20, 321. Einwände von Versammlungsteilnehmern dokumentiert in: BArch, DK-1, Nr. 5943, Bl. 294; DK-1, Nr. 5944, Bl. 147, 149, 279.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

zu den Gründungsversammlungen eingeladen waren, bezeichneten die neuen Betriebe als „Kolchosen" und provozierten gelegentlich auch gewalttätige Auseinandersetzungen. Andere Landwirte blieben passiv und warteten die Entwicklung der neuen Kollektivbetriebe ab, deren wirtschaftliches Potential sie bezweifelten. So erklärten noch selbständige Neubauern in Jacobsdorf (Kreis Fürstenwalde, Bezirk Frankfurt/Oder), wo bereits am 25. Juli 1952 eine LPG gegründet worden war, den Mitgliedern vorsichtig: „... wollen mal sehen, was ihr vollbringt, wenn uns die Sache gefällt, sind wir ebenfalls bereit, in die Genossenschaft einzutreten." Dagegen lehnten Pastoren und lokale Honoratioren wie Bürgermeister und Lehrer die Kollektivierungspolitik in Altbauerndörfern kategorisch ab.[51]

Die sozialen Spannungen und Gegensätze, die das SED-Regime mit seiner Kollektivierungspolitik in den Dörfern auslöste, entluden sich in heftigen Konflikten. Die Auseinandersetzungen traten paradigmatisch in der Gemeinde Friedrichsaue (Kreis Seelow, Bezirk Frankfurt/Oder) hervor. Im August 1952 versuchten hier drei SED-Mitglieder, die Gründung einer LPG zu vereiteln. Die Gegner der Kollektivierung versammelten sich im örtlichen Gasthaus, wo sie offenbar ausgiebig alkoholische Getränke einnahmen. Nachdem dort die Bildung einer Produktionsgenossenschaft verkündet worden war, kam es zu einer „Saalschlacht". Nach dem Bericht eines Funktionärs der SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) schlugen sich die Bauern mit Stühlen. Der zuständige Sachbearbeiter der Kriminalpolizei verschleppte zunächst die Ermittlungen und informierte die beschuldigten Personen anschließend über seine Arbeit. Wegen des Aufruhrs bei der Gründung weigerte sich die SED-Kreisleitung Seelow, das Statut der neuen LPG zu bestätigen. Der 1. Sekretär der Kreisleitung ließ die fünf Bauern, die sich zusammengeschlossen und den Betrieb gebildet hatten, sogar als „Provokateure" verhaften und löste damit rigorose Sanktionen des ZK der SED aus. Die verantwortlichen „Genossen" wurden schließlich in einem Schauprozeß ihrer Ämter enthoben, verhaftet und aus der SED ausgeschlossen. Nachdem das ZK auch die anderen Parteimitglieder und -funktionäre, die an dem Vorfall beteiligt waren, diszipliniert hatte, berichtete das „Neue Deutschland" am 2. November 1952 ausführlich über das Gerichtsverfahren, mit dem ein Exempel statuiert und abweichendes Verhalten auf dem Lande überwunden werden sollte. Jedoch waren Verweigerung, Protest und Widerstand gegen die Kollektivierung auf dem Lande keineswegs gebrochen. Die Gründung neuer Produktionsgenossenschaften löste in brandenburgischen Dörfern vielmehr auch weiterhin vielfältige Abwehrreflexe aus, da die Kollektivarbeit mit dem Streben der Bauern nach wirtschaftlicher Autonomie und individueller Handlungsfreiheit nicht vereinbar war.[52]

Allerdings beschränkte sich das Verhalten der Landbevölkerung gegenüber der Kollektivierungspolitik nicht auf Verweigerung, Protest und Opposition, obgleich viele Berichte der Parteileitungen und Sicherheitsorgane diesen Befund nahelegen. Auch einzelne alteingesessene Landwirte betrachteten die Gründung von LPG vielmehr als Chance, ihre Familien

51 Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 5946, Bl. 25. Zur Gründung der LPG Worin: BArch, DK-1, Nr. 5946, Bl. 221f.

52 Zum Konflikt in Friedrichsaue die Berichte vom 13. August und 1. September 1952 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 953. Dazu auch – mit unterschiedlichen Interpretationen – die Darstellungen in: Hans Zimmermann, Die führende Rolle der SED in den ersten Monaten der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Frankfurt/Oder 1952/53, in: Stefan Doernberg u.a., Beiträge zur Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1961, S. 365–396, hier: S. 379f.; Lindenberger, ABV als Landwirt, S. 170; Bauerkämper, Verhalten, S. 301f.; Pohl, Justiz, S. 243; Mitter, „Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern", S. 84f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

wirtschaftlich zu sichern, beruflich zu avancieren und den angestrebten gesellschaftlichen Aufstieg zu erreichen. Neubauern, die hoch verschuldet und nicht mehr imstande waren, ihre Kleinbetriebe zu rentablen Höfen auszubauen, konnten in LPG eine neue Arbeit aufnehmen und damit einen Berufswechsel oder Umzug vermeiden. Vielerorts schlossen sich daher 1952/53 in den Gemeinden die ökonomisch schwächsten Stelleninhaber, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Boden übernommen hatten, zu Produktionsgenossenschaften zusammen. Für diese Gruppe war allerdings weniger die Anziehungskraft der LPG für den Beitritt zu den neuen Betrieben ausschlaggebend als ihre oft bedrückende Not. Sie mußten sich den Produktionsgenossenschaften anschließen, „weil es der einzige Ausweg ist, um sich vor dem Ruin zu retten." Auch für alteingesessene Landwirte schien die Integration der Viehwirtschaft in die LPG vom Typ III geeignet, die Bäuerinnen zu entlasten, die in den Familienbetrieben überwiegend das Vieh gepflegt hatten. In einigen Produktionsgenossenschaften – so in Gorz (Kreis Rathenow, Bezirk Potsdam) – traten Frauen deshalb schon im Sommer 1952 für den Übergang zur gemeinsamen Viehhaltung ein. In der LPG, die am 3. Juli 1952 in Neuheim (Kreis Luckenwalde, Bezirk Potsdam) gegründet worden war, zeigten sich die Frauen vieler Mitglieder zunächst zufrieden mit der erreichten Entlastung. Da die Arbeitsintensität in der individuellen Viehwirtschaft in den fünfziger Jahren wuchs, die erforderlichen Futtermittel fehlten und die Mechanisierung der Stallarbeiten gering blieb, wurden Produktionsgenossenschaften des Typs I vereinzelt schnell zu LPG vom Typ III umgebildet.[53]

In den Produktionsgenossenschaften entfiel überdies weitgehend die Arbeit von Kindern, die auf dem Lande traditionell mit Aufgaben bei der Frühjahrsbestellung und in der Ernte betraut worden waren. Zudem hatten sie oft die Fütterung der Tiere oder die Aufsicht über das Vieh auf den Weiden übernommen. Deshalb traten auch Nachkommen von Altbauern für die Gründung von LPG ein. So erklärte der Sohn einer Einzelbäuerin in Mertensmühle (Kreis Luckenwalde), wo am 23. August 1959 die Maschinen der MTS der LPG übergeben wurden, entschlossen: „Ich setze mich jetzt mit meiner Mutter auseinander, und ich sage ihr, daß es auch für uns Zeit ist, in die LPG zu gehen, und daß sie auch an meine Zukunft denken möchte." Dagegen ließen sich nur wenige Bauern von den Vorteilen der Großflächenwirtschaft und der Perspektive einer mechanisierten, rationellen und intensivierten Agrarproduktion überzeugen, die SED-Funktionäre besonders in den späten fünfziger Jahren propagierten. Nicht die modernistische Vision der Machthaber, sondern die konkreten Probleme und Herausforderungen bestimmten überwiegend das Verhalten der Akteure in ihren dörflichen Lebenswelten. Generations- und geschlechterspezifische Unterschiede prägten dabei die Wahrnehmung der Kollektivierungspolitik und den Umgang mit den LPG ebenso tiefgreifend wie die Zugehörigkeit zu einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und die individuelle sozioökonomische Lage. Auch die Bindung an traditionale Werte und dörfliche Milieus beeinflußte nachhaltig die anziehende bzw. abstoßende Wirkung von Produktionsge-

53 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 730, Nr. 954 (Bericht v. 8.10.1952); Rep. 401, Nr. 59, Bl. 62 (Interpunktion korrigiert). Zu den LPG in Gorz und Neuheim: BLHA, Rep. 401, Nr. 59, Bl. 7, 23f. Beschlüsse zum Übergang zu LPG des Typs III z.B. überliefert in: BLHA, Rep. 801, Nr. 25144 (Protokolle v. 5.6.1956 u. 7.4.1956). Vgl. auch Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 22–24; Schmidt, „Drei- oder viermal im Leben neu anfangen zu müssen ...", S. 305; Nehrig, Entwicklung, S. 73.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

nossenschaften. Das Verhältnis der *push-* und *pull*-Faktoren ist in weiteren lokalen Konstellationsanalysen jeweils detailliert zu untersuchen.[54]

Aufbruch auf dem Lande in den Krisen des SED-Regimes 1953 und 1956

In den Krisen der Agrar- und Gesellschaftspolitik des SED-Regimes 1953 und 1956/57 trat abweichendes Verhalten auf dem Lande besonders deutlich hervor. Das Kommuniqué des Politbüros der SED vom 9. Juni 1953 und die zwei Tage später vom Ministerrat verabschiedeten Beschlüsse zur Durchsetzung des „Neuen Kurses" verunsicherten die LPG-Mitglieder nachhaltig. Die Abteilung Agitation im ZK der SED berichtete am 20. Juni 1953: „In den LPG löste das Kommuniqué größtenteils große Beunruhigung und Kopflosigkeit aus, wobei folgende Argumente im Vordergrund standen: ‚Was wird aus den LPG?' ‚Wir machen den Großbauern nicht die Arbeit.' ‚Wer ersetzt uns die Arbeit, die wir in Grossbauernland gesteckt haben, was wird aus unseren Kinderkrippen, Klubräumen, die in Grossbauernhäusern errichtet wurden?' usw." Da sie nicht nur von Unrechtsbewußtsein beherrscht waren, sondern auch annahmen, daß die Regierung den Produktionsgenossenschaften die wirtschaftlichen Vergünstigungen entziehen würde, verließen viele Bauern, die sich den Betrieben lediglich wegen der ökonomischen Vorteile angeschlossen hatten, die LPG. Andere Mitglieder deuteten den „Neuen Kurs" demgegenüber als Verrat an ihren Idealen und waren über die Auflösung ihrer Betriebe verbittert. In zahlreichen Produktionsgenossenschaften legten Mitglieder und andere Beschäftigte die Arbeit nieder. Streiks breiteten sich auch in den staatlichen Landwirtschaftsbetrieben aus. Enteignete Bauern, die aus der Haft freigelassen oder aus der Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt waren, wurden in vielen Dörfern z.T. festlich empfangen und beantragten bei den Räten der Bezirke und Kreise die Rückgabe ihres Besitzes. Alteingesessene Landwirte begrüßten das Kommuniqué des Politbüros und forderten die wirtschaftliche Gleichstellung mit den LPG, besonders bei der Abgabe ihrer Produkte und der Belieferung mit Betriebsmitteln. Gerüchte über das Ende des SED-Regimes und den Zerfall der DDR lösten besonders bei den bedrängten Großbauern vorzeitige Freude aus. Demgegenüber waren die Staats- und Parteifunktionäre auf dem Lande oft völlig verunsichert und überfordert. Noch am 7. Juli 1953 meldete die Abteilung Landwirtschaft im ZK, daß „die Partei und Staatsorgane die Entwicklung in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nicht in der Hand haben."[55]

Im Bezirk Potsdam griffen die Unruhen, die in den Städten ausgebrochen waren, schon Mitte Juni auf das Land über. Dabei zerfielen vor allem Produktionsgenossenschaften, die Bauern gegründet hatten, um von den wirtschaftlichen Vergünstigungen für die neuen Kollektivbetriebe zu profitieren. Persönliche Differenzen unter den Mitgliedern, die Unzufrie-

54 Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 753, Bl. 183 (Interpunktion korrigiert). Anschaulich der autobiographische Bericht in: Christian Schneider, Was bleibt von uns? Bauernstimmen, Bautzen 1991, S. 157–161.

55 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/530, Bl. 105 (Orthographie und Interpunktion korrigiert); DY 30/IV 2/7/354, Bl. 7. Zu den Reaktionen von LPG-Mitgliedern vgl. auch die instruktiven Berichte in BArch, DK-1, Nr. 5877, Bl. 121; DK-1, Nr. 5895, Bl. 73f., 96f. Zu den Gerüchten und zur Reaktion von Bauern auf das Kommuniqué: Udo Wengst, Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953, in: VfZ 41 (1993), S. 277–321, hier: S. 280, 283f., 289f., 292, 294f., 297, 299, 314f.; Werkentin, Strafjustiz, S. 85–87; Mitter/Wolle, Untergang, S. 34f., 72–76, 79, 86f., 126–131; Mitter, Ereignisse, S. 34f.; SAPMO-BArch, NY 4062/92, Bl. 6, 28, 73f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

denheit über die hohe Arbeitslast und die geringen Einkommen, der Produktivitätsrückstand gegenüber den selbständigen Bauern und die Rücknahme der politischen wie materiellen Unterstützung durch die Machthaber veranlaßten viele Mitglieder, die Auflösung ihrer LPG zu verlangen oder den Betrieben den Rücken zu kehren. Allgemein verbreitete sich auf dem Lande die Erwartung, daß die SED-Führung ihre rigorose Kollektivierungspolitik zurücknehmen und damit eine „andere Zeit" anbrechen würde, so daß in vielen Produktionsgenossenschaften auch politisch loyale Mitglieder resignierten. In den staatlichen Behörden und in den SED-Leitungen häuften sich Berichte über interne Konflikte, die desolate wirtschaftliche Lage und geringe Arbeitsleistung. In einzelnen Produktionsgenossenschaften wie dem Kollektivbetrieb in der Gemeinde Gräben (Landkreis Brandenburg) gaben Mitglieder nach der Auflösung sogar offen zu, „sie wären nur in die LPG gegangen, um sich vor dem Untergang ihrer Wirtschaften zu retten." Mittelbauern beantragten den Austritt aus den Betrieben mit der Begründung, daß „sie nur wegen Nichterfüllung ihres Solls der Genossenschaft seinerzeit beigetreten sind und nicht eingesperrt werden wollten." Die Erosion von Produktionsgenossenschaften konzentrierte sich auf Regionen, in denen alteingesessene Landwirte dominierten und die bäuerliche Kultur ein festes Fundament hatte. Hier waren LPG-Mitglieder dem starken Druck der Dorfbewohner ausgesetzt, denen die Kollektivierungspolitik überwiegend fremd geblieben war. In der Nähe von Städten, in denen sich die Bevölkerung offen gegen die staatssozialistische Diktatur erhoben hatte, kollabierten besonders viele LPG. So griff der Aufstand von der Stadt Brandenburg, wo die Justizvollzugsanstalt gestürmt wurde, auf den umliegenden Landkreis über, so daß sich hier schon bis zum 19. Juni vier Produktionsgenossenschaften auflösten.[56]

Als das SED-Regime seine Repressionspolitik offen zurücknehmen mußte, löste sich auf dem Lande der politisch erzwungene Aktivitätsstau, und eine neue Dynamik brach sich Bahn. Gruppen, die traditionalen, gegen die staatssozialistische Zwangsmodernisierung gerichteten Werten und Lebenswelten verhaftet waren, schöpften neue Hoffnung. Viele Vertriebene sehnten die Rückkehr in ihre Heimat herbei, Gläubige erwarteten die Wiederherstellung der Bekenntnisfreiheit und Kirchenautonomie, Bauern verweigerten die Ablieferung und forderten den Übergang zu „freier Wirtschaft", Beschäftigte in landwirtschaftlichen Betrieben legten ihre Arbeit nieder, und Dorfbewohner demonstrierten gegen die Diktatur. So organisierten alteingesessene Landwirte am 18. Juni in der Kreisstadt Zossen eine Demonstration, auf der die Freilassung inhaftierter Großbauern, eine Verringerung der Ablieferungsquoten, mehr Vieh für die Betriebe der Einzelbauern und die Rückgabe der enteigneten Betriebe gefordert wurden. Die Unruhen erfaßten auch einzelne staatliche Agrarbetriebe. In Ludwigsfelde (Kreis Zossen) versuchten Arbeiter der Bauunion Potsdam, die Traktoristen der MTS und die Schlosser in der Betriebswerkstatt zum Streik zu bewegen, und im Landkreis Brandenburg traten Landarbeiter, die auf „devastierten" Bauernhöfen eingesetzt waren, in den Ausstand. Auch viele LPG-Mitglieder, die eine umfassende Landrückgabe an enteignete Altbauern erwarteten, resignierten, da sie ihren Betrieben keine wirtschaftliche Perspektive mehr einräumten. In der Gemeinde Neu-Töplitz (Landkreis Potsdam) erklärte der stellvertretende Vorsitzende der örtlichen Produktionsgenossenschaft in einer Versammlung im Juli, daß „seiner Meinung nach die LPG nicht mehr lebensfähig

56 Zit. nach: BLHA, Rep. 401, Nr. 832, Bl. 72, 308. Zu den Gründen für die Auflösung der LPG die Berichte in: BArch, DK-1, Nr. 5896, Bl. 151; BLHA, Rep. 401, Nr. 831, Bl. 19, 49–51, 52f., 67f.; Rep. 401, Nr. 832, Bl. 116f., 123f., 233, 248, 357, 379f., 567. Zu den Vergünstigungen, die Bauern gezielt ausnutzten: Humm, Weg, S. 144.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

sei und dass der jetzige Vorsitzende abgelöst werden müsse." Die Stimmung gegen den Kollektivbetrieb war so feindselig, daß sich „die Mitglieder der LPG, vor allen Dingen die Frauen, nicht mehr allein auf die Strasse trauen." Einzelne Funktionäre – so der Bürgermeister der Gemeinde Köpernitz (Landkreis Brandenburg) – nahmen Mitte Juni ihr Parteiabzeichen ab, und LPG-Vorsitzende wurden ebenso wie die Leiter staatlicher Landwirtschaftsbetriebe und Parteifunktionäre bedroht oder angegriffen.[57]

Persönliche Konflikte, eine desolate Arbeitsorganisation, die anhaltende Arbeitsüberlastung der Mitglieder und ihre Enttäuschung über die geringe Hilfe staatlicher Behörden und die unzureichenden Leistungen der MTS waren die wichtigsten Ursachen des Zerfalls. Mit dem Übergang zum „Neuen Kurs" brachen zuvor latente Konflikte in den Produktionsgenossenschaften offen auf, so in der LPG in Friedrichsaue (Kreis Seelow), die zu den ersten Kollektivbetrieben im Bezirk Frankfurt (Oder) gehört hatte, aber 1953 in rivalisierende Mitgliederfraktionen gespalten war. Vereinzelt ging die Initiative zur Auflösung auch von den Führungskräften in den Betrieben selber aus, so in der Gemeinde Kruge (Kreis Bad Freienwalde), wo der erste und der stellvertretende Vorsitzende der LPG ihren Austritt erklärten.[58]

Vielerorts zogen Bauern in nahegelegene Kleinstädte, um dort offen gegen die SED-Politik zu demonstrieren. Nachdem in der Kreisstadt Jessen (Bezirk Cottbus) Verhandlungen mit Staatsfunktionären abgebrochen worden waren, befreiten demonstrierende Landbewohner gewaltsam hier inhaftierte Bauern. Im Bezirk Potsdam besetzten Landwirte in Friesack das Rathaus, und in Ludwigsfelde beschlagnahmten Bauern Maschinen der LPG. Auch in vielen anderen ländlichen Gemeinden protestierten Bewohner offen gegen die Politik des SED-Regimes. In Pinnow (Kreis Guben) konnte der Direktor einer benachbarten MTS nur mühsam eine Kundgebung von Dorfbewohnern auflösen, die sich auf der Straße versammelt hatten. Auch der „Neue Kurs" beruhigte viele Bauern keineswegs. Vielmehr kritisierten sie scharf die Politik des SED-Regimes: „Da haben wir es ja, es geht nicht mehr weiter, nun wird der Rückzug angetreten, erst mit Gewalt vor und jetzt kapitulieren." Die Funktionäre in den Betriebs- und Dorfparteiorganisationen gerieten vorübergehend völlig in die Defensive und waren in den ländlichen Gemeinden weitgehend isoliert. Die Kreisleitungen wiesen die Parteiorganisationen zwar unablässig an, die Auflösung von Produktionsgenossenschaften zu verhindern, verfügten aber nur über einen unzureichenden Überblick über die Situation in den Dörfern, in denen viele LPG-Mitglieder aufgaben. In seinem Bericht vom 18. Juni 1953 wies der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Cottbus deutlich auf die „Unsicherheit und Ratlosigkeit" hin, die sich unter den Genossenschaftsbauern verbreitet hatten. Auch Bür-

57 BLHA, Rep. 530, Nr. 996, Bl. 8, 13f., 17–19, 21f., 25, 66–68, 92, 143f., 150f., 239–241, 259f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/273, Bl. 100f. Zit. nach: BLHA, Rep. 405/15, Nr. 24, Bl. 35 (Orthographie korrigiert). Zu den Vorfällen in Zossen: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/530, Bl. 35, 57; SAPMO-BArch, NY 4062/92, Bl. 77. Zu den Hoffnungen der Vertriebenen, Gläubigen und Bauern: BLHA, Rep. 530, Nr. 996, Bl. 8, 17, 67, 144. Zu Streiks in den staatlichen Agrarbetrieben: BLHA, Rep. 530, Nr. 996, Bl. 13; Wietstruk, Umgestaltung, S. 33. Zur Resignation von LPG-Mitgliedern: BLHA, Rep. 401, Nr. 832, Bl. 116, 123, 186, 233f. Zum Verhalten lokaler Funktionäre: SAPMO-BArch, NY 4062/95, Bl. 124f. Allgemein auch: Ross, Constructing, S. 69.

58 Zur Auflösung von LPG: BArch, DK-1, Nr. 1819, Bl. 24; SAPMO-BArch, NY 4062/95, Bl. 195f. Zu den Ursachen: BArch, DK-1, Nr. 5896, Bl. 150f. Zur LPG Kruge: SAPMO-BArch, NY 4062/95, Bl. 210. Zu den Reaktionen von LPG-Mitgliedern und Einzelbauern: BArch, DK-1, Nr. 9634, Bl. 22f. Zur LPG Friedrichsaue: SAPMO-BArch, NY 4062/94, Bl. 474. Zur Lage in den LPG die Berichte vom 16. Juni 1953, 20. Juni 1953, 26. Juni 1953, 27. Juni 1953 und 28. Juni 1953 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 728.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

germeister gaben Forderungen von Bauern nach Gleichstellung mit den LPG und der Senkung ihrer Ablieferungsquoten nach. Insgesamt waren die Unruhen auf dem Lande im Sommer 1953 so weit verbreitet, daß die Erhebung nicht mehr nur als „Arbeiteraufstand" gekennzeichnet werden kann, obgleich die Industriearbeiter die wichtigste Trägergruppe bildeten und noch offener als die Bauern den Kern der Herrschaftslegitimation des SED-Regimes in Frage stellten.[59]

Die forcierte Entstalinisierung nach dem XX. Parteitag der KPdSU verlieh der gesellschaftlichen Verweigerung, dem direkten Protest und darüber hinaus dem politischen Widerstand gegen die Kollektivierung auf dem Lande erneut Auftrieb. Nachdem sich sogar Ulbricht am 4. März 1956 unter dem Druck des Wandels in der Sowjetunion öffentlich von Stalin distanziert hatte, wuchs in den LPG die Unruhe. Aufmerksam registrierten Mitglieder von Produktionsgenossenschaften in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus den beginnenden Kurswechsel der Staatspartei. Die Erklärungen führender Politiker und die Konzepte von Wissenschaftlern für eine modifizierte Agrarpolitik, die freilich nur gefiltert wahrgenommen wurden, signalisierten aus der Perspektive großer Gruppen der ländlichen Bevölkerung einen Umbruch, der überwiegend Hoffnung und Optimismus auslöste und zugleich die Ressentiments gegen die dogmatische Kollektivierungspolitik verstärkte. Ebenso wie drei Jahre zuvor wurde vielerorts die Auflösung von LPG verlangt, deren geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit Hohn und Spott kommentiert wurde. So erklärten Einzelbauern im Bezirk Cottbus noch im Juni 1957, als sich die Politik der SED-Führung wieder verhärtete: „Unsere Struktur ist nicht geeignet, um in LPG zu arbeiten (Sandboden). Die LPG sind nicht rentabel, die LPG wird kommen, aber jetzt verdienen wir mehr als die Genossenschaftsbauern und können auch dem Staat mehr Produkte geben. In der LPG müssen wir für die anderen die Arbeit mitmachen. [...] 20 Stunden am Tage müssen wir uns abquälen, sind nicht mehr unser freier Herr. Zur LPG gehen wir nicht, lieber kriechen wir auf allen Vieren." Landwirte äußerten unverhohlen ihre Hoffnung, daß die Produktionsgenossenschaften zerfallen würden. LPG-Mitglieder wurden nicht nur von Einzelbauern, sondern gelegentlich auch von Arbeitern bedroht.[60]

Angesichts der Aufstände in Polen und Ungarn verbreiteten sich daneben Gerüchte über Unruhen und die Auflösung weiterer Kollektivbetriebe. Informationen über die abrupte und aufsehenerregende Entstalinisierung in den Nachbarländern ließen sich kaum noch kontrollieren. So hatte ein „Genosse" in Golzow (Landkreis Brandenburg, Bezirk Potsdam) LPG-Mitgliedern Anfang November 1957 über eine Sendung des westdeutschen Fernsehens zur Erhebung gegen die kommunistische Diktatur und die sowjetische Hegemonialmacht in Ungarn berichtet und damit eine Diskussion über die Auflösung der Produktionsgenossenschaft angezettelt. In der Gemeinde Ragow (Kreis Königs Wusterhausen, Bezirk Potsdam) erklärte ein Kleinbauer nach einem Bericht vom 7. November 1956: „Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird es bei uns wie in Ungarn. Dann wird ein fettes Schwein geschlachtet, wenn diese Drangsal ein Ende hat. [...] Die Russen haben uns noch keinen Segen ge-

59 BLHA, Rep. 930, Nr. 42, 85, 206. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, NY 4062/92, Bl. 74; NY 4062/94, Bl. 536. Zur Demonstration in Jessen auch: Ross, Constructing, S. 68. Zur Kundgebung in Pinnow: Peter, Juni-Aufstand, S. 592. Zur Lage der Staats- und Parteifunktionäre exemplarisch: BLHA, Rep. 930, Nr. 42, Bl. 208. Vgl. auch Hagen, DDR, S. 134. Zur Diskussion über „Arbeiteraufstand" oder „Volksaufstand": Bouvier, Forschungen, S. 580.

60 BLHA, Rep. 530, Nr. 848, Bl. 35, 45. Zit. nach dem Bericht vom 11. Juni 1957 in: BLHA, Rep. 930, Nr. 711 (Interpunktion korrigiert). Vgl. auch BLHA, Rep. 930, Nr. 710 (Bericht v. 1.12.1956).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

bracht, deshalb sollen sie verschwinden." Im Bezirk Potsdam erwarteten auch Arbeiter der VEG – so in Carolinenhöhe (Landkreis Potsdam) – die Auflösung aller LPG im darauffolgenden Jahr. Im Kreis Guben verlangten Altbauern, die Produktionsgenossenschaft aufzulösen und ihr Land und Inventar den Landwirten zur Verfügung zu stellen. Die Abwendung von der restriktiven Agrarpolitik hatte auf dem Lande insgesamt eine beträchtliche Mobilisierung ausgelöst, die das SED-Regime trotz der uneinheitlichen Interessen und Ziele der Dorfbewohner nachhaltig zu destabilisieren drohte.[61]

Ebenso wie im Sommer 1953 setzten sich Bauern für verhaftete Berufskollegen ein, deren Freilassung gefordert wurde. In der Gemeinde Sielow (Landkreis Cottbus) stimmte im Dezember 1956 sogar ein Bewohner, der Mitglied der SED-Kreisleitung war, einer Resolution zugunsten eines inhaftierten Landwirtes zu.[62] Viele Dorfbewohner verlangten überdies, unrentable MTS und schlecht geführte VEG aufzugeben. Im Bezirk Potsdam war im Herbst 1956 die Erwartung weit verbreitet, daß die Maschinenstationen aufgelöst und ihre Maschinen und Geräte von den LPG übernommen werden sollten. Außerdem war die Forderung, verstärkt Kleinmaschinen und Traktoren für die Einzelbauern herzustellen, auf dem Lande überaus populär. Traktoristen stellten – so in der MTS Damsdorf (Landkreis Brandenburg, Bezirk Potsdam) Anfang November 1956 – die von der SED-Führung gelenkte Berichterstattung über den Aufstand in Ungarn offen in Frage und kritisierten Regierungserklärungen. Vereinzelt legten die Beschäftigten von Maschinenstationen auch erneut ihre Arbeit nieder.[63]

Das Ende der Kollektivierung in Polen und das agrarpolitische Konzept, das Vieweg erarbeitet hatte, wurden von den Gegnern der SED-Politik geschickt als Argumente genutzt. Viewegs Agrarprogramm nährte auf dem Lande Hoffnungen auf eine gesellschaftliche Entwicklung jenseits von Kapitalismus und Sozialismus – ein Konzept, das Ulbricht auf der 30. ZK-Tagung Anfang 1957 als „dritten Weg" verdammte. Ein Funktionär der SED-Bezirksleitung Cottbus berichtete noch am 18. März 1957: „Im Kreis Spremberg gab es Diskussionen über die V. LPG-Konferenz, in denen zum Ausdruck kommt, daß die LPG-Konferenz nicht hingehauen hat, da Vieweg mit seiner Meinung über die Bildung von Familienwirtschaften aufgetreten ist. Ebenfalls in Luckau, Lübben und anderen Kreisen traten über diese Fragen Diskussionen auf. Im Kreis Luckau wurde die Meinung vertreten, daß keine LPG mehr gebildet werden und die bestehenden LPG in 30-40-ha-Wirtschaften aufgeteilt werden. Von einigen Großbauern im Kreis Lübben wurde die Meinung vertreten, daß die Entwicklung der LPG bei uns nicht das Richtige ist, denn bei uns sind nicht solche großen Gebiete wie in Russland vorhanden. In Ungarn und Polen hat man das schon eingesehen, daß es mit den LPG'n nicht geht. Die werktätigen Einzelbauern leben besser als die Genossenschaftsbauern." Während im Bezirk Cottbus noch selbständige Landwirte Viewegs Vorschlägen zustimmten, wurden sie von LPG-Mitgliedern überwiegend als Bedrohung wahrgenommen und abgelehnt. Dennoch hatten einzelne Partei- und Staatsfunktionäre Viewegs Forderungen ebenso aufgegriffen wie Oelßners und Schirdewans Vorbehalte gegen die dogmatische

61 Hierzu der Bericht vom 15. April 1957 in: BLHA, Rep. 930, Nr. 711. Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 848, Bl. 144. Zur Diskussion in Golzow: BLHA, Rep. 530, Nr. 848, Bl. 41. Zum VEG in Carolinenhöhe: BLHA, Rep. 530, Nr. 849, Bl. 93.

62 Vgl. BLHA, Rep. 930, Nr. 710 („Gesamteinschätzung" v. 12.9.1956; Bericht v. 18.12.1956).

63 Zur Forderung nach Auflösung von MTS und VEG: BLHA, Rep. 930, Nr. 711 (Bericht v. 4.2.1957); Rep. 530, Nr. 736 (Bericht v. 7.11.1956). Zur Stimmung in der MTS Damsdorf: BLHA, Rep. 530, Nr. 848, Bl. 44f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Agrarpolitik Ulbrichts, so daß in vielen Landkreisen die Kollektivierungsagitation nachließ. Wiederholt wiesen Landwirte – so im Kreis Kyritz (Bezirk Potsdam) im November 1956 – auch auf Gomułkas Rede hin, die als eindeutiges Plädoyer für die Gleichstellung von Kollektiv- und Privatbetrieben in der Landwirtschaft aufgenommen worden war. Bei den Wahlen der VdgB-Vorstände im Herbst 1956 forderten Bauern Funktionäre direkt auf, die LPG nach dem Vorbild der Politik in Polen aufzulösen. Noch im September 1960 waren im Kreis Zossen Spekulationen weitverbreitet, „daß die Regierung die LPG Typ I wieder auflösen wird. Man verweist dabei besonders auf die Vorgänge in Polen 1956 und ist der Meinung, daß die Regierung der DDR gezwungen sein wird, dem Druck der Bauern nachzugeben." Da das SED-Regime die ostdeutsche Bevölkerung nicht nur kaum von den westdeutschen Medien, sondern auch nur begrenzt von Nachrichten aus osteuropäischen Nachbarstaaten abschirmen konnte, blieben die Wahrnehmung und konkrete Aneignung politischer Interventionen durch die Bewohner ländlicher Gemeinden letztlich unkalkulierbar.[64]

Die sowjetische Intervention in Ungarn, die den Aufstand in Budapest erstickte und dem Land die vorübergehend errungene politische Freiheit nahm, traf auf dem Lande weithin auf Ablehnung, gelegentlich sogar auf Empörung. Die offizielle Interpretation der Erhebung als „konterrevolutionärer Putsch" wurde überwiegend zurückgewiesen, wie die SED-Bezirksleitung Potsdam am 4. November 1956 konsterniert berichtete. Darüber hinaus verurteilten auch LPG-Bauern und Beschäftigte von MTS den Einmarsch sowjetischer Truppen offen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns. Ein Arbeiter der VEG Sputendorf (Landkreis Potsdam) erklärte sogar: „Der Russe soll in Ungarn rausgehen. Was suchen die da unten noch? Die fressen da doch alles weg." Wiederholt wurde auch die Befreiung der DDR aus der sowjetischen Vormundschaft gefordert. So drängte ein Bauer, der in der Gemeinde Reinsdorf (Kreis Jüterbog, Bezirk Potsdam) lebte, im November 1956: „Die Russen müssen abziehen, und dann geht es gegen die Träger des Parteiabzeichens." Daneben wurde auf dem Lande die Suezkrise diskutiert, die der allgemeinen Angst vor einem neuen Weltkrieg Auftrieb verlieh. Das parteioffizielle Verdikt über die westlichen „Aggressoren" traf dabei wiederholt auf Unverständnis und Widerspruch.[65]

In Erwartung eines politischen Umbruchs hielten Einzelbauern gelegentlich auch ihre Ablieferung zurück und forderten, bei der Festlegung ihrer Abgabequoten mit den LPG gleichgestellt zu werden. Die angekündigte Aufhebung des Zuteilungssystems bei Lebensmitteln und das Ende der Anbauplanung steigerten die Unsicherheit der landwirtschaftlichen Produzenten, die vor allem über die Auswirkungen auf die Preise für ihre Erzeugnisse und

64 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 930, Nr. 711 (Bericht v. 18.3.1957; Interpunktion korrigiert); BLHA, Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 223. Dazu auch die Berichte vom 15. April 1957, 20. März 1957 und 24. April 1957 in: BLHA, Rep. 930, Nr. 711. Zum Umgang von SED-Funktionären mit Viewegs Konzept: BLHA, Rep. 530, Nr. 1449 („Rede zur MTS-Bereichskonferenz in Protzen"; „Plan zur Auswertung der VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG vom 20.-22. Februar 1959 in Leipzig"; Analyse v. 6.3.1959; Vorlage v. 17.3.1959). Zur Hoffnung auf den „dritten Weg" auf dem Lande allgemein: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/364, Bl. 127f. Zu Hinweisen auf das Ende der Kollektivierung: BLHA, Rep. 530, Nr. 848, Bl. 127; Rep. 930, Nr. 710 („Bericht über die Durchführung der VdgB-Wahlen"); Rep. 930, Nr. 712 (Bericht v. 6.9.1957). Zum Verdikt Ulbrichts: Zimmermann, Wahrnehmung, S. 101.

65 BLHA, Rep. 930, Nr. 710 (Berichte v. 12.9.1956 u. 24.9.1956). Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 530, Nr. 849, Bl. 93 (Interpunktion korrigiert); Rep. 530, Nr. 848, Bl. 101. Bericht vom 4. November 1956 in: BLHA, Rep. 530, Nr. 736, Bl. 91. Meinungen zur Unterdrückung des Aufstandes in Ungarn wiedergegeben in: BLHA, Rep. 530, Nr. 848, Bl. 147; Rep. 530, Nr. 849, Bl. 13, 15, 159, 165.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

die Betriebsmittel besorgt waren. Im Bezirk Cottbus kritisierten Einzelbauern zudem weiterhin offen die Sollermäßigung, die den Produktionsgenossenschaften gewährt wurde. Der Rat des Kreises Herzberg erteilte Bürgermeistern Ende 1956 sogar die Anweisung, die Veranlagung der Einzelbauern im darauffolgenden Jahr auf demselben Niveau festzulegen wie für die LPG. Auch wenn sie diese Forderungen nicht teilten, verlangten viele Landwirte ebenso wie im Sommer 1953, ihre drückenden Abgaben zu reduzieren und Ablieferungsrückstände zu streichen. Sie kündigten an, sich nicht an den inszenierten Wahlen zu beteiligen, wenn die staatlichen Institutionen ihre Ansprüche ignorierten. Heftige Kritik richtete sich besonders gegen die Erfassungs- und Aufkauforgane, deren oft willkürliches Vorgehen gelegentlich sogar Protest hervorrief. Ebenso löste der Mangel an Arbeitskräften und Betriebsmitteln die Zerstörung der Felder durch Wildschweine bei den bäuerlichen Produzenten große Aufregung und Hilfsgesuche aus. Bauern nutzten dabei geschickt ihre erweiterte Verhandlungsmacht. So drohten Mitglieder der LPG in Klein-Leine und Glietz (Kreis Lübben, Bezirk Cottbus) im März 1957: „Wenn uns von seiten des Staatsapparates keine Unterstützung in Fragen der Beschaffung von Futtermitteln gewährt wird, werden wir mal an den RIAS schreiben, damit er es einmal über seinen Sender bringt. Dann wird schnell Abhilfe geschaffen." Gezielt funktionalisierten Dorfbewohner in der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur die Bundesrepublik als Drohkulisse. Insgesamt brachen in der Krise des Regimes in der DDR auf dem Lande die zuvor latenten Werte- und Interessenkonflikte hervor. Die von den Machthabern gezielt propagierte Suggestion von Konsens und Harmonie in der „sozialistischen Menschengemeinschaft" erwies sich als Schimäre. Abweichendes Verhalten war jedoch 1956/57 auf dem Lande weitaus schwächer ausgeprägt als im Sommer 1953. Zudem beschränkte sich Devianz hier nach dem Beginn des zweiten Entstalinisierungsschubs weitgehend auf Nonkonformität und Verweigerung.[66]

Motive und Formen abweichenden Verhaltens auf dem Lande und Gründe für den Beitritt zu LPG in den fünfziger Jahren

Mit dem Beginn der Kollektivierung 1952 mußten sich die Bauern in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus unmittelbar mit der Herrschafts- und Gestaltungspolitik auseinandersetzen und auf den Druck reagieren, den Staats- und Parteifunktionäre in ihren Gemeinden ausübten. Die Produktionsgenossenschaften konfrontierten besonders die alteingesessenen Landwirte mit einem Gegenmodell, das mit ihren traditionalen Mentalitäten kaum vereinbar war. Trotz der umfassenden politischen Agitation und der zunehmenden Verbreitung elektronischer Medien blieben die Lebenswelten in den Dörfern mit ihren konkreten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen noch der wichtigste Wahrnehmungshorizont. Dagegen traten überregionale Entwicklungen zurück, obgleich Prozesse in angrenzenden Regionen und Staaten vielerorts genau beobachtet wurden. In den Gemeinden

66 Zit. nach: BLHA, Rep. 930, Nr. 711 (Bericht v. 30.3.1957). Zur Weigerung, die Kontingente abzuliefern: BLHA, Rep. 530, Nr. 849, Bl. 97; Rep. 530, Nr. 1371 (Bericht v. 25.7.1957). Zur Anweisung des Rates des Kreises Herzberg: BLHA, Rep. 930, Nr. 63, Bl. 88. Forderungen nach Abgabereduzierung z.B. in: BLHA, Rep. 530, Nr. 848, Bl. 107. Zur allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit und zu den konfligierenden Forderungen: BLHA, Rep. 930, Nr. 710 (Berichte v. 10.8.1956, 13.10.1956, „Bericht über die Durchführung der VdgB-Wahlen", Bericht v. 1.12.1956); Rep. 930, Nr. 711 (Berichte v. 4.2.1957, 24.4.1957, 11.6.1957).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

versuchten bedrängte Bauern gegenüber den Funktionären häufig zunächst, abzuwiegeln und ihren Eintritt in LPG zu verschieben. Sie vertrösteten Funktionäre, die sie bedrängten, mit dem Versprechen, später eine Produktionsgenossenschaft zu bilden. In ihren Stellungnahmen wandten sich Bauern überwiegend oft nicht grundsätzlich gegen die Kollektivierung, sondern gegen die Methoden und das Tempo ihrer Durchsetzung in den Gemeinden. Auch andere Dorfbewohner kritisierten noch nach dem „sozialistischen Frühling" die abrupte Aufnahme aller Bauern in LPG. Außer vielen Versuchen, sich dem wachsenden Kollektivierungsdruck individuell zu entziehen, bemühten sich Landwirte in vielen Gemeinden, Unterstützung zu mobilisieren, damit sie der Agitation nicht völlig wehrlos ausgeliefert waren und sich beispielsweise zusammen mit anderen Bauern in einzelnen Gebäuden versammeln konnten, die Schutz vor aufdringlichen Funktionären boten. Durch eine geschlossene Verweigerung sollte der Agitation auch ihre destruktive Dynamik genommen werden, damit der Konflikt über die Kollektivierungspolitik politisch entschärft und pragmatisch entschieden wurde. Deshalb wehrten sich viele Bauern energisch gegen die Politisierung der gesellschaftlichen Beziehungen und die Kriminalisierung abweichenden Verhaltens. Besonders scharf wandten sie sich gegen die Strategie der Parteifunktionäre und Agitationsgruppen, die Kollektivierung mit der „Friedensfrage" zu verknüpfen und Gegner der LPG als Kriegstreiber zu denunzieren. Im Bezirk Potsdam fragten Einzelbauern in der Gemeinde Rosenwinkel (Kreis Pritzwalk, Bezirk Potsdam) Anfang März 1960: „... was hat die Genossenschaft mit dem Frieden zu tun, wir sind für den Frieden, auch ohne Mitglied der LPG zu sein." Damit verknüpft, lehnten viele Dorfbewohner die dichotomische Ideologie der SED-Führung ab. So erklärten Mitglieder der Produktionsgenossenschaften in Giesenhorst (Kreis Kyritz, Bezirk Potsdam) im Oktober 1960: „Es ist egal, ob sozialistisches oder kapitalistisches Lager, beide sind gleich und wollen die Weltherrschaft."[67]

Gelegentlich kritisierten Bauern darüber hinaus offen den massiven Einsatz von Agitatoren, gegen die sich in den Gemeinden der Zorn vieler Bewohner richtete. In einzelnen Dörfern verbreiteten sich Widerwille und Trotz aber erst, nachdem die Bewohner stigmatisiert worden waren. Im Bezirk Potsdam fragten Bauern Anfang April 1960 in Ribbeck einen Instrukteur der SED-Kreisleitung Nauen scharf: „Was sind das alles für Leute, die jetzt in die Dörfer kommen? Die sind wohl alle vom MfS?" Funktionären, die Bauern drangsalierten, drohten Opfer der Repression gelegentlich sogar offen mit Rache. Im Gegensatz zu den Agitatoren, die in den Dörfern eingesetzt waren, wurden Spitzenfunktionäre gelegentlich sogar explizit von der Kritik ausgenommen. Im Spreewald, wo die Produktionsbedingungen die Bildung großer LPG kaum zuließen, erklärten Landwirte in Schmogrow (Landkreis Cottbus) im August 1959: „Der Minister [Landwirtschaftsminister Hans Reichelt] hat gar nicht so auf die sozialistische Umgestaltung gedrückt, das sind nur die Kreisfunktionäre, die uns in die LPG haben wollen."[68]

---

67 BLHA, Rep. 530, Nr. 1434 (Bericht v. 8.3.1960); Rep. 530, Nr. 1461 (Bericht v. 12.10.1960). Zur Kritik am Kollektivierungstempo: BLHA, Rep. 530, Nr. 732, Bl. 17; Rep. 530, Nr. 734, Bl. 189; Rep. 730, Nr. 733 (Bericht v. 30.1.1960); Rep. 730, Nr. 737 (Bericht v. 11.5.1960); Nr. 730, Nr. 773 (Berichte v. 1.7.1960 u. 20.7.1960); Rep. 930, Nr. 713/2 (Bericht v. 8.4.1960). Zur Abwehr der Politisierung auch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/403, Bl. 337.

68 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 530, Nr. 732, Bl. 382; Rep. 930, Nr. 713/1 (Bericht v. 18.8.1959). Vgl. auch die Stellungnahmen in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/10, Bl. 94; BLHA, Rep. 930, Nr. 712 (Bericht v. 21.12.1957). Zum Rückzug in vermeintlich geschützte Gebäude: BLHA, Rep. 530, Nr. 759, Bl. 110. Vgl. auch Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 138f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Während vor allem schwach ausgestattete, notleidende Neubauern durchaus Vorteile im Beitritt zu LPG erkannten, blieben die selbständigen alteingesessenen Landwirte in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus bis zu den späten fünfziger Jahren überwiegend zurückhaltend gegenüber der Kollektivierungsagitation. Das Verhalten dieser Gruppe gegenüber der Bildung von LPG war von Attentismus und Nonkonformität gekennzeichnet, die vereinzelt auch mit dem christlichen Glauben und der Distanz zum atheistischen Regime der SED begründet wurde. Das Volkspolizeikreisamt Brandenburg, das der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Potsdam unterstellt war, faßte im April 1958 die Motive der bäuerlichen Verweigerung und die Argumente der Landwirte zusammen: „1. Das Vorhandensein von zu kleinen Flächen, die ausserdem noch weit verteilt sind, würde es unmöglich machen, eine LPG zu bilden. 2. Alter Eigentumssinn, Urgrossvater, Grossvater und Vater haben die Wirtschaft geführt, und so will man auch weiterarbeiten. 3. Erst sollen mal andere anfangen, dann will man weiter sehen, übrigens ist ja noch bis 1960 Zeit. 4. Die Regierung soll ein Gesetz erlassen, dann gehen sie alle in die LPG, sonst nicht. 5. Die LPG kann den Boden haben, ich aber gehe in die Stadt arbeiten. 6. Wir werden doch nicht für andere arbeiten, allein arbeite ich für mich, in der LPG heisst es aber immer ‚muss'. 7. Die werktätigen Bauern geben dem Staat mehr als die LPGn." Die fehlende Dispositionsfreiheit über das Eigentum und die geringe Leistungsfähigkeit der Produktionsgenossenschaften schreckte die Altbauern überwiegend so nachhaltig ab, daß sie lange auf einen radikalen Kurswechsel in der SED-Politik hofften. Deshalb verschoben sie den Beitritt zu den Kollektivbetrieben möglichst lange und identifizierten sich auch nach dem „sozialistischen Frühling" zunächst nur wenig mit den LPG, in denen sie arbeiteten. Allerdings muß dabei zwischen Landwirten, die sich lediglich bereits bestehenden Produktionsgenossenschaften anschlossen, und Bauern unterschieden werden, die selber neue Kollektivbetriebe gründeten.[69]

Die Hoftradition blieb in den fünfziger Jahren in Brandenburg auf dem Lande noch weithin stark verwurzelt. Die Landwirte schreckte vor allem ab, daß ihnen in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die Verfügungsmacht über ihre Betriebe entzogen wurde, auch wenn sie Besitzer ihres Bodens blieben. Die LPG erhielten aber das Nutzungsrecht, das fester Bestandteil der bürgerlichen Rechtsordnung war. Soziale Ungleichheit ergab sich auf dem Lande aber maßgeblich aus der unterschiedlichen Verfügung über Eigentum. In ländlichen Gemeinden begründete die Verfügung über Landbesitz gesellschaftliches Ansehen und politische Macht. Im Gegensatz zur nationalsozialistischen Diktatur entzog das SED-Regime mit seiner Kollektivierungspolitik den Bauern jedoch weitgehend das Recht zur Nutzung ihres Eigentums. Damit entfiel die materielle Basis ihrer Macht. In der dörflichen Hierarchie war der Eintritt angesehener und wirtschaftsstarker Landwirte in LPG sowohl in ihrem Selbstverständnis als auch in der Fremdwahrnehmung (zumindest vorübergehend bis zum Abschluß der Kollektivierung) ein gesellschaftlicher Abstieg, zumal sie sich damit dem Kommando des jeweiligen Vorsitzenden und der Brigadiere unterstellen mußten. Sogar Bauern, die sich schon früh Produktionsgenossenschaften anschlossen, konnten den Verlust ihres Eigentums oft nur schwer akzeptieren. In den LPG fehlte ihnen die gewohnte, tief im bäuerlichen Selbstverständnis verwurzelte Dispositionsfreiheit über ihre Produktionsmittel, wie frühere LPG-Mitglieder nach der Auflösung ihres Betriebes in Schönholz

69 BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 254 (Orthographie und Interpunktion korrigiert). Vgl. auch Wietstruk, Umgestaltung, S. 20; BLHA, Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 84, 151. Hinweis auf den christlichen Glauben z.B. in: BLHA, Rep. 930, Nr. 712 (Bericht v. 8.12.1957).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

(Kreis Rathenow, Bezirk Potsdam) im Juli 1953 offen zugaben: „Wir gehen schon immer mit dem Gedanken an unsere Arbeit, das ist ja doch nicht mein Land." Im Kreis Beeskow (Bezirk Frankfurt/Oder) weigerten sich Landwirte im November 1959, dem Druck einer Agitationsgruppe nachzugeben und in der LPG ebenso wie vor 1945 auf den Gutshöfen „nach der Glocke" zu arbeiten. Demgegenüber waren sie entschlossen, auf „freier Scholle" zu bleiben.[70]

Die Einzelbauern, darunter auch Inhaber gefestigter neubäuerlicher Betriebe, hatten überwiegend nur ein geringes Vertrauen in die Wirtschaftskraft der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Aus der Sicht vieler Landwirte war vor allem ausgeschlossen, daß die von den LPG übernommenen verlassenen Flächen effizient bewirtschaftet werden konnten. Überzeugt von der Überlegenheit ihrer Betriebe, wiesen Einzelbauern demgegenüber fortwährend auf ihre hohen Erträge hin. Da die SED-Führung aber eine Produktionssteigerung in der Landwirtschaft propagierte, konnten sich die Agitationstrupps in den Gemeinden noch 1959/60 nur schwer durchsetzen. Vielmehr begründeten ökonomische Vorbehalte in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus vielerorts die gelegentlich schroffe Verweigerung von Landwirten gegenüber der Kollektivierungsagitation. So bezweifelten im Herbst 1952 Bewohner vieler ländlicher Gemeinden im Kreis Bad Freienwalde (Bezirk Frankfurt/Oder) offen die Rentabilität der neugegründeten LPG, indem sie argumentierten, daß in den Betrieben nach der nächsten Ernte nichts zur Ernährung verbliebe. Im Landkreis Potsdam vermochte ein Mittelbauer, der gedrängt wurde, sich der LPG anzuschließen, nicht zu erkennen, „warum beim [LPG-] Typ I mehr herauskommen soll als bei der Einzelbauernwirtschaft." Im Kreis Jüterbog äußerten noch Anfang 1960 Einzelbauern ihre Furcht, daß sie in den LPG verhungern müßten. Landwirte, die sich der Kollektivierung kategorisch verweigerten, befürchteten zudem (zu Recht), daß die Erzeugung in der Landwirtschaft nach der Zwangsintegration aller Bauern in die Produktionsgenossenschaften zurückgehen würde.[71]

Produktionsgenossenschaften, die schlecht bewirtschaftet wurden, stärkten die Vorbehalte der Bauern gegen die Kollektivbetriebe. Auch andere Gegner der SED-Politik in den Dörfern begründeten ihre Ablehnung mit dem Hinweis auf LPG, die nur geringe Erträge erzielten und unzureichend geleitet wurden. Zudem prägten interne Konflikte zwischen den Mitgliedern das Erscheinungsbild vieler Produktionsgenossenschaften, die den spezifischen Arbeitsethos und Berufsstolz der Einzelbauern verletzten. So bemängelten alteingesessene

70 Zit. nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 1256 (Bericht v. 18.11.1959). Vgl. auch BLHA, Rep. 530, Nr. 1421, Bl. 64. Vgl. auch BLHA, Rep. 530, Nr. 1432 (Schreiben v. 29.2.1960); Rep. 730, Nr. 959 (Vorlage v. 19.4.1956); Rep. 730, Nr. 963 (Bericht v. 2.11.1959); Rep. 930, Nr. 712 (Bericht v. 8.12.1957). Zum Eingriff in das Eigentumsrecht der Landwirte: Bauerkämper, Kontinuität, S. 127f. Zum Besitz als Bestimmungsgrund dörflicher Schichtung: Exner, Gesellschaft, S. 22–26. Zur Überführung der Produktionsmittel in staatliche Kontrolle im SED-Regime vergleichend mit der NS-Diktatur: Waltmann, Wirtschaftssysteme, S. 133f., 140.

71 Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 891, Bl. 117. Hinweise auf den zu erwartenden Rückgang der Marktproduktion z.B. in: BLHA, Rep. 530, Nr. 734, Bl. 138; Rep. 530, Nr. 1436 (Bericht v. 5.6.1962); Rep. 530, Nr. 1439 (Ablaufplan v. 20.7.1961); Rep. 930, Nr. 713/1 (Bericht v. 2.6.1959). Zum Kreis Jüterbog: BLHA, Rep. 530, Nr. 201, Bl. 39. Zu den Stellungnahmen im Kreis Bad Freienwalde: BLHA, Rep. 601, Nr. 4692 (Schreiben v. 5.11.1952). Zur ökonomischen Argumentation zugunsten der einzelbäuerlichen Betriebe z.B.: BLHA, Rep. 530, Nr. 732, Bl. 3; Rep. 530, Nr. 761, Bl. 69; Rep. 530, Nr. 762, Bl. 98; Rep. 530, Nr. 891, Bl. 226; Rep. 530, Nr. 1351 (Schreiben v. 10.11.1960); Rep. 530, Nr. 1439 (Bericht v. 21.7.1961).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Landwirte in der Gemeinde Wittbrietzen (Landkreis Potsdam) im November 1959 nach dem Bericht eines Instrukteurs der SED, „daß die Arbeitsmoral der bereits bestehenden LPG ‚Neues Leben' nicht in Ordnung ist. Die Viehpfleger gehen ins Gasthaus und trinken und vernachlässigen das Vieh. Ein solcher schlechter Arbeitsstil wirkt nicht anziehend auf Bauern, die für die LPG gewonnen werden sollen." Die Ausstrahlungskraft der oft hastig gegründeten Kollektivbetriebe blieb insgesamt begrenzt, besonders im Bezirk Frankfurt (Oder), wo verlassene Neubauernstellen und aufgegebenes Großbauernland in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren nur notdürftig oder überhaupt nicht bewirtschaftet worden waren. Die Bauern, die der Kollektivierung ohnehin reserviert gegenüberstanden, gewannen deshalb den Eindruck, daß sich ausschließlich schwache Landwirte oder arbeitsscheue Beschäftigte den LPG anschlossen. Die Produktionsgenossenschaften wurden so nicht Modell, sondern auch durch die Agrarpolitik des SED-Regimes mit einem Negativbild belastet, das die weitere Kollektivierung hemmte. In den Dörfern konfrontierten Bauern – so im Bezirk Potsdam Anfang 1958 – Parteifunktionäre, die für die Gründung neuer Produktionsgenossenschaften warben, mit dem Einwand: „Verbessert erst die Arbeitsorganisation in den bestehenden LPG!"[72]

Die Überzeugung, daß die Kollektivierung unweigerlich mit ökonomischen Nachteilen verbunden sei und materielle Verluste herbeiführen müsse, speiste auch die Furcht der Einzelbauern vor einem drastischen Einkommensrückgang in den Produktionsgenossenschaften. Besonders Landwirte, die relativ hohe Gewinne erzielten, lehnten deshalb den Anschluß an LPG entschieden ab. Sogar Bäuerinnen, die schon im Sommer und Herbst 1952 in Produktionsgenossenschaften eingetreten waren, bezweifelten die Versprechen von Partei- und Staatsfunktionären, daß sie in den neuen Betrieben einen höheren Verdienst und außerdem Arbeitserleichterungen erwarten könnten. Viele Bauern scheuten auch die Doppelbelastung durch die Versorgung der eigenen Tiere und die Kollektivarbeit in den LPG vom Typ I, denen sich 1959/60 alteingesessene Landwirte überwiegend anschlossen. Noch im November 1960 wandten Obstbauern im Landkreis Potsdam gegen die Gärtnerischen Produktionsgenossenschaften ein: „Wir glauben nicht, dass in der GPG mehr produziert wird, die GPG schaffen ihre Arbeit nicht, viel Obst ist umgekommen, das sind keine Beispiele. Wer garantiert mir im Typ I mein Einkommen? Wie soll ich noch auf der genossenschaftlichen Fläche arbeiten, wenn ich auf meinem Land mit der Arbeit nicht fertig werde?" Der Zusammenhang von individueller Arbeitsleistung und dem jeweils erzielten Ertrag war – anders als auf ihren Höfen – für die Bauern nicht durchschaubar. Die Verteilung der Erträge in den LPG löste deshalb viele Vorbehalte und gelegentlich auch Ressentiments aus. Auch die Sorge um die soziale Sicherung, besonders der Rentner, und Unsicherheit über die Regelung der Erbfolge nährten die Furcht vor den materiellen Folgelasten eines Anschlusses an Produktionsgenossenschaften.[73]

---

72 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 530, Nr. 891, Bl. 251; Rep. 530, Nr. 886, Bl. 95. Vgl. auch Wietstruk, Umgestaltung, S. 85; BLHA, Rep. 401, Nr. 59, Bl. 62; Rep. 401, Nr. 831, Bl. 137; Rep. 530, Nr. 887, Bl. 109; Rep. 530, Nr. 1330 (Bericht v. 25.2.1958); Rep. 730, Nr. 963 (Bericht v. 2.11.1959); Rep. 930, Nr. 772 (Vorlage v. 3.6.1961).

73 Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 1574 („Auszug aus dem Informationsbericht der Kreisleitung Potsdam-Land v. 18.11."). Zu den Reaktionen von Bäuerinnen 1952 der Bericht vom 24. Dezember 1952 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 954. Vgl. auch Wietstruk, Umgestaltung, S. 85; BLHA, Rep. 530, Nr. 202, Bl. 13; Rep. 530, Nr. 753, Bl. 138; Rep. 530, Nr. 759, Bl. 94, 109; Rep. 530, Nr. 1432 (Bericht v. 23.2.1960); Rep. 530, Nr. 1573 (Bericht v. 28.4.1960). Zu den Zweifeln an der Verteilung der Ein-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Insgesamt führte die Kollektivierungspolitik auf dem Lande zu vielfältigen Formen der Nonkonformität und Verweigerung, weitaus seltener dagegen zu Protest oder sogar zu grundsätzlichem politischen Widerstand. Unter dem zunehmenden Druck der Agitationskommissionen forderten Bauern die Machthaber vielmehr oft direkt auf, ein Kollektivierungsgesetz zu erlassen und damit die Fassade der „Freiwilligkeit" zu beseitigen, die der pseudodemokratischen Legitimation der SED-Politik eigen war, aber die Bauern demütigte und entwürdigte. Im Februar 1960 erklärten Landwirte – z.B. im Kreis Fürstenwalde (Bezirk Frankfurt/Oder) – entschieden: „Solange kein Gesetz besteht, trete ich nicht [in die LPG] ein". Im Havelland lehnten Obstbauern noch im August 1960 eine freiwillige Zustimmung kategorisch ab: „Macht ein Gesetz, dann haben wir es nicht zu verantworten." In Lindenberg (Kreis Pritzwalk, Bezirk Potsdam) kritisierte ein Mühlenbesitzer im März 1960 das gewalttätige Vorgehen der im Dorf eingesetzten Agitationskommission sogar mit dem Hinweis auf Ulbrichts Ankündigung, den „Sozialismus" in der DDR erst bis 1965 durchzusetzen. Aus der Sicht der angesehenen alteingesessenen Bauern sollte ein gesetzlicher Zwang aber nicht nur den Herrschafts- und Repräsentationsanspruch des kommunistischen Regimes demaskieren, sondern auch verhindern, daß sie sich in den dörflichen Milieus mit dem Eintritt in Produktionsgenossenschaften gegenüber den Einzelbauern exponierten und isolierten.[74]

Politische Ereignisse, die einen grundlegenden Wandel der Politik erwarten ließen, verstärkten den Attentismus vieler Bauern. So erwarteten im Bezirk Cottbus Landwirte, die im März 1959 in LPG gedrängt werden sollten, eine Regelung der Berlin-Frage auf der bevorstehenden Genfer Außenminister-Konferenz oder in dem (schließlich abgesagten) Gipfelgespräch zwischen dem sowjetischen Parteichef Chruschtschow und dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower in Paris 1960. Noch nach dem offiziellen Abschluß der Kollektivierung war hier unter den Bauern, die vielerorts brutal in die LPG gedrängt worden waren, die Meinung weit verbreitet: „Es wird noch einmal anders kommen." Mitglieder von Produktionsgenossenschaften lehnten in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus deshalb 1960/61 den Flächenaustausch ab, den Funktionäre der SED-Kreisleitungen in den Dörfern herbeiführen wollten. Die Identifikation der früheren Bauern mit ihrem Land blieb zunächst noch ungebrochen. Im Kreis Oranienburg (Bezirk Potsdam) bezweifelten zwei Genossenschaftsbauern gegenüber Agitatoren offen, daß die Kollektivwirtschaft irreversibel durchgesetzt worden war: „Wenn es noch mal anders kommt, dann sind wir unsere Flächen los. Hitler hat auch gesagt, sein Reich besteht ewig. Woher nehmt Ihr die Gewißheit, daß es nicht doch noch einmal anders kommt?"[75]

Die Bauern versuchten in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus überwiegend, sich dem Kollektivierungsdruck der Staats- und Parteifunktionäre zu entziehen. Non-

---

künfte und an der materiellen Sicherung in den LPG exemplarisch: BLHA, Rep. 530, Nr. 1432 (23.2.1960).

74 BLHA, Rep. 730, Nr. 954 (Bericht v. 8.10.1952; Orthographie korrigiert); Rep. 730, Nr. 734 (Bericht v. 2.2.1960); Rep. 530, Nr. 1573 (Bericht v. 25.8.1960). Zur Forderung nach einem Gesetz: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1358, Bl. 116; Rep. 930, Nr. 712 (Bericht v. 21.12.1957); BLHA, Rep. 530, Nr. 1432 (Bericht v. 23.2.1960); Rep. 530, Nr. 1433 (Bericht v. 22.2.1960). Zu Lindenberg der Bericht vom 8. März 1960 in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1434; Rep. 530, Nr. 1659 (Bericht v. 17.9.1960).

75 BLHA, Rep. 930, Nr. 713/1 (Berichte v. 18.3.1959, 21.4.1959 u. 2.6.1959). Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 930, Nr. 713/2 (Bericht v. 5.7.1960); Rep. 530, Nr. 1330 (Bericht v. 28.7.1960; Orthographie korrigiert). Zum Attentismus der Altbauern auch: BLHA, Rep. 730, Nr. 964 („Beratung im großen Saal am 23.7.1959"). Zur Hoffnung auf die Konferenzen: Major, 13. August 1961, S. 332. Zum politischen Hintergrund: Lemke, Berlinkrise, S. 119–145.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

konformität und Verweigerung schienen Auswege zu eröffnen, ohne daß die Kollektivierungsgegner sich politisch zu deutlich exponieren und damit harte Sanktionen in Kauf nehmen mußten. Vielerorts weigerten sich Landwirte deshalb, die verlangten „Aussprachen" mit Agitationsgruppen, Bürgermeistern, Vorsitzenden örtlicher Parteiorganisationen und anderen Herrschaftsträgern zu führen. Gelegentlich brachten Bauern an ihren Häusern oder Hofeinfahrten Schilder an, die Funktionäre abschrecken sollten. So warnten Aufschriften: „Achtung, bissiger Hund!" Im März 1960 kündigte ein Bauer, der „Genosse" war, sogar an, daß er ein Schild auf seinem Grundstück aufstellen werde, auf dem er ankündigen wollte: „Wer mit mir über die sozialistische Umgestaltung sprechen will, braucht nicht zu kommen". Andere Landwirte ließen sich von Angehörigen verleugnen oder entfernten sich kurz vor dem Eintreffen der Agitationsgruppen von ihren Betrieben. So erinnert sich ein Bauer aus Ihlow an die Kollektivierungskampagne in der Gemeinde im Sommer 1958: „... da haben sie [die Mitglieder einer Agitationsgruppe] systematisch alles durchgekämmt, jeden im Dorf haben sie sich vorgenommen. Diskussionen haben wir gehabt nicht nur für 2 Stunden, den ganzen Tag. Hier sind sie hereingekommen, die Frauen haben sie aufgehalten, wir beide, Vater und ich, zum Fenster raus, die Pferde angespannt, und dann sind wir aufs Feld gefahren, um diese ganze Diskussion zu vermeiden."[76]

Vielfach trafen Funktionäre, die bei der Kollektivierung eingesetzt wurden, auf den Höfen auch auf verriegelte Türen. Bauern, die sich eingeschlossen hatten, setzten sich aber dem Psychoterror der Agitationskommissionen aus. Gelegentlich verschafften sich die Funktionäre, die tagelang in Dörfern blieben und dort übernachteten, auch gewaltsam Zugang zu den Bauern. So wurden Feuerwehren gezwungen, versperrte Türen unter dem Vorwand zu öffnen, den Brandschutz in den Häusern zu überprüfen. Lautsprecherwagen sollten die entschiedenen Kollektivierungsgegner zermürben und ihren Selbstbehauptungswillen brechen, indem ihr Verhalten öffentlich angeprangert wurde. Darüber hinaus erhielten Landwirte, die sich beharrlich weigerten, LPG beizutreten, keine Betriebsmittel mehr. Im Braunkohlenrevier um Cottbus wurden Bergarbeiter, die Nebenerwerbsbauern waren, in den Gruben sogar entlassen, um sie zum Anschluß an Produktionsgenossenschaften zu zwingen. Dennoch weigerten sich auch hier noch im Frühjahr 1960 viele Landwirte, mit Funktionären über ihren Eintritt in LPG zu sprechen. Da die Agitationsgruppen aber immer rigoroser gegen Bauern vorgingen, die dem Druck nicht nachgaben, eskalierte der Konflikt vereinzelt. In der Gemeinde Körtzin (Landkreis Potsdam) setzten Dorfbewohner sogar einen Lautsprecherwagen unter Wasser, nachdem sie dort während eines Agitationseinsatzes im September 1959 einen Probealarm der örtlichen Feuerwehr ausgelöst hatten.[77]

Oft protestierten bedrängte Bauern über Verweigerung hinaus direkt gegen die Herrschaftsansprüche des SED-Regimes in der ländlichen Gesellschaft, indem sie die Politik der Machthaber grundsätzlich in Frage stellten und die von ihnen propagierten Leitbilder auch

76 BLHA, Rep. 530, Nr. 1429, Bl. 73. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 530, Nr. 1434 (Bulletin v. 7.3.1960); Rep. 530, Nr. 732, Bl. 4; Interview mit H.M., Ihlow, 14.6.1995. Vgl. auch Wietstruk, Umgestaltung, S. 85; BLHA, Rep. 530, Nr. 734, Bl. 302; Rep. 530, Nr. 1432 („Auszüge aus Lageberichten über die soz. Umgestaltung in der Landwirtschaft"; Bericht v. 14.3.1960); Rep. 730, Nr. 734 (Bericht v. 12.2.1960).

77 BLHA, Rep. 530, Nr. 753, Bl. 194. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/408, Bl. 45f.; BLHA, Rep. 604/16, Nr. 96, Bl. 59; Rep. 530, Nr. 1429, Bl. 73f., 76, 79; Rep. 530, Nr. 1432 (Bericht v. 14.3.1960); Rep. 530, Nr. 1659 (Bericht v. 17.9.1960). Zum Druck auf Nebenerwerbsbauern in der Lausitz: Nehrig, Industriearbeiter, S. 188–190; BLHA, Rep. 530, Nr. 1349 (Schreiben v. 8.9.1958).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

öffentlich ablehnten. So verwiesen Landwirte Agitatoren, die in Wohn- oder Stallgebäude eingedrungen waren, von ihren Höfen. 1959/60 kritisierten Bauern oft auch explizit die Diskrepanz zwischen der vom SED-Regime deklarierten „Freiwilligkeit" und dem Druck, Zwang und Terror, die das Vorgehen der Agitationskommissionen auf dem Lande kennzeichneten. Damit wiesen sie auf eine erhebliche Legitimitätslücke in der kommunistischen Diktatur hin. Indem Dorfbewohner den offiziellen Legitimationskanon des Regimes wie das Selbstverständnis als „Volksdemokratie", die deutsch-sowjetische Freundschaft und den „Antifaschismus" ebenso in Frage stellten wie die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, den „demokratischen Zentralismus" und das „Bündnis" von Arbeitern und Bauern, glitten sie von der Verweigerung stufenlos zum politischen Widerstand über. Diese Eskalation war vor allem eine Folge des umfassenden Konformitätsanspruchs des Regimes und sogar von den widerstrebenden Akteuren selber durchaus nicht immer intendiert. Ebenso wie 1956 hoben Bauern vier Jahre später die Repressionspolitik der SED-Leitungen in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus scharf von dem Abbruch der Kollektivierung in Polen ab, den sie den Funktionären als Vorbild entgegenhielten. Noch im November 1962 warf ein Mitglied der LPG in Schönhagen (Kreis Kyritz, Bezirk Potsdam) Funktionären vor: „Ihr bringt uns durch Eure Politik weit zurück, macht es doch so wie in Polen, dort läßt man die Bauern auch wieder allein wirtschaften, und die Menschen leben in Hülle und Fülle. Macht doch Familienhöfe, da wird die Arbeit fertig, und wir sitzen nicht im Dreck, und die Leute haben wieder zu essen." Vor allem im Frühjahr 1960 drückten bedrängte Landwirte ihren Protest gegen die Zwangskollektivierung auch aus, indem sie freie Wahlen forderten und der SED-Diktatur damit explizit die Legitimität absprachen: „Macht doch freie Wahlen, aber Ihr sagt ja selbst, Ihr lasst Euch mit dem Stimmzettel nicht die Macht nehmen."[78]

Die Kollektivierung widersprach dem Autonomiestreben der Landwirte, ignorierte deren Eigentümerbewußtsein und verletzte den spezifisch bäuerlichen Berufsstolz, auch indem ihr erzwungener Eintritt in LPG von Partei- und Staatsfunktionären als „freiwillig" deklariert wurde. Deshalb weigerten sich Bauern explizit, sich im Statut ihres Kollektivbetriebes zum „freiwilligen" Zusammenschluß zu bekennen. Noch im Juni 1960 hatte der Rat des Kreises Fürstenberg (Bezirk Frankfurt/Oder) das Statut der LPG, die in der Gemeinde Groß-Lindow gegründet worden war, nicht angenommen, weil im Text das Wort „freiwillig" gestrichen war. Auch in anderen Kreisen des Bezirkes Potsdam klagten Bauern nach dem gewaltsamen Abschluß der Kollektivierung: „Wir sind zum Eintritt in die LPG gezwungen worden, das Wort ‚freiwillig' ist bei uns im Statut gestrichen worden." In die Produktionsgenossenschaften gedrängte Bauern drückten ihren Protest gegen den Zwang vereinzelt auch aus, indem sie für ihre Produktionsgenossenschaften herabsetzende Namen wie „Hungerland", „Hohe Melde", „Maulwurf" oder „Friedhof" vorschlugen.[79]

Die Eskalationsdynamik, die von Verweigerung und Protest zum politischen Widerstand führte, war bereits in dem weitgespannten Kontroll- und Gestaltungsanspruch der Machtha-

78 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 530, Nr. 772, Bl. 105 (Interpunktion korrigiert); SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1357, Bl. 37. Vgl. auch BLHA, Rep. 930, Nr. 710 („Bericht über die Durchführung der VdgB-Wahlen"); Rep. 930, Nr. 713/2 (Bericht v. 7.11.1960); Rep. 530, Nr. 953; Bl. 78; Rep. 530, Nr. 955, Bl. 63. Zum Hinweis auf Polen auch: Major, 13. August 1961, S. 332.

79 BLHA, Rep. 930, Nr. 713/2 (Bericht v. 8.4.1960). Zit. nach: BLHA, Rep. 601, Nr. 6324 (Vorlage v. 30.9.1960; Interpunktion korrigiert). Zu Groß-Lindow: BLHA, Rep. 730, Nr. 738 (Bericht v. 8.6.1960). Zur Streichung des Wortes „freiwillig" in den Statuten auch: BLHA, Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 194; Rep. 530, Nr. 732, Bl. 94; Rep. 930, Nr. 713/2 (Bericht v. 9.6.1960).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ber in der entfalteten staatssozialistischen Diktatur angelegt. Als im Sommer 1960 den Mitgliedern einer LPG in Golm (Kreis Angermünde, Bezirk Frankfurt/Oder) ein Brief des ZK der SED über den „freiwilligen" Beitritt zu Produktionsgenossenschaften vorgelesen wurde, protestierten sie: „Das ist gelogen, man hat uns in die LPG gezwungen. Das ist genauso wie bei Hitler, diktatorisch." Die pseudodemokratische Legitimation des SED-Regimes, das eine breite Partizipation der Bevölkerung nur vortäuschte, konnte allerdings auch von Dorfbewohnern ausgenutzt werden. So drohten im Landkreis Cottbus Bauern, die einen Beitritt zu LPG ablehnten, im November 1958, der Staatspartei ihre Stimme in den bevorstehenden „Volkswahlen" zu verweigern, wenn sie gezwungen werden sollten, ihre Familienbetriebe aufzugeben.[80] Der politische Widerstand gegen das SED-Regime wurde auf dem Lande aber überwiegend chiffriert, indem spezifische Repräsentationsformen, Metaphern und Symbole der staatssozialistischen Diktatur erwähnt wurden. Unter dem Druck der Agitationsgruppen wiesen im Landkreis Potsdam Bewohner mehrerer Dörfer – so der Gemeinde Glindow – im Frühjahr 1960 auf den „Gummiknüppel" hin, der weithin mit der gewaltsamen Kollektivierung assoziiert wurde. Vereinzelt sollten auch Drohungen, daß wieder ein „17. Juni" die Willkürherrschaft der SED erschüttern könnte, auf dem Lande die übermächtigen Funktionäre verunsichern, so in Brügge (Kreis Pritzwalk, Bezirk Potsdam). Im darauffolgenden Jahr wurden LPG hier gelegentlich sogar offen als Gefängnisse bezeichnet und die fehlende Eigenverantwortung in den neuen Betrieben scharf kritisiert. In den Produktionsgenossenschaften verbreiteten sich Enttäuschung und Verbitterung, da die schwierige, oft wenig effiziente und gering bezahlte Arbeit den verheißungsvollen Visionen widersprach, mit denen Funktionäre Bauern im Frühjahr 1960 in die Kollektivbetriebe gelockt hatten.[81]

Allerdings ist auch bei der Untersuchung des politischen Widerstandes zwischen den Motiven der Akteure, die abweichendes Verhalten zeigten, und den Ansprüchen der SED-Führung zu unterscheiden, die Devianz verfolgen und unterdrücken ließ. Sogar Verhaltensformen, die den verordneten Konsens nur geringfügig verletzten, allgemeine wirtschaftliche Anpassungsprobleme und gesellschaftliche Konflikte wurden in der kommunistischen Diktatur bereits in den fünfziger Jahren so umfassend politisiert und kriminalisiert, daß sie in den Berichten der Sicherheitsorgane, aber auch in Westdeutschland vielfach undifferenziert als politische Opposition gegen das SED-Regime gedeutet wurden. So stuften die Machthaber in der DDR schon den Besitz von Waffen, die Verbreitung von Flugschriften, die sich gegen die Kollektivierung richteten und Vandalismus gegen Propagandamaterial der SED und der Massenorganisationen als „staatsgefährdende Delikte" ein. Nachdem das SED-Regime Anfang Frühjahr 1960 zur Zwangskollektivierung übergegangen war, trafen Stellungnahmen gegen LPG und die Agrarpolitik in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus nochmals auf beträchtliche Resonanz. Empörte Bauern verliehen ihrem Protest wiederholt Ausdruck, indem sie Plakate und andere Propagandamittel der Staatspartei zerstörten. In Groß-Kreutz (Landkreis Potsdam) wurden im April 1960 Schilder abgerissen, die den Ort als „vollgenossenschaftliches Dorf" priesen. Funktionäre und Bauern, die Übergriffe gegen Parteipropaganda nicht verhinderten, Parolen der Kollektivierungsgegner folgten und sie weiterverbreiteten, wurden als Opfer der „skrupellosen Hetze des Klassengegners" bedauert, oft aber auch hart kritisiert. Die Bezirks- und Kreisleitungen der Partei verurteilten

80 BLHA, Rep. 930, Nr. 84 („Bericht des Büros der Bezirksleitung"). Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 1226, Bl. 71a.

81 BLHA, Rep. 530, Nr. 953, Bl. 42; Rep. 530, Nr. 1367 (Fernschreiben v. 8.8.1962). Zu Glindow: BLHA, Rep. 530, Nr. 732, Bl. 153. Zu Brügge: BLHA, Rep. 530, Nr. 954, Bl. 35.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ebenso wie das ZK der SED scharf untergeordnete Funktionäre in den Kreisen und Gemeinden. Diese Herrschaftsträger, darunter auch Sicherheitskräfte, mußten sogar die Verantwortung für das „Rowdytum" von Jugendlichen tragen, die in Dörfern offen gegen LPG protestierten.[82]

Auch „Republikfluchten" richteten sich zumindest aus der Sicht der Machthaber in der DDR (und der meisten westdeutschen Politiker) direkt gegen den Herrschafts- und Gestaltungsanspruch des SED-Regimes. Aufmerksam berichteten die Parteileitungen deshalb über die Flüchtlinge, deren Zahl besonders 1952/53 und 1959/60 hochschnellte. Die Bauern flohen vor allem wegen Ablieferungsrückständen und Steuerschulden. 1959/60 flüchteten aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus nicht nur Landwirte, sondern auch enttäuschte LPG-Mitglieder. Als die Bezirks- und Kreisleitungen der SED im Sommer 1958 ihren Kollektivierungsdruck erneut erhöhten, drohten Bauern wiederum vielerorts unverhohlen mit Flucht. So erklärten sieben Landwirte in der Gemeinde Lehrte (Kreis Neuruppin, Bezirk Potsdam) trotzig: „Unser Land können sie [die Machthaber] haben, aber uns nicht." Im Frühjahr 1960 erreichte die Fluchtbewegung ihren Höhepunkt. Bevor sie die DDR verließen und damit der bevorstehenden Kollektivierung ihrer Betriebe auswichen, hoben viele Bauern noch ihr Geldvermögen von den Banken ab. Oft verließen auch mehrere Landwirte, die ihre Flucht abgesprochen hatten, ihre Dörfer, die damit vereinzelt sogar entleert wurden. Angesichts des desolaten Zustandes vieler Produktionsgenossenschaften riefen sogar Führungskräfte indirekt zur „Republikflucht" auf. Die Spitzenpolitiker der SED und Funktionäre in den Bezirks- und Kreisleitungen der Partei führten die Flucht vieler Bauern aber nicht auf den enormen Kollektivierungsdruck und die ökonomischen Folgen der Repressionspolitik auf dem Lande, sondern auf den Einfluß des angeblich in die Gemeinden eingedrungenen „Klassenfeindes" zurück. Diese Verschwörungsvorstellung, die das abweichende Verhalten von Bauern z.T. nachträglich politisierte, begründete die Interpretation der „Republikflucht" als politische Opposition und rechtfertigte aus der Sicht der Machthaber eine verschärfte Unterdrückung der LPG-Mitglieder. Indem sich viele Bauern mit ihrer Flucht gegen die Legitimationsideologie des SED-Regimes wandten, wurde ihr abweichendes Verhalten als Verbrechen eingestuft. In der staatssozialistischen Diktatur definierten letztlich die Machthaber Devianz.[83]

Suizide waren aus der Sicht der Bauern das letzte Mittel gegen die drohende Zwangseingliederung in die verhaßten LPG und traten deshalb nur vereinzelt auf. Selbstmorde auf dem Lande waren auf ein Bündel unterschiedlicher Motive zurückzuführen, spiegelten aber besonders 1959/60 zweifellos die weitverbreitete Resignation bedrängter Bauern wider, die hilflos der rigorosen Kollektivierungspolitik ausgesetzt waren und ohnmächtig die Auflösung ihrer selbständigen Familienbetriebe hinnehmen mußten. Die Drohung mit Suizid war auf die Verzweiflung von Bauern angesichts der kompromißlosen Kollektivierungspolitik

82 BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 231. Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 9633, Bl. 153. Zu Groß-Kreutz der Bericht vom 25. April 1960 in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1572. Zur Politisierung und Kriminalisierung allgemein: Kleßmann, Opposition und Resistenz, S. 467f.; Stöver, Leben, S. 36, 45.

83 Hierzu die „Auswertung der Beratung im ZK am 21.4.1960" in: BLHA, Rep. 730, Nr. 961. Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 753, Bl. 38. Drohungen mit „Republikflucht" z.B. überliefert in: BLHA, Rep. 930, Nr. 712 (Bericht v. 6.9.1957); Rep. 730, Nr. 734 (Bericht v. 10.2.1960); Rep. 530, Nr. 1461 (Bericht v. 9.10.1960). Daneben: BLHA, Rep. 530, Nr. 1432 (Schreiben v. 14.3.1960 und 16.3.1960); Rep. 930, Nr. 713/2 (Berichte v. 14.5.1960, 5.7.1960, 20.9.1960 u. 8.12.1960); Rep. 730, Nr. 738 (Bericht v. 8.6.1960).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

zurückzuführen, die den Landwirten aus ihrer Sicht keinen Ausweg mehr ließ. Mit der Ankündigung ihres Selbstmords demonstrierten Bauern in dieser Lage öffentlich ihren Protest gegen das SED-Regime. So drohte ein Landwirt in Paaren (Landkreis Potsdam) Agitatoren, die ihn im März 1960 zum Eintritt in eine LPG drängten: „Ich hänge mich auf der Strasse auf, damit alle sehen, warum ich es getan habe." Als die Bauern der Zwangskollektivierung im „sozialistischen Frühling" nicht mehr ausweichen konnten, schien einzelnen Opfern der Repression die Drohung mit Selbstmord die Chance zu bieten, sich gegenüber den Forderungen der Funktionäre zu behaupten, den umfassenden Verfügungs- und Legitimitätsanspruch des Regimes öffentlich zurückzuweisen und ihre Selbstachtung zu erhalten. Die Ankündigung, sich vor dem Anschluß an eine LPG aufzuhängen, zeigte die Entschlossenheit einzelner Bauern, der Übermächtigung zu entgehen und ein Fanal gegen die Repressionspolitik der Machthaber zu setzen.[84]

Als sich das SED-Regime im „sozialistischen Frühling" entschlossen zeigte, die Bauern in der DDR ausnahmslos ihrer Selbständigkeit zu berauben und damit die ländliche Gesellschaft tiefgreifend umzuwälzen, protestierten die Bauern, indem sie Zeitungen und Zeitschriften abbestellten, die mit der bauernfeindlichen Agrarpolitik der Diktatur assoziiert wurden. Landwirte, die letztlich widerwillig den Produktionsgenossenschaften beigetreten waren oder neue Kollektivbetriebe gegründet hatten, stornierten außer dem „Neuen Deutschland" besonders Abonnements der VdgB-Wochenzeitung „Der freie Bauer". So kündigten im Bezirk Potsdam in einzelnen altbäuerlich geprägten Gemeinden jeweils mehr als zehn Landwirte den Bezug dieser Zeitung, um damit gegen die Zwangskollektivierung Stellung zu nehmen, die sie nicht verhindern konnten. Die Bauern, die überwältigt worden waren und ohnmächtig ihrer Zwangsintegration in die LPG zustimmen mußten, konnten sich nur noch nachträglich gegen den Herrschaftsanspruch des SED-Regimes wenden: „Es gibt ja bei uns keine freien Bauern mehr." Daneben wurden Zeitungen der SED-Bezirksleitungen wie die „Lausitzer Rundschau" (Cottbus) und die „Märkische Volksstimme" (Potsdam) abbestellt. Im März 1960 kündigten allein im Obstbaugebiet um Werder Dorfbewohner – offenbar überwiegend frühere Einzelbauern – 300 Abonnements der „Märkischen Volksstimme", im April sogar 800. Im Havelland wurden daneben auch Fachzeitungen für Obstbauer wie die „Gärtner-Post" nicht mehr bezogen.[85]

Zudem hielten viele neue LPG-Mitglieder die VdgB nach dem Ende der selbständigen Bauernschaft für überflüssig. Obgleich die landwirtschaftlichen Produzenten auch zuvor ökonomisch und politisch keineswegs autonom gearbeitet hatten, war der Entzug der Verfügungsmacht über ihren Besitz für sie so einschneidend, daß die VdgB im „sozialistischen

84 BLHA, Rep. 530, Nr. 1436 (Bericht v. 24.12.1962). Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 1432 (Bericht v. 14.3.1960). Vgl. auch BLHA, Rep. 530, Nr. 1433 (Bericht v. 4.3.1960). Die Parteileitungen versuchten in ihren Berichten über Selbstmorde von Bauern, die politischen Motive der Taten zu verdecken oder zu leugnen, und stellten persönliche Probleme der Opfer heraus. Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/4, Bl. 80f. Zur Resignation der bedrängten Landwirte Stimmen in: BLHA, Rep. 730, Nr. 735 (Bericht v. 10.3.1960); SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/408, Bl. 39.

85 Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 759, Bl. 191. Zu Abbestellungen des „Freien Bauern" und der „Märkischen Volksstimme": BLHA, Rep. 530, Nr. 207, Bl. 32 (Angabe); Rep. 530, Nr. 732, Bl. 94, 123, 177, 329; Rep. 530, Nr. 734, Bl. 138, 167; Rep. 530, Nr. 760, Bl. 13, 28. Zu den Fachzeitungen im Obstbaugebiet: BLHA, Rep. 530, Nr. 1573 (Bericht v. 17.5.1960). Allein im April 1960 wurden im Bezirk Cottbus 900 Abonnements der „Lausitzer Rundschau" abbestellt, davon 500 im Landkreis Cottbus. Diese Angaben im „Bericht des Büros der Bezirksleitung" in: BLHA, Rep. 930, Nr. 84. Allgemein zur Abbestellung von Bauernzeitungen: Osmond, Kontinuität, S. 157; Zwangskollektivierung, S. 17.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Frühling" ihre Funktion als verdeckter Berufsverband in den Gemeinden verlor. Im Kreis Eberswalde (Bezirk Frankfurt/Oder) klagten Mitglieder von Produktionsgenossenschaften vor den VdgB-Wahlen im Frühjahr 1960: „Die VdgB hat mitgeholfen, uns alle in die LPG zu bringen, und nun können wir sie nicht mehr als Massenorganisation der Bauern anerkennen." Andere Mitglieder von Produktionsgenossenschaften kritisierten die pseudodemokratische Legitimationsideologie der Machthaber noch direkter: „Wir sind keine Bauern mehr, infolgedessen brauchen wir keine VdgB." Viele LPG-Mitglieder verließen die Massenorganisation, die noch im zweiten Halbjahr 1961 allein im Bezirk Potsdam 1.370 Mitglieder verlor. Mit diesem Boykott, der dem SED-Regime vor allem den Anspruch auf die politische Legitimität seiner Kollektivierungspolitik entziehen sollte, protestierten frühere Einzelbauern nachträglich gegen die Gewalt der Agitationskommissionen, die ihnen im „sozialistischen Frühling" keinen Ausweg gelassen hatten. Sogar VdgB-Funktionäre selber resignierten, da sie für sich keine Aufgaben mehr erkannten.[86]

Die Kraft der Erinnerung. Vergangenheit als Erfahrungshintergrund und Wahrnehmungshorizont

Die Vergangenheit bildete bei der Kollektivierung für die Bauern einen wichtigen Erfahrungshintergrund, der auch Gerüchte speiste. Das „kollektive Gedächtnis" als Ensemble sedimentierter individueller Erfahrungen zeigte sich vor allem im Umgang mit der Geschichte. Einzelne historische Ereignisse wurden in der Kollektivierungskampagne in die Interaktion zwischen Personen, die an dem Prozeß beteiligt waren, eingespeist und in spezifischen Verwendungskontexten unmittelbar für individuelle Interessen funktionalisiert. „Kollektives Gedächtnis" wird deshalb im folgenden analytisch als kommunikatives Konzept gefaßt, das nicht authentisch und uniform Vergangenheit widerspiegelt, sondern durch unterschiedliche oder sogar konträre individuelle Wahrnehmungs- und Aneignungsformen gekennzeichnet ist. Wie das abweichende Verhalten gegenüber der Kollektivierungspolitik der SED auf dem Lande zeigt, bildete sich unter dem Druck der Agitationsgruppen nicht zuletzt ein Deutungskonflikt über die Vergangenheit heraus. Dabei stellten bedrängte Bauern die Geschichtsfolklore des kommunistischen Regimes und die damit verbundene offizielle Gedenkkultur offen in Frage. Indem sie auf ihrer Interpretation und Aneignung der Vergangenheit beharrten, hielten sie der Geschichtspolitik der Machthaber ihre persönliche Erinnerung entgegen. Damit beanspruchten sie einen grundlegenden Bestandteil individueller Autonomie und gesellschaftlichen Pluralismus. Obgleich der Abschluß der Kollektivierung dem Gebrauch der Geschichte als Instrument gegen diese Politik den Boden entzog, konnte das SED-Regime mit seinen offiziellen Gedenkritualen die populäre Geschichtskultur unterschiedlicher individueller Erinnerungen nie vollständig perforieren. Das Gedächtnis der Herrschaftsunterworfenen und ihr Umgang mit der Geschichte entzog sich zentraler

86 Zit. nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 737 (Bericht v. 13.5.1960; Grammatik und Interpunktion korrigiert). Angabe zum Mitgliederverlust in der VdgB im Bezirk Frankfurt (Oder) in: BLHA, Rep. 730, Nr. 779 („Information"). Kritische Stellungnahmen zur Rolle der VdgB und Berichte über den Boykott auch in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1359, Bl. 141; DY 30/IV 2/7/282, Bl. 178f.; BLHA, Rep. 730, Nr. 773 (Bericht v. 11.7.1960); Rep. 530, Nr. 732, Bl. 275; Rep. 530, Nr. 760, Bl. 18f., 72.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

politischer Kontrolle, so daß in der DDR die Kluft zwischen öffentlichem Gedenken und persönlicher Erinnerung wuchs.[87]

In den fünfziger Jahren waren der kulturelle und politische Kontakt zur Sowjetunion, die Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten, der Nationalsozialismus und die Gutsherrschaft wichtige Kristallisationskerne der Perzeption und Erinnerung auf dem Lande, die auch die Aneignung des Kollektivierungsprozesses nachhaltig beeinflußten. Der Rekurs auf traditionale Protestformen wurde in den Anschlägen deutlich, die Gegner der Kollektivierung auf die LPG und ihr Inventar verübten. Schon in der Frühen Neuzeit hatten Bauern mit Brandstiftungen nicht nur dörfliche Konflikte ausgetragen, sondern darüber hinaus gegen obrigkeitliche Willkür und Unterdrückung protestiert. In der DDR wurden Wirtschaftsdelikte wie die Zerstörung genossenschaftlichen Eigentums und dörfliche Konflikte von den Volkspolizeiämtern durchweg als oppositionelles Verhalten politisiert, auch wenn es als radikale Form sozialen Protests einzustufen war. Da den Volkspolizisten und ABV in den einzelnen Gemeinden der Schutz der neuen Betriebe oblag, gingen sie besonders scharf gegen Straftaten vor, die sie vor allem auf die Absicht zurückführten, die Produktionsgenossenschaften, VEG und MTS durch Störungen des Arbeitsablaufes zu „zersetzen". Trotz dieser umfassenden Kriminalisierung begingen Dorfbewohner weiterhin Straftaten gegen die Staats- und Kollektivbetriebe. Mit dem Diebstahl oder der Beschädigung von Maschinen, Ersatzteilen und anderem technischen Inventar protestierten sie in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus gegen die antibäuerliche Agrarpolitik des SED-Regimes. Vereinzelt wurde in LPG auch Vieh vergiftet, um damit der Kollektivierung entgegenzutreten, über die nicht in offener Diskussion gestritten werden durfte. Noch größeres Aufsehen erregten in den Dörfern Brandstiftungen, die Gebäude von Produktionsgenossenschaften, Maschinenstationen und VEG zerstörten oder beschädigten. Daneben wurden Heumieten und Getreidelager angezündet, um damit ein Fanal gegen die Kollektivierung zu setzen. Die Zahl der Brandstiftungen stieg deshalb im Frühjahr 1960 deutlich. Ebenso wurden nach dem Mauerbau im Bezirk Potsdam in Gemeinden verstärkt landwirtschaftliche Gebäude angezündet, zumal in den LPG noch im Frühjahr 1962 „massierte Auffassungen gegen die Sicherungsmassnahmen vom 13.8.1961" und „Zweifel an der sozialistischen Perspektive der Landwirtschaft" weit verbreitet waren, wie die SED-Bezirksleitung in ihrem Bericht über eine Versammlung in der LPG Dranse (Kreis Wittstock, Bezirk Potsdam) feststellte. Brandstiftungen waren zwar kaum geeignet, die Erzeugung in den LPG nachhaltig zu stören, wurden von den Dorfbewohnern und den Machthabern aber gleichermaßen als symbolische Akte gewaltsamen Widerstands gegen die Eingriffe des obrigkeitsstaatlichen SED-Regimes in die Lebenswelten auf dem Lande gedeutet.[88]

---

87 Konzeptionelle Überlegungen in: Hans Günter Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: APZ, B 28/2001, 6.7. 2001, S. 15–30, hier: S. 17–19, 21–26 (dort auch weitere Literatur).

88 Zit. nach: BLHA, Rep. 405/15, Nr. 24, Bl. 64. Angaben zu den Brandstiftungen in: BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 228; Rep. 530, Nr. 1354 (Analyse v. 12.10.1961). Beispiele für Todesurteile nach Brandstiftungen in: Fricke, Opposition, S. 137. Zur „Sabotage" in landwirtschaftlichen Betrieben auch: BLHA, Rep. 405/15, Nr. 24, Bl. 19–21, 233f., 265–267; Rep. 930, Nr. 37, Bl. 68. Zur Verfolgung von Dorfbewohnern, die Funktionäre und LPG-Mitglieder bedrohten oder schlugen: BLHA, Rep. 930, Nr. 39, Bl. 156f. Zur LPG Dranse: BLHA, Rep. 530, Nr. 769, Bl. 256. Protest gegen den Mauerbau im Kreis Bernau überliefert in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/403, Bl. 336–338. Zu andauernder Kritik an der Kollektivierung, „Sabotage" und an Brandstiftungen nach dem Mauerbau auch: Osmond, Kontinuität, S. 159f.; Major, 13. August 1961, S. 345; ders., „Mit Panzern kann man doch nicht für den Frie-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Kriegserlebnisse in der Sowjetunion bildeten oft einen Erfahrungshintergrund, der politischer Opposition gegenüber der Kollektivierung im Rekurs auf den traditionalen Antikommunismus Auftrieb verlieh. So erklärte im Juli 1952 ein Rentner in Jakobsdorf (Landkreis Frankfurt/Oder), wo sieben Bauern eine Produktionsgenossenschaft gründen wollten, daß in dem Dorf „einige wären, die bloß nicht mehr arbeiten wollen. Deswegen will K. [SED-Mitglied und einer der Initiatoren der LPG-Gründung] jetzt den Kolchos-Sekretär machen und H. [ebenfalls SED-Genosse und Befürworter der LPG] den Kolchos-Inspektor; denn auf ihrer Wirtschaft kämen sie ja nicht weiter. Sie wollten dann die dicken Gehälter einstecken, und die anderen müßten schuften. Er kenne das aus eigener Anschauung, denn er hätte gesehen, wie in Rußland die Leute auf den Kolchosen verhungert wären." Vertriebene aus Gebieten, die 1939/40 von der Sowjetunion besetzt worden waren, nahmen die Kollektivierung in der DDR vor dem Hintergrund ihrer Erfahrung des ähnlichen Prozesses in der alten Heimat war. So protestierten aus Bessarabien geflüchtete Deutsche im Herbst 1952 im Kreis Pritzwalk (Bezirk Potsdam) gegenüber Staats- und Parteifunktionären: „Ihr könnt uns doch nichts erzählen, wir kommen doch aus dem Kolchosland her. [...] In Russland sind wir den Kolchosen entflohen, und hier in Deutschland fängt man uns." Vereinzelt stigmatisierten Landwirte darüber hinaus Funktionäre der SED als Erfüllungsgehilfen und staatliche Institutionen der DDR als Exekutivorgane der sowjetischen Parteiführung. Viele Bauern lehnten den von der SED-Führung verordneten Modelltransfer ab; in der ostdeutschen Landwirtschaft sei die Kollektivierung – wie frühere Landwirte im Bezirk Potsdam noch im November 1961 meinten – nicht gerechtfertigt, „da man die Verhältnisse der SU nicht einfach auf die Verhältnisse in der DDR übertragen kann." Die Gründung von LPG in der DDR von 1952 bis zu den frühen sechziger Jahren weckte bei Bauern in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus im allgemeinen Erinnerungen an die gewaltsame Einrichtung von Kolchosen in der UdSSR in den frühen dreißiger Jahren. Gelegentlich wurde auch auf die Hungersnot in der Sowjetunion verwiesen, die von der rigorosen Kollektivierungspolitik herbeigeführt worden war. Insgesamt prallten bei der Zwangsintegration in LPG der überkommene Antikommunismus, Projektionen kultureller Überlegenheit und konkrete Erfahrungen im Umgang mit Offizieren und Soldaten der Roten Armee unmittelbar auf die offizielle Staatsideologie der deutsch-sowjetischen Freundschaft.[89]

Ebenso stärkte der Kollektivierungsdruck die Sehnsucht der Vertriebenen nach dem Leben in ihrer alten Heimat. Mit ihrer Kritik an der Oder-Neiße-Linie verletzten aber auch alteingesessene Dorfbewohner ein politisches Tabu, das eng mit der rituell beschworenen deutsch-sowjetischen Freundschaft verknüpft war. So verbreitete sich 1953 im Bezirk Potsdam das Gerücht, „daß die Umsiedler in ihre Heimat zurückkommen, weil die Oder-Neiße-Grenze fällt"[90], und ein Jahr später trat ein Beschäftigter des VEG in Buchholz (Kreis Strausberg, Bezirk Frankfurt/Oder) „gegen die Grenze auf, weil er [...] seine Heimat liebt;

---

den sein", S. 213, 219. Zum Traditionsbezug: Regina Schulte, Feuer im Dorf, in: Heinz Reif (Hg.), Räuber, Volk und Obrigkeit. Studien zur Geschichte der Kriminalität in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1984, S. 100–152, hier: S. 103, 114, 144.

89 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 730, Nr. 953 (Interpunktion korrigiert); Rep. 530, Nr. 1437, Bl. 12; BLHA, Rep. 530, Nr. 956, Bl. 107. Vgl. auch Wietstruk, Umgestaltung, S. 20; BLHA, Rep. 530, Nr. 759, Bl. 27, 94; Rep. 730, Nr. 953 (Bericht v. 7.7.1952). Zur Kollektivierung aus der Sicht der deutschen Flüchtlinge aus Bessarabien auch: Schmidt, „Drei- oder viermal im Leben neu anfangen zu müssen ...", S. 305f., 316, 319; SAPMO-BArch, Sg Y 30/1735, Bl. 116.

90 BArch, DK-1, Nr. 9118, Bl. 109 (Orthographie korrigiert).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

dabei meinte er, warum hat Stalin in Potsdam dieser Grenzregelung zugestimmt, wenn er für unser Volk war." Als der Kollektivierungsdruck 1958/59 zunahm, intensivierte sich im Bezirk Cottbus auf dem Lande auch erneut die Diskussion über die Oder-Neiße-Linie. Dieses Problem wurde dabei explizit mit der Gründung von LPG verknüpft. Deshalb verstärkten sich die Diskussionen und Gerüchte mit der Zwangskollektivierung 1960. Im Bezirk Potsdam forderten Dorfbewohner, die sich gegen die Kollektivwirtschaft wandten, vereinzelt noch im Herbst 1960 offen eine Revision der Oder-Neiße-Linie.[91] Auch die Einheit Deutschlands war in der Erinnerung der Landbevölkerung noch tief verankert. Dorfbewohner kritisierten daher die Kollektivierungsschübe Anfang 1952/53 und im Frühjahr 1960. Besonders die erzwungene Integration aller Bauern in LPG im „sozialistischen Frühling" wurde vielerorts als beträchtliches Hindernis auf dem Weg zu der weithin erwarteten Wiedervereinigung Deutschlands betrachtet.[92]

Hinweise auf die Gutswirtschaft bis 1945 richteten sich direkt gegen den Anspruch der Machthaber auf das Wissensmonopol, das nach der Legitimationsideologie des SED-Regimes eine weitsichtige Planung und zielgerichtete Herausbildung der „sozialistischen" Gesellschaft gewährleistete. In vielen Stellungnahmen der Bauern zur Kollektivierung repräsentierten die Gutsbetriebe einerseits eine bessere Vergangenheit, figurierten aber andererseits als Orte rigider Herrschaft und persönlicher Unfreiheit, die gleichermaßen mit den LPG assoziiert wurden. Im Bezirk Frankfurt (Oder) lehnten Neubauern im Kreis Fürstenwalde, wo die Kollektivierung bis September 1952 nur wenig fortgeschritten war, in mehreren Gemeinden den Beitritt zu Produktionsgenossenschaften ab, denn „sie würden dann wieder wie Knechte auf den Gütern sein und damit ihrer freien und selbständigen Handlungsweise beraubt werden." Demgegenüber behauptete ein Mitglied der LPG in Crussow (Kreis Angermünde) noch im Februar 1962: „Früher haben die Leute auf den Gütern besser gelebt als heute in den LPG." Gelegentlich lenkten Bauern auch von der Kollektivierungspolitik ab, indem sie – so in der Gemeinde Schmergow (Landkreis Potsdam) im November 1959 – ihre Bereitschaft vortäuschten, sich direkt VEG anzuschließen, die sie gegenüber Agitatoren als höchste Form landwirtschaftlicher Produktion im Staatssozialismus ausgaben. Mit dieser Argumentation versuchten sie geschickt, die Programmatik und Propaganda des SED-Regimes gegen die Machthaber zu wenden.[93]

Nach dem Beginn der Kollektivierung fragten viele Dorfbewohner erneut kritisch nach dem Stellenwert der Bodenreform. Angesichts der überschäumenden Propaganda für die kollektive Großraumwirtschaft erschien die Aufteilung der Güter in kleine Parzellen auch im Rückblick für Neubauern nach dem Zweiten Weltkrieg dysfunktional und sinnlos. Die Bodenreform galt deshalb vielerorts als Resultat einer verfehlten Agrar- und Gesellschaftspolitik der Machthaber. Mit dem abrupten Kurswechsel, den die SED-Führung auf der

91 Zit. nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 957 (Bericht v. 22.9.1954; Orthographie und Interpunktion korrigiert). Zu den Forderungen im Bezirk Potsdam im Herbst 1960 die Berichte vom 4. und 6. Oktober 1960 in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1461. Noch 1965 beantworteten in der DDR 33,3 Prozent der in der Landwirtschaft Beschäftigten die Frage, ob die deutschen „Grenzen von 1937 wiederhergestellt werden sollten", positiv, insgesamt aber nur 22,0 Prozent. Vgl. Schwartz, „Vom Umsiedler zum Staatsbürger", S. 161.

92 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/285, Bl. 260; BLHA, Rep. 730, Nr. 737 (Bericht v. 11.5.1960).

93 BLHA, Rep. 530, Nr. 891, Bl. 226. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 730, Nr. 954 (Bericht v. 30.9.1952; Orthographie und Interpunktion korrigiert); Rep. 730, Nr. 779 (Schreiben v. 14.2.1962). Dazu auch: BLHA, Rep. 401, Nr. 2681 (Schreiben v. 14.10.1960); Rep. 530, Nr. 1424 („Landwirtschaft"); Rep. 730, Nr. 773 (Bericht v. 11.7.1960); Rep. 730, Nr. 929 (Beschluß v. 10.5.1958).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

2. Parteikonferenz verkündete, geriet das Regime auf dem Lande in eine akute Legitimitätskrise. Neubauern, die ihre Betriebe gefestigt hatten, fühlten sich ebenso betrogen wie viele alteingesessene Landwirte. Schon Ende 1952 kritisierte ein Neubauer in der Gemeinde Schönermark (Kreis Angermünde, Bezirk Frankfurt/Oder): „Warum hat man überhaupt 1945 die Bodenreform durchgeführt. Nun ist zum Beispiel die ganze Vermessungsarbeit umsonst gemacht worden." Im Kreis Zossen erklärten Bauern in Versammlungen im Herbst 1952, man hätte bereits sieben Jahre zuvor LPG bilden sollen. So fragte ein Landwirt in Glienick: „Warum haben wir die Güter zerrissen? [...] Mühsam haben wir aufgebaut, und jetzt schmeißt man alles wieder um." Viele Landwirte waren von den Kurswechseln der SED-Politik völlig verunsichert. So erwarteten kollektivierte Bauern im Obstbaugebiet um Werder noch im Mai 1960, daß sie in wenigen Jahren ihre Betriebe wieder selbständig bewirtschaften könnten.[94]

Andererseits nährten im Sommer 1952 in einigen Dörfern – z.T. in der Gemeinde Metzeltin (Kreis Templin) – Gerüchte die Befürchtung, daß Bauern, die sich dem Eintritt in LPG verweigerten, mit der Deportation nach Sibirien rechnen müßten. Im Frühjahr 1953, als der Kollektivierungsdruck für viele Bauern unerträglich wurde, erreichten die SED-Bezirksleitung Potsdam aus dem Kreis Oranienburg Berichte über Befürchtungen, daß verlassene Flächen Mongolen zur Bewirtschaftung übergeben werden könnten. Dieses Schreckensszenario wurde nicht nur von einer tiefverwurzelten Fremdenfeindlichkeit und dem traditionalen Antikommunismus gespeist, sondern auch von der Überlieferung des Mongolenangriffs auf Europa im 13. und 14. Jahrhundert.[95] Daneben erschreckten Gerüchte über die Rückkehr von Gutsbesitzern vor allem LPG-Mitglieder und weckten erneut die Erinnerung an die gewaltsame Enteignung dieser dörflichen Führungsgruppe im Herbst 1945. Im Kreis Rathenow (Bezirk Potsdam) erklärte ein Pfarrer Gemeindevertretern in Hohen-Nauen im August 1953, „sie könnten sicher sein, dass die Gutsbesitzer wiederkommen und ihr Recht geltend machen." Im Kreis Zossen erwarteten Bauern im Raum Baruth noch 1958 eine Wiederherstellung der Besitzverhältnisse, die vor der Bodenreform in Brandenburg auf dem Lande weithin die Gutsherrschaft begründet hatten. Im Bezirk Cottbus schlossen Bewohner des Dorfes Werchau (Kreis Herzberg) im Juni 1960 sogar Wetten über die Rückkehr des früheren Gutsbesitzers noch in demselben Jahr ab. Von den Machthabern pauschal als „Junker" stigmatisiert, waren die Gutsbesitzer auf dem Lande im individuellen und kollektiven Gedächtnis tief verankert. Sie blieben trotz ihrer Enteignung und Ausweisung nicht nur in der politischen Propaganda des SED-Regimes, sondern im „kollektiven Gedächtnis" der Landbewohner in der DDR präsent.[96]

Die Erfahrung des nationalsozialistischen Regimes provozierte auch auf dem Lande Fragen nach Affinitäten zwischen den beiden deutschen Diktaturen. Einige Kritiker der Kollektivierungspolitik schreckten deshalb vor Analogien zur NS-Zeit nicht zurück. So äußerte ein Einzelbauer, der in der Gemeinde Grüneiche (Landkreis Brandenburg, Bezirk Potsdam)

94 BLHA, Rep. 530, Nr. 1572 (Bericht v. 5.5.1960). Vgl. auch BLHA, Rep. 530, Nr. 1573 (Vorlage v. 28.4.1960). Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA; Rep. 202 G, Nr. 86, Bl. 51; BArch, DK-1, Nr. 5944, Bl. 235 (Interpunktion korrigiert). Zum Kreis Zossen: Wietstruk, Umgestaltung, S. 23.

95 Zur Mongolenphobie: BLHA, Rep. 530, Nr. 730, Bl. 126; Rep. 530, Nr. 1437, Bl. 51. Zu Metzeltin: BLHA, Rep. 401, Nr. 826 (Bericht v. 28.7.1952).

96 Hartmann, Bodenreform, S. 489. Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 730, Bl. 272. Zur Gemeinde Werchau: BLHA, Rep. 930, Nr. 713/2 (Bericht v. 9.6.1960). Zum Kreis Zossen: Wietstruk, Umgestaltung, S. 65.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Sekretär der örtlichen Parteiorganisation der SED war, im Mai 1958 nach einem Polizeibericht, „daß er gegen die Großflächenwirtschaft ist und gegen die LPG. Sinngemäß sagte er, bei Hitler hat es nicht lange gedauert, und es wird hier auch nicht lange dauern." Ein Landwirt, der sich in Mürow (Kreis Angermünde, Bezirk Frankfurt/Oder) dem Beitritt zur Produktionsgenossenschaft widersetzte, erklärte im Februar 1960 zum Druck der Agitationstrupps: „Es ist jetzt schon wieder, wie es einmal war, da kam der Ortsbauernführer und sagte: komm in die Partei, verkaufe Deine Wirtschaft, und Du übernimmst eine Domäne in der Ukraine. Ich habe es nicht gemacht, derjenige, der sich darauf einließ, wurde eingesperrt, und ich bin frei, so ist es auch jetzt." Vereinzelt setzten Bauern – so bei einer Versammlung in Alt-Wriezen (Kreis Bad Freienwalde, Bezirk Frankfurt/Oder) im Sommer 1953 – die LPG sogar den Konzentrationslagern der nationalsozialistischen Machthaber gleich. Die Vergangenheit bildete in dörflich-agrarischen Milieus insgesamt einen wichtigen Erfahrungs- und Wahrnehmungshorizont, der den betroffenen Bevölkerungsgruppen die Interpretation der Kollektivierung in ihrer Lebenswelt ermöglichte und den Umgang mit dem tiefgreifenden Umbruch erleichterte, der mit ihren Werten und der traditionalen Lebensführung auf dem Lande unvereinbar war.[97]

Inklusion und Exklusion. Die Beharrungskraft dörflicher Milieus und neue Konflikte auf dem Lande

Soziale Beziehungsnetze in dörflich-agrarischen Milieus immunisierten die Landbevölkerung vielfach gegenüber der Kollektivierungspolitik und bildeten eine wichtige Grundlage bäuerlicher Verweigerung. So waren Ende Juli 1952 in der Gemeinde Jakobsdorf (Landkreis Frankfurt/Oder) von acht Bauern, die sich zunächst für die Gründung einer LPG ausgesprochen hatten, bei einer weiteren Versammlung nur noch wenige zu diesem Schritt bereit, da sie inzwischen mit den anderen Landwirten des Dorfes darüber gesprochen hatten. Im Juli 1959 klagte ein Funktionär der SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) über die Einsätze von Agitationsbrigaden auf dem Lande: „... meistens ist es so, abends ist alles klar, morgens machen wir weiter. Kommen wir aber am Morgen hin, dann sagen sie nee, Mutter hat geschimpft, ich habe mir's anders überlegt, und schon ist wieder ein Rückzieher da." Auch 1952/53 hatten Bauern unter dem Druck anderer Dorfbewohner – so im Kreis Beeskow – ihre Eintrittserklärungen zu den LPG oft schon nach wenigen Tagen wieder zurückgezogen. Familien und Nachbarschaftsbeziehungen schirmten Landwirte ab, die gegenüber Funktionären und Agitationsgruppen wiederholt auf die Ablehnung ihrer Ehefrauen oder Kinder verwiesen. In den Krisen der Kollektivierungspolitik 1953 und 1956 trugen persönliche Bindungen in den dörflichen Milieus sogar zur Auflösung von Produktionsgenossenschaften bei, in denen eine geringe Produktivität und Konflikte die Kollektivarbeit und landwirtschaftliche Erzeugung gehemmt hatten. Auch die Mitgliederfluktuation in den LPG blieb nicht zuletzt wegen der Bindungskraft des gesellschaftlichen Netzwerkes in den Dörfern,

97 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 271 (Orthographie und Interpunktion korrigiert); Rep. 730, Nr. 734 (Bericht v. 26.2.1960). Vergleich mit Konzentrationslagern in: BLHA, Rep. 730, Nr. 732 (Schreiben v. 3.8.1953). Offenbar auf die Konzentrationslager auch bezogen der Hinweis auf Stacheldraht, mit dem LPG umschlossen werden sollten, in: BLHA, Rep. 730, Nr. 779 (Schreiben v. 14.2.1962).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

aber auch aufgrund neuer beruflicher Perspektiven und ökonomischer Interessen bis 1959/60 außerordentlich hoch.[98]

Milieubindungen, die abweichendes Verhalten gegenüber der Kollektivierungspolitik förderten, beeinflußten auch das Verhalten von SED-Mitgliedern in den Dörfern. Bauern, die der Staatspartei angehörten, waren einerseits der politischen „Linie" der Parteiführung verpflichtet, hingen aber andererseits an ihren Höfen, die sie nicht aufgeben wollten. Einzelne „Genossen" widersetzten sich in ländlichen Gemeinden deshalb der Kollektivierung oder traten zur DBD über, zumal sie die Skepsis vieler nicht an die Staatspartei gebundener Dorfbewohner gegenüber der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der LPG durchaus teilten. Da andere Landwirte, die Forderungen zum Eintritt in LPG zurückwiesen, ihre Verweigerung aber mit dem Hinweis auf die Skepsis von SED-Mitgliedern unter ihren Berufskollegen begründeten, drängten die Kreisleitungen „Genossen" in den späten fünfziger Jahren, zur Kollektivwirtschaft überzugehen und damit die „sozialistische Umgestaltung" in ihren Dörfern voranzutreiben. Demgegenüber drohten einzelne Bauern, die der SED angehörten, nach einem Bericht der Bezirksleitung Potsdam im September 1959 offen: „Wenn die Partei von mir verlangt, in die LPG einzutreten, dann lege ich mein Mitgliedsbuch hin."[99]

Die Altbauern konnten in dörflich-agrarischen Milieus den Zugang zu LPG vielfach beeinflussen und damit das Kollektivierungstempo verringern. In Prötzel (Kreis Strausberg, Bezirk Frankfurt/Oder) erklärten drei Bäuerinnen im Januar 1960 zwar grundsätzlich ihre Bereitschaft, in die örtliche Produktionsgenossenschaft einzutreten, aber nur gemeinsam mit den anderen Bauern des Dorfes. Eine im Landkreis Cottbus eingesetzte Agitationsbrigade des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED berichtete im Frühjahr 1960, daß Landwirte, die sich der Kollektivierung verweigerten, ihr Verhalten mit der Zurückhaltung der Gemeindevertretungen, Staats- und Parteifunktionäre sowie wirtschaftsstarker Bauern, persönlichen Schwierigkeiten und erlittenem Unrecht begründeten. Bauern, die sich offen zur Kollektivierungspolitik bekannten, mußten in dörflichen Milieus oft mit weitgehender gesellschaftlicher Isolierung rechnen. Deshalb versuchten Dorfbewohner, die Staats- und Parteifunktionäre bei der Bildung von LPG unterstützten, gelegentlich, ihr Engagement für die Kollektivierung zu verbergen. Im Obstbaugebiet um Werder, wo vielerorts erst im Frühjahr 1960 Gärtnerische Produktionsgenossenschaften gegründet wurden, bestimmten alteingesessene Obstzüchter mit ihrem spezifischen Berufsstolz noch weitgehend das Verhalten der anderen Dorfbewohner. Bauern, die hier in GPG eintraten, wurden verhöhnt und gemieden, so in Bliesendorf (Landkreis Potsdam) sogar nach dem „sozialistischen Frühling". Im Sommer 1960 fuhr in demselben Kreis auch in Glindow ein Obstbauer mit einer Agitationsbrigade in die Gemeinde, „setzte sich aber im Wagen eine dunkle Brille auf, obwohl trübes Wetter war. Auf die Frage, warum er das tue, antwortete er, er habe schlechte Augen. Sonst trägt er keine Brille. Es ging ihm darum, nicht erkannt zu werden, d.h. keiner sollte sehen, daß er mit dem Wagen der Brigade fährt. Das bestätigt auch, daß er ein gutes Stück vor seinem Wohnhaus aussteigen wollte. Es ist so, daß wenn ein Obstbauer eine be-

98 BArch, DK-1, Nr. 9110, Bl. 190f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1358, Bl. 116; BLHA, Rep. 530, Nr. 891, Bl. 112. Zit. nach dem Protokoll der Beratung vom 23. Juli 1959 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 964 (Orthographie und Interpunktion korrigiert). Zu Jakobsdorf der Bericht vom 28. Juli 1952 in: BLHA, Rep. 401, Nr. 826. Zum Kreis Beeskow der Bericht vom 17. April 1953 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 956.

99 Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 891, Bl. 112. Zum Druck auf SED-Mitglieder exemplarisch: BLHA, Rep. 530, Nr. 754, Bl. 46.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

stimmte Zusage gibt, in einer GPG mitzuarbeiten, auch wenn er keine Unterschrift gegeben hat, er als Spitzel bezeichnet wird."[100]

In den dörflichen Milieus befürchteten Bewohner, die den LPG zuneigten, sich mit dem Eintritt in die Betriebe aus der Solidargemeinschaft der noch zögernden Landwirte oder Kollektivierungsgegner auszuschließen. Im Landkreis Potsdam konfrontierten Einzelbauern Mitglieder einer neugebildeten Produktionsgenossenschaft 1958 mit dem Vorwurf: „Wie kannst Du Dich nur zu so etwas hingeben" und riefen die anderen Landwirte auf: „Bauern seid tapfer, tretet nicht in die LPG ein, der Westen rettet Euch." Auch im altbäuerlichen Kreis Belzig weigerten sich Landwirte, vor ihren Berufskollegen, mit denen sie in den Gemeinden eng zusammenlebten, Produktionsgenossenschaften beizutreten. Erst der Zugang wirtschaftsstarker Bauern mit hohem Sozialprestige oder dörflicher Honoratioren in Produktionsgenossenschaften veranlaßte auch andere Landwirte, den Betrieben beizutreten. Andererseits distanzierten sich LPG–Mitglieder von verbliebenen Einzelbauern, die 1959/60 in vielen Gemeinden zunehmend isoliert lebten. In den späten fünfziger Jahren trat vollends die gesellschaftliche Sprengkraft hervor, die das SED-Regime mit seiner Kollektivierungspolitik in dörfliche Traditionsmilieus implantierte.[101]

Der Kollektivierungsdruck politisierte in den dörflichen Milieus die sozialen Beziehungen und vertiefte traditionale soziale Gegensätze. Diese Wirkung wird besonders in der verschärften Exklusion einzelner marginaler Gruppen in ländlichen Gemeinden deutlich. Der Zorn richtete sich vorrangig gegen Nichtseßhafte und vagabundierende Beschäftigte wie die Melker, die sich zwar durch ihr spezifisches, auch in ihrer Kleidung symbolisch ausgedrücktes Berufsethos als Fachkräfte auszeichneten, aber als unstete Wanderer zwischen den Viehbetrieben galten. In den Produktionsgenossenschaften erlitten sie einen erheblichen Statusverlust. Zudem entzogen sie sich der Kontrolle auf den Bauernhöfen oder in den LPG, weil ihre Arbeit diskontinuierlich und über den ganzen Tag verteilt war. Da vernachlässigtes Vieh schließlich von den anderen Beschäftigten gemolken und gepflegt werden mußte, wurden Melker vielerorts argwöhnisch beobachtet und gelegentlich auch Opfer des Protests. So wiesen Parteifunktionäre Ende August 1961 einen Melker, dem in der Gemeinde Preddöhl (Kreis Pritzwalk, Bezirk Potsdam) Trunkenheit, Faulheit und versuchte „Republikflucht" vorgeworfen wurde, in ein Arbeitslager ein, das unmittelbar nach dem Mauerbau errichtet worden war. 1960/61 wurden die Ausschreitungen gegen „Asoziale" offenbar vereinzelt sogar von SED-Funktionären inszeniert, um die Empörung über die Zwangskollektivierung zu kanalisieren und gegen leicht identifizierbare Außenseiter in der ländlichen Gesellschaft zu richten.[102]

Ebenso wie die Bodenreform 1945/46 und die Verdrängung der Großbauern seit den späten vierziger Jahren gingen aus der Kollektivierung auf dem Lande neue Konfliktlinien

100 Zit. nach: BLHA, Rep. 530, Nr. 1572 („Information über die durch das Büro der Kreisleitung Potsdam-Land festgelegten Maßnahmen im Obstbaugebiet"; Interpunktion korrigiert). Zu Prötzel der Bericht vom 29.1.1960 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 733. Zu Bliesendorf: BLHA, Rep. 530, Nr. 761, Bl. 92. Bericht der Agitationsgruppe in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1359, Bl. 51. Hierzu auch die Beispiele in: Lindenberger, ABV im Text, S. 158; BLHA, Rep. 730, Nr. 773 (Bericht v. 4.7.1960); Rep. 730, Nr. 973 („Bericht über die Situation im Bezirk bei den Versammlungen zur Neuwahl der Ortsvereinigungen und Wahl der Delegierten zur Kreisbauernkonferenz").

101 Zit. nach: BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 17; Rep. 530, Nr. 891, Bl. 52. Zur Forderung nach einem gemeinsamen Eintritt aller Bauern einzelner Dörfer: BLHA, Rep. 530, Nr. 732, Bl. 3; Rep. 530, Nr. 891, Bl. 111, 118; Rep. 930, Nr. 713/1 (Bericht v. 21.4.1959).

102 Major, 13. August 1961, S. 345; Brauer/Willisch/Ernst, Landwirtschaft, S. 1374.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

hervor. Die Gründung von LPG war vielerorts von heftigen Auseinandersetzungen begleitet. Zumindest in den ländlichen Gemeinden erwies sich der politisch-gesellschaftliche Konsens, den das Regime beanspruchte, als Schimäre. Soziale Nähe und Kontrolle förderten hier vielmehr nicht nur den Zusammenschluß gegen externe Eingriffe, sondern auch scharfe interne Konflikte, die dörfliche Gemeinschaften oft nachhaltig zerrütteten. Die Auseinandersetzungen entzogen vereinzelt sogar unabdingbaren Gemeinschaftsleistungen wie der Milchabfuhr die Grundlage. Das Dorf war nach dem Beginn der Kollektivierung noch weniger eine homogene Solidargemeinschaft als in den Nachkriegsjahren, als außer der Not und der Bodenreform besonders die bald durchgesetzte Zwangswirtschaft und die Repression der wirtschaftsstarken Altbauern neue Auseinandersetzungen verursacht oder bestehende Gegensätze zwischen gesellschaftlichen Gruppen vertieft hatten. Die Prämien, die LPG-Mitglieder für eingebrachtes Vieh erhielten, weckten den Neid der Einzelbauern. Andererseits gönnten Landwirte, die sich unter dem hohen politischen Druck LPG angeschlossen hatten, den verbliebenen Einzelbauern nicht mehr ihre selbständige Wirtschaftsführung. Schon früh hatten Bauern gewarnt, daß die Kollektivierung sie gegeneinander aufbringen und die (idealisierte) Gemeinschaft der Dorfbewohner unterhöhlen könnte. Materielle Zuwendungen und politische Überzeugungen trennten aber nicht nur Landwirte voneinander, sondern spalteten auch andere Gruppen der ländlichen Gesellschaft. Die Kollektivierung griff überdies oft tief in das Familienleben ein. Die Einstellung zu LPG trennte Generationen und entfremdete Ehepartner voneinander. Gelegentlich kam es in Familien zu heftigem Streit über den Anschluß an Kollektivbetriebe oder die Gründung neuer LPG. So wollte in der Gemeinde Petershagen (Kreis Strausberg) ein Landwirt „als freier Einzelbauer sterben. Sein Sohn ist aber für die Bildung einer LPG Typ III." Ältere Hofbesitzer verzögerten die Übergabe ihrer Betriebe an Nachkommen, die bereit waren, sich Kollektivbetrieben anzuschließen. Viele Frauen, die auf eine Arbeitsentlastung in den Produktionsgenossenschaften vom Typ III hofften, trafen mit dem Beitrittswunsch auf den Widerstand ihrer Ehemänner, die zumindest das Vieh behalten wollten. Andererseits entzogen sich Frauen der Zwangskollektivierung, um weiterhin arbeitsintensive Hauswirtschaften zu führen. Oft hatten sich Bäuerinnen deshalb ärztliche Atteste besorgt, in denen ihnen nur eine eingeschränkte Arbeitsfähigkeit zugesprochen wurde. Bauersfrauen arbeiteten in den frühen sechziger Jahren vielerorts lediglich saisonal in den Produktionsgenossenschaften, ohne sich den Betrieben formell anzuschließen.[103]

Der Gegensatz zwischen Anhängern und Gegnern der Kollektivierung spaltete viele ländliche Gemeinden so tief, daß die Entfremdung zwischen verfeindeten Gruppen nicht mehr überbrückt werden konnte. Dörfliche Milieus waren damit in sich wechselseitig ausschließende Beziehungsnetze fragmentiert. Im Bezirk Cottbus richteten Einzelbauern und LPG-Mitglieder im Sommer 1953 ihre Erntefeste vielerorts getrennt aus, so in Koßdorf (Kreis Bad Liebenwerda). In Paplitz (Kreis Zossen, Bezirk Potsdam) fand im Januar 1958 unmittelbar nach der Gründung einer Produktionsgenossenschaft eine Fastnachtfeier statt.

103 BLHA, Rep. 730, Nr. 779 (Schreiben v. 23.3.1962); Rep. 730, Nr. 1166 (Analysen v. 6.4.1960 u. 8.10.1960); Rep. 530, Nr. 772, Bl. 11; Rep. 530, Nr. 1436 (Schreiben v. 8.8.1962). Zit. nach dem Bericht vom 2. Februar 1960 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 734. Zur Furcht vor Konflikten die „Anlage zum täglichen Bericht" in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1572. Zu Auseinandersetzungen in Familien vgl. BLHA, Rep. 530, Nr. 1432 („Lagebericht über die sozial. Umgestaltung der Landwirtschaft"); Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 153, 155. Vgl. auch Humm, Weg, S. 153f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Als der Kapellmeister zu einem Tanz ausschließlich LPG-Mitglieder aufforderte, trampelten die anderen Bauern mit den Füßen, weil sie sich zurückgesetzt fühlten. Zudem boten sie LPG-Mitgliedern 100 DM oder ein Faß Bier an, wenn sie den neuen Kollektivbetrieb wieder verließen. Gelegentlich störten oder boykottierten Landwirte, die sich der Kollektivierung widersetzten, auch Veranstaltungen der VdgB oder Gründungs- und Dorfversammlungen. Die Spannungen zwischen den Anhängern und Gegnern Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften entluden sich in den Dörfern oft in gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Konflikte trennten auch die Familienangehörigen unterschiedlicher Bauerngruppen. Im Kreis Neuruppin (Bezirk Potsdam) beschimpften Kinder von Einzelbauern die Mädchen und Jungen von LPG-Mitgliedern in der Gemeinde Kuhhorst im Februar 1953 als „Kolchosbauern". Auch die Gattin eines Landwirts, der sich als SED-Mitglied im Juni 1958 im Kreis Eberswalde (Bezirk Frankfurt/Oder) einer Produktionsgenossenschaft angeschlossen hatte, wurde von den Ehefrauen der Altbauern zurückgewiesen. Andererseits berichteten die SED-Leitungen in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus wiederholt über „sektiererische Tendenzen" unter LPG-Mitgliedern, die sich in einzelnen Gemeinden weigerten, Einzelbauern in ihre Betriebe aufzunehmen. Insgesamt waren noch in den späten fünfziger Jahren in altbäuerlich geprägten Dörfern die Verkehrskreise von familienbetrieblich wirtschaftenden Landwirten und LPG-Mitgliedern weitgehend voneinander geschieden.[104]

Die Konfliktlinien, die das SED-Regime mit seiner Kollektivierungspolitik in den Gemeinden herbeigeführt hatte, trennten vielerorts auch nach dem „sozialistischen Frühling" 1960 die LPG-Mitglieder voneinander. Dabei wurden Bauern, die sich früh Produktionsgenossenschaften angeschlossen hatten, oft weiterhin als „Verräter" gebrandmarkt. So waren im Kreis Cottbus Bäuerinnen in der Gemeinde Groß-Liesko von der dort eingesetzten Agitationsbrigade im April 1960 „nicht zu bewegen, sich an der Diskussion mit den übrigen Genossenschaftsbäuerinnen zu beteiligen, weil sie in der Zeit, als das Dorf noch nicht vollgenossenschaftlich war, von diesen grob beleidigt wurden." Im Frühjahr 1960 wandten sich auch im Kreis Wittstock (Bezirk Potsdam) Mitglieder von LPG des Typs III gegen eintretende Bauern, denen empfohlen wurde, sich Produktionsgenossenschaften vom Typ I anzuschließen. Die wechselseitige Abgrenzung der unterschiedlichen Gruppen förderte überdies innerhalb der LPG die Klientelbildung und fraktionierte dabei die Belegschaften vieler neuer Kollektivbetriebe. In den Produktionsgenossenschaften setzten sich auch nach 1960 Auseinandersetzungen fort, die einzelne Kollektivbetriebe bereits in den fünfziger Jahren gelähmt hatten. Nach einem Bericht der SED-Kreisleitung Neuruppin über „Beispiele von provokatorischem Auftreten von Genossenschaftsbauern Typ I" bezeichnete ein Bauer, der zum Beitritt zur LPG in der Gemeinde Walsleben gedrängt worden war, im Herbst 1960 den Vorsitzenden „als das größte Schwein, das ihm angeblich Land weggenommen hätte." Nicht nur unterschiedliche Einstellungen zur Kollektivierungspolitik und zu der neuen gesellschaftlichen Ordnung in der DDR, sondern auch die Zugehörigkeit zu einzelnen Parteien (SED oder DBD), Herkunftsgruppen – vor allem frühere Bauern oder Landarbeiter –, per-

104 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1357, Bl. 12; BLHA, Rep. 730, Nr. 970 (Bericht v. 28.6.1958). Zu Kuhhorst: BLHA, Rep. 530, Nr. 730, Bl. 8. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 530, Nr. 891, Bl. 242. Zum Kreis Belzig: BLHA, Rep. 530, Nr. 887, Bl. 109. Zu Koßdorf: BLHA, Rep. 930, Nr. 44, Bl. 62. Zu Paplitz: BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 225 (zit. in Lindenberger, ABV im Text, S. 158). Vgl. auch Osmond, Kontinuität, S. 155f.; BLHA, Rep. 530, Nr. 616, Bl. 82f. Allgemeine Hinweise in: Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 138, 153; Lindenberger, ABV als Landwirt, S. 168.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

sönliche Animositäten und die Auszeichnung einzelner LPG-Mitglieder lösten in den Produktionsgenossenschaften in den fünfziger Jahren heftige Konflikte aus, die gelegentlich sogar von Vorsitzenden gezielt geschürt wurden. Die Gegensätze und Auseinandersetzungen entluden sich besonders in Mitgliederversammlungen und Festen. Drohungen, Streit und Schlägereien schwächten neue Kollektivbetriebe, deren wirtschaftliche Festigung ohnehin schwierig war. Insgesamt war die Bereitschaft, gemeinsam zu arbeiten, in diesen Produktionsgenossenschaften gering. Korruption und „Cliquenwirtschaft" minderten den Arbeitseinsatz und trugen so maßgeblich zu der geringen Produktivität bei, die Altbauern von LPG abstieß.[105]

Allgemein distanzierten sich Mitglieder von Produktionsgenossenschaften in vielen Dörfern noch nach dem offiziellen Abschluß der Kollektivierung voneinander. Vielerorts bildeten Personen, die durch ihre gemeinsame Herkunft, Erfahrung, Überzeugungen und Werte miteinander verbunden waren, separate LPG. Landarbeiter und Bauern, Alt- und Neubauern, Vertriebene und Alteingesessene schlossen sich in unterschiedlichen Produktionsgenossenschaften gegeneinander ab, deren Mitglieder in den Gemeinden oft nicht miteinander kooperierten oder auch nur kommunizierten. Unterschiede und Gegensätze zwischen bäuerlichen Besitzgruppen wurden daher in vielen LPG zumindest bis zu den späten sechziger Jahren nicht nivelliert, sondern partiell konserviert. So hatten sich im Frühjahr 1960 in der Gemeinde Haseloff (Kreis Belzig, Bezirk Potsdam) Großbauern und kleine Landwirte in zwei voneinander getrennten LPG des Typs I zusammengeschlossen. Umgekehrt distanzierten sich Mitglieder von LPG des Typs III von Produktionsgenossenschaften, in die Bauern nur ihr Land eingebracht hatten. Vorsitzende der Betriebe vom Typ III fürchteten vor allem, daß Mitglieder aus den von ihnen geführten Kollektivbetrieben in die überwiegend wirtschaftsstärkeren Produktionsgenossenschaften vom Typ I wechseln könnten, um dort ein höheres Einkommen zu erzielen. Basale Zugehörigkeiten waren in der DDR insgesamt zumindest auf dem Lande das Korrelat zentraler Gesellschaftskonstruktion. Entgegen der Programmatik der SED führte die Kollektivierung in der ländlichen Gesellschaft bis zu den sechziger Jahren nur begrenzt eine Egalisierung und Entdifferenzierung herbei. Vielmehr trennten überlieferte Werte und die traditionale dörfliche Statushierarchie noch die LPG-Mitglieder voneinander.[106]

105 BLHA, Rep. 601, Nr. 967 (Schreiben v. 30.1.1957); Rep. 530, Nr. 802, Bl. 118; Rep. 404/15, Nr. 26, Bl. 147, 213; Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 23, 220–223. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/61, Bl. 29; BLHA, Rep. 530, Nr. 1461 (Bericht v. 25.10.1960). Berichte über interne Konflikte in LPG z.B. in: BArch, DK-1, Nr. 5894, Bl. 14; DK-1, Nr. 9118, Bl. 79, 107; BLHA, Rep. 604/16, Nr. 54, Bl. 50, 126, 152, 185; Rep. 401, Nr. 59, Bl. 241, 336–338; Rep. 401, Nr. 826 („Einschätzung über die augenblickliche Lage in der LPG Etzin"); Rep. 530, Nr. 802, Bl. 118; Rep. 730, Nr. 929 (Bericht v. 3.7.1958). Zum Kreis Wittstock: BLHA, Rep. 530, Nr. 760, Bl. 71. Zum Streit in Mitgliederversammlungen exemplarisch: BLHA, Rep. 730, Nr. 960 (Analyse v. 3.3.1958); Rep. 604/16, Nr. 19, Bl. 147.

106 Vgl. BLHA, Rep. 401, Nr. 826 (Bericht v. 28.7.1952). Vgl. auch Schmidt, „Drei- oder viermal im Leben neu anfangen zu müssen ...", S. 305; Schmitt, Landschaften, S. 405f., 435; Osmond, Kontinuität, S. 164; Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 165.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die abschirmende Funktion dörflicher Honoratioren

Der anhaltende Einfluß traditionaler dörflicher Honoratioren nährte das Mißtrauen der Bauern gegenüber der Kollektivierung, auch wenn in Rechnung zu stellen ist, daß die Polizeiberichte wegen ihrer auf die Durchsetzung der politischen Herrschaft und öffentlichen Sicherheit fixierten Perspektive das Ausmaß und die gesellschaftliche Prägewirkung örtlicher Führungspersonen überzeichneten. Traditionale Eliten stellten sich aber auf dem Lande in vielen Gemeinden der Entwicklung zur „sozialistischen" Gesellschaft entgegen. Außer einzelnen Großbauern, die über umfangreichen Landbesitz verfügten, eng in lokale Beziehungsnetze eingebunden waren und wichtige Positionen in landwirtschaftlichen Organisationen und in der Gemeindeverwaltung besetzten, verfügten besonders Bildungsbürger – Pfarrer und Lehrer – sowie Bürgermeister und vereinzelt auch Gastwirte in den dörflichen Milieus über erheblichen Einfluß. Diese Personengruppen, deren Sozialprestige ihnen die Meinungsführerschaft in den Gemeinden sicherte, trugen auf dem Lande die Nonkonformität und Verweigerung sowie den sozialen Protest gegenüber der Zwangskollektivierung. Gastwirte unterstützten gelegentlich die dörflichen Führungspersonen in den Konflikten mit Funktionären und Bauern, die sich für die Agrarpolitik des kommunistischen Regimes aussprachen.[107] Pfarrer waren in der Nachkriegszeit kaum von der Entnazifizierung erfaßt worden und blieben wegen ihrer hohen Selbstrekrutierungsquote auch in den fünfziger und sechziger Jahren eine stabile gesellschaftliche Gruppe. Ihr kirchliches Amt verlieh ihnen vielerorts Ansehen und Respekt. Gestärkt von dem offenen Widerspruch der Landeskirchen und dem Protest der EKD lehnten Pastoren in den fünfziger Jahren die Zwangsintegration von Einzelbauern in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ab.[108]

In den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus war schon der Beginn der Kollektivierung auf den Widerspruch der Geistlichen getroffen. In vielen Dörfern bestärkten Pastoren die Skepsis von Bauern gegenüber den LPG. In Predigten, Kirchenbriefen und persönlichen Gesprächen wandten sie sich 1952/53 vielerorts offen gegen die Kollektivierung. Die Stellungnahmen waren aber – wie Parteifunktionäre klagten – „immer so gehalten, daß man wohl verstehen kann, was sie meinen, daß sie aber immer die Möglichkeit einer doppelten Auslegung in sich bergen." Die „Jungen Gemeinden", die sich als evangelische Religionsgemeinschaften bildeten, entwickelten sich aus der Perspektive der Machthaber Anfang 1953 schnell zu Zentren der Verweigerung, des Protests und des Widerstands gegen die Kollektivierung. Die Ablehnung der „Volkswahlen" im Herbst 1954 stärkte den Argwohn gegenüber den Kirchenleitungen und Geistlichen. Vereinzelt versuchten Pastoren auch, die Gründung neuer Kollektivbetriebe zu verhindern und bestehende LPG zu diskreditieren. So wurde dem Pastor in der Gemeinde Hohen-Nauen (Kreis Rathenow, Bezirk Potsdam) im Sommer 1953 vorgeworfen, Gerüchte über den Vorstand der örtlichen LPG zu verbreiten, um Bauern vom Eintritt in den Betrieb abzuhalten. Viele Geistliche kritisierten offen die Pressionen und Übergriffe der Funktionäre und Agitationskommissionen gegenüber Bauern, die sich der Kollektivierungspolitik verweigerten. Im Kreis Beeskow (Bezirk Frankfurt/Oder) behauptete der Pastor in der Gemeinde Friedland im Mai 1957 im Gespräch mit einer SED-Funktionärin, daß sich in der Agrarwirtschaft ein Zusammenbruch der Pro-

107 BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 274; Rep. 930, Nr. 702 (Beschluß v. 23.1.1953). Zum Sozialprestige der Lehrer im frühen 20. Jahrhundert: Pyta, Dorfgemeinschaft, S. 126–144.

108 Christoph Kleßmann, Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte, S. 254–270, hier: S. 263; ders., Sozialgeschichte, S. 33–35, 38–41, 51f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

duktion abzeichne, weil die Partei- und Staatsführung den „Aufbau des Sozialismus" auf dem Lande mit Gewalt vorantreibe. Als die SED-Führung im Frühjahr 1960 die Zwangskollektivierung verschärfte, beriefen sich Pastoren auch öffentlich auf den Protest der Landesbischöfe gegenüber Ministerpräsident Grotewohl. Während Geistliche, die der Kollektivierung widersprachen, scharf verurteilt wurden, verbreiteten die Bezirks- und Kreisleitungen der SED schnell Stellungnahmen, in denen Pastoren die Gründung von LPG begrüßt hatten. Noch schwieriger als die Überwachung der Kirchen war die Kontrolle von Sekten (besonders der Baptisten und Adventisten), die sich in den fünfziger Jahren gegen die Produktionsgenossenschaften wandten.[109]

Obgleich viele Ortsvorsteher im Gegensatz zu den Pfarrern nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Ämter verloren hatten, widersetzten sich auch in den fünfziger Jahren Bürgermeister der Kollektivierung. Sie stärkten in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus die Vorbehalte der Bauern gegenüber den wirtschaftlich oft schwachen, schlecht geführten und von Konflikten zerrissenen LPG und förderten darüber hinaus gelegentlich die Auflösung von Kollektivbetrieben. Im Landkreis Cottbus wandten sich Bürgermeister, die als Bauern in die LPG gedrängt worden waren, vereinzelt schon Anfang 1953 gegen den Zwang, dem sie dabei unterlegen waren. In Versammlungen örtlicher Parteiorganisationen stellten sich sogar Bürgermeister, die der SED angehörten, gegen die Kollektivierung, die Gemeindevertretungen überdies vielerorts kaum unterstützten. Ortsvorsteher, die sich gegen die Gründung von Produktionsgenossenschaften aussprachen, wurden unverzüglich abgesetzt. Als die SED-Führung nach dem V. Parteitag die „sozialistische Umgestaltung" eng mit der Produktionssteigerung verknüpfte, gerieten Ortsvorsteher unter den zunehmenden Druck der Sekretäre in den SED-Kreisleitungen und der Vorsitzenden der Räte der Kreise, die von ihnen eine Erfüllung der Pläne und zugleich die Gründung neuer LPG verlangten. Da die Kollektivierung und „Marktproduktion" im Bezirk Frankfurt (Oder) 1959 stagnierten, kritisierte der Vorsitzende des Rates des Bezirks scharf die Arbeit der Bürgermeister. Er hob besonders wirtschaftliche Verluste hervor, „für die nicht zuletzt unsere Bürgermeister mit verantwortlich sind", wandte sich gegen Passivität bei der Festigung gegründeter LPG – im Parteijargon als „Selbstlauftheorie" bezeichnet – und erlegte dem jeweiligen Gemeindevorsteher „die volle Verantwortung für die qualitative Entwicklung seines Kollektivs" auf. Trotz der politischen Kontrolle und z.T. drakonischer Strafen konnten die Parteileitungen abweichendes Verhalten von Bürgermeistern bis zum Abschluß der Kollektivierung nicht vollständig beseitigen. So wies die SED-Bezirksleitung Potsdam den Rat des Kreises Potsdam noch im Frühjahr 1961 an, die Bürgermeister der Gemeinden Glindow und Werder ihrer Ämter zu entheben, weil sich hier nach dem „sozialistischen Frühling" 1960 GPG wieder aufgelöst hatten. Die Regelungskompetenzen und Macht der Bürgermeister waren in

109 Zit. nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 1151 (Schreiben v. 17.3.1953; Interpunktion korrigiert). Zum Pfarrer in Hohen-Nauen: BLHA, Rep. 530, Nr. 730, Bl. 272. Weitere Berichte zum abweichenden Verhalten von Pastoren in: BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 230; Rep. 404/15, Nr. 26, Bl. 308, 363f.; Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 85, 139, 152; Rep. 530, Nr. 732, Bl. 20, 149. Zum Einfluß der „Jungen Gemeinden": BArch, DK-1, Nr. 9634, Bl. 293. Zur Verbreitung zustimmender Erklärungen von Pastoren z.B.: BLHA, Rep. 530, Nr. 1429, Bl. 76. Zur Ablehnung der „Volkswahlen" 1954 die „Berichterstattung über die Lage auf dem Lande" in: BLHA, Rep. 730, Nr. 957. Zu den Sekten: BLHA, Rep. 730, Nr. 970 („Disposition für den Einsatz einer Brigade des Büros der Bezirksleitung im Kreis Seelow"); Rep. 530, Nr. 730, Bl. 71.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

den fünfziger Jahren aber ohnehin zugunsten der Vorsitzenden von LPG und der lokalen Parteiorganisationen der SED und DBD erheblich zurückgegangen.[110]

Milieubindung und politische Loyalität. Herrschaftsträger, Parteileitungen und dörfliche Beziehungsnetze

Aber nicht nur traditionale dörfliche Eliten, sondern auch die Herrschaftsträger des neuen Regimes in den Gemeinden waren aus der Perspektive der übergeordneten Parteileitungen keineswegs durchweg zuverlässige „Funktionäre des schaffenden Volkes". Die Repräsentanten der staatssozialistischen Diktatur, die in den Gemeinden eingesetzt waren, exekutierten hier nicht ausnahmslos und unmittelbar die SED-Politik mit ihren vielfachen, oft unvorhersehbaren Kurswechseln. Vielmehr begünstigte die soziale Nähe in den dörflichen Milieus persönliche Beziehungen, führte Interessenkollisionen herbei und verursachte Rollenkonflikte. Herrschaftsträger mußten in den Gemeinden die Ziele, Erwartungen und Mentalitäten anderer Dorfbewohner berücksichtigen, damit sie dort Einfluß auf die Akteure nehmen und die Sicherheit gewährleisten konnten. Zugleich hatten die Repräsentanten des SED-Regimes in den Gemeinden die Anweisungen der ihnen übergeordneten Behörden auszuführen. Diese Konstellation oft widersprüchlicher Erwartungen und unvereinbarer Anforderungen bestimmte das Handlungsfeld der Staats- und Parteifunktionäre in den Dörfern. Besonders die Sicherheitskräfte schwankten vielerorts zwischen rabiaten Eingriffen, mit denen sie sich gesellschaftlich isolierten, und einer weitreichenden Kooperation, die gelegentlich sogar Kollusionen zwischen den Herrschaftsträgern und der Bevölkerung gegen die Intervention auswärtiger Kräfte begründete. Dieses Dilemma belastete Sekretäre örtlicher Parteiorganisationen der SED, prägte vor allem die Arbeit der Vorsitzenden von VdgB-Ortsausschüssen und kennzeichnete die Rolle von Abschnittsbevollmächtigten der Deutschen Volkspolizei. Diese Gruppen werden deshalb im folgenden detailliert betrachtet.[111]

Die Vorsitzenden von Ortsausschüssen der VdgB (BHG) blieben in den fünfziger Jahren weitgehend den dörflichen Milieus verhaftet. In den Gemeinden war das bäuerliche Ethos effizienter und autonomer Betriebsführung auf der Basis der Hoftradition noch weit verbreitet. Deshalb wurden in die örtlichen Gremien der VdgB (BHG) vielerorts weiterhin überwiegend Altbauern gewählt, die in den Dörfern oft schon lange Betriebe bewirtschafteten. Den VdgB-Funktionären in diesen Dörfern unterstellte das SED-Regime besonders, die LPG bei der Zuteilung von Betriebsmitteln zu benachteiligen und Großbauern zu unterstüt-

110 Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 131. Zit. nach der „Disposition zu einem Vortrag vor den Bürgermeistern der vollgenossenschaftlichen Dörfer und Dörfern mit großen LPG" in: BLHA, Rep. 601, Nr. 3736. Kritik eines Bürgermeisters an der Zwangskollektivierung Anfang 1953 überliefert in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/273, Bl. 108. Zur Ablösung der Bürgermeister von Glindow und Werder die Vorlage vom 14. März 1961 in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1574. Zur Verweigerung von Bürgermeistern auch: BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 274f.; Rep. 530, Nr. 886, Bl. 95; Rep. 530, Nr. 1421, Bl. 38. Zu dem wirtschaftlichen und politischen Druck auf Bürgermeister die Analyse vom 6. April 1960 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 1166. Zur Passivität von Gemeindevertretungen der Bericht vom 22. Mai 1958 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 929.

111 Vgl. Lindenberger, ABV als Landwirt, S. 170f., 177. Zit. nach: Walter Ulbricht, Die neue Funktion der Staatsangestellten. Rede anläßlich der Eröffnung der Deutschen Verwaltungsakademie in Forst Zinna, 12. Oktober 1948, in: ders., Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945–1958, Berlin (Ost) 1961, S. 143.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

zen. So weigerte sich im Bezirk Potsdam der Vorsitzende der VdgB (BHG) in der Gemeinde Stahnsdorf (Landkreis Potsdam) im Frühjahr 1953, den im Dorf gebildeten Produktionsgenossenschaften ausreichend Kohlen und Dünger zur Verfügung zu stellen. Der Vorsitzende der VdgB-Ortsvereinigung in Beiersdorf (Kreis Bad Freienwalde, Bezirk Frankfurt/Oder), der mit „Großbauern" in der Gastwirtschaft gesessen und das „Deutschlandlied" gesungen hatte, erklärte nach einem Stimmungsbericht des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft am 18. Juni 1953: „Ab jetzt bestimmen wir wieder, was im Dorf gemacht wird." Auch in anderen Gemeinden wie Glienicke (Kreis Beeskow, Bezirk Frankfurt/Oder) solidarisierten sich VdgB-Vorsitzende offen mit den Streikenden in Berlin. Nachdem das ZK der SED und daraufhin auch der Zentralvorstand der VdgB die „Ständigen Arbeitsgemeinschaften" abgelehnt hatten, wurden Ortsvorstände der Organisation im Bezirk Frankfurt (Oder) Ende 1957 von heftigen Konflikten erschüttert, die auch auf die Mitglieder übergriffen. Einzelne Funktionäre der VdgB lehnten in den Gemeinden zudem noch in den späten fünfziger Jahren die Zwangswirtschaft und die „Volkswahlen" ab, die von der SED-Führung zur Legitimation ihrer Diktatur genutzt wurden. Sogar 1959/60 vertraten VdgB-Vorsitzende offen die Interessen von Einzelbauern, deren Betriebe den LPG überwiegend wirtschaftlich überlegen waren.[112]

Die Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei sollten seit 1953 durch den engen Kontakt mit der Bevölkerung Straftaten verhindern und Informationen zur kriminalistischen Prävention sammeln. Darüber hinaus oblag ihnen auf dem Lande der Schutz der staatlichen Agrarbetriebe und der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. 1958 wurde den ABV darüber hinaus auferlegt, die Kollektivierungspolitik aktiv zu unterstützen, zur Gründung von LPG beizutragen und die Strafverfolgung auf die neuen Kollektivbetriebe auszuweiten. Nach dem offiziellen Abschluß der Kollektivierung sollten die ABV nicht mehr vorrangig gegen den „Klassenfeind" eingesetzt werden, sondern in den Dörfern sichern, daß die landwirtschaftliche Erzeugung jeweils den festgelegten Umfang erreichte. Dieser Richtungswechsel begünstigte Bündnisse zwischen Dorfbewohnern und Abschnittsbevollmächtigten, die in den Gemeinden ohnehin von dem allgemeinen Sicherheitsbedürfnis und den weitverbreiteten Erwartungen an Ordnung und Regelhaftigkeit getragen wurden. Die Modernisierungseuphorie nährte in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren die Illusion, im „vollgenossenschaftlichen" Dorf einen neuen Typus der Polizeipraxis durchzusetzen, der die Bewohner systematisch in die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung einbeziehen und sie dabei zu verantwortlichem Handeln in der neuen „sozialistischen" Gesellschaft erziehen sollte. Diese Vision schloß auch Gewalt und Repression ein, so daß die Volkspolizei in den Dörfern nie vollständig auf Terror und die ihm zugrundeliegende Politisierung und Kriminalisierung wirtschaftlicher Probleme und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen verzichtete.[113]

---

112 SAPMO-BArch, NY 4233/22, Bl. 26. Zit. nach: BArch, DK-1, Nr. 5877, Bl. 126. Zur Präsenz von Mittelbauern in den VdgB-Vorständen außer der ausführlichen Analyse im dritten Kapitel: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/356, Bl. 91. Zur Gemeinde Stahnsdorf: BArch, DK-1, Nr. 9118, Bl. 144. Zu Glienicke der Bericht vom 20. Juni 1953 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 956. Zu den Konflikten Ende 1957 die Vorlage vom 14. Dezember 1957 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 975. Vgl. auch BLHA, Rep. 530, Nr. 886, Bl. 94; Rep. 730, Nr. 957 („Berichterstattung über die Lage auf dem Lande"); Rep. 730, Nr..963 (Bericht v. 2.11.1959); Rep. 930, Nr. 44, Bl. 62.

113 Werkentin, Strafjustiz, S. 80f. Leicht andere Interpretation in: Lindenberger, ABV als Landwirt, S. 168f., 171, 177, 181, 186f., 190f.; ders., ABV im Text, S. 141–146, 158.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

In den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus setzten die Kreisämter der Volkspolizei die ABV in den Gemeinden in den fünfziger Jahren durchweg zum Schutz der Produktion ein. Damit war der Kampf für die Durchsetzung der neuen politisch-gesellschaftlichen Ordnung auf dem Lande eng verschränkt. Das Tätigkeitsspektrum der ABV umfaßte eine Vielzahl von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der (politisch definierten) öffentlichen Sicherheit wie die Eindämmung der latenten Kriminalität in den LPG und Staatsbetrieben – besonders der Beschädigung oder Zerstörung von Maschinen, Diebstahl, Brandstiftungen und der Vergiftung von Nutztieren – sowie Maßnahmen gegen Viehseuchen und „Republikflucht", die u.a. mit dem restriktiven Paß- und Meldewesen eingedämmt werden sollte. Informationen aus der Bevölkerung und Streifengänge, für die auch „freiwillige Helfer" eingesetzt wurden, zielten auf den Schutz von Betrieben, Druschplätzen, Silos und Getreidelagern, um eine Zerstörung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel und Ernte zu verhindern. Viele Volkspolizisten setzten sich so vorbehaltlos für die Kollektivierung ein, daß sie die verbliebenen Einzelbauern von der Staatsmacht entfremdeten. Nachdem sie schon 1952/53 die Produktionsgenossenschaften, Maschinenstationen und VEG geschützt hatten, beteiligten sich ABV in den späten fünfziger Jahren an der Verfolgung von Straftaten, die sich gegen die Kollektivierung richteten. Sie wurden angewiesen, die Gründung von LPG zu beschleunigen, „versteckte feindliche Tätigkeit auszumachen" und die Dorfbewohner zu verantwortlichen, politisch loyalen Mitgliedern der staatssozialistischen Gesellschaft zu erziehen. Insgesamt sollten die ABV „Landwirte sein hinsichtlich des Umpflügens des Bewußtseins der Menschen auf dem Lande." Wie ein Leutnant im Februar 1958 im Volkspolizei-Kreisamt Zossen ausführte, sollte „jeder ABV und jeder Volkspolizist seine ganze Kraft einsetzen [...], um den Sozialismus auf dem Lande zu realisieren." Dazu wurde Polizeikräften in den Dörfern auferlegt, auch in Grundorganisationen der SED energisch gegen „Revisionismus" und „Sektierertum" einzuschreiten und die politischen Vorgaben der übergeordneten Parteifunktionäre und Polizeioffiziere vorbehaltlos durchzuführen. Nach dem V. Parteitag der SED mußten Volkspolizisten und ABV in den Dörfern überdies bei der Produktionssteigerung mitwirken, um damit die „ökonomische Hauptaufgabe" zu erfüllen und die Bundesrepublik hinsichtlich des Pro-Kopf-Verbrauches der Lebensmittel und Konsumgüter bis 1961 zu übertreffen.[114]

In den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus waren aber aus der Sicht der Parteileitungen und Polizeibehörden viele ABV den Anforderungen keineswegs gewachsen. In den Dörfern blieben die Abschnittsbevollmächtigten vielmehr „den kleinbürgerlichen Auffassungen ausgesetzt [...], die tagtäglich auf sie einströmen." Indem sie den geforderten intensiven und ständigen Kontakt mit der Dorfbevölkerung suchten, schienen viele ABV ihre Aufgaben als ausführende Polizeikräfte des Regimes bei der Kollektivierung zu vernachlässigen. So klagten die übergeordneten Offiziere in den Volkspolizei-Kreisämtern unentwegt über Unzuverlässigkeit, fehlende Kompetenz bei der Verfolgung von Straftaten, mangelnden Einsatz im Kampf gegen Kriminalität, Alkoholexzesse und „moralische Verfehlungen". Allein 1957 erhielten im Bereich der BDVP Potsdam 182 ABV Disziplinarstrafen, darunter 22 Offiziere und 154 SED-Mitglieder, die in ländlichen Gemeinden vereinzelt sogar Schlägereien angezettelt hatten. Abschnittsbevollmächtigten wurde aber vor allem vorgeworfen, MTS und LPG nicht hinreichend zu schützen, den Vorbehalten von Dorfbe-

114 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 46, 67, 117 (Orthographie korrigiert), 232. Vgl. auch BLHA, Rep. 405/15.1, Nr. 46, Bl. 158, 169; Rep. 604/16, Nr. 19, Bl. 16; Rep. 604/16, Nr. 96, Bl. 35; Lindenberger, ABV als Landwirt, S. 171, 181.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

wohnern gegen die weitere Kollektivierung nachzugeben oder ihre Einwände noch zu bekräftigen und Straftaten, die sich gegen die neue Gesellschaftsordnung auf dem Lande richteten, nicht energisch zu verfolgen. In der Gemeinde Güterfelde (Landkreis Potsdam) versuchte der Abschnittsbevollmächtigte im September 1953 sogar, die im Dorf gebildete Produktionsgenossenschaft aufzulösen. Andere ABV, die über ihren geringen Lohn enttäuscht oder mit ihren Aufgaben überfordert waren, solidarisierten sich offen mit der Dorfbevölkerung. Aufgeschreckt von ihrer politischen Unzuverlässigkeit, erlegten die vorgesetzten Offiziere diesen Abschnittsbevollmächtigten auf, ihr politisches Bewußtsein zu schulen, um sich deutlicher vom Einfluß der anderen Dorfbewohner zu befreien. Zudem sollten sie von den Offizieren der Volkspolizei-Kreisämter und Abteilungsleitern in den SED-Kreisleitungen strikter geführt und schärfer überwacht werden.[115]

In den späten fünfziger Jahren wurde die Dorfbevölkerung verstärkt an der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung beteiligt, indem in den Gemeinden „Verkehrssicherheitsaktivs" und „Aktivs zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit" gebildet wurden. Auch die Einrichtung von „Ortsbrandschutzkommissionen" entsprach diesem Konzept umfassender Verbrechensprävention durch „politische" Erziehung. Konventioneller polizeilicher Einsatz und gesellschaftliche Selbsthilfe schienen bei der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im „sozialistischen" Dorf zu verschmelzen, ohne daß der Gewaltvorbehalt des SED-Regimes grundsätzlich aufgehoben war. Die Mobilisierung der Dorfbewohner verdeckte aber nicht nur die Repression durch Polizeikräfte, sondern auch den Gegensatz zwischen den widersprüchlichen Rollenzuweisungen an Herrschaftsträger als Exekutivorgane der Parteiführung und Staatsmacht einerseits, Vertrauenspersonen und Repräsentanten der Bevölkerung andererseits. Wegen dieses unauflösbaren Dilemmas konnten die Abschnittsbevollmächtigten und andere Funktionäre des SED-Regimes die ihnen zugewiesene Mittlerrolle in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus insgesamt nicht erfüllen.[116]

Dennoch wurde abweichendes Verhalten gegenüber der Kollektivierungspolitik in den Gemeinden von den Funktionären in den Bezirks- und Kreisleitungen der SED und von den Offizieren in den Behörden der Volkspolizei unmittelbar kriminalisiert. Sie führten abfällige Bemerkungen wie „LPG – lahme Ente"[117], die Bildung von „Ohne-uns-Bewegungen" und andere Unmutsäußerungen von Bauern sowie offene Angriffe gegen Staats- und Parteifunktionäre verschwörungstheoretisch auf den Einfluß des vorgeblich überall lauernden „Klassenfeindes" zurück. Besonders die ländlichen Regionen im Umfeld von Berlin galten aus der Sicht der Parteifunktionäre in den fünfziger Jahren als Einflußzonen westlicher Propaganda. Damit wurden oft auch wirtschaftliche Mängel in den LPG politisiert. Die Offiziere in den Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei in Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus sowie in den ihnen unterstellten Volkspolizei-Kreisämtern interpretierten Schäden an

115 Angabe zu den Strafen in: BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 64. Zit. nach: BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 44. Vgl. auch Lindenberger, ABV als Landwirt, S. 178f.; BLHA, Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 87; Rep. 405/15.1, Nr. 46, Bl. 158; Rep. 604/16, Nr. 28–30; Rep. 730, Nr. 737 (Bericht v. 4.5.1960); Rep. 530, Nr. 1421, Bl. 1.

116 BLHA, Rep. 405/15, Nr. 24, Bl. 1f., 3f., 6f., 151, 233f., 330; Rep. 404/15, Nr. 26, Bl. 59–61, 63; Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 93; Rep. 405/15.1, Nr. 46, Bl. 93. Zu dem Rollenkonflikt auch: Lindenberger, ABV als Landwirt, S. 177, 180, 186f., 189, 201; Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 136.

117 BLHA, Rep. 405/15, Nr. 25, Bl. 105.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Maschinen der MTS und unzureichend ausgeführte Neubauten ebenso als „Sabotage" und Ausdruck von „Schädlings- und Diversionstätigkeit" wie eine schlechte Arbeitsmoral, Viehverluste und Brände in LPG.[118]

Dazu zählten auch „inneres Aufweichen von LPG-Vorständen, ganzer LPGen, Organisierung der Umgehung von Statuten und Betriebsordnungen, Stellen von unerfüllbaren Forderungen." Als zu ahndende Verstöße stuften die BDVP und die Volkspolizei-Kreisämter in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus vor allem Willkürakte von LPG-Vorsitzenden ein, die damit die offiziell proklamierte Mitbestimmung der Mitglieder („innergenossenschaftliche Demokratie") verletzten. Daneben wurden individuelle Ablieferung, Ausweitung der Hauswirtschaften über den erlaubten Umfang hinaus und Korruption bei der Zuteilung der Einkünfte kriminalisiert. Selbstmorde und „Republikfluchten" von Landwirten als extreme Formen bäuerlichen Protests steigerten die Verschwörungsobsessionen in den Parteidienststellen und Sicherheitsbehörden nachhaltig. Aus der Perspektive der Parteileitungen und Polizeiämter waren Hemmnisse bei der Durchsetzung des „Sozialismus" auf dem Lande nahezu ausschließlich auf die „Sabotage", „Diversion" und „Hetze" des „Klassenfeindes" und den Einfluß der „reaktionären Elemente im Dorfe" zurückzuführen. Die Bezirks- und Kreisleitungen der SED kriminalisierten auch dörfliche Konflikte und geringe Einsatzbereitschaft in LPG. Arbeitsbummelei, Alkoholexzesse, Schlägereien und andere Verhaltensformen, die nicht den geltenden gesellschaftlichen Normen entsprachen, wurden von der Volkspolizei verfolgt und strafrechtlich geahndet. Diesen Repressionsmaßnahmen lag eine Personalisierung und Moralisierung von Strukturmängeln in den Produktionsgenossenschaften und im „sozialistischen Dorf" zugrunde, die von der Politik der Staatspartei – vor allem durch die überstürzte Kollektivierung 1959/60 – selber herbeigeführt worden waren.[119]

Die Landwirte hatten durch ihre Verweigerung, ihren Protest und Widerstand den Agitationsgruppen und Funktionären Konzessionen abgetrotzt und das Kollektivierungstempo mehrfach reduziert. Besorgt über die steigende Zahl der geflohenen Bauern und die legitimatorische Fassade der „Freiwilligkeit", hatten die Parteileitungen in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus wiederholt Übergriffe untergeordneter Funktionäre bei der Agitation kritisiert. Ermuntert von Schreiben, in denen der mächtige ZK-Sekretär für Landwirtschaft, Erich Mückenberger, am 12. August und 8. September 1958 „Überspitzungen" bei der Kollektivierung verurteilt, haltlose Versprechen der Agitationsbrigaden gebrandmarkt und dabei auf Beschwerden von Bauern aus den Bezirken Frankfurt (Oder) und Cottbus hingewiesen hatte, wandte sich in der SED-Bezirksleitung Potsdam der Leiter der Landwirtschaftsabteilung am 22. September gegen den Konkurrenzkampf übereifriger Agitatoren, die Bauern durch „administrative Methoden und ökonomische Mittel" unter Druck setzten. Als die Kollektivierung Anfang 1959 stagnierte, kritisierte auch der Rat des Bezirks Potsdam, daß es im vorangegangenen Jahr „Verletzungen der Freiwilligkeit beim Eintritt in

118 BLHA, Rep. 405/15, Nr. 24, Bl. 266; Rep. 604/16, Nr. 19, Bl. 49. Vgl. auch Lindenberger, ABV im Text, S. 161–163; ders., ABV als Landwirt, S. 168.

119 Zit. nach: BLHA, Rep. 930, Nr. 102 (Schlußwort Blum). Exemplarisch auch: BLHA, Rep. 604/16, Nr. 19, Bl. 98f., 118, 124–131, 135, 141, 183f.; Rep. 405/15, Nr. 24, Bl. 67, 380; Rep. 930, Nr. 84 (Referat Ullmann); Rep. 930, Nr. 137 (Rede Schumacher). Zur Kriminalisierung dörflicher Konflikte und wirtschaftlicher Mängel z.B.: BLHA, Rep. 405/15, Nr. 24, Bl. 267; Rep. 604/16, Nr. 19, Bl. 28–30. Bericht über Verstöße gegen Statuten und Betriebsordnungen in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/130, Bl. 324. Zusammenfassend: Lindenberger, ABV im Text, S. 161f.; ders., ABV als Landwirt, S. 181.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

die Genossenschaft gab, die jetzt zu negativen Auswirkungen führen." Die Parteileitung war 1958 aber schon entschlossen, die einzelbäuerlichen Wirtschaften vollständig zu zerschlagen und mit der Zwangsintegration aller Landwirte in die LPG den erhofften Entwicklungssprung zu erreichen. Spitzenfunktionäre wie Mückenberger warnten daher nicht nur vor übertriebener Härte, sondern zugleich vor Nachgiebigkeit und Passivität, die im Parteijargon als „Selbstlauf" verurteilt wurden. Noch Ende März 1960 sprach sich die SED-Bezirksleitung Potsdam deshalb auf einer Sekretariatssitzung sowohl gegen Zurückhaltung bei der Kollektivierungsagitation als auch gegen „Sektierertum" und „Überspitzungen" aus. Konfrontiert mit den konträren Anweisungen der Parteiführung, schwankten in den Dörfern viele Herrschaftsträger, nachdem schon 1953 und 1956 einzelne SED-Funktionäre in den Bezirks- und Kreisleitungen der Partei zugestanden hatten, daß Landwirte zuvor zum Eintritt in LPG genötigt oder gezwungen worden waren. Im Sommer 1953 hatte sogar das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft vage konzediert, daß „der Eintritt in die Genossenschaften teilweise aus [...] einem gewissen wirtschaftlichen Zwang erfolgt war."[120]

Adaptionsformen und Arrangements beim Abschluß der Kollektivierung

Anfang 1960 verstärkten die SED-Leitungen erneut massiv den Kollektivierungsdruck, so daß auf dem Lande Nonkonformität und Verweigerung in Protest und sogar Widerstand umschlugen. Der Herrschaftsanspruch und die Unterwerfungspolitik des Regimes radikalisierten besonders das Verhalten vieler alteingesessener Landwirte, deren Zorn und Verzweiflung sich in Übergriffen gegen Funktionäre und in der Zerstörung von Produktionsmitteln entlud. Da offener Protest und kompromißloser Widerstand schließlich aussichtslos wurden, versuchten Bauern, ihren Besitz vor dem Eintritt in LPG zu verkaufen, denn die Verteilung der Einkünfte nach dem eingebrachten Land und Inventar in den Produktionsgenossenschaften ersetzte nicht den materiellen Verlust. Als die Parteileitungen in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus im Sommer 1958 die Kollektivierung vorantrieben, veräußerten Landwirte, die ihre Höfe aufgeben mußten, ihre Maschinen vielerorts an die verbliebenen Einzelbauern. Da diese Option 1959/60 mit der fortschreitenden Kollektivierung, die immer mehr Bauern erfaßte, zunehmend verstellt war, konnten die noch selbständigen Betriebsinhaber in dieser Phase oft nur noch Futtermittel und kleinere Gegenstände verkaufen. Viele Bauern, die im „sozialistischen Frühling" 1960 in LPG vom Typ III eintraten, hielten auch Nutztiere zurück, um mit dem Vieh ihre individuellen Hauswirtschaften auszustatten. Sie rechtfertigten ihr abweichendes Verhalten mit dem Mangel an Stallgebäuden in den Produktionsgenossenschaften. Pferde wurden aber noch nach dem

120 Vgl. BLHA, Rep. 530, Nr. 203, Bl. 7–9. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 530, Nr. 1330 (Schreiben v. 22.9.1958); Rep. 601, Nr. 1294 („Einschätzung über den Stand der Verwirklichung der Arbeit mit dem Beschluß über die vollgenossenschaftlichen Dörfer"); Rep. 530, Nr. 1449 (Analyse v. 6.3.1959); BArch, DK-1, Nr. 5877, S. 122. Vgl. auch BLHA, Rep. 530, Nr. 1330 (Schreiben v. 29.9.1958). Schreiben Mückenbergers vom 12. August 1958 in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1349. Brief vom 8. September 1958 in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1348. Protokoll einer Beratung mit Mückenberger vom 27. August 1959 in: BLHA, Rep. 530, Nr. 1439. Zu den Warnungen der Parteiführung: BLHA, Rep. 530, Nr. 1449 („Rede zur MTS-Bereichskonferenz in Protzen"); Mückenberger, Entwicklung, S. 1074; ders., Perspektive, S. 28. Kritik am „Selbstlauf" übernommen in: Prokop, Aufbau, S. 770. Kritik von Bauern an Verstößen gegen das Prinzip der „Freiwilligkeit" auch aufgenommen in: BLHA, Rep. 601, Nr. 3736 (Bericht v. 21.9.1959); SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/283, Bl. 153f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

offiziellen Abschluß der Kollektivierung verkauft, um durch den Einsatz motorischer Zugkräfte in den LPG die erhoffte Arbeitserleichterung zu erreichen. Vereinzelt versuchten Landwirte sogar, nur Ackerland in Produktionsgenossenschaften einzubringen, ihre Obstgärten aber weiterhin selber zu bewirtschaften. Auch im Generationswechsel löste sich das traditionale bäuerliche Selbstverständnis, das auf der Bindung an das persönliche Eigentum basierte, keineswegs vollständig auf.[121]

Die Landwirte, die dem politischen Druck schließlich nachgaben, gestalteten die Produktionsgenossenschaften vielerorts so aus, daß auch die Kollektivwirtschaft zumindest partiell ihren Interessen und Werten entsprach. Sie zielten damit auf Selbstbehauptung durch flexible Adaption. Bauern und Landarbeiter, die sich zum Eintritt in LPG bereit fanden oder in die Bildung neuer Kollektivbetriebe einwilligten, versuchten besonders, eine Restautonomie zu bewahren oder konkrete materielle Vergünstigungen auszuhandeln. Alteingesessene Landwirte, die erst 1959/60 von der Kollektivierung erfaßt worden waren, bildeten in den Gemeinden oft selbständig LPG vom Typ I, als sie erkannt hatten, daß sie ihre Familienbetriebe nicht mehr aufrechterhalten konnten. In den Produktionsgenossenschaften des Typs I schlossen sich Altbauern zusammen, ohne andere Gruppen der ländlichen Gesellschaft zu beteiligen, von denen sie sich absetzten. Sie bewahrten ihr bäuerliches Selbstverständnis, indem sie ihre LPG mit Hilfe ihrer Kenntnis und des ausgeprägten Arbeitsethos zu effizient bewirtschafteten Betrieben entwickelten, die oft scharf von den verachteten Produktionsgenossenschaften vom Typ III abgegrenzt wurden. In Dörfern, die nahezu ausschließlich von alteingesessenen Landwirten bewohnt waren, setzten sich die neuen Betriebe des Typs I vereinzelt nur aus wenigen Familien zusammen, die miteinander verwandt oder befreundet waren. Mit der Gründung von LPG des Typs I, zu der zögernde Landwirte von Funktionären vielerorts gezielt ermuntert wurden, behielten die Bauern überdies ein relativ hohes Maß an Selbstbestimmung über die Betriebs- und Arbeitsorganisation, auch wenn die Musterstatuten kaum verändert werden konnten. Nicht zuletzt blieb die individuelle Viehhaltung in diesen Kollektivbetrieben unangetastet. Viele Mitglieder, die – wie der Rat des Kreises Potsdam 1957 klagte – die „Bedeutung des genossenschaftlichen Eigentums" geringschätzten, konzentrierten sich auf ihre individuellen Hauswirtschaften, für deren Erzeugnisse sie z.T. hohe Einkommen erzielten. Nach dem Abschluß der Kollektivierung projizierten viele LPG-Mitglieder schließlich vollends ihr traditionales Selbstverständnis als selbständige Bauern, die ihre Höfe im Generationswechsel unbedingt zu bewahren trachteten, auf ihre Hauswirtschaften, bevor die Hoftradition in den sechziger Jahren weitgehend abriß.[122]

121 Zur Radikalisierung abweichenden Verhaltens im Frühjahr 1960 allgemein: Fricke, Dimensionen, S. 37. Zum Verkauf von Maschinen im Bezirk Potsdam im Sommer 1958: BLHA, Rep. 530, Nr. 753, Bl. 37. Zur Veräußerung von Futtermitteln: BLHA, Rep. 530, Nr. 760, Bl. 28. Zur Abgabe von Pferden: BLHA, Rep. 730, Nr. 1166 (Analyse v. 6.4.1960). Berichte über nicht in LPG eingebrachtes Vieh z.B. in: BLHA, Rep. 530, Nr. 732, Bl. 382; Rep, 530, Nr. 760, Bl. 40; Rep. 530, Nr. 761, Bl. 107. Zur privaten Bewirtschaftung von Obstgärten: BLHA, Rep. 530, Nr. 762, Bl. 99, 118.

122 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/408, Bl. 54; BLHA, Rep. 401, Nr. 1478, Bl. 5; Rep. 730, Nr. 1256 (Schreiben v. 28.5.1962); Rep. 530, Nr. 754, Bl. 109. Vgl. auch den Hinweis in: Ehrhart Neubert, Eine Woche der Margot Triebler. Zur Soziologie des schönen und produktiven Dorfes, in: Kirche im Sozialismus. Materialien zu Entwicklungen in der DDR 14 (1988), S. 102–111, 148–156, hier: S. 110. Daneben: Lindenberger, ABV als Landwirt, S. 192; Wietstruk, Umgestaltung, S. 87; Werkentin, „Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht", S. 146. Zur Bildung von „Familien-LPG": Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 121, 156f.; BLHA, Rep.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Darüber hinaus trotzten widerstrebende Landwirte den Agitationskommissionen in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus oft konkrete Konzessionen ab. Die Staats- und Parteifunktionäre, die als heterogen zusammengesetzte Gruppen von 1958 bis 1960 überwiegend von den Kreis- und Bezirksleitungen der SED auf dem Lande eingesetzt wurden, mußten unter großem Zeitdruck alle Bauern zu Eintrittserklärungen zwingen und waren deshalb zu Zugeständnissen bereit, um dieses Ziel zu erreichen. Sie willigten besonders oft in Übergangsfristen bei der Aufnahme der Kollektivarbeit ein. Im Bezirk Potsdam sicherte sogar der Bezirksausschuß der „Nationalen Front" Bauern zu, im Herbst 1960 ihre Ernte noch individuell einbringen zu können – eine Verzögerung, die auch das Büro der SED-Kreisleitung begrüßte, da die kleinen Gartenbaubetriebe nicht zur kollektiven Bewirtschaftung geeignet waren. Zuweilen setzten Landwirte überdies die Forderung durch, die Kollektivarbeit erst 1961 aufzunehmen, und folgten der populären Parole „Wir gründen eine LPG Typ I und jeder macht weiterhin Seins." Damit profitierten auch die erst 1959/60 in Produktionsgenossenschaften gedrängten Bauern, die überwiegend noch keineswegs von den neuen Betrieben überzeugt waren, von den Vergünstigungen, ohne daß sie zunächst die Kollektivarbeit aufnahmen. So wurden im Bezirk Cottbus Ende Juli 1960 die Ackerflächen erst in rund zwanzig Prozent der LPG vom Typ I von den Mitgliedern gemeinsam bewirtschaftet, im Bezirk Potsdam sogar erst in etwa sieben Prozent. Trotz des beträchtlichen politischen Drucks gingen viele Kollektivbetriebe nicht vor den frühen sechziger Jahren zur gemeinsamen Arbeit über, vor allem im havelländischen Obstbaugebiet und im Spreewald.[123]

Als „Festigungsbrigaden" die LPG-Mitglieder trotz der Zusagen schon im Sommer 1960 ultimativ aufforderten, die Einzelwirtschaft aufzulösen, richtete sich der Zorn der enttäuschten Bauern in vielen Landkreisen vor allem gegen die örtlichen Organisationen der SED, zumal auch andere Versprechen – so ein erhöhter Viehbesatz in den individuellen Hauswirtschaften und eine Entschädigung für das eingebrachte Inventar – nicht eingehalten wurden. Indem sie auf den Zwang bei der Kollektivierung hinwiesen, verglichen die neuen Mitglieder ihre Produktionsgenossenschaft mit einem Gutsbetrieb und bestanden unverdrossen weiterhin auf der Dispositionsfreiheit über ihr Land. Als sie schließlich zur Aufnahme der Kollektivarbeit gezwungen wurden, traten vereinzelt sogar Vorstände oder Vorsitzende von LPG zurück. Auch die Steine, die mit Zustimmung von Funktionären zunächst noch die Grenzen der Felder abgesteckt hatten, mußten entfernt werden. Dagegen wandten im Kreis Rathenow (Bezirk Potsdam) Traktoristen, die eng in bäuerliche Milieus integriert waren und deshalb auf die Bauern Rücksicht nahmen, ein: „Ich pflüge keinen Grenzstein um, ich will mich mit den Bauern nicht verfeinden." LPG-Mitglieder wurden auch gezwungen, die von ihnen durchgesetzten – vereinzelt weitreichenden – Veränderungen der Musterstatuten zurückzunehmen.[124]

530, Nr. 732, Bl. 19; Rep. 530, Nr. 762, Bl. 17. Für Thüringen: Humm, Weg, S. 144, 148f., 163f., 310–312, 320.

123 Angaben zum Bezirk Cottbus nach: BArch, DK-1, Nr. 1226, Bl. 138. Zum Bezirk Potsdam: BLHA, Rep. 530, Nr. 761, Bl. 105; Rep. 530, Nr. 1462 (Bericht v. 4.5.1960). Zur verzögerten Aufnahme der Kollektivarbeit auch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1357, Bl. 11f., 23f., 36, 96, 109; DY 30/IV 2/7/355, Bl. 107; BLHA, Rep. 730, Nr. 1166 (Analyse v. 6.4.1960); Rep. 401, Nr. 2681 (Bericht v. 27.10.1960; Schreiben v. 14.10.1960). Hinweise in: Allinson, Politics, S. 81; Lindenberger, ABV als Landwirt, S. 188, 195; Werkentin, Strafjustiz, S. 105, 108; Wietstruk, Umgestaltung, S. 95, 101, 111.

124 BLHA, Rep. 530, Nr. 1348 (Schreiben v. 12.8.1958 u. 8.9.1958); Rep. 530, Nr. 1574 (Bericht v. 29.10.1961); Rep. 601, Nr. 6325 (Bericht v. 4.6.1960); Rep. 601, Nr. 6467 (Vorlage v. 28.7.1960); SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1357, Bl. 12. Zit. nach: BLHA, Rep. 401, Nr. 2681 (Bericht v.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Zudem nutzten Bauern die für sie unabänderliche Entscheidung für die Kollektivwirtschaft, indem sie für ihre Zustimmung materielle Gratifikationen verlangten. Vereinzelt konfrontierten Landwirte Agitationskommissionen sogar mit Forderungen, die nicht erfüllt werden konnten, um anschließend mit der erwarteten Ablehnung ihre Weigerung zu begründen, Produktionsgenossenschaften beizutreten. So versicherte ein Bauer in Schmergow (Landkreis Potsdam) Funktionären im Herbst 1959 fordernd: „Wenn ihr mir ein Auto besorgt, dann trete ich ein in die LPG." Daneben wurden für Eintrittserklärungen wiederholt hochwertige Konsumgüter wie Radio- und Fernsehgeräte verlangt. Gelegentlich drängten Bauern auch auf Hilfe bei der Suche nach Angehörigen, die im Zweiten Weltkrieg in der UdSSR vermißt waren, forderten Lehrstellen für ihre Kinder oder staatliche Kredite für die Abfindung von Erben. Noch häufiger ließen sich Landwirte, die in LPG eintraten, zusichern, daß sie neue Betriebsmittel erhielten. Funktionäre und Agitationsgruppen versprachen ihnen besonders Traktoren und anderes technisches Inventar. 1952/53 sollten den neuen LPG-Mitgliedern auch Rückstände bei der Ablieferung und Schulden erlassen, die Ablieferungskontingente verringert und die Unterstützung durch die Maschinenstationen verbessert werden, um ihre Arbeit zu erleichtern. Im „sozialistischen Frühling", als die politische Propaganda völlig einseitig und übertrieben die Vorzüge eines Beitritts zu LPG hervorhob, sagten Funktionäre den Bauern auch zu, ihre soziale Absicherung zu verbessern. Da diese oft haltlosen Erklärungen der bedrängten Herrschaftsträger auf dem Lande überwiegend nicht erfüllt wurden, zumal sie vereinzelt sogar gegen Gesetze verstießen, verbreitete sich unter den neuen LPG-Mitgliedern Ernüchterung, die gelegentlich in offenen Protest umschlug. So drohten Bauern im Bezirk Potsdam noch im September 1960 unzweideutig: „... entweder Einhaltung der gegebenen Versprechungen oder keine genossenschaftliche Arbeit." Die Lage in den Betrieben hob sich scharf von den Erwartungen und Hoffnungen ab, die Funktionäre auf dem Lande geweckt hatten. Deshalb verbreitete sich im Kreis Angermünde (Bezirk Frankfurt/Oder) im Herbst 1960 in einigen LPG die Meinung: „Man hat uns goldene Berge versprochen, übrig geblieben ist nichts. Statt Arbeitserleichterung mußten Sensen genommen werden. Wir sind noch nie so schlecht bedient worden wie gegenwärtig durch die MTS." Parteifunktionäre erreichten deshalb vielerorts nur mit Zwang und Gewalt, daß die erbosten LPG-Mitglieder die Kollektivarbeit aufnahmen.[125]

Im havelländischen Obstbaugebiet und im Spreewald zwangen die Bauern, die hier die Agitationsgruppen besonders heftig bekämpften, Spitzenfunktionäre der SED sogar, ein Sonderstatut für die GPG zu erlassen. Damit sollte der starken Bindung der Obstbauern an

30.9.1960). Zur Unzufriedenheit von Bauern über nicht gehaltene Versprechen die Berichte in: BLHA, Rep. 604/16, Nr. 54, Bl. 242; Rep. 530, Nr. 734, Bl. 268; Rep. 530, Nr. 761, Bl. 31; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1357, Bl. 101.

125 BLHA, Rep. 601, Nr. 1294 („Einschätzung über den Stand der Verwirklichung der Arbeit mit dem Beschluß über die vollgenossenschaftlichen Dörfer"); Rep. 604/16, Nr. 19, Bl. 184; Rep. 604/16, Nr. 89, Bl. 52. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 530, Nr. 891, Bl. 243; Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 222; Rep. 730, Nr. 1166 (Analyse v. 8.10.1960; Interpunktion korrigiert). Forderung nach einem Fernsehgerät z.B. in: BLHA, Rep. 730, Nr. 735 (Bericht v. 2.3.1960). Überwiegend nicht eingehaltene Zusicherungen zur Versorgung mit Betriebsmitteln z.B. überliefert in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/61, Bl. 10; BLHA, Rep. 530, Nr. 1433 (Bericht v. 22.2.1960); Rep. 530, Nr. 803, Bl. 45; Rep. 730, Nr. 954 (Bericht v. 22.11.1952). Zur Unzufriedenheit von Frauen über die schwere Arbeit in LPG exemplarisch: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/273, Bl. 85. Forderungen für Familienangehörige überliefert in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1359, Bl. 52. Vgl. auch Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!", S. 151.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ihr Grundeigentum ebenso Rechnung getragen werden wie den spezifischen Produktionsbedingungen in dieser Region. Im Obstbaugebiet um Werder war das Land der Betriebe überwiegend auf mehrere Gemeinden zersplittert, wo jeweils kleine Felder bewirtschaftet wurden. Maschinen konnten hier deshalb kaum eingesetzt werden. Nachdem im Obstbaugebiet im Frühjahr 1960 mehrere Gärtnerische Produktionsgenossenschaften zerfallen waren und die „Republikfluchten" in dieser Region ein auch für die Staats- und Parteifunktionäre besorgniserregendes Ausmaß erreicht hatten, einigten sich der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam, Kurt Seibt, und der Vorsitzende des Rates des Bezirks Potsdam, Herbert Rutschke[126], den Obstbauern ein Sonderstatut anzubieten. Obgleich die Parteiführung einen „dritten Weg" in der Landwirtschaft weiterhin kategorisch ausschloß, sollten nach dem Statut nur die Ernte- und Pflegearbeiten gemeinsam durchgeführt werden. Darüber hinaus waren zwar die vorgesehenen genossenschaftlichen Fonds einzurichten; das Land sollte aber nur allmählich kollektiviert werden, und den Obstbauern wurde zugesichert, daß sie weiterhin die Einnahmen für ihre individuellen Erträge erhielten. Rutschke und Seibt erläuterten das Statut in einem Schreiben, das sie allen Obstbauern der Gemeinde Glindow zuschickten und ließen darüber auch in GPG beraten, die in Werder bereits zuvor nach dem restriktiveren Musterstatut gegründet worden waren. Die überraschten Mitglieder der Kollektivbetriebe protestierten gegen die Sonderkonditionen, da sie sich betrogen fühlten. Der Vorsitzende einer GPG in Werder erklärte am 16. Mai 1960 empört: „... es sieht doch so aus, als wenn die Werderaner Obstbauern andere Menschen als die Glindower sind." Die Mitglieder dieses Kollektivbetriebs verlangten ebenso wie Obstbauern, die sich im Frühjahr 1960 im benachbarten Landkreis Brandenburg zusammengeschlossen hatten, die Erlaubnis, ihre GPG nach den günstigeren Bedingungen des neuen Statuts zu organisieren. Zugleich gewannen Obstbauern in Glindow den Eindruck, daß die Kollektivierung in der Gemeinde völlig eingestellt werden könnte. In einer Versammlung der VdgB rief ein Bauer seine Kollegen deshalb am 13. Mai auf, standhaft zu bleiben: „Die [SED-Funktionäre] haben nachgegeben und werden noch weiter nachgeben." Bis zum Herbst 1960 gelang es den Parteileitungen nicht, in der Gemeinde die Kollektivarbeit in den GPG zu organisieren. Erst nach dem Mauerbau gingen die Obstbauern in der Gemeinde Glindow allmählich zur Kollektivarbeit über, zumal 1961 verstärkt Strafrichter eingesetzt wurden, die beauftragt worden waren, den Widerstand gegen die Produktionsgenossenschaften und den Protest gegen die Versorgungskrise endgültig zu brechen.[127]

Der gewaltsame Abschluß der Kollektivierung, die offenkundigen Verstöße gegen das Prinzip der „Freiwilligkeit" und die enormen Übergangsschwierigkeiten konfrontierten das

126 Herbert Rutschke (geb. 1905) wurde als Sohn einer Arbeiterfamilie in Bromberg geboren und schloß sich 1925 der KPD an. Nachdem er 1933 zu drei Jahren und acht Monaten KZ-Haft verurteilt worden war, wurde er 1939 in die Wehrmacht einberufen, 1944 erneut verurteilt und dem „Strafbataillon 999" zugeteilt. 1950 bis 1952 arbeitete Rutschke als 2. Vorsitzender des Landesverbandes des FDGB in Thüringen und von 1952 bis 1955 als 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Suhl. Von 1957 bis 1960 war er schließlich Vorsitzender des Rates des Bezirks Potsdam. Vgl. Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 286.

127 Rainer Eckert, Opposition und Repression in der DDR vom Mauerbau bis zur Biermann-Ausbürgerung (1961–1976), in: AfS 39 (2000), S. 355–390, hier: S. 366. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 530, Nr. 1572 („Bericht des Genossen Oehlschläger über die Vollversammlung der GPG ‚Pamona' am Montag, dem 16. Mai 1960"; Schreiben v. 16.5.1960). Vgl. auch BLHA, Rep. 530, Nr. 1573 („Bericht über die Situation im Obstbaugebiet"; Bericht v. 28.5.1960); Rep. 530, Nr. 1659 (Bericht v. 17.9.1960); Rep. 530, Nr. 208, Bl. 3–5; Rep. 530, Nr. 732, Bl. 113–124; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/63, Bl. 33–38. Allgemein dazu: Lemke, Kampagnen, S. 154f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

SED-Regime in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus mit beträchtlichen Legitimationsproblemen. Bis 1962/63 legten deshalb LPG-Mitglieder wiederholt ihre Arbeit nieder, und einzelne ungefestigte Betriebe wurden sogar wieder aufgegeben, besonders im havelländischen Obstbaugebiet, wo die Kollektivierung ohnehin spät abgeschlossen worden war. So beschlossen Mitglieder der GPG in der Gemeinde Glindow, die sieben Obstbauern schon im März 1960 verlassen hatten, Ende Mai, den neugebildeten Betrieb wieder aufzulösen. Als Begründung brachten die Mitglieder „zum Ausdruck, daß sie das Gründungsprotokoll unter Zwang unterschrieben haben. Schuld daran sollen die Genossen der NVA Glindow, die dort zur Werbung eingesetzt waren, haben. Ein Oberleutnant Z. soll dabei geäußert haben, daß alle, die nicht in die GPG eintreten, eingesperrt werden." Ende Juni berichtete der „Operativstab" der BDVP Potsdam schließlich, daß „republikflüchtige Obstbauern aus Glindow in Briefen aus Westdeutschland verschiedene Obstbauern in Glindow aufgefordert haben, republikflüchtig zu werden. Im Weigerungsfalle würden sie sonst verraten, daß die Angeschriebenen in Westberlin ein Konto besitzen." Der Briefverkehr erwies sich damit als Residualform traditionaler dörflicher Kommunikation, nachdem die Kollektivierung soziale Milieus auf dem Lande nachhaltig erschüttert oder sogar zerstört hatte. Die abschließende Bemerkung in dem Polizeibericht zeigt, daß auch diese Form abweichenden Verhaltens in der sozialistischen Diktatur der SED zur politischen Opposition deklariert wurde: „Weitere Ermittlungen führt MfS". Dennoch gelang es den eingesetzten Funktionären bis zum Sommer 1960 nicht, in Glindow wieder eine GPG zu gründen.[128]

Insgesamt nahmen vor allem Altbauern die Kollektivierung als Zwangsmaßnahme wahr, die sie überwältigt und ihnen nicht nur die für sie unverzichtbare Verfügungsfreiheit über ihr Eigentum, sondern vielfach auch ihr Selbstwertgefühl genommen hatte. Im Gegensatz zur SED-Propaganda betrachteten sich vor allem LPG-Mitglieder, die erst vom Sog der Zwangskollektivierung im Frühjahr 1960 erfaßt worden waren, als „gefangene Sklaven." So protestierten frühere Altbauern im Kreis Wittstock (Bezirk Potsdam) im Mai 1960 nicht nur gegen die Kollektivierung, sondern erklärten Funktionären der Staatspartei, die auf die Herausbildung einer homogenen Gruppe von Genossenschaftsbauern zielte, generell ihr Mißtrauen: „Wir sind keine Landarbeiter, und unsere Kinder werden auch keine sein. Wir sind nicht davon überzeugt und werden auch niemals von der Politik der Arbeitermacht und der SED überzeugt sein. Wir haben unterschrieben, weil wir unterschreiben mußten." In vielen Kollektivbetrieben klagten Mitglieder über Zwang, Unterordnung und Unfreiheit. In der Gemeinde Mallnow (Kreis Seelow, Bezirk Frankfurt/Oder) stellte ein LPG-Mitglied am 16. August 1961 „ganz verwundert die Frage, warum es keine Einzelbauern mehr gibt. Er fühle sich noch nicht als LPG-Bauer. Ich bin gezwungen worden zur Unterschrift. Man hat mir gesagt, wenn du nicht unterschreibst, kommt morgen der Stoßtrupp." Funktionäre wurden in Dörfern 1960/61 wiederholt mit dem Vorwurf konfrontiert, daß der überstürzte Abschluß der Kollektivierung den offenkundigen Lebensmittelmangel verursacht und Dörfer ebenso wie Familien gespalten habe. Demgegenüber bestanden viele frühere Landwirte noch in den Kollektivbetrieben auf ihrer Identität als Einzelbauern. Sie wandten sich deshalb gegen Versuche, sie zu Genossenschaftsbauern zu erziehen und damit ihr Bewußtsein umzuformen. Angesichts des Selbstbildes als drangsalierte Opfer der verfehlten SED-Politik genügte

128 Zit. nach: BLHA, Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 317, 325. Vgl. auch BLHA, Rep. 401, Nr. 2681 (Bericht v. 10.8.1960); Rep. 530, Nr. 732, Bl. 176; Rep. 530, Nr. 734, Bl. 137, 302. Zur Berufung auf die „Freiwilligkeit" z.B.: BLHA, Rep. 404/15, Nr. 27, Bl. 225; Rep. 530, Nr. 1439 (Bericht v. 20.7.1961). Hinweis auf anhaltende Unruhe in GPG in Thüringen in: Allinson, Politics, S. 83.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

aber vielerorts ein geringer Anlaß, um LPG-Mitglieder zum Streik oder Austritt aus den ungeliebten Betrieben zu veranlassen. Zumeist traten der Groll und die Ressentiments, die aus der Zwangskollektivierung resultierten, aber nicht offen hervor. Dorfbewohner mieden vielmehr Gespräche mit Funktionären, zumal die Furcht vor den Repressalien der Volkspolizei, Staatsanwaltschaften und des Ministeriums für Staatssicherheit weit verbreitet war, besonders im havelländischen Obstbaugebiet um Werder. Die Bauern hatten sich dem Zwang gebeugt, die Entmündigung und den Verlust ihrer Familienbetriebe aber überwiegend noch keineswegs akzeptiert.[129]

Insgesamt unterlagen die Bauern als Opfer der Herrschaftspolitik des SED-Regimes dem Kollektivierungsdruck, so daß sie als Gruppe sozialstrukturell ausgelöscht wurden. Ihr Umgang mit den politischen Eingriffen in dörfliche Milieus zeigt zudem, daß die selbständigen Landwirte in der DDR in den fünfziger Jahren durchaus nicht ausschließlich Objekte der diktatorischen Gesellschaftspolitik waren, sondern sich eine begrenzte Autonomie erhielten, mit den ihnen auferlegten Zwängen oft nach ihrer Eigenlogik umgingen und im Kollektivierungsprozeß zumindest partiell spezifische individuelle Interessen zur Geltung brachten. Im Gegensatz zu der offenen Verweigerung und dem sozialen Protest, die ebensowenig dauerhaft aufrechterhalten werden konnten wie politischer Widerstand, verschränkte sich dieses Verhaltensspektrum in widersprüchlichen Allianzen mit der politischen Herrschaft, so daß deren Ausübung keineswegs unterbunden wurde. Die Reaktionen der Landbevölkerung auf die Herrschafts- und Gestaltungspolitik des SED-Regimes in den fünfziger Jahren legen zudem nahe, daß die dynamischen dörflich-agrarischen Milieus die Kollektivierung zwar verzögerten oder deformierten, dabei aber so weit fraktioniert wurden, daß die dörfliche Bevölkerung den Zusammenschluß der LPG zu Kooperationsbetrieben, der sich schließlich in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren in der DDR vollzog, insgesamt schon deutlich weniger blockierte. Indem ihre Politik der gesellschaftlichen Destruktion traditionale soziale Gruppen beseitigte und örtliche Honoratioren entmachtete, führte die SED-Führung letztlich den Übergang zu Gesellschaftsstrukturen herbei, die mit der staatssozialistischen Diktatur weitgehend vereinbar waren. Die Kollektivierungspolitik hatte in der DDR offenbar schon in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren auf dem Lande einen beschleunigten Wandel dörflicher Milieus erzwungen, der sich in den sechziger und siebziger Jahren auch in der Bundesrepublik Deutschland vollzog, dort aber nicht politisch induziert, sondern durch die umfassende sozioökonomische Modernisierung sukzessive vorangetrieben wurde. Da sich vor allem Bauern, die bestehenden Produktionsgenossenschaften beigetreten waren, zunächst kaum mit ihren neuen Betrieben identifizierten, blieb die Produktion in diesen LPG gering. Auch wegen der enormen betriebswirtschaftlichen Umstellungsprobleme war die anschließende Krise der Lebensmittelversorgung unvermeidbar. Die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Folgelasten der Kollektivierung waren insgesamt gewaltig.[130]

129 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 530, Nr. 770, Bl. 113; Rep. 730, Nr. 969 (Bericht v. 25.6.1962). Weitere kritische Meinungsäußerungen überliefert in: BLHA; Rep. 530, Nr. 759, Bl. 205; Rep. 530, Nr. 760, Bl. 71f.; Rep. 530, Nr. 1330 (Bericht v. 28.11.1960); Rep. 530, Nr. 773 (Berichte v. 29.7.1960 u. 1.8.1960). Zur Unsicherheit und Furcht vor Repressalien: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/58, Bl. 257; BLHA, Rep. 530, Nr. 734, Bl. 190, 235, 250.

130 Zum Wandel dörflicher Milieus in Westdeutschland besonders: Exner, Gesellschaft, bes. S. 443f. Allgemein auch: Walter, Milieus, S. 489–493; Tenfelde, Milieus, S. 263f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

5. Kein Ende abweichenden Verhaltens und neue Arrangements. Grundlinien der widersprüchlichen Aneignung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur durch die Landbevölkerung von den sechziger bis zu den achtziger Jahren

Unruhe in LPG und der betriebliche Zusammenschluß

Auch nachdem die LPG bis 1963/64 weitgehend stabilisiert worden waren, traten Mitglieder wiederholt vorübergehend aus den Kollektivbetrieben aus. So verließen im Kreis Bernau (Bezirk Frankfurt/Oder) Ende 1967 frühere Bauern die Produktionsgenossenschaften in Groß Schönebeck und Zerpenschleuse. Die SED-Kreisleitung beschuldigte besonders die lokalen Staatsorgane und den Rat des Kreises, den Übergang zu Kooperationsbeziehungen und die Ausbildung neuer „Kader" vernachlässigt zu haben. Im Kreis Bad Freienwalde (Bezirk Frankfurt/Oder) lagen noch im Oktober 1970 88 Kündigungen von LPG-Mitgliedern vor, besonders wegen der ungenügenden Hektarerträge in der Ernte 1970 und des daraus resultierenden Einkommensverlustes. Insgesamt hatten im Bezirk Potsdam im Oktober 1970 nach internen Berichten 424 Mitglieder ihre Produktionsgenossenschaften verlassen, um damit gegen schlechte Arbeitsbedingungen, selbstherrliche Vorsitzende und geringe Einkommen zu protestieren. Unzufriedenheit über geringen Verdienst hatte auch im vorangegangenen Sommer Austritte verursacht, so in den Kollektivbetrieben in Hohenreinkendorf und Neurochlitz (Kreis Angermünde, Bezirk Frankfurt/Oder). LPG-Mitglieder fürchteten zudem, daß Überbrückungskredite, die den Produktionsgenossenschaften gewährt worden waren, von ihnen zurückzuerstatten waren. Sogar 1971/72 mußten die SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) und die Kreisleitungen der Partei wiederholt Kommissionen in LPG entsenden, um die Rücknahme von Austrittserklärungen zu erreichen.[131]

Da sich in den Produktionsgenossenschaften, die in mehreren Dörfern gegründet worden waren, jeweils unterschiedliche Gruppen der dörflichen Bevölkerung zusammengeschlossen und voneinander abgegrenzt hatten, lösten Initiativen, „Groß-LPG" zu gründen, vielerorts anhaltenden Widerspruch aus. Mitglieder relativ wirtschaftsstarker Kollektivbetriebe befürchteten, nach einem Zusammenschluß mit weniger rentablen LPG ein geringeres Einkommen zu erzielen. So trafen 1968 in der LPG vom Typ I in Hartmannsdorf (Kreis Fürstenwalde, Bezirk Frankfurt/Oder) Vorschläge und Anweisungen, den Betrieb mit einer Produktionsgenossenschaft vom Typ III zusammenzuschließen, in Mitgliederversammlungen auf entschiedenen Widerspruch, denn dieser Betrieb war so hoch verschuldet, daß die Leitung im vorangegangenen Jahr keine „Mehrproduktionsprämie" ausgezahlt hatte. Noch rückblickend beschwerten sich Mitglieder der „Groß-LPG", die 1959 in Garlitz (Kreis Rathenow, Bezirk Potsdam) gebildet worden war, drei Jahre später: „Wir haben in den vergangenen Jahren schon einige Male von vorn anfangen müssen. Erst waren die ÖLB. Als es allmählich vorwärts ging, wurden wir LPG, und es war in den ersten Jahren nicht besonders

131 Vgl. BLHA, Rep. 730, Nr. 1936 (Berichte v. 20.12.1967 u. 20.1.1968); Rep. 730, Nr. 3181 (Abschrift v. 4.7.1969; Berichte v. 4.7.1969 u. 26.10.1970); Rep. 730, Nr. 4441 (Notiz v. 8.12.1972).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

gut. Dann ging es langsam vorwärts, und dann wurden wir Gross-LPG, und es ging wieder rückwärts. Die Funktionäre, die uns damals zum Zusammenschluss überredet haben, sind heute nicht mehr da." Demgegenüber untersagten SED-Funktionäre LPG-Mitgliedern, die einen gesicherten Verdienst anstrebten, und Führungskräften der Kollektivbetriebe wiederholt, die Produktionsgenossenschaften mit VEG zusammenzuschließen.[132]

Der Übergang zu Kooperationsgemeinschaften und zu großen KAP hatte die Skepsis gegen die SED-Politik auf dem Lande seit den späten sechziger Jahren noch genährt. Wiederum versuchten die Akteure überwiegend, dem politischen Zugriff des SED-Regimes auszuweichen, ohne die Machthaber dabei direkt herauszufordern. Ebenso wie in den fünfziger Jahren dominierte in den sechziger und siebziger Jahren deshalb Nonkonformität als Form abweichenden Verhaltens. Mitglieder und Vorsitzende von LPG ignorierten oft Appelle der SED-Funktionäre, enger mit anderen Kollektivbetrieben zu kooperieren, besonders bei der Ernte, weil „dahinter ein Weg zum Zusammenschluss [von Betrieben] vermutet wird." Aus ihrer Perspektive waren die Produktionsgenossenschaften groß genug, um die landwirtschaftliche Erzeugung nach der Versorgungskrise der frühen sechziger Jahre wieder anzukurbeln. Im Bezirk Frankfurt (Oder) erklärten Mitglieder von LPG des Typs I im Herbst 1967 vielerorts resigniert: „Wir schließen uns doch früher oder später der LPG Typ III an." Andere behaupteten entschieden: „Der kleinere Betrieb ist bei der Entwicklung von Kooperationsbeziehungen benachteiligt." Da sie eine erneute einschneidende Umstellung der Betriebsorganisation fürchteten, schreckten auch die Betriebsleiter, von denen die SED-Kreisleitungen die Erfüllung der Plankennziffern verlangten, vor der Aufnahme von – oft unübersichtlichen – Kooperationsbeziehungen zurück. Damit verschleppten sie in ihren Betrieben die Spezialisierung der Produktion, so daß in vielen LPG noch in den späten sechziger Jahren die „Warenhauswirtschaft" vorherrschte. Überdies verweigerten sich Mitglieder und Führungskräfte der Produktionsgenossenschaften vielfach Aufrufen zu „Wettbewerben", die sie als bürokratische Gängelung und Instrument der Lohnpolitik wahrnahmen. In den späten sechziger Jahren blieb auch das Produktivitätswachstum in einzelnen LPG weit hinter dem Durchschnittswert zurück. Wie Grüneberg 1968 kritisierte, waren in den Produktionsgenossenschaften insgesamt „Mittelmaß sowie Stagnation in der Produktion nicht überwunden." Das Regime kriminalisierte noch nach der gescheiterten „Aktion Ochsenkopf", bei der 1961 nach Westen gerichtete Antennen umgedreht oder abmontiert werden sollten, das anhaltende Interesse der LPG-Mitglieder für die Entwicklung der Landwirtschaft in Westdeutschland, da sie damit aus der Sicht der Spitzenfunktionäre der Staatspartei „noch das Gift des Neonazismus und Imperialismus in sich aufnehmen ..." Dieses Verdikt zeigt besonders deutlich, daß abweichendes Verhalten vom Regime definiert wurde. Die Kritik hielt die LPG-Mitglieder aber nicht von weiterer Devianz gegenüber dem verordneten Übergang zu Kooperationsbeziehungen in der Landwirtschaft ab. So herrschte in einer Kooperationsgemeinschaft, die in Angermünde gegründet worden war, 1970 die Meinung vor: „... wir kooperieren nur in der Getreideernte, alles andere ist uninteressant." In größeren Produktionsgenossenschaften argumentierten Mitglieder in demselben Kreis: „Wozu sollen wir kooperieren, wenn wir auch allein fertig werden?" Die Mentalität bäuerlicher Autono-

132 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/359, Bl. 70, 72. Zit. nach: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/359, Bl. 34f. (Interpunktion korrigiert). Dazu auch: BLHA, Rep. 730, Nr. 1936 („Zwischenbericht über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe in Hartmannsdorf"); Rep. 530, Nr. 1352 (Schreiben v. 2.5.1962); Rep. 730, Nr. 4444 (Bericht v. 23.5.1974).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

mie mit ihrer Fixierung auf die Betriebe wirkte in den LPG offenbar ebenso fort wie die Beharrungskraft sozialer Beziehungsnetze.[133]

Nachdem die wöchentliche Arbeitszeit in der Industrie 1966 auf fünf Wochentage verringert worden war, monierten LPG-Mitglieder im Bezirk Frankfurt (Oder) vielerorts, daß die Landwirtschaft von der Neuregelung ausgenommen worden war und deshalb Jugendliche in den Dörfern als Nachwuchskräfte für die LPG verlieren könnte. Vereinzelt wurde sogar gefordert, eine Interessenvertretung für „Bauern" einzurichten, da die VdgB ihre politische Funktion und ihren Einfluß in den dörflichen Milieus weitgehend eingebüßt hatte. Angesichts der Kontrolle durch politische Instanzen, die oft spontan und willkürlich in die Betriebsführung eingriffen, resignierten viele LPG-Mitglieder, so 1968 im Kreis Bernau (Bezirk Frankfurt/Oder): „... die da oben – Vorstand, Kooperationsrat – machen doch, was sie wollen, da stimmen wir eben zu." Zumindest aus der Sicht der Machthaber blieb die „Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins" weit hinter den Erwartungen zurück, denn die Alleinherrschaft machtbewußter LPG-Vorsitzender, die oft auch Betriebsergebnisse und Abrechnungen fälschten, verstärkte die Frustration der Mitglieder. Als die SED-Führung 1970 befahl, in den Produktionsgenossenschaften neue Betriebsordnungen zu erlassen, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, bezeichneten Bauern in der LPG Neurochlitz (Kreis Angermünde, Bezirk Frankfurt/Oder) ihren Kollektivbetrieb sogar als Gefängnis. Noch immer beharrten sie auf ihrem überlieferten Selbstverständnis als freie Bauern.[134]

Beschleunigter Milieuwandel und Traditionsbindung

Mit dem Zusammenschluß von LPG und VEG sowie der Angliederung von Zulieferer- und Verarbeitungsbetrieben entwickelten sich in der ländlichen Gesellschaft verstärkt Beziehungen und Bezüge, die über Gemeindegrenzen hinausreichten. Auch der Wandel der Siedlungsstruktur – besonders durch die vorangetriebene Etablierung von „Zentraldörfern" – lockerte traditionale soziale Beziehungen und Milieus auf. Die Gründung von Kooperationsbetrieben und großen agro-industriellen Komplexen trieb die Trennung von Wohn- und Arbeitssphäre voran. Die in der Landwirtschaft Beschäftigten mußten immer weitere Wege von ihren Wohnorten zu den Betrieben zurücklegen. Besonders in den siebziger Jahren vollzog sich deshalb in den Dörfern tendenziell eine Anonymisierung der sozialen Beziehungen, so daß sich die Milieus rapide veränderten. Von den sechziger bis zu den achtziger Jahren hielt zudem der Arbeitskräfteaustausch zwischen Industrie und Landwirtschaft an. So wurden in den frühen sechziger Jahren rund 3.100 „Kader" aus dem Staats- und Parteiappa-

133 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 730, Nr. 2315 (Bericht v. 3.1.1966); Rep. 730, Nr. 1940 (Vorlage v. 17.11.1967); Rep. 730, Nr. 1936 (Bericht v. 20.1.1968); SAPMO-BArch, NY 4233/85, Bl. 28, 25; BLHA, Rep. 730, Nr. 3184 (Bericht v. 23.7.1970). Vgl. auch SAPMO-BArch, NY 4233/81, Bl. 291, 309; NY 4233/82, Bl. 144; NY 4233/84, Bl. 172; BLHA, Rep. 730, Nr. 1936 (Berichte v. 20.1.1968 u. 20.12.1968); Rep. 730, Nr. 3181 (Bericht v. 25.6.71); Rep. 730, Nr. 3185 (Zuarbeit v. 12.11.1971); Rep. 730, Nr. 3186 (Zuarbeit v. 20.12.1971; Berichte v. 28.12.1971 u. 27.9.1971); Rep. 730, Nr. 4458 (Stellungnahme v. 26.9.1972); Rep. 530, Nr. 4203, Bl. 201. Zur „Aktion Ochsenkopf": Major, 13. August 1961, S. 348f. Allgemein: Kleßmann, Opposition und Resistenz, S. 468.

134 Hierzu der Bericht vom 23. Juli 1970 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 3184. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): BLHA, Rep. 730, Nr. 3179 (Material v. 26.7.1968; Schreiben v. 17.2.1969). Zu den Forderungen der LPG-Mitglieder 1966 der Bericht vom 3. Januar 1966 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 2315. Vgl. auch BLHA, Rep. 730, Nr. 3181 (Abschrift v. 19.10.1969; Information v. 26.10.1970; Bericht v. 25.6.1971).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

rat, wissenschaftlichen Einrichtungen und Betrieben gewonnen, um die neugebildeten LPG zu festigen. Darüber hinaus erhielten die Produktionsgenossenschaften etwa 50.000 Traktoristen und rund 3.000 Brigadiere, Mechaniker und Buchhalter.[135]

Zu dem Milieuwandel trug auch die zunehmende Industrialisierung auf dem Lande bei, die verstärkt Arbeitskräfte aus der Agrarwirtschaft absog. Als in den sechziger Jahren Industriebetriebe in ländlichen Regionen errichtet wurden, mußten die Arbeitskräfte (darunter viele Frauen) über weite Entfernungen aus ihren Wohngemeinden zu ihren Arbeitsstellen transportiert werden. So reichte das Einzugsgebiet des Obertrikotagenbetriebs in Wittstock, der 1968 aufgebaut wurde und 1976 mehr als 1.500 Arbeiter (darunter über 1.200 Frauen) beschäftigte, bis nach Mecklenburg. Erst 1975 begann der Bau neuer Wohnsiedlungen für die Beschäftigten des Betriebs in Wittstock, um die enorm hohe Fluktuation unter den Arbeiterinnen zu verringern und eine Stammbelegschaft herauszubilden. Dieses Beispiel veranschaulicht die rapide Zunahme der beruflichen und geographischen Mobilität auf dem Lande seit den sechziger Jahren. Damit einhergehend, erhöhte sich das Industrialisierungsniveau in ländlichen Gebieten. So stieg der Anteil der Industriebeschäftigten an den Berufstätigen im Bezirk Frankfurt (Oder) von 1952 bis 1970 von 17,9 auf 24,4 Prozent und im Bezirk Potsdam von 21,6 auf 27,8 Prozent, blieb damit aber auch 1970 unter dem für die DDR registrierten Durchschnitt von 35,8 Prozent.[136]

Insgesamt näherten sich die Lebensverhältnisse in Stadt und Land einander an, ohne daß die beträchtlichen Unterschiede in den Wertorientierungen und Lebensstilen damit vollständig eingeebnet wurden. Sogar die ostdeutsche Agrarsoziologie, die seit den sechziger Jahren weitgehend das politische Ziel übernommen hatte, die Lebensverhältnisse in Stadt und Land einander anzugleichen, betonte in den achtziger Jahren wieder die Besonderheiten und den Eigenwert des Lebens auf dem Lande. Demzufolge galten „die Reproduktion solcher bäuerlicher Traditionen, Erfahrungen und Eigenschaften wie des sprichwörtlichen Bauernfleisses, der engen Verbundenheit mit Boden und Tier, des sparsamen Wirtschaftens und des sorgfältigen Umgangs mit dem genossenschaftlichen Eigentum als notwendige Bestandteile der produktiven Fähigkeiten und sozialistischen Denk- und Verhaltensweisen der Genossenschaftsbauern." Damit sollten „gute bäuerliche Erfahrungen und Traditionen" für die großbetriebliche Agrarproduktion in der DDR genutzt werden. Mit dem Konzept einer „Ausgestaltung des Dorfes als Heimstatt der Genossenschaftsbauern" und der Mobilisierung der „historisch progressiven Traditionen bäuerlichen Lebens im Dorf" wurde die einseitige Orientierung der Agrarpolitik an einem mechanistischen Industrialisierungs- und Urbanisierungsmodell faktisch aufgegeben. Bäuerliche Kulturtraditionen, die auf dem Lande nie vollständig eingeschmolzen worden waren, beeinflußten in der DDR in den achtziger Jahren auch offiziell zunehmend wieder das Leben in den Dörfern.[137]

Ebenso erwies sich das Dogma der gesellschaftlichen Verschmelzung und des politischen Zusammenschlusses von Arbeitern und Bauern zu „Werktätigen" als unhaltbar. LPG-Bauern und Landarbeiter wurden zwar bis zu den achtziger Jahren hinsichtlich ihrer sozialpolitischen Absicherung – z.B. der Altersversorgung und ihrem Urlaubsanspruch – weitgehend gleichgestellt. Die früheren Landwirte verloren jedoch schrittweise die ihnen verbliebenen geringen Verfügungsrechte über das Bodeneigentum, das die Erben von LPG-Bauern

135 Matschke, Entwicklung, S. 53.

136 Roesler, Auswirkungen, S. 138. Zum Obertrikotagenwerk in Wittstock: Ansorg, Fortschritt, S. 81, 89f.

137 Zitate (in dieser Reihenfolge) nach: Krambach, Genossenschaftsbauern und Dorf, S. 43, 46, 50. Vgl. auch ders., Genossenschaftsbauern in den achtziger Jahren, S. 169–178, 194–216.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

in den sechziger Jahren noch an Räte der Kreise verpachten konnten. Auch der Anteil des Bodens, den Landwirte in die LPG eingebracht hatten, wurde bei der Berechnung der Löhne in den siebziger Jahren nicht mehr berücksichtigt. Damit sollte das Ziel erreicht werden, die „Genossenschaftsbauern" in Arbeiter umzuformen und schließlich eine uniforme staatssozialistische Gesellschaft der „Werktätigen" herauszubilden. Insgesamt deutet auch der gesellschaftliche und wirtschaftliche Statusverlust der LPG-Mitglieder, die zuvor als Bauern gearbeitet hatten, auf die Transformation der DDR in „eine Art Arbeiter- und Landarbeiterstaat" hin, ohne daß die modernistische Herrschaftskonzeption der politischen Einschmelzung und Nivellierung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen auf dem Lande umgesetzt wurde.[138]

Mit dem Abschluß der Kollektivierung brach in den ostdeutschen Dörfern die Hoftradition ab, die in der Bundesrepublik Deutschland noch bis zu den achtziger Jahren die Bewirtschaftung vieler Betriebe (auch unrentabler) sicherte. Da die Bauern in der DDR das Verfügungsrecht über ihren Besitz verloren, konnten sie ihn auch nicht mehr vererben. Ebenso verloren Landwirte seit den fünfziger Jahren in den Gemeindevertretungen, die insgesamt an Gewicht für die Dorfpolitik einbüßten, ihre traditionalen Führungsstellungen, so daß auch ihr Sozialprestige zurückging. Damit zerfiel die bäuerliche Kultur in den ländlichen Gemeinden jedoch ebensowenig vollständig wie der gesellschaftliche Einfluß alteingesessener Landwirte. Vielmehr bewahrte diese Gruppe in vielen Dörfern ihre Sonderstellung. Anstelle des Bodenbesitzes wurde Fachkompetenz und Bildung für die Bauern vielerorts ein wichtiges Distinktionskriterium. Ihre Nachkommen schlossen oft ein Studium ab, erreichten in den landwirtschaftlichen Betrieben damit vielfach wieder Führungspositionen oder wanderten in Berufe ab, die eine überdurchschnittlich hohe Qualifikation verlangten, aber auch in der egalitären Gesellschaft des Staatssozialismus ein beträchtliches gesellschaftliches Ansehen verliehen. So hatten in einem mecklenburgischen Dorf, das Agrarsoziologen nach dem Umbruch von 1989/90 untersucht haben, von 18 Bauernkindern, deren Lebensläufe erfaßt wurden, zehn höhere Bildungsabschlüsse erworben. Viele avancierten mit diesem kulturellen Kapital in Leitungspositionen. Das Herkunftsmilieu blieb bedeutsam, und das bäuerliche Statusdenken schlug sich in den Familien in einem spezifischen Aspirationsklima wider, das kulturelle Distinktion durch Bildung förderte. Die Zugehörigkeit zu den „Bauern" war in den dörflichen Milieus überdies weiterhin an Besitz – vor allem von Boden – gebunden, der damit zumindest indirekt (z.B. über Bildungschancen) weiterhin soziale Ungleichheit begründete. Der intergenerationelle Zusammenhang riß in den Bauernfamilien allerdings ab, da die Bindung der Kinder an die Höfe dysfunktional wurde. Eine Rückkehr zum bäuerlichen Familienbetrieb, der auch in der Bundesrepublik Deutschland seit den sechziger Jahren zunehmend nur noch eine prekäre Wirtschafts- und Lebenseinheit bildete, ist im wiedervereinigten Deutschland damit weitgehend ausgeschlossen, zumal überwiegend auch das erforderliche Land und Kapital fehlen.[139]

138 Krambach/Kuntsche/Watzek, Entwicklung, S. 124; Schulz, KAP-Riesen, S. 935. Zum Verlust von Rechten und Vergünstigungen: Hohmann, Agrarpolitik, S. 604; Krebs, Weg, S. 199–214.

139 Kai Brauer/Andreas Willisch, Passive Gewinner und aktive Verlierer: Soziale Differenzierung und Lebensläufe im Transformationsprozeß, in: Stefan Hradil (Hg.), Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996, Frankfurt/M. 1997, S. 824–842, hier: S. 831, 833, 839 (Anm. 9); dies., „Das verschenkte Land": Potentiale neuer Selbständigkeit im lokalen Prüffeld, in: Michael Thomas (Hg.), Selbständige, Gründer, Unternehmer. Passagen und Paßformen im Umbruch, Berlin 1997, S. 261–280, hier:

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

In vielen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hoben sich frühere Landwirte und ihre Nachkommen nicht nur durch ihr – überaus begehrtes – Fachwissen, sondern auch durch ihr Tätigkeitsfeld von den anderen Beschäftigten ab. Wie in gemeindesoziologischen Studien gezeigt worden ist, übernahmen in LPG Bauernfamilien die Verantwortung für gesonderte Produktionseinheiten. Vielerorts hielten sie Vieh der Produktionsgenossenschaften noch in ihren Ställen. Melkerfamilien waren vereinzelt für Rinderställe zuständig und steigerten in den Dörfern damit ihr gesellschaftliches Ansehen. Obgleich sie vor der Kollektivierung keine eigenen Höfe bewirtschaftet hatten, führten diese „Lohnbauern" bäuerliche Traditionen weiter und prolongierten zumindest partiell die spezifische Kultur der an ihren Besitz gebundenen Landwirte. Die Lohnbauernfamilien sicherten sich in LPG einen beträchtlichen Handlungsspielraum, indem sie aus dem betrieblichen Brigadesystem ausgegliedert und direkt den Vorsitzenden unterstellt wurden. Zugleich gewährleistete die Beschäftigung auf Bauernhöfen, daß die Tiere kontinuierlich betreut wurden. Verträge mit der Produktionsgenossenschaft erweiterten den Handlungsspielraum der Lohnbauern, während die meisten LPG-Mitglieder deutlich enger an die Betriebsorganisation der Kollektivbetriebe gebunden blieben. Wegen der geringen Zahl soziologischer und zeithistorischer Gemeindestudien können die Befunde einzelner Untersuchungen aber noch nicht zu weitgehend verallgemeinert werden. So war der Stellenwert der bäuerlichen Kultur im großbetrieblichen Pflanzenbau der Produktionsgenossenschaften oder VEG deutlich geringer als in der Viehwirtschaft. Insgesamt prägten aber offenbar gesellschaftliche Ungleichheit, kulturelle Heterogenität und Konflikte das Alltagsleben in den LPG und in den ländlichen Gemeinden nachhaltiger als Egalität, Homogenität und Konsens.[140]

Ebenso konservierte die individuelle Hauswirtschaft die bäuerliche Kultur mit der ausgeprägten Orientierung auf Besitz als Statuskriterium. In den sechziger Jahren hatten sich besonders in LPG vom Typ I, die oft erst 1959/60 von wirtschaftsstarken Landwirten gegründet worden waren, Restbestände bäuerlicher Mentalität gehalten. In anderen Produktionsgenossenschaften kam es zu Konflikten bei der Zuteilung von Arbeit für die Genossenschaftsbetriebe und zu Auseinandersetzungen über die Bewirtschaftung der individuell genutzten Flächen, deren festgelegte Höchstgrenze von 0,5 ha vielfach überschritten wurde. So nutzten im Bezirk Frankfurt (Oder) Mitglieder der Produktionsgenossenschaft in Sauen (Kreis Beeskow) 1974 Flächen des Betriebs privat als Weideflächen. In Kagel (Kreis Für-

S. 271, 274; Kai Brauer/Andreas Willisch/Frank Ernst, Intergenerationelle Beziehungen, Lebenslaufperspektiven und Familie im Spannungsfeld von Kollektivierung und Transformation. Empirische Befunde aus der Gemeindestudie „Tranlin", in: Lars Clausen (Hg.), Gesellschaften im Umbruch, Frankfurt/M. 1996, S. 736–749, hier: S. 738, 742f., 746; dies., Landwirtschaft, S. 1348, 1359, 1361, 1367; Brauer, Schatten, S. 502, 511, 518–521. Vgl. auch Michel Streith, L'homme et la paille. Le tranfert d'un modèle agricole en Allemagne de l'Est, in: Utinam. Revue de Sociologie et d'anthropologie 19 (1996), S. 151–165; Humm, Weg, S. 319. Zum Stellenwert der Hoftradition und des bäuerlichen Familienbetriebs als Leitbild in Westdeutschland: Liselotte Bieback-Diel u.a., Der soziale Wandel auf dem Lande: seine Bewältigung und Formen des Scheiterns, in: SW 44 (1993), S. 120–135, hier: S. 129; Karl Friedrich Bohler/Bruno Hildenbrand, Kontinuitätssicherung in landwirtschaftlichen Betrieben. Problemlagen und Bewältigungsmuster, in: Gerd Vonderach (Hg.), Sozialforschung und ländliche Lebensweisen. Beiträge aus der neueren europäischen Landsoziologie, Bamberg 1990, S. 70–91, hier: S. 78, 80, 90; Bruno Hildenbrand u.a., Bauernfamilien im Modernisierungsprozeß, Frankfurt/M. 1992, S. 40–46; Hagedorn, Leitbild, S. 64–73.

140 Brauer/Ernst/Willisch, Landwirtschaft, S. 1373–1378, 1409–1411; Brauer/Willisch, Gewinner, S. 833, 839 (Anm. 11); dies., „Das verschenkte Land", S. 275; Schier, Alltagsleben, S. 45.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

stenwalde) hatte die Produktionsgenossenschaft sogar Land an Mitglieder oder andere Personen verpachtet. Zudem konzentrierten viele LPG-Mitglieder ihre Arbeitskraft auf ihre eigene Kleinwirtschaft, die ihnen nicht nur Bareinnahmen eröffnete, sondern auch Raum für eine eigenständige Landwirtschaft bildete, die den Bauern mit der Kollektivierung entzogen worden war. So stellte die Staatsanwältin für Jugendfragen beim Generalstaatsanwalt der DDR, Käte Goldenbaum, 1966 nüchtern fest, daß sich „die alten Gewohnheiten weit, weit länger" hielten „als ihre ökonomische und soziale Basis". Insgesamt kennzeichnete die meisten LPG-Mitglieder ihre Doppelrolle als landwirtschaftliche Arbeiter und Parzellenbauern. Trotz der Fixierung auf das Privatland wurde im Generationswechsel das Eigentum von Land als Wert der landwirtschaftlichen Produzenten aber tendenziell von der Boden*nutzung* abgelöst, wenngleich dieser Prozeß weniger wirksam war als in Ungarn, wo dieser Entwicklungstrend von der sozialanthropologischen Forschung nachgewiesen worden ist.[141]

Die Integrationskraft der LPG, die weitgehend das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Leben in den Dörfern bestimmten, ist jedoch keineswegs gering zu veranschlagen. Die Produktionsgenossenschaften boten ihren Mitgliedern vielfältige Identifikationsmöglichkeiten, und auch die kollektivierten Altbauern sowie ihre Nachkommen konnten ihre oft beträchtliche Qualifikation nutzen und – bei politischer Loyalität – in Führungspositionen aufsteigen. Das Egalitätskonzept und Harmonieideal waren im ostdeutschen Staatssozialismus wirkungsmächtige politische Normen, die sich in der dörflichen Gesellschaft in einem paternalistisch-autoritären Politikverständnis, Sekuritätsstreben und einer ausgeprägten Gemeinschaftsorientierung niederschlugen.[142]

Der permanente Mangel an Betriebsmitteln und Konsumgütern verlieh informellen Austauschbeziehungen auf dem Lande in den siebziger und achtziger Jahren noch stärker Auftrieb als in den vorangegangenen beiden Jahrzehnten. Zudem förderten die Strukturprobleme der sozialistischen Zentralplanwirtschaft Bemühungen der Produzenten, sich in den Betrieben zusammenzuschließen und gegenüber politischen Eingriffen abzuschirmen. Die rigide Wirtschaftsplanung und -kontrolle mit ihrem hierarchischen Instanzengefüge löste Ausweichstrategien der Akteure aus, die sich damit dem ökonomischen und politischen Druck zu entziehen suchten. Mitglieder und Vorsitzende von Produktionsgenossenschaften unterliefen auch weiterhin Anordnungen der SED-Kreisleitungen, indem sie „Wettbewerbe" nur formal inszenierten, um damit zumindest ihre Loyalität zu zeigen und ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, die Produktivität in den Betrieben zu erhöhen. Das Personal und

141 Chris M. Hann, From Production to Property: Decollectivization and the Family-Land Relationship in Contemporary Hungary, in: Man 28 (1993), S. 299–320, hier: S. 303, 308, 313, 315; ders., Die Bauern und das Land. Eigentumsrechte in sozialistischen und postsozialistischen Staatssystemen im Vergleich, in: Siegrist/Sugarman (Hg.), Eigentum, S. 161–184, hier: S. 181f. Zur Rolle der LPG-Mitglieder: Schier, Alltagsleben, S. 44. Zit. nach: Konrad Müller, Die mitteldeutsche Landwirtschaft 1945–1974. Ein agrarsoziologisch-sozialgeographischer Beitrag zu ihrem Strukturwandel, Berlin 1975, S. 33 (Zitat), 36–38. Zu den LPG in Sauen und Kagel das Schreiben vom 26. November 1974 in: BLHA, Rep. 730, Nr. 4444. Vgl. auch Humm, Weg, S. 163f., 312, 320; Swain, Experience, S. 158.

142 Winfried Augustin, Die Umwandlung der LPGs und die Folgen für Leben und Arbeit im Dorf, in: Reiner Hoffmann u.a. (Hg.), Problemstart: Politischer und sozialer Wandel in den neuen Bundesländern, Köln 1994, S. 334f., 341; Brauer/Ernst/Willisch, Landwirtschaft, S. 1373. Vergleichend: Winfried Gebhardt/Georg Kamphausen, Zwei Dörfer in Deutschland. Mentalitätsunterschiede nach der Wiedervereinigung, Opladen 1994, S. 87–102, 162f.; dies., Mentalitätsunterschiede im wiedervereinigten Deutschland? Das Beispiel zweier ländlicher Gemeinden, in: APZ, B 16/94, 22.4.1994, S. 29–39, hier: S. 33, 35f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

die Betriebsleitungen der LPG verpflichteten sich vielfach nur zu geringen Arbeitsleistungen, so daß sie Sanktionen wegen nicht erfüllter Versprechen vermieden. Zudem wurden die Produktionspläne gezielt niedrig gehalten, damit sie erfüllt und den Beschäftigten Prämien für Erzeugnisse gezahlt werden konnten, die über die Pläne hinaus abgeliefert wurden.[143]

Die materielle Lage der LPG-Mitglieder war überwiegend günstig. So waren sie relativ gut mit langlebigen Konsumgütern ausgestattet. Noch in den achtziger Jahren beeinflußten aber Restbestände der bäuerlichen Kultur das Alltagsleben auf dem Lande. Die Familien der „Genossenschaftsbauern" waren weiterhin überdurchschnittlich groß, die LPG-Mitglieder arbeiteten in ihrer Freizeit oft auf dem Privatland, und der Rhythmus sowie die Anforderungen der landwirtschaftlichen Produktion beeinflußten trotz der Ansiedlung von Industriebetrieben noch in den achtziger Jahren das dörfliche Leben. Die Mitglieder waren deshalb insgesamt nicht nur sozial weitgehend in die Dörfer und LPG integriert, mit denen sie sich überwiegend identifizierten. Die von der SED-Führung durchgesetzte rapide Transformation der Agrarwirtschaft in der DDR hatte damit im Generationswechsel traditionale gesellschaftliche Strukturen und Beziehungen umgestellt und einen grundlegenden Wandel dörflich-agrarischer Milieus herbeigeführt, die allerdings noch Restformen bäuerlicher Mentalität und Kultur aufwiesen.[144]

Die Identifikation der LPG-Bauern mit ihren Betrieben ging aber nach der Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion zumindest vorübergehend zurück, und seit den sechziger Jahren nahmen auch die direkten Eingriffe der übergeordneten politischen Organe – besonders der SED-Kreisleitungen – in die LPG zu. Die Produktionsgenossenschaften erhielten detaillierte wirtschaftliche Vorgaben und waren hinsichtlich der Auswahl ihrer Leitungspersonen nicht selbständig. Damit wurde das in den Statuten festgelegte Prinzip der inneren Selbstorganisation endgültig beseitigt. In den Kooperationsbetrieben vertiefte sich die Trennung des Führungspersonals von den Arbeitern und Angestellten bzw. von den Genossenschaftsmitgliedern noch.[145] Wegen der Multifunktionalität der LPG als Erwerbsort sowie Kultur- und Dienstleistungszentrum waren ihre Vorsitzenden nicht nur für die Leitung der Betriebe zuständig, sondern sie verteilten auch Ressourcen für die Unterhaltung der Verkehrswege, Kulturveranstaltungen und soziale Leistungen. Die Vorsitzenden der Produktionsgenossenschaften verfügten in den einzelnen Dörfern oder sogar Regionen über eine beträchtliche Macht. Die dabei gelegentlich auftretende Selbstherrlichkeit schilderte der erste SED-Kreissekretär in Bad Salzungen 1987 dem Schriftsteller Landolf Scherzer am Beispiel des „Kartoffelkönig" genannten Vorsitzenden der LPG Pflanzenproduktion in der thüringischen Bergarbeitergemeinde Tiefenort: „Einmal hatten wir im Kreis angeordnet, daß die Genossenschaften Sonnabend und Sonntag arbeiten. Im Bezirksmaßstab befanden wir

143 BLHA, Rep. 730, Nr. 1920 („Analyse der wichtigsten ideologischen Erscheinungen im Bezirk Frankfurt-Oder unter Berücksichtigung einiger ökonomischer Entwicklungstendenzen").

144 Zur Konzentration auf die individuellen Hauswirtschaften: Thomas Meyer/Pavel Uttitz, Nachholende Marginalisierung – oder der Wandel der agrarischen Sozialstruktur in der ehemaligen DDR. Ergebnisse der Befragung der Mitglieder einer Produktionsgenossenschaft, in: Rainer Geißler (Hg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen 1993, S. 221–250, hier: S. 224, 238, 243f.; Geißler, Sozialstruktur, S. 128; Grundmann, Sozialstruktur, S. 404; Schier, Rolle, S. 194. Zur Identifikation mit LPG: Kurt Krambach, Meinungen von Agrarproduzenten – Beweggründe der Entscheidung für das Verbleiben in einer genossenschaftlichen Existenzweise, in: Merl/Schinke (Hg.), Agrarwirtschaft, S. 103–108; ders., Soziale Mobilität einstiger Genossenschaftsbauern und soziale Identität in heutigen landwirtschaftlichen Gemeinschaftsunternehmen, in: BISS public 6 (1996), H. 18, S. 96.

145 Hierzu die Hinweise in: Krebs, Arbeitsorganisation, S. 75; Dreesen, Bedeutung, S. 101–103, 155–161.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

uns [bei der landwirtschaftlichen Produktion] sehr weit hinten. Alle LPG machten mit, nur der Schäfer [LPG-Vorsitzender] brummelte, am Wochende müssen unsere Frauen auch mal in den Kochtopf gucken', und legte den Hörer auf. Am dritten Wochenende hatte er es dann satt, sich mit dem Kreis zu streiten, er meldete, daß 50 LPG-Mitglieder auf den Acker gehen. Wir fuhren nach Tiefenort, um uns das anzugucken, und fanden die seltensten Pilze, aber keinen Bauern auf dem Feld. In der 'Sakristei', in seiner Stammkneipe, saß der Schäfer nicht. Er war zu Hause und trank seinen Sonntagskaffee und lud uns herzlich dazu ein. Keinen Schritt über seine Schwelle, habe ich gesagt. 'Solange du deine Einstellung zur Wochenendarbeit nicht änderst, kannst du deinen Kaffee allein trinken!' Und dabei sei es bis heute geblieben!"[146]

Nach dem Abschluß der Kollektivierung blieben traditionale Gemeinschaftsbeziehungen, Werte und Gewohnheiten auf dem Lande zwar noch einflußreich, traten aber doch sukzessive zurück. Die Herausbildung der Kooperationsbetriebe sollte in der DDR in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren den „Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden" in der Landwirtschaft vorantreiben. Damit kulminierte die Politik der Zwangsmodernisierung, die sich nicht zuletzt in einer unkritischen Technikeuphorie widerspiegelte. Die Illusion, die staatssozialistische Gesellschaft durch eine zentrale Lenkung weiterentwikkeln zu können, blendete Grenzen der Gestaltungsfreiheit auch eines diktatorischen Regimes weitgehend aus. Die Kollektivarbeit in den großen, auch Gemeindegrenzen überschreitenden Kooperationsbetrieben verformte traditionale dörfliche Milieus und entzog den bäuerlichen Wertvorstellungen eigenständiger Verfügungsmacht über die Betriebe und intergenerationeller Besitzweitergabe weitgehend ihre Grundlage. Die Hoftradition brach spätestens im Generationswechsel ab, das Selbstverständnis als Eigentümer von Boden und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln schwand allmählich, und das überlieferte Erbrecht verlor ebenso seine sozioökonomische Zweckbestimmung wie traditionale Formen intergenerationeller Versorgung. Die ländliche Mehrgenerationenfamilie löste sich auf, und dörfliche Gemeinschaften zerfielen durch die Trennung von Wohnorten und Arbeitsplätzen. Damit nahm auch der Stellenwert lokaler Heiratskreise ab. Besonders die individuellen Hofwirtschaften konservierten jedoch Restformen des traditionalen Eigentümerbewußtseins und der überkommenen Bodenbindung, zumal die SED-Führung in den achtziger Jahren das Ziel zurücknahm, die Lebensverhältnisse in Stadt und Land weitestgehend einander anzugleichen. Differenzierungslinien in der bäuerlichen Bevölkerung wurden durchaus konserviert, und neue Unterschiede traten hinzu.[147]

146 Landolf Scherzer, Der Erste. Mit einem weiterführenden Bericht „Der letzte Erste", Berlin 1997, S. 139.

147 Langenhan, Weg, S. 270–274.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

KAPITEL 5

Fazit: Ländliche Gesellschaft zwischen Zwangsmodernisierung und Traditionalität

Die SED-Agrarpolitik und Merkmale der ländlichen Gesellschaft in der SBZ/DDR

Kann auch in der kommunistischen Diktatur der SED von der Gesellschaft als relativ eigenständigem Raum gesprochen werden, bildet sie einen Gegenstandsbereich der zeithistorischen Forschung? Wie ist diese Gesellschaft zu charakterisieren? Inwieweit prägte die von den Machthabern durchgesetzte Politik der Zwangsmodernisierung „von oben" die gesellschaftlichen Strukturen und die sozialen Prozesse in den Milieus und Lebenswelten der Akteure? Diese in der Einleitung gestellten und diskutierten Fragen wurden hier anhand des Umbruchs der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft in Brandenburg behandelt. Dabei ist deutlich hervorgetreten, daß politische Eingriffe die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen nachhaltig formten und auch tiefgreifend auf das Alltagsleben der Subjekte einwirkten, die sich unausweichlich mit dem Herrschafts- und Gestaltungsanspruch des Regimes auseinandersetzen mußten.

Die Politisierung der Lebenswelten und Milieus ließ individuelle Autonomie, Selbstbestimmung und Partizipation auf dem Lande nur begrenzt zu. Demgegenüber verdichtete sich der Zukunftsoptimismus und Voluntarismus der Machthaber in der DDR bis zu den sechziger Jahren zu einer radikalen Modernisierungsideologie, der technizistische und szientistische Gestaltungsillusionen ebenso zugrunde lagen wie die politische Utopie der kommunistischen Zukunftsgesellschaft. Die radikale Umgestaltungsideologie, die von einer nahezu unbegrenzten Verfügungshoheit der Machthaber als „Avantgarde" ausging, rechtfertigte nicht nur die Einschränkung und Beseitigung individueller Grundrechte und kollektiver Mitbestimmung, sondern legitimierte auch Terror und Repression. Bis zu den sechziger Jahren strebte die SED-Führung den Sprung in eine Moderne an, die mit den westlichen Demokratien zwar die industriegesellschaftliche Grundlage teilte, aber auf einem deutlich anderen Entwicklungsweg erreicht werden sollte, um die Widersprüche, Reibungen und Folgelasten der Modernisierung kapitalistisch-bürgerlicher Gesellschaften zu vermeiden. Diese Utopie ist der Kern des totalitären Herrschaftsanspruchs, mit dem die Machthaber in der DDR letztlich auf die lückenlose Erfassung, Kontrolle und Steuerung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse zielten. Sogar die Natur sollte auf die Bedürfnisse des un-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

ablässig gefeierten und inszenierten politischen Projekts und der neuen gesellschaftlichen Ordnung ausgerichtet werden. Mit dem Konzept der entsubjektivierten, weitgehend oktroyierten Moderne übernahm die Führungsspitze der SED ein Modell, das im Marxismus-Leninismus ideologisch kanonisiert und im frühen 20. Jahrhundert an die Bedingungen des vorindustriellen und vorbürgerlichen Rußland angepaßt worden war. Homogenisierung, Machtkonzentration und Entdifferenzierung waren die Merkmale der Zwangsmodernisierungspolitik, die den Durchbruch in die anvisierte überlegene sozialistische Gesellschaft erzwingen sollte, dabei aber die dafür unabdingbare individuelle Selbstbestimmung und Initiative der Subjekte im Hinblick auf dieses Projekt stillegte. Diese Variante gewaltsamer Transformationspolitik „von oben" schloß die Herausbildung und institutionelle Festigung einer Zivilgesellschaft aus, da Menschen- und Bürgerrechte systemisch ebensowenig verankert waren wie soziale Offenheit, Pluralismus, Demokratie, interne Differenzen und Konflikte, Öffentlichkeit und Lernfähigkeit.[1]

Mit der pauschalen und entschädigungslosen Enteignung der Gutsbesitzer, denen überdies keine Einspruchs- und Revisionsmöglichkeit eingeräumt wurde, verletzte das SED-Regime fundamentale rechtsstaatliche Grundsätze. Die Machthaber brachen die normative Geschlossenheit der privatrechtlichen Eigentumsordnung auf, die sie auch auf dem Lande so tiefgreifend veränderten, daß sie der Transformationspolitik diente. Die Bodenreform bleibt deshalb trotz der legitimen Ansprüche der Landempfänger auf Rechtssicherheit juristisch und politisch umstritten. Die Kollektivierung zwang den Bauern schließlich eine Politik auf, die ihnen nicht nur das Verfügungsrecht über ihr Eigentum nahm, sondern damit auch der Hoftradition mit ihrem tradierten Erbübergang die Grundlage entzog. Als Privateigentum blieben den Bauern nur noch die kleinen individuellen Hauswirtschaften, in denen zumindest vorübergehend auch die familienbetriebliche Arbeitsverfassung prolongiert wurde. Die Ausdehnung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die Gründung neuer Kooperationsbetriebe zerstörten seit den sechziger Jahren schließlich die Einheit von Wohnung und Arbeitsplatz. Spätestens im Generationswechsel vollzog sich ein Umbruch der bäuerlichen Kultur, der weit über die Eingriffe der nationalsozialistischen Machthaber in das Erbrecht und ihre Zwangswirtschaft hinausreichte. Der Entwicklungssprung in die Utopie der sozialistischen Moderne, der in der DDR durchaus ein revolutionäres Ausmaß annahm, wurde – entgegen den marxistischen Theorien – nicht durch strukturelle Widersprüche in der sozioökonomischen Ordnung und die daraus resultierende zerstörerische Dynamik herbeigeführt, sondern von den neuen Machthabern durch gezielte politische Entscheidungen erzwungen. Damit unterschied sich die Zwangsmodernisierung, die das SED-

1 Sigrid Meuschel, Totalitarismustheorie und moderne Diktaturen. Versuch einer Annäherung, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung, Dresden 1999, S. 61–77, hier: S. 61–69. Vgl. auch Klaus v. Beyme, Das sowjetische Modell – Nachholende Modernisierung oder Sackgasse der Evolution?, in: Bernd Faulenbach/Martin Stadelmaier (Hg.), Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917–1991, Essen 1993, S. 32–39; Hanke, Sozialstruktur, S. 1168f. Zur neueren Diskussion über die Zivilgesellschaft als Überblick: Jürgen Kocka, Zivilgesellschaft als historisches Projekt: Moderne europäische Geschichtsforschung in vergleichender Absicht, in: Christof Dipper/Lutz Klinkhammer/Alexander Nützenadel (Hg.), Europäische Sozialgeschichte. Fs. Wolfgang Schieder, Berlin 2000, S. 475–484; ders., Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen, in: Manfred Hildermeier/Jürgen Kocka/Christoph Conrad (Hg.), Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, Frankfurt/M. 2000, S. 13–39. Mit Bezug auf die bäuerliche Kultur: Ivaylo Znepolski, Bäuerliche Kultur und Bürgerliche Gesellschaft, in: ebd., S. 203–218, hier: S. 207f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Regime durchsetzte, deutlich von Modernisierungsprozessen in westlich-demokratischen Staaten mit ihren pluralistischen Gesellschaften. Während hier eine strukturelle Differenzierung sowie zunehmende Partizipation und gesellschaftliche Mobilisierung wirkungsmächtige Innovationsimpulse waren, verschmolz die Politik der Zwangsmodernisierung in der SBZ/DDR gesellschaftliche Subsysteme und politisch-soziale Institutionen. Obgleich sie auf dem Lande einen präzedenzlosen Umbruch durchsetzten, blockierten die Machthaber mit ihrer modernistischen Vision umfassender Steuerung und Regulierung durch die Herrschaftszentrale zugleich die Fortentwicklung auf dem Lande, wie der relativ hohe Beschäftigtenanteil in der Agrarwirtschaft noch in den späten achtziger Jahren zeigt. Die „von oben" oktroyierte Modernisierung, die z.T. jahrhundertelange bäuerliche Traditionen beseitigte, verzögerte letztlich den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel.[2]

Wie die vergleichende Betrachtung der Bauernrepression und Kollektivierung in Ost- und Ostmitteleuropa seit den späten zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts zeigte, schlug sich der umfassende Gestaltungsanspruch stalinistischer Diktaturen aber in einer unterschiedlichen Herrschafts- und Repressionspraxis nieder. Besonders deutlich hebt sich die Kollektivierungspolitik, die den Bauern in der UdSSR rücksichtslos oktroyiert wurde, von der Verdrängung der wirtschaftsstarken Landwirte in der DDR ab. Während der Stalinismus in der Sowjetunion durch seine radikale Verfolgungspolitik gekennzeichnet war, strebten die Machthaber in der DDR zwar nach der Beseitigung der Grenzen zwischen Partei, Staat und Gesellschaft, konnten aber wegen der anderen Voraussetzungen im geteilten Deutschland und der Legitimationskonkurrenz im Kalten Krieg keine uneingeschränkte Gewaltherrschaft durchsetzen. Die Repressionspolitik gegenüber den „Kulaken" in der stalinistischen Sowjetunion zielte zwar nicht primär auf die physische Vernichtung, sondern auf die vollständige Entmachtung und soziale Exklusion dieser Gesellschaftsgruppe. Dabei wurde der Tod der „Kulaken" als dörfliche Honoratioren, die aus der Sicht der Machthaber noch die Zarenherrschaft auf dem Lande repräsentierten und deshalb als „Klassenfeinde" galten, zumindest billigend in Kauf genommen. Damit hob sich die antibäuerliche Repressionspolitik in der UdSSR deutlich von der Verdrängung der „Großbauern" in der DDR ab, obgleich das ideologische Fundament als Triebkraft weitgehend identisch war. Der Einfluß konkreter politischer und sozioökonomischer Rahmenbedingungen auf die Herrschaftspraxis wird auch durch den Vergleich der Kollektivierungsprozesse in den beiden Staaten deutlich. Der weitgehend, aber nicht ausschließlich erzwungene Zusammenschluß der Bauern berücksichtigte trotz der oft brutalen Repression im Gegensatz zur Kollektivierung in der Sowjetunion zumindest partiell die in der DDR noch starken bäuerlichen Traditionen und die damit verbundenen Wertorientierungen, die in den LPG vom Typ I genutzt werden sollten. Auch die (über Berlin) noch offene Grenze zur Bundesrepublik und der globale Macht- und Legitimitätskonflikt im Kalten Krieg waren bei der Kollektivierung in Rechnung zu stellen, wenngleich diese Rücksichtnahme im „sozialistischen Frühling" 1960 weitgehend entfiel.

2 Pointiert dazu: Müller, DDR, S. 52. Zur Aufhebung des Privateigentums vergleichend: Bauerkämper, Kontinuität, S. 130f. Zum Problem der normativen Geschlossenheit und kognitiven Offenheit von Rechtssystemen allgemein: Martina Winkler, Der Fluch der Rückständigkeit: Vergleichende Ansätze der Rechtsgeschichte, in: Comparativ 10 (2000), S. 103–116, hier: S. 113f. Ein „nicht-evolutionärer, tiefgreifender und simultaner Wandel in Politik, Wirtschaft, Kultur, sozialer Organisation der Gesellschaft" gilt allgemein als wichtiges Kriterium von Revolutionen, die konzeptionell und theoretisch insgesamt sehr unterschiedlich gefaßt werden. Vgl. Petra Stykow, Dekonstruktion der Revolution, in: Berliner Debatte. Initial 9 (1998), H. 5, S. 27–44, hier: S. 27.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Demgegenüber hatte Stalin die Zwangskollektivierung in der UdSSR durchgesetzt, indem Gegner getötet oder in abgelegene Regionen deportiert wurden, wo sie isoliert und unter härtesten Bedingungen leben mußten. Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen führten in beiden Diktaturen insgesamt trotz der grundsätzlichen Zielidentität zu Umwälzungsprozessen, die sich voneinander abhoben.[3]

In der transfergeschichtlichen Analyse der Kampagnen zur „Sowjetisierung" und ihrer insgesamt geringen Wirkung auf dem Lande ist zudem hervorgetreten, daß der Einfluß der östlichen Hegemonialmacht auf die Landwirtschaftspolitik der deutschen Kommunisten nach 1945 sukzessive abnahm. Stalin hatte zwar unmittelbar die Bodenreform herbeigeführt, wurde aber schon 1948/49 mit weitergehenden Forderungen der führenden SED-Funktionäre konfrontiert. Die öffentliche Erklärung, mit der die Partei- und Staatsführung auf ihrer 2. Parteikonferenz die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR verkündete, bedurfte daher nur noch der Zustimmung der UdSSR, deren gesamtdeutsche Initiativen im Frühjahr 1952 wirkungslos geblieben waren. Noch der Entstalinisierungsschub, den Berija im Frühjahr 1953 in Moskau herbeiführte, und die Verhaftung des früheren Geheimdienstchefs Ende Juni 1953 lösten in der Agrarpolitik des SED-Regimes jeweils deutliche Richtungswechsel aus. Die LPG wurden zwar grundsätzlich nach dem Vorbild der sowjetischen Kolchosen organisiert, nahmen aber durchaus einzelne Traditionen bäuerlicher Landwirtschaft in Deutschland auf. Ansätze, sowjetische Produktionsverfahren im Landbau und in der Viehwirtschaft umstandslos zu imitieren, scheiterten in den fünfziger Jahren vollends, da sie die soziokulturellen Bedingungen in der DDR nicht berücksichtigten. Hier war die Eroberung und Besetzung durch sowjetische Truppen von der Bevölkerung ohnehin überwiegend ohnmächtig als Degradierung und Ehrverlust wahrgenommen worden, so daß über Abwehrreflexe hinaus ein kompensatorischer Überlegenheitsanspruch gegenüber der Hegemonialmacht Auftrieb gewann. Deshalb blieb die kulturelle Prägekraft der Sowjetunion in der DDR im allgemeinen begrenzt. So distanzierte sich die Landbevölkerung überwiegend von agrarpolitischen und -sozialen Leitbildern, die von der UdSSR ausgingen. Der direkte Transfer sowjetischer Modelle in die ostdeutsche Landwirtschaft wurde in den fünfziger Jahren auch deshalb zusehends eingeschränkt.

Insgesamt vollzog sich die Übertragung keineswegs durchweg zielgerichtet und bruchlos, sondern blieb widersprüchlich und von Friktionen belastet. So lehnten Bauern vielerorts die sowjetischen Produktionsverfahren und Landbaumethoden ab, die Staats- und Parteifunktionäre in der DDR besonders nach 1948/49 unablässig propagierten. Die „Sowjetisierung" wurde überdies (anders als die in den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik vorherrschende Deutung behauptete) nicht ausschließlich oktroyiert, sondern z.T. auch von der SED-Führung intendiert und gezielt gefördert. Obwohl politische Interventionen der KPdSU-Spitzenfunktionäre die DDR bis 1989 prägten, kam es nie zu einer vollständigen Konver-

3 Stephan Merl, „Ausrottung" der Bourgeoisie und der Kulaken in Sowjetrußland? Anmerkungen zu einem fragwürdigen Vergleich mit Hitlers Judenvernichtung, in: GG 13 (1987), S. 368–381, hier: S. 372–378. Zur Interpretation allgemein: Ian Kershaw, Totalitarianism Revisited. Nazism and Stalinism in Comparative Perspective, in: TAJB 23 (1994), S. 23–40; ders., Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft. Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs, in: Jesse (Hg.), Totalitarismus, S. 213–222; ders./Moshe Lewin, Introduction. The regimes and their dictators: perspectives and comparison, in: dies. (Hg.), Stalinism and Nazism. Dictatorship in Comparison, Cambridge 1997, S. 1–25 hier: S. 14f.; Jürgen Kocka, Nationalsozialismus und SED-Diktatur im Vergleich, in: ders., Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995, S. 91–101, hier: S. 97; Heydemann, NS- und SED-Staat, S. 62.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

genz zwischen den politischen Ordnungen und sozioökonomischen Systemen der beiden Länder. Letztlich war die „Sowjetisierung" der Landwirtschaft ein politisch initiierter und gesteuerter Anpassungsprozeß, der wegen des ungleichen Machtverhältnisses zwischen der UdSSR und der DDR zwar asymmetrisch war, aber deutsche Traditionen durchaus aufnahm. Sowjetische Transfers mußten in Strukturen eingepaßt und von den Akteuren angeeignet werden, wenn sie ihre Handlungspraxis nachhaltig bestimmen sollten.[4]

Die Politik der Zwangsmodernisierung, die schon durch konzeptionelle Aporien belastet war, brachte in der DDR neue Widersprüche und Probleme hervor. Der nahezu uneingeschränkte Anspruch der SED-Führung auf das Wissens-, Herrschafts-, Gestaltungs- und Kontrollmonopol überforderte die Machtzentrale dauerhaft und irreparabel. So konnten die Neubauern nicht nur wegen des allgemeinen materiellen Mangels, sondern wegen der unzureichenden Abstimmung einzelner Hilfsprogramme wie des Neubauernbauprogrammes nur unzureichend gefestigt werden. Zugleich schränkte die paternalistische Entsubjektivierung in der kommunistischen Diktatur die Problem- und Konfliktlösungskompetenz ebenso gravierend ein wie die Fähigkeit zur Selbstkorrektur. Wie der Übergang zur Kollektivierung der Landwirtschaft zeigt, waren selbstinduzierte Krisen damit unausweichlich, denen die Machthaber oft jeweils mit *ad-hoc*-Maßnahmen begegnen mußten. Die Herrschenden wurden so zumindest vorübergehend zu Getriebenen ihrer eigenen Politik, ohne jedoch ihren Herrschaftsanspruch aufzugeben und die Gesellschaft aus ihrer Kontrolle zu entlassen. Darüber hinaus nutzten sie Krisen wie die in dieser Studie untersuchte Rückgabe von Bodenreformland in den frühen fünfziger Jahren zur „Flucht nach vorn", um einen neuen Entwicklungssprung herbeizuführen, der normativ durchweg an der (durchaus auch politisch funktionalisierten und deshalb variierenden) Ideologie des Marxismus-Leninismus als Legitimationsgrundlage gebunden blieb.

Die Diskrepanz zwischen Konsensanspruch und anhaltenden sozialen Konflikten verweist auf den inhärenten Widerspruch in der illusionären Konzeption, einen Entwicklungssprung in die Gemeinschaft harmonisch zusammenlebender „sozialistischer" Menschen zu erzwingen, ohne daß die letztlich nicht völlig zu unterbindende Eigendynamik in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren und die nicht stillzulegenden Interessen der Akteure hinreichend auf dieses Ziel bezogen und gerichtet wurden. In der Praxis der Herrschafts- und Konstruktionspolitik wurde das Streben der Subjekte nach Selbstbestimmung und institutionell gesicherter politischer Mitbestimmung systemisch ebensowenig aufgenommen wie ihre Bindung an das individuelle Eigentum. Deshalb wurde ihre kleine Hauswirtschaft für die kollektivierten Bauern ein Raum, in dem sie selbständig agieren und ihre Fähigkeiten entfalten konnten. Die Programmatik und die daraus abgeleiteten Interventionen des Regimes ignorierten zudem weitgehend die relative Abgeschlossenheit sozialer Subsysteme, deren Homogenität die Machthaber ebenso unterschätzten wie ihre Integrations- und Anpassungsfähigkeit. Zentrale Eingriffe brachten daher enorme Reibungsverluste hervor. In der Landwirtschaft setzte sich das SED-Regime mit seiner pauschalen Zerschlagung der Großbetriebe in der Bodenreform und der rigorosen Durchsetzung der zentralistischen Kollektivierungspolitik über regionale Produktionsbedingungen hinweg, so daß wertvolle ökonomi-

4 Allgemein: Wolfgang J. Mommsen, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: APZ, B 29–30/93, 16.7.1993, S. 20–29. Zu Hybridformen als Ergebnis von Aneignungsprozessen im interkulturellen Transfer: Joachim Matthes, The Operation Called „Vergleichen", in: ders. (Hg.), Zwischen den Kulturen? Die Sozialwissenschaften vor dem Problem des Kulturvergleichs, Göttingen 1992, S. 75–99, hier: S. 92–96; Middell, Kulturtransfer, S. 40; Kocka, Zivilgesellschaft, S. 480.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

sche Ressourcen nicht genutzt oder sogar zerstört wurden. Der erzwungene Zusammenschluß aller Bauern in LPG im „sozialistischen Frühling" 1960 verursachte schließlich einen so tiefen Einbruch in der Agrarproduktion, daß die Versorgung gefährdet war.

Obgleich die Machthaber in der DDR an ihrem Selbstbild als „Avantgarde" und dem ideologisch daraus abgeleiteten umfassenden Herrschafts- und Gestaltungsanspruch festhielten, schränkte nicht nur die sowjetische Hegemonialmacht, sondern auch die kaum kontrollierbare Dynamik der ungewollt selber herbeigeführten Krisen ihren Handlungsspielraum ein. Die SED-Führung war deshalb wiederholt zu flexiblen Korrekturen gezwungen, die nicht aus der Ideologie abgeleitet, sondern pragmatisch begründet waren. Ständige, umfassende und tiefgreifende Interventionen in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung entfalteten letztlich eine (selbst)zerstörerische Dynamik, die sich in improvisierten Krisenlösungen widerspiegelte, ohne der Herrschaftszentrale damit vollständig ihre Steuerungsfähigkeit zu nehmen. So hat die Untersuchung der Agrarpolitik gezeigt, daß der Übergang zur Kollektivierung keineswegs nur dem Einfluß der UdSSR geschuldet war und nicht ausschließlich einem langfristig angelegten Plan zur Umwälzung von Agrarwirtschaft und ländlicher Gesellschaft folgte, sondern auch als – ideologisch durchaus zukunftsgerichteter – Ausweg aus einem selbstverschuldeten Dilemma konzipiert war. Ebenso verweist die Rücknahme der überzogenen Agrarindustrialisierungspolitik in den achtziger Jahren auf den Stellenwert abrupter und improvisierter Kurswechsel, die in dem hierarchischen, personenorientierten Herrschaftssystem oft vom Aufstieg bzw. Machtverlust einzelner Spitzenfunktionäre abhingen. Im Hinblick auf die Umwälzung der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft in der SBZ/DDR fungierten die Herrschaftsdoktrinen überwiegend als Handlungsrahmen und unverrückbare Legitimationsinstanz, ohne daß aus ihnen eindeutig spezifische politische Maßnahmen abgeleitet werden konnten. Die Entscheidungen der Machthaber, deren Eingriffe in der ländlichen Gesellschaft eine immense Wirkungsmacht entfalteten, waren damit zwar ideologisch konditioniert, aber nur bedingt programmatisch determiniert.[5]

Überdies ist in der Analyse des Wandels der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft in Brandenburg die Dynamik der kommunistischen Diktatur hervorgetreten, in der Interventionen zentraler Herrschaftsträger Primärbeziehungen nicht auflösten, sondern sogar aufwerteten. So wurden die Bodenreform und die Kollektivierung außer durch den Zwang und die politische Repression von einer breiten politischen und gesellschaftlichen Mobilisierung und Partizipation der ländlichen Bevölkerung getragen und vorangetrieben. Informelle Netzwerke kompensierten nicht nur die Funktionsmängel des Systems der sozialistischen Zentralplanwirtschaft, sondern förderten im autoritär-kollektivistischen Staat auch Gemeinschaftlichkeit in kleinen Gruppen. Betriebe, in denen Netzwerke institutionell verankert waren, gewannen sogar eine wichtige Vergesellschaftungsfunktion, die Markt, Geld, Recht und Öffentlichkeit in der staatssozialistischen Diktatur nicht einnehmen konnten. So oblag den LPG nicht nur die landwirtschaftliche Erzeugung, sondern sie verteilten darüber hinaus Gratifikationen, unterstützten die Beschäftigten durch ihr oft breites Angebot sozialpolitischer Leistungen und unterhielten in den Dörfern die örtliche Infrastruktur. Obgleich sich eine *civil society* in der DDR nicht entfaltete, entwickelten sich besonders in den multifunktionalen Betrieben Formen der Gemeinschaftlichkeit, die das Regime fundierten, sich aber

5 Ähnliches Fazit in: Murken, Bodenreform-Kampagne, S. 71. Allgemein: Bessel/Jessen, Einleitung, S. 14f.; Jessen, Gesellschaft, S. 102f.; Pollack, Widersprüchlichkeit, S. 115–117, 129. Dazu auch die Überlegungen in: Jarausch, Gegengesellschaft, S. 12f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

z.T. durchaus gegen den weitreichenden Herrschafts- und Gestaltungsanspruch der Machthaber richteten. Auf dem Lande filterten besonders soziale Allianzen zwischen den Akteuren politische Eingriffe, die in dörflichen Milieus durch unterschiedliche Umgangs- und Aneignungsformen gebrochen und modifiziert, aber keineswegs abgeschirmt und unwirksam wurden. In dörflichen Milieus waren alle Akteure – auch die Herrschaftsträger – in die vielschichtigen Aneignungs- und Vermittlungsprozesse einbezogen, die der SED-Politik letztlich ihre Wirksamkeit für das individuelle und kollektive Handeln verliehen. So wurden den LPG auch von Mitgliedern, die zum Beitritt gezwungen worden waren, zunehmend Bedeutungen und Sinn zugeschrieben. Im Generationswechsel verstärkte sich dieser Aneignungsprozeß, der auch Umdeutung und Umfunktionalisierung als Mittel der Bedeutungskonstruktion einschloß. Die Betriebe gewannen damit indirekt und gleichsam subversiv Einfluß auf das Selbstverständnis der Akteure, so daß sogar der Erfahrung von Gewalt bei der Zwangskollektivierung nachträglich ein Sinn verliehen werden konnte.[6]

Die Gemeinschaften, die sich in kleinen Räumen bildeten, waren aber keineswegs homogen, sondern mehrfach von Konflikten durchschnitten, die den Konsensanspruch des Regimes permanent dementierten, ihn als weitgehend propagandistische Inszenierung enthüllten und damit die pseudodemokratische Legitimationsideologie des SED-Regimes untergruben. Auf dem Lande standen sich nicht nur die Befürworter und Gegner der Politik des SED-Regimes gegenüber, sondern auch gesellschaftliche Gruppen wie Neu- und Altbauern, Vertriebene und Alteingesessene, Landarbeiter und Bauern sowie Frauen und Männer. Die Herrschafts- und Konstruktionspolitik der Machthaber erreichte zwar eine begrenzte gesellschaftliche Integration von Dorfbewohnern, die vom Neuaufbau begeistert und von den Visionen der Machthaber überzeugt waren, von der Bodenreform begünstigt wurden oder später in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beruflich und sozial avancieren konnten, führte hier insgesamt aber keine „Konsensdiktatur" herbei, die Ziel blieb und lediglich einen normativen Anspruch bezeichnet.[7] Zwar wertete das Regime gesellschaftliche Egalität auf, und die Repressionspolitik förderte ebenso wie die Mangelwirtschaft Solidarität; der Anspruch, eine umfassende gesellschaftliche Eingliederung der Akteure durchzusetzen und ihre politische Loyalität gegenüber den Machthabern zu sichern, wurde jedoch zumindest in den dörflichen Milieus durch Interessendivergenzen, Gegensätze und z.T. heftige Auseinandersetzungen überlagert und konterkariert, die in der kommunistischen Diktatur keineswegs stillgelegt werden konnten. Nachdem schon die Bodenreform in

6 Meuschel, Totalitarismustheorie, S. 67, 72f.; Adler, Ansätze, S. 157–160, 170–172. Methodologisch-theoretisch: Conrad/Kessel, Blickwechsel, S. 14, 18f., 23f.

7 Wegen der in dieser Arbeit detailliert dargelegten vielfältigen gesellschaftlichen Konflikte und des breiten Spektrums abweichenden Verhaltens ist die Interpretation des SED-Regimes als „Konsensdiktatur" – auch als fiktive Gegenwelt und vorpolitischer Orientierungsrahmen – verfehlt, wenn sie nicht strikt auf die normative Ebene beschränkt wird (wo ihr analytisches Potential freilich gering ist). Vgl. dagegen: Martin Sabrow, Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Verfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive, in: Jarausch/Sabrow (Hg.), Weg, S. 83–116, hier: S. 90f.; ders., Der künstliche Konsens: Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme, in: JHK, 1999, S. 191–224; ders., Der Wille zur Ohnmacht und die Macht des Unwillens. Realitätskonflikte und Mentalitätenwandel in der DDR als Erosionsfaktoren der SED-Herrschaft, in: DA 33 (2000), S. 539–558, hier: S. 541–543. Dazu die zutreffende Kritik in: Detlef Pollack, Die offene Gesellschaft und ihre Freunde, in: GG 26 (2000), S. 184–196, hier: S. 195. Andere Deutung auch in: Konrad H. Jarausch, Beyond Uniformity. The Challenge of Historicizing the GDR, in: ders. (Hg.), Dictatorship, S. 3–14, hier: S. 8f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

vielen Dörfern neben Enthusiasmus und Aufbauwillen heftige Verteilungskonflikte ausgelöst hatte, spaltete die Kollektivierungspolitik dörfliche Milieus erneut so nachhaltig, daß die gegenseitige Abgrenzung noch in den LPG das Verhältnis der unterschiedlichen Herkunftsgruppen belastete. Sozialstrukturelle Differenzen und soziokulturelle Distinktionen bestanden zumindest bis zu den siebziger Jahren fort, wenngleich sich traditionale gesellschaftliche Gegensätze und Konflikte abschwächten. Frühere Landarbeiter, saisonal Beschäftigte, ehemals selbständige Landwirte und Neubauern hoben sich weiterhin ebenso deutlich voneinander ab wie Angehörige unterschiedlicher Generationen. Auch die Geschlechterdifferenz trat nur langsam zurück. Zudem waren kleinräumige Gemeinschaften auf dem Lande von der Politik des SED-Regimes tief durchdrungen; die Dorfbevölkerung wurde – vor allem durch die Herrschaftsträger in den Gemeinden – unwiderstehlich in den Wirkungskreis der Diktatur gezogen. Politische Durchdringung ist daher das Korrelat gesellschaftlicher Beziehungen, denn individuelles und kollektives Handeln war vor allem von den Rationalitätskriterien der sich herausbildenden staatssozialistischen Diktatur bestimmt.[8]

Die Umwälzung der ländlichen Gesellschaft von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren führte einen umfassenden Strukturwandel herbei, der tendenziell die materielle Ungleichheit zwischen einzelnen Gruppen nivellierte und auch die sozialen Beziehungen lockerte. Trotz der unverkennbaren politischen und gesellschaftlichen Mobilisierung beseitigte der Prozeß vor allem in Dörfern, die noch von Altbauern geprägt wurden, aber zunächst kaum traditionale Gegensätze und Netzwerke. Zwar erhielten die Flüchtlinge durch die Bodenreform nicht nur Land, sondern sie gewannen auch Zugang zur ländlichen Gesellschaft; dort blieben sie aber überwiegend noch lange marginalisiert und isoliert. Die Staats- und Parteiführung, die eine entdifferenzierte, egalitäre Gesellschaft herbeizuführen suchte, konnte zumindest in Bauerndörfern soziale Beziehungen nur langsam zerschlagen. Hier schlossen sich Einwohner auch gegen politische Eingriffe „von oben" zusammen, und Klientelismus und Patronage verbanden in den Gemeinden die Akteure, häufig auch Herrschaftsträger und Bevölkerung. So schützten Bürgermeister, Parteisekretäre und VdgB-Funktionäre in vielen Dörfern Bauern, die Anbauflächen verschwiegen und Bewohner, denen nur Kompensations- und Schwarzmarktgeschäfte blieben, um sich dringend benötigte Waren zu beschaffen. Die durchaus beachtliche Solidarität blieb jedoch immer zerbrechlich und reversibel, zumal die Machthaber mit ihrer Politik der zentralen Gesellschaftskonstruktion ungewollt sogar eine *Re*differenzierung herbeiführten. In den Dörfern stellten sich gesellschaftliche Gruppen und Akteure zwar der Kollektivierungspolitik entgegen, aber die Gegensätze und Konflikte zwischen Bauern und Landarbeitern, Alteingesessenen und „Umsiedlern", LPG-Mitgliedern und noch selbständigen Landwirten sowie zwischen unterschiedlichen Bauernkreisen ließen eine geschlossene Abwehr nicht zu, zumal das SED-Regime mit seiner „Differenzierungspolitik" interne Auseinandersetzungen gezielt vertiefte. Zudem blieben in einer Gesellschaft, in der ökonomische Determinanten sozialer Ungleichheit wie Geld und Eigentum ihre überragende Bedeutung eingebüßt hatten, kulturelle Distinktionen in den lokalen Gemeinschaften wichtig. Obgleich die Bodenreform und Kollektivierung in den ländlichen Gemeinden durchaus auch von Zustimmung und aktiver Partizipation getragen wurden, fundierten hier

8 Vgl. Mary Fulbrook, Reckoning with the Past: Heroes, Victims, and Villains in the History of the German Democratic Republic, in: Reinhard Alter/Peter Monteath (Hg.), Rewriting the German Past: History and Identity in the New German Atlantic Highlands, New Jersey 1997, S. 175–196, hier: S. 184, 190f.; dies., Anatomy, S. 57–86; Charles S. Maier, Geschichtswissenschaft und „Ansteckungsstaat", in: GG 20 (1994), S. 616–624, hier: S. 621–623.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

gefestigte soziale Beziehungen diesen gesellschaftlichen Mobilisierungsprozeß. So waren Gutsbesitzer nach ihrer Vertreibung oft keineswegs aus dem Bewußtsein der Dorfbewohner verbannt. In der Nachkriegszeit wurde ihnen in früheren Gutsdörfern vereinzelt sogar noch jene ausgeprägte Ehrerbietung entgegengebracht, auf der die paternalistische Herrschaft in diesen Gemeinden weithin gegründet hatte. Ebenso konservierten die wirtschaftsstarken Landwirte, die in den Bauerndörfern ein hohes Sozialprestige gewonnen hatten und vielerorts als Honoratioren agierten, trotz der restriktiven Politik des SED-Regimes ihr soziales und kulturelles Kapital, auch im Generationswechsel. Die personelle Kontinuität traditionaler Führungspersonen, die zumindest ihren informellen Einfluß behielten, minderte in den dörflichen Milieus so die Auswirkungen des Elitenwechsels durch die Implantation neuer Führungspersonen auf dem Lande.[9]

Insgesamt beseitigte die sozialstrukturelle Nivellierung, die sich in den LPG langfristig vollzog, keineswegs traditionale soziale und kulturelle Unterschiede zwischen den Landarbeitern und den Bauern, so daß eine einheitliche „Klasse der Genossenschaftsbauern" nicht entstand. Da sowohl die früheren Bauern als auch die Landarbeiter an die spezifischen Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft gebunden und in soziale Beziehungsnetze in den Dörfern integriert blieben, hoben sich die Beschäftigten der Agrarbetriebe weiterhin von Industriearbeitern ab. In den LPG glichen sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder zumindest bis zu den siebziger Jahren zwar tendenziell einander an; die SED-Führung erreichte aber die von ihr anvisierte Transformation von Genossenschaftsbauern in Arbeiter nicht. Dennoch blieb die soziale Egalisierungs- und Homogenisierungspolitik des Regimes auf dem Lande nicht ohne Wirkung. Die sozioökonomische Transformation, von der die Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft besonders tiefgreifend erfaßt wurden, vereinheitlichte nicht nur die gesellschaftliche Lage der Landarbeiter, sondern verringerte auch die soziale Distanz zwischen dieser Gruppe und den Bauern. Die Auflösung der Hoftradition, der Zerfall der damit verbundenen familiären Arbeitsverfassung in den bäuerlichen Betrieben und der Wandel des Erbrechts näherten die zuvor selbständigen Landwirte seit den sechziger Jahren hinsichtlich ihrer sozialen Lage ebenso den Landarbeitern an wie die Beseitigung der traditionalen familiären Arbeitsverfassung, die allmähliche, wenngleich nie vollständige Entkopplung von Arbeitseinkommen und Betriebsertrag in den LPG, die fortschreitende Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz und die weitreichende, wenngleich nie vollständige Lösung vom saisonalen Arbeitsrhythmus.[10]

Im Gegensatz zur Entwicklung der Bauern- und Landarbeiterschaft in Deutschland im frühen 20. Jahrhundert und abweichend von dem Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, wo besonders in den fünfziger und sechziger Jahren die Zahl der familienfremden Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben rapide zurückging, beseitigte die umfassende soziale Entdifferenzierung in der DDR auch auf dem Lande klassengesellschaftliche Strukturen. Die Führung der SED hob traditionale Klassendifferenzen

9 Allgemein: Gerd Meyer, Kleine Lebenswelten im Sozialismus – ein ambivalentes Erbe für die politischen Kulturen in Ostmitteleuropa, in: Wolfgang Merkel/Andreas Busch (Hg.), Demokratie in Ost und West. Fs. Klaus v. Beyme, Frankfurt/M. 1999, S. 310–331, hier: S. 314f., 321. Zur Redifferenzierung und Ausbreitung informeller Beziehungsnetze auch: Meuschel, Totalitarismustheorie, S. 72f. Die nivellierende Wirkung der Bodenreform wird überschätzt in: Meinicke/v. Plato, Heimat, S. 256–263; Wille, Die Vertriebenen und das politisch-administrative System, S. 217.

10 Krebs, Arbeitsbedingungen, S. 73; Krambach/Kuntsche/Watzek, Entwicklung, S. 124f. „Klasse der Genossenschaftsbauern" nach: Krambach, Probleme, S. 9.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

und Statusabgrenzungen auf dem Lande sukzessive auf, entmündigte aber die Bauern und Arbeiter auch auf dem Lande in der fürsorglich-paternalistischen Diktatur des ostdeutschen Realsozialismus: „Die zentralistische Aneignung des Eigentums führte gerade zur *Enteignung* der Werktätigen; die patriarchalische Machtkonzentration zur *Entmachtung* der Arbeiter, des werktätigen Volkes." Die Interpretation der DDR als „Klassengesellschaft" wird dem spannungsvollen Verhältnis von totalem Herrschaftsanspruch und sozialen Vermittlungsprozessen in der kommunistischen Diktatur daher insgesamt nicht gerecht. Zwar war die ländliche Gesellschaft trotz der politischen Uniformierung, funktionalen Entdifferenzierung und der sich daraus ergebenden, in der Parteipropaganda herausgestellten Egalisierungstendenz vielfach gespalten; die Kriterien sozialer Ungleichheit und deren Ausprägung – z.B. die Kontrolle von Waren und Eigentum – waren jedoch nicht ökonomisch, sondern primär politisch bestimmt.[11]

Auch andere Konzepte, die sich auf das Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft im ostdeutschen Staatssozialismus beziehen, können den Wandel der sozioökonomischen Strukturen und Beziehungen auf dem Lande nur unzureichend erklären. So bezeichnet der Terminus „Fürsorgediktatur" zwar treffend den Gegensatz zwischen der emanzipatorisch-egalitären Legitimationsideologie und der obrigkeitsstaatlichen Herrschaft in der kommunistischen Diktatur, und das Konzept verweist zu Recht auf die spezifisch deutsche Tradition des autoritären Wohlfahrtsstaates, die von der SED-Führung aufgenommen und prolongiert wurde. Mit dem Begriff wird aber die paternalistisch-obrigkeitsstaatliche Ausrichtung der SED-Sozialpolitik, die im übrigen erst seit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker 1971 zum wichtigsten Instrument der Herrschaftslegitimation avancierte, zu einseitig hervorgehoben. Demgegenüber vernachlässigt das Konzept den Stellenwert individueller, von staatlicher Regulierung nicht beeinflußter Ansprüche und Interessen in den Aushandlungsprozessen mit Herrschaftsträgern, auch in dörflichen Milieus.[12] Ähnlich verabsolutiert die Interpretation der DDR als „Erziehungsdiktatur" die Kombination von pädagogischem Idealismus und obrigkeitsstaatlichem Paternalismus gegenüber den Belegschaften der land-

11 Zit. nach: Michael Thomas, Wenn es konkret wird: Hat marxistische Klassentheorie Chancen in der modernen Unübersichtlichkeit?, in: Zapf (Hg.), Modernisierung, S. 395–406, hier: S. 398. Vgl. auch Ralph Jessen, Klassengesellschaft DDR?, in: DA 29 (1996), S. 647–649. Dagegen: Heike Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995; dies., Klassenlagen und soziale Ungleichheit in der DDR, in: APZ, B 46/96, 8.11.1996, S. 8–17; dies., Die Etablierung einer Klassengesellschaft in der DDR: Anspruch und Wirklichkeit des Postulats sozialer Gleichheit, in: Johannes Huinink u.a. (Hg.), Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach, Berlin 1995, S. 45–88. Dazu auch schon: Michael Bramhoff/Bernd Woidtke, Die Problematik der Chancenungleichheit in sozialistischen Ländern am Beispiel der DDR, in: KZSS 26 (1974), S. 588–629.

12 Jarausch, Fürsorgediktatur, S. 41–45. Die paternalistische Attitüde in der SED-Herrschaft wird noch deutlicher hervorgehoben in: Gerd Meyer, Sozialistischer Paternalismus. Strategien konservativen Systemmanagements am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik, in: Ralf Rytlewski (Hg.), Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern: Ergebnisse und Probleme der Sozialistischen-Länder-Forschung, Opladen 1989, S. 426–448. Zur Sozialpolitik der SED: Hans Günter Hockerts, Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte, S. 519–544; ders., Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur, in: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Fs. Gerhard A. Ritter, München 1994, S. 790–804. Vergleichend die Einleitung in: Hans Günter Hockerts (Hg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998, S. 8–25.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

wirtschaftlichen Betriebe und den Dorfbewohnern.[13] Das Konzept der „Organisationsgesellschaft" deutet die Herausbildung der staatssozialistischen Gesellschaft als Imitation der Parteistrukturen; der Terminus verdeckt aber den Handlungsspielraum der Akteure und die kleinräumigen Gemeinschaftsformen auf dem Lande.[14] Andere griffige Bezeichnungen wie „sozialistische Ständegesellschaft" und „neotraditionalistischer Staatssozialismus" heben zwar zu Recht die Traditionsbezüge in der DDR-Diktatur hervor, unterschätzen damit aber die tiefgreifenden Wirkungen der von der SED initiierten und gesteuerten Herrschafts- und Konstruktionspolitik als Zwangsmodernisierung und erfassen nur unzureichend die Dynamik des sozialen Umbruchs auf dem Lande in Ostdeutschland nach 1945.[15]

Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturwandel in Brandenburg im interregionalen Vergleich

Ebensowenig wie soziale Unterschiede und gesellschaftliche Konflikte konnte die Politik der SED die traditionale Entwicklungsdisparität zwischen den nördlichen und südlichen Regionen in der DDR vollends beseitigen, auch wenn Unterschiede hinsichtlich der Lebensbedingungen in städtischen und ländlichen Räumen allmählich abgeschliffen wurden. Brandenburg blieb bis zu den achtziger Jahren eine weithin agrarisch geprägte Region, in der landwirtschaftliche Betriebe das Alltagsleben vieler Dorfbewohner bestimmten. Hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Struktur hoben sich die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus auch in den Jahrzehnten zwischen 1952 und 1990 weiterhin deutlich vom Süden der DDR ab, wo die Industrialisierung und Urbanisierung (in Mitteldeutschland) schon vor dem Zweiten Weltkrieg schneller vorangekommen waren. Jedoch wurden auch in Brandenburg vorhandene Gewerbestandorte nach 1949/50 erheblich erweitert und neue Betriebe der Leicht- und Lebensmittelindustrie errichtet. Überdies bildeten sich an der Oder – besonders mit dem Stahlwerk in Eisenhüttenstadt, dem Halbleiterwerk in Frankfurt (Oder), dem Chemiefaserwerk in Guben und dem Chemiekomplex in Schwedt – bedeutende Industriestandorte heraus, und im Kreis Cottbus band vor allem die Verlagerung des Braunkohlentagebaus aus den Bezirken Halle und Leipzig viele Beschäftigte, die aus der Landwirtschaft ausschieden oder endgültig zum Nebenerwerb übergingen. Seit den siebziger Jahren wurden im Bezirk Potsdam auch Mikroelektronikbetriebe angesiedelt. Obgleich das Nord-Süd-Gefälle vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren deutlich abnahm, erreichte der Anteil der Industriebeschäftigten in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus auch in den siebziger Jahren nicht den Durchschnittswert der DDR. Da die Industriestädte in den südlichen Regionen jedoch zunehmend zerfielen und hier auch Umweltschäden die Gesundheit der Bevölkerung gravierend beeinträchtigten, verbesserten sich die Lebensbedingungen in

13 Vgl. Wolle, DDR, S. 405. Dazu auch die Bemerkungen in: Jarausch, Fürsorgediktatur, S. 41.

14 Detlef Pollack, Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: ZfS 19 (1990), S. 292–307. Vgl. auch ders., Von der Organisationsgesellschaft zur Risikogesellschaft. Soziologische Überlegungen zu den gesellschaftlichen Transformationsprozessen in Ostdeutschland, in: Berliner Journal für Soziologie 1 (1991), S. 451–455. Distanzierung von dem Begriff in: Pollack, Widersprüchlichkeit, S. 114.

15 Vgl. Frank Ettrich, Neotraditionalistischer Staatssozialismus. Zur Diskussion eines Forschungskonzeptes, in: Prokla 86 (1992), S. 98–114; Artur Meier, Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft, in: APZ, B 16–17/90, 13.4.1990, S. 3–14.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

den Nordbezirken insgesamt relativ schneller als im Süden der DDR. Während die Anteile Sachsens und Sachsen-Anhalts an der Wohnbevölkerung im zweiten deutschen Staat von 1965 bis 1988 um 1,9 bzw. 1,0 Prozent fielen, nahmen die Quoten in den nördlichen Bezirken zu, in Mecklenburg-Vorpommern von 12,1 auf 12,8 und in Brandenburg von 15,6 auf 16,3 Prozent. Der „zentralstaatliche Planungsregionalismus" des SED-Regimes hatte zwar die Regionen für die Herrschaftspolitik der Machthaber instrumentalisiert, aber das Wohlstandsniveau räumlich tendenziell vereinheitlicht.[16]

In Brandenburg blieben die Industrialisierung und Urbanisierung zwar weiterhin hinter den Südbezirken zurück; diese Prozesse vollzogen sich aber deutlich schneller als in Mecklenburg-Vorpommern, das nach dem Zweiten Weltkrieg von einer Reagrarisierung erfaßt wurde. Hier mußten schon bis Ende 1946 rund 981.000 Vertriebene aufgenommen werden. Als sich die Bodenreformstellen, von denen 39.000 an Flüchtlingsfamilien vergeben worden waren, als unrentabel erwiesen und der Wiederaufbau der Industrie mit dem Zweijahrplan 1949/50, vor allem aber mit dem 1. Fünfjahrplan (1951–1955) forciert wurde, setzte auch in Mecklenburg-Vorpommern die Abwanderung aus der Agrarwirtschaft wieder ein, und die zunehmende Landflucht zeigte überdies, daß die gesellschaftliche Entwicklung in den frühen fünfziger Jahren zu dem langfristigen Urbanisierungstrend zurückkehrte. So verringerte sich von 1952 bis 1960 der Anteil der in der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft Beschäftigten im Bezirk Neubrandenburg von 55,7 auf 45,3 Prozent, im Bezirk Rostock von 33,5 auf 25,6 Prozent und im Bezirk Schwerin von 45,2 auf 36,1 Prozent. Damit übertrafen die drei Nordbezirke 1960 aber noch deutlich den in der DDR statistisch registrierten Durchschnittswert von 17,5 Prozent als Beschäftigtenanteil für den primären Sektor. Bis zum Ende der sechziger Jahre ging diese Quote in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin auf ein Viertel, bis 1989 schließlich auf 19,6 Prozent der Beschäftigten zurück (DDR insgesamt: 10,0 Prozent); in den fünf Landkreisen Strasburg, Pasewalk, Anklam, Bützow und Grimmen waren aber noch 26,3 Prozent der Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. In kleinen Dörfern (Ortsteilen) banden landwirtschaftliche Betriebe 1987 in den drei Nordbezirken sogar noch mehr als 51 Prozent der Erwerbstätigen. In den frühen neunziger Jahren ging der Beschäftigtenanteil für die mecklenburgische Landwirtschaft aber rapide zurück und betrug 1994 nur noch 5,6 Prozent. Obwohl die Ostseestädte wegen der Teilung Deutschlands in den fünfziger Jahren bedeutende Standorte des Schiffbaus und der Fischindustrie wurden, konnte auch die „Territorialpolitik" in der DDR das Nord-Süd-Gefälle hinsichtlich des Industrialisierungsniveaus insgesamt nicht überwinden, weil die Anbindung an das Verkehrsnetz in den drei Nordbezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin hohe Kosten verursachte und der Erschließungsaufwand für Gewerbeflächen beträchtlich war. Industriebetriebe wurden deshalb weitgehend lediglich in großen Gemeinden aufgebaut. Zudem steigerte die Fusion Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften die Auspendlerquote und führte schließlich zur Entleerung einzelner Dörfer. Die Zentralisierung der Siedlungsstruktur, die maßgeblich zu der Differenzierung zwischen

16 Roesler, Auswirkungen, S. 137–140. Zit. nach: Siegrist, Region, S. 101. Hierzu und zum folgenden auch der Überblick in: Arnd Bauerkämper, Zentrale Herrschaftspolitik und regionale Zersplitterung. Brandenburg als Kultur- und Wirtschaftsraum 1945–1990, in: Marksteine, S. 468–472, hier: S. 470. Zur Ansiedlung von Industriebetrieben im Bezirk Frankfurt (Oder): Axel Gayko, Investitions- und Standortpolitik der DDR an der Oder-Neiße-Grenze 1950–1970, Frankfurt/M. 2000, bes. S. 169–218.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

kleinen und großen Gemeinden beitrug, war aber auch in der „Territorialpolitik" der SED selber angelegt.[17]

Brandenburg nahm hinsichtlich des Industrialisierungsniveaus weiterhin eine mittlere Position zwischen den nördlichen und südlichen Bezirken der DDR ein. Bis zu den sechziger Jahren variierten hier das Tempo und der Verlauf des von der SED-Führung herbeigeführten Wandels der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft zwischen den einzelnen Kreisen allerdings deutlich. In den nördlichen Gebieten, wo bis 1945 ein relativ hoher Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Gutsbetrieben bewirtschaftet worden war, führte schon die Bodenreform eine neue Agrar- und Sozialstruktur herbei. Hier vollzog sich deshalb auch die Kollektivierung besonders rapide und tiefgreifend, vielfach durch die Überführung verlassener Flächen und Höfe in ÖLB, die anschließend Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften aufnehmen mußten. Demgegenüber wurden alteingesessene Landwirte in den südlichen und westlichen Kreisen des Bezirkes Potsdam überwiegend ebenso erst in den späten fünfziger Jahren von der Kollektivierungspolitik erfaßt wie viele „Arbeiterbauern", die vor allem im Bezirk Cottbus ihre Kleinbetriebe im Nebenerwerb bewirtschafteten. Insgesamt zeigt die Strukturanalyse der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft, daß die Bodenreform und die Verdrängung der wirtschaftsstarken Landwirte die Bildung von LPG erleichterten. Auch wenn nicht eindeutig belegt werden kann, daß die SED-Führung die Kollektivierung zielgerichtet nach einem langfristig konzipierten Stufenplan herbeiführte, ist der *funktionale* Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen, aufeinanderfolgenden politischen Eingriffen der Machthaber in die Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Untersuchung des regionalen Strukturwandels deutlich hervorgetreten.[18]

Gesellschaftliche Beziehungen und das Handeln der Akteure

Insgesamt vollzog sich in der DDR auf dem Lande kein „Prozeß des Absterbens der Gesellschaft". Die Politik des SED-Regimes veränderte die sozialen Strukturen auf dem Lande weitaus nachhaltiger als Verhaltens- und Umgangsformen, Werte und Mentalitäten, die gleichwohl vom Strukturwandel und der Politisierung der dörflichen Milieus nicht unberührt blieben. Im Gegensatz zu den pluralistischen Gesellschaften in den westlichen Staaten, die politisch als repräsentative Demokratien verfaßt sind und auf freien Öffentlichkeiten basieren, waren die gesellschaftlichen Beziehungen in der kommunistischen Diktatur überwiegend auf kleine Räume begrenzt. Wie die Darstellung bäuerlicher Reaktionen auf die Kollektivierung gezeigt hat, dominierte im Umgang mit einer politischen Gegenkultur, die auf gesellschaftliche Mobilisierung und die Herstellung von Öffentlichkeit zielte und damit den Herrschafts- und Konstruktionsanspruch der Machthaber als Protest oder politischer Widerstand offen und grundsätzlich in Frage stellte, ein unpolitischer Privatismus und die Traditi-

17 Zur Flüchtlingszahl Ende 1946: Meinicke, Probleme, S. 3. Angaben zu den Beschäftigtenanteilen nach: Krambach/Kuntsche/Watzek, Entwicklung, S. 95, 100, 127f., 135. Vgl. auch die Tabelle in: Ralf Rytlewski/Manfred Opp de Hipt, Die Deutsche Demokratische Republik in Zahlen 1945/49–1980. Ein sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, München 1987, S. 71.

18 Weitergehender die Interpretation in: Schröder, SED-Staat, S. 49. Zu den raumstrukturellen Spezifika Brandenburgs nach 1945 vergleichend: Roesler, Auswirkungen, S. 129–140. Zu Mecklenburg: Bentzien, Volkskultur, S. 106–111; ders., Bauern, in: ders./Neumann (Hg.), Volkskunde, S. 122–147, hier: S. 144; Krambach/Kuntsche/Watzek, Entwicklung, S. 128–131, 144–154.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

on politischer Indifferenz, die das SED-Regime nicht gefährdete, aber den Herrschaftsträgern gleichwohl beträchtliche Konzessionen abtrotzte. Nonkonformität, Verweigerung und Protest steigerten sich auf dem Lande nur selten zu öffentlich artikuliertem und direktem Widerstand gegen die übermächtige Staatspolitik, und eine breite, überlokale Solidarisierung der Bauern gegen die Kollektivierung blieb weitgehend aus. Lockung und Zwang zersplitterten die Interessen der Bauern, denen mit den Genossenschaften mächtige Berufsverbände genommen worden waren. In kleinen Räumen wie Betrieben und Gemeinden trafen die Ziele, Erwartungen und Ansprüche der Akteure auf dem Lande aber oft hart aufeinander. Herrschaftsträger versuchten überwiegend, Konflikte zu entschärfen, indem sie einzelnen Forderungen nachgaben, traditionale Normen und Werte wie Berufsstolz und Arbeitsorientierung aufnahmen und diese so für die gesellschaftliche Verankerung der Diktatur auf dem Lande funktionalisierten. Nicht zuletzt daraus gewann das SED-Regime lange seine relative Stabilität. Dennoch blieb die Vertrauensbasis in den ländlichen Gemeinden durchaus prekär, zumal die Wirkungsmacht der Politik auch in den dörflichen Milieus „für ein sehr spannungsvolles In- und Miteinander von öffentlich und privat, von politisch-ideologischer Kontrolle und privatem Rückzug, von Anpassung und Selbstbehauptung, von mühsamer Abwehr und gelungener Bewahrung der eigenen Identität sorgte." Obgleich Konflikte damit keineswegs stillgelegt waren, blieb das soziale Handeln insgesamt gemeinschaftsbezogen. Da soziale Beziehungen – auch wegen der geringen räumlichen Mobilität – weitgehend auf die jeweiligen Lebenswelten begrenzt waren, konnten sich umfassende Vergesellschaftungsprozesse in der DDR zumindest bis zu den sechziger Jahren kaum entfalten. Insgesamt wurden wegen des weitreichenden Machtanspruchs des SED-Regimes materielle Interessen und kulturell-soziale Ansprüche nur in kleinen Räumen artikuliert, vermittelt und ausgehandelt. Hier eigneten sich die Akteure auch die politischen Interventionen der Machthaber an und verliehen ihnen jeweils individuell Bedeutung und Sinn. So folgten LPG-Mitglieder mit dem Ausbau der individuellen Hofwirtschaft nicht nur ihren ökonomischen Zielen, sondern auch ihren soziokulturellen Prägungen. Die Vielfalt der spezifischen Adaptionsformen, die sich nicht zuletzt aus konkreten Interessen und Ansprüchen ergaben, wird durch die Kategorie des „Eigen-Sinns" allerdings nur unzureichend erklärt.[19]

Die Herrschaftspolitik der SED und der von ihr herbeigeführte Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft prägten auf dem Lande die Handlungskonstellationen der Akteure sowie ihre sozialen Beziehungen und Selbstbilder, wenngleich oft nur negativ als Abwehr. Die Bauern waren aber nicht nur Objekte der Herrschaft, obgleich sie ihr in der DDR mit der Durchsetzung der Kollektivierung letztlich unterlagen. Die regionale Konzentration der Studie auf Brandenburg hat in dieser Arbeit ermöglicht, Reaktionen der Akteure in einzelnen Gemeinden zu rekonstruieren und zu analysieren. Wie gezeigt wurde, war die Enteignung der Gutsbesitzer und die Verteilung des konfiszierten Landes, der Gebäude und des Inventars an Kleinbauern, Landarbeiter und Vertriebene ein Prozeß, der zwar zentral ausgelöst und von agrar- und sozialstrukturellen Rahmenbedingungen geprägt war, aber kon-

19 Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Meuschel, Legitimation, S. 10; Meyer, Lebenswelten, S. 316. Zur Argumentation auch: Sigrid Meuschel, Machtmonopol und homogenisierte Gesellschaft. Anmerkungen zu Detlef Pollack, in: GG 26 (2000), S. 171–183, hier: S. 175, 180; Ross, Constructing, S. 209f. Hinweis auf die „stable instability" der SED-Diktatur in: Allinson, Politics, S. 164, 167. Zu den kleinräumigen Gemeinschaftsformen auch: Lindenberger, Herrschaft, S. 8f. Tendenz zum universellen Gebrauch der Kategorie „Eigen-Sinn" in: Lindenberger, Diktatur, S. 23–26; ders., Alltagsgeschichte, S. 320.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

kret in lokalen Milieus durchgeführt wurde. Hier beeinflußten paternalistische Bindungen und andere soziale Beziehungen das Handeln der Akteure, die einzelne Dorfbewohner bei der Zuteilung von Boden, Inventar und Vieh begünstigten, während andere benachteiligt wurden. Klientelismus, Patronage und Korruption kennzeichneten insgesamt die Durchsetzung der Bodenreform, die lokalen Akteuren nicht zuletzt die Gelegenheit bot, sich für z.T. lange zuvor erlittenes Unrecht zu rächen. Auch die Kollektivierung, die das SED-Regime im Sommer 1952 auslöste, vollzog sich im dörflichen Beziehungsgeflecht. Landwirte nutzten dabei oft geschickt und zielsicher den ihnen verbliebenen Handlungsspielraum, um den Herrschaftsträgern konkrete Konzessionen abzutrotzen. Der Zusammenschluß zu Produktionsgenossenschaften traf auf dem Lande zunächst auf heftigen Widerspruch und verlieh abweichendem Verhalten Auftrieb, vor allem in von Altbauern beherrschten dörflichen Milieus. Im Sommer 1953 nahmen Protest und Widerstand in der ländlichen Gesellschaft sprunghaft zu, ohne daß die offene und grundsätzliche Ablehnung der SED-Politik hier zu einem „Volksaufstand" mit geschlossener Massengefolgschaft eskalierte. Als sie den Eintritt in LPG oder die Bildung neuer Kollektivbetriebe nicht mehr verhindern konnten, forderten Bauern 1959/60 schließlich vielfach materielle Vergünstigungen, Einschränkungen bei der Aufnahme der Kollektivarbeit und andere Zugeständnisse. Für das Obstbaugebiet um Werder, wo sich abweichendes Verhalten gegenüber der Kollektivierung wegen der Nähe Berlins und des hier besonders ausgeprägten Bauernstolzes trotz des enormen politischen Drucks der Partei- und Staatsfunktionäre besonders lange hielt, mußten die Bezirksleitung der SED und der Rat des Bezirkes sogar ein Sonderstatut erlassen, das die spezifischen Produktionsbedingungen der Obstzüchter berücksichtigte. Diese Aushandlungsformen unterhöhlten nicht die Diktatur, schränkten aber die Gestaltungsmacht der SED-Führung ein. Zudem zeigen sie augenfällig, daß Herrschaft auf dem Lande auch in der kommunistischen Diktatur prinzipiell als Interaktionsprozeß ausgeübt wurde, der freilich überaus ungleich blieb und politisch eingerahmt war. Damit wurde die Politik des SED-Regimes in die ländlichen Lebenswelten und dörflichen Milieus der Akteure auf dem Lande eingepaßt, die Bevölkerung hier an die Machthaber gebunden oder zumindest die Bildung einer breiten Widerstandsfront verhindert und die kommunistische Diktatur in der DDR letztlich stabilisiert und verlängert. Besonders im Generationswechsel ging die Abwehr offenbar in eine Aneignung der Kollektivarbeit und des Lebens in den LPG über, ohne daß die Eigentumsbindung damit völlig ausgelöscht wurde. Zudem stabilisierten konkrete Vorteile wie die Festlöhne, geregelte Arbeits- und Urlaubszeiten sowie entlastende Arbeitsteilung allmählich die Bindung der Beschäftigten an ihre Betriebe.[20]

Die Herrschafts-, Kontroll- und Lenkungsaufgaben „von oben" sowie Ansprüche der Dorfbewohner und Betriebsbelegschaften „von unten" konfrontierten besonders dörflich-agrarische Eliten mit einem von der „Kaderpolitik" des SED-Regimes verursachten und strukturell im Nomenklatursystem angelegten Dilemma, dem sie oft nur durch einen ständigen Rollenwechsel entkommen konnten. In den Gemeinden mit der Bevölkerung durch *face-to-face*-Beziehungen verbunden, mußten Partei- und Staatsfunktionäre nicht nur funktionalen Zwängen Rechnung tragen, sondern auch die individuellen Interessen und Werte berücksichtigen, auf denen die ihnen untergeordneten und anvertrauten Akteure bestanden.

20 Dazu die Argumentation in: Lindenberger, Herrschaft, S. 11; Ross, Constructing, S. 206, 208f. Zu den Bauern als Akteure allgemein: Blickle, Bauer, S. 145, 148. Dagegen für das 20. Jahrhundert die Deutung in: Mooser, Agrargeschichte, S. 130. Zur Debatte über die Interpretation der Erhebung vom Juni 1953 als „Volksaufstand" oder „Arbeiteraufstand": Bouvier, Forschungen, S. 580.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Die Spitzenfunktionäre der SED wiesen den gesellschaftlichen Führungsgruppen in der DDR wichtige Legitimierungs-, Prozeß- und Leitungsfunktionen zu, die wegen der engen Bindung an die politische Programmatik der Machtelite weitgehend politisch bestimmt und dem Herrschafts- und Erziehungsanspruch des Marxismus-Leninismus unterworfen waren. Anders als in den demokratisch-parlamentarischen Regierungssystemen verfügten die Funktionseliten deshalb nur über eine begrenzte Handlungsautonomie, die vor allem aus der auch in der SED-Diktatur nicht vollständig zu kontrollierenden Eigendynamik sozialer Subsysteme und Funktionsmängeln der sozialistischen Zentralplanwirtschaft resultierte. Die gesellschaftlichen Führungskräfte konnten weder ohne die Zustimmung der übergeordneten Machtelite des Regimes noch ohne die Unterstützung der „Werktätigen" agieren, so daß sie ständig divergierende Interessen ausgleichen, improvisieren und auch ihre Vorgesetzten täuschen mußten. Insgesamt nahmen die regionalen und lokalen Partei- und Staatsfunktionäre wichtige Vermittlungsaufgaben wahr, da sie die Herrschaftspolitik der Machtelite interpretierten, an die jeweiligen Bedingungen anpaßten und dadurch die Aneignung durch die Akteure förderten. Damit agierten besonders die mittleren „Kader" letztlich kompensatorisch. Sie glichen in den dörflichen Milieus Interessen aus, nahmen unmittelbar Ansprüche auf und federten auch abweichendes Verhalten ab, das sie oft kanalisierten.[21]

Der Stellenwert gesellschaftlicher Traditionen auf dem Lande

Im Rückblick auf die Entwicklung der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft in Brandenburg wird einerseits deutlich, daß sich hier von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren ein umfassender Strukturwandel vollzog. Dabei lösten abrupte Veränderungen der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen jeweils tiefgreifende Umbrüche aus, besonders bei der Bodenreform, der Kollektivierung und dem Aufbau agro-industrieller Betriebe, aber auch in der anhaltenden Transformation nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes. Die Herrschafts- und Konstruktionspolitik, die den Weg in die „sozialistische" Gesellschaft erzwingen sollte, überlagerte und radikalisierte den säkularen Modernisierungsprozeß, der – maßgeblich herbeigeführt von den Machthabern – nach dem Zweiten Weltkrieg auch abgelegene Regionen in der DDR erfaßte. So lockerten die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen, die Entkonfessionalisierung und Industrialisierung ländlicher Regionen sowie die räumliche Trennung von Wohn- und Erwerbsorten in den Gemeinden gesellschaftliche Abgrenzungen hier ebenso wie in Westdeutschland. Andererseits beseitigte der übergreifende Uniformierungsprozeß regionale Spezifika und Disparitäten keineswegs vollständig. Gesellschaftliche Milieus wiesen in Brandenburg zumindest bis zu den sechziger Jahren eine beachtliche Beharrungskraft auf, obgleich ihre Homogenität, Kohärenz und Bindungskraft vor allem wegen des politisch induzierten Wandels abnahm. Darüber hinaus blieben „schichtbezogene Verankerungen und vor allem auch Selbstverortungen" nach der Bodenreform und Kollektivierung wirksam. Die Politik der Zwangsmodernisierung vollzog sich insgesamt nicht über regionale und lokale Milieus, Sozialstrukturen und gesellschaftliche

21 Murken, Bodenreform-Kampagne, S. 68, 70f. Die Argumentation modifiziert hier für die historische Analyse der DDR modernisierungstheoretische Überlegungen in: Wehler, Diktaturenvergleich, S. 350–352. Zum pragmatischen Handeln von Leitungspersonal in Industriebetrieben die Hinweise in: Peter Hübner, Industrielle Manager in der SBZ/DDR. Sozial- und mentalitätengeschichtliche Aspekte, in: GG 24 (1998), S. 55–80, hier: S. 76–80.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Beziehungen hinweg, sondern schloß diese ein und formte sie um. Das Konzept der oktroyierten Modernisierung, dem letztlich die Vision einer neuen Gemeinschaft harmonisch zusammenlebender Menschen zugrunde lag, führte zu einem tiefgreifenden Strukturbruch und Wertewandel und bremste zugleich säkulare Trends wie den relativen Bedeutungsverlust der Landwirtschaft und die Herausbildung der Dienstleistungsgesellschaft. Die Agrarpolitik der Machthaber, die Aufgaben und Kriterien der Modernisierung in westlichen Industriestaaten ignorierten, wirkte sich damit ambivalent auf die gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen auf dem Lande aus.[22]

Insgesamt vollzog sich der Prozeß der Enttraditionalisierung zumindest bis zu den sechziger Jahren nur gebremst, zumal die SED-Führung gezielt überlieferte Verhaltensformen und Mentalitäten aufnahm und ihnen einen begrenzten Entfaltungsraum ließ. Damit schränkte das Regime zwar seinen Anspruch eines allumfassenden gesellschaftlichen Neubeginns auf dem Lande ein, gestaltete die tiefgreifende Transformationspolitik jedoch so, daß sie mit den Mentalitäten der Betroffenen verträglich war. Traditionsbindungen standen der Politik der Zwangsmodernisierung auf dem Lande nicht grundsätzlich entgegen, sondern sie ermöglichten den tiefgreifenden Wandel letztlich, indem sie die Kluft zwischen den unterschiedlichen politischen Kulturen der führenden Parteifunktionäre und der Landbevölkerung überbrückten. Indem die Interventionen der Machtzentrale von den Akteuren an die konkreten Bedingungen in den dörflichen Milieus angepaßt und in die Lebenswelten einfügt wurden, gewann die Politik eine Form, die mit den Interessen, Werten und Mentalitäten der Bewohner zumindest partiell kompatibel war. Die einzelbäuerliche Viehhaltung wurde in einigen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften des Typs I erst 1977/78 aufgegeben, und die private Hauswirtschaft in den LPG war für die früheren Bauern nicht nur eine wichtige Erwerbsquelle, sondern bewahrte auch die Bodenbindung und die Identifikation mit Produktionsmitteln, die den Mitgliedern ansonsten bis zu den frühen sechziger Jahren entzogen worden waren. Vereinzelt setzten traditionale gesellschaftliche Beziehungen noch die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion außer Kraft, und die geschlechterspezifische Arbeitsteilung wurde in den landwirtschaftlichen Staats- und Kollektivbetrieben fortgeschrieben, indem die Männer sich auf technische Berufe und Tätigkeitsbereiche konzentrierten, Frauen dagegen weiterhin überwiegend die Viehwirtschaft und manuelle Feldarbeit übertragen wurden. Freilich erwarben weibliche Beschäftigte der LPG und VEG zunehmend höhere Bildungsabschlüsse. Obgleich die Bauern die Verfügungsmacht über ihren Boden verloren hatten, blieb Landbesitz auch nach dem Abschluß der Kollektivierung in vielen Dörfern ein Statuskriterium, das soziale Distinktion begründete. Die früheren Landwirte waren deshalb in traditionell bäuerlich strukturierten Dörfern Brandenburgs weiterhin eine einflußreiche Kerngruppe. Die Hoftradition riß zwar im Generationswechsel ab; die bäuerliche Mentalität war aber mit dem Ende des selbständigen Bauerntums in der DDR keineswegs völlig ausgelöscht worden. In den achtziger Jahren rekurrierten schließlich sogar die

22 Zit. nach: Erker, Zeitgeschichte, S. 237. Allgemein zur Abschirmungsfunktion dörflich-agrarischer Milieus in der DDR: Christoph Kleßmann, Die Beharrungskraft traditioneller Milieus in der DDR, in: Manfred Hettling u.a. (Hg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, München 1991, S. 146–154, hier: S. 152f.; ders., Zur Sozialgeschichte des protestantischen Milieus in der DDR, in: GG 19 (1993), S. 29–53, hier: S. 39f. Zur gesellschaftlichen Dynamik auf dem Lande im Zweiten Weltkrieg: Becker, Dörfer, S. 195, 239–241, 246, 254. Hinweise auch in: Kleßmann, „Das Haus wurde gebaut aus Steinen, die vorhanden waren", S. 167. Zur Beharrungskraft von Strukturen, traditionalen Mentalitäten und überlieferten Werten allgemein: Jessen, Gesellschaft, S. 101f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Spitzenfunktionäre der SED auf dörfliche und bäuerliche Traditionen, die für die unabdingbare Steigerung der Agrarproduktion genutzt werden sollten.[23]

Die Bodenreform führte zwar einen tiefen Strukturbruch herbei, indem sie die Gutsbesitzer der ökonomischen Grundlage ihrer paternalistischen Herrschaft beraubte und damit den Niedergang des Adels im 20. Jahrhundert vollendete. Die Umverteilung des Landes stabilisierte aber zunächst fest verwurzelte bäuerliche Mentalitäten. Obgleich die Bindung der Neubauern an ihr (nicht vollwertiges) Eigentum weniger stark war als die Fixierung der alteingesessenen Landwirte auf ihre Betriebe mit oft langer intergenerationeller Hoftradition, konnten sie sich der normativen Geltungsmacht bäuerlichen Statusbewußtseins ebensowenig entziehen wie der damit konstituierten sozialen Ungleichheit in den einzelnen Gemeinden. Obgleich sich vor allem in früheren Gutsdörfern auch neue Werte und Mentalitäten herausbildeten, setzte sich auch im „sozialistischen Dorf" weder strukturell noch kulturell eine umfassende Nivellierung durch. Vielmehr bestanden traditionale soziale Gegensätze zwischen unterschiedlichen Schichten und Statusgruppen fort. Besonders wirkungsmächtig blieben in den Dörfern zumindest bis zu den sechziger Jahren die deutlichen kulturellen Distinktionen, die das Alltagsleben imprägnierten und sich in sozialer Trennung und wechselseitiger Abgrenzung – so in Vereinen sowie auf Festen und Feiern – widerspiegelten. Restformen bäuerlicher Mentalität hielten sich aber nicht nur in Brandenburg, sondern sind in Dorfstudien auch für Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen nachgewiesen worden. Traditionale Wertorientierungen und Sozialbeziehungen wurden in den LPG durchaus aufgegriffen und ermöglichten über die Übergangsphase nach dem Abschluß der Kollektivierung hinaus die selektive Aneignung der Agrarpolitik durch die kollektivierten Bauern. Allerdings ging der Einfluß traditionaler Gemeinschaftsbeziehungen, Gewohnheiten und Mentalitäten auf dem Lande deutlich zurück, als der großflächige Zusammenschluß von Kollektivbetrieben seit den sechziger Jahren die Grenzen der Gemeinden sprengte, Wohnorte und Arbeitsplätze voneinander schied und die familiäre Arbeitsverfassung vollends auflöste. Die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion in den siebziger Jahren zerstörte schließlich den natürlichen Produktionszyklus in der Landwirtschaft. Obgleich der tiefgreifende Wandel, der sich in den letzten beiden Jahrzehnten vor der Wiedervereinigung Deutschlands in der DDR vollzog, noch umfassend zu untersuchen ist, sind die Auswirkungen dieses Prozesses kaum zu überschätzen.[24]

Insgesamt zeigt die Entwicklung der sozialen Beziehungen auf dem Lande in Brandenburg nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch, daß auch die Zwangsmodernisierung in der DDR

23 Becker, Dörfer, S. 217f.; 242, 246. Zum Stellenwert sozialer Netzwerke und traditionaler Werte in ländlichen Gemeinden auch: Ross, Constructing, S. 205. Exemplarisch zu Mecklenburg: Brauer/Ernst/Willisch, Landwirtschaft, S. 1348, 1355, 1359, 1361, 1367. Dagegen: Hanke, Sozialstruktur, S. 1170f.

24 Ähnliche Argumentation in: Langenhan, Weg, S. 263. Zur Wirkungsmacht traditionaler Werte und Gewohnheiten: Heike Müns, Volksbrauch, in: Bentzien/Neumann (Hg.), Volkskunde, S. 349–375, hier: S. 373; Brauer, Schatten, S. 494f.; ders./Willisch, Gewinner, S. 831, 833, 836, 839 (Anm. 9 u. 11); ders./Willisch/Ernst, Beziehungen, S. 738, 746. Zu Sachsen: John Eidson, Der lange Abschied. Breunsdorfer Bauern berichten über Landwirtschaft, Kohle und dörfliches Leben der letzten 50 Jahre, in: Sächsische Heimatblätter 44 (1998), S. 99–110, hier: S. 106, 108f.; Becker, Dörfer, S. 217, 246. Zu Thüringen: Humm, Weg, S. 319–321; Schier, Alltagsleben, S. 44f. Zum Stellenwert der Bodenreform für die Geschichte des Adels in Deutschland: Conze, Adel, S. 285f. Zur Beharrungskraft der bäuerlichen Mentalität: Kuntsche, Alltag, S. 24. Zum Besitz als Statuskriterium und zum Stellenwert soziokultureller Distinktionen auf dem Lande für Westdeutschland: Exner, Gesellschaft, bes. S. 444–448.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

der Traditionsbindung bedurfte. Nach einer umfassenden Enttraditionalisierung strebend, konservierte das SED-Regime in der ostdeutschen Gesellschaft durchaus überlieferte Werte, die von den Machthabern politisch funktionalisiert werden konnten. Die Traditionsbindung zeigt sich aber nicht nur in der Neigung zu illiberalen obrigkeitsstaatlichen Orientierungen anstelle von Herrschaftskritik und Gemeinschaftsbezug statt einer Präferenz von Pluralismus und Konflikt, sondern auch in Werten wie einem spezifischen Berufsstolz und Arbeitsethos, die Akteure auf dem Lande oft gegen die Konstruktions- und Umerziehungspolitik der Machthaber abschirmten. Damit blockierten Traditionen in der ländlichen Gesellschaft die Politik der Zwangsmodernisierung aber nicht dauerhaft, sondern federten den Prozeß soziokulturell ab, indem sie ihn in die Lebenswelten und in den Erfahrungshorizont der beteiligten Menschen „übersetzten". Auf ihrem spezifischen, holprigen Weg in die Moderne fungierten gesellschaftliche Traditionen in der DDR über Akteure insgesamt als Vermittlungsinstanzen, die Herrschaft erst in alltägliche Lebenswelten transformierten. Durch diese Anpassungsleistung, die das Verhalten lokaler Herrschaftsträger wie LPG-Vorsitzende und ABV kennzeichnete, ermöglichten diese den Umgestaltungsprozeß letztlich erst. „Vormoderne" Formen sozialer Integration entfalten so eine spezifische Funktionalität, auch wenn sie – wie oft in dörflichen Gemeinschaften – nur imaginiert und konstruiert waren. „Moderne" und „Tradition" sind deshalb analytisch ebensowenig als Polaritäten zu fassen wie „Herrschaft" und „Gesellschaft".[25]

Das Modernisierungskonzept westlicher Industriegesellschaften sollte deshalb nicht universalisiert und als Entwicklungsmodell und -ziel verabsolutiert werden. Eine flexible Konzeption, die eine Öffnung des Modernisierungsparadigmas ermöglicht und die Analyse *unterschiedlicher* Entwicklungspfade erlaubt, läßt demgegenüber zu, den spezifischen Weg sozialistischer Diktaturen in die Moderne in ihrem historischen Kontext zu rekonstruieren, ihre Bedingungen, Ambivalenzen, Widersprüche und Rückwirkungen zu untersuchen und die Dichotomie zwischen „Moderne" und „Tradition" aufzulösen. Traditionale Werte, Lebensformen und gesellschaftliche Beziehungen sind demnach dynamisch, denn sie werden fortlaufend angepaßt und konstruiert. Auch in tiefgreifenden Umbruchprozessen wirken sie damit als Transformationsbrücken. Eine historische Rekonstruktion divergierender Wege in die Moderne vermeidet insgesamt den evolutionären Universalismus und den teleologischen Reduktionismus der „klassischen" Modernisierungstheorien. Die Geschichte der DDR kann deshalb nicht umstandslos als Abweichung vom Modell westlicher Demokratien, besonders der Bundesrepublik, „exotisiert" werden. Demgegenüber ist im Hinblick auf die Analyse der

25 Neckel, Staatsorgan, S. 265. Für die DDR auch: Bauerkämper, Kaderdiktatur, S. 59–61, 65. Allgemein: Hans-Ulrich Wehler, Modernisierung und Modernisierungstheorien, in: ders., Umbruch und Kontinuität. Essays zum 20. Jahrhundert, München 2000, S. 214–250, hier: S. 233f., 236f., 240; Mergel, Geht es weiterhin voran?, S. 219, 229. Zur Spannung von „Traditionsabbruch und Traditionsbewahrung" in der DDR-Gesellschaft allgemein: Pollack, Widersprüchlichkeit, S. 126f. Zur Beharrungskraft illiberaler Werte in der DDR: Bernd Faulenbach, Überwindung des „deutschen Sonderweges"? Zur politischen Kultur der Deutschen seit dem Zweiten Weltkrieg, in: APZ, B 51/98, 11.12.1998, S. 11–23, hier: S. 17–21; ders., „Deutsche Sonderwege". Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über das deutsche historisch-politische Selbstverständnis, in: Comparativ 4 (1994), H. 1, S. 14–30, hier: S. 23f.; ders., Die DDR im Kontext der deutschen Geschichte, in: Rudolph/Wickert (Hg.), Geschichte, S. 243–256, hier: S. 250f.; ders., Politisches Verhalten im NS-System und im SED-System – Zur Frage von Kontinuität und Diskontinuität, in: Friedhelm Boll (Hg.), Verfolgung und Lebensgeschichte. Diktaturerfahrungen unter nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft in Deutschland, Berlin 1997, S. 267–284; Kocka, Sonderweg, S. 44f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft zu betonen, daß auch der Strukturwandel in Westdeutschland einen tiefen sozialen Umbruch herbeiführte und den bäuerlichen Familienbetrieb so weitgehend seiner ökonomischen Grundlage beraubte, daß er seit den siebziger Jahren weitgehend nur noch agrarpolitisches Leitbild war. Damit blieb er aber weiterhin eine wichtige Legitimationsgrundlage des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik mit seiner Marktwirtschaft gegenüber der kommunistischen Diktatur in der DDR. Die Ursachen und Merkmale des Strukturwandels der westdeutschen Landwirtschaft hoben sich insgesamt deutlich von dem politisch initiierten und gesteuerten Strukturbruch in der SBZ/DDR ab. Hier wurde das Privateigentum an Boden und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln faktisch beseitigt, dort dagegen gefestigt. Während in der Bundesrepublik die Einheit von Wohn- und Arbeitssphäre trotz der Herausbildung großer agro-industrieller Komplexe weitgehend gewahrt blieb, wurde sie im ostdeutschen Teilstaat schrittweise aufgehoben. Wie die Umwälzung der ländlichen Gesellschaft in der SED-Diktatur zeigt, kann der hier eingeschlagene Weg in die Moderne keinesfalls einlinig als „Fortschritt" definiert werden. Er schloß vielmehr Krisen und Rückfälle ebenso ein wie z.T. exzessive Gewaltanwendung. Zugleich war der Sprung der DDR in die „sozialistische" Moderne trotz der technizistisch-voluntaristischen Konzeption von mächtigen Traditionsbezügen gekennzeichnet, die durchaus ambivalent wirkten.[26]

Traditionsbindungen und Traditionalität bereiten den Weg aller Gesellschaften in die Moderne. In der DDR hatte das obrigkeitsstaatliche Konzept, gewaltsam den Sprung in eine neue Gesellschaftsformation herbeizuführen, den Traditionsrekurs bis zu den frühen sechziger Jahren aber gestärkt, indem einerseits illiberale, autoritäre Dispositionen genährt, andererseits jedoch auch die Herausbildung von Gegen-Identitäten gefördert wurde. So blieb der Rückzug auf traditionale Werte und kulturelle Distinktionen wie den Berufsstolz als früherer Bauer und die Bindung an die individuelle Hauswirtschaft zwar überwiegend vor- oder unpolitisch, verhinderte aber, daß die zuvor selbständigen Landwirte auf dem Lande völlig von der SED-Herrschaft übermächtigt und vereinnahmt wurden. In der kollektivierten Landwirtschaft und ländlichen Gesellschaft, die aus den Umbrüchen von 1945 bis zu den

26 Allgemein die Auseinandersetzung mit der Dichotomie von „modern" und „traditional" sowie mit der Konvergenzthese in: Göran Therborn, Die Gesellschaften Europas 1945–2000, Frankfurt/M. 2000, S. 19, 372, 376f., 379, 381. Die Grenzen der Universalisierbarkeit des westlichen Modernisierungsmodells werden auch betont in: Jürgen Kocka, Annäherung und Distanz. Historiker und Sozialwissenschaftler seit den fünfziger Jahren, in: Hettling/Nolte (Hg.), Nation, S. 15–31, hier: S. 20; Wehler, Modernisierung, S. 234. Dagegen wird an den „evolutionären Universalien" noch festgehalten in: Wolfgang Zapf, Modernisierung und Modernisierungstheorien, in: ders. (Hg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt/M. 1991, S. 23–39, hier: S. 34, 36. Vergleichend zur Landwirtschaft: Ulrich Kluge, Deutsche Agrarpolitik im 20. Jahrhundert zwischen Protektionismus und wirtschaftlicher Modernisierung. Ausklang des Agrarischen?, in: Münkel (Hg.), Abschied, S. 289–314, hier: S. 305–309. Überzogene Parallelisierung der agrarstrukturellen Entwicklung in West- und Ostdeutschland dagegen in: Bender, Ansätze, S. 198. Zum Wandel der westdeutschen Landwirtschaft als Überblicksdarstellungen: Paul Erker, Der lange Abschied vom Agrarland. Zur Sozialgeschichte der Bauern im Industrialisierungsprozeß, in: Frese/Prinz (Hg.), Zäsuren, S. 327–360; Karl H. Schneider, Der langsame Abschied vom Agrarland, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen, Hannover 1998, S. 133–160; Arnd Bauerkämper, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik in den 50er Jahren, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993 (Studienausgabe 1998), S. 188–200.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

frühen sechziger Jahren hervorgegangen waren und bis 1989 durch weitere politische Eingriffe umgewälzt wurden, erreichte das SED-Regime keine vollständige Entsubjektivierung. Neben Unterordnung und Anpassung konnten sich auf dem Lande in kleinen Räumen individuelles Engagement, soziale Partizipation und Formen der Gemeinschaftlichkeit halten, die sich gegen die Übermächtigung durch die kommunistische Diktatur sperrten. Obgleich diese Werte und Lebensformen durchaus ambivalent sind und oft auch ein antidemokratisches und illiberales Potential aufweisen, haben sie der Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur in ländlichen Gemeinden trotz der gravierenden Anpassungsprobleme seit 1990 offenbar einen nicht unbeträchtlichen Auftrieb verliehen. Andererseits festigten überlieferte Werte wie das Arbeitsethos ehemaliger Altbauern die neuen LPG und stabilisierten damit letztlich auf dem Lande die kommunistische Diktatur. Diese ambivalente Wirkung traditionaler Mentalitäten auf dem Lande läßt sich nicht unmittelbar auflösen, denn es kann keineswegs eindeutig und trennscharf zwischen herrschaftsstabilisierenden Mentalitäten und Wertorientierungen unterschieden werden, die der Diktatur des SED-Regimes entgegenwirkten,.

Insgesamt legt die Untersuchung des Wandels der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft eine Differenzierung des holistischen Paradigmas der Moderne nahe, so daß nicht nur ihre Ambivalenz, sondern auch unterschiedliche Wege und Ziele nachgezeichnet und erklärt werden können. Das Konzept, das lange an einem linearen, an westlichen Modellen orientierten Fortschrittsverständnis ausgerichtet war, wird durch eine weitere Historisierung voraussichtlich seinen universellen Erklärungsanspruch einbüßen, aber weiterhin wichtige Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung auch in kommunistischen Diktaturen bezeichnen, wenngleich viele politische Ziele illusionär waren und Utopien blieben.[27]

Ausblick: Neuer Umbruch der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft nach 1989/90

Nach dem Zerfall des SED-Regimes im Herbst 1989 und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 hat der Druck der tiefgreifenden Transformation auf dem Lande die politische Mehrdeutigkeit der Gemeinschaftsorientierung und die Zerbrechlichkeit der Netzwerkstrukturen demonstriert, die an die spezifischen Handlungsbedingungen und Rationalitätskriterien des Lebens in der kommunistischen Diktatur gebunden waren. Dörfliche Milieus wurden im Herbst 1989 erst spät von den Protesten gegen das SED-Regime erfaßt.[28] Mit dem abrupten Wandel der Agrarstruktur veränderte sich sprunghaft das Alltagsleben auf dem Lande, das bis 1989/90 noch weithin von den LPG als Erwerbs-, Sozial- und Kulturstätten geprägt worden war. 1989 hatten in der DDR mehr als

27 Zur Argumentation: Meyer, Lebenswelten, S. 312f., 315f., 326, 330. Allgemein: Mergel, Geht es weiterhin voran?, S. 216f., 229. Vgl. auch Stefan Hradil, Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotentiale und „Altlasten" in Ostdeutschland, in: APZ, B 20/95, 12.5.1995, S. 3–15, hier: S. 15. Zur Debatte nach dem politischen Umbruch: Klaus Müller, Nachholende Modernisierung? Die Konjunkturen der Modernisierungstheorie und ihre Anwendung auf die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften, in: Leviathan 19 (1991), S. 261–291 (dort auch weitere Literatur).

28 Erst im Januar 1990 kam es in der DDR auf dem Lande erstmals zu offenen Demonstrationen gegen die Agrarpolitik der Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow. Vgl. Ulrich Kluge, „Grüne Grenze" und „Rote Junker". Agrarpolitik am Ende der deutschen Teilung 1989/90, in: Hermann Schäfer (Hg.), Geschichte in Verantwortung. Fs. Hugo Ott, Frankfurt/M. 1996, S. 335–360, hier: S. 339.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

4.500 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften rund 82 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaftet. Ende 1991 waren die Produktionsgenossenschaften, die nicht kollabiert waren, nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz, das die Volkskammer der DDR am 29. Juni 1990 verabschiedet hatte, und der Novelle vom 7. Juli 1991 in neue Rechtsformen zu überführen. Die Betriebe, die zum Funktionswandel gezwungen waren, mußten unter hohem Kostendruck Kultur- und Sozialeinrichtungen schließen. Während die Produktivität der neuen Betriebe wuchs, ging die Zahl der Arbeitskräfte schon von 1989 bis 1993 von rund 850.000 auf 187.400 (22,0 Prozent des Ausgangsniveaus) zurück. Die Integration in den gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaft bzw. Europäischen Union erhöhte zugleich den Preisdruck und reduzierte die Produktion, die Quotenregelungen und der Stillegungs- bzw. Extensivierungspolitik unterworfen wurde. So gingen die Tierbestände deutlich zurück, bei Schweinen bis 1993 auf 32,9 und bei Schafen sogar auf 25,4 Prozent des 1989 registrierten Niveaus. Der Umbruch ermöglichte allerdings auch die Bildung neuer bäuerlicher Betriebe, die von „Wiedereinrichtern" oder „Neueinrichtern" geleitet werden. Da ihnen das erforderliche Kapital und Land fehlten, die Hoftradition im Generationswechsel unterbrochen und ihr Qualifikationsprofil oft zu eng war, blieb der Anteil der früheren LPG-Mitglieder, die eingebrachte Betriebe wieder einrichteten, aber gering.[29]

Die Unsicherheit, Unruhe und Konflikte, die der abrupte Umbruch auf dem Lande herbeiführte, wurden verstärkt durch die Diskussion über die Restitution des enteigneten Gutslandes und die Vermögensauseinandersetzung in den LPG und ihren Nachfolgebetrieben. Nach der „Gemeinsamen Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen" der Bundesregierung und dem Kabinett unter dem letzten Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière, vom 15. Juni 1990 und dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 waren Enteignungen, die auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (in der SBZ) durchgeführt worden waren, nicht mehr zu revidieren. Klagen enteigneter Gutsbesitzer, die damit von der Eigentumsrestitution ausgeschlossen waren, wurden im April 1991 und Mai 1996 vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen. Damit war die Debatte aber keineswegs beendet, denn die Aussagen hochrangiger deutscher Regierungsbeamter, daß Michail Gorbatschow in den Verhandlungen 1990 ein Junktim zwischen dem Restitutionsausschluß und der Zustimmung der sowjetischen Regierung zur Vereinigung Deutschlands vertreten habe, wurden von dem letzten Präsidenten der UdSSR selber zurückgewiesen und überdies von westdeutschen Spitzenpolitikern bezweifelt. Auch das im Herbst 1994 vom Bundestag verabschiedete Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz, das Bodenreformopfern den Rückerwerb ihres Landes von der Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) zu Vorzugskonditionen einräumt, konnte den Protest der geschädigten Gutsbesitzer oder ihrer Nachkommen kaum dämpfen. Demgegenüber bestanden die Leiter der Nachfol-

29 Bernhard Lageman, Strukturwandel der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, Teil 1: Wandel der betrieblichen Struktur und der Produktionsstruktur, in: RWI-Mitteilungen 43 (1992), S. 61–92, hier: S. 72f. Angaben nach: Hermann K. Kallfass, Der bäuerliche Familienbetrieb, das Leitbild für die Agrarpolitik im vereinten Deutschland?, in: Agrarwirtschaft 40 (1991) S. 305–313, hier: S. 306; Karl Eckart, Agrarpolitische Rahmenbedingungen und Ergebnisse des Agrarstrukturwandels, in: DA 27 (1994), S. 926–939, hier: S. 938f. Vgl. auch Hans Mittelbach, Zur Lage der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, in: APZ, B 33–34/95, 11.8.1995, S. 14–24. Zum Wandel des Rechtsstatus von Bodenreformland in der DDR: Sebastian Pries, Das Neubauerneigentum in der ehemaligen DDR, Frankfurt/M. 1994, S. 105–115.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

gebetriebe von LPG auf der Nutzung des Pachtlandes, das sie von der BVVG erhalten hatten, und frühere Neubauern fürchteten, daß ihnen ihr Land entzogen werden könnte.[30]

Noch schärfere Konflikte löste auf dem Lande vielerorts die Vermögensauseinandersetzung in den LPG aus, denen das Landwirtschaftsanpassungsgesetz das umfassende und dauerhafte Bodennutzungsrecht entzogen hatte. Mitglieder der Produktionsgenossenschaften konnten diese verlassen und eine Rückerstattung des von ihnen eingebrachten Vermögens verlangen. Die Betriebe, denen Übergangsfristen und Rechtsschutzgarantien eingeräumt wurden, boten „Wiedereinrichtern" aber vielfach nur Rand- und Ersatzflächen an, um ihre Großflächenwirtschaft zu erhalten. Dieser Streit, der durch Betrugsvorwürfe in vielen Gemeinden in den frühen neunziger Jahren eskalierte und die sozialen Beziehungen nachhaltig beeinträchtigt hat, verschärfte sich durch aufsehenerregende Presseberichte. So sind ehemalige LPG-Vorsitzende, die vielfach auch die Geschäftsführung der Nachfolgebetriebe übernommen haben, von früheren Mitgliedern der Kollektivbetriebe der Bilanzfälschung bezichtigt worden, um die ausgetretenen Bauern so gezielt um ihre Anteile zu betrügen. Der Agrarpolitik und dem Deutschen Bauernverband wurde dabei sogar eine Mitverantwortung für die Aneignung von Land durch die „roten Junker" bei der Überführung von „Junkerland in Bonzenhand" zugewiesen. Demgegenüber haben Agrarexperten aber hervorgehoben, daß in dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz vom 29. Juni 1990 die Verwendung des Vermögens der Produktionsgenossenschaften nicht eindeutig geregelt und damit auch die rechtlichen Ansprüche der LPG-Mitglieder nicht festgelegt worden waren. Dieses Regelungsdefizit führte zu einer improvisierten Überführung der LPG in Agrargenossenschaften und Kapitalgesellschaften, begünstigte Übervorteilung und ließ Korruption zu. Auch wegen der knappen Übergangsfristen, die in der Novelle des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes vom 7. Juli 1991 festgelegt worden waren, konnten die überwiegend hochqualifizierten und flexiblen Führungskräfte in den LPG im politischen Umbruch und in der sozioökonomischen Transformation auf dem Lande die Initiative an sich reißen.[31]

---

30 Gernot Biehler, Die Bodenkonfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 nach Wiederherstellung der gesamtdeutschen Rechtsordnung, Berlin 1994, bes. S. 33–39, 77–101, 157–172, 185–193, 249–252; Stefan von der Beck, Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949. Ein Beitrag zu Geschichte und Rechtsproblemen der Enteignungen auf besatzungsrechtlicher und besatzungshoheitlicher Grundlage, Frankfurt/M. 1996, bes. S. 65–81, 203–255, 309–334; Jens Wagner, Rückgabe und Entschädigung von konfisziertem Grundeigentum. Aktuelle Verfassungsrechtsfragen der Bodenreform in der SBZ, Baden-Baden 1995; Roman Herzog, Das Bodenreform-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in: Bruno J. Sobotka (Hg.), Burgen, Schlösser, Gutshäuser in Mecklenburg-Vorpommern, Stuttgart 1993, S. 141–148; Hans-Hermann Lochen, Grundlagen der Enteignungen zwischen 1945 und 1949, in: DA 24 (1991), S. 1025–1038. Zur Debatte auch die Beiträge in: Bruno Sobotka (Hg.), Wiedergutmachungsverbot? Die Enteignungen in der ehemaligen SBZ zwischen 1945 und 1949, Mainz 1998. Zusammenfassend: Arnd Bauerkämper, Der Kampf um den Boden in den neuen Bundesländern. Die Debatte über die Restitution des Bodenreformlandes und die Privatisierung der Agrarwirtschaft seit 1989/90, in: Revue d'Allemagne 31 (1999), Nr. 1, S. 57–73, hier: S. 60–70.

31 Zitiert nach dem Bericht in: Der Spiegel, Nr. 24, 12.6.1995, S. 138. Vgl. auch Der Spiegel, Nr. 25, 19.6.1995, S. 84–86. Überblick dazu in: Kluge, „Grüne Grenze", S. 345, 357f. Dagegen: Joachim Lieser, Umstrukturierung der ostdeutschen Landwirtschaft. Erfahrungen eines Experten, in: DA 28 (1995), S. 831–835. Zu den Führungspersonen in den LPG: Andreas Kurjo, Macht- und Entscheidungsträger der Agrarpolitik in der ehemaligen DDR, in: Merl/Schinke (Hg.), Agrarwirtschaft, S. 79–81, hier: S. 79, 81.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

In dem umstürzenden Transformationsprozeß gewannen gesellschaftliche Beziehungsnetze, die zuvor auch Funktionsmängel des Herrschaftssystems kompensiert und der kommunistischen Diktatur im Alltagsleben in den Dörfern praktische Geltung verliehen hatten, auf dem Lande erneut einen bis zur Gegenwart andauernden Einfluß. Im Gegensatz zu den Industriebetrieben sticht in der Agrarwirtschaft und in ländlichen Gemeinden die ausgeprägte Elitenkontinuität hervor, besonders in den Nachfolgebetrieben der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. So konnten in den umgewandelten LPG viele frühere Vorsitzende ihre Leitungsposition behaupten, so daß sie bis zur Gegenwart als Geschäftsführer der neuen Kapitalgesellschaften oder eingetragenen Genossenschaften arbeiten. In diese Betriebe wurde auch der für die landwirtschaftlichen „Kader" des SED-Regimes kennzeichnende Betriebsegoismus transferiert. Insgesamt blieb ein umfassender Wechsel der Führungspersonen in den agrarischen Großbetrieben offenbar weitgehend aus. So hatte die Leitung von Agrargenossenschaften in Sachsen-Anhalt in den frühen neunziger Jahren nur in einem Drittel der Unternehmen gewechselt. Selbst 82 Prozent der neuen Betriebsleiter hatten zuvor Vorständen von LPG angehört.[32]

In Brandenburg verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft schon von 1989 bis 1994 drastisch von 209.600 auf 49.500 (23,6 Prozent der 1989 registrierten Zahl). Die Entlassung von Beschäftigten, die nur z.T. Vorruhestandsregelungen in Anspruch nehmen konnten oder durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgefangen wurden, traf besonders Frauen, ältere LPG-Mitglieder sowie un- und angelernte Arbeitskräfte in der landwirtschaftlichen Kernproduktion, während viele Erwerbstätige, die in den Produktionsgenossenschaften handwerkliche oder verwaltungstechnische Tätigkeiten ausgeübt hatten, ihren sozialen und beruflichen Status halten konnten, indem sie in der gewerblichen Wirtschaft eine neue Arbeitsstelle annahmen. Dagegen sank die Zahl der weiblichen Beschäftigten in der brandenburgischen Agrarwirtschaft allein von 1989 bis Ende 1992 auf ein Fünftel (von 65.000 auf rund 13.000). Während sich die Arbeits- und Flächenproduktivität der landwirtschaftlichen Betriebe in den neuen Bundesländern schnell dem Durchschnittswert näherte, der in Deutschland in den frühen neunziger Jahren insgesamt verzeichnet wurde, weist die Agrarstruktur in der vereinten Republik markante Unterschiede auf. In den Gebieten westlich von Elbe und Saale herrschen weiterhin bäuerliche Familienbetriebe vor; demgegenüber bewirtschafteten in den neuen Bundesländern Großbetriebe, die nach ihrer Rechtsform juristische Personen waren, Ende 1994 noch knapp 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Durchschnittsgröße der Agrarbetriebe betrug in den neuen Ländern 195,0 ha, in Westdeutschland dagegen nur 21,5 ha. Der Flächenanteil juristischer Personen war in Regionen, die tiefgreifend von der Kollektivierung erschüttert worden waren, überdurchschnittlich hoch. So verfügten diese Betriebe, die ihr Land überwiegend von der BVVG gepachtet haben und in vielen ländlichen Gemeinden weiterhin wichtige Arbeitgeber sind, im ostbrandenburgischen Kreis Märkisch-Oderland im Herbst 1995 über 69,0 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Im vereinten Deutschland werden die Folgen der Bodenreform weiterhin heftig diskutiert, und die Kollektivierung hat die traditionale Teilung der Agrarstruktur fortgeschrieben, die noch gegenwärtig vor allem in der unterschiedlichen Betriebsgrößenstruktur in den alten und neuen Bundesländern sichtbar ist. Die

32 Lutz Laschewski, Von der LPG zur Agrargenossenschaft. Untersuchungen zur Transformation genossenschaftlich organisierter Agrarunternehmen in Ostdeutschland, Berlin 1998, S. 131, 203. Zur Debatte über die Kontinuität des Führungspersonals im Rechtsformenwechsel und im organisatorischen Übergang von den LPG zu ihren Nachfolgebetrieben: Kluge, „Grüne Grenze", S. 345, 357f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Zwangsmodernisierung, mit der das SED-Regime säkulare Modernisierungstrends politisch auflud und radikalisierte, hatte die intergenerationellen Hoftraditionen in Guts- und Bauerndörfern in der SBZ/DDR weitgehend ausgelöscht. Gesellschaftskonstruktion und Herrschaftsaneignung führten in der kommunistischen Diktatur zu neuen Rahmenbedingungen, die auch nach dem Ende des SED-Regimes das Leben auf dem Lande weithin nachhaltig beeinflussen.[33]

33 Zu den Angaben: Panzig, „Wende", S. 175; Hans Luft, Entwicklung der ostdeutschen Landwirtschaft, in: DA 29 (1996), S. 422–428, hier: S. 426f.; ders., Landwirtschaft Ost kontra Treuhandmodell, Berlin 1997, S. 97. Vgl. auch Claudia Neu, Was wurde aus den Mitgliedern der LPGen? Wege beruflicher und sozialer Mobilität von ehemaligen Genossenschaftsbauern, in: Pro Regio, H. 18–19/1996, S. 41–47, hier: S. 45; dies., Wo sind sie geblieben? Zur beruflichen Mobilität ehemaliger Genossenschaftsbauern, in: BISS public 18 (1996), S. 101–110, hier: S. 104–108; Sabine J. Kryszon, Kein Land in Sicht? – Massenarbeitslosigkeit und soziale Lage in den „neuen" ländlichen Räumen, in: Pro Regio 17/1995, S. 19–23.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabellen

Tabelle 1:
Sozialstruktur der Bodenkommissionen in Brandenburg, 1. Januar 1947

Politische Zugehörigkeit	Zahl der Kommissionen	Gesamtzahl der Mitglieder	Die Mitglieder verteilen sich auf		
			Landlose Bauern	Landarme Bauern	Umsiedler
Im Land	1.709	9.446			
davon SED	-	5.476	1.693	1.594	1.037
CDU	-	216	72	85	16
LDP	-	133	26	59	24
Parteilose	-	3.621	720	1.439	764

Quelle: BLHA, Rep. 350, Nr. 873 (Liegenschaftsstatistik v. 1.1.1947).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 2:
Enteignete Betriebe in Brandenburg, 1. Juli 1948

	Zahl der Objekte	Fläche	
		insgesamt (in ha)	davon Acker (in ha)
1. aus Privatbesitz: a) unter 100 ha b) über 100 ha	 793 1.675	 23.516 710.046	 15.123 311.485
2. landwirtschaftlicher Besitz des Staates, Flug- und Übungsplätze usw.	212	76.334	31.811
3. Ländereien von privaten und öffentlichen Siedlungs- und Spekulationsgesellschaften, Nazi-Instituten usw.	39	7.979	3.006
4. Staatswälder und Forsten	142	37.888	1.506
5. Sonstiger Grundbesitz	192	36.188	8.988
Summe	3.053	891.951	371.919

Quelle: BLHA, Rep. 350, Nr. 873 („Gesamt-Statistik der Bodenreform", 1.7.1948, S. 1).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 3:
Verteiltes Land in Brandenburg, 1.7.1948

Bodenempfänger	Zahl der Eigentümer	verteilte Fläche	
		insgesamt (in ha)	davon Acker (in ha)
a) landlose Bauern und Landarbeiter	27.592	207.431	128.981
b) landarme Bauern	21.127	78.424	32.124
c) Umsiedler	23.858	198.909	130.428
d) Kleinpächter	8.319	11.679	6.070
e) nichtlandwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte	21.881	27.545	14.386
f) Waldzulagen an Altbauern mit 5-15 ha	8.203	19.168	264
Summe	110.980	543.156	312.253

Quelle: BLHA, Rep. 350, Nr. 873 („Gesamt-Statistik der Bodenreform", 1.7.1948, S. 2).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 4:
Regionale Verteilung der enteigneten Betriebe mit jeweils über 100 ha und der Neubauern in Brandenburg 1949

Land- bzw. Stadtkreis	enteignete Betriebe über 100 ha	angesetzte Neubauern
Westprignitz	93	2.317
Wittenberge (StK)	1	5
Ostprignitz	176	4.248
Ruppin	137	4.118
Westhavelland	109	3.247
Brandenburg (StK)	1	8
Rathenow (StK)	3	9
Belzig	111	1.597
Niederbarnim	40	1.432
Beeskow-Storkow	58	1.754
Teltow	37	897
Osthavelland	64	1.960
Prenzlau	164	6.181
Templin	100	3.575
Angermünde	76	3.365
Oberbarnim	68	3.356
Eberswalde (StK)	-	-
Lebus	118	4.877
Frankfurt/Oder (StK)	4	325
Guben-Stadt (StK)	-	-
Guben-Land	22	704
Cottbus-Stadt (StK)	-	-
Cottbus-Land	40	929
Forst (StK)	1	82
Spremberg	26	971

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Calau	60	1.825
Lübben	39	915
Luckau	54	1.558
Luckenwalde	70	1.310
Potsdam (StK)	2	191
gesamt	1.674	51.756

StK = Stadtkreis

Quelle: BLHA, Rep. 208, Nr. 4363, Bl. 8.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 5:
Agrarstruktur auf dem Territorium der SBZ 1939, 1946 und 1951

Größenklassen	Betriebe (%)	Betriebsfläche (%)	Landw. Nutzfläche (%)	Ackerfläche (%)
Betriebszählung 1939				
0,5-1 ha	20,7	1,5	1,3	1,1
1-5 ha	35,3	8,8	7,8	6,8
5-10 ha	16,4	10,5	10,6	10,2
10-20 ha	16,6	19,5	21,1	21,2
20-50 ha	8,5	20,8	22,5	22,5
50-100 ha	1,4	9,2	8,4	8,6
100 ha u. mehr	1,1	29,7	28,3	29,6
Betriebszählung 1946				
0,5-1 ha	18,4	1,9	1,6	1,4
1-5 ha	26,1	9,8	8,1	7,2
5-10 ha	31,6	25,1	27,6	29,0
10-20 ha	15,9	23,9	25,8	26,0
20-50 ha	6,8	22,2	24,0	23,8
50-100 ha	1,0	8,1	7,7	7,7
100 ha u. mehr	0,2	9,0	5,2	4,9
Bodennutzungserhebung 1951				
0,5-1 ha	21,8	3,0	2,0	1,7
1-5 ha	25,1	12,4	8,8	7,5
5-10 ha	31,7	29,5	31,4	32,6
10-20 ha	15,2	25,8	27,4	27,5
20-50 ha	5,5	19,6	21,4	21,5
50-100 ha	0,6	4,7	4,6	4,7
100 ha u. mehr	0,1	5,0	4,4	4,3

Quelle: BArch, DK-1, Nr. 8620, Bl. 25.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 6:
Anteile der Betriebsgrößengruppen an der Gesamtzahl der Betriebe und an der gesamten Betriebsfläche in der Provinz Brandenburg, 1939 und 1946 (in Prozent)

Betriebsgrössenklassen	Zahl der Betriebe in Prozent aller Betriebe		Anteile an der gesamten LN	
	1939	1946	1939	1946
0,5 – 5 ha	51,9	42,0	7,7	9,4
5 – 50 ha	45,1	56,5	53,1	75,9
über 50 ha	3,0	1,5	39,2	14,7

Quelle: Arnd Bauerkämper, Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg. Wandel und Beharrung in der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft 1945, in: Werner Stang (Hg.), Brandenburg im Jahr 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 285 (BArch, DK-1, Nr. 7375, Bl. 105f.).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 7:
Viehbestand der Bodenempfänger in Brandenburg, 1. Juli 1948

Art der Tiere	Landlose Bauern	Umsiedler	Landarme Bauern	Kleinpächter	Arbeiter u. Angestellte	Lehr- u. Zuchtgüter	VdgB	Sonstige	Summe
Pferde									
a)Arbeitspferde über 2 Jahre	9192	10244	8735	509	1660	767	79	638	31824
Rindvieh									
a) Milchkühe	13668	14736	17319	1135	2721	692	113	733	51117
b) Zuchtbullen	119	146	100	3	17	44	136	26	591
c) sonst. Rinder	19534	22548	22928	968	3343	2163	109	1370	72963
Schweine									
a) Zuchtsauen	3445	3123	3197	181	684	430	3	225	11288
b) Zuchteber	81	46	57	3	10	49	37	8	291
c) sonst. Schweine	22898	22561	24521	1703	6091	1030	15	1179	79998
Geflügel	128408	127580	137127	20736	69341	1187	860	20224	505463

Quelle: BLHA, Rep. 350, Nr. 873 („Gesamt-Statistik der Bodenreform", 1.7.1948).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 8:
Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte der Bodenempfänger in Brandenburg, 1. Juli 1948

Art d. Maschinen bzw. Geräte	Landlose Bauern	Umsiedler	Landarme Bauern	Kleinpächter	Arb. u Angestellte	Lehr- u. Zuchtgüter	VdgB	Sonstige	Summe
Schlepper	82	76	86	2	24	79	750	40	1139
Anhängepflüge	69	90	148	2	8	153	1278	56	1804
Dreschmaschinen	361	128	3460	26	36	58	1125	192	5386
Garbenbinder	110	83	345	-	20	177	1253	83	2071
Lokomobile	11	-	14	-	-	33	243	17	318
Elektromotoren	541	243	4127	59	89	236	1563	283	7139
Pferdepflüge	9789	10322	12010	712	1942	420	442	841	36478
Eiserne Eggen	8629	8210	11560	795	1629	336	460	704	32323
Kultivatoren	1060	838	2366	129	194	118	464	196	5365
Häufelpflüge	4402	3680	7664	464	911	152	220	389	17882
Drillmaschinen	441	336	1879	46	101	92	1003	152	4050
Gras-Mähmaschinen	626	541	1924	44	141	125	916	158	4475
Pferderechen	621	505	1321	35	123	99	798	150	3652
Kartoffelroder	274	254	1531	22	78	86	782	122	3149
Wagen u. Anhänger	8429	8795	12296	719	1572	399	604	655	33469

Quelle: BLHA, Rep. 350, Nr. 873 („Gesamt-Statistik der Bodenreform", 1.7.1948).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 9:
Bedarf und Bautätigkeit in Brandenburg, 1.10. 1945 - 1.7.1948

	Wohngebäude	Stallungen	Scheunen
Bedarf seit 1.10.1945	28.288	27.152	27.533
davon am 1.7.1948 beendet	1.403	845	466

Quelle: BLHA, Rep. 350, Nr. 873 („Gesamt-Statistik der Bodenreform", 1.7.1948, S. 8).

Tabelle 10:
Umwandlung der ÖLB in LPG im Bezirk Potsdam 1954/55

Kreis	umgebildet 1954 (%)	umgebildet 1955 (%)
Brandenburg St.	13,7	0
Belzig	81,0	46,3
Brandenburg	70,8	75,8
Gransee	96,3	50,0
Jüterborg	20,0	52,5
Königswusterhausen	56,2	38,8
Kyritz	68,3	19,3
Luckenwalde	71,4	34,6
Nauen	61,9	77,3
Neuruppin	73,8	11,0
Potsdam	70,6	59,4
Pritzwalk	62,0	64,4
Oranienburg	55,6	12,0
Rathenow	67,7	42,6
Wittstock	78,5	79,6
Possen	53,0	46,2
Bezirk	66,4	46,7

Quelle: BArch, DK-1, Nr. 6040, Bl. 7.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 11:
Ortsvereinigungen und Mitglieder der VdgB in Brandenburg, Januar 1947

	Zahl der				
Kreise	Gemeinden	Landwirt. Betriebe	Ortsver-einigungen VdgB	Mitglieder VdgB	Anteil der Mitglieder an d. Zahl d. Betriebe in Prozent
Westprignitz	142	11.685	135	5.000	43
Ostprignitz	142	13.024	130	3.500	27
Ruppin	146	16.597	142	4.200	25
Westhavelland	84	11.959	81	3.000	25
Belzig	154	21.848	147	5.200	24
Branden-burg/Havel	-	5.301	1	72	1,4
Wittenberge	-	1.596	-	-	-
Niederbarnim	81	58.521	78	2.000	3,4
Beeskow-Storkow	109	11.328	109	4.009	35
Teltow	113	43.888	55	1.350	3
Osthavelland	67	22.724	66	5.150	14
Prenzlau	128	11.672	130	9.000	77
Templin	82	8.153	57	1.723	21
Oberbarnim	99	15.687	103	4.000	25
Lebus	123	15.900	108	2.200	13
Angermünde	89	11.456	69	2.598	22
Eberswalde	-	2.959	-	-	-
Frankfurt/Oder	-	6.035	10	300	5
Guben	53	8.141	53	1.200	15
Cottbus	114	15.863	9	4.600	29
Forst	-	3.762	-	-	-
Spremberg	42	7.645	41	1.450	19
Calau	132	17.658	106	3.566	20
Lübben	78	5.553	76	1.800	32
Lucken	146	12.157	128	3.800	31
Luckenwalde	116	8.192	35	2.000	24
Potsdam	-	9.767	17	190	1,9
Insgesamt	2.240	380.105	1.976	69.908	18

Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/276, Bl. 150.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 12:
Sozial- und Berufsstruktur der Orts- und Kreisausschüsse der VdgB in Brandenburg 1948/49

	Beruf (%)				Betriebsgrößen in ha (%)							
	Alt-bau-er	Neu-bau-er	Gärt-ner	Sonst.	ohne Land	bis 0,5	0,5-2	2-5	5-10	10-20	20-50	über 50
1948	52,5	38,3	0,9	8,3	7,8		13,6		32,5	31,4	12,7	2,0
1949	49,9	39,2	2,1	8,8	5,2	2,2	4,4	11,2	36,6	28,0	11,0	1,4

Quelle: BLHA, Rep. 201, Nr. 409, Bl. 1.

Tabelle 13:
Mitglieder der Genossenschaften in den Kreisen Brandenburgs 1950

	Ohne Land	Ohne Land (%)	- 0,5 ha (%)	0,5-10 ha (%)	5-10 ha (%)	10-15 ha (%)	15-20 ha (%)	20-50 ha (%)	Über 50 ha (%)	Insg. (%)
Stadtkreise:										
Branden-burg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Potsdam	299	31,0	15,3	30,3	12,1	5,1	5,1	1,0	0,1	1,2
Landkreise:										
Anger-münde	589	10,8	4,1	10,3	43,8	12,8	8,8	8,4	1,0	6,5
Cottbus	454	7,8	9,9	44,6	27,8	7,4	1,9	0,6	0,0	7,0
Frankfurt	457	15,7	16,7	21,1	18,1	10,8	8,0	8,6	1,0	3,5
Fürsten-walde	461	15,2	13,2	23,9	23,3	11,9	7,0	5,2	0,3	3,6
Luckau	283	13,5	8,4	22,3	33,1	12,8	6,0	3,7	0,2	2,5
Lucken-walde	124	9,3	1,3	15,1	41,0	14,4	6,9	10,5	1,5	1,6
Lübben	189	4,9	5,1	27,3	40,5	11,7	5,5	5,0	0,0	4,6
Nieder-barnim	383	22,8	6,2	10,8	27,8	13,6	3,0	14,2	1,6	2,0
Ober-barnim	1192	27,3	1,7	7,2	40,4	12,4	5,2	5,6	0,2	5,2
Osthavel-land	1027	26,4	6,8	13,5	28,7	5,7	5,6	11,1	2,2	4,7
Ostprig-nitz	-	-	7,7	13,1	38,4	14,0	13,9	11,6	1,3	7,2
Prenzlau	462	8,5	1,2	4,1	57,2	14,1	5,7	7.0	2,2	6,5
Ruppin	720	13,5	5.-	13,3	35,2	12,5	9,2	10,5	0,8	6,4
Seelow	532	12,9	5,6	13,7	39,6	11,8	7,0	8,5	0,9	5,0

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Senften-berg	137	8,7	10,7	26,3	38,5	11,9	2,8	1,0	0,1	1,9
Sprem-berg	104	5,9	5,3	48,0	32,2	5,5	2,3	0,8	-	2,1
Teltow	603	20,4	3,6	21,7	27,3	8,7	9,8	8,5	0,0	3,5
Templin	135	4,5	3,6	17,6	43,9	17,0	6,4	6,6	0,4	3,6
Westha-velland	514	13,2	4,3	9,7	38,5	15,5	6,9	10,0-	1,9	4,7
Westprig-nitz	1089	15,2	5,9	12,8	27,4	15,5	10,3	12,0	0,9	8,6
Zauch-Belzig	1217	18,2	11,9	25,5	26,2	7,5	4,2	6,0	0,5	8,1
Gesamt	10971	13,2	6,7	18,3	34,7	11,8	6,9	7,6	0,8	100

Quelle: SAPMO-BArch, DY 19/1458, Bl. 30f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 14:
Parteizugehörigkeit der VdgB-Mitglieder in den Kreisen Brandenburgs, Dezember 1949 (Angaben in Prozent)

	Insges.	SED	CDU	LDP	DBD	NDP	ptl.
Stadtkreise:							
Brandenburg	198	12,6	1,5	0,5	-	-	85,4
Potsdam	1155	41,4	2,9	0,6	1,9	-	53,2
Landkreise:							
Angermünde	4692	30,9	3,8	0,2	0,9	0,0	64,2
Cottbus m. Stadtkr. Forst	5845	24,4	4,7	2,0	1,4	0,0	67,5
Frankfurt m. Stadtkr. Frankf.	2369	22,9	2,0	1,0	0,7	0,0	73,4
Fürstenwalde	4800	24,4	0,3	0,8	0,4	0,1	74,0
Lucken	5267	17,5	1,1	0,8	0,9	-	79,7
Luckenwalde	4892	11,4	2,3	0,5	4,1	-	81,7
Lübben	2660	12,6	1,6	2,4	0,3	-	83,1
Niederbarnim	4111	7,4	2,2	0,2	-	-	90,2
Oberbarnim m. Stadtkr. Ebersw.	5232	25,8	6,9	1,4	2,1	-	63,8
Osthavelland	4521	31.-	1,7	1,3	3,2	0,0	62,8
Ostprignitz	6136	25,6	5,9	1,5	1,4	-	65,6
Prenzlau	7227	44,8	1.-	0,3	1,2	-	52,7
Ruppin	6505	29,4	2,8	1,3	1,8	0,7	64.-
Seelow	7197	47.-	1,3	1,5	2,8	-	47,4
Senftenberg	5471	25,1	2,2	0,5	0,2	-	72.-
Spremberg	2624	30,6	0,9	0,2	3,7	-	64,6
Teltow	4113	16,5	2.-	1,5	0,4	-	79,6
Templin	4395	35,1	5.-	2.-	4,1	0,3	53,5
Westhavelland	4654	27,5	1.-	1,7	0,1	0,1	69,6
Westprignitz m. Stadtk.Wittenberge	6009	25,0	3,5	2,0	-	-	69,5
Zauch-Belzig	9115	19,2	2,4	1,0	1,6	0,0	75,8
Gesamt	109188	26,5	2,7	1,1	1,5	0,1	68,1

Quelle: SAPMO-BArch, DY 19/1458, Bl. 29.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 15:
Parteizugehörigkeit von Mitgliedern der Ortsvorstände und Revisionskommissionen der VdgB (BHG) im Bezirk Frankfurt (Oder), 25. November 1954 – 31. Januar 1955 (Angaben in Prozent)

Partei	Vorstandsmitglieder		Mitglieder der Revisionskommissionen	
Stand:	31.1.55	25.11.54	31.1.55	25.11.54
SED	26,9	35,9	20,2	27,9
DBD	19,9	20,5	15,0	13,5
CDU	2,8	2,4	1,2	1,8
LDP	1,2	2,1	1,5	1,5
NDPD	0,2	0,6	1,2	1,2
Parteilos	49,9	38,5	66,2	54,1

Quelle: BLHA, Rep. 730, Nr. 235 (Vorlage v. 4.2.1955).

Tabelle 16:
Maschinenbestand der MTS im Bezirk Potsdam, 1953-1960

Jahr	Anzahl der MTS	Traktoren	Pflüge	Drillmaschinen	Mähdrescher	Kartoffelkombines	Rübenkombines
1953	50	2142	2069	351	34	-	-
1954	51	2736	2069	417	86	7	5
1955	51	3287	2553	640	159	30	5
1956	52	3456	2602	846	375	168	5
1957	53	3488	2726	952	418	233	19
1958	52	3969	3027	1077	448	320	63
1959	54	4073	3241	1482	514	658	132
1960	54	1072	758	308	139	839	158

Quelle: Manfred Uhlemann u.a., Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam 1952-1961. Erinnerungsberichte, Statistiken, Chronik, Karten, Bilder, Abriß. Ein Beitrag zur Parteigeschichte, hg. von der SED-Bezirksleitung Potsdam, Potsdam 1977, S. 67.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 17:
Wirtschaftliche Entwicklung der Volkseigenen Güter im Bezirk Potsdam, 1957–1961

	1957	1958	1959	1960	1961
Viehbesatz je 100 ha LN					
Rinder	44,1	55,9	68,5	79,6	81,1
davon Kühe	16,4	18,8	22,7	27,7	31,2
Schweine	181,2	171,6	171,5	163,6	173,6
davon Sauen	11,5	12,7	12,2	13,9	14,6
Legehennen	66,0	86,6	78,1	86,2	131,8
Zahl der VEG	72	70	71	72	72
LN	35.147	37.869	37.642	41.337	44.652
Marktproduktion kg/ha LN (ohne Zucht- und Nutzvieh)					
Lebendvieh ohne Schwein	50,4	41,6	63,2	72,9	69,6
Schlachtschweine	177,0	173,7	178,9	145,9	147,0
Geflügelfleisch	2,3	3,0	5,2	9,7	10,1
Milch	283,1	333,9	527,0	670,9	796,7
Eier	67	80	70	105	146
Arbeitsproduktivität					
Je Produktionsarbeiter (DM)	11.784	13.295	14.592	16.468	16.639

Quelle: BLHA, Rep. 530, Nr. 1542 (Statistik v. 11.7.1961).

Tabelle 18:
Beschäftigte in VEG in Brandenburg, 31. Mai 1951

Beschäftigte in der Produktion insgesamt	10.045
Davon:	
Produktionsarbeiter	7.846
Technisches Personal	468
Kaufmännisches Personal	295
Hilfspersonal	202
Lehrlinge	1.118
Nicht in der Produktion beschäftigte	602
Beschäftigte insgesamt	10.647
Darunter Saisonarbeiter	788

Quelle: BLHA, Rep. 332, Nr. 635, Bl. 143.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 19:
Entwicklung der LPG in der DDR, 1952-1956

	LPG	Darunter			LN (in ha)	Mitglieder
		Typ I	Typ II	Typ III		
2. 9.1952	383	-	-	-	32.327	-
31.12.1952	1.906	1.649	91	166	218.000	37.000
30. 6.1953	5.074	3.149	209	1.716	882.500	146.900
31.12.1953	4.691	2.596	169	1.926	754.300	128.600
31.12.1954	5.120	1.917	143	3.060	931.400	158.400
15.11.1955	6.047	1.303	92	4.652	1.279.200	196.946
31.12.1956	6.281	944	77	5.260	1.500.686	219.599

Quelle: Dieter Schulz, Probleme der sozialen und politischen Entwicklung der Bauern und Landarbeiter in der DDR von 1949 bis 1955, Diss. A, Humboldt-Universität Berlin 1984 (MS.), S. 244.

Tabelle 20:
Entwicklung der LPG in der DDR, 1957/58

	LPG	Mitglieder	LN (in ha)	Anteil an der LN (%)
30. 6.1957	6.295	222.177	1.562.400	24,2
31.12.1957	6.691	229.026	1.926.796	25,2
30. 6.1958	8.069	281.041	1.631812	29,9
31.12.1958	9.637	352.938	2.386.020	37,0

Quelle: Dieter Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln". Die DDR in der SED-Politik des ökonomischen Wettbewerbs mit der Bundesrepublik von 1956 bis 1961, Berlin 1994, S. 25.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 21:
LPG in den Kreisen des Bezirks Potsdam, 31. Dezember 1957

	Anzahl LPG	Mitglieder insg.	Betriebe	LNF/ha genossenschaftliche Nutzung	LNF/ha individuelle Nutzung	In Prozent zum Kreis
Stadtkreise:						
Brandenburg	2	24	13	291	-	
Potsdam						
Landkreise:						
Belzig	28	679	208	5.352	238	13,3
Brandenburg	38	1.463	612	11.352	454	24,6
Gransee	44	1.628	863	14.060	511	32,9
Jüterborg	50	1.097	467	10.850	372	26,3
Königs Wusterhausen	24	602,-	297	4.033	127	17,9
Kyritz	54	2.104	1.097	17.776	530	30,4
Luckenwalde	25	591	229	3.617	224	15,7
Nauen	43	2.995	1.207	23.315	800	42,5
Neuruppin	70	2.378	1.235	21.207	719	34,3
Oranienburg	30	1.111	452	10.800	361	28,3
Potsdam-Land	36	845	349	5.952	292	17,4
Pritzwalk	69	2.821	1.238	22.215	834	40,5
Rathenow	45	1.728	757	16.365	419	37,5
Wittstock	29	1.361	719	11.282	340	39,6
Zossen	21	612	259	4.797	150	14,3
Gesamt:	608	22.039	9.984	183.249	6.371	29,0

Quelle: BLHA, Rep. 530, Nr. 1395 (Tabelle v. 31.12.1957).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 22:
Verteilung der LPG auf die Gemeinden in den Kreisen des Bezirks Potsdam, Juli 1960

Kreis:	Anzahl der Gemeinden				
	Mit 1 LPG	2 LPG	3 LPG	4 LPG	5 u. mehr LPG
Belzig	16	23	19	3	2
Brandenburg-Land	17	30	6	1	1
Gransee	16	23	8	-	1
Jüterbog	24	18	7	2	1
Königs-Wusterhausen	21	25	8	1	-
Kyritz	19	19	15	8	2
Luckenwalde	15	28	2	-	-
Nauen	20	13	4	1	1
Neuruppin	26	39	7	2	1
Potsdam-Land	21	24	4	3	-
Oranienburg	17	16	7	-	-
Pritzwalk	8	25	16	5	1
Rathenow	9	24	13	2	1
Wittstock	6	8	8	5	5
Zossen	36	20	1	-	-
Brandenburg-Stadt	Bestand: 13 LPG				
Potsdam-Stadt	Bestand: 4 LPG				

Quelle: BLHA, Rep. 530, Nr. 1447 (Schreiben v. 19.7.1960).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 23:
Anteile der LPG an der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Bezirk Potsdam, 1953 bis 1960 (in Prozent)

Kreis	30.6.1953	30.6.1956	30.11.1959	Juni 1960
Belzig	6,2	12,4	31,3	87,1
Brandenburg	8,0	22,1	37,6	82,6
Gransee	11,7	30,5	48,0	84,8
Jüterbog	7,2	21,3	48,0	94,0
Königs Wusterhausen	8,3	16,2	30,0	73,2
Kyritz	12,2	27,1	49,3	89,8
Luckenwalde	11,2	14,6	33,5	87,5
Nauen	14,1	39,4	58,0	71,9
Neuruppin	12,9	30,6	55,2	86,2
Oranienburg	8,5	25,4	49,9	81,5
Potsdam	7,6	16,1	27,0	60,9
Pritzwalk	28,2	38,4	57,7	92,1
Rathenow	14,0	34,8	51,5	86,4
Wittstock	20,7	36,7	53,0	92,0
Zossen	6,0	11,9	29,2	75,4
Bezirk insgesamt	12,2	26,2	45,8	83,5

1953: Statistischer Jahresbericht 1953, Bezirk Potsdam, Bl. 81.
1956: Strukturübersicht über den Bezirk Potsdam, 1956, Bl. 25.
1959: Statistisches Taschenbuch des Bezirks Potsdam 1959, S. 62, 67.
1960: Statistisches Taschenbuch 1960, Bezirk Potsdam, S. 132.

Quelle: Manfred Uhlemann u.a., Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam 1952–1961. Erinnerungsberichte, Statistiken, Chronik, Karten, Bilder, Abriß. Ein Beitrag zur Parteigeschichte, hg. von der SED-Bezirksleitung Potsdam, Potsdam 1977, S. 67.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 24:
Getreide-, Kartoffel-, Zuckerrüben- und Silomaiserträge in LPG und einzelbäuerlichen Betrieben in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus sowie in der DDR, 1958 (in dz)

Hektarerträge	Getreide		Kartoffeln		Zuckerrüben		Silomais	
	LPG	Priv.	LPG	Priv.	LPG	Priv.	LPG	Priv.
DDR	25,3	25,5	136	155	291	327	378	374
Potsdam	21,9	21,4	130	166	295	340	346	321
Cottbus	21,7	20,4	149	158	293	326	327	375
Frankfurt	23,0	23,4	131	164	291	313	355	356

Quelle: BLHA, Rep. 530, Nr. 1430 (Analyse v. 18.3.1959).

Tabelle 25:
Einnahmen der Bauern mit mehr als 20 ha und der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Bezirk Frankfurt (Oder) 1955

Bauern in der Betriebsgrößengruppe über 20 ha		
Produkt	DM insgesamt	Einnahmen DM pro ha
Rind	1.187.010	31.98
Schwein	7.127.763	192.04
Milch	4.840.960	130.43
Getreide	2.903.348	78.22
Kartoffeln	3.913.548	105.44
insgesamt:	19.972.629	538.11
Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften		
Produkt	DM insgesamt	Einnahme DM pro ha
Rind	1.398.968	18.60
Schwein	8.795.934	116.97
Milch	5.613.280	74.65
Getreide	2.235.685	43.03
Kartoffeln	2.787.908	37.02
insgesamt	20.831.775	290.27

Quelle: BLHA, Rep. 730, Nr. 959 (Vorlage v. 19. April 1956).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 26:
„Wirtschaftlichkeit" der LPG vom Typ III im Bezirk Frankfurt (Oder) 1959 und 1960

	1959			1960		
Kreis:	Anzahl d. LPG Typ III			Anzahl d. LPG Typ III		
	insg.	dav. erreichten nicht d. Wirtschaftlichkeit		insg.	dav. erreichten nicht d. Wirtschaftlichkeit	
		Anz.	%		Anz.	%
Angermünde	46	30	65	47	37	79
Beeskow	46	37	80	48	39	81
Bernau	30	27	90	28	19	68
Eberswalde	31	25	81	29	26	90
Freienwalde	53	47	89	50	40	80
Fürstenberg	12	9	75	12	4	33
Fürstenwalde	34	30	88	36	29	81
Seelow	62	41	66	59	25	42
Strausberg	30	23	77	28	19	68
Frankfurt	4	3	75	5	2	40
Bezirk	348	272	79	342	240	70

Quelle: BLHA, Rep. 730, Nr. 965 (Vermerk v. 18.2.1961).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 27:
Zahl der ständig beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in den Betriebsgrößenklassen in Brandenburg und in der SBZ, 1939 und 1946
(Angaben jeweils in 1.000)

		Betriebsgrößen					
		0,5-2 ha		2-5 ha		5-10 ha	
		1939	1946	1939	1946	1939	1946
Brandenburg	männl.	10,2	11,0	14,4	17,0	23,6	62,8
	weibl.	34,3	42,2	29,3	39,6	27,5	83,8
	insg.	44,5	53,2	43,7	56,6	51,1	146,6
SBZ	männl.	48,3	48,8	74,5	75,3	128,5	307,7
	weibl.	187,1	197,8	142,3	153,7	144,7	382,7
	insg.	235,4	246,6	216,8	229,0	273,2	690,4

		Betriebsgrößen			
		10-20 ha		20-50 ha	
		1939	1946	1939	1946
Brandenburg	männl.	34,3	40,0	33,6	32,8
	weibl.	32,0	42,6	25,8	25,2
	insg..	66,3	82,6	59,4	58,0
SBZ	männl.	185,0	214,1	146,3	148,9
	weibl.	175,9	216,7	116,1	118,2
	insg.	360,9	430,8	262,4	267,1

		Betriebsgrößen							
		50-100 ha		100-200 ha		über 200 ha		insgesamt	
		1939	1946	1939	1946	1939	1946	1939	1946
Brandenburg	männl.	11,5	9,9	7,3	2,0	31,7	5,0	166,6	180,5
	weibl.	7,1	6,1	3,9	1,1	10,9	1,7	170,8	242,3
	insg.	18,6	16,0	11,2	3,1	42,6	6,7	337,4	422,8
SBZ	männl.	49,5	42,8	39,9	8,1	127,4	21,1	799,4	866,8
	weibl.	33,3	28,8	23,4	4,6	39,6	6,7	862,4	1109,2
	insg.	82,8	71,6	63,3	12,7	167,0	27,8	1661,8	1976,0

Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/263, Bl. 55.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 28:
Mitglieder der LPG in der DDR (nach ihrer Tätigkeit vor dem Eintritt)

Stand am	Mitglieder insg.	Landarbeiter		Neubauern		davon: Altbauern, die Betriebe unter 20 ha bewirtschaften		Altbauern, die Betriebe über 20 ha bewirtschaften	
		Anzahl	in % zu Sp.2	Anzahl	in % zu Sp.2	Anzahl	in % zu Sp.2	Anzahl	in % zu Sp.2
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
30.9.52	11.215	1.092	9,8	9.278	82,7	642	5,7	-	-
31.12.52	37.000	4.459	12,1	28.879 *1	78,1	3.315 *2	8,9	-	-
31.3.53	89.965	18.242	20,3	55.117	61,2	14.129	15,7	-	-
30.6.53	146.922	47.730	32,5	63.901 *3	44,9	27.962 *4	19,0	-	-
30.9.53	136.283	48.186	35,4	60.654	44,3	22.093	16,2	-	-
31.12.53	128.550	48.238	37,6	55.130	42,9	19.863	15,4	-	-
1933: 1952 in %	347,4	1081,8	-	190,9	-	599,2	-	-	-
31.3.54	133.291	36.624	42,5	52.212	39,2	18.668	14,0	-	-
30.6.54	147.383	66.701	45,3	54.118 *5	36,7	19.466 *6	13,2	-	-
30.9.54	154.878	72.246	46,6	54.865	35,4	19.630	12,7	-	-
31.12.54	158.336	74.365	47,0	55.491	35,0	18.474	11,7	1.259	0,8
1954: 1933 in %	123,2	134,2	-	100,7	-	95,0	-	-	-
28.2.55	167.505	78.672	47,0	56.660	33,8	18.364	11,0	1.692	1,0
31.5.55	189.045	92.716	49,0	58.634 *7	31,0	18.954 *8	10,0	2.141 *9	1,1
31.8.55	194.840	95.816	49,1	58.811	30,2	18.936	9,7	2.240	1,1
15.11.55	196.946	96.146	48,8	58.755	29,8	18.847	9,6	2.347	1,2
1955: 1954 in %	124,4	129,3	-	103,9	-	102,0	-	186,4	-
31.3.56	207.138	96.575	46,6	61.348	29,6	20.528	9,9	3.338	1,6
30.6.56	219.138	99.590 *13	45,4	63,446 *10	29,0	21.895 *11	10,0	4.213 *12	1,9
30.9.56	221.443	100.029 *14	45,2	63.444 *15	28,7	21.961 *16	9,9	4.380 *17	2,0

+) einschl. Industriearbeiter

*1- *12 : davon Familienangehörige:
*1) 9.154; *2) 900; *3) 27.171; *4) 12.261; *5) 23.825; *6) 8.726; *7) 25.280; *8) 10.804; *9) 1.098; *10) 26.157; *11) 9.127; *12) 2.080; *13) 16.236; *14) 16.566; *15) 26.079; *16) 9.135; *17) 2.137; *18) 4.748; *19) 5.044.

Quelle: SAPMO-BArch, NY 4062/105, Bl. 76.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 29:
Sozialstruktur der LPG in der DDR, 1957, 1959 und 1960 (Angaben in Prozent)

	1957	1959	29.2.60
Ehem. Einzelbauern	41,0	52,1	55,3
Ehem. Landarbeiter	42,5	29,8	26,9
Ehem. Industriearbeiter	11,3	9,3	8,3
Sonst. Berufe	5,2	8,8	9,5

Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/356, Bl. 330.

Tabelle 30:
Soziale Herkunft der LPG-Mitglieder und Verteilung auf die Betriebstypen in der DDR 1960 (Angaben in Prozent)

Frühere Tätigkeit	Von 100 Mitgliedern der LPG waren:		
	Typ I	Typ II	Typ III
Einzelbauer bis 20 ha	88,7	88,2	50,5
Einzelbauer über 20 ha	6,1	4,4	4,7
Landarbeiter	2,1	3,0	26,4
Industriearbeiter	1,1	1,5	7,8
Handwerker	0,2	0,4	1,4
Sonstige	1,8	2,5	9,2

Quelle: Ilona Buchsteiner, Bodenreform und Agrarwirtschaft der DDR. Forschungsstudie, in: Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission, hg. vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Bd. 5, Schwerin 1997, S. 47.

Tabelle 31:
Zunahme der Mitgliederzahl in LPG im Bezirk Cottbus, 31. Dezember 1952 – 30. Juni 1954 (Angaben in Prozent)

Stichtag	Anzahl der LPG	Zahl der Mitglieder	darunter	
			Neubauern	Altbauern
31.12.52	100	100	100	100
31.12.53	261	380	203	579
31.3.54	279	446	229	618
30.6.54	298	488	239	674

Quelle: BLHA, Rep. 801, Nr. 5880 (Schreiben v. 5.1.1955).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 32:
Soziale Zusammensetzung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Bezirk Cottbus am 31. Dezember 1956 und am 31. Dezember 1957 (Angaben in Prozent)

	1956	1957
Landarbeiter	33,6	27,6
Neubauern	26,3	24,9
Altbauern	24,3	26,6
Industriearbeiter	11,5	14,5
Sonst. Berufe	4,3	6,4

Quelle: BLHA, Rep. 801, Nr. 5873 (Analyse v. 23.1.1958).

Tabelle 33:
Sozialstruktur der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Bezirk Cottbus, 1. Januar 1957 – 1. Januar 1959 (Angaben in Prozent)

	1.1.1957	1.1.1958	1.1.1959
Neubauern	26,3	24,9	15,9
Altbauern	24,3	26,9	54,8
Landarbeiter	33,6	27,6	9,9
Industriearbeiter	11,5	14,5	6,7

Quelle: BLHA, Rep. 801, Nr. 2042 („Jahresanalyse Landwirtschaft").

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 34:
Strukturwandel der LPG in der DDR, 1960 bis 1970

	Einheit	1960	1965	1970
LPG insgesamt	Anzahl	19 313	15 139	9 009
davon Typ I und II	in %	67,2	59,3	38,7
Typ III	in %	32,8	40,7	61,3
ständig mitarbeitende Mitglieder insgesamt	Anzahl	857 869	857 869	734 148
davon Typ I und II	in %	40,6	34,7	17,0
davon Typ III	in %	59,4	65,3	83,0
LN insgesamt	Hektar	5 408 064		
davon Typ I und II	in %	37,4	31,5	16,1
davon Typ III	in %	62,4	68,4	83,1
∅ LN Größe Typ I und II	Hektar	156	192	249
∅ LN Größe Typ III	Hektar	534	605	819
∅ LN Größe pro Arbeitskraft	Hektar	6,3	6,4	7,3

Quelle: Ilona Buchsteiner, Bodenreform und Agrarwirtschaft der DDR. Forschungsstudie, in: Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission, hg. vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Bd. 5, Schwerin 1997, S. 52.

Tabelle 35:
Die Betriebsstruktur der Landwirtschaft in der DDR 1976 – 1980

1. Bereich Pflanzenproduktion	1976	1980
LPG Pflanzenproduktion	161	1047
KAP und Zwischenbetriebliche Einrichtungen Pflanzenproduktion	1024	87
VEG Pflanzenproduktion	112	66
2. Bereich Tierproduktion		
LPG Tierproduktion	3421	2899
ZBE Tierproduktion	376	299
Kombinate Industrielle Mast (KIM)	30	-

Quelle: Ilona Buchsteiner, Bodenreform und Agrarwirtschaft der DDR. Forschungsstudie, in: Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission, hg. vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Bd. 5, Schwerin 1997, S. 54.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 36:
Kennzahlen zur Landwirtschaft in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland 1982

Merkmal	DDR	Bundesrepublik
Bevölkerungsdichte (Einwohner/km²)	154	248
Anteil der Land- und Forstwirtschaft an den Berufstätigen	19,6	5,0
Arbeitskräftebesatz[1] (AK/100 ha LN)	11,4	7,9
Ackerland (1.000 ha)	4.730,8	7.243,9
Grünland (1.000 ha)	1.256,8	4.675,0
Landwirtschaftliche Nutzfläche (1.000 ha)	6.258,5	12.136,7
Anteil der VEG an der LN des Bezirks	7,0	-
Nutzungsstruktur des Ackerlandes		
Mähdruschfrüchte[2]	55,9	72,6
Hackfrüchte[3]	17,0	10,8
Feldfutter[4]	20,6	14,9
Sonst. Flächen[5]	6,5	1,7
Hektarerträge (dt.)		
Getreide	39,8	48,6
Kartoffeln	176	296
Zuckerrüben	280	544
Silomais	278	506
Viehbesatz		
Rinder/100 ha LN	90,9	124,4
dar. Kühe/100 ha LN	33,9	46,8
Schweine/100 ha LN	193,4	185,2
Tierische Leistungen		
Milch[6]	3.626	5.111
Rinder[7] (kg Lebendgewicht)	117	178
Schweine[8]	115	172

Quelle: Karl Hohmann, Agrarpolitik und Landwirtschaft in der DDR, in: Geographische Rundschau 36 (1984), S. 603.

1 Ständig Berufstätige in der sozialistischen Landwirtschaft (ohne Forstwirtschaft, ACZ, Veterinärwesen und Pflanzenschutz), multipliziert mit dem Faktor 0,9.
2 Getreide, Körnermais, Ölfrüchte.
3 Kartoffeln, Zuckerrüben, Futterhackfrüchte.
4 Einschließlich Silomais.
5 Obst, Gemüse, Sonderkulturen, Hülsenfrüchte.
6 3,5 v. H. Fett.
7 Produktion von Schlachtvieh, bezogen auf den Bestand am Ende des Vorjahres.
8 Produktion von Schlachtvieh, bezogen auf den Bestand am Ende des Vorjahres.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tabelle 37:
Die Struktur der Landwirtschaftsbetriebe in der DDR in den achtziger Jahren

	Betriebe		Beschäftigte	
	1980	1989	1980	1989
LPG Pflanzenproduktion	1 047	1 164	337 846	306 900
LPG Tierproduktion	2 899	2 851	419 616	343 000
VEG	618	580	285 011	124 000

Quelle: Ilona Buchsteiner, Bodenreform und Agrarwirtschaft der DDR. Forschungsstudie, in: Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission, hg. vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Bd. 5, Schwerin 1997, S. 55.

Tabelle 38:
Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe, der Beschäftigten insgesamt und pro Betrieb in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 1939-1988

	Bundesrepublik Deutschland			*Deutsche Demokratische Republik*		
Jahr[9]	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte pro Betrieb	Beschäftigte[10]	Betriebe[11]	Beschäftigte pro Betrieb
1939	5.309	2.009	2,6	1.695	597	2,8
1949	5.113	1.646	3,1	1.972	745	2,7
1960	3.581	1.385	2,6	1.401	20,3	69
1970	2.262	1.017	2,0	1.067	9,87	108
1980	1.473	780	1,9	885	5,01	176
1988	1.311	666	2,0	928	4,75	195

Quelle: Adolf Weber, Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. II/4, Baden-Baden 1995, S. 2875.

9 Oder nächstliegendes Jahr.
10 Einschließlich Forstwirtschaft.
11 LPG, VEG, GPG, Zwischenbetriebliche Einrichtungen usw.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Abkürzungen

ABV	Abschnittsbevollmächtigter der Deutschen Volkspolizei
ACZ	Agrochemisches Zentrum
AdL	Akademie der Landwirtschaftswissenschaften
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AHR	American Historical Review
AIV	Agrar-Industrie-Vereinigung
AM	Archivmitteilungen
APZ	Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“
BArch	Bundesarchiv, Berlin
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitungen
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
BVVG	Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CDU(D)	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CEH	Central European History
CNBLP	Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei
DA	Deutschland Archiv
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DHZ	Deutsche Handelszentrale
DLG	Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DS	Deutsche Studien
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DSG	Deutsche Saatzuchtgesellschaft

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

DVLF	Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FRUS	Foreign Relations of the United States
Fs.	Festschrift
GBl.	Gesetzblatt der DDR
GG	Geschichte und Gesellschaft
GH	German History
GPG	Gärtnerische Produktionsgenossenschaft
GSR	Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
GVVG	Gebiets–Güterverwaltung
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HSR	Historical Social Research
HT	History and Theory
HVLF	Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft
HZ	Historische Zeitschrift
IG	Industriegewerkschaft
JCH	Journal of Contemporary History
JfG	Jahrbuch für Geschichte
JfW	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
JHK	Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung
KAP	Kooperative Abteilung Pflanzenproduktion
KfL	Kreisbetrieb für Landtechnik
KIM	Kombinat für Industrielle Mast
KLB	Kreislandwirtschaftsbetrieb
KOV	Kooperationsverband
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KWU	Kommunales Wirtschaftsunternehmen
KZ	Konzentrationslager
KZSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LDP(D)	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
LN	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LPG (P)	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (Pflanzenproduktion)
LPG (T)	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (Tierproduktion)
MAS	Maschinen-Ausleih-Station
MEW	Marx/Engels, Werke
MNR	Mathematisch-naturwissenschaftliche Reihe

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ms.	Maschinenschrift
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
ND	Neudruck
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NKWD	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten
NÖS	Neues Ökonomisches System (der Planung und Leitung)
NPL	Neue Politische Literatur
NVA	Nationale Volksarmee
OGPU	Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung
ÖLB	Örtlicher Landwirtschaftsbetrieb
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
PdKL	Partei der Kleinen Landwirte
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
PVS	Politische Vierteljahrsschrift
RKP (b)	Russische Partei der Bolschewiki
RTS	Reparaturtechnische Station
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin
SBZ	Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMA	Sowjetische Militäradministration
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SR	Slavic Review
SW	Soziale Welt
TAJB	Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte
Tl.	Teil
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VdgB (BHG)	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaften)
VEAB	Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetrieb
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VKP (b)	Allsowjetische kommunistische Partei
VMAS	Verwaltung der Maschinen-Ausleih-Stationen
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
VVB	Vereinigung volkseigener Betriebe
VVG	Vereinigung volkseigener Güter

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

VVMAS	Vereinigung volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen
WF	Westfälische Forschungen
ZAA	Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie
ZBE	Zwischenbetriebliche Einrichtung
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfS	Zeitschrift für Soziologie
ZGE	Zwischengenossenschaftliche Einrichtung
ZK	Zentralkomitee
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission
ZVU	Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Zeitzeugeninterviews

Interview mit H.M., Ihlow, 14. Juni 1995
Geb. 1930 in Seeren, Kreis Ost-Sternberg (Ostbrandenburg), Flüchtling und Neubauer.

Interview mit O.S., Ihlow, 14. Juni 1995
Geb. 1924 in Ihlow, Altbauer (31 ha).

Interview mit G.L., Ihlow, 14. Juni 1995
Geb. 1932, Oberagronom der MTS Prötzel, 1958 LPG-Vorsitzender, Wirtschaftsberater im Kreis Strausberg.

Interview mit G.S., Ihlow, 15. Juni 1995
Geb. 1920 in Ihlow, verzogen nach Landsberg/Warthe, 1945 Rückkehr nach Ihlow, Bürgermeister und Vorsitzender des VdgB-Ortsausschusses.

Interview mit K.G., 15. Juni 1995
Geb. 1930 in Fredersdorf (bei Berlin), 1951 Übernahme der Neubauernstelle des Vaters.

Interview mit Bernhard Bechler, 17. August 1995.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Quellen und Literatur

I. Ungedruckte Quellen

1. Bundesarchiv, Berlin

Bestand: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (DK-1):
Nr. 60, 153, 247–253, 257, 458, 471, 492, 715, 819–821, 829, 830, 833, 834–836, 917, 924, 928, 1203–1208, 1214, 1216, 1226, 1230–1232, 1329, 1334, 1398, 1519, 1550, 1819, 1821, 1822, 1824, 1826, 1829, 1864, 2070, 2337, 2623, 2720, 2929, 2931, 2986, 3032, 3035, 3075, 5493, 5504, 5507, 5539, 5575–5577, 5691, 5842, 5843–5846, 5876–5881, 5884–5897, 5912, 5913, 5923, 5933, 5942–5948, 6034, 6036, 6039–6044, 6047, 6050–6052, 6054, 6055, 6259, 6076, 6304, 7374, 7544, 7545, 7558–7560, 7581, 7582, 7584, 7591, 7592, 7656, 7659, 7684, 7685, 7689–7694, 7699, 7700, 7704–7705, 7735–7837, 7753, 8138, 8191, 8192, 8620, 8621, 8626, 8657, 8732–8735, 8742, 8743, 8801, 8802, 8804, 8818, 8819, 8821, 8829, 8831, 8832, 8835, 8839, 8898, 8908, 8917, 8924, 8930, 8933, 8937, 8938, 9039, 9052, 9096, 9110, 9118, 9146, 9181, 9183, 9217, 9519, 9547, 9548, 9559, 9626, 9632–9634, 9676, 9891, 10023, 10081, 10120, 10196, 10197, 10336, 10543.

Bestand: Ministerium des Innern, MdI/Örtliche Räte (DO-1/8):
Nr. 83, 309, 325–329, 333, 361, 364, 375.

Bestand: Ministerium des Innern, Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (DO-1/10):
Nr. 13, 15, 22, 62–65.

Bestand: Ministerratsprotokolle (DC-20):
Nr. I/3-89, I/3-94, I/3-95, I/3-97, I/3-107, I/3-113, I/3-117, I/3-119, I/3-121, I/3-122, I/3-126.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bestand: Staatliche Plankommission (DE-1):
Nr. 10116–10119, 11481, 12087, 17708, 20122, 20137, 20138, 20141, 20612.

Bestand: Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung (DQ-2):
Nr. 852, 1787, 1985, 1990, 1991, 2109, 2112–2115, 2119, 2120, 2122, 2143.

Bestand: Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Institut für Agrargeschichte (A 420/432):
Nr. 538, 555, 557.

Nachlaß Edwin Hoernle (DK-107):
Nr. A 421/13, 15, 22, 30, 35, 41, 42, 66.

2. *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv*

Bestand: Büro Grüneberg (DY 30):
IV 2/2.023/1, 2.023/4–2.023/6, 2.023/8, 2.023/10–2.023/12, 2.023/32, 2.023/40, 2.023/53, 2.023/56, 2.023/58–2.023.63, 2.023/85.

Bestand: ZK der KPD/SED (DY 30):
J IV 2/3/683, 688, 690, 692, 698, 702, 703.

VI 2/5/49, 50, 273, 285, 530, 1357, 1358, 1359, 1379–1383.

IV 2/1.01/195.

IV 2/2/133, 214, 217–219, 222.

IV/2/5/49, 50, 273, 285, 530, 1357–1359, 1379–1383.

IV 2/7/112, 113, 117, 127, 130, 135, 137, 138, 142–145, 149, 152, 153, 155, 157, 170, 211–213, 221, 227–230, 250, 255, 256, 258–261, 263, 266, 267, 276–279, 282–284, 319, 321, 322, 324, 327, 332, 333, 353–357, 359, 360, 363–365, 367, 369–371, 378, 389, 394, 403, 408, 437, 441, 450, 475, 549/1, 550, 552, 557, 561, 562, 564, 566, 584–588, 626, 628, 634.

IV 2/14/23.

IV 2/17/73, 75–77.

IV 2/2.022/2, 2.022/14, 2.022/19, 2.022/24, 2.022/27, 2.022/28, 2.022/52, 2.022/53, 2.022/55, 2.022/58, 2.022/60, 2.022/62, 2.022/64, 2.022/67, 2.022/68, 2.022/71, 2.022/72, 2.022/81, 2.022/82, 2.022/89, 2.022/98, 2.022/99, 2.022/101–2.022/103, 2.022/105, 2.022/123.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bestand: Politbüroprotokolle:
IV 2/2.1/7–9, 13, 24, 32, 51, 73.
IV/2/2/82, 214, 217–219, 222.

Bestand: FDJ, Zentralrat (DY 24):
A 126, A 166, A 167–A 171, A 174, A 178/I, A 178/II, A 186, A 187, A 194, A 196, A 197, A 204, A 206, A 211, A 2654.

Bestand: Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DY 32):
A 380, A 807, A 974, A 1180, A 5340.

Bestand VdgB (DY 19):
Nr. 2–8, 31, 32–34, 38, 39, 41, 43–46, 50–52, 54–56, 60, 61, 63, 66, 75–78, 84–91, 93, 95, 97, 109, 119, 120, 122, 125, 127, 128, 129, 136, 141, 146, 160, 198, 199, 203, 222, 224, 227, 230, 232–234, 237, 238, 241, 242, 1458.

Nachlaß Edwin Hoernle (NY 4030):
Nr. 5, 10, 15, 21, 35–39, 45, 48.

Nachlaß Walter Ulbricht (NY 4182):
Nr. 853, 1052, 1053, 1055, 1057, 1059, 1063, 1066.

Nachlaß Paul Merker (NY 4102):
Nr. 43, 44.

Nachlaß Rudolf Reutter (NY 4263):
Nr. 6–8.

Nachlaß Franz Moericke (FDGB, NY 441):
Nr. 71/3.

Nachlaß Heinrich Rau (NY 4062):
Nr. 66–69, 75, 92–95, 102, 104, 105.

Nachlaß Wilhelm Pieck (NY 4036):
Nr. 683–685, 715.

Nachlaß Gerhard Grüneberg (NY 4233):
Nr. 11, 22, 23, 25, 81, 82, 84–86.

Nachlaß Friedrich Wehmer (NY 4541/1):
Nr. 4.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Erinnerungsberichte:
SgY 30/1244/3 (Karl Mewis);
SgY 1250/1 (Hans Sussmann);
SgY 1735 (Ernst-Hugo Eicken);
SgY 2005 (Erich Woitinas);
SgY 2154 (Kurt Reinhold);
SgY 2235 (Alfred Schneider);
SgY 2274/1 (Arndt u. Gerda Uhlig).

Sonderakten:
EA 0097, EA 1307.

3. Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam:

Bestand: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (Rep. 208):
Nr. 1–5, 5/1, 6–10, 46, 49, 50, 51, 53, 109–112, 176, 177, 179–188, 192, 193, 195–201, 205, 206, 209, 214–216, 218–220, 222, 225, 226, 243, 245, 248, 262, 1220, 1347, 1348, 1851, 2234, 2254, 2333, 2336, 2339, 2342, 2348, 2366, 2367, 2369, 2373–2378, 2422, 2423, 2428, 2438, 2568, 2569, 2752/1, 2754/1, 2758, 2910–2913, 2915–2919, 2922, 2923, 2926, 2928, 2929, 3006, 3007, 3014, 3037, 3044, 3045, 3049, 3050, 3068, 3453, 3454, 3461, 4259, 4260, 4269, 4270, 4272, 4273, 4280, 4284, 4359, 4361, 4363, 4365, 4369, 4390.

Bestand: Ministerium des Innern (Rep. 203, MdI):
Nr. 22, 25, 93, 178, 336, 337, 599, 761, 765, 770, 774, 776, 779, 781, 792, 1074, 1076, 1087, 1104, 1105, 1108, 1110, 1112, 1114–1118, 1136, 1146–1148, 1151, 1152, 1163, 1166, 1172, 1522, 1523–1532, 1535–1538, 1540, 1826–1830, 1847, 1851.

Bestand: Ministerium des Innern, Landesbehörde der Volkspolizei Brandenburg (Rep. 203, MdI):
31, 44, 98, 118, 128, 129, 133.

Bestand: Wirtschaftsministerium (Rep. 206):
Nr. 2565, 2576, 2577, 2581, 2582, 2584, 2593–2595, 2602, 2613, 2616, 2617, 2624, 2626, 2629, 2639, 2641, 2643, 2644, 2646, 2647–2653, 2657, 2666, 2678–2680, 2691, 2749, 2759, 2762, 2835, 2836, 3043, 3046, 3046/1, 3103, 3195, 3223.

Bestand: Ministerium für Gesundheitswesen (Rep. 211):
Nr. 1077, 1064, 1065, 1071, 1072, 1077, 1078, 1079, 1082.

Bestand: Amt für Information (Rep. 202 G):
Nr. 52, 55, 59, 61, 63, 67, 86, 88, 113, 115.

Bestand: Hauptabteilung Wirtschaftsplanung (Rep. 202 C):
Nr. 115.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bestand: Landtag (Rep. 201):
Nr. 159, 320, 327, 328, 368, 370, 402, 408, 409, 411, 417, 418.

Bestand: Büro des Ministerpräsidenten (Rep. 202 A):
22, 55, 138, 162, 163, 184, 185, 197, 420, 421, 426, 432–434, 433, 439, 454, 455, 502, 523, 525.

Bestand: VVMAS (Rep. 273):
Nr. 35, 93, 193, 205, 209.

Bestand: VdgB-Landesverband Brandenburg (Rep. 350):
Nr. 872, 873, 875, 878, 884, 897, 900, 919, 923, 933, 937, 967, 968, 969.

Bestand: Deutsche Volkspolizei, Bezirk Potsdam, Kreisämter (Rep. 405/15), Kreis Potsdam:
Kreis Rathenow, Nr. 24;
Kreis Oranienburg, Nr. 25;
Kreis Potsdam, Nr. 26, 27, 46.

Bestand: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Potsdam (Rep. 404/15.1):
Nr. 34, 40, 156, 157, 342, 343.

Bestand: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Frankfurt/Oder (Rep. 604/16):
Nr. 19, 54, 89, 96.

Bestand: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Cottbus (Rep. 804/17.1):
Nr. 23.

Bestand: Deutsche Volkspolizei, Bezirk Cottbus, Kreisämter (Rep. 805/17):
Kreis Calau, Nr. 104;
Kreis Guben, Nr. 130.

Bestand: VdgB/BHG-Landesverband Brandenburg (Rep. 427):
Nr. 967, 968.

Bestand: SED-Landesvorstand Brandenburg (Rep. 332):
Nr. 29, 34, 226, 227, 231, 235, 240, 268, 269, 310, 328, 383, 385, 386, 394, 400, 412, 413, 487, 559, 573, 575, 607, 608, 612–615, 617, 618, 620, 622, 623, 627, 628–635, 637–647, 653, 657, 658, 667, 762, 764, 765, 777, 779, 785, 786, 789, 791, 792, 806, 930, 1202, 2315, 4449.

Bestand: KPD-Bezirksleitung Provinz Brandenburg (Rep. 330):
Nr. 1, 5, 8, 10, 11, 15–33, 35, 36, 97, 116, 60.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bestand: Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam (Rep. 401):
Nr. 59, 595, 608, 609, 612, 671, 824, 826, 828, 831, 832, 842, 843, 845, 846, 955, 956, 960, 962, 963, 966, 968, 971, 980, 1159, 1192, 1224, 1457, 1458, 1478, 1602, 1604, 1606, 1607, 1610, 1614, 2023, 2024, 2028, 2050, 2681, 3439, 3981, 3987, 4664, 5601, 5618, 5623, 5625, 5630.

Bezirkstag und Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder (Rep. 601):
Nr. 466, 472, 473, 476, 481, 526–528, 891, 967, 1243, 1248, 1250, 1254, 1277, 1282, 1292–1294, 1298, 1398, 1652, 1654, 1661, 1689, 1719, 1781, 1785, 1786, 1790, 1791–1795, 1814, 1875, 1886, 2649, 3039, 3045, 3569, 3602, 3619, 3620, 3638, 3643, 3649, 3736, 3741, 3742, 3746, 4687, 4689, 4692, 4695, 4696, 4699, 4705, 4706, 4721, 4723, 4732, 4775, 4793, 4797, 4840, 5047, 5049, 5050, 5061, 5078, 5087, 5091, 5099, 5102, 5762, 5774, 5896, 5981–5984, 6300, 6307, 6315, 6316, 6324, 6325, 6327, 6334, 6336, 6467, 9250, 9463, 9875.

Bestand: Bezirkstag und Rat des Bezirkes Cottbus (Rep. 801):
Nr. 1782, 2042, 2369, 5256, 5273, 5384, 5389, 5729, 5743, 5772, 5774, 5803, 5873, 5874, 5876, 5877, 5880, 25014–25017, 25144, 27518.

Bestand: Landratsamt Zauch-Belzig (Rep. 250, Zauch-Belzig):
Nr. 117–120, 615, 789.

Bestand: Landratsamt Oberbarnim (Rep. 250, Oberbarnim):
Nr. 690/1, 703, 705, 706, 708, 710, 711, 717, 721, 722, 725, 726, 728, 729, 730, 733–736, 739, 740, 744, 758, 758/1, 761, 892–894, 1025–1028, 1039, 1158.

Bestand: Amtsbezirk Buckow, Kreis Lebus-Seelow (Rep. 255):
Nr. 1.

Bestand: Amtsbezirk Bornow, Kreis Beeskow-Storkow (Rep. 255):
Nr. 2.

Bestand: Amtsbezirk Lindenberg, Kreis Beeskow-Storkow (Rep. 255):
Nr. 3.

Bestand Amtsbezirk Krausnick, Kreis Beeskow-Storkow (Rep. 255):
Nr. 19.

Bestand Hauptabteilung Wirtschaftsplanung (Rep. 202 C):
Nr. 54, 59, 61, 86, 113, 114.

Bestand: Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft – Bundesvorstand Brandenburg (Rep. 340):
Nr. 11, 17.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bestand: Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft – Bezirksvorstand Potsdam (Rep. 540):
Nr. 1, 50, 115, 173.

Bestand: FDJ-Bezirksleitung Potsdam (Rep. 543):
Nr. 561.

Bestand: Bezirksvorstand der VdgB (BHG) Potsdam (Rep. 550):
Nr. 660, 670, 681, 682, 908, 916, 931, 932, 1501, 1511, 1512.

Bestand: Oberpräsident der Provinz Mark Brandenburg (Rep. 1):
Nr. 3631, 3735–3737.

Bestand: SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder (Rep. 730):
Nr. 143–145, 150, 179, 180, 184–186, 233, 234, 371, 375, 378, 390, 395, 593, 614, 630–633, 637, 643, 644, 652, 694, 727–729, 732–738, 746, 773, 779, 791, 792, 795, 799, 800, 859, 869, 872–876, 879, 881–885, 927, 929, 930–932, 934–937, 939–947, 951–960, 962–970, 972, 973, 975, 992, 1002, 1082, 1087, 1151–1153, 1159, 1166, 1256, 1257, 1453, 1920, 1924, 1931, 1932, 1936, 1939, 1940, 1945, 1953, 1970, 1972, 1979, 2224, 2231, 3179, 3180–3187, 3194, 3215, 3226, 4209, 4210, 4429, 4440–4442, 4444, 4458–4460, 4462, 4463, 4466, 4477.

Bestand: SED-Bezirksleitung Potsdam (Rep. 530):
Nr. 201–204, 207, 208, 213, 215, 616, 730–732, 734–736, 753, 754, 759–762, 769–772, 802, 803, 817–824, 835, 836, 848, 849, 851, 886, 887, 891, 898, 953, 956, 964, 965, 996, 1329–1331, 1341–1343, 1345–1349, 1351–1354, 1356, 1367, 1370–1372, 1383, 1384, 1395, 1421–1424, 1426, 1437–1439, 1446–1450, 1453-1455, 1457–1459, 1461, 1462, 1478, 1479, 1526, 1529, 1539–1542, 1570, 1571–1574, 1632, 1659, 1996, 1997, 3117, 4202, 4203.

Bestand: SED-Bezirksleitung Cottbus (Rep. 930):
37, 39, 42, 44, 63, 64, 83, 84, 102, 123, 127, 137, 138, 702, 703, 710–712, 713/1, 713/2, 767, 769, 772, 774, 776, 871–874, 968.

Bestand: SED-Kreisleitung Strausberg (Rep. 731):
Nr. 378.

Bestand: SED-Grundorganisation (Rep. 732):
Nr. 959.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

4. *Mecklenburgisches Landeshauptarchiv, Schwerin:*

Bestand: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft:
Nr. 2155, 2178, 2189, 2193, 2251, 2256, 2270, 2274, 2326, 2363, 2389, 2462, 2484, 2594, 2631, 2648, 2650, 2707, 2708, 2711, 2724, 2725, 2734, 2735, 2791, 2801, 2825–2827, 2830, 2837, 2839, 2848, 3013, 3079, 3203, 3211, 3218, 3581, 3667, 3668.

Bestand: Ministerium des Innern:
Nr. 310, 319, 331.

5. *Archiv für christlich-demokratische Politik, St. Augustin:*
VII-013–821

6. *Sonstige Quellen:*

Bericht „Landwirtschaft" (Gemeinde Ihlow).

II. Bibliographien und Hilfsmittel

Boissier, Doris, Der Bestand Ministerium für Land- und Forstwirtschaft im Zentralen Staatsarchiv, in: AM 30 (1980), S. 95–99.

Cerny, Jochen (Hg.), Wer war wer – DDR. Ein biographisches Lexikon, Berlin ²1992.

Enders, Lieselott (Hg.), Historisches Ortslexikon für Brandenburg, Teil VI: Barnim, Weimar 1980, S. 249f.

Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen, Bde. 2 u. 3, bearb. vom Preußischen Statistischen Landesamt, Berlin, Berlin 1932, S. 66.

Gerbaud, Florent, Guide des Archives sur l'Agriculture et les Campagnes Est-Allemandes (1945–1990), Berlin 1996.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin (Ost) 1970, S. 370f.

Herbst, Andreas/Winfried Ranke/Jürgen Winkler, So funktionierte die DDR, Bd. 3: Lexikon der Funktionäre, Hamburg 1994.

Kuntsche, Siegfried, Das Archiv der ehemaligen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, in: Der Archivar 45 (1992), Sp. 384f.

Literaturführer. Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in der DDR, zusammengestellt von Bernd Spindler, Bonn 1983 (Ms., Gesamtdeutsches Institut).

Mählert, Ulrich, Vademekum DDR-Forschung: ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten, Opladen ²1999.

Merker, Wolfgang, Die Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und ihr Archivgutverbleib, in: AM 41 (1991), S. 151–156.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Schreckenbach, Hans-Joachim, Die Bestände der Kreisverwaltungen 1945–1952 und ihre Bearbeitung im Landeshauptarchiv Potsdam, in: AM 15 (1965), S. 81–90.

III. Gedruckte Quellen

Agde, Günter (Hg.), Carl-Hans Graf von Hardenberg: ein deutsches Schicksal im Widerstand. Dokumente und Auskünfte, Berlin 1994.

Altrichter, Helmut/Heiko Haumann (Hg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 2: Wirtschaft und Gesellschaft, München 1987.

Badstübner, Rolf/Wilfried Loth (Hg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994.

Baumgart, Hildegard (Hg.), Briefe aus einem anderen Land. Briefe aus der DDR, Hamburg 1971.

Benser, Günter/Hans-Joachim Krusch (Hg.), Dokumente zur Geschichte der Kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Bd. 1: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946, München 1993.

Dies. (Hg.), Dokumente zur Geschichte der Kommunistischen Bewegung in Deutschland, Bd. 2: Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis Februar 1946, München 1994.

Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46, Berlin (Ost) 1989.

Beuthien, Volker/Thomas Brockmeier/Holger Klose (Hg.), Materialien zum Genossenschaftsgesetz, Bd. 5: Genossenschaftsrecht der SBZ und DDR (1945–1990). SMAD-Befehle, Gesetze, Verordnungen und Musterstatuten, Göttingen 1997.

Bodenreform in der Mark Brandenburg, hg. vom Informationsamt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, o.O. [Potsdam] 1946.

Bonwetsch, Bernd/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark (Hg.), Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, Bonn 1998.

Brunner, Detlev (Hg.), Der Wandel des FDGB zur kommunistischen Massenorganisation. Das Protokoll der Bitterfelder Konferenz des FDGB am 25./26. November 1948, Essen 1996.

Dehlsen, Marlene, u.a. (Hg.), Bündnis der Arbeiter und Bauern. Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag der demokratischen Bodenreform, Berlin (Ost) 1975, S. 122–125, 152–160.

Die politische Plattform Harichs und seiner Freunde, in: SBZ-Archiv 8 (1957), S. 72–75.

Die Vernichtung des selbständigen Bauernstandes in der Sowjetzone. Eine Dokumentarschau im Auftrage des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, zusammengestellt vom Büro Bonner Berichte, Bonn 1964.

Die Zwangskollektivierung des selbständigen Bauernstandes in Mitteldeutschland, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1960.

Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Genfer Außenministerkonferenz 1959, Hauptbd.: Chronik der Ereignisse, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Bonn 1959, S. 24–33.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe, Bd. 1: Die Konferenz von Potsdam, 3. Drittelbd., bearb. v. Gisela Biewer, Neuwied 1992, S. 2118.

Eckart, Gabriele, So sehe ick die Sache. Protokolle aus der DDR. Leben im Havelländischen Obstanbaugebiet, Köln 1984.

Ein unbekannter Brief Walter Ulbrichts vom Mai 1945, in: ZfG 13 (1965), S. 999f.

Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands vom 5. Juni 1945, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Ergänzungsblatt Nr. 1. Sammlung von Urkunden betreffend die Errichtung der Alliierten Kontrollbehörde, hg. vom Alliierten Sekretariat, Berlin 1946, S. 7–12.

Erler, Peter/Horst Laude/Manfred Wilke (Hg.), „Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

Foitzik, Jan (Bearb.), Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Offene Serie, hg. v. Institut für Zeitgeschichte, München 1995, S. 34–57.

Ders., „Hart und konsequent ist der neue politische Kurs zu realisieren". Ein Dokument zur Politik der Sowjetunion gegenüber der DDR nach Berijas Verhaftung im Juni 1953, in: DA 33 (2000), S. 32–49.

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1945, Bd. 3: European Advisory Commission; Austria; Germany, Washington 1968, S. 1014, 1049–1051, 1053–1059.

Friedrich, Thomas, u.a. (Hg.), Entscheidungen der SED 1948. Aus den stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstands der SED, Berlin 1995.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, 1949–60.

Klaus Geßner (Bearb.), Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg 1945–1949, Frankfurt/M. 1997, S. 30, 43–73, 93–100, 104–107, 114–117, 126f., 130–132.

Göttlicher, Franz/Monika Schwank, KPD und demokratische Bodenreform, in: BzG 17 (1975), S. 848–861.

Grüneberg, Gerhard, Agrarpolitik der Arbeiterklasse zum Wohle des Volkes. Ausgewählte Aufsätze 1957–1981, Berlin (Ost) 1981.

Handbuch der Verträge 1871–1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen, hg. von Helmuth Stoecker, Berlin (Ost) 1968, S. 355f.

Hermes, Anna, Und setzet ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken. Nach Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen, Stuttgart-Degerloch 1971.

Hübner, H./H. Kathe (Hg.) Lage und Kampf der Landarbeiter im ostelbischen Preußen vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur Novemberrevolution 1918/1919, Bd.1: Quellen, Vaduz 1977.

Junkerland in Bauernhand. Von der Junkerherrschaft zum Sozialismus, hg. zum 15. Jahrestag der demokratischen Bodenreform, Schwerin o.J. [1960].

Keiderling, Gerhard (Hg.), „Gruppe Ulbricht" in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993, S. 130–134, 162–166, 188–190, 298–302, 468–473, 588–600.

Kleßmann, Christoph/Georg Wagner (Hg.), Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945–1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte, München 1993, S. 60f., 94–96, 107f., 126–128, 164–167, 358f., 365–368, 371–374, 373f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Kuntsche, Siegfried/Siegfried Schlombs (Bearb.), Dokumente zur Bauernbefreiung. Quellen zur Geschichte der demokratischen Bodenreform und sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Schwerin, Schwerin 1975.

Kuntsche, Siegfried, u.a., Wie wir angefangen haben. Von der demokratischen Bodenreform zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft. Erinnerungen, Berlin (Ost) 1985, S. 34–38, 84–92, 178–184, 214–219.

Kynin, Georgi P./Jochen Laufer (Bearb.), SSSR i germanskij vopros. 1941–1949: Dokumenty is Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii [Die UdSSR und die deutsche Frage: Dokumente aus dem Außenministerium der Russischen Föderation], Bd. 2, Moskau 2000 (Ms.), S. 218–220, 238–245, 250–258.

Lih, Lars T./Oleg Naumow/Oleg Chlewnjuk (Hg.), Stalin. Briefe an Molotow 1925–1936, Berlin 1996, S. 17–77.

Merl, Stephan (Hg.), Sowjetmacht und Bauern. Dokumente zur Agrarpolitik und zur Entwicklung der Landwirtschaft während des „Kriegskommunismus" und der Neuen Ökonomischen Politik, Berlin 1993.

Mironenko, Sergej/Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hg.), Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, Berlin 1998, S. 85f.

Otto, Wilfriede, Dokumente zur Auseinandersetzung in der SED 1953, in: BzG 32 (1990), S. 654–672.

Dies., Sowjetische Deutschlandnote 1952. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks, in: BzG 33 (1991), S. 374–389.

Panzig, Christel u. Klaus-Alexander, „Weest de noch, wie mer stoppeln war'n?" Alltag in Dörfern des Südflämings in den vierziger und fünfziger Jahren, Reinsdorf o.J. [1998], S. 8–95.

Pieck, Wilhelm, Junkerland in Bauernhand. Rede zur demokratischen Bodenreform, Kyritz 2. September 1945, Berlin (Ost) 1955.

Proklamation Nr. 1 des Alliierten Kontrollrats, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 1, 29. Oktober 1945.

Pommerin, Reiner/Manuela Uhlmann (Hg.), Quellen zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1815–1991, Darmstadt 2001.

Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 1.–3. Verhandlungstag, Berlin (Ost) 1951.

Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10. bis 16. Juli 1958, Bd. 1, Berlin (Ost) 1958.

Rau, Heinrich, Aus eigener Kraft. Wirtschaftsplan 1946 für die Landwirtschaft der Mark Brandenburg, Potsdam o.J. [1945].

Reinert, Fritz (Hg.), Dokumente zur demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg, Potsdam 1966, S. 61–142.

Ders. (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945–1950, Weimar 1994.

Reuber, Heinrich/Bruno Skibbe (Bearb.), Die Bodenreform in Deutschland in Zahlen und Dokumenten, Berlin 1947.

Rytlewski, Ralf/Manfred Opp de Hipt, Die Deutsche Demokratische Republik in Zahlen 1945/49–1980. Ein sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, München 1987.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Scherstjanoi, Elke (Bearb.), Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation, München 1998, S. 23, 37–43, 153–161.

Dies., „Wollen wir den Sozialismus?" Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953, in: BzG 33 (1991), S. 658–680.

Schollwer, Wolfgang, Potsdamer Tagebuch 1948–1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung, hg. v. Monika Faßbender, München 1988.

Die sowjetische Agrarwissenschaft und unsere Landwirtschaft. Protokoll der Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit führenden Agrarwissenschaftlern der Deutschen Demokratischen Republik am 25. und 26. Mai 1951 in Berlin, Berlin (Ost) 1952.

Staritz, Dietrich, Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus" in der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, in: DA 24 (1991), S. 686–700.

Steinberger, Nathan/Siegfried Graffunder/Kurt Herholz, Edwin Hoernle. Ein Leben für die Bauernbefreiung. Das Wirken Edwin Hoernles als Agrarpolitiker und eine Auswahl seiner agrarpolitischen Schriften, Berlin (Ost) 1965, S. 142–176, 402–410, 534–549, 594–607, 639–661.

Stöckigt, Rolf, Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: BzG 32 (1990), S. 647–653.

Suckut, Siegfried, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986.

Vollnhals, Clemens (Hg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.

Weber, Hermann (Hg.), Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945, Köln ^{3}1973, S. 95–98, 323–338.

Weber, Hermann (Hg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985, München 1987.

Wille, Manfred (Hg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Dokumente, Bd. 1, Wiesbaden 1996.

Ders. (Hg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, Bd. 2, Wiesbaden 1999.

Wirtschaftliche Entwicklung in der sowjetischen Zone seit Potsdam, in: Europa-Archiv 1 (1946), S. 292–299.

Zur Sozialpolitik in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945 bis 1949. Dokumente und Materialien, Berlin (Ost) 1984, S. 21–26, 42–44, 55–61, 73–75, 97–100, 113–116, 166f., 181–185, 224–227, 248–250, 294f.

IV. Literatur

Achilles, Walter, Deutsche Agrargeschichte im Zeitalter der Reformen und der Industrialisierung, Stuttgart 1993.

Ders., Die Entbäuerlichung der Bauern 1882–1907. Dargestellt an den Regionen Magdeburger Börde, Anhalt, südliches Niedersachsen und Oldenburg, in: VSWG 76 (1989), S. 185–201.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Agrarkapitalismus und Agrarindividualismus – Leerformeln oder Wirklichkeit?, in: VSWG 81 (1994), S. 494–544.

Ders., Betriebswirtschaftliche Leitbilder in der ostdeutschen Gutswirtschaft seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, in: Heinz Reif (Hg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise – junkerliche Interessenpolitik – Modernisierungsstrategien, Berlin 1994, S. 191–212.

Ackermann, Volker, Der „echte" Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961, Osnabrück 1995, S. 126–148, 171–195, 281–285, 288–291.

Adamy, Kurt, Das Ringen der deutschen Sozialdemokratie um Landarbeiter und werktätige Bauern in der Ostprignitz 1880–1900, in: Prignitz-Forschungen 1 (1966), S. 121–136.

Ders., Die preußische Provinz Brandenburg im Deutschen Kaiserreich, in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 503–560.

Adler, Frank, Ansätze zur Rekonstruktion der Sozialstruktur des DDR-Realsozialismus, in: Berliner Journal für Soziologie 1 (1991), S. 157–175.

Adolph, Thomas, Einleitende Anmerkungen zur historisch-politikwissenschaftlichen Methode des Vergleichs, in: Ludger Kühnhardt/Gerd Leutenecker/Martin Rupps (Hg.), Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich, Frankfurt/M. 1994, S. 19–30.

Agethen, Manfred, Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Jürgen Frölich (Hg.), „Bürgerliche" Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP (D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 47–72.

Ders., Bodenreform, in: Rainer Eppelmann u.a. (Hg.), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1996, S. 131–133.

Ders., Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), in: ebd., S. 248f.

Allinson, Mark, Politics and Popular Opinion in East Germany 1945–68, Manchester 2000, S. 78–86, 158–168.

Altrichter, Helmut, Die Bauern von Tver. Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung, München 1984, S. 90–134, 175–197.

Ders., Staat und Revolution in Sowjetrußland 1917–1922/23, Darmstadt ²1996, S. 71–136.

Ders., „Offene Großbaustelle Rußland". Reflexionen über das „Schwarzbuch des Kommunismus", in: VfZ 47 (1999), S. 321–361.

Ambros, Gerhard, Über die umfassende Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion, in: Einheit, H. 2, 1986, S. 145–147.

Ambrosius, Gerold, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949, Stuttgart 1977.

Angelow, Jürgen, Geschichte und Landschaft. Das märkische Rittergut Kemnitz, Berlin 2000, S. 93–101.

Ansorg, Leonore, Der Fortschritt kommt aufs Land. Weibliche Erwerbsarbeit in der Prignitz, in: Gunilla-Friederike Budde (Hg.), Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997, S. 78–99.

Antal, Endre, Land- und Forstwirtschaft, in: Klaus-Dieter Grothusen (Hg.), Südosteuropa-Handbuch, Bd. 5: Ungarn, Göttingen 1987, S. 354–382.

Arendt, Hans-Jürgen, Die KPD und die werktätigen Bäuerinnen, in: Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Wissenschaftliche Mitteilungen, 1982/II, S. 46–51.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Arlt, Reiner, 30 Jahre schöpferische Gestaltung des Agrarrechts der DDR, in: Staat und Recht 28 (1979), S. 324–332.
Ders., Artikel „DDR", in: Volkmar Götz/Karl Kroeschell/Wolfgang Winkler (Hg.), Handwörterbuch des Agrarrechts, Bd. 1, Berlin 1981, Sp. 431–448.
Arnason, Jóhann Páll, The Future That Failed. Origins and Destinies of the Soviet Model, London 1993, S. 55–122.
Ders., Die Moderne als Projekt und Spannungsfeld, in: Axel Honneth/Hans Joas (Hg.), Kommunikatives Handeln, Frankfurt/M. 1986, S. 278–326.
Ders., Totalitarismus und Modernisierung, in: Lars Clausen (Hg.), Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle a.d. Saale 1995, Frankfurt/M. 1996, S. 154–163.
Ders., Gescheiterte Globalisierung, Das sowjetische Modell, in: Klaus Müller (Hg.), Postsozialistische Krisen. Theoretische Ansätze und empirische Befunde, Opladen 1998, S. 9–30.
Ast, Jürgen/Kerstin Mauersberger, Zweite Heimat Brandenburg. Flucht, Vertreibung, Neuanfang, Berlin 2000.
Augustin, Winfried, Die Umwandlung von LPGs und die Folgen für Leben und Arbeit im Dorf, in: Reiner Hoffmann u.a. (Hg.), Problemstart: Politischer und sozialer Wandel in den neuen Bundesländern, Köln 1994, S. 331–354.
Baberowski, Jörg, Wandel und Terror: die Sowjetunion unter Stalin 1928–1941. Ein Literaturbericht, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 43 (1995), S. 97–129.
Ders., Stalinismus „von oben". Kulakendeportationen in der Sowjetunion 1929–1933, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 46 (1998), S. 572–591.
Bade, Klaus J., Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000, S. 275–300.
Ders., Sozialhistorische Migrationsforschung und ‚Flüchtlingsintegration', in: Rainer Schulze/Doris von der Brelie-Lewien/Helga Grebing (Hg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, Hildesheim 1987, S. 126–162.
Badstübner, Rolf, Vom „Reich" zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999, S. 153–183, 568–472.
Badstübner, Rolf, u.a., Deutsche Geschichte, Bd. 9: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung. Der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Berlin (Ost) 1989.
Ders., Gesellschaftlich Altes und Neues im Entstehungsprozeß der beiden deutschen Staaten – ein Vergleich, in: TAJB 19 (1990), S. 179–191.
Ders., Die Anfänge der DDR – gesellschaftsgeschichtliche Deutungsmuster. Ein Beitrag zum Thema Aufarbeitung und Bewertung von DDR-Geschichte, in: BzG 35 (1993), S. 3–18.
Balcar, Jaromír, Instrument im Volkstumskampf? Die Anfänge der Bodenreform in der Tschechoslowakei 1919/20, in: VfZ 46 (1998), S. 391–428.
Baranowski, Shelley, The Sanctity of Rural Life. Nobility, Protestantism, and Nazism in Weimar Prussia, New York 1995, S. 145–176.
Barthel, Horst, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945–1949/50, Berlin (Ost) 1979, S. 37–68.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Barthelmann, Robert, Die Bedeutung der Bodenreform für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur demokratischen Bauernorganisation, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Jena 9 (1959/1960), GSR, S. 393–398.

Ders., Die revolutionär-demokratische Umwandlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften des Kapitalismus und ihre Mitwirkung bei der Entwicklung des sozialistischen Genossenschaftsgedankens in der Landwirtschaft der DDR, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Jena 12 (1963), GSR, S. 117–128.

Baudisch, Rosemarie, Geographische Grundlagen und historisch-politische Gliederung Brandenburgs, in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 15–44.

Bauer, Theresia, Die Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands 1948 in Mecklenburg und die Entwicklung des Landesverbandes bis 1952, in: Damian van Melis (Hg.), Sozialismus auf dem platten Land. Tradition und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1952, Schwerin 1999, S. 281–319.

Bauerkämper, Arnd, Die SED und die Bauern. Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der SBZ und DDR (Kurseinheit „DDR – Geschichte eines untergegangenen deutschen Staates", FernUniversität Hagen), Hagen 1999.

Ders., Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik in den 50er Jahren, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993 (Studienausgabe 1998), S. 188–200.

Ders., Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 119–143.

Ders., Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg. Voraussetzungen, Entwicklung und Auswirkungen 1947–1952, in: Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte 45 (1994), S. 182–202.

Ders., Der verlorene Antifaschismus. Die Enteignung der Gutsbesitzer und der Umgang mit dem 20. Juli 1944 bei der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: ZfG 42 (1994), S. 623–634.

Ders., Der 8. Mai 1945 als historische Zäsur. Einleitung, in: ders./Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz (Hg.), Der 8. Mai 1945 als historische Zäsur. Strukturen, Erfahrungen, Deutungen, Potsdam 1995, S. 11–23.

Ders., Neue und traditionale Führungsgruppen auf dem Lande. Politische Herrschaft und Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Berliner Debatte. Initial, Heft 4/5, 1995, S. 79–92.

Ders., Problemdruck und Ressourcenverbrauch. Wirtschaftliche Auswirkungen der Bodenreform in der SBZ/DDR 1945–1952, in: Christoph Buchheim (Hg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 295–322.

Ders., Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg. Wandel und Beharrung in der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft 1945, in: Werner Stang (Hg.), Brandenburg im Jahr 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 265–296.

Ders., Die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone in vergleichender und beziehungsgeschichtlicher Perspektive. Einleitung, in: ders. (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 7–19.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Strukturumbruch ohne Mentalitätenwandel. Auswirkungen der Bodenreform auf die ländliche Gesellschaft in der Provinz Mark Brandenburg 1945–1949, in: ebd., S. 69–85.

Ders., Legitimation durch Abgrenzung. Interpretationen der Bodenreform und Kollektivierung im Kontext der deutschen Teilung und Vereinigung, in: BzG 38 (1996), H. 4, S. 36–69.

Ders., Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952. Bodenreform und politisch induzierter Wandel der ländlichen Gesellschaft, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 108–136.

Ders., Der Elitenwechsel in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren. Die Politik gesellschaftlicher Konstruktion und ihre Grenzen am Beispiel dörflicher Führungsgruppen, in: Colloquia. Journal of Central European History 3–4 (1996/97), S. 275–298.

Ders., Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Eine Bilanz der Jahre 1945–1965, in: APZ, B 38/97, 12. September 1997, S. 25–37.

Ders., Amerikanisierung und Sowjetisierung in der Landwirtschaft. Zum Einfluß der Hegemonialmächte auf die deutsche Agrarpolitik von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren, in: Konrad Jarausch/Hannes Siegrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt/New York 1997, S. 195–215.

Ders., Flüchtlinge zwischen Ausschluß und Integration. Bodenreform und ländliche Gesellschaft in Brandenburg 1945–1948, in: Manfred Wille (Hg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 286–295.

Ders./Martin Sabrow/Bernd Stöver, Die doppelte deutsche Zeitgeschichte, in: dies. (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Fs. Christoph Kleßmann, Bonn 1998, S. 9–16.

Ders., Abweichendes Verhalten in der Diktatur. Probleme einer kategorialen Einordnung am Beispiel der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR, in: ebd., S. 294–311.

Ders., Aufwertung und Nivellierung. Landarbeiter und Agrarpolitik in der SBZ/DDR 1945–1960, in: Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter in der SBZ-DDR 1945–1970, Essen 1999, S. 245–267.

Ders., Der Kampf um den Boden in den neuen Bundesländern. Die Debatte über die Restitution des Bodenreformlandes und die Privatisierung der Agrarwirtschaft seit 1989/90, in: Revue d'Allemagne 31 (1999), H. 1, S. 57–73.

Ders., Die vorgetäuschte Integration. Die Auswirkungen der Bodenreform und Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland 1945–1960, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 193–214.

Ders., Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren, in: Peter Hübner (Hg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 37–65.

Ders., Kontinuität und Auflösung der bürgerlichen Rechtsordnung. Landwirtschaftliches Bodeneigentum in Ost- und Westdeutschland (1945–1990), in: Hannes Siegrist/David Su-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

garman (Hg.), Eigentum im internationalen Vergleich (18.–20. Jahrhundert), Göttingen 1999, S. 109–134.

Ders., Transformation als Integration? Der Wandel der ländlichen Gesellschaft und die Flüchtlinge im Osten Brandenburgs, in: Helga Schultz (Hg.), Bevölkerungstransfer und Systemwandel. Ostmitteleuropäische Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin 1999, S. 105–144.

Ders., Zwangsmodernisierung und Krisenzyklen. Die Bodenreform und Kollektivierung in Brandenburg 1945–1960/61, in: GG 25 (1999), S. 556–588.

Ders., Loyale „Kader"? Neue Eliten und die SED-Gesellschaftspolitik auf dem Lande von 1945 bis zu den frühen 1960er Jahren, in: AfS 39 (1999), S. 265–298.

Ders., Auf dem Wege zum „Sozialismus auf dem Lande". Die Politik der SED 1948/49 und die Reaktionen in dörflich-agrarischen Milieus, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000, S. 245–268.

Ders., Vertreibung als Exklusion gesellschaftlicher Führungsgruppen. Die Verdrängung der „Großbauern" in der SBZ/DDR und die Vernichtung der „Kulaken" in der UdSSR im Vergleich, in: Günther Schulz (Hg.), Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 125–163.

Ders., Zentrale Herrschaftspolitik und regionale Zersplitterung. Brandenburg als Kultur- und Wirtschaftsraum 1945–1990, in: Marksteine. Eine Entdeckungsreise durch Brandenburg-Preußen, hg. vom Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte beim Museumsverband des Landes Brandenburg e.V., Berlin 2001, S. 468–472.

Bauman, Zygmunt, Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg 1992, S. 33–71, 281–343.

Ders., Unbehagen in der Postmoderne, Hamburg 1999, S. 7–35, 127–148.

Bausinger, Hermann, Traditionale Welten. Kontinuität und Wandel in der Volkskultur, in: HZ 241 (1985), S. 265–286.

Bechler, Bernhard, Diskussionsbeitrag anläßlich der wissenschaftlichen Konferenz zum 20. Jahrestag der demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg, in: Beiträge zur Geschichte der demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg, hg. vom Staatsarchiv Potsdam und der SED-Bezirksleitung Potsdam, Potsdam 1966, S. 4–12.

Bechler, Bernhard, Erinnerungen an meine Tätigkeit im Lande Brandenburg 1945/46, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Potsdam 10 (1966), S. 445–448.

Bechler, Margret/Mine Stalmann, Warten auf Antwort. Ein deutsches Schicksal, München 1978 (Frankfurt/M. [18]1994).

Beck, Friedrich, Die Entstehung der Provinzial- und Landesverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Bernhard Weißel (Hg.), Befreiung und Neubeginn. Zur Stellung des 8. Mai 1945 in der deutschen Geschichte, Berlin (Ost) 1968, S. 198–209.

Beck, Stefan von der, Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949. Ein Beitrag zu Geschichte und Rechtsproblemen der Enteignung auf besatzungsrechtlicher und besatzungshoheitlicher Grundlage, Frankfurt/M. 1996.

Beck, Ulrich, Der Konflikt der zwei Modernen, in: Wolfgang Zapf (Hg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt/M. 1991, S. 40–53.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Becker, Heinrich, Dörfer heute – ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972 und 1993/95, Bonn 1997, S. 197–255.

Becker, Horst, Demokratische Bodenreform im Kreis Grimmen, in: 20 Jahre demokratische Bodenreform in Mecklenburg, hg. von der Arbeitsgemeinschaft Agrargeschichte am Historischen Institut der Universität Rostock, Rostock o.J. [1965], S. 94–102.

Beckmann, Christopher, Zweierlei Gleichschaltung. Die Durchsetzung des Machtanspruchs von NSDAP und SED auf kommunaler Ebene, in: Günther Heydemann/Eckhard Jesse (Hg.), Diktaturvergleich als Herausforderung. Theorie und Praxis, Berlin 1998, S. 259–282.

Beckmann, Fritz, Der Bauer im Zeitalter des Kapitalismus, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung im Deutschen Reich 50 (1926), S. 719–748.

Beetz, Rüdiger, Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam in der Zeit von der 8. Tagung des ZK (April 1960) bis zum VI. Parteitag der SED (Januar 1963), Diss. A, Pädagogische Hochschule Potsdam 1980 (Ms.).

Ders., Geschichte der LPG Pflanzenproduktion Oehna, Kreis Jüterbog. Ein Beitrag zur Verwirklichung der Agrarpolitik der SED und zu Methoden agrarer Betriebsgeschichtsschreibung, Diss. B, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam 1989 (Ms.).

Behr, Hans-Joachim, Zeitgeschichte in Land und Region, in: Geschichte im Westen 4 (1989), S. 181–197.

Bell, Wolfgang, Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1949 und deren politische Hintergründe. Analyse und Dokumentation, Münster-Hiltrup 1992.

Bender, Peter, Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1996.

Ders., Ansätze zu einer deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Merkur 47 (1993), S. 197–206.

Benndorf, Ulrich, Die Bodenpolitik in der DDR aus legislativer Sicht, in: DA 28 (1995), S. 1064–1073.

Bentzien, Ulrich, Bauern, in: ders./Siegfried Neumann (Hg.) Mecklenburgische Volkskunde, Rostock 1988, S. 122–147.

Benz, Wolfgang, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vierzonen-Deutschland, München ²1992, S. 66–71.

Ders./Walter H. Pehle, Lexikon des deutschen Widerstandes, München 1994, S. 137, 260.

Ders., Konzeptionen für die Nachkriegsdemokratie. Pläne und Überlegungen im Widerstand, im Exil und in der Besatzungszeit, in: Thomas Koebner u.a. (Hg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, Opladen 1987, S. 201–213.

Ders., Fremde in der Heimat: Flucht – Vertreibung – Integration, in: Klaus J. Bade (Hg.), Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland: Migration in Geschichte und Gegenwart, München ³1993, S. 374–386.

Berdahl, Robert M., Preußischer Adel: Paternalismus als Herrschaftssystem, in: Hans-Jürgen Puhle/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Preußen im Rückblick, Göttingen 1980, S. 123–145.

Berend, I.T., Agriculture, in: Michael C. Kaser/E.A. Radice (Hg.), The Economic History of Eastern Europe 1919–1975, Bd. 1, Oxford 1985, S. 148–209.

Berg, Werner, Die Teilung der Leitung. Ursprünge industriellen Managements in den landwirtschaftlichen Gutsbetrieben Europas, Göttingen 1999.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Berger, Johannes, Modernitätsbegriffe und Modernitätskritik, in: SW 39 (1988), S. 224–236.

Ders., Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich – und was wird ihr bloß unterstellt?, in: Leviathan 24 (1996), S. 45–62.

Berger, Peter A./Stefan Hradil, Die Modernisierung sozialer Ungleichheit – und die neuen Konturen ihrer Erforschung, in: dies. (Hg.), Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Göttingen 1990, S. 3–24.

Bergmann, Jürgen/Klaus Megerle, Protest und Aufruhr der Landwirtschaft in der Weimarer Republik (1924–1933). Formen und Typen der politischen Agrarbewegung im regionalen Vergleich, in: Jürgen Bergmann u.a. (Hg.), Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1989, S. 200–287.

Bergmann, Theodor, Studienmaterialien zur Agrarpolitik und Agrarwirtschaft sozialistischer Länder, Offenbach 1973.

Berthold, Lothar, Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930, Berlin 1956, S. 239–242.

Berthold, Rudolf, Der sozialökonomische Differenzierungsprozeß der Bauernwirtschaft in der Provinz Brandenburg während der industriellen Revolution (1816 bis 1878/82), in: JfW 1974/II, S. 13–50.

Bessel, Richard/Ralph Jessen, Einleitung: Die Grenzen der Diktatur, in: dies. (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 7–23.

Bethlehem, Siegfried, Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiter-Zuwanderung. Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1982, S. 21–33, 38–49, 73–80, 97–106.

Beyme, Klaus von, Das sowjetische Modell – Nachholende Modernisierung oder Sackgasse der Evolution?, in: Bernd Faulenbach/Martin Stadelmaier (Hg.), Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917–1991, Essen 1993, S. 32–39.

Beyrau, Dietrich, Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985, Göttingen 1993, S. 102–117, 256–267, 280–282.

Ders., Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin, Göttingen 2000, S. 98–131, 146–151.

Ders., Petrograd, 25. Oktober 1917. Die russische Revolution und der Aufstieg des Kommunismus, München 2001.

Ders., Bildungsschichten unter totalitären Bedingungen. Überlegungen zu einem Vergleich zwischen NS-Deutschland und der Sowjetunion unter Stalin, in: AfS 34 (1994), S. 35–54.

Bezzenberger, Tilman, Wie das Volkseigentum geschaffen wurde. Die Unternehmens-Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1948, in: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte, Nr. 3–4/1997, S. 210–248.

Bieback-Diel, Liselotte, u.a., Der soziale Wandel auf dem Lande: seine Bewältigung und Formen des Scheiterns, in: SW 44 (1993), S. 120–135.

Biehler, Gernot, Die Bodenkonfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 nach Wiederherstellung der gesamtdeutschen Rechtsordnung, Berlin 1994.

Birke, Adolf M., Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961, Berlin 1989.

Blickle, Peter, Bauer, in: Richard van Dülmen (Hg.), Fischer-Lexikon Geschichte, Frankfurt/M. 1990, S. 140–150.

Ders., Der Bauernkrieg, in: Peter Wende (Hg.), Große Revolutionen in der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München 2000, S. 49–64.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bloch, Peter, Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945–1950, hg. von Siegfried Suckut, Köln 1986.

Blohm, Georg, Horizontale und vertikale Kooperation als sozialistische Organisationsformen der Landwirtschaft, in: Hans Immler/Konrad Merkel (Hg.), DDR-Landwirtschaft in der Diskussion, Köln 1972, S. 35–41.

Blotevogel, Hans-Heinrich, Auf dem Weg zu einer Theorie der Regionalität. Die Region als Forschungsgegenstand der Geographie, in: Gerhard Brunn (Hg.), Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde, Baden-Baden 1996, S. 44–68.

Boberach, Heinz (Hg.), Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944, Darmstadt 1965.

Bock, Hartmut, Die Bodenreform und die Ansiedlung von Vertriebenen in der sowjetisch besetzten Zone. Eine Fallstudie, in: Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde 35 (1992), S. 32–54.

Bohler, Karl Friedrich/Bruno Hildenbrand, Kontinuitätssicherung in landwirtschaftlichen Betrieben. Problemlagen und Bewältigungsmuster, in: Gerd Vonderach (Hg.), Sozialforschung und ländliche Lebensweisen. Beiträge aus der neueren europäischen Landsoziologie, Bamberg 1990, S. 70–91.

Ders., Die historische Agrarverfassung und ihre Formen der Unterschicht, in: Gerd Vonderach (Hg.), Landarbeiter im alten Deutschland. Zur Sozialforschung und Sozialgeschichte einer vergangenen Gesellschaftsklasse, Münster 1997, S. 9–54.

Böhm, Karl, Die Befreiung der Bauern, Berlin (Ost) 1967.

Böhme, Klaus, Die Agrarpolitik der SED – Verwirklichung der Marxschen Lehre vom Bündnis der Arbeiter und Bauern, in: Theorie und Praxis: Wissenschaftliche Beiträge der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED 32 (1983), H. 1, S. 55–61.

Boldorf, Marcel, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945–1953. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut, Stuttgart 1998.

Ders., Landarmut in der SBZ/DDR zwischen Bodenreform und Kollektivierung (1945–1952/53), in: Ulrich Kluge/Winfrid Halder/Katja Schlenker (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft" in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 141–155.

Bonwetsch, Bernd, Der Stalinismus in der Sowjetunion der dreißiger Jahre. Zur Deformation einer Gesellschaft, in: JHK 1993, S. 11–36.

Bourdieu, Pierre, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. ^{5}1992.

Ders., Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S. 183–198.

Bouvier, Beatrix, Forschungen zur DDR-Geschichte. Aspekte ihrer Konjunktur und Unübersichtlichkeit, in: AfS 38 (1998), S. 555–590.

Boyer, Christoph, Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918–1938), München 1999.

Bräutigam, Otto, Die Landwirtschaft in der Sowjetunion, Berlin o.J. [1941].

Bramhoff, Michael/Bernd Woidtke, Die Problematik der Chancenungleichheit in sozialistischen Ländern am Beispiel der DDR, in: KZSS 26 (1974), S. 588–629.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Bramke, Werner, Neuordnung der Nachkriegsverhältnisse in Ostdeutschland aus dem Geist des Widerstandes, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 582–596.

Brauer, Kai/Andreas Willisch, Passive Gewinner und aktive Verlierer: Soziale Differenzierung und Lebensläufe in Transformationsprozeß, in: Stefan Hradil (Hg.), Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996, Frankfurt/M. 1997, S. 824–842.

Ders./Andreas Willisch/Frank Ernst, Intergenerationelle Beziehungen, Lebenslaufperspektiven und Familie im Spannungsfeld von Kollektivierung und Transformation. Empirische Befunde aus der Gemeindestudie „Tranlin", in: Lars Claussen (Hg.), Gesellschaften im Umbruch, Frankfurt/M. 1996, S. 736–749.

Ders., Im Schatten des Aufschwungs. Sozialstrukturelle Bedingungen und biographische Voraussetzungen der Transformation in einem mecklenburgischen Dorf, in: Hans Bertram/Wolfgang Kreher/Irene Müller-Hartmann (Hg.), Systemwechsel zwischen Projekt und Prozeß. Analysen zu den Umbrüchen in Ostdeutschland, Opladen 1998, S. 483–527.

Ders./Andreas Willisch/Frank Ernst, Die Landwirtschaft in der DDR und nach der Wende – Lebenswirklichkeit zwischen Kollektivierung und Transformation. Empirische Langzeitstudie, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. III/2: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Frankfurt/M. 1999, S. 1325–1428.

Braun, Günter, Determinanten der Wahlentscheidungen in der Sowjetischen Besatzungszone 1946. Problemskizze, in: DS 24 (1986), S. 341–357.

Ders., Wahlen und Abstimmungen, in: Broszat, Martin/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ^{2}1993, S. 381–431.

Ders., Die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone im Spiegel der Forschung. Eine Bestandsaufnahme der neueren Literatur (Teil I), in: JHK, 1995, S. 275–305.

Braun, Matthias, Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Ministerium für Kultur gegen Heiner Müllers „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande" im Oktober 1961, Berlin ^{2}1996.

Brebach, Joachim/Hans Koch, Die erste Bewährung. Der CDU-Landesverband Mecklenburg in der demokratischen Bodenreform 1945/46, Halle 1972.

Breitenborn, Konrad/Manfred Wille, „Fort mit der Junkerherrschaft!" Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt, in: Rüdiger Fikentscher/Boje Schmuhl/Konrad Breitenborn (Hg.), Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt. Durchführung – Zeitzeugen – Folgen, Halle 1999, S. 19–74.

Brinks, Jan Herman, Einige Überlegungen zur politischen Instrumentalisierung Martin Luthers durch die deutsche Historiographie im 19. und 20. Jahrhundert, in: Zeitgeschichte 22 (1995), S. 233–248.

Broszat, Martin (Hg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1989.

Ders./Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ^{2}1993.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Broszat, Martin, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: ders./Elke Fröhlich/Anton Grossmann (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil C, München 1981, S. 691–709.

Buchheim, Christoph, Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, in: VfZ 38 (1990), S. 415–433.

Ders., Die Wirtschaftsordnung als Barriere des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in der DDR, in: VSWG 82 (1995), S. 194–210.

Ders., Kriegsfolgen und Wirtschaftswachstum in der SBZ/DDR, in: GG 25 (1999), S. 515–529.

Buchholz, Werner, Vergleichende Landesgeschichte und Konzepte der Regionalgeschichte von Karl Lamprecht bis zur Wiedervereinigung im Jahre 1990, in: ders. (Hg.), Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahme – Analyse – Perspektiven, Paderborn 1998, S. 11–60.

Buchstab, Günter, Andreas Hermes, in: ders./Klaus Gotto (Hg.), Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München 1981, S. 103–119.

Buchsteiner, Ilona, Großgrundbesitz in Pommern zwischen 1871 und 1914. Soziale und ökonomische Veränderungen als Ausdruck der Integration des Adels in die bürgerliche Gesellschaft, in: ZfG 37 (1989), S. 329–336.

Dies./Ernst Münch, Modernisierung und Beharrung in der ländlichen Gesellschaft Mecklenburgs. Einleitende Bemerkungen, in: dies. (Hg.), Mecklenburg und seine ostelbischen Nachbarn. Historisch-geographische und soziale Strukturen im regionalen Vergleich, Schwerin 1997, S. 10–31.

Dies., Bodenreform und Agrarwirtschaft der DDR. Forschungsstudie, in: Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission, hg. von Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Bd. 5, Schwerin 1997, S. 9–61.

Dies., Pommerscher Adel im Wandel des 19. Jahrhunderts, in: GG 25 (1999), S. 343–374.

Buddrus, Evelyn, Die Durchführung der demokratischen Bodenreform im Kreis Bad Doberan und ihre historische Bedeutung, in: Beiträge zur Zeitgeschichte 1960/H. 4, S. 262–275.

Burguière, Andre, Der Begriff der „Mentalitäten" bei Marc Bloch und Lucien Febvre: zwei Auffassungen, zwei Wege, in: Ulrich Raulff (Hg.), Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse, Berlin 1987, S. 33–49.

Burke, Peter, Stärken und Schwächen der Mentalitätengeschichte, in: ebd., S. 127–145.

Burkhardt, Siegfried, Unser sozialistisches Dorf, in: Einheit, H. 4, 1987, S. 320–323.

Burrichter, Clemens/Gerd-Rüdiger Stephan, Die DDR als Untersuchungsgegenstand einer Historischen Sozialforschung. Ergebnisse, Defizite und Perspektiven, in: DA 29 (1996), S. 444–454.

Buss, Franz, Die Struktur und Funktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Marburg 1965.

Busse, Karl-Heinrich, Das Siedlungsbild eines Gutes in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, dargestellt am Beispiel des volkseigenen Gutes Zernickow (Kreis Perleberg), in: Zeitschrift für Erdkundeunterricht 11 (1959), H. 7, S. 201–210.

Ders., Die Neuordnung des ländlichen Siedlungsnetzes in der Deutschen Demokratischen Republik – eine Maßnahme zu Beseitigung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, in: Zeitschrift für den Erdkundeunterricht 12 (1960), H. 3, S. 166–177.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Carsten, Francis L., Geschichte der preußischen Junker, Frankfurt/M. 1988, S. 9–79.

Christopeit, Gerald, Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg und ihr Verhältnis zu der einheimischen Bevölkerung, in: Manfred Wille/Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993, S. 86–109.

Ders., Die Sudetendeutschen in der Provinz Mark Brandenburg 1945 bis 1948, in: Manfred Wille (Hg.), Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche, Magdeburg 1993, S. 80–93.

Ders., Die Vertriebenen im Gründungsjahr der DDR – Versuch einer Standortbestimmung anhand ihrer Lage im Land Brandenburg, in: Manfred Wille (Hg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 256–270.

Ciesla, Burghard, Auf Schienenwegen nach Hause. Deutsche Reichsbahn und Heimkehrertransporte, in: Anette Kaminsky (Hg.), Heimkehr 1948. Geschichte und Schicksale deutscher Kriegsgefangener, München 1998, S. 55–69, 349–353.

Ders., Zwischen den Krisen. Sozialer Wandel, ökonomische Rahmenbedingungen und Lebenslage in der DDR 1953–1956, in: Jan Foitzik (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa, 1953–1956. Vom 17. Juni 1953 bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische und nationale Dimensionen, Paderborn 2001, S. 271–291.

Conquest, Robert, Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933, München 1988, S. 146–178.

Conrad, Christoph/Martina Kessel, Blickwechsel: Moderne, Kultur, Geschichte, in: dies. (Hg.), Kultur & Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung, Stuttgart 1998, S. 9–40.

Conze, Eckart, Von deutschem Adel. Die Grafen von Bernstorff im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2000.

Corni, Gustavo/Horst Gies, „Blut und Boden". Rassenideologie und Agrarpolitik im Staat Hitlers, Idstein 1994, S. 17–66.

Dies., Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswissenschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers, Berlin 1997, S. 469–497.

Creuzberger, Stefan, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar 1996.

Dähn, Horst, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ^{2}1993, S. 544–573.

Daniel, Ute, „Kultur" und „Gesellschaft". Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Sozialgeschichte, in: GG 19 (1993), S. 69–99.

Dies., Quo vadis, Sozialgeschichte? Kleines Plädoyer für eine hermeneutische Wende, in: Winfried Schulze (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, Göttingen 1994, S. 54–64.

Dies., Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft, Teil I, in: GWU 48 (1997), S. 195–219.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Dies., Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft, Teil II, in: GWU 48 (1997), S. 259–278.

Danyel, Jürgen, Politische Rituale als Sowjetimporte, in: Konrad Jarausch/Hannes Siegrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt/M. 1997, S. 67–86.

Dehne, Harald, Aller Tage Leben. Zu neuen Forschungsansätzen im Beziehungsfeld von Alltag, Lebensweise und Kultur der Arbeiterklasse, in: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte 28 (1985), S. 9–48.

Demps, Laurenz, Die Provinz Brandenburg in der NS-Zeit (1933 bis 1945), in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 619–676.

Deter, Gerhard, Die Agrarrevolution in den neuen Ländern, in: ZAA 43 (1995), S. 73–87.

Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim, Mannheim 1994.

Die Sowjetisierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone, hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Hamburg 1951.

Diesener, Gerald, Lyssenkoismus in der DDR. Anmerkungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR, in: DA 32 (1999), S. 953–962.

Dietrich, Martina/Dietrich Eichholz, Soziale Umbrüche in Brandenburg 1943–1945, in: Brigitte Berlekamp/Werner Röhr (Hg.), Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus, Münster 1995, S. 123–161.

Dietze, Frank, Entscheidungsstrukturen und -prozesse in der Ost-CDU 1945–1952, in: Michael Richter/Martin Rißmann (Hg.), Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar 1995, S. 47–62.

Dillwitz, Siegfried, Die Entwicklung des Arbeiterrechts für jugendliche Landarbeiter im Gebiet der heutigen DDR 1945 bis 1949, in: JfW 1972/I, S. 41–46.

Dies., Die Struktur der Bauernschaft von 1871 bis 1914. Dargestellt auf der Grundlage der deutschen Reichsstatistik, in: JfG 9 (1973), S. 47–127.

Dipper, Christof, Die Bauernbefreiung in Deutschland 1790–1850, Stuttgart 1980.

Ders., Bauern als Gegenstand der Sozialgeschichte, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hg.), Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Bd. 4: Soziale Gruppen in der Geschichte, Göttingen 1987, S. 9–33.

Doering-Manteuffel, Anselm, Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: VfZ 41 (1993), S. 1–29.

Ders., Eine neue Stufe der Verwestlichung? Kultur und Öffentlichkeit in den sechziger Jahren, in: Axel Schildt u.a. (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 661–672.

Donth, Stefan, Die sächsische KPD 1945/46, Magisterarbeit, Universität Leipzig 1995, S. 92–117 (Ms.).

Ders., Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945 bis 1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED, Köln 2000.

Dornheim, Andreas, Bodenreform 1945–1952, in: Thüringen. Blätter zur Landeskunde, Erfurt 2001.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Dreesen, Klaus, Die Bedeutung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für die DDR, Tübingen 1973.

Durth, Werner/Niels Gutschow, Träume in Trümmern. Stadtplanung 1940–1950, München 1993, S. 82–87, 144f., 148f.

Eckart, Karl, Landwirtschaftliche Kooperation in der DDR. Eine geographische Untersuchung der Struktur und Entwicklung sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe, Wiesbaden 1977, S. 185–227.

Ders., Veränderungen in der Landwirtschaft der DDR seit Anfang der siebziger Jahre, in: DA 18 (1985), S. 396–411.

Ders., Veränderungen in der Landwirtschaft im Raum Brandenburg in den letzten 50 Jahren, in: DS 26 (1988), S. 11–46.

Ders., Agrarstrukturentwicklung und -probleme in Berlin-Brandenburg (1938/40 bis 1989/90), in: ders./Joachim Marcinek/Hans Viehrig (Hg.), Räumliche Bedingungen und Wirkungen des sozial-ökonomischen Umbruchs in Berlin-Brandenburg, Berlin 1993, S. 9–61.

Ders., Agrarpolitische Rahmenbedingungen und Ergebnisse des Agrarstrukturwandels in den neuen Bundesländern, in: DA 27 (1994), S. 926–939.

Ders., Landwirtschaft, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Dorothee Wilms (Hg.), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1996, S. 367–374.

Eckert, Rainer, Die Vergleichbarkeit des Unvergleichbaren. Die Widerstandsforschung über die NS-Zeit als methodisches Beispiel, in: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 68–84.

Ders., Vorläufer der parlamentarischen Demokratie? Widerstand und Opposition im Dritten Reich und in der DDR, in: Heydemann/Jesse (Hg.), Diktaturvergleich, S. 155–167.

Ders., Opposition und Repression in der DDR vom Mauerbau bis zur Biermann-Ausbürgerung (1961–1976), in: AfS 39 (2000), S. 355–390.

Eder, Klaus (Hg.), Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Theoretische und empirische Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie, Frankfurt/M. 1989.

Eggebrecht, Arne, u.a., Geschichte der Arbeit. Vom alten Ägypten bis zur Gegenwart, Köln 1980, S. 243–302.

Ehrenforth, Werner, Bodenreform und Enteignungsentschädigung. Ein Beitrag zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23.3.1991, in: Berichte über Landwirtschaft 69 (1991), S. 489–516.

Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. 3: 1943–1945, Berlin 1996, S. 632–656.

Eichwede, Wolfgang, Stalinismus und Modernisierung, in: Bernd Faulenbach/Martin Stadelmeier (Hg.), Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917–1991, Essen 1993, S. 40–48.

Eidson, John, Der lange Abschied. Breunsdorfer Bauern berichten über Landwirtschaft, Kohle und dörfliches Leben der letzten 50 Jahre, in: Sächsische Heimatblätter 44 (1998), S. 99–110.

Ein Jahr Bewährung in der Mark Brandenburg. Rückblick und Rechenschaft, hg. vom Präsidium der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Potsdam 1946 (ND 1989).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Eisenstadt, Shmuel N., Tradition, Wandel und Modernität, Frankfurt/M. 1979, S. 328–367.
Emmerich, Wolfgang, Kleine Literaturgeschichte der DDR, Frankfurt [5]1989, S. 187–189.
Enders, Ulrich, Die Bodenreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands 1945–1949, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 169–180.
Engeli, Christian, Berlin und die Provinz Brandenburg 1933–1945, in: Gerd Heinrich u.a. (Hg.), Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung, Stuttgart 1993, S. 805–829.
Engels, Friedrich, Der Deutsche Bauernkrieg, Berlin 1946.
Ders., Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in: MEW, Werke, Bd. 22, Berlin (Ost) 1963, S. 484–505.
Erker, Paul, Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite, in: GG 19 (1993), S. 202–238.
Ders., Hunger und sozialer Konflikt in der Nachkriegszeit, in: Manfred Gailus/Heinrich Volkmann (Hg.), Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990, Opladen 1994, S. 392–408.
Ders., Der lange Abschied vom Agrarland. Zur Sozialgeschichte der Bauern im Industrialisierungsprozeß, in: Matthias Frese/Michael Prinz (Hg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 327–360.
Erler, Peter, Zur Tätigkeit der sowjetischen Militärtribunale in Deutschland, in: Peter Reif-Spirek/Bodo Ritscher (Hg.), Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit", Berlin 1999, S. 204–221.
Escher, Felix, Das Kurfürstentum Brandenburg im Zeitalter des Konfessionalismus, in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 231–290.
Ettrich, Frank, Neotraditionalistischer Staatssozialismus. Zur Diskussion eines Forschungskonzeptes, in: Prokla 86 (1992), S. 98–114.
Exner, Peter, Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919–1969, Paderborn 1997.
Fäßler, Peter, Freiheit der Wissenschaft versus Primat der Ideologie – die Irrlehren Trofim D. Lyssenkos und ihre Rezeption in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. DDR, in: Ulrich Kluge/Winfrid Halder/Katja Schlenker (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft" in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 177–194.
Fait, Barbara, (Mark) Brandenburg, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München [2]1993, S. 80–102.
Falter, Jürgen/Cornelia Weins, Die Wahlen in der Sowjetisch Besetzten Zone von 1946. Eine wahlhistorische Analyse, in: Hartmut Mehringer/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hg.), Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46), München 1999, S. 215–233.
Farquharson, John E., The Agrarian Policy of National Socialist Germany, in: Robert Moeller (Hg.), Peasants and Lords in Modern Germany. Recent Studies in Agricultural History, Boston 1986, S. 233–259.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Faulenbach, Bernd, „Deutsche Sonderwege". Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über das deutsche historisch-politische Selbstverständnis, in: Comparativ 4 (1994), H. 1, S. 14–30.

Ders., Die DDR im Kontext der deutschen Geschichte, in: Karsten Rudolph/Christl Wickert (Hg.), Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen der Demokratie. Fs. Helga Grebing, Essen 1995, S. 243–256.

Ders., Zäsuren deutscher Geschichte? Der Einschnitt von 1918 und 1945, in: TAJB 25 (1996), S. 15–33.

Ders., „Modernisierung" in der Bundesrepublik und in der DDR während der 60er Jahre, in: Zeitgeschichte 25 (1998), S. 282–294.

Ders., Überwindung des „deutschen Sonderwegs"? Zur politischen Kultur der Deutschen seit dem Zweiten Weltkrieg, in: APZ, B 51/98, 11. Dezember 1998, S. 11–23.

Feher, György, Die ungarische Agrarpolitik von 1945 bis 1988/89, in: Heiner Timmermann (Hg.), Ungarn nach 1945, Saarbrücken 1990, S. 223–232.

Feldenkirchen, Wilfried, Agrarpolitik im Nachkriegsdeutschland: Leitbilder und Ziele der deutschen Politiker, Parteien und Interessenvertretungen, in: Hans-Jürgen Gerhard (Hg.), Struktur und Dimension. Fs. Karl Heinrich Kaufhold, Bd. 2, Stuttgart 1997, S. 266–291.

Feldmeyer, Karl, Schwierige Heimkehr. Neusiedler auf altem Boden, Berlin 1997.

Felfe, Werner, 40 Jahre demokratische Bodenreform – 40 Jahre erfolgreiche Agrar- und Bündnispolitik der SED, Berlin (Ost) 1985.

Finker, Kurt, Eine adlige Familie in Umbruchszeiten. Das Schicksal der Familie von Ribbeck im Havelland (1933–1947), in: Kurt Adamy/Kristina Hübener (Hg.), Adel und Staatsverwaltung in Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert: Ein historischer Vergleich, Berlin 1996, S. 219–237.

Fisch, Jörg, Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992.

Fischer, Alexander, Die Bewegung „Freies Deutschland" in der Sowjetunion: Widerstand hinter Stacheldraht?, in: Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München ^{3}1994, S. 954–973.

Ders., Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union, in: Michael Richter/Martin Rißmann (Hg.), Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar 1995, S. 9–23.

Fischer, Brigitta, Die Beziehungen zwischen dem Ungarischen Bauernverband und der Partei der Kleinen Landwirte in den Jahren von 1941 bis 1948, in: ZfG 40 (1992), S. 929–939.

Fischer, Klaus, u.a., Sozialstruktur, territoriale Mobilität und soziale Beziehungen in ländlichen Gemeinden. Theoretische und analytische Ergebnisse soziologischer Forschungen, Berlin (Ost) 1980.

Fitzpatrick, Sheila, Stalin's Peasants. Resistance and Survival in the Russian Village After Collectivization, Oxford 1994.

Dies., Everyday Stalinism. Ordinary Lives in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s, New York 1999, S. 115–138, 218–227.

Flemming, Jens, Landarbeiter zwischen Gewerkschaften und „Werkgemeinschaft". Zum Verhältnis von Agrarunternehmern und Landarbeiterbewegung im Übergang, in: AfS 14 (1974), S. 351–418.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Die vergessene Klasse: Literatur zur Geschichte der Landarbeiter in Deutschland, in: Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen Forschung, München 1986, S. 389–418.

Ders., Fremdheit und Ausbeutung. Großgrundbesitz, „Leutenot" und Wanderarbeiter im Wilhelminischen Deutschland, in: Heinz Reif (Hg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1994, S. 345–360.

Flügel, Axel, Bürgertum und ländliche Gesellschaft im Zeitalter der konstitutionellen Monarchie, in: Peter Lundgreen (Hg.), Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986–1997), Göttingen 2000, S. 195–223.

Foitzik, Jan, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1949–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999.

Ders., Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46, in: VfZ 31 (1983), S. 308–334.

Ders., Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ^{2}1993, S. 7–69.

Ders., Sowjetische Hegemonie und Kommunismus in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, in: APZ, B 37–38/96, 6. September 1996, S. 29–37.

Frank, Alexandra, Die Entwicklung der ostelbischen Gutswirtschaften im Deutschen Kaiserreich und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Weiden 1994.

Frantzioch, Marion, Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1987.

Frantzioch-Immenkeppel, Marion, Die Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Flucht, Vertreibung, Aufnahme und Integration, in: APZ, B 28/96, 5. Juli 1996, S. 3–13.

Dies., Vertriebene (Umsiedler), in: Rainer Eppelmann u.a. (Hg.), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1996, S. 656–658

Dies., Theoretische Ansätze zur Integration der deutschen Vertriebenen in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: Manfred Wille (Hg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 17–28.

Franzen, K. Erik, Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer, Berlin 2001.

Fricke, Karl Wilhelm, Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984, S. 129–136.

Ders., Dimensionen von Opposition und Widerstand in der DDR, in: Klaus Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, S. 21–43.

Fritz, Wolfgang, Die amtliche Erwerbstätigenstatistik in der DDR, in: HSR 22 (1997), S. 300–357.

Fulbrook, Mary, The Divided Nation. A History of Germany 1918–1990, New York 1992, S. 129–369.

Dies., The Two Germanies. Problems of Interpretation, Basingstoke 1992.

Dies., Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR 1949–1989, Oxford 1995.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Dies., Politik, Wissenschaft und Moral. Zur neueren Geschichte der DDR, in: GG 22 (1996), S. 458–471.

Dies., Reckoning with the Past: Heroes, Victims, and Villains in the History of the German Democratic Republic, in: Reinhard Alter/Peter Monteath (Hg.), Rewriting the German Past: History and Identity in the New German Atlantic Highlands, New Jersey 1997, S. 175–196.

Dies., Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und „innere Einheit" – ein Widerspruch?, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999, S. 286–298.

Gabler, Diethelm, Entwicklungsabschnitte der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR, Berlin 1995, S. 77–217.

Gailus, Manfred/Thomas Lindenberger, Zwanzig Jahre „moralische Ökonomie". Ein sozialhistorisches Konzept ist volljährig geworden, in: GG 20 (1994), S. 467–477.

Gansleweit, Klaus-Dieter, u.a., Eisenhüttenstadt und seine Umgebung. Ergebnisse der heimatkundlichen Bestandsaufnahme im Gebiet zwischen Oder, Neiße und Schlaubetal um Eisenhüttenstadt und Neuzelle, Berlin (Ost) 1986, S. 30–32, 149f., 179, 183, 209f.

Gayko, Axel, Investitions- und Standortpolitik der DDR an der Oder-Neiße-Grenze 1950–1970, Frankfurt/M. 2000.

Gebhardt, Winfried/Georg Kamphausen, Mentalitätsunterschiede im wiedervereinigten Deutschland? Das Beispiel zweier ländlicher Gemeinden, in: APZ, B 16/1994, 22. April 1994, S. 29–39.

Ders./Georg Kamphausen, Zwei Dörfer in Deutschland. Mentalitätsunterschiede nach der Wiedervereinigung, Opladen 1994.

Geißler, Rainer, Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, Opladen ^{2}1996.

Geppert, Alexander C.T., Forschungstechnik oder historische Disziplin? Methodische Probleme der Oral History, in: GWU 45 (1994), S. 303–323.

Gerbet, Klaus, Carl-Hans Graf von Hardenberg 1891–1958. Ein preußischer Konservativer in Deutschland, Berlin 1993.

Gerstenberg, Reinhold, Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Die Entwicklung der Kollektivwirtschaften in der DDR, in: SBZ-Archiv 4 (1953), S. 50–53.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil 2: Von 1917 bis 1945, Berlin (Ost) 1966, S. 110f.

Gessner, Dieter, Agrarian Protectionism in the Weimar Republic, in: JCH 12 (1977), S. 759–778.

Ders., The Dilemma of German Agriculture During the Weimar Republic, in: Richard Bessel/E.J. Feuchtwanger (Hg.), Social Change and Political Development in Weimar Germany, London 1981, S. 134–154.

Geyer, Michael, Industriepolitik in der DDR. Von der großindustriellen Nostalgie zum Zusammenbruch, in: Jürgen Kocka/Martin Sabrow (Hg.), Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin 1994, S. 122–134.

Gies, Horst, Der Reichsnährstand – Organ berufsständischer Selbstverwaltung oder Instrument staatlicher Wirtschaftslenkung?, in: ZAA 21 (1973), S. 216–233.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Die Rolle des Reichsnährstandes im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hg.), Der „Führerstaat". Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 270–304.

Gilcher-Holtey, Ingrid, Plädoyer für eine dynamische Mentalitätsgeschichte, in: GG 24 (1998), S. 476–497.

Glaeßner, Gert-Joachim, „Totalitarismus" – Reflektionen zu einer wissenschaftlichen und politischen Debatte, in: Prokla 115. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 29 (1999), S. 255–275.

Glassheim, Eagle, National Mythologies and Ethnic Cleansing: The Expulsion of Czechoslovak Germans in 1945, in: CEH 33 (2000), S. 463–486.

Glemnitz, K., Von der demokratischen Bodenreform zur sozialistischen Großproduktion in der Landwirtschaft, in: Zeitschrift für Agrarökonomik 3 (1960), S. 202–206.

Goerner, Martin Georg, Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958, Berlin 1997.

Gömmel, Rainer, Osthilfe für die Landwirtschaft unter der Regierung der Reichskanzler Müller und Brüning, in: Günther Schulz (Hg.), Von der Landwirtschaft zur Industrie. Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert. Fs. Friedrich-Wilhelm Henning, Paderborn 1996, S. 253–274.

Gradl, Johann Baptist, Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone, Köln 1981, S. 191–204.

Gräfrath, Bernd, Art. „Vergesellschaftung", in: Jürgen Mittelstraß (Hg.), Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie, Bd. 4, Stuttgart 1996, S. 505f.

Graffunder, Siegfried, u.a. (Hg.), Edwin Hoernle. Zum Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Eine Auswahl seiner agrarpolitischen Reden und Schriften 1928–1951, Berlin (Ost) 1972, S. 333–366.

Ders., Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft in der antiimperialistisch-demokratischen Agrarrevolution und ihrer Hinüberleitung in die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR, in: BzG 22 (1980), S. 48–58.

Ders., Zur Dialektik von Interessen und gesellschaftlicher Aktivität der Bauernschaft in der Endphase der Übergangsperiode der DDR von 1956/57 bis 1960/61. Motivationen, Erscheinungsformen und Grad gesellschaftlicher Aktivität der Einzel- und Genossenschaftsbauern, in: JfG 31 (1984), S. 103–152.

Graml, Hermann, Die Besatzungspolitik der Alliierten in Deutschland 1945–1949, in: APZ, B 28/95, 7. Juli 1995, S. 25–33.

Grebing, Helga, Zum Begriff der Integration, in: dies. u.a. (Hg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, Hildesheim 1987, S. 302–304.

Greiner, Bernd, Morgenthau-Plan, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999.

Griebenow, Helmut/Kurt Meyer, Die Einbeziehung der Großbauern in die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR, in: JfG 6 (1972), S. 371–396.

Gries, Rainer, Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität: Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991, bes. S. 323–335.

Groschopp, Horst, Kulturhäuser in der DDR. Vorläufer, Konzepte, Gebrauch. Versuch einer historischen Rekonstruktion, in: Thomas Ruben/Bernd Wagner (Hg.), Kulturhäuser in Brandenburg. Eine Bestandsaufnahme, Potsdam 1994, S. 97–176.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Groschoff, Kurt, u.a., Die Landwirtschaft der DDR, Berlin (Ost) 1980.
Grosser, Ilse, Land- und Forstwirtschaft, in: Klaus-Detlef Grothusen (Hg.), Südosteuropa-Handbuch, Bd. 6: Bulgarien, Göttingen 1990, S. 333–354.
Grosser, Thomas, Die Flüchtlingsfrage in der sozialgeschichtlichen Erweiterung – Anmerkungen zum neueren Forschungsstand, in: Sylvia Schraut/Thomas Grosser (Hg.), Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996, S. 19–30.
Ders., Von der freiwilligen Solidar- zur verordneten Konfliktgemeinschaft. Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft im Spiegel neuerer zeitgeschichtlicher Untersuchungen, in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000, S. 65–85.
Grottendieck, Michael, Zwischen Integration und Abstoßung. Probleme der Eingliederung von Vertriebenen im münsterländischen Greven sowie von „antifaschistischen Umsiedlern" im mecklenburgischen Ludwigslust im Vergleich, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 247–271.
Ders., „Der Umsiedler soll nicht neben uns herlaufen." Gesellschaftspolitische Konflikte im Kontext der Vertriebeneneingliederung in Mecklenburg-Vorpommern, in: Damian von Melis (Hg.), Sozialismus auf dem platten Land. Tradition und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1952, Schwerin 1999, S. 195–237.
Grundmann, Siegfried, Sozialstruktur und Lebensweise in Städten und Dörfern – Ein Forschungsbericht aus dem Jahre 1989, in: Berliner Journal für Soziologie, H. 3/4, 1992, S. 399–416.
Grüneberg, Gerhard, u.a., Die marxistisch-leninistische Agrarpolitik von der gegenseitigen Bauernhilfe und demokratischen Bodenreform zur Ausarbeitung und Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der Landwirtschaft der DDR, Berlin (Ost) 1965, S. 7–144.
Grünert, F./W. Heinze, Sozialistische Flurneugestaltung in der LPG „Thomas Müntzer" Worin, in: Feldwirtschaft 11 (1970), Nr. 8, S. 345–347.
Grundmann, Friedrich, Agrarpolitik im „Dritten Reich". Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979, S. 15–20, 33–50, 75–101, 127–150, 161–175, 184–195, 200–209.
Hach, Václav, Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der Tschechoslowakei, in: Heinz Griesbach u.a. (Hg.), Agrarpolitische Probleme und agrarökonomische Fragen der landwirtschaftlichen Betriebsorganisationen in der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik, Göttingen 1968, S. 44–60.
Hagedorn, Konrad, Das Institutionenproblem in der agrarökonomischen Politikforschung, Tübingen 1996.
Ders., Konzeptionelle Überlegungen zur Transformation der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, in: Stephan Merl/Eberhard Schinke (Hg.), Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in der ehemaligen DDR im Umbruch, Berlin 1991, S. 19–34.
Ders., Das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes in der Agrarpolitik, in: ZAA 40 (1992), S. 53–86.
Hagen, Manfred, DDR – Juni 1953. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992, S. 132–136.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Hähnert, Richard, Zu einigen eigentums- und kooperationsrechtlichen Aspekten der sozialistischen Landwirtschaft, in: Staat und Recht 36 (1987), S. 276–282.

Hahn, Eva/Hans-Henning Hahn, Flucht und Vertreibung, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 335–351, 695–697.

Hajna, Karl-Heinz, Länder – Bezirke – Länder. Zur Territorialstruktur im Osten Deutschlands 1945–1990, Frankfurt/M. 1995, S. 81–106.

Ders., Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ – eine Untersuchung der Begleitumstände der Wahl, Frankfurt/M. 2000.

Ders., Die Bildung der Bezirke in der DDR ab Mitte 1952, in: ZfG 37 (1989), S. 291–303.

Halder, Winfrid, „Prüfstein ... für die politische Lauterbarkeit der Führenden?" Der Volksentscheid zur „Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher" in Sachsen im Juni 1946, in: GG 25 (1999), S. 589–612.

Hanke, Irma, Sozialstruktur und Gesellschaftspolitik im SED-Staat und ihre geistig-seelischen Folgen, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. III/2: Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Baden-Baden 1995, S. 1144–1206.

Hann, Chris M., From Production to Property: Decollectivization and the Family-Land-Relationship in Contemporary Hungary, in: MAN. The Journal of the Royal Anthropological Institute 28 (1993), S. 299–320.

Ders., Die Bauern und das Land. Eigentumsrechte in sozialistischen und postsozialistischen Staatssystemen im Vergleich, in: Hannes Siegrist/David Sugarman (Hg.), Eigentum im internationalen Vergleich (18.–20. Jahrhundert), Göttingen 1999, S. 161–184.

Harder, Guido, Das verliehene Nutzungsrecht. Herausbildung und Entwicklung eines Rechtsinstituts des DDR-Bodenrechts, Berlin 1998.

Harnisch, Hartmut, Die Herrschaft Boitzenburg. Untersuchungen zur Entwicklung der sozialökonomischen Struktur ländlicher Gebiete in der Mark Brandenburg von 14. bis zum 19. Jahrhundert, Weimar 1968.

Ders., Kapitalistische Agrarreform und Industrielle Revolution. Agrarhistorische Untersuchungen über das ostelbische Preußen zwischen Spätfeudalismus und bürgerlich-demokratischer Revolution von 1848/49 unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Brandenburg, Weimar 1984.

Ders., Statistische Untersuchungen zum Verlauf der kapitalistischen Agrarreformen in den preußischen Ostprovinzen (1811 bis 1865), in: JfW 1974/IV, S. 149–182.

Ders., Vom Oktoberedikt des Jahres 1807 zur Deklaration von 1816. Problematik und Charakter der preußischen Agrarreformgesetzgebung zwischen 1807 und 1816, in: Studien zu den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts in Preußen und Rußland, Berlin (Ost) 1978, S. 229–295.

Harnisch, Karla, Die Politik der SED zur Entwicklung der Landwirtschaft der DDR 1966 bis 1968, in: BzG 26 (1984), S. 356–364.

Hartisch, Torsten, Die Enteignung von „Nazi- und Kriegsverbrechern" im Land Brandenburg. Eine verwaltungsgeschichtliche Studie zu den SMAD-Befehlen Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 bzw. Nr. 64 vom 17. April 1948, Frankfurt/M. 1998, S. 13–17.

Hartmann, Anneli/Wolfram Eggeling, Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953, Berlin 1998, S. 129–132, 138–144, 185–188, 250–253.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Dies./Wolfram Eggeling, „Das zweitrangige Deutschland" – Folgen des sowjetischen Technik- und Wissenschaftsmonopols für die SBZ und die frühe DDR, in: Wolfgang Emmerlich/Carl Wege (Hg.), Der Technikdiskurs in der Hitler-Stalin-Ära, Stuttgart 1995, S. 189–202.

Hartmann, Thomas T., Die Kooperation in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. Theoretische Grundlagen, Formen und praktische Beispiele, Berlin 1971.

Hartmann, Uwe, Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, in: Marksteine. Eine Entdeckungsreise durch Brandenburg-Preußen, hg. vom Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte beim Museumsverband des Landes Brandenburg e.V., Berlin 2001, S. 486–489.

Hartung, Ulrich, Arbeiter- und Bauerntempel. DDR-Kulturhäuser der fünfziger Jahre. Ein architekturhistorisches Kompendium, Berlin 1997.

Ders., „Die Kultur auf's Land bringen". Dörfliches Bauen in der frühen DDR und der Typus des Land-Kulturhauses, in: Ulrich Kluge/Winfrid Halder/Katja Schlenker (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft" in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 229–250.

Hartwig, Wolfgang/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Kulturgeschichte Heute, Göttingen 1996.

Haupt, Heinz-Gerhard/Jürgen Kocka, Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: dies. (Hg.), Geschichte und Vergleich. Aufsätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/M. 1996, S. 9–45.

Heidemeyer, Helge, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, S. 50–68.

Ders., Die Integration von Flüchtlingen im Nachkriegsdeutschland. Ein Forschungskolloquium des Instituts für Zeitgeschichte, in: DA 29 (1996), S. 787–790.

Ders., Vertriebene als Sowjetzonenflüchtlinge, in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000, S. 237–249.

Heimann, Thomas, Umsiedler im Spiegel von Wochenschau und Film in der Sowjetischen Besatzungszone bis 1949, in: Sylvia Schraut/Thomas Grosser (Hg.), Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996, S. 377–393.

Heitzer, Heinz, Für eine radikale Erneuerung der Geschichtsschreibung über die DDR, in: ZfG 38 (1990), S. 498–509.

Henke, Klaus-Dietmar, Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung, in: Wolfgang Benz, Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt/M. 1985, S. 52–54.

Henkel, Rüdiger, Im Dienste der Staatspartei. Über Parteien und Organisationen der DDR, Baden-Baden 1994.

Henning, Kurt, Kritische Betrachtungen zum Bodenreform-Bauprogramm 1948, in: Wirtschaft im Aufbau 3 (1949), H. 1, S. 55–58.

Herbst, Andreas, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 315f.

Herferth, Wilhelm, u.a., Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, Berlin (Ost) 1965.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Der Aufschwung der Genossenschaftsbewegung nach der 33. Tagung des ZK der SED im Oktober 1957, in: ZfG 14 (1966), S. 208–225.
Hermes, Peter, Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, Saarbrücken 1963.
Herzog, Roman, Das Bodenreform-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in: Bruno J. Sobotka (Hg.), Burgen, Schlösser, Gutshäuser in Mecklenburg-Vorpommern, Stuttgart 1993, S. 141–148.
Heuer, Klaus, Bodenrecht, in: Uwe-Jens Heuer (Hg.), Die Rechtsordnung der DDR. Anspruch und Wirklichkeit, Baden-Baden 1995, S. 147–171.
Heun, Wolfgang/Gundula Heidenreich, Die neubäuerliche Gemeinwirtschaft in Haus Zeitz. Zur Durchführung der demokratischen Bodenreform, in: JfW 1990/II, S. 31–41.
Heydemann, Günther, Stand und Perspektiven der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung. Versuch eines Überblicks, in: Jürgen Frölich (Hg.), „Bürgerliche Parteien" in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995, S. 11–24.
Ders., NS- und SED-Staat – Zwei deutsche Diktaturen? Probleme und Möglichkeiten des Diktaturvergleichs, in: Ingrid Gamer-Wallert u.a. (Hg.), Nähe und Ferne. Erlebte Geschichte im geteilten und vereinigten Deutschland, Tübingen 1997, S. 54–77.
Ders./Christopher Beckmann, Zwei Diktaturen in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen des historischen Diktaturenvergleichs, in: DA 30 (1997), S. 12–40.
Ders., Integraler und sektoraler Vergleich – Zur Methodologie der empirischen Diktaturforschung, in: ders./Jesse (Hg.), Diktaturvergleich, S. 227–233.
Hildenbrand, Bruno, u.a., Bauernfamilien im Modernisierungsprozeß, Frankfurt/M. 1992, S. 40–46.
Hildermeier, Manfred, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 253–262, 282–297, 377–401, 487–502, 530–538.
Hinrichs, Ernst, Regionalgeschichte, in: Carl-Hans Hauptmeyer (Hg.), Landesgeschichte heute, Göttingen 1987, S. 16–34.
Hockerts, Hans Günter, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: APZ, B 29–30/93, 16. Juli 1993, S. 3–19.
Ders., Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: APZ, B 28/2001, 6. Juli 2001, S. 15–30.
Ders., Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 519–544.
Ders., Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur, in: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, Fs. Gerhard A. Ritter, München 1994, S. 790–804.
Ders., Einleitung, in: ders. (Hg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998, S. 8–25.
Hoernle, Edwin, Die demokratische Bodenreform in der Bewährungsprobe, Berlin 1947.
Ders., Deutsche Bauern unterm Hakenkreuz, Berlin (Ost) 1983.
Ders., Zur Bodenfrage (1. September 1924), in: Nathan Steinberger/Siegfried Graffunder/Kurt Herholz (Hg.), Edwin Hoernle. Ein Leben für die Bauernbefreiung. Das Wirken

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Edwin Hoernles als Agrarpolitiker und eine Auswahl seiner agrarpolitischen Schriften, Berlin (Ost) 1965, S. 267–281.

Hofer, Herbert, Die Durchführung der demokratischen Bodenreform und die Entwicklung der Neubauernwirtschaften in den Gemeinden Ilberstedt und Aderstedt, Kreis Bernburg (1945–1951), Diss., Hochschule für Landwirtschaft Bernburg 1966 (Ms.).

Hoffmann, Dierk, „Umsiedler" in den Funktionseliten Brandenburgs 1945–1952. Erste Ergebnisse am Beispiel des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, in: Manfred Wille (Hg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 238–248.

Ders., Im Laboratorium der Planwirtschaft. Von der Arbeitseinweisung zur Arbeitskräftewerbung in der SBZ/DDR, in: VfZ 48 (2000), S. 631–666.

Hoffmann, Manfred, Das Schicksal der Bodenreformwirtschaften in der DDR. Ein Beitrag zur Analyse der Agrar- und Eigentumspolitik der SED, Köln 1978, S. 5–66.

Hoffmann, Wolfgang, Die demokratische Bodenreform und die LDPD, in: ZfG 13 (1965), S. 992–998.

Hohl, Karl, u.a., Die Bezirke der Deutschen Demokratischen Republik. Ökonomische Geographie, Leipzig ²1976, S. 95–156.

Hohlfeld, Rainer, Zwischen Autonomie und staatlichem Dirigismus. Genetische und biomedizinische Forschung, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hg.), Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997, S. 213–232.

Hohmann, Karl, Vom Optimismus zum Realismus – die agrarpolitische Zielsetzung der SED, in: FS-Analysen 1981, H. 3, S. 49–55.

Ders., Die Agrarpolitik der SED zwischen gesellschaftlichem Anspruch und wirtschaftlichen Notwendigkeiten, in: FS-Analysen 1982, H. 8, S. 67–91.

Ders., Agrarpolitik und Landwirtschaft in der DDR, in: Geographische Rundschau 36 (1984), S. 598–604.

Hohmann, Karl, Zielsetzungen des XI. Parteitages im Agrarsektor, in: FS-Analysen 1986, H. 2, S. 55–60.

Horz, Gerhard, Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung des sowjetischen Vorbildes. Ziele – Methoden – Wirkungen, Diss., Freie Universität Berlin 1961 (Ms.).

Hradil, Stefan, Von der „Nivellierten Mittelstandsgesellschaft" zur „Pluraldifferenzierten Wohlstandsgesellschaft". Strukturtypisierungen der Sozialstruktur der Bundesrepublik und ihr Realitätsgehalt, in: Politische Bildung 23 (1990), H. 2, S. 18–37.

Ders., Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotentiale und „Altlasten" in Ostdeutschland, in: APZ, B 20/95, 12. Mai 1995, S. 3–15.

Hübner, Peter, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995.

Ders., Stand und Perspektiven der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung, in: Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hg.), Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Gesellschaftswissenschaft 1989/1990, Stuttgart 1992, S. 439–451.

Ders., „Wir wollen keine Diktatur mehr ..." Aspekte des Diktaturenvergleichs am Beispiel einer Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft 1936 bis 1965, in: Jür-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

gen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 215–232.
Ders., Industrielle Manager in der SBZ/DDR. Sozial- und mentalitätengeschichtliche Aspekte, in: GG 24 (1998), S. 55–80.
Ders., Benzenberg im Osten. Eine Anmerkung zur Diskussion um die Statistik der DDR, in: HSR 83 (1998), Nr. 23, S. 152–158.
Humm, Antonia Maria, Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1952–1969, Göttingen 1999.
Iggers, Georg G., Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, Göttingen 1993, S. 73–87.
Ilien, Albert/Utz Jeggle, Leben auf dem Dorf. Zur Sozialgeschichte des Dorfes und Sozialpsychologie seiner Bewohner, Opladen 1978.
Imbusch, Peter, Macht und Herrschaft in der Diskussion, in: ders. (Hg.), Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorie, Opladen 1998, S. 9–26.
Immler, Hans, Die Landwirtschaft in der DDR. Kurze Einführung, in: ders./Konrad Merkel (Hg.), DDR-Landwirtschaft in der Diskussion, Köln 1972, S. 7–21.
Ders., Die Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Landwirtschaft der DDR als Folge der Agrarreformen, in: Arbeit und Leben in Industrie und Landwirtschaft der DDR (Deutschland Archiv, Sonderheft), Köln 1974, S. 49–67.
Ders., Zur Wechselwirkung von ökonomischer und sozialer Planung in der Landwirtschaft der DDR, in: Sozialstruktur und Sozialplanung in der DDR (Deutschland Archiv, Sonderheft), Köln 1975, S. 109–123.
Jacobmeyer, Wolfgang, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen 1985, S. 63–84, 244–253.
Ders., Die Displaced Persons (DPs), in: Rainer Schulze/Doris von der Brelie-Lewien/Helga Grebing (Hg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, Hildesheim 1987, S. 175–179.
Konrad Jarausch/Hannes Siegrist, Amerikanisierung und Sowjetisierung. Eine vergleichende Fragestellung zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte, in: dies. (Hg.), Amerikanisierung, S. 11–46.
Jarausch, Konrad H., Die DDR denken. Narrative Strukturen und analytische Strategien, in: Berliner Debatte. Initial, 1995, H. 4/5, S. 9–15.
Ders., Normalisierung oder Re-Nationalisierung? Zur Umdeutung der deutschen Vergangenheit, in: GG 21 (1995), S. 571–584.
Ders., Die gescheiterte Gegengesellschaft. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der DDR, in: AfS 39 (1999), S. 1–17.
Ders., Beyond Uniformity. The Challenge of Historicizing the GDR, in: ders. (Hg.), Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR, New York/Oxford 1999, S. 3–14.
Ders., Implosion oder Selbstbefreiung? Zur Krise des Kommunismus und Auflösung der DDR, in: ders./Martin Sabrow (Hg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 15–40.
Jarausch, Konrad/Hannes Siegrist, Amerikanisierung und Sowjetisierung. Eine vergleichende Fragestellung zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte, in: dies. (Hg.), Amerikanisierung, S. 11–46.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Jatzlauk, Manfred, Landarbeiter, Bauern und Großgrundbesitzer in der Weimarer Republik, in: ZfG 39 (1991), S. 888–905.

Ders., Diskussionen und Untersuchungen über die Agrarverhältnisse im Verein für Sozialpolitik in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, in: Heinz Reif (Hg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1994, S. 51–72.

Jensch, Georg, Der physiognomische Wandel der Agrarlandschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Geographische Rundschau 4 (1952), S. 410–415.

Jesse, Eckhard, War die DDR totalitär?, in: APZ, B 40/94, 7. Oktober 1994, S. 12–23.

Ders., Die Totalitarismusforschung im Streit der Meinungen, in: ders., Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Baden-Baden 1996, S. 9–39.

Ders., Die Totalitarismusforschung und ihre Repräsentanten. Konzeptionen von Carl J. Friedrich, Hannah Arendt, Eric Voegelin, Ernst Nolte und Karl Dietrich Bracher, in: APZ, B 20/98, 8. Mai 1998, S. 3–18.

Jessen, Ralph, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999.

Ders., DDR-Geschichte und Totalitarismustheorie, in: Berliner Debatte. Initial, 1995, H. 4/5, S. 17–24.

Ders., Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: GG 21 (1995), S. 96–110.

Ders., Klassengesellschaft DDR?, in: DA 29 (1996), S. 647–649.

Ders., Mobility and Blockade during the 1970s, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR, New York 1999, S. 341–360.

Joas, Hans/Martin Kohli, Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen, in: dies. (Hg.), Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt/M. 1993, S. 7–28.

Ders., Die Modernität des Krieges. Die Modernisierungstheorie und das Problem der Gewalt, in: Leviathan 24 (1996), S. 13–27.

Jung, Heinz, Art. „Vergesellschaftung", in: Hans Jörg Sandkühler (Hg.) Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Bd. 4, Hamburg 1990, S. 694–698.

Just, Regine, Zur Lösung des Umsiedlerproblems auf dem Gebiet der DDR 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre, in: ZfG 35 (1987), S. 971–984.

Kaelble, Hartmut, Der historische Vergleich. Ein Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1999.

Kaiser, Jochen-Christoph, Die Bodenreform als soziale Sicherung militärisch legitimierter Herrschaft, in: Bericht über die 40. Versammlung deutscher Historiker in Leipzig, 28. September bis 1. Oktober 1994, Leipzig 1995, S. 189–194.

Ders., Klientelbildung und Formierung einer neuen politischen Kultur. Überlegungen zur Geschichte der Bodenreform in Thüringen, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 119–131.

Kaiser, Monika, Die Politik der SED zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit den anderen Parteien der DDR im Rahmen des Demokratischen Blocks und der nationalen Front vom V. Parteitag der SED bis zur Bildung des Staatsrates (Juli 1958 bis September 1960),

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Diss., Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1982, S. 69–121 (Ms.).

Dies./Christel Klose/Ursula Münch, Zur Blockpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands von 1955 bis 1961, in: ZfG 30 (1982), S. 1059–1071.

Dies., Die Zusammenarbeit der SED mit der DBD, CDU, LDPD und NDPD bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR 1958–1960, in: BzG 26 (1984), S. 628–639.

Kallfass, Hermann H., Der bäuerliche Familienbetrieb, das Leitbild für die Agrarpolitik im vereinten Deutschland?, in: Agrarwirtschaft 40 (1991), S. 305–313.

Kaminsky, Annette, „...Frankfurt, das glückliche Frankfurt...". Das zentrale Entlassungslager Gronenfelde, in: ders. (Hg.), Heimkehr 1948. Geschichte und Schicksale deutscher Kriegsgefangener, München 1998, S. 70–95.

Karl, Michael, Landwirtschaft und Ernährung im Deutschen Reich, in: Michael Salewski/G. Schulze-Wegener (Hg.), Kriegsjahr 1944. Im Großen und im Kleinen, Stuttgart 1995, S. 251–265.

Kaschuba, Wolfgang, Bauern und andere – Zur Systematik dörflicher Gesellschaftserfahrungen zwischen Vorindustrialisierung und Weltwirtschaftskrise, in: ders./Carola Lipp (Hg.), Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Tübingen 1982, S. 1–285.

Ders., Mythos oder Eigen-Sinn? „Volkskultur" zwischen Volkskunde und Sozialgeschichte, in: Utz Jeggle u.a. (Hg.), Volkskultur in der Moderne. Probleme und Perspektiven empirischer Kulturforschung, Reinbek 1986, S. 469–507.

Ders., Kulturalismus: Kultur statt Gesellschaft?, in: GG 21 (1995), S. 80–95.

Kehl, Matthias, Volkskunde im marxistischen Kontext, in: ZfG 41 (1993), S. 810–814.

Keiderling, Gerhard, Scheinpluralismus und Blockparteien. Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945, in: VfZ 45 (1997), S. 257–296.

Kershaw, Ian, Totalitarianism Revisited. Nazism and Stalinism in Comparative Perspective, in: TAJB 23 (1994), S. 23–40.

Ders., Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft. Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs, in: Eckhard Jesse (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Baden-Baden 1996, S. 213–222.

Ders./Moshe Lewin, Introduction. The regimes and their dictators: perspectives of comparison, in: dies. (Hg.), Stalinism and Nazism. Dictatorship in Comparison, Cambridge 1997, S. 1–25.

Kessel, Martina, Mentalitätengeschichte, in: Christoph Cornelißen (Hg.), Geschichtswissenschaften. Eine Einführung, Frankfurt/M. 2000, S. 235–246.

Keßler, Ralf/Hartmut Rüdiger Peter, Antifaschisten in der SBZ. Zwischen elitärem Selbstverständnis und politischer Instrumentalisierung, in: VfZ 43 (1995), S. 611–633.

Kielmansegg, Peter Graf, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 121–127, 393–397, 416–418.

Kirste, Peter, Wirtschaftspolitik und antiimperialistische Umwälzung. Zur Erarbeitung wesentlicher Grundsätze der wirtschaftspolitischen Konzeption der KPD für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung (Februar 1944 – April 1945), in: JfG 14 (1976), S. 235–286.

Kittsteiner, Heinz Dieter, Was heißt und zu welchem Ende studiert man Kulturgeschichte?, in: GG 23 (1997), S. 5–27.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Klein, Thomas/Wilfriede Otto/Peter Grieder, Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), Tl. 1, Frankfurt/O. 1996.
Kleine, Georg H., Adelsgenossenschaft und Nationalsozialismus, in: VfZ 26 (1978), S. 100–143.
Kleinmann, Hans-Otto, Geschichte der CDU 1945–1982, Stuttgart 1993, S. 24–27, 51–53.
Klemm, Volker, Korruption und Amtsmißbrauch in der DDR, Stuttgart 1991, S. 165–177.
Ders., u.a., Agrargeschichte. Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin (Ost) ²1985, S. 164–236.
Ders., Die Entwicklung der Landwirtschaft der DDR seit der II. Parteikonferenz der SED (Juli 1952), in: Zeitschrift für Agrarökonomik 10 (1967), S. 227–237.
Ders., Zwanzig Jahre sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR, in: JfW 1972/II, S. 107–135.
Ders., Die Agrarwissenschaften und die Modernisierung der Gutsbetriebe in Ost- und Mitteldeutschland (Ende des 19./Beginn des 20. Jahrhunderts), in: Heinz Reif (Hg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise – junkerliche Interessenpolitik – Modernisierungsstrategien, Berlin 1994, S. 173–190.
Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1991.
Ders., Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1997.
Ders., „Das Haus wurde gebaut aus Steinen, die vorhanden waren" – Zur kulturgeschichtlichen Kontinuitätsdiskussion nach 1945, in: TAJB 19 (1990), S. 159–177.
Ders., Die Beharrungskraft traditioneller Milieus in der DDR, in: Manfred Hettling u.a. (Hg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen. Fs. Hans-Ulrich Wehler, München 1991, S. 146–154.
Ders., Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: APZ, B 5/91, 25. Januar 1991, S. 52–62.
Ders., Zwei Diktaturen in Deutschland – Was kann die künftige DDR-Forschung aus der Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus lernen?, in: DA 25 (1992), S. 601–606.
Ders., Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APZ, B 29–30/93, 16. Juli 1993, S. 30–41.
Ders., Zur Sozialgeschichte des protestantischen Milieus in der DDR, in: GG 19 (1993), S. 29–53.
Ders., Relikte des Bürgertums in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 254–270.
Ders., Teilung und Wiederherstellung der nationalen Einheit (1945–1990), in: Ulf Dirlmeier u.a., Kleine deutsche Geschichte, Stuttgart 1995, S. 385–396, 427–447.
Ders., Die „verstaatlichte Arbeiterbewegung". Überlegungen zur Sozialgeschichte der Arbeiterschaft in der DDR, in: Rudolph/Wickert (Hg.), Geschichte, S. 108–119.
Ders., Opposition und Resistenz in zwei Diktaturen in Deutschland, in: HZ 262 (1996), S. 453–479.
Ders., Arbeiter im „Arbeiterstaat". Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell und westdeutsches Magnetfeld, in: APZ, B 50/2000, 8. Dezember 2000, S. 20–28.
Ders., Der schwierige Umgang mit der DDR-Geschichte, in: APZ, B 30/31, 20. Juli 2001, S. 3–5.
Kluge, Ulrich, Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Hamburg 1989.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Kriegs- und Mangelernährung im Nationalsozialismus, in: Beiträge zur historischen Sozialkunde 15 (1985), S. 67–73.
Ders., Wandel ohne Erschütterung. Staatliche Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1986, in: ZAA 35 (1987), S. 160–193.
Ders., Wege europäischer Agrarintegration 1950–1957, in: Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 301–311.
Ders., „Grüne Grenze" und „Rote Junker". Agrarpolitik am Ende der deutschen Teilung 1989/90, in: Hermann Schäfer (Hg.), Geschichte in Verantwortung. Fs. Hugo Ott, Frankfurt/M. 1996, S. 335–360.
Ders., Die Bodenreform 1945, in: Jürgen Schneider/Wolfgang Harbrecht (Hg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933–1993), Stuttgart 1996, S. 91–104.
Ders., „Die Bodenreform ist in erster Linie eine politische Angelegenheit." Agrarstruktureller Wandel in Sachsen 1945/46, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 103–117.
Ders., Die ostdeutsche Bodenreform 1945/46 als Thema wissenschaftlicher Debatte nach fünfzig Jahren, in: Berichte über Landwirtschaft 74 (1996), S. 426–438.
Ders., Kriegsfolgeschäden der ostdeutschen Landwirtschaft (1944–1952), in: Stefan Weinfurter/Frank Martin Siefarth (Hg.), Geschichte als Argumente. 41. Deutscher Historikertag in München, 17. – 20. September 1996. Berichtsband, München 1997, S. 242f.
Ders., Landwirtschaft zwischen Bäuerlichkeit und Kollektivierung, in: Markt oder Plan. Wirtschaftsordnungen in Deutschland, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1997, S. 78–91.
Ders., Agrarstruktureller Wandel und Kollektivierung in Ostdeutschland. Zum Problem der wirtschaftlichen „Sowjetisierung" 1945–1954, in: Wolfram Fischer/Uwe Müller/Frank Zschaler (Hg.), Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Fs. Lothar Baar, St. Katharinen 1997, S. 250–268.
Ders., Die verhinderte Rebellion. Bauern, Genossenschaften und SED im Umfeld der Juni-Krise 1953 in der DDR, in: Wolther von Kieseritzky/Klaus-Peter Sieck (Hg.), Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays. Fs. Heinrich August Winkler, München 1999, S. 317–335.
Ders., Deutsche Agrarpolitik im 20. Jahrhundert zwischen Protektionismus und wirtschaftlicher Modernisierung: Ausklang des Agrarischen?, in: Daniela Münkel (Hg.), Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000, S. 289–314.
Ders., Die „sozialistische Landwirtschaft" als Thema wissenschaftlicher Forschung, in: ders./Winfrid Halder/Katja Schlenker (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft" in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 11–48.
Ders., Die Affäre Vieweg. Der Konflikt um eine sozialistische Agrarbetriebslehre, in: ebd., S. 195–212.
Knöfel, Kurt, Der ganze Parteiapparat führt den Kampf im Dorf, in: Neuer Weg (Organ des Zentralkomitees der SED für Fragen des Parteiaufbaus und des Parteilebens), H. 2, 1958, S. 172–175.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Kocka, Jürgen, Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung, in: ders. (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 9–26.
Ders., Sozialgeschichte der neunziger Jahre, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 40/1993, S. 1125–1129.
Ders., Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: APZ, B 40/94, 7. Oktober 1994, S. 34–45.
Ders., Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547–553.
Ders., Nationalsozialismus und SED-Diktatur im Vergleich, in: ders., Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995, S. 91–101.
Ders., 1945 nach 1989/90. Zur sich wandelnden Bedeutung des Endes von NS-Diktatur und Krieg, in: Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Fs. Hans Mommsen, Berlin 1995, S. 599–608.
Ders., Historische Komparatistik in Deutschland, in: ders./Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Geschichte und Vergleich. Aufsätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/M. 1996, S. 47–60.
Ders., Annäherung und Distanz. Historiker und Sozialwissenschaftler seit den fünfziger Jahren, in: Manfred Hettling/Paul Nolte (Hg.), Nation und Gesellschaft. Historische Essays, München 1996, S. 15–31.
Ders., Nach dem Ende des Sonderwegs. Zur Tragfähigkeit eines Konzepts, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Fs. Christoph Kleßmann, Bonn 1998, S. 364–375.
Ders., Die DDR – eine moderne Diktatur? Überlegungen zur Begriffswahl, in: Michael Grüttner/Rüdiger Hachtmann/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Geschichte und Emanzipation. Fs. Reinhard Rürup, Frankfurt/M. 1999, S. 540–550.
Ders., Historische Sozialwissenschaft heute, in: Paul Nolte u.a. (Hg.), Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte, München 2000, S. 5–24.
Ders., Das östliche Mitteleuropa als Herausforderung für eine vergleichende Geschichte Europas, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 49 (2000), S. 159–174.
Ders., Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen, in: Manfred Hildermeier/Jürgen Kocka/Christoph Conrad (Hg.), Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, Frankfurt/M. 2000, S. 13–39.
Ders., Zivilgesellschaft als historisches Projekt: Moderne europäische Geschichtsforschung in vergleichender Absicht, in: Christof Dipper/Lutz Klinkhammer/Alexander Nützenadel (Hg.), Europäische Sozialgeschichte. Fs. Wolfgang Schieder, Berlin 2000, S. 475–484.
Köhler, Fritz, Zum zehnten Jahrestag der demokratischen Bodenreform, in: ZfG 3 (1955), S. 767–772.
Köhler, Hans, Die Situation der Bauern in der Sowjetzone, in: SBZ-Archiv 4 (1953), S. 53f.
Kohli, Martin, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 31–61.
Kos, Franz-Josef, Politische Justiz in der DDR. Der Dessauer Schauprozeß vom April 1950, in: VfZ 44 (1996), S. 395–429.
Koselleck, Reinhart, Wie neu ist die Neuzeit?, in: ders., Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt/M. 2000, S. 225–239.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Kotow, G.G., Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland, Berlin (Ost) 1959.
Kotsch, Detlef, Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 727–794.
Ders., Karrierewege in Brandenburg nach dem Zweiten Weltkrieg. Entstehung und Etablierung der neuen Eliten in den Jahren 1945–1960, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 47 (1996), S. 149–191.
Kowalczuk, Ilko-Sascha, Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VII/2: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Baden-Baden 1995, S. 1203–1284.
Kowarsch, Karl-Heinz, Der revolutionäre Prozeß des Übergangs von der einzelbäuerlichen zur genossenschaftlichen sozialistischen Landwirtschaft in der DDR. Dargestellt am Beispiel des Bezirkes Schwerin (1950 bis 1955), Diss., Universität Rostock 1964 (Ms.), S. 1–120.
Krambach, Kurt, u.a., Die Genossenschaftsbauern in den achtziger Jahren, Berlin (Ost) 1984.
Ders., Probleme der Bewußtseinsentwicklung der Klasse der Genossenschaftsbauern und die Aufgaben der Agrarsoziologie, in: ders./Hans Schmidt (Hg.), Probleme und Ergebnisse agrarsoziologischer Forschung zur Bewußtseinsbildung der Genossenschaftsbauern bei der Gestaltung der sozialistischen Betriebswirtschaft und Kooperation, Berlin (Ost) 1969, S. 9–33.
Ders., Genossenschaftsbauern und Dorf im Prozeß der sozialistischen Intensivierung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 33 (1985), S. 42–52.
Ders., Zur Entwicklung der Klasse der Genossenschaftsbauern, in: Einheit, H. 5, 1982, S. 510–516.
Ders., Über den Wandel im Antlitz unserer Dörfer, in: Einheit, H. 4/5, 1986, S. 412–417.
Ders., Meinungen von Agrarproduzenten – Beweggründe der Entscheidung für das Verbleiben in einer genossenschaftlichen Existenzweise, in: Stephan Merl/Eberhard Schinke (Hg.), Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in der ehemaligen DDR im Umbruch, Berlin 1991, S. 103–108.
Ders., Soziale Mobilität einstiger Genossenschaftsbauern und soziale Identität in heutigen landwirtschaftlichen Gemeinschaftsunternehmen, in: BISS public 6 (1996), H. 18, S. 96.
Ders./Siegfried Kuntsche/Hans Watzek, Wirtschaftliche Entwicklung in den drei Nordbezirken der DDR-Agrarwirtschaft, Agrarpolitik und Lebensverhältnisse auf dem Lande. Forschungsstudie, in: Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission, hg. vom Landtag Mecklenburg Vorpommern, Bd. 5, Schwerin 1997, S. 63–161.
Kramer, Matthias, Die Bolschewisierung der Landwirtschaft in Sowjetrußland, in den Satellitenstaaten, in der Sowjetzone, Köln 1951.
Ders., Die Landwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Entwicklung in den Jahren 1945–1955. Textteil, Bonn 1957.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Krause, Michael, Flucht vor dem Bombenkrieg. „Umquartierungen" im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943–1963, Düsseldorf 1997, S. 121–142, 174–184, 221–225.

Krauss, Marita, Das „Wir" und das „Ihr". Ausgrenzung, Abgrenzung, Identitätsstiftung bei Einheimischen und Flüchtlingen nach 1945, in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hg.) Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000, S. 27–39.

Krebs, Christian, Arbeitsorganisation und Lebensbedingungen in der Landwirtschaft der DDR, in: Arbeits- und Lebensbedingungen in Industrie und Landwirtschaft der DDR (Deutschland Archiv, Sonderheft), Köln 1975, S. 69–84.

Ders., Der Weg zur industriemäßigen Organisation der Agrarproduktion in der DDR. Die Agrarpolitik der SED 1945–1960, Bonn 1989, S. 22–214, 279–303, 391–403.

Krellenberg, Hans-Ulrich, Die Eingliederung der Umsiedler in das gesellschaftliche und politische Leben in Mecklenburg 1945–1949 (dargestellt an den Kreisen Parchim und Malchin), Diss. A, Universität Rostock 1970 (Ms.).

Kroeschell, Karl, Deutsches Agrarrecht. Ein Überblick, Köln 1983.

Ders., Art. „Agrarverfassung", in: Volker Götz/Karl Kroeschell/Wolfgang Winkler (Hg.), Handwörterbuch des Agrarrechts, Bd. 1, Berlin 1981, Sp. 162–168.

Ders., Die ländliche Eigentumsordnung in der DDR, in: Manfred Löwisch/Christian Schmidt-Leithoff/Burkhard Schmiedel (Hg.), Beiträge zum Handels- und Wirtschaftsrecht. Fs. Fritz Rittner, München 1991, S. 323–342.

Krohn, Claus-Dieter, Art. „Wirtschaftswissenschaften", in: ders. u.a. (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Sp. 904–922.

Krüger, Hartmut, Die Rechtsnatur des sogenannten Siedlungseigentums der Neubauern der kommunistischen Bodenreform in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone/DDR, in: Deutsch-deutsche Rechts-Zeitschrift, 2 (1991), S. 385–393.

Kruse, Joachim von (Hg.), Weißbuch über die „Demokratische Bodenreform" in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Dokumente und Berichte, München ²1988.

Kryszon, Sabine J., Kein Land in Sicht? – Massenarbeitslosigkeit und soziale Lage in den „neuen" ländlichen Räumen, in: Pro Regio 17/1995, S. 19–23.

Kühne, Konrad, Die Anfänge der DBD, in: Jürgen Frölich (Hg.), „Bürgerliche" Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP (D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 89–102.

Ders., Demokratische Bauernpartei Deutschlands, in: Rainer Eppelmann u.a. (Hg.), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1996, S. 153–155.

Ders., Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG), in: Rainer Eppelmann u.a. (Hg.), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1996, S. 374–376.

Küttler, Wolfgang, Neubeginn in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft. Bilanz nach dem Zusammenbruch der DDR, in: APZ, B 17–18/92, 17. April 1992, S. 3–13.

Küttner, Irmelin, Dörfer zwischen Tradition und Erneuerung. Dorfentwicklung im Wandel der dreißiger bis zu den fünfziger Jahren, in: Brandenburgische Denkmalpflege 4 (1995), S. 112–128.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Kuntsche Siegfried, Die „Gemeinwirtschaft" der Neubauern. Probleme der Auflösung des Gutsbetriebes und des Aufbaues der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg, Diss. A, Universität Rostock 1970 (Ms.).

Ders., Zur agraren Entwicklung eines ehemaligen Gutshofes in Mecklenburg, in: JfW 1967/III, S. 64–81.

Ders., Der Kampf gegen die „Gemeinwirtschaft" der Neubauern, für die Auflösung des Gutsbetriebes und den Aufbau der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 20 (1971), GSR, S. 39–51.

Ders., Zur wirtschaftlichen Situation des werdenden Neubauerndorfes in Mecklenburg-Vorpommern, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 21 (1972), GSR, S. 149–165.

Ders., Die Unterstützung der Landesverwaltung bzw. Landesregierung Mecklenburg durch die sowjetische Militäradministration bei der Leitung der demokratischen Bodenreform, in: JfG 12 (1974), S. 141–182.

Ders., Die demokratische Bodenreform, in: Rolf Badstübner u.a., Deutsche Geschichte, Bd. 9: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Berlin (Ost) 1989, S. 115–131.

Ders., Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft, in: Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1, Bonn 1993, S. 191–210.

Ders., Bauern im Interessenkonflikt. Die Situation vor der Staatsgründung 1949, in: Elke Scherstjanoi (Hg.), „Provisorium für längstens ein Jahr". Protokoll des Kolloquiums Die Gründung der DDR, Berlin 1993, S. 231–235.

Ders., Demokratische Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern. Versuch einer Neubefragung der Geschichte, in: ders. u.a., Bodenreform in Mecklenburg und Vorpommern. Geschichte und Gegenwart, Rostock 1995, S. 25–39.

Ders., Bodenreform in einem Kernland des Großgrundbesitzes: Mecklenburg-Vorpommern, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 51–68.

Ders., Die Bodenreform in der SBZ – Versuch einer Neubefragung der Geschichte, in: Protokoll anläßlich des 50. Jahrestages der demokratischen Bodenreform am 2. September 1995 in Kyritz, hg. von der Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Berlin o.J. [1996], S. 12–20.

Ders., Bäuerlicher Alltag in den Nachkriegsjahren, in: Forschungsfeld DDR-Geschichte. Fs. Rolf Badstübner, Berlin 1999, S. 22–25.

Ders., Das Bauerndorf in der Nachkriegszeit. Lebenslagen und Alltag, in: Evemarie Badstübner (Hg.), Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000, S. 64–116.

Kurek, Wolfgang, Die VdgB in der bündnis- und agrarpolitischen Konzeption der SED (1945–1952). Entstehung und Konsolidierung des Verbandes als Konsequenz der SED-Politik. Eine Quellenstudie, Diss., Berlin 1995, S. 95–190.

Kurjo, Andreas, Zur Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft der DDR, in: FS-Analysen 1986, H. 4, S. 75–108.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Landwirtschaft, in: Alexander Fischer (Hg.), Ploetz. Die Deutsche Demokratische Republik. Daten, Fakten, Analysen, Darmstadt 1988, S. 98–103.
Ders., Organisation und Bedeutung der Geflügelhaltung in der Landwirtschaft der DDR, in: FS-Analysen 1989, H. 4, S. 3–56.
Ders., Agrarpolitik und Agrarwirtschaft in der DDR im Prozeß der Erneuerung an der Schwelle der 90er Jahre, in: FS-Analysen 17 (1990), H. 2, S. 139–155.
Ders., Macht- und Meinungsträger der Agrarpolitik in der ehemaligen DDR: Stephan Merl/Eberhard Schinke (Hg.), Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in der ehemaligen DDR im Umbruch, Berlin 1991, S. 79–81.
Kwizinskij, Julij A., Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 174–177.
Lagemann, Bernhard, Strukturwandel der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, Tl. 1: Wandel der betrieblichen Struktur und der Produktionsstruktur, in: RWI-Mitteilungen 43 (1992), S. 61–113.
Lakowski, Richard, Seelow 1945. Die Entscheidungsschlacht an der Oder, Berlin 1994.
Ders., Das Ende der Naziherrschaft in Brandenburg, in: Dietrich Eichholtz (Hg.), Verfolgung, Alltag, Widerstand: Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente, Berlin 1993, S. 411–442.
Langenhan, Dagmar, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!" Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre), in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 119–165.
Dies., Auf dem Weg zur genossenschaftlichen Demokratie? Mitglieder und Beschäftigte der LPG im betrieblichen Alltag der 70er/80er Jahre, in: Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hg.), Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin 2001, S. 263–274.
Langewiesche, Dieter, Fortschritt als sozialistische Hoffnung, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Fs. Hermann Weber, Köln 1993, S. 39–55.
Lapp, Peter Joachim, VdgB neues Mitglied im Demokratischen Block, in: DA 19 (1986), S. 16f.
Laschewski, Lutz, Von der LPG zur Agrargenossenschaft. Untersuchungen zur Transformation genossenschaftlich organisierter Unternehmen in Ostdeutschland, Berlin 1998.
Laschitza, Horst, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin (Ost) 1969, S. 197–224, 235–238.
Laufer, Jochen, „Genossen, wie ist das Gesamtbild?" Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, in: DA 29 (1996), S. 355–371.
Ders., Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand?" Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 21–35.
Lehmann, Hartmut (Hg.), Wege zu einer neuen Kulturgeschichte, Göttingen 1995.
Lehmann, Helmut, Dorfakademien – Dorfklubs, in: Märkische Heimat 3 (1959), S. 164–166.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Lehmann, Joachim, Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft 1939 bis 1945, in: Ulrich Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz". Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 127–139.

Lemke, Michael, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.

Ders., SED-Kampagnen gegen Bonn 1960–1963, in: VfZ 41 (1993), S. 153–174.

Ders., Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ost-westlichen Spannungsfeld, in: APZ, B 6/97, 31. Januar 1997, S. 41–53.

Ders., Einleitung, in: ders. (Hg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln 1999, S. 11–30.

Lenin, Wladimir I., Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage, in: ders., Werke, Bd. 31: April – Dezember 1920, Berlin (Ost) 1959, S. 140–152.

Leonhard, Wolfgang, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1990 ([1]1955), S. 503–553.

Lepenies, Wolf, Von der Geschichte zur Politik der Mentalitäten, in: HZ 261 (1995), S. 673–694.

Lepsius, M. Rainer, Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80.

Ders., Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 17–30.

Le Tissier, Tony, Durchbruch an der Oder. Der Vormarsch der Roten Armee 1945, Frankfurt/M. 1996.

Lewin, Moshe, Die Auseinandersetzungen in der Agrarfrage und die Wirklichkeit in der UdSSR 1928–1940, in: Peter Hennicke (Hg.), Probleme der Sozialisierung und der Übergangsgesellschaften, Frankfurt/M. 1973, S. 332–364.

Lippe, Peter von der, Die amtliche Statistik der DDR: „Fälschungen" oder „spezifische Form der Manipulation, zentral vollzogen"?, in: HSR 23 (1998), S. 339–343.

Lieser, Joachim, Umstrukturierung der ostdeutschen Landwirtschaft. Erfahrungen eines Experten, in: DA 28 (1995), S. 831–835.

Lindenberger, Thomas, Aus dem Volk, für das Volk? Bemerkungen zur Entstehung der bewaffneten Organe der SBZ/DDR aus sozialhistorischer Sicht, in: Detlef Bald (Hg.), Nationale Volksarmee – Armee für den Frieden: Beiträge zu Selbstverständnis und Geschichte des deutschen Militärs 1945–1990, Baden-Baden 1995, S. 165–180.

Ders., Alltagsgeschichte und ihr möglicher Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 298–325.

Ders., Der ABV im Text. Zur internen und öffentlichen Rede über die Volkspolizei der 1950er Jahre, in: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hg.), Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte: Erkundigungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997, S. 137–166.

Ders., Die Deutsche Volkspolizei (1945–1990), in: Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998, S. 97–152.

Ders., Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 13–44.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, in: ders. (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 167–203.

Ders., Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinigten Deutschlands, in: APZ, B 40/2000, 29. September 2000, S. 5–12.

Ders., Vaters kleine Helfer. Die Volkspolizei und ihre enge Verbindung zur Bevölkerung, 1952–1965, in: Gerhard Fürmetz u.a. (Hg.), Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969, Hamburg 2001, S. 229–253.

Lipp, Carola, Kulturgeschichte und Gesellschaftsgeschichte – Mißverhältnis oder glückliche Verbindung?, in: Paul Nolte u.a. (Hg.), Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte, München 2000, S. 25–34.

Lochen, Hans-Hermann, Grundlagen der Enteignungen zwischen 1945 und 1949, in: DA 24 (1991), S. 1025–1038.

Lorenz, Chris, Comparative Historiography: Problems and Perspectives, in: HT 38 (1999), S. 25–39.

Loth, Wilfried, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994.

Löwenthal, Richard, Widerstand im totalen Staat, in: ders./Patrik von zur Mühlen (Hg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin 1984, S. 11–24.

Ludwig, Karin, Die SED-Bezirksparteiorganisation Potsdam im Kampf um den Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in den Jahren 1958 bis 1961, Potsdam 1987.

Lüdtke, Alf, Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: ders. (Hg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9–63.

Ders./Inge Marßolek/Adelheid von Saldern, Einleitung: Traum und Albtraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, in: dies. (Hg.), Amerikanisierung: Traum und Albtraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996, S. 7–33.

Ders., Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in: APZ, B 36/98, 28. August 1998, S. 3–16.

Luft, Hans, Landwirtschaft Ost kontra Treuhandmodell, Berlin 1997.

Ders., Entwicklung der ostdeutschen Landwirtschaft, in: DA 29 (1996), S. 422–428.

Luks, Leonid, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935, Stuttgart 1985.

Lüttig, Andreas, Fremde im Dorf. Flüchtlingsintegration im westfälischen Wewelsburg 1945–1958, Essen 1993.

Maether, Bernd, Brandenburgs Schlösser und Herrenhäuser 1945–1952, Potsdam 1999.

Ders., Schlösser, Herrenhäuser und Bodenreform, in: Rüdiger Fikentscher/Boje Schmuhl/Konrad Breitenborn (Hg.), Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt. Durchführung – Zeitzeugen – Folgen, Halle 1999, S. 101–116.

Mählert, Ulrich, Kleine Geschichte der DDR, München 1998.

Mai, Gunther, Zeithistorische Landesgeschichtsforschung, in: Detlev Heiden/Gunther Mai (Hg.), Nationalsozialismus in Thüringen, Wien 1995, S. 11–27.

Maier, Charles S., Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt/M. 2000.

Ders., Geschichtswissenschaft und „Ansteckungsstaat", in: GG 20 (1994), S. 616–624.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Major, Patrick, „Mit Panzern kann man doch nicht für den Frieden sein". Die Stimmung der DDR-Bevölkerung zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 im Spiegel der Parteiberichte der SED, in: JHK, 1995, S. 208–223.

Ders., Vor und nach dem 13. August 1961: Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer, in: AfS 39 (1999), S. 325–354.

Malycha, Andreas, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000.

Ders., Der Zentralausschuß der SPD und der gesellschaftspolitische Neubeginn im Nachkriegsdeutschland, in: ZfG 38 (1990), S. 581–595.

Ders., „Wir haben erkannt, daß die Oder-Neiße-Grenze die Friedensgrenze ist". Die SED und die neue Ostgrenze 1945 bis 1951, in: DA 33 (2000), S. 193–207.

Ders., Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, in: APZ, B 30–31/2001, 20. Juli 2001, S. 14–21.

Manning, Roberta T., The Great Purges in a rural district: Belyi Raion revisited, in: J. Arch Getty/Roberta T. Manning (Hg.), Stalinist Terror. New Perspectives, Cambridge 1993, S. 168–197.

Marquardt, Sabine, Die Bodenreformkommissionen in Mecklenburg-Vorpommern als Vehikel der politischen Transformation, in: Damian van Melis (Hg.), Sozialismus auf dem platten Land. Tradition und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern von 1945–1952, Schwerin 1999, S. 239–260.

Marquardt-Bigman, Petra, Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942–1949, München 1995, S. 130–133, 141f., 238.

Materna, Ingo, Brandenburg als preußische Provinz in der Weimarer Republik (1918 bis 1933), in: ders./Wolfgang Ribbe (Hg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 561–618.

Matschke, Horst, Zur Entwicklung der genossenschaftlich-sozialistischen Landwirtschaft in der DDR 1960–1965, in: Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Wissenschaftliche Mitteilungen, 1982/I, S. 44–64.

Matschke, Werner, Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) von 1945 bis 1948, Berlin 1988, S. 45–68.

Medick, Hans, Weben und Überleben in Laichingen 1650–1900. Lokalgeschichte als allgemeine Geschichte, Göttingen 1996.

Mehlhase, Torsten, Die SED und die Vertriebenen. Versuche der politischen Einflußnahme und der „Umerziehung" in den ersten Nachkriegsjahren in Sachsen-Anhalt, in: Manfred Wille/Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993, S. 159–177.

Ders., Die Vertriebenen und die Bodenreform in Sachsen-Anhalt, in: Rüdiger Fikentscher/Boje Schmuhl/Konrad Breitenborn (Hg.), Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt. Durchführung – Zeitzeugen – Folgen, Halle 1999, S. 85–100.

Meilensteine 1948–1998. 50 Jahre Deutscher Raiffeisenverband e.V., Neuwied 1998, S. 78–90.

Meinicke, Wolfgang/Alexander von Plato, Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991.

Ders., Zur Integration der Umsiedler in die Gesellschaft 1945–1952, in: ZfG 36 (1988), S. 867–878.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders./Siegfried Prokop, Die Politik der SED zur Linderung der Wohnungsnot während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, in: BzG 31 (1989), S. 644–655.

Ders., Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone. Ein kurzer historischer Überblick, in: ders./Alexander von Plato, Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991, S. 23–81.

Ders., Probleme der Integration der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde 35 (1992), S. 1–31.

Ders., Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, in: Manfred Wille/Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993, S. 55–85.

Ders., Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 133–151.

Ders., Zur Eingliederung der Vertriebenen in den Arbeitsprozeß, in: Manfred Wille (Hg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 273–285.

Melis, Damian van, Entnazifizierung in Mecklenburg Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945–1948, München 1999, S. 31–51, 321–333.

Ders., Denazification in Mecklenburg-Vorpommern, in: GH 13 (1995), S. 355–370.

Ders., „Angabe nicht möglich" – Integration statt Entnazifizierung der Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 161–170.

Ders., Einleitung, in: ders. (Hg.), Sozialismus auf dem platten Land. Tradition und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern von 1945–1952, Schwerin 1999, S. 7–16.

Ders./Rolf Bartusel, Funktionseliten in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1952. Ein biographisches Lexikon, Münster 1999.

Mergel, Thomas, Geht es weiterhin voran? Die Modernisierungstheorie auf dem Weg zu einer Theorie der Moderne, in: ders./Thomas Welskopp (Hg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, S. 203–232.

Ders./Thomas Welskopp, Geschichtswissenschaft und Gesellschaftstheorie, in: dies. (Hg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, S. 9–35.

Merkel, Konrad/Eduard Schuhans, Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland. „Sozialisierung" und Produktionsergebnisse, Bonn/Berlin 1960.

Ders./Hans Immler, DDR-Landwirtschaft – eine Herausforderung?, in: DA 1 (1968), S. 901–915.

Ders., Artikel „Agrarverfassung (III) DDR", in: Volkmar Götz/Karl Kroeschell/Wolfgang Winkler (Hg.), Handwörterbuch des Agrarrechts, Bd. 1, Berlin 1981, Sp. 194–211.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Merker, Wolfgang, Die Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1947, Diss. A, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin (Ost) 1980 (Ms.).

Ders., Landes- und Zentralverwaltungen – Konstituierung und Ausrichtung der SBZ-Verwaltungsspitze durch die SMAD, in: Hartmut Mehringer/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hg.), Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46), München 1999, S. 93–107.

Merl, Stephan, Bauern unter Stalin. Die Formulierung des sowjetischen Kolchossystems 1930–1941, Berlin 1990, S. 35–197.

Ders., Rußland und die Sowjetunion 1914–1980, in: Wolfram Fischer u.a. (Hg.), Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 6, Stuttgart 1987, S. 640–728.

Ders., „Ausrottung" der Bourgeoisie und der Kulaken in Sowjetrußland? Anmerkungen zu einem fragwürdigen Vergleich mit Hitlers Judenvernichtung, in: GG 13 (1987), S. 368–381.

Ders., Entfachte Stalin die Hungersnot von 1932–1933 zur Auslöschung des ukrainischen Nationalismus? Anmerkungen zu neueren westlichen Veröffentlichungen über die „ukrainische" Hungersnot, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 37 (1989), S. 569–590.

Ders., War die Hungersnot von 1932–1933 eine Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft oder wurde sie bewußt im Rahmen der Nationalitätenpolitik herbeigeführt?, in: Guido Hausmann/Andreas Kappeler (Hg.), Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates, Baden-Baden 1993, S. 145–166.

Ders., Das System der Zwangsarbeit und die Opferzahl im Stalinismus, in: GWU 46 (1995), S. 277–305.

Ders., Agrarpolitik und Bauernschaft im Nationalsozialismus und im Stalinismus, in: Matthias Vetter (Hg.), Terroristische Diktaturen im 20. Jahrhundert. Strukturelemente der nationalsozialistischen und stalinistischen Herrschaft, Opladen 1996, S. 118–156.

Ders., Sowjetisierung in der Welt des Konsums, in: Konrad Jarausch/Hannes Siegrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt/M. 1997, S. 167–194.

Ders., Einstellungen zum Privateigentum in Rußland und in der Sowjetunion, in: Hannes Siegrist/David Sugarman (Hg.), Eigentum im internationalen Vergleich (18.–20. Jahrhundert), Göttingen 1999, S. 135–159.

Ders., Berija und Chruščev: Entstalinisierung oder Systemerhalt?, in: GWU 52 (2001), S. 484–506.

Merz, Hans-Georg, Bodenreform in der SBZ. Ein Bericht aus dem Jahre 1946, in: DA 24 (1991), S. 1159–1170.

Messerschmidt, Rolf, Mythos Schmelztiegel! Einige Neuerscheinungen zur „Flüchtlingsforschung" der letzten Jahre, in: NPL 37 (1992), S. 34–55.

Ders., Integration nicht ohne Ecken und Kanten. Neueste Literatur zur historischen Flüchtlingseingliederung und Minderheitenpolitik, in: NPL 45 (2000), S. 292–307.

Ders., Die Flüchtlingsfrage als Verwaltungsproblem im Nachkriegsdeutschland. Das Phänomen der klientelorientierten Flüchtlingssonderverwaltungen in Ost und West, in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000, S. 167–186.

Meuschel, Sigrid, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt/M. 1992.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Dies., Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: GG 19 (1993), S. 5–14.

Dies., Symbiose von Technik und Gemeinschaft. Die Reformideologie der SED in den sechziger Jahren, in: Wolfgang Emmerich/Carl Wege (Hg.), Der Technikdiskurs in der Hitler-Stalin-Ära, Stuttgart 1995, S. 203–230.

Dies., Totalitarismustheorie und moderne Diktaturen. Versuch einer Annäherung, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung, Dresden 1999, S. 61–77.

Dies., Machtmonopol und homogenisierte Gesellschaft. Anmerkungen zu Detlef Pollack, in: GG 26 (2000), S. 171–183.

Meyer, Gerd, Sozialistischer Paternalismus. Strategien konservativen Systemmanagements am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik, in: Ralf Rytlewski (Hg.), Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern: Ergebnisse und Probleme der Sozialistischen-Länder-Forschung, Opladen 1989, S. 426–448.

Ders., Kleine Lebenswelten im Sozialismus – ein ambivalentes Erbe für die politischen Kulturen in Ostmitteleuropa, in: Wolfgang Merkel/Andreas Busch (Hg.), Demokratie in Ost und West. Fs. Klaus v. Beyme, Frankfurt/M. 1999, S. 310–331.

Meyer, Kurt, Die Entwicklung der Großbauernschaft im Prozeß der sozialistischen Revolution in der DDR bis zu ihrem Übergang in die Klasse der Genossenschaftsbauern (1949/50 bis 1961), nachgewiesen am Beispiel des mittelsächsischen Raumes, Diss. A, Leipzig 1971 (Ms.).

Meyer, Thomas/Pavel Uttitz, Nachholende Marginalisierung – oder der Wandel der agrarischen Sozialstruktur in der ehemaligen DDR. Ergebnisse der Befragung der Mitglieder einer Produktionsgenossenschaft, in: Reiner Geißler (Hg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen 1993, S. 221–250.

Middell, Matthias, Kulturtransfer und Historische Komparatistik – Thesen zu ihrem Verhältnis, in: Comparativ 10 (2000), S. 7–41.

Miller, Max/Hans-Georg Soeffner (Hg.), Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1996, S. 12–27.

Mironowa, Tatjana P., Der Sturm auf die Agrarwissenschaften, in: Dietrich Beyrau (Hg.), Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler, Göttingen 2000, S. 106–120.

Mittelbach, Hans, Strukturwandel in der Landwirtschaft, Bonn 1992.

Ders., Zur Lage der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, in: APZ, B 33–34/95, 11. August 1995, S. 14–24.

Mitter, Armin/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.

Mitter, Armin, Brennpunkt 13. August 1961. Von der inneren Krise zum Mauerbau, Berlin 2001.

Ders., Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, in: APZ, B 5/1991, 25. Januar 1991, S. 31–41.

Ders., „Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern". Die Bauern und der Sozialismus, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hg.), Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung" der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995, S. 75–128.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Moeller, Robert G., German Peasants and Agrarian Politics, 1914–1924. The Rhineland and Westphalia, Chapel Hill 1986, S. 43–159, 208–239.

Ders., Dimensions of Social Conflict in the Great War: The View From the German Countryside, in: CEH 14 (1981), S. 142–168.

Ders., Economic Dimensions of Peasant Protest in the Transition from Kaiserreich to Weimar, in: Robert G. Moeller (Hg.), Peasants and Lords in Modern Germany. Recent Studies in Agricultural History, London 1986, S. 140–167.

Möhlenbrock, Tim, Kirche und Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945–1949. Eine Untersuchung über das Verhalten der Evangelischen Landeskirchen und der Katholischen Kirche während der „demokratischen Bodenreform" in der SBZ unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Bodenreform auf das kirchliche Vermögen, Frankfurt/M. 1997, S. 258–273, 305–331, 346f.

Mohr, Hans-Joachim, 50 Jahre Bodenreform in den neuen Bundesländern, in: ZAA 43 (1995), S. 211–223.

Möller, Horst, Die Relativität historischer Epochen: Das Jahr 1945 in der Perspektive des Jahres 1989, in: APZ, B 18–19/25, 28.4.1995, S. 3–9.

Molnár, Elisabeth, Der Einfluß der Kriegsentschädigung auf die ungarische Landwirtschaft, in: Heiner Timmermann (Hg.), Potsdam 1945: Konzept, Taktik, Irrtum?, Berlin 1997, S. 357–374.

Mommsen, Wolfgang J., Die DDR in der deutschen Geschichte, in: APZ, B 29–30/93, 16. Juli 1993, S. 20–29.

Mooser, Josef, Agrargeschichte und Kulturgeschichte im 20. Jahrhundert, in: Paul Nolte u.a. (Hg.), Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte, München 2000, S. 124–133.

Ders., Das Verschwinden des Bauern. Überlegungen zur Sozialgeschichte der „Entagrarisierung" und Modernisierung der Landwirtschaft im 20. Jahrhundert, in: Daniela Münkel (Hg.), Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000, S. 23–35.

Moritz, Armin, Regression und Reform in einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation: zu einigen strukturellen und ökonomischen Besonderheiten der Agrarwirtschaft der SBZ in den ersten Nachkriegsjahren, Diss. phil., Universität Erlangen-Nürnberg 1984 (Ms.), S. 72–229.

Mrowka, Heinrich, Bodenreform und Kollektivierung als Instrumente der Integration nationaler Minderheiten in Polen, in: Hans Lemberg (Hg.), Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg 1991, S. 240–255.

Mückenberger, Christiane/Günter Jordan, „Sie sehen selbst, Sie hören selbst..." Die DEFA von ihren Anfängen bis 1949, Marburg 1994, S. 52–59.

Mückenberger, Erich, Die Entwicklung unserer Landwirtschaft und die Berücksichtigung ihrer Besonderheiten, in: Einheit 11 (1956), S. 1066–1077.

Ders., Die Perspektive der Landwirtschaft und die Klassenverhältnisse auf dem Dorf in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1957.

Mühlberg, Dietrich, Die DDR als Gegenstand kulturhistorischer Forschung. Gedanken zum Mitwirken ostdeutscher KulturwissenschaftlerInnen an der Erforschung der Kulturentwicklung nach 1945, in: Mitteilungen aus der Kulturwissenschaftlichen Forschung 16 (1993), S. 7–85.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 62–94.
Mühleisen, Horst, Patrioten im Widerstand. Carl-Hans Graf von Hardenbergs Erlebnisbericht, in: VfZ 41 (1993), S. 419–477.
Mühlfriedel, Wolfgang, Die Wirtschaft in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Eine Skizze, Berlin 1986, S. 33–35, 38.
Müller, Hans-Heinrich, Gutsherr und Unternehmer, in: Axel Lubinski u.a. (Hg.), Historie und Eigen-Sinn. Fs. Jan Peters, Weimar 1997, S. 473–483.
Müller, Hans-Peter, Kultur, Geschmack und Distinktion. Grundzüge der Kultursoziologie Pierre Bourdieus, in: Friedhelm Neidhardt/M. Rainer Lepsius/Johannes Weiß (Hg.), Kultur und Gesellschaft, Opladen 1986, S. 162–190.
Müller, Klaus, Nachholende Modernisierung? Die Konjunkturen der Modernisierungstheorie und ihre Anwendung auf die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften, in: Leviathan 19 (1991), S. 261–291.
Ders., Totalitarismus und Modernisierung. Zum Historikerstreit in der Osteuropaforschung, in: Achim Siegel (Hg.), Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln 1998, S. 37–79.
Müller, Konrad, Die mitteldeutsche Landwirtschaft 1945–1974. Ein agrarsoziologisch-sozialgeographischer Beitrag zu ihrem Strukturwandel, Berlin 1975.
Müller, Werner, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland, München ^{2}1993, S. 481–514.
Ders., Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: ebd., S. 626–664.
Ders., Die DDR in der deutschen Geschichte, in: APZ, B 28/2001, 6. Juli 2001, S. 43–53.
Münkel, Daniela, Bäuerliche Interessen versus NS-Ideologie. Das Reichserbhofgesetz in der Praxis, in: VfZ 44 (1996), S. 549–580.
Müns, Heike, Volksbrauch, in: Ulrich Bentzien/Siegfried Neumann (Hg.), Mecklenburgische Volkskunde, Rostock 1988, S. 366–375.
Münzner, Siegfried, Die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft im Kreis Spremberg. Ausdruck der erfolgreichen Agrarpolitik der SED, hg. von der Kreisleitung Spremberg der SED, Abteilung Landwirtschaft, Spremberg 1980.
Murken, Jens, Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern, in: Zeitgeschichte Regional. Mitteilungen aus Mecklenburg Vorpommern 3 (1999), H. 1, S. 4–42.
Ders., „Ein Genosse muß sauber, blitzsauber dastehen!" Zum Legitimitätspotential des kommunistischen Regimes innerhalb der ländlichen Gesellschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1945, in: Damian van Melis (Hg.), Sozialismus auf dem platten Land. Tradition und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern von 1945–1952, Schwerin 1999, S. 261–279.
Ders., Bodenreform-Kampagne und politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, in: Ulrich Kluge/Winfrid Halder/Katja Schlenker (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft" in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 51–71.
Nagel, Ulrike, Kontinuität und Erneuerung. Ländliche Familien im Transformationsprozeß Ostdeutschlands, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History 10 (1997), S. 44–60.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Naimark, Norman M., Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997, S. 183–211.

Ders., The Soviets and the Christian Democrats: The Challenge of a „Bourgeois" Party in Eastern Germany, 1945–1949, in: East European Politics and Societies 9 (1995), S. 369–392.

Naßmacher, Hiltrud, Vergleichende Politikforschung. Eine Einführung in Probleme und Methoden, Opladen 1991, S. 17–30.

Naßmacher, Karl-Heinz, Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen. Wählertradition, Parteielite und parlamentarische Aktivität niedersächsischer Regionalparteien nach 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 55 (1983), S. 71–97.

Ders., Kontinuität und Wandel eines regionalen Parteisystems. Zur politischen Entwicklung Oldenburgs im 20. Jahrhundert, in: Wolfgang Günther (Hg.), Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg. Studien zur Regionalgeschichte vom 17. bis 20. Jahrhundert, Oldenburg 1981, S. 221–251.

Nause, Günter, Von der Enteignung der Bauern zu spezialisierten Großbetrieben – die Landwirtschaft geplant zur industriemäßigen Produktion, in: Egon Hölder (Hg.), Im Trabi durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR, Stuttgart 1992, S. 185–198.

Neckel, Sighard, Das lokale Staatsorgan. Kommunale Herrschaft im Staatssozialismus der DDR, in: ZfS 21 (1992), S. 252–268.

Neddermeyer, Robert, Es begann im Hamburg ... Ein deutscher Kommunist erzählt aus seinem Leben, Berlin (Ost) 1980.

Nehrig, Christel, Uckermärker Bauern in der Nachkriegszeit. Sozialhistorische Untersuchungen zur Lage von Neu- und Altbauern im Kreis Prenzlau 1945–1952, Berlin 1996.

Dies./Joachim Piskol, Zur führenden Rolle der KPD in der demokratischen Bodenreform, in: ZfG 28 (1980), S. 324–339.

Dies., Zur Weiterentwicklung der agrarpolitischen Konzeptionen der SED vor der 1. Parteikonferenz 1949, in: ZfG 30 (1982), S. 483–497.

Dies./Joachim Piskol, Zur Dialektik von antifaschistisch-demokratischer Umwälzung und sozialistischer Revolution in der Agrarpolitik von KPD und SED 1945–1949, in: Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Wissenschaftliche Mitteilungen, 1982/I, S. 11–28.

Dies./Lothar Noziczka, Die Weiterentwicklung der Agrarpolitik der SED 1956/57, in: ZfG 33 (1985), S. 1082–1096.

Dies., Im Osten propagiert, im Westen diffamiert. Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR, in: Unsere Medien – Unsere Republik 2, hg. vom Adolf-Grimme-Institut, H. 3, November 1992, S. 14–16.

Dies., Bauern zwischen Hoffnung und Wirklichkeit. Die modifizierte Agrarpolitik von 1950/51, in: Elke Scherstjanoi (Hg.), „Provisorium für längstens ein Jahr". Protokoll des Kolloquiums Die Gründung der DDR, Berlin 1993, S. 236–242.

Dies., Zur sozialen Entwicklung der Bauern in der DDR 1945–1960, in: ZAA 41 (1993), S. 66–76.

Dies., Bodenreform und Eigentumsfragen im Zusammenhang mit Denkmalen auf dem Lande, in: Brandenburgische Denkmalpflege 4 (1995), S. 103–111.

Dies., Industriearbeiter im dörflichen Milieu. Eine Studie zur Sozialgeschichte der Niederlausitzer Nebenerwerbsbauern von 1945–1965, in: Peter Hübner (Hg.), Niederlausitzer Industriearbeiter 1953 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte, Berlin 1995, S. 167–191.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Dies., Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien. Die DBD, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. II/4: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 2375–2398.

Dies., Landwirtschaftspolitik, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 294–305.

Dies., Das Leitungspersonal der Volkseigenen Güter 1945–1970, in: Peter Hübner (Hg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 309–324.

Dies., Das Leben auf dem Lande: die Genossenschaften (LPG), in: Evemarie Badstübner (Hg.), Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000, S. 195–218.

Neide, Karl von der, Raiffeisens Ende in der sowjetischen Besatzungszone, Bonn 1952, S. 37f., 40–50.

Neidhardt, Friedhelm, „Kultur und Gesellschaft". Einige Anmerkungen zum Sonderheft, in: ders./M. Rainer Lepsius/Johannes Weiß (Hg.), Kultur und Gesellschaft, Opladen 1986, S. 10–18.

Nerlich, Bruno P., Die Hilfe der sowjetischen Kommandantur beim Wiederaufbau der Stadt Eberswalde (1945–1949), in: Bernhard Weißel (Hg.), Befreiung und Neubeginn. Zur Stellung des 8. Mai 1945 in der deutschen Geschichte, Berlin (Ost) 1968, S. 210–220.

Neu, Claudia, Was wurde aus den Mitgliedern der LPGen? Wege beruflicher und sozialer Mobilität von ehemaligen Genossenschaftsbauern, in: Pro Regio, H. 18–19/1996, S. 41–47.

Dies., Wo sind sie geblieben? Zur beruflichen Mobilität ehemaliger Genossenschaftsbauern, in: BISS public 18 (1996), S. 101–110.

Neubert, Ehrhart, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997.

Ders., Eine Woche der Margot Triebler. Zur Soziologie des schönen und produktiven Dorfes, in: Kirche im Sozialismus. Materialien zu Entwicklungen in der DDR 14 (1988), S. 102–111, 148–156.

Neuenhaus, Petra, Max Weber. Amorphe Macht und Herrschaftsgehäuse, in: Peter Imbusch (Hg.), Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien, Opladen 1998, S. 77–93.

Neugebauer, Wolfgang, Brandenburg-Preußische Geschichte nach der deutschen Einheit. Voraussetzungen und Aufgaben, in: Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte 43 (1992), S. 154–181.

Ders., Brandenburg im absolutistischen Staat. Das 17. und 18. Jahrhundert, in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 291–294, S. 304–316.

Nevsky, Viacheslav, Soviet Agricultural Policy in Eastern Germany, 1945–1949, in: Robert Slusser (Hg.), Soviet Economic Policy in Postwar Germany. A collection of papers by former soviet officials, New York 1953, S. 87–126.

Niedbalski, Bernd, Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK). Ansätze zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945–1948, in: VfZ 33 (1985), S. 456–477.

Niemke, Walter, Dorfplanung am Beispiel Marxwalde, Berlin o.J. [1956].

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Niethammer, Lutz, Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991, S. 38–66.

Ders. (Hg.), Der „gesäuberte" Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente, Berlin 1994, S. 95–104.

Ders., „In der Angelegenheit des Ernst Busse". Zwei Dokumente aus einer SED-Untersuchung von 1946 betr. Beschuldigungen gegen führende deutsche Kommunisten im KZ-Buchenwald, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History 7 (1994), S. 1–45.

Ders., Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 95–115.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 145–178.

Nolte, Paul, Gesellschaftstheorie und Gesellschaftsgeschichte. Umrisse einer Ideengeschichte der modernen Gesellschaft, in: Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, S. 275–298.

Nove, Alec, Victims of Stalinism: How many?, in: J. Arch Getty/Roberta T. Manning (Hg.), Stalinist Terror. New Perspectives, Cambridge 1993, S. 261–274.

Nowak, Kurt, Christentum in politischer Verantwortung. Zum Protestantismus in der Sowjetischen Besatzungszone (1945–1949), in: Jochen-Christoph Kaiser/Anselm Doering-Manteuffel (Hg.), Christentum in politischer Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland, Stuttgart 1990, S. 42–62.

Noziczka, Lothar, Probleme der Gewinnung der Mittelbauern für die genossenschaftlich-sozialistische Produktion, in: Dietmar Pellmann/Hans-Rainer Baum (Hg.), Aspekte der Geschichte der Agrarpolitik der SED, o.O., o.J. [1988], S. 39–43.

Onnasch, Martin, Konflikt und Kompromiß. Die Haltung der evangelischen Kirchen zu den gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR am Anfang der fünfziger Jahre, in: Kirchliche Zeitgeschichte 3 (1990), S. 152–165.

Ders., Waren die Existenzbedingungen in beiden Diktaturen vergleichbar? Die Evangelische Kirche im Mansfelder Land, in: Günther Heydemann/Lothar Kettenacker (Hg.), Kirchen in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Staat. Fünfzehn Beiträge, Göttingen 1993, S. 345–363.

Ortstermine. Stationen Brandenburg-Preußens auf dem Weg in die moderne Welt, Berlin 2001.

Osmond, Jonathan, Geschlechtsspezifische Folgen der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone: Gutsbesitzerinnen, Bäuerinnen und Landarbeiterinnen nach 1945, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 153–168.

Ders., Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Zeit der Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 137–169.

Osterhammel, Jürgen, Sozialgeschichte im Zivilisationsvergleich. Zu künftigen Möglichkeiten komparativer Geschichtswissenschaft, in: GG 22 (1996), S. 143–164.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ottofülling, Frank, Die Zusammenarbeit der KPD und SPD bzw. der SED mit nichtproletarischen Parteien bei der Festigung der Ergebnisse der demokratischen Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945/46 bis 1949), Diss. A, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Ms.), Berlin (Ost) 1987.

Ders., Blockpolitik und Neubauernhilfe 1946/47. Die Zusammenarbeit der SED mit CDU und LDPD auf dem Lande, in: ZfG 36 (1988), S. 581–594.

Pank, Ursula, Untersuchungen über die Arbeit der Landfrauen (als werktätige Einzelbäuerin, als Genossenschaftsbäuerin und als Landarbeiterin), Diss., Landwirtschaftliche Fakultät der Universität Rostock 1957 (Ms.).

Panzig, Christel, Die „Wende" auf dem Lande, in: Hanna Behrend (Hg.), Die Abwicklung der DDR. Wende und deutsche Vereinigung von innen gesehen, Köln 1996, S. 159–189.

Dies., Hin zum eigenen Beruf. Frauen in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR, in: Gunilla-Friederike Budde (Hg.), Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997, S. 171–182.

Papadopoulus-Killius, Rosemarie, „Es gibt zwei Deutschlands ..." Im Gespräch mit Zeugen und Zeitgenossen des NKFD: Willi Belz – Bernt von Kügelgen – Bernhard Bechler, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.), Das Nationalkommitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt 1995, S. 201–218.

Pape, Petra, Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, in: Manfred Wille/Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993, S. 110–132.

Papendieck, Christine, Ostdeutsche Agrargeschichte im Überblick (1945–1990), in: Rolf Wiese (Hg.), Im Märzen der Bauer. Landwirtschaft im Wandel, Hamburg 1993, S. 183–196.

Papke, Gerhard, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1952, in: Jürgen Frölich (Hg.), „Bürgerliche" Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP (D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 25–45.

Pätzold, Horst, Zersetzungsmaßnahmen im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft. Expertise, in: Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission, hg. vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Bd. 5, Schwerin 1997, S. 163–200.

Paulmann, Johannes, Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts, in: HZ 267 (1998), S. 649–685.

Pellmann, Dietmar, Das Ringen der Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei um die technische Ausrüstung der Landwirtschaft, in: BzG 21 (1979), S. 84–92.

Ders., Zu einigen Aufgaben, zu inhaltlichen Schwerpunkten sowie zu Fragen der Periodisierung von Untersuchungen zur Geschichte der Agrarpolitik der SED, in: ders./Hans-Rainer Baum (Hg.), Aspekte der Geschichte der Agrarpolitik der SED, o.O., o.J. [1988], S. 3–20.

Peter, Andreas, Der Juni-Aufstand im Bezirk Cottbus, in: DA 27 (1994), S. 585–594.

Peters, Jan, Gutsherrschaftsgeschichte in historisch-anthropologischer Perspektive, in: ders. (Hg.), Gutsherrschaft als soziales Modell. Vergleichende Betrachtungen zur Funktionsweise frühneuzeitlicher Agrargesellschaften, München 1995, S. 3–21.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Peukert, Detlef J.K., Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 13–17, 21–52.

Ders., „Rationalisierung" zwischen utopischem Entwurf und krisenhafter Zurücknahme, in: ders., Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989, S. 70–91, 133f.

Ders., Das Janusgesicht der Moderne, in: ders., ebd., S. 55–69, 132f.

Pfefferkorn, O., Ernst Goldenbaum, Ein Lebensbild aus der Landwirtschaft, in: SBZ-Archiv 3 (1952), S. 329f.

Philipp, Hans-Jürgen, Abfolge und Bewertung von Agrarlandschaftswandlungen in Ostdeutschland seit 1945, in: Berichte über Landwirtschaft 75 (1997), S. 89–122.

Ders., Landschaftsveränderungen in uckermärkischen Dorfgemarkungen seit dem Hochmittelalter. Versuch einer Rekonstruktion, Müncheberg 1999, S. 126–145.

Philippi, Jürgen, Die Agitation und Propaganda des „Bauern-Echo" im Prozeß der landwirtschaftlichen Kollektivierung in der DDR. Eine computergestützte Inhaltsanalyse ausgewählter Zeitungsartikel, Bonn 1998, S. 28–53, 184–208.

Piskol, Joachim/Christel Nehrig/Paul Trixa, Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande (1945–1969), Berlin (Ost) 1984.

Piskol, Joachim, Zur Entwicklung der agrarpolitischen Konzeption der KPD 1935 bis 1945, in: Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Wissenschaftliche Mitteilungen, 1982/II, S. 55–59.

Ders., Zur Entwicklung der agrarpolitischen Konzeption der KPD 1933 bis 1945, in: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus, Teil 17, Rostock 1987, S. 72–78.

Ders., Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945–1960, in: ZfG 39 (1991), S. 419–433.

Ders., Zum Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft der DDR im Sommer 1952, in: BzG 37 (1995), S. 19–26.

Plato, Alexander von/Wolfgang Meinicke, Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991.

Plato, Alexander von, Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950: Ergebnisse eines deutsch-russischen Kooperationsprojektes, in: Peter Reif-Spirek/Bodo Ritscher (Hg.), Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit", Berlin 1999, S. 124–148.

Pohl, Dieter, Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung, München 2001, S. 18–20, 66–73, 157–159, 241–244.

Pollack, Detlef, Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: ZfS 19 (1990), S. 292–307.

Ders., Von der Organisationsgesellschaft zur Risikogesellschaft. Soziologische Überlegungen zu den gesellschaftlichen Transformationsprozessen in Ostdeutschland, in: Berliner Journal für Soziologie 1 (1991), S. 451–455.

Ders., Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: war die DDR-Gesellschaft homogen?, in: GG 23 (1997), S. 110–131.

Ders., Die offene Gesellschaft und ihre Freunde, in: GG 26 (2000), S. 184–196.

Pollack, Peter, Die Landwirtschaft in der DDR und nach der Wende, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bun-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

destag, Bd. III/2: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Frankfurt/M. 1999, S. 1429–1499.

Pomp, Rainer, Brandenburgischer Landadel und die Weimarer Republik. Konflikte um Oppositionsstrategien und Elitekonzepte, in: Kurt Adamy/Kristina Hübener (Hg.), Adel und Staatsverwaltung in Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert: Ein historischer Vergleich, Berlin 1996, S. 185–218.

Pongratz, Hans, Bauern – am Rande der Gesellschaft? Eine theoretische und empirische Analyse zum gesellschaftlichen Bewußtsein von Bauern, in: SW 38 (1987), S. 522–541.

Poutrus, Patrice G., „ ... mit Politik kann ich keine Hühner aufziehn." Das Kombinat Industrielle Mast und die Lebenserinnerungen der Frau Knut, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 235–265.

Ders., Industrielle Produktion auf dem Lande? Das Beispiel KIM, in: Renate Hürtgen/ Thomas Reichel (Hg.), Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin 2001, S. 275–293.

Pries, Sebastian, Das Neubauerneigentum in der ehemaligen DDR, Frankfurt/M. 1994, S. 25–115.

Pritchard, Gareth, The making of the GDR 1945–53. From antifascism to Stalinism, Manchester 2000.

Projahn, Michael, Konfrontation oder Zusammenarbeit? Die ländliche Gesellschaft in der Altmark 1945–1951, in: Ulrich Kluge/Winfrid Halder/Katja Schlenker (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft" in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 125–140.

Prokop, Siegfried, Übergang zum Sozialismus in der DDR. Entwicklungslinien und Probleme der Geschichte der DDR in der Endphase der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und beim umfassenden sozialpolitischen Aufbau (1958–1963), Berlin (Ost) 1986, S. 168–225.

Ders., Unternehmen „Chinese Wall". Die DDR im Zwielicht der Mauer, Frankfurt/O. ²1993.

Ders., Der sozialistische Aufbau im Vorfeld des V. Parteitages der SED (1956 bis 1958), in: ZfG 32 (1984), S. 765–777.

Ders., Die soziale Entwicklung in der DDR während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus als Gegenstand der historischen Forschung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin 34 (1985), GSR, S. 800–806.

Ders., Probleme der Geschichte der DDR 1956 bis 1958, in: ZfG 34 (1986), S. 814–818.

Pscheidt, Edgar, Als Flüchtling in Bayern. Zwischen Integration, Auswanderung und Rückkehr, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 53 (1990), S. 103–131.

Pyta, Wolfram, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996.

Quaisser, Wolfgang, Das Ende der Kollektivierung in Polen im Jahre 1956 und die Perspektiven der bäuerlichen Landwirtschaft, in: Hans Lemberg (Hg.), Zwischen „Tauwetter" und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970, Marburg 1993, S. 41–52.

Raack, R.C., Stalin Plans his Post-War Germany, in: JCH 28 (1993), S. 53–73.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Rach, Hans-Jürgen/Bernhard Weissel/Hainer Plaul, Die werktätige Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde. Studien zum dörflichen Alltag vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Anfang der 60er Jahre, Berlin (Ost) 1986.

Dies. (Hg.), Das Leben der Werktätigen in der Magdeburger Börde. Studien zum dörflichen Alltag vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Anfang der 60er Jahre, Berlin (Ost) 1987.

Rach, Hans-Jürgen, Zu den Wohnverhältnissen der kontraktgebundenen Landarbeiter im östlichen Teil Brandenburgs im 19. Jahrhundert, in: Wolfgang Jacobeit/Ute Mohrmann (Hg.), Kultur und Lebensweise des Proletariats. Kulturhistorisch-volkskundliche Studien und Materialien, Berlin (Ost) 1973, S. 159–184.

Radkau, Joachim, Revoltierten die Produktivkräfte gegen den real existierenden Sozialismus?, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 4 (1990), H. 4, S. 13–42.

Rahn, Friedmar, Zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Frankfurt (Oder) in den Jahren 1956–1958, in: Ereignisse, Erinnerungen, Berichte. Protokoll des Geschichtskolloquiums „35 Jahre DDR – 35 Jahre erfolgreiche Entwicklung des Oderbezirkes" am 31. Mai 1984, hg. von der Bezirksleitung Frankfurt (Oder) der SED und der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, o.O., o.J. [1984], S. 35–42.

Rau, Heinrich, Die freien Spitzen, in: Wirtschaft im Aufbau 1 (1947), H. 1, S. 179–181.

Rautenberg, Hans-Werner, Die Wahrnehmung von Flucht und Vertreibung in der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute, in: APZ, B 53/97, 26. Dezember 1997, S. 34–46.

Reeken, Dietmar von, Bildung als Krisenbewältigungsinstrument? Die Bauernhochschulbewegung in der Weimarer Republik, in: Münkel (Hg.), Abschied, S. 157–176.

Reich, Ines/Kurt Finker, Der 20. Juli 1944 in der Geschichtswissenschaft der SBZ/DDR seit 1945, in: ZfG 39 (1991), S. 533–553.

Dies., Potsdam und der 20. Juli 1944. Offiziere und Beamte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Dietrich Eichholtz (Hg.), Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente, Berlin 1993, S. 322–354.

Reichardt, Sven, Bourdieu für Historiker? Ein kultursoziologisches Angebot an die Sozialgeschichte, in: Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, S. 71–93.

Reichel, Thomas, „Feste Burgen der Partei"? Aufbau und Rolle der SED-Betriebsgruppen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1946–1949, in: IWK 36 (2000), S. 62–99.

Reichelt, Hans, Blockflöte, oder was? Zur Geschichte der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) 1948 bis 1990, Berlin 1997.

Ders., Die Landwirtschaft in der ehemaligen DDR. Probleme, Erkenntnisse, Entwicklungen, in: Berichte über Landwirtschaft 70 (1992), S. 117–136.

Reif, Heinz, Die Junker, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 520–536, 708f.

Reimann, Michael, „Sowjetisierung" und nationale Eigenart in Ostmittel- und Südosteuropa. Zu Problemen und Forschungsstand, in: Hans Lemberg (Hg.), Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg 1991, S. 3–9.

Reinert, Fritz, Bodenreform 1945 in Brandenburg, o.O. [Potsdam] 1995.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Brandenburgs Parteien 1945–1950. Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Politik, Potsdam 1995, S. 79–83.
Ders., Methodische Hinweise zur Quellenauswertung von Archivalien über die Geschichte der demokratischen Bodenreform, in: Beiträge zur Geschichte der demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg, hg. vom Staatsarchiv Potsdam und der SED-Bezirksleitung Potsdam, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Potsdam 1966, S. 23–44.
Ders., Der Befehl Nr. 209 der SMAD. Die Zusammenarbeit zwischen Sowjetischer Militäradministration und antifaschistisch-demokratischen Staatsorganen bei der Erfüllung des Neubauernbauprogramms, in: ZfG 23 (1975), S. 504–515.
Ders., Zum Charakter der Gemeindebodenkommissionen in der Bodenreform 1945/46, in: Staat und Recht 29 (1980), S. 789–798.
Ders., Zum 100. Geburtstag von Edwin Hoernle, in: Staat und Recht 32 (1983), S. 980–986.
Ders., Deutschlandpolitische Aktivitäten des ehemaligen Sozialdemokraten Carl Steinhoff aus der Führungsschicht der SED (1947), in: Heiner Timmermann (Hg.), Die DDR – Erinnerung an einen untergegangenen Staat, Berlin 1999, S. 393–411.
Reinhard, Wolfgang, Reichsreform und Reformation 1495–1555, in: ders. (Hg.), Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 9, Stuttgart 2001, S. 111–356.
Reinhold, Josef, Zur Analyse der Sozialstruktur auf dem Lande unter dem Aspekt der Bündnispolitik durch die KPD in der Zeit der Weimarer Republik, in: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und Kapitalismus, Tl. XIII, 2. Hälfte, hg. von der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Sektion Geschichte, Rostock 1980, S. 45–66.
Ders., Die Bedeutung des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale für die Weiterentwicklung der Agrar- und Bauernpolitik der KPD, in: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus, Teil 17, Rostock 1987, S. 79–91.
Reulecke, Jürgen, Von der Landesgeschichte zur Regionalgeschichte, in: Geschichte im Westen 6 (1991), S. 202–208.
Reutter, Rudolf, Was will die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe?, Berlin 1946.
Ders., Die Bauernpolitik der SED, Berlin (Ost) 1947.
Rev, Istvan, The Advantages of Being Atomized. How Hungarian Peasants Coped with Collectivization, in: Dissent, Summer 1987, S. 335–350.
Ribbe, Wolfgang, Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR (1945 bis 1952), in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 677–726.
Richter, Michael, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf ²1991.
Rilinger, Marko, Landwirtschaft in Mecklenburg in den Jahren 1952–1960, in: Zeitgeschichte Regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 3 (1998), H. 1, S. 21–26.
Ritschel, Doris, Soziale Milieus in der ehemaligen DDR. Ein neuer Forschungsansatz, in: Michael Thomas (Hg.), Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß, Berlin 1992, S. 292–302.
Roeling, Rob, Arbeiter im Uranbergbau: Zwang, Verlockungen und soziale Umstände (1945–1952), in: Rainer Karlsch/Rob Roeling (Hg.), „Strahlende Vergangenheit". Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut, St. Katharinen 1996, S. 99–133.
Rösener, Werner, Einführung in die Agrargeschichte, Darmstadt 1997, S. 78–182.
Roesler, Jörg, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970, Freiburg 1990, S. 127–152.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Literaturkritik, in: JfW 1988/II, S. 109–126.
Ders., The refugee problem in the Soviet Occupation Zone 1945–1949, in: GDR Monitor, Nr. 21/1989, S. 1–20.
Ders., Räumliche Auswirkungen der Wirtschaftspolitik im geteilten Deutschland: der ostdeutsche Raum, in: Josef Wysocki (Hg.), Wirtschaftliche Integration und Wandel von Raumstrukturen im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1994, S. 129–140.
Röthlein, Brigitte, Mare Tranquilitas, 20. Juli 1969. Die wissenschaftlich-technische Revolution, München 1997.
Rohe, Karl, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1992, S. 19–29.
Rosenfeldt, Jenspeter, Nicht einer ... viele sollen leben. Landreform in Schleswig-Holstein 1945–1950, Kiel 1991.
Rosenkranz, Otto, Von der Bodenreform zum sozialistischen Landwirtschaftlichen Großbetrieb, Berlin (Ost) 1967.
Ross, Corey, Constructing Socialism at the Grass-Roots. The Transformation of East Germany, 1945–65, Houndsmill 2000, S. 17–32, 60–70, 105–124, 188–193, 202–211.
Rossmanith, Walter, Darwinismus, Kommunismus, Lyssenkoismus, in: Bodo-Michael Baumunk/Jürgen Rieß (Hg.), Darwin und Darwinismus. Eine Ausstellung zur Kultur und Naturgeschichte, Berlin 1994, S. 192–200.
Rühle, Otto, Zur historischen Entwicklung der Landwirtschaft in Ost- und Westdeutschland, in: ZfG (1960), S. 599–628.
Ders., Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, in: ZfG 9 (1961), S. 405–433.
Rürup, Reinhart, Deutschland im 19. Jahrhundert 1815–1971, Göttingen 1984, S. 33–60.
Sabrow, Martin, Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 83–116.
Ders., Der künstliche Konsens: Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme, in: JHK, 1999, S. 191–224.
Ders., Der Wille zur Ohnmacht und die Macht des Unwillens. Realitätskonflikte und Mentalitätenwandel in der DDR als Erosionsfaktoren der SED-Herrschaft, in: DA 33 (2000), S. 539–558.
Sachse, Dieter/Klaus Böhme, Vom Bauernhilfsprogramm der KPD zur sozialistischen Landwirtschaftspolitik der SED, in: Theorie und Praxis: Wissenschaftliche Beiträge der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED 32 (1983), H. 1, S. 49–61.
Sachse, Rosemarie, u.a., Früchte des Bündnisses. Werden und Wachsen der sozialistischen Landwirtschaft der DDR, Berlin (Ost) 1980.
Sägebrecht, Willy, Ich erhielt den Auftrag zum Aufbau der Bezirksleitung Brandenburg, in: Fanny Rosner/Ilse Schiel/Heinz Voßke (Hg.), Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin (Ost) 1966, S. 552–564.
Sandford, Gregory W., From Hitler to Ulbricht. The Communist Reconstruction of East Germany 1945–46, Princeton 1983, S. 82–118.
Sattler, Friederike, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46, in: Manfred Wilke (Hg.), Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 119–212.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Saul, Klaus, Der Kampf um das Landproletariat. Sozialistische Landagitation, Großgrundbesitz und preußische Staatsverwaltung 1890–1903, in: AfS 15 (1975), S. 163–208.

Schäfer, Annette, Zwangsarbeit in den Kommunen. „Ausländereinsatz" in Württemberg 1939–1945, in: VfZ 49 (2001), S. 53–75.

Schapper, Theodor, Die Durchführung der Flüchtlingssiedlung im Bundesgebiet. Eine Zwischenbilanz, in: Die Eingliederung der heimatvertriebenen Landwirte in die westdeutsche Landwirtschaft, Hannover 1952, S. 71–95.

Scheel, Klaus, Veränderungen der Lebenslage der deutschen Zivilbevölkerung in der Provinz Brandenburg vor dem Kriegsende 1945, in: Fritz Petrick (Hg.), Kapitulation und Befreiung. Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, Münster 1997, S. 28–50.

Scherstjanoi, Elke, Volkskontrolle und zentrale staatliche Kontrolle im Land Brandenburg 1947–1949, Diss. A., Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte, 1987 (Ms.).

Dies., Paul Baender und die „zuständigen" Offiziere der sowjetischen Kontrollkommission, in: BzG 35 (1993), S. 80–98.

Dies., „Friedenshektarerträge" auf Vorkriegsanbauflächen. Zur Bewältigung von Kriegslasten in der ostdeutschen Landwirtschaft (1950), in: Christoph Buchheim (Hg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 323–340.

Dies., Die DDR im Frühjahr 1952. Sozialismuslosung und Kollektivierungsbeschluß in sowjetischer Perspektive, in: DA 27 (1994), S. 354–363.

Dies., Die deutschlandpolitischen Absichten der UdSSR 1948. Erkenntnisstand und forschungsleitende Problematisierungen, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000, S. 39–54.

Scherzer, Landolf, Der Erste. Mit einem weiterführenden Bericht „Der letzte Erste", Berlin 1997.

Schier, Barbara, Alltagsleben im „sozialistischen Dorf". Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945–1990, Münster 2001.

Dies., Alltagsleben und Agrarpolitik im „sozialistischen Dorf". Eine Regionalstudie zum Wandel eines thüringischen Dorfes während der Jahre 1945–1990, in: APZ, B 38/97, 12. September 1997, S. 38–47.

Dies., Die Rolle von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für Strukturwandel und Alltag in einem thüringischen Dorf vor und nach der „Wende", in: Sozialwissenschaftliche Informationen 27 (1998), S. 190–198.

Dies., „Die Angst des Forschers vor dem Feld" und wie er damit umgeht. Feldforschungserfahrungen in einem Thüringer Dorf, in: Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde 1999, S. 99–103.

Dies., Die Ablieferungsgemeinschaft der Merxlebener Neubauern als Klassenkampfinstrument? Ein thüringisches Dorf auf dem Weg zur Kollektivierung, in: Ulrich Kluge/Winfrid Halder/Katja Schlenker (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft" in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 213–228.

Schildt, Axel, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1999.

Ders., Zwei Staaten – eine Hörfunk- und Fernsehnation. Überlegungen zur Bedeutung der elektronischen Massenmedien in der Geschichte der Kommunikation zwischen der Bun-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

desrepublik und der DDR, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Fs. Christoph Kleßmann, Bonn 1998, S. 58–71.

Schiller, Klaus J., Die demokratische Bodenreform 1945 in der Lausitz und die Sorben, in: Geschichte und Gegenwart des Bezirks Cottbus, hg. von der Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Cottbus der SED, Cottbus 1987, S. 16–33.

Schirdewan, Karl, Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, Berlin ^{2}1994.

Schissler, Hanna, Preußische Agrargesellschaft im Wandel. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse von 1763 bis 1847, Göttingen 1978.

Dies., Die Junker. Zur Sozialgeschichte und historischen Bedeutung der agrarischen Elite in Preußen, in: Hans-Jürgen Puhle/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Preußen im Rückblick, Göttingen 1980, S. 89–122.

Schlehufer, Klaus, Bernhard Grünert, Ein Pionier der sozialistischen Landwirtschaft der DDR, Berlin (Ost) 1983, S. 117–263.

Schlenker, Katja, Das unbequeme Erbe. Mecklenburgische Gutsanlagen und Herrenhäuser seit 1945, Rostock 2001.

Dies., Die Abbrüche mecklenburgischer Gutsanlagen zwischen 1947 und 1950, in: Ulrich Kluge/Winfrid Halder/Katja Schlenker (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft" in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 91–104.

Schmidt, Christoph, Aufstieg und Fall der Fortschrittsidee in Rußland, in: HZ 263 (1996), S. 1–30.

Schmidt, Gerald, Über die umfassende Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion, in: Einheit, H. 1, 1987, S. 82–85.

Schmidt, Ute, „Drei- oder viermal im Leben neu anfangen zu müssen ..." – Beobachtungen zur ländlichen Vertriebenenintegration in mecklenburgischen „Bessarabier-Dörfern", in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 291–320.

Schmidt, Walter, Die Umwälzung der sozialen und kulturellen Verhältnisse auf dem Lande in der DDR, in: Wirtschaftswissenschaften 10 (1962), S. 1005–1017.

Schmidt-Gernig, Alexander, Gibt es eine „europäische Identität"? Konzeptionelle Überlegungen zum Zusammenhang transnationaler Erfahrungsräume, kollektiver Identitäten und öffentlicher Diskurse in Westeuropa seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Schriewer (Hg.), Diskurse und Entwicklungspfade. Der Gesellschaftsvergleich in den Geschichts- und Sozialwissenschaften, Frankfurt/M. 1999, S. 163–216.

Schmiechen-Ackermann, Detlef, Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland. Eine Bilanz der Widerstandsforschung aus regionaler Perspektive, in: ders. (Hg.), Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich, Berlin 1997, S. 13–29.

Schmitt, Karl, Politische Landschaften im Umbruch. Das Gebiet der ehemaligen DDR 1928–1990, in: Oscar W. Gabriel/Klaus G. Troitzsch (Hg.), Wahlen in Zeiten des Umbruchs, Frankfurt/M. 1993, S. 403–441.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Schmutzler, George E., Land- und Forstwirtschaft, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hg.), Südosteuropa-Handbuch, Bd. 2: Rumänien, Göttingen 1977, S. 323–348.

Schneider, Andreas, Das Landproletariat der Sowjetischen Besatzungszone 1945/46. Veränderungen in seinem Bestand, seiner Struktur und gesellschaftlichen Rolle zu Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (Studie zu den Anfängen des Wachstumsprozesses einer Zweiggruppe der Arbeiterklasse der DDR), Diss. A., Universität Leipzig 1983 (Ms.).

Schneider, Christian, Was bleibt von uns? Bauernstimmen, Bautzen 1991.

Schneider, Dieter Marc, Renaissance und Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone, in: VfZ 37 (1989), S. 457–497.

Ders., Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ^{2}1993, S. 239–243.

Schneider, Herbert, Dorfpolitik, in: Hellmut Wollmann/Roland Roth (Hg.), Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Bonn ^{2}1998, S. 86–101.

Schneider, Karl H., Der langsame Abschied vom Agrarland, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen, Hannover 1998, S. 133–160.

Schöne, Jens, Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen und Agrarpolitik in der SBZ/DDR 1945–1950/51, Stuttgart 2000.

Ders., Die Raiffeisengenossenschaften in der SBZ/DDR 1945–1954, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 47 (1997), S. 180–186.

Ders., Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen der SBZ/DDR 1945–1950/51, in: Kluge/Halder/Schlenke (Hg.), Bodenreform, S. 157–174.

Schönhoven, Klaus, Drittes Reich und DDR: Probleme einer vergleichenden Analyse von Diktaturerfahrungen, in: JHK 1995, S. 189–200.

Schönknecht, Thomas, Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft (DSF), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ^{2}1993, S. 734–737.

Schöpflin, George, Domestic Politics, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hg.), Südosteuropa-Handbuch, Bd. 5: Ungarn, Göttingen 1987, S. 67–106.

Schoeps, Julius H., Als Juden enteignet, als „Junker" von der Rückgabe ausgeschlossen. Ungereimtheiten der Bestandskraft der Bodenreform am Beispiel der Familie Mendelssohn-Bartholdy, in: ders. (Hg.), Enteignet durch die Bundesrepublik Deutschland. Der Fall Mendelssohn-Bartholdy. Eine Dokumentation, Bodenheim 1997, S. 15–22.

Scholz, Michael F., Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste, Berlin 1997.

Ders., Kurt Viewegs alternative Agrarpolitik 1956, in: BzG 36 (1994), S. 78–87.

Scholze-Irrlitz, Leonore, „Umsiedler" im Landkreis Beeskow/Storkow, in: Wolfgang Kaschuba/Thomas Scholze-Irrlitz (Hg.), Alltagskultur im Umbruch, Weimar 1996, S. 135–149.

Schorn-Schütte, Luise, Die Reformation. Vorgeschichte – Verlauf – Wirkung, München 1996, S. 54–61, 100–103.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Schreckenbach, Hans-Joachim, Bezirksverwaltungen in den Ländern der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1947, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 1 (1965), S. 49–80.

Ders., Der Aufbau einer neuen Verwaltung in Brandenburg im Jahr 1945, in: Werner Stang (Hg.), Brandenburg im Jahr 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 223–264.

Ders./Werner Künzel, Das Land Brandenburg und der brandenburgische Landtag 1945–1952, in: Kurt Adamy/Kristina Hübener (Hg.), Geschichte der Brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart, Potsdam 1998, S. 225–326.

Dies., Das Land Brandenburg und der brandenburgische Landtag 1945–1952, in: Kurt Adamy/Kristina Hübener (Hg.), Kleine Geschichte des Brandenburgischen Landtages, Potsdam 1999, S. 136–197.

Schröder, Hans-Henning, Stalinismus „von unten"? Zur Diskussion um die gesellschaftlichen Voraussetzungen politischer Herrschaft in der Phase der Vorkriegsfünfjahrpläne, in: Dietrich Geyer (Hg.), Die Umwertung der sowjetischen Geschichte, Göttingen 1991, S. 133–166.

Ders., Der „Stalinismus" – ein totalitäres System? Zur Erklärungskraft eines politischen Begriffs, in: Osteuropa 46 (1996), S. 150–163.

Schröder, Karl Heinz, Der Wandel der Agrarlandschaft im ostelbischen Tiefland seit 1945, in: Geographische Zeitschrift 52 (1964), S. 289–316.

Schröder, Klaus, Der SED-Staat 1949–1990. Partei, Staat und Gesellschaft, München 1998, S. 48–50, 110–119, 244–249.

Schröder, Richard, Die DDR einst – und jetzt?, in: APZ, B 41/92, 2. Oktober 1992, S. 3–12.

Schröder, Stefanie, die ideologische Arbeit der SED zur Entwicklung der Kooperation in der Landwirtschaft Mitte der sechziger Jahre, in: BzG 22 (1980), S. 95–108.

Schubert, Detlef/Bernd Jauch, Zur Rolle des VdgB bei der Herausbildung, Festigung und Weiterentwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft, in: Dieter Pellmann/Hans-Rainer Baum (Hg.), Aspekte der Geschichte der Agrarpolitik der SED, o.O., o.J. [1988], S. 65–69.

Schulte, Regina, Feuer im Dorf, in: Heinz Reif (Hg.), Räuber, Volk und Obrigkeit. Studien zur Geschichte der Kriminalität in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1984, S. 100–152.

Schultz, Helga, Die Oderregion in wirtschafts- und sozialhistorischer Perspektive, in: Alan Nothnagle/Helga Schultz (Hg.), Grenze der Hoffnung. Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder, Potsdam 1996, S. 79–113.

Schultz, Joachim, Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED, Stuttgart 1956.

Schultz-Klinken, Karl-Rolf, Preußische und deutsche Ostsiedlungspolitik von 1886 bis 1945. Zielvorstellungen, Entwicklungsphasen und Ergebnisse, in: ZAA 21 (1973), S. 198–215.

Schulz, Dieter, Probleme der sozialen und politischen Entwicklung der Bauern und Landarbeiter in der DDR von 1949 bis 1955, Diss. A, Humboldt-Universität Berlin 1984 (Ms.).

Ders., Der Weg in die Krise 1953, Berlin 1993.

Ders., „Kapitalistische Länder überflügeln". Die DDR-Bauern in der SED-Politik des ökonomischen Wettbewerbs mit der Bundesrepublik von 1956 bis 1961, Berlin 1994.

Ders., Zur sozialen Entwicklung auf dem Lande in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, in: ZfG 34 (1986), S. 210–222.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Ruhe im Dorf? Die Agrarpolitik von 1952/53 und ihre Folgen, in: Jochen Cerny (Hg.), Brüche, Krisen, Wendepunkte: Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig 1990, S. 103–110.

Schulz, Frank, Elitenwandel in der Leipziger Wirtschaftsregion 1945–1948. Von den Leipziger „sächsischen Industriefamilien" zu Kadern aus dem Leipziger Arbeitermilieu, in: Comparativ 5 (1995), S. 112–126.

Ders., Elitenwechsel in Betriebsleitungen der Leipziger Industrieregion 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre, in: Werner Bramke/Ulrich Heß (Hg.), Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert, Leipzig 1998, S. 185–225.

Schulz, Hans-Dieter, Jetzt ackern meist die KAP-Riesen. Großer Sprung bei der Sozialisierung der Landwirtschaft, in: DA 7 (1974), S. 929–935.

Ders., Plant die SED noch größere Agrar-Einheiten? Schon vor dem Bauernparteitag und -kongreß waren die Weichen gestellt, in: DA 15 (1982), S. 710–717.

Schulz, Jörg, Gatersleben im Spannungsfeld zwischen internationaler Genetik-Forschung, offiziell vorgegebenen Forschungsrichtungen und politischen Einflüssen, in: Karin Weisemann/Peter Kröner/Richard Toellner (Hg.), Wissenschaft und Politik – Genetik und Humangenetik in der DDR (1949–1989), Münster 1997, S. 49–57

Schulze, Siegfried, Der Prozeß der Herausbildung der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg und ihre Politik zur Einleitung der antifaschistisch-demokratischen Revolution (Sommer 1945 bis Frühjahr 1946), Diss. A, Pädagogische Hochschule Potsdam 1970 (Ms.).

Schulze, Winfried, Deutsche Geschichte im 16. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1987, S. 89–111.

Schulz-Hageleit, Peter, Leben in Deutschland 1945–1995. Geschichtsanalytische Reflexionen, Pfaffenweiler 1996, S. 79–89.

Schwabe, Klaus, Arroganz der Macht. Herrschaftsgeschichte von KPD und SED in Mecklenburg und Vorpommern 1945–1952, Schwerin 1997, S. 157–163.

Schwartz, Michael, Vom „Flüchtling" zum Neubürger. Vertriebenenintegration als gesellschaftliches Problem der deutschen Nachkriegsgesellschaften, in: Grenze und Grenzbewohner. Nachbarn und Fremde. Alte Heimat – neue Heimat. Abschied und Ankunft, hg. von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Brandenburg e.V., Guben 1994, S. 26–39.

Ders., Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung. Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) im politisch-administrativen System der SBZ, in: Hartmut Mehringer (Hg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995, S. 43–96.

Ders., Kontrollierte Partizipation. Die „Umsiedler-Ausschüsse" der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Spannungsfeld von Sonderverwaltung, Parteipolitik und sozialen Interessen 1945–1949, in: Sylvia Schraut/Thomas Grosser (Hg.), Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996, S. 161–191.

Ders., Besatzer und Vertriebene – Beobachtungen zur Rolle der SMA in der „Umsiedler"-Politik der SBZ, in: Manfred Wille (Hg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 189–201.

Ders., Vertreibung und Vergangenheitspolitik. Ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsidentitäten, in: DA 39 (1997), S. 177–195.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., „Ablenkungsmanöver der Reaktion". Der verhinderte Lastenausgleich in der SBZ/DDR, in: DA 32 (1999), S. 397–409.

Ders., „Umsiedler" in der Zusammenbruchsgesellschaft. Soziale und politische Dimensionen des Vertriebenenproblems in der frühen SBZ, in: Hartmut Mehringer/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hg.), Erobert und befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46), München 1999, S. 235–262.

Ders., Apparate und Kurswechsel. Zur institutionellen und personellen Dynamik von ‚Umsiedler'-Politik in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Hoffmann/Schwartz (Hg.), Geglückte Integration?, S. 105–135.

Ders., Integration und Transformation. „Umsiedler"-Politik und regionaler Strukturwandel in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1953, in: Damian van Melis (Hg.), Sozialismus auf dem platten Land. Tradition und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1952, Schwerin 1999, S. 135–194.

Ders., „Verantwortliche Arbeit beim Wiederaufbau". Die Vertriebenen und die Formation neuer administrativer Eliten in der SBZ/DDR, in: Günther Schulz (Hg.), Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 165–197.

Ders., Brandenburg als Schmelztiegel? Vertriebenenproblem, „Umsiedlerpolitik" und regionale Gesellschaftsentwicklung 1945–1953, in: Christoph Kleßmann/Burghard Ciesla/Hans-Hermann Hertle (Hg.), Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg, Potsdam 2001, S. 59–73.

Scott, James C., Seeing Like a State. How certain schemes to improve the human condition have failed, New Haven 1998, S. 147–179, 193–222.

Seidel, Jürgen, „Neubeginn" in der Kirche? Die evangelischen Landes- und Provinzialkirchen in der SBZ/DDR im gesellschaftspolitischen Kontext der Nachkriegszeit (1945–1953), Göttingen 1989, S. 148f., 394–396.

Sellin, Volker, Mentalität und Mentalitätsgeschichte, in: HZ 241 (1985), S. 555–598.

Ders., Mentalitäten in der Sozialgeschichte, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hg.), Sozialgeschichte in Deutschland, Bd. 3: Soziales Verhalten und soziale Aktionsformen in der Geschichte, Göttingen 1987, S. 101–121.

Semjonow, Wladimir S., Von Stalin bis Gorbatschow, Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995, S. 234–243.

Seraphim, Hans-Jürgen, Deutsche Agrarreformen der Gegenwart, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 195 (1949), S. 522–555.

Seraphim, Peter-Heinz, Die Heimatvertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone, Bonn 1955, S. 34–39.

Sieder, Reinhard, Sozialgeschichte auf dem Weg zu einer historischen Kulturwissenschaft?, in: GG 20 (1994), S. 445–468.

Siegrist, Hannes, Region, Regionalisierung und Regionalismus in Mitteldeutschland aus europäischer Perspektive, in: Jürgen John (Hg.), „Mitteldeutschland". Begriff – Geschichte – Konstrukt, Rudolstadt 2001, S. 91–108.

Simon, Hermann, Ostdeutsche Landwirtschaft im Anpassungsprozeß, in: DA 30 (1997), S. 140–142.

Siriani, Carmen, Workers Control and Socialist Democracy. The Soviet Experience, London 1982, S. 159–197.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Smelov, N., Die Auseinandersetzung der KPD mit den reaktionären Kräften in der CDU im Kampf um die Durchsetzung der demokratischen Bodenreform (2. Halbjahr 1945), in: JfW 1977/II, S. 27–43.

Sobotka, Bruno (Hg.), Wiedergutmachungsverbot? Die Enteignungen in der ehemaligen SBZ zwischen 1945 und 1949, Mainz 1998.

Sokoll, Thomas, Kulturanthropologie und Historische Sozialwissenschaft, in: Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, S. 233–272.

Solchany, Jean, Nachdenken über die Naziherrschaft in der ehemaligen Hauptstadt des untergegangenen Reichs (1945–1949). Berlins Publizisten und die Verurteilung des deutschen Irrwegs, in: Hans-Martin Hinz u.a. (Hg.), Die vier Besatzungsmächte und die Kultur in Berlin 1945–1949, Leipzig 1999, S. 121–133.

Solga, Heike, Die Etablierung einer Klassengesellschaft in der DDR: Anspruch und Wirklichkeit des Postulats sozialer Gerechtigkeit, in: Johannes Huinink u.a. (Hg.), Kollektiv und Eigensinn. Lebensläufe in der DDR und danach, Berlin 1995, S. 45–88.

Dies., Klassenlagen und soziale Ungleichheit in der DDR, in: APZ, B 46/96, 8. November 1996, S. 18–27.

Šołta, Jan, Die Bauern der Lausitz. Eine Untersuchung des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft im Kapitalismus, Bautzen 1968.

Sommer, Karl-Ludwig, Zwischen nationalen Rechtswahrungsansprüchen, ‚kirchlicher Neuordnung' und praktizierter Nächstenliebe: Die evangelische Kirche und die Flüchtlinge in den ersten Nachkriegsjahren, in: Sylvia Schraut/Thomas Grosser (Hg,), Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996, S. 395–420.

Spindler, Bernd, Ökologische Probleme der industriemäßigen Agrarproduktion der DDR, in: FS-Analysen 1986, H. 2, S. 53–71.

Spittmann, Ilse/Gisela Helwig (Hg.), DDR-Lesebuch. Von der SBZ zur DDR 1945–1949, Köln 1989, S. 144–160.

Dies. (Hg.), DDR-Lesebuch. Stalinisierung 1949–1955, Köln 1991, S. 154–164.

Spix, Boris, Die Bodenreform in Brandenburg 1945–47. Konstruktion einer Gesellschaft am Beispiel der Kreise West- und Ostprignitz, Münster 1997.

Ders., Bodenreform und Wahlverhalten der Neubauern. Eine Fallstudie anhand der Landtagswahlen in der Prignitz im Herbst 1946, in: Ulrich Kluge/Winfrid Halder/Katja Schlenker (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft" in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 73–89.

Springer-Liepert, Anita, „Bodenreformsperrvermerk gelöscht ..."? Rechtsmittelvorfeld bei einem ländlichen Abwicklungsgeschehen, in: Berliner Debatte. Initial, H. 4, 1996, S. 43–52.

Srubar, Ilja, War der reale Sozialismus modern? Versuch einer strukturellen Bestimmung, in: KZSS 43 (1991), S. 415–432.

Stalin, Josef, Über die Arbeit auf dem Lande. Rede auf dem vereinigten Plenum des ZK der KPdSU (B), 11. Januar 1933, in: ders., Fragen des Leninismus, Berlin (Ost) 1955, S. 549–564.

Ders., Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR. Rede auf der Konferenz marxistischer Agrarwissenschaftler, 27. Dezember 1929, in: ders., Fragen des Leninismus, Berlin (Ost) 1955, S. 391–416.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Zur Frage der Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse, in: ders., Fragen des Leninismus, Berlin (Ost) 1955, S. 417–421.

Stammer, Otto, Der kleine Mann als Objekt der manipulierten Meinungsbildung in der Sowjetzone. Vortrag, gehalten am 6. Mai 1952 im Ferienkurs der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin 1953.

Ders., Sozialstruktur und System der Werthaltungen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 76 (1956), 1. Halbbd., S. 55–105.

Staritz, Dietrich, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München [2]1987, S. 23, 48–75, 110–112, 126–129, 188–193.

Steding, Rolf, Agrarrecht/LPG-Recht, in: Uwe-Jens Heuer (Hg.), Die Rechtsordnung der DDR. Anspruch und Wirklichkeit, Baden-Baden 1995, S. 75–94.

Stein, Siegfried, Die demokratische Bodenreform in Mecklenburg – ein Schlag gegen den Imperialismus und Militarismus, Schwerin o.J. [1960].

Steinbach, Peter, Territorial- oder Regionalgeschichte: Wege der modernen Landesgeschichte. Ein Vergleich der „Blätter für deutsche Landesgeschichte" und des „Jahrbuchs für Regionalgeschichte", in: GG 11 (1985), S. 528–540.

Steiner, André, Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947, in: APZ, B 49–50/93, 3. Dezember 1993, S. 32–39.

Ders., Die Deutsche Wirtschaftskommission – ein ordnungspolitisches Machtinstrument?, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000, S. 85–105.

Steinert, Johannes-Dieter, Die große Flucht und die Jahre danach. Flüchtlinge und Vertriebene in den vier Besatzungszonen, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 557–579.

Ders., Flüchtlinge und Vertriebene, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 123–129.

Steinhoff, Karl, Das Land Brandenburg in den ersten Nachkriegsjahren, in: Märkische Heimat 3 (1959), S. 138–145.

Ders., In der Mark Brandenburg wurden völlig neue, demokratische Staatsorgane gebildet, in: Fanny Rosner/Ilse Schiel/Heinz Voßke (Hg.), Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin (Ost) 1966, S. 565–579.

Steininger, Rolf, Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 2: 1948–1955, Frankfurt/M. 1996.

Stephan, Herbert, Die demokratische Bodenreform – objektiv notwendiger Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Landwirtschaft, Kyritz [2]1985.

Stöckigt, Rolf, Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform Mai 1945 bis April 1946, Berlin (Ost) 1964.

Ders., Die Gründung der SED und ihre Bedeutung für das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, in: ZfG 14 (1966), S. 197–207.

Ders., Zur Bündnispolitik der SED, in: ZfG 27 (1979), S. 1115–1120.

Ders., Die Bildung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR – ein Springpunkt der Bündnisse der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, in: Dietmar Pell-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

mann/Hans-Rainer Baum (Hg.), Aspekte der Geschichte der Agrarpolitik der SED, o.O., o.J. [1988], S. 21–32.

Stößel, Frank Thomas, Positionen und Strömungen in der KPD/SED 1945–1954, Köln 1985.

Stöver, Bernd, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993.

Ders., Berichte über die Lage in Deutschland. Die Meldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933–1936, Bonn 1996, S. V–LXVI.

Ders., Loyalität statt Widerstand. Die sozialistischen Exilberichte und ihr Bild vom Dritten Reich, in: VfZ 43 (1995), S. 437–471.

Ders., Leben in Deutschen Diktaturen. Historiographische und methodologische Aspekte der Erforschung von Widerstand und Opposition im Dritten Reich und in der DDR, in: Detlef Pollack/Dieter Rink (Hg.), Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989, Frankfurt/M. 1997, S. 30–53.

Ders., Zusammenfassung: Das Umbruchsjahr 1953 – Ein Resümee, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999, S. 199–222.

Strasser, Hermann, Art. „Vergemeinschaftung" in: Dieter Nohlen (Hg.), Lexikon der Politik, Bd. 7, München 1998, S. 676f.

Streith, Michel, L'homme et la paille. Le transfert d'un modèle agricole en Allemagne de L'Est, in: Utinam. Revue de Sociologie et d'anthropologie 19 (1996), S. 151–161.

Stykow, Petra, Dekonstruktion der Revolution, in: Berliner Debatte. Initial 9 (1998), H. 5, S. 27–44.

Suckut, Siegfried, Der Konflikt um die Bodenreformpolitik in der Ost-CDU 1945. Versuch einer Neubewertung der ersten Führungskrise der Union, in: DA 15 (1982), S. 1080–1095.

Ders., Christlich-Demokratische Union Deutschlands, CDU(D), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ^{2}1993, S. 515–543.

Swain, Nigel, Agriculture in Poland and the Former GDR: A Research Agenda for the Oder Region, in: Helga Schultz/Alan Nothnagel (Hg.), Grenze der Hoffnung. Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder, Potsdam 1996, S. 139–160.

Ders., The Local Experience of the Oder Border Region – A Polish and a German Village compared, in: Helga Schultz (Hg.), Bevölkerungstransfer und Systemwandel. Ostmitteleuropäische Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin 1999, S. 145–162.

Sywottek, Arnold, „Stalinismus" und „Totalitarismus" in der DDR-Geschichte, in: DS 30 (1993), S. 25–38.

Ders., Wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklungen als Legitimationsbasis im deutsch-deutschen Systemgegensatz, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999, S. 161–175.

Ders., Gewalt – Reform – Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 54–76.

Szagunn, Heinrich, Die landwirtschaftlichen Arbeiter-Verhältnisse in der Provinz Brandenburg im Jahre 1905, Berlin 1910.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tenfelde, Klaus, Ländliches Gesinde in Preußen. Gesinderecht und Gesindestatistik 1810–1861, in: AfS 19 (1979), S. 189-229.

Ders., Historische Milieus – Erblichkeit und Konkurrenz, in: Manfred Hettling/Paul Nolte (Hg.), Nation und Gesellschaft. Historische Essays, München 1996, S. 247–268.

Thamer, Hans-Ulrich, Politische Rituale und politische Kultur im Europa des 20. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 1 (2000), S. 79–98.

Theisen, Alfred, Die Vertreibung der Deutschen – ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte, in: APZ, Nr. 7–8/95, 10. Februar 1995, S. 20–33.

Ther, Philipp, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956, Göttingen 1998, S. 88–100, 171–188, 282–293.

Ders., Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945–1953 am Beispiel des Kreises Calau-Senftenberg, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 46 (1995), S. 159–168.

Ders., The Integration of Expellees in Germany and Poland after World War II: A Historical Reassessment, in: SR 55 (1996), S. 779–805.

Ders., Die Vertriebenen in der SBZ/DDR und Polen – Versuch einer historischen Einordnung, in: Manfred Wille (Hg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 177–188.

Ders., Vertriebenenpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR 1945 bis 1953, in: Kleßmann/Ciesla/Hertle (Hg.), Vertreibung, S. 89–111.

Therborn, Göran, Die Gesellschaften Europas 1945–2000, Frankfurt/M. 2000.

Thieme, H. Jörg, Die sozialistische Agrarverfassung. Ein Ausnahmebereich im Wirtschaftssystem der DDR, Stuttgart 1969, S. 29–82.

Thiemeyer, Guido, Vom „Pool Vert" zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik 1950–1957, München 1999.

Ders., Kriegsende und Neubeginn in Europa 1945: Nationale und regionale Erfahrungen, in: NPL 44 (1999), S. 426–445.

Thomas, Michael, Wenn es konkret wird: Hat marxistische Klassentheorie Chancen in der modernen Unübersichtlichkeit?, in: Wolfgang Zapf (Hg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt/M. 1991, S. 395–406.

Ders., Die Entwicklung der DDR zwischen „Klasse" und „Individualisierung" – Erklärungsprobleme und -ansätze, in: BISS public 7 (1997), H. 23/24, S. 167–187.

Thomas, Rüdiger, Ursachen und Folgen der Gesellschaftspolitik im SED-Staat, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. III/3: Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Baden-Baden 1995, S. 1844–1900.

Tischler, Carola, Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil, 1933 bis 1945, Münster 1996.

Tjulpanow, Sergej, Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee, hg. v. Stefan Doernberg, Berlin (Ost) 1986.

Todev, Tode/Johann Brazda, Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften in Mittel- und Osteuropa. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft, Göttingen 1994.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Tömmel, Ingeborg, Der Gegensatz von Stadt und Land im realen Sozialismus. Reproduktion kapitalistisch geprägter Industriestrukturen durch Planwirtschaft in der DDR, Kassel 1980.

Treskow, Rüdiger von, Adel in Preußen: Anpassung und Kontinuität einer Familie 1800–1918, in: GG 17 (1991), S. 344–369.

Trittel, Günter J., Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945–1949), Frankfurt/M. 1990.

Ders., „Siedlung" statt „Bodenreform". Die Erhaltung der Agrarbesitzstruktur in Westdeutschland (1948/49), in: ZAA 27 (1979), S. 181–207.

Ders., Von der „Verwaltung des Mangels" zur „Verhinderung der Neuordnung". Ein Überblick über die Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik in der Britischen Zone, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hg.), Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die Britische Zone, 1945–1949, Wiesbaden 1979, S. 129–149.

Ders., Die Bodenreform – ein Beitrag der Besatzungsmächte zur gesellschaftlichen Strukturreform Nachkriegsdeutschlands 1945–1949, in: ZAA 30 (1982), S. 28–47.

Ders., Das Scheitern der Bodenreform im „Schatten des Hungers", in: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hg.), Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 153–170.

Ders., Hunger und Politik in Westdeutschland, 1945–49. Umrisse eines zentralen Nachkriegsphänomens, in: Sowi. Sozialwissenschaftliche Informationen 14 (1985), S. 126–135.

Ders., Hans Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der „ersten Stunde", in: VfZ 35 (1987), S. 25–64.

Ders., Bodenreform, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 105–108.

Tucker, Robert C., Stalin in Power. The Revolution from above 1928–1941, New York 1990, S. 119–145.

Tümmler, Edgar, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland – Historische Entwicklung der Landwirtschaft in Mitteldeutschland und ihre agrarpolitische Konzeption, in: Edgar Tümmler/Konrad Merkel/Georg Blohm, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkungen auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Berlin 1969, S. 1–167.

Uhlemann, Manfred, u.a., Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam 1952–1961. Erinnerungsberichte, Statistiken, Chronik, Karten, Bilder, Abriß. Ein Beitrag zur Parteigeschichte, hg. von der SED-Bezirksleitung Potsdam, Potsdam 1977, S. 8–68.

Ders., Zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft des Bezirkes Potsdam 1960, in: AM 30 (1980), S. 217–222.

Ulbricht, Walter, Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratische Republik, Bd. 1: Februar 1945 – Juni 1958, Berlin (Ost) 1961.

Ders., Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 2: Juli 1958 – Dezember 1960, Berlin (Ost) 1962.

Ders., Unserem Volke mehr Brot – der Landjugend ein besseres Leben. Rede auf dem Kongreß junger Aktivisten der Landwirtschaft in Schwerin am 17. und 18. Dezember 1949, in: ders., An die Jugend, Berlin (Ost) 1954, S. 52–89.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Die neue Funktion des Staatsangestellten. Rede anläßlich der Eröffnung der Deutschen Verwaltungsakademie in Forst Zinna, 12. Oktober 1948, in: ders., Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945–1958, Berlin (Ost) 1961, S. 143.

Ullmann, Hans-Peter, Interessenverbände in Deutschland, Frankfurt/M. 1988, S. 144–153.

Urban, Karl/Fritz Reinert, Die Rolle von Partei und Staat bei der Durchführung und Festigung der demokratischen Bodenreform, Potsdam-Babelsberg 1978.

Urban Karl/Joachim Schulz, Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Brandenburg. Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945–1946, Potsdam 1985.

Verse-Herrmann, Angela, Die „Arisierungen" in der Land- und Forstwirtschaft 1938–1942, Stuttgart 1997, S. 21–32, 144–149.

Vierhaus, Rudolf, Dimensionen einer Historischen Kulturwissenschaft, in: Axel Lubinski/Thomas Rudert/Martina Schattkowsky (Hg.), Historie und Eigen-Sinn. Fs. Jan Peters, Weimar 1997, S. 129–138.

Viola, Lynne, The second coming: Class enemies in the Soviet countryside, 1927–1935, in: J. Arch Getty/Roberta T. Manning (Hg.), Stalinist Terror. New Perspectives, Cambridge 1993, S. 65–98.

Vogt, Timothy R., Denazification in Soviet-Occupied Germany. Brandenburg, 1945–1948, Cambridge (Mass.) 2000, S. 57–78, 270–276.

Voigt, Dieter/Werner Voß/Sabine Meck, Sozialstruktur der DDR. Eine Einführung, Darmstadt 1987.

Volkmann, Hans-Erich, Deutsche Agrareliten auf Revisions- und Expansionskurs, in: Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 334–388, 433–441.

Vonderach, Gerd, Landarbeiterenquêten als Anfänge der ländlichen Sozialforschung in Deutschland, in: ders. (Hg.), Landarbeiter im alten Deutschland. Zur Sozialforschung und Sozialgeschichte einer vergangenen Gesellschaftsklasse, Münster 1997, S. 131–157.

Voßke, Heinz, Über die Initiativgruppe des Zentralkomitees der KPD in Mecklenburg-Vorpommern (Mai 1945 bis Juli 1945) in: BzG 6 (1964), S. 424–437.

Wachs, Philipp-Christian, Die Bodenreform von 1945. Die zweite Enteignung der Familie Mendelssohn-Bartholdy, Baden-Baden 1994.

Ders., Preußische Junker oder ausländische Juden? Die Bankiersfamilie Mendelssohn-Bartholdy und ihr Gut Börnicke im Jahre 1945, in: Julius H. Schoeps (Hg.), Enteignet durch die Bundesrepublik Deutschland. Der Fall Mendelssohn-Bartholdy. Eine Dokumentation, Bodenheim 1997, S. 23–47.

Wädekin, Karl-Eugen, Sozialistische Agrarpolitik in Osteuropa, Bd. 1: Von Marx bis zur Vollkollektivierung, Berlin 1974, S. 23–236.

Ders. (Hg.), Agriculture in Inter-System Comparison: Communist and Non-Communist Cases, Berlin 1985.

Ders., Agrarwirtschaft in sozialistischen Ländern, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 1, Stuttgart 1977, S. 195–211.

Wagner, Jens, Rückgabe und Entschädigung von konfisziertem Grundeigentum. Aktuelle Verfassungsrechtsfragen der Bodenreform in der SBZ, Baden-Baden 1995.

Warning, Elke, Dokumente zur demokratischen Bodenreform, in: BzG 27 (1985), S. 634–643.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Watzek, Hans, Zur Bodenreform 1945–47, in: Zum deutschen Neuanfang 1945–1949. Tatsachen – Probleme – Ergebnisse – Irrwege. Die Arbeiterbewegung und die Entstehung der beiden deutschen Staaten, Bonn 1993, S. 188–192.

Ders., Wie stand es um die Landwirtschaft der DDR?, in: Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 6, Bonn 1996, S. 337–373.

Wayand, Gerhard, Pierre Bourdieu. Das Schweigen der Doxa aufbrechen, in: Peter Imbusch (Hg.), Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien, Opladen 1998, S. 221–237.

Weber, Adolf, Lohnt sich der Aufbau landwirtschaftlicher Großbetriebe in der DDR?, in: Hans Immler/Konrad Merkel (Hg.), DDR-Landwirtschaft in der Diskussion, Köln 1972, S. 105–121.

Ders., Der landwirtschaftliche Großbetrieb mit vielen Arbeitskräften in historischer und international vergleichender Sicht, in: Berichte über Landwirtschaft 52 (1974), S. 57–80.

Ders., Stand und Entwicklung der DDR-Agrarproduktion, in: FS-Analysen 1989, H. 5, S. 26–38.

Ders., Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. II/4: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 2809–2888.

Weber, Hermann, Geschichte der DDR, München ³1989, S. 110–112, 156–158, 314–321.

Ders., DDR. Grundriß der Geschichte 1945–1990, Hannover 1991, S. 63f., 119–122, 129–131, 137, 143–145.

Ders., Die DDR 1945–1990, München ²1993.

Ders., Geschichte der DDR, München 1999, S. 65–69, 148–151, 193–200, 213–216.

Ders., Die Geschichte der DDR. Versuch einer vorläufigen Bilanz, in: ZfG 41 (1993), S. 195–203.

Ders., „Asymmetrie" bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte?, in: APZ, B 26/97, 20. Juni 1997, S. 3–14.

Weber, Jürgen (Hg.), Der Bauplan für die Republik. Das Jahr 1948 in der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1996.

Weber, Max, Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland, Leipzig 1892.

Ders., Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen ⁵1976.

Ders., Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hg. von Marianne Weber, Tübingen ²1988, S. 470–507.

Wegener, Heinrich, Die Entwicklung der Landwirtschaft Brandenburgs in den Jahren 1946/47, in: Wirtschaft im Aufbau 1 (1947), H. 1, S. 289–293

Wegner, Hermann, Bodenreform und Verwaltung, in: Wirtschaft im Aufbau 1 (1947), H. 1, S. 177–179.

Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution" bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, 1849–1914, München 1995.

Ders., Kommentar, in: Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, S. 351–366.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Aufbruch oder Sackgasse? Das Kaiserreich auf dem Prüfstand, in: ders., Politik in der Geschichte. Essays, München 1998, S. 98–136, 246–258.
Ders., Pierre Bourdieu. Das Zentrum seines Werks, in: ders., Die Herausforderung der Kulturgeschichte, München 1998, S. 15–44.
Ders., Rückblick und Ausblick – oder: Arbeiten, um überholt zu werden?, in: Paul Nolte u.a. (Hg.), Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte, München 2000, S. 159–168.
Ders., Modernisierung und Modernisierungstheorien, in: ders., Umbruch und Kontinuität. Essays zum 20. Jahrhundert, München 2000, S. 214–250.
Wehling, Wilhelm/Sascha Wehling, „... unsere Enkel fechten's besser aus". Unser Beitrag: Im Kampf um die Festigung des Bündnisses mit der werktätigen Bauernschaft, Wolfen 1987, S. 5–12.
Wehner, Markus, Bauernpolitik im proletarischen Staat. Die Bauernfrage als zentrales Problem der sowjetischen Innenpolitik 1921–1928, Köln 1998.
Ders., „Licom k derevne". Sowjetmacht und Bauernfrage 1924–1925, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 42 (1994), S. 20–48.
Weichelt, Frank, Integration durch Ansiedlung? Die Rolle der Bodenreform bei der Flüchtlingseingliederung in die Nachkriegsgesellschaft Brandenburgs 1945–1949, Magisterarbeit, Technische Universität Berlin 1994 (Ms.).
Weir, Todd Hagman, Staging Rural Revolution: „Class struggle" and Collectivization in Bezirk Potsdam 1948–1953, Magisterarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin 1998 (Ms.).
Weisbrod, Bernd, Region und Zeitgeschichte: Das Beispiel Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 68 (1996), S. 91–105.
Ders., Sozialgeschichte und Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert, in: Paul Nolte u.a. (Hg.), Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte, München 2000, S. 112–123.
Wellkisch, H.-D., Von der Bodenreform zur LPG Pflanzenproduktion, in: Feldwirtschaft, Nr. 10, Oktober 1979, S. 455–458.
Welskopp, Thomas, Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft, in: GG 24 (1998), S. 173–198.
Wendt, Hartmut, Die deutsch-deutschen Wanderungen – Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in: DA 24 (1991), S. 386–395.
Wengst, Udo, Schlange-Schöningen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning, in: GWU 30 (1979), S. 538–551.
Ders., Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953, in: VfZ 41 (1993), S. 277–321.
Wentker, Hermann, Die Einführung der Jugendweihe in der DDR: Hintergründe, Motive und Probleme, in: Hartmut Mehringer (Hg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995, S. 139–165.
Ders., Flüchtlingsintegration im Nachkriegsdeutschland. Forschungskolloquium des Instituts für Zeitgeschichte, München, in: GWU 47 (1996), S. 690–692.
Ders., Die Anfänge der bürgerlichen Parteien unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung (1945/46), in: Hartmut Mehringer/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hg.), Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46), München 1999, S. 189–214.
Werkentin, Falco, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 73–110.
Ders., Recht und Justiz im SED-Staat, Bonn 1998, S. 23–27, 47–49.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., „Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht". Widerstand im ländlichen Milieu der SBZ/DDR, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, S. 137–148.

Ders., Art. „Kollektivierung der Landwirtschaft, Widerstand gegen", in: Hans-Joachim Veen (Hg.), Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin 2000, S. 217f.

Wernet, Bernhard, Zur Rolle und Funktion der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952), in: Hermann Weber (Hg.), Parteiensysteme zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982, S. 241–280.

Wernet-Tietz, Bernhard, Bauernverband und Bauernpartei. Die VdgB und die DBD 1945–1952. Ein Beitrag zum Wandlungsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR, Köln 1984.

Wernicke, Thomas, Nachkriegselend – Flucht, Vertreibung, Kriegsheimkehrer, in: Marksteine. Eine Entdeckungsreise durch Brandenburg-Preußen, hg. vom Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte beim Museumsverband des Landes Brandenburg e.V., Berlin 2001, S. 481.

Werschnitzky, Ulrich, Anmerkungen zum Beitrag „Die Landwirtschaft in der ehemaligen DDR", in: Berichte über Landwirtschaft 70 (1992), S. 651–655.

Werth, Nicolas, Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion, in: Stéphane Courtois (Hg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrükkung, Verbrechen und Terror, München 1998, S. 51–295.

Wette, Wolfram, Eine Gesellschaft im Umbruch. „Entwurzelungserfahrungen" in Deutschland 1943–1948 und sozialer Wandel, in: Robert Streibel (Hg.), Flucht und Vertreibung. Zwischen Abrechnung und Verdrängung, Wien 1994, S. 257–284.

Wettig, Gerhard, Neue Aufschlüsse über Moskauer Planungen für die politisch-gesellschaftliche Ordnung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: JHK, 1995, S. 151–172.

Wetzel, Juliane, „Displaced Persons". Ein vergessenes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APZ, B 7–8/95, 10. Februar 1995, S. 34–59.

Weymar, Ernst, Die Sozialisierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion, in Mitteldeutschland und in Jugoslawien, Tl. 1, in: GWU 11 (1960), S. 12–36.

Ders., Die Sozialisierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion, in Mitteldeutschland und in Jugoslawien, Tl. 2: Jugoslawien, in: GWU 11 (1960), S. 88–102.

Widmann, Peter, Brandenburg, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999, S. 391–394.

Wiedenhofer, Siegfried, Art. „Tradition, Traditionalismus", in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1990, S. 607–649.

Wierling, Dorothee, Is there an East German Identity? Aspects of a Social History of the Soviet Zone/German Democratic Republic, in: TAJB 19 (1990), S. 193–207.

Wiesemann, Falk, Arbeitskonflikte in der Landwirtschaft, in: VfZ 25 (1977), S. 573–590.

Wietstruk, Siegfried, Vom Kreis Teltow zum Kreis Zossen 1949–1952, Zossen 1978, S. 15–17, 43–47.

Ders., Die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft im Kreis Zossen 1952–1962, Zossen 1981.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Wilde, Manfred, Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg, München 1998, S. 223–255, 271–282.

Ders., Friedrich Karl von Zitzewitz-Muttrin. Ein vergessener Mitbegründer der CDU und seine Rolle bei der Nahrungsmittelversorgung nach dem Krieg, in: Michael Richter/Martin Rißmann (Hg.), Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar 1995, S. 25–36.

Wilhelm, Hans-Georg, Zur Entwicklung der Landwirtschaft im Kreis Anklam, in: 20 Jahre demokratische Bodenreform in Mecklenburg, hg. von der Arbeitsgemeinschaft Agrargeschichte am Historischen Institut der Universität Rostock, Rostock o.J. [1965], S. 149–160.

Wilhelm, Rena, Die Rolle von Partei und Staat bei der Durchführung der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, Potsdam-Babelsberg 1980, S. 39–74.

Wilke, Manfred/Tobias Voigt, „Neuer Kurs" und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR, in: András B. Hegedüs/Manfred Wilke (Hg.), Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs", 17. Juni in der DDR, Ungarische Revolution 1956, Berlin 2000, S. 24–135.

Will, Rosemarie, Die rechtliche Situation in der Ost-Zone und in der jungen DDR, in: Rainer Schröder (Hg.), 8. Mai 1945 – Befreiung oder Kapitulation?, Berlin 1997, S. 71–91.

Wille, Manfred, Die demokratische Bodenreform und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der Magdeburger Börde (1945–1961), in: Hans-Jürgen Rach/Bernhard Weissel/Hainer Plaul, Die werktätige Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde. Studien zum dörflichen Alltag vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Anfang der 60er Jahre, Berlin (Ost) 1986, S. 221–254.

Ders., Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler – Möglichkeiten und Grenzen ihres Wirkens (1945–1948), in: Wille/Hoffmann/Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren, S. 27–54.

Ders., Entstehung und Liquidation eines selbständigen Landes Sachsen-Anhalt (1945–1952), in: Geschichte Sachsen-Anhalts, Bd. 3: Bismarckreich bis Gründung der Bezirke 1952, hg. vom Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V., München 1994, S. 193–224, 238–240.

Ders., Die Verabschiedung der Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 87–102.

Ders., Zu einigen Fragen der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in der SBZ/DDR, in: ders. (Hg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 29–54.

Ders., Die Vertriebenen und das politisch-administrative System der SBZ/DDR, in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000, S. 203–217.

Willisch, Andreas/Kai Brauer, „Das verschenkte Land": Potentiale neuer Selbständigkeit im lokalen Prüffeld, in: Michael Thomas (Hg.), Selbständige, Gründer, Unternehmer. Passagen und Paßformen im Umbruch, Berlin 1997, S. 261–280.

Winkler, G., u.a., Die Arbeits- und Lebensbedingungen in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR – ihre Leitung und Planung, Berlin (Ost) 1975.

Winkler, Heinrich August, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Winkler, Martina, Der Fluch der Rückständigkeit: Vergleichende Ansätze der Rechtsgeschichte, in: Comparativ 10 (2000), S. 103–116.

Winzer, Helmut, Probleme zur agraren Betriebsgeschichte, dargestellt am Übergang von der einzelbäuerlichen zur genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsweise in der Gemeinde Beyern, Kreis Herzberg, Bezirk Cottbus (1952 bis 1964), in: JfW 1970/I, S. 217–224.

Ders., Die führende Rolle der Parteiorganisation bei der Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihre Darstellung in der agraren Betriebsgeschichtsschreibung, in: JfW 1972/II, S. 137–154.

Woderich, Rudolf, Zu den Anfängen der Demokratisierung von 1945 – Ende 1947. Dargestellt vornehmlich am Beispiel des Kreises Neubrandenburg, Diss., Universität Rostock 1965 (Ms.).

Ders., Mentalitäten zwischen Anpassung und Eigensinn, in: DA 25 (1992), S. 21–32.

Wojahn, Eberhard, Veränderungen der Flur und des Dorfbildes durch die Errichtung der Produktionsgenossenschaften Worin und Alt-Tucheband, in: Zeitschrift für den Erdkundeunterricht 5 (1963), H. 1, S. 7–15.

Wojciechowski, Marian, Die DDR und die Volksrepublik Polen. Einige Überlegungen zu den Ähnlichkeiten und Unterschieden der „sozialistischen Entwicklung", in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte, 1996/1: Osteuropäische Geschichte in vergleichender Sicht, Berlin 1996, S. 315–318.

Wolfrum, Edgar, Zwischen Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik. Forschungen zu Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: AfS 36 (1996), S. 500–522.

Wolkow, Wladimir K. Wolkow, Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952), in: ZfG 48 (2000), S. 20–49.

Wolle, Stefan, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998, S. 13–25, 189–202, 210–212.

Ders., Polen und die DDR im Jahre 1956, in: Hans-Henning Hahn/Heinrich Olschowsky (Hg.), Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996, S. 46–57.

Ders., Herrschaft und Alltag. Die Zeitgeschichtsforschung auf der Suche nach der wahren DDR, in: APZ, B 26/97, 20. Juni 1997, S. 30–38.

Ders., „Mutmassungen" über das Jahr 1956. Wahrnehmungen des Ungarnaufstandes in der Gesellschaft und Literatur der DDR, in: Petra Bock/Edgar Wolfrum (Hg.), Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerungen und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen 1999, S. 41–54.

Ders., Die DDR in der deutschen Geschichte, in: GWU 50 (1999), S. 396–411.

Wunder, Heide, Kulturgeschichte, Mentalitätengeschichte, Historische Anthropologie, in: Richard van Dülmen (Hg.), Fischer-Lexikon Geschichte, Frankfurt/M. 1990, S. 65–86.

Wunderlich, Frieda, Farmer and Farm Labor in the Soviet Zone of Germany, New York 1958.

Dies., Farm Labor in Germany, 1810–1945. Its Historical Development within the Framework of Agricultural and Social Policy, Princeton 1961, S. 222–291, 336–355.

Zacharias, Heinz, 30 Jahre Hochschule für LPG Meißen. Bildungs- und Forschungsstätte im Dienste der Genossenschaftsbauern, in: Kooperation 17 (1983), S. 447f.

Zank, Wolfgang, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987, S. 81–85, 142–161, 189–191.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Ders., Die Gesellschaftspolitik der KPD/SED 1945–1949, in: APZ, B 11/90, 9. März 1990, S. 52–62.

Zapf, Wolfgang, Modernisierung und Modernisierungstheorien, in: ders. (Hg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt/M. 1991, S. 23–39.

Ders., Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung, in: Berliner Journal für Soziologie, H. 3, 1994, S. 295–305.

Ders., Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung, in: Leviathan 24 (1996), S. 63–77.

Zarend, Christine, Möglichkeiten und Grenzen der Agrarpolitik in der DDR Anfang der achtziger Jahre, in: BzG 32 (1990), S. 527–533.

Zeidler, Manfred, Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996, S. 187–200.

Zeidler, Stephan, Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952–53, Hamburg 1996.

Ziegner, Heinz/Erich Ulbrich/Kurt Timmermann, Der Wandel im Antlitz des Dorfes, in: Einheit, H. 7, 1979, S. 754–762.

Zimmering, Raina, Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen, Opladen 2000.

Zimmermann, Clemens (Hg.), Dorf und Stadt. Ihre Beziehungen im historischen Wandel vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Stuttgart 2000.

Ders., Dorf und Land in der Sozialgeschichte, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hg.), Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Bd. 2: Handlungsräume des Menschen in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 90–112.

Zimmermann, Detlev, Zur deutsch-deutschen Wahrnehmung der Krisen im stalinistischen Herrschaftssystem und ihrer Folgen 1956, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Fs. Christoph Kleßmann, Bonn 1998, S. 89–101.

Zimmermann, Hans, Die führende Rolle der SED in den ersten Monaten der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Frankfurt/Oder 1952/1953, in: Stefan Doernberg u.a., Beiträge zur Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1961, S. 365–396.

Zinke, Olaf, Die Transformation der DDR-Agrarverfassung in der Zeit von 1945 bis 1960/61. Die agrarpolitische Konzeption der SED sowie die ordnungspolitisch-institutionellen und sozialökonomischen Auswirkungen der SED-Agrarpolitik, Berlin 1999.

Znepolski, Ivaylo, Bäuerliche Kultur und Bürgerliche Gesellschaft, in: Manfred Hildermeier/Jürgen Kocka/Christoph Conrad (Hg.), Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, Frankfurt/M. 2000, S. 203–218.

Zubok, Wladislaw/Konstantin Pleschakow, Der Kreml im Kalten Krieg. Von 1945 bis zur Kubakrise, Hildesheim 1999, S. 121–162, 200–267.

Ders., „Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage ..." Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April-Mai 1953, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999, S. 29–48.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Zucholt, Gerd-H., Gemälde zur Bodenreform, in: Rüdiger Fikentscher/Boje Schmuhl/Konrad Breitenborn (Hg.), Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt. Durchführung – Zeitzeugen – Folgen, Halle 1999, S. 233–240.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Personenregister

Kursiv gesetzte Seitenzahlen verweisen auf biographische Angaben in den Fußnoten

Ackermann, Anton *65*, 73, 93f., 180
Adenauer, Konrad 160, 183, 190, 432, 437
Albrecht, Rudolf *153*f.

Baade, Fritz 61
Ballod, Karl 56
Bauer, Gerda *393*
Bebel, August 56
Bechler, Bernhard 68f., 76, 82, 95, 98, 117, 243, 358, 421
Benjamin, Hilde *173*, 194
Bennecke, Reinhard 88
Berija, Lawrenti 171, 173, 496
Besler, Dietrich *70*, 88
Bloch, Marc 20
Bogdanow, Semjon I. 68
Bredow, Hasso von 245
Brüning, Heinrich 61
Bussche, Axel von dem 94
Busse, Ernst *88*, 138, 141

Churchill, Winston S. 231
Chruschtschow, Nikita 171, 174, 182, 190, 452
Cuno, Wilhelm 101

Dahlem, Franz *77*, 164
Darré, Richard Walter 135, 228
Darwin, Charles 147f.
David, Eduard 56
Dibelius, Otto *99*, 188
Dimidow 81
Dimitroff, Georgi 62, 73, 91
Dölling, Hermann Wilhelm 275
Döpfner, Julius 188

Durkheim, Emile 20

Ebert, Friedrich 68, *108*
Eisenhower, Dwight D. 452
Engels, Friedrich 51-55, 110
Erhard, Ludwig 158
Ewald, Georg *200*, 202

Falk, Wilhelm *107*
Febvre, Lucien 20

Globke, Hans 192
Goebbels, Joseph 228
Goldenbaum, Ernst *154*, 156, 187
Goldenbaum, Käte 489
Gomułka, Władisław 176, 216, 446
Gorbatschow, Michail 514
Grotewohl, Otto 129, 131, 157, 161, 171, 188, 470
Grüneberg, Gerhard *151*, 182, 189f., 195, 197, 200, 202, 342, 382, 484
Grünert, Bernhard *168*, 199, 331

Haas, Frieda 264, 392f.
Haeckel, Ernst 148
Hahn, Joseph (Sepp) 74
Hampe, Max 377
Hardenberg, Carl-Hans Graf von 93f., 227f., 424
Harich, Wolfgang 181
Hassel, Ulrich von 94
Hermes, Andreas *101*, 103-106
Herrnstadt, Rudolf *172*
Herwegen, Leo *81*
Himmler, Heinrich 229
Hindenburg, Paul von 61

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Hitler, Adolf 228, 452, 455, 463
Hoernle, Edwin *57*, 59f., 63-69, 75-79, 88, 90, 99f., 111, 130, 136, 140, 142, 148, 157, 233, 259, 268, 271, 304, 373, 414, 416, 419, 425
Honecker, Erich *202*, 204, 502
Horthy, Miklós 217f.
Hotze, Carl 372
Huebener, Erhard *82*

Jahn, Rudolf *70*

Kádár, Janos 219
Kaiser, Jakob *100*, 103, 105
Kautsky, Karl 56
Kiesler, Bruno *195*, 200
Koch, Waldemar *100*, 106f.
Koenen, Bernard *80*-82, 243
Konjew, Iwan S. 230
Korbut, L.A. 141
Kotikow, Alexandr G. 116
Krukenmeyer, Hans *102*
Külz, Wilhelm *106*f.
Kuhrig, Heinz *202*

Lamarck, Jean de 148
Lemmer, Ernst *105*, 191
Lemnitz, Alfred 177
Lenin, Wladimir I. 51, 53-55, 66, 110, 139, 369
Lentsch, Bruno *70*
Leonhard, Wolfgang *74*, 80, 85
Leviné, Eugen 57
Lobedanz, Reinhold *102*
Lübke, Heinrich 192
Luck, Herbert 177
Luther, Martin 51, 98f.
Luxemburg, Rosa 57
Lynar, Graf zu 94
Lynar-Görlsdorf, Fürst zu 227
Lyssenko, Trofim D. 147-150

Maizière, Lothar de 514
Malenkow, Georgi 171
Marx, Karl 51-55, 110
Matern, Hermann *180*
Mecklenburg, Ernst *155*
Mehring, Franz 57
Mellentin, Franz *179*
Mendel, Johann Gregor 147f.
Mendelssohn, Franz von 96
Mendelssohn-Bartholdy, Ernst von 96
Mendelssohn-Bartholdy, Paul von 96
Merker, Paul *121*, 128f., 138, 141, 153, 306
Mewis, Karl *185*-187
Mielke, Erich *194*
Mitschurin, Iwan V. 147f., 150
Mittag, Günter *201*
Modrow, Hans *513*
Moericke, Franz *83*
Molotow, Wjatscheslaw M. 77, 171, 206
Morgan, Thomas 148
Mückenberger, Erich *164*, 178f., 327, 475f.
Müller, Heiner 26
Müller, Hermann 61
Müntzer, Thomas 51
Nagy, Imre 219
Neddermeyer, Robert *83*, 281
Neumann, Alfred *189*
Norden, Albert *179*, 192

Nuschke, Otto 103

Oelßner, Fred *129*, 131, 158, 171, 180f., 445

Peplinski, Franz *70*
Petersen, Asmus 148, 177
Peukert, Detlev 411
Pieck, Wilhelm *64*, 72f., 75, 77, 80, 84, 86f., 93f., 115, 123, 129, 131, 140f., 157, 161f., 179
Putz, Ernst *59*f.

Raiffeisen, Friedrich Wilhelm 134
Rákosi, Mátyás 219
Rau, Heinrich *59*, 68f., 82, 84f., 88, 92, 95, 118, 126, 172, 179, 243, 252, 257, 265, 275, 359, 361, 427
Reichelt, Hans *155*, 172, 448

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Reinhold, Otto *341*
Remak, Georg 68, 82
Reutter, Rudolf *78*-81, 84, 110, 121, 135, 140f., 273, 303, 426
Ribbeck, Hans Georg Karl Anton von 228
Ribbeck, Henning von 94
Rietz, Hans *155*
Rokossowski, Konstantin K. 231
Roosevelt, Franklin D. 231
Rübensam, Erich 148
Rücker, Fritz 68
Rutschke, Herbert *480*

Sägebrecht, Willy *70*, 84, 100
Saisowa, Franz *83*
Schäfer 491
Scharow, Wassili M. 68, 350
Schatter, Kurt *107*
Scherzer, Landolf 490
Schirdewan, Karl *175*f., 181, 445
Schlaffer, Josef *93*
Schleusener, Frank 68, 82
Schmid, Carlo 191
Scholochow, Michail 207f.
Scholz, Fritz 121
Scholz, Paul *154*, 164, 376
Schreiber, Walther *103*-106, 116
Schukow, Georgi K. 68, 88, 103f., 106, 230, 245, 355
Schumacher, Kurt *108*
Seibt, Kurt *187*, 480
Semjonow, Wladimir S. 74, 77f., 80, 116, 171
Sering, Max 55
Smirnow, Andrej 74
Sobottka, Gustav *73*, 77
Sommer 83
Spiegel, Georg 68
Stalin, Josef W. 73, 76f., 123, 129, 146, 157, 161, 164, 166, 171, 174, 205-207, 213, 219, 231, 310, 444, 461, 496
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 94
Steinhoff, Carl 68, 84, 92, 95, 350, 352, 358
Stoph, Willi *193*
Streit, Hermann *88*
Strittmatter, Erwin 26
Stubbe, Hans *148*-150, 180

Thälmann, Ernst 62
Thünen, Johann Heinrich 177
Tjulpanow, Sergej *105*, 107, 153f.
Tschuikow, Wassili I. *162*

Ulbricht, Walter 11, 36, 47, 68, 70-76, 78, 81, 100f., 129, 131, 138, 140-142, 144, 152, 157f., 160-163, 166, 169, 171, 173-175, 177-186, 188-190, 195f., 200, 202, 306, 313, 339, 342f., 419, 444-446, 452, 502
Unfried, Emil *59*

Vieweg, Kurt *130*, 138, 176-181, 445

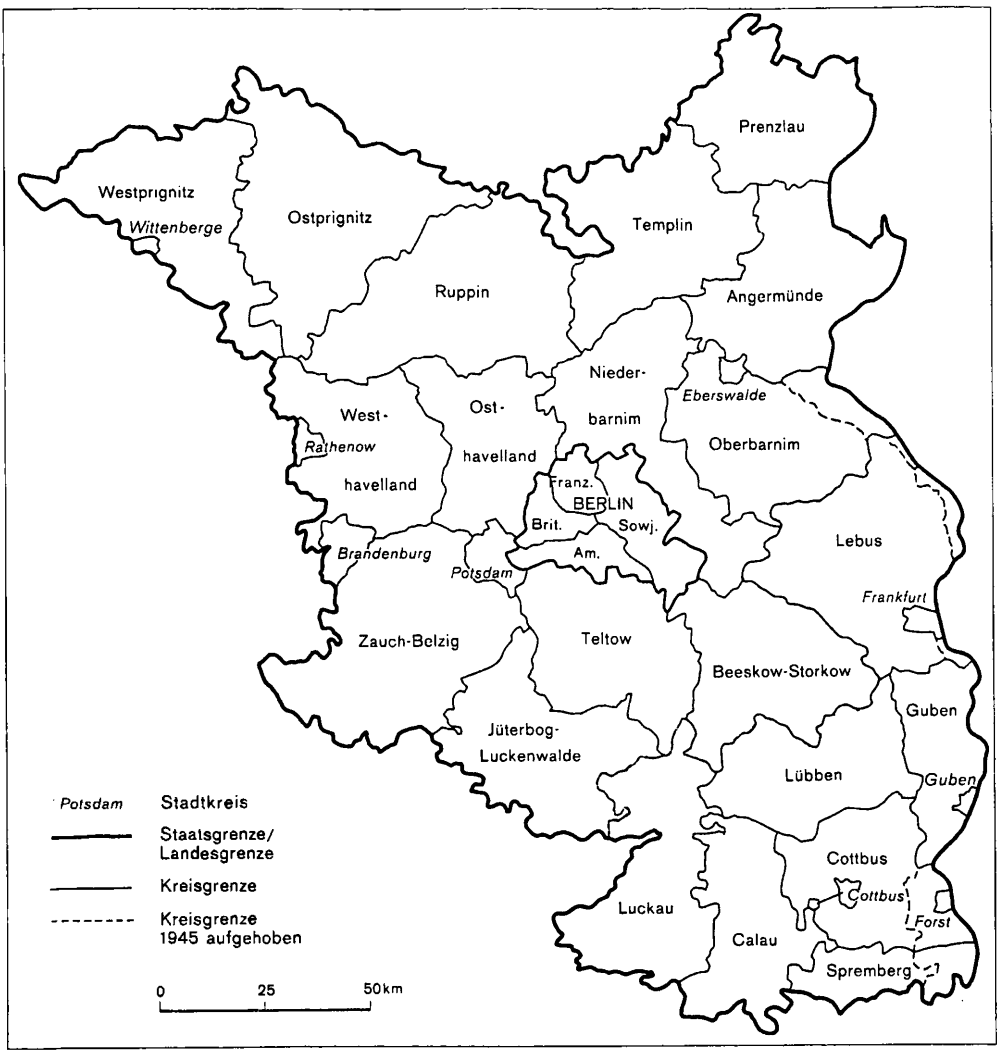
Weber, Max 55
Williams, W.R. 149
Wirth, Joseph 101
Wolf, Wilhelm *104*
Wollweber, Karl 175, *176*

Zaisser, Wilhelm *172*

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Karte 1: Administrative Gliederung der Provinz bzw. des Landes Brandenburg 1945/1952



Aus: Rosemarie Baudisch, Geographische Grundlagen und historisch-politische Gliederung Brandenburgs, in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 15–44, hier S. 40.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.905

Karte 2: Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus 1952/1953



Aus: Rosemarie Baudisch, Geographische Grundlagen und historisch-politische Gliederung Brandenburgs, in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 15–44, hier: S. 41.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor